
Andreas Wirsching, geb. 1959, ist Professor für Neuere und
Neueste Geschichte an der Universität Augsburg.
Veröffentlichungen zur englischen, französischen und
deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Oldenbourg

Andreas Wirsching
Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte
Band 40

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Andreas Wirsching

Vom Weltkrieg
zum Bürgerkrieg?

Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich
1918–1933/39

Berlin und Paris im Vergleich

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Für Marianne,
Theresia, Isabelle
und Dorothea

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wirsching, Andreas:

Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? : politischer Extremismus in
Deutschland und Frankreich 1918 – 1933/39 ; Berlin und Paris im
Vergleich / Andreas Wirsching. – München : Oldenbourg, 1999
(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; Bd. 40)
ISBN 3-486-56357-2

© 1999 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Abbildungsnachweis:

- li: Plakat der „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“ (1919), gestaltet von Rudi Feld, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung
- re: Wahlkampfbroschüre von 1919, hrsg. vom „Groupement économique des arrondissements de Sceaux et Saint-Denis“, Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, Nanterre

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56357-2

Inhalt

Vorwort.....	IX
Einleitung.....	1
Erstes Kapitel	
Weltkrieg und Bürgerkrieg in totalitärer Perspektive.....	25
I. Lenins Tatphilosophie des Bürgerkriegs und Carl Schmitts „Begriff des Politischen“	25
II. Die Unterschiede der Kriegsopposition und die Gründung der KPD.....	37
III. Das Spektrum des potentiellen Bürgerkriegs in Frankreich nach 1918.....	45
Zweites Kapitel	
Kriegsende und revolutionäre Bewegung 1918-1920	59
I. Die totalitäre Umprägung sozialökonomischer Kriegsfolgenlasten: Inflation und Arbeitslosigkeit.....	64
II. Aufschwung und Polarisierung der organisierten Arbeiterbewegung.....	77
1. Die Beitrittswelle 1918/19 als Ausdruck sozialen Protests.....	77
2. Die äquivalente Funktion unterschiedlicher Traditionen: Syndikalismus und Lokalismus.....	83
III. Revolutionärer Generalstreik oder Lohnbewegung?	88
1. Gescheiterter Generalstreik	90
2. Die Metallarbeiterstreiks des Jahres 1919.....	94
IV. Die Wendung zum Kommunismus	107
Drittes Kapitel	
„Notwehr“ und „Ordnung“: die Mobilisierung der Gegenkräfte 1919–1920 ..	113
I. Technische Nothilfe – <i>Unions civiques</i>	113
II. Die Bürgerkriegskämpfe in Berlin 1919	124

Viertes Kapitel**Politischer Extremismus in der politisch-sozialen Topographie der Hauptstädte.....137**

- I. Soziale Spannung und soziales „Gelände“.....137
- II. Wählerbewegung und lokale Schwerpunkte.....146

Fünftes Kapitel**Der Kommunismus als Massenbewegung 161**

- I. Mitgliederbewegung der kommunistischen Parteien in den Metropolen.....161
- II. Einheit der Arbeiterklasse? Soziale Determinanten der kommunistischen Mitgliederbewegung166

Sechstes Kapitel**Kommunistische Massenmobilisierung und Krisenverschärfung 1920–1926197**

- I. Die „Einheitsfront“ im Zeichen des sich „stabilisierenden Kapitalismus“.....197
- II. Gewerkschaftspolitik und Betriebsräte 1920–1923.....205
- III. Totalitäre Propaganda und paramilitärische Organisation.....234

Siebentes Kapitel**Formierung des Rechtsextremismus und „Faschismus“ 269**

- I. Antikommunismus und „Faschismus“ in Paris 1924–1926.....271
- II. Antikommunismus, „faschistisches“ Potential und völkischer Antisemitismus in Berlin 1919–1924.....299

Achtes Kapitel**Politische Liturgie: der politische Extremismus und seine Traditionen331**

- I. Kommunistische Bewegung und nationale Traditionen333
 - 1. Die revolutionäre Tradition Frankreichs, der Kommunismus und die Pariser Kommutradition.....334
 - 2. Die KPD und die Flucht aus der deutschen Geschichte342
- II. Die extreme Rechte und die nationalen Traditionen.....348
- III. „Invention of tradition“354

Neuntes Kapitel**Die „Dritte Periode“ und die Verschärfung
der kommunistischen Taktik 1928–1934.....361**

- I. Probleme der Wirtschaftskrise.....361
 - 1. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.....362
 - 2. Arbeitslosigkeit.....366
 - 3. Altersstruktur und „Jugendrevolte“370
- II. Moskauer „Kapitalismusanalyse“ und regionale Realität:
Rationalisierung und „Radikalisierung“378
- III. Kommunistische Erwerbslosenpolitik.....401
- IV. „Krieg“, „Bürgerkrieg“ und kommunistische „Kampftage“419

Zehntes Kapitel**Die Mobilisierung des Rechtsextremismus
in der Krise der Demokratie 437**

- I. Faschistisches Potential und totalitäre Bewegung: die NSDAP in Berlin.....437
 - 1. Neuaufbau und Durchbruch der Berliner
NSDAP unter Goebbels.....437
 - 2. Mitglieder, Parteiorganisation, Propaganda.....448
 - 3. Die Berliner SA als paramilitärische Organisation.....455
 - 4. Nationalsozialistische Ideologie und Antisemitismus461
- II. Paris und der französische „Faschismus“ der dreißiger Jahre467
 - 1. Hauptstadt gegen Zentralstaat: der 6. Februar 1934.....467
 - 2. Die „bonapartistische“ Rechte:
Jeunesses Patriotes und Croix de feu.....476
 - 3. Faschismus von links? Neo-Sozialismus
und Parti Populaire Français.....492
 - 4. Der neue Antisemitismus.....497
- III. Faschismus, „Antimarxismus“, Totalitarismus506

Elftes Kapitel**Politische Gewalt und die Konfrontation der Extremisten..... 527**

- I. Kommunistischer „Antifaschismus“527
 - 1. „Antifaschismus“ und Radikalisierung in den zwanziger Jahren527
 - 2. Die unterschiedliche Entwicklung des „Antifaschismus“ seit 1929555
- II. Bewaffnete „Bürgerkriegsparteien“? Berlin 1930–1933, Paris 1934–1938....575
 - 1. Notwehrkalkül und Legalitätstaktik.....575
 - 2. Virtuelles Nachrichtenmonopol und „soziales Gelände“589
 - 3. Die Frage der Bewaffnung.....599
 - 4. Die Volksfront und die pazifizierende Funktion politischer
Traditionen in Paris604

Zusammenfassende Schlußbetrachtung.....	611
Verzeichnis der Abkürzungen.....	623
Quellen.....	625
Ungedruckte Quellen.....	625
Gedruckte Quellen.....	626
Literatur.....	639
Verzeichnis der Tabellen.....	681
Verzeichnis der Schaubilder.....	683
Register.....	685
Personenregister.....	685
Sachregister.....	691

Vorwort

Die ersten Anfänge vorliegender Arbeit reichen bis in das Jahr 1988 zurück. Ihr Autor konnte daher von einer ebenso seltenen wie glücklichen Erfahrung profitieren: Während der Bearbeitungszeit selbst trat nämlich der Gegenstand in das Stadium seiner definitiven Historisierung ein. Zum einen gewährte mir dies die Freude, vormals geschlossene Quellenbestände in einer Freiheit konsultieren zu können, von der ich zu Beginn meiner Überlegungen nicht zu träumen gewagt hätte. Zum anderen aber veränderte der Umbruch der Jahre 1989–1991 auch den Blick auf das Thema selbst. Indem er das Ende des ideologischen Zeitalters besiegelte, ließ er auch die Epochen-spezifik der hier behandelten Phänomene noch deutlicher als zuvor hervortreten. Und gerade gegenwärtig, da vermehrt vor der Krise der sozialen Demokratie und ihren möglichen Gefährdungen gewarnt wird, muß diese Epochen-spezifität betont werden. Denn mit den vertrauten Kategorien des ideologischen Zeitalters werden die neuen Gefahren für politische und geistige Freiheit kaum zu erkennen sein. Die Geschichte der totalitären Bewegungen, wie wir sie aus dem 20. Jahrhundert kennen und um die es im folgenden gehen wird, ist beendet. Kommende Gefahren dürften dagegen mit jenen neuartigen Prozessen zusammenhängen, die unser „postmodernes“ Zeitalter kennzeichnen und beschleunigen. Wo sie genau liegen, wissen wir zwar nicht, und gerade deshalb könnten sie gefährlich sein. Daß sich aber, wie diese Arbeit vergleichend dokumentiert, die Verhältnisse in der ersten deutschen Demokratie in solch bedrückender Weise zuspitzten, sollte die zweite zu besonderer Wachsamkeit ermahnen.

Die Arbeit an vorliegender Studie hat mich über die Jahre und über vier Dienstorte hinweg begleitet. Entsprechend groß ist die Anzahl der Personen und Institutionen, denen ich mich in Dankbarkeit verbunden weiß. Als Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts in Paris genoß ich das Privileg, kontinuierlich und am Ort die französischen Quellen studieren zu können; das Münchner Institut für Zeitgeschichte bot für die Niederschrift des Manuskripts exzellente Bedingungen. In der Schlußphase konnte die Arbeit auch von dem im Münchner Institut bearbeiteten, durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekt über „Parlament und politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40“ profitieren, von dem weitere vergleichende Studien zu erwarten sind. Abgeschlossen wurde das Manuskript Ende 1996; danach erschienene Literatur konnte nur noch ausnahmsweise berücksichtigt werden. Dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte und seinen Gutachtern danke ich für die Aufnahme der Studie in die „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“.

Vorliegendes Buch ist die erweiterte Fassung einer Arbeit, die im Sommersemester 1995 von der Philosophischen Fakultät III der Universität Regensburg als Habilitationsschrift angenommen wurde. Für Anregungen in dieser Phase danke ich Professor Dr. Franz Bauer (Regensburg) sowie Professor Dr. Karl Dietrich Bracher (Bonn). Für

vielfältige Hinweise, Ratschläge und Diskussionen danke ich ferner Professor Dr. Jacques Girault (Paris), Professor Dr. Klaus-Jürgen Müller (Hamburg), Klaus-Peter Sick (Berlin) sowie meinen Pariser und Münchner Freunden und Kollegen, insbesondere Dr. Stefan Grüner, Dr. Christian Hartmann, Dr. Manfred Kittel, Dr. Klaus Lankheit, Dr. Stefan Martens, Dr. Thomas Raithel, Dr. Hans Woller und Dr. Jürgen Zarusky. Gilles de la Rocque (Paris) danke ich dafür, daß er mir die Papiere seines Vaters zugänglich machte und mich von seinen intimen Kenntnissen der Materie profitieren ließ. Ein besonderer Dank gilt ferner Georg Maisinger, dessen selbstloses Wirken am Institut für Zeitgeschichte ein Gutteil zu den dort herrschenden, idealen Arbeitsbedingungen beiträgt. Darüber hinaus sei allen Mitarbeitern der genannten Institutionen sowie der von mir besuchten Archive und Bibliotheken herzlich gedankt.

Für wertvolle Unterstützung bei der Materialbeschaffung und der Fertigstellung des Manuskripts danke ich insbesondere Andrea Cors, Alexa Loohs und Christopher Schwieger, ferner Kerstin Battefeld, Friederike Frenzel, Mechthild Kuby und Susanne Utsch. Gisela Weis und Heike Veh-Agbeille bearbeiteten die Schlußfassung. Meiner Mutter, Rosemarie Wirsching, danke ich für das Mitlesen der Korrekturen. Johannes Woll M.A. vom R. Oldenbourg Verlag sei für die kompetente und zuvorkommende verlegerische Betreuung des Buches gedankt.

Die Arbeit wäre in dieser Form nicht entstanden ohne die vorbehaltlose und uneigennützigte Förderung durch Professor Dr. Horst Möller (München). Ihm weiß ich mich durch eine langjährige und stets harmonische Zusammenarbeit dankbar verbunden.

Was das Buch schließlich meiner Frau und unseren Töchtern verdankt, wissen sie selbst am besten. Die Widmung kann es nur andeuten.

Tübingen, im September 1997

Andreas Wirsching

La guerre continue, jusqu'au bout.
Au bout, le bout? Il n'y a pas de bout.
Chaque jour, un combat, une émeute,
une insurrection, une révolution. La
vieille Europe n'est plus maîtresse
de ses nerfs et ses peuples. Elle est
en proie au génie du sang.
L'Amour passe. La Haine demeure. La
Haine est la seule loi, aujourd'hui.

(L'ère nouvelle, 7.4.1920)

Einleitung

„Krise Europas“, „Demokratie in der Krise“, „Zerstörung und Selbsterstörung der Demokratie“, „Zeitalter der Extreme“ – in der politischen Diagnose über die Geschichte Europas zwischen den Weltkriegen herrscht weitgehende Übereinstimmung.¹ Die Last des Ersten Weltkriegs, die fragile Friedensordnung, die schwache konjunkturelle bzw. krisenhafte Wirtschaftsentwicklung sowie der hohe sozialökonomische und finanzpolitische Problemdruck, der die Steuerungskapazitäten der Staaten bis ans Äußerste forderte, korrespondierten mit einer bedeutenden Verschärfung der sozialen Konflikte. Dies bewirkte einen zunehmenden Legitimationsverlust des parlamentarischen Regierungssystems, verstärkt durch den Aufschwung antidemokratischen oder gar totalitären Denkens. Im Extremfall war der demokratische Rechtsstaat politisch von zwei Seiten bedroht, indem sich auf seinem Boden mit dem Kommunismus und den verschiedenen Spielarten des Rechtsextremismus gleichzeitig zwei konträre demokratiefeindliche Bewegungen etablierten. Angesichts der hieraus resultierenden ideologischen Zweifrontenauseinandersetzung galt es gleichwohl, die Grundlagen der Demokratie selbst wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltmonopol, Meinungsfreiheit etc. zu sichern. Daß die damit angeschnittenen Herausforderungen in manchen europäischen Ländern weniger gravierend waren bzw. erfolgreicher bestanden wurden als in anderen, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß die Weimarer Republik unter dem skizzierten Problemdruck zusammenbrach. Indessen mangelt es an historischen Arbeiten, die mittels systematisch entwickelter und empirisch kontrollierter, vergleichender Fragestellungen die Krisengeschichte mehrerer Länder zugleich untersuchen und so die Ursachen für länderspezifische Gemeinsamkeiten bzw. Differenzen aufweisen. Eine historisch-quellenmäßige und zugleich komparativ-kontrastierende Analyse müßte die jeweils konkreten Ursachen und Wirkungszu-

¹ Karl Dietrich Bracher, *Die Krise Europas 1917–1975* (Propyläen Geschichte Europas Bd. 6), Frankfurt/M. 1976, v.a. S. 98ff.; Gordon Craig, *Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. II: 1914–1975, München 1979 (zuerst amerik. 1975), S. 108ff.; Karl J. Newman, *Zerstörung und Selbsterstörung der Demokratie. Europa 1918–1938*, Köln u. Berlin 1965; Eric Hobsbawm, *Age of the Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1994.

sammenhänge der politischen Krise untersuchen können. Eine Klassifikation der hierdurch gewonnenen Konvergenz- bzw. Differenzvariablen würde das Urteil darüber schärfen, welche Faktoren der demokratischen Instabilität als quasi gemeineuropäisch oder als nationalspezifisch zu werten sind. Insbesondere für die vieldiskutierte Frage eines deutschen „Sonderwegs“ sind Erkenntnisfortschritte nur noch von entsprechenden vergleichenden Untersuchungen zu erwarten.² Auf die mittlerweile wohl überwiegend akzeptierte Einsicht, daß im Grunde jede Geschichtsschreibung, zumal wenn sie explikativen Charakter trägt, den Vergleich zumindest impliziert und stillschweigend voraussetzt, sei an dieser Stelle nur nebenbei verwiesen.³

Die vorliegende Arbeit stellt sich daher der Einsicht, daß es sich bei der bekannten Krisenanfälligkeit der demokratisch verfaßten Rechtsstaaten zwischen den Weltkriegen keineswegs um ein ausschließlich deutsches Problem handelte. Trotz der bedeutenden Unterschiede, die das Frankreich und Deutschland der zwanziger Jahre kennzeichnen, bietet der Vergleich zwischen diesen beiden Ländern besondere Erfolgchancen. Deutschland und Frankreich besaßen eine lange rechtsstaatliche und bürokratische Tradition; als wichtigste Industriestaaten des Kontinents und Hauptteilnehmer am Ersten Weltkrieg unterlagen sie beide den spezifischen Krisenfaktoren der Zwischenkriegszeit: wirtschaftliche und gesellschaftliche Kriegsfolgenlasten, Finanz- und Inflationsprobleme, Strukturprobleme der Landwirtschaft, Gefährdung des Mittelstandes, Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse in der Industrie, politischer Radikalismus. Als direkte Nachbarn, als sich gegenseitig in Raum und Zeit Nahestehende, waren Deutschland und Frankreich, wie es Marc Bloch formulierte, „Nachbarn und Zeitgenossen, einer durch den anderen ohne Unterlaß beeinflusst, in ihrer Entwicklung gerade aufgrund ihrer Nähe und Gleichzeitigkeit denselben großen Wirkungskräften unterworfen.“⁴ Auch wenn man mit Hartmut Kaelble die – vorübergehende – „Entfremdung“ der deutschen und der französischen Gesellschaft im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert konstatiert,⁵ bleibt doch unbestritten, daß beide Länder je unterschiedliche Ausprägungen eines gemeinsamen Weges in die Moderne repräsentieren. Die beiden „cases“ Deutschland und Frankreich weisen zwi-

² Vgl. Jürgen Kocka, Deutsche Identität und historischer Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1988, B 40–41, S. 15–28, der dafür plädiert (S. 27), „die Hypothese eines deutschen Sonderwegs (wenn auch nicht notwendigerweise das mißverständliche Wort) für die komparative Diskussion eines grundsätzlichen und weiterhin nicht völlig geklärten Problems [zu] reservieren: warum nämlich in Deutschland der liberal-demokratische Rechtsstaat in ein faschistisches bzw. totalitäres System pervertierte, während in jenen Ländern, mit denen die Deutschen sich gerne vergleichen und auch vergleichen sollen, dies nicht geschah – obwohl jene Länder im betreffenden Zeitraum unter ähnlichen Bedingungen existierten und mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert waren.“ Zum Problem des „Sonderwegs“ vgl. auch: *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?* Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte München, München u. Wien 1982, sowie Klaus Hildebrand, *Der deutsche Eigenweg. Über das Problem der Normalität in der modernen Geschichte Deutschlands und Europas*, in: Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter u. Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Bonn 1987, S. 15–34.

³ Siehe z.B. Émile Durkheim, *Journal sociologique*, hrsg. v. Jean Duvignaud, Paris 1969, S. 32: „Et cependant, l'histoire ne peut être une science que dans la mesure où elle explique, et l'on ne peut expliquer qu'en comparant. Même la simple description n'est guère possible autrement.“ Vgl. weiterhin Raymond Grew, *The Case for Comparing Histories*, in: *American Historical Review* 85 (1980), S. 763–778, hier v.a. 768.

⁴ Marc Bloch, *Pour une histoire comparée des sociétés européennes*, in: Ders., *Mélanges historiques*, Bd. I, Paris 1963, S. 16–40, hier S. 19.

⁵ Hartmut Kaelble, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991, S. 19ff. u. 139ff.

schen den Weltkriegen eine große Bandbreite struktureller Gemeinsamkeiten auf, die den komparativen Ansatz legitimieren.

Im folgenden sollen entscheidende Faktoren für die epochenspezifische Gefährdung der Demokratie nach 1918 exemplarisch analysiert und dargestellt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung der Gefährdung durch den *politischen Extremismus*, seiner besonderen Strukturbedingungen, seiner sozialen Triebkräfte und seiner Aktionsformen. Der Vergleich verfolgt dabei einen doppelten Erkenntniszweck: Er ermöglicht zum einen die Feststellung gleichartiger und ähnlicher Phänomene und Tendenzen in den beiden Ländern; zum anderen aber erlaubt er es, durch die Herausarbeitung kennzeichnender Unterschiede die je spezifische historische Individualität besser zu erfassen und damit zum vertieften Verständnis des historischen Gegenstandes beizutragen.⁶ Individualisierend-vergleichende und synthetisch-vergleichende Abschnitte ergänzen sich dabei in komplementärer Absicht: Während idiographische Explorationen immer wieder notwendig sind, um konkrete, unverwechselbare Sachverhalte empirisch aufzuarbeiten und ihre je spezifischen Eigenheiten auszuleuchten, wird erst im synthetischen Vergleich der übergeordnete Begriff des politischen Extremismus gewonnen.⁷

Räumlich konzentriert sich die Untersuchung auf die Metropolen. Im regionalen Raum kann der Wirkungszusammenhang zwischen sozialer Entwicklung, gesellschaftlichem Klima und politischer Aktion empirisch erfaßt werden. Die Hauptstädte als nationale Brennpunkte des öffentlichen Lebens erscheinen für ein solches Unternehmen als besonders relevant. Als nationale Produktions- und Wirtschaftszentren, die durch die Zwänge der Kriegswirtschaft einen enormen Veränderungsschub erfahren hatten, verkörperten sowohl Paris, bzw. der Großraum Paris⁸, als auch Berlin die spezifische Modernität der Zwischenkriegszeit mit all ihren Ambivalenzen und „Un-

⁶ Vgl. dazu Otto Hintze, *Soziologische und geschichtliche Staatsauffassung* (1929), in: Ders., *Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte*, hrsg. v. Gerhard Oestreich, Göttingen 1964, S. 239–305, hier S. 251. Allerdings ist Hintzes formalistische Auffassung, wonach es Aufgabe des Soziologen sei, das Allgemeine zu finden, das dem Vergleichenden zugrunde liegt, während es dem Historiker obliege, die Individualität der verglichenen Gegenstände schärfer zu erfassen, aus heutiger Sicht überholt. Siehe auch Theodor Schieder, *Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft*, in: Ders., *Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung*, München u. Wien 1965, S. 187–211, hier v.a. S. 198f.; Heinz-Gerhard Haupt u. Jürgen Kocka, *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung*, in: Dies., *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. 1996, 9–46, hier S. 11, sowie Jürgen Kocka, *Historische Komparatistik in Deutschland*, in: ebd., S. 47–60, hier S. 52f.

⁷ Zu „individualisierendem“ und „synthetischem“ Vergleich, die freilich ineinander übergehen können, siehe Schieder, *Möglichkeiten und Grenzen*, S. 198ff.

⁸ Sofern nicht anders vermerkt, wird mit „Paris“ im folgenden der Großraum Paris gemeint sein, das heißt die Stadt *intra muros* zusammen mit ihrem Vorortgürtel (*banlieue*). Der Untersuchungsraum entspricht also ungefähr dem früheren Département Seine. Das Interesse der französischen Forschung an der Geschichte der Stadt Paris hat sich im übrigen ganz überwiegend auf das 18. und 19. Jahrhundert konzentriert. So liegen von der monumentalen „*Histoire Nouvelle de Paris*“ bislang zum 20. Jahrhundert noch keine Bände vor. Enttäuschend: Bernard Marchand, *Paris, histoire d'une ville XIXe-XXe siècle*, Paris 1993. Beachtlich dagegen: Johannes Willms, *Paris. Hauptstadt Europas 1789–1914*, München 1988. Zur Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts insbesondere Jeanne Gaillard, *Paris la ville 1852–1870*, Paris 1975; Lenard R. Berlanstein, *The Working People of Paris, 1871–1914*, Baltimore/Maryland 1984; Philip Nord, *Paris Shopkeepers and the Politics of Resentment*, Princeton/N.J. 1986 (behandelt die Zeit der Großen Depression). Für den Untersuchungszeitraum selbst, der überwiegend *Desiderate* aufweist vgl. v.a. die zahlreichen Arbeiten zu Pariser Vorortgemeinden, unten Anm. 63. Eine wissenschaftliche Darstellung der Stadt Paris im 20. Jahrhundert existiert dagegen nicht.

gleichzeitigkeiten“.⁹ Ihnen eignete ein geistiges und politisches Klima, das sie zur Untersuchung der genannten Probleme prädestiniert.¹⁰ Mit der Zusammenballung großer Bevölkerungsmassen und ihrer Großstadtkultur boten die Hauptstädte gleichermaßen dem Links- wie dem Rechtsextremismus singuläre Entfaltungschancen und Bewegungsspielräume. Was also die Zwischenkriegszeit kennzeichnete, die gleichzeitige Etablierung zweier konträrer antidemokratischer Kraftzentren, wurde in den Metropolen gewissermaßen zur physisch erfahrbaren Alltagsrealität. Insofern sich im Einzelnen, das konkret untersucht werden kann, das Allgemeine widerspiegelt, wird diese Arbeit allerdings eine ganze Reihe von Problemstellungen im gesamtstaatlich-nationalen Rahmen entfalten. Es handelt sich also nicht um einen regionalhistorischen Ansatz im engeren Sinne, der die Metropolen als solche zum Gegenstand machte. Dies wäre angesichts der Komplexität der hauptstädtischen Gesellschaften auch nicht zu leisten. Vielmehr werden zeittypisch-allgemeine Phänomene in konkret-exemplarischer, überwiegend auf die Hauptstädte bezogener Weise analysiert, dargestellt und im Rahmen der nationalen Entwicklung interpretiert.

⁹ Einen Eindruck dieser spezifisch hauptstädtischen Atmosphäre vermittelt z.B. der Sammelband von Peter Alter (Hrsg.), *Im Banne der Metropolen. Berlin und London in den zwanziger Jahren* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 29), Göttingen 1993. Die Forschungslage für die Geschichte Berlins während der Weimarer Republik ist insgesamt erheblich dichter als für Paris. Als Überblick siehe den Abschnitt von Henning Köhler in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), *Geschichte Berlins Bd. II: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart*, München 1987, S. 797–923. Erheblich erweitert haben unsere Kenntnisse die Arbeiten des Projekts „Berliner Demokratie“ aus dem Umkreis der Historischen Kommission zu Berlin. Siehe Otto Büsch u. Wolfgang Haus (Hrsg.), *Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933*, Berlin 1987; Otto Büsch (Hrsg.), *Beiträge zur Geschichte der Berliner Demokratie 1919–1933/1945–1985*, Berlin 1988. Als besonders gut erforscht kann ferner die kommunale Geschichte Berlins gelten. Siehe insbesondere Otto Büsch, *Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Periode*, Berlin 1960; Frauke Bey-Heard, *Hauptstadt und Staatsumwälzung – Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung*, Stuttgart 1969; Christian Engeli, Gustav Böß, *Oberbürgermeister von Berlin 1921–1930*, Stuttgart 1971; Edward Gough, *Die SPD in der Berliner Kommunalpolitik 1925–1933*, Diss. FU Berlin 1984; Detlef Lehnert, *Kommunale Politik, Parteiensystem und Interessenkonflikte in Berlin und Wien 1919–1932. Wohnungs-, Verkehrs- und Finanzpolitik im Spannungsfeld von städtischer Selbstverwaltung und Verbandseinflüssen*, Berlin 1991; Berthold Grzywatz, *Städtische Verwaltungsorganisation zwischen Staat, Gemeinde und Bezirken. Zur Entwicklung des Berliner Verfassungsrechts in der Weimarer Republik*, in: *Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* 1993, S. 7–46. Zur Sozialgeschichte siehe die sozialstatistische Synthese von Berthold Grzywatz, *Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 63), Berlin 1988, sowie die grundlegende Arbeit von Heidrun Hornburg, *Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt – Management – Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939* (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin 1), Berlin 1991.

¹⁰ Vergleichende Studien zu Berlin und Paris während des Untersuchungszeitraums liegen nicht vor. Hinzuweisen ist allerdings auf einen entsprechenden thematischen Schwerpunkt, den die Historische Kommission zu Berlin in ihr Programm aufgenommen hat und der seinen Niederschlag in bisher zwei Kolloquien (*Berlin und Paris zur Zeit der Restauration*; *Berlin und Paris in der Revolution von 1848*) gefunden hat: Ilya Micck, Horst Möller u. Jürgen Voss (Hrsg.), *Paris und Berlin in der Revolution 1848*, Sigmaringen 1995. Zum anderen hat sich eine deutsch-französische Forschergruppe konstituiert, die v.a. die wechselseitigen kulturellen Perzeptionen zwischen den beiden Hauptstädten untersucht. Kulturgeschichtlich wichtig war auch die große Ausstellung im Pariser „Centre Pompidou“ über „Paris – Berlin. Rapports et contrastes France-Allemagne 1900–1933“ im Jahre 1978. Ein weiteres, gemeinsam von Jay M. Winter und Jean-Louis Robert geleitetes und am Pariser „Centre d'histoire des mouvements sociaux et du syndicalisme“ angesiedeltes Forschungsprojekt thematisiert die Geschichte der Metropolen London, Paris und Berlin während des Ersten Weltkriegs. Siehe jetzt: Jay Winter u. Jean-Louis Robert (Hrsg.), *Capital Cities at War. London, Paris, Berlin 1914–1919*, Cambridge 1997.

Zeitlich erstreckt sich die Untersuchung sinnvollerweise auf die demokratische Periode der Zwischenkriegszeit und differiert daher in bezug auf die beiden Länder. Während in Frankreich die gesamte Periode vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Kriegsausbruch 1939 den zu berücksichtigenden Zeitrahmen bildet, steht für den deutschen Teil die Zeit der Weimarer Republik im Mittelpunkt der Studie. Mit diesem zeitlich weitausgreifenden Untersuchungsansatz wird die Zwischenkriegszeit insgesamt als Epoche der europäischen Geschichte konstituiert und in ihrer spezifischen Entwicklungsdynamik ernst genommen. Damit wird eine Gefahr vermieden, die sich bei einer Beschränkung auf die Krisenzeit der dreißiger Jahre fast zwangsläufig ergäbe: die Isolation des Untersuchungsgegenstandes und die letztlich unhistorische Kappung der konstitutiven Phase bis 1929. Demgegenüber wird vorliegende Untersuchung verdeutlichen, daß *alle* wesentlichen Merkmale des politischen Extremismus bereits *vor* 1928 voll entfaltet waren. Gleichsam unter der Oberfläche der relativen Stabilität, die das „neugestaltete bürgerliche Europa“ Mitte der zwanziger Jahre erreicht zu haben schien,¹¹ entwickelte sich doch schon seine radikale Infragestellung durch die extremistischen Kräfte der Epoche. Die Untersuchung hofft daher zeigen zu können, daß der Gefährdung der Demokratie durch politischen Extremismus längerfristige Kontinuitäten zugrunde lagen, die vor allem aus dem Ersten Weltkrieg und der durch ihn bedingten „Brutalisierung der Politik“ hervorgingen.¹² In einem doppelten Sinne wird dadurch die Krise der dreißiger Jahre in einen weiteren Kontext gestellt: chronologisch und vergleichend-europäisch.

Es bedarf freilich keiner besonderen Begründung, daß eine flächendeckende empirische Behandlung dieses langen Zeitraums nicht möglich ist. Statt dessen werden einige zeitliche Schwerpunkte gesetzt und in verdichteter Weise behandelt. Dies betrifft im wesentlichen die unmittelbare Nachkriegszeit (Zweites und Drittes Kapitel), die Phase der Inflation und der relativen Stabilisierung Mitte der zwanziger Jahre (Sechstes und Siebentes Kapitel) sowie schließlich die Krise der dreißiger Jahre (Neuntes bis Elftes Kapitel). Dabei muß berücksichtigt werden, daß Frankreich die für die Zwischenkriegszeit typischen sozialökonomischen und politischen Phasen insgesamt später erreichte als Deutschland, sie jedoch meist langsamer durchlief. Inflation bzw. inflationäre Tendenzen gab es in Deutschland 1921–1923, in Frankreich dagegen 1924–1926. Die Weltwirtschaftskrise erreichte Deutschland Ende 1929, Frankreich dagegen erst 1931/32; sie nahm hier eine weitaus weniger dramatische Form an, dauerte dafür aber länger, nämlich etwa bis 1938. Die offene Krise der Demokratie führte in Deutschland 1933 zum Untergang der Republik, in Frankreich setzte sie erst

¹¹ Siehe Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I*, 2. Aufl. Princeton/N.J. 1988. Maiers Grundthese lautet, daß nach 1918 das direkte Verhandeln („collective bargaining“) zwischen den großen sozialökonomischen Kräften und Interessen zunehmend an die Stelle des parlamentarischen Konfliktaustrags trat. Das auf diese Weise hervorgebrachte, für die Zwischenkriegszeit spezifische, „neokorporatistische“ Gleichgewichtssystem lag an der Wurzel der Stabilisierung nach dem Ersten Weltkrieg und erlaubte die vorübergehende Domestizierung der sozialen und ökonomischen Konfliktpotentiale.

¹² Begriff nach George L. Mosse, *Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg*, in: Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Ilmuth Knütter, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Bonn 1987, S. 127–139. Während Mosse v.a. die Vorgänge auf der extremen Rechten analysiert, wird die vorliegende Arbeit auf den durch den Weltkrieg entscheidend beförderten *gleichzeitigen* „Brutalisierungsprozeß“ auf der extremen Linken wie der extremen Rechten hinweisen.

1934 ein, um dann bis zum Kriegsausbruch präsent zu bleiben. Um also systematisch sinnvoll vergleichen zu können, ist ein partiell zeitversetzter Vergleich notwendig und legitim;¹³ dabei muß freilich die Chronologie als genuin verursachender Faktor stets berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Untersuchung Frankreichs nach 1933, einer Zeit, in der die Machtergreifung Hitlers und die kommunistische Wendung zur Volksfront eine grundlegende, zeitinhärente Veränderung der politischen Rahmenbedingungen bewirkten.¹⁴

In noch weitaus höherem Maße, als dies für die Historiographie im allgemeinen gilt, ist die vergleichende Geschichtswissenschaft eine konstruierte, das heißt nach bestimmten Gesichtspunkten geordnete Geschichte. Stärker noch als die vergleichende Politikwissenschaft mit ihrer überwiegenden Orientierung an der makropolitischen Ebene¹⁵ steht die vergleichende historische Forschung vor dem Dilemma der unendlich differenzierten historischen Wirklichkeit und ihrer je spezifischen Individualität, d.h. vor einer unüberschaubaren Vielfalt von Variablen, die für sich genommen singular sind und sich dem komparatistischen Verfahren tendenziell entziehen. Andererseits gibt es gegenwärtig in der Geschichtswissenschaft keine allgemeine und unbestrittene Theorie, welche die systematische Reduktion der potentiell zu untersuchenden Variablen erlauben würde.¹⁶ Um jedoch zu entscheiden, welche von der komparatistischen Problemstellung abhängigen Variablen besondere Repräsentanz besitzen und daher ausführlicher zu thematisieren sind, bedürfen wir gleichwohl einiger theoriegeleiteter Vorentscheidungen, die freilich auf den historischen Gegenstand hin zugeschnitten sein müssen.

Um politischen Extremismus historisch zu analysieren, zu klassifizieren und die von ihm für die Demokratie ausgehende Gefährdung vergleichend zu untersuchen, bedient sich vorliegende Studie eines modifizierten totalitarismustheoretischen Ansatzes. Gegen die aus der Politikwissenschaft stammende Totalitarismustheorie läßt sich kritisch einwenden, daß sie mit ihrem strukturanalytischen Verfahren gleichsam zu „statisch“ sei und die historische Dynamik, wie sie insbesondere durch gesellschaftliche und ökonomische Prozesse hervorgebracht wird, nicht angemessen erfassen könne.¹⁷ Ihr Gegenstand bleiben primär die Strukturen von Herrschaftssystemen.¹⁸

¹³ Vgl. Kocka u. Haupt, *Historischer Vergleich*, S. 25.

¹⁴ Siehe dazu v.a. unten, S. 604 ff.

¹⁵ Vgl. Juan Linz, *Crisis, Breakdown, and Reequilibration* (= *The Breakdown of Democratic Regimes* 1), Baltimore u. London 1978, S. XI.

¹⁶ Vgl. Hans-Jürgen Puhle, *Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers*, in: Jürgen Kocka u. Thomas Nipperdey (Hrsg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte* (*Theorie der Geschichte* 3), München 1979, S. 119–136.

¹⁷ Siehe z.B. Helga Grebing, *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S. 57. Über die jüngste – freilich nur partielle – Rehabilitierung der Totalitarismustheorie sowie über Möglichkeiten ihrer künftigen forschungsbezogenen Anwendung vgl. Eckhard Jesse, *Überlegungen zur weiteren Totalitarismusforschung*, in: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Paderborn 1996, S. 275–284.

¹⁸ Die wichtigsten Impulse für eine historische Fundierung der Totalitarismustheorie durch die empirisch-induktive Erforschung der in Frage stehenden Diktaturen hat Karl Dietrich Bracher gegeben. Ausgehend von seinen bahnbrechenden Untersuchungen zum Ende der Weimarer Republik und zur Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur, hat Bracher am Totalitarismusbegriff auch dann festgehalten, als er, nicht zuletzt in politischer Absicht, scharf kritisiert wurde. Siehe Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 5. Aufl. Villingen 1971; Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Wolfgang Sauer, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34* (*Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft* 14), Köln u. Opladen 1960; Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen*

Demgegenüber sucht diese Arbeit, die sich allein mit der „Bewegungsphase“ der zur Debatte stehenden politischen Extremismen befaßt, gerade auch die ihnen zugrunde liegende und von ihnen in Gang gesetzte *Dynamik* herauszuarbeiten. Zum einen ergibt sich von hier aus eine erste terminologische Präzisierung: Im Gegensatz zum Begriff der totalitären Diktatur, der eine Herrschaftsform meint, wird in dieser Arbeit mit *totalitärer Bewegung* eine spezifische, im folgenden näher zu bestimmende Form des politischen Extremismus bezeichnet, der sich auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaates entfaltet und dessen verfassungsmäßig garantierte Freiheiten zur demokratiefeindlichen Aktion nutzt.¹⁹ Zum anderen stellt sich daher die Frage, ob und inwieweit die analytischen Kategorien der klassischen Totalitarismustheorie auf die Bedingungen des parlamentarisch-demokratischen Systems übertragen werden können, wie es in Deutschland und Frankreich während des Untersuchungszeitraums bestand.

Nun kann es nicht Sinn dieser Einleitung sein, einen umfassenden Bericht über die Entwicklungsgeschichte der Totalitarismustheorie zu geben.²⁰ Daher soll zunächst von dem theoretisch nach wie vor am stärksten durchgebildeten Totalitarismusmodell, demjenigen Carl J. Friedrichs ausgegangen werden. Friedrich meinte, es handle sich bei den totalitären Herrschaftsformen des 20. Jahrhunderts um ein historisch grundsätzlich neues, einzigartiges Phänomen, das in unmittelbarem Zusammenhang mit der Heraufkunft der modernen Technik und der Massendemokratie stand.²¹ In

des Nationalsozialismus, 4. Aufl. Köln 1972; Karl Dietrich Bracher, Der umstrittene Totalitarismus. Erfahrung und Aktualität (1973), in: Ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, 5. Aufl. München 1984, S. 34–62; Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, v.a. S. 150ff. Vgl. Josef Meran, Theorien in der Geschichtswissenschaft. Die Diskussion über die Wissenschaftlichkeit der Geschichte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 66), Göttingen 1985, S. 76ff.

¹⁹ Auf die inhaltliche Präzisierung der „totalitären Bewegung“ verweisend, wird im folgenden auf einen eigenen Definitionsversuch des Begriffes „Extremismus“ verzichtet. Vgl. die in dieser Hinsicht eher abschreckende Diskussion in Wolfgang Kowalsky u. Werner Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 9–13, die Einleitung der Herausgeber. Vgl. auch die Diskussion bei Isabelle Canu, Verteidigung der Demokratie in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich des Umgangs mit politischem Extremismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration, Opladen 1997, S. 28ff. Die von Canu, ebd., S. 38f., vorgenommene Ablehnung der Totalitarismustheorie als Instrument der Extremismusforschung trägt eher hypothetischen Charakter. Unter theoretischen Gesichtspunkten anregend: Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

²⁰ Eine Sammlung wichtiger Schlüsseltexte wurde herausgegeben von Bruno Seidel u. Siegfried Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung (Wege der Forschung Band CXL), Darmstadt 1974. Vgl. die Überblicke von Leonard Schapiro, Totalitarianism, London 1972; Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart u.a. 1976; Uwe Backes u. Eckhard Jesse, Totalitarismus, Extremismus, Terrorismus, Leverkusen 1984, v.a. S. 47–102. Einen Überblick vermittelt Hans Maier, „Totalitarismus“ und „politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, in: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte 45 (1995), S. 387–406, v.a. S. 391ff. Siehe auch die Beiträge in dem gleichnamigen, von Hans Maier herausgegebenen Sammelband. Pointiert kritisch, teilweise von neo-marxistischen Positionen her, setzen sich mit der Totalitarismustheorie auseinander: Martin Greiffenhagen, Reinhard Kühnl, Johann Baptist Müller, Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs, München 1972. Von der seit kurzem wieder gegebenen Aktualität der Totalitarismustheorie zeugen u.a. mehrere neue Sammelbände zum Thema. Siehe neben Maier (Hrsg.), Totalitarismus, den Reader von Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert: eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden 1996; Alfons Söllner, Ralf Walkenhaus u. Karin Wicland (Hrsg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997.

²¹ Die These von der Neuartigkeit und Einzigartigkeit der totalitären Systeme diskutiert kritisch Uwe Backes, Totalitarismus – ein Phänomen des 20. Jahrhunderts?, in: Thomas Nipperdey, Anselm Doe-

seiner klassisch gewordenen Auflistung der „entscheidenden Wesenszüge“, die allen totalitären Diktaturen gemeinsam seien und ihre spezifische Gestalt ausmachten, nannte Friedrich sechs Kriterien: „eine Ideologie, eine Partei, eine terroristische Geheimpolizei, ein Nachrichtenmonopol, ein Waffenmonopol und eine zentralgelenkte Wirtschaft.“²² Sucht man diese Kriterien in modifizierter Form auf extremistische Bewegungen anzuwenden, die vor 1933 auf dem Boden der Demokratie entstanden, so entfällt die zentral gelenkte Wirtschaft ohne weiteres. Die anderen lassen sich dagegen unmittelbar oder in modifizierter Weise auf die „Bewegungsphase“ übertragen.

Dies betrifft zunächst das zentrale Merkmal der *Ideologie*. Als geschlossenes Weltbild erhob die totalitäre Ideologie den Anspruch auf die umfassende Erklärung von Politik und Gesellschaft, Geschichte und Gegenwart.²³ Gegenüber den in der Gesellschaft herrschenden Wertungen wollten totalitäre Ideologien „ein ganz anderes Wertungssystem durchsetzen“, das „bis in Metaphysik hinein fundiert wird“.²⁴ Dieser neu konstituierte Sinnzusammenhang korrespondierte untrennbar mit einem Feindbild. Der gemeinsame Nenner, gleichsam ein „Primärphänomen“ des Totalitären,²⁵ der alle von Friedrich genannten Merkmale miteinander verbindet, besteht daher in der ideologischen Verabsolutierung eines politischen *Freund-Feind-Gegensatzes*, auf den das gesamte politisch-soziale Geschehen reduziert wurde.²⁶

ring-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien*. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Berlin 1993, S. 244–260.

²² Carl J. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957, S. 19. In seiner modifizierten, flexibleren Charakterisierung des Totalitarismus-Modells geht Bracher von vier Merkmalen aus, die sich in der Substanz nicht entscheidend von dem Friedrichschen Modell unterscheiden: 1. eine offizielle Ideologie; 2. eine „zentralisierte, einheitspolitische, uniformierte Massenbewegung“; 3. die „volle Kontrolle aller relevanten Mittel der Kommunikation und des Zwangs“; 4. „die bürokratische Kontrolle der Ökonomie und der sozialen Beziehungen“; Bracher, *Totalitarismus*, hier S. 43f. Kritisch zu den späteren Modifikationen, die Friedrich selbst an seinem Kriterienkatalog vollzogen hat, Lothar Fritze, *Unschärfen des Totalitarismusbegriffs. Methodologische Bemerkungen zu Carl Joachim Friedrichs Begriff der totalitären Diktatur*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 629–641. Die – überraschenden – Verbindungen der Friedrichschen Konzeption mit der Diktatur-Diskussion in der Weimarer Republik und insbesondere mit Carl Schmitt werden herausgearbeitet von Hans J. Lietzmann, *Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur. Carl Joachim Friedrichs Totalitarismustheorie*, in: Söllner, *Walkenhaus u. Wieland* (Hrsg.), *Totalitarismus*, S. 174–192.

²³ Vgl. z.B. die Erinnerungen an seine Begegnung mit dem Marxismus-Leninismus von Heinz Brandt, *Ein Traum der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West*, München 1967, S. 73: „Ich war neunzehn Jahre alt, und alles war mir klar. Ich wußte nun genau, was die Welt im Innersten zusammenhält. Die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung lagen wie ein aufgeschlagenes Buch vor mir. Vergangenheit und Gegenwart waren wissenschaftlich analysiert, die Zukunft vorausberechenbar. Alles war festgestellt, alles war beschrieben... Mein Weltbild war wunderbar geschlossen. Alles paßte nahtlos ineinander.“

²⁴ Martin Drath, *Totalitarismus in der Volksdemokratie* (1958), in: Seidel/Jenkner (Hrsg.), *Totalitarismus-Forschung*, S. 310–358, hier S. 323, 337ff., die Zitate S. 337 u. S. 340.

²⁵ Der Begriff des „Primärphänomens“, das „als zentrales Prinzip des Totalitarismus ... seine einzelnen Charakteristika nicht nur zusammenhält, sondern maßgeblich bestimmt“, nach Drath, *Totalitarismus*, S. 323.

²⁶ Vgl. dazu Karl Dietrich Bracher, *Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 1–24, v.a. S. 5 u. passim; Hans-Joachim Lieber, *Ideologie. Eine historisch-systematische Einführung*, Paderborn u.a. 1985, S. 111ff.; Backes, *Politischer Extremismus*, S. 305f.; Hans Günther, *Der Feind in der totalitären Kultur*, in: Gabriele Gorzka (Hrsg.), *Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kultur und Kunst der 1930er bis 50er Jahre*, Bremen 1994, S. 89–100, hier v.a. S. 89ff. Zu den soziologischen und sozialpsychologischen Bedingungsfaktoren der „sozialen Konstruktion“ des Feindes vgl. James A. Aho, *This Thing of Darkness. A Sociology of the Enemy*, Washington 1994, v.a. S. 23ff.

Totalitäre Ideologien vermochten daher ausschließlich moralische, nicht aber strukturell bedingte Gegensätze zu artikulieren. Strukturelle Prozesse und „Sachzwänge“ wurden demgegenüber in das Korsett eines moralischen Rigorismus hineingezwängt, der nur Schuldige und Opfer kannte. Das damit verbundene dichotomische, gleichsam manichäische Denken bedurfte freilich eines positiv besetzten Gegenpols zu dem identifizierten Feind. Die Kehrseite des Feindbildes bestand in der Eigengruppe,²⁷ konkret gesprochen in der „Klasse“ einerseits oder der Nation andererseits bzw. dem Volk und, in völkischer Übersteigerung, der Rasse. Ebenso wie die Feindgruppe wurden diese Eigengruppen als fiktive, empirisch nicht aufzufindende Mythen verabsolutiert. Innerhalb der Eigengruppe (Arbeiterklasse oder Nation/Volk/Rasse) konnte es daher keine wirklichen Gegensätze, sei es sozialer, mentaler oder politischer Art geben. Gab es solche Konflikte, so handelte es sich um Scheingegensätze ohne reale Basis, die letztlich auf den sinistren Einfluß der Feindgruppe zurückzuführen und durch verstärkte Propaganda zu eliminieren waren. Oder es waren Verräter in den eigenen Reihen am Werk.

Die totalitären Bewegungen, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auf der extremen Linken wie auf der extremen Rechten entstanden, zeichneten sich mithin durch eine charakteristische Parallelität aus. Beide schöpften ihre hauptsächliche Triebkraft aus dem Bewußtsein einer existentiellen Bedrohung. In totalitärer Perspektive schien sich die Bedrohung freilich auf das intentionale Handeln konkreter Personen oder Personengruppen zu reduzieren. Die Aktion des „Feindes“ erschien als das Entscheidende, als die *causa prima* der als beängstigend und verwerflich empfundenen politisch-gesellschaftlichen Realität. Probleme und „Sachzwänge“, die den demokratisch verfaßten industriellen Massengesellschaften notwendig innewohnen, werden daher im totalitären Denken durch den quasi-jurisdiktionellen und unentrinnbaren Schuldspruch über einige wenige „erklärt“. Nur in der Vernichtung des Feindes kann schließlich auch die Lösung der Probleme liegen. Totalitäres Denken und totalitäre Ideologie sind daher zur Analyse anhand objektivierbarer Kriterien weder willens noch in der Lage. Sie bleiben dauerhaft immun gegen jegliche Form der Empirie und des Erfahrungswissens. Die kognitive Realitätsverweigerung ist mithin ein notwendiges Kriterium totalitärer Ideologie und totalitärer Bewegung.

Analytische Elemente, wie sie namentlich dem Marxismus-Leninismus innewohnen, hatten demgegenüber zumeist nur sekundären Charakter und dienten der Legitimation des Schuldspruchs, wenn sie nicht ohnehin zur Leerformel geronnen waren. Es ist daher auch wenig einsichtig, den Vergleich zwischen Marxismus-Leninismus und Faschismus/Nationalsozialismus mit dem Hinweis abzulehnen, ersterer besitze seine Wurzeln in Aufklärung und Humanismus und daher ein höheres Maß an „Rationalität“.²⁸ Der Marxismus-Leninismus hat einige grundlegende Elemente der sozialen und ökonomischen Realität des 19. Jahrhunderts geschichtsphilosophisch verabsolutiert. Indem er etwa den Gedanken des Klassenkampfes als historisches Bewegungsgesetz hypostasierte und gegen jegliche Kritik immunisierte, entzog er ihm dem Bereich diskursiver Argumentation, auf der allein Rationalität letztlich beruhen kann.

²⁷ Vgl. dazu die prägnanten Formulierungen bei Friedrich A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, hrsg. u. eingel. v. Wilhelm Röpkke, Erlenbach-Zürich 1945, S. 178f.

²⁸ Pars pro toto: Johann-Baptist Müller, *Kommunismus und Nationalsozialismus. Ein sozio-ökonomischer Vergleich*, in: Greiffenhagen, Kühnl, Müller, *Totalitarismus*, S. 61–96, hier v.a. S. 61ff. u. 67ff.

Es ist eben diese Verabsolutierung und die damit verbundene Verweigerung der empirisch begründeten Argumentation, die letztlich die Irrationalität und den Ideologecharakter des Marxismus-Leninismus ausmachen.

Eine weitere Konsequenz des verabsolutierten Freund-Feind-Schemas bestand in der Auffassung, es könne keinen gangbaren politischen Weg zwischen den sich feindlich gegenüberstehenden Extremen geben. Damit hängt eng zusammen, daß beide totalitären Pole nach dem Ersten Weltkrieg den liberalen Rechtsstaat und die pluralistische Demokratie mit dem ideologischen Hauptfeind tendenziell identifizierten. Die Kommunisten machten zumindest bis 1934 keinen substantiellen Unterschied zwischen demokratischem Rechtsstaat und „Faschismus“. Umgekehrt war für die Weltanschauung der Rechtsextremen aller Couleur die als antizivilisatorisch und zersetzend gewertete Ideologie des Klassenkampfes und des Kommunismus nur das mehr oder minder zwangsläufige Resultat des als mechanistisch-materialistisch empfundenen und zur gesellschaftlichen Atomisierung tendierenden liberalen Systems. Kampf gegen den „Feind“ fiel für totalitäre Bewegungen daher notwendig zusammen mit dem Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat und das parlamentarische System. Im Kampf um die Gestaltung der Zukunft kannte das totalitäre Denken demzufolge nur ein kompromißloses Entweder-Oder: Wollte man der Gefahr entgehen, die von dem einen totalitären Pol ausging, so mußte man für den Gegenpol optieren. Dieser allzu häufig propagierte *Optionszwang* zwischen Gut und Böse, zwischen Freund und Feind charakterisierte die bipolare, totalitäre Signatur der Epoche. Er lag an der Wurzel eines dezisionistischen Politikverständnisses und schränkte den Handlungsspielraum der demokratischen Kräfte erheblich ein.

Das Instrument, um schon unter demokratisch-pluralistischen Verhältnissen ein ideologisch begründetes, absolutes Wahrheitsmonopol zu beanspruchen, war für die totalitären Bewegungen die *Partei* bzw. eine „zentralisierte, einheitspolitische, uniformierte Massenbewegung“.²⁹ Nach außen erfüllte sie eine spezifische „Kapillar-Funktion“³⁰ im Bemühen, in möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche einzudringen und den ideologischen Monopol- und Wahrheitsanspruch kämpferisch, d.h. auch gegenüber dem „Feind“ zu vertreten. Nach innen bildete sich in ihr die ideologisch geforderte Homogenität der Eigengruppe ab. Die von C. J. Friedrich als charakteristisches Merkmal der totalitären Diktaturen herausgearbeitete „Leidenschaft für die Einstimmigkeit“³¹ war in der totalitären Partei schon während der „Bewegungsphase“ vorgebildet.³² Innerhalb der hypostasierten Eigengruppe galt es die ideologisch geforderte, aktuell jedoch gestörte Einheit mittels Propaganda, Agitation und schließlich durch Terror herzustellen. Eine analoge Einheit mußte innerhalb der Partei durchgesetzt werden, gegebenenfalls auch mit Zwangsmaßnahmen, um im Kampf gegen den „Feind“ um so besser bestehen zu können.³³ Totalitäre Parteien verstanden sich da-

²⁹ Bracher, Totalitarismus, S. 43.

³⁰ Friedrich, Diktatur, S. 70.

³¹ Friedrich, Diktatur, S. 127f.

³² Zum die totalitären Parteien kennzeichnenden Konzept der „monolithischen“ Geschlossenheit vgl. Aryeh L. Unger, *The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia*, Cambridge 1974, S. 19f.

³³ Vgl. Drath, Totalitarismus, S. 338 u. 342. Vgl. z.B. die charakteristische Ankündigung Ruth Fischers auf dem 10. Parteitag der KPD 1925: „Ich habe erklärt..., daß wir alle Fraktionsmacherei noch unnach-sichtlicher (sic) ahnden werden, als wir das im vorigen Jahr getan haben. Das, was wir uns in schwerem Kampf errungen haben, die Einheitlichkeit unserer Partei, wollen wir uns nicht mehr rauben las-

her nach außen als politische Kampfpartei; nach innen folgten sie strikt zentralisierten, hierarchisch-autoritären Organisationsprinzipien, in denen totalitäre Herrschaftsformen bereits präfiguriert waren. Beides diente der Massenmobilisierung und der Kontrolle zugleich.

Zu modifizieren gilt es schließlich die drei übrigen Merkmale: Geheimpolizei, Waffen- und Nachrichtenmonopol. Denn während der Periode, in der totalitäre Bewegungen (noch) nicht über einen staatlichen Herrschaftsapparat verfügen, erscheinen diese drei Charakteristika nicht in ihrer typologisch klaren Form, wenn sie auch in der Sache durchaus schon existieren und für das in Frage stehende politische Phänomen konstitutiv sind. Denn sie alle bilden grundlegende Elemente jenes funktionalen Zusammenhanges von Ideologie und Propaganda, politischer Gewalt und Terror, der die Kategorie des Totalitären charakterisiert.³⁴

Die *Geheimpolizei*, die in totalitären Regimen für den „Schutz“ der Führer wie für die Bekämpfung des äußeren wie inneren „Feindes“ zuständig ist,³⁵ bildet einen integralen Bestandteil des totalitären Terrorapparates. In der „Bewegungsphase“ kann sie, mangels Zugriff auf die staatlichen Institutionen, höchstens rudimentären Charakter besitzen wie z.B. beim „Gegner-Dienst“ der KPD, der systematisch in die als „feindlich“ deklarierten Organisationen und Milieus einzudringen versuchte, oder bei der SS vor 1933.³⁶

Wenn totalitäre Bewegungen im demokratischen Raum auch keinesfalls über ein *Waffenmonopol* verfügen können, so suchen sie doch das Gewaltmonopol des Staates zu durchbrechen. Beide Merkmale, Geheimpolizei und Waffenmonopol, lassen sich daher für unsere Zwecke unter einen weiten Begriff der *paramilitärischen Organisation* subsumieren, die damit als notwendiges Kriterium der totalitären Bewegung konstituiert wird. Dies kann die Bildung tatsächlicher militärischer Einheiten außerhalb der staatlichen Legalität umfassen, die die Bewaffnung ihrer Anhänger vorantreiben und auf direkte militärische Machtübernahme zielen.³⁷ Charakteristischer für die totalitären Bewegungen war aber die Unterwerfung gerade des zivilen und politischen Lebens unter die „eiserne“ Disziplin quasi-militärischer Befehls- und Gefolgschaftsverhältnisse.³⁸ Im Mittelpunkt stand das Konzept des „politischen Soldaten“, der sich – von der totalitären Ideologie völlig durchdrungen und fanatisiert – der Partei als will-

sen, weil wir diese Einheitlichkeit im Kampfe gegen den Feind dringend gebrauchen.“ Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitagess der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 515.

³⁴ Zu diesem Zusammenhang unübertroffen Hannah Arendts Kapitel über „Ideologie und Terror: eine neue Staatsform“, in: Dies., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955, S. 724ff.

³⁵ Vgl. Friedrich, Diktatur, S. 130ff.

³⁶ Bezeichnenderweise fungierte z.B. die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums (Politische Polizei) nach der „Machtergreifung“ als Keimzelle der Gestapo. Vgl. Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 36), Berlin 1983, v.a. S. 128ff.

³⁷ So etwa bei der Freikorps- und Wehrverbandstradition der extremen Rechten in der frühen Weimarer Republik. Siehe dazu unten, S. 437f.

³⁸ Vgl. Eve Rosenhaft, Gewalt in der Politik: Zum Problem des „Sozialen Militarismus“, in: Klaus-Jürgen Müller u. Eckardt Opitz (Hrsg.), Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 237–259.

ges Propaganda- und Kampfinstrument zur Verfügung stellte.³⁹ Die paramilitärische Organisation – mit ihren spezifischen Kennzeichen wie Uniformierung, disziplinierte Marschformation, zumindest rudimentäre Bewaffnung (Knüppel) etc. – lag also auf der Grenze zwischen illegaler Parteiarmee und legalem Instrument zur Mobilisierung und Propaganda.

Damit ist schließlich das letzte Merkmal der totalitären Bewegung bezeichnet. Zwar kann es ein *Nachrichtenmonopol* in demokratisch verfaßten Gesellschaften nicht geben. Doch verfügten totalitäre Bewegungen über eine mehr oder minder ansehnliche Organisation zur Vermittlung von Information, die von der Partei und ihrer Ideologie beherrscht und kontrolliert wurde. Die durch moderne Massenmedien vermittelte Propaganda gehört notwendig zum Begriff des Totalitären und ordnet sich komplementär den konstitutiven Merkmalen Ideologie und Terror zu. Presse und *Propagandaapparat* der totalitären Bewegungen dienten der permanenten Massenmobilisierung; sie profitierten von der verfassungsmäßig garantierten, pluralistischen Meinungsfreiheit. Die geistige „Vergewaltigung des Menschen“ durch ideologiekonforme Propaganda, die die totalitären Diktaturen kennzeichnet,⁴⁰ besaß so in den Propagandamaschinerien der totalitären Bewegungen und ihrem Anspruch auf ein *virtuelles* Meinungsmonopol ihre unmittelbaren Vorläufer. Dabei spiegelte die politische Propaganda der totalitären Bewegungen stets ihr ideologisch begründetes Freund-Feind-Denken wider und trug infolgedessen erheblich zur Verschärfung politischer Krisensituationen und zur Eskalation politischer Gewalt bei. Es erscheint angemessen, bei der Analyse totalitärer Bewegungen eine zumindest tendenzielle Einheit von Wort und Tat, von Agitation und Aktion, zugrunde zu legen. Vorliegende Arbeit wird daher auch der politischen Sprache verhältnismäßig hohe historische Relevanz einräumen. Denn es wäre fragwürdig, diese zu leugnen mit dem Hinweis, dabei handle es sich ja „nur“ um Propaganda. Vielmehr prägten die parolenhaft verkürzten Klischees der extremistischen Medien die Disposition der Leser und Hörer und darüber hinaus die politische Atmosphäre insgesamt. Die regelmäßige Wiederholung bestimmter Feindstereotypen, hinter der eine ideologiegeleitete Intention stand, leistete auch der tatsächlichen Gewaltbereitschaft Vorschub. Sprache bahnte der Gewalt den Weg.

Mithin lassen sich die modifizierten Kriterien der Friedrichschen Modellbildung folgendermaßen zusammenfassen: *Totalitäre Bewegungen* im demokratischen Raum waren durch eine geschlossene *Ideologie* und die Organisationsform der hierarchisch gegliederten *Partei* gekennzeichnet. Um im Spektrum der demokratisch-pluralistischen Meinungsvielfalt ihre Anhängerschaft zu erhöhen, zugleich aber die als „Feinde“ identifizierten politischen Gegner zu bekämpfen, entwickelten sie einen aufwendigen *Propagandaapparat*. Dabei unterscheidet sich die totalitäre Propaganda von der „Propaganda“ und der „Öffentlichkeitsarbeit“ nicht-totalitärer Parteien durch ihren ideologischen Absolutheitsanspruch. Totalitäre Bewegungen waren daher auch bereit, ihre Propaganda agitatorisch gegebenenfalls mit den Mitteln physischer Gewalt

³⁹ Vgl. dazu und zum auf die Nationalsozialisten zurückgehenden Begriff des „politischen Soldaten“ Warren E. Williams, Versuch einer Definition paramilitärischer Organisationen, in: Volker Berghahn (Hrsg.), Militarismus, Köln 1975, S. 139–151, hier v.a. S. 144.

⁴⁰ Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 20.

durchzusetzen, was im Aufbau *paramilitärischer Organisationen* zum Ausdruck kam.⁴¹ Im Vergleich zu Friedrichs Modell und schematisch dargestellt, ergibt dies folgende Modifikationen:

Merkmale der „totalitären Diktatur“ (nach C.J. Friedrich)		Merkmale der „totalitären Bewegung“
Ideologie	→	Ideologie
Partei	→	Partei/politische Organisation
Nachrichtenmonopol	→	Propagandaapparat
Geheimpolizei, Waffenmonopol	→	Paramilitärische Organisation
Zentral gelenkte Wirtschaft	→	entfällt

Diese auf die Zwischenkriegszeit zugeschnittene Modifikation der klassischen Friedrichschen Kriterien bietet den Vorteil, das gleichsam „monolithische“, an der Regimlehre orientierte methodische Instrumentarium der Totalitarismustheorie zu „zerlegen“ und ihre einzelnen analytischen Kategorien flexibler zu machen. So kann zum Beispiel präziser gefragt werden, welche sozialen Gruppen durch das Merkmal der totalitären Ideologie besonders angesprochen und mobilisiert wurden und welche Funktion es im konkreten politisch-sozialen Kontext erfüllte. Desgleichen können die paramilitärischen Bemühungen und Organisationen der extremistischen Bewegungen unter der entfalteten Fragestellung näher betrachtet und detaillierter auf ihre regionalen, sozialen und mentalen Triebkräfte befragt werden. Ausgehend von diesen Vorüberlegungen, wird die Arbeit Bausteine für eine vergleichende Strukturanalyse jener Gruppierungen und Parteien liefern, die wichtige Merkmale einer „totalitären Bewegung“ aufwiesen.

Orientiert sich dieser Interpretationsrahmen, so ließe sich kritisch einwenden, nicht allzu sehr an den besonderen Verhältnissen der Weimarer Republik mit ihrem letztlich singulären, das heißt unvergleichlichen Krisendruck? Ist er auf die französischen Verhältnisse überhaupt anwendbar? Indessen können völlig gleichförmige oder gar identische Phänomene nicht Gegenstand vergleichender Geschichtsschreibung sein. Vielmehr geht es um die durch das komparatistische Verfahren herauszuarbeitende Vergleichbarkeit in der Tendenz und spezifische Unterschiede. Dabei stellt der in dieser Arbeit verwendete Begriff der totalitären Bewegung einen abstrahierten, aus der Wirklichkeit konstruierten Idealtyp dar.⁴² Er ist keineswegs mit dem Untersuchungsgegenstand selbst identisch, etwa in dem Sinne, daß in beiden Ländern bzw. Hauptstädten überall die Existenz gleichartiger totalitärer Bewegungen auf der Rechten wie auf der Linken nachgewiesen werden sollte (obwohl der französische Fall dem vorgestellten Modell eine auf den ersten Blick vielleicht überraschende Vielfalt

⁴¹ Der Sache nach, wenn auch nicht systematisch ausgeführt, findet sich ein solcher Begriff der totalitären Bewegung in den Grundzügen bereits bei Hannah Arendt, *Elemente*, S. 562 (Ideologie und Propaganda der „totalitären Bewegungen“, bevor sie „die Macht haben“) u. S. 578ff. („Frontorganisationen“ u. Parteiorganisation „vor der Machtergreifung“).

⁴² Dies im Gegensatz zur – in dieser Hinsicht problematischen – Begriffsbildung von Carl J. Friedrich, der die analysierten totalitären Diktaturen als Realtypen betrachtete und als solche zu beschreiben beanspruchte. Vgl. Volker Gransow, *Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz*, Frankfurt/M. u. New York 1980, S. 27; Friedrich Pohlmann, *Ideologie und Terror im Nationalsozialismus* (Freiburger Arbeiten zur Soziologie der Diktatur 1), Pfaffenweiler 1992, S. 105f.

von Ansatzpunkten bietet). Vielmehr dient der Idealtyp als heuristisches und analytisches Arbeitsinstrument, als „begriffliches Mittel zur *Vergleichung* und *Messung* der Wirklichkeit“⁴³ und zur schließlichen Herausarbeitung nationaler Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Allerdings könnte es kaum befriedigen, sich auf ein rein strukturanalytisches Verfahren zu beschränken. Nicht ohne Grund bezog sich die Kritik an der Totalitarismustheorie immer wieder auf ihr mangelhaftes methodisches Instrumentarium zur Analyse historischer Dynamik und verändernder Prozesse. Seit den 1960er Jahren setzte diese Kritik zunächst von Seiten der Kommunismusforschung ein, die angesichts der sich wandelnden poststalinistischen Herrschaftssysteme der Sowjetunion und ihres Einflusses zunehmend „immanenten“ Forschungsmethoden den Vorzug gab.⁴⁴ Demgegenüber ließe sich heute einwenden, daß der in der Substanz totalitäre Charakter auch der poststalinistischen kommunistischen Regime dauerhaft unterschätzt wurde, was nicht zuletzt darin offenbar geworden ist, daß ihr tatsächlicher Wandel zugleich auch ihr Ende bedeutete. Zugleich wurde der Totalitarismusbegriff im Zuge der Erforschung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in die Defensive gedrängt. Zum einen wurde die vom Totalitarismuskonzept suggerierte „monolithische“ Struktur des NS-Staates relativiert.⁴⁵ Zum andern wurde mit Blick auf den Nationalsozialismus dem Faschismusbegriff eine höhere Trennschärfe in bezug auf die Analyse seiner gesellschaftsgeschichtlichen Ursachen zugebilligt.⁴⁶ So gerechtfertigt dies im Hinblick auf einzelne Untersuchungsfelder ohne Zweifel ist,⁴⁷ so nachteilig kann es sich auswirken, daß Faschismustheorien in der Regel auch dann eindimensional auf „den Kapitalismus“ fixiert bleiben, wenn sie nicht explizit als marxistisch zu bezeichnen sind. Denn wenn man im Sinne Max Horkheimers vom Faschismus spricht und dabei vorrangig an den Kapitalismus denkt, droht die Interdependenz der Extremismen im demokratischen Raum, eben die *totalitäre* Signatur der Epoche, unversehens aus dem Blickfeld zu geraten. Ob indes eine solche verkürzte Betrachtungsweise gerade für die Fälle der Weimarer Republik und der französischen Dritten Republik, die sich durch ein Vielparteiensystem mit polarisierend-

⁴³ Max Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922, S. 146–214, hier S. 199. Vgl. ebd., S. 194: Der Idealtypus als „Gedankenbild“, „welches die Bedeutung eines rein idealen *Grenzbegriffes* hat, an welchem die Wirklichkeit zur Verdeutlichung bestimmter bedeutsamer Bestandteile ihres empirischen Gehaltes *gemessen*, mit dem sie *vergliehen* werden.“

⁴⁴ Siehe zusammenfassend Gransow, *Wandlungen*; Gert-Joachim Glaesner, *Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung* (Studienbücher zur Sozialwissenschaft 44), Opladen 1982, S. 70ff.

⁴⁵ Paradigmatisch: Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung* (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts), München 1969. Vgl. Ian Kershaw, „Working towards the Führer“. Reflections on the Nature of the Hitler Dictatorship, in: *Contemporary European History* 2 (1993), S. 103–118. Zur Diskussion vgl. Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich* (Oldenbourg Grundriß der Geschichte), 4. Aufl. München 1991, S. 128ff.; Ian Kershaw, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, 2. Aufl. 1994, S. 95ff.

⁴⁶ Repräsentativ hierfür die Beiträge von Hans Mommsen und Jürgen Kocka in: *Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse*. Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München 1980, S. 18ff. u. 39ff.

⁴⁷ Als herausragendes Beispiel wäre etwa zu nennen: Jürgen Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890–1940 im internationalen Vergleich* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 25), Göttingen 1977.

zentrifugalen Tendenzen auszeichneten,⁴⁸ angemessen ist, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Demgegenüber beansprucht das hier entwickelte Modell eine epochenspezifische Erklärungskraft lediglich für die totalitäre Bewegungsphase in den Demokratien der Zwischenkriegszeit, nicht aber für die Analyse der Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Doch werden im konkreten sozialen und regionalen Kontext Entstehungsfaktoren, mögliche Wesensverwandtschaften und die dialektische Wechselwirkung totalitärer Bewegungen untersucht. Zusammen mit der spezifisch auf die Zwischenkriegsdemokratien zugeschnittenen Modifikation des von C.J. Friedrich entfalteten Modells sucht die vorliegende Arbeit den totalitarismustheoretischen Ansatz um eine *historisch-genetische* Dimension zu erweitern.⁴⁹

Sie geht daher von der historischen Tatsache aus, daß der Kommunismus in den parlamentarischen Demokratien Deutschlands und Frankreichs zeitlich die erste Bewegung gewesen ist, auf welche die genannten totalitarismustheoretischen Merkmale zutreffen. Mithin wird die kommunistische als totalitäre Bewegung ernst genommen und analysiert, wobei ihren immanenten Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen ausreichend Raum gewährt werden soll: Die vergleichende Untersuchung ihrer Durchsetzungs- und Mobilisierungschancen im demokratischen Raum und im konkreten sozialen Kontext der Hauptstädte bilden einen zentralen Schwerpunkt dieser Arbeit und den Gegenstand des Zweiten, Fünften, Sechsten und Neunten Kapitels. Zwar ist eine umfassende Sozialgeschichte der hauptstädtischen kommunistischen Bewegungen im vorliegenden Rahmen nicht möglich. Doch indem wir sozialgeschichtliche Befunde in die vergleichende Analyse konstant mit einbeziehen, hoffen wir, dem diesbezüglichen und nicht selten beklagten Defizit der Totalitarismustheorie Rechnung zu tragen. Darüber hinaus kann bei einem solchen vergleichenden Verfahren auch die Gefahr vermieden werden, die Kommunistische Internationale – deren Rolle es freilich stets angemessen zu berücksichtigen gilt – allein als entscheidenden externen Faktor zu bewerten, der jede Etappe der nationalen kommunistischen Bewegungen ausschließlich determinierte.⁵⁰

Forschungen, die der skizzierten Problemstellung entsprechen, fehlen für Frankreich fast völlig.⁵¹ Dies mag damit zusammenhängen, daß die entsprechenden Phänomene tatsächlich in abgemilderter Form existierten und die Dritte Republik nicht von innen heraus aufgrund eines den deutschen Verhältnissen vergleichbaren Krisendrucks zusammenbrach. Obwohl der Begriff des „Totalitarismus“ im Französischen

⁴⁸ Vgl. dazu die in Anlehnung an die systematische Klassifizierung von Sartori gemachten Ausführungen von Linz, *Breakdown*, S. 25f.

⁴⁹ Angeregt, allerdings über weite Strecken nicht überzeugend eingelöst wurde eine solche historisch-genetische Erweiterung der Totalitarismustheorie von Ernst Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Frankfurt/M. 1987, S. 18. Zur Kritik an Nolte unten, S. 513ff. u. 519ff. Siehe jetzt auch: Ernst Nolte, *Die historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie: Ärgernis oder Einsicht?*, in: *Zeitschrift für Politik* 43 (1996), S. 111–122. Vgl. auch Jesse, *Überlegungen*, S. 281f.

⁵⁰ Vgl. dazu die Bemerkungen von Serge Wolikow, *Les rapports du P.C.F. et de l'Internationale communiste (1925–1935)*, Première partie: Remarques méthodologiques et théoriques, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez*, n.s. Nr. 25–26, 1978, S. 14–65, hier: S. 18f.

⁵¹ Eine knappe Vergleichsskizze liegt vor von Eric D. Weitz, *Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919–1948*, Ithaca/N.Y. 1992.

durchaus geläufig ist,⁵² wurde die eigene Geschichte kaum auf entsprechende Tendenzen befragt. Insbesondere ist die Geschichte des französischen Kommunismus vor 1944/45 – obwohl zu keiner anderen politischen Partei Frankreichs eine ähnlich umfangreiche Literatur vorliegt⁵³ – kaum je als totalitäre Bewegung diskutiert worden. Während den Zeitgenossen die totalitäre Substanz auch der französischen kommunistischen Bewegung durchaus bewußt war, hat die Historiographie nach 1945 diese Dimension weitgehend ignoriert und die Ideologiekritik lange Zeit politischen Philosophen wie Raymond Aron⁵⁴ und Jean-François Revel⁵⁵ überlassen.⁵⁶ Der PCF profitierte vom Mythos der Résistance und konnte sich in der Vierten Republik anfangs als wählerstärkste politische Partei etablieren.

Lange Zeit stellte die Geschichtsschreibung über den PCF, so ließe sich pointieren, eine abhängige Variable vom politischen Standpunkt des jeweiligen Autors dar. Orientiert am Leitbild der „revolutionären Partei“, erschöpfte sich insbesondere die parteioffizielle Historiographie in überwiegend sterilen und positivistischen Diskussionen über Fragen der „Strategie“ und der „Taktik“ des PCF in den zwanziger und dreißiger Jahren. Hierbei handelte es sich zumeist um Studien auf schmaler Quellenbasis, die als Funktion dessen zu begreifen waren, was man als gleichsam orthodoxe Parteigeschichte sehen wollte.⁵⁷ Erst in neuerer Zeit sind auch aus den Reihen der kommunistisch geprägten Geschichtswissenschaft innovative Arbeiten entstanden, die sich bewußt gegen eine Mythologisierung der Parteigeschichte wenden, ihre Arbeiten auf eine breite Quellengrundlage stellen und sich durch neue, von der Parteiräson weniger abhängige Fragestellungen auszeichnen.⁵⁸

⁵² Siehe etwa Léon Poliakov, *Les totalitarismes du XX^e siècle. Un phénomène historique dépassé?*, Paris 1987.

⁵³ Eine „Bibliographie raisonnée“ über die Literatur zum französischen Kommunismus gibt Annie Kriegel, *L'historiographie du communisme français: premier bilan et orientations de recherches* (1970), und *L'historiographie du communisme français entre 1970 et 1984*, beides in: Annie Kriegel (avec la collaboration de Guillaume Bourgeois), *Les communistes français dans leur premier demi-siècle 1920–1970*, Paris 1985, S. 371–382 u. 383–393. Siehe des weiteren Danièle Tartakowsky, *L'historiographie du parti communiste français. Nouveau bilan*, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes*, Nr. 23 (1985), S. 81–109 (mit Bibliographie); Tony Judt, *Une historiographie pas comme les autres: The French Communists and their History*, in: *European Studies Review* 12 (1982), S. 445–477.

⁵⁴ Raymond Aron, *Opium für Intellektuelle oder Die Sucht nach Weltanschauung*, Köln u. Berlin 1957 (zuerst französisch).

⁵⁵ Jean-François Revel, *La tentation totalitaire*, Paris 1975. Vgl. hierzu David Bosshart, *Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik* (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 63), Berlin 1992.

⁵⁶ Siehe allerdings das große interpretatorische Essay von François Furet, *Le passé d'une illusion. L'essai sur l'idée communiste au XX^e siècle*, Paris 1995. Furet orientiert sich über weite Strecken an einem totalitarismustheoretischen Ansatz und betont die innere Nähe und das aufeinander Bezogen sein von Kommunismus und Faschismus. Siehe v.a. ebd., S. 189ff. Jetzt auch Stéphane Courtois u.a., *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression*, Paris 1997.

⁵⁷ Siehe z.B. Michel Dion u.a., *La classe ouvrière française et la politique. Essais d'analyse historique et sociale*, Paris 1980; Jean Burles, Roger Martelli, Serge Wolikow, *Les communistes et leur stratégie. Réflexions sur une histoire*, Paris 1981. Als eine Art offiziöser Gesamtdarstellung siehe das Sammelwerk von Roger Bourderon u.a., *Le PCF étapes et problèmes 1920–1972*, Paris 1981. Eine stimulierende, unabhängige Darstellung des Themas „Strategie und Taktik“ bietet Jean-Jacques Becker, *Le PCF, veut-il prendre le pouvoir? La stratégie du PCF, de 1930 à nos jours*, Paris 1981.

⁵⁸ Einen wichtigen historiographischen Ausgangspunkt bildete ein Seminar jüngerer kommunistischer Historiker aus dem Jahr 1972, das neue Forschungsimpulse vermittelte. Siehe *Le séminaire des historiens communistes*, 14–15 octobre, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez*, n.s. 2, 1973, S. 96–119 (mit Gesprächsprotokoll). Aus der Reihe jüngerer Historiker sind insbesondere zu nennen: Jean-Louis Robert, *Ouvriers et mouvement ouvrier parisiens pendant la grande guerre et l'immédiat*

Der parteinahen Forschungsliteratur über die kommunistische Bewegung Frankreichs stehen zum einen die Darstellungen der Kommunismusegger gegenüber, die freilich der Gefahr der Enthüllungshistorie nicht immer entgehen.⁵⁹ Zum anderen ist auf die Literatur der „Dissidenten“ zu verweisen, die häufig selbst nicht frei von politischer Befangenheit sein können.⁶⁰ Eine hervorragende Rolle unter den „Dissidenten“ nimmt freilich Annie Kriegel ein, die einen grundlegenden Beitrag zur Geschichte des PCF geliefert hat. Insbesondere stammt von ihr eine auf breiter empirischer Basis beruhende und bis heute nicht überholte Entstehungsgeschichte des französischen Kommunismus.⁶¹ Darüber hinaus hat sie eine Vielzahl gehaltvoller, für Kenntnis und Interpretation des französischen Kommunismus schlechthin unentbehrlicher Einzelstudien vorgelegt.⁶²

Neuere Studien zur Geschichte des PCF, deren Fragestellungen unabhängig von den politischen Implikationen des Themas entwickelt wurden, haben sich v.a. auf die Analyse regionaler und lokaler Entstehungsbedingungen,⁶³ auf die politische Rhetorik⁶⁴ und auf die soziale Zusammensetzung der Führungskader und Mitgliedschaft konzentriert. Auf breiter archivalischer Quellengrundlage, nicht jedoch unter Einbeziehung des kommunistischen Parteiarchivs, sowie auf Methoden der „oral history“ beruhend, haben neuere Lokalstudien im wesentlichen drei leitende Fragestellungen verfolgt. Erstens wurden die Kontinuitäten zum Vorkriegssyndikalismus und -sozialismus herausgearbeitet, wobei sich zeigte, daß die Kommunisten in den untersuchten „roten“ Hochburgen wesentliche Teile der Vorkriegstradition an sich binden

après-guerre. Histoire et anthropologie, Thèse d'Etat Université de Paris I, 1989, jetzt teilweise publiziert u.d.T.: *Les ouvriers, la patrie et la Révolution. Paris 1914–1919*, Besançon 1995; Danielle Tartakowsky, *Les premiers communistes français. Formation des cadres et bolchevisation*, Paris 1980; Jacques Girault (Hrsg.), *Sur l'implantation du parti communiste français dans l'entre-deux-guerres*, Paris 1977; Jean-Paul Depretto u. Sylvie Schweitzer, *Le Communisme à l'usine. Vie ouvrière et mouvement ouvrier chez Renault 1920–1939*, Paris 1984; Jacques Girault, *Le Var rouge. Les Varois et le socialisme, de la fin de la 1^{ère} guerre mondiale au milieu des années 30*, Paris 1995.

⁵⁹ Als jüngstes Beispiel solcher antikommunistischen „Enthüllungshistoriographie“ siehe Victor Loupan u. Pierre Lorrain, *L'argent de Moscou. L'histoire la plus secrète du PCF*, Paris 1994.

⁶⁰ Philippe Robrieux, Maurice Thorez. *Vie secrète et vie publique*, Paris 1975, sowie das – insgesamt allerdings enttäuschende – Werk von Philippe Robrieux, *Histoire intérieure du Parti Communiste*, 4 Bde., Paris 1980–84. Über die Geschichte der Krisen und Dissidenten informiert knapp Michel Dreyfus, *PCF, crises et dissidences de 1920 à nos jours*, Brüssel 1990.

⁶¹ Annie Kriegel, *Aux origines du communisme français 1914–1920*, 2 Bde., Paris 1964. Zur Frühzeit ebenfalls grundlegend Robert Wohl, *French Communism in the Making, 1914–1924*, Stanford/Calif. 1966.

⁶² Siehe insbesondere die Sammelbände von Annie Kriegel, *Le pain et les roses. Jalons pour une histoire des socialismes*, Paris 1968; Dies, *Les communistes français. Essai d'ethnographie politique*, Paris 1968; Dies., *Communisme au miroir français. Temps, cultures et sociétés en France devant le communisme*, Paris 1974.

⁶³ Besonderes Interesse hat dabei das Thema der Pariser „banlieue rouge“ auf sich gezogen, wovon u.a. die Fülle der einschlägigen ungedruckten Magister- und Examensarbeiten zeugt. Ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Erschließung von Quellen und der z.T. schwer zugänglichen ungedruckten Literatur ist der Band von Annie Fourcaut (Hrsg.), *Un siècle de banlieue parisienne (1859–1964)*, Paris 1988. Siehe auch Dies. (Hrsg.), *Banlieue rouge 1920–1960. Années Thorez, années Gabin: archétype du populaire, banc d'essai des modernités (= Autrement, Série Mémoires)*, Paris 1992. Bei den meisten dieser Arbeiten handelt es sich zugleich um wichtige Forschungen zur sozialen und kommunalpolitischen „Einpflanzung“ der kommunistischen Partei. Siehe im einzelnen Jean-Paul Brunet, *Saint-Denis, la ville rouge, 1890–1939*, Paris 1980; Annie Fourcaut, *Bobigny, banlieue rouge*, Paris 1986; Tyler Stovall, *The Rise of the Paris Red Belt, Berkeley/Calif. 1990* (tatsächlich handelt es sich um eine Lokalstudie über den Pariser Vorort Bobigny); Girault (Hrsg.), *Implantation*.

⁶⁴ Denis Peschanski, *Et pourtant ils tourment. Vocabulaire et stratégie du PCF (1934–1936)*, Paris 1988.

und integrieren konnten. Die Erfahrung des Ersten Weltkriegs und die z.T. revolutionäre Hoffnung auf radikale gesellschaftliche Veränderungen bildeten dabei für die soziale Verankerung des PCF die wichtigsten sozialen und mentalen Triebkräfte.⁶⁵ Parallel zu diesen Kontinuitäten verlief freilich zweitens die fortbestehende Traditionslinie des revolutionären Syndikalismus, der gegen den kommunistischen Primat der Partei, der Politik und insbesondere gegen die fortschreitende Abhängigkeit von Moskau bzw. der Komintern rebellierte.⁶⁶ Die Spannung zwischen beiden Kräften lag an der Wurzel einer Vielzahl von innerparteilichen Auseinandersetzungen und beeinflusste die kommunistische Aktion auf der lokalen und regionalen Ebene erheblich. Sie wird auch in dieser Arbeit bezeugt. Ein dritter und besonders innovativer Schwerpunkt der neueren Lokalforschungen betrifft schließlich die Ausbildung dessen, was man die kommunitäre Kultur der Kommunisten nennen könnte. Anknüpfend an den Solidarismus der syndikalistischen Vorkriegstradition,⁶⁷ entwickelte sich in den „roten“ Hochburgen eine spezifische kommunistische „Kultur“, die sich sowohl nach außen, in der sozialen Kampfbereitschaft, als auch nach innen, in einem hohen Maß an sozialer Integration äußerte. Wichtigstes soziales Kampfmittel war demzufolge der Streik, in dem syndikalistischer Mythos und kommunistisch inspirierter Solidarismus konvergierten.⁶⁸ Die inneren Strukturen dieser sozialen Integration ruhten häufig auf der zunehmenden Geschlossenheit des Milieus, das insbesondere in Gegenden des forcierten industriellen Strukturwandels wie im Norden oder in der Pariser Banlieue zunehmend homogenisiert wurde.⁶⁹ In institutioneller Hinsicht äußerte sich dies nach der Eroberung der Stadtverwaltung in Form einer kommunistischen, zuweilen an der Grenze der Legalität agierenden Kommunal- und Sozialpolitik. Diese solidarisch verstandene „community politics“ (Tyler Stovall)⁷⁰ der französischen Kommunisten fand ihr Gegenstück in der Entwicklung einer spezifischen Volkskultur in Form kommunistisch inspirierter „spectacles“, d.h. Feste, Theater, Konzerte usw.⁷¹ Zusammengenommen bilden Kampfbereitschaft nach außen und soziale, kommunalpolitische und kulturelle Integration nach innen die Elemente der von Annie Kriegel so benannten kommunistischen „contre-société“.

Ein weiterer innovativer Forschungsansatz zur Geschichte des PCF wurde durch die Beobachtung beeinflusst, daß die soziale Basis des PCF seit den 1980er Jahren zunehmend abschmilzt, was die Partei tendenziell mit der politischen Bedeutungslosigkeit bedroht. Hierdurch zur Analyse des langfristigen sozialen Profils der kommunistischen Partei angeregt, haben sich einige Autoren dem Gegenstand mit den Methoden der historisch verfahrenen Soziologie angenähert. Auf verschiedene Weise haben alle diese Arbeiten gezeigt, daß der französische Kommunismus vor allem auf die

⁶⁵ Michel Hastings, *Halluin la rouge 1919–1939. Aspects d'un communisme identitaire*, Lille 1991, S. 177ff.

⁶⁶ Kathryn E. Amdur, *Syndicalist Legacy. Trade Unions and Politics in Two French Cities in the Era of World War I*, Chicago/Ill. 1986.

⁶⁷ Siehe etwa Hastings, *Halluin*, S. 89ff.

⁶⁸ Hastings, ebd., S. 324ff. spricht nachgerade von einer „grévculture locale“.

⁶⁹ Pascal Plagnard, *L'implantation du Parti communiste français dans le XIII^e arrondissement de Paris*, in: Girault (Hrsg.), *Implantation*, S. 119–146; Bernard Chambaz, *L'implantation du Parti communiste français à Ivry*, in: ebd., S. 147–178.

⁷⁰ Stovall, *Rise*, S. 145. Vgl. Hastings, *Halluin*, S. 252ff.

⁷¹ Ebd., S. 386ff.; Michel Hastings, *Identité culturelle locale et politique festive communiste: Halluin la Rouge 1920–1934*, in: *Le Mouvement Social*, Nr. 139 (April–Juni 1987), S. 7–25; Noëlle Gérôme u. Danielle Tartakowsky, *La Fête de l'Humanité. Culture communiste, culture populaire*, Paris 1988.

gut qualifizierte Arbeiterelite eine langfristig wirksame Attraktivität ausübte. Sowohl auf der Ebene der Führungskader,⁷² als auch auf der Ebene der allgemeinen Mitgliedschaft läßt sich dies konstatieren. So hat Jean-Paul Molinari die erstaunliche Kontinuität nachgewiesen, mit der der PCF seine Mitglieder vor allem unter den Eisenbahnern, den Bergarbeitern, den Metallarbeitern und den Industrie- und Landarbeitern einiger Agrarregionen rekrutierte.⁷³ In einem – allerdings etwas fragwürdigen – Vergleich zwischen der stalinistischen Sowjetunion und Frankreich interpretierte Henri Heldman die Kommunistischen Parteien beider Länder funktional als Instrumente des langfristigen sozialen Aufstiegs einer „Arbeiteraristokratie“.⁷⁴

Noch weitaus stärker als die französische war die deutsche Geschichtsschreibung über den Kommunismus bis 1989 durch das Gegenüber zwischen parteioffizieller und unabhängiger Forschung geprägt. Der größte Teil der Arbeiten über den deutschen Kommunismus stammt aus der Feder von Autoren der ehemaligen DDR. Es steht außer Frage, daß diese Arbeiten – mit ihrem bis 1989 privilegierten Quellenzugang – häufig interessante und wichtige Einzelbeobachtungen zu Tage gefördert haben; doch wird ihr Informationswert durch die ideologisch-legitimatorische Funktion der DDR-Geschichtswissenschaft beeinträchtigt oder gar völlig zunichte gemacht. Die Rolle der KPD wurde zumeist in weit überproportionaler Weise hervorgehoben, heroisiert und als einzig legitimer und wahrhafter Gegenpol zu „Faschismus“ und Nationalsozialismus ideologisiert. Nicht in die „Linie“ passende Ereignisse und Phänomene wurden aus der Geschichte „wegretuschiert“. Im Ergebnis bewirkte dies eine einseitige Auswahl bzw. Interpretation der Quellen sowie die fragwürdige Herauslösung des Gegenstandes aus seinem zeitbedingten politisch-sozialen Umfeld und konkreten historischen Zusammenhang.⁷⁵

Entscheidende Erkenntnisfortschritte hat dagegen die unabhängige Erforschung der KPD-Geschichte im Westen gebracht. So entstand hier die erste, auch heute noch nicht überholte Gesamtdarstellung der KPD in der Weimarer Republik⁷⁶, ferner gründliche Untersuchungen der frühen Phase der KPD als Massenpartei und ihrer Aufstandsversuche 1921 und 1923.⁷⁷ Herausragende Bedeutung nehmen die Arbeiten von Hermann Weber ein, insbesondere seine monumentale Untersuchung über die „Stalinisierung“ der KPD.⁷⁸ Schließlich wurden auch die „links“- und „rechtskommunistischen“ Strömungen bzw. die oppositionellen Abspaltungen der KPD eingehend untersucht.⁷⁹ Demgegenüber kann der jüngste Versuch Klaus-Michael Mall-

⁷² Bernard Pudal, *Prendre Parti. Pour une sociologie historique du PCF*, Paris 1989.

⁷³ Jean-Paul Molinari, *Les ouvriers communistes. Sociologie de l'adhésion ouvrière au PCF*, Thonon-les-Bains 1991.

⁷⁴ Henri Heldman, *Les fils du peuple de Staline à Gorbatchev. Aristocratie ouvrière, communisme et industrialisme en France et en URSS*, Paris 1989.

⁷⁵ Den besten Überblick über die Forschung gibt Hermann Weber, *Kommunismus in Deutschland 1918–1945* (Füträge der Forschung 189), Darmstadt 1983.

⁷⁶ Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Neuausgabe Hamburg 1986 (zuerst 1948).

⁷⁷ Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973 (zuerst amerik. 1963); Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921* (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 6), Frankfurt/M. 1986.

⁷⁸ Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Stuttgart 1969.

⁷⁹ K.H. Tjaden, *Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik*, Meisenheim a. Gl. 1964; Olaf Ihlau, *Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Meisenheim a. Gl. 1969; Rüdiger Zim-

manns einer grundlegenden, sozialgeschichtlich orientierten und sich vor allem gegen H. Webers Stalinisierungs-These richtenden Neubewertung der Weimarer KPD nicht überzeugen.⁸⁰

Die in Frankreich wie in Deutschland überaus ausgedehnte Einzelforschung zur kommunistischen Bewegung hat in der Regel einer eher „immanenten“ Betrachtungsweise den Vorzug gegeben. Konkret bedeutet dies, daß Entwicklung und Verhaltensmuster, Chancen und Optionen der kommunistischen Bewegung zumeist innerhalb des für die handelnden Akteure verbindlichen und letztlich unübersteigbaren Bewußtseinsrahmens selbst analysiert werden.⁸¹ Das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen Moskau, der Komintern und den je unterschiedlichen Parteiverhältnissen in Deutschland bzw. Frankreich wird in diesen Forschungen meist zur Matrix erhoben, innerhalb derer ideologische und persönliche Konflikte, Motivationsstrukturen und Erfolgchancen der Kommunisten zu beschreiben sind. So unentbehrlich solche gegenstandsbezogene Detailforschung für die Kenntnis der kommunistischen Bewegung ist, so droht sie doch gelegentlich den Blick für das historische Verständnis der Epoche zu trüben, insofern sie nämlich jenen zeitgenössischen Bewußtseinsrahmen der Kommunisten zum alleinigen Maßstab nimmt und manchmal geradezu hermetisch abschließt. An der politischen Wirkung und Funktion der kommunistischen Bewegung weniger interessiert, liegen die immanenten Kommunismusforschungen in der Regel außerhalb einer totalitarismustheoretischen Fragestellung.⁸² Demgegenüber verwendet vorliegende Arbeit ein Interpretationsmodell, das wesentliche Aspekte der kommunistischen Bewegung mittels eines *funktionalen* Ansatzes analysiert. Ein solcher Ansatz richtet das Augenmerk auf die Beziehungen der kommunistischen Akteure zu den anderen Institutionen und Faktoren des gesamten politisch-gesellschaftlichen Lebens.⁸³ Im Rahmen des modifizierten totalitarismustheoretischen Verständnishorizonts interessiert dann weniger das subjektive Bemühen einzelner kommunistischer

mermann, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 62), Düsseldorf 1978; Otto Langels, *Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenem Linken, der Gruppe „Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924–1928*, Frankfurt/M., Bern, New York 1984; Theodor Bergmann, „Gegen den Strom“. *Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition*, Hamburg 1987 (mit ausführlichem biographischem Anhang).

⁸⁰ Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996. In Kurzform finden sich Mallmanns Thesen in Ders., *Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 5–31. In zugespitzter Form vertritt Mallmann die Auffassung, daß die ideologischen Vorgaben der Komintern und der kommunistischen „Avantgarde“ an der Basis nur äußerst geringen Einfluß ausübten. Vielmehr habe häufig ein „links-proletarisches“ Milieu fortbestanden, in dem Kommunisten und Sozialdemokraten „lebensweltlich“ miteinander verbunden geblieben seien und das den Kommunisten eine gleichsam „opportunistische“ Realpolitik ermöglicht hätte. Zur Kritik an dieser zur polemischen Überzeichnung neigenden Arbeit – wodurch auch ihre weiterführenden Aspekte entwertet werden – siehe ausführlich Andreas Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“. Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 47 (1997), S. 449–466.

⁸¹ Zum auf Peter Christian Ludz zurückgehenden Begriff der „Immanenz“ vgl. Gransow, *Wandlungen*, S. 158ff.

⁸² Vgl. z.B. Heldman, *Fils du peuple*, S. 371: „Considérer le système communiste de type soviétique comme le mode institutionnel que prend la mobilité ascendante de l'élite ouvrière dans une société capitaliste bloquée, implique une démarche qui rompt avec le modèle „totalitaire“.“

⁸³ Vgl. die Überlegungen von Bertrand Badie, *Stratégie de la grève. Pour un approche fonctionnaliste du Parti Communiste Français*, Paris 1976, S. 4ff.

Akteure oder Gruppierungen um diese oder jene ideologische Orientierung oder politische Aktion. Vielmehr wird der Akzent auf die je spezifische *Wirkung* kommunistischen Handelns sowie die hierdurch hervorgerufenen Reaktionen gelegt. Die historischen Relevanz-, Erklärungs- und Beurteilungskriterien werden dann weniger aus dem Erfahrungs- und Bewußtseinshorizont der Kommunisten selbst als vielmehr aus dem übergeordneten Zusammenhang gewonnen, innerhalb dessen sie agierten. Diesen aber konstituierte das parlamentarisch-demokratische System der Zwischenkriegszeit, das damit auch für die historische Analyse normativen Charakter erhält.⁸⁴ Dabei versteht es sich von selbst, daß ein solcher Ansatz ebensowenig wie jeder andere die Totalität des Gegenstandes erfassen kann. Gegenüber der vorherrschenden immanenten Betrachtungsweise versteht er sich weniger als kritisches Gegengewicht denn als notwendige Ergänzung.

Im Rahmen unseres Interesses an einer historisch-genetischen Dimension des totalitarismustheoretischen Ansatzes und ausgehend von der Analyse der kommunistischen Bewegung wird sodann zu prüfen sein, inwieweit sich der von Ernst Nolte vorgeschlagene Faschismusbegriff mit dem Konzept der totalitären Bewegung verbinden läßt. Obwohl Nolte wie kaum ein anderer dazu beigetragen hat, den Faschismusbegriff epochenspezifisch zu konkretisieren und damit wissenschaftlich handhabbar zu machen, kam es ihm doch vor allem auf den inneren historischen Zusammenhang der großen Ideologien des 20. Jahrhunderts an. Faschismus wurde von ihm primär als *Antimarxismus* interpretiert, d.h. er erschien ohne den ständigen Bezug auf Marxismus, Bolschewismus und Russische Revolution als nicht angemessen zu be-greifen.⁸⁵

Zunächst unabhängig von der Validität von Noltés Faschismustheorie⁸⁶ wird im Verlauf der Arbeit immer wieder zu zeigen sein, wie die zeitlich vorlaufende Existenz des einen – kommunistischen – Pols die Ausbildung des konträren – rechtsextrem-faschistischen – Pols hervorrief. Umgekehrt bewirkte die extremistische antikommunistische Reaktion gerade in Krisenzeiten eine Art kumulativer Radikalisierung.⁸⁷ Bei extensiver Ausnutzung der demokratisch-rechtsstaatlichen Freiheiten bekämpften beide Bewegungen das bestehende System, beurteilten aber andererseits die gegnerische Bewegung als Todfeind innerhalb einer in letzter Zuspitzung als *Bürgerkrieg* begriffenen Kampfsituation. Die totalitären Bewegungen „brauchten sich um gegnerische Argumente nicht zu kümmern, siebrauchten überhaupt nicht eigentlich zu überzeugen, wenn Überzeugung voraussetzt, daß der Überzeugte vorher eine andere Meinung gehabt hat; sie konnten mitten im Frieden, und ohne daß dies von revolutionären Umwälzungen begleitet worden wäre, die Methoden des Bürgerkrieges in die normale politische Propaganda tragen, den Gegner morden, anstatt ihn zu widerle-

⁸⁴ Vgl. ähnlich Heinrich A. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924*, 2. Aufl. Berlin u. Bonn 1985, S. 11.

⁸⁵ Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus*, 6. Aufl. München 1984.

⁸⁶ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Noltés Faschismustheorie, mit anderen faschismustheoretischen Ansätzen sowie mit der Forschungskontroverse um den französischen „Faschismus“ erfolgt im Lichte der durch diese Arbeit gewonnenen Erkenntnisse unten, S. 506ff.

⁸⁷ Siehe v.a. unten die Kapitel drei, sieben, zehn und elf.

gen, diejenigen, welche nicht bei ihnen organisiert waren, terrorisieren, anstatt sie zu überzeugen.⁶⁸⁸

Die Frage nach Rahmenbedingungen, Bedeutung und Wirkung des Bürgerkriegsthemas bildet daher ein wichtiges Tertium Comparationis dieser Arbeit. Dabei gilt es freilich zu beachten, daß es sich hier nicht um „Bürgerkrieg“ im Wortsinne handelt. Tatsächliche Bürgerkriege hat es in der Zwischenkriegszeit in Rußland und in Spanien gegeben. In Deutschland wie in Frankreich ging es vielmehr um das Bewußtsein von der Gefahr, in eine ähnlich katastrophale Situation abgleiten zu können. Der „Bürgerkrieg“ bildete ein Paradigma, in dem sich latente und offene Bedrohungsängste, Mißbehagen an den politischen Zuständen und Aggressivität bündelten. Und als solches geht es in seiner Bedeutung weit über die engere Bedeutung des Begriffs als militärische Handlung hinaus: zumindest in Krisenzeiten stellte es eine Dominante der politischen Kultur dar. In weitaus höherem Maße, als man dies vordergründig glauben möchte, gilt dies auch für Frankreich, wo nach der KPD die in Europa größte außersowjetische kommunistische Partei existierte; im Großraum Paris hatte der PCF seinen wichtigsten regionalen Schwerpunkt.⁸⁹ Und seit Mitte der 1920er Jahre entstanden in Frankreich neue Formen rechtsextremer, „faschistischer“ Bewegungen, deren gemeinsamen Nenner ein militanter Antikommunismus bildete. Das für die Weimarer Republik so schicksalhafte Bürgerkriegsthema begegnet mithin auch in der späten Dritten Republik. Insbesondere in Krisenzeiten war es sogar weitaus geläufiger und schien den Zeitgenossen weitaus bedrohlicher, als ein oberflächlicher Blick wahrzunehmen vermag. Wenn sich freilich in Deutschland und in der Reichshauptstadt die Verhältnisse aufs Ganze gesehen erheblich gewaltsamer zuspitzten, so zielt vorliegende Untersuchung unter anderem darauf, im vergleichenden Verfahren spezifische Faktoren und Ursachen dieses „Sonderwegs“ herauszuarbeiten.

Die Arbeit profitiert von der seit den 1990er Jahren ganz außerordentlich verbesserten Quellenlage. Für die vergleichende historische Kommunismusforschung ist es ein Glücksfall, daß die reichhaltigen historischen Archive des PCF bzw. der KPD nunmehr auch der nicht-kommunistischen Forschung offenstehen. Neben der umfangreichen einschlägigen Presse und der zeitgenössischen Druckschriftenliteratur bilden darüber hinaus vor allem die Polizeiakten eine zentrale Quelle dieser Arbeit.⁹⁰ Für die Stadt Paris lagern umfangreiche Bestände in der Serie F7 der Archives Nationales sowie im Archiv der Pariser Polizeipräfektur. Forschungen zu Preußen und zu Berlin sind durch die Öffnung der früheren DDR-Archive ohnehin auf eine ganz neue

⁸⁸ Arendt, Elemente, S. 497. Der Begriff des „Bürgerkriegs“ zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus konstituiert die jüngeren Arbeiten Ernst Noltes. Siehe Nolte, Bürgerkrieg. Am Rande sei darauf hingewiesen, daß sich nicht wenige der Überlegungen in Noltes Gesamtwerk bereits finden bei Hanno Kesting, Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg. Deutungen der Geschichte von der Französischen Revolution bis zum West-Ost-Konflikt, Heidelberg 1959.

⁸⁹ Als Überblick über die Stellung des PCF in der „région parisienne“ und insbesondere über ihre langfristige Rolle als Hegemon der banlieue siehe Maurice Cassier, PCF et Région Parisienne. Objet scientifique, enjeu politique, in: Société française. Cahiers de l'institut de recherches marxistes Nr. 2 (Februar-April 1982), S. 36–41 u. Nr. 3 (Mai-Juli 1982), S. 35–41.

⁹⁰ Zur Überwachung der extremistischen Gruppen durch die Pariser Polizei, die Sûreté Générale (Renseignements Généraux) und ihre Informanten seit dem 19. Jahrhundert siehe Jean-Paul Brunet, La police de l'ombre. Indicateurs et provocateurs dans la France contemporaine, Paris 1990; zum Eindringen der politischen Polizei in das kommunistische Milieu vgl. die – allerdings eher impressionistischen – Überlegungen von Maurice Joyes, La pénétration policière au sein du Parti Communiste, in: La Rue, Nr. 25 (1978), S. 87–98.

Grundlage gestellt worden. So erwiesen sich etwa die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, wo der Großteil der Akten des Berliner Polizeipräsidiums lagert, als überaus gehaltvoll. Das Geheime Staatsarchiv Merseburg (jetzt Berlin-Dahlem) bot die Perspektive der preußischen Ministerien, während das Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (jetzt Berlin), auch für die Hauptstadt unentbehrliche Materialien bereithält (v.a. Reichsministerium des Innern, Reichsarbeitsministerium, Reichskommissar zur Überwachung der Öffentlichen Ordnung).

Erstes Kapitel

Weltkrieg und Bürgerkrieg in totalitärer Perspektive

I. Lenins Tatphilosophie des Bürgerkriegs und Carl Schmitts „Begriff des Politischen“

Der Gedanke des Klassenkampfes trug eine grundstürzende Dimension in die bürgerliche Gesellschaft hinein. Weit entfernt davon, bloße Parteinahme für eine spezifische soziale Gruppe zu sein, implizierte insbesondere das marxistische Klassenkampfkonzept nicht nur eine fundamentale Kritik an der liberalen bürgerlichen Gesellschaft, sondern ihre radikale Infragestellung und moralische Disqualifikation. In letzter Konsequenz mußte die Auffassung, der Klassengegensatz sei die alles prägende Strukturdominante der Gesellschaft, den Bürgerkrieg legitimieren. Dabei ist es müßig, darüber zu rasonieren, wie sich in diesem Konflikt historisches Recht und Unrecht verteilen. Historisch-genetisch betrachtet ist die Konzeption des Klassenkampfes untrennbar mit der Durchbruchskrise der kapitalistischen Wirtschaftsweise im 19. Jahrhundert verbunden. Angesichts des europaweit millionenfach erfahrenen und sich periodisch zuspitzenden Massenelends, das mit dieser Durchbruchskrise einherging, konnten die vielfachen strukturellen Ausbeutungs-, Dequalifikations- und Deprivationsprozesse relativ plausibel als gewissermaßen kriegsähnliche Handlungen der besitzenden Klassen dargestellt werden.¹ Und überdies erlebte Europa im 19. Jahrhundert ja tatsächlich eine Reihe von begrenzten Bürgerkriegen – man denke nur an die für die marxistische Theoriebildung schlechthin konstitutiven Daten 1848 und 1871.

Indessen blieben Marx und Engels trotz allem persönlichen, historisch eher ephemeren gebliebenen revolutionär-politischen Engagement primär betrachtende Analytiker und Interpreten des politisch-gesellschaftlichen Weltgeschehens. Innerhalb der materialistischen Betrachtungsweise stand bei ihnen die Betonung des für objektiv-gesetzmäßig und wissenschaftlich erfaßbar gehaltenen, überindividuellen Prozesses viel zu sehr im Vordergrund, als daß sie selbst eine überragende politische Rolle hätten spielen können. Um die Marxsche Lehre zu der politisch wirksamen Kraft zu machen, als die sie das 20. Jahrhundert in ihrer extremsten Ausprägung erlebt hat, bedurfte es ihrer spezifischen Umformung durch Lenin. Während nämlich Marx und Engels scharfsinnige Analytiker und ungemein langfristig wirkende (Fehl-)Interpreten der Bürgerkriege des 19. Jahrhunderts waren, entwickelte Lenin gewissermaßen eine

¹ So schreibt Lenin etwa über die Lehre vom Klassenkampf, sie sei „nicht von Marx, sondern vor ihm von der Bourgeoisie geschaffen worden“. Staat und Revolution, 1917, in: Werke 25, S. 424.

Tatphilosophie des Bürgerkriegs.² Bekanntlich bestand der Leninismus in der Synthese zweier primär voneinander unabhängiger Elemente, deren Verbindung jedoch die spezifische Dynamik der Bewegung ausmachte. Zum einen handelte es sich um die schematisierte Übernahme des dialektischen Materialismus mit seiner deterministischen Geschichtsphilosophie, das heißt seinem Glauben an den objektiv-notwendigen Fortschritt in der Geschichte. Für Lenin unterlag es keinem Zweifel, daß die Gesellschaftsgeschichte wie ein naturgeschichtlicher Prozeß zu betrachten sei und analogen Gesetzen folge. Marx und Engels waren in dieser Hinsicht die großen Lehrmeister gewesen, hatten sie doch den Weg gewiesen, durch die „objektive“ Analyse der Produktionsverhältnisse jene Gesetze „wissenschaftlich“ offenzulegen.³ An den großen revolutionären Ereignissen des 19. Jahrhunderts ließen sich überdies jene geschichtsmächtigen Gesetzmäßigkeiten quasi empirisch und wissenschaftlich studieren. So hob Lenin etwa die marxistische Analyse der Pariser Kommune hervor: „Bei Marx findet man auch nicht die Spur von Utopismus in dem Sinne, daß er sich die ‚neue‘ Gesellschaft erdichtet, zusammenphantasiert. Nein, er studiert – wie einen naturgeschichtlichen Prozeß – die *Geburt* der neuen Gesellschaft *aus* der alten, studiert die Übergangsformen von der alten zur neuen.“⁴

Lenins schematisierende Rezeption von Marx und Engels, die von dem Hintergrund der deutschen Philosophie – und damit einer ganzen Tradition kritischen Skeptizismus – abstrahierte, steht im Kontext der besonderen russischen Verhältnisse gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Der weltanschauliche Monismus etwa sowie der kurzschlüssige Glaube an das wissenschaftlich exakt Bestimmbare, die der größte Teil der russischen Intelligenz um die Jahrhundertwende teilte, sind ganz wesentliche Voraussetzungen für die Entfaltung des Leninschen Denkens.⁵ Dies gilt im besonderen für das andere kennzeichnende Element des Leninismus, die Auffassung nämlich, die mittels des dialektischen Materialismus wissenschaftlich erworbene, exakte Kenntnis der quasi naturgeschichtlichen Bewegungsgesetze der Gesellschaft erfordere ihre Unterstützung – wenn nicht Beschleunigung – durch die mit ihnen in Einklang stehende Tat.⁶ Ausdruck dieses voluntaristischen Postulats war Lenins charakteristische Lehre von der Partei des Proletariats, bestehend aus Berufsrevolutionären und avantgardistischen Sachwaltern der Arbeiterinteressen. Mit der Spaltung der Russischen Sozialdemokratischen Partei und der völligen Majorisierung ihres „bolschewi-

² Grundsätzlich zum Verhältnis von Philosophie und Politik bei Lenin aus philosophischer Sicht: Andreas Arndt, *Lenin – Politik und Philosophie. Zur Entwicklung einer Konzeption materialistischer Dialektik*, Bochum 1982. Siehe auch den Sammelband von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler u. Gert Schäfer (Hrsg.), *Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive*, Mainz 1994, hier v.a. den Beitrag von Reinhart Kößler, *Zwischen evolutionistischem Determinismus und Voluntarismus? Versuch über Lenins „theoretische Tat“ 1917*, S. 33–41.

³ In dieser Sicht des Marxismus ist sich Lenin durchgehend treu geblieben, und schon in seinen Schriften ist die entsprechende Sichtweise der Marxschen Lehre enthalten. Siehe etwa Lenin, *Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?*, 1894, Werke 1, S. 130f., 158f.

⁴ *Staat und Revolution*, Werke 25, S. 438.

⁵ Siehe Peter Scheibert, *Über Lenins Anfänge*, in: *Historische Zeitschrift* 182 (1956), S. 559–566, hier v.a. S. 559ff.

⁶ Zu Lenins Voluntarismus und Parteilehre vgl. Hermann Weber, *Lenin und der Leninismus*, in: *Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung*, Hannover 1969, S. 1–45, hier v.a. S. 23ff. (zuerst 1963).

stischen“ Teils schuf Lenin in einem langjährigen Prozeß eine solche Partei „neuen Typs“ und schmiedete sich so seine schärfste Waffe.⁷

Der dieser leninistischen Tatphilosophie kongeniale Schlüsselbegriff war der Bürgerkrieg. Lenin verkürzte Marx' geschichtsphilosophische Klassenkampfdoktrin zur handlungsleitenden Revolutionstheorie, entwickelte aus ihr ein systematisches Bürgerkriegskonzept und machte es zur Grundlage seines politischen Voluntarismus. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation war der Bürgerkrieg demzufolge die notwendig verschärfte Form des sich gesetzmäßig entwickelnden Klassenkampfes: „Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen.“⁸ Ganz im Einklang mit seinem quasi-philosophischen Determinismus erkannte Lenin das der bürgerlichen Gesellschaft innewohnende „Gesetz“, daß „je entwickelter die Demokratie, desto näher [...] bei jeder tiefgehenden politischen Auseinandersetzung, durch die die Bourgeoisie gefährdet wird, Pogrome und Bürgerkriege heran[rücken].“⁹ Entsprang der Bürgerkrieg somit gesetzmäßig der „objektiven“ Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, so diente er zugleich auch als Richtschnur für die politisch bewußten Revolutionäre, d.h. für den „subjektiven“ Faktor des politisch-gesellschaftlichen Geschehens. Nur „ihre allseitige Teilnahme an der revolutionären Bewegung bis zum offenen Straßenkampf, bis zum Bürgerkrieg gegen die Verteidiger der politischen und wirtschaftlichen Sklaverei“, so schrieb Lenin schon 1901, könne den „Arbeitermassen“ eine wirkliche politische Erziehung geben.¹⁰ „Objektive“ und „subjektive“ Faktoren kulminierten mithin in der die Geschichte vollziehenden revolutionären Tat des Bürgerkrieges. Dem entspricht C.J. Friedrichs Feststellung, wonach „in der totalitären Ideologie [...] das Normative im Faktischen aufgelöst“ wird.¹¹

Zwar blieben die theoretischen Grundlagen von Lenins Bürgerkriegskonzeption seit seiner Frühzeit im wesentlichen unverändert. Aber erst der Weltkrieg mit seinem enormen Blutzzoll und dem durch ihn vorangetriebenen Legitimationsverlust des Zarenreiches beförderte die praktischen Chancen der leninistischen Tatphilosophie entscheidend. In der Russischen Revolution von 1917 und dem folgenden Bürgerkrieg fand sie schließlich die ihr entsprechende Einheit von Theorie und Praxis und ihr historisches Paradigma. Krieg, Revolution und Bürgerkrieg blieben denn auch untrennbar aufeinander bezogene Grundelemente der bolschewistischen Ideologie. Bewaffneter Aufstand und Bürgerkrieg mußten demzufolge vor dem Hintergrund des viel schrecklicheren „imperialistischen“ (Welt-)Krieges betrachtet werden. Der Bürgerkrieg versprach die definitive Befreiung von dem quasi permanenten Krieg der „herrschenden Klassen“. Die von den Gegnern befürchteten „Ströme von Blut“, die der Bürgerkrieg kosten würde, waren aus dieser Sicht legitim und gegenüber den „Blut-

⁷ Leonard Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt 1962; vgl. Jacob L. Talmon, The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Ideological Polarisation in the Twentieth Century, London 1981, S. 374ff.

⁸ Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, 1916, in: Werke 23, S. 74.

⁹ Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, 1918, in: Werke 28, S. 244.

¹⁰ Lenin, Die Verfolger des Semstwo und die Hannibale des Liberalismus, 1901, in: Werke 5, S. 60f. (Anm.).

¹¹ C.J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 15.

meeren“ des imperialistischen Krieges ein höchst geringes Übel.¹² „Der Bürgerkrieg ist ebenfalls Krieg“, so formulierte Lenin 1916 gleichsam die Quintessenz seiner Doktrin, „folglich muß auch er unvermeidlich die Gewalt an die Stelle des Rechts setzen.“¹³

Der Erste Weltkrieg hatte über viereinhalb Jahre nur geführt werden können mittels einer beispiellosen Mobilisierung ökonomischer, materieller und demographischer Ressourcen. Vor allem zwei Faktoren prägten diesen Prozeß; beide wirkten aufeinander ein und beide waren in höchstem Maße verantwortlich für die europaweite Entfesselung revolutionärer Kräfte nach Kriegsende: Erstens hatte der Krieg nicht nur für die unmittelbar am Geschehen Beteiligten, sondern auch an der „inneren Front“ einen ungeheuren Wandel in den sozialen Beziehungen und den alltäglichen Lebensbereichen mit sich gebracht. Zwar standen manche dieser Prozesse, wie etwa die Rationalisierung der kriegswichtigen Industrien, in der Kontinuität der Entwicklungen seit dem späten 19. Jahrhundert, und bisweilen wirkte der Weltkrieg eher als Katalysator denn als verursachender Faktor. Aber in der Perspektive der Mitlebenden verband sich der Wandel, der nur allzu oft das gewaltsame Ende traditioneller Lebenszusammenhänge bedeutete, unauflöslich mit dem Krieg. Damit hing zweitens zusammen, daß der Wandel ganz wesentlich als forcierte Veränderung erfahren wurde. In allen kriegführenden Ländern war jene Mobilisierung der Ressourcen nur durch erhöhte staatliche Intervention möglich gewesen. Der massive Eingriff des Staatsapparates in das gesellschaftliche und private Leben, zivile wie militärische Propaganda und Zwangsmaßnahmen sowie die damit verbundene Disziplinierung der Bevölkerung begünstigten in der zeitgenössischen Wahrnehmung die kognitive Verschränkung zwischen strukturellen Prozessen und intentionalen Triebkräften. Mit anderen Worten: Der Krieg und seine gewaltigen zerstörerischen Konsequenzen konnten gegebenenfalls als das zielgerichtete Werk rein interessengebundener Antriebsmomente erscheinen. Typisch etwa war die Aussage, die der französische Syndikalist, Freund Romain Rollands und nachmalige Kommunist Henri Guilbeaux 1916 im Schweizer Exil traf und wonach der Krieg „das Werk einiger tausend Politiker, Financiers, Diplomaten und Journalisten“ gewesen sei.¹⁴ Dieses, in gewisser Weise allgemeinschliche Bedürfnis, für konkret erfahrene Übelstände auch konkrete Personen und Gruppen als Schuldige haftbar zu machen, brach sich nach Abschluß des Waffenstillstandes in besonders wirkungsmächtiger Weise Bahn. Das über Jahre hinweg zurückgestaute Konfliktpotential entlud sich in einer sozialen und politischen Eruption, die mittels traditioneller, an der Vorkriegszeit orientierter parlamentarischer Instrumentarien nur schwer zu steuern war. Der materiellen und sozialen Mobilisierung während des Krieges entsprach so in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine politische Massenmobilisierung bislang nicht gekannten Ausmaßes.¹⁵

¹² Lenin, Die russische Revolution und der Bürgerkrieg, 1917, in: Werke 26, S. 21 ff.

¹³ Lenin, Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow), 1916, in: Werke 23, S. 16. Im gleichen Sinne schrieb z.B. später die „Rote Fahne“: „Es gibt überhaupt kein allgemeines Rechtsempfinden in einem Klassenstaate.“ Rote Fahne [künftig RF] Nr. 24, 14.1.1922.

¹⁴ Zit. nach Kriegel, *Origines* I, S. 198. Siehe auch Annie Kriegel, *Lénine et le mouvement zimmerwaldien français*, in: *Le pain et les roses*, Paris 1968, S. 145–155. Vgl. die Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1958, S. 203f.; 221f. u. passim.

¹⁵ Helmut Konrad u. Karin M. Schmidlechner (Hrsg.), *Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen*, Wien – Köln 1991. Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, *Die Massenbewegungen der Arbeiter-*

Nun ist die überragende Rolle des Ersten Weltkrieges für die Entstehungsgeschichte von Faschismus und Nationalsozialismus schon häufig betont worden. Weniger beachtet wurde dagegen, daß der Weltkrieg auch für die extreme Linke, insbesondere für die kommunistische Bewegung eine bleibende konstitutive Bedeutung besaß.¹⁶ Erst der Weltkrieg und die ohne ihn nicht denkbare Russische Revolution von 1917 ermöglichten Lenins politischem Voluntarismus, seiner Philosophie der Tat, den Durchbruch zur Einheit von Theorie und Praxis und somit aktives politisches Handeln.¹⁷ Im totalitären Denken der extremen Linken war der Weltkrieg Bestätigung und dauerhafte Legitimationsgrundlage zugleich für den gigantischen kollektiven Schuldanspruch, unter den der Marxismus-Leninismus den Kapitalismus stellte. Mit dem „Kapitalismus“ war freilich nicht nur das auf Privateigentum und Lohnarbeit beruhende Wirtschaftssystem verurteilt, sondern das liberale System insgesamt, d.h. Demokratie und Verfassung, Pluralismus und Rechtsstaat.

Zu den Schriften, die diesem weitverbreiteten affektiven Verdikt den nachhaltigsten Ausdruck verliehen, gehörte Lenins 1916 in Zürich entstandene Studie über den „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Geschrieben im Anschluß an die Konferenz der internationalen sozialistischen Kriegsoption in Kienthal Ende April 1916, diente sie nicht zuletzt auch der theoretischen Rechtfertigung des linken Flügels der Zimmerwald-Bewegung.¹⁸ Analytisch weitgehend von John A. Hobson und Rudolf Hilferding abhängig, elaborierte Lenin hier jene These, die auch nach 1918 in der kommunistischen Ideologie nachgerade kanonische Gültigkeit behalten sollte. Der Weltkrieg war demzufolge ausschließlich das unausweichliche Resultat des sich verschärfenden Kampfes um die Aufteilung der Welt, den die imperialistischen, d.h. monopolkapitalistischen Großmächte Europas und Nordamerikas untereinander führten.¹⁹ Über den Weltkrieg hinaus galten so der Krieg und die Gefahr eines neuen Krieges als dem liberalen System immanent, und die Beschwörung der permanenten

schaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs (1917–1920), in: Politische Vierteljahrsschrift 13 (1972), S. 84–105.

¹⁶ Siehe jedoch Nolte, Bürgerkrieg, S. 75f.; Furet, *Passé d'une illusion*, S. 197: „l'ère de la guerre, bolchevisme et fascisme tiennent d'elle ce qu'ils ont d'élémentaire. Ils transportent dans la politique l'apprentissage reçu dans les tranchées: l'habitude de la violence, la simplicité des passions extrêmes, la soumission de l'individu au collectif, enfin l'amertume des sacrifices inutiles ou trahis.“ Vgl. auch Jean-Paul Brunet, *Histoire du PCF*, Paris 1991, S. 6.

¹⁷ Zur Russischen Revolution siehe Edward H. Carr, *The Bolshevik Revolution 1917–1923*, 2. Aufl. London 1978; Richard Pipes, *Die Russische Revolution*, 3 Bde., Berlin 1992–1993 (zuerst amerik. 1990). Zum Zusammenhang zwischen Weltkrieg, bolschewistischer Revolution und der Entstehung der Dritten Internationale siehe auch die materialreiche Dokumentation von Olga Hess Gankin u. H.H. Fischer, *The Bolsheviks and the Third International (The Hoover Library on War, Revolution, and Peace 15)*, Stanford 1940 (ND 1960).

¹⁸ Vgl. zum historischen Kontext der Schrift R. Craig Nation, *War on War: Lenin, the Zimmerwald Left, and the origins of communist internationalism*, Durham (USA) 1989, S. 143ff.

¹⁹ Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Ein gemeinverständlicher Abriss, in: *Werke 22*, S. 189–309. Die Prinzipien der Leninschen Imperialismustheorie brauchen hier nicht näher behandelt zu werden. Bekanntlich hielt es Lenin für eine gesetzmäßige Entwicklung, daß der Kapitalismus das ihm ursprünglich innewohnende Prinzip der freien Konkurrenz durch fortschreitende Kartellierung und Vertrustung abwürgen werde. Der damit verbundene Verdrängungskampf im Innern besaß demzufolge sein Gegenstück in der wachsenden Rivalität der Mächte in den Außenbeziehungen sowie der fortschreitenden Unterwerfung und Ausbeutung der Kolonien. Beides, Monopolisierung sowie der sich stetig verschärfende Konkurrenzkampf um Koloniantile und Absatzmärkte bildeten aus dieser Sicht die Charakteristika des Imperialismus als höchstem und zugleich letztem „Stadium des Kapitalismus“.

Kriegsgefahr bildete nach 1919 eine der Konstanten in der kommunistischen Propaganda. In dieser ideologischen Perspektive stellten Krieg, Kriegsgefahr und kriegsbedingte Vernichtung – trotz aller strukturanalytischer Fundierung, deren Validität im übrigen sehr zweifelhaft blieb – doch primär eine Funktion engumgrenzter persönlicher und letztlich verbrecherischer (Ausbeutungs-)Interessen dar. Das moralisch aufrechenbare Schuldkonto, das der „Kapitalismus“ in der Sicht orthodoxer Marxisten aufgehäuft hatte, wuchs so durch den Ersten Weltkrieg ins Gigantische und legitimierte schon aus sich heraus jedwede, auch gewaltsame Gegenaktion. Angesichts des millionenfachen Todes und Leides, das der Krieg über die Völker Europas gebracht hatte, ist es nicht erstaunlich, daß Lenins Position nach Oktoberrevolution und Kriegsende eine nicht zu unterschätzende Suggestivkraft entfaltete.

Insofern als Lenin seinen politischen Voluntarismus unbeirrt auf das Ziel der Revolution in *Rußland* ausrichtete, steht er zwar in der Kontinuität eines traditionellen russischen Messianismus, wie er – mit revolutionärer Stoßrichtung – z.B. bei den Narodniki begegnete.²⁰ Und zweifellos war die leninistische Umformung des Marxismus mit ihrer charakteristischen Verbindung von politischem Voluntarismus und quasi-philosophischem materialistischem Determinismus für die russische Situation spezifisch. Die Oktoberrevolution wurde nicht etwa – wie Lenin erwartete – zum Signal der bolschewistischen Revolution in den hochindustrialisierten Staaten West- und Mitteleuropas, sondern zum Signal der Revolution in Asien. Trotzdem aber, und dies ist für die Argumentation vorliegender Arbeit wichtig, fand die *Idee* des Bolschewismus auch in den entwickelten Industriestaaten Europas Eingang in das politische Leben. Die revolutionäre „Erfolgsgeschichte“ der Bolschewiki verschärfte die durch den Weltkrieg offen zu Tage getretenen Spaltungen des Vorkriegssozialismus und erzwang die endgültige Klärung der Fronten. Der „Riesenwegweiser der Zukunft“, für den Clara Zetkin die Russische Revolution 1918 hielt,²¹ wurde zum Signal einer sich in fast allen europäischen Staaten etablierenden und in der III. Internationale zusammengefaßten kommunistischen Bewegung, die sich von Beginn an unzweideutig auf das gewaltsame bolschewistische Revolutionsmodell verpflichtete. Im Anschluß an Lenin schöpften die europäischen kommunistischen Bewegungen ihre Identität im wesentlichen aus drei Faktoren: *Erstens* erblickten sie in der „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs ausschließlich das Resultat des kapitalistischen Wirtschaftssystems, seiner „imperialistischen“ Auswüchse und kapitalistischer Unterdrückung. Vor dem Hintergrund des Weltkriegs und seines Massengraves erschien daher *zweitens* das bestehende System als eine Gewaltherrschaft, der gegenüber sich die Arbeiterschaft im Zustand permanenter Notwehr befand. Allein revolutionäre Gegengewalt würde letztlich das einzige und notwendige Mittel sein, um der vom System und seinen Repräsentanten ausgehenden Gewalt zu begegnen. Daß jedoch die Revolution nach 1918 trotz einer zumindest zeitweise gegebenen, scheinbar „objektiven“ revolutionären Situation in keinem europäischen Land gelang, führten die Kommunisten schließlich *drittens* maßgeblich auf den „Verrat“ der sozialdemokratischen Partei- und reformistischen Gewerkschaftsführer zurück. Weltkrieg als Verbrechen der Bourgeoisie, kapitalistisches System als lebensbedrohende Gewaltherrschaft und sozialdemo-

²⁰ Vgl. Talmon, *Myth*, S. 337.

²¹ Zitiert nach Jürgen Zarusky, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933* (Studien zur Zeitgeschichte 39), München 1992, S. 50.

kratischer Verrat – dies blieb die ideologische Matrix der Kommunisten. Sie forderte den unerbittlichen Kampf gegen den „Kapitalismus“ und damit auch gegen politischen Liberalismus, Rechtsstaat und Demokratie. Es war unvermeidlich, daß diese leninistische Tatphilosophie und der für sie konstitutive Gedanke des Bürgerkriegs das politisch-gesellschaftliche Leben der westlichen Industriegesellschaften zu beeinflussen begannen und entsprechende Reaktionen auslösten.

Wenn diese Konstellation auch gemeineuropäischen Charakter besaß – und daher zur vergleichenden Untersuchung nachgerade herausfordert –, so ist es doch alles andere als zufällig, daß sie in Deutschland und Frankreich besonders deutlich hervortrat. Gerade diese beiden hier untersuchten Länder wiesen neben Rußland die tiefsten Kriegswunden auf, und der Bezug auf den Ersten Weltkrieg bildete – z.T. aus ganz unterschiedlichen Gründen – eine ständige Konstante der Innenpolitik. Und scheinbar machte der bolschewistische Schuldspruch das Unfaßliche der „Urkatastrophe“ des Jahrhunderts erklärbar, indem er sie in die Kategorien eines moralischen Extremismus hineinzwängte. „Der Krieg [...] stellt sich als das Verbrechen konkreter Verbrecher dar, die von egoistischen Zwecksetzungen geleitet sind.“²² Lenin selbst erlag jener Suggestion, als er in seinem Vorwort zur deutschen und französischen Ausgabe seines „Imperialismus“ schrieb: „Dutzende Millionen von Leichen und Krüppeln, die der Krieg hinterließ – ein Krieg, der darum geführt wurde, ob die englische oder die deutsche Gruppe von Finanzräubern einen größeren Teil der Beute erhalten soll –, und dann diese beiden ‚Friedensverträge‘ öffnen mit einer bisher unbekanntenen Schnelligkeit Millionen und aber Millionen durch die Bourgeoisie eingeschüchterter, niedergehaltener, betrogener und betörter Menschen die Augen. Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins in der ganzen Welt erwächst somit die weltweite revolutionäre Krise, die, Welch lange und schwere Wandlungen sie auch durchmachen mag, nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg.“²³

Damit war ungefähr die Ausgangsposition bezeichnet, in der sich die entstehende kommunistische Bewegung in Deutschland und Frankreich nach Ende des Krieges befand. In beiden Ländern profitierte sie von der Ausbreitung eines durch den Krieg entscheidend beförderten linksextrem-totalitären Denkens. Sein Kernelement bestand in dem Bewußtsein, man befinde sich nach dem Weltkrieg und der sich abzeichnenden Restabilisierung seiner vorgeblichen Verursacher, der „kapitalistischen“ liberalen Rechtsstaaten, in einer Situation existentieller Bedrohung. „Die kapitalistische Gesellschaft“, so sah es etwa Karl Liebknecht im Dezember 1918, „ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die mehr oder minder verhüllte Herrschaft der Gewalt.“²⁴ Ihre für die kommunistische Bewegung quasi allgemeinverbindliche Doktrin erhielt diese Empfindung auf dem ersten Kongreß der III. Internationale im März 1919. In dem dort verabschiedeten „Manifest an das Proletariat der ganzen Welt“, das ganz offenkundig von der Perspektive des russischen Bürgerkrieges geprägt war, hieß es: „Der imperialistische Krieg, der eine Nation der anderen entgegenstellte, ging und geht in den Bürgerkrieg über, der eine Klasse der anderen entgegenstellt. Das Gezeter der bürgerlichen Welt gegen den Bürgerkrieg und den roten Terror ist die ungeheuerlich-

²² So Nolte, Bürgerkrieg, S. 76.

²³ Lenin, Werke, 1922, S. 195f.

²⁴ Karl Liebknecht, Was will der Spartakusbund, 23.12.1918, in: Ders., Gesammelte Reden und Schriften Bd. IX, Berlin (Ost) 1968, S. 652.

ste Heuchelei, die die Geschichte der politischen Kämpfe bisher aufzuweisen hat. Es würde keinen Bürgerkrieg geben, wenn nicht die Cliquen der Ausbeuter, die die Menschheit an den Rand des Verderbens gebracht haben, jedem Vorwärtsschreiten der arbeitenden Massen entgegengewirkt hätten, wenn sie nicht Verschwörungen und Morde angezettelt und bewaffnete Hilfe von außen angerufen hätten, um ihre räuberischen Vorrechte aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen. Der Bürgerkrieg wird der Arbeiterklasse von ihren Erzfeinden aufgezwungen. Die Arbeiterklasse muß Schlag mit Schlag beantworten, wenn sie sich nicht von sich selbst und von ihrer Zukunft, die zugleich die Zukunft der ganzen Menschheit ist, lossagen will. Indem die kommunistischen Parteien niemals den Bürgerkrieg künstlich heraufbeschwören, streben sie danach, seine Dauer nach Möglichkeit zu verkürzen, falls er zur eisernen Notwendigkeit geworden, die Zahl seiner Opfer zu verringern und vor allem dem Proletariat den Sieg zu sichern.“²⁵

Diese Sätze offenbaren eine Bedrohungsstimmung, die im revolutionären Berlin 1918/19 vielfach begegnete und keineswegs nur auf den Spartakusbund beschränkt war. So äußerte etwa ein linksstehendes USPD-Mitglied wie Ernst Däumig in den Tagen der Novemberrevolution Verständnis für die terroristischen „Begleiterscheinungen“ des Sozialismus in Rußland, indem er auf den inneren Feind, die Gegenrevolution im eigenen Lande hinwies. Zugleich erklärte er: „Kommt von auswärts ein General, der auf Berlin losmarschiert [...], so werde ich sofort der erste sein, der dafür ist, daß entsprechende Geiseln festgenommen werden. Wir wollen keinen Terror, aber falls man uns mit Terror entgegentritt, werden wir uns mit gleichen Mitteln verteidigen.“²⁶ Am Kriegsende formierte sich also die extreme Linke in dem Bewußtsein, angesichts einer – im Weltkrieg erfahrenen – mörderischen Bedrohung durch „Kapitalismus“ und „Imperialismus“ zur Notwehr berechtigt zu sein. Wenn dabei Gewalt ausgeübt werden mußte, so würde es sich um legitime Gegengewalt handeln, die allein das gleichsam physische Überleben der Arbeiterklasse sichern zu können schien. Die außerrussischen und insbesondere die deutschen Kommunisten und Linkssozialisten übertrugen damit die Selbstperzeption und -legitimation der Bolschewiki während des russischen Bürgerkriegs auf ihre eigene Politik. Demzufolge mußten die Bolschewiki „Gewalt sammeln, organisieren, Gewalt ausüben, um Gewalt abzuwehren“, wie es Clara Zetkin 1922 formulierte: „Die eine Form der Gewalt zum Schutze des Arbeiterstaats war die Rote Armee, die seinen Bestand und seine Unabhängigkeit auf den Schlachtfeldern verteidigte. Die andere Form der Gewalt war die Diktatur des Proletariats, gesteigert bis zum Terror. Beide Formen der Gewalt waren harte, geschichtliche Notwendigkeit, unvermeidliche Notwehr, damit Sowjetrußland leben und sich aufbauend entwickeln konnte.“ Gegenüber dem weißen Terror der Bour-

²⁵ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Reihe II, Bd. 3, Berlin (Ost) 1958, S. 243. Zum „roten Terror“ in der Russischen Revolution und im Bürgerkrieg Pipes, *Revolution II*, S. 751–839; ebd., S. 753ff. für eine Auseinandersetzung und Kritik der Behauptung, der Terror sei den Bolschewiki von der Gegenrevolution aufgezwungen worden. Pipes stellt überzeugend den Charakter des Terrors als genuines Machtinstrument Lenins und seiner Anhänger dar.

²⁶ Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, hrsg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna, Berlin 1993, Dok. Nr. 74, 22.11.1918, S. 237.

geoisie und der Konterrevolution war der rote Terror der Sowjets „nichts als nackte Notwehr“.²⁷

Aber von entsprechenden Bedrohungs- und Vernichtungsängsten wurde auch das Denken und Handeln des gegensätzlichen politischen Lagers geleitet. Der Mythos, der schein-objektive Fluchtpunkt des totalitären Denkens der extremen Rechten war die in sich spannungsfreie und geschlossene Nation bzw. das Volk oder auch – in völkischer Übersteigerung – die Rasse. Innerhalb dieser absoluten Bezugsgröße konnte es keine strukturellen Gegensätze geben; Konflikte ergaben sich vielmehr aus dem Wirken sinistrierer Kräfte, des Fremden, des äußeren und inneren *Feindes*. In entscheidender Weise hat der Erste Weltkrieg dieses Denkmuster, wenn nicht hervorgebracht, so doch umgeformt und radikalisiert. In Deutschland geschah dies in noch einmal gesteigerter Form angesichts der Erfahrung von Niederlage, Revolution und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die nicht nur von der extremen Rechten primär als Emanationen jener fremden Feindtätigkeit perzipiert wurden. Zwar ankerte das militant antiliberalen, antisemitischen, und völkisch-rassistischen Potential, das nach Kriegsende in Deutschland zur Eruption kam, bereits tief in der Vorkriegstradition der politischen Rechten.²⁸ Doch versah der Eintritt der Russischen Revolution und der bolschewistischen Ideologie in die Weltgeschichte das rechtsextreme Potential mit einem ideologischen Gegenpol, einem fixen Bezugspunkt, der die eigenen Haß- und Bedrohungsgefühle bündelte und auf sich zog. Der haßerfüllte Rekurs auf „den“ Bolschewismus, darüber hinaus auf alles, was in irgendeiner Weise „sozialistisch“ oder „marxistisch“ war, diente der extremen Rechten nach 1918 zur ideologischen Selbstvergewisserung und Identitätssicherung. Das dem totalitären Denken eigene Bedürfnis zur absoluten Schuldzuweisung hatte in der „bolschewistischen Gefahr“ seinen kongenialen Gegenstand gefunden, auf den sich auch andere verschwörungstheoretische und namentlich antisemitische Substanzen rechtsextremer Ideologie projizieren ließen.

Als wichtige Triebkraft linksextrem-totalitären Denkens, wie es etwa die 1918/19 entstehende kommunistische Bewegung repräsentierte, hatten wir ein durch den Weltkrieg, wenn nicht hervorgebrachtes, so doch entscheidend gefördertes Bedrohungsgefühl identifiziert. Hinter „Imperialismus“, „Kapitalismus“ und liberalem Rechtsstaat standen demzufolge die eigensüchtigen Ausbeutungsmotive einer relativ schmalen gesellschaftlichen Schicht, unterstützt von den sozialdemokratischen „Verrätern“ um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann. Die propagandistische Rede gegen „Kapitalisten“, „Lakaien des Kapitals“, „Parasiten“, „Gegenrevolutionäre“ usw. gab dann die ideologische Munition sowohl gegen das „System“ als auch gegen die dahinter stehenden Feinde ab.²⁹ Umgekehrt bildete das Gefühl der Bedrohung durch den „Bolschewismus“ das wichtigste Antriebsmoment des rechtsextrem-totalitären Denkens. In Deutschland kam das Syndrom von Niederlage und Revolution hinzu. Für den Rechtsextremismus schien die sich im Schatten von Versailles gerade etablierende republikanische Ordnung das „Volk“ auf das Gefährlichste zu be-

²⁷ Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale (5. November bis 5. Dezember 1922), S. 241.

²⁸ Vgl. dazu unten, S. 313ff.

²⁹ Siehe z.B. den Aufruf der KPD Mitte Januar 1919 zur Ablehnung der Nationalversammlung: „Nieder mit der Nationalversammlung! Die ganze Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten!“, in: Dokumente u. Materialien II/3, S. 94ff.

drohen. Ebenso wie die Kommunisten meinten völkische und andere Rechtsradikale hinter dem neuen Staat die zielstrebig gesteuerten Eigeninteressen einer kleinen Schicht am Werk zu sehen. Als ideologische Klammer, mittels derer sich völkische Republikfeindschaft und antibolschewistische Bedrohungsangst verbinden ließen, eignete sich in besonderer Weise der Antisemitismus. Es ist daher alles andere als ein Zufall, daß Deutschland im allgemeinen und Berlin im besonderen nach der Revolution von 1918 eine intensive antisemitische Welle erlebten.³⁰

Diese Frontstellung totalitärer Denkmuster konnte sich in all ihrer Gewaltbarkeit nur auf dem Boden der pluralistischen Demokratie mit ihren Grundrechten auf Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit entfalten. Zugrunde lag ihr ein voluntaristisches und dezisionistisches Politikverständnis, das sich im Extremfall nur noch auf den physischen Überlebenswillen reduzierte. Besonders prägnant wurde diese Geisteshaltung von Carl Schmitt systematisiert. Dessen ausgefeilte politische Freund-Feind-Theorie verlieh der latenten Bürgerkriegssituation, unter der nicht nur die deutsche Zwischenkriegsgesellschaft litt, eine politisch-philosophische Begründung.³¹ In seiner Verfallsanalyse des Liberalismus und der hieraus entspringenden antiliberalen Polemik repräsentierte Schmitt einen mächtigen Trend in der deutschen politischen Ideengeschichte, der sich nach dem Ausgang des Weltkriegs noch verstärkte. Schmitts Ausgangspunkt berührte insofern ein reales Problem, als sich der Liberalismus mit seiner grundsätzlichen Vorrangstellung des Individuums mit staatlich umsetzbaren, positiven politischen Handlungsnormen tatsächlich schwertut. Der existentielle „Begriff des Politischen“, den Schmitt dem liberalen Modell entgegenstellte, ist dagegen nur aus dem Kontext seiner eigenen „politischen Existenz“ zu begreifen, die durch eben jene Bürgerkriegsatmosphäre geprägt war.

Gegenüber anderen autonomen Bereichen wie Ethik und Ökonomik, Kunst und Wissenschaft sah Schmitt das spezifische Kriterium des Politischen in der Unterscheidung von Freund und Feind. Keineswegs wollte er diese Begriffe als Metaphern oder Symbole verstanden wissen, „nicht vermischt und abgeschwächt durch ökonomische, moralische und andere Vorstellungen, am wenigsten in einem privat-individualistischen Sinne psychologisch als Ausdruck rein privater Gefühle und Tendenzen.“ Freund und Feind waren vielmehr „in ihrem konkreten, existenziellen [sic!] Sinn zu nehmen.“³² In dieser Perspektive hatte jegliche politische Vorstellung oder Meinungsäußerung eine polemische Stoßrichtung, die letztlich auf die Identifizierung eines konkret benennbaren Feindes angewiesen blieb. Im Schmittschen Denken ent-

³⁰ Vgl. Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin 1988, S. 63ff.; Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 176ff. Vgl. die in dieser Hinsicht besonders aufschlußreichen Briefe des Erzberger-Mörders Heinrich Tillessen, in: Gotthard Jasper, Aus den Akten der Prozess gegen die Erzberger-Mörder, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S. 430–453.

³¹ Vgl. dazu insbesondere Mathias Schmitz, Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts. Entwurf und Entfaltung, Köln u. Opladen 1965, v.a. S. 101ff., sowie Bernd Rüthers, Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich, München 1988, S. 112ff. Kurt Lenk, Schmitts „Dezisionismus“ (1971), in: Ders., Rechts wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus, Baden-Baden 1994, S. 107–117. Allgemein zu Carl Schmitt die beiden neuen Biographien von Andreas Koenen, Der Fall Carl Schmitt: Sein Aufstieg zum „Kronjuristen des Dritten Reiches“, Darmstadt 1995; Paul Noack, Carl Schmitt. Eine Biographie, Frankfurt/M. 1993, hier S. 114ff. zum „Begriff des Politischen“.

³² Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen (1932), dritte Auflage der Ausgabe von 1963, Berlin 1991, S. 28.

sprach daher der konkreten Existenz eines Feindes auch die konkrete Möglichkeit des Kampfes, die ebenso „im Sinne einer seinsmäßigen Ursprünglichkeit zu verstehen“ war.³³ Im Verkehr der Völker und Staaten untereinander, in der Außenpolitik also, erfüllte sich daher die spezifisch politische Unterscheidung in Freund und Feind im Krieg. Aber auch im Innern eines Staates, so diagnostizierte Schmitt, war die äußerste und zugleich folgerichtige Konsequenz spezifisch politischer Gegensätze der physische Kampf, „d.h. die innerstaatlichen, nicht die außenpolitischen Freund- und Feindgruppierungen sind für die bewaffnete Auseinandersetzung maßgebend. Die reale Möglichkeit des Kampfes, die immer vorhanden sein muß, damit von Politik gesprochen werden kann, bezieht sich bei einem derartigen ‚Primat der Innenpolitik‘ konsequenterweise nicht mehr auf den Krieg zwischen organisierten Völkereinheiten [...], sondern auf den *Bürgerkrieg*.“³⁴

Mit diesem „Begriff des Politischen“ traf Schmitt einen entscheidenden Nerv seiner Zeit und den Kern der Frontstellung, die nicht zuletzt Marxismus und Bolschewismus dem politischen Leben aufgeprägt hatten.³⁵ „Das auffälligste und historisch wirksamste Beispiel“ seiner Freund-Feind-Theorie erblickte Schmitt denn auch in der marxistischen „Antithese von Bourgeois und Proletarier, die alle Kämpfe der Weltgeschichte in einem einzigen, letzten Kampf gegen den letzten Feind der Menschheit zu konzentrieren sucht.“³⁶ Die „Klasse“ im marxistischen Sinn des Wortes hörte auf, „etwas rein Ökonomisches zu sein und wird eine politische Größe, wenn sie [...] mit dem Klassen-, *Kampf*“ Ernst macht und den Klassegegner als wirklichen Feind behandelt und ihn, sei es als Staat gegen Staat, sei es im Bürgerkrieg innerhalb eines Staates bekämpft.“³⁷ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg fuhr Schmitt fort, über den Bürgerkrieg als existentielle Erfahrung zu reflektieren. Seine 1946 hierzu niedergeschriebenen Sätze verdienen es, ausführlich zitiert zu werden, nicht nur weil sie einen Einblick in die politische und intellektuelle Selbsteinschätzung Schmitts erlauben, sondern vor allem, weil sie einiges von der totalitären Signatur und der politischen Atmosphäre der jüngsten Vergangenheit vermitteln: „Der Bürgerkrieg hat etwas besonders Grausames. Er ist Bruderkrieg, weil er innerhalb einer gemeinsamen, auch den Gegner umfassenden politischen Einheit und innerhalb derselben Rechtsordnung geführt wird, und weil beide kämpfenden Seiten diese gemeinsame Einheit gleichzeitig absolut behaupten und absolut verneinen [...]. Gefährlicher als bei jeder anderen Art von Krieg ist jede Partei gezwungen, unbarmherzig ihr eigenes Recht und ebenso unbarmherzig das Unrecht des Gegners vorauszusetzen. Die eine Seite macht ein legales Recht geltend, die andere Seite ein natürliches Recht [...]. Die Feindschaft wird so absolut, daß selbst die uralte sakrale Unterscheidung von Feind und Verbrecher im Paroxysmus der Selbstgerechtigkeit zergeht. Der Zweifel am eigenen Recht gilt als Verrat; Interesse für die Argumentation des Gegners ist Heimtücke; und der Versuch einer Diskussion wird zum Einvernehmen mit dem Feinde.“³⁸

³³ Ebd., S. 33.

³⁴ Ebd., S. 32.

³⁵ Vgl. dazu Ernst Nolte, *Geschichtsdenken im 20. Jahrhundert. Von Max Weber bis Hans Jonas*, Berlin u. Frankfurt/M. 1991, S. 263ff.

³⁶ Schmitt, *Begriff des Politischen*, S. 73.

³⁷ Ebd., S. 38.

³⁸ Carl Schmitt, *Ex Captivitate Salus. Erfahrungen der Zeit 1945/47*, Köln 1950, S. 56–58. Vgl. Noack, Carl Schmitt, S. 256ff. über die näheren Umstände der Entstehung dieser Schrift.

Die besondere Sensibilität für das Bürgerkriegsthema, die Schmitt auszeichnete und die sich auch in seiner bevorzugten Beschäftigung mit Thomas Hobbes und Jean Bodin niederschlug, besaß ihren Gegenbegriff in der „Ordnung“. Für Schmitt bestand die vornehmliche Leistung eines „normalen Staates“ denn auch in der Befriedung seines Territoriums, in der Herstellung von „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“.³⁹ Zwar entspricht diese Orientierung insbesondere an dem Schlüsselbegriff der „Ordnung“ einem Grundbedürfnis entwickelter Gesellschaften. Insofern, als es eben die Abwesenheit von bürgerkriegsartigen Zuständen wünschte, verstärkte sich das Bedürfnis nach „Ordnung“ zwischen den Weltkriegen in dem Maße, wie sie als erschüttert erschien. Doch kennzeichnet es das rechtsextreme totalitäre Denken, das letztlich selbst zur Bürgerkriegspartei wird, daß es auf die normative und rechtsstaatliche Qualifizierung des herzustellenden Ordnungszustandes verzichtet.⁴⁰ Schmitt machte in dieser Hinsicht keine Ausnahme, wenn er sich damit begnügte zu konstatieren, daß die innerstaatliche Befriedung „in kritischen Situationen“ dazu führt, „daß der Staat als politische Einheit von sich aus, solange er besteht, auch den ‚inneren Feind‘ bestimmt.“⁴¹ Zu Recht hat man gesagt, daß eine solcherart bestimmte Innenpolitik sich gewissermaßen in einer Kette von Hors-la-loi-Setzungen zu erschöpfen scheine.⁴² In dem Maße, wie Schmitt zum totalen Führerstaat und schließlich zu Hitler tendierte, leistete er einer solchen Politik Vorschub. Dabei teilte er wohl das weit verbreitete, politisch fatale Fehlurteil, das in der gefährlichsten Bürgerkriegspartei eine vermeintlich stabilisierende Ordnungsmacht zu erkennen glaubte.

Das um die Pole Bürgerkrieg und Ordnung zentrierte politische Denken Carl Schmitts repräsentierte eine epochenspezifische politische Mentalität, die ebenso der Krise des liberalen Systems wie dem Trauma des Ersten Weltkriegs entsprang. Zusammen mit dem klassenkämpferisch untermauerten Bürgerkriegsmotiv der Bolschewisten wirkte sie auf die demokratische und rechtsstaatliche Mitte zerstörerisch, suggerierte sie doch gewissermaßen den Zwang zur Option zwischen den Extremen und ließ aus dem zum Freund-Feind-Schema verkürzten Politikverständnis kein Entweichen mehr zu. Ein solcher Zustand bestand in Deutschland während des Jahres 1919 in besonderem Maße, und die Berliner Verhältnisse waren für ihn paradigmatisch. Dies verlieh der Gründungsphase der Weimarer Republik ihre spezifische Problematik. Die einzigartige Härte und Erbitterung, mit der die Gegensätze ausgefochten wurden, entsprangen zu einem guten Teil der besonderen Situation, in der sich das geschlagene Deutschland befand. Kriegsniederlage, nationale Demütigung und revolutionärer Umsturz, aber auch die relative Stärke der revolutionären Bewegung bildeten die Basiselemente eines unauflöselichen politischen und ideologischen Syndroms. Es vermag die Gewalttätigkeit der Auseinandersetzung weitgehend zu erklären, bedingt zugleich aber ihre Unvergleichlichkeit. Aus dem Bürgerkriegserbe ihrer Entstehungsphase erwuchs der ersten deutschen Demokratie mithin eine ebenso

³⁹ Schmitt, Begriff des Politischen, S. 46.

⁴⁰ Vgl. demgegenüber die Bemerkungen von Hans Albert, Freiheit und Ordnung. Der europäische Beitrag zur Lösung des ordnungspolitischen Problems, in: Max Kaase (Hrsg.), Politische Wissenschaft und Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann, Opladen 1986, S. 61–69, hier S. 61: Resultat einer europäischen Sonderentwicklung sei: „eine *Ordnung der Freiheit*, in der die Herrschaft von Menschen über Menschen gezähmt ist durch das *Recht*.“

⁴¹ Schmitt, Begriff des Politischen, S. 46.

⁴² Schmitz, Freund-Feind-Theorie, S. 107f.

schwere wie singuläre Belastung, die sich dem Vergleich tendenziell entzieht und demzufolge als deutsche Sonderentwicklung einzuschätzen ist.

II. Die Unterschiede der Kriegsoption und die Gründung der KPD

Die hiermit angesprochene deutsche Sonderentwicklung fällt um so stärker ins Auge, als es beide Länder und beide Hauptstädte nach Ende des Krieges mit analogen Problemlagen zu tun hatten. Insbesondere die ökonomischen und finanzpolitischen Schwierigkeiten, wie sie sich in Inflation und Arbeitslosigkeit äußerten, waren in hohem Maße vergleichbar, wenn auch in Deutschland insgesamt stärker ausgeprägt. Bevor also die sozialen Antriebskräfte der spontanen Massenproteste der Jahre 1919 und 1920 näher untersucht werden, gilt es die differierenden politischen, ideologischen und organisatorischen Ausdrucksformen des Massenprotests zu beachten. Nicht nur die völlig gegensätzlichen politisch-militärischen Rahmenbedingungen spielten dabei eine zentrale Rolle, sondern vor allem auch fundamentale Unterschiede der politisch-ideologischen Traditionen.

Im Kern gehen diese deutsch-französischen Unterschiede auf die Vorkriegszeit zurück. Nach 1914 äußerten sie sich in der stark abweichenden Form, in der die innenpolitische Opposition gegen den Krieg formuliert wurde. Zum Zwecke der Analyse ist es sinnvoll, eine politische und eine soziale Opposition gegen den Krieg zu unterscheiden. Während sich die politische Opposition an einer Wiederbelebung des sozialistischen Internationalismus auf der Linie der Zimmerwald-Bewegung orientierte, schlug sich die soziale Opposition in gewerkschaftlicher Alltagsarbeit sowie einer Reihe von Streiks nieder, die erst gegen Ende des Krieges eine politische Färbung annahmen.⁴³ In Frankreich bildete sich die politische Opposition gegen den Krieg am Rande oder außerhalb der S.F.I.O.⁴⁴ Die minoritäre Richtung der sozialistischen Partei, die sich um den Marx-Enkel Jean Longuet⁴⁵ und L.-O. Frossard⁴⁶ gruppierte,

⁴³ Vgl. Jean-Louis Robert, *Chronique et réflexions: les luttes ouvrières pendant la Première Guerre mondiale*, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez*, n.s. 23 (1977), S. 28–65; Ders., *The Parisian Strikes (August 1914–July 1919)*, in: *Annali della Fondazione Giangiacomo Feltrinelli 1990/1991: Strikes, Social Conflict and the First World War. An International Perspective*, hrsg. v. Leopold Haimson u. Giulio Sapelli, Mailand 1992, S. 29–44.

⁴⁴ Zur französischen Arbeiterbewegung während des Weltkrieges siehe die klassische Darstellung eines mithandelnden Zeitgenossen: Alfred Rosmer, *Le mouvement ouvrier pendant la guerre*, 2 Bde., Paris 1936 u. 1956. Vgl. allgemein Edouard Dolléans, *Histoire du mouvement ouvrier*, Bd. II: 1871–1936, Paris 1939, S. 206ff. Roger Magraw, *A History of the French Working Class Bd. II: Workers and the Bourgeois Republic*, Oxford 1992, S. 131ff.

⁴⁵ Jean Longuet (1876–1938), Sohn von Jenny Marx und dem französischen Sozialisten Charles Longuet. Spielte vor 1914 eine wichtige Rolle in der S.F.I.O. und in der II. Internationale; nach 1918 Direktor des „Populaire“, Gegner des Anschlusses an die III. Internationale. Nach der Spaltung der S.F.I.O. im Dezember 1920 engagierte er sich u.a. für die sog. „2 1/2 Internationale“ und gehörte dem linken Flügel der S.F.I.O. an. *Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français, quatrième partie: 1914–1939*, hrsg. v. Jean Maitron u. Claude Pennechet, Paris 1981–1993, Bd. 35, S. 41–48.

⁴⁶ Louis Oscar Frossard (1889–1946), Lehrer und Journalist, Mitglied der Vorkriegs-S.F.I.O., im Oktober 1918 deren Generalsekretär. Zusammen mit Marcel Cachin reiste er im Sommer 1920 im Auftrag der Partei nach Moskau. Nach dem Parteitag von Tours und der Spaltung wurde er erster Generalsekretär des PCF (S.F.I.C.), geriet in der Folgezeit in Gegensatz zur III. Internationalen, trat am 1.1.1923 von seinem Amt zurück und wurde im selben Jahr von der Partei ausgeschlossen. Nach vergeblichen Ver-

blieb in einem dauerhaften Dilemma verfangen. Ihre Haltung schwankte zwischen der Zimmerwald-Bewegung einerseits und dem Willen zur Parteieinheit sowie der Befürwortung des nationalen Verteidigungskrieges andererseits.⁴⁷ Im Ergebnis fand sie nie zu einer eindeutigen Oppositionslinie, und Ende 1917 kehrte sie auf den Boden eines von der Mehrheit getragenen zentristischen Kurses zurück, der sich an Präsident Wilsons Friedensvorschlägen orientierte.⁴⁸

Ihren eigentlichen Rückhalt fand die Zimmerwald-Bewegung innerhalb der C.G.T. Gegen den vom Generalsekretär Léon Jouhaux geführten Mehrheitskurs, der sich der Union Sacrée anschloß, formierte sich die Minderheit („minorité“), die den Kriegskonsens ablehnte.⁴⁹ Hochburgen der minoritären Kriegsgegner bestanden im Großraum Paris in den Gewerkschaften der Metall- und der Bauarbeiter.⁵⁰ Ihren „harten Kern“ entwickelte die französische Kriegsopposition in dem im Januar 1916 begründeten und aus dem Kreis um die Zeitschrift „La Vie ouvrière“ hervorgegangenen „Comité pour la Reprise des Relations Internationales“ (C.R.R.I.). Bezeichnenderweise spielten S.F.I.O.-Mitglieder hier nur eine untergeordnete Rolle; das persönliche und organisatorische Profil des Komitees war vielmehr revolutionär-syndikalistisch geprägt. Seine führenden Mitglieder waren der Sekretär der *Fédération des Métaux* und Schüler Fernand Pelloutiers, Alphonse Merrheim, sowie der Sekretär der Böttcher-Gewerkschaft, Albert Bourderon. Des weiteren gehörten ihm prominente revolutionäre Syndikalisten an wie Pierre Monatte und Alfred Rosmer, Anarcho-Syndikalisten wie Raymond Péricat⁵¹ sowie russische Sozialisten wie Alexander Losowski, Charles Rappoport und vor allem Leo Trotzki. Losowski schätzte, daß sich das Komitee zu

suchen, eine eigenständige linkssozialistische Partei zu gründen (Parti socialiste-communiste), kehrte er zur S.F.I.O. zurück. Bald dem äußersten rechten Parteiflügel angehörend, trat er 1935 als „unabhängiger Sozialist“ dem Kabinett Laval bei. Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français, Bd. 28, S. 308–311. Siehe die Erinnerungen von L.-O. Frossard, *De Jaurès à Lénine*, Paris 1930.

⁴⁷ Eindringlich hierzu der Auftritt des französischen Vertreters der sozialistischen Minorität, Pierre Brizon, der 1916 ohne Mandat an der Konferenz in Kienthal teilnahm. Siehe Horst Lademacher (Hrsg.), *Die Zimmerwalder Bewegung*, Protokolle und Korrespondenz, Den Haag 1967, Bd. 1, S. 345ff. Vgl. dazu Wohl, *Communism*, S. 72f.

⁴⁸ Kriegel, *Origines I*, S. 151f. u. 232ff. Zur Haltung der sozialistischen Intellektuellen gegenüber Krieg und Russischer Revolution: Christoph Prochasson, *Les intellectuels, le socialisme et la guerre 1900–1938*, Paris 1993, v.a. S. 178ff.

⁴⁹ Zur von Jouhaux geführten Mehrheitsposition, die die Union Sacrée mittrug, siehe Bernard Georges u. Denise Tintant, *Léon Jouhaux. Cinquante ans de Syndicalisme* Bd. I: *Des origines à 1921*, Paris 1962, S. 260ff. Zu den inneren Auseinandersetzungen innerhalb der größten Einzelgewerkschaft, der *Fédération des Métaux*, am Vorabend des Ersten Weltkriegs siehe Christian Gras, *La Fédération des Métaux en 1913–1914 et l'évolution du syndicalisme révolutionnaire français*, in: *Le Mouvement Social* Nr. 77 (Oktober-Dezember 1971), S. 85–111.

⁵⁰ *Archives Nationales Paris* (künftig: AN) F7 13015, Schreiben des Régisseur de la Bourse du Travail, Jacquelin, an den Präfekten des Département Seine, 30.3.1918. AN F7 13367, 3.1.1918, *Ordre du jour voté à la réunion des représentants des délégués d'atelier du département de la Seine. Syndicat général des Terrassiers du Département de la Seine* vom 28.5.1916, in: *Syndicat Général des ouvriers Terrassiers, Puisatiers-Mineurs, Tubistes, Poseurs de rails et Parties similaires du département de la Seine, A nos adhérents. Rapport moral et financier du 1^{er} Août 1914 au 1^{er} Janvier 1918*, Paris 1918, v.a. S. 22–24. Zu den Auseinandersetzungen in der Pariser Rüstungsindustrie vgl. Gilbert Hatry, *Les délégués d'atelier aux usines Renault*, in: Patrick Fridenson (Hrsg.), 1914–1918. *L'autre front* (Cahiers du „Mouvement social“ 2), Paris 1977, S. 221–235, hier v.a. S.228ff.

⁵¹ Raymond Louis Péricat (1873–1958), 1908–1912 Sekretär der *Fédération du Bâtiment*, im Weltkrieg einer der Führer der C.G.T.-Minorität. Verließ 1919 Frankreich und blieb einige Monate in Italien und Österreich. 1920 Mitglied des PCF und der C.G.T.U., Tätigkeit als Bauarbeiter. *Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français*, Bd. 38, S. 204–206.

ca. 70% aus Syndikalisten, zu 20% aus Sozialisten und zu 10% aus Anarchisten zusammensetzte.⁵² Die Auseinandersetzungen innerhalb des C.R.R.I. entsprachen in etwa den Gegensätzen, die auch die Zimmerwald-Bewegung selbst trennten. Zwischen Merrheim und Trotzki kam es zu Konflikten um die Frage einer neuen Internationale sowie um Lenins Forderung, den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg zu verwandeln. Schon auf der ersten Konferenz in Zimmerwald im Herbst 1915 hatten Merrheim und Bourderon Lenins Bürgerkriegskonzeption abgelehnt; und in der Folgezeit beharrten die Inspiratoren des C.R.R.I. auch gegenüber Trotzki auf ihrer Position.⁵³ Der gemäßigte Flügel des C.R.R.I. wie auch der Zimmerwald-Bewegung beschränkte sich darauf, die Rekonstruktion der II. Internationale sowie eine energische Friedensinitiative zu befürworten.

Eine Sonderrolle spielten die französischen Bolschewisten der ersten Stunde in Rußland selbst. Bereits Anfang 1918 hatte Lenin den Verband der ausländischen Gruppen der Bolschewiki gegründet, um ausländische Sympathisanten, insbesondere unter den Kriegsgefangenen, zu organisieren. Innerhalb dieser Keimzelle der späteren III. Internationale bildeten am 31. August 1918 einige Mitglieder der französischen Militärmission in Moskau, geführt von dem Capitaine Jacques Sadoul die französische Gruppe. Spätere Angehörige dieser Gruppe waren u.a. Henri Guilbeaux und Suzanne Girault (= Suzanne Depollier), die nachmals eine wichtige Rolle in der Pariser Parteilührung spielen sollte.⁵⁴ Innerhalb Frankreichs übten die französischen Bolschewiki zunächst jedoch keinen nennenswerten Einfluß aus, wie auch die direkten Sympathien für die Russische Revolution im ganzen begrenzt blieben.⁵⁵

Die deutsche Opposition gegen den Krieg stellte sich in wesentlichen Zügen anders dar als die französische. Wurde die Zimmerwald-Bewegung in Frankreich vornehmlich von syndikalistischen Kräften getragen, so fand sie ihren Rückhalt in Deutschland fast ausschließlich im linken Flügel der Sozialdemokratie, insbesondere bei Adolph Hoffmann und Georg Ledebour.⁵⁶ Der Groß-Berliner Verband der SPD stellte am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit 116.889 Mitgliedern eine imposante Organisation dar;⁵⁷ während des Krieges gehörte die Mehrheit des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Parteioption an, die die Burgfriedenspolitik ablehnte. Innerhalb der Wahlkreise, an der Basis, trafen denn auch die „Agitation und die Wühlereien der Opposition“ z.T. auf fruchtbaren Bo-

⁵² Wohl, *French Communism*, S. 467, Anm. 98.

⁵³ Ebd., S. 66; Kriegel, *Origines I*, S. 138.

⁵⁴ Siehe zur „französischen Gruppe“ die Erinnerungen von Marcel Body, *Les groupes communistes français de Russie 1918–1921*, Paris 1988 (zuerst erschienen Genf 1965 u.d.T. *Contributions à l'histoire du Comintern*), v.a. S. 11ff., sowie von Alfred Rosmer, *Moscou sous Lénine. Les origines du communisme*, Paris 1953, S. 150ff.

⁵⁵ Für einen Überblick über die Rezeption der Oktoberrevolution in der französischen öffentlichen Meinung siehe Annie Kriegel, *L'opinion publique française et la révolution russe*, in: Victor Fay (Hrsg.), *La Révolution d'Octobre et le Mouvement ouvrier européen*, Paris 1967, S. 75–104.

⁵⁶ Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 53), Düsseldorf 1974, S. 114ff.

⁵⁷ Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4 1914–1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, bearb. von Ingo Materna u. Hans-Joachim Schreckenbach, Weimar 1987, S. XV.

den.⁵⁸ Und anders als die sozialistische Minorität Frankreichs schreckte der linke SPD-Flügel auch vor der Parteispaltung nicht zurück und gründete 1917 die USPD.⁵⁹ Zwar gab es zwischen dem linken Flügel der SPD bzw. der USPD und der Gewerkschaftsopposition, die beide ihre wichtigsten Zentren in Berlin hatten,⁶⁰ vielfältige personelle Verflechtungen und Querverbindungen.⁶¹ Doch entzündete sich die Gewerkschaftsopposition in erster Linie an ökonomischen Problemen sowie an der zunehmend schwierigen Versorgungslage. In erheblich stärkerem Maße, als dies in Frankreich der Fall war, kam es daher in Deutschland gewissermaßen zu einer „Arbeitsteilung“ zwischen Partei und Gewerkschaften, blieben politische und soziale Kriegsoptionen getrennt. War die linke bzw. unabhängige Sozialdemokratie für die Formulierung der „politischen“ Opposition gegen den Krieg zuständig,⁶² so suchten die oppositionellen Gewerkschafter durch die Thematisierung der wirtschaftlichen Probleme eine Massenbasis zu gewinnen.⁶³ Aus seiner Berliner Tätigkeit wußte etwa Richard Müller, daß der „politische Untergrund“ der Gewerkschaftsopposition „nicht zu früh aufgeworfen werden“ durfte. „Die Massen sahen in der Gewerkschaft nur die Organisation der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. So war es ihnen seit Jahrzehnten gelehrt worden, und diese Vergangenheit ließ sich nicht aus der Welt schaffen. Es war notwendig, den Massen in den Betrieben ganz allmählich die politische Seite ihres Kampfes beizubringen und dann die politischen Aufgaben der Gewerkschaften klarzulegen.“⁶⁴ Nicht zufällig bedauerte Merrheim, daß keiner der Berliner Gewerkschaftsführer in der Lage war, ihm für Propagandazwecke die politische Haltung der deutschen Gewerkschaftsopposition schriftlich zusammenzufassen. Paradoxerweise konstatierte also der wichtigste Repräsentant des französischen revolutionären Syndikalismus, der sich ja als betriebszentrierte, „apolitische“ Bewegung verstand, bei seinen Berliner Genossen einen Mangel an Politik. Statt auf eine gewerkschaftliche Stellungnahme aus Berlin hoffte Merrheim daher auf einen Artikel aus der Feder von Franz Mehring oder Rosa Luxemburg.⁶⁵

Dies ist ein deutliches Indiz dafür, daß in Deutschland die politische Opposition gegen den Krieg, die sich an Zimmerwald und einem neuen revolutionären Interna-

⁵⁸ Dokumente aus geheimen Archiven, Nr. 119, S. 112f., Polizeibericht vom 4.3.1916, das Zitat S. 113. Vgl. Eugen Prager, Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 53, 135f.

⁵⁹ Zur Spaltung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Miller, Burgfrieden, v.a. S. 117ff. u. 133ff., und Carl E. Schorske, German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism, Cambridge/Mass. 1955, S. 285ff. Zur Geschichte der USPD neben dem zeitgenössischen Bericht von Prager, Geschichte, Hartfried Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/M. u. Köln 1975.

⁶⁰ Vgl. Miller, Burgfrieden, S. 148f. Hans-Joachim Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920, Bd. I, S. 271.

⁶¹ Nach Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, Wien 1924, S. 127, ist es vor allem seit dem Massenstreik im Februar 1918 zu einer verstärkten Fühlungnahme zwischen den Revolutionären Obleuten und der USPD gekommen.

⁶² Siehe z.B. Dokumente aus geheimen Archiven, Nr. 111, S. 105f., Polizeibericht vom 19.1.1916; ebd., Nr. 282, S. 253ff., Bericht des Polizeipräsidenten Berlin an den Minister des Innern, 6.2.1918; ebd., Nr. 286, S. 265, Polizeibericht vom 22.2.1918; ebd., Nr. 300, S. 280ff., Bericht des Polizeipräsidenten Berlin an den Minister des Innern, 13.7.1918.

⁶³ Siehe Müller, Kaiserreich, S. 58f. Zur Gewerkschaftsopposition während des Krieges vgl. Bieber, Gewerkschaften I, S. 270ff. u. 505ff.

⁶⁴ Müller, Kaiserreich, S. 58.

⁶⁵ Alphonse Merrheim an Robert Grimm, 3.3.1916, in: Lademacher (Hrsg.), Zimmerwalder Bewegung, Bd. II, S. 466.

tionalismus orientierte, vor allem auf der Ebene der Parteipolitik und der ideologischen Auseinandersetzung stattfand. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch durch die ideologische Spaltung der politischen Opposition selbst, wie sie in der Dreiteilung zwischen der Berliner Opposition um Adolph Hoffmann und Hugo Haase, der „Gruppe Internationale“ um Liebknecht und Luxemburg und schließlich den Bremer Linksradikalen um Paul Frölich zum Ausdruck kam.⁶⁶ Im Ergebnis blieb die radikale, im engeren Sinne politische Opposition gegen den Krieg in Deutschland lange Zeit eine gleichsam „kopflastige“ Angelegenheit.⁶⁷ Auch im wichtigsten und radikalsten Zentrum der gewerkschaftlichen Opposition, in der Berliner Metallarbeiterschaft, übten Haase und Ledebour, Luxemburg und Liebknecht keinen direkten Einfluß aus.⁶⁸ Richard Müller beklagte, daß „die meisten der nur theoretisch gebildeten Spartakusführer häufig das Verständnis für den praktischen Tageskampf vermissen“ ließen.⁶⁹

Damit sind einige äußerst bedeutsame und folgenreiche Unterschiede in der jeweiligen Entwicklung der extremen Linken und der Frühgeschichte der kommunistischen Bewegung beider Länder benannt. Diejenigen Kräfte, die in Frankreich während des Krieges sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Sinne eines neuen revolutionären Internationalismus am weitesten nach „links“ zu gehen bereit waren, entstammten überwiegend dem syndikalistischen oder anarcho-syndikalistischen Lager. Ihre politische Aktion besaß daher eine wichtige gesellschaftliche Basis in den sozialen Verhältnissen der Arbeiterschaft selbst. Politische und soziale Kriegsopposition fielen zusammen. Ein von der sozialen Realität abgehobener revolutionärer Voluntarismus konnte auf diesem Boden nur schwer gedeihen. Ganz anders lagen die Dinge in Deutschland. Zumal vor dem Hintergrund der Revisionismusdebatte sowie anderer innermarxistischer Kontroversen der Vorkriegszeit⁷⁰ speisten sich Teile der deutschen politischen Opposition aus einem spezifischen, von der sozialen Realität abstrahierenden Doktrinarismus, der in Frankreich so nicht existierte. Den Diskussionen der exilrussischen Sozialdemokratie stand die deutsche politische Opposition daher erheblich näher als die französische; und viel leichter als in Frankreich konnte auf dieser Basis ein unbedingter revolutionärer Voluntarismus ebenso gedeihen wie die Rezeption des bolschewistischen Bürgerkriegsprinzips. Während Merrheim in Zimmerwald Lenins revolutionären Defätismus mit dem Hinweis auf seinen eigenen begrenzten Einfluß unter der französischen Arbeiterschaft ablehnte,⁷¹ näherten sich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der Bürgerkriegsformel und wurden damit zu den markantesten Exponenten der politischen Kriegsopposition in Deutschland, auch wenn ihre Resonanz in den Betrieben beschränkt blieb.

Im Selbstverständnis des Spartakusbundes spielte dabei eine entscheidende Rolle das Bewußtsein, angesichts des immer schrecklicheren Krieges nur noch die Wahl zu haben zwischen der völligen Vernichtung und dem kompromißlosen Kampf gegen

⁶⁶ Diese Gegensätze zeigten sich unter anderem auf der zweiten Konferenz der Zimmerwald-Bewegung in Kienthal. Siehe Lademacher (Hrsg.), *Zimmerwalder Bewegung I*, S. 285ff.

⁶⁷ Vgl. Robert F. Wheeler, *USPUD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt/M. 1975, S. 10.

⁶⁸ Müller, *Kaiserreich*, S. 59.

⁶⁹ *Ebd.*, S. 126.

⁷⁰ Vgl. dazu Schorske, *Social Democracy*, S. 56ff.; Peter Nettel, *Rosa Luxemburg*, Köln u. Berlin 1969, S. 159ff.

⁷¹ Wohl, *French Communism*, S. 66.

diejenigen Mächte, denen man die Schuld am Kriege gab. „Wir stehen vor der Wahl: Kampf oder schimpfliche Kapitulation. Ein Drittes gibt es nicht. Wer dem Kampf ausweicht, kapituliert. Wer vom Kampf redet, aber ihn nicht wagt, höhnt den bitteren Ernst der Zeit, indem er ihn mit faden Grimassen nachächft. Der ist nicht für uns, der ist wider uns.“⁷² Diesem Bewußtsein eines Optionszwangs, das sich ganz wesentlich aus der Erfahrung der offenkundig nicht zu stoppenden Vernichtungsmaschinerie des Krieges speiste, entsprang *einerseits* der unbedingte Wille zur revolutionären Tat. Der internationale Sozialist, so erklärte Liebknecht seinen Richtern, habe den internationalen Kapitalismus im eigenen Lande zu bekämpfen, „dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann [...]. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.“⁷³ Diese Anschauung kulminierte in Liebknechts berühmtem Diktum: „Nicht Burgfrieden, sondern Bürgerkrieg ist für mich die Losung.“⁷⁴ Doch mit dem Willen zur revolutionären Tat verband sich *andererseits* unauf löslich das Streben nach ideologischer „Reinheit“ und das heißt nach Abrechnung mit den vermeintlichen „Verrätern“ der Arbeiterbewegung.⁷⁵ Schon während des Weltkrieges wurde so in den „Spartakusbriefen“ offensichtlich, daß die extreme Linke in Deutschland sich *zwei* inneren Feinden gegenüber wähnte: Kapitalistischer „Imperialismus“ und sozialdemokratischer „Sozialimperialismus“ wurden als gleichermaßen gefährlich betrachtet. Erst wenn den sozialdemokratischen „Verrätern“ die proletarische Massengefolgschaft entwunden war, würde auch die revolutionäre Tat glücken können. Und es kennzeichnet den bereits vorgeformten totalitären Charakter des Spartakusbundes, daß er von dem mit so eindrücklichen Worten gegeißelten Weltkrieg doch zugleich auch die quasi militärische Schwungkraft erhoffte, die die Massen schließlich zur revolutionären Aktion treiben würde:

„Deutschland ist nicht umsonst das Land ohne revolutionäre Traditionen, das Land des preußischen Kasernendrills. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat sich 50 Jahre lang nur darin geübt, die Arbeitermassen im Kasernendrilla, genannt ‚Organisationsdisziplin‘, zu verblöden. Mit dem Resultat, daß heute die deutschen Arbeiter eben nur nach dem Taktstock einer Obrigkeit sich zu bewegen vermögen: sei es nach dem Taktstock eines Feldwebels oder eines Leutnants von der Generalkommission der Gewerkschaften [...]. Und doch arbeitet der Imperialismus gerade der revolutionären Mobilisierung der Arbeiterschaft sehr erheblich vor [...]. Die Konzentration gewaltiger Massen des Proletariats an der Front in jahrelanger täglicher Kameradschaft und Gemeinsamkeit der Daseinsbedingungen, die Konzentration gleichfalls gewaltiger Massen von Männern und Frauen der Arbeit in der Munitionsindustrie der Heimat – das

⁷² Spartacus Nr. 2 vom 5.11.1916, in: Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1958, S. 249. Vgl. Spartacus Nr. 4 vom April 1917, ebd., S. 297: „Nur eine einzige Macht wäre imstande und war durch die Geschichte berufen, dem rasenden Abrutsch der Gesellschaft in den Abgrund der Anarchie und der Verwilderung in die Speichen zu fallen: *das internationale sozialistische Proletariat*. Einen anderen Ausweg aus dem Kriege als die revolutionäre Erhebung des internationalen Proletariats zum Kampfe um die Macht gibt es nicht mehr – es sei denn die völlige Erschöpfung der Gesellschaft, d.h. wirtschaftlicher, kultureller, moralischer Zusammenbruch und Agonie nach unabsehbarer Dauer des Krieges.“

⁷³ Spartacus Nr. 1 vom 20. September 1916, in: Spartakusbriefe, S. 225.

⁷⁴ Spartacus Nr. 3 vom Dezember 1916, ebd., S. 281.

⁷⁵ Über die „Sozialimperialisten“, „Regierungssozialisten“, den „parlamentarischen Kretinismus der Scheidemänner“ usf. als „Verräter“ an der Arbeiterklasse siehe Spartakusbriefe, S. 211ff. u. S. 227ff. (Spartacus Nr. 1, vom 20.9.1916); S. 240ff. (Spartacus Nr. 2 vom 5.11.1916); S. 282ff. (Spartacus Nr. 3 vom Dezember 1916); S. 423 (Spartacus Nr. 9 vom Juni 1918); S. 440f. (Spartacus Nr. 10 vom August 1918) und passim.

alles hat geradezu die fertigen Truppen herangebildet, die bei jeder größeren politischen Aktion in Frage kommen.“⁷⁶

Bildet sich in diesen Worten nicht eine mehr oder minder direkte Analogie zu der Instrumentalisierung des Frontkämpfermythos durch die extreme Rechte nach 1918 ab?

Im Vergleich zu Frankreich zeichnete sich die extreme Linke in Deutschland schon während des Weltkrieges durch einen zunehmend verselbständigten und von den konkreten politisch-sozialen Verhältnissen abstrahierenden revolutionären Voluntarismus aus. Durch den Novemberumsturz und den darauffolgenden politischen Mobilisierungsschub gefördert, war sein sichtbarster Ausdruck die Gründung der KPD um die Jahreswende 1918/19. Ein wichtiges Merkmal dieser voluntaristischen Grundhaltung läßt sich darin erkennen, daß die deutschen Spartakisten und Kommunisten im Unterschied zu den französischen Linksradikalen bereits sehr früh mit dem Leninschen Bürgerkriegsparadigma argumentierten.

Das privatwirtschaftliche System, das sich in Deutschland nach dem November 1918 gegen das Weitertreiben der Revolution sperrte, erschien in den Augen der Kommunisten als die letzte Ursache des Weltkrieges und daher als eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Vernichtungsmaschinerie, vor der nur der aktive revolutionäre Kampf zu retten vermochte. „Einen anderen Ausweg aus dem Meer von Blut und Elend gibt es nicht“, formulierte schon im Oktober 1918 ein Flugblatt des Spartakusbundes.⁷⁷ Gewalt und Blutvergießen gingen aus dieser Perspektive ursächlich von den „reaktionären“ und gegenrevolutionären Kräften der Bourgeoisie und ihrer „opportunistischen“ Helfershelfer aus. „Wenn Unordnung und Bürgerkrieg entstehen sollten, so werden einzig und allein diejenigen die Schuld tragen, die ihre Herrschaft und ihren Profit stets mit Waffengewalt befestigt und erweitert haben und die auch jetzt wieder versuchen, das Proletariat unter ihr Joch zu beugen.“⁷⁸ Charakteristisch für die mentale Ausgangsposition des frühen Kommunismus war also eine Mischung aus Bedrohungsangst und hemmungsloser Aggressivität, deren Dimension und Intensität nur vor dem Hintergrund des säkularen Weltkriegstraumas und des russischen Bürgerkrieges zu begreifen sind. Denn daß ein ähnlicher und voraussichtlich noch viel grausamerer Bürgerkrieg auch in Deutschland unausweichlich sein würde, davon gab sich zumindest Rosa Luxemburg überzeugt: „Der ‚Bürgerkrieg‘“, so schrieb sie in der „Roten Fahne“ vom 20. November 1918, „läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.“⁷⁹ Die entsprechenden Gedankengänge gingen in das von Luxemburg formulierte erste Parteiprogramm der KPD ein. Zwar betonte sie hier, daß die proletarische Revolution – deren „Mission“ es sei, „die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen“ – des Terrors und des Mordes nicht bedürfe, daß es sich hierbei vielmehr um genuin „bürgerliche“ Instrumente handle. Aber der Vollzug jener „geschichtlichen Notwendigkeit“ würde den erbittertsten Widerstand der „imperialistischen Kapitalistenklasse“ hervorrufen, ein Widerstand, den sie mit „jenen Methoden der kalten Bosheit“ führen würde, „die sie

⁷⁶ Spartacus Nr. 11 vom September 1918, ebd., S. 451.

⁷⁷ Dokumente und Materialien II/2, S. 226.

⁷⁸ Karl Liebknecht, Was will der Spartakusbund, 23.12.1918, in: Ders., Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 654.

⁷⁹ RF, 20.11.1918.

in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat.“ Die Forderung an die neue Partei lautete daher: „All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden [...]. Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte je gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.“⁸⁰

Differenzen zwischen Leninschem Bolschewismus und frühem deutschem, „luxemburgischem“, stärker auf die Spontaneität der „Massen“ setzendem Kommunismus verwischen sich hier bis zur Unkenntlichkeit. Wie Lenin begründete Rosa Luxemburg die Perspektive des Bürgerkrieges in Form eines Zirkelschlusses: Die „geschichtliche Notwendigkeit“ würde gewaltsamen Widerstand provozieren; diesen wiederum gelte es mit überlegener revolutionärer Gewalt zu zerschlagen. Dies war der Geist, mit dem die Kommunisten 1919 die sich zumeist spontan entwickelnden Aufstands- und Streikbewegungen betrachteten und nach Kräften förderten.

Das Programm der KPD rechnete mit der Gewalt, es befürwortete revolutionäre Gewalt und es nahm den Bürgerkrieg billigend in Kauf.⁸¹ Eine wie auch immer getretete (Mit-)Verantwortung für die Gewalt wurde freilich abgelehnt. Am klarsten drückte dies auf dem Gründungsparteitag der Bremer Delegierte Ludwig Bäumer aus, wenn er auf die „Selbstverständlichkeit“ hinwies, daß die proletarische Revolution des Terrors nicht bedürfe. „Aber wenn die kapitalistische Bourgeoisie den Bürgerkrieg und den Terror propagiert, so ist eine Reaktion auf Bürgerkrieg und Terror ebenfalls eine Selbstverständlichkeit, und wir befinden uns so lange im Zustande der von Bürgerkrieg und Terror Bedrohten, als die Machtmittel zur überwiegenden Mehrheit auf der Seite des bürgerlichen Terrors liegen. Im Augenblick der gleichen Verteilung der Machtmittel oder im Augenblick des Übergangs der Machtmittel an das sozialistische Proletariat hört vielleicht der Bürgerkrieg auf, vielleicht auch nicht, immerhin stehen wir dann immer auf dem Boden, daß wir, provoziert, lediglich reagiert haben. Infolgedessen bleibt (sic!) Bürgerkrieg und Terror eine rein bürgerliche Angelegenheit.“⁸² Problematisch wurde diese Einschätzung freilich in dem Augenblick, da sich ein gewalttätiger Antikommunismus formierte, der sich von den Kommunisten ebenfalls „provoziert“ fühlte und „lediglich“ zu reagieren meinte.

⁸⁰ Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. von Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 297f. (Eine unveränderte Neuaufgabe, versehen mit einer „Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED“, erschien 1993 u.d.T.: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, hrsg. von Hermann Weber, Berlin 1993).

⁸¹ Vgl. hierzu auch Detlef Lehnert, Propaganda des Bürgerkrieges? Politische Feindbilder in der Novemberrevolution als mentale Destabilisierung der Weimarer Demokratie, in: Ders./Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 61–101, hier v.a. S. 79ff.

⁸² Gründungsparteitag der KPD, S. 208. Vgl. die Intervention von Liebknecht, ebd., S. 222.

III. Das Spektrum des potentiellen Bürgerkriegs in Frankreich nach 1918

Wenn also davon ausgegangen werden kann, daß der frühe deutsche Kommunismus in erheblichem Maße aus der ideologischen Konvergenz mit dem Bolschewismus und seinem Bürgerkriegsthema hervorging, so lagen die Verhältnisse in Frankreich zunächst anders. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Vertreter der französischen politischen Kriegsoption in Zimmerwald und im C.R.R.I. den revolutionären Defätismus Lenins und Trotzki ablehnten.⁸³ Darüber hinaus bemühten sich Merrheim und seine Anhänger seit 1917, dem Jahr der russischen Revolution sowie der Regierungsübernahme Georges Clemenceaus, zunehmend um eine Überwindung der Gegensätze innerhalb der C.G.T. und fanden infolgedessen zu einem zentristischen Kurs zurück. Demgegenüber radikalisierte sich zwar der linke Flügel des C.R.R.I., doch übernahm er deshalb noch keineswegs die extremistischen Parolen bzw. die Bürgerkriegskonzeption der Bolschewiki.⁸⁴ Wenn also das Bürgerkriegsparadigma sich im Diskurs der französischen Linken erst allmählich entwickelte, so lag dies zum einen an der unterschiedlich begründeten Kriegsoption; zum anderen aber zeigte sich in dieser Verzögerung, daß die Mehrheit der französischen Sozialisten und Gewerkschafter auch im Jahre 1919 noch vor der Parteispaltung zurückschreckten. Die Auseinandersetzung mit dem totalitären bolschewistischen Programm – zentralistische Kampfpartei „neuen Typs“, bewaffneter Aufstand und Bürgerkrieg – vollzog sich in Frankreich daher im wesentlichen unter dem Dach der majoritären Organisationen S.F.I.O. und C.G.T. Nach dem Ende des Krieges gab es hier unüberwindbare ideologische Gegensätze, die nur noch durch einen vagen, grundsätzlichen Willen zur organisatorischen Einheit überbrückt wurden.⁸⁵

Die wichtigste ideologische und organisatorische Plattform, auf der sich in Frankreich die Gegner der reformistischen Majorität und die Anhänger Moskaus sammelten, blieb zunächst der revolutionäre Syndikalismus. Schon 1916 hatte sich unter dem Dach des C.R.R.I. das „Comité de Défense du Syndicalisme“ (C.D.S.) gebildet, das jedoch bald völlig autonom handelte. In Frankreich fanden die Bolschewiki im C.D.S., das in Péricat seinen Spiritus rector hatte, und in den ihm nahestehenden Anarcho-Syndikalisten zunächst ihre größten Bewunderer.⁸⁶ Mit den Bolschewisten teilte das C.D.S. die Überzeugung vom definitiven Ende der II. und der Notwendigkeit, eine neue revolutionäre Internationale zu begründen. Beide verband die grundsätzliche Ablehnung repräsentativer Politik- und Organisationsformen und der Wille zur

⁸³ Siehe oben S. 38f.

⁸⁴ Krigel, *Origines* I, S. 153.

⁸⁵ Siehe hierzu Fernand Lorient, *La Scission*, in: *L'Internationale*, 5.4.1919: „Beaucoup se déclare pro-bolcheviki, pour l'extension de la révolution sociale, pour la dictature du prolétariat; aucune affirmation hardie ne les effraie, mais ils sont quand même partisans de l'unité [...]. Rares sont encore [...] ceux, qui sont convaincus que dans leur déroulement précipité les événements ne nous donnent pas le loisir de conquérir la C.G.T. et le Parti et que la création d'un parti communiste adhérent à la troisième internationale s'impose.“

⁸⁶ Vgl. die Polizeiberichte in AN F7 13273, 22.4.1919 (*Les anarchistes et le 1er mai*); ebd., 28.4.1919; F7 13601, 22.4.1919 (*Chez les anarchistes*).

direkten revolutionären Tat.⁸⁷ Für einen gewissen Zeitraum traten dahinter die letztlich unüberbrückbaren Gegensätze zurück, die zwischen der (anarcho-)syndikalistischen Hoffnung auf die spontane Massenerhebung der Produzenten und den expropriierenden Generalstreik einerseits und dem leninistischen Konzept der elitären Kampfpartei „neuen Typs“ andererseits bestanden. Diese Überdeckung der ideologischen Gegensätze bildete die Voraussetzung dafür, daß man innerhalb des C.D.S. die Oktoberrevolution als genuin syndikalistische Revolution und die Bolschewiki als ideologisch kongenial betrachtete.⁸⁸ Unmittelbare Folge dieses Mißverständnisses war im Frühjahr 1919 die Umwandlung des – organisatorisch nach wie vor am Rande der C.G.T. stehenden – C.D.S. in einen „Parti Communiste“, der sich nunmehr von allen französischen Arbeiterorganisationen distanzierte und sich zum Bolschewismus sowie zur III. Internationale bekannte.⁸⁹

Die Existenz des „Parti Communiste“ blieb letztlich ephemer; die Widersprüche zwischen anarchistischer Tradition und parteimäßiger Organisation übten ihre Wirkung aus.⁹⁰ Hinzu kam, daß der Anarchismus in der Arbeiterschaft zuwenig verankert war, als daß er auf eine Massenanhängerschaft hätte hoffen können. C.D.S. und „Parti Communiste“ spielten hauptsächlich während jener Übergangsphase 1918/19 eine gewisse Rolle, da die Konversion Merrheims, Bourderons, Gaston Dumoulins und anderer zum Zusammenbruch der Zimmerwald-Bewegung und der französischen extremen Linken überhaupt geführt hatte. Seit dem Frühjahr 1919 aber erfolgte die Rekonstruktion einer revolutionär-syndikalistisch orientierten Gewerkschaftsopposition innerhalb der C.G.T. durch Monatte, Rosmer und Gaston Monmousseau. Ähnlich wie Péricats „Parti Communiste“ gab die gewerkschaftliche Minorität, die sich um das im April 1919 neu begründete Organ „La Vie ouvrière“ gruppierte, dem Bolschewismus eine syndikalistische Interpretation.⁹¹ Ihr Ziel war es, die bestehenden Gewerkschaften von innen heraus zu erobern und zur revolutionären Tat zu treiben. Mit starkem Rückhalt in den Gewerkschaften der Bauarbeiter, der Metallarbeiter, später auch der Eisenbahner verkörperte sie in Frankreich das mächtigste revolutionäre Potential der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Von Beginn an war der Großraum Paris einer der wichtigsten regionalen Schwerpunkte der anarcho-syndikalistischen und revolutionär-syndikalistischen Bewegung. Der „Parti Communiste“ konnte hier im Juli 1919 in sechs Arrondissements und fünf Vororten auf insgesamt elf „Sowjets“ zählen.⁹² Und sowohl das C.D.S. als auch die

⁸⁷ Vgl. Dieter M. Schneider, *Revolutionärer Syndikalismus und Bolschewismus. Der Prozeß der ideologischen Auseinandersetzung französischer Syndikalisten mit den Bolschewiki 1914–1922*, Erlangen 1974, S. 100ff.

⁸⁸ Vgl. Kathryn E. Amdur, *La tradition révolutionnaire entre syndicalisme et communisme dans la France de l'entre-deux-guerres*, in: *Le Mouvement Social* Nr. 129 (April-Juni 1987), S. 27–50, hier v.a. S. 30f.

⁸⁹ Das Programm des „Parti Communiste“ in *L'Internationale*, 7.6.1919. Vgl. Kriegl, *Origines* I, S. 286ff.; Schneider, *Revolutionärer Syndikalismus*, S. 117ff. für die Einzelheiten der Ideologie des „Parti communiste“.

⁹⁰ Boris Souvarine, eine der bedeutendsten Figuren des frühen französischen Kommunismus, schrieb rückblickend über Péricat und seine Mitstreiter: „Ces groupuscules étaient de tendances anarchiste et anarcho-syndicaliste, leurs militants (...) ignoraient tout du bolchévisme dont ils se croyaient les interprètes pour la France. Personne, les connaissant, ne prenait au sérieux leurs enfantillages.“ Boris Souvarine, *Autour du Congrès de Tours*, Paris 1981, S. 27.

⁹¹ Kriegl, *Origines* I, S. 312ff.

⁹² Kriegl, *ebd.*, S. 293. Die Mitgliederzahl wurde von der Polizei Anfang Januar 1919 auf 1.800–2.000 geschätzt.

rekonstruierte Gewerkschaftsminorität profitierten von der Expansion der Rüstungsindustrie, die sich in erster Linie auf den Metallsektor auswirkte und in der Pariser Region – wie sich bei dem Streik vom Juni 1919 zeigte – einen ihrer bedeutendsten Standorte besaß. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg blieben die Pariser Metallarbeitergewerkschaften syndikalistisch orientiert. Bis 1921 bildeten sie das Rückgrat der C.G.T.-Minorität. Nach der Spaltung gingen sie zur C.G.T.U., ohne daß es der C.G.T. gelungen wäre, in der Hauptstadt eine bedeutsame Konkurrenzorganisation aufzubauen.⁹³

Daß es sich bei der Moskauorientierung der anarchistischen und syndikalistischen Gruppierungen in der Substanz um ein ideologisches Mißverständnis handelte, wird nicht zuletzt darin deutlich, daß das Bürgerkriegsthema über das ganze Jahr 1919 hinweg in Frankreich keine wesentliche Rolle spielte. Zwar gab es in der politischen Sprache der Syndikalisten und Anarchisten durchaus Ansätze hierzu, so etwa wenn der Sekretär der Pariser Metallarbeitergewerkschaft, Gouergou, darauf hinwies, „der Krieg der Waffen“ sei zwar beendet, aber nun beginne der „Krieg der Klassen, gewalttätiger als jemals zuvor.“⁹⁴ Und es mangelte auch nicht an gelegentlichen Aufrufen zur Gewalt. So forderte z.B. der anarchistische Eisenbahn-Gewerkschafter Henri Eduard Sirolle anläßlich des Ersten Mai 1919 vor ca. 6.000 applaudierenden Zuhörern: „Nous irons à la manifestation; si un seul cheveu d'ouvrier est touché, le sang coulera, le massacre commencera et ne s'arrêtera que quand nous serons les maîtres, quand les Gouvernements et les bourgeois pourris seront sous notre botte.“⁹⁵ Aber solche und ähnliche Äußerungen wurzelten primär noch in der revolutionären „Straßenkampfromantik“ des 19. Jahrhunderts, die in Paris eine besondere Heimstatt hatte. Das bolschewistische Programm im engeren Sinne – Partei „neuen Typs“ und revolutionärer Bürgerkrieg – erlangte in Frankreich dagegen eine tatsächliche historische Wirkung erst 1920, als ein weiterer syndikalistischer Versuch des revolutionären Generalstreiks gescheitert war.⁹⁶

Allerdings finden sich bei genauerem Hinsehen bereits im Jahre 1919 alle wesentlichen Argumente, die auch das leninistische Bürgerkriegskonzept konstituierten. Sie wurden im wesentlichen in denjenigen Organen artikuliert, in denen neben den syndikalistischen auch die linkssozialistischen Stimmen zu Wort kamen. Hierzu gehörten insbesondere die Tageszeitungen „Le Journal du Peuple“ und „La Vérité“ sowie „La Vie ouvrière“. Hier schrieben Vertreter der radikalen S.F.I.O.-Minorität und nachmalig bekannte Gründungsmitglieder des PCF wie Victor Méric,⁹⁷ Raoul Verfeuil,⁹⁸

⁹³ Über die Geschichte der Spaltung von 1921 vgl. Jean-Louis Robert, *La scission syndicale de 1921. Essai de reconnaissance des formes*, Paris 1980.

⁹⁴ AN F7 13367, 26.1.1919 (Meeting organisé pour les chômeuses par les syndicats des métaux, de l'habillement civil et militaire, des produits chimiques, de la voiture et de l'aviation).

⁹⁵ AN F7 13273, 30.4.1919 (La manifestation du 1er Mai et les cheminots).

⁹⁶ In dieser Hinsicht ist Schneider, *Revolutionärer Syndikalismus*, zu korrigieren, der den Einfluß der Bürgerkriegskonzeption für das Jahr 1919 bei weitem überschätzt.

⁹⁷ Victor Méric (1876–1933), Mitglied der S.F.I.O. seit 1906, stimmte auf dem Kongreß von Tours für die Dritte Internationale. In der Folgezeit Kritiker der zunehmenden Moskauabhängigkeit und Bolschewisierung des PCF, wurde er am 17.1.1923 aus der Partei ausgeschlossen.

⁹⁸ Raoul Verfeuil (1887–1927), Mitglied der S.F.I.O., votierte auf dem Kongreß von Tours für die Dritte Internationale trotz nicht unerheblicher Reserven gegen die Bolschewiki. Gegner der Bolschewisierung, wurde er im Oktober 1922 aus der Partei ausgeschlossen.

Fernand Loriot⁹⁹ und Paul Vaillant-Couturier.¹⁰⁰ Aus ihnen rekrutierte sich jener Kreis französischer Linkssozialisten, die mit dem Bolschewismus sympathisierten und am ehesten ein Gegenstück zum Spartakusbund darstellten.

Die Rhetorik der französischen extremen Linken näherte sich in dem Maße Lenins Bürgerkriegsmotiv an, wie sie seine Interpretation des Weltkriegs übernahm. Im Sinne des linken Flügels der Zimmerwald-Bewegung stellten sich die Blutopfer des Weltkriegs als notwendige und mehr oder minder gewollte Folge der bürgerlich-kapitalistischen Klassenherrschaft dar, was einen ebenso einfachen wie suggestiven Schuldpruch erlaubte. Zwischen der Dauer des Krieges und den Profiten der Schwerindustrie, repräsentiert im Comité des Forges, bestand demzufolge eine unmittelbare Korrelation.¹⁰¹ In Gang gesetzt von einer Handvoll Profiteure, bildete der Krieg solange eine dauerhafte Bedrohung, wie das privatwirtschaftliche System selbst existierte. Das gigantische Ausmaß der Bedrohung aber, wie es der Weltkrieg ans Licht gebracht hatte, rechtfertigte schon aus sich selbst heraus jedwede revolutionäre Gegenaktion. Vor dem Massengrab des Weltkriegs hatten etwaige Skrupel und das Zurückschrecken vor der revolutionären Aktion zu verstummen: „[La bourgeoisie] exerce, pour sa part, depuis des siècles, une dictature tellement tyrannique et sanguinaire qu'elle n'a pas – et n'aura jamais – le droit de poser à la victime [...]. On reproche aux Bolcheviks quelques centaines d'exécutions plus ou moins sommaires. La Bourgeoisie vient d'immoler douze millions d'hommes à ses intérêts – à ses appétits.“¹⁰² Vor dem Hintergrund des Weltkriegsschreckens stellte sich die Vernichtung des kapitalistischen Systems daher geradezu als „historische Notwendigkeit“ dar.¹⁰³ Gegen den Krieg, die letzte Zuflucht des in unlösbarer Widersprüche verstrickten Kapitalismus, so konnte sich Trotzki in Frankreich zu Wort melden, galt es die soziale Revolution des Proletariats ins Werk zu setzen.¹⁰⁴

Die Auffassung, das privatwirtschaftliche und nur als scheindemokratisch zu wertende System sei eine Herrschaft der Gewalt, von der für die Arbeiter eine lebensgefährliche Bedrohung ausgehe, war schon in der Geschichte des Spartakusbundes und der KPD begegnet. Daß angesichts dieser Gefahr möglicherweise revolutionäre Gegengewalt ausgeübt werden müsse, wurde auch bei der französischen extremen Linken schon früh ausgesprochen und als eine Art Notwehrakt legitimiert.¹⁰⁵ Wenn damit aber der Bürgerkrieg in das potentielle Handlungsspektrum geriet, so stimmte die französische extreme Linke mit den deutschen Kommunisten darin überein, daß die

⁹⁹ Fernand Loriot (1870–1932), Lehrer, einflussreiches Mitglied des C.R.R.I. und der Fédération des Syndicats d'Instituteurs, seit Juli 1918 im Vorstand der S.F.I.O. Nach dem Kongreß von Tours in Abwesenheit – er verbüßte zu dieser Zeit eine Gefängnisstrafe – in das „Comité directeur“ des PCF gewählt, spielte Loriot in der Frühzeit eine prominente Rolle in der Partei. Skeptisch gegenüber den Methoden der Bolschewisierung seit 1924, trat er 1926 aus der Partei aus.

¹⁰⁰ Paul Vaillant-Couturier (1892–1937), stammte aus einer bekannten und begüterten Künstlerfamilie. Während des Ersten Weltkrieges, den er an der Front verbrachte, trat er der S.F.I.O. bei und war Mitbegründer der A.R.A.C. (zusammen mit Raymond Lefebvre und Henri Barbusse). Begeisterter Befürworter der Dritten Internationale, wurde er einer der einflussreichsten Intellektuellen des PCF.

¹⁰¹ Victor Méric, Le problème de la guerre, in: Journal du Peuple, 2.2.1919.

¹⁰² Raoul Verfeuil, Socialisme et démocratie, in: Journal du Peuple, 4.1.1919. Vgl. Lucien Le Foyer, Le „Parti d'Ordre“, in: Journal du Peuple, 25.4.1919; Fernand Loriot, La paix, in: La Vie ouvrière, 2.7.1919.

¹⁰³ Émile Chauvelon, Nécessité historique, in: L'Internationale, 24.5.1919.

¹⁰⁴ Trotzky, Guerre et révolution, in: La Vie ouvrière, 4.6.1919.

¹⁰⁵ Siehe z.B. Raoul Verfeuil, Le Devoir de l'Internationale, in: Journal du Peuple, 11.1.1919; Victor Méric, Révolutions, ebd., 11.3.1919.

Verantwortung hierfür allein der herrschenden „Bourgeoisie“ zukomme. Der bereits früh erhobene Vorwurf, die extreme Linke schüre den „Bürgerkrieg“ und spiele damit dem besiegten Deutschland in die Arme, wurde aus dieser Perspektive als reine Heuchelei empfunden.¹⁰⁶

Zu einem der beredtesten Anwälte dieser These wurde in Frankreich Paul Vaillant-Couturier. Für Vaillant-Couturier war der Begriff des „Bürgerkriegs“ von Beginn an keineswegs ein Tabu. Vielmehr schilderte er ihn als eine bereits erfahrbare Quasi-Realität, so etwa wenn die am 1. Mai 1919 von den radikalen Kräften geplante Großdemonstration an der Übermacht der Ordnungskräfte scheiterte und ein Todesopfer forderte.¹⁰⁷ Nur die Verteidiger der etablierten Ordnung konnten daher aus Vaillant-Couturiers Sicht für einen möglichen Bürgerkrieg verantwortlich sein. Der Vorwurf an die französischen Linksextremen, sie zögen „einen Bürgerkrieg einem Krieg zwischen Völkern“ vor, war demzufolge eine ebenso billige wie heuchlerische Beleidigung, denn: „Le goût de la guerre civile, c'est vous qui l'avez et non pas nous.“¹⁰⁸ Vaillant-Couturier bewegte sich damit ganz auf dem Boden des zur gleichen Zeit vom Ersten Kongreß der III. Internationale verabschiedeten und oben zitierten Manifests.¹⁰⁹ Auch dessen charakteristische Verbindung zwischen dem Notwehrgedanken und dem Umschlag zu einer hemmungslosen Sprache der Gewalt, die im Bürgerkriegsparadigma kulminierte und auch bei den deutschen Kommunisten des Jahres 1919 begegnete, wurde bei Vaillant-Couturier sehr deutlich: „La guerre civile!“; so skizzierte er im März 1919 die innenpolitische Lage: „Spectre épouvantable! Vision de barricades, de fusillades, de foules sombres en déroute dans des carrefours sous des feux de mitrailleuses ou des charges. Effroi du rentier, terreur du bourgeois, horreur des boutiquiers [...]. C'est désagréable, n'est-ce pas, de sentir le souffle du carnage vous chauffer le cou?“¹¹⁰

In Anbetracht dessen, was oben über die Eigenheiten der französischen Kriegsoption gesagt wurde, ist es bezeichnend, daß Vaillant-Couturier nicht aus dem syndikalistischen Lager kam. Die Rezeption des Leninschen Bürgerkriegsmotivs konnte in jenen Kreisen leichter erfolgen, die nicht gewerkschaftlich gebunden waren und stärker ideologisch dachten. Aus einer begüterten Künstlerfamilie stammend, hatte Vaillant-Couturier den Ersten Weltkrieg an der Front erlebt, war 1917 in die S.F.I.O. eingetreten und hatte zusammen mit Raymond Lefebvre und Henri Barbusse die *Association Républicaine des Anciens Combattants* gegründet. Auf ihn und seine Generation hatte das Frontkämpfererlebnis eine formative Wirkung ausgeübt. Wenn daher seit der Mitte des Jahres 1919 auch Frankreich vom „bolschewistischen Bazillus“ (Lenin) infiziert zu sein schien, so war dies insbesondere dem Einfluß der von der Front zurückkehrenden jungen Männer zu verdanken, die massenhaft in die Reihen von C.G.T. und S.F.I.O. strömten.¹¹¹ Anders als die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der organisierten Arbeiterbewegung hatten sie an der „Union sacrée“ nicht im aktiv-politischen Sinne, sondern eher als deren militärisches Instrument partizipiert. Angesichts der langjährigen Schreckenserfahrung an der Front übte die bolschewisti-

¹⁰⁶ Henri Fabre, Chut!, in: Journal du Peuple, 17.1.1919.

¹⁰⁷ Paul Vaillant-Couturier, La force consciente d'elle-même, in: La Vérité, 2.5.1919.

¹⁰⁸ Paul Vaillant-Couturier, Éloge de la Paix civile, in: La Vérité, 1.3.1919.

¹⁰⁹ Siehe oben, S. 31f.

¹¹⁰ La Vérité, 1.3.1919.

¹¹¹ Über die Mitgliederentwicklung siehe unten, S. 78ff.

sche Kriegsinterpretation daher auf nicht wenige Frontkämpfer eine erhebliche Suggestivkraft aus. Die meisten der späteren kommunistischen Parteipolitiker, die die Frühgeschichte des PCF prägten, waren durch die Erfahrung des Frontkämpferdaseins gegangen. Und viele betonten rückblickend die entscheidende Wirkung, die diese Erfahrung auf ihr politisches Denken ausübte.¹¹² Pierre Monatte gab dieser Erfahrung eindrucksvoll Ausdruck, als er Mitte 1919 schrieb:

„Parmi les éléments de mécontentement et de colère de notre époque, le souvenir de la guerre, ce picu enfoncé dans tant de cœurs, tient une place qu'on a tendance à méconnaître. Avec nous, dans ces rangs de révoltés, il y a, il y aura de plus en plus, nombre d'hommes et de femmes qui ne pardonneront jamais à la société capitaliste d'avoir enfanté la guerre mondiale qui leur a dévoré leurs enfants. Nous ne voulons ni pardonner ni oublier.“¹¹³

Der aggressive „Pazifismus“ der zurückkehrenden Aktivisten, die sich unter dem Banner der Solidarität mit Moskau sammelten und nach der Dritten Internationale riefen, hatte denn auch wenig mit den traditionellen Formen des bürgerlichen und sozialistischen Pazifismus zu tun; vielmehr wies er klare Parallelen zu der Bürgerkriegsmentalität der deutschen Spartakisten und Kommunisten auf.¹¹⁴ Vaillant-Couturier hat rückblickend diese Stimmung sehr prägnant beschrieben, wenn er die ungeheure Popularität der russischen Oktoberrevolution – „die es verstanden hatte, den Krieg zu beenden“ – unter den Frontsoldaten betonte. Das Verlangen, nach Paris zurückzukehren, um dort die Maschinengewehre auf die Wirtschaftskapitäne und Minister („socialistes compris“) zu richten, sei allzu häufig fast übermächtig geworden. Die totalitäre Bewegung entstand im Kontext einer Zeit, in der sich traditionelle Ordnungsbegriffe aufzulösen drohten. „La violence“, so schrieb Vaillant-Couturier, „s'était emparée du monde. La légalité était morte [...]. Le pacifisme de guerre était violent dans son essence comme le temps même où il évoluait.“¹¹⁵ Und noch 1926 forderten Delegierte der A.R.A.C., in die französische Armee einzutreten, „afin d'avoir une arme et des munitions qui serviront à abattre ceux qui ont provoqué la guerre.“¹¹⁶

Besondere literarische Aussagekraft gewann dieses Frontkämpfergefühl, das politisch zur extremen Linken tendierte und für die französische kommunistische Bewe-

¹¹² Jacques Duclos, *Mémoires* Bd. I: 1896–1931, Paris 1968, S. 87ff., 122, 137f. Maurice Thorez, *Fils du Peuple*, 3. Aufl. 1960, S. 21f., 27, 32f. Vgl. die „Souvenirs de militants“, die im März u. April 1956 in *L'Humanité* erschienen, wiederabgedruckt in: Nicole Racine u. Louis Bodin (Hrsg.), *Le Parti Communiste Français pendant l'entre-deux-guerres*, Paris 1982, S. 56ff.

¹¹³ *La Vie ouvrière*, 22.6.1919.

¹¹⁴ So beschloß der III. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1921: „Antimilitaristische Agitation in pazifistischem Sinne ist sehr verderblich, sie fördert nur die Bestrebungen der Bourgeoisie, das Proletariat zu entwaffnen.“ Aus den Leitsätzen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit, angenommen auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 12. Juli 1921, abgedr. in: Komintern und revolutionäre Partei. Die Kommunistische Internationale über die revolutionäre Partei und die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse. Auswahl von Dokumenten und Materialien 1919–1943, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1986, S. 126. Dem stand freilich der eher unideologische Pazifismus des Großteils der Frontkämpfer entgegen, der aus einer allgemeinen Kriegsmüdigkeit entstand und in vielen Briefen der Frontkämpfer begegnet. Vgl. David Engländer, *The French Soldier, 1914–1918*, in: *French History* 1 (1987), S. 49–67.

¹¹⁵ Paul Vaillant-Couturier, *Les origines et le développement de la crise du PC en France*, in: *Clarté*, Nr. 26 (1922), S. 27.

¹¹⁶ AN F7 13179, 5.7.1926, Congrès fédéral de l'Association Républicaine des Anciens Combattants, 4.7.1926.

gung eine entscheidende Triebfeder wurde, in dem literarischen Werk Henri Barbusse.¹¹⁷ Barbusse, der 1916 den Erfolgsroman „Le feu“ publizierte, gründete zusammen mit Vaillant-Couturier die *Association républicaine des anciens combattants* (A.R.A.C.), die sich rasch zum verlängerten Arm und zu einer der „Massenorganisationen“ des PCF entwickelte.¹¹⁸ Barbusses Interpretation der unmittelbaren Nachkriegszeit als einer verlängerten Kriegszeit, als „einer großen, gnadenlosen Schlacht“, glich im wesentlichen dem Bürgerkriegsbewußtsein der deutschen Kommunisten: „C'est le privilège, c'est le capitalisme du monde qui jouent leur jeu suprême, c'est la guerre qui se débat pour que la guerre ne meure pas [...]. Les dirigeants se retournent aussi partout contre leurs peuples; la guerre civile a été déclarée par la bourgeoisie.“¹¹⁹ Dies war die Konsequenz einer Anschauung, die angesichts der „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs nur noch die politischen Extreme gelten ließ und ihnen gegenüber einen unausweichlichen Zwang zur Option behauptete: „Zwischen den Extremen“, so hatte Barbusse schon im Juli 1918 geschrieben, „spielt sich das Drama um die Zukunft ab, und dieser Kampf auf Leben und Tod ist unaufhörlich.“¹²⁰ Kriegserfahrung und Revolutionsperspektive bildeten denn auch entscheidende Impulse für die politische Standortbestimmung vieler Intellektueller und Künstler der späten Dritten Republik. So kam es zwischen der Zeitschrift „Clarté“ und dem PCF zu einer teilweise recht engen Nähe und partiellen Zusammenarbeit. Charakteristisch waren darüber hinaus die Pläne während der ersten Jahreshälfte 1926, verfolgt u.a. von Louis Aragon und André Breton, das Periodikum „Clarté“ in „Guerre civile“ umzubenennen oder gar eine neue Revue dieses Namens zu begründen.¹²¹

Wenn also in Frankreich Teile der extremen Linken und der Linksintellektuellen das Bürgerkriegsparadigma rezipierten, so stellte dies auch eine Reaktion auf die Feindbilder der extremen Rechten dar. Insbesondere die *Action française* und ihr Chefredakteur Léon Daudet wurden nicht müde, die innenpolitische Situation des Jahres 1919 in ihr traditionelles Freund-Feind-Schema zu zwängen.¹²² Kennzeichnend war dabei die Verschränkung von innen- und außenpolitischen Feindbildern. Das Trauma des „Verrats“ Lenins und des Friedens von Brest-Litowsk war noch in frischer Erinnerung, und aus dieser Perspektive stellte sich der französische „Bolschewismus“ als ein Instrument, ja nachgerade als Erfindung des deutschen Imperialismus zwecks innerer Zersetzung und schließlicher Unterwerfung Frankreichs dar. Hinter der gesamten sozialen Bewegung der Jahre 1919 und 1920 konnten sich dann ausschließlich feindliche Agenten, „Provokateure des Bürgerkrieges“ verbergen, „Feinde im Inne-

¹¹⁷ Zur Transition Barbusses zum Kommunismus Frank Field, *Three French Writers and the Great War. Studies in the Rise of Communism and Fascism*, Cambridge 1975, S. 38–60.

¹¹⁸ Zur frühen Geschichte der A.R.A.C. Antoine Prost, *Les anciens combattants et la société française*, Bd. I, Paris 1977, S. 65ff. Vgl. zur Rolle von Barbusse Field, *French Writers*, S. 45f.

¹¹⁹ Aux membres de l'A.R.A.C., *L'Humanité*, 4.9.1920.

¹²⁰ Aux survivants, in: *Le Populaire*, 3.7.1918, zit. nach Henri Barbusse, *Paroles d'un combattant*, Paris 1928, S. 75.

¹²¹ Siehe die Quellenedition von Marguerite Bonnet (Hrsg.), *Vers l'action politique. De La Révolution d'abord et toujours!* (juillet 1925) au projet de *La Guerre civile* (avril 1926) (*Archives du surréalisme* 2), Paris 1988; vgl. Didier Pérez, „La Guerre civile“ n'aura pas lieu, in: *Méluéne. Cahiers du Centre de Recherches sur le Surréalisme XI* (1990), S. 87–100.

¹²² Eine linguistische Untersuchung der Daudetschen Invektiven gibt Catherine Slater, *Defeatists and their Enemies. Political Invektive in France 1914–1918* (*Oxford modern Languages and Literature Monographs*), Oxford 1981, S. 68ff.

ren, vollgestopft mit deutschem und bolschewistischem Gold“.¹²³ „Le suprême espoir des Boches vaincus, de leurs alliés les bolchevistes et des créatures, en France, des Boches et des bolchevistes, réside ainsi dans une série de mouvements révolutionnaires [...]. Le Boche n'a plus qu'une échappatoire qui serait la guerre civile en France.“¹²⁴ Gegen die „Internationalisten“, die systematisch zum Bürgerkrieg aufstachelten, gab es in den Augen Daudets nur ein Gegenmittel: den Nationalismus.¹²⁵ Und die Autoren und Redakteure des „Bürgerkriegsgeschmieres“, die „Prätorianer des Bürgerkriegs“ wie Vaillant-Couturier gehörten wegen Hochverrats vor ein Militärgericht.¹²⁶

In der Substanz war diese Sprache totalitär, interpretierte sie doch das politisch-soziale Geschehen ausschließlich in den Kategorien eines verabsolutierten Freund-Feind-Gegensatzes. blieb sie anfangs im wesentlichen auf die *Action française* beschränkt, so zeigte sich bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer im November 1919, daß Teile von ihr zumindest vorübergehend zum Allgemeingut der nationalistischen Rechten geworden waren.¹²⁷ Denn deren Wahlkampf wurde größtenteils auf einer antikomunistischen Plattform geführt; der Hinweis auf den deutschen „Imperialismus“, der angeblich hinter dem französischen „Bolschewismus“ stand, diente dabei ebenso der gezielten Emotionalisierung wie die Beschwörung der Bürgerkriegsgefahr, die man von der französischen extremen Linken ausgehen sah.¹²⁸

Verglichen mit Deutschland, wo im Jahre 1919 der Gedanke der Notwehr gegenüber einer anscheinend zum Bürgerkrieg entschlossenen extremen Linken zu einem der wichtigsten Handlungsmotive wurde, wiesen Situation und politische Sprache in Frankreich also durchaus klare Parallelen auf. Allerdings unterschied sich die Geschichte der politischen Rechten in beiden Ländern maßgeblich aufgrund des Kriegsausgangs. Dies betrifft vor allem die gegensätzliche kollektive Psychologie, in welche Deutsche und Franzosen durch Niederlage bzw. Sieg versetzt wurden. In äußerlich glänzender Weise bestätigte der Sieg über Deutschland das politische System der Dritten Republik und verlieh ihr kurzfristig einen erheblichen Legitimationsschub. Zumindes für einen historischen Augenblick galvanisierte der militärische Triumph den Großteil der gemäßigten wie nationalistischen, der laizistischen wie katholischen Rechten. Konkret bedeutete dies, daß tendenziell totalitäre, kollektivistische Schuldzuschreibungen für den Krieg und die Kriegsfolgekosten zunächst fast ausschließlich von der politischen Linken, das heißt vom radikalen Flügel der Arbeiterbewegung

¹²³ Léon Daudet, *La Fête des dupes du prolétariat. Un fiasco complet*, in: *Action Française*, 1.–2.5.1919; Ders., *Après le coup manqué*, in: ebd., 4.5.1919.

¹²⁴ Léon Daudet, *Excitations criminelles. Saboter le traité de paix par la guerre civile*, in: *Action Française*, 15.4.1919. Vgl. Ders., *Résurrection*, ebd., 20.4.1919; *L'Alliance Socialo-Allemande et la manœuvre de Cachin*, ebd., 2.6.1919.

¹²⁵ Léon Daudet, *Le Nationalisme qui s'ignore*, in: *Action Française*, 29.4.1919.

¹²⁶ Léon Daudet, *Devant l'ennemi allemand*, in: *Action Française*, 3.5.1919; Charles Maurras, *Prétoriens de guerre civile*, in: ebd., 21.4.1919.

¹²⁷ Vgl. die Belege bei Serge Berstein u. Jean-Jacques Becker, *Histoire de l'anticommunisme en France*, Bd. I: 1917–1940, Paris 1987, S. 29ff.

¹²⁸ Siehe die Wahlbroschüren und -flugblätter in Archives de Paris D 3. M^o 12. Bezeichnend ist, daß auch eine Liste der republikanischen Mitte wie die radikale „Concentration Républicaine“ auf die extremistische Sprache der „Action Française“ zumindest einging: „Nos poilus ont fait héroïquement la guerre à la guerre: ils ont triomphé! Ce n'est pas pour que dans nos rues se déchaîne la guerre civile. Mais si nous réprouvons le bolchevisme, nous ne sommes pas de ceux qui s'empressent d'y trouver un prétexte à servir complaisamment les menées surnoises ou brutales de la réaction.“ Ebd.

und ihren intellektuellen Vordenkern ausgingen. Der Auftrieb, den etwa die *Action française* am Ende des Weltkrieges erlebte,¹²⁹ vollzog sich demgegenüber gleichsam im Schoß einer prolongierten „union sacrée“, die durch den Kriegsausgang bestätigt worden war und sich nach den Wahlen vom November 1919 als überwältigende parlamentarische Mehrheit wiederfand. Mithin blieben während der unmittelbaren Nachkriegszeit die latenten antiparlamentarischen Kräfte der Rechten im Rahmen einer allerdings weit nach rechts verschobenen „republikanischen Synthese“ gezügelt. Erfuhr die deutsche Rechte das Ende des Krieges als schwere kollektive Demütigung mit traumatischer Qualität, so dominierte bei der französischen Rechten zumindest kurzfristig das Gefühl nationaler Sätturiertheit.

Dabei kam verschärfend hinzu – auch dies eine Folge des Kriegsausganges – daß die deutsche Armee aufgrund der Waffenstillstandsbestimmungen schnellstmöglich aufgelöst werden mußte. Zum einen erhöhte sich dadurch noch der kurzfristige mit der Demobilisierung verbundene Problemdruck nicht zuletzt in bezug auf die Arbeitslosigkeit, von der Berlin im Jahre 1919 besonders betroffen war. Darüber hinaus beraubte der Verlust der militärischen Souveränität die deutsche Politik der Möglichkeit, für eine bestimmte Zeit die militärische Disziplin noch aufrechtzuerhalten und dadurch einen allmählichen und gestaffelten Übergang in das zivile Leben zu steuern.¹³⁰ In Frankreich, wo entsprechend verfahren wurde und noch bis Sommer 1919 rund die Hälfte des Heeres mobilisiert blieb,¹³¹ führte die verzögerte Demobilisierung zwar zu erheblichem Protest; zugleich aber blieb das reguläre Heer mit seinen eingespielten Kommandostrukturen ein nicht zu unterschätzender Ordnungsfaktor, der überdies dem Offizierskorps eine Kontinuität der beruflichen Perspektiven eröffnete. Für beides waren die in Deutschland gebildeten Freikorps nur ein unzureichender und politisch unheilvoll wirkender Ersatz.

Neben dem entstehenden Kommunismus und dem „integralen“ Nationalismus der *Action française* gab es im Frankreich der Nachkriegszeit noch eine weitere politische Tradition, aus der sich das Bürgerkriegsparadigma mehr oder minder selbständig entwickelte. Sie war maßgeblich von Pierre-Joseph Proudhon und Georges Sorel beeinflusst. Ihre grundsätzliche Absage an die Werte des bürgerlichen 19. Jahrhunderts verband sie mit der Suche nach Ausdrucks- und Organisationsformen des sozialen Kollektivismus, die über den „wissenschaftlichen“ Sozialismus marxistischer Prägung hinauswiesen. Aus der Ablehnung von Liberalismus und Demokratie und der Revision des Marxismus zugleich entstand eine gleichsam extremistische Disposition, die in Frankreich besondere Wirkung entfaltete. Daß sich diese Disposition politisch unterschiedlich entfalten konnte, überrascht nicht, wenn man daran denkt, welche widersprüchlichen politisch-ideologischen Optionen Sorel selbst ergriff. Vom Konservativen wandelte er sich zum orthodoxen Marxisten. Indem er sich vom Marxismus abwandte, ergriff er Partei für den Revisionismus und den sozialistischen Reformismus

¹²⁹ Vgl. dazu Eugen Weber, *Action Française: Royalism and Reaction in Twentieth-Century France*, Stanford/Calif. 1962, S. 124ff. Zu Maurras und zur *Action française* im Weltkrieg und an seinem Ende vgl. auch Frank Field, *British and French Writers of the First World War. Comparative Studies in Cultural History*, Cambridge 1991, S. 52ff.

¹³⁰ Zu den Problemen der forcierten Entwaffnung vgl. Michael Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927* (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 24), München 1966.

¹³¹ Siehe Antoine Prost, *Die Demobilisierung, der Staat und die Kriegsteilnehmer in Frankreich*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 178–194, hier v.a. S. 178ff.

eines Alexandre Millerand. Nachdem er sich 1902 vorübergehend dem revolutionären Syndikalismus zugewandt hatte, erfolgte um 1910 ein Tête-à-tête mit der extremen Rechten. Den Weltkrieg schließlich erlebte er als Gegner der Union Sacrée und als Bewunderer Lenins und der bolschewistischen Revolution. Daß ihn Lenin selbst als „Wirkkopf“ bezeichnete, braucht angesichts solcher intellektueller Biographie nicht zu überraschen; doch in Sorels durchgängigem antibürgerlichen und antiliberalen Impuls bestand zugleich die Kontinuität seines politischen Denkens.¹³²

Die von Sorel beeinflussten Positionen stimmten nach 1918 darin überein, daß der Weltkrieg das definitive Ende und die irreversible moralische Disqualifikation von Demokratie und „Kapitalismus“ besiegelt hatte. Von da aus ergaben sich fast notwendig Sympathien für die neuen Lösungsangebote des sowjetischen Bolschewismus und des italienischen Faschismus.¹³³ Aus der ideologischen Perspektive des gescheiterten bürgerlich-liberalen Zeitalters konnte die parlamentarische Demokratie nur noch als bloßer Kampfboden erscheinen, auf dem sich die neuen, vorwärtsweisenden Kräfte des Zeitalters begegneten und ihre unversöhnlichen Gegensätze austrugen. Von einer im Grundsatz gleichlautenden Diagnose des Nachkriegszeitalters ließ sich dann – je nach Standpunkt – eine unterschiedliche politische Wahl fallen angesichts eines als unvermeidlich betrachteten Optionszwanges.

Auf besonders prägnante Weise behauptete einen solchen Optionszwang der Sorel-Schüler und revolutionäre Syndikalist Jean Darville [= Edouard Berth] im Jahre 1924.¹³⁴ Kennzeichnend für Berth war, daß er den Optionszwang als unentrinnbare Wahl zwischen zwei permanenten Kriegszuständen darstellte.¹³⁵ Denn Berth erkannte im Ersten Weltkrieg nicht nur einen gigantischen Völker- und Staatenkrieg. Vielmehr hatte der Krieg mit der Russischen Revolution auch den Auftakt zu einem nicht minder gigantischen Krieg der Klassen untereinander gegeben. „Et le monde aujourd’hui se trouve plus que jamais partagé entre deux groupes, ceux qui soutiennent que la guerre des Etats a gardé toute sa vertu civilisatrice – ce sont les nationalistes – et ceux qui estiment au contraire, que [...], seule, la guerre des classes possède cette vertu – ce sont ceux qu’on appelle maintenant les *bolchevistes* ou *communistes*.“¹³⁶ Ähnlich wie Lenin verurteilte Berth den Ersten Weltkrieg als Krieg der „Plutokratie“ um des eigenen

¹³² Über die äußerst weitverzweigte Sorel-Forschung – die insgesamt ähnlich widersprüchlich ist wie ihr Gegenstand – ist hier nicht der Ort zu berichten. Nachdem Sorel lange Zeit in sehr vereinfachter Weise auf die Rolle des geistigen Vaters der extremen Rechten bzw. des Faschismus festgelegt wurde, hat sich in im Laufe der 1980er Jahre eine differenzierende Betrachtungsweise durchgesetzt. Siehe insbesondere den Sammelband von Jacques Juillard u. Shlomo Sand (Hrsg.), *Georges Sorel et son temps*, Paris 1985, und Jeremy Jennings, *Georges Sorel. The Character and Development of his Thought*, Oxford 1985. Eine überzeugende Interpretation gibt m.E. Zeev Sternhell, *Ni droite, ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, 2. Aufl. Brüssel 1987, v.a. S. 103ff., der die Gleichzeitigkeit von antibürgerlichem Impuls und Revision des Marxismus bei Sorel betont; allerdings kann die Festlegung auf den Faschismus-Begriff nicht überzeugen.

¹³³ Bekanntlich hat Sorel selbst nach dem Ersten Weltkrieg sowohl Lenin als auch Mussolini gelobt. Vgl. dazu die Beiträge von Maria Malatesta, *Georges Sorel devant la guerre et le bolchevisme*, in: Juillard u. Sand (Hrsg.), *Sorel*, S. 101–122, u. Roberto Vivarelli, *Georges Sorel et le fascisme*, in: ebd., S. 123–133. Vgl. auch Jennings, *Sorel*, S. 159f.

¹³⁴ Edouard Berth war zusammen mit Georges Valois einer der Initiatoren des Cercle Proudhon. Vgl. zu Berth Sternhell, *Ni droite, ni gauche*, S. 39 u. 89ff. Paul Mazgaj, *The Action Française and Revolutionary Syndicalism*, Chapel Hill/N.C. 1979, S. 173ff.

¹³⁵ Anknüpfend an Proudhon und Sorel, hatte Berth schon vor dem Ersten Weltkrieg die philosophisch begründete Tugend und zivilisatorische Kraft des Krieges zu einem elementaren Bestandteil seines politischen Denkens gemacht. Vgl. Mazgaj, *Action Française*, S. 185ff.

¹³⁶ Edouard Berth, *Guerre des états ou guerre des classes*, Paris 1924, S. 18.

Vorteils willen und prognostizierte die Transformation des internationalen Krieges in einen Klassen- oder Bürgerkrieg. Zwischen beiden Formen des Krieges galt es dann ultimativ zu wählen, „l'une étant en quelque sorte l'antidote de l'autre“. Ein wirklicher Pazifismus, der beide Arten des Krieges ausschloß, würde demgegenüber nur in asketischer Kontemplation möglich sein.¹³⁷ Mit dieser gleichsam existentiellen Interpretation des Politischen als notwendiger Kriegszustand zwischen feindlichen Prinzipien und Gruppen stand Berth in einer gewissen geistigen Nähe zu Carl Schmitts „Begriff des Politischen“, wenn er auch in ideologischer Hinsicht die gegenteiligen Schlüsse zog: „La guerre suppose une séparation radicale et absolue, une opposition des principes complète, une scission d'ordre métaphysique, et c'est précisément cette scission métaphysique qui existe entre la Bourgeoisie et le Proletariat et que suppose la lutte de classe.“¹³⁸ In dieser apriorisch behaupteten Konstellation war es die „essentielle Rolle der Gewalt“, die Spaltung zu markieren: „couper les ponts, mettre en un relief saisissant et cru l'opposition qui dresse le prolétariat révolutionnaire contre la civilisation moderne.“¹³⁹

Berth sah das Zentrum des konterrevolutionären „Nationalismus“ – und das hieß des internationalen Staatenkrieges – in Paris bei der *Action française* beheimatet.¹⁴⁰ Mit dem italienischen Faschismus freilich etablierte sich nach 1919 ein weiterer, in seiner äußeren Form signifikanterer Gegenpol zum Kommunismus Moskauer Provenienz. Es mag paradox erscheinen und ist doch zugleich sehr bezeichnend, daß Mussolini in Frankreich seinen ersten wichtigen Fürsprecher in Georges Valois fand, einem früheren politischen Weggenossen Berths. Valois und Berth hatten 1911 zu den Gründern des Cercle Proudhon gehört. Unter antidemokratischem und antiliberalem Vorzeichen suchten hier Vertreter des Syndikalismus und der *Action française* nach einer neuen, gewissermaßen „national-syndikalistischen“ Synthese.¹⁴¹ In der Forschung ist dieses Suchen nach einer neuen Synthese als Faschismus „avant la lettre“ interpretiert worden.¹⁴² In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ließ sie freilich verschiedenen politischen Entwicklungen Raum. Während Berth vorübergehend zu den Kommunisten ging, wurde Valois tatsächlich zum Gründer der ersten genuin faschistischen Bewegung Frankreichs.¹⁴³

Die Etablierung einer solchen Bewegung schien Valois in der Logik einer Art internationalen Weltanschauungskrieges zu liegen. Auf den Ruinen der in Valois' Augen bloß noch nominal existierenden europäischen Demokratie kämpften demzufolge russischer Bolschewismus und italienischer Faschismus um die geistige und politische Zukunft des Kontinents. Im Gegensatz zu seinem früheren Weggenossen Berth – dessen Analyse des Zivilisationsverfalls er teilte – optierte Valois nach 1918 für den Faschismus. Damit wurde bereits früh ein Grundgedanke formuliert, der in den drei-

¹³⁷ Ebd., S. 71ff. u. 80 (hier das Zitat).

¹³⁸ Ebd., S. 103f.

¹³⁹ Ebd., S. 160.

¹⁴⁰ Ebd., S. 198.

¹⁴¹ Zum Cercle Proudhon vgl. Mazgaj, *Action Française*, S. 170ff. Zeev Sternhell, Mario Sznajder, Maia Asheri, *Naissance de l'idéologie fasciste*, Paris 1989, S. 119ff.

¹⁴² Mazgaj, *Action Française*, S. 187f.; Sternhell, *Ni droite, ni gauche*, S. 92f.

¹⁴³ Zu Valois vgl. ebd., S. 126ff. Die beste biographische Darstellung von Allen Douglas, *From Fascism to Libertarian Communism: Georges Valois against the Third Republic*, Berkeley/Calif. 1992. Siehe auch Yves Guchet, *Georges Valois. L'Action Française – Le Faisceau – La République Syndicale*, 2. Aufl. 1990; Robert Soucy, *French Fascism: The First Wave, 1924–1933*, New Haven 1986, v.a. S. 126ff.

biger Jahren eine wichtige Rolle spielen sollte: daß nämlich allein eine Art „europäischer“ Faschismus in der Lage sein könnte, die westliche Zivilisation vor dem Zerstörungswerk des „asiatischen“ Bolschewismus zu retten.¹⁴⁴ Valois schrieb 1923: „L'Europe tout entière est en réaction contre les idées que lui avait données la Révolution française. Deux pouvoirs en exercice, l'un dans la steppe, l'autre au pays latin, sont la négation totale, intellectuelle et pratique, de toutes les valeurs démocratiques: mais Lénine est dictateur de la barbarie, tandis que Mussolini est dictateur de la civilisation.“¹⁴⁵

Mit seiner demokratiefeindlichen Reduktion des politischen Geschehens auf die Auseinandersetzung zwischen dem (faschistischen) Freund und dem (bolschewistischen) Feind wies Valois' Denken zweifelsfrei eine totalitäre Substanz auf. In dem von ihm 1924 gegründeten *Faisceau* suchte er sie in einer totalitären Bewegung auch organisatorisch zu etablieren.¹⁴⁶ Die Argumentation mit dem Zwang zur Option angesichts der bolschewistischen Gefahr konstituierte darüber hinaus einen zentralen Topos aller rechtsextremen Bewegungen in Frankreich, die als „faschistisch“ charakterisiert werden können. 1925 etwa erschien eine Schrift des Journalisten Camille Aymard, die den Optionszwang bereits im Titel propagierte: „Bolchevisme ou fascisme? Français, il faut choisir“.¹⁴⁷ Daß das alte, liberal-demokratische Europa mit dem Ersten Weltkrieg sein definitives Ende gefunden hatte, stand auch hier außer Frage.¹⁴⁸ Auch für Aymard bildete der Faschismus die einzige Fluchtbürg vor dem „asiatisch“-bolschewistischen Zerstörungswerk und zugleich eine vielversprechende konstruktive Kraft für die Zukunft. „Deux exemples“, so sprach Aymard die „Jugend Frankreichs“ an, „s'offrent à votre méditation, deux modèles à votre choix: le bolchevisme russe issu du nihilisme désespéré des races asiatiques, et le fascisme italien, né du clair génie des races latines.“¹⁴⁹ Für die Zukunft stellte sich demzufolge eine ebenso einfache wie schwerwiegende Alternative: „Ou, par vous, se rénover nationalement; ou disparaître bolcheviquement.“¹⁵⁰

Damit ist das Spektrum des potentiellen Bürgerkriegs, wie es sich in Frankreich nach 1918 entfaltete, im wesentlichen abgesteckt. Es weist deutliche Parallelen zu der deutschen Entwicklung auf, trägt aber auch ganz eigenständige Züge, die sich aus der spezifischen politischen Tradition Frankreichs erklären (Sorel, revolutionärer Syndikalismus, *Action française*). Insofern aber, als die kommunistische Bewegung in ihm eine zentrale Rolle einnahm, ist leicht einzusehen, daß das Bürgerkriegsparadigma vor allem dann an Aktualität und Brisanz gewann, wenn die französischen Kommunisten zu besonderem Einfluß zu kommen schienen. Nach der revolutionären Welle von 1919/20 war dies nach dem Regierungswechsel im Jahre 1924 der Fall; später dann in den dreißiger Jahren. Mit seinen konstitutiven Elementen des verabsolutierten

¹⁴⁴ Vgl. dazu Andreas Wirsching, Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Denken der französischen extremen Rechten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 31–60, hier v.a. S. 56f.

¹⁴⁵ Georges Valois, Les Commentaires de Clovis, in: Ders., L'homme qui vient. Philosophie de l'autorité. Édition définitive augmentée d'une préface nouvelle, Paris 1923, S. 9.

¹⁴⁶ Dazu siehe unten, S. 289ff.

¹⁴⁷ Camille Aymard, Bolchevisme ou fascisme? Français, il faut choisir, Paris 1925. Aymard war zu dieser Zeit Herausgeber der rechtsextremen Tageszeitung *La Liberté* und stand politisch den Jeunesses Patriotes um Pierre Taittinger nahe.

¹⁴⁸ Ebd., S. 265ff.

¹⁴⁹ Ebd., S. 280.

¹⁵⁰ Ebd., S. 288.

Freund-Feind-Gegensatzes und des Optionszwangs wies das Bürgerkriegsthema darauf hin, daß auch Frankreich von der totalitären Signatur der Epoche erfaßt worden war. „Entre le communisme et le fascisme, c'est une guerre à mort,“ so lautete das Fazit des faschismustnahen Fundamentalkatholiken Robert Vallery-Radot in den dreißiger Jahren: „Il n'y a plus de place pour la vieille idéologie libérale.“¹⁵¹

¹⁵¹ Robert Vallery-Radot, *Les furieux de la paix*, Paris 1936, S. 209. Zu Vallery-Radot, in den späten dreißiger Jahren Ideengeber für den mit der NSDAP sympathisierenden „Parti Français National-Communiste“, vgl. die – allerdings apologetische – Lebensskizze von François Vallery-Radot, *Un adversaire loyal de la Maçonnerie: Robert Vallery-Radot (1885–1970)*, in: *Politica Hermetica* 4 (1990), S. 126–139.

Zweites Kapitel

Kriegsende und revolutionäre Bewegung 1918–1920

Der Härte, mit der die Bürgerkriegsparteien in Deutschland aufeinanderprallten, entsprach in Frankreich nichts Vergleichbares. Ein Teil dieses fundamentalen Unterschiedes, der auch auf die weitere Geschichte der Politischen Kulturen beider Länder und Metropolen einwirkte, läßt sich durch den Kriegsausgang mit seinen konträren Effekten auf die kollektive Psychologie der beiden Länder erklären. Dies galt nicht nur für die nationalistische Rechte, für deren politische Option der Kriegsausgang in beiden Ländern nachgerade konstitutive Bedeutung erhielt. Auch in der Arbeiterbewegung spielten die Ergebnisse des Krieges eine wichtige Rolle. Alphonse Merrheim etwa, der Vorsitzende der französischen Metallarbeitergewerkschaft (*Fédération des ouvriers sur métaux et similaire de France*), schrieb dem Sieg eine entscheidende Bedeutung für die Mentalität der französischen Arbeiter zu. Obwohl selbst einflußreiches Mitglied der radikalen Kriegsopposition in Frankreich, hielt Merrheim die durch den Weltkrieg geschaffenen Tatsachen für unumkehrbar. Sie schlossen revolutionäre Zustände wie in Deutschland aus, und an ihnen hatte sich die französische Arbeiterbewegung zu orientieren. „En France, c'est la victoire!“ so erklärte Merrheim seinem Publikum im Spätsommer 1919. „Et le mot ‚victoire‘ ne crée pas cet état d'esprit révolutionnaire de la masse, qui est nécessaire au processus d'une révolution.“ Mit Blick auf Deutschland schloß er daher eine analoge Entwicklung aus: „Il y a, par conséquent, deux situations bien différentes, deux situations qui ne peuvent pas être mises en parallèle si on veut sainement apprécier la situation en France.“¹

Konsequenterweise wandelte sich Merrheim vom revolutionären Syndikalisten zum Reformisten, der sich mit ganzer Kraft dem „Minimalprogramm“ der C.G.T. anschloß. Der spezifische Reformismus ehemaliger revolutionärer Syndikalisten wie Merrheim oder Léon Jouhaux, des Generalsekretärs der C.G.T., hatte sich unter den besonderen Bedingungen der Kriegszeit herausgebildet. Im Rahmen der „union sacrée“ hatten Staat und Gewerkschaften auf dem Gebiet der Arbeits- und Produktionsorganisation eine Reihe gemeinsamer Interessen entdeckt und waren zumindest bis zum Amtsantritt Clemenceaus im Jahre 1917 eine begrenzte Kooperation eingegangen.² Ihren Angelpunkt fand diese ideologische Neuorientierung, die aus der

¹ Merrheim, *La révolution économique*, Paris 1919, S. 25. Vgl. zu Merrheims Haltung Nicholas Papayanis, *Alphonse Merrheim. The Emergence of Reformism in Revolutionary Syndicalism 1871–1925*, Dordrecht 1985, S. 118; zur Rolle des Sieges im Bewußtsein der Pariser Arbeiter vgl. Robert, *Ouvriers*, S. 1820ff. („L'effet victoire“).

² Die Symbolfigur hierfür war der sozialistische Rüstungsminister Albert Thomas gewesen. Vgl. Alain Hennebicque, *Albert Thomas et le régime des usines de guerre, 1915–1917*, in: Patrick Fridenson (Hrsg.), *1914–1918. L'autre front* (Cahiers du „Mouvement social“ 2), Paris 1977, S. 111–143; Martin

Sackgasse des Vorkriegssyndikalismus herauszuführen versprach, in einer Neudefinition des Revolutionsbegriffs. „Revolution“ stellte sich nun vor allem als wirtschaftliche Revolution (*révolution économique*) dar, die sich an der Steigerung der Produktivität und der Kaufkraft der Arbeiter orientierte. Dieser gleichsam konstruktive und produktionsistische Revolutionsbegriff forderte keine gewaltsame Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, sondern deren evolutionäre Umgestaltung. Seine inhaltlichen Richtlinien bezogen sich auf materielle Verbesserungen, die der Gesamtheit der Arbeiterklasse und damit dem Gemeininteresse zugute kommen sollten.³ Von dem „magischen“⁴ Revolutionsbegriff des traditionellen Syndikalismus, wie er in Sorels Mythos des Generalstreiks kulminierte, distanzierte sich das neue Konzept der C.G.T. Eine gewaltsame Revolution, welche die Industrieproduktion lähmen würde, lehnten die von Merrheim, Jouhaux und anderen repräsentierten „majoritaires“ nachdrücklich ab. Wer daher das Wort „Revolution“ leichtfertig unter die Massen werfe, so argumentierte Merrheim, verschärfe die bereits vorhandenen Gegensätze innerhalb der französischen Arbeiterklasse, ja begehe nachgerade ein Verbrechen an ihr und setze sich der Gefahr aus, „die gleiche Situation wie in Deutschland hervorzurufen.“⁵

Diese vom „Correspondenzblatt“ des ADGB überschwänglich gelobte Haltung⁶ glich in wesentlichen Zügen dem Kurs, den die deutschen Gewerkschaften u.a. mit der Zentralarbeitsgemeinschaft verfolgten. Wiederaufbau des Landes, Ankurbelung der Produktion, volles Gewicht für die Gewerkschaften als kollektive Partner in den industriellen Arbeitsbeziehungen, schließlich weitgehende soziale Verbesserungen für die Arbeiter wie z.B. der Achtstundentag waren die entscheidenden Eckpunkte eines reformorientierten Programms.⁷ In Deutschland wie in Frankreich suchten demnach die Gewerkschaftsführungen die Kooperation mit den Arbeitgebern, um die Liquidierung des Krieges sowie den Übergang zur Friedenswirtschaft in geordnete Bahnen zu lenken und zugleich die Interessen der Arbeiterschaft nachhaltig zur Geltung zu bringen. Auch die vordergründig und begrifflich beibehaltene klassenkämpferische Sprache konnte dabei nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese reformistisch orientierte Zusammenarbeit einen entscheidenden Schritt der Gewerkschaften hin zur Systemstabilisierung und zum „organisierten Kapitalismus“ der Zwischenkriegszeit bedeutete.⁸

Fine, Albert Thomas: A Reformer's Vision of Modernization, 1914–1932, in: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), S. 545–564.

³ Zu der Entwicklung des Kriegsreformismus und seiner Entfaltung, aber auch seiner Probleme in der unmittelbaren Nachkriegszeit siehe die vorzügliche Studie von John N. Home, *Labour at War. France and Britain 1914–1918*, Oxford 1991, hier v.a. S. 375ff. Vgl. auch Georges u. Tintant, Jouhaux, v.a. S. 319ff.

⁴ Merrheim, *Révolution économique*, S. 24.

⁵ *Ibid.*, S. 26.

⁶ Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 27, 13.9.1919, S. 413.

⁷ Zur Geschichte der ZAG vgl. Gerald D. Feldman u. Irmgard Steinisch, *Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), Stuttgart 1985, v.a. S. 18ff. Für Frankreich vgl. Cary Cross, *Les Trois Huits: Labor Movements, International Reform, and the Origins of the Eight-Hour Day, 1919–1924*, in: *French Historical Studies* 14 (1985–1986), S. 240–268.

⁸ Über die Funktionärschicht des ADGB und seine Politik vgl. Detlev Brunner, *Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933* (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 55), Köln 1992; zur innergewerkschaftlichen Oppositionsbewegung im ADGB siehe

In beiden Hauptstädten bezog nun die revolutionäre Bewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit einen erheblichen Teil ihrer Dynamik aus dem Zusammenprall der reformistischen Mehrheitskonzeption mit dem mehr oder minder spontanen Massenprotest unorganisierter oder erst seit kurzem organisierter Arbeiterschichten. Deren Protest nährte sich zum einen aus den alltäglichen Erfahrungen des sozialen und ökonomischen Problemdrucks, der die unmittelbare Nachkriegszeit charakterisierte und im metropolen Großraum besondere Sprengkraft entwickelte. Die Reintegration der Millioneneere und die Schwierigkeiten bei der Rekonversion der Kriegswirtschaft auf Friedensverhältnisse hatten kurzfristig ein enormes Arbeitslosenproblem zur Folge. Damit korrespondierten eine in Deutschland allerdings erheblich stärker ausgeprägte Nahrungsmittelknappheit sowie die kaum kontrollierbare Inflation. Zum anderen aber stellten die in Berlin und Paris verwurzelten syndikalistischen, lokalistischen und linkssozialistischen Traditionen, die mit dem reformistischen Mehrheitsprogramm konkurrierten, ein nicht zu unterschätzendes organisatorisches Rückgrat dar, das zur partiellen Kanalisierung des „spontanen“ Protests durchaus in der Lage war. Erst die Verbindung beider Elemente verlich der Nachkriegsbewegung ihre spezifisch revolutionäre Komponente. Und erst nach ihrem Abklingen im Jahre 1920 und der Enttäuschung über ihren vermeintlichen Mißerfolg schlug die Stunde des Kommunismus, der nun zum Haupterben der spontanen Protestbewegung wurde.

Daß im übrigen der Zusammenprall zwischen dem reformistischen Programm der majoritären Arbeiterbewegung und den revolutionären Ambitionen der Konkurrenten in Deutschland bzw. Berlin im Vergleich zu Frankreich sehr viel härter und unversöhnlicher war und teilweise bürgerkriegsartige Zustände annahm, hat seinen Grund natürlich nicht zuletzt auch in der Dialektik der Novemberrevolution selbst. Denn einerseits fiel durch sie der Mehrheitssozialdemokratie eine überaus starke Machtposition zu; andererseits aber war die Stellung Eberts und Scheidemanns äußerst prekär, befanden sie sich doch von Beginn an zwischen den Fronten: zwischen den gedemütigten Nationalisten, Monarchisten und Offizieren, die der neuen Regierung nur notgedrungen Legitimität zusprachen, wenn sie nicht auch in den gemäßigten Sozialdemokraten Vaterlandsverräter sahen; und der extremen Linken, die in Ebert und Scheidemann nur die Exponenten der „Arbeiterverräter“ sehen *wollten* und von ihnen nichts anderes erwarteten als das Geschäft der Gegenrevolution. Diese Polarisierung, die ja keineswegs aus der Novemberrevolution heraus, sondern bereits im Weltkrieg entstanden war,⁹ mußte sich durch die prekäre Regierungsübernahme der Mehrheitssozialdemokratie weiter verschärfen. Die These vom Arbeiterverrat im Dienste der Gegenrevolution gewann an Plausibilität und propagandistisch verwertbarer Suggestivkraft, wenn Sozialdemokraten an den Schalthebeln der Macht saßen

Gerhard Laubscher, Die Opposition im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 1918–1923, Frankfurt/M. 1979.

⁹ Siehe etwa – als ein Beispiel unter vielen – den Aufruf der KPD vom 8.1.1919: „In diesen Tagen ist der letzte Traum vom 9. November 1918 in nichts zerronnen: wir meinen die Illusion, als ob die Sozialisten vom 4. August jemals wieder den Weg zum Sozialismus zurückfinden würden. Ihr wißt: wir haben diesen Irrtum nie geteilt. Wir haben nie gedacht, daß die, die vier Jahr lang bei jeder Schandtat des Kapitalismus willige Knechte waren, jetzt wieder die getreuen Hüter der Ideale des Sozialismus werden könnten. Und in diesen Tagen hat sich klar gezeigt, daß es kein Band gibt, das euch und jene zusammenhalten kann, daß kein Friede ist zwischen euch und jenen, sowenig Friede ist zwischen Wasser und Feuer.“ Dokumente und Materialien II/3, S. 20.

und möglicherweise die politische Verantwortung für Blutvergießen trugen.¹⁰ Die im Weltkrieg vorbereitete, linksextreme Identifizierung der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften mit dem kapitalistischen „Klassenfeind“, die später in der kommunistischen „Sozialfaschismus“-These ihre verhängnisvolle Fortsetzung finden sollte, besaß also 1918/19 in Deutschland scheinbar eine ungleich stärkere Verankerung in der Realität als in Frankreich. Denn die politische Machtbasis der französischen Arbeiterbewegung war auch nach dem Kriege verhältnismäßig gering und beschränkte sich bestenfalls auf die Rolle des gleichberechtigten Verhandlungspartners. So wäre etwa in Paris ein sozialistischer Polizeipräfekt während der gesamten Zwischenkriegszeit nicht durchsetzbar gewesen. Im Berlin der Weimarer Republik dagegen fiel das entsprechende Amt des Polizeipräsidenten den Sozialdemokraten im Zuge der Revolution in den Schoß. Folglich blieb es von Emil Eichhorn über Karl Zörgiebel bis Albert Grzesinski ein ständiger Brennpunkt der teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokratie und kommunistischer Bewegung. Hinzu kamen die nicht selten überzogenen oder gar utopischen Hoffnungen, die beträchtliche Teile der Arbeiterschaft und der linken Intelligenz mit der Novemberrevolution verbanden. Insbesondere bezogen sich die Erwartungen auf eine rasche Sozialisierung der dafür „reifen“ Industrien (Banken, Schwerindustrie) und auf die vage Möglichkeit einer Räteredemokratie. Beide waren jedoch mit dem parlamentarisch-demokratischen Gründungskonsens unvereinbar, auf den die Weimarer Republik letztlich angewiesen blieb.

Im Rahmen dieser Arbeit kann nicht ausführlich auf die komplexen Probleme der Revolution 1918/19 und die im einzelnen weitverzweigte Forschung eingegangen werden. Getrennt werden muß jedenfalls zwischen empirischer Revolutionsforschung einerseits und politischer Bewertung andererseits.¹¹ In jedem Fall hat die Erforschung der Rätebewegung seit Mitte der fünfziger Jahre reichen Ertrag eingefahren.¹² Alle diese Forschungen haben erwiesen, daß die von vielen Zeitgenossen vorgenommene Identifizierung zwischen Räten und Bolschewismus empirisch nicht haltbar ist. In der politischen Bewertung bestand daher lange Zeit die Neigung, anknüpfend an Arthur Rosenberg die Räte und das durch sie repräsentierte „demokratische Potential“ zu idealisieren und für mögliche Alternativen zu reklamieren.¹³ Dies implizierte eine

¹⁰ So etwa am 6. Dezember 1918, als vom sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels bestellte Truppen in der Chausseestraße in eine spartakistische Demonstrantenmenge schossen, 16 Spartakusanhänger töteten und 12 verwundeten. Siehe Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 14), Göttingen 1975, S. 222ff.; Heinrich A. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, 2. Aufl. Berlin u. Bonn 1985, S. 97f.

¹¹ Vgl. dazu Möller, Parlamentarismus, S. 23ff.

¹² Zu nennen sind insbesondere die Arbeiten von Walter Tormin, Zwischen Räteredikatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4), Düsseldorf 1954; Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. erw. Auflage Bonn u. Berlin 1976; Kluge, Soldatenräte; den Forschungsstand zusammenfassend Ders., Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch (Neue Historische Bibliothek), Frankfurt/M. 1985. Für eine bis 1920 reichende Periodisierung der Revolution plädiert Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche Revolution 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 362–391.

¹³ Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. und eingeleitet von Kurt Kersten, Frankfurt/M. 1961 (Neudruck); paradigmatisch Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968. Zur Diskussion vgl. Reinhard Rürup, Demokratische Revolu-

mehr oder minder scharfe Kritik an der Politik der Mehrheitssozialdemokratie um Friedrich Ebert, die insbesondere der übertriebenen Bolschewismusfurcht geziehen wurde.¹⁴ Für welche positiven politischen Optionen die Räte allerdings standen und wie ein Räte-system mit der auch von der Mehrheit der Räte gewollten parlamentarischen Demokratie hätte vereinbart werden sollen, sind Fragen, die sich durch geschichtswissenschaftliche Methoden nicht klären lassen. Antworten müssen daher hypothetisch bleiben. Darüber hinaus krankt die These vom „Dritten Weg“ m.E. daran, daß sie den Handlungsspielraum der Regierung Ebert/Scheidemann überschätzt.¹⁵ Denn es ist sehr fraglich, ob eine andere als die kompromißlose Haltung der Regierung Ebert/Scheidemann die Überführung der Revolution in demokratisch-rechtsstaatliche Bahnen gewährleistet haben würde. Dies betrifft auch das Problem der Sozialisierung. Jedes revolutionäre *fait accompli*, wie es unter anderem der linke Flügel der USPD anstrebte, wäre demokratisch nicht legitimiert, das heißt faktisch eine Art Willkürakt gewesen. Und es ist durchaus nicht sicher, ob ein derartiger Versuch die Integrationsfähigkeit der Weimarer Republik erhöht hätte. Überhaupt ist es problematisch, die Gründungsschwierigkeiten der Weimarer Republik auf ein Problem der falschen Politik von Einzelpersonen zu reduzieren. Die strukturelle Belastung, unter der die Republik von Anfang an litt, gründete vielmehr in den ungemein tiefen und zum Teil tatsächlich unüberbrückbaren politischen und sozialen Gegensätzen der deutschen Gesellschaft. Der Präzedenzfall einer demokratisch nicht legitimierten Sozialisierung etwa hätte unter diesen Umständen durchaus der unkontrollierbaren Radikalisierung nach links Vorschub leisten können. Dagegen wäre sie im bürgerlichen Lager ohne Zweifel als schwerster Rechtsbruch empfunden worden und hätte die gegenrevolutionären Kräfte möglicherweise in noch stärkerem Maße auf den Plan gerufen, als dies ohnehin schon der Fall war. Wenn daher eher wenig dafür spricht, daß wirtschafts- und gesellschaftspolitische Quasi-Willkürakte in der labilen Übergangsphase des Winters 1918/19 zur Befriedung Deutschlands beigetragen hätten, so wurde doch umgekehrt die immense Enttäuschung, die die Regierungspolitik wohl unvermeidlich hervorrief, für die Weimarer Republik tatsächlich zu einer schweren Belastung.

Daß große Teile der Pariser Arbeiterschaft ebenfalls gegen den offiziellen Kurs der C.G.T. rebellierte, zeigt eindrucklich, in wie hohem Maße die Nachkriegssituation in den beiden Hauptstädten trotz aller kriegs- und revolutionsbedingten Unterschiede durch bedeutende strukturelle und zum Teil auch prozessuale Gemeinsam-

tion und „dritter Weg“. Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 278–301; Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik* (Oldenbourg Grundriß der Geschichte), 2. Aufl. München 1988, S. 155ff. Scharfsinnig und ausgewogen Heinrich A. Winkler, *Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19*, Bonn u. Berlin 1979 (z.T. auch in Ders., *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 19ff.).

- ¹⁴ 1955 hatte Karl Dietrich Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 1–19, die Situation, vor der die MSPD stand, als ein klares „Entweder-Oder“ zwischen parlamentarischer Demokratie im Bund mit den konservativen Kräften oder bolschewistische Diktatur charakterisiert, ebd., S. 6ff., eine Position, die im folgenden ins Wanken geriet. Siehe Eberhard Kolb, *Arbeiterräte*; Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie 1903–1920* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 29), Berlin 1967, v.a. S. 164ff. Während Lösche davon ausgeht, daß das Bolschewismusbild der MSPD sich bis 1920 endgültig zu einem „unkritischen und emotionalen Antibolschewismus“ (ebd., S. 170) verfestigt habe und danach auch nicht mehr in Frage gestellt worden sei, analysiert Zarusky, *Sozialdemokraten, passim*, ausführlich die auch in der Folgezeit bestehende, flexible Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem „sowjetischen Modell“. Zur innersozialdemokratischen Debatte während der Novemberrevolution vgl. die Pressanalyse von Detlef Lehnert, *Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD*, Frankfurt/M. 1983.
- ¹⁵ Eine überzeugende Analyse der Person und Haltung Eberts in der Revolutionszeit bei Horst Möller, *Folgen und Lasten des verlorenen Krieges. Ebert, die Sozialdemokratie und der nationale Konsens* (Kleine Schriften der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 8), Heidelberg 1991; vgl. auch Horst Möller, *Weimar. Die unvollendete Demokratie*, 4. Aufl. München 1993, S. 32ff.

keiten gekennzeichnet war.¹⁶ Merrheims gegenteiliger Einschätzung zum Trotz, entgingen die französischen Reformisten dem Vorwurf der Unfähigkeit oder gar des „Verrats“ an der Arbeiterklasse ebensowenig wie ihre deutschen Kollegen. Wie in Berlin so hatten auch die Kriegsverhältnisse in Paris ein Protestpotential kumuliert, das sich infolge der Demobilisierung noch einmal massiv verstärkte und von den traditionellen Arbeiterorganisationen bzw. ihrem Führungspersonal nicht mehr zu integrieren war.¹⁷ Dies gilt trotz der vordergründig paradoxen Entwicklung, daß sich die exzeptionelle politisch-gesellschaftliche Mobilisierung 1918–1920 insbesondere auch im erdrutschartigen Anwachsen der gewerkschaftlichen und linkssozialistischen Mitgliederzahlen niederschlug. Sieht man von den spezifischen und letztlich unvergleichbaren Berliner Bürgerkriegsverhältnissen im ersten Drittel des Jahres 1919 ab, so durchdrangen sich in beiden Städten revolutionäre Rhetorik bzw. Programmatik mit einer ausgesprochen dynamischen Lohnbewegung, die die soziale Kompensation der Kriegsanstrengung einforderte.¹⁸ Die Strukturbedingungen dieser Parallelität bzw. spezifische und langfristig wirksame Differenzen in der Nachkriegsentwicklung der beiden Metropolen werden im folgenden genauer zu analysieren sein.

I. Die totalitäre Umprägung sozialökonomischer Kriegsfolgelasten: Inflation und Arbeitslosigkeit

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland war die Teuerung eine ständige Begleiterin des Krieges gewesen und hatte insbesondere seit 1916 verstärkt eingesetzt.¹⁹ Infolge der kriegsbedingten Zerrüttung der Staatsfinanzen verschärfte sich der Trend nach Abschluß des Waffenstillstandes noch. Mit Recht werteten die Regierungen den stetigen, im Alltag unmittelbar erfahrbaren und erlittenen Anstieg der Preise für die nötigsten Lebenshaltungskosten als gefährlichen sozialen Sprengstoff und suchten ihn nach Kräften einzudämmen. So wurde in Deutschland bereits im Oktober 1914 mit der Bewirtschaftung der meisten Nahrungsmittel begonnen. Nach Kriegsende wurde sie bis tief in das Jahr 1920 hinein fortgeführt, und für manche Lebensmittel wie Butter, Milch und Zucker galten noch bis 1921 staatlich verordnete Höchstpreise.²⁰

¹⁶ Solche Parallelen weist auch der Vergleich mit der britischen Situation am Ausgang des Ersten Weltkriegs auf. Bernd-Jürgen Wendt, „Deutsche Revolution“ – „Labour Unrest“. Systembedingungen der Streikbewegungen in Deutschland und England 1918–1921, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 20 (1980), S. 1–55, hier v.a. S. 18f.

¹⁷ Zu den langfristigen wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen der Demobilisierung Gerald D. Feldman, *Die Demobilisierung und die Sozialordnung der Zwischenkriegszeit in Europa*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 156–177.

¹⁸ Für Berlin vgl. Detlef Lehnert, *Die Revolution als Lohnbewegung? Arbeitskämpfe und Massenaktivierung im Handlungsfeld von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Berlin 1918/19*, in: Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner (Hrsg.), *Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen*, Wien u. Köln 1991, S. 26–61.

¹⁹ Zur Inflation in Deutschland siehe jetzt die monumentale Gesamtdarstellung von Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1923*, Oxford 1993, zu den Ursachen der Inflation im Ersten Weltkrieg ebd., S. 25–96.

²⁰ Details bei Carl-Ludwig Holtfrenrich, *Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, Berlin u. New York 1980, S. 76ff., hier v.a. S. 89. Über das System der Lebensmittelbewirtschaftung und Höchstpreise in Berlin siehe ausführlich Ernst Kaerber, *Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegsrbeit*, Berlin 1921, S. 79ff. Zu den Inflationsauswirkungen in Ber-

Auch die französische Regierung griff unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu interventionistischen Maßnahmen, etwa dem Gesetz gegen unerlaubte Spekulation von 1916 oder dem Erlaß von „Normalpreisen“ vom August 1919.²¹ Die Wirkung dieser Eingriffe in die marktkonforme Preisbildung blieb begrenzt, und die Sorge um Teuerung und „vie chère“ stellte einen ständigen Faktor der öffentlichen Beunruhigung dar. Gerade in den großstädtischen Agglomerationen, die existentiell auf Lebensmittellieferungen und erschwingliche Mietpreise angewiesen waren, produzierten heftige Preissteigerungen einen unmittelbaren sozialen und politischen Problemdruck. Dies galt um so mehr, als die inflationäre Tendenz keineswegs, wie anfangs viele glauben mochten, nur ein kurzfristiges Übergangsphänomen war. Daß sich die Preise mit der Umstellung auf „normale“ Friedensverhältnisse gleichsam von selbst wieder auf ein aus Vorkriegszeiten bekanntes Niveau einpendeln würden, war eine von vielen geteilte Illusion. Die „energischen Maßnahmen“ der Regierung würden, so lautete etwa Anfang 1919 eine weit verbreitete Auffassung in Paris, die Preise für Grundnahrungsmittel bald wieder in ihre „gerechten Grenzen“ verweisen.²²

Wenn in der Forschung über die Bedingungen und Antriebskräfte der revolutionären „Welle“ von ca. 1917 bis 1920 diskutiert wurde, so ist der Aspekt der Preissteigerungen bislang unterschätzt worden.²³ Genährt durch das geschichtswissenschaftliche Interesse am Nachweis der Möglichkeit einer durchgreifenden und stärker konsensstiftenden Demokratisierung, standen in der Erforschung der deutschen Revolution 1918/19 primär „politische“ Fragen im Vordergrund. Dies betraf Probleme wie die politische Orientierung der Räte, die Frage der Sozialisierung, die Politik der Gewerkschaften, die Auseinandersetzung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängigen sowie die Vereinbarkeit von Parlamentarismus und Rätssystem.²⁴ Jedoch stellten Teuerung und Lebensmittelknappheit für die proletarische Massenmobilisierung eine erfahrungsgeschichtliche Dimension ersten Ranges dar, die ja im übrigen die gesamte Kriegszeit betraf.²⁵ Denn wie in kaum einem anderen Bereich ver-

lin vgl. Robert Scholz, Die Auswirkungen der Inflation auf das Sozial- und Wohlfahrtswesen der neuen Stadtgemeinde Berlin, in: Gerald D. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich, Gerhard A. Ritter, Peter-Christian Witt (Hrsg.), Konsequenzen der Inflation (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 67), Berlin 1989, S. 45–75.

²¹ Siehe Alfred Sauvy, Histoire économique de la France entre les deux guerres, 2. Aufl. Paris 1984, Bd.II., S. 179ff.

²² Archives de la Préfecture de Police, Paris (künftig APP) Ba 1614, Bericht aus dem 4. Distrikt (5. u. 13. Arrdt.) vom 10.2.1919.

²³ Dies gilt auch für den ansonsten richtungsweisenden Aufsatz von Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift 13 (1972), S. 84–105, hier v.a. S. 86–91. Im Vergleich zu den „politischen“ Faktoren hätten sozialökonomische Rahmenbedingungen eine eher geringe Bedeutung besessen. Unter den Tisch fällt dabei freilich die „erfahrungsgeschichtliche“ Dimension der sozialen Protestbewegung, die zu einer „objektiven“ Beurteilung von Arbeitslosigkeit und Preisentwicklung und ihrer Wirkungen weder willens noch in der Lage war. Siehe aber Lehnert, Revolution als Lohnbewegung?, v.a. S. 57f. u. passim.

²⁴ Vgl. dazu oben Anm. 12 u. 13.

²⁵ Vgl. über die „physischen“ Aspekte der Kriegserfahrung bzw. der unmittelbaren Nachkriegszeit wie Erschöpfung, Hunger etc. Gunther Mai, „Wenn der Mensch Hunger hat, hört alles auf.“ Wirtschaftliche und soziale Ausgangsbedingungen der Weimarer Republik (1914–1924), in: Werner Abelshausen (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft (VSWG Beiheft 81), Stuttgart 1987, S. 33–62, v.a. S. 50ff. Siehe auch Gerhard Hirschfeld u. Gerd Krumeich (Hrsg.), Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte N.F. 1), Essen 1993. Vgl.

schränkten sich hier „spontanes“, tief in der europäischen Geschichte verankertes Protestverhalten und moderne Ideologieangebote. Dem gleichsam vorbewußten, aus der Alltagserfahrung geborenen Protest verlieh das Ideologieangebot seine spezifische Orientierung; eine komplexe Situation wurde durch reduktionistische politische „Erklärungen“ scheinbar transparent, und aus dem „wirtschaftlich“ motivierten Protest konnte eine breitere „politische“ Bewegung werden. Die sozialen Kriegsfolgelasten wurden totalitär umgeprägt, das heißt in den Kategorien eines verabsolutierten Freund-Feind-Gegensatzes interpretiert.

Die Erstellung statistisch exakter Vergleichsgrößen für die Preissteigerungsraten in Berlin und Paris während der hier diskutierten unmittelbaren Nachkriegszeit stößt auf gravierende Schwierigkeiten und ist nur in Form von Annäherungswerten möglich. Schon die statistischen Materialien für die einzelnen Städte selbst, die als Grundlage für eine komparatistische Analyse der Indexzahlen für die Lebenshaltungskosten dienen können, sind defizient und in ihrer Aussagekraft beschränkt. Trotzdem soll der Versuch unternommen werden, wenigstens einen ungefähren Eindruck der inflationären Tendenz bis 1919 zu vermitteln. Auf der Basis eines „Warenkorbes“ einiger weniger repräsentativer Lebensmittel läßt sich die unterschiedliche Preissteigerungsraten in beiden Städten in etwa ablesen. Zugrunde gelegt werden dabei für Berlin wie für Paris die Preise vom Juli 1914.²⁶

Berücksichtigt man neben der schon weit fortgeschrittenen Zerrüttung der deutschen Staatsfinanzen²⁷ die Auswirkungen der bis Juli 1919 andauernden alliierten Blockade, welche die ohnehin schwierige Versorgungssituation in Deutschland noch weiter verschärfte, ist es kaum verwunderlich, daß selbst die verordneten Höchstpreise in Berlin schneller anstiegen als die Lebenshaltungskosten in der französischen Hauptstadt. Nach dem Ende der Bewirtschaftung 1920 kletterten sie rasch auf ein schwindelerregendes Niveau.²⁸ Auf der Basis vom Juli 1914 (= 100) stieg der Index

die Dokumentation bei Dieter u. Ruth Glatzer, *Berliner Leben 1914–1918. Eine historische Reportage aus Erinnerungen und Berichten*, Berlin (Ost) 1983, S. 209ff.; Dieter Baudis, *Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Volksmassen in Berlin 1917/18*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1987/Heft 2, S. 9–27.

²⁶ Eine umfassende komparatistische Analyse der inflationären Tendenzen in Berlin und Paris ließe sich nur auf der Grundlage eines eigenen Forschungsprojektes durchführen, das zunächst für Berlin ein ähnlich fundiertes Datenmaterial erstellen müßte, wie es etwa Jeanne Singer-Kérel, *Le coût de la vie à Paris*, Paris 1961, für Paris getan hat. Für das Jahr 1919 ergeben sich im übrigen einige spezielle Probleme, die eine exakte Analyse so gut wie illusorisch machen. Zum einen beginnt in beiden Ländern der Lebenshaltungsindex der offiziellen Statistik erst mit dem Jahre 1920. Sowohl das Statistische Reichsamt als auch die Statistique Générale bestimmten den Index seit Februar 1920 mittels einer neuen Berechnungsmethode, die neben den Kosten für Lebensmittel auch die Ausgaben für Heizung, Bekleidung und Mieten berücksichtigte. Vgl. Holtfreich, *Inflation*, S. 26ff., u. *Bulletin du Ministère du Travail* 27 (1920), S. 529–534. Gleiches gilt für die regionalen Berliner Teuerungssindices von Robert Kuczynski und H. Silbergleit, dem Leiter des Statistischen Landesamtes Berlin. Beide beruhen auf einem umfassenden Warenkorb, setzen allerdings erst 1920 ein, Holtfreich, a.a.O., S. 38f. Der Index von Calwer hingegen, der die Berliner Zahlen als einziger kontinuierlich durch Krieg und unmittelbare Nachkriegszeit hindurch dokumentiert, orientiert sich ausschließlich an den verordneten Höchstpreisen. Insofern aber, als die zugewiesenen Lebensmittelrationen während des gesamten Jahres 1919 unter dem notwendigen Minimum lagen, umfaßten die Haushaltsausgaben auch Zukäufe auf dem erheblich teureren Schwarzmarkt, der von Calwer nicht erfaßt wird. Im folgenden werden die überlieferten Schwarzmarktpreise punktuell berücksichtigt, wenn auch der so gewonnene Index auf einem lediglich rudimentären Warenkorb beruht. Für das Jahr 1919 ist also nur der allgemeine Trend ablesbar.

²⁷ Vgl. hierzu Holtfreich, *Inflation*, v.a. S. 101ff.

²⁸ Nach Berechnungen des Chefs des Stat. Landesamtes Berlin, Silbergleit, stiegen die Ausgaben für die notwendigen Lebensmittel pro Kopf und Woche in Berlin folgendermaßen an:

eines Warenkorb, bestehend aus acht Lebensmitteln von Januar 1919 bis Oktober 1920 von 327 auf 1717. Im gleichen Zeitraum stieg ein vergleichbarer Index in Paris von 248 auf 424.²⁹ Versucht man die überlieferten Berliner Schwarzmarktpreise einzurechnen, so klafft die Schere zwischen den Entwicklungen noch weiter auseinander:

Table 1: Preissteigerungen für Lebensmittel in Berlin und Paris 1919/20 (Juli 1914 = 100)

	1919			1920		
	Jan.	Juli	Decz.	Jan.	Juli	Decz.
Einzelhandelspreise Berlin (8 Lebensmittel) ^a	327	427	516	702	1312	1717
Schwarzmarktpreise Berlin (6 Lebensmittel) ^a			1924		2605	
Index 2/3 Höchstpreise 1/3 Schwarzmarktpreise			984		1743	
Einzelhandelspreise Paris (13 Lebensmittel) ^b	248	261	285	290	373	424

^a Berechnet nach Holtfrerich, *Inflation*, S. 86f.

^b Quelle: Bulletin du Ministère du Travail 27 (1920), S. 420.

In der neueren Forschung besteht relative Einmütigkeit darüber, daß die deutsche Inflation, die ab Herbst 1922 in die Hyperinflation mündete, den wirtschaftlichen und industriellen Wiederaufbau nicht unmaßgeblich förderte. Die „Inflationskonjunktur“ erleichterte notwendige Investitionen ebenso wie anfangs auch die politisch gewollte Vollbeschäftigung.³⁰ Jedoch kann es unabhängig davon, wie die makroökonomische Beurteilung der Inflation durch die Wirtschaftshistoriker ausfällt,³¹ nicht überraschen, wenn die rasch steigenden Lebensmittelpreise zum Teil maßlose Erbitterung nach sich zogen. Aus der kollektiven Erfahrung einer anscheinend unkontrollierbaren Preisentwicklung erwachsen unterschiedliche Denk- und Aktionsmuster, die sich wechselseitig beeinflußten und gewissermaßen in konkreten „Mischungsverhältnissen“ die Mobilisierung der Arbeiter bestimmten. Dabei war die mentale Disposition, radikalen Erklärungsangeboten Glauben zu schenken, während der gesamten Kriegszeit allmählich gewachsen. Zwar galt dies zumal für Berlin, wo sich die Versorgungs-

Juli/August 1919	26,55 M
November 1919	52,30 M
Dezember 1919	58,35 M
Januar 1920	62,80 M

Siehe Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (künftig: BAP) RAM Nr. 2403, fol. 201, Niederschrift über die Verhandlung in der Streitsache über Bewilligung von Teuerungszuschlägen zwischen den Angestellten der Berliner Metallindustrie und dem VBMI, 11.2.1920.

²⁹ Siehe Bulletin du Ministère du Travail 27 (1920), S. 420. Der Preisindex wurde auf der Basis von 13 Lebensmitteln gebildet, deren Preise von einer Konsumentenkooperative an der Pariser Peripherie geliefert wurden.

³⁰ Dazu Werner Abelshäuser, *Verelendung der Handarbeiter? Zur sozialen Lage der deutschen Arbeiter in der großen Inflation der frühen zwanziger Jahre*, in: Hans Mommsen u. Winfried Schulze (Hrsg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme der Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S. 445–476.

³¹ Vgl. etwa Gerald Feldman, *Der Historiker und die deutsche Inflation*, in: Ders., *Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 60)*, Göttingen 1984, S. 55–66.

situation insgesamt prekärer darstellte als in Paris. Doch wies der durch die Preissteigerungen genährte Massenprotest, was Struktur und Stoßrichtung betrifft, in beiden Metropolen ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten auf, und Unterschiede in seiner Intensität waren eher gradueller als qualitativer Art.

Auf der kognitiven Ebene bestand das naheliegende Bedürfnis, konkrete „Schuldige“ für die über weite Strecken strukturell bedingte Misere zu benennen. Die Schuldzuweisung begann dabei mit der Anklage der Schleichhändler, Wucherer, *accapareurs, mercantis* etc. und setzte sich gegebenenfalls in einem Schuldspruch über die Regierenden und das „System“ insgesamt fort. Über die ganze Kriegszeit hinweg sahen sich die deutschen Behörden mit entsprechenden Stimmungen in der Bevölkerung konfrontiert. Das Versagen der Höchstpreise, die Expansion des Schwarzmarktes, der die Wohlhabenden übermäßig begünstigte, schließlich der Mangel selbst ließen viele an der Effizienz und Gerechtigkeit, kurz an der Legitimation der bestehenden Ordnung überhaupt zweifeln.³² „In weitesten Volkskreisen“, so schätzte Matthias Erzberger die Lage kurz vor dem 9. November 1918 ein, „würde es dankbar begrüßt werden und die Stimmung erheblich bessern, wenn im Volk das Bewußtsein sich kräftigen würde, daß gegen die Kriegsgewinnler und Wucherer scharf vorgegangen wird.“³³ Zweifellos gehört es zu den Belastungen der frühen Weimarer Republik, daß sich diese Mißstimmung durch Revolution und Demokratie in keiner Weise änderte. Im Gegenteil: Wenn sich der Massenprotest nach Kriegsende auf breiter Front Bahn brach, so stand dahinter die mehrjährige Frustrations- und Deklassierungserfahrung des Weltkrieges, für die nunmehr primär der neue Staat in die Verantwortung genommen wurde. „Unsere Forderungen auf *Abbau der Lebensmittelpreise*“, so appellierten etwa im Sommer 1919 die Berliner Eisenbahnarbeiter an die Bevölkerung, „sind in den verschiedensten Ministerien schon länger als sechs Wochen bekannt. Man hat uns immer wieder vertröstet. Wir warteten geduldig auf den Tag. Ihr wißt selbst und habt es ja auch erfahren, daß die Preise sprunghaft in die Höhe schnellten. Wir machen die Regierung dafür verantwortlich, daß man *schamlosen Lebensmittelwucherern* nicht energisch zuleibe geht.“³⁴ Die Akten des Reichsjustizministeriums dokumentieren nachdrücklich, in wie hohem Maße die Bevölkerung strukturelle Probleme der Versorgung und Preisbildung ausschließlich als Phänomene des Wuchers und des Kriegsgewinnlertums begriff und welche katastrophalen Auswirkungen dies auf die allgemeine Stimmung hatte.³⁵

³² Vgl. Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 84), Göttingen 1989, S. 205ff. Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 8), Göttingen 1973, S. 131ff.

³³ BAP, RJM, Nr. 6270, fol. 165, Erzberger an Staatssekretär Dr. Krause (Reichsjustizamt), 5.11.1918. Nicht zuletzt bei den zurückkehrenden Truppenangehörigen, so sah es zumindest ein Beobachter, verbreitete sich ein Gefühl der Verbitterung angesichts der Diskrepanz zwischen der allgemeinen Knappheit und den gehobenen Lebensmittelauslagen in den Schaufenstern der Delikateßläden zu unerschwinglichen Preisen. Die Auseinandersetzungen um die Lohnzahlung der Volksmarinedivision am Heiligabend 1918 müssen z.B. in diesem Kontext gesehen werden. Vgl. ebd., fol. 171–176.

³⁴ Flugblatt „Die Wahrheit über den Eisenbahnerstreik“, zit. nach Freiheit, Nr. 307, 1.7.1919.

³⁵ Siehe z.B. BAP, RJM, Nr. 6270, fol. 195 (29.4.1919), 199 (28.5.1919), 205 (10.5.1919); Nr. 6271, fol. 28 (16.10.1919), 35f. (20.10.1919). Zugleich aber dokumentieren die Akten auch die grundlegenden Schwierigkeiten, die sich einer rechtsstaatlichen – d.h. jenseits von Selbsthilfe und Sondergerichten operierenden – Wucherbekämpfung entgegenstellten. Siehe Landsberg an die Bayerische Gesandtschaft in Berlin, 19.6.1919, ebd. RJM Nr. 6270, fol. 219–220; Reichsjustizministerium an das Mecklenburgisch-Schwerinsche Justizministerium, 24.5.1919, ebd., fol. 196–197.

Diese kognitive Verschränkung der Existenz konkreter Profiteure einerseits, die auf dem Schwarzmarkt oder in den Markthallen anzutreffen waren, mit dem abstrakt bleibenden Handeln der politisch Verantwortlichen andererseits bildete einen entscheidenden Anknüpfungspunkt für die linksradikale Propaganda. Denn zeigte sich nicht gerade in dem Unwillen oder auch der Unfähigkeit der Regierenden die Notwendigkeit zur systemtranszendierenden Aktion? Bewies nicht gerade die mangelnde Problemlösungskapazität der Regierungen und Administrationen ihre strukturelle Unterlegenheit gegenüber einer künftigen „sozialistischen“ Regierungs- und Wirtschaftsweise? Als existentielle Mangel- und Gefährdungserfahrung bildeten Teuerung und Lebensmittelknappheit ein zentrales Scharnier zwischen dem häufig spontanen, „wirtschaftlich“ motivierten Protest der Massen und den „politischen“ Ideologieangeboten der Extremisten. Insofern gab es für die in beiden Hauptstädten immer wieder geäußerten Befürchtungen, die „Bolschewisten“ könnten sich der verbreiteten Unzufriedenheit im Gefolge der Teuerung bedienen, um ihre politische Agitation voranzutreiben, durchaus einen realen Hintergrund.³⁶

Von den Kommunisten wurden die inflationären Tendenzen der Nachkriegszeit innerhalb marxistisch-leninistischer Kategorien analysiert. Der Weltkrieg, der ja als gesetzmäßige Folgeerscheinung des in seine „imperialistische“ Phase eingetretenen Kapitalismus gewertet wurde, hatte demzufolge dessen ausweglose Systemkrise zutage gefördert. Die Teuerung bildete dann nur einen, allerdings zentralen Problembereich dieser Systemkrise, der folglich auch nur durch Systemüberwindung zu beseitigen war. Führenden deutschen Kommunisten wie z.B. Paul Levi gelangen auf dieser Basis bemerkenswerte Analysen über die finanzielle und ökonomische Zerrüttung durch den Krieg, die aktuelle Wirtschaftslage sowie über die zu erwartenden Kriegsfolgelasten.³⁷ Die in ihrem sachlichen Kern zum Teil gründlichen und weitsichtigen Überlegungen verbanden die Kommunisten indes mit der ideologischen Vorgabe vom nunmehr herannahenden, „notwendigen“ Zusammenbruch des als reformunfähig angesehenen „kapitalistischen“ Systems. Der hieraus resultierende historische Determinismus bildete die theoretische Voraussetzung für jenen politischen Voluntarismus, den wir als spezifisches Kennzeichen totalitärer Bewegungen identifiziert haben.

Gegen die Preissteigerungen vorzugehen, hieß in dieser Perspektive, vor allem auf die revolutionäre Überwindung der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung hinzuwirken. Der „wirtschaftliche“ Streik etwa, den die Eisenbahner Ende Juni/Anfang Juli 1919 führten, ging aus dieser Sicht grundsätzlich an der Sache vorbei. Ökonomische Analyse, historischer Determinismus und politischer Voluntarismus verdichteten sich zur eingängigen Propagandasprache: „[Die Regierung] kann euch mehr Geld bezahlen, sie kann mehr Noten drucken, sie kann so den Wert des Geldes nur immer weiter senken, sie kann so den Preis der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände nur immer weiter in die Höhe treiben, sie kann aber mit allem, was sie tut, der weiteren Verarmung und Verelendung der Massen nicht mehr steuern: Der bürgerliche Staat ist bankrott; das, was ihr wollt, ein Menschendasein für euch und eure Kinder, kann euch der Staat nicht mehr geben. Das aber heißt: Die Verelendung, der heute [...] das

³⁶ APP Ba 1614 (Dossier 8^e District), 11.11.1918.

³⁷ Siehe etwa die Rede Paul Levis auf dem 2. Parteitag der KPD im Oktober 1919, Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, o.O., S. 14ff.

ganze deutsche Proletariat [...] unterliegt, kann die Bourgeoisie nicht mehr beseitigen. Sie kann nur beseitigt werden, wenn die Bourgeoisie fällt. Und daraus ergibt sich: Jeder Versuch, heute die Lebenshaltung des Proletariats zu heben, stellt den Bestand der Bourgeoisie in Frage, rührt an die Wurzeln des kapitalistischen Staates. Wo immer heute Proletarier kämpfen, ist revolutionärer Kampfboden.“³⁸

Auch in Frankreich und seiner Hauptstadt gehörte die Klage über die „vie chère“ zu den zentralen Begleiterscheinungen des Krieges.³⁹ Im Verlauf des Jahres 1918 wurde die Teuerung in Paris zu einer Frage, die nach Ansicht des städtischen Aufsichtsbeamten bei der Bourse du Travail alle beschäftigte und die Aktivität der Gewerkschaften größtenteils absorbierte.⁴⁰ Für die Pariser C.G.T.-Minorität bot dies einen wichtigen Angelpunkt revolutionärer Propaganda. Darüber, daß eine Agitation gegen die Teuerung eher instrumentellen Charakter tragen würde, war man sich einig. Nun könne es nicht mehr um Lohnerhöhungen gehen, so betonten die minoritären Redner auf einer außerordentlichen Versammlung im Februar 1918; vielmehr sei der Frieden nach russischem Muster mit revolutionären Mitteln anzustreben. Die Preissteigerungen würden hierfür das wirkungsvollste Instrument, ein ideales „Propagandamittel“ sein. „La question de la vie chère ne doit être qu'un trop-plein dont on se servira pour faire valoir aux yeux de la masse que c'est la guerre qui est la cause de tous les maux et de l'augmentation du coût de la vie. Supprimer la guerre, c'est supprimer la vie chère et tout ce qui en découle.“ Ziel einer solchen „Kampagne ungezügelter Aufruhrs gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten“, so betonte ein anderer Redner, müsse die Verstaatlichung allen Eigentums nach russischem Vorbild sein.⁴¹ Als im Herbst 1918, kurz vor Kriegsende, die Lebensmittelpreise noch einmal scharf anstiegen, wurde die Teuerung zum öffentlichen Dauerthema. Extremistisches Denken, das auf revolutionäre Systemüberwindung zielte, vermochte nun mittels des Inflationsthemas an Einfluß zu gewinnen. Insbesondere betraf dies die *Union des Syndicats de la Seine* (= U.S.S.), das Gegenstück zur Berliner Gewerkschaftskommission, deren Führung dem Kurs der C.G.T.-Majorität verpflichtet blieb. Hier versuchten die Pariser Anhänger der Minorität, infolge der Inflation aufbrechende Lohnauseinandersetzungen in ihrem Sinne zu verschärfen und zu politisieren. Dies gelang z.B. anläßlich eines Lohnstreiks der Pariser Bekleidungsarbeiterinnen („midinettes“) im September 1918. Als es um die Frage eines Solidaritätsbeitrags für die Streikenden ging, wollten sich die majoritären Führer der U.S.S. mit einer Ausgleichszahlung aus der Streikkasse begnügen. Für die Teuerung selbst könne die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden, verursacht werde sie vor allem durch strukturelle Gründe wie das Absinken der Produktion und die schlechte Verkehrssituation. Demgegenüber forderte eine knappe Mehrheit, die Frage der Preissteigerungen zum Thema ei-

³⁸ „An die deutschen Eisenbahner!“. Aufruf der Zentrale der KPD vom 7.7.1919, in: Dok. u. Mat. VII/1, S. 120. Vgl. „An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!“. Flugblatt der KPD, Mitte Februar 1919, in: Dok. u. Mat. II/3, S. 186.

³⁹ Vgl. Horne, *Labour at War*, S. 91f.

⁴⁰ AN F7 13015, Schreiben des Régisseur de la Bourse du Travail, Jacquelin, an den Präfekten des Département Seine, 30.3.1918.

⁴¹ AN F7 13015, Compte-rendu de la Réunion des Conseils Syndicaux du Département de la Seine, le 24. février 1918 (Wilfrit, Charlier, Briole).

ner politischen Protestversammlung zu machen.⁴² Die folgende Kundgebung, die von ca. 1.200 Personen besucht wurde, diente einigen Rednern der revolutionär-syndikalistischen Minorität als Bühne, wobei die Spannungen innerhalb der U.S.S. deutlich wurden. In jedem Fall wurden für die Teuerung die Regierenden mehr oder minder persönlich verantwortlich gemacht.⁴³ Das Resümee, das zur gleichen Zeit ein Polizeibericht über die Stimmung der Pariser Bevölkerung zog, ging in dieselbe Richtung: Die „vie chère“ führe zu einer allgemeinen Unzufriedenheit, und über die eigentlichen Ursachen herrsche wenig Dissens: „Tous semblent être d'accord pour en imputer la faute au ‚manque d'énergie‘ dont font montrer [...] les pouvoirs publics pour organiser une juste et équitable répartition des denrées.“⁴⁴ Der nicht immer ehrenhafte Einzelhandel, der etwaige Lohnsteigerungen der Arbeiter sogleich zu Preiserhöhungen ausnutzte, erschien so als ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zur sozialen Befriedung: „Les gens estiment, que cette façon d'agir n'amènera jamais l'entente entre patrons et employés; et nombreux sont ceux qui rejettent la responsabilité sur les Pouvoirs Publics qu'ils accusent de ne pas intervenir d'une façon plus énergétique contre les mercantis.“⁴⁵ Nach der vorübergehenden Verdrängung der sozialökonomischen Alltagsprobleme infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandes schlug die Stimmung in der französischen Hauptstadt rasch um. Die Berichte der Pariser Polizei dokumentieren eindrücklich, wie das Niveau der Unzufriedenheit ab Jahresanfang 1919 kontinuierlich anstieg.⁴⁶ Dabei verbanden sich traditionelle Motive einer „moralischen Ökonomie“ mit dem Protest der organisierten Arbeiterbewegung.⁴⁷

Neben den Preissteigerungen bildete die mit der Demobilisierung einsetzende Arbeitslosigkeit einen weiteren Faktor für die grundsätzliche Protesthaltung weiter Kreise der Arbeiterschaft.⁴⁸ Die offizielle Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Département Seine hatte im März 1919 73.533 erreicht, sank dann jedoch allmählich ab: von 40.752 Unterstützten im Juni 1919 auf 27.390 im September 1919 und 8.489 im Dezember 1919.⁴⁹ In stark proletarisch geprägten Vierteln wie z.B. dem 13. Arrondissement wiesen die entsprechenden Zahlen jedoch zumindest bis zur Jahresmitte eine kontinuierliche Steigerung auf: von 2.183 am 10.2.1919 über 5.638 am 31.3.1919, 7.552 am 28.4.1919, 8.222 am 26.5.1919 auf 8.711 am 30.6.1919.⁵⁰ In Paris wie in Berlin bildete der Verlust des Arbeitsplatzes ein Problem, das in besonderer Weise die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Frauen betraf.⁵¹ Nach der artifiziellen Auf-

⁴² AN F7 13015, 26.9.1918, Réunion mensuelle du Comité général de l'Union des Syndicats de la Seine, 25.9.1918 (Millerat für die Minorität, Bled u. Laurent für die Majorität). Der minoritäre Antrag, eine Protestkundgebung zu veranstalten, wurde bei vier Enthaltungen mit 33 zu 28 Stimmen angenommen.

⁴³ Ebd., 29.9.1918, Meeting de l'Union des Syndicats de la Seine contre „La Vie chère“.

⁴⁴ APP Ba 1614 (Dossier 8^e District), 13.9.1918.

⁴⁵ APP Ba 1614 (Dossier 7^e District), 16.6.1919. Vgl. ebd. (Dossier 8^e District), 19.8.1918.

⁴⁶ APP Ba 1642 u. 1587.

⁴⁷ Tyler Stovall, Du vieux et du neuf: économie morale et militantisme ouvrier dans les luttes contre la vie chère à Paris en 1919, in: *Le Mouvement Social* N° 170 (janvier-mars 1995), S. 85–113.

⁴⁸ APP Ba 1614 (Dossier 4^e District), 20.1.1919, 27.1.1919, 3.2.1919.

⁴⁹ Bulletin du Ministre du Travail 27 (1920), S. 416.

⁵⁰ APP Ba 1614 (Dossier 4^e District).

⁵¹ Über Arbeitsbedingungen und Lebenswelt der Pariser Munitionsarbeiterinnen im Krieg siehe Mathilde Dubesset, Françoise Thébaud, Catherine Vincent, *Les munitionnettes de la Seine*, in: Patrick Fridenson (Hrsg.), 1914–1918. *L'autre front* (Cahiers du „Mouvement social“ 2), Paris 1977, S. 189–219; Françoise Thébaud, *La femme au temps de la guerre de 14*, Paris 1986, S. 169ff.

blähung der Produktionskapazitäten durch die kriegsbedingte Nachfrage bewirkten das Kriegsende und die Umstellung auf die Friedenswirtschaft eine strukturelle Interessenidentität zwischen Unternehmern und Staat. Die Rekonversion der Kriegswirtschaft erforderte in den Rüstungsunternehmen zwingend den Abbau von Kapazitäten und von Personal, während die Behörden daran dachten, wie die bevorstehende Demobilisierung durch die Freimachung von Arbeitsplätzen sozial „abgedefert“ werden konnte.⁵² In Paris wie in Berlin bestand ein großer Konsens – der bis in die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hineinreichte – daß vor allem die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Frauen ihre gleichsam vorübergehend eingenommenen Arbeitsplätze wieder den von der Front zurückkehrenden Männern zur Verfügung stellen müßten.⁵³ In beiden Metropolen, die ja wichtige Zentren der Rüstungsindustrie gewesen waren, waren Frauen daher gewissenmaßen die „Verlierer“ auf dem Arbeitsmarkt. Im Département Seine hatten die „usines de guerre“ zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes rund 320.000 Arbeitskräfte, darunter ca. 80.000 Frauen, beschäftigt. Schon zwischen dem 11.11.1918 und dem Beginn des neuen Jahres wurden ca. 80.000 Arbeiter entlassen, darunter 40.000 Frauen.⁵⁴ Diese Entwicklung setzte sich in den nächsten Monaten fort. Die Unternehmen der Rüstungsindustrie entließen den Großteil ihrer weiblichen Arbeitskräfte, begannen aber sehr bald mit der Neueinstellung qualifizierter männlicher Arbeiter wie Elektriker, Former, Installateure etc.⁵⁵ Aufgrund einer großen Protestbewegung in der ersten Januarhälfte⁵⁶ sah sich die Regierung genötigt, die Zahlung von Übergangsgeldern sowie die Erhöhung der bestehenden Regelungen der Arbeitslosenhilfe zuzusagen.⁵⁷ Nach Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern, Unternehmern und Regierung wurde am 18. Januar eine Regelung beschlossen, die Entschädigungen („indemnités de licenciement“) von 160–250 Francs und eine gestaffelte Arbeitslosenhilfe von 1.00 (Frauen und Kinder) – 2.25 („chefs de famille“) Francs pro Tag vorsah.⁵⁸ Neu war hieran vor allem, daß

⁵² Zu den sozialen und sozialpolitischen Problemen der Demobilisierung in Deutschland vgl. insgesamt Richard Bessel, *Germany after the First World War*, Oxford 1993.

⁵³ AN F7 13367, 4.1.1919, Au sujet du chômage dans la région parisienne. Susanne Rouette, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauennarbeit nach dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt/M. 1993, S. 92ff. Richard Bessel, „Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes“. Frauennarbeit und Demobilisierung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 211–229.

⁵⁴ AN F7 13367, 4.1.1919, Au sujet du chômage dans la région parisienne. Demgegenüber betrug die Zahl derjenigen Frauen, die Arbeitslosenunterstützung erhielten, vom 23.12.1918 bis 7.1.1919 7.975 und vom 29.3.1919 bis 13.4.1919 29.881. Siehe Bulletin du Ministère du Travail 27 (1920), S. 417. Auch wenn man berücksichtigt, daß diese Zahlen nur die Stadt Paris betreffen, nicht aber das gesamte Département Seine, so offenbaren sie doch, daß ein Großteil der entlassenen Frauen unmittelbar in den Haushalt zurückging, ohne Arbeitslosenunterstützung zu beantragen.

⁵⁵ AN F7 13367, 18.2.1919 (Citroën).

⁵⁶ AN F7 13367, 3.1.1919, Réunion des ouvrières chômeuses (métaux, produits chimiques et habillement), 2.1.1919; 5.1.1919, Réunion des chômeurs et chômeuses de la métallurgie, 4.1.1919; 14.1.1919, Réunion des chômeurs et chômeuses des industries de guerre, 13.1.1919.

⁵⁷ Seit Beginn des Ersten Weltkrieges gab es in Frankreich nur einen nationalen Arbeitslosenfonds, aus dem wiederum die Unterstützung der Erwerbslosen durch die Gemeinden subventioniert wurde. Vgl. dazu Georges Hérel, *Le chômage en France. Etude de la législation sociale*, Paris 1932, hier v.a. S. 18ff.

⁵⁸ AN F7 13667, 19.1.1919; *La France Libre*, 19.1.1919. Verhandlungspartner auf Regierungsseite war der Minister für Wiederaufbau, der Industrielle Louis Loucheur. Die Regierung stellte es den Kommunen anheim, die „allocation de chômage“ auf 3 Francs zu erhöhen.

die Arbeitslosenhilfe nunmehr zu drei Vierteln vom Staat übernommen wurde, was den Gemeinden gegebenenfalls weitere Zuzahlungen ermöglichte.⁵⁹

Für diejenigen gewerkschaftlichen Kräfte, die auf die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und den evolutionären Wiederaufbau setzten, mochte dies zumindest ein Teilerfolg sein.⁶⁰ Für die gewerkschaftliche Minorität freilich, die im Bereich der Pariser Metallindustrie besonders stark vertreten war, bot das Problem der (Frauen-)Arbeitslosigkeit dagegen einen Anknüpfungspunkt zur grundsätzlichen Infragestellung des bestehenden Systems. Ohne Zweifel bedeutete der kurzfristige Verlust des Arbeitsplatzes für viele Zehntausende eine schwere soziale Härte, die durch staatliche Ausgleichszahlungen nur unzureichend ausgeglichen werden konnte. Überdies ging offensichtlich ein Großteil der betroffenen Frauen in den Haushalt zurück, ohne Arbeitslosenunterstützung zu beantragen oder zu erhalten.⁶¹ Zusammen mit der Teuerung eignete sich die Arbeitslosigkeit daher wie kaum ein anderes Thema dazu, die Folgen struktureller, durch die Rekonversion der Kriegswirtschaft bedingter Probleme durch Schuldzuschreibungen zu personalisieren, in ein Freund-Feind-Schema hineinzuzwängen und somit gleichsam totalitär umzuprägen. Diese Strategie wurde von den minoritären Gewerkschaftsführern durchgehend verfolgt. Insbesondere wenn sie dabei auf die Diskrepanz zwischen den Vermögen der „Kriegsgewinnler“ und der von Arbeitslosigkeit Bedrohten hinwies, konnten sie auf ein hohes Maß an propagandistischer Plausibilität hoffen: „Les capitalistes gorgés d’or en raison des bénéfices qu’ils ont réalisés pendant la guerre ne se préoccupent pas si les ouvriers qui ont contribué à l’édification de leur fortune, auront du pain demain [...]. Vous [...] qui avez versé votre sang sur le front ou qui avez peiné à l’arrière vous méritez que l’on s’occupe de votre sort. Unissez-vous et si l’on vous oublie, vous ferez, comme nos camarades de Russie et d’Allemagne, la révolution sociale.“⁶² Und als das Unternehmen Renault, der größte „Kriegsgewinnler“ in der Pariser Region, für seine Belegschaft einen Ball veranstaltete, provozierte dies die bittere Kritik der Ausgeschlossenen, in der soziale Benachteiligung, Feinddenken und Haß konvergierten: „Cette société [=Renault] a l’impudeur, en l’état actuel où tant de chômeurs et chômeuses sont victimes des profiteurs de la guerre et du mercantilisme industriel, d’organiser une fête [...]. Mais, prenez garde, messieurs les valseurs, 12 millions de morts contemplant cette fête, apothéose de votre lâcheté.“⁶³

Diese kognitive Verschränkung sozialer Kriegsfolgelasten mit personalisierten Feindbildern – man könnte auch von sozialer Imputation sprechen – läßt sich für das Paris der unmittelbaren Nachkriegszeit in vielfacher Weise nachweisen. Gleichwohl begegnete es in Berlin noch in verschärfter Form. Einmal mehr spielten dabei die grundlegend verschiedenen Umstände, unter denen sich die Spaltung der Arbeiterbewegung nun verschärfte, eine wesentliche Rolle. In Berlin war der Mehrheitssozialdemokratie mit der politischen Macht auch die gesamtpolitische Verantwortung für

⁵⁹ Hérelil, Chômage, S. 24.

⁶⁰ Dies schloß freilich scharfe Kritik an der als zu gering betrachteten Arbeitslosenhilfe nicht aus. Siehe etwa den Kommentar von E. Morel, Le chômage à Paris, La France Libre, 19.1.1919.

⁶¹ Siehe Anm. 54.

⁶² AN F7 13367, 23.1.1919, Réunion des grévistes et ouvriers débauchés de l’usine „La Fournaise“, 22.1.1919 (Bestel). Vgl. ebd., 25.1.1919, Meeting des chômeurs (Gouergou); ebd., 26.1.1919, Meeting organisé pour les chômeuses par les syndicats des métaux, de l’habillement civil et militaire, des produits chimiques, de la voiture et de l’aviation (Leclerc), u.ö.

⁶³ AN F7 13367, 12.2.1919, Abschrift eines Plakats.

die Liquidation des Krieges zugefallen.⁶⁴ In bezug auf die Arbeitslosenfrage betraf dies zunächst die staatlichen Fürsorgemaßnahmen. Unter Anknüpfung an die Überlegungen, die noch vor der Revolution im Kriegsamt und Reichsarbeitsamt angestellt worden waren,⁶⁵ führte der Rat der Volksbeauftragten die eingeleitete Politik der Erwerbslosenfürsorge fort. Bereits sein erster Aufruf vom 12. November 1918 versprach die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung,⁶⁶ die tags darauf als Verordnung eingeführt wurde.⁶⁷ Ähnlich wie dies in Frankreich der Fall war, erhielten die Kommunen die Zuständigkeit für die Erwerbslosenfürsorge. Für die Ausgaben sollte das Reich zu sechs, die Länder zu vier Zwölfeln aufkommen, wobei der Reichszuschuß für leistungsschwache Gemeinden erhöht werden konnte. Damit konnte die Arbeitslosenunterstützung in Groß-Berlin bereits Ende November anlaufen.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Groß-Berlin stieg sprunghaft an; von knapp 100.000 Ende Dezember 1918 verdreifachte sie sich innerhalb von sechs Wochen:

Tabelle 2: Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Berlin 1918/19⁶⁸

29. Dezember 1918	88.500
19. Januar 1919	189.000
26. Januar 1919	219.500
2. Februar 1919	241.000
15. Februar 1919	271.300
30. März 1919	235.000

Wie auch in Paris wurde also der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im März 1919 überschritten; von diesem Zeitpunkt begann die Zahl der Unterstützungsempfänger wieder zu sinken, bis sie sich Ende des Jahres bei etwas über 100.000 einpendelte.⁶⁹ Diese Zahlen verdeutlichen, daß in der Reichshauptstadt ein längerfristiges Arbeitslosenproblem bestand, das die analogen Entwicklungen in Paris klar in den Schatten stellte. In den ersten Monaten des Jahres 1919 betrug die Quote der Unterstützungsempfänger rund 30% der erwerbstätigen Bevölkerung.⁷⁰ Nimmt man noch hinzu, daß diejenigen vormals erwerbstätigen Frauen, „deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren“, keinen Anspruch auf Unterstützung besaßen⁷¹ und damit u.U. aus der Stati-

⁶⁴ Vgl. zum Gesetzgebungswerk der Revolutionsregierung den Überblick von Klaus Hock, Die Gesetzgebung des Rates der Volksbeauftragten, Pfaffenweiler 1987.

⁶⁵ Dazu Peter Lewek, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918–1927 (VSWG Beihefte 104), Stuttgart 1992, S. 49ff.; Rouette, Sozialpolitik, S. 228ff. Zur Erwerbslosenfürsorge im Ersten Weltkrieg vgl. Karl Christian Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927 (Einzelnveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 73), Berlin 1990, S. 119–143.

⁶⁶ Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12.11.1918, in: Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1303f., abgedr. in Gerhard A. Ritter u. Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1983, S. 103f.

⁶⁷ Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1305–1307.

⁶⁸ Quelle: Klaus Dettmer, Arbeitslose in Berlin. Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923, Diss. phil. Berlin 1977, S. 52. Vgl. auch die Angaben bei Rouette, Sozialpolitik, S. 337.

⁶⁹ Dettmer, Arbeitslose, S. 53.

⁷⁰ Rouette, Sozialpolitik, S. 331.

⁷¹ Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13.11.1918, Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1306. Allerdings wurde die Regelung in Berlin anfangs großzügig ausgelegt und die Gewährung einer Unterstützung

stik herausfielen, steht es außer Frage, daß die demobilisierungsbedingte Arbeitslosigkeit in Berlin eine andere Dimension erreichte als in der französischen Hauptstadt.

Die Erwerbslosenunterstützung wurde explizit nicht als erworbener Rechtsanspruch verstanden, sondern als zeitlich begrenzte Fürsorge für Bedürftige;⁷² zugleich wurde sie strikt an die Bereitschaft gebunden, angebotene Arbeit gegebenenfalls auch dann zu akzeptieren, wenn sie nicht dem eigenen Wohnort und der eigenen beruflichen Bildung entsprach.⁷³ Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Frage, inwieweit es durch staatliche Angebote, aber auch durch Druckmittel möglich sein würde, Unterstützungsempfänger aus Berlin in Gegenden und Wirtschaftszweige zu transferieren, wo Arbeitskräftemangel bestand wie etwa in der Landwirtschaft und im Bergbau. Eine wie auch immer definierte „sozialistische“ Arbeitslosenpolitik stellte dies kaum dar; vielmehr wurde unter der Ägide des Rats der Volksbeauftragten die Tradition „bürgerlichen“ Fürsorgedenkens fortgesetzt und z.T. auch autoritär gehandhabt.⁷⁴ Die Quintessenz der Auffassung, die der mehrheitssozialdemokratisch dominierte Rat der Volksbeauftragten unter dem Eindruck der schwierigen Bedingungen in der Arbeitslosenfrage vertrat, kam treffend in seinem Aufruf vom 14. Dezember 1918 zum Ausdruck: „Ungeheuerlich sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns aufbürdet. Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und das, was unweigerlich auf Bürgerkrieg folgt: die Verwüstung aller Errungenschaften der Revolution, Eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen; aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, versündigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt. Arbeiter! Bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie Euch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangebracht werden können. Geht hinaus aufs Land, in die Städte der Provinz! Die Kräfte, die in Berlin und anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht.“⁷⁵

von einer „Erwerbsbedürftigkeit“ abhängig gemacht. Rouette, Sozialpolitik, S. 234. Zur weiteren Entwicklung der Erwerbslosenfürsorgepraxis im neuen Groß-Berlin vgl. Sabine Rudischhauser, Die parlamentarischen Debatten über die Sozialpolitik der neuen Stadtgemeinde Berlin in der ersten Stadtverordnetenversammlung 1920/21, in: Otto Büsch (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Berliner Demokratie 1919–1933/1945–1985 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 65), Berlin 1988, S. 45–84, hier S. 48ff.

⁷² Die Umwandlung der Arbeitslosenunterstützung vom traditionellen Fürsorge- zum Versicherungsprinzip erfolgte freilich erst durch das Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16.7.1927. Vgl. dazu Führer, Arbeitslosigkeit, u. Lewek, Arbeitslosigkeit.

⁷³ Dies regelte die am 15.1.1919 erlassene Änderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge. Durch sie wurden die Gemeinden verpflichtet, „die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnorts liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann.“ Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 82. Vgl. Rouette, Sozialpolitik, S. 231ff.; Dettmer, Arbeitslose, S. 72ff.

⁷⁴ Siehe etwa: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, bearb. von Susanne Miller u. Heinrich Potthoff, 2 Bde. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 6/1-II), Düsseldorf 1969, Bd. 1, S. 266–273; II, S. 285f.

⁷⁵ Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Bd. 59 (1918, 1. Teil), München 1922, S. 566.

Eine solche Haltung, die im Einklang mit den Anschauungen der Ministerialbürokratie im Reichswirtschaftsamt und der Demobilisierungskommission stand, konnte durchaus als Versuch der sozialen Disziplinierung der Arbeiterschaft verstanden werden.⁷⁶ Zwar ist es mehr als fraglich, ob die Regierung angesichts der krisenhaft zugespitzten Situation über grundsätzliche Alternativen zu der eingeschlagenen Richtung verfügte.⁷⁷ Unbestreitbar aber ist, daß die Existenz eines allein in Berlin nach Hunderttausenden zählenden Arbeitslosenheeres die politische Enttäuschung über die mehrheitssozialdemokratische Revolutionsregierung verstärken mußte. Zum Sprachrohr der Arbeitslosen und damit zum politischen Verstärker sozialer Probleme wurden infolgedessen diejenigen Kräfte, die links von der SPD standen. Zum eigentlichen Mandatar der Arbeitslosen wurde in der Reichshauptstadt die USPD, die die Erwerbslosen zu organisieren und ihre „Interessen“ gegen die mehrheitssozialdemokratisch geführten Behörden zu vertreten suchte.⁷⁸ Anders als in Paris verstärkte in Berlin daher auch das Thema der Arbeitslosigkeit die Polarisierung innerhalb der Arbeiterbewegung. In der französischen Hauptstadt vertraten die radikalen Führer der Minorität durchaus tatsächliche und konkrete Interessen der Arbeiter, wenn es z.B. um die Aushandlung der Arbeitszahlungen ging. In Berlin dagegen tendierte die links-extreme Minorität dazu, die Arbeitslosigkeit auf die soziale Imputation zu reduzieren und zum Angriff auf die „Arbeiterverräter“ zu nutzen. Im besonderen galt dies für den Spartakusbund bzw. die KPD. Der Rekurs auf die Vertretung sozialer Interessen besaß dann eine überwiegend instrumentelle Funktion zur Untermauerung der totalitären Feindpropaganda.

Nachdem sich die KPD auf ihrem Gründungsparteitag nicht mit dem Thema beschäftigt hatte, erkannte die „Rote Fahne“ schon wenige Tage danach in der Arbeitslosigkeit die „brennendste Frage“ der Revolution.⁷⁹ Wie beim Inflationsthema propagierte sie als einzige Lösung den Umsturz des bestehenden Wirtschaftssystems durch die politische Machtergreifung, den Sturz der Regierung und die Errichtung einer Räteherrschaft.⁸⁰ Auch nach dem Januaraufstand erhoffte sich die KPD eine Radikalisierung durch die Arbeitslosen. Karl Radek, der sich zu dieser Zeit in Berlin aufhielt, sprach dies offen aus, wenn er schrieb: „Die Arbeitslosigkeit, die mit dem wirtschaftlichen Verfall wachsen wird, wird das Sprengpulver des deutschen Kapitalismus sein.“⁸¹ Teuerung, Nahrungsmittelknappheit und Arbeitslosigkeit waren aus dieser Sicht die sicheren Unterpfänder der siegreichen Revolution: „Unser Sieg ist sicher“, so lautete ein Aufruf der KPD-Zentrale nach der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs. „Die Regierung, die ein Wachhund des Kapitals ist, wird nichts gegen die wachsende Arbeitslosigkeit zu tun wissen [...]. Der Hunger und die Arbeitslosigkeit werden die Arbeiter, die heute hinter Scheidemann und Ebert hertröten, zu uns trei-

⁷⁶ Zum Zusammenhang von Erwerbslosenfürsorge und sozialer Disziplinierung Lewick, Arbeitslosigkeit, S. 50f.

⁷⁷ Daß es solche Alternativen gegeben hätte, wird insbesondere von Dettmer, Arbeitslose, immer wieder suggeriert, ohne daß klar wäre, worin sie im konkreten hätten bestehen können.

⁷⁸ Ebd., S. 78ff. 98ff.

⁷⁹ Arbeitslos, in: RF Nr. 6, 6.1.1919.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Struthahn [i.e. Karl Radek], Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart 1919, S. 18, zit. nach Kolb, Arbeiterräte, S. 318f.

ben.⁸² „Arbeit hat euch die Regierung nicht geben können“, so rief die KPD auch im Sommer 1919 die Arbeitslosen der Reichshauptstadt auf. „Dafür hat sie euch Plakate und Flugschriften ohne Zahl an den Kopf geworfen, die wie zum Hohn euch andonnern: Arbeitet! Und wenn euch der Geduldsfaden riß, wenn ihr euer Elend den herrschenden Klassen und ihrer Regierung in stummer Anklage auf der Straße zu zeigen wagtet, so hat sie euch mit Maschinengewehren und Handgranaten bedeutet, daß ihr für sie immer noch das seid, was ihr für die Unternehmergeellschaft immer gewesen seid: lästige Bettler, eine tödliche Verlegenheit!“⁸³

Sowohl in Berlin als auch in Paris – hier allerdings deutlich schwächer ausgeprägt – existierte also im Jahre 1919 eine strukturelle Unzufriedenheit und die Bereitschaft zu einem Massenprotest, der seine Schwungkraft hauptsächlich aus der Alltagserfahrung bezog. Ohne Zweifel bildete dieses mehr oder minder spontane proletarische Protestpotential den entscheidenden Antrieb für die soziale Bewegung der Nachkriegskrise. Dafür allerdings, daß sie „politisch“ im Sinne von revolutionärer Infragestellung der bestehenden Ordnung werden konnte, bedurfte es des Zusammentreffens mit bereits vorhandenen, über einen längeren Zeitraum hinweg bestehenden Organisationen und Traditionen, die dem amorphen Protest Richtung und Ziel vorzugeben in der Lage waren. Erst aus ihnen heraus und in dialektischer Wechselwirkung mit den Gegenreaktionen konnte sich die totalitäre Bewegung von links etablieren.

II. Aufschwung und Polarisierung der organisierten Arbeiterbewegung

1. Die Beitrittswelle 1918/19 als Ausdruck sozialen Protests

Während der Krise der unmittelbaren Nachkriegszeit ließ sich das Ausmaß der exceptionellen politisch-sozialen Mobilisierung insbesondere daran ablesen, daß die Mitgliederzahlen der organisierten Arbeiterbewegung sowohl in Frankreich als auch in Deutschland innerhalb kürzester Zeit massiv nach oben schnellten. In dem kollektiven Massenbeitritt zu den sozialistischen Arbeiterorganisationen kann man eine naheliegende Form erkennen, den im Krieg angestauten Konfliktstoff in sozialen Protest umzusetzen. Eine genaue Quantifizierung der Beitrittswelle auf lokaler bzw. regionaler Ebene ist indessen kaum möglich. Zumal für die Pariser Region scheitert ein solches Vorhaben an der Quellsituation, die nicht zuletzt aus einer bewußten Geheimhaltungspolitik der Gewerkschaften resultierte.⁸⁴ Trotzdem liegt, dank der Arbeiten von Kriegel und vor allem Jean-Louis Robert,⁸⁵ genug Zahlenmaterial vor, um einen vertieften Eindruck des Mobilisierungsschubes zu vermitteln.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bestand ein durchgängiges Merkmal der deutschen „Politischen Kultur“ darin, daß Parteien und Interessenverbände bei allen

⁸² Dokumente und Materialien II/3, S. 86. Zur Instrumentalisierung des Arbeitslosenproblems durch die KPD vgl. auch Kolb, Arbeiterräte, S. 318ff.

⁸³ „Arbeitslosigkeit“. Flugblatt der KPD vom Juli 1919, in: Dokumente und Materialien VII/1, S. 122. Zur Anspielung auf die Regierungsaufrufe vgl. oben Anm. 75; zum hier erwähnten Januaraufstand und zu den Märzkämpfen vgl. unten, S. 126ff.

⁸⁴ Zur Quellenproblematik siehe Robert, Scission, S. 39ff., sowie Ders., Ouvriers et mouvement ouvrier parisiens, S. 964ff.

⁸⁵ Annie Kriegel, La croissance de la C.T.G. 1918–1921, Paris 1966; Robert, Scission; Ders., Ouvriers.

Schwankungen eine vergleichsweise hohe Organisationstiefe und Mitgliederzahl aufwiesen. Dies gilt im besonderen für die Arbeiterbewegung. Wenn daher die absoluten Mitgliederzahlen der deutschen Organisationen erheblich über denen der französischen Verbände lagen, so spiegelt sich darin zum einen diese allgemeine Differenz zum stärker individualistisch geprägten politisch-sozialen Leben Frankreichs wider. Zum anderen schlugen sich hier natürlich auch die strukturellen Unterschiede nieder, die zwischen beiden Ländern hinsichtlich Industrialisierungsgrad und industrieller Konzentration bestanden. Wichtig für unseren Zusammenhang ist jedoch die Bewegungsrichtung, die der soziale Protest einschlug und für die die Entwicklung der Mitgliederzahlen ein wichtiger Indikator ist. Und in dieser Beziehung sind starke Parallelen zwischen Paris und Berlin festzustellen.

Zwischen 1911 und 1921 erlebte die französische Gewerkschaftsbewegung in ihrer Mitgliederbewegung extreme Schwankungen, an der die Konjunkturen der sozialen Mobilisierung und die Einwirkungen des Krieges offenbar werden. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges befand sich die C.G.T. in einer tiefen Krise. Nach dem gescheiterten Revolutionsversuch von 1906 war der revolutionäre Syndikalismus in eine ideologische Sackgasse geraten, aus der sich erst allmählich neue Wege reformistischer Gewerkschaftspolitik aufboten und die letztlich zur Spaltung von 1921 führte.⁸⁶ Der Verlust an Legitimation und ideologischer Orientierung, der infolge des gescheiterten Generalstreiks von 1906 eintrat, blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Mitgliederbewegung der C.G.T. Nach den Berechnungen von Robert sank die Mitgliederzahl der in der C.G.T. zusammengefaßten Gewerkschaften zwischen 1912 und 1914 von 390.298 auf 256.761, ehe sie dann 1915 infolge des Krieges auf das absolute Tief von 49.549 zurückging.⁸⁷ Auf höherem Niveau vollzog sich der kriegsbedingte Rückgang im ADGB analog. Nach gewerkschaftseigenen Angaben sank die Mitgliederzahl von Ende Juni bis Ende Dezember 1914 von 2.510.585 auf 1.502.811 und erreichte Ende 1916 ihren Tiefststand mit 944.575 Mitgliedern.⁸⁸ Zwar stiegen die Mitgliederzahlen von C.G.T. und ADGB schon gegen Ende des Krieges wieder an, was vor allem von der Stabilisierung der gewerkschaftlichen Position im Rahmen der nationalen Kriegswirtschaften zeugte. Doch setzten erst Waffenstillstand und Demobilisierung – wozu in Deutschland noch die revolutionäre Umwälzung kam – einen Mitgliederschub nicht gekannten Ausmaßes in Gang. Innerhalb kürzester Zeit, d.h. im wesentlichen während des Jahres 1919, erreichten die beiden gewerkschaftlichen

⁸⁶ Siehe Georges Lefranc, *Le mouvement syndical sous la Troisième République*, Paris 1967, S. 147ff. Ein Überblick bei André Barjonet, *La C.G.T. Histoire, Structure, doctrine*, Paris 1968, v.a. S. 11ff. Für die große Streikbewegung von 1906 siehe Jacques Juillard, *Clemenceau briseur des grèves*, Paris 1965; zur ideengeschichtlichen Entwicklung vgl. Jeremy Jennings, *Syndicalism in France. A Study of Ideas*, New York 1990, v.a. S. 141ff. über die Krise nach 1906. Zum Verhältnis des französischen Syndikalismus zur internationalen Arbeiterbewegung Susan Milner, *The Dilemmas of Internationalism. French Syndicalism and the International Labour Movement 1900–1914*, Oxford u. New York 1990.

⁸⁷ Robert, *Scission*, S. 159, wobei für das Jahr 1914 bereits mit den Auswirkungen der Mobilisierung zu rechnen ist. Roberts Methode bemüht sich um die Erstellung eines homogenen Zahlenmaterials auf der Basis der tatsächlich eingegangenen Mitgliedsbeiträge. Seine Berechnungen machen daher das einzig verlässliche Kriterium zur Grundlage (vgl. ebd., S. 41ff.); die abweichenden, von Annie Kriegel, *Croissance*, S. 67ff. gegebenen Zahlen müssen mithin als überholt gelten (vgl. Robert, *Scission*, S. 54f. u. 162).

⁸⁸ Bieber, *Gewerkschaften I*, S. 99. Über die Motive der Austretenden, die die Zahl der Mobilisierten überstieg, vgl. ebd., S. 100ff.

Dachverbände Rekordstärken von 1.613.078 (C.G.T.) bzw. 7.338.132 (ADGB) Mitgliedern.⁸⁹

In den Hauptstädten unterschied sich die gewerkschaftliche Mitgliederbewegung nur wenig von der Entwicklung auf nationaler Ebene. Der Stagnation bzw. dem leichten Rückgang während der unmittelbaren Vorkriegszeit und dem kriegsbedingten Einbruch folgte ein abrupter Mitgliederschub bis zum Jahre 1920. Abstrahiert man von dem generell höheren Organisationsgrad der deutschen Verbände, der sich in den absoluten Zahlen niederschlägt, so ist die Parallelität der relativen, im folgenden durch Indexziffern kenntlich gemachten Entwicklung frappierend:

Tabelle 3: Gewerkschaftliche Mitgliederbewegung in Deutschland und Frankreich, Berlin und Paris 1912–1920⁹⁰

a) in absoluten Zahlen

	C.G.T.	ADGB	USS ^a	BGWK ^b	MétP ^c	DMVB ^d
1912	390.298	2.530.390 ^f	90.258	304.359	6.456	91.784 ^f
1913	355.466	2.548.763 ^f	---	306.988	---	88.792 ^f
1914 ^c	320.951	2.510.585	77.239 ^l	---	6.000 ^l	---
1915	49.549	994.853 ^g	---	---	---	---
1916	100.549	944.575 ^g	22.370 ^l	---	1.700 ^l	54.974
1917	295.862	---	---	---	---	76.259
1918/19	598.520	2.865.012 ⁱ	110.650 ^l	372.847	35.000 ^l	104.891
1919	1.229.532	5.779.291 ⁱ	---	670.849	---	177.932
1919–20	1.613.078 ^h	7.338.132 ^k	212.293 ^h	---	12.548 ^h	---

⁸⁹ Zahlen nach Robert, *Scission*, S. 160 und Heinrich Potthoff, *Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 66)*, Düsseldorf 1979, S. 41.

⁹⁰ Quellen: Robert, *Scission*, S. 159f. (Spalte 1); Ders., *Ouvriers*, S. 971 (Spalten 3 u. 5); Klaus Schönhoven, *Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914 (Industrielle Welt 30)*, Stuttgart 1980, S. 125 u. 168 (Spalten 2 u. 4, Jahre 1912 u. 1913); Bieber, *Gewerkschaften I*, S. 99 (Spalte 2, Jahre 1914–1916); Potthoff, *Gewerkschaften*, S. 41 u. 48 (Spalten 2 u. 4, Jahre 1918–1920); Hornburg, *Rationalisierung*, S. 700 (Spalte 6). Zur in diesen Werken verwendeten Quellengrundlage ist zu bemerken, daß die Zahlenangaben für die deutschen Verbände grundsätzlich auf den detaillierten und regelmäßig veröffentlichten gewerkschaftseigenen Angaben beruhen. Im Vergleich hierzu sind die Mitteilungen, die die französischen Verbände zur Mitgliederbewegung machten, erheblich fragmentarischer und unzuverlässiger. Die von Robert erarbeiteten und hier übernommenen Zahlen beruhen daher auf intensiven Forschungen insbesondere auf der Basis der gewerkschaftlichen Finanzberichte sowie der Auswertung archivalischer Quellen.

b) Indexziffern (1912 = 100)

	C.G.T.	ADGB	USS ^a	BGWK ^b	MétP ^c	DMVB ^d
1912	100	100	100	100	100	100
1913	91	100	-	101	-	97
1914	82	99	86	-	93	-
1915	13	39	-	-	-	-
1916	26	37	25	-	26	60
1917	76	-	-	-	-	83
1918/19	153	113	123	123	542	114
1919	315	228	-	220	-	194
1919-20	413	290	235	-	194	-

a = Union départementale des Syndicats de la Seine

b = Berliner Gewerkschaftskommission

c = Syndicat des Métaux parisiens

d = Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin

e = erste Jahreshälfte

f = Jahresdurchschnittszahlen

g = Jahresendzahlen

h = Juni 1919-Mai 1920

i = Ende 1918

j = Mitte 1919

k = Ende 1919

l = Schätzung

Die höchsten Zuwachsraten verzeichneten sowohl innerhalb der C.G.T. als auch des ADGB diejenigen Regionen, wo es vor dem Weltkrieg nur eine minimale gewerkschaftliche Organisation gegeben hatte.⁹¹ In absoluten Stärkeverhältnissen betrachtet, blieben jedoch die großen Industriegebiete, darunter Paris und Berlin, die wichtigsten Schwerpunkte. Wie die Tabelle zeigt, entsprach die Mitgliederbewegung der hauptstädtischen Verbände denn auch ziemlich genau der durchschnittlichen Entwicklung auf nationaler Ebene. Eine wichtige Ausnahme bildete freilich in der ersten Hälfte des Jahres 1919 die Gewerkschaft der Pariser Metallarbeiter, auf die zurückzukommen sein wird.

In sozialer Hinsicht standen hinter der großen Beitrittswelle des Jahres 1918/19 die einschneidenden Veränderungen, die Weltkrieg und Kriegswirtschaft in der Struktur der Arbeiterschaft bewirkt hatten und die in den Metropolen besonders spürbar waren. Vor allem die auf Metallindustrie und Maschinenbau basierende kriegswirtschaftliche Massenproduktion spielte in den beiden Hauptstädten eine zentrale Rolle. Nach Anfängen in der Vorkriegszeit⁹² setzte sich in ihr nun definitiv der Trend zur großbetrieblich organisierten Serienproduktion durch, die auf einem Ensemble hochspezialisierter sowie von außen konzipierter und standardisierter Arbeitsvorgänge beruhte. In beiden Staaten wirkten Armee, Unternehmer und staatliche Verwaltungsstellen zusammen, um die Effizienz der Kriegswirtschaft zu erhöhen und

⁹¹ Roger Picard, *Le mouvement syndical durant la guerre*, Paris 1927, S. 86f.; Potthoff, *Gewerkschaften*, S. 42.

⁹² Vgl. Berlanstein, *Working People*, S. 92ff. Heidrun Homburg, *Anfänge des Taylorsystems in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Problemskizze unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitskämpfe bei Bosch 1913*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 170-194.

damit auch den knappen Faktor Arbeit zu optimieren.⁹³ In Frankreich wies die *Direction du Travail* Ende 1916 die Arbeitsinspektoren an, über die Maßnahmen der Industriellen zur Ökonomisierung der Arbeitskräfte zu berichten. Und die im Februar 1917 von der Direction empfohlenen Vorkehrungen lasen sich wie ein großes Rationalisierungsprogramm: Erforderlich seien im einzelnen „spécialisation des tâches“, „division plus grande du travail; développement du travail en série“. Die für die Kriegsanstrengung wünschenswerten Folgen seien 1. die Ersetzung der qualifizierten durch minder qualifizierte Arbeitskräfte, 2. die Ersetzung der männlichen Arbeitskräfte durch Frauen und Kinder, schließlich 3. die Reduktion der für einen bestimmten Produktionsprozeß notwendigen Arbeitskräfte.⁹⁴ Ganz analoge Pläne verfolgte in Deutschland das 1916 als oberste kriegswirtschaftliche Behörde gegründete Kriegsamtsamt. Dessen in Zusammenarbeit mit dem „Berliner Bezirksverband deutscher Ingenieure“, in dem die Berliner Großbetriebe repräsentiert waren, erstellte kriegswirtschaftliche Richtlinien forderten die „möglichst weitgehende Zergliederung der Arbeitsvorgänge in einfachste Teilarbeiten, um die Methoden der Massenfertigung unter Trennung der Vor- und Fertigarbeit auch in der Serien- und Einzelfertigung zu benutzen und den Bedarf an eigentlichen Facharbeitern [...] auf einen möglichst geringen Teil [...] beschränken zu können.“⁹⁵

Ausgehend von solchen Rahmenrichtlinien erfolgten in beiden Hauptstädten eine beträchtliche quantitative Steigerung sowie vor allem eine enorme qualitative Umächtigung der weiblichen Berufstätigkeit.⁹⁶ Zu einem großen Teil rekrutierte sich die weibliche Belegschaft der Kriegsproduktion aus Arbeiterinnen, die vor dem Krieg in den traditionellen Frauenberufen der Bekleidungs- und Textilindustrie sowie der Hauswirtschaft tätig gewesen waren.⁹⁷ Allerdings stieg auch die absolute Zahl der versicherungspflichtig beschäftigten Frauen in (Alt-)Berlin von 350.232 im April 1914 auf den Höchststand von 476.282 im Januar 1918.⁹⁸ Dies entsprach einer Steigerungsrate von 36%, ein Wert, der deutlich über dem Reichsdurchschnitt von ca. 17% lag.⁹⁹

⁹³ Generell zu Verschränkung von Staat und Wirtschaft im Zeichen des Krieges Gerald D. Feldman, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*, Berlin u. Bonn 1985 (zuerst amerik. 1966); John F. Godfrey, *Capitalism at War. Industrial Policy and Bureaucracy in France 1914–1918*, Leamington Spa, Hamburg, New York 1987.

⁹⁴ AN F22 571, *Mesures prises en vue d'économiser ou de mieux utiliser la main d'œuvre*, Circulaire du 21 Février 1917. Siehe auch F12 8084, *Comité Consultatif des Arts et Manufactures. Rapport sur la mécanique* [1917], S. 8, 21.

⁹⁵ Siehe Homburg, *Rationalisierung*, S. 256ff., das Zitat aus den „Richtlinien für die Heranbildung von Hilfskräften zur Facharbeit in der Industrie“, zit. ebd., S. 257.

⁹⁶ Dies gilt, auch wenn man berücksichtigt, daß auf nationaler Ebene kaum von einem quantitativen Anstieg der Frauenarbeit gesprochen werden kann, der sich aus dem linearen Trend des 20. Jahrhunderts hervorhebt, Daniel, *Arbeiterfrauen*. In den industriellen Ballungsräumen bewirkte die expandierende Kriegsindustrie einen überproportionalen Anstieg der Frauenlohnarbeit.

⁹⁷ Vgl. die Angaben für Berlin bei Kaeber, Berlin, S. 344. Siehe auch Susanne Rouette, *Frauenarbeitsarbeit in Demobilisierung und Inflation 1918–1923. Struktur und Entwicklung in Berlin*, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert* (Industrielle Welt 51), Stuttgart 1991, S. 32–65, hier 56f. Vgl. G. Letellier, *Le travail féminin à Paris*, in *Bulletin du Ministère du Travail*, Octobre-décembre 1925, S. 353.

⁹⁸ Rouette, *Frauenarbeitsarbeit*, S. 52. Die entsprechenden Zahlen für das Gebiet des späteren Groß-Berlin lauteten 569.624 und 773.972, ebd., S. 46. Zur Zunahme der Frauenarbeit in Berlin vgl. auch Christiane Eifert, *Frauenarbeit im Krieg. Die Berliner „Heimatfront“ 1914–1918*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 21 (1985), S. 281–295, hier v. a. S. 286f.

⁹⁹ Daniel, *Arbeiterfrauen*, S. 37f.

Der größte Teil der umgeschichteten oder neu hinzugekommenen weiblichen Arbeitskraft ging in die kriegswichtigen und stark expandierenden Bereiche der Metall- und Elektroindustrie.¹⁰⁰ 1917 waren in Berlin 42,6% aller Beschäftigten der Metallindustrie weiblich (1907 = 9,3%); in der Elektroindustrie betrug die Quote sogar 65,5% (1907 = 20,3%).¹⁰¹ Analog verlief die Entwicklung in der Pariser Region, wenn dort auch die Rüstungsbetriebe nicht die gleiche Größenordnung erreichten wie in Berlin. Renault etwa, dessen Fabrik in dem Pariser Vorort Billancourt stand, expandierte während des Krieges, was die Zahl der Beschäftigten betrifft, um mehr als das Vierfache, wobei die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte weit überproportional anstieg:

Tabelle 4: Beschäftigte bei Renault 1914–1918¹⁰²

	Beschäftigte insgesamt	davon Frauen	Anteil der Frauen (in%)
Januar 1914	4.970	190	3,82
Dezember 1916	20.157	3.654	18,12
Frühjahr 1918	21.400	6.770	31,63

Während Louis Renault seine bereits existierende Fabrik auf die Kriegsbedürfnisse umstellte,¹⁰³ vermochte André Citroën von der spezifischen Kriegskonjunktur durch eine Fabrikneugründung zu profitieren. 1915 errichtete er mit wohlwollender Billigung der Regierung und nach neuesten technischen sowie betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen eine Munitionsfabrik am Quai Javel knapp südlich des Eiffelturms. Wenige Monate nach ihrer Fertigstellung beschäftigte Citroën hier bereits 3.500 Arbeiter; am Ende des Krieges waren es 11.700. Der Anteil der Frauen stieg im gleichen Zeitraum von 21% auf über 50%.¹⁰⁴

Am Ende des Weltkrieges wies also die Struktur der Fabrikarbeiterschaft in beiden Metropolen substantielle Veränderungen auf. Vor allem war seit 1914 der Anteil der un- und angelemten Kräfte, wie ihn Frauen und Jungarbeiter verkörperten, drastisch gestiegen. Für die Gewerkschaften bestand hier ein Arbeiterpotential, das kaum über Organisationserfahrung und berufliche Bindungen verfügte. Demgegenüber hatte die relative Stärke der qualifizierten Facharbeiter, auf denen die gewerkschaftliche Organisation überwiegend geruht hatte, deutlich abgenommen. Der Mitgliedershub der Jahre 1918–1920 rekrutierte sich denn auch zu einem erheblichen Teil aus den organisationsunerfahrenen und durch berufliche Ausbildung wenig geprägten Segmenten der Arbeiterschaft. In Paris trug dieser Entwicklung eine gewerkschaftliche Neugründung Rechnung: Das 1916 aus der Fusion mehrerer kleinerer lokaler Fachverbände hervorgegangene Pariser *Syndicat des Métaux* war branchenübergreifend strukturiert und sollte explizit der Aufnahme ungelerner Arbeitskräfte dienen.¹⁰⁵ Von Beginn an orientierte sich die Neugründung also am Industrieverbandsprinzip, womit sie den im

¹⁰⁰ Vgl. die detaillierten Angaben über Branchenstrukturen und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bei Rouette, *Frauenberwerbstätigkeit*, S. 60ff.

¹⁰¹ Homburg, *Rationalisierung*, S. 692. Siehe ebd., S. 372ff., zur Entwicklung der Frauenbeschäftigung in den Siemenswerken.

¹⁰² Quelle: Gilbert Hatry, *Renault usine de guerre*, Paris 1978, S. 85.

¹⁰³ Neben der Studie von Hatry (wie vorige Anmerkung) siehe die ausführliche Darstellung bei Patrick Findenson, *Histoire des usines Renault* Bd. 1: *Naissance de la grande entreprise 1898/1939*, Paris 1972, insbesondere S. 89ff.

¹⁰⁴ Sylvie Schweitzer, *Des engrenages à la chaîne. Les usines Citroën 1915–1935*, Lyon 1982, S. 55f.

¹⁰⁵ Robert, *Ouvriers*, S. 982.

Frankreich dieser Zeit üblichen „korporativen“ Verhältnissen voraus war. Nach dem Waffenstillstand wurde die neue Gewerkschaft denn auch zum Sammelbecken der Neuzugänge. Bis 1919 stieg die Zahl ihrer Mitglieder um rund das Zwanzigfache der Stärke von 1916.¹⁰⁶ Und während des großen Metallarbeiterstreiks im Juni 1919 hofften nicht wenige Syndikalisten auf einen engeren Zusammenhalt zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, als er in der Vergangenheit bestanden hatte.¹⁰⁷

Ganz analog gestalteten sich die Berliner Verhältnisse, über die wir aufgrund der detaillierten Mitgliederangaben der dortigen DMV-Verwaltungsstelle ausgesprochen gut informiert sind. Von den 177.923 Mitgliedern, die der Verband Ende 1919 zählte, waren 114.301 (= 64%) erst in den Jahren 1918 und 1919 beigetreten. Von den Altersgruppen waren die unter 25jährigen mit 58.600 (= 33%) Mitgliedern bei weitem am stärksten vertreten.¹⁰⁸ Ein knappes Drittel (1913 = 9,3%) der Mitglieder waren Frauen.¹⁰⁹ Ende 1919 bestand mithin fast die Hälfte der Mitglieder (46,9%) des Berliner DMV aus ungelernten bzw. angelegerten Arbeitern und Arbeiterinnen.¹¹⁰

Diese jungen, in der beruflichen und organisatorischen Tradition der Arbeiterbewegung kaum verankerten sozialen Segmente waren den Arbeitsmarkt- und sonstigen wirtschaftlichen Risiken der Demobilisierungsperiode in besonderer Weise ausgesetzt. Ihre erstmalige, innerhalb kürzester Fristen erfolgende Politisierung lag an der Wurzel des spezifischen Nachkriegsradikalismus. Der Massenprotest gegen die schwierigen Lebensumstände im Gefolge von Krieg und Demobilisierung fiel in Deutschland zusammen mit dem Protest gegen die Hinwendung zur parlamentarischen Republik. In Frankreich artikuliert er sich als Angriff gegen die von den politischen Eliten angestrebte Rückkehr zu Vorkriegsverhältnissen.

2. Die äquivalente Funktion unterschiedlicher Traditionen: Syndikalismus und Lokalismus

Es ist leicht einzusehen, daß die radikalen Rechnungen für die Kriegs- und Kriegsfolgekosten primär jenen gestellt wurden, die sich als Anhänger der nationalen Einheit erwiesen hatten. Während jedoch die große Mehrheit der organisierten Arbeiterbewegung in beiden Ländern hinter der Verpflichtung zu „Burgfrieden“ und „union sacrée“ gestanden hatte,¹¹¹ konnten nach dem Waffenstillstand vor allem diejenigen Personen und Gruppierungen einen enormen Legitimationsschub verzeichnen, die sich dem Kriegskonsens verweigert hatten. Innerhalb der Gewerkschaften führte dies zu erheblichen Problemen und Spannungen. Denn das Kriegsende fiel zusammen mit einem neuen Stadium des gewerkschaftlichen Reformismus; in beiden Ländern orientierte sich der Mehrheitsflügel der Gewerkschaften definitiv an dem Modell evolutionärer Verbesserungen und des friedlichen Konfliktaustrags mit den Unternehmern.

¹⁰⁶ Siehe Tabelle 3 oben, S. 79f.

¹⁰⁷ Dazu unten, S. 96f.

¹⁰⁸ Der DMV im Jahre 1919. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1920, S. 313. Gewissermaßen als Kontrapunkt gilt es jedoch die vergleichsweise hohe Zahl von 11.900 Mitgliedern zu beachten, die dem Verband schon vor 1905 beigetreten waren.

¹⁰⁹ Zur Entwicklung des Frauenanteils im DMV Berlin seit 1900 Homburg, Rationalisierung, S. 174.

¹¹⁰ F:bd.

¹¹¹ Für die weitgehende Integration der französischen Arbeiterschaft in die „union sacrée“ Horne, Labour at War, v.a. S.42ff. Vgl. auch Jean-Jacques Becker, La France en guerre 1914–1918. La grande mutation, Brüssel 1988, S. 51ff.

Mit ihrem vornehmlichen Interesse an der Wiederankurbelung der Produktion wirkte die von den Gewerkschaftsführungen verfolgte Linie systemstabilisierend und bedeutete einen entscheidenden Schritt hin zum „organisierten Kapitalismus“ der Zwischenkriegszeit.¹¹² Es kann nicht überraschen, daß unter diesen Umständen die organisationsimmanenten Bruchlinien zwischen Gewerkschafts- und Parteibürokratie einerseits und Massenbasis andererseits in bislang nicht gekannter Schärfe hervortraten.¹¹³ Wurden die traditionellen Arbeiterorganisationen also durch den Massenzulauf ganz erheblich gestärkt, so hatten sie zugleich eine gewaltige innere Zerreißprobe durchzustehen. Gegen den reformistischen Mehrheitsflügel formierte sich eine Opposition, die sich an der propagierten Notwendigkeit der revolutionären Tat orientierte.

In Frankreich wurde die Aussöhnung zwischen der C.G.T.-Führung um Jouhaux und den „minoritaires“ um Merrheim, Bourderon und Dumoulin, die auf dem Kongreß von Clermont-Ferrand (23.–25.12.1917) begann,¹¹⁴ mit einem dramatischen Vertrauensverlust an der sich erweiternden Basis erkaufte. In besonderem Maße galt dies für Paris, wo mit den Gewerkschaften der Metaller und der Eisenbahner zwei wichtige Zentren der minoritären Richtung bestanden. Hiervon vermochten vor allem diejenigen Gewerkschafter, etwa im Kreis um das C.D.S., zu profitieren, die über ein langjähriges Profil als Oppositionelle verfügten und nicht – wie Merrheim – gegen Kriegsende in das Mehrheitslager zurückkehrten. Von Ende 1918 bis Ende 1919 attackierten sie auf unzähligen lokalen und zentralen Versammlungen der Pariser Region die Vertreter der C.G.T.-Mehrheit als „vendus“, „dupes“ und „complices“ von Regierung und Unternehmern.¹¹⁵ Regelmäßig richtete sich die Kritik dabei gegen den mangelhaften revolutionären Willen, den die Gewerkschaftsführer an den Tag gelegt hätten. Sie konzentrierte sich in dem Vorwurf, den Loriot auf dem C.G.T.-Kongreß vom September 1919 in Lyon unter dem Beifall der Delegierten erhob: „Nous ne vous reprochons pas de n'avoir pas fait la Révolution [...]. Nous savons bien [...], qu'on ne fait pas la Révolution avec une poignée d'individus [...]. Mais, ce que nous vous reprochons, c'est de ne pas avoir fait d'action révolutionnaire; il y a une nuance: on peut faire de l'action révolutionnaire sans faire la Révolution lorsqu'elle n'est pas

¹¹² Der auf Hilferding zurückgehende Begriff ist als relativ weit abstrahierter Idealtyp anwendbar, der die durch den Weltkrieg stark geförderte industrielle Konzentration, die massive Aufwertung der Interessenverbände und die vormals unbekanntene staatliche Einflußnahme auf sozialökonomischem Gebiet bezeichnet. Vgl. für die hier zur Debatte stehende Zeit Gerald D. Feldman, *Der deutsche Organisierte Kapitalismus 1914–1923*, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 9), Göttingen 1974, S. 150–171. Vgl. auch Charles Maier's Konzept des „korporatistischen“ Europa nach 1918, Maier, *Recasting*, v.a. S. 580ff. Zur Rolle, die der „Organisierte Kapitalismus“ der Weimarer Republik für die Ideologiebildung der Komintern gespielt hat, siehe unten, S. 380ff.

¹¹³ Robert Michels etwa meinte 1924, daß sich die von ihm vor 1914 analysierten Oligarchisierungstendenzen durch den Weltkrieg „bis zur Fratzenhaftigkeit vergrößert und vergrößert“ hätten. Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Neudruck der 2. Aufl. von 1925, Stuttgart 1957, S. XXX (Vorwort zur zweiten Auflage).

¹¹⁴ Vgl. dazu Lefranc, *Mouvement syndical*, S. 208ff. Zur Wandlung Dumoulin's vom revolutionären Syndikalisten zum antikommunistischen Reformisten Peter M. Arum, *Du syndicalisme révolutionnaire au réformisme: Georges Dumoulin (1903–1923)*, in: *Le Mouvement Social*, Nr. 87 (April-Juni 1974), S. 35–62.

¹¹⁵ Siehe etwa AN 17 13015, 19.4.1919 (comité intersyndical de Saint-Denis); 17 13367, 31.3.1919 (Syndicat des métaux); 1.4.1919 (Syndicat des mécaniciens); 18.4.1919 (Syndicat des métaux).

possible, mais on achemine les masses vers la Révolution nécessaire.“¹¹⁶ Ganz in diesem Sinne geißelten in Paris die Vertreter der Minorität die diagnostizierte Untätigkeit der Reformisten und forderten die Rückkehr zu den vermeintlich unverfälschten Prinzipien des revolutionären Syndikalismus der Vorkriegszeit.¹¹⁷

Daß syndikalistische Bewegungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine kurze Renaissance erlebten, ist leicht verständlich. Ein Überblick über die im einzelnen weitverzweigten Forschungsergebnisse zeigt, daß der Syndikalismus einer historischen Übergangssituation entsprach, die durch epochenspezifische ökonomische und politische Umbrüche bzw. Krisenerscheinungen geprägt war. In dem „imperialistischen“ Zeitalter erhöhter staatlicher Intervention und der zunehmenden Verschränkung von Staat und Wirtschaft bestand zum einen die Tendenz zum „organisierten Kapitalismus“, welche die interessenpolitische Schlüsselrolle der Verbandsfunktionäre entscheidend aufwertete. In dem Maße, wie zudem parlamentarische Politik und staatliches Handeln im allgemeinen diskreditiert waren, vermochten sich syndikalistische Bewegungen besonders gut zu entfalten. Hinzu kam schließlich die soziale Resistenz gegen neue Formen der „Arbeitsentfremdung“ und Arbeitsorganisation, die im Syndikalismus einen adäquaten Ausdruck fand.¹¹⁸ In Frankreich und Deutschland sind alle diese Bedingungsfaktoren schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zumindest partiell vorzufinden. 1918/19 hatten sie sich jedoch erheblich verschärft. Einer beispiellosen Interventionstätigkeit des Staates während des Krieges stand der zum Teil erhebliche, in Deutschland vollständige Legitimationsverlust nach Kriegsende entgegen. Zugleich hatten die Notwendigkeiten der industriellen Kriegsproduktion eine starke Rationalisierungswelle hervorgebracht, die auf Mechanisierung und Heranziehung billiger Arbeitskräfte setzte, was von den traditionellen (Fach-)arbeitermilieus als Statusbedrohung empfunden wurde. Mit einem Begriff von Jacques Juillard entspricht der revolutionäre Syndikalismus daher einer „classe ouvrière de transition“, in der sich korporativ-elitäres Ethos einer „Arbeiteraristokratie“ und die politisch-sozialen Forderungen einer erst jüngst industrialisierten Arbeiterschaft trafen.¹¹⁹ Funktion des Syndikalismus war es demzufolge, die Verbindung zwischen traditioneller qualifizierter Arbeiterschaft und jenen minder qualifizierten Massenarbeitern neuen Typs herzustellen. Dem spontanen Massenprotest der unmittelbaren Nachkriegszeit mit ihrem spezifischen Sozialprofil bot der Syndikalismus daher eine kongeniale Plattform, die auf der grundsätzlichen Abkehr von parlamentarisch-

¹¹⁶ C.G.T., 14^e Congrès Confédéral Lyon 15 au 21 Septembre 1919, Villeneuve-Saint-Georges 1919, S. 124.

¹¹⁷ Siehe z.B. AN F7 13273, 2.5.1919; F7 13015, 3.9.1919 (Comité général de l'Union départementale des syndicats de la Seine).

¹¹⁸ Für diese thesenartig verkürzten Rahmenbedingungen des Syndikalismus siehe die Forschungsberichte von Peter Lösche, *Anarchismus* (Erträge der Forschung 66), Darmstadt 1977, 119ff.; Peter Schöttler, *Syndikalismus in der europäischen Arbeiterbewegung. Neucere Forschungen in Frankreich, England und Deutschland*, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung* (Sonderheft 15 der Historischen Zeitschrift), München 1986, S. 417–475, hier v.a. S. 471ff.

¹¹⁹ Jacques Juillard, *Fernand Pelloutier et les origines du syndicalisme d'action directe*, Paris 1971, S. 259. Vgl. auch Schöttler, *Syndikalismus*, S. 435. Der Begriff der „Arbeiterklasse im Übergang“ in ähnlichem Sinne auch bei Gerhard A. Ritter u. Klaus Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992, S. 836–838; siehe ebd., S. 426ff. über die innere Differenzierung der Arbeiterschaft vor 1914.

repräsentativen Politik- und Organisationsformen sowie auf der Propaganda der „direkten Aktion“ und der revolutionären Tat beruhte.

Während der Übergangsperiode 1918/19 wurde auch die syndikalistische, im Krieg verbotene Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) zur Massenorganisation, die sich schließlich im Dezember mit der Freien Arbeiterunion Deutschlands (FAUD) eine neue Organisationsform schuf.¹²⁰ Mit ihrer Frontstellung gegen die Freien Gewerkschaften erfüllte sie ähnliche Funktionen wie die Gewerkschaftsopposition innerhalb des AGDB. Vor 1914 war Berlin die alles überragende Hochburg der FVdG gewesen. An diese Rolle konnte die Reichshauptstadt nach Kriegsende allerdings nicht anknüpfen; vielmehr verlagerte sich das Zentrum der syndikalistischen Aktion auf die Bergbaureviere des Ruhrgebiets. Das spärlich überlieferte statistische Material offenbart einen scharfen Rückgang der Berliner Syndikalist:innen:

Tabelle 5: Mitgliederzahlen der FVdG¹²¹

	Deutschland insgesamt	davon aus Berlin
1900	17.000	12.300
1906	12.267	11.156
1921 (FAUD)	71.747	3.609 ^a

^a inkl. Brandenburg

Allerdings fehlen exakte Angaben über die unmittelbare Nachkriegszeit. Immerhin war in Berlin nach der Neugründung der FVdG eine Vielzahl von syndikalistischen Fachvereinen tätig, insbesondere in der Metallindustrie und im Baugewerbe.¹²² Und am 1. Mai 1919 veranstaltete das syndikalistische Berliner Gewerkschaftskartell nach eigenen Angaben eine Massenkundgebung.¹²³ Wenn also nicht ausgeschlossen werden kann, daß die FVdG 1919 vorübergehend auch in Berlin eine bedeutsame Anhängerschaft hatte, so profitierten doch in erster Linie die Freien Gewerkschaften von der Massenmobilisierung des Jahres 1919. War Berlin schon während des Krieges eine Hochburg der Gewerkschaftsopposition gewesen, so verstärkte sich dieser Trend jetzt noch. So stellte etwa Anfang April die Generalversammlung der Berliner Verwaltungsstelle des DMV mit großer Mehrheit die Mitschuld der alten Gewerkschaftsfunktionäre „an dem Unglück des deutschen Volkes fest“. Jede freie Meinungsäuße-

¹²⁰ Zur syndikalistischen und anarchistischen Bewegung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg siehe die grundlegende Arbeit von Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalist:innen), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 13), Meisenheim am Glan 1969 (Neuausgabe Darmstadt 1993). Vgl. auch Rudolf Rocker, *Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten*, hrsg. v. Magdalena Melnikow und Hans Peter Duerr, Frankfurt 1974, S. 298ff.

¹²¹ Quelle: Hans Manfred Bock, *Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 25 (1989), S. 291–358, hier S. 314f. Vgl. auch Ders., *Anarchosyndikalismus in the German Labour Movement: a Rediscovered Minority Tradition*, in: Marcel van der Linden u. Wayne Thorpe (Hrsg.), *Revolutionary Syndicalism, an International Perspective*, Aldershot 1990, S. 59–80, hier S. 68. Bock bezieht seine Zahlen aus einer 1923 erschienenen ungedruckten Dissertation von Eduard Willeke, der noch Zugang zum Archiv der FAUD hatte.

¹²² Siehe die Anzeigen im Zentralorgan der FVdG, *Der Syndikalist*, 5.4.1919; 12.4.1919; 10.5.1919.

¹²³ *Der Syndikalist*, 10.5.1919.

rung sei unterdrückt worden, schließlich habe sich die Gewerkschaftsführung selbst zu Komplizen und Schergen des alten Regimes gemacht.¹²⁴ „In allen Versammlungen der Berliner Ortsfilialen der Gewerkschaften“, so konstatierten die Anhänger des Rätessystems, „kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vorständen und der Mitgliedschaft. Der Inhalt der Debatten ist überall der gleiche: eine energische Opposition der Mitglieder verurteilt die Kriegs- und Revolutionspolitik der Gewerkschaftsvorstände und tritt kräftig ein für die Arbeiterräte.“¹²⁵

Entgegen der Spontanitätsthese ist nachgewiesen worden, daß die Arbeiterräte in Berlin den Endpunkt einer lange zurückreichenden versammlungsdemokratischen Gewerkschaftstradition bildeten, die gleichsam parallel zu der offiziellen Gewerkschaftsbürokratie fortbestand.¹²⁶ Insbesondere im Berliner Ortsverband des DMV schlug sich hier das Erbe des am Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Lokalismus nieder. Die lokalistische Tradition, die nach dem Beitritt des autonomen „Berliner Verbandes“ zum DMV im Jahre 1897 fortlebte,¹²⁷ speiste sich aus einem prinzipiellen Antizentralismus. Im individualistischen Beharren auf lokaler Autonomie gründend, lehnte sie repräsentative Vertretungsformen ebenso ab wie die bürokratische Administration gewerkschaftlicher Verbände. Damit wies die lokalistische Tradition entscheidende Parallelen zum französischen Syndikalismus auf, die sich in der Rezeption der Lehre von der „direkten Aktion“ und dem revolutionären Generalstreik noch stärker akzentuierten.¹²⁸

Der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung bot die lokalistische Tradition eine kongeniale ideologische und organisatorische Plattform. Verkörpert wurde sie durch das Netz organisationsunabhängiger gewerkschaftlicher Vertrauensleute, im Weltkrieg schließlich durch die Revolutionären Obleute. Während sich ein immer größerer Teil der Metallarbeiter aus nicht- oder angeleiteten Kräften rekrutierte, waren die Vertrauensleute durchweg qualifizierte Facharbeiter, die über eine lange Gewerkschafts- und Organisationserfahrung verfügten.¹²⁹ Ähnlich wie der französische Syndikalismus fungierte die lokalistische Tradition daher als Brücke zwischen den traditionellen, qualifizierten und den neu hinzugekommenen, weniger qualifizierten Arbeiterschichten. Auch die lokalistische Tradition, die in Berlin vor allem in der Metallindustrie sowie im Baugewerbe verwurzelt war, entsprach mithin der spezifischen Situation einer „Arbeiterklasse im Übergang“ (Juillard) und bildete eine wichtige Triebkraft der revolutionären Dynamik. Wenn dabei in Frankreich und seiner Hauptstadt die Forderung nach revolutionärer Tat im Mittelpunkt der (anarcho-)syndikalistischen Propaganda stand, so erhielten in Deutschland und Berlin die Räte eine überragende Bedeutung. Der extremen Linken galten sie hier als Kampforgane zur Verstetigung und zum Weitertreiben der Revolution.¹³⁰

¹²⁴ Metallarbeiter-Zeitung, 3.5.1919, S. 67.

¹²⁵ Der Arbeiter-Rat, Jg. 1 (1919), Nr. 8, 13. Woche, S. 19.

¹²⁶ Dirk H. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985, v.a. S. 285ff. u. 340f.

¹²⁷ Dazu ebd., S. 222ff. Der solcherart neu gebildete neue Berliner Ortsverband des DMV genöß noch bis 1907 die lokale Streikautonomie. Vgl. den organisationsgeschichtlichen Überblick der Berliner Metallarbeiter bei Homburg, Rationalisierung, S. 149ff.

¹²⁸ Vgl. Müller, Versammlungsdemokratie, S. 336f. Zur begrifflichen Abgrenzung ebd., S. 331f.

¹²⁹ Vgl. Müller, Kaiserreich, S. 131.

¹³⁰ Zur Verhältnisbestimmung von Anarchismus, Syndikalismus und Rätessystem vgl. Lösche, Anarchismus, S. 128ff.

Innerhalb des je spezifischen nationalen und regionalen Kontextes erfüllten Syndikalismus, lokalistische Tradition und Rätebewegung eine äquivalente Funktion. Sie kanalisiert die überwiegend spontane soziale Protestbewegung, die dem Unmut über die Lebensverhältnisse entsprang, sich auf konkrete sozialökonomische Mißstände richtete und nicht unbedingt politisch motiviert war. Nach dem November 1918 zielte die soziale Rebellion auch in Deutschland nicht mehrheitlich auf die Eroberung der Staatsmacht. Aber sie stellte die Massenbasis her, auf der sich die Politisierung der Bewegung vollziehen konnte. Aus dem Ineinandergreifen von sozialem Massenprotest und je unterschiedlich akzentuierter revolutionärer Tradition entstand in Frankreich wie in Deutschland, in Paris wie in Berlin eine Situation, in der die einen glauben konnten, sie vollzögen als historische Minorität die revolutionäre Tat, die anderen aber befürchteten, die Revolution könnte tatsächlich die bestehende Ordnung überwältigen.

III. Revolutionärer Generalstreik oder Lohnbewegung?

Den wichtigsten Schnittpunkt zwischen sozialer Bewegung und revolutionärer Tradition bildete das Instrument des Streiks. 1919 kulminierte sowohl in Berlin als auch in Paris die weitverbreitete Unzufriedenheit in einer Serie von Arbeitseinstellungen, in der sich soziale Forderungen mit politischen Absichten verbanden.¹³¹ Zwar wurde in Deutschland seit 1918 der Versuch unternommen, politische und wirtschaftliche Streiks statistisch zu trennen und getrennt zu klassifizieren.¹³² Davon unberührt bleibt freilich, daß in der revolutionär überhitzten Situation des Jahres 1919 die meisten Streiks auch dann politische Implikationen hatten, wenn sie sich an primär wirtschaftlichen Kontroversen entzündeten. Faktisch ist daher die Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Streiks problematisch, zumal sich ja die Politisierung der sozialen Bewegung gerade an primär ökonomischen Fragen wie Preissteigerung, Lohnzahlungen und Arbeitslosigkeit vollzog.

Die Streikstatistik verzeichnete für beide Hauptstädte einen absoluten Höhepunkt für das Jahr 1919. Da die nationalen Statistiken nur bedingt kommensurabel sind, werden sie im folgenden getrennt wiedergegeben; die Vergleichbarkeit des Trends ist jedoch deutlich ablesbar.

¹³¹ Zur langfristigen Einordnung der Streikwelle von 1919/20 siehe Robert Goetz-Girey, *Le mouvement des grèves en France 1919-1962*, Paris 1965, v.a. S. 30ff. u. 103f.; Edward Shorter u. Charles Tilly, *Strikes in France 1830-1968*, Cambridge 1974, S. 122ff.; Heinrich Volkmann, *Modernisierung des Arbeitskamps? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864-1975*, in: Hartmut Kaelble u.a., *Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1978, S. 110-170; Heidrun Ilomburg, *Arbeiter, Gewerkschaften und Streikbewegungen in Berlin 1919-1932. Ein Überblick*, in: Gert-Joachim Glaßner, Detlef Lehnert u. Klaus Sühl (Hrsg.), *Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin*, Berlin 1989, S. 37-64.

¹³² Statistisches Reichsamt (Hrsg.), *Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1917, 1918 und 1919* (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 200), Berlin 1920, S. 14.

Tabelle 6: Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter in Berlin Stadtkreis 1915–1919

Jahr	Anzahl der Streiks	Höchstzahl der Streikenden	Rechnungsziffer ^a
1915	17	1.842	
1916	24	37.912	
1917	34	217.870	566.125
1918	34	25.914	94.614
1919	117	391.117	16.244.752

^a = Zahl der Streikenden multipliziert mit der Dauer des Streiks

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Jg. 34 (1915–1919), S. 368; Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1917, 1918 und 1919 (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 200), Berlin 1920, S. 4f.

Tabelle 7: Politische Streiks der gewerblichen Arbeiter in Berlin Stadtkreis 1918–1919

Jahr	Anzahl der Streiks	Höchstzahl der Streikenden	Rechnungsziffer ^a
1918	5	500.000	2.045.000
1919	6	6.530.000	1.430.000

^a = Zahl der Streikenden multipliziert mit der Dauer des Streiks

Quelle: Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1917, 1918 und 1919 (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 200), Berlin 1920, S. 11.

Tabelle 8: Streikbewegung im Großraum Paris (Dépt. Seine) 1915–1919

Jahr	Anzahl der Streiks	Anzahl der Streikenden	Verlorene Arbeitstage
1915	10	346	1.260
1916	95	10.900	40.532
1917	173	104.589	629.799
1918	75	27.090	116.700
1919	130	369.000	6.344.809

Quelle: Office du Travail (Hrsg.), Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage, 1915–1919.

Auch wenn die statistischen Erhebungseinheiten nicht unmittelbar miteinander vergleichbar sind, so ist doch die Parallelität der Streikbewegung in den beiden Hauptstädten offenkundig. Während das Jahr 1917 dasjenige Kriegsjahr mit der höchsten Streikinzidenz war, kam es nach Kriegsende zu einer Streikwelle bis dahin ungekannten Ausmaßes. Die Streikintensität korrespondierte in beiden Metropolen ziemlich genau mit der Beitrittswelle, die die Gewerkschaften seit 1918 verzeichneten. Angesichts der gravierenden Richtungskämpfe freilich, die sich innerhalb der organisierten Arbeiterschaft nach Kriegsende noch verschärften, war es unvermeidlich, daß über Natur und Richtung der Streikbewegung die unterschiedlichsten Auffassungen herrschten. Im folgenden soll daher untersucht werden, welche Anknüpfungs- und Durchsetzungschancen die Streikbewegung denjenigen Kräften bot, die sich einem revolutionären Voluntarismus verpflichtet wußten.

1. Gescheiterter Generalstreik

In Paris bildeten gewerkschaftliche Minorität sowie anarcho-syndikalistische Gruppierungen bis ins Frühjahr 1920 das Zentrum der revolutionären Agitation. Wie schon bei der Entwicklung der politischen Kriegsopposition bedeutete dies, daß der politische Wille zur revolutionären Tat stärker in die gewerkschaftlich vermittelten sozialen Realitäten eingebunden blieb, als dies in Berlin der Fall war. Freilich erfolgte parallel zu dem massiven Mitgliederschub seit Ende 1918 eine innere Polarisierung und infolgedessen eine empfindliche organisatorische Schwächung der Gewerkschaften. Denn in allen grundsätzlichen Fragen der sozialen und ideologischen Orientierung hemmte der tiefgreifende Dissens zwischen Reformisten und minoritären Syndikalisten die gewerkschaftliche Verhandlungsposition und Durchschlagskraft. Innerhalb des mit beträchtlicher exekutiver Kompetenz ausgestatteten Generalkomitees der *Union départementale des syndicats de la Seine* (U.S.S.) kam es zu notorischen Konflikten, die das Komitee bisweilen bis an den Rand der Handlungsunfähigkeit drängten.

In der Hauptsache drehten sich die Auseinandersetzungen um die Frage, ob und in welcher Weise die Streikwaffe eingesetzt werden sollte. Der Streik, den Sorel als kriegsähnliche Handlung bezeichnet hatte, lag 1919 im Schnittpunkt verschiedener gegenläufiger Kalkulationen. Zum einen stand hinter der gewaltig ansteigenden Streikinzidenz die primär materielle Unzufriedenheit breiter arbeitender Schichten, die mit Streikaktionen Lohnerhöhungen und andere soziale Verbesserungen durchzusetzen suchten. Im Paris des Jahres 1919 gab es kaum eine Branche, die nicht, von den Bankangestellten bis zu den *couturières*, von mehr oder minder heftigen sozialen Verteilungskämpfen berührt wurde.¹³³ Die Anhänger der Minorität erblickten hierin das Signal zu einer breiteren politischen Bewegung, wenn nicht gar zum revolutionären Generalstreik, der ja das Herzstück der syndikalistischen Vorkriegsdoktrin gebildet hatte. Wenn daher die minoritären Syndikalisten die Streiks als Hebel zur ersehnten revolutionären Tat nutzen wollten, so strebten die Vertreter der C.G.T.-Majorität, die auch in der U.S.S. noch die Mehrheit bildeten, nach einer Eindämmung der Arbeitskämpfe. Insbesondere nachdem die Regierung kurz vor dem 1. Mai 1919 den Achtstundentag gesetzlich festgeschrieben hatte – eine der Hauptforderungen des „Programme minimum“ – suchte der Mehrheitsflügel der Pariser Gewerkschafter die soziale Protestbewegung in geordneten Bahnen zu halten und vor allem ihren Umschlag in politisch-revolutionäre Agitation zu verhindern. Als etwa die U.S.S. im Mai 1919 den Vorschlag der Minorität diskutierte, eine für die Bekleidungsindustrie bewilligte Streikunterstützung von 3.000 FF aufzustocken, führte dies zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Reformisten und Revolutionären, die zu einer „cacophonie sans nom“ degenerierte. „Le spectacle,“ so resümierte ein Informant, „donne une idée très exacte de l'impuissance dans laquelle se trouve actuellement la classe ouvrière d'instaurer un régime quelconque sur des bases stables et d'après des principes nettement définis.“¹³⁴

Wenn es auch an Versuchen der Minorität nicht mangelte, die soziale Bewegung politisch-revolutionär zu radikalisieren, so blieben deren Ergebnisse doch relativ begrenzt. In Paris bestand zwischen beiden Lagern gewissermaßen eine Pattsituation, die dem revolutionären Voluntarismus der Minorität Fesseln anlegte. Immerhin ge-

¹³³ Dies ist für beide Hauptstädte gleichermaßen zu beobachten.

¹³⁴ AN F7 13015, 21.5.1919 (Comité général de l'Union départementale des syndicats de la Seine).

lang es letzterer, am 1. Mai 1919 die Initiative an sich zu reißen. Nachdem die Führungsspitze der C.G.T. entschieden hatte, an diesem Tag lediglich eine Serie von Versammlungen in verschiedenen Pariser Arrondissements zu veranstalten, beschloß die U.S.S. auf Druck der Straßenbauarbeiter mit knapper Mehrheit die Organisation einer Großdemonstration. Als die Regierung die Demonstration aus Angst vor Unruhen untersagte, kam es zu einer dramatischen Polarisierung. Auf einer tumultartigen Sitzung der Pariser Gewerkschaftssekretäre wurde beschlossen, trotz des Verbots an der Demonstration festzuhalten, eine Entscheidung, von der sich die C.G.T.-Spitze distanzierte.¹³⁵ Dem extremen Flügel unter der Pariser Arbeiterschaft bot dies freilich die Gelegenheit, sich agitatorisch zu profilieren und zur Gewalt aufzurufen.¹³⁶ Am 1. Mai selbst kam es denn auch zu einer Massendemonstration mit rund 100.000 Teilnehmern, die jedoch von Straßenkämpfen begleitet war und ein Todesopfer forderte.¹³⁷

Die problematische Situation, in der sich die gespaltenen französischen Gewerkschaften befanden, wurde besonders offenbar, als es um die Vorbereitung eines für den 21. Juli 1919 geplanten Generalstreiks ging. Auf Initiative des italienischen Gewerkschaftsbundes sollte an diesem Tag ein 24-stündiger internationaler Proteststreik für die umgehende Demobilisierung, die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Freiheiten sowie gegen die Intervention alliierter Truppen in Rußland und Ungarn stattfinden. Die C.G.T. hatte ihre Beteiligung ursprünglich zugesagt, befand sich jedoch schon bald in einer Zwickmühle zwischen den Revolutionserwartungen einerseits, mit der die Minderheit den Streik betrachtete, und der mangelnden Bereitschaft zu einem rein politischen Streik andererseits, die an der Basis erkennbar war.¹³⁸ Hinzu kam die Eigendynamik, welche die Tradition des Generalstreiks im syndikalistischen Diskurs der französischen Gewerkschaften notwendig ausübte und der sich auch die Reformisten nicht gänzlich entziehen konnten. Offensichtlich wurde dies einmal mehr in den Diskussionen der U.S.S. Zwar offenbarten die Berichte der Delegierten unzweideutig, daß die Mehrheit der Pariser Arbeiter selbst dem Streik ablehnend gegenüber stand, die Befürworter also nur auf geringe Unterstützung hoffen konnten.¹³⁹ Aber daß man den syndikalistischen Mythos des revolutionären Generalstreiks nicht ohne weiteres fallenlassen, gewissermaßen der augenblicklichen Laune der Masse opfern könne, glaubte auch der reformistische Sekretär der U.S.S., Albert Perrot. Angesichts der zögerlichen Haltung der Basis rechnete er fest mit dem kläglichen Scheitern des Streiks; dessen positives Ergebnis würde allerdings sein, so kalkulierte Perrot fatalistisch, daß es zusammen mit der Desillusionierung auch die endgültige Heilung von der „Krankheit des Generalstreiks“¹⁴⁰ bewirken würde: „Je me suis prononcé pour le maintien de la grève malgré tout, au risque de démolir des syndicats,

¹³⁵ AN F7 13273, 16.4.1919, 30.4.1919 (Réunion des secrétaires des Syndicats de l'Union Départementale des Syndicats de la Seine), 2.5.1919.

¹³⁶ AN F7 13273, 30.4.1919 (La Manifestation du 1er Mai et les Cheminots). Vgl. ebd., 30.4.1919 (Le 1er mai chez les anarchistes).

¹³⁷ Vgl. Miguel Rodriguez, *Le 1er Mai* (Collection Archives), Paris 1990, S. 48ff.

¹³⁸ Vgl. Picard, *Mouvement syndical*, S. 212f. Wohl, *French Communism*, S. 138f.

¹³⁹ AN F7 13015, 21.5.1919 (Réunion du Comité général de l'Union Départementale des Syndicats de la Seine); ebd., 7.7.1919 (Réunion de la Commission Exécutive de l'Union Départementale des Syndicats de la Seine); ebd., 20.7.1919 (Réunion du Comité général de l'Union Départementale des Syndicats de la Seine).

¹⁴⁰ AN F7 13015, 7.7.1919 (Réunion de la Commission Exécutive de l'Union Départementale des Syndicats de la Seine).

d'amoindrir des fédérations, d'attirer des sanctions sur des milliers de camarades, parce que j'estime que l'échec de cette grève aurait été la fin de la vieille théorie syndicaliste qui consiste à faire du bruit pour cacher sa faiblesse et que nous aurions pu partir ainsi sur de nouvelles bases.¹⁴¹ Daß der Streik schließlich von der C.G.T.-Führung nach Konsultationen mit Clemenceau abgesagt wurde, entsprach dem Realitätssinn der Reformisten, vertiefte aber die Kluft zur revolutionären Minorität.

Solange also in Paris der revolutionäre Wille der Minderheit von den konkreten sozialökonomischen Forderungen der Arbeiter isoliert blieb, entfaltete er keine signifikante Wirkung. Wenn er umgekehrt mit den sozialen Belangen der Protestbewegung korrespondierte, war ihm eine weit größere Resonanz sicher, wie sich im Juni während des großen Pariser Metallarbeiterstreiks zeigen sollte. Diesen Verhältnissen, die vom genuin syndikalistischen Charakter der revolutionären Minorität zeugten, entsprach in Berlin eine stärkere Verselbständigung des politisch-revolutionären Voluntarismus. In Fortsetzung der schon dargestellten besonderen Qualität der deutschen politischen Kriegsopposition entwickelte er sich außerhalb der Gewerkschaften. Seit Ende 1918 äußerte er sich in der verstärkt zur Geltung kommenden putschistischen Taktik überwiegend isoliert voneinander agierender Spartakisten und Kommunisten.¹⁴² Mit der Gründung der KPD um die Jahreswende fand er seinen wichtigsten organisatorischen Ausdruck, auch wenn sich deren Zentrale zunehmend von putschistischen Abenteuern distanzierte.¹⁴³ Das voluntaristische Element, das die KPD im allgemeinen und nicht wenige ihrer Mitglieder im besonderen verkörperten, beeinflusste das politische Klima Berlins erheblich. Um ihre eigene Position nicht zu dezentrieren und ihren Radikalismus unter tätigen Beweis zu stellen, waren die Kommunisten/Spartakisten gezwungen, jeder für sich genommen problematischen Bewegung zu folgen: eine Einsicht, der sich im Falle des Januaraufstandes auch eine widerstrebende Rosa Luxemburg nicht zu verschließen vermochte.¹⁴⁴

Entscheidend für die Entwicklung in Berlin war, daß die Novemberrevolution, die ihren organisatorischen Niederschlag in den Arbeiterräten gefunden hatte, eine unvergleichliche Politisierung und Massenmobilisierung bewirkt hatte, die dem revolutionären Voluntarismus der Minderheiten eine überproportionale Bedeutung verlieh. Im Paris der unmittelbaren Nachkriegszeit basierte der politische Linksextremismus in erster Linie auf der innergewerkschaftlichen Minorität, die sich zu den revolutionären Prinzipien des Vorkriegssyndikalismus bekannte. Die Auseinandersetzung um die von der Minderheit gewünschte Revolutionierung vollzog sich also primär innerhalb der traditionellen gewerkschaftlichen Organisation, wo die reformistische Majorität Sitz und Stimme hatte. In Berlin dagegen war das traditionelle Organisationsgefüge der Arbeiterbewegung durch die Novemberrevolution und die Etablierung der Arbeiterräte gesprengt worden. Während sich die Gewerkschaftsführung vor allem nach der Wendung zur Nationalversammlung in unmißverständlicher Form von den Räten distanzierte,¹⁴⁵ wurden diese zum politischen Forum, in dem, unter Austrag teilweise extremer Gegensätze, revolutionäre Politik betrieben wurde. Der tonangebende linke

¹⁴¹ Ebd., 20.7.1919 (Réunion du Comité général de l'Union Départementale des Syndicats de la Seine).

¹⁴² Kolb, Arbeiterräte, S. 312ff. Vgl. BAP RMdI Nr. 13090, fol. 71-72 (Dortmund, 8.1.1919), 73-74 (Erfurt, 16.1.1919), 136 (Sterkrade, 14.2.1919), 146 (Sterkrade u. Hamborn, 25.2.1919).

¹⁴³ Siehe z.B. RF Nr. 19, 5.2.1919 („Von den Putschen und von den Putschisten“).

¹⁴⁴ Zum Januaraufstand unten, S. 126ff.

¹⁴⁵ Siehe z.B. „Die Zukunft der Arbeiterräte“, in: Correspondenzblatt, 8.3.1919, S. 81-83.

Flügel der USPD-Fraktion, in dem die Mehrheit der Gewerkschaftsopposition bzw. der Revolutionären Obleute vertreten war, und die KPD lieferten sich im Berliner Vollzugsrat und den Vollversammlungen der Berliner Arbeiterräte einen scharfen Konkurrenzkampf, während die SPD-Fraktion zunehmend an Einfluß verlor.¹⁴⁶ In jedem Fall waren die Arbeiterräte von parteipolitischen Gegensätzen und ideologischen Fragen beherrscht, die Gewerkschaften spielten in ihnen keine eigenständige Rolle.

Es ist leicht einzusehen, daß das ebenso fragile wie improvisierte Regime der Arbeiterräte, das ja immer nur einen Teil der Arbeiterschaft repräsentierte, zur Radikalisierung neigte. Dies galt zumal, nachdem die Würfel zugunsten der Nationalversammlung gefallen waren und die Räte machtpolitisch mehr und mehr zurückgedrängt wurden. Der das Weitertreiben der Revolution hemmende „Anti-Chaos-Reflex“, der die entwickelten Industriegesellschaften auszeichnet¹⁴⁷ und auch breite Schichten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beeinflußte, trat in dieser Situation hinter das voluntaristische Element einer Minderheit zurück.

Deutlich wurde dies im Verlauf des Generalstreiks, der am 3. März 1919 von der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen wurde.¹⁴⁸ In höherem Maße als bei den gleichzeitigen Bewegungen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland war ein politischer Generalstreik intendiert, in dem ökonomische Tagesforderungen keine und die Gewerkschaften nur eine ganz untergeordnete Rolle spielten. Bezeichnenderweise scherte die KPD sogleich aus der gemeinsam mit SPD und USPD gebildeten Streikleitung aus, um ihre eigene, radikale Position zur besonderen Geltung zu bringen. In einer Streikkommission, „in der Scheidemänner sitzen, um den Streik zu sabotieren“, so erklärte die KPD-Zentrale, könne man nicht verbleiben, ohne selbst zum „Verräter an dem Proletariat und an der Revolution“ zu werden.¹⁴⁹ Ihr eigenes Kampfprogramm für den Generalstreik lautete daher: „Das deutsche Proletariat kann aus der Sklaverei des Kapitals und aus den Ruinen des Krieges nur heraus, wenn es selbst die Gewalt in die Hand nimmt [...]: allein das Proletariat, das die Wirtschaft trägt, das alle Lasten des Krieges getragen, das verarmt und verelendet ist, während der Kapitalist sich bereicherte, das leere Taschen hat, während der Kapitalist von millionenfachen Kriegsgewinnen lebt, das Proletariat soll Herr sein [...]. Nieder mit Ebert-Scheidemann-Noske, den Mördern, den Verrätern! Nieder mit der Nationalversammlung! Alle Macht den Arbeiterräten!“¹⁵⁰ In diesen Sätzen drückte sich ein verselbständigter, politischer Radikalismus aus, der nicht nur von der sozialen Realität abstrahierte, sondern auch weit entfernt von der großen Mehrheit der politisch mobilisierten Arbeiterschaft war. Doch dessenungeachtet wurde das Ende des Generalstreiks am 8. März in vertrauten Freund-Feind-Kategorien

¹⁴⁶ Ein SPD-Flugblatt nannte Ende 1919 den Berliner Vollzugsrat „eine Filiale des DMV“, zit. nach Fritz Opl, *Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution* (= Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 20), 4. Aufl. Köln 1980, S. 81.

¹⁴⁷ Vgl. dazu Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 24f. Vgl. unten, S. 115f.

¹⁴⁸ Müller, *Bürgerkrieg*, S. 154ff.; Ingo Materna, *Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19*, Berlin (Ost) 1978, S. 200ff.; Susanne Müller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 63), Düsseldorf 1978, S. 260. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 179ff.

¹⁴⁹ Aufruf der Zentrale der KPD von Anfang März 1919, in: *Dokumente und Materialien* 11/3, S. 300. Siehe auch Erklärung der KPD-Fraktion in der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins vom 4. März 1919, ebd., S. 291.

¹⁵⁰ *RF* Nr. 45, 3.3.1919; siehe auch *RF* Nr. 46, 4.3.1919.

erklärt: Neben den „Kreaturen der Ebert-Scheidemann“ wurden nun vor allem auch die „Schwäche“ und „Feigheit“ der Unabhängigen, von denen „wir wußten, daß sie im ersten Augenblicke schon beginnen würden zu kuhhandeln“, für das Scheitern verantwortlich gemacht. Demgegenüber wirkten freilich die kommunistischen Versicherungen, es sei keine Parole zur Machtergreifung ausgegeben worden und der bewaffnete Kampf sei „von uns fernstehenden Leuten“ unternommen worden, wenig glaubwürdig.¹⁵¹ Zumindest hatte die kommunistische Propaganda mitgeholfen, eine Atmosphäre zu schaffen, die jenen „fernstehenden Leuten“ entgegenkam. Daß Gustav Noske und die Freikorps mit völlig unverhältnismäßigen Mitteln reagierten, bleibt deswegen nicht weniger richtig.¹⁵²

In der ersten Jahreshälfte 1919 erlebte Berlin mehr als einmal bürgerkriegsartige Zustände und hatte insgesamt weit über 1.000 Todesopfer zu beklagen. Verglichen mit den Verhältnissen in Paris, erreichte das revolutionäre Potential hier unter anderem deshalb eine unvergleichlich höhere Bedeutung, weil die politisch-revolutionäre sich von der sozialen Bewegung weitgehend abkoppelte. Neben den ohnehin unterschiedlichen Rahmenbedingungen infolge des Kriegsausgangs lagen die Gründe für diese Disjunktion von politischer und sozialer Bewegung zum einen in der spezifischen Tradition der deutschen Linksradikalen, wie sie sich zuletzt in der Kriegsopposition ausgeprägt hatte, zum anderen aber in dem Faktum der Novemberrevolution selbst, die per se die scharfe Politisierung der inneren Konflikte vorangetrieben hatte. Wenn daher in Deutschland und in Berlin das politisch-ideologische Wollen zur Selbstständigkeit tendierte, so korrespondierte hiermit die Befürchtung, die Novemberrevolution könnte zu einer großen „Lohnbewegung“ verflachen. In Frankreich und seiner Hauptstadt dagegen vermochte die politisch-revolutionäre Bewegung für sich selbst, wie gesehen, kaum etwas zu erreichen. Wirksam wurde sie vielmehr im Kontext sozialer Forderungen und vermittelt durch eine syndikalistische Plattform. In welchem Maße sich dies in der je spezifischen politisch-sozialen Entwicklung der beiden Hauptstädte widerspiegelte, wird besonders deutlich, wenn man die großen Metallarbeiterstreiks des Jahres 1919 vergleicht. Vor dem Hintergrund des Konfliktstaus, der sich in der wichtigsten Rüstungsbranche gebildet hatte, ist es nicht überraschend, daß es sich jeweils um die bedeutendsten Streikbewegungen des Jahres 1919 handelte. Obwohl also aus analogen Problemlagen gespeist, unterschieden sich die beiden Bewegungen, was Natur und Verlauf betrifft, in charakteristischer Weise.

2. Die Metallarbeiterstreiks des Jahres 1919

Als wichtigster Rüstungssektor während des Krieges hatte die Metallbranche nach dem Waffenstillstand naturgemäß die größten Probleme, sich der Friedenswirtschaft anzupassen. Zum einen galt es, von der Kriegsproduktion, etwa im Munitionsbereich, auf die Herstellung von Konsumgütern umzustellen. Zum anderen aber galt es, Arbeitsplätze abzubauen und zugleich die zurückkehrenden Frontsoldaten zu reintegrieren. Berücksichtigt man ferner den Mangel an Rohstoffen, die schlechten Transportverhältnisse sowie die unsicheren Absatzchancen, die nach Kriegsende in beiden Hauptstädten herrschten, so kann die Krise auf dem Arbeitsmarkt in der ersten

¹⁵¹ Stellungnahme der Zentrale der KPD vom 11. März 1919 zum Generalstreik in Berlin, in: Dokumente und Materialien VII/1, S. 50f.

¹⁵² Dazu unten, S. 129ff.

Hälfte des Jahres 1919 nicht überraschen. Sie schlug sich in einer temporär hohen Arbeitslosigkeit sowie der bevorzugten Entlassung von Frauen nieder. Vor dem Hintergrund stark steigender Lebenshaltungskosten verschärfte sich überdies der soziale Konflikt in der Metallindustrie, zumal das Herunterfahren der Produktion den Unternehmern im Prinzip entgegenkam. Denn die damit verbundene Senkung der Lohnkosten konnte ihnen gegebenenfalls helfen, die Probleme der industriellen Rekonversion in den Griff zu bekommen. Vor allem größere Betriebe scheuten einen Arbeitskampf daher weniger, als daß sie ihn zur Umstellung auf die Konsumgüterproduktion und deren organisatorische Vorbereitung nutzten.¹⁵³

Sowohl in Paris als auch in Berlin stand die Sicherung der Reallöhne sowie der sozialen Errungenschaften seit Kriegsende im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Letztere betrafen vor allem den Achtstundentag, der in Deutschland in der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ vom 15.11.1918, in Frankreich durch ein Gesetz vom 23. April 1919 prinzipiell fixiert worden war.¹⁵⁴ Mußte die Aufrechterhaltung der Reallöhne angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Inflation bereits große Probleme aufwerfen, so gestaltete sich die tatsächliche Umsetzung des Achtstundentages ebenfalls konfliktreich. In beiden Hauptstädten suchten die gut organisierten Metallunternehmer gegen die Konzession des Achtstundentages eine Erhöhung der Arbeitsintensität zu erkaufen. Bis zu einem gewissen Grade konnten sie dabei auf das Einverständnis der reformistischen Gewerkschaftsführer bauen, gaben diese doch ebenfalls, wenn auch unter anderen Vorzeichen, der Wiederankurbelung der Produktion eine hohe Priorität. Mithin vollzogen sich die sozialen Verteilungskämpfe der hauptstädtischen Metallindustrie sowohl in Paris als auch zunächst in Berlin innerhalb eines Spannungsdreiecks von Arbeitgebern, reformistischer Gewerkschaftsführung und minoritär geführter Gewerkschaftsbasis, die ja durch die bereits geschilderte Beitrittswelle enorm an Bedeutung gewonnen hatte.

Am 17.4.1919 schloß Merrheim, der Sekretär der *Fédération Nationale des Métaux*, der sich nun völlig dem reformistischen Mehrheitsflügel der C.G.T. angeschlossen hatte, mit den Metallarbeitgebern ein Rahmenabkommen ab. Auf der Basis des Achtstundentages wurde in ihm die grundsätzliche Sicherung der Reallöhne verabredet, was zumindest für die im Stundenlohn bezahlten Arbeiter relativ unproblematisch zu sein versprach. Aus der Sicht der oppositionellen Pariser Gewerkschaftsfunktionäre und der breiten Basis war es jedoch skandalös, daß Merrheim einem Abkommen zugestimmt hatte, das den im Akkordlohn beschäftigten Arbeitern einen Anspruch auf automatischen Lohnausgleich vorenthielt. Vielmehr wurden diese verpflichtet, ihren Reallohn mittelfristig selbst durch erhöhten Arbeitseinsatz zu sichern. Das Abkommen sah „eine Verbesserung der technischen Ausrüstung“ sowie „eine erhöhte Arbeitsmoral“ vor, um so die Produktion möglichst rasch zu stabilisieren.¹⁵⁵ Im Pariser Raum verschärfte dieser in sich ambivalente Kontrakt die Gegensätze in doppelter Hinsicht. Zum einen suchten die lokalen Gewerkschaften im Verlauf der notwendigen Detailverhandlungen mit der *Groupe des Industriels des Métaux de la Région Parisienne* (GIM) vergeblich eine substantielle Erhöhung der Akkordlohnsätze sowie einen Mi-

¹⁵³ Siehe Bertrand Abhervé, *Les origines de la grève des métallurgistes parisiens, juin 1919*, in: *Le Mouvement Social* 93 (octobre-décembre 1975), S. 75–85, hier S. 76.

¹⁵⁴ Feldman u. Steinisch, *Industrie und Gewerkschaften*, S. 22ff.; Hornic, *Labour*, S. 360ff.

¹⁵⁵ Zit. in Abhervé, *Origines*, S. 80f.

nimallohn für alle zu erzwingen;¹⁵⁶ zum anderen aber gingen die Arbeitgeber dazu über, die im Rahmenabkommen verabredete Produktivitätssteigerung mittels repressiver, von den Arbeitern zurückgewiesener Maßnahmen wie z.B. durch den Erlass verschärfter Betriebsordnungen zu erreichen.¹⁵⁷ Unter diesen Bedingungen konnte der Ausbruch eines größeren Arbeitskampfes kaum überraschen. Von den minoritär beeinflussten Pariser Metallarbeiterorganisationen wurde er zunehmend mit doppelter Stoßrichtung – gegen die Arbeitgeber sowie gegen die „kollaborierende“ Gewerkschaftsspitze – geführt.

Eine vergleichbare Situation ergab sich in Berlin schon Anfang Januar 1919, als der Bevollmächtigte der Berliner Verwaltungsstelle des DMV, Adolf Cohen (SPD), einen Manteltarifvertrag mit dem *Verband Berliner Metallindustrieller* (VBMI) abschloß. In der darauffolgenden Generalversammlung der Berliner Verwaltungsstelle wurde die Annahme des Vertrages jedoch abgelehnt, vor allem mit der Begründung, bei einer etwa erfolgenden Sozialisierung sei ein Kollektivvertrag ohnehin nicht mehr vonnöten.¹⁵⁸ Dessenungeachtet schloß zwar Cohen den Manteltarifvertrag mit den Arbeitgebern ab, und für ca. 35 Metallbranchen diente er auch als Grundlage tariflicher Lohnfestsetzungen.¹⁵⁹ Doch in der Folgezeit setzte sich die radikale Berliner Opposition im DMV durch, wählte die amtierenden Bevollmächtigten Anfang März 1919 ab und setzte die Unabhängigen Oskar Rusch und Otto Tost an ihre Stelle. Kurz darauf, am 29.3.1919 erfolgte die definitive Kündigung des Kollektivabkommens.¹⁶⁰ Die nun einsetzenden Lohnverhandlungen, die von mehreren Schlichtungsverfahren begleitet wurden und deren Einzelheiten hier nicht dargestellt zu werden brauchen,¹⁶¹ drehten sich ebenso wie in Paris primär um die Sicherung der Reallöhne. Und wie in der französischen Hauptstadt wurden die Auseinandersetzungen verschärft durch den Versuch der Arbeitgeber, ihren „Herr-im-Hause“-Standpunkt zu betonen.¹⁶² Gerade vor dem Hintergrund der durch die Novemberrevolution gestärkten betrieblichen Repräsentation der Arbeiter mußte ein solcher Versuch besonders provozierend wirken.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen auf regionaler Ebene begann am 2. Juni 1919 der große Pariser Streik, der sich fast über den gesamten Monat Juni hinzog und an dem sich rund 160.000–170.000 Metallarbeiter beteiligten.¹⁶³ In seinem ursprünglichen Charakter glich er einer Lohnbewegung zur Sicherung der Realeinkommen.¹⁶⁴ Von Beginn an zeichnete sich der Streik durch eine hohe soziale Kohäsion aus. Das

¹⁵⁶ Siehe die Forderungen des „Comité d'entente“, in: *L'Humanité*, 11.5.1919.

¹⁵⁷ Abhervé, *Origines*, S. 80f.

¹⁵⁸ *Metallarbeiter-Zeitung (MZ)*, 25.1.1919, S. 15f. Vgl. Lothar Wentzel, *Inflation und Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1919–1924*, Hannover 1981, S. 57.

¹⁵⁹ Opel, *Metallarbeiter-Verband*, S. 85.

¹⁶⁰ *Der DMV im Jahre 1919*, S. 303.

¹⁶¹ Vgl. für die Einzelheiten Wentzel, *Inflation*, S. 57ff.

¹⁶² *Der DMV im Jahre 1919*, S. 295.

¹⁶³ Vgl. zum Verlauf des Streiks Bertrand Abhervé, *La grève des métallurgistes parisiens de juin 1919, Mémoire de maîtrise, Université de Vincennes 1975*; Nicholas Papayanis, *Masses révolutionnaires et directions réformatrices: les tensions au cours des grèves des métallurgistes français en 1919*, in: *Le Mouvement Social* Nr. 93 (octobre-décembre 1975), S. 51–73; Ders., *Merrheim*, S. 121ff.; Robert, *Ouvriers*, S. 1882ff.

¹⁶⁴ Die Forderungen der Pariser Metallgewerkschaften beliefen sich auf einen Wochenlohn für Facharbeiter von FF 150.-, für angelernte Arbeiter („ouvriers spécialisés“) von FF 132.- und für ungelernete Arbeiter („manœuvres“) von FF 120.- Siehe APP Ba (Dossier a), 31.5.1919 u. 2.6.1919. Vgl. *L'Humanité*, 2.6.1919.

Prinzip, das der gewerkschaftlichen Neuformierung von 1916 zugrunde gelegen hatte, zeigte insofern seine Wirkung, als der Streik grundsätzlich berufsübergreifend und auf Betriebsebene durchgeführt wurde. Vom ersten Tag an folgte die Mehrzahl der großen Betriebe fast geschlossen dem Streik.¹⁶⁵ Der insbesondere bei den qualifizierten Arbeitern der Pariser Region traditionell ausgeprägte Korporatismus trat demgegenüber zurück. Auf ökonomischer Ebene dominierten die Forderungen für die an- und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen, wie sie sich in dem Begehren nach einem Minimallohn niederschlugen.¹⁶⁶ Für Frauen wurde grundsätzlich der gleiche Lohn wie für die männlichen Kollegen gefordert.¹⁶⁷ Gelegentlich wurde auch der Ruf nach einem Einheitslohn für alle Arbeiter erhoben.¹⁶⁸ Dieser keineswegs selbstverständliche Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Arbeiterkategorien bestätigt die These vom revolutionären Syndikalismus als ideologischer Ausdrucksform einer „Arbeiterklasse im Übergang“.

Gleichzeitig legte daher die Streikbewegung endgültig die schon seit längerem bestehenden Spannungen zwischen der Verbandsspitze um Merrheim, die sich von dem Streik distanzierte, und den minoritären revolutionär-syndikalistischen Kräften der Pariser Region offen. Bereits seit Mai 1918, als das *rapprochement* der C.G.T. erfolgt war, bestand zwischen dem Zentralverband, der *Fédération des Métaux*, und den Pariser Metallgewerkschaften „une certaine froideur“, wie es André Bouyé später formulierte.¹⁶⁹ Die reformistische Haltung Merrheims nach Kriegsende sowie seine als zu nachgiebig beurteilte Verhandlungspolitik gegenüber den Arbeitgebern vertiefte diese Kluft noch, während die in der Hauptstadt dominierenden minoritären Kräfte durch den gewaltigen Mitglieberschub seit November 1918 gestärkt wurden. Auch am ersten Streiktag registrierte man „einen ununterbrochen Andrang von Arbeitern, die der Gewerkschaft beitreten wollten“.¹⁷⁰ Dagegen wurden die traditionellen und erprobten Organisationstechniken durch die spontane Beitrittswelle außer Kraft gesetzt. „La conception profondément syndicaliste“, so wurde später auf dem Kongreß der *Fédération des Métaux* bilanziert, „le sens de l'organisation, la valeur de l'expérience et le sentiment des responsabilités se trouvèrent dilués dans un torrent de colères, d'illusions et d'irresponsabilités.“¹⁷¹

Gewissenmaßen zwischen den Fronten agierte das *Comité d'Entente des syndicats des Métaux, de la Voiture et de l'Aviation du département de la Seine*, dessen Sekretär Prost, ein Vertrauter Merrheims, nicht selten die scharfe Kritik der Minderheit auf sich zog. Während des Streiks kam nun der innergewerkschaftliche Gegensatz zum vollen Ausbruch, was zu seiner umgehenden Politisierung führte. Denn aus der Sicht der minoritären Gewerkschafter ließ sich die Distanz zur reformistischen Verbandsspitze am besten dadurch akzentuieren, daß man auf die Priorität der revolutionären Tat im Sinne des Vorkriegssyndikalismus hinwies. Die grundsätzlichen und noch nicht zum

¹⁶⁵ L'Humanité, 3.6.1919.

¹⁶⁶ Siche etwa APP, Ba 1386 (Dossier a), 8.6.1919 (Réunion générale des corporations en grève, Levallois-Perret); ebd. (Dossier b), 12.6.1919 (Réunion des grévistes métallurgistes du XI^{me} arrondissement).

¹⁶⁷ L'Humanité, 2.6.1919.

¹⁶⁸ APP, Ba 1386 (Dossier a), 3.6.1919 (Réunion des ouvriers et ouvrières sur métaux) (Veber).

¹⁶⁹ Fédération des ouvriers en métaux et similaires de France. Congrès extraordinaire (10.–13.9.1919), Paris 1919, S. 29.

¹⁷⁰ L'Humanité, 3.6.1919.

¹⁷¹ Fédération des ouvriers en métaux et similaires de France, Congrès 1919, S. 98.

Austrag gekommenen innergewerkschaftlichen Richtungskämpfe und Spannungen trugen also in erheblichem Maße zu der Radikalisierung der Streikbewegung bei.

Allerdings entsprach die Verknüpfung der Lohnforderungen mit politisch-revolutionären Parolen auch der anfänglichen Massenstimmung offensichtlich am ehesten. Auf den Streikversammlungen machte sich sehr rasch eine zunehmend revolutionäre Attitüde bemerkbar;¹⁷² zugleich mußten die Reformisten ebenso regelmäßige wie scharfe Kritik einstecken. Zwar blieb das besonders radikale „Comité inter-syndical“ von Saint-Denis, das sich nach Beginn des Streiks in ein „Comité exécutif du Soviet“ umwandelte, ein eher atypischer Fall.¹⁷³ Aber es wurde doch deutlich, daß der Streik von großen Teilen der Basis als weit mehr denn als rein wirtschaftliche Bewegung betrachtet wurde. Von Beginn an konnte der revolutionäre Voluntarismus der syndikalistischen Minorität im Kontext der sozialen und materiellen Forderungen eine erheblich größere Resonanz erzielen, als dies bei den „nur“ politischen Aktionen am 1. Mai oder auch später am 21. Juli der Fall war. Polizeilichen Beobachtern fiel auf, daß ein Gutteil der Arbeiter auf den Streikversammlungen den radikalen Rednern ohne Mandat eher zuzuhören geneigt war als ihren ordentlichen gewerkschaftlichen Repräsentanten.¹⁷⁴

Mithin wurde der Pariser Metallarbeiterstreik gewissermaßen zweigleisig ausgefochten. Während die ordentlichen Gremien der Tarifparteien fortfuhren, unter vermittelnder Beteiligung des Arbeitsministeriums zu einer Verhandlungslösung zu kommen, entwickelte die Bewegung an der Basis sehr rasch Züge eines politischen Massenstreiks. Allerdings blieben die im engeren Sinne „politischen“ Ziele noch recht wenig konturiert. Im Mittelpunkt standen die Forderungen nach sofortiger Demobilisierung, nach einer Generalamnestie für politische Gefangene und nach dem Ende der alliierten Militärintervention in Rußland und Ungarn.¹⁷⁵ Erheblich umstrittener dagegen blieben die Parolen der Revolution, des Generalstreiks und des Regierungsumsturzes. Zwar nutzten die radikalen Elemente der Minorität jede Gelegenheit, auf ihr Publikum entsprechend einzuwirken. „En effet“, so resümierte ein Arbeiter schon am 1. Juni, „cette grève ne sera pas seulement corporative, elle sera avant tout révolutionnaire.“¹⁷⁶ „Ce qu'il faut“, so lautete eine andere Stimme, „c'est supprimer la classe bourgeoise et capitaliste qui est responsable de la cherté de vie.“¹⁷⁷ Aber wie stark andererseits der politisch-revolutionäre Wille der Minorität durch die Forderungen und Vorstellungen der sozialen Bewegung gezügelt blieb, zeigte sich an den häufigen Auseinandersetzungen darüber, welchen Charakter der Streik annehmen sollte und wie die Haltung der reformistischen Majorität zu beurteilen sei. Entgegen der These, bei dem Pariser Metallarbeiterstreik von 1919 habe es sich um die Manifestation eines eindeutigen revolutionären Massenwillen gehandelt, und mit seinem Scheitern sei eine Möglichkeit der systemtranszendierenden Aktion gewissermaßen „vertan“ worden,¹⁷⁸ zeigt die genauere Analyse, daß die Bewegung von Beginn an in sich gespalten war. Der Eindruck eines Informanten traf durchaus zu, wonach – von dem extremistischen Sonderfall Saint-Denis abgesehen – die Streikenden im allgemeinen

¹⁷² L'Humanité, 6.6.1919.

¹⁷³ Zur Streikentwicklung und -propaganda in Saint-Denis siehe Brunet, Saint-Denis, S. 213ff.

¹⁷⁴ APP Ba 1386 (Dossier a), 5.6.1919 (Grève de la Métallurgie).

¹⁷⁵ Siehe die zahlreichen Belege in APP Ba 1386.

¹⁷⁶ Ebd. (Dossier a), 2.6.1919 (Réunion de l'Union des Ouvriers mécaniciens de la Seine).

¹⁷⁷ Ebd., 7.6.1919 (Réunion des ouvriers métallurgistes en grève), Weber.

¹⁷⁸ So vor allem Papayanis, Masses révolutionnaires, S. 73 u. passim.

„ziemlich ruhig“ und „revolutionären Akten“ mehrheitlich wenig geneigt waren.¹⁷⁹ Zwischen den gleichsam systemkonform formulierbaren politischen Forderungen wie Demobilisierung und Amnestie einerseits und dem Ruf nach Revolution andererseits wurde klar unterschieden.¹⁸⁰ So sehr sich die minoritären Syndikalisten um die im engeren Sinne revolutionäre Radikalisierung der Bewegung bemühten, so häufig fanden sie auch Widerspruch. Wurde etwa auf Streikversammlungen das „Comité d'Entente“ von einigen Rednern wegen seiner zu „weichen“ Haltung kritisiert, so fanden sich andere, die es in Schutz nahmen.¹⁸¹

Auch den minoritären Kräften, die sich in erster Linie aus den lokalen Gewerkschaftssekretären rekrutierten und die der Bewegung eine revolutionäre Zielrichtung verleihen wollten, war klar, daß dies nicht ohne die Zustimmung und die Unterstützung des Zentralverbandes, weiterer Einzelgewerkschaften sowie der C.G.T. möglich sein würde. Entsprechend suchten sie die übergeordneten Gewerkschaftsorganisationen unter Druck zu setzen, indem sie von Einzelgewerkschaften wie etwa der Eisenbahner, von der *Fédération des Métaux* sowie von der C.G.T.-Spitze vehement die Ausrufung des Generalstreiks forderten. Wenn jedoch alle in Frage stehenden gewerkschaftlichen Organisationen eine Generalisierung des Metallarbeiterstreiks ablehnten, so geschah dies aufgrund einer skeptischen Einschätzung der Massenstimmung.¹⁸² „Les masses ne sont pas mûres pour la révolution,“ erklärte etwa Robert Perdon, reformistisches Mitglied des „Comité d'Entente“. „Elles le sont si peu que beaucoup de grévistes ne savent exactement pour quel motif ils ont abandonné l'atelier.“¹⁸³ Unter diesen Umständen konnte eine gewaltsame revolutionäre Aktion, so waren die Anhänger der reformistischen Majorität überzeugt, nur zu einem Blutbad vergleichbar mit der Kommune von 1871 führen.¹⁸⁴ Über die tatsächliche Massenstimmung – die mehrheitlich vor einer gewaltsam-revolutionären Wendung zurückschreckte – scheinen sich offensichtlich auch die Anhänger der revolutionär-syndikalistischen und anarchistischen Minorität kaum Illusionen gemacht zu haben.¹⁸⁵ Was sie jedoch von der Gewerkschaftsmehrheit unterschied, war ihr unbedingter Wille zur Aktion. Solcher revolutionärer Voluntarismus nahm auf die tatsächlichen Erfolgchancen wenig Rücksicht und vertraute statt dessen auf die historische Wirkung einer „minorité agis-

¹⁷⁹ APP Ba 1386 (Dossier a), 5.6.1919 (Grève de la Métallurgie). Vgl. ebd., 7.6.1919.

¹⁸⁰ So protestierten auf einer Streikversammlung der Citroën-Werke „plusieurs assistants [...] contre le fait de considérer la grève actuelle comme une grève politique. Ils prétendent que demander la démobilisation, l'amnistie pleine et entière, le retrait des troupes de Russie n'est pas de la politique mais de l'économie sociale.“ Ebd., 9.6.1919. Siehe auch ebd. (Dossier b), 15.6.1919 (Meeting des grévistes métallurgistes du XIII^e Arrt.) (Herlin).

¹⁸¹ Ebd. (Dossier b), 6.6.1919 (Réunion des ouvriers serruriers et des constructions métallurgiques); ebd., 10.6.1919 (Réunion générale des ouvriers mouleurs sur métaux, en grève). Vgl. die Auseinandersetzung um die Haltung der C.G.T. ebd., 21.6.1919 (15. Arrondissement).

¹⁸² Brunet, Saint-Denis, S. 218ff. Vgl. auch Papayanis, *Masses révolutionnaires*, der allerdings das tatsächliche zur revolutionären Umwälzung bereite Potential des Streiks überschätzt.

¹⁸³ APP Ba 1386 (Dossier a), 8.6.1919 (Réunion du Comité d'Entente de la Métallurgie). Vgl. ebd. (Dossier b), 7.6.1919 (Réunion des grévistes métallurgistes du 18^e Arrondissement) (Michelet).

¹⁸⁴ Ebd. (Prost); AN F7 13015, 18.6.1919 (Réunion du Comité générale de l'Union Départementale des Syndicats de la Seine) (Perrot). Siehe auch APP Ba 1386 (Dossier b), 20.6.1919 (Meeting des métallurgistes du 13^{me} Arrdt.) (Merry).

¹⁸⁵ Siehe den Informantenbericht vom 7.6.1919 APP Ba 1386 (Dossier a): „Bien que les grévistes approuvent ou votent en général tous les ordres du jour, on ne saurait en tirer la conclusion que la tendance des masses grévistes s'oriente franchement vers une action révolutionnaire. Les militants syndicalistes ne se font que peu d'illusions à ce sujet. Ils se le disent entre eux et, en fait, tout se passe en paroles et en démonstrations assez platoniques.“

sante“, die in der Ideengeschichte des revolutionären Syndikalismus wie des Anarchismus eine wichtige Rolle gespielt hatte.¹⁸⁶ Gewalt und Blutvergießen wurden auch von dieser Seite nicht ausgeschlossen, doch geschah dies – im Gegensatz zu der reformistischen Haltung der Funktionäre – unter positivem Vorzeichen: „Wer Revolution sagt, sagt Gewalt,“ so lautete das entsprechende, zum Teil beifällig aufgenommene Fazit. „Il ne faut pas se leurrer et avoir peur de prendre ses responsabilités [...]. Les moyens violents seront nécessaires pour arriver au but.“¹⁸⁷

Nachdem bis Mitte Juni nacheinander die Eisenbahnergewerkschaft, die *Fédération des Métaux* und die Führungsspitze der C.G.T. alle Appelle, den Streik zu einem revolutionären Generalstreik auszudehnen, abgelehnt hatten, nahm die Bewegung eine neue Richtung an. Zum einen erfolgte unter den Streikenden eine rasch um sich greifende Entmutigung, die sich im allmählichen Abbröckeln der Streikphalanx niederschlug.¹⁸⁸ Zum anderen aber vertiefte der Eindruck, die gewerkschaftlichen Organisationen hätten mit den Arbeitgebern „kollaboriert“ und an der Arbeiterklasse gleichsam „Verrat“ begangen, die Spaltung innerhalb der Metallarbeiterschaft. „Les ouvriers sont actuellement partagés en deux camps: celui des découragés et celui des mécontents.“¹⁸⁹ Während sich gegen Ende Juni die von der Minderheit auf den Streikversammlungen angeschlagene Tonart erheblich verschärfte,¹⁹⁰ ging deren Einfluß auf die breite Basis deutlich zurück. Die „Entmutigten“ erwarteten mit zunehmender Ungeduld die Wiederaufnahme der Arbeit; die „Unzufriedenen“ verstärkten dagegen ihre Agitation mit dem Ziel, dem „Comité d'Entente“ die Führung zu entwinden und den revolutionären Generalstreik zu erzwingen.¹⁹¹ Diese Hoffnung zerschlug sich endgültig am 26. Juni, als das übergewerkschaftliche Comité Interfédéral der Pariser Region die Forderung nach einem Generalstreik ebenfalls abschlägig beschied. Das Schicksal des Pariser Metallarbeiterstreiks war damit besiegelt. Nach dem Ende des Streiks am 28. Juni, das den Arbeitern keinen Erfolg brachte, blieb daher auf allen Seiten das Gefühl der Verbitterung und Enttäuschung zurück.¹⁹²

Der Pariser Metallarbeiterstreik vom Sommer 1919 offenbarte, daß die minoritären, revolutionären Kräfte vor allem dann auf Resonanz hoffen konnten, wenn sie sich im Rahmen einer breiteren sozialen Bewegung artikulierten. Dies galt auch für die Verfechter der revolutionären Tat, die außerhalb der Gewerkschaftsorganisation standen. So spekulierte etwa das moskauorientierte „Comité de la 3ème Internationale“, die Nachfolgeorganisation des radikalen Flügels des C.R.R.I., zu Beginn des Streiks darauf, „die erstbeste Gelegenheit wahrzunehmen, um die Revolution auf der Straße zu entfachen.“¹⁹³ In dem Augenblick jedoch, da die soziale Bewegung abflaute und der revolutionäre Impetus auf seinen voluntaristischen Kern reduziert wurde,

¹⁸⁶ Siehe z.B. Deguenne in APP Ba 1386 (Dossier b), 7.6.1919 (Réunion des ouvriers métallurgistes en grève, des maisons Ballot, Darras, Ermault, etc.): „Une minorité audacieuse, quand elle réussit, est toujours suivie par la masse.“ Vgl. Jennings, *Syndicalism*, S. 32f. Zur Geschichte des Anarchismus in Frankreich siehe das Standardwerk von Jean Maitron, *Le mouvement anarchiste en France*, 2 Bde. Paris 1975.

¹⁸⁷ Ebd., 17.6.1919 (Meeting des grévistes de la métallurgie du 13me Arrdt.).

¹⁸⁸ Siehe die polizeilichen Lageberichte vom 18. und 20. Juni 1919, ebd. (Dossier a).

¹⁸⁹ Ebd., 18.6.1919 (Grève de la métallurgie).

¹⁹⁰ Siehe z.B. die Versammlungen des 18.–20. Arrondissements ebd. (Dossier b), 22.6.1919, des 13.–15. Arrondissements, ebd., 23.6.1919, sowie den Lagebericht vom 21.6.1919, ebd. (Dossier a).

¹⁹¹ Polizeiliche Lageberichte vom 18.6. und 25.6.1919 in APP Ba 1386 (Dossier a).

¹⁹² Vgl. den Lagebericht vom 26.6.1919, ebd.

¹⁹³ Ebd., 3.6.1919.

vermochten die extremistischen Kräfte in der Pariser Region nicht mehr viel auszurichten.

Wenn daher die Pariser Extremisten über einen verbalen Radikalismus kaum hinaus kamen, so lagen die Verhältnisse in Berlin trotz analoger sozialökonomischer Rahmenbedingungen erheblich anders. Denn als sich in der Reichshauptstadt die Verhandlungen in der Metallindustrie ergebnislos dahinzogen und die Situation auf einen Streik zusteuerte, lag die tatsächliche und abschreckende Erfahrung eines revolutionären Generalstreiks bzw. Aufstandsversuchs bereits mehrere Monate zurück. Die Berliner Streikleitung achtete daher von Beginn an sorgfältig darauf, den Metallarbeiterstreik, der am 17./18. September begann und sich bis zum 11. November 1919 hinziehen sollte, als rein wirtschaftlich motivierte Lohnbewegung zu führen. Erleichtert wurde dies durch die im Vergleich zur Pariser Region erheblich klareren innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Berliner Verwaltungsstelle des DMV war seit März 1919 fest in den Händen der früheren Gewerkschaftsopposition. Ferner war die mit der Verhandlungsführung beauftragte „Fünfeznerkommission“ in erheblich höherem Maße von der „Basis“, das heißt von den regelmäßig stattfindenden Generalversammlungen abhängig als ihr ungefähres Gegenstück, das Pariser „Comité d'Entente“. Hinzu kam, daß auch der reformistisch orientierte Hauptvorstand des DMV um seinen Ersten Vorsitzenden, Reichsarbeitsminister Alexander Schlicke, in eine immer schwierigere Situation geriet. Im Verlauf des Jahres gewann die Opposition im Zentralverband zunehmend an Einfluß, und auf der 14. Generalversammlung im Oktober 1919, also während des Höhepunktes des Berliner Streiks, wurde die alte Verbandsführung abgewählt und durch Vertreter der gemäßigten Opposition ersetzt. Neuer Vorsitzender wurde Robert Dißmann.¹⁹⁴

Mithin beruhte die Bewegung der Berliner Metallarbeiter – verglichen mit dem Pariser Streik – auf einer erheblich stärkeren und vor allem in sich geschlosseneren gewerkschaftlichen Machtbasis. Im Falle der Berliner Verwaltungsstelle waren die innergewerkschaftlichen Richtungskämpfe zur Zeit des Streikausbruchs definitiv zugunsten der Gewerkschaftsopposition entschieden, und auch im Zentralverband zeichnete sich eine analoge Entwicklung ab. Hinzu kam, daß am 15. Juni 1919 noch der alte Hauptvorstand der Berliner Verwaltungsstelle bezüglich der Lohnbewegung und damit auch eines möglichen Streiks freie Hand gegeben hatte.¹⁹⁵ Während in der Pariser Region die Gewerkschaftsminorität den Streik der Metallarbeiter instrumentalisierte und im revolutionären Sinne zu politisieren suchte, um den vorgeblichen Quietismus der reformistischen Majorität unter Beschuß zu nehmen, entfiel für die Streikenden in Berlin jedes derartige Motiv. Von gewerkschaftlicher Seite blieben daher die wirtschaftlichen Lohnforderungen im Zentrum der Auseinandersetzung. Trug die Pariser Bewegung zunehmend Züge eines politischen Massenstreiks, so vollzog sich der Berliner Metallarbeiterstreik im Rahmen einer – allerdings erbitterten – Tarifauseinandersetzung.

In seinen lohnpolitischen Zielen unterschied sich der Berliner Streik dabei nicht grundsätzlich von der Pariser Bewegung. Hier wie dort stand die Sicherung der Real-löhne im Vordergrund. Daneben spielte das Begehren nach einer Entdifferenzierung

¹⁹⁴ Über die Entwicklung im DMV vgl. Opel, Metallarbeiter-Verband, S. 84ff. u. 97ff.

¹⁹⁵ Der DMV im Jahre 1919, S. 304. Vgl. Wentzel, Inflation, S. 60. Allerdings kam es im Verlauf des Streiks zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem bis Oktober amtierenden alten Hauptvorstand und der Berliner Verwaltungsstelle. Siehe ebd., S. 68.

der verschiedenen Lohnklassen eine wichtige Rolle. Auch in Berlin schlugen sich die sozialen Umschichtungen, die der Krieg in der Metallarbeiterschaft bewirkt hatte, in der Forderung nach einem Minimallohn und der stärkeren Lohnangleichung nach oben nieder. Bezeichnenderweise nahmen in dieser Hinsicht die Syndikalisten der FVdG die radikalste Haltung ein, wenn sie einen Einheitslohn für alle Arbeiter forderten. „Auch der Unterschied zwischen gelernter, angelernter und ungelernter Arbeit ist ein künstlicher“, so lautete die charakteristische Begründung. „Im Zeitalter der Maschine, des mechanischen Werkzeugs gibt es keine ungelernete Arbeit mehr.“¹⁹⁶ Auch wenn der Berliner DMV freilich nicht so weit ging,¹⁹⁷ so spiegelten seine Forderungen doch relativ genau die beiden sozialen Brennpunkte wider, durch die sich die „Arbeiterklasse im Übergang“ bei Kriegsende auszeichnete und die den syndikalistisch geprägten Radikalismus der unmittelbaren Nachkriegszeit teilweise zu erklären vermag. Zum einen ging es um die Abwehr des Lohnabbaus in den oberen Lohngruppen; zum anderen aber waren die Forderungen doch weitgehend von den Interessen der un- und angelernten Arbeiter bzw. Arbeiterinnen beeinflusst, was sich z.B. in der Forderung nach einem Minimallohn sowie einer fixen Ankoppelung der Fraueneinkünfte an die Tarife der männlichen Arbeiter äußerte. Ähnlich, wie dies in Paris der Fall war, resultierte aus der engen lohnpolitischen Verbindung der Facharbeiterinteressen mit den jüngeren Segmenten der Arbeiterschaft die bemerkenswerte soziale Kohäsion der Streikbewegung.

Nach der endgültigen Kündigung des noch von der alten Ortsverwaltungsleitung abgeschlossenen Kollektivabkommens im Mai 1919 zogen sich die Verhandlungen zwischen dem DMV und den Unternehmern, die im Verband Berliner Metallindustrieller (VBMI) organisiert waren, über mehrere Wochen hin. Die fortschreitende Inflation erschwerte dabei eine Einigung erheblich, zumal die Arbeitgeber tarifvertragliche Maximallöhne vorschlugen. Für die Gewerkschaft war dies inakzeptabel. Denn zum einen hätten tarifliche Maximallöhne einen faktischen Lohnabbau bedeutet, sofern bereits frei ausgehandelte inflationsangepasste Lohnniveaus bestanden.¹⁹⁸ Und zum anderen blockierte eine Maximallohnregelung den individuellen Aufstieg besonders befähigter Arbeiter. Während also die Unternehmer die Löhne in insgesamt acht Klassen (sechs für Männer, zwei für Frauen) mit jeweiligen Unter- und Obergrenzen differenzieren wollten, forderte die Gewerkschaft einen Minimallohn sowie lediglich drei nach oben offene Klassen (gelernte, angelernte und ungelernete Arbeiter). Frauen sollten grundsätzlich für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten, mindestens aber 75% des für die männlichen Kollegen geltenden Tarifes. Während sich die Spanne zwischen niedrigstem und höchstem (Männer-)Lohn bei den Unternehmervorschlägen auf 31,8% belief, betrug sie bei der gewerkschaftlichen Forderung nur 16,7%.¹⁹⁹

Einige Zeit lang sah es so aus, als ob sich das staatliche Schlichtungsinstrumentarium bewähren und einen Arbeitskampf verhindern würde. Am 21.8.1919 fällt ein

¹⁹⁶ Karl Roche, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, Berlin 1919, S. 15.

¹⁹⁷ Vgl. „Lohnreform?“, in: MZ Nr. 32, 9.8.1919: „Absolute Gleichheit des Lohns kann kein sozialistisches Ziel sein.“

¹⁹⁸ Der DMV im Jahre 1919, S. 304f.

¹⁹⁹ Hans-Hermann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik, Berlin 1967, S. 82f.; Wentzel, Inflation, S. 58. Hier, S. 57ff. auch die Einzelheiten der Verhandlungen.

vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der fünf Lohnklassen sowie drei Lohnzuschläge vorsah und den Abbau von Spitzenlöhnen untersagte.²⁰⁰ Die Ortsleitung des DMV sowie die Berliner Generalversammlung stimmten dem Schiedsspruch trotz erheblicher Bedenken grundsätzlich zu, nicht zuletzt um einen Streik zu vermeiden.²⁰¹

Wenn es kurze Zeit später dennoch zum Streik kam, so hatte dies seinen Grund darin, daß sich die Tarifparteien nicht darüber einigen konnten, wie die einzelnen Arbeiterkategorien in die fünf Lohnklassen einzugruppieren waren.²⁰² Dabei dominierte auf gewerkschaftlicher Seite zunehmend das Bewußtsein, der Gefahr des Lohnabbaus ohne Streik nicht wirksam entgegenzutreten zu können.²⁰³ Der Streitpunkt, um den sich der Arbeitskampf drehte, betraf also in Berlin eine spezielle, wenn auch zentrale, lohntechnische Frage. Insofern konnte die Streikleitung ein sachliches Recht für sich in Anspruch nehmen, wenn sie auf dem rein wirtschaftlichen Charakter der Bewegung insistierte. Ein Gegenstück zu dem in Paris wirksamen syndikalistischen Mythos vom revolutionären Generalstreik fehlte bei dem Berliner Metallarbeiterstreik ebenso wie ein entsprechender politischer Voluntarismus. Trotz des deutlichen „Linksrucks“, den die Berliner Ortsverwaltung des DMV vollzogen hatte, unterlag der Streik dem traditionellen gewerkschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül. Und angesichts der sozial-ökonomischen Rahmenbedingungen legte dieses eigentlich sogar den Verzicht auf jeglichen Streik nahe. Zwar suchten die Unternehmer den Arbeitern „einen zermürbenden Streik“ aufzuzwingen, so empfahl der Verwaltungsstellenleiter Oskar Rusch einer skeptisch gestimmten Generalversammlung die Annahme des Schiedsspruches vom 21. August 1919: „Wir könnten es aber im gegenwärtigen Augenblick mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, in Anbetracht des zurzeit zerrütteten deutschen Wirtschaftslebens den Kampf aufzunehmen.“²⁰⁴ Auch warnte Rusch davor, ein Streik zum jetzigen Zeitpunkte könnte „nicht nur ein wirtschaftlicher Kampf“ sein, „sondern ein Kampf um die Produktionsmittel“.²⁰⁵

Die Stoßrichtung des Streiks, an dem sich auf seinem Höhepunkt rund 160.000 Arbeiter beteiligten, entsprach mithin relativ genau der Stimmung, die unter der Berliner Metallarbeiterschaft vorherrschte und die ihre politische Heimat in der linken USPD hatte. Einen politischen Voluntarismus oder gar Putschismus, wie er insbesondere im Januar und März 1919 zum Tragen gekommen war, lehnte die Mehrheit ebenso ab wie die reformistische, auf sozialen Ausgleich und Evolution setzende Strategie der SPD und der Mehrheit der Gewerkschaften. Der Streik war „eine Lohnbewegung im besten und größten Sinne des Wortes, und er bedient sich als Mittel des Streiks mit jener *ruhigen Sicherheit*, die das Stillstehen aller Räder zu einer so wuchtigen Waffe in der Hand des Arbeiters macht. Die Bewegung bedeutet somit *eine Abkehr* von irregulären Kampfesmethoden, die wir erlebt haben, und zugleich eine *Kampfanlage* gegen jene *andere Taktik*, die im schiedlichen Verhandeln das letzte Wort und

²⁰⁰ Details in MZ, Nr. 38 (20.9.1919), S. 149. Vgl. Der DMV im Jahre 1919, S. 305.

²⁰¹ Auf der Generalversammlung wurde der Schiedsspruch mit ca. 2.600 : 100 Stimmen angenommen. MZ, Nr. 38 (20.9.1919), S. 149.

²⁰² Der DMV im Jahre 1919, S. 305.

²⁰³ Siehe BAP, RAM Nr. 2401, fol. 305–308, das Schreiben der Verwaltungsstelle Berlin des DMV an Reichsarbeitsminister Schlicke, 17.9.1919.

²⁰⁴ MZ, Nr. 38 (20.9.1919), S. 149.

²⁰⁵ 1:bd.

Mittel im Arbeitskämpfe sieht, und den Streik verpönt.“²⁰⁶ Daß der Streik trotz der weitestgehenden Abwesenheit politischer oder gar revolutionärer Parolen eine politische Relevanz besaß, ist leicht einzusehen angesichts der politisch-gesellschaftlichen Gesamtatmosphäre, die durch die zum Teil bürgerkriegsartigen Ereignisse seit November 1918 geprägt war. Die Polarisierung, die die Ereignisse der ersten Monate des Jahres 1919 bewirkt hatten,²⁰⁷ machte es Arbeitgebern und Teilen der bürgerlichen Presse relativ leicht, nun auch die soziale Bewegung als „politisch“ motiviert zu diskreditieren. Nach deren Lesart handelte es sich um eine Bewegung, hinter der kein echtes soziales oder wirtschaftliches Anliegen stand, sondern die von „Hetzern“, „Stoßtrupps“ und „politischen Drahtziehern“ gesteuert wurde.²⁰⁸ Im Grunde dokumentierte eine solche Haltung den Unwillen oder auch die Unfähigkeit, das Aufeinandertreffen sozialökonomischer Interessengegensätze anders als in den Kategorien politischer Freund-Feind-Agitation zu begreifen. Angesichts der bürgerkriegsartigen Erfahrungen mochte eine entsprechende Argumentation manchen durchaus plausibel erscheinen, und für den Rechtsextremismus aller Spielarten bestand hier eine wichtige Quelle der kognitiven Realitätsverweigerung. Allerdings muß der politische Kontext des Jahres 1919 berücksichtigt werden. Denn während des Januaraufstandes und der Märzkämpfe waren politische „Rädelsführer“ etwa der KPD tatsächlich in Erscheinung getreten und hatten die Situation für ihre politischen Revolutionsziele angeheizt und auszunutzen versucht. „Deutschland steht am Rande eines furchtbaren Abgrundes,“ hatte damals das „Correspondenzblatt“ des ADGB geschrieben, „und die es dahin drängen, sind leider fanatisierte Arbeitermassen, die kein Verständnis für die wirkliche Lage unseres Volkes besitzen.“²⁰⁹ Darüber hinaus war es im Zusammenhang mit den blutigen Auseinandersetzungen zu Manifestationen kollektiver Bürgerkriegshysterie gekommen, so daß auch noch im Herbst 1919 die planmäßige Führung eines Massenstreiks bei nicht wenigen die schlimmsten Befürchtungen weckte.

Problematischer freilich war, daß auch die Regierung eine ähnlich undifferenzierte Haltung einnahm. Insbesondere der Reichswehrminister Noske verschloß sich der Einsicht, daß die Zeit der revolutionären Abenteuer in Berlin zunächst einmal vorbei und die Entscheidung gegen ein politisches Räteystem und zugunsten der Nationalversammlung gefallen war. Sofern man Streikrecht und Tarifautonomie nicht grundsätzlich in Frage stellen wollte, so handelte es sich nunmehr um einen legitimen Wirtschaftskampf der Metallarbeiter. Mit voller Rückendeckung des Reichskabinetts setzte Noske jedoch seine autoritäre Politik des Belagerungszustandes, des Streikverbots und der Militärintervention fort, die er bereits im Sommer gegenüber den Eisenbahnern angewandt hatte.²¹⁰ Während die Bemühungen um eine Verhandlungslösung weitergingen, wurden Anfang Oktober die Versammlungen der Streikenden polizeilich gesprengt und die wichtigsten Metall- und Elektrobetriebe militärisch besetzt.²¹¹ Bezeichnend für die Stimmungslage war der offenkundig unzutreffende Verweis auf die Ermordung von fünf Streikbrechern, mit der die Besetzung der Siemens-Werke

²⁰⁶ Der Arbeiter-Rat Jg. 1 (1919), Nr. 36 (42. Woche), S. 12.

²⁰⁷ Dazu ausführlicher unten, S. 126ff.

²⁰⁸ Siehe Freiheit, Nr. 453, 19.9.1919.

²⁰⁹ Correspondenzblatt Nr. 11, 15.3.1919, S. 101.

²¹⁰ Vgl. Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 620ff.

²¹¹ Freiheit, Nr. 478, 2.10.1919; Nr. 479, 3.10.1919; Nr. 481, 4.10.1919; Nr. 483, 5.10.1919.

begründet wurde.²¹² Die kollektive Bürgerkriegshysterie der ersten Jahreshälfte wirkte hier fort.

Durch die turbulenten Entstehungsbedingungen der Republik nachhaltig geprägt, vermochten Noske und seine Kabinettskollegen die Streikbewegung ausschließlich in den seit dem Januaraufstand vertrauten Kategorien von Umsturzgefahr und öffentlicher Ordnung zu begreifen. Infolge eines Sympathiestreiks der Heizer und Maschinisten, der Mitte Oktober ausbrach und auch die öffentlichen Versorgungsbetriebe in Mitleidenschaft zu ziehen drohte, konnte sich Noske endgültig bestätigt fühlen. In einem Rundbefehl vom 20. Oktober 1919 bezeichnete er den Metallarbeiterstreik nun offen als umstürzlerisch motivierte Bewegung. „Rücksichtslose Anwendung der Staatsgewalt“ und „schärfstes Durchgreifen bei Streikterror“ hielt er daher für notwendig, da „ein sofortiges scharfes Zufassen gleich im Anfang der Bevölkerung viel Blut und Ungemach erspart“.²¹³

Trotz dieser Politisierung des Streiks, die größtenteils durch die Haltung der Regierung selbst erfolgte, schien ein neuer Gesamtschiedsspruch vom 2. November 1919 den Weg zum Kompromiß zu eröffnen. In der strittigen Frage der Lohnklasseneinteilung sah der neue Spruch für den DMV einige Verbesserungen vor, auch wenn er hinter den ursprünglichen Forderungen der Metallarbeiter weit zurückblieb.²¹⁴ Die Leitung der Berliner Ortsverwaltung akzeptierte den Schiedsspruch und hielt ein Weiterstreiken nunmehr für „überflüssig“.²¹⁵ Doch statt einer Einigung erfolgte eine nochmalige Eskalation. Die Arbeitgeber weigerten sich, den Arbeiterschüssen, jener Vorform der Betriebsräte, die seit der Novemberrevolution existierten, bei der Wiedereinstellung der Streikenden eine Kontrollfunktion zuzugestehen. Ferner beharrten sie auf Neuwahlen für die Arbeiterschüsse, lehnten also die vom DMV geforderte sofortige Wiedereinstellung der Ausschußmitglieder ab.²¹⁶ Vor dem Horizont des noch zu verabschiedenden Betriebsrätegesetzes suchten die Arbeitgeber so die Zwangslage der Metallarbeiter zu nutzen, um die gesellschaftspolitischen Machtverschiebungen im Gefolge der Novemberrevolution zumindest teilweise zu revidieren.²¹⁷ Daraufhin lehnte die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit fast einstimmig ab und rief zum Generalstreik auf.²¹⁸

Zwar billigten nicht alle Arbeitgeber die Haltung des VBMI,²¹⁹ und auch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Goebel, vertrat die Auffassung, der Streik hätte ohne das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes – das er als „Bombe“ bezeichnete – problemlos beendet werden können.²²⁰ Nun aber erfuhr der Berliner Metallarbeiterstreik eine überaus scharfe Politisierung und trat zugleich in seine Endphase ein. Zum

²¹² Freiheit Nr. 485, 6.10.1919.

²¹³ Befehl des Reichswehrministers Noske an die Reichswehr-Gruppenkommandos, 20.10.1919, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920, bearb. v. Heinz Hürten (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe, Bd. 2), Düsseldorf 1977, S. 248f.

²¹⁴ Über die Verhandlungen siehe Hartwich, Arbeitsmarkt, S. 89ff. Die Protokolle der Schlichtungsverhandlungen finden sich in BAP, RAM Nr. 2401, fol. 342–516.

²¹⁵ Der DMV im Jahre 1919, S. 307.

²¹⁶ Siehe MZ Nr. 46, 15.11.1919.

²¹⁷ Siehe Hartwich, Arbeitsmarkt, S. 93ff.

²¹⁸ Das Abstimmungsergebnis betrug ca. 4000 : 16, MZ, Nr. 46, 15.11.1919.

²¹⁹ Schreiben der Berlin-Borsigwalder Metallwerke an den VBMI vom 5.11.1919, BAP, RAM, Nr. 2403, fol. 5–6.

²²⁰ Goebel (Reichsarbeitsministerium) an Reichswehrminister Noske, 5.11.1919, ebd., fol. 7.

einen bot sich nunmehr dem sogenannten „Roten Vollzugsrat“, der sich als Nachfolgerorgan des revolutionären Groß-Berliner Vollzugsrats verstand und von Unabhängigen und Kommunisten beherrscht wurde, die Möglichkeit dar, das Gesetz des Handelns an sich zu ziehen. Es war bezeichnend, daß sich etwa die Kommunisten jetzt erst in Szene zu setzen vermochten, als die rein wirtschaftlichen und lohnpolitischen Fragen nicht mehr auf der Tagesordnung standen.²²¹

Auf der anderen Seite kennzeichnete es die Haltung der Regierung, daß sie nicht wartete, wie sich die von der SPD angerufene Berliner Gewerkschaftskommission zur Generalstreikforderung stellen würde. Das Kabinett nahm bereits den in der „Freiheit“ vom 5.11.1919 publizierten Aufruf zum Generalstreik, der gemeinsam von der Fünfzehnerkommission, dem Berliner Bezirksverband der USPD, der KPD und dem „Roten Vollzugsrat“ unterzeichnet war, zum Anlaß zu schärfsten Gegenmaßnahmen. So wie die „sozialrevolutionären Parteien“ in dem Aufruf damit argumentierten, der Kampf sei „jetzt politisch geworden“,²²² so nahm auch die Regierung primär nur die politischen und sicherheitsrelevanten Dimensionen der Bewegung wahr. Die Kabinettsmitglieder waren sich „darüber einig, daß der Aufforderung zum Generalstreik [...] durch energische Gegenmaßnahmen zu begegnen ist, um die Gefahr im Keime zu ersticken.“ Noske wurde dazu ermächtigt, nicht nur den Fünfzehnerausschuß zu verhaften, sondern auch das Büro der USPD zu besetzen.²²³ Zweifellos handelte es sich hier um ein durch rechtsstaatliche Grundsätze nicht gedecktes Verfahren, seine Grundlage war der seit längerem verhängte Belagerungszustand. Was die politische Wirkung betraf, so war es um so problematischer, als es in der Arbeiterschaft den Eindruck verstärken mußte, die Staatsmacht ergreife einseitig die Partei der Arbeitgeber und trage aktiv dazu bei, die „revolutionären Errungenschaften“ vom November 1918 zunichte zu machen.²²⁴ Charakteristisch für die Stimmungslage des Kabinetts war die Notiz des Reichsinnenministers Erich Koch (DDP), der die Marschroute der Regierung mit den Worten kommentierte: „Weitgehende Verhaftungen, Beschlagnahmen, Verbote. – Welche Freude endlich einmal handeln zu können.“²²⁵

Daß dies eine überzogene Handlungsweise darstellte, bewies nicht zuletzt die von der SPD angerufene Gewerkschaftskommission. Während diese von einer wenig generalstreikfreundlichen Stimmung an der Basis ausgehen konnte, lehnte sie noch am gleichen Abend den Generalstreik bei Stimmengleichheit (68:68 Stimmen) ab. Faktisch bedeutete dies auch das Ende des Metallarbeiterstreiks. Tags darauf wurde der Generalstreik abgesagt, und am 11. November 1919 beschloß die Fünfzehnerkommission auch den Abbruch des Metallarbeiterstreiks. Der Schiedsspruch vom 2. November wurde nachträglich anerkannt.²²⁶ Die am 7.11. erfolgende Liquidation des Berliner Vollzugsrats sowie die Verhaftung von Mitgliedern des Vollzugsrats und der Fünfzehnerkommission unter dem Vorwurf der „Generalstreikhetze“ war mithin eher unnötig.²²⁷ Einmal mehr ergab sich ein überschießender „konterrevolutionärer

²²¹ Siehe den Versammlungsbericht in: Vossische Zeitung, Nr. 564, 5.11.1919.

²²² Freiheit, Nr. 536, 5.11.1919.

²²³ Chefbesprechung vom 5.11.1919, in: Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann: Das Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearb. v. Anton Golecki, Boppard a. Rhein 1980, Nr. 96, S. 348f.

²²⁴ Vgl. etwa Freiheit, Nr. 539, 6.11.1919: Will Lüttwitz den Generalstreik?

²²⁵ Akten der Reichskanzlei, Kabinett Bauer, S. 349, Anm. 7.

²²⁶ Vgl. Wentzel, Inflation, S. 69f.

²²⁷ Siehe den Bericht über die Aktionen in: Freiheit, Nr. 540, 7.11.1919.

Effekt“ aus der Unfähigkeit, zwischen berechtigten sozialen Anliegen, wirtschaftlicher Lohnbewegung und politischem Voluntarismus angemessen zu unterscheiden.²²⁸

Daß der Berliner Metallarbeiterstreik in erheblich stärkerem Maße, als dies in Paris der Fall war, den Charakter einer disziplinierten und gewerkschaftlich geführten Lohnbewegung trug, kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß an seinem Ende eine tatsächliche Verbesserung der Lohnverhältnisse stand. Während in Paris die Arbeiter ohne jegliche Arbeitgeberkonzessionen die Arbeit wiederaufnehmen mußten, ging der Schiedsspruch vom 2. November 1919 doch in einigen wesentlichen Punkten über das hinaus, was die Berliner Metallunternehmen ursprünglich anzubieten bereit waren.²²⁹ Dies gilt auch, wenn man berücksichtigt, daß der durch den Streik erungene Lohnvorteil durch die fortschreitende Inflation rasch entwertet wurde. In Paris verlieh ein zur politischen Aktion drängender Druck eines Großteils der Basis sowie der mittleren Gewerkschaftsfunktionäre dem Metallarbeiterstreik sehr rasch den Charakter eines politischen Massenstreiks mit revolutionärer Note. In Berlin dagegen handelte es sich bis zum Schluß um eine Lohnbewegung mit stark defensivem Charakter zur Verteidigung der Reallöhne. Seine politische Dimension erhielt der Berliner Streik hingegen weniger von Seiten der Arbeiter als von Seiten der Arbeitgeber, der bürgerlichen Presse und der Regierung. Dabei mischten sich die materiellen Interessen der Unternehmer mit den Nachwirkungen der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der ersten Jahreshälfte, die zum handlungsleitenden Erfahrungshorizont der Regierung geworden war.

IV. Die Wendung zum Kommunismus

Im vorausgegangenen Abschnitt ist deutlich geworden, daß die radikale Protestbewegung des Jahres 1919 in Paris wie in Berlin überwiegend konkrete, auf den Krieg zurückzuführende Wurzeln hatte. Die über einen längeren Zeitraum zurückgestaute und nach Kriegsende spontan eruptierende soziale Unzufriedenheit verband sich dabei mit unterschiedlichen politisch-ideologischen Traditionen, die jedoch alle in der einen oder anderen Weise mit der revolutionären Spontaneität der Arbeitermassen rechneten. Syndikalistische, lokalistische und linkssozialistische Kräfte forderten die kompromißlose Führung des Klassenkampfes und strebten die soziale Revolution an. Damit bildeten sie ein nicht zu unterschätzendes antipluralistisches, antiliberales und demokratiefeindliches Potential, auch wenn der revolutionäre Voluntarismus mancher Führer nicht immer auf großen Widerhall stieß.

Indessen läßt sich – bei aller zu Tage tretenden Demokratiefeindschaft – noch nicht von einer totalitären Bewegung sprechen. Denkt man an die von uns eingangs entfaltenen Merkmale totalitärer Bewegungen im demokratischen Raum, so mangelte es im Jahre 1919 an mehreren entscheidenden Kriterien. Zum einen war noch keine straff organisierte politische Parteioorganisation erkennbar. Der 1919 in Paris kurzzei-

²²⁸ Typisch hierfür etwa der Kommentar der Vossischen Zeitung, Nr. 564, 5.11.1919: „Alle Streitfragen aus dem Arbeitsverhältnis sind erledigt und hätten wohl noch *früher* erledigt sein können, wenn nicht die Drahtzieher von vornherein die Absicht gehabt hätten, die Wunde solange aufzuhalten, bis der Zeitpunkt für den seit langem geplanten politischen Generalstreik gekommen sei.“

²²⁹ Siehe die Stellungnahme der Berliner Verwaltungsstelle des DMV in: Freiheit Nr. 551, 13.11.1919, zweite Beilage.

tig agierende, anarcho-syndikalistische Parti Communiste war eine ephemere Erscheinung, und auch die am 1.1.1919 gegründete KPD besaß in ihrer Anfangsphase noch keine feste Organisation. Auch in ideologischer Hinsicht, womit das zweite wesentliche Merkmal der totalitären Bewegung angesprochen ist, bestand im Jahre 1919 ein äußerst diffuses Spektrum.

Andererseits zeigte sich darin, daß beide Merkmale, Partei und Ideologie, schon 1919 zumindest in Vorformen existierten, gleichsam eine totalitäre Infiltrierung im Übergang vom Krieg zum Frieden. Untermauert wurde dies durch die massiven propagandistischen Aktivitäten der extremen Linken sowie den immer wieder aufscheinenden Willen zur politischen Gewalt. Propaganda und Gewaltbereitschaft orientierten sich zum großen Teil an jenem verabsolutierten Freund-Feind-Denken, das wir als ein Primärphänomen des Totalitären charakterisiert haben. Zwar waren 1919 im politisch-sozialen Leben der französischen Hauptstadt alle diese Merkmale zumindest in gewissen Vorformen zu beobachten. Doch begegneten sie in Deutschland und der Reichshauptstadt in erheblich ausgeprägterem Maße. Trotz ihrer verhältnismäßig geringen organisatorischen und ideologischen Festigung gab es hier immerhin mit der KPD bereits eine politische Partei, die sich explizit als revolutionäre Kampfpartei verstand. Dem entsprach, daß das um bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg kreisende leninistische Revolutionskonzept in Deutschland schon 1918/19 rezipiert und zum Teil auch wirksam wurde. Die „politische Kultur“ Deutschlands wurde 1919 in ungleich höherem Maße als in Frankreich vom Freund-Feind-Denken beeinflusst. Insgesamt äußerte sich die Propaganda der extremen Linken in Deutschland und der Reichshauptstadt erheblich gewaltsamer als jenseits des Rheins, und folglich nahm auch der Übergang zur Nachkriegszeit gewaltsamere und zum Teil bürgerkriegsartige Formen an. Diese im Vergleich zu Frankreich stärkere „totalitäre“ Infiltrierung der deutschen unmittelbaren Nachkriegszeit setzte für die Geschichte der Weimarer Republik unheilvolle Zeichen und wurde zu einem schweren Belastungsfaktor.

Eine entscheidende Aktualisierung erfuhr das leninistische Konzept der avantgardistischen Kampfpartei „neuen Typs“ indessen erst, als der Glaube an die *spontane* revolutionäre Kreativität der Massen wiederholt enttäuscht worden war. In Frankreich war 1919 der wichtigste Ansatz zu einem revolutionären Generalstreik, der Pariser Metallarbeiterstreik, ohne jeden Erfolg geblieben. Vielmehr hatte der Verlauf des Streiks die vielfältigen Gegensätze innerhalb der (Metall-)Arbeiterschaft offenbart. Und als 1920 ein erneuter syndikalistischer Versuch des revolutionären Generalstreiks scheiterte, bedeutete dies eine weitere, tiefgreifende Enttäuschung. Denn nach dem 21. Juli 1919 und dem Pariser Metallarbeiterstreik bedeutete das Debakel des revolutionären Generalstreiks der französischen Eisenbahner im Mai 1920 die endgültige Desillusionierung des Glaubens an die spontane, revolutionäre Überwindung des „kapitalistischen“ Systems.²³⁰ Ähnlich wie die Metallindustrie hatte das in Frankreich private Eisenbahnwesen während des Ersten Weltkrieges eine Schlüsselrolle gespielt und war den vielfachen verändernden Einflüssen des Krieges unterlegen. Und ähnlich wie in der Metallindustrie befand sich die Führung des gewerkschaftlichen Zentralverbandes, der *Fédération Nationale des Cheminots*, in den Händen der reformistischen Majorität. Als größte gewerkschaftliche Einzelorganisation Frankreichs unterlag die Eisenbahnergewerkschaft besonders schweren Richtungskämpfen, in deren Ver-

²³⁰ Für den Hintergrund und den Verlauf des großen Eisenbahnerstreiks grundlegend: Krieger, *Origines I*, S. 359–547.

lauf die minoritäre Opposition erhebliche Terraingewinne verbuchen konnte. In dem Generalstreik der Eisenbahner vom 1. bis 28. Mai 1920, der unter anderem die Nationalisierung der Eisenbahnen forderte und deutlich revolutionäre Züge annahm, schlug sich daher die Opposition der syndikalistischen Minorität gegen die Gewerkschaftsführung nieder. Ein wichtiges Zentrum dieser Opposition war die Pariser Region, wo die *Union des Syndicats des travailleurs de chemins de fer parisiens* die hauptsächliche Plattform der „minoritaires“ bildete.²³¹ Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen schälte sich gewissermaßen ein „neuer“ revolutionärer Syndikalismus heraus, der zwar in der Vorkriegstradition wurzelte, jedoch nunmehr auch den direkten Angriff auf die Staatsmacht ins Visier nahm. Vor dem Hintergrund der zur gleichen Zeit in der S.F.I.O. ihren Höhepunkt erreichenden Debatte um die Frage des Beitritts zur III. Internationale schien es vielen so, als ob die Eisenbahnerbewegung eine Initialzündung geben könnte, um bolschewistische Theorie und französische syndikalistische Praxis zu verbinden.²³²

Eine solche Verbindung schien um so notwendiger zu sein, als der Eisenbahnerstreik mit einer vollständigen Niederlage, ja einem Desaster endete.²³³ Tausende von Eisenbahnern wurden entlassen und verloren ihre Arbeit; die privaten Eisenbahngesellschaften gingen gestärkt aus dem Arbeitskampf hervor; einmal mehr erschienen die reformistischen Kräfte als die „Verräter“ der Arbeiterklasse. Diese erneute und bodenlose Enttäuschung des Vertrauens in die spontanen revolutionären Kräfte der Massen stellte einen entscheidenden Markstein für die Etablierung des Bolschewismus in Frankreich dar. Denn sie rechtfertigte das leninistische Prinzip der avantgardistischen Kampfpartei, deren Handeln zwar im Namen des Proletariats erfolgte, faktisch jedoch eigenen Gesetzen unterlag. Bezeichnend ist die Stimmungslage Monattes kurz nach dem ersten Eisenbahnerstreik Anfang März 1920: „Nous avons de grands espoirs [...]. Finie la période où nous n'étions qu'une poignée; mais la cristallisation de toutes nos forces éparés n'est pas encore faite. Elle sera l'œuvre des événements qui ne sauraient plus tarder.“²³⁴ Die Enttäuschung der „großen Hoffnungen“ aber erhöhte folgerichtig die Bereitschaft zur „Kristallisation“ der Kräfte im bolschewistischen Sinne.

In einem ähnlichen Kontext muß der Durchbruch der KPD zur Massenpartei, bzw. die Spaltung der USPD im Oktober 1920 verstanden werden. Mit seinen hochgespannten und größtenteils nicht erfüllten Hoffnungen mündete das „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ (Ernst Troeltsch) in eine schwerwiegende Verbitterung nicht geringer Teile der Arbeiterschaft. „So können wir vom Jahre 1919 als von einem Jahre der Enttäuschungen reden,“ resümierte die Berliner Bezirksleitung des DMV, „und reich an solchen Enttäuschungen sind wir geworden.“²³⁵ Ein Großteil der politisch bei der linken USPD angesiedelten Kräfte, die auf Sozialisierung, kom-

²³¹ Vgl. dazu insbesondere Adrian Jones, *The French Railway Strikes of January-May 1920: New Syndicalist Ideas and Emergent Communism*, in: *French Historical Studies* 12 (1981/82), S. 508–540, hier v.a. S. 530ff.

²³² *Ibid.*, S. 536ff. Zur Entfaltung dieses „neuen“ Syndikalismus seit der zweiten Hälfte des Jahres 1920 vgl. unten, S. 223ff.

²³³ Siehe über die Gegenmaßnahmen des Staates unten, S. 120f.

²³⁴ Monatte an Trotzki, 13.3.1919, in: *Syndicalisme révolutionnaire et communisme. Les archives de Pierre Monatte*, hrsg. v. Jean Maitron u. Colette Chambelland, Paris 1968, S. 267.

²³⁵ Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1919. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1920, S. 294.

promißlosen Klassenkampf und auf revolutionäre Aktion drängten, hofften zunächst auf ein wie auch immer konstruiertes „reines“ Räteystem, getragen von dem „basisdemokratisch“ artikulierten Willen der spontan zusammenstrebenden Massen. Wenn es auf dieser Ebene auch eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten mit der KPD gab, so stand deren parteipolitisch und organisatorisch verselbständigter politischer Voluntarismus im Jahre 1919 doch noch weitgehend allein. Vom „nackten Parteiegoismus“ bis zur Warnung vor den „hysterischen Zuckungen“, „hypernervöser Schreier“ reichte die Skala der Kritikpunkte, mit denen sich die Vertreter des Räteystems und der linken USPD von der KPD gelegentlich distanzieren.²³⁶

Doch vor dem Hintergrund des stetigen Zurückdrängens der Rätekonzeption sowie des notorischen Scheiterns der revolutionären und politischen Massenbewegungen im Jahre 1919 ebenso wie der kärglichen Ergebnisse der Lohnbewegung mußte der Gedanke der Kräftebündelung unter dem Dach einer disziplinierten Kampfpartei an Attraktivität gewinnen. „Unter der Berliner Arbeiterschaft“, so lautete Ende November 1919 ein bezeichnender politischer Lagebericht des preußischen Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, „besteht eine große Erbitterung gegen die Führer. Der mißglückte Metallarbeiterstreik zeitigt eben seine Früchte. Die Kassen sind leer und der entgangene Lohnverdienst ist ungeheuer. Die USPD fürchtet daher eine starke Abwanderung zu den Kommunisten bzw. Rechtssozialisten.“²³⁷

Nicht zufällig koinzidierte diese Bewegung mit der gleichzeitigen Distanzierung der Reichszentrale der KPD um Paul Levi von jeglichem „Syndikalismus“. Dies betraf v.a. diejenigen Kräfte in der Partei, die fortführen, auf den revolutionären Radikalismus, die Spontaneität der Massen und dezentrale, basisdemokratische Entscheidungsprozesse zu bauen. Eine eigenständige politische Organisation sowie die Beteiligung der KPD an den Parlamentswahlen lehnten sie ab.²³⁸ Auf dem Heidelberger Parteitag erfolgte der faktische Ausschluß dieser linkskommunistischen Kräfte, was auch in Berlin zu erheblichen Spannungen führte und die KPD vorübergehend zur Bedeutungslosigkeit verurteilte. Denn die Berliner KPD war 1919 zu einem erheblichen Teil von radikalen syndikalistischen und linkskommunistischen Kräften getragen worden, die sich nun im Gegensatz zu den disziplinarischen Maßnahmen der Zentrale wiederfanden.²³⁹ Nachdem beim Gründungsparteitag der KPD Ende 1918/Anfang 1919 die Berliner Delegierten überwiegend zur linkskommunistischen Mehrheit gehört hatten, die die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ablehnten,²⁴⁰ kam es nach dem 2. (Heidelberger) Parteitag im Oktober 1919 in Berlin zu einem drastischen Mitgliederschwund.²⁴¹ Als vorübergehendes Sammelbecken der

²³⁶ Ernst Däumig in der Vollversammlung der Groß-Berliner A. u. S.-Räte vom 8.3.1919, in: Arbeiter-Rat Jg. 1 (1919), Nr. 7 (12. Woche), S. 9; Bericht aus der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vom 7.10.1919, ebd., Nr. 35 (41. Woche), S. 9.

²³⁷ BAP, RKO St. 12, Nr. 1, fol. 29, Wochenbericht vom 17. bis 23.11.1919.

²³⁸ Bock, Syndikalismus, S. 141ff.

²³⁹ Siehe Stiftung Archiv der Partei- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig SAPMO-BA) RY 1 I 3/1-2/12, Bericht von der am 12. Oktober 1919 stattgefundenen Funktönariskonferenz Groß-Berlin.

²⁴⁰ Siehe Gründungsparteitag der KPD, S. 104f. (Gelwitzki), 112f. (Levinö), 119f. (Schubert), 150f. (Rieger).

²⁴¹ Siehe unten, S. 161f.

linkskommunistischen Minorität – die in Berlin eine Mehrheitsposition innehatte – diente die im April 1920 gegründete KAPD.

Die Radikalisierung in Richtung KPD erfolgte dagegen zunächst unter dem Dach der USPD. Innerhalb ihres linken Flügels war es vor allem Ernst Däumig, der profilierteste Theoretiker des Rätegedankens, der den Anschluß der USPD an die III. Internationale und damit die Spaltung der Partei bzw. die Fusion mit der KPD befürwortete. Die Etappen dieser Entwicklung sind in Däumigs Organ, dem „Arbeiter-Rat“ deutlich abzulesen. Aus distanzierter Sympathie wurde allmählich intensivere Auseinandersetzung mit den Bolschewisten, die je länger desto mehr zur Annäherung führte. Hatte das Organ zunächst im Sinne ihres Herausgebers ein „reines Räte-system“ propagiert, so rekurrierte es seit Anfang 1920 immer häufiger auf die russische Entwicklung unter der Ägide der Bolschewiki.²⁴² Die letzte Ausgabe des „Arbeiter-Rat“ zog Ende 1920 die Quintessenz dieses Entwicklungsprozesses: Die einheitliche und isolierte Bewegung, die hinter dem „Arbeiter-Rat“ gestanden habe, werde künftig „getragen sein von dem machtvollen Unterbau einer proletarischen Massenpartei [i.e. VKPD], die ihre Mitglieder in den großen Fragen der Politik sowohl wie im gewerkschaftlichen Kleinkampfe verpflichtet, nach einheitlichen Richtlinien zu arbeiten.“²⁴³

In einer nachgerade paradoxen Umkehrung der ursprünglichen Macht- und Einflußverhältnisse, wie sie 1919 zwischen USPD und KPD bestanden hatten, erschien nun die am bolschewistischen Modell orientierte kommunistische Bewegung als die einzige revolutionäre Kraft der Zukunft. Die Parallelität zur Entwicklung in Frankreich, wo der PCF den Syndikalismus beerbte, ist offenkundig. In beiden Ländern stand die Enttäuschung über die „révolution manquée“ Pate bei der Geburt des Kommunismus als Massenbewegung.

²⁴² Siehe z.B. Der Arbeiter-Rat 1920, Nr. 4, S. 4ff.; Nr. 6, S. 27f.; Nr. 7, S. 6ff.; Nr. 8, S. 8ff.; Nr. 10, S. 8ff. u.ö.

²⁴³ Ernst Däumig, Ein Abschieds- und ein Gelöbwort, in: Der Arbeiter-Rat 2. Jg. (1920), Nr. 51/52, S. 1. Über Däumigs prokommunistische Tätigkeit in der USPD Ende 1919 vgl. BAP, RKO St. 12, Nr. 1, fol. 31 u. 38 StaKo-Wochenberichte, 10.–16.11.1919 u. 27.10.–2.11.1919.

Drittes Kapitel

„Notwehr“ und „Ordnung“: die Mobilisierung der Gegenkräfte 1919–1920

I. Technische Nothilfe – *Unions civiques*

Wenn wir oben das Gefühl der existentiellen, nachgerade physischen Bedrohung durch das liberale, „kapitalistische“ System als ein konstitutives Element des revolutionären Extremismus der Linken begriffen haben,¹ so wurzelte das rechtsextreme Denken ebenfalls in einer grundlegenden Bedrohungsangst. Fühlten sich die Protagonisten des frühen Kommunismus zur *Notwehr* gegen die als strukturell perzipierte Gewalt des Systems berechtigt, so erschien umgekehrt die Selbstverteidigung gegen den faktisch oder vermeintlich drohenden, gewaltsam-revolutionären Umsturz nachgerade als Bürgerpflicht. Nun hatte der Notwehrgedanke angesichts der großen Streikwelle des Jahres 1919 und der vor allem in Deutschland auf der Tagesordnung stehenden Gewalt durchaus einen realen Bezugspunkt in der tatsächlichen Entwicklung. In beiden Ländern wie in beiden Hauptstädten sahen sich Regierung und Verwaltung mit akuten Problemen der inneren Sicherheit und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus konfrontiert. Es ging um nichts weniger als um die Verteidigung eben jenes demokratisch-rechtsstaatlichen Systems, es ging um die Aufrechterhaltung der *Ordnung*, womit ein Schlüsselbegriff der Zeit genannt ist. Notwehrgedanke und Ordnungsgedanke motivierten das Handeln der Verantwortungsträger, wenn es darum ging, die wirtschaftlich-politische Situation zu stabilisieren.

In dem Maße, wie die in der Nachkriegskrise zu Tage tretende Instabilität auf das Konto linksextremer Agitation gebucht wurde, bildeten bereits die staatlichen Maßnahmen, cum grano salis betrachtet, eine Form des organisierten Antikommunismus.² Aber der Begriff der „Ordnung“ war vieldeutig, und insbesondere solange er als bloßer Formalbegriff der rechtlichen Normierung und Qualifizierung entbehrte,³ konnten sich hinter ihm die unterschiedlichsten politisch-sozialen Triebkräfte verbergen. Gerade in Krisenzeiten blieb daher das an Verteidigung, Notwehr und Ordnung orientierte Konzept ambivalent. Es konnte sich ebenso im legitimen staatlichen Einschreiten gegen unhaltbare Zustände äußern wie in „überschießenden“ konterrevolutionären Effekten. Scheidemann brachte diese Problematik mit Blick auf den in Berlin herrschenden Belagerungszustand treffend zum Ausdruck, wenn er in der Nationalversammlung die Regierung Bauer ermahnte, „keinen Augenblick zu vergessen,

¹ Vgl. oben, S. 30.

² Der Begriff des „Antikommunismus“ ist im Zusammenhang dieses Kapitels bewußt unscharf gelassen und meint die Reaktion auf das ideologisch und organisatorisch uneinheitliche Spektrum des politischen Linksextremismus der Jahre 1919/20.

³ Vgl. oben, S. 34ff., die Ausführungen zu Carl Schmitt.

daß der Belagerungszustand nichts anderes ist als ein uns aufgedrängter Ausnahme- und Notwehrzustand, daß wir die Ausnahme nicht zur Regel werden lassen, die Notwehr nicht überschreiten dürfen.⁴ Während sich Belagerungszustand und „Ordnung“ im demokratischen Verständnis tatsächlich ausschließen, diente das Notwehrkonzept im Extremfall als legitimatorische Fassade rechtstotalitären Denkens und von ihm angetriebener Gewalt.

Die verschiedenen Abstufungen des Denkens in den Kategorien Notwehr und Ordnung lassen sich an den jeweiligen Maßnahmen studieren, mit welchen seitens des Staates ebenso wie auf freiwilliger Basis auf die großen Streikbewegungen der Jahre 1919 und 1920 reagiert wurde. Daß diese Bewegungen eine ernste Herausforderung an die bestehende „Ordnung“ darstellten, stand auch für gemäßigte Zeitgenossen außer Frage. In Frankreich, wo der syndikalistische Mythos des revolutionären Generalstreiks im politischen Bewußtsein fortlebte, erblickte man im Streik nicht selten eine Art Kriegshandlung, womit unausgesprochen an Sorel erinnert wurde.⁵ Dies galt zumindest, sofern der Streik die engen Grenzen korporativ-professioneller Interessenvertretung überschritt und „politisch“ wurde, wie dies in der ersten Jahreshälfte 1920 bei den großen Eisenbahnerstreiks der Fall war. „La grève, c'est la guerre“, resümierte im März 1920 der Senator Henry Chéron und forderte ein effektives Zwangsschlichtungssystem, um den latenten inneren Kriegszustand zu beenden.⁶ „Comme la guerre,“ so schrieb der Parlamentsabgeordnete Jean Fabry, „la grève tue à l'arrière du front: enfants sans lait, mères mal nourries, vieillards bousculés vers la tombe.“⁷ „Les grèves politiques, qui se multiplient sous prétexte de combattre la cherté de vie“, so lautete eine andere Stimme, „organisent un terrorisme permanent contre la production nationale.“⁸

Damit war ein Grundproblem der entwickelten Industriestaaten berührt, das im zeitgenössischen „Ordnungs“-Begriff enthalten war und dem Angewiesensein auf funktionierende Dienstleistungs- und Güterverteilungssysteme entsprang. Bereits der provisorische Berliner Arbeiter- und Soldatenrat ermahnte die Berliner Bevölkerung am 10.11.1918, „zur wirksamen Durchführung der revolutionären Bewegung ist *Ordnung* und *Ruhe* nötig.“ Die Lebensmittelverteilung, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurden unter ausdrücklichen Schutz des Volkes gestellt und ihre Bestreikung verboten.⁹ Ganz ähnlich warnten in Frankreich die reformistischen Gewerkschaftsführer vor der totalen Lahmlegung der öffentlichen Dienstleistungen durch politische Streiks. „La révolution qui aboutit à la famine“, so äußerte sich z.B. Léon Jouhaux,

⁴ Verhandlungen der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung, Stenographische Berichte, 1919/1920, 92. Sitzung, 7.10.1919, S. 2888.

⁵ Sorel hatte den Generalstreik in Parallele zum Krieg gesetzt. Siehe Georges Sorel, *Réflexions sur la violence* [La Bibliothèque du xx^e siècle], Paris 1990, S. 188.

⁶ Journal Officiel de la République française: Débats parlementaires, Sénat, Séance du 29 mars 1920, 30.3.1920, S. 415.

⁷ L'Intransigeant, 2.3.1920. Auch in Deutschland mangelte es nicht an Stimmen, die die alliierte Blockade während des Krieges mit der Streikbewegung in Parallele setzten. Wie die Gegner im Krieg, so hielt demzufolge auch der „Streikradikalismus [...] dasselbe Mittel der Hungerblockade [...] zur Befriedigung von Machtgelüsten für erlaubt.“ „Was ist die ‚Technische Nothilfe‘ und was will sie?“ Volkstümlicher Werbevortrag für Bezirks- und Ortsgruppen-Versammlungen [1919], Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (künftig BLHA) Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam, I Pol Nr. 1414, fol. 137.

⁸ Georges Bertholat, *La défense civique*, in: *Liberté*, 30.2.1920.

⁹ Eduard Bernstein, *Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk*, Bd. 1, Berlin 1921 (mehr nicht erschienen), S. 37f.

der Generalsekretär der C.G.T., „n'est pas la Révolution, c'est la destruction de celle-ci.“¹⁰ Eine ähnliche Auffassung vertrat der Sekretär der U.S.S., Perrot: „Lorsqu'on veut toucher au mécanisme même de la société, nous estimons qu'il ne faut pas commencer par le briser. Une société est comparable à une maison qui, quel que soit son état de vétusté et de délabrement, ne doit être démolie que lorsque la maison neuve édiflée sous son couvert peut donner un abri à ses habitants.“¹¹

Die Furcht vor dem Zusammenbruch der öffentlichen Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe und seinen etwaigen Folgen lag an der Wurzel jenes kollektiven „Anti-Chaos-Reflexes“, welcher der Revolutionierung von Industriestaaten strukturell entgegensteht.¹² Was das staatlich-politische Handeln während der unmittelbaren Nachkriegskrise betrifft, so äußerte sich dieser Anti-Chaos-Reflex in doppelter Hinsicht. *Erstens* ging es um den primär technischen Aspekt, wie die notwendigsten Lebensquellen der hochdifferenzierten Industriegesellschaft, wie die Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln, Strom und Gas, angesichts von Massenstreiks aufrechtzuerhalten war. Jener Verteidigungsreflex gegen das Chaos äußerte sich daher u.a. im staatlich oder auf Vereinsbasis organisierten Vorgehen gegen diejenigen Kräfte, von denen man annahm, sie suchten aus politischen Gründen die Stilllegung jener lebenswichtigen Systeme zu erzwingen. Die „allzu häufige und skrupellose Anwendung“ des Streiks als politische Waffe drohte demzufolge die „Lebensexistenz der Gesamtheit“ immer stärker zu gefährden. Dieses „Lebensrecht der Allgemeinheit“ hätte, so war man 1919 in Berliner Polizeikreisen überzeugt, zwar durch entsprechende Rücksichtnahme der Streikenden selbst gewahrt werden können. „Die Tatsachen der letzten Zeiten aber beweisen, daß die meisten Streiks nicht mehr in dieser gewerkschaftlichen Disziplin durchgeführt werden, daß nicht nur für diese Forderung keine tatsächlichen Bürgschaften gegeben werden können, vielmehr von terroristischen Minderheiten der Streik der lebenswichtigen Betriebe gerade als wirksamstes politisches Kampfmittel verkündet wird.“¹³

Von den technischen Aspekten des „Anti-Chaos-Reflexes“ waren also die politischen Konnotationen faktisch nicht zu trennen. *Zweitens* ging es daher auch um die Auswirkungen, die die Politisierung und Emotionalisierung jener Angst vor dem revolutionären Chaos nach sich zog. Dessen Identifizierung mit dem „Bolschewismus“ bzw. dem Linksextremismus im allgemeinen fungierte in diesem Zusammenhang als das wichtigste ideologische Bindemittel. Die Verhältnisse in Berlin und Paris unterschieden sich in dieser Hinsicht nicht grundsätzlich, wenn auch die Intensität der

¹⁰ Zit. nach Lefranc, Mouvement syndical, S. 224. Diese, auf der Sitzung des Comité confédéral vom 21.7.1919 geäußerte Auffassung entsprach im wesentlichen der von Merrheim vertretenen Neudefinition des Revolutionsbegriffes im Sinne einer konstruktiven „révolution économique“. Vgl. oben S. 59f. Zu Jouhaux' Haltung vgl. Georges u. Tintant, Jouhaux, S. 322ff.

¹¹ L'Atelier, 1.5.1920, zit. nach Lefranc, Mouvement syndical, S. 228. Dort auch weitere Belege.

¹² Der Begriff des „Anti-Chaos-Reflexes“ nach Richard Löwenthal, Bonn und Weimar: Zwei deutsche Demokratien, in: Heinrich A. Winkler, Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5), Göttingen 1979, S. 9–25, hier S. 11. Vgl. Ders., Einführung in: George Eliasberg, Der Ruhrkrieg von 1920 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 100), Bonn-Bad Godesberg 1974, S. XIIIff.; Ders., Vom Ausbleiben der Revolution in Industriegesellschaften, in: Historische Zeitschrift 232 (1981), S. 1–24, hier v.a. S. 22f. Vgl. auch Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 24f.; Ders., Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 13f. Der Sache nach findet sich der entsprechende Gedankengang bereits bei Bernstein, Revolution, S. 172.

¹³ „Das Problem des Streiks“ [1919], BIIIA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam, I Pol Nr. 1414, fol. 126.

Probleme variierte. In beiden Städten lassen sich daher eine ganze Reihe von strukturellen Gemeinsamkeiten beobachten. Ebenso glichen sich die spezifischen Probleme, die sich aus jener Ambivalenz des Ordnungsbegriffes und seinen latent oder offen konterrevolutionären Konnotationen ergaben. Die Instrumente staatlich organisierter Verteidigung gegen das „Chaos“ waren in technischer Hinsicht die „Technische Nothilfe“ bzw. die *unions civiques*, in militärischer Hinsicht die Freikorps bzw. analoge Freiwilligeneinheiten in Frankreich, die faktisch jedoch keine wirkliche Bedeutung erlangten.

Die Einrichtung der „Technischen Nothilfe“ in Deutschland ging auf die gespannte Berliner Situation in den ersten Januartagen des Jahres 1919 zurück. Angesichts der Streik- und Aufstandswelle der ersten Monate, wurden zunächst als „Technische Abteilungen“ fungierende, reguläre militärische Einheiten zum Schutz lebenswichtiger Betriebe gebildet.¹⁴ Allerdings kollidierte diese Organisationsform mit den militärischen Bedingungen des Versailler Friedensvertrags, der die Höchststärke des republikanischen Heeres auf 100.000 Mann festlegte. Unter der Leitung des Reserveoffiziers Otto Lummitzsch wurde daher im September 1919 die zivile „Technische Nothilfe“ (TN) als Nachfolgeorganisation eingerichtet, zunächst noch unter dem Geschäftsbereich des Reichswehrministeriums, ab November 1919 des Reichsinnenministeriums. Im Erlaß des Reichsinnenministers vom 2. Februar 1920 kam die Zweckbestimmung der TN im Rahmen des oben skizzierten Kontextes deutlich zum Ausdruck. Hier wurde die Technische Nothilfe als „Arbeitsgemeinschaft, namentlich technisch vorgebildeter Arbeitskräfte“ bezeichnet, die „zur Sicherung der inneren Ruhe und Ordnung und des Wiederaufbaues des deutschen Wirtschaftslebens“ eingesetzt werde, „wo es sich um die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe handelt, sowie in Fällen der Not durch höhere Gewalt.“¹⁵

Unter dem Oberbefehl des Reichswehrministers Gustav Noske waren die „Technischen Abteilungen“ bzw. die TN bereits 1919 im Berliner Raum des öfteren eingesetzt worden.¹⁶ Insbesondere während der Märzunruhen spielten sie eine wichtige Rolle, so bei der Besetzung der Berliner und Charlottenburger Elektrizitätswerke am 7./8. März 1919, wo auch erstmals die Verwendung von Zeitfreiwilligen ins Auge gefaßt wurde.¹⁷ Die Freiwilligen, die nach der Auflösung der „Technischen Abteilungen“ das personelle Rückgrat der TN bildeten, wurden durch öffentliche Aufrufe und Anzeigen gezielt angeworben. Sie rekrutierten sich größtenteils aus Angehörigen technischer Berufe und aus Absolventen der Technischen Hoch- und Fachschulen. Als „freiwillige soziale Arbeitsgemeinschaft“ – so die TN-offizielle Charakterisierung – waren sie in der Lage, in den als lebenswichtig klassifizierten Betrieben notwendige technische „Erhaltungsarbeiten“ zu verrichten.¹⁸

Während es im März zu keiner wirklich gravierenden Streikbewegung kam und infolgedessen die Werbung freiwilliger Nothelfer rasch eingestellt wurde, erfolgte im

¹⁴ Das Folgende z.T. nach Michael H. Kater, Die „Technische Nothilfe“ im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 30–78.

¹⁵ Zitiert nach ebd., S. 31.

¹⁶ Vgl. Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 188.

¹⁷ „Technische Nothilfe. Entstehungsgeschichte“ [1919], BIIIA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam, I Pol Nr. 609/1.

¹⁸ Ebd.

Oktober 1919 der erste größere Einsatz. Als am 16. Oktober, auf dem Höhepunkt des Berliner Metallarbeiterstreiks, ein Sympathiestreik der Heizer und Maschinisten die öffentlichen Versorgungsbetriebe in Mitleidenschaft zu ziehen drohte, übernahmen freiwillige Mitarbeiter der TN in den Elektrizitätswerken Lichtenberg, Charlottenburg und Moabit die Funktionen der Streikenden.¹⁹ Daß die TN bereits zu diesem Zeitpunkt, kaum gegründet, sofort in das Spannungsfeld der politisch-sozialen Konflikte geriet, ist leicht einzusehen. Denn insofern als ihr Einsatz den auch verfassungsrechtlich neuralgischen Punkt der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts betraf,²⁰ konnte realistischerweise wohl kaum damit gerechnet werden, die TN aus dem Schußfeld politischer Auseinandersetzung zu halten und ihr den Vorwurf zu ersparen, sie sei eine arbeiterfeindliche „Streikbrecherorganisation“. Schon während der Gründungsvorbereitungen im September 1919 hatte der „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ bei der Reichsregierung heftig gegen die „Organisation technischer Hilfstruppen“ protestiert. Auch wenn dies von der Regierung nicht beabsichtigt sei, so werde die Streikwirkung durch eine solche Maßnahme praktisch aufgehoben; darüber hinaus befürchtete der Verband „unabsehbaren Schaden“ infolge der zu erwartenden Politisierung der ganzen Angelegenheit. Statt dessen sei – so betonte man unter Verweis auf eine entsprechende Resolution der städtischen Arbeiter Groß-Berlins – auf das soziale Pflichtbewußtsein der Arbeiter zu vertrauen, die eine Gefährdung der Allgemeinheit selbst nicht verantworten würden.²¹

Im Zuge des erwähnten Sympathiestreiks der Heizer und Maschinisten kamen die damit berührten Probleme zu ihrer vollen Geltung. Die mit der Streikleitung betraute Fünfzehnerkommission beeilte sich hervorzuheben, daß alle Notstandsarbeiten, insbesondere in den Krankenhäusern, aufrechterhalten werden sollten. „Diese [...] Maßnahmen sind auch deshalb getroffen, um der unter militärischem Schutz stehenden sogenannten ‚Technischen Nothilfe‘ die Möglichkeit zu nehmen, unter dem Schutz des Militärs in die Betriebe einzurücken, unter dem Vorgeben, die Notstandsarbeiten verrichten zu wollen. Die Maschinisten und Heizer besitzen selbst soviel Gemeinschaftsgefühl, um die notwendigen Arbeiten aufrecht zu erhalten.“²² Ganz anders freilich stellte sich die Situation dem leitenden Propaganda- und Pressebeauftragten der TN dar: Mehrere Klinikdirektoren, so berichtete er den Berliner Pressevertretern, hätten ihm versichert, nur mit Talglicht und ohne Wasser zum Operieren gezwungen gewesen zu sein. Andere Schwerkranke hätten überhaupt nicht operiert werden können und seien infolgedessen gestorben, „und dann weiter, wieviel Säuglinge haben elend eingehen müssen, da die wenige Milch, die ihnen noch geliefert werden kann, nicht gewärmt werden konnte.“²³

Angesichts dieser Polarisierung, aber auch gezielten Emotionalisierung²⁴ ist kaum zu entscheiden, wie sich letztlich die Verantwortlichkeiten für tatsächliche Härtefälle

¹⁹ Siche Freiheit, Nr. 503, 18.10.1919.

²⁰ Dazu ausführlich Kater, „Technische Nothilfe“, S. 35ff.

²¹ BAP, RAM Nr. 1966, fol. 3–4, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an Ministerpräsident Gustav Bauer, 26.9.1919. Vgl. ebd., fol. 25–26, das Schreiben und die Resolution der Gemeinde- und Staatsarbeiter Berlins vom 29.10.1919.

²² Freiheit, Nr. 499, 16.10.1919.

²³ BAP, RAM Nr. 1966, fol. 7, Vortrag vom Oktober 1919. Über eine entsprechende dringende Bitte der Moabiter Krankenhäuser an die TN berichtete WTB, siehe Deutsche Zeitung, Nr. 472, 18.10.1919.

²⁴ Ein prägnantes Beispiel für solche gezielte Emotionalisierung ist etwa ein von der TN herausgegebenes Flugblatt aus dem Jahre 1920, wo es u.a. heißt: „Nuch, ihr deutschen Frauen, treffen die verhängnis-

infolge der Lahmlegung lebensnotwendiger Betriebe verteilen. Wie komplex das Beziehungsgeflecht zwischen Streikenden, Betroffenen und Regierung bzw. Nothilfe war, illustriert treffend der Fall des Reinickendorfer Wasserwerkes, dessen Maschinen von der Firma Borsig geliefert worden waren. Im Zuge des Metallarbeiterstreiks waren die mit der Wartung der Maschinen betrauten Monteure zurückgezogen worden, so daß Ende Oktober die Wasserversorgung des dichtbesiedelten, überwiegend proletarischen Bezirks zusammenzubrechen drohte. Der Gemeindevorstand bemühte sich daraufhin, von der Fünffzehnerkommission die Freigabe der in Frage stehenden Monteure zu erwirken, erhielt jedoch zur Antwort, zwar könne die Freigabe sofort erfolgen, doch zuvor müßten die Unternehmer „ihren halstarrigen Herrenstandpunkt aufgeben. Die Arbeiterschaft habe stets lebenswichtige Betriebe vom Streik ausgeschlossen. Jetzt seien es die Unternehmer, die infolge ihres brutalen Verhaltens die Bevölkerung in katastrophale Not brächten.“ Bezeichnenderweise machte sich der Gemeindevorstand die Haltung der Streikleitung zu eigen, befand sich doch nach Aussage eines ihrer Vertreter der Großteil der Bevölkerung selbst im Streik. Während man also von der Regierung das Einschreiten gegen den „Herrenstandpunkt“ der Unternehmer forderte, wurde das Eingreifen der Technischen Nothilfe abgelehnt, da dies „schwere Unruhen befürchten“ lasse.²⁵

Während also große Teile der Berliner Arbeiterschaft die Technische Nothilfe primär als feindliche Streikbrecherorganisation betrachteten, spielte sie im Kalkül der Regierung Bauer eine feste Rolle innerhalb eines übergeordneten Notwehr- und Ordnungskonzepts. Allerdings verdeutlichen die Vorgänge um das Reinickendorfer Wasserwerk die Einseitigkeit jener regierungsamtlichen Auffassung, bei den Streikaktionen handle es sich um die rein politisch motivierte „Hetze“ einzelner, die auf wirtschaftlichen Zusammenbruch, Gewalt und Chaos ziele. In ihrer Gründungsphase stand die Technische Nothilfe – zusammen mit Belagerungszustand, Freikorps und Polizeieinsatz – in einem spezifischen funktionalen und politischen Zusammenhang, demgegenüber die offiziellen Beteuerungen der TN, sie handle „unpolitisch“ und ausschließlich am Wohle der Allgemeinheit orientiert, problematisch blieben. Charakteristisch hierfür ist die Art und Weise, mit der Reichswehrminister Noske vor der Nationalversammlung unter anderem zu dem genannten Sympathiestreik Stellung nahm. Noskes Name steht gleichsam stellvertretend für jenes Notwehr- und Ordnungskonzept, wenn er sich damals auch noch der uneingeschränkten Rückenbedeckung durch die Regierung sicher sein konnte. „Gegen neuen Bürgerkrieg und Bürgerkampf“ waren demzufolge „gebieterisch Sicherungsmaßregeln erforderlich, wenn wir nicht unser Land und unser Volk einer Katastrophe entgegentreiben lassen wollen.“²⁶ Und mit der Gefährdung der Energieversorgung für die Reichshauptstadt

vollen Folgen eines solchen Streikwahnsinns am allerersten als Gattinnen, Mütter und Hausfrauen. Wenn die Wärme und Licht spendenden Quellen zum Versiegen gebracht sind, wenn in euren Heimstätten das Wasser fehlt, wenn die Ernährung und Kohlenzufuhr stockt, weil der Verkehr verbrochenerisch lahmgelegt ist, wenn ihr schwachen und kranken Familienangehörigen nicht helfen könnt und der Keim langen Siechtums oder gar des Todes in die zarte Brust eurer kleinen Lieblinge gelegt wird, dann spürt ihr so recht die Gefahr der gewaltsam und gewissenlos herbeigeführten Arbeitsruhe in jenen unsagbar wichtigen Betrieben, die den Ausgangspunkt aller Lebensmöglichkeiten bilden.“ „Die Technische Nothilfe an die deutschen Frauen“ [1920], BAP, RAM, Nr. 1966, fol. 120.

²⁵ BAP, RAM Nr. 2403, fol. 33f., Gemeindevorstand Reinickendorf an die Reichsregierung, 31.10.1919.

²⁶ Gustav Noske, in: Verhandlungen der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung, Stenographische Berichte, 1919/1920, 94. Sitzung, 9.10.1919, S. 2954.

war für Noske „ein Maß an Nichtswürdigkeit, Schamlosigkeit und Terrorismus“ erreicht, das bei weitem alles übertraf, „was jemals unter dem alten Regime von mir und meinen Freunden in diesem Hause geißelt worden ist.“²⁷ Zugleich aber stellte Noske „mit lebhafter Genugtuung fest, daß der [...] Apparat der *Nothilfe* [...] erfreulicherweise einen solchen Umfang angenommen hat, daß ich glaube, der Berliner Bevölkerung die Garantie geben zu können, daß sie der Gefahr nicht ausgesetzt ist, infolge der Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe schwere Schädigungen in ihrer Existenz und etwa in ihrer Gesundheit und ihrem Leben hinnehmen zu müssen.“²⁸

Man hat Noske sehr treffend mehr als „Ordnungspolitiker“ denn als „Reformpolitiker“ charakterisiert.²⁹ Und aus der Sicht des verantwortlich handelnden Ordnungspolitikers, der mit einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß an linksradikaler Agitation und Gewaltbereitschaft konfrontiert war, war Noskes Argumentationsweise höchst verständlich. Andererseits wurde mit seiner Vorgehensweise jene schiefe Ebene betreten, auf der die normative Qualifizierung des Ordnungsbegriffes gleichsam ins Rutschen geriet, wozu schließlich auch die grundsätzliche Leugnung des Austrags legitimer Interessengegensätze gehören konnte. Die Technische Nothilfe machte in dieser Hinsicht keine Ausnahme, wenn sie einerseits vom harmonisierend-idealisierten Bild eines empirisch nicht auffindbaren „Allgemeininteresses“ ausging und daneben primär nur „die Hetzarbeit weniger Radikaler“ gelten ließ.³⁰ Der Grundgedanke der Technischen Nothilfe war zwar an und für sich zweifellos legitim; problematisch wurde er allerdings, wenn er normativ verabsolutiert und für die eigenen politisch-sozialen Präferenzen instrumentalisiert wurde. Einem solchen absolut gesetzten Allgemeininteresse stand dann lediglich das Handeln von feindlich gesonnenen Gruppierungen entgegen. Klassenkampf, „egoistisches“ Einzelinteresse und Agitation erschienen als a priori verwerflicher Gegensatz zu der auf dem Gemeininteresse ruhenden „Kultur“.³¹ Dem entsprach es auch, wenn z.B. der Leiter der Technischen Nothilfe, Lummitzsch, Versammlungen abhalten ließ, auf denen, nach einem Bericht eines Beamten aus dem Reichsarbeitsministerium, „hochpolitische Referate“ gehalten wurden, welche die „bolschewistische Gefahr in den schwärzesten Farben darstellten“, für die Arbeiterbewegung aber „nur geringes Verständnis“ bewiesen.³² Aus dieser Perspektive, die letztlich die Akzeptanz strukturell bedingter Interessenkonflikte verweigerte, war es bis zum in der Substanz totalitären Freund-Feind-Denken nur noch ein kleiner Schritt.

Es kennzeichnet die strukturellen Analogien, von denen die Nachkriegsprobleme Deutschlands und Frankreichs geprägt waren, daß in Frankreich mit den *unions civiques* ein direktes Gegenstück zur Technischen Nothilfe eingerichtet wurde.³³ Die Prognose eines Potsdamer Polizeiberichts aus dem Jahre 1919, die anderen Länder würden

²⁷ Ebd., 101. Sitzung, 17.10.1919, S. 3210. Tatsächlich war der Stadtteil Neukölln in der Nacht am 16. Oktober 1919 ohne Strom und Gas geblieben.

²⁸ Ebd. Vgl. zum ganzen Wette, Noske, S. 618ff.

²⁹ So Wette, Noske, S. 787.

³⁰ BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam, I Pol Nr. 609/1, „Technische Nothilfe. Entstehungsgeschichte“ [1919].

³¹ Siehe etwa Emil Barth, Klassenkampf?, in: Die Räder 1 (1920), Nr. 13, S. 3f.; Ders., Erst das Allgemeininteresse, in: Die Räder 1 (1920), Nr. 15/16, S. 4f.

³² BAP, RAM Nr. 1966, fol. 104, Bericht Lüdemann an das Reichsarbeitsministerium, 22.3.1920.

³³ Vgl. den aus dem Französischen übersetzten und unter der Überschrift „Die ‚Unions Civiques‘. Die französische Technische Nothilfe“ neu abgedruckten Artikel in: Die Räder 2 (1921), S. 318–320.

„ebenfalls kaum um eine andere Lösung kommen“, erwies sich mit Blick auf das westliche Nachbarland als zutreffend.³⁴ Denn auch die Entstehungsgeschichte der *unions civiques* stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der großen Streikwelle des Jahres 1919. Im September 1919 begannen sich die Pariser Behörden über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Versorgungsbetriebe im Falle eines Generalstreiks Gedanken zu machen. Dabei rekurierte man ganz ähnlich, wie dies bei der Technischen Nothilfe der Fall gewesen war, zunächst auf den Einsatz von militärischen Einheiten. Allerdings stand dem die Einsicht entgegen, daß nach der in vollem Gange befindlichen Demobilisierung die militärischen Kräfte keinesfalls für die ins Auge gefaßten Notstandsarbeiten ausreichen würden.³⁵ Während der Präfekt des Départements Seine eine Anzahl von 14.000 Nothelfern für unentbehrlich hielt, sah sich der Militärgouverneur der französischen Hauptstadt nur zur Freistellung von einigen hundert regulären Soldaten in der Lage. Die umfangreiche Anwerbung von „personnel civil bénévole“ erschien also bereits zu diesem Zeitpunkt, noch unter der Regierung Clemenceau, unabdingbar.³⁶

Die ersten Überlegungen vom Herbst 1919 wurden im Januar 1920, nunmehr unter dem Ministerpräsidenten Millerand, wiederaufgenommen, als die Unruhe unter den Eisenbahnarbeitern anstieg und sich hier eine größere Streikbewegung abzeichnete. Es wurde beschlossen, im Falle einer Stillelegung des öffentlichen Transportwesens an die „bonnes volontés“ zu appellieren sowohl hinsichtlich ihrer Arbeitskraft als auch in bezug auf materielle Unterstützung durch private Automobile etc. Erst nach dem ersten Eisenbahnerstreik jedoch, im März 1920, und in Erwartung eines konfliktreichen Frühjahrs, forcierte das Innenministerium die planmäßige Bildung freiwilliger ziviler Einheiten zur Sicherung der öffentlichen Dienstleistungsbetriebe.³⁷ Jener Notwehrgedanke, von dem einleitend die Rede war, spielte auch hier die zentrale Rolle: „Le 1^{er} mai approche, gros de menaces révolutionnaires, et il importe d'être prêt si l'on veut, barrer la route aux fauteurs de troubles et peut-être d'émeutes.“³⁸

Ebenso wie es die Regularien der deutschen Nothilfe vorsahen, sollten die zu bildenden Einheiten von vornherein dem Vorwurf des Streikbruchs entzogen werden und nur einem einzigen Ziel dienen: „en dehors de tout esprit de classe, de toute opinion politique, en cas de grève des employés des services publics indispensables à la vie des populations, d'aider les pouvoirs publics à assurer le fonctionnement de ces services ainsi que le ravitaillement de la population, étant bien entendu par ailleurs que dans les conflits entre employeurs et employés, elle devra conserver la plus stricte neutralité.“³⁹

Die ersten *unions civiques* wurden im April 1920 in Paris und Lyon gegründet, bis zum Ende des Jahres gab es bereits eine Konföderation von 46 departementalen *uni-*

³⁴ BIIIA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam, I Pol Nr. 1414, fol. 127, „Das Problem des Streiks“ [1919].

³⁵ Dies und das folgende nach dem Memorandum in AN F7 14608, „Grèves des services publics – Personnel de remplacement – Emploi et organisations des corps de volontaires – Unions Civiques. Notes pour M. le Ministre de l'Intérieur, février 1921, S. 1–28.

³⁶ *Ibid.*, S. 1.

³⁷ Zirkulare des Innenministers an die Präfekten vom 8. März und 14. April 1920.

³⁸ *Ibid.*, S. 4. Vgl. Théodore Aubert, *Une forme de défense sociale. Les Unions Civiques*, Paris 1921, S. 7f.

³⁹ AN F7 14608 (wie Anm. 35), S. 5f. (Zirkular des Innenministeriums an die Präfekten vom 8.3.1920).

ons civiques.⁴⁰ Daß sich die Pariser Union von Beginn an durch besondere Dynamik auszeichnete, ist nicht überraschend. Als mit Abstand größte urbane Agglomeration des Landes mußte die französische Metropole in besonderem Maße jenen „Anti-Chaos-Reflex“ dienstleistungsabhängiger Gesellschaften empfinden, zumal sie ja zugleich die Hochburg bürgerlichen Ordnungsdenkens war. Noch bevor die *unions civiques* offiziell gegründet worden waren, hatten sich auf die ersten öffentlichen Aufrufe hin bereits mehrere tausend Bewohner des Départements Seine zu freiwilligen Notstandsarbeiten v.a. im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs gemeldet. Innerhalb kürzester Zeit eröffnete jede *mairie* ein eigenes lokales Aufnahmeregister, in dem die Freiwilligen erfasst und nach ihren je persönlichen Fähigkeiten klassifiziert wurden.⁴¹ Nach Aussage eines ihrer Gründungsmitglieder umfaßte die Pariser *union civique* Anfang Mai 4.000 und Mitte Mai schon mehr als 10.000 Mitglieder.⁴² Zusammen mit anderen, von den Präfektoralbehörden ins Werk gesetzten Gegenmaßnahmen spielte die Pariser *union civique* eine wichtige Rolle in der Niederschlagung der großen Streiks vom Mai 1920.⁴³

Allerdings erhielten die *unions civiques* nicht wie die Technische Nothilfe einen quasi-behördlichen Status, sondern fungierten gemäß dem Gesetz von 1901 als private Vereine, über deren Konstitution und Zusammensetzung die Präfekten jedoch die Aufsicht führten. Innerhalb dieses Rahmens ließ die Verordnung des Innenministeriums den Präfekten einen relativ großen Gestaltungsspielraum, der genügend Flexibilität für die regionalen und lokalen Besonderheiten der einzelnen Departements verbürgte. Im Einsatzfall freilich hatten die *unions civiques* unter die staatliche Autorität des jeweiligen Departementspräfekten zu rücken: „Le Gouvernement et ses représentants étant seuls responsables de l'ordre, il est indispensable que l'autorité soit où est la responsabilité, c'est-à-dire en vos mains.“⁴⁴

Ein weiterer wichtiger Unterschied betraf die im Vergleich zur Technischen Nothilfe doppelte Aufgabenstellung der *unions civiques*. Zwar wurden sie von Beginn an als rein zivile Einheiten, unter Federführung des Innenministeriums, konzipiert. Doch hatten die Behörden nach dem gescheiterten Generalstreikversuch der Eisenbahner vom Mai 1920 mehr denn je den Eindruck, die verfügbaren militärischen Kräfte reichten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung keinesfalls aus.⁴⁵ Seit Ende April 1920 wies das Innenministerium daher den *unions civiques*, neben ihrem technischen Einsatz bei Bestreikung lebenswichtiger Betriebe, auch die Funktion einer polizeilichen Hilfstruppe zu. Indessen scheiterte dieses Vorhaben zunächst an der grundsätzlichen Weigerung der ehemaligen Frontkämpfer – die am ehesten als Freiwillige in Frage kamen –, innerhalb eines Polizeikorps zu agieren.⁴⁶ Zumal auch die bereits gebildeten *unions civiques* den dringenden Wunsch äußerten, „daß die Freiwilligenkorps einen möglichst soldatischen Charakter erhalten sollten“,⁴⁷ wurden bis zum Juli 1920

⁴⁰ Ebd., S. 10.

⁴¹ AN F7 14608, Schreiben von Autrand (Präfekt des Dept. Seine) an Steeg (Ministre de l'Intérieur), 13.3.1920. Vgl. ebd., Schreiben des Préfet de Police à M. le Ministre de l'Intérieur, 19.3.1920.

⁴² Georges Grosjean, Ce que veut l'Union Civique, La Liberté, 11.5.1920.

⁴³ Autrand an Steeg, 2.6.1920, AN F7 13618. Zu den anderen Maßnahmen gehörte etwa der Einsatz von technischen Hochschülern, Marineangehörigen und chinesischen Fremdarbeitern.

⁴⁴ AN F7 14608, Grèves des services publics, S. 8 (Zirkular vom 14.4.1920).

⁴⁵ Ebd., S. 11.

⁴⁶ Ebd., S. 14.

⁴⁷ Ebd., S. 15.

vom Kriegs- und Innenministerium gemeinsam neue Richtlinien zur Bildung militärischer Freiwilligenkorps ausgearbeitet. Die neu zu bildenden, militärisch organisierten „gardes civiques“ hatten sich demzufolge im Regelfall auf den Schutz von Eisenbahnlinien, Telegraphie- und Posteinrichtungen, Wasser- und Elektrizitätswerken, öffentlichen Gebäuden etc. zu beschränken. Lediglich im Ausnahmefall, im Falle einer erheblichen Gefährdung der öffentlichen Ordnung – „révolte ouverte, à main armée“ –, war auch ihr militärischer Einsatz vorgesehen.⁴⁸ Ein zeitgenössischer Anwalt der *unions civiques* charakterisierte ihre doppelte Aufgabenstellung folgendermaßen: „Dislocation économique, emploi de la violence et de la terreur. Voilà les deux armes principales qui peuvent détruire les institutions et la prospérité d'un pays. Les organisations civiques vont donc présenter deux formes principales d'activité qu'on distinguera sous les noms de *Services auxiliaires économiques* destinés à combattre la dislocation économique et de *Gardes civiques*, dont le rôle sera d'aider les pouvoirs publics dans la répression de la violence et le combat contre le terrorisme.“⁴⁹

Mit der ihnen zugewiesenen doppelten Funktion stellten die *unions civiques* also nicht nur ein direktes Gegenstück zur Technischen Nothilfe dar, sondern auch zu den Einwohnerwehren in Deutschland, in nuce auch zu den Anfang 1919 hier aufgestellten Freikorps. Freilich erreichten sie in militärischer Hinsicht keine faktische Bedeutung, nicht zuletzt weil nach dem Mai 1920 die innere Sicherheit Frankreichs zunächst nicht mehr gefährdet war. Daß das Notwehr- und Ordnungskonzept der *unions civiques* trotzdem gewisse Ansatzpunkte für totalitäre Tendenzen bot, die denen von TN, Einwohnerwehren und Freikorps potentiell ähnelten,⁵⁰ wird in mehrerer Hinsicht deutlich. Die *unions civiques* begriffen sich als Instrumente der „sozialen Verteidigung“, die sich aus allen „partis de l'ordre“ rekrutierten, sie begriffen sich als „centre de ralliement des partisans d'ordre“.⁵¹ Der für die Gründer der *unions civiques* primär relevante Bezugspunkt war die „menace révolutionnaire“, ausgehend von einer winzigen agitatorischen Minderheit, die im Begriff war, rote Garden aufzustellen, politische Streiks zu schüren und in den revolutionären Generalstreik münden zu lassen: „Ils [= les agitateurs] savent qu'en Russie quelques milliers d'exaltés ont pu dominer par l'épouvante un peuple immense, ils rêvent faire de la France victorieuse une autre Russie, conquérir le pouvoir par la violence et le conserver par la terreur.“ Angesichts dieser tödlichen Gefahr, die das Land zu lähmen und in die „schlimmsten Katastrophen“ zu stürzen drohe, gelte es die „défense sociale“ zu organisieren. Mithin lag es an den „bons citoyens“ und „forces saines“ des Landes, Generalstreik, Revolution, Gewalt und Bürgerkrieg durch rechtzeitige Mobilisierung und durch präventives Handeln zu verhindern.⁵² Als Zielgruppe, die in diesem Sinne für die *unions civiques* zu gewinnen war, dachte man an Personen und Gruppierungen, die durch „die Ideen der Ordnung, der Arbeit und des Patriotismus“ geleitet seien und jegliche „internationalistische Tendenz“ von sich wiesen.⁵³

Das von der (internationalistischen) Arbeiterbewegung angewendete Mittel des Streiks zum kollektiven Austrag von Interessengegensätzen stand unter dieser Per-

⁴⁸ Ebd., S. 19 u. 24. Für die Details siehe den Wortlaut der „Instruction sur l'Organisation & l'emploi des Corps de volontaires institués par le Décret du 17 mai 1920“ vom 26.7.1920 in AN F7 14608.

⁴⁹ Aubert, Unions Civiques, S. 9.

⁵⁰ Zu den Einwohnerwehren siehe unten, S. 301ff.

⁵¹ Grèves des services publics (wie Anm. 35), S. 25; Aubert, Unions Civiques, S. 7.

⁵² AN F7 14608, Flugblatt der Pariser Union Civique, 5.4.1920. Vgl. Aubert, Unions Civiques, S. 7ff.

⁵³ AN F7 14608, Note pour l'Organisations des UNIONS CIVIQUES en Province, 6.4.1920.

spektive gewissermaßen unter permanentem Politikverdacht und wurde somit grundsätzlich suspekt. Die Funktion der *unions civiques* reduzierte sich dann auf eine „armée de la contre-révolution“, wie es eines ihrer Gründungsmitglieder 1922 sah: „Quand [le public] s’est aperçu [que les grèves] prenaient un caractère politique, insurrectionnel et qu’elles servaient surtout de prétexte à créer le désordre et la misère comme ferments de révolution [...], il a compris qu’il avait le devoir d’intervenir de se défendre.“⁵⁴ Ganz im Sinne eines am Optionszwang zwischen den Extremen orientierten Denkens rühmte der Autor die Direktion der *unions civiques*, die 1920 unermüdlich daran gearbeitet habe, „à préparer la mobilisation de l’armée de l’ordre contre celle du désordre.“⁵⁵ Unter diesem Aspekt ließ sich von den *unions civiques* gar die definitive Überwindung des Klassenkampfgedankens erhoffen: „Si les évangélistes du désordre voient se dresser devant eux l’armée de l’ordre, nombreuse, ferme, résolue, nul doute qu’ils ne renoncent rapidement à leur rêve de lutte de classe et de sabotage national. Nous arrivons à un tournant de l’histoire où des énergies rivales vont s’affronter: il faut lutter et savoir lutter ou sinon se résigner à disparaître.“⁵⁶

Die zwiespältige Existenz der *unions civiques* zwischen sozialer Verteidigung und konterrevolutionärem Affekt wird nicht zuletzt darin deutlich, daß die Bildung quasi-militärischer Freiwilligenkorps von der Regierung geheimzuhalten versucht wurde. So erschien keines der vorbereitenden Dekrete im Journal Officiel. Man habe geglaubt, so rechtfertigte man im Innenministerium nachträglich diese Form der Arkanpolitik, „daß es zur Vermeidung von Zwischenfällen günstiger gewesen sei, den Freiwilligenverbänden in der Phase ihrer Bereitstellung eine gewisse Geheimhaltung zukommen zu lassen.“⁵⁷

Standen Teile der liberalen Presse den „Streikbrechern“ der *unions civiques* von Anfang an äußerst kritisch gegenüber,⁵⁸ so bewirkte die öffentliche Decouvrierung der militärischen Freiwilligenformationen im Oktober 1920 einen Sturm der Entrüstung.⁵⁹ Dabei kennzeichnet es die spezifische, hoch emotionalisierte Stimmungslage, in der sich auch das im Vergleich zu Deutschland erheblich stabilere Frankreich befand, daß der Topos vom Bürgerkrieg sofort allgegenwärtig wurde. „Une armée blanche“,⁶⁰ eine „organisation de guerre civile“,⁶¹ „les Francs-tireurs de la guerre civile“,⁶² „on organise la guerre civile“⁶³ – so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen, mit der die Blätter der politischen Linken nunmehr die *unions civiques* zu diskreditieren suchten. Die Bedrohungsrichtung hatte sich aus dieser Perspektive umgedreht: Nicht mehr politische Agitatoren und Streikhetzer gefährdeten den inneren Frieden, sondern die geheimen Bürgerkriegstruppen, die „weiße Garde“ derjenigen, die die Verteidigung der bestehenden „Ordnung“ mit konterrevolutionären Zielen verbanden. Die kollektive Psychologie solcher wechselseitigen Bedrohungsängste und Notwehrlegitimatio-

⁵⁴ Colonel Romain, L’armée de la contre-révolution. Les Unions Civiques, in: La Renaissance politique, littéraire, artistique, 2.5.1922, S. 2. Zusätze von mir.

⁵⁵ *Ibid.*, S. 3.

⁵⁶ *Ibid.*, S. 4.

⁵⁷ Grèves des services publics (wie Anm. 35), S. 20.

⁵⁸ Siehe etwa L’ère Nouvelle, 7.4.1920; 12.4.1920; 30.4.1920.

⁵⁹ In Lyon waren einige Zirkulare, mit denen die lokale Union Civique für Freiwillige geworben hatte, bekannt geworden. Vgl. Grèves des services publics (wie Anm. 35), S. 21.

⁶⁰ La Lanterne, 10.10.1920.

⁶¹ L’Œuvre, 21.12.1920.

⁶² Le progrès civique, 9.10.1920.

⁶³ La Bataille, 15.10.1920.

nen gefährdete tendenziell das Gewaltenmonopol des Staates. Daß auch in Frankreich das Potential derartiger Konflikte bestand, illustriert treffend die Stellungnahme der Gewerkschaften des Départements Nord: „Le Gouvernement [...] fait créer dans certains centres des Unions civiques. Quelques révélations ont prouvé que ces groupes sont armés, équipés, habillés et casqués par les soins des complices de ceux qui nous dirigent. Cette provocation à la guerre civile serait suffisante pour nous donner le droit de prendre des précautions du même genre et nous manquerions à notre devoir si nous n’avisions pas les militants et les ouvriers du danger que nous courons tous en commun.“⁶⁴

II. Die Bürgerkriegskämpfe in Berlin 1919

Während nun in Frankreich die militärischen Freiwilligeneinheiten infolge der sich rasch stabilisierenden Lage ohne Kampfeinsatz blieben, hatte in Deutschland das Prinzip des rechtsstaatlichen Gewaltmonopols durch die bürgerkriegsartigen Kämpfe des Jahres 1919, in Berlin v.a. während des Januaraufstandes und der Märzkämpfe, bereits unabsehbaren Schaden erlitten. Die Gefahr seiner Dekomposition ging dabei nicht von einer spezifischen Gruppe oder Macht im Staate allein aus; vielmehr war es die Dialektik zwischen der hemmungslosen Agitation der extremen Linken einerseits und der „überschießenden“ Reaktion andererseits, die den Weltkrieg zeitweise in den Bürgerkrieg münden zu lassen drohte. Bezeichnenderweise kreisten die Auseinandersetzungen dabei beständig um die Pole Notwehr und Ordnung, und ihre wechselseitige Beschwörung setzte von Dezember 1918 bis März 1919 eine schlimme Spirale der Gewalt in Gang.⁶⁵

Gegen die „Ordnung“, die sich die Revolutionsregierung herzustellen bemühte, wandte sich der Spartakusbund von Beginn an in den heftigsten Wendungen. Im Bestreben des Rates der Volksbeauftragten sowie der großen Mehrheit der Rätebewegung selbst, die Revolution in einen Zustand demokratischer Stabilität zu überführen,

⁶⁴ AN F7 14608, Zirkular der Union Départementale des Syndicats ouvriers du Nord, Dezember 1920.

⁶⁵ Im folgenden geht es nicht um den gut erforschten und im einzelnen bekannten äußeren Ablauf der Ereigniskette in Berlin von den Zusammenstößen im Dezember 1918 über den Januaraufstand zu den Märzkämpfen 1919. Vielmehr sollen im Kontext unserer Fragestellung die Dialektik und die Interdependenz der wechselseitigen Bedrohungsgefühle und Gewaltpotentiale aufgezeigt werden. Dies scheint mir ein Desiderat angesichts der vorliegenden Forschung zu sein, die die Berliner Bürgerkriegskämpfe zumeist *entweder* aus der Perspektive der Arbeiterbewegung *oder* aus der Perspektive der Gegenrevolution bzw. der Freikorps betrachtet. Der innere Zusammenhang der Bewegung geht dabei häufig verloren. Siehe im einzelnen: Karl-Heinz Luther, Die nachrevolutionären Machtkämpfe in Berlin, November 1918 bis März 1919, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 8 (1959), S. 187–221. Eric Waldman, The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement. A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice, Milwaukee 1958, v.a. S. 171ff.; Kolb, Arbeiterräte, v.a. S. 223ff.; Miller, Bürde, v.a. S. 225ff. u. 260ff.; Kluge, Soldatenräte, S. 222–270; souveräne Zusammenfassung bei Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, v.a. S. 97ff., 122ff., 178ff. Aus der Sicht der Freikorps Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920 (Militärgeschichtliche Studien 8), Boppard am Rhein 1969, v.a. S. 71ff.; Hannsjoachim Koch, Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918–1923, Frankfurt/M. 1978, v.a. S. 67ff. Die Arbeit von Klaus Thewclit, Männerphantasien, 2 Bde., 2. Aufl., Basel u. Frankfurt/M. 1986, bietet zwar z.T. nicht uninteressante Einsichten in das individuelle Psychogramm mancher Freikorpskämpfer, trägt aber zum historischen Verständnis der Vorgänge von 1918/19 nichts Wesentliches bei.

erblickten die Spartakisten per se ein gegenrevolutionäres – und damit gewaltsames – Unterfangen. Die parlamentarische Demokratie und der bürgerliche Rechtsstaat waren für sie letztendlich identisch mit jener kapitalistischen „Ordnung“, aus der der Weltkrieg hervorgegangen war. Daß also legitime Gegengewalt gegen eine sozialdemokratische Regierung eingesetzt werden müsse, die ihm als konterrevolutionär und potentiell gewalttätig galt, gehörte daher vom ersten Tag der neuen Republik an zum agitatorischen Standardrepertoire des Spartakusbundes. Schon in seinem Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Berlins vom 10.11.1918 forderte der Spartakusbund die Bewaffnung des Volkes und den Sturz der „Scheidemänner“ und „Regierungssozialisten“, „die euch vier Jahre lang verraten haben.“⁶⁶ Die „Einberufung der Nationalversammlung“, so beschlossen Anfang Dezember mehrere Spartakusversammlungen in Berlin, sei „ein Mittel, die Gegenrevolution zu stärken“; die „Verräter der Arbeiterklasse [...] Scheidemann-Ebert und Genossen“ gelte es zu verjagen und „das arbeitende Volk zum Schutze der Revolution“ zu bewaffnen.⁶⁷ Keine Gelegenheit ließen die Spartakisten verstreichen, um diese Forderung propagandistisch und agitatorisch zu verschärfen. Ihren äußerst geringen Einfluß in den Betrieben sowie in den Arbeiter- und Soldatenräten suchten sie durch die Organisation von aufputschenden Versammlungen, Straßendemonstrationen, schließlich durch Einschüchterung mittels „direkter Aktionen“ zu kompensieren. So schritten die Spartakisten in Berlin im November 1918 wiederholt zu erpresserischen Besetzungen von Zeitungsredaktionen und Druckereien.⁶⁸ Bei allen diesen Aktionen schreckten sie niemals davor zurück, auch sozial entwurzelte Jugendliche, Deserteure, Arbeitslose und andere gleichsam „lumpenproletarische“ Elemente für ihre Ziele zu mobilisieren.⁶⁹

Obschon sich der Spartakusbund in einer evidenten Minderheitenposition befand, beeinflusste er dadurch den Verlauf der Revolutionsmonate in entscheidender Weise. Abgesehen davon, daß in Zeiten des revolutionären Machtvakuum die Bedeutung aktivistischer Minderheiten ohnehin entscheidend wächst, konnten die Zeitgenossen gerade in Berlin keineswegs sicher sein, ob die bestehende Massenproteststimmung in Verbindung mit den radikalen spartakistischen Parolen nicht doch zu einer ersten Bedrohung für die innere Sicherheit und die bestehende, demokratisch zu festigende „Ordnung“ werden würde. Denn in der Reichshauptstadt bestand Ende 1918 ein riesiges soziales Protestpotential, das täglich durch den Zuzug Tausender Arbeitsloser und entlassener Frontsoldaten anwuchs.⁷⁰ Gerade in Berlin war dieses Potential auch durch den Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands nicht zu integrieren, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 tagte und mit großen Hoffnungen eröffnet wurde. Denn die in Berlin gültige Wahlordnung für den Allgemeinen Rätekongreß hatte das aktive Wahlrecht an die Existenz eines Beschäftigungsverhältnisses

⁶⁶ RF Nr. 2, 10.11.1918, abgedr. in: Dokumente und Materialien II/2, S. 341f. (das Zitat S. 342).

⁶⁷ RF Nr. 17, 2.12.1918, abgedr. ebd., S. 522.

⁶⁸ BAP Reichskanzlei St. 8/7, Bd. 1, fol. 4–7, Schreiben des Verlagshauses August Scherl an Ebert vom 15.11.1918; Schreiben der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger an Ebert vom 15.11.1918, gedr. in: Dokumente und Materialien II/2, S. 389–392.

⁶⁹ Vgl. die treffenden Ausführungen bei Kolb, Arbeiterräte, S. 145ff., der insbesondere auf die in diesem Zusammenhang völlig widersprüchliche Haltung Rosa Luxemburgs hinweist. Vgl. auch Rosenberg, Geschichte, S. 22f., über die utopistisch-putschistische Mehrheit im Spartakusbund.

⁷⁰ Vgl. oben, S. 61.

in einem Betrieb gebunden.⁷¹ Soweit sie sich aus Arbeitslosen und entlassenen Frontsoldaten rekrutierten, waren die radikalen Kräfte der Hauptstadt daher im Rätekongreß nicht repräsentiert, was u.a. in der Nichtzulassung Liebknechts und Luxemburgs zum Ausdruck kam.⁷² Angesichts dieser nicht von der Hand zu weisenden putschistischen Gefahr von links, der ebensowenig zu unterschätzenden Gefahr einer gegenrevolutionären Aktion durch militärische Kreise⁷³ und den immensen Problemen der Demobilisierung schrumpfte der Handlungsspielraum des Rates der Volksbeauftragten auf ein Minimum. Seine Mitglieder waren sich am 3. Dezember 1918 über die Notwendigkeit einig, „neue militärische Organe auf demokratischer Grundlage zu schaffen“ zwecks „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung“.⁷⁴ Die Polarisierung war also längst in vollem Gange, bevor es am 6. Dezember 1918 tatsächlich in Berlin erstmals zu schweren Zusammenstößen kam: Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch einer unabhängig agierenden kleinen Clique, den Vollzugsrat zu verhaften und Ebert zum Präsidenten auszurufen, kam es zur Beschießung eines z.T. bewaffneten spartakistischen Demonstrationszuges, was zwölf Demonstranten das Leben kostete.⁷⁵ Während es darüber zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat zu schweren Spannungen kam,⁷⁶ sprach die „Rote Fahne“ von einem wohlvorbereiteten Putschversuch. „Die wahren Verbrecher sind die Hetzer, die dahinterstehen, die den Anschlag im geheimen angestiftet haben. Diese Verbrecher sind die Wels und Genossen, die Scheidemann-Ebert und Kompanie, die seit Wochen die Soldaten aufhetzen, die alle gegenrevolutionären Elemente in Schutz nehmen, die eine systematische Spartakus-Hetze betreiben, die sich eine Weiße Garde aus Unteroffizieren bilden, die mit dem Popanz des ‚Bolschewismus‘ eine wahre Pogromatmosphäre in Berlin geschaffen haben.“ Der Aufruf an die Berliner Arbeiter lautete: „Energie! Geschlossenheit! Festigkeit! Es gilt zu handeln! Das blutige Verbrechen muß geahndet, die Verschwörung der Wels-Ebert-Scheidemann muß mit eiserner Faust niedergemacht, die Revolution gerettet werden.“⁷⁷

Es ist leicht einzusehen, daß unter diesen Bedingungen ein Funkenschlag ausreichte, um weitere gewaltsame Auseinandersetzungen hervorzurufen. Nach der Gefangennahme des Stadtkommandanten Wels durch die Volksmarinedivision, den Kämpfen um das Berliner Schloß Weihnachten 1918 und dem Ausscheiden der USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten⁷⁸ kam es zu einer zumindest nach außen engen Zusammenarbeit zwischen USPD, revolutionären Obleuten und

⁷¹ Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918. Stenographische Berichte, Berlin 1919 (Nachdruck Berlin 1973), Sp. 53f.

⁷² Ebd., Sp. 12 u. 53f.

⁷³ Dazu Kluge, Soldatenräte, S. 216ff. Zu den militärpolitischen Hintergründen der Revolutionszeit vgl. auch Kurt Caro u. Walter Oehme, Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution, Berlin 1933, S. 7–71.

⁷⁴ Regierung der Volksbeauftragten I, S. 247 (Ebert).

⁷⁵ Dazu Hermann Müller, Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 144ff.; Friedrich Runkel, Die deutsche Revolution. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Leipzig 1919, S. 170–173; Über die Hintergründe Kluge, Soldatenräte, S. 222–233; Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 97f.

⁷⁶ Regierung der Volksbeauftragten I, S. 286–299.

⁷⁷ Rf. Nr. 22, 7.12.1918, abgedr. in Dokumente und Materialien II/2, S. 545f. Über die Diskussion der Vorfälle des 6. Dezember 1918 innerhalb der sozialdemokratischen Presse und die Rückwirkungen für die Koalition aus MSPD und USPD Lehnert, Sozialdemokratie, S. 156ff.

⁷⁸ Siehe aus der reichen Literatur über diese Vorgänge Hermann Müller, Novemberrevolution, S. 226–233; Kolb, Arbeiterräte, S. 213ff.; Kluge, Soldatenräte, S. 263f. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 109–113.

KPD. In der Perzeption der nun immer nachdrücklicher auf Stabilisierung und „Ordnung“ setzenden Mehrheitssozialdemokratie waren damit auch diejenigen radikalen Kräfte, die tatsächlich über eine starke Organisationsmacht verfügten und keineswegs nur eine kleine Minderheit darstellten, immer weniger vom Spartakusbund zu unterscheiden.⁷⁹ Zwar hatten die revolutionären Obleute die „revolutionäre Gymnastik“ der Spartakisten stets abgelehnt.⁸⁰ Aber ebensowenig hatten sie sich in der Öffentlichkeit davon distanziert. Und zu Beginn des Jahres 1919 gingen sie definitiv mit dem Spartakusbund gegen die „Arbeiterverräter“ zusammen.⁸¹

Damit war die Frontlinie kommender Auseinandersetzungen vorgezeichnet. Die Entlassung des unabhängigen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, die von allen legitimen Revolutionsorganen – Rat der Volksbeauftragten, Zentralrat, Vollzugsrat – gebilligt wurde, bezeichneten USPD, Obleute und KPD als einen Versuch der Regierung, „in Berlin ein Gewaltregiment gegen die revolutionäre Berliner Arbeiterschaft aufzurichten“.⁸² Als es am 5./6. Januar riesige Massendemonstrationen gegen die Entlassung Eichhorns gab, das „Vorwärts“-Gebäude, das Wolffsche Telegraphenbüro und die Reichsdruckerei besetzt wurden, fühlten sich alle Beteiligten aufs höchste bedroht. Zwar hatte unter der Koalition der extremen Linken niemand einen Aufstand gegen die Regierung geplant;⁸³ aber aufgrund der spontanen Zuspitzung der politischen Situation betrachtete es die Mehrheit der Revolutionären Obleute, der auf der Linken stehenden Berliner USPD-Führung und der KPD als ihre revolutionäre Pflicht zu handeln. Im Rat der Volksbeauftragten und im Zentralrat herrschte dagegen zunehmende Entschlossenheit. Verhandlungen ohne vorherige Räumung der besetzten Gebäude wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.⁸⁴ Gustav Landsberg gab der Mehrheitsauffassung Ausdruck, wenn er erklärte: „Wir wollen nicht angreifen, sondern uns verteidigen. *Die beste Parade ist aber der Hieb*, und wir haben uns nicht auf reine Defensive festgelegt.“⁸⁵ Ein Mitglied des Zentralrats bestätigte, „wir verscherzen uns das Vertrauen unserer eigenen Genossen, wenn sie hören, daß immer *verhandelt aber nie gehandelt* wird“, und forderte, „energisch und rücksichtslos Ruhe und Ordnung“ zu schaffen.⁸⁶ Entsprechend lautete der Regierungsauftrag an die Öffentlichkeit

⁷⁹ „Dem politischen Gegner und der breiten Öffentlichkeit waren damals diese Gegensätze nicht sichtbar. Sie sahen nur die einheitliche Gruppe, die die Revolution wollte und auch nicht vor dem Bürgerkrieg zurückschreckte – an ihrer Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.“ Friedrich Stampfer, *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, dritte Aufl. Hamburg 1953, S. 88.

⁸⁰ Siehe Richard Müller, *Vom Kaiserreich*, S. 129: „Nach der Meinung von Liebknecht und der anderen Spartakusleute mußte die Arbeiterschaft ständig in Aktionen, ständig in Kampfhandlungen gehalten werden. Demonstrationen, Streiks, Zusammenstöße mit der Polizei, sollten den revolutionären Flan der Masse anfachen und bis zur Revolution steigern. Im Kampfe erfahren und gestählt sollte das Proletariat seine geschichtliche Mission erfüllen. Die Erfahrungen der russischen Revolution wurden zur Begründung herangezogen. Die revolutionären Obleute [...] lehnten einmütig solche Kampfmethoden ab. Sie verhinderten bis zum 9. November ihre Anwendung [...]. Aber diese Streitfragen standen auch nach der Revolution [...] noch auf der Tagesordnung, ja, sie wurden zu Lebensfragen für die deutsche Revolution.“

⁸¹ Siehe die gemeinsam von USPD, KPD und revolutionären Obleuten unterzeichneten Aufrufe vom 5.1.1919, 6.1.1919 und 9.1.1919, in: *Dokumente und Materialien II/3*, S. 9f., 11, 31–35. Zur politischen Nähe zwischen Obleuten und Spartakusbund siehe auch Rosenberg, *Geschichte*, S. 53.

⁸² Aufruf vom 5.1.1919, in: *Dokumente und Materialien II/3*, S. 9.

⁸³ Waldman, *Spartacist Uprising*, S. 171ff., Kolb, *Arbeiterräte*, S. 223ff.; Miller, *Bürde*, S. 225ff.; Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 122ff.

⁸⁴ Regierung der Volksbeauftragten II, S. 201 (Sitzung von Kabinett und Zentralrat am 7.1.1919).

⁸⁵ *Ebd.*, S. 198 (7.1.1919). Hervorhebung von mir.

⁸⁶ *Ebd.*, S. 200 (Zwosta). Hervorhebung von mir.

vom 8. Januar 1919: „Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben [...]. Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern [...]. Nehmt Euren Platz geschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden. *Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden.*“⁸⁷

Für die KPD und ihre Verbündeten wurden die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie nunmehr „Todfeinde“⁸⁸, zumal nachdem es am 6. Januar mehrere Tote gegeben hatte. Ihre Anhänger forderten sie zur Notwehr, zur Bewaffnung und zum Sturz der Regierung auf: „Die Ebert-Scheidemann [...] wollen nicht Frieden, sondern Krieg, Bürgerkrieg. In Arbeiterblut wollen sie waten, in Arbeiterblut die soziale Revolution ersäufen [...]. Schon die Notwehr zwingt euch, mit gleicher Notwehr zu zahlen. Es gibt keine Wahl! Es muß gekämpft werden bis aufs Letzte! [...] Zeigt den Schurken eure Macht! Bewaffnet euch! Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde, die Ebert-Scheidemann!“⁸⁹ Rosa Luxemburg forderte, obwohl sie den Aufstand innerlich ablehnte: „*Unterhandelt nicht, handelt!*“⁹⁰ Und noch am 13. Januar legitimierte sie das zu diesem Zeitpunkt bereits gescheiterte Unternehmen mit der Bemerkung, das innere „Lebensgesetz der Revolution“ sei es, „nie beim erreichten Schritt in Untätigkeit, Passivität stehenzubleiben. *Die beste Parade ist ein kräftiger Hieb.*“⁹¹

Bei der historischen Beurteilung der Berliner Kämpfe des Jahres 1919 muß die von den Kommunisten schon längst systematisch in die Öffentlichkeit getragene Sprache der Gewalt und des Bürgerkriegs, die von Beginn an eine totalitäre Sprache war, als entscheidender Faktor ernst genommen werden. Dies kann auch nicht mit dem Hinweis entkräftet werden, daß der Januaraufstand sowie der Versuch des politischen Generalstreiks im März 1919 von einer ursprünglichen Spontaneität getragen wurden und der zentralen Planung und zielgerichteten Durchführung durchaus entbehrten. Spartakusbund und KPD brachten mit ihrem Bürgerkriegsprogramm ein explizit voluntaristisch-gewaltsames Element in jene soziale Protestbewegung hinein, die – vor dem Hintergrund des Weltkriegs und der durch ihn verursachten objektiven Not – bereit war, den Rahmen der Vorkriegssozialdemokratie definitiv zu sprengen. Dem amorphen Protest der Bewegung gab die KPD konkrete Begriffe und Ziele; der Voluntarismus der KPD verband sich mit der Spontaneität des Massenprotests. Im Januar 1919 zeigte sich dann, daß ein Rückzug kaum mehr möglich war, wenn die Möglichkeit zur Tat gegeben zu sein schien. Obwohl die junge KPD den Januaraufstand mehrheitlich ablehnte, konnte sie sich ihm doch nicht verweigern, wollte sie

⁸⁷ Aufruf der Reichsregierung vom 8.1.1919, bei Richard Müller, Bürgerkrieg, S. 57, Hervorhebung im Original. Der Zentralrat deckte die Haltung der Regierung durch einen eigenen Aufruf vom 6. Januar 1919, in dem es u.a. hieß: „Das verbrecherische, alle Errungenschaften der Revolution gefährdende Treiben bewaffneter Banden hat uns genötigt, der Reichsleitung außerordentliche Vollmachten zu erteilen, damit in Berlin endlich einmal die Ordnung und Rechtssicherheit, die unter dem freiesten Regime erst recht notwendig ist, wiederhergestellt werden kann.“ Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 19.12.1918 – 8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, bearb. von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968, S. 222.

⁸⁸ Dokumente und Materialien II/3, S. 14 (6.1.1919), S. 25 (8.1.1919) u. S. 34 (9.1.1919).

⁸⁹ Aufruf der revolutionären Obleute, der USPD und der KPD vom 9.1.1919, in: ebd., S. 33f.

⁹⁰ Rosa Luxemburg, Versäumte Pflichten, in: RF Nr. 8, 8.1.1919, in: ebd., S. 26. Hervorhebung von mir.

⁹¹ Rosa Luxemburg, Die Ordnung herrscht in Berlin, in: RF Nr. 14, 14.1.1919, in: ebd., S. 73. Man beachte die frappierende semantische Parallelität zu den Äußerungen, die in der gemeinsamen Sitzung von Kabinett und Zentralrat am 7.1.1919 fielen. Hervorhebung von mir.

nicht ihre eigenen Kampfprinzipien dementieren. Wilhelm Pieck etwa stimmte auf der Sitzung der Revolutionären Obleute am 4. Januar 1919 zwar den Bedenken grundsätzlich zu, die Ernst Däumig gegen eine revolutionäre Erhebung vorbrachte. Doch der Kampf sei aufgezwungen, ein Ausweichen bedeute Kapitulation.⁹² So geschah es, daß Rosa Luxemburg und die KPD „fast donquichottisch“ einem revolutionären Unternehmen beisprangen, „das sie nicht angefangen hatten, dessen Ziele sie nicht billigen konnten, das man aber trotzdem nicht scheitern lassen durfte.“⁹³ Als Minorität suchten die Spartakisten/Kommunisten den Bürgerkrieg, weil sie meinten, sich in ihm zu befinden. Und schon im Januar 1919 befanden sie sich in ihm, weil sie ihn gesucht hatten. Die grausame und ungesühnte Ermordung Liebknechts und Luxemburgs trägt daher auch Züge einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.⁹⁴

Die blutige Niederschlagung des Januaraufstandes⁹⁵ kann nicht ursächlich für die tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung verantwortlich gemacht werden. Die Gründe für diese Spaltung lagen zeitlich weiter zurück und verstärkten sich durch das Abgleiten eines kleineren Teils der Arbeiterbewegung in totalitäres Denken und Handeln. Doch in historischen Krisensituationen, in denen es überdies ein Machtvakuum gibt, steigt die relative Bedeutung der Rolle von Minderheiten und engt den Spielraum aller politisch Handelnden ein. Daß die Niederwerfung des „Spartakusaufstandes“ und später der Märzunruhen mit unverhältnismäßigen Mitteln und vor allem mit den falschen Bundesgenossen durchgeführt wurde, ist nicht zuletzt eine Folge jenes eingeschränkten Handlungsspielraums, in dem sich die Regierung befand. Als Verfechter einer „bürgerlichen“ – das heißt demokratischen und rechtsstaatlichen – Ordnung war es für die mehrheitssozialdemokratische Regierung allemal legitim, gegen die Verhältnisse in Berlin vorzugehen, von der sie aufgrund der kommunistischen Agitation den Eindruck erhalten mußten, daß „eine kleine Minderheit [...] eine brutale Gewaltherrschaft zu errichten bestrebt ist.“⁹⁶ Daß sich damit freilich ein vielleicht unvermeidba-

⁹² Materna, Vollzugsrat, S. 179.

⁹³ Nettel, Luxemburg, S. 533. Die persönliche Tragik, die in dieser Situation zweifellos aufschien, lag allerdings weniger, wie Nettel, ebd., S. 534f. – hierin Luxemburg selbst folgend – suggeriert, in taktischen Fehlern der Führung als in den grundsätzlichen und letztlich nicht aufhebbaren Widersprüchen der marxistisch-revolutionären Tatphilosophie. Diese Widersprüche, die die Geschichte der KPD seit frühester Zeit prägten, kamen auch in der Rede zum Ausdruck, in der Radek auf dem III. Weltkongreß der Komintern die Ereignisse des Jahres 1919 behandelte: Demzufolge schien es Ende 1918, als ob die Massen „den kapitalistischen Staat überrennen wollten – und da stand Spartakus in den ersten Reihen der Kämpfe.“ Aber nach dem Ende der „bürgerlichen“ Novemberrevolution hätte sich die „Notwendigkeit“ ergeben, den putschistischen Elementen entgegenzutreten. „Der Spartakusbund mußte die Rolle der Kraft spielen, die die Proletarier zurückhielt von unnötigen Zusammenstößen.“ Und doch sei es wieder „diese antiputschistische Tendenz“ gewesen, die zum „Versagen der Leitung des Spartakusbundes [i.e. KPD] während der Kapp-Tage“ geführt habe. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 456f.

⁹⁴ Die gründlichste Untersuchung des Mordes an Liebknecht und Luxemburg bei Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L., Mainz 1993. Vgl. auch Elisabeth Hannover-Drück u. Heinrich Hannover (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt/M. 1967. Kritisch zur Rolle Rosa Luxemburgs: Eric D. Weitz, „Rosa Luxemburg Belongs to Us!“ German Communism and Luxemburg Legacy, in: Central European History 27 (1994), S. 27–64.

⁹⁵ Zum militärischen Verlauf des Januaraufstandes siehe Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, im Auftrag des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und herausgegeben von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Sechster Band (2. Reihe), Berlin 1940, S. 57–74.

⁹⁶ So der „Aufruf des Zentralrats an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“ vom 6.1.1919, in: Zentralrat, S. 222.

rer, wenn auch überschießender „konterrevolutionärer Effekt“ einstellte, hing ursächlich mit dem überzogenen revolutionären Voluntarismus der Aufständischen zusammen. Mit Recht befürchtete Kautsky: „Die Gefahr der Gegenrevolution wird nun zu einer realen. Leider ist sie heraufbeschworen worden gerade durch die Politik der Spartakusse, die auszogen, sie zu bekämpfen [...]. Die große Gefahr besteht darin, daß die Regierung durch die Logik der Tatsachen immer weiter nach rechts gedrängt wird.“⁹⁷ So ergab sich bis zur Jahresmitte 1919 eine paradoxe Situation: Obwohl die überwältigende Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft keinen „Bruderkampf“, sondern gewissermaßen die Einheitsfront wollte,⁹⁸ hatte man weit mehr als 1.000 Tote zu beklagen, die den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen zum Opfer gefallen waren. Hierfür trugen die Kommunisten einen Großteil der Verantwortung, dessen Ausmaß hinter dem der Freikorps und „Noskegardien“ nicht zurücksteht.

Die „Ordnung“ wurde allerdings in Berlin und anderen Aufstandszentren von Truppen wiederhergestellt, die unter dem Begriff keineswegs Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verstanden und selbst von totalitärem Denken infiziert waren. Die Mitglieder der Freikorps, die im Januar und dann vor allem nach dem Generalstreiksbeschluß vom 3. März 1919 von der Regierung eingesetzt wurden, um in Berlin „Ordnung“ zu schaffen, waren von dem Bewußtsein beherrscht, sich im Krieg zu befinden. „Es war Krieg! Übelster Art“, so lautete die rückblickende Einschätzung der Märzkämpfe durch den Freikorpsführer Major Hans von Lützow.⁹⁹ Dabei lag das Spezifische dieses „Krieges“ sowohl für die Aufständischen als auch für die Freikorps darin, daß er von beiden Seiten als Bürgerkrieg mit extremer Grausamkeit geführt wurde. „Tausende Eurer Brüder“, so lautete ein in der „Roten Fahne“ vom 3. März 1919 veröffentlichter Aufruf, „sind mißhandelt, gefangen, geschändet, gemordet, viehisch dahingemetzelt wie tolle Hunde.“¹⁰⁰ Dem entsprachen während der Märzkämpfe die immer wieder mitgeteilten Nachrichten von „spartakistischen Greuelthaten“, wenn auch ihr Wahrheitsgehalt bereits damals kaum zu verifizieren war. Selbst der Hauptmann Hans von Kessel, Adjutant im Freikorps Reinhard, gab dies in seiner Chronik über den „Kampf gegen das rote Berlin“ unumwunden zu: Die eingehenden Meldungen zeugten demzufolge von einer „grausigen Stimmung: drei Soldaten sollten auf dem Strausberger Platz aneinandergebunden mit Handgranaten in die Luft gesprengt worden sein. Von anderer Seite wurde gemeldet, daß die Spartakisten unsern Gefangenen die Ohren abgeschnitten und die Augen ausgestochen hätten. Die Richtigkeit derartigen Meldungen konnte naturgemäß nur sehr selten nachgeprüft werden, sie sind aber ein sprechendes Beispiel für die damalige Stimmung.“¹⁰¹

Darüber, daß in den ersten Monaten des Jahres 1919 die Angst vor bolschewistischen Übergriffen eine entscheidende Grundempfindung der Freikorpsoffiziere und

⁹⁷ Die Freiheit Nr. 23, 13.1.1919. Insgesamt ist festzustellen, daß die Analysen der rechten USPD – der Kautsky zu diesem Zeitpunkt angehörte – sich durch ein hohes Maß an Ausgewogenheit auszeichnen. Siehe auch die Schrift des damals unabhängigen Sozialdemokraten Heinrich Ströbel, Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin o.J. [1920], v.a. S. 101ff. Zu Kautskys Haltung vgl. Zarusky, Sozialdemokraten, S. 53ff.

⁹⁸ Siehe u.a. die beeindruckenden Willenskundgebungen bei Kolb, Arbeiterräte, S. 236.

⁹⁹ Institut für Zeitgeschichte, Archiv (künftig IfZ), MA 616/22, Nachlaß Luetgebrunc, Mappe Freikorps Lützow, Lützow an v.d. Planitz, 8.3.1922.

¹⁰⁰ Zitiert nach Richard Müller, Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik, Berlin 1925, S. 167.

¹⁰¹ Hans von Kessel, Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918–1920, Berlin 1933, S. 213.

-soldaten bildete, herrscht in den einschlägigen Berichten Übereinstimmung. Durch „Greuelthaten von Seiten der Spartakisten“, „sonstige Schandtaten“ wie die „bestialische Ermordung eines versprengten Jägers“ etc. war die „Wut“ der Freikorpsleute „gegen alles, was sich Spartakus nannte“, unermesslich gesteigert worden.¹⁰² Jeder einzelne habe „aus eigenem Erleben“ gewußt, „daß, wenn er verwundet liegen bliebe, er von den Roten auf die gräßlichste Art verstümmelt und zu Tode gemartert würde.“¹⁰³ Die von den Freikorps selbst in Berlin und anderswo angewandten terroristischen Methoden, die im übrigen kaum geleugnet wurden, schienen aus dieser Perspektive gewissermaßen als Notwehr legitimiert zu sein: „Die revolutionären Führer hatten ohne Bedenken die blutige Bestie des Bürgerkrieges geweckt, die nun mit grausamer Pranke in die eigenen Reihen zurückschlug.“¹⁰⁴

Von besonderer Aussagekraft, die das entsprechende Denken vorzüglich illustriert, ist der Fall des Leutnants Siegmund Czekalla.¹⁰⁵ Von seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Rittmeister Friedrich Wilhelm von Oertzen, zum rücksichtslosen Vorgehen angehalten, hatte Czekalla die standrechtliche Erschießung zweier Zivilisten veranlaßt, in deren Wohnungen Waffen gefunden worden waren. In dem 1921 gegen ihn eröffneten Prozeß, der mit der Einstellung des Verfahrens endete, verteidigte sich Czekalla neben dem Hinweis auf die „Greuelthaten“ der Spartakisten mit der bezeichnenden Wendung: „Meiner Ansicht nach ist die Angelegenheit als Kriegssache aufzufassen. Im Kriege begeht aber auch jeder einzelne, auch ohne besonderen Befehl und immer Totschlag. Dafür ist noch kein Mensch bestraft worden.“¹⁰⁶ Der erste Adjutant des Freikorps, Hauptmann Fritz Gaede, schloß sich der Auffassung des Angeklagten voll an, sprach von einer „militärisch gesehen notwendigen“ Erschießung und wollte die Tat als „eine Art Notwehr“ bewertet wissen.¹⁰⁷ Die zynische Verzerrung rechtlicher und politischer, militärischer und moralischer Maßstäbe, der die Regierung überdies Vorschub leistete, wird hier zum Greifen deutlich.

All dies kann freilich nur vor dem Hintergrund der spezifischen, aus dem Weltkrieg hervorgegangenen Bürgerkriegssituation verstanden werden. Indem sie ihre Weltkriegserfahrungen auf die Politik übertrugen, blieben die Freikorpskämpfer jenen Denk- und Handlungskategorien verhaftet, die Carl Schmitt später seinem „Begriff des Politischen“ zugrunde legte. Bei Schmitt war das „Politische“ unauflöslich an die „politische Existenz“ gebunden, die ihrerseits durch die stets vorhandene, konkrete Möglichkeit des Kampfes, „im Sinne einer seinsmäßigen Ursprünglichkeit“, definiert war.¹⁰⁸ In analoger Weise mochten sich die Freikorpskämpfer als gleichsam auf ihre Existenz zurückgeworfene und in ihr gefährdete Krieger fühlen. Eine der zentralen Figuren des organisierten Antibolschewismus, der aus dem Elsaß stammende Historiker und Journalist Eduard Stadler, äußerte sich im Januar 1919 in besten Schmitt-

¹⁰² Alle Zitate IFZ MA 616/22, Nachlaß Luetgebrunc, Mappe Freikorps Lützow, Prozeß gegen Czekalla. Vgl. die Schilderungen bei Friedrich Wilhelm v. Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918–1923, München 1936, S. 296.

¹⁰³ IFZ MA 616/22, Nachlaß Luetgebrunc, Mappe Freikorps Lützow, Schreiben des Hauptmanns Gaede an Rechtsanwalt v.d. Planitz, 21.11.1921. Noske, Kiel bis Kapp, S. 108f., berichtet von einem solchen Vorfall im Vorfeld seines Schießbefehls.

¹⁰⁴ Von Kessel, Handgranaten, S. 174.

¹⁰⁵ Zum folgenden IFZ MA 616/22, Nachlaß Luetgebrunc, Freikorps Lützow.

¹⁰⁶ Ebd., Erste Äußerung des Angeklagten zur Sache, S. 3.

¹⁰⁷ Ebd., Gaede an Rechtsanwalt v.d. Planitz, 21.11.1921, S. 5.

¹⁰⁸ Schmitt, Begriff des Politischen, S. 33. Vgl. oben, S. 35.

schen Freund-Feind-Kategorien: Angesichts dessen, daß „der Bolschewismus eine politische Kampf- und Machtbewegung [sei], die vor keiner Gewaltanwendung zurückschrecke [...], müsse *Gewalt gegen Gewalt* gesetzt werden, auch wenn dabei, horrible dictu, Blut fließe. Die armen Opfer beiderseits seien zu bedauern, aber politische Kämpfe seien nun einmal hart und würden nie ohne die ultima ratio der Gewaltanwendung und des Krieges auskommen, solange Staatsleben Staatsleben bleibe.“¹⁰⁹ Die Reduktion des Staatlich-Politischen auf den Kampf und der damit verbundene Verzicht auf rechtlich-normative Qualifizierungen kommen in der rückblickenden Stilisierung Ernst von Salomons treffend zum Ausdruck: „Die Männer der Freikorps waren nicht getrieben von einer Idee, sie waren getrieben von ihrem Bewußtsein der Gefahr [...]. Es war das Bewußtsein des Staates. Sie waren der Staat und sonst niemand. Wo sie standen, war der Staat. Sie standen in den Brennpunkten der Gefahr, dort, wo sich der Staat am schärfsten betont. Sie waren Gewalt, weil der Staat Gewalt ist. Sie handelten im Recht, weil der Staat im Recht handelt.“¹¹⁰ Und weiter: „Der Staat ist ein abstrakter Begriff des Bewußtseins. Die Männer des deutschen Nachkrieges, die sich ihm verschrieben, handelten aus einem Sein, nicht aus einem Meinen. Dadurch nahmen sie dem Staat die Abstraktion: Sie selber waren der Staat in einer staatenlosen Zeit. Sie waren Krieger, und der Staat, den sie in ihrem Bewußtsein trugen, war darum kriegerischer Art.“¹¹¹

Insofern als die Freikorps von keiner „Idee“ getrieben waren, sondern aus einem „Sein“, nicht aus einem „Meinen“ handelten, bildeten sie noch nicht eine wirklich totalitäre Bewegung. Hierfür fehlte es zum einen an einer allumfassenden, einen neuen Sinnzusammenhang stiftenden Ideologie. Zum anderen gab es keine politische Partei, die ihre Aktionen gemäß einer solchen Ideologie hätte lenken können, wenn auch das militärische Befehls-Gehorsam-Prinzip wesentliche Strukturen der späteren Führerparteien antizipierte. Doch steht außer Zweifel, daß die Freikorps in einer Atmosphäre entstanden, die für totalitäres Denken und Handeln vielfältige Anknüpfungspunkte eröffnete. Insbesondere gilt dies für die hemmungslose Bereitschaft zur politischen Gewalt, die sich aus einem undifferenzierten Freund-Feind-Schema legitimierte.¹¹² Hinzu kam – trotz der von Salomon hervorgehobenen „existentiellen“ Dimension des Freikorpsdaseins – eine tatsächliche „Idee“ von jenem politisch-physischen Feind, den man bekämpfte. Indem sich diese Idee primär an den Leitbegriffen des „Antibolschewismus“ und der „Notwehr“ gegen die „spartakistische“ Gefahr orientierte, läßt sie ihre spätere Ideologiefähigkeit in Umrissen bereits erkennen. Die vielfältig nachgewiesene Kontinuität von den Freikorps über die völkische Bewegung zum Nationalsozialismus bietet hierfür eine Vielzahl sprechender Belege.¹¹³

¹⁰⁹ Eduard Stadler, *Als Antibolschewist 1918–1919*, Düsseldorf o.D. [1935], S. 50. Zu Stadler vgl. unten, S. 306ff.

¹¹⁰ Ernst v. Salomon, *Die Gestalt des deutschen Freikorpskämpfers*, in: Ders. (Hrsg.), *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer*, Berlin 1938, S. 11.

¹¹¹ Ebd., S. 14.

¹¹² Vgl. den Bericht des Freikorpsgeneral Georg Maercker, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landesjägerkorps. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution*, Leipzig 1922, S. 64: Das politische Interesse seiner Soldaten sei „überhaupt gering“ gewesen. „Spartakus muß eins auf's Dach kriegen! Das war ihr politisches Glaubensbekenntnis.“

¹¹³ Vgl. Peter H. Merkl, *Political Violence under the Swastika. 581 Early Nazis*, Princeton/N.J. 1975, S. 316.

Über „spartakistische Greuelthaten“, Plünderungen und sonstige „unpolitische Verbrechen“ berichteten die Berliner Tageszeitungen während der Märztage fast täglich.¹¹⁴ So warnte zwar die „Vossische Zeitung“ vor vorschnellen Verallgemeinerungen; unstrittig sei jedoch die Schuld der Kommunisten am „politischen Verbrechen des Bürgerkrieges;“ dadurch haben sie „erst die Möglichkeit geschaffen, daß *gemeine* Verbrechen und Scheußlichkeiten aller Art begangen werden konnten.“¹¹⁵ Entsprechende Meldungen fanden Eingang in den offiziellen Bericht des preußischen Innenministeriums über die Märzkämpfe.¹¹⁶ In diesem Dokument wird besonders deutlich, wie sehr die politische Gewaltsprache der Kommunisten die Regierenden im Reich wie in Preußen in ihren Bann schlug. So wies der Bericht auf den Generalstreikbeschluß des Berliner Vollzugsrates hin und folgte: „Mit diesem Generalstreik spielten die politischen Regisseure ihren letzten Trumpf aus in dem Spiele, dessen Einsatz die Beseitigung der Regierung, die Aufhebung der Nationalversammlung, die Fortführung der Revolution, die Einsetzung einer Räteverfassung und die Diktatur des Proletariats bildete. Nun hatten die radikalen Elemente in bewußter politischer Agitation die Hauptstadt des Reiches dorthin gebracht, wohin sie zu bringen ihr ganzes Streben war: Berlin stand vor neuen großen Verwickelungen, vor der Gefahr des Bürgerkrieges und vor der Aussicht, die ohnehin unsicher gewordene Lebenshaltung der Bevölkerung auf das schwerste gefährdet zu sehen. Dieser Streik sollte die große Generalprobe für die deutschen Agenten des russischen Bolschewismus sein; er sollte die Arbeitermassen auf die Straße bringen, die man dann mit Leidenschaft zu entflammen versuchen und die man als Stoßtrupp für den Bolschewismus mißbrauchen wollte.“¹¹⁷ In der Geschichtsschreibung ist der Bericht des Preußischen Innenministeriums als fehlerhaft und unsachlich, ja als „reine Propagandaschrift“ abgetan worden.¹¹⁸ Zu Recht ist dabei darauf verwiesen worden, daß der Generalstreikbeschluß des Vollzugsrats vom 3. März keineswegs die ihm vom Preußischen Innenministerium unterstellten Forderungen erhob. Vielmehr verlangte er nach Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, sofortiger Durchführung der militärpolitischen sieben „Hamburger Punkte“, nach Freilassung aller politischen Gefangenen, Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr und Auflösung der Freikorps, schließlich nach der Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetregierung.¹¹⁹ Doch was in den Augen der Regierung und der mit ihr verbündeten Gruppierungen allein zählte, war der Aufruf der KPD, der am selben Tag in der „Roten Fahne“ erschien. Denn hier wurden nun in der Tat die im amtlichen Bericht des Ministeriums inkriminierten Parolen aufgestellt: „Arbeiter! Parteigenossen! Seid Euch bewußt! Die Revolution kann nur voranschreiten über das Grab jener Mehrheits-Sozialdemokratie. Nieder mit Ebert, Scheidemann, Noske! Nieder die Verräter! Nieder mit der Nationalversammlung! Eure Brüder streiken! Die Kapitalisten wanken! Die Regierung ist am Stürzen!

¹¹⁴ Siehe z.B. Berliner Tageblatt, Nr. 101, 10.3.1919; Nr. 103, 11.3.1919; Vossische Zeitung Nr.122, 8.3.1919.

¹¹⁵ Vossische Zeitung Nr. 129, 11.3.1919.

¹¹⁶ Entstehung und Verlauf der März-Unruhen in Berlin im Jahre 1919, Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung 1919–1921, Drucksachen Bd. 15, Drucksache 4121 D, S. 8176–8191.

¹¹⁷ Ebd., S. 8179.

¹¹⁸ So E. Kolb u. R. Rürup in: Der Zentralrat, S. 752 (Anm. 2); Wette, Noske, S. 413f. (Anm. 87).

¹¹⁹ Müller, Bürgerkrieg, S. 155.

Arbeiter! Proletarier! Zaudert nicht! Auf zum Generalstreik! Auf zum neuen Kampf für die Revolution!¹²⁰

Zwischen den verschiedenen linksradikalen Oppositionsgruppen wurde also auf Seiten der Regierung und der von ihr gedeckten militärischen Formationen nicht mehr differenziert. Hingegen wurde der Aufruf zum Generalstreik gänzlich mit der extremistischen Position der KPD identifiziert. Allerdings stellt sich die Frage, ob in der überhitzten Situation vom März 1919 entsprechende Differenzierungen tatsächlich noch möglich waren. Auch Richard Müller, der Vorsitzende des Vollzugsrats, beklagte, daß die Sprache der „Roten Fahne“ ihre Wirkung nicht verfehlte, „der Blick für reale Möglichkeiten durch aufgepeitschte Leidenschaften getrübt worden war“ und SPD- wie USPD-Mitglieder unter den „maßlosen Angriffen und Schmähungen“ der Kommunisten zu leiden hatten.¹²¹ Auch wenn dies weder die mehrheitssozialdemokratische Regierung und ihren Oberbefehlshaber Noske noch die ausführenden Freikorps von dem Vorwurf der überzogenen Härte und der Unverhältnismäßigkeit der angewandten Mittel entlastet:¹²² Zu dem Entstehen der tendenziell massenhysterischen Atmosphäre, in welcher die Januar- und Märzkämpfe stattfanden, hatte die kommunistische Bürgerkriegspropaganda entscheidend beigetragen. Sprache und Ton dieser Gewaltpropaganda schienen durch die vielfältigen Gerüchte über „bolschewistische Greuelthaten“ während der Märzkämpfe lediglich auf das Schlimmste bestätigt zu werden, auch wenn sie sich nicht selten als weit übertrieben oder gar frei erfunden herausstellten. Ein nachweislich gefälschter Bericht über ein angebliches spartakistisches Massaker im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg¹²³ führte denn auch am 9. März 1919 zum Erlass jenes berüchtigten „Noske-Befehls“, der zwar „nur“ die Erschießung all derer vorsah, die bewaffneten Widerstand leisteten, allzu häufig jedoch im „standrechtlichen“ Sinne umgedeutet wurde.¹²⁴

Im Reichskabinett schloß sich Noske der Argumentation der ihm unterstellten Freikorpsführer vollständig an. So riet er von einer „gar zu streng[e] Nachforschung nach Übergriffen der bis aufs höchste gereizten, nach den Geboten der Notwehr gehorchenden eigenen Truppen“ dringend ab.¹²⁵ Auch rückblickend resümierte er die Berliner Situation des Jahres 1919 mit den charakteristischen Worten: „Bei der Fortdauer des latenten Bürgerkriegs im Innern handelte die Regierung lediglich in der

¹²⁰ RI' Nr. 45, 3.3.1919.

¹²¹ Müller, Bürgerkrieg, S. 168.

¹²² Eine kritisch pointierte Analyse der durch Noske vertretenen Regierungspolitik bei Wette, Noske, v.a. S. 410ff.

¹²³ Müller, Bürgerkrieg, S. 174ff.

¹²⁴ Der „Noske-Befehl“ hatte folgenden Wortlaut: „Die zunehmende Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu befehlen: Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“ Zur Vorgeschichte vgl. Wette, Noske, S. 419ff. Pointiert kritische Auseinandersetzung mit dem Schießbefehl bei: Otmar Jung, „Da gelten Paragraphen nichts, sondern da gilt lediglich der Erfolg [...]“ Noskes Erschießungsbefehl während des Märzaufstandes in Berlin 1919 – rechtshistorisch betrachtet, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen Nr. 45 (1/1989), S. 51–79. Zur „standrechtlichen“ Umdeutung, die die Freikorpsführer über den Noske-Befehl hinaus z.T. vornahmen, vgl. Freiheit, Nr. 130, 18.3.1919; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. v. Hagen Schulze, Boppard a. Rhein 1971, Dok. Nr. 17, Kabinettsitzung vom 19.3.1919, S. 67f. Noskes eigene Darstellung in: Kiel bis Kapp, S. 101ff. Zum militärischen Verlauf der Märzkämpfe siehe Wirren in der Reichshauptstadt, S. 78–103.

¹²⁵ AdR, Kabinett Scheidemann, S. 67.

Notwehr, wenn sie eine Macht schuf, die das Chaos verhütete.“¹²⁶ Welche konstitutive Bedeutung der „Bürgerkrieg“ des Jahres 1919 umgekehrt für die kommunistische Identität entfaltete, illustrieren die Bemerkungen Clara Zetkins vom Januar 1920: Zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehe seit den Kämpfen des Jahres 1919 ein „breiter Blutstrom“. „Er kann nicht überbrückt werden, wie eifrig sich auch die mehrheitssozialdemokratischen Hände darum bemühen, die noch rot und feucht vom Brudermord sind. Der Blutstrom ist voller Leben und Kraft für das Proletariat. In der Tat! Die revolutionären Kämpfe haben die deutschen Arbeiter um einen unschätzbaren idealen Wert bereichert, dessen Fehlen sich in ihrer Psyche wie in ihrer Geschichte schmerzlich fühlbar machte. Die Proletarier Deutschlands haben im Feuer des Bürgerkrieges der überlegenen modernen Mordtechnik revolutionär kämpfen gelernt, weil sie revolutionär kämpfen mußten.“¹²⁷ Die totalitäre Substanz des kommunistischen Denkens, die sich aus dem Bürgerkriegsparadigma speiste, scheint hier hinter dem Gewand scheinbar fortschrittsorientierter Ideologie hervor. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich in Deutschland bereits die Grundelemente der totalitären Sprache etabliert, die vor keiner Verleumdung und Übertreibung zurückschreckte und dem „inneren Feind“ stets Mordabsichten, Terror, und infolgedessen die Alleinschuld am Bürgerkrieg zuschrieb.

¹²⁶ Noske, Kiel bis Kapp, S. 167.

¹²⁷ Clara Zetkin, Revolutionäre Kämpfe und Kämpfer 1919, in: Dies., Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin (Ost) 1960, S. 167f. Vgl. Karl Liebknecht, Trotz alledem, in: RJF 15, 15.1.1919.

Viertes Kapitel

Politischer Extremismus in der politisch-sozialen Topographie der Hauptstädte

I. Soziale Spannung und soziales „Gelände“

Als jeweilige nationale Industrie-, Handels- und Dienstleistungszentren verband Groß-Berlin und die Pariser Region (i.e. das Département de la Seine) eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten. Dies gilt auch, wenn man die unterschiedliche politische Verfaßtheit und wirtschaftliche Struktur Deutschlands und Frankreichs berücksichtigt. So verfügte das föderal gewachsene Deutsche Reich zur Zeit der Weimarer Republik – die allerdings einen forcierten Zentralisierungsschub bewirkte – über eine Vielzahl regionaler Industrie- und Handelszentren von häufig eminenter Bedeutung für die nationale Wirtschaft. Zwar läßt sich Vergleichbares auch von der französischen Chemie- und Stahlindustrie im Norden und Osten des Landes sagen. Doch insgesamt war der zentralstaatliche Sog der Metropole Paris auch in seiner Wirkung auf die Industriewirtschaft stärker als die analogen Erscheinungen in Deutschland. Berlin war zwar die bedeutendste Industriestadt des Reiches, aber es blieb eines unter mehreren wichtigen Zentren wie dem Ruhrgebiet oder der mitteldeutschen Chemieindustrie.

Als bedeutende Wirtschaftszentren ihres Landes wiesen Groß-Berlin und das Département Seine eine überaus ähnliche Wirtschafts- und Gewerbestruktur auf. Weit aus der größte Teil der Erwerbstätigen war Mitte der zwanziger Jahre in Industrie und Handwerk beschäftigt, während zugleich der expansive tertiäre Sektor die Bedeutung der Metropolen als Handels- und Dienstleistungszentren unterstrich. Im einzelnen ergaben sich aus den Volks- und Betriebszählungen 1925 in Deutschland und 1926 in Frankreich die folgenden Wirtschafts- und Gewerbestrukturdaten:

Tabelle 9: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen in Groß-Berlin 1925

Wirtschaftsabteilung	Erwerbspersonen	Anteil in %
Land- u. Forstwirtschaft	19.880	0,9
Industrie und Handwerk	1.118.611	51,2
Handel und Verkehr	650.637	29,8
Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen	234.673	10,75
Hausliche Dienste	160.146	7,35
Insgesamt	2.183.947	100,0

Quelle: Grzywatcz, Arbeit, S. 302

Tabelle 10: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen im Département Seine (Paris + Banlieue) 1926

Wirtschaftsabteilung	Erwerbspersonen	Anteil in %
Land- u. Forstwirtschaft	14.632	0,5
Industrie und Handwerk	1.250.388	46,3
Handel und Verkehr	877.241	32,5
Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen	330.094	12,2
Häusliche Dienste	230.699	8,5
Insgesamt	2.703.054	100,0

Quelle: Nach Statistique générale de la France, Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 7 mars 1926, Bd. III, Paris 1930, S. 2–8.

Im Vergleich der beiden metropolen Großräume ergibt sich mithin ein hohes Maß an gewerblich-struktureller Übereinstimmung:

Tabelle 11: Anteil der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen in Groß-Berlin (1925) und im Département Seine (1926) in v.H.

Wirtschaftsabteilung	Groß-Berlin	Département Seine
Land- und Forstwirtschaft	0,9	0,5
Industrie und Handwerk	51,2	46,3
Handel und Verkehr	29,8	32,5
Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen	10,75	12,2
Häusliche Dienste	7,35	8,5
Insgesamt	100,0	100,0

Quelle: wie oben.

In beiden Städten spielten innerhalb des Sektors Industrie und Handwerk die Metall- und Elektroindustrie sowie die Bekleidungsindustrie die bedeutendste Rolle. 1925 waren in Berlin in ersterer 359.278 (= 16,5% aller Erwerbspersonen), in letzterer 203.495 (= 9,3% aller Erwerbspersonen) Erwerbstätige beschäftigt.¹ In fast identischer Weise dominierten beide Sektoren auch in der Pariser Region die Branchenstruktur. Während 1926 in der Metallindustrie insgesamt 411.655 Personen (= 15,2% aller Erwerbstätigen) ihr Auskommen fanden, waren es in der Bekleidungsindustrie 244.633 (= 9,1% der Erwerbstätigen).² Dabei waren in beiden Metropolen die Teilarbeitsmärkte in hohem Maße geschlechtsspezifisch segmentiert: Während die Metall- und Elektroindustrie zumindest in ihren qualifizierten Berufsbildern schon bald nach dem Ersten Weltkrieg wieder eine Domäne der männlichen Arbeitskräfte wurde, dominierte in der Bekleidungsindustrie nach wie vor die weibliche, häufig in Heimarbeit ausgeübte Erwerbstätigkeit.³

Während in Berlin die Weltruf genießende Elektroindustrie (Siemens, AEG) eine besonders hervorgehobene Rolle spielte, verband sich an der Seine mit der hier hochentwickelten Automobilindustrie (Renault, Citroën) das bedeutendste industrielle Innovations- und Wachstumspotential. In beiden Metropolen existierten jedoch in un-

¹ Grzywatz, Arbeit und Bevölkerung, S. 12.

² Statistique Générale, Résultats statistiques du recensement général, 1926, S. 3 u. 5.

³ Vgl. ebd.; Hornburg, Rationalisierung, S. 130ff.

mittelbarer Nachbarschaft dieser hochinnovativen Industriesektoren breite vormoderne Überhänge mit nachgerade protoindustriellen Produktionsbedingungen, die vor allem im textilverarbeitenden Gewerbe durch Verlagssystem und Heimarbeit gekennzeichnet waren. Typisch für dieses Nebeneinander von Modernität und Traditionalität war auch die Vielzahl von handwerklich oder handwerksnah produzierenden Allein- und Kleinstbetrieben, die neben den großen Fabriken der Leitsektoren fortexistierten.

Industrialisierte sowie Bezirke mit einem hohen Anteil proletarischer Wohnbevölkerung verteilten sich in beiden Regionen sehr unterschiedlich. In der Pariser Region läßt sich grob gesprochen von einem von innen nach außen wachsenden Industrialisierungs- und Proletarisierungsgrad sprechen. In den zentralen und westlichen Arrondissements der Stadt Paris herrschte eine mittelständische und (groß-)bürgerliche Sozialstruktur vor; hier dominierten Kleingewerbe, Handel sowie Banken und Versicherungen. Dagegen zeichnete sich bereits der Süden und Norden, vor allem aber der Osten des Paris intra muros durch einen höheren Anteil von Arbeitern an der Wohnbevölkerung aus. Insgesamt aber ging der Anteil der Arbeiter an der Pariser Gesamtbevölkerung seit dem Ende des 19. Jahrhundert stetig zurück; es kam zu einer „Verbürgerlichung“ von Paris, deren Bewegungsrichtung vom Zentrum zur Peripherie, von West nach Ost zeigte.⁴ In der Banlieue dagegen setzte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und dann vor allem in der Periode zwischen den 1880er Jahren und 1914 eine forcierte Industrialisierung und ein massives Bevölkerungswachstum ein. Während im Paris intra muros die traditionell ganz überwiegend kleinräumige Gewerbestruktur fortbestand, siedelten sich im Umland zahlreiche große Industriebetriebe an mit einem hohen Maß an Kapitalinvestition, technologischer Innovation und einem stark expandierenden Bedarf an halb- und unqualifizierter Arbeitskraft.⁵ So wurden manche Vororte wie z.B. Saint-Denis im Norden, Bobigny im Nordwesten oder Ivry im Südwesten bis nach dem Ersten Weltkrieg zu ganz überwiegend proletarisch geprägten Industrieorten mit einer Arbeiterwohnbevölkerung von häufig über 60%.⁶ Während also Paris selbst seit dem Ende des 19. Jahrhundert zunehmend „verbürgerlichte“ und sich vom Industrie- zum Dienstleistungszentrum wandelte, wirkte sich die Industrialisierung der „proche banlieue“ auf die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung im Sinne einer fortschreitenden Proletarisierung aus. Dementsprechend unterschieden sich Paris und sein Umland auch in ihrer Sozialstruktur. So war zwar z.B. im Jahre 1921 der Anteil der selbständigen Unternehmer („chefs“) an der Erwerbsbevölkerung in Paris mit 8,2% und in den Banlieue mit 9,4% ungefähr gleich hoch. Dagegen gab es in der Hauptstadt selbst 31,7% Angestellte und 40,4% Arbeiter, in der Banlieue dagegen 51,4% Arbeiter und nur 15,8% Angestellte.⁷ Dieser

⁴ Siehe Berlanstein, *Working People*, S. 12f.

⁵ Hierzu grundlegend: Jean Bastié, *La croissance de la banlieue parisienne*, Paris 1964, v.a. S. 143ff.; Maurice Daumas, *L'évolution de la géographie industrielle de Paris et sa proche banlieue au XIX^e siècle*, 3 Bde., Paris 1976. Siehe auch Berlanstein, *Working People*, S. 3ff. Zeitgenössisch: Albert Demangeon, *Paris, la Ville et sa Banlieue*, 3. Aufl. Paris 1939.

⁶ Vgl. insgesamt den Forschungsüberblick von Fourcaut (Irsig), *Un siècle de banlieue*, hier v.a. die Beiträge von Catherine Rhein, *Croissance urbaine et peuplement des banlieues, emplois et structures d'emploi*, S. 25–47, u. Claudine Fontanon, *L'industrialisation de la banlieue parisienne*, S. 49–80. Zu Saint-Denis: Brunet, *Saint-Denis*; zu Bobigny: Fourcaut, *Bobigny*; Stovall, *Rise*, v.a. S. 75ff.; zu Ivry: Bernard Chambaz, *L'implantation du Parti communiste français à Ivry*, in: Girault, *L'implantation*, S. 147–178, hier v.a. S. 151ff.

⁷ Errechnet nach: *Statistique générale de la France, Recensement général 1921*, Bd. II, S. 1–5 u. 2–5.

Trend setzte sich in den Folgejahren fort.⁸ Selbst in den überwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirken des 20. Pariser Arrondissements stieg die Zahl der Angestellten zwischen 1925 und 1935 deutlich an. Eine Stichprobe auf der Basis der erhaltenen Wählerlisten ergibt im Quartier Père Lachaise einen Anteil von Angestellten an der männlichen wahlberechtigten Bevölkerung von 17,2% im Jahre 1925 und von 22,4% im Jahre 1935. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Angestellten im Quartier Saint-Fargeau von 24,4% auf 28,3%.⁹

Alle diese Daten verweisen auf die in der Pariser Region bestehende Spannung zwischen dem Zentrum und der Peripherie, die sich sowohl in sozialstruktureller wie in politischer Hinsicht äußerte. In Groß-Berlin besaß sie ihr Gegenstück in einer spezifischen Spannung zwischen dem (Nord-)Osten und dem (Süd-)Westen der Stadt. Im Norden und Osten fanden sich die ausgesprochenen Arbeiterbezirke wie der Wedding, Friedrichshain, Weißensee und Neukölln. Im Jahre 1925 waren hier zwischen 60% und 65% der Erwerbsbevölkerung in der Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk beschäftigt; mehr als 50% der Erwerbstätigen waren Arbeiter.¹⁰ Dagegen waren die (süd-)westlichen Bezirke Charlottenburg, Wilmersdorf, Steglitz und Zehlendorf stark bürgerlich geprägt. Hier dominierten die Wirtschaftsabteilungen Handel und Verkehr, Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen mit zusammen 60% bis 70% aller Erwerbstätigen. Im Bezirk Zehlendorf waren 1925 sogar 26,4% aller Erwerbstätigen in häuslichen Diensten beschäftigt, worin sich die hohe Zahl großbürgerlicher Villenhaushalte niederschlug.¹¹ Während in allen diesen Bezirken nur zwischen 16,3% (Wilmersdorf) und 29,7% (Charlottenburg) Arbeiter mit ihren Angehörigen wohnten, entfiel der Großteil der Wohnbevölkerung, zwischen 60% und 70%, auf Selbständige und Rentner, Beamte und Angestellte bzw. ihre Angehörigen.¹² Trotz mancher kultureller Nivellierungstendenzen der Zwischenkriegszeit trennte das bürgerliche Berlin vom Berlin der Arbeiter doch eine deutliche soziale und auch sozialräumliche Schranke.¹³ In der Vorkriegszeit war diese sozialräumliche Segregation durch die kommunale Entwicklung verschärft worden. Unter der Finanzverfassung des Kaiserreiches, die ja das gemeindliche Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer kannte, entwickelte sich im Großraum Berlin eine Wanderungsdynamik, deren Richtung von den jungen Industriegemeinden des Nordens und Ostens hin zu wohlhabenden Vorstädten wie Wilmersdorf, Grunewald, Steglitz und Zehlendorf verlief. Arbeiterwohnorten mit einer relativ einkommenschwachen Bevölkerung, zugleich aber mit hohen Infrastrukturausgaben, standen ausgesprochene „Rentnerstädte“ im (Süd-)Westen des Großraums entgegen, wo die Steuerbelastung deutlich

⁸ Zwischen den Weltkriegen traf die *Statistique générale* nur im Jahr 1921 die soziologisch wichtige Unterscheidung zwischen Angestellten (*employés*) und Arbeitern (*ouvriers*). Für die Folgezeit ist man daher auf Schätzungen oder archivalische Rekonstruktionen angewiesen.

⁹ Stichprobe aus den Wählerlisten der Quartiers Père Lachaise und Saint-Fargeau. *Archives de Paris* D.1M² 1566, 1567 (1925) u. 1771, 1772 (1935). Aus den Wählerlisten, die neben Namen, Adresse, Herkunft und Geburtsjahr auch die Berufsbezeichnung enthalten, wurde jeder zehnte Name aufgenommen.

¹⁰ Grzywatz, *Arbeit und Bevölkerung*, S. 302 u. 356. Eine ausführliche sozialstrukturelle Typologie der Berliner Verwaltungsbezirke ebd., S. 115ff.

¹¹ Alle Zahlen nach ebd., S. 302.

¹² Ebd., S. 356.

¹³ Vgl. dazu Detlef Lehnert, *Fragmentierte Gesellschaft und moderne Massenbewegungen. Zur politischen Kultur der Berliner Republikzeit*, in: *Alter (Hrsg.)*, *im Banne der Metropolen*, S. 196–218, hier S. 204f.

niedriger war. Zunehmend suchten sich diejenigen, die es sich leisten konnten, im Süden und Westen von Alt-Berlin ein neues Domizil.¹⁴ Welche gewaltigen sozialen Unterschiede dann die 1920 gegründete Gemeinde Groß-Berlin in sich vereinte, geht aus der folgenden Tabelle hervor:

Tabelle 12: Die Bevölkerung ausgewählter Berliner Verwaltungsbezirke nach der sozialen Stellung im Beruf 1925

soziale Stellung	4 östliche Bezirke ^a		4 westliche Bezirke ^b	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.
Selbständige ^c	186.574	18,0	211.980	29,3
Beamte u. Angest.	234.769	22,6	274.623	37,9
Arbeiter	584.243	56,4	177.685	24,5
Mithelfende	13.955	1,4	7.506	1,0
Hausangestellte	17.063	1,6	53.097	7,3
Insgesamt	1.036.577	100,0	724.891	100,0

^a Wedding, Friedrichshain, Neukölln, Weißensee

^b Charlottenburg, Wilmersdorf, Steglitz, Zehlendorf

^c inklusive selbständige Berufslose

Quelle: Errechnet nach Grzyvatz, Arbeit, S. 356.

Die starke räumliche Segregation der Erwerbsbevölkerung bewirkte in beiden metropolitanen Großräumen die Entstehung lokaler Milieus, gleichsam eines spezifischen „sozialen Geländes“, das in sich zur Abschließung tendierte.¹⁵ In der Krise der Demokratie entwickelte sich hier der lokale Wurzelboden für die zeittypischen Tendenzen des politischen Extremismus. Der Kommunismus entfaltete sich in Berlin wie in Paris vor allem in den geschlossenen Arbeiterquartieren, während „faschistische“ Kräfte und in Berlin seit 1927 der Nationalsozialismus überwiegend ein Phänomen der bürgerlich-mittelständischen Wohnbezirke waren. Die politischen Gegensätze im Großraum Paris entsprachen daher weitgehend der sozialräumlichen Spannung zwischen Zentrum und Peripherie. Bis Mitte der zwanziger Jahre hatte das bürgerliche Paris dem proletarischen Umland eher indifferent gegenübergestanden; seit den spektakulären Wahlergebnissen aber, die der PCF in den Parlamentswahlen des Jahres 1924 und den Kommunalwahlen des Jahres 1925 erzielen konnte, erschien die „banlieue rouge“ nachgerade als physische Bedrohung der Hauptstadt.¹⁶ Reaktionen

¹⁴ Nicht zufällig wies die Bevölkerung des Villenvororts Grunewald zwischen 1871 und 1914 die mit Abstand höchste Wachstumsrate auf. Überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten gab es auch in Wilmersdorf, Steglitz und Dahlem. Siehe Michael Erbe, Berlin im Kaiserreich (1871–1918), in: Ribbe (Hrsg.), Geschichte Berlins II, S. 691–793, hier S. 694. Vgl. auch Ingrid Thienel, Verstädterung, städtische Infrastruktur und Stadtplanung, Berlin zwischen 1850 und 1914, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 4 (1977), S. 55–84, hier S. 65. Die Probleme der ungleichen Besteuerung infolge des kommunalen Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer diskutiert Jürgen Reulecke, Zur städtischen Finanzlage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 21 (1982), S. 199–219, hier v.a. S. 210ff.

¹⁵ Der Begriff des „sozialen Geländes“ nach Detlef Schmieden-Ackermann, Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945, in: Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S.253–270, hier S. 254f.

¹⁶ Siehe z.B. Edouard Blanc, La Ceinture rouge. Enquête sur la situation politique, morale et sociale de la banlieue de Paris, Paris 1927, S. 7ff.; Jacques Valdour, Les progrès du communisme dans la région pa-

hierauf bestanden in einem paternalistischen, religiös-philanthropischen Engagement,¹⁷ häufiger jedoch im larmoyanten Protest über das „beklagenswerte Mißverhältnis zwischen dem beeindruckenden Ansehen unseres Viertels und seinem allzu geringen Einfluß bei politischen Wahlen“.¹⁸ Solche Klagen verstärkten sich vor allem dann, wenn die Wahlkreisarithmetik der demographischen Entwicklung angepaßt werden sollte. Viele Bewohner der Pariser Innenbezirke erblickten darin eine ungebührliche Benachteiligung zugunsten der kulturell zurückstehenden und zumindest latent revolutionären Außenbezirke.¹⁹ Seinen unmittelbarsten, gleichsam physischen Ausdruck fand diese Spannung hingegen im Kampf um das soziale Gelände, den die extremistischen Bewegungen untereinander ausfochten. So stellte es für den PCF lange Zeit ein besonderes Ziel dar, seine politischen Kampfdemonstrationen in das Paris *intra muros*, und hier besonders in die bürgerlichen Viertel des Zentrums und des Westens hineinzutreiben. Bestanden anfangs vor allem in anarcho-syndikalistischen Kreisen noch gleichsam romantisch-blanquistische Vorstellungen, wie die Banlieue zur strategischen Niederringung der Hauptstadt eingesetzt werden könne,²⁰ so konzentrierte sich seit Mitte der zwanziger Jahre die Aufmerksamkeit der Kommunisten auf die Eroberung der Kommunalverwaltungen. „Il faut, dans la région parisienne“, so forderte der Parteisekretär Albert Treint auf dem Vierten Parteikongreß des PCF 1925 in Clichy, „avoir le plus de mairies communistes possibles de façon à renforcer la ceinture rouge qui encercle la capitale.“²¹ In dem Maße, wie dieses Ziel durch die Kommunalwahlen der Jahre 1925, 1930 und 1935 in Reichweite rückte, wuchsen die Befürchtungen des bürgerlichen Paris. Ludovic Barthélemy z.B., der Generalsekretär des *Redressement français*, beargwöhnte im Herbst 1934, als der PCF einige Nachwahlen gewonnen hatte, den Willen der Kommunisten, „den berühmt-berüchtigten roten Gürtel um Paris wiederherzustellen, der die Stadt wie in einem Schraubstock einschnürt“. „Les voies de communication“, so skizzierte Barthélemy die drohenden Folgen einer kommunistischen Übermacht, „les nœuds routiers, les centres fluviaux d’amont et d’aval péuvent être coupés, paralysés, neutralisés.“ Ein weiterer Gefahrenherd sei die enge industrielle und wirtschaftliche Abhängigkeit der Metropole von ihrem Umland.²² Einmal mehr begegnete hier der „Anti-Chaos-Reflex“ der in höchstem Maße von funktionierenden Dienstleistungs- und Distributionsapparaten abhängigen Hauptstadt im Gewand des politischen Antikommunismus.²³

Hiermit verband sich freilich das seit der Revolutionszeit stets wache Bemühen des französischen Zentralstaates, die öffentliche Ordnung in der Hauptstadt militärisch und polizeilich zu sichern. Vor dem Hintergrund einer langen Kette von „journées révolutionnaires“ und den aus ihnen resultierenden metropolitanen Barrikadenkämpfen, die das 19. Jahrhundert gesehen hatte, wurden gegen Ende der zwan-

risienne, in: *La Vague rouge*, janvier 1928, S. 11–14; Jacques Valdour, *Sous la griffe de Moscou*, Paris 1929, S. 29ff. Louis Chéronnet, *Paris extra muros*, Paris 1929.

¹⁷ Pierre Lhande, *Le Christ dans la banlieue*, Paris 1927.

¹⁸ *Le Réveil du Palais-Royal*, November 1938.

¹⁹ Beispiel: *Journal du Louvre*, 7.–23.4.1924; Paris-1^{er} Arrondissement, janvier 1929.

²⁰ So empfahl etwa der Anarcho-Syndikalist Sirolle „la formation de conseils d’ouvriers syndiqués et l’organisation de manifestations dans la grande banlieue pour y attirer la force armée et la force publique dont l’éloignement de la Capitale favoriserait un mouvement révolutionnaire à Paris même et la prise de possession du pouvoir.“ AN F7 13775, 19.12.1920, Réunion de propagande de Métaux.

²¹ AN F7 13090, 4^{me} Congrès National du Parti Communiste, 5^{me} journée, 3^{me} séance.

²² AN F7 13134, 23.10.1934, Les progrès des Communistes dans la banlieue parisienne.

²³ Vgl. dazu oben, S. 115.

ziger Jahre die militärischen Vorkehrungen gegen einen gewaltsamen Umsturz in der Hauptstadt verstärkt: Der sogenannte „Plan Z“, ein durch Indiskretion publik gewordener Geheimplan, sah vor, im Falle eines Aufstandes, den man vor allem von den Kommunisten erwartete, in Paris zunächst lediglich einige zentrale Regierungsgebäude und den Elysée-Palast zu verteidigen; in Versailles sollten dann die aus der Provinz herbeigeholten Truppen konzentriert werden, mit deren Hilfe man Paris wiederzuerobern gedachte.²⁴ Dieses fatal an den Kommuneaufstand erinnernde Szenario traf zum einen auf den Widerstand des Polizeipräfekten Jean Chiappe, der in Paris selbst unmittelbaren Widerstand leisten wollte, zum anderen aber – nach der Veröffentlichung des Plans – auf erbitterte Kommentare in der Öffentlichkeit. Für die „Revue des Vivants“, die durch die Veröffentlichung des Plans den Stein ins Rollen gebracht hatte, stand fest, daß die Regierung mit dem Plan Z Paris einer doppelten Gefahr aussetzte und dem „künftigen Krieg, nämlich dem Bürgerkrieg“ den Weg bereitete.²⁵ Die Entscheidung, „ohne Kampf vor der roten Garde zu kapitulieren“, die der Situation im Rußland Kerenskys gleiche, zwinge den Bürger dazu, den Widerstand anstelle der pflichtvergessenen Regierung selbst zu organisieren.²⁶

Tatsächlich suchten die „faschistischen“ Bewegungen wie 1925/26 der *Faisceau*, in den dreißiger Jahren dann die *Croix de feu*, was sie unter zu verteidigender „Ordnung“ verstanden, in Eigenregie durchzusetzen und in den Arbeiterwohnvierteln der Peripherie Fuß zu fassen. Mittels wohl organisierter, bei den *Croix de feu* auch durch eine aufwendige Infrastruktur (Lastwagen, Busse, PKWs) unterstützter politischer Ausflüge wurden die in den zentrumsnahen Bezirken wohnenden Mitglieder in die Banlieue transportiert, um dort politische Kundgebungen abzuhalten. Nicht selten trafen sie dort auf abwehrbereite, zu „antifaschistischen“ Gegenaktionen mobilisierte kommunistische Gruppierungen. In extremer Form begegnete dieses Muster in Berlin seit Ende der zwanziger Jahre, wo die NSDAP in den bürgerlich-mittelständischen Bezirken ihre Aktionen begann, ehe dann die gezielte Provokation der Kommunisten in deren eigenen Hochburgen unternommen wurde.²⁷ In den großen Städten besaß der politische Extremismus daher immer auch eine sozialräumliche und damit unmittelbar physische Dimension, die eine wichtige Wurzel der epochentypischen Gewalt darstellte.²⁸

Auch in der kommunalpolitischen Struktur und Auseinandersetzung schlug sich die politisch-soziale Topographie der beiden Metropolen nieder. Das Conseil municipal der Stadt Paris (intra muros) war bereits aufgrund seiner Konstitutionsmodalitäten ein hochkonservatives Repräsentativorgan. Jedes der 80 Pariser Stadtviertel (Quartiers) entsandte einen durch Mehrheitswahl gewählten Deputierten in das Conseil; d.h. jedes Arrondissement besaß unabhängig von der Zahl seiner Stimmbürger vier Stadtdeputierte. Während bei den Kommunalwahlen des Jahres 1935 im Quartier Gaillon im 2. Arrondissement auf 881 Wahlberechtigte ein Conseiller municipal kam, waren es im Quartier Gare (13. Arrondissement) 13.186 Stimmbürger.²⁹ Im Vergleich

²⁴ Revue des Vivants II, September 1928, S. 423–427: La prochaine guerre: Paris en cas d'émeute. Le plan Z. Vgl. Georges Carrot, Le maintien de l'ordre en France, Bd. II, Toulouse 1984, S. 713.

²⁵ Revue des Vivants II, September 1928, S. 426.

²⁶ La Victoire, 8.9.1928.

²⁷ Dazu unten, S. 444f.

²⁸ Siehe dazu unten, S. 589ff.

²⁹ Zahlen nach den offiziellen Wahlergebnissen im Bulletin Municipal officiel der Stadt Paris 1935 (avril-juin), 8.5.1935, supplément, S. 2061 u. 2065.

zu einem Wähler aus dem Zentrum der Hauptstadt wog hier eine Stimme also weniger als ein Zehntel. Das Conseil municipal, so der sarkastische Kommentar eines Zeitgenossen, repräsentierte „eine Mehrheit der Gebäude, aber nur eine Minderheit der Wähler.“³⁰ Dieser krassen kommunalpolitischen Benachteiligung der in den Pariser Außenbezirken lebenden Bevölkerung stand die zunehmende Hegemonie gegenüber, die der PCF in einigen Vororten der Banlieue erobern konnte. 1935, nach den für den PCF überaus erfolgreichen Kommunalwahlen, besaßen 29 der insgesamt 80 Kommunen des Départements Seine eine kommunistische Stadtverwaltung. 1925 verfügte der PCF erst über einige wenige Hochburgen wie Malakoff, Ivry, Vitry und Villejuif im Süden, Bobigny im Osten und Saint-Denis, Villetaneuse und Pierrefitte im Norden. Die übrigen Gemeinden, insgesamt 22, blieben zunächst sozialistisch dominiert, ehe sie bei den Kommunalwahlen der Jahre 1930 und dann vor allem 1935 von den Kommunisten erobert wurden.³¹

Vergleichbare Erfolge konnte die KPD bei den Berliner Bezirkswahlen der Jahre 1921, 1925 und 1929 nicht erreichen. Ihre besten Ergebnisse in den kommunistischen Hochburgen blieben hier in der Regel mehr oder weniger knapp unter der 40%-Marke.³² Allerdings wäre auch bei einem Bezirkswahlsieg der KPD die Nominierung eines kommunistischen Bezirksbürgermeisters wohl ausgeschlossen gewesen; denn in Preußen wurde gewählten KPD-Kandidaten regelmäßig die Bestätigung durch die zuständigen Oberpräsidenten verweigert.³³ Für die Kommunisten bedeutete dies, daß auch die kommunalen Repräsentativorgane wie die Berliner Bezirksversammlungen primär als Bühne antiparlamentarischer Politik benutzt wurden; denn – anders als in der Pariser Banlieue – gab es in Berlin so gut wie keine systemkonformen Ansätze zur kommunalpolitischen Integration der Kommunisten. Mithin trug das „Rote Berlin“ der Weimarer Republik einen Januskopf: Zwar entwickelte es sich seit Ende der zwanziger Jahre definitiv zur kommunistischen Hochburg; doch schlug sich dies keineswegs in der Eroberung politischer und gesellschaftlicher Machtpositionen nieder. In noch weitaus höherem Maße, als sich dies für den PCF der Région parisienne sagen läßt, bildeten die Kommunisten daher in Berlin eine in sich abgeschlossene und desintegrierte „Gegenwelt“, was sie in besonderer Weise zur Ideologisierung und zum revolutionären Voluntarismus prädisponierte.

³⁰ So die sarkastische Äußerung des der Alliance démocratique angehörigen Parlamentsabgeordneten Laurent Bonnevay, *Les journées sanglantes de février 1934*, Paris 1935, S. 146. Bonnevay war Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Vorfälle des 6. Februars 1934 gewesen und hatte in diesem Zusammenhang die Aktionen des Conseil municipal scharf kritisiert. Siehe dazu unten, S. 471ff.

³¹ Vgl. die Typologie in Claude Penetier u. Nathalie Viet-Depaule, *Les municipalités et l'évolution politique et sociale des communes de banlieue (milieu XIX^e siècle – milieu XX^e siècle)*, in: Fourcaut (Hrsg.), *Siècle de banlieue parisienne*, S. 189–209, hier S. 209.

³² Siehe die nach Bezirken gegliederte Wahlstatistik, bearbeitet von Andreas Splanemann, in: Büsch u. Haus (Hrsg.), *Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933*, S. 291–482. Das beste Ergebnis bei einer Bezirkswahl erreichte die KPD demzufolge im Wedding im November 1929 mit 40,6 % der gültigen Stimmen, ebd., S. 378.

³³ Georg Fülberth, *Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918–1933. Ein Anfang*, Marburg 1984, S. 55ff. u. 94ff.

Schaubild 1: Kommunistische Gemeindeverwaltungen im Département Seine nach den französischen Kommunalwahlen 1935³⁴



In jedem Fall aber herrschte im bürgerlich-konservativen Berlin ein tiefes Ressentiment gegen die „rote“ Hauptstadt, das sich mit der für den bürgerlichen Kulturpessimismus der Epoche typischen „Großstadtfeindschaft“ verband.³⁵ Schon die Gründung der neuen Einheitsgemeinde Groß-Berlin im Jahre 1920 wurde seitens der wohlhabenden Gemeinden des Westens und Südwestens mit tiefem Mißtrauen und Gegnerschaft begleitet.³⁶ Der Verein der Vororte Berlins protestierte bereits im Sommer 1919 gegen die Absichten der Landesregierung und verfaßte eine entsprechende Petition an die Preußische Landesversammlung. In ihr verwarfen die Vororte das Vorhaben, ohne Befragen der Bürgerschaft eine neue Großgemeinde zu schaffen; statt dessen forderte man die Aufrechterhaltung der gemeindlichen Selbständigkeit.³⁷ In den Debatten der Preußischen Landesversammlung lehnten vor allem die Abgeordneten der DVP und DNVP die Neugründung z.T. vehement ab.³⁸ Der deutsche Abgeordnete Paul Lüdicke befürchtete, „daß eine bürokratische Verwaltung unter einseitiger politischer Leitung herauskommen wird“³⁹ und der volksparteiliche

³⁴ Quelle: Stéphane Courtois u. Marc Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1995, S. 139.

³⁵ Grundlegend hierzu die ideengeschichtliche Studie von Klaus Bergmann, *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim a. Gl. 1970.

³⁶ Vgl. Henning Köhler, Berlin in der Weimarer Republik (1918–1932), in: Ribbe (Hrsg.), *Geschichte Berlins II*, S. 797–923, hier S. 815.

³⁷ Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung, Tagung 1919/1921, Drucksachen Bd. 4, Nr. 1126, S. 1571.

³⁸ Sitzungsberichte der Preußischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, Tagung 1919/1921, Bd. 9, Sp. 10865ff. (Sitzung vom 23.4.1920, Lüdicke, DNVP; Dr. Leidig, DVP); Sp. 10945ff. (Hassloff, DNVP).

³⁹ Ebd., Sp. 10870.

Abgeordnete Eugen Leidig wunderte sich, wie überhaupt eine bürgerliche Partei – gemeint war die DDP – einer Regelung zustimmen könne, „die naturnotwendig das gesamte Bürgertum [...] auf absehbare Zeit zu völliger Bedeutungslosigkeit in dem gesamten Gebiet Berlins verurteilt.“⁴⁰

Sachliche Sorgen um die Funktionsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung und um mögliche diesbezügliche Gefahren vermengten sich in der Debatte um die Einheitsgemeinde Groß-Berlin mit Vorbehalten rein (partei-)politischer Art. Insofern die bürgerlichen Kreise ihre kommunalpolitische Ausschaltung befürchteten, brachten sie als ihr stärkstes Argument den Appell an die zeitgenössische Angst vor Unruhen und Unordnung vor. Man würde bei Durchführung der Einheitsgemeinde eine Stätte „sozialistischer, sozialdemokratischer, dauernd unruhiger, bolschewistischer Experimente erleben.“⁴¹ Ähnlich wie in den zentralen Arrondissements von Paris verband sich dieser Appell an die Angst mit der konkreteren Sorge vor einer übermäßigen Finanz- und Steuerbelastung infolge der Zusammenlegung. Die konservativen Kräfte Berlins blieben jedenfalls bis zum Ende der Weimarer Republik entschiedene Gegner des demokratisierten Groß-Berlins. Noch 1930 forderte die DNVP die Abschaffung der Stadtverordnetenversammlung zugunsten eines „Senates“, bestehend aus den Bürgermeistern der wieder weitgehend verselbständigten Einzelbezirke.⁴²

II. Wählerbewegung und lokale Schwerpunkte

Metropolen bilden stets einen besonderen Fokus der zeittypischen politischen, sozialen und ökonomischen Probleme. Auch Berlin und Paris stellten in der Zwischenkriegszeit mit ihren ausgedehnten urbanen Sozialräumen und der Zusammenballung immenser Menschenmassen einen besonderen Nährboden für politischen Extremismus bereit. Dies schlug sich nicht zuletzt in den Wahlergebnissen nieder. Aufgrund des jeweils hohen Anteils der Industriearbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung bildeten der Großraum Paris ebenso wie Berlin traditionelle Hochburgen der Arbeiterbewegung. In beiden Regionen konnten sich die kommunistischen Parteien nach ihrer Etablierung als Massenbewegung im Jahre 1920 auch als bedeutende Wahlfaktoren behaupten. Hier wie dort lagen ihre Ergebnisse weit über dem Landesdurchschnitt, in der Regel etwa doppelt so hoch. In den Metropolen profitierten die kommunistischen Parteien besonders von der krisenhaften Entwicklung der Zwischenkriegszeit. Nicht zufällig wurden KPD und PCF zwar zu unterschiedlichen Zeiten, jeweils aber auf dem Höhepunkt der jeweiligen innenpolitischen Krise zur wählerstärksten Partei in der metropolitanen Region. So erreichte die KPD bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 31,0% der abgegebenen gültigen Stimmen, der PCF bei den Kammerwahlen des Frühjahrs 1936 30,3%.

⁴⁰ Ebd., Sp. 10877.

⁴¹ So die pointierte Zusammenfassung der Argumente der Opposition durch den Regierungsvertreter, Unterstaatssekretär Dr. Freund, ebd., Sp. 10882.

⁴² Wolfgang Ilaus, Chance, Krise und Sturz der Demokratie im Berlin der Weimarer Republik, in: Büsch u. Ilaus (Hrsg.), Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik, S. 161–281, hier S. 175f.

Tabelle 13: Ergebnisse des PCF bei den Parlamentswahlen in der Pariser Region und in Frankreich 1924–1936 (in v.H.)⁴³

Wahlen zur Chambre des Députés	Région parisienne	Frankreich
1924	22,3	9,5
1928	21,2	11,4
1932	18,2	8,4
1936	30,3	15,4

Tabelle 14: Ergebnisse der KPD bei den Reichstagswahlen in Berlin und im Reich insgesamt (in v.H.)⁴⁴

Reichstagswahlen	Groß-Berlin	Deutsches Reich
4.5.1924	17,9	12,6
7.12.1924	16,3	9,0
20.5.1928	24,6	10,6
14.9.1930	27,3	13,1
31.7.1932	27,3	14,5
6.11.1932	31,0	16,9

Neben dem relativ hohen kommunistischen Stimmenanteil in den metropolen Großräumen geht aus den Tabellen ein weiteres hervor: Den innerkommunistischen Krisen und Abschwungtendenzen widerstanden die hauptstädtischen Parteibezirke vergleichsweise besser als die Partei auf Landesebene. Den Wählereinbruch im Gefolge des gescheiterten „Deutschen Oktober“ und des vorübergehenden Verbots der Partei im Jahre 1924 verkräftete die KPD in Berlin weitaus besser als auf Reichsebene. Ebenso gingen zwischen 1928 und 1932, als sich der PCF durch die „ultralinke“ Taktik „Klasse gegen Klasse“ ins Abseits manövrierte, die kommunistischen Wählerstimmen in der Pariser Region nicht in dem Maße zurück, wie dies landesweit der Fall war.⁴⁵ Aus diesen Daten spricht der besondere, überdurchschnittlich starke Rückhalt, auf den die Kommunisten in den Hauptstädten bauen konnten. Schon am Ende des Ersten Weltkrieges war offenkundig geworden, daß große Teile der Arbeiterschaft in beiden Metropolen nach „links“ tendierten: PCF und KPD profitierten in ihrer Frühzeit von den syndikalistischen bzw. lokalistischen Traditionen der Hauptstädte, aus denen sie ein Gutteil ihrer Wählerbasis zogen. In den dreißiger Jahren vermochten die hauptstädtischen Parteiorganisationen dann von den krisenbedingten Aufschwüngen (1932 in Deutschland, 1936 in Frankreich) überproportional zu profitieren. Im November 1932 in Berlin bzw. im Mai 1936 in Paris gab es tatsächlich keinen Bezirk mehr, in dem die kommunistischen Parteien weniger als 10% erreicht hätten.

⁴³ Bei den Wahlen der Jahre 1928, 1932 und 1936 wurde nach Mehrheitswahlrecht gewählt. Es werden daher nur die Ergebnisse des ersten Wahlgangs zugrunde gelegt. Quellen: Spalte 1: Jacques Girault, *L'implantation du parti communiste dans la région parisienne*, in: Ders. (Hrsg.), *Sur l'implantation du parti communiste français dans l'entre-deux-guerres*, S. 61–117, hier S. 62; Spalte 2: Courtois u. Lazar, *L'histoire du Parti communiste français*, S. 426.

⁴⁴ Quellen: Spalte 1: Splanemann (Bearb.), *Berliner Wahl- u. Sozialstatistik*, in: Büsch u. Haus (Hrsg.), *Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik*, S. 323; Spalte 2: Jürgen Falter, *Thomas Lindenberger u. Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986, S. 44.

⁴⁵ Vgl. Girault, *Implantation du parti communiste*, S. 62.

Darüber hinaus schlugen sich die für beide Großräume typischen Formen sozial-räumlicher Spannung in der regionalen Wahltopographie nieder. Über weite Strecken reflektierten die Wahlergebnisse die unterschiedliche soziale Zusammensetzung der in Frage stehenden Bezirke, wie bereits die Differenzierung der PCF-Ergebnisse innerhalb der Pariser Region offenbart:

Tabelle 15: Wahlergebnisse des PCF in der Pariser Region und in der Banlieue (ohne Paris)⁴⁶

Wahlen zur Chambre des Députés	Région parisienne	Banlieue
1924	22,3	26,0
1928	21,2	25,7
1932	18,2	24,3
1936	30,3	38,6

Und das innerhalb von Groß-Berlin differenzierte Bild lautet:

Tabelle 16: Stimmenanteil der KPD bei den Reichstagswahlen in Groß-Berlin und in vier Arbeiterbezirken (in v.H.)⁴⁷

Reichstagswahlen	Groß-Berlin	4 Arbeiterbezirke ^a
4.5.1924	17,9	24,9
7.12.1924	16,3	23,3
20.5.1928	24,6	34,2
14.9.1930	27,3	37,2
31.7.1932	27,3	36,9
6.11.1932	31,0	41,9

^a Wedding, Friedrichshain, Neukölln, Weißensee.

Entsprechend verteilten sich die lokalen Schwerpunkte der Kommunisten. So hielt z.B. in der Pariser Region unangefochten der östliche Vorort Bobigny die Spitze, wo der PCF in keiner der Kammerwahlen zwischen 1924 und 1936 unter 60% blieb und 1936 das Rekordergebnis von 70,3% erreichte. Knapp darunter liegende Spitzenergebnisse erzielte der PCF in den Vororten Drancy, Bagnoleet und Ivry-sur-Seine:

⁴⁶ Quelle: Bulletin Municipal Officiel der Stadt Paris, 1924, supplément, 1.6.1924, S. 1–11, 4.6.1924, S. 13–20 u. 8.6.1924, S. 29–54; ebd. 1928, part 2, 27.4.1928, supplément (renouvellement intégral de la Chambre des Députés) 1er tour, S. 2045–2067; ebd. 1932, part 2, 7.5.1932, supplément, S. 2293–2316; ebd., 1936, part 2, 2.5.1936, supplément, S. 1547–1570.

⁴⁷ Quellen: Spalte 1: Splanemann (Bearb.), Berliner Wahl- u. Sozialstatistik, in: Büsch u. Haus (Hrsg.), Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik, S. 323; Spalte 2: Jürgen Falter, Thomas Lindenberger u. Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986, S. 44.

Tabelle 17: Stimmenanteil des PCF bei den Kammerwahlen in kommunistischen Hochburgen der Banlieue⁴⁸

Wahlen zur Chambre des Députés (1. Wg.)	Bobigny	Drancy	Bagnolet	Ivry-s-S.
1924	60,7	53,4	42,6	46,2
1928	66,8	47,2	43,2	44,3
1932	65,7	46,3	43,7	46,5
1936	70,3	65,9	61,9	64,6

Alle diese Vorortgemeinden mit außergewöhnlich hohem PCF-Anteil zeichneten sich durch einige Gemeinsamkeiten aus: Beschleunigte Industrialisierung und hohe Zuwanderung hatten seit der Jahrhundertwende ein neues, in seiner Herkunft zwar disparates, durch die Kongruenz der Lebenswelten und -erfahrungen jedoch zunehmend homogenisiertes Arbeitermilieu geschaffen. Neben überwiegend gleichförmigen Arbeitsbedingungen gehörte hierzu vor allem die Erfahrung des Wohnungsmangels bzw. der schlechten Wohnbedingungen, auch wenn die Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt soziale Wohnungsbauprogramme in Angriff nahmen.⁴⁹ Nachdem seit 1921 die Loyalität der Wähler mehrheitlich von den Sozialisten auf den PCF übertragen worden war,⁵⁰ amtierten in den Hochburgen der Banlieue z.T. über lange Jahre hinweg kommunistische Bürgermeister und Stadtverwaltungen. Die hieraus resultierende, gegen das Pariser Establishment gerichtete lokale Identität lag an der Wurzel einer spezifischen Form milieuverwurzelter und solidarischer „community politics“ und der konstanten Wahlerfolge des PCF.⁵¹ Am Wahlverhalten der kommunistischen Bastionen der Banlieue scheinen denn auch die verschiedenen innerparteilichen Krisen ohne größere Wirkung vorbeigegangen zu sein. Insbesondere die Parteikrise im Anschluß an die „ultralinke“ Wendung 1928/29 führte in den Hochburgen zu keinen nennenswerten Einbußen.

Zum einen schien sich also der „rote Gürtel“ immer enger um die französische Hauptstadt zu ziehen; zum anderen aber konnte der PCF vor allem bei den Volksfrontwahlen im Jahre 1936 auch im bürgerlich-mittelständischen Paris gewisse Erfolge erzielen. Selbst in den großbürgerlich geprägten Vierteln wie dem 8., 9. und 16. Arrondissement sowie dem westlichen Vorort Neuilly-sur-Seine erreichten die Kommunisten im ersten Wahlgang z.T. deutlich mehr als 10% der gültigen Stimmen. Und in den eher kleingewerblich strukturierten Gebieten der Pariser Innenstadt, im 2., 3. u. 4. Arrondissement, betrug das kommunistische Wahlergebnis sogar zwischen 20 u. 30%. Zu diesem überraschenden kommunistischen Votum im Zentrum von Paris trug maßgeblich die in den dreißiger Jahren extrem gestiegene Unzufriedenheit

⁴⁸ Quelle: Bulletin Municipal Officiel der Stadt Paris, 1924, supplément, 8.6.1924, S. 36f. u. 42.; ebd., 1928, part 2, 27.4.1928, supplément (renouvellement intégral de la Chambre des Députés) 1er tour, S. 2061 u. 2066; ebd. 1932, part 2, 7.5.1932, supplément, S. 2309 u. 2315; ebd., 1936, part 2, 2.5.1936, supplément, S. 1562 u. 1569.

⁴⁹ Vgl. Susanne Magri, *Le logement et l'habitat populaires de la fin du XIXe siècle à la seconde guerre mondiale*, in: Fourcaut (Hrsg.), *Un siècle de banlieue*, S. 106–129, hier v.a. S. 109ff.

⁵⁰ Über die sozialistische Vorherrschaft vor 1914 in Bobigny und den Übergang zum Kommunismus vgl. Stovall, *Rise*, S. 97ff.

⁵¹ Ebd., S. 145ff.

der gewerblichen Mittelschichten bei.⁵² Die Verbandsfunktionäre des Pariser Kleinhandels und Handwerks zeigten sich nach den Wahlen überzeugt davon, „daß ihre Verbandsmitglieder aufgrund ihrer Ressentiments gegenüber der alten Volksvertretung kommunistisch oder sozialistisch gewählt haben“: „Ils estiment en effet que leurs appels n’ayant pas été entendus des Pouvoirs Publics, les détaillants n’avaient d’autres moyens légaux de manifester leurs doléances que de choisir de nouveaux parlementaires plus sensibles à leurs difficultés.“⁵³ Anders als dies in Deutschland und Berlin der Fall war, ließen sich die Ressentiments der Pariser gewerblichen Mittelschichten ganz offensichtlich auch für einen „linken“ Protest mobilisieren, wobei die revolutionären Traditionen der französischen Hauptstadt eine wichtige Rolle gespielt haben dürften.⁵⁴

So wie sich im Falle der Pariser Region die Spannung zwischen Zentrum und Peripherie graphisch darstellen läßt, schlugen sich auch in Berlin die Gegensätze zwischen dem Osten und dem (Süd-)Westen in der Wahltopographie nieder. Die folgenden Schaubilder veranschaulichen das allmähliche, lokal unterschiedliche Anwachsen des PCF- bzw. des KPD-Stimmenanteils bei den Kammer- und Reichstagswahlen in Paris und Berlin von 1924 bis 1932 bzw 1936:

⁵² Über die Krise des Handwerks in den dreißiger Jahren vgl. Steven M. Zdatny, *The Politics of Survival. Artisans in Twentieth-Century France*, Oxford 1990, S. 65ff.

⁵³ AN F7 13983, 5.5.1936.

⁵⁴ Ausführlicher hierzu: Andreas Wirsching, *Kleinbürger für den Klassenkampf? Theorie und Praxis kommunistischer Mittelstandspolitik in Frankreich 1924–1936*, in: Horst Möller, Gérard Raulet, Andreas Wirsching, *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich und Deutschland* (Beihefte der Francia 29), Sigmaringen 1993, S. 95–116.

Schabild 2: Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 11.5.1924



Schabild 3: Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 29.4.1928

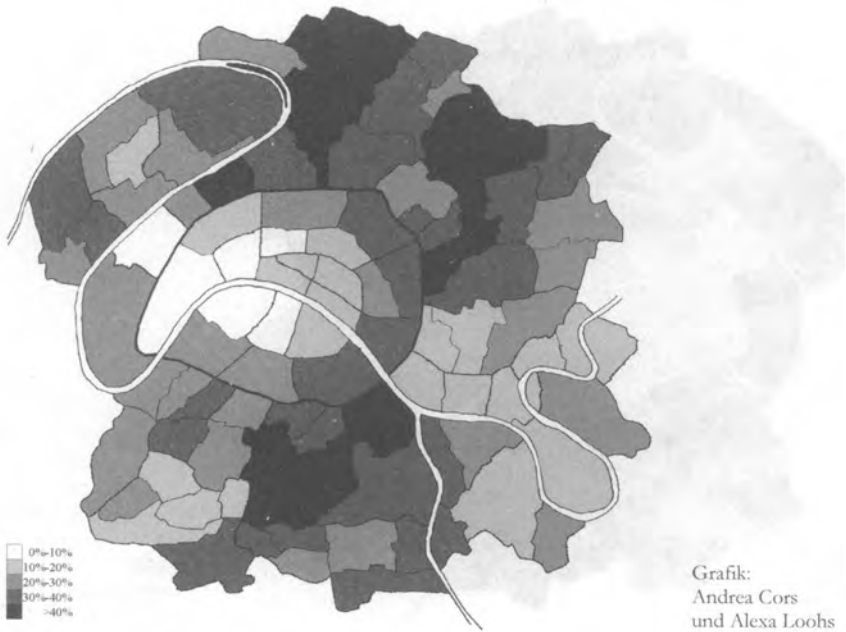


Schaubild 4: Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 1.5.1932

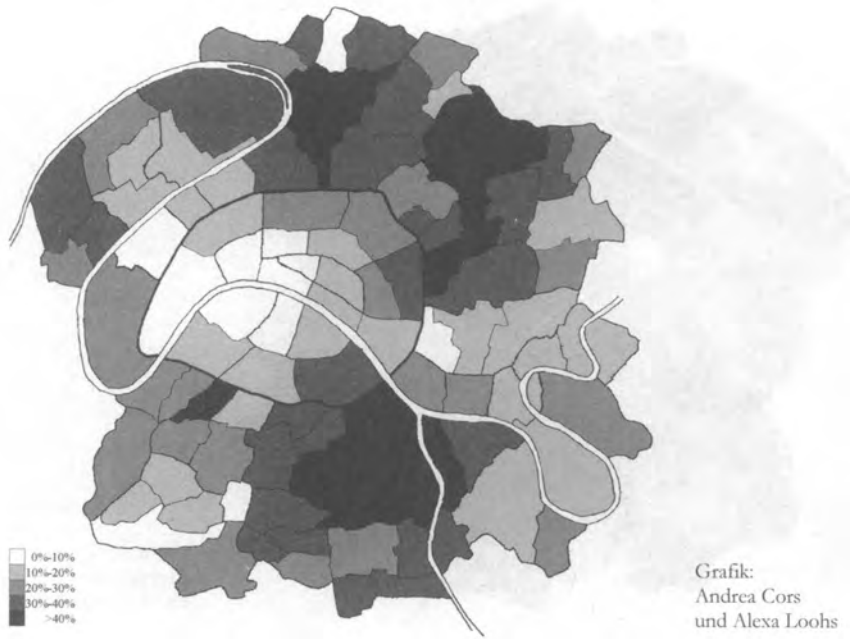
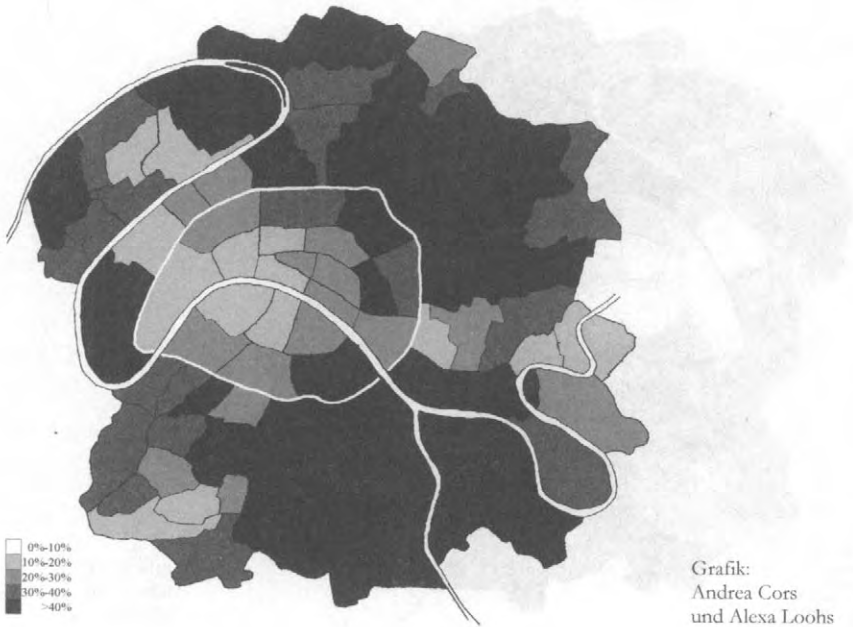
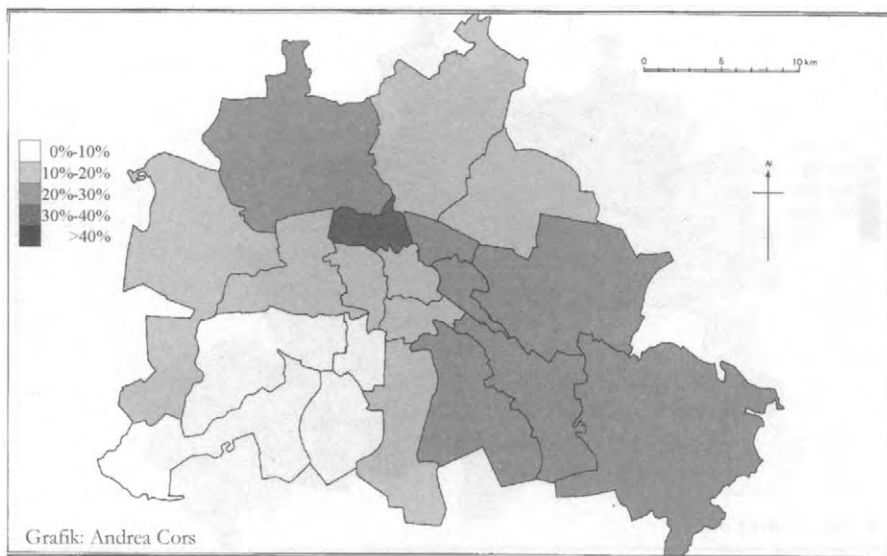


Schaubild 5: Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 26.4.1936



Schanbild 6: Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichstagswahl am 4.5.1924



Schanbild 7: Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichstagswahl am 7.12.1924

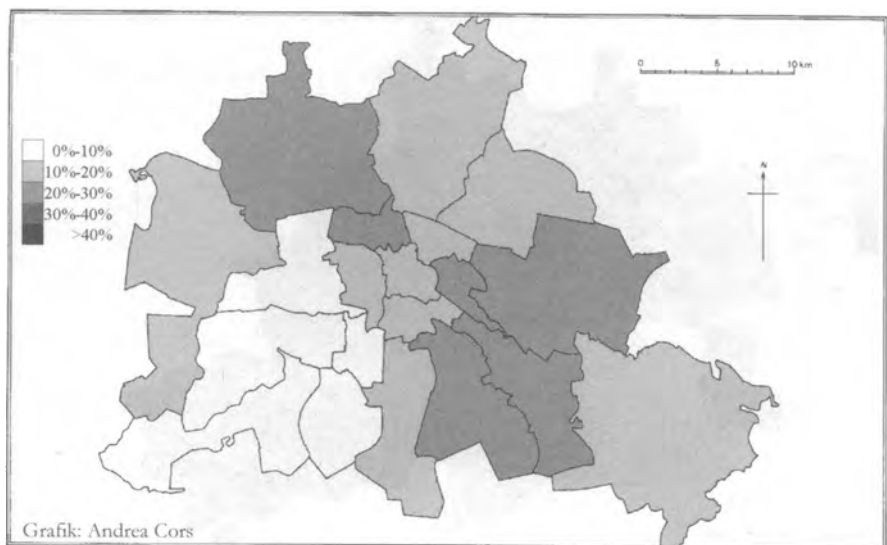


Schaubild 8: Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichstagswahl am 20.5.1928

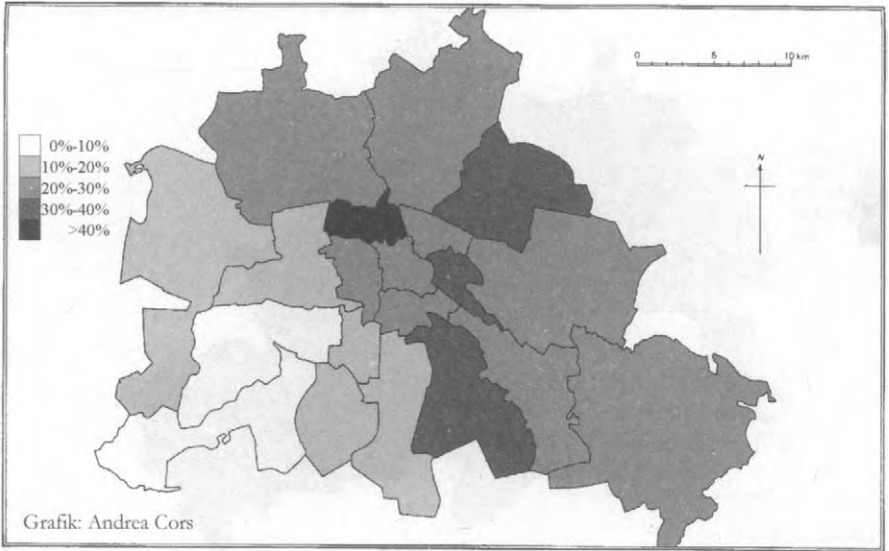


Schaubild 9: Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichstagswahl am 14.9.1930

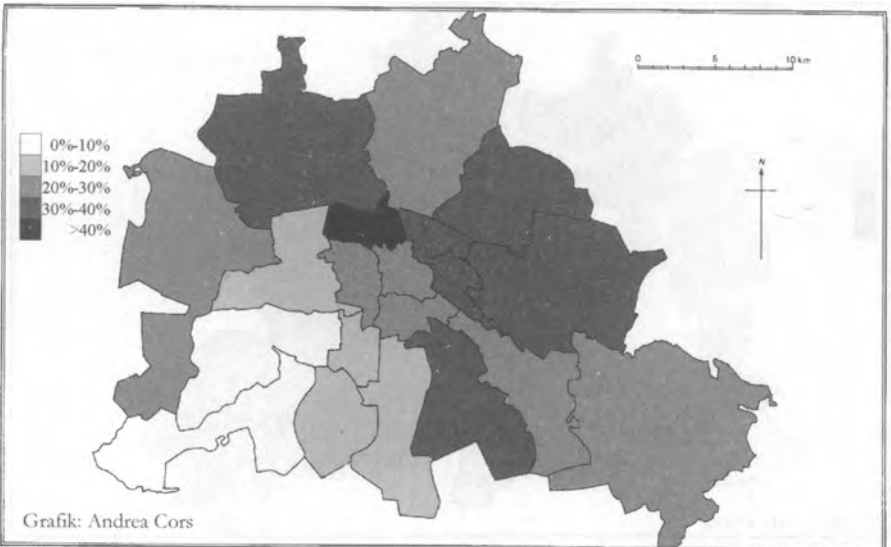


Schaubild 10: Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichstagswahl am 31.7.1932

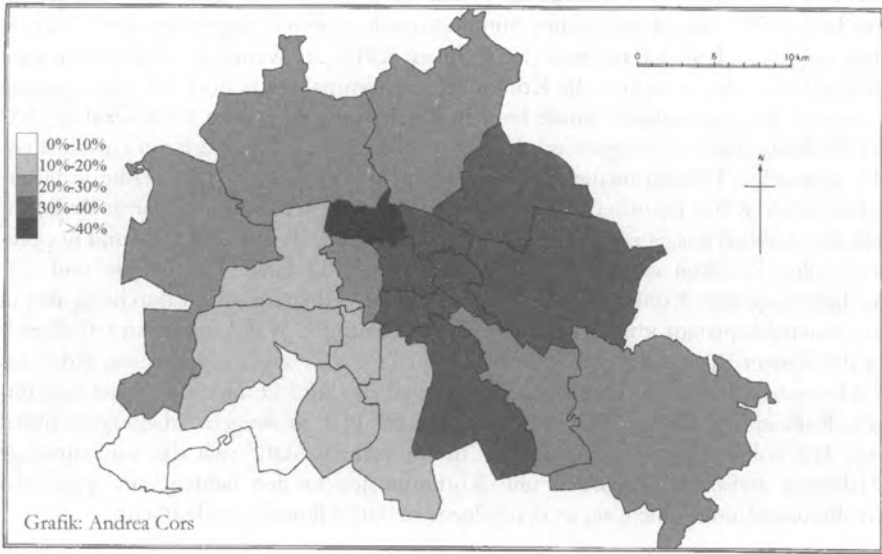
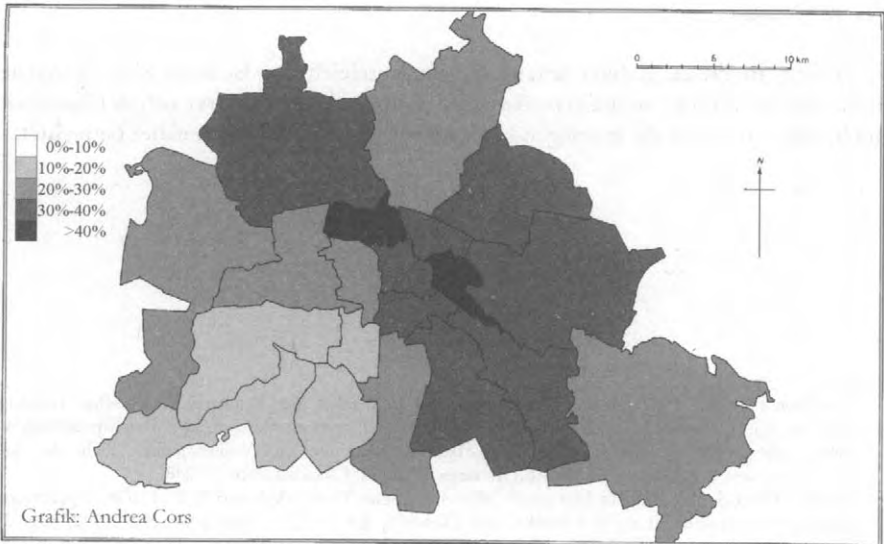


Schaubild 11: Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichstagswahl am 6.11.1932



Über die Ost-West-Spannung hinaus fällt mit Blick auf die Berliner Verhältnisse auf, daß hier die Tendenz zur Ausbildung lokaler Hochburgen mit mehr als 50% oder sogar bis zu 70% kommunistischer Stimmenanteile weniger ausgeprägt war. Auch in den ausgesprochenen Bastionen der Berliner KPD, im Wedding, in Friedrichshain und in Neukölln, erreichten die Kommunisten maximal etwas über 40% der gültigen Stimmen. Der Spitzenwert wurde bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 im Wedding mit 47,1% registriert. In dieser Diskrepanz schlägt sich ein entscheidendes politisches Faktum nieder, das die Geschichte der beiden Hauptstädte in unterschiedlicher Weise beeinflusste: Die Spaltung der Arbeiterbewegung war in Berlin insofern erheblich ausgeprägter als in der Pariser Region, als die SPD stets und in praktisch allen Bezirken ein harter Konkurrent der KPD blieb. Die heftige und z.T. hochideologisierte Konfrontation zwischen beiden Arbeiterparteien durchzog also in der Reichshauptstadt immer auch die überaus häufigen Wahlkämpfe und Wahlen.⁵⁵ In der Pariser Region dagegen vermochte der PCF z.T. sogar das integrale Erbe des Vorkriegssozialismus zu übernehmen. Während die S.F.I.O. hier eine weitaus geringere Rolle spielte als die SPD in Berlin, übte der PCF in einigen Arbeitergemeinden eine fast vollständige Hegemonie aus. In wie hohem Maße sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten in den beiden metropolitanen Großräumen unterschied, sei an den folgenden Aufstellungen verdeutlicht.

Tabelle 18: Stimmenanteile der Kommunisten und SPD/S.F.I.O. in Berlin und Paris^a 1928–1932/36 (in v.H.)⁵⁶

Parlamentswahlen	Groß-Berlin		Région parisienne	
	KPD	SPD	PCF	S.F.I.O.
1928	24,6	32,9	21,2	15,8
1930	27,3	27,2	---	---
1932	27,3	27,3	18,2	16,1
Nov. 1932	31,0	23,3	---	---
1936	---	---	30,3	14,7

^a jeweils 1. Wahlgang

Zeigt sich an diesen Zahlen bereits die im Vergleich zur Berliner SPD deutliche Schwäche der S.F.I.O. in der französischen Hauptstadt, so verstärkt sich der Kontrast noch, wenn man sich die jeweiligen kommunistischen Hochburgen näher betrachtet:

⁵⁵ Zwischen 1921 und 1932 gab es in Berlin insgesamt 16 Wahlen zum Reichstag, preußischen Landtag oder zur Stadtverordnetenversammlung bzw. zu den Bezirksversammlungen, zwei Reichspräsidentenwahlen mit jeweils zwei Wahlgängen sowie Abstimmungen über vier Volksbegehren. Siehe die Zusammenstellung bei Splanemann (Bearb.), Berliner Wahl- und Sozialstatistik, S. 288.

⁵⁶ Quellen: l'ibid., S. 323; Bulletin Municipal Officiel der Stadt Paris, 1928, part 2, 27.4.1928, supplément (renouvellement intégral de la Chambre des Députés) 1er tour, S. 2045–2067; ebd. 1932, part 2, 7.5.1932, supplément, S. 2293–2316; ebd., 1936, part 2, 2.5.1936, supplément, S. 1547–1570.

Tabelle 19: Stimmenanteile des PCF und der S.F.I.O. in vier kommunistischen Hochburgen der Région parisienne 1928–1936⁴ (in v.H.)⁵⁷

Wahlen Ch.d.D.	Bobigny		Drancy		Bagnollet		Ivry-s.-S.	
	PCF	SFIO	PCF	SFIO	PCF	SFIO	PCF	SFIO
1928	66,8	10,8	47,1	37,1	43,2	23,9	44,3	8,5
1932	65,7	7,3	46,3	26,7	43,7	27,8	46,5	9,6
1936	70,3	8,8	65,9	10,7	61,9	16,3	64,6	8,5

⁴jeweils 1. Wahlgang

Aus dieser Tabelle geht deutlich hervor, wie es dem PCF gelang, begünstigt durch die kommunalpolitische Verfaßtheit des Départements Seine homogene Hochburgen zu bilden. Wo in den zwanziger Jahren noch eine starke S.F.I.O.-Stellung bestand, brach sie spätestens mit den Kommunalwahlen des Jahres 1935 zusammen.⁵⁸ In Berlin dagegen stellten die Sozialdemokraten eine bis Mitte 1932 zumindest gleich starke Konkurrenz dar, die auch in den kommunistischen Hochburgen beträchtlich blieb:

Tabelle 20: Stimmenanteile der KPD und der SPD in drei kommunistischen Hochburgen Groß-Berlins 1928–1932 (in v.H.)⁵⁹

RT-Wahlen	Wedding		Friedrichshain		Neukölln	
	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD
20.5.1928	40,4	34,0	34,8	34,6	30,8	40,3
14.9.1930	43,0	28,0	38,0	28,4	34,9	32,6
31.7.1932	42,6	27,8	38,5	28,1	34,4	30,9
6.11.1932	47,1	23,4	43,3	23,9	39,3	26,2

Nimmt man noch hinzu, daß den Berliner Kommunisten jegliche systemkonforme kommunalpolitische Betätigung verwehrt blieb, während die SPD die Berliner Kommunalpolitik über weite Strecken beherrschte, so wird das Ausmaß deutlich, in welchem die Spaltung der Arbeiterbewegung in der Reichshauptstadt aktualisiert wurde.

Den kommunistischen Hochburgen an der Pariser Peripherie und im Berliner (Nord-)Osten entsprachen die lokalen Schwerpunkte der Rechtsparteien im Zentrum bzw. im (Süd-)Westen der Hauptstädte. Dabei ist freilich zu beachten, daß die „faschistischen“ Gruppierungen der französischen extremen Rechten sich strikt als außerparlamentarische Bewegungen verstanden und folglich eine Teilnahme an den Parlamentswahlen ablehnten. Dies gilt etwa für die 1924 bzw. 1925 gegründeten *Jeu-nesses Patriotes* und *Faisceau* ebenso wie für die 1928 gegründeten *Croix de feu*. Eine Änderung trat erst ein, als die Volksfrontregierung im Juli 1936 die außerparlamentarischen Verbände (*ligues*) auflöste und sich diese als legale politische Parteien rekonstituierten. Insbesondere die Nachfolgeorganisation der *Croix de feu*, der *Parti Social Français (P.S.F.)* hätte bei regulären Wahlen auf einen nicht unerheblichen Stimmenanteil hoffen können.

⁵⁷ Quellen: Bulletin Municipal Officiel der Stadt Paris, wie vorige Anmerkung.

⁵⁸ Siehe z.B. die Entwicklung in der Gemeinde Drancy: Gabriel Péru, *Du village à la cité ouvrière, Drancy, 1896–1936. Éléments démographiques, politiques et sociaux, vie municipale, Mémoire de maîtrise histoire*, Paris I, 1978, zum Wahlausgang von 1935, v.a. S. 47ff.

⁵⁹ Quelle: Splanemann (Bearb.), *Berliner Wahl- und Sozialstatistik*, S. 378, 390, 444.

Dies deuteten insbesondere zwei in Paris stattfindende Nachwahlen an: Anfang November 1938 fanden im großbürgerlichen 9. Pariser Arrondissement Nachwahlen zur Chambre des Députés statt, die der Propagandadirektor des P.S.F., Charles Vallin, eindrucksvoll für sich entscheiden konnte. Nachdem er im ersten Wahlgang 28% der gültigen Stimmen erhalten hatte, wurde er im zweiten Durchgang mit 54% der Stimmen gewählt.⁶⁰ Die darauf im Quartier Rochechouart notwendig gewordene Nachwahl zum Conseil Municipal konnte der P.S.F. ebenso deutlich für sich entscheiden.⁶¹ In Kreisen des *Parti radical* fürchtete man zu Jahresbeginn, bei Neuwahlen würde der P.S.F. in der Pariser Region ca. 90–100 Sitze erhalten.⁶² Ohne Zweifel deutete sich hier eine latente Dekomposition der bürgerlich-mittelständischen Wählerklientel an, die ihre Loyalität zwischen der *Fédération républicaine*, der *Alliance démocratique* und dem *Parti radical* verteilte. Zum eigentlichen Test bei den für 1940 vorgesehenen Wahlen ist es dann freilich nicht mehr gekommen.

In Berlin dagegen hatte die NSDAP seit ihrem Durchbruch bei den Kommunalwahlen vom November 1929 und dann vor allem den „Septemberwahlen“ 1930 ihre lokalen Schwerpunkte eindeutig im Südwesten der Stadt. Einerseits trat sie hier das Erbe der DNVP an, die in den Bezirken Wilmersdorf, Steglitz und Zehlendorf mit Werten zwischen 25% und 37% stets die stärkste Partei gewesen war.⁶³ Doch andererseits gelang es der NSDAP – wie dies bekanntlich reichsweit der Fall war –⁶⁴ in beispielloser Weise, mit ihrer Wählerschaft das traditionelle Lager der Konservativen zu transzendieren. So erreichte sie 1932 in den genannten Bezirken Wahlergebnisse, die z.T. deutlich über den Spitzenwerten lagen, welche die DNVP während der zwanziger Jahre erreicht hatte.

Wenn das nationalsozialistische Votum in Berlin insgesamt unter dem Reichsdurchschnitt blieb, so galt dies keinesfalls für die südwestlichen Stadtbezirke, wo z.T. ein überdurchschnittliches Ergebnis erreicht wurde:

Tabelle 21: Stimmenanteile der NSDAP im Deutschen Reich, in Groß-Berlin und im Berliner Südwesten^a bei den Reichstagswahlen 1930–1932 (in v.H.)⁶⁵

Reichstagswahl	Dt. Reich	Groß-Berlin	Bln-Südwesten
14.9.1930	18,3	14,6	20,6
31.7.1932	37,4	28,7	38,8
6.11.1932	33,1	26,0	32,3

^a Wilmersdorf, Steglitz, Zehlendorf

Diese Aufstellung bestätigt die These Richard F. Hamiltons, wonach die obere Mittelschicht der westlichen und südwestlichen Stadtgebiete überdurchschnittlich stark zu

⁶⁰ Philippe Machefer, Le Parti Social Français, in: René Rémond u. Janine Bourdin (Hrsg.), La France et les français en 1938/1939, Paris 1978, S. 307–326, hier S. 317.

⁶¹ Ebd., S. 318.

⁶² Ebd., S. 322. Über die weiteren, teils erfolgreichen, teils enttäuschenden, über das ganze Land verteilten Ergebnisse bei Nachwahlen der Jahre 1938/39 siehe ebd., S. 322ff.

⁶³ Splancmann (Bearb.), Berliner Wahl- und Sozialstatistik, S. 414, 420, 432.

⁶⁴ Zur Wählerstruktur der NSDAP siehe Thomas Childers, The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919–1933, Chapel Hill/N.C. 1984, und jetzt, frühere Studien zusammenfassend, Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

⁶⁵ Quellen: Falter, Lindenberger u. Schumann, Wahlen, S. 44; Splancmann (Bearb.), Wahl- und Sozialstatistik, S. 323, 414, 420, 432 (kumulierte Prozentzahlen neu berechnet).

einem nationalsozialistischen Votum tendierte.⁶⁶ Zwar erzielte die NSDAP auch in Misch- und ausgesprochenen Arbeiterbezirken spektakuläre Einbrüche mit Werten die z.T. ein rundes Viertel der gültigen Stimmen betrug.⁶⁷ Doch lag der Schwerpunkt der NSDAP eindeutig im bürgerlich-mittelständischen Berlin. Dies gilt nicht nur in quantitativer, sondern auch in genetischer Hinsicht, bedenkt man, daß der frühe Rechtsextremismus in Berlin ganz überwiegend ein Phänomen der westlichen Stadtbezirke war. So erzielten die Deutsch-soziale Partei Richard Kunzes und die Deutschvölkische Freiheitspartei bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 hier ihre besten Ergebnisse. Während sie zusammen in Berlin 8,6% der Stimmen gewannen, betrug ihr Anteil in Steglitz 15,5%, in Charlottenburg 14,9%, in Zehlendorf 12,0% und in Wilmersdorf 11,4%.⁶⁸

Bevor nun die konkrete Dynamik der in diesem Kapitel skizzierten sozialen und sozialräumlichen Spannungen dargestellt wird, gilt es, die soziale Struktur der kommunistischen Massenbewegung eingehend zu untersuchen.

⁶⁶ Siehe Richard W. Hamilton, *Who Voted for Hitler*, Princeton/N.J. 1982, S. 82ff. Hamiltons Untersuchung ist bislang die einzige, jedoch nicht computergestützte, vertiefte regionale und lokale Wahlstudie zu den Berliner NSDAP-Ergebnissen. Demgegenüber haben die Arbeiten von Falter den Nachteil, daß sie verhältnismäßig hoch aggregierte Daten präsentieren, die für lokale Verhältnisse kaum Aussagekraft besitzen.

⁶⁷ Siehe die Aufstellung bei Hamilton, *Who voted for Hitler*, S. 78.

⁶⁸ Splanemann (Bearb.), *Berliner Wahl- und Sozialstatistik*, S. 323f., 402f., 414f., 420f., 432f.

Fünftes Kapitel

Der Kommunismus als Massenbewegung

I. Mitgliederbewegung der kommunistischen Parteien in den Metropolen

In Deutschland wie in Frankreich erfolgte der Durchbruch des moskauorientierten Kommunismus zur Massenbewegung erst gegen Ende des Jahres 1920. Die Geburtsstunde des PCF schlug auf dem Kongreß von Tours im Dezember 1920, wo sich die Mehrheit der Delegierten für die Annahme der 21 Bedingungen der III. Internationale aussprach und damit die definitive Spaltung der S.F.I.O. besiegelte.¹ Der PCF konnte nunmehr auf fast zwei Drittel der 178.372 Mitglieder der sozialistischen Partei zählen.² Und erst nach dem USPD-Parteitag in Halle im Oktober 1920 gewann die KPD infolge der Spaltung der USPD und des Beitritts ihres linken Flügels eine Massenanhängerschaft.³ Nach dem Berliner „Vereinigungsparteitag“ vom 4. bis 7. Dezember 1920 zählte die VKPD mehr als 400.000 Mitglieder.⁴

Allerdings darf darüber nicht übersehen werden, daß die KPD bereits im Jahre 1919 Züge einer Massenbewegung besessen hatte, wenn sie auch eine kohärente Programmatik und Organisation noch entbehrte. Gemäß den Angaben der Zentrale gehörten der Partei Anfang Oktober 1919 mehr als 100.000 Mitglieder an, davon rund 12.000 allein dem Berliner Bezirk.⁵ Daß sich diese Massenanhängerschaft zu einem erheblichen Teil aus syndikalistisch geprägten, „ultraradikalen“ Kreisen rekrutierte, zeigte der rapide Mitgliederschwund im Gefolge des Heidelberger Parteitages vom 20. bis 24. Oktober 1919. Nachdem hier Paul Levi, als Vertreter der Reichszentrale, die linkskommunistische Opposition auf das schärfste attackiert und in den vorgelegten Leitsätzen ihren Ausschluß präjudiziert hatte, verließ ein Großteil der Opposition die Partei.⁶ Im Falle Berlins nahm der Aderlaß nachgerade verheerende Formen an, was einmal mehr bestätigte, in wie hohem Maße sich die frühe kommunistische Bewegung in der Hauptstadt aus föderalistischen und „lokalistischen“ Elementen zusammensetzte. Praktisch die gesamte Berliner Mitgliederschaft der KPD kehrte der

¹ Le Congrès de Tours (18^e Congrès national du Parti socialiste). Texte intégral, hrsg. v. Jean Charles u.a., Paris 1980. Annie Kriegel, *Le Congrès de Tours (1920). Naissance du Parti communiste français* (Collection Archives), Paris 1964; Georges Lefranc, *Le mouvement socialiste sous la Troisième République (1875–1940)*, Paris 1963, S. 230ff. Vgl. auch die Diskussion in Jacques Girault (Hrsg.), *Les héritages du Congrès de Tours (1920–1990)*, Le Mans 1992, v.a. S. 9–42.

² Annie Kriegel, *Le Parti communiste français sous la Troisième République (1920–1939). Evolution de ses effectifs*, in: *Revue Française de Science Politique* 16 (1966), S. 5–35, hier S. 17f.

³ Zur Vorgeschichte des Parteitages von Halle Wheeler, USPD und Internationale. Vgl. Zarusky, *Sozialdemokraten*, S. 117ff.

⁴ Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 504f.

⁵ Bericht über den 2. Parteitag der KPD, S. 27.

⁶ Zum Heidelberger Parteitag vgl. Bock, *Syndikalismus*, S. 139ff.

Partei den Rücken. Auf dem 3. Parteitag der KPD im Februar 1920 wurde die gesamte Bezirksorganisation Groß-Berlins aus der Partei förmlich ausgeschlossen; die KPD zählte hier jetzt nur noch ganze 800 Mitglieder.⁷ Im April 1920, als sich die ausgeschlossene Opposition offiziell in der KAPD zusammenschloß, war der Stand der KPD-Organisation in Berlin „geradezu kläglich“. „Er droht zur Katastrophe für die ganze Partei zu werden.“⁸ Im Juli 1920 besaß die KPD in Berlin 1.474 und im Oktober desselben Jahres auch erst 1.700 Mitglieder.⁹ Während dieser Zeit blieb die KAPD in der Reichshauptstadt die weitaus stärkere Kraft.¹⁰

Nach dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 zählte die VKPD in Groß-Berlin ca. 45.000 Mitglieder, eine Zahl die in der Weimarer Republik nicht mehr erreicht werden sollte und die sich unter dem katastrophalen Eindruck der Märzaktion von 1921 auf ca. 23.000 Mitglieder halbierte.¹¹ Im selben Jahr blieb die Zahl der Mitglieder, auf die die Fédération de la Seine des PCF zählen konnte, relativ stabil bei rund 15.000.¹² Bis zur Reorganisation der Region parisienne im Jahre 1924 ging die Mitgliederzahl der Fédération de la Seine scharf zurück auf ca. 10.000 im Juli 1922 und auf rund 5.000 im Oktober 1923,¹³ zweifellos ein Ergebnis der innerparteilichen Richtungskämpfe. Insbesondere nach dem 4. Weltkongreß der III. Internationale im November 1922, der die Bolschewisierung des PCF einleitete und die französische Partei zum Ausschluß der Freimaurer zwang, kehrten rund 50% der Pariser Mitgliedschaft der Partei den Rücken.¹⁴ Es sollte nicht das letzte Mal sein, daß die Durchsetzung des Primats der Komintern mit einem spürbaren Verlust an Mitgliedern erkaufte wurde.

⁷ Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, o.O. o.J., S. 7 u. 38.

⁸ Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, o.O. o.J., S. 102.

⁹ Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November in Berlin, Berlin 1921, S. 5. Über den mühsamen Wiederaufbau der Berliner KPD unter dem jungen Ernst Reuter Willy Brandt u. Richard Löwenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957, S. 130.

¹⁰ Die KAPD besaß bei ihrer Gründung 38.000 Mitglieder, wovon der größte Teil auf die Bezirke Berlin, Wasserkante und Ruhrgebiet entfiel. Weber, Wandlung I, S. 39.

¹¹ Siehe die Zahlen bei Robert F. Wheeler, Die „21 Bedingungen“ und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), S. 117–154, hier: S. 154, die den gesamten Bezirk Berlin-Brandenburg (Januar 1921 = 52.000, Sommer 1921 = 25.998) betreffen. Die Schätzung für Groß-Berlin allein beruht auf einem Abzug von ca. 10 % der Mitgliedschaft, die in der Regel für Brandenburg zu veranschlagen sind.

¹² Un an d'action communiste. Rapport du Secrétariat Général, Courbevoie 1921, S. 54; AN F7 12893 (Dossier 3), 25.4.1921; L'Humanité, 15.5.1921.

¹³ L'action communiste et la crise du Parti, Courbevoie 1922, S. 102; Archives de l'Institut des Recherches Marxistes, Paris (künftig: AIRM) Nr. 41, Conseil National du PCF, 14.–15.10.1923, S. 27 (Marranc).

¹⁴ Nach Mitteilung des Pariser PCF-Deputierten Marranc unternahm die Fédération de la Seine besondere Anstrengungen, um die Beschlüsse des Komintern-Kongresses zu applizieren. Dazu gehörte u.a. die Verpflichtung jedes einzelnen Mitgliedes, eine Erklärung zu unterschreiben, daß es die Freimaurer sowie die „Ligue des Droits de l'Homme“ verlassen hatte: „De ce fait nous avons perdu un grand nombre de camarades qui n'avaient pas compris la nécessité de cette obligation.“ Ebd. Siehe auch AN F7 13102, 27.7.1923. Die Diskussion der französischen Frage auf dem 4. Weltkongreß der III. Internationale in: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale (vom 5. November bis 5. Dezember 1922), Hamburg 1923, S. 864f. (Trotzki) u. 990f. (Resolution). Vgl. Wohl, French Communism, S. 294ff. u. Robricux, Histoire intérieure du Parti Communiste I, S. 121ff.

Wenn die KPD im allgemeinen und der Bezirk Berlin im besonderen bis Ende 1923 ebenfalls einen starken Mitgliederabfluß zu beklagen hatten, so war dies in erster Linie auf die umstrittene und zum Scheitern verurteilte putschistische Taktik der Anfangsjahre zurückzuführen. Hatte schon die mißglückte Märzaktion vom Jahre 1921 der Parteiorganisation einen schweren Schlag versetzt, so galt ähnliches für den Oktoberaufstand im Jahre 1923. Belief sich die Zahl der Parteimitglieder in Groß-Berlin Ende 1922 auf 27.827 und Mitte Oktober 1923 immerhin noch auf 23.700, so betrug sie bei der Wiederaufnahme der legalen Parteiarbeit im März 1924 nur noch 15.655.¹⁵

Betrachtet man die Mitgliederbewegung der beiden kommunistischen Parteien in ihren metropolen Zentren seit der Mitte der zwanziger Jahre, so ist eine auffällige Disparität der jeweiligen Entwicklung zu beobachten. Für Berlin läßt sich trotz der überaus starken Fluktuation, der die Mitgliederstärke insbesondere in den Wintermonaten vorübergehend in die Höhe schnellen ließ, ein klarer Trend feststellen. Nach einer leichten Erholung im Jahre 1924 ging die Stärke des Bezirks Berlin-Brandenburg relativ kontinuierlich zurück, bis sie im Sommer 1927 nur wenig mehr als 11.000 Mitglieder betrug. Auch im Sommer 1928 gab es nur 13.313 Mitglieder.¹⁶ Zur gleichen Zeit erfuhr die 1924 neu formierte Région parisienne¹⁷ einen allmählichen aber fühlbaren Aufschwung. Von 1923 auf 1924 konnte die Fédération de la Seine ihre Mitgliederzahl von 5–6000 auf mehr als 12.000 steigern.¹⁸ In den Jahren 1925 und 1926 stieg sie noch einmal auf rund 16.000 bis 18.000, bevor sie sich 1927 bei rund 15.000 stabilisierte.¹⁹

¹⁵ Zahlen nach: Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin 1923, S. 9; Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1.10.1923 bis 29.2.1924, Berlin 1924, S. 10, und Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. März 1924 bis 15.9.1924, Berlin 1924, S. 54.

¹⁶ SAPMO-BA, RY 1 1 3/1–2/74, fol. 25, Monatsübersicht „Mitgliederbewegung der Partei für Berlin und insgesamt“.

¹⁷ Nachdem der PCF bis dahin die traditionelle organisatorische Gliederung nach Departements-Föderationen beibehalten hatte, wurde 1924 eine neue „Région parisienne“ konstituiert. Neben dem Departement Seine umfaßte sie die Departements Seine & Oise, Seine & Marne und Oise. Ein ausgeklügelter organisatorischer Aufbau, der die zahlreichen ländlich strukturierten Kommunen gewissermaßen unter die Patenschaft stark industrialisierter Kommunen bzw. Arrondissements stellte und zu einem Rayon zusammenfaßte, sollte dabei die Kohäsion der Région sichern, die ja durch starke sozialstrukturelle Gegensätze geprägt war. Allerdings bewährte sich dieses theoretisch bestechende Modell in der Praxis nicht, so daß die Région parisienne 1932 wiederum in fünf kleinere und homogenere Organisationseinheiten (Regionen) aufgeteilt wurde: Paris-Ville (intra muros), Paris-Ouest, Paris-Sud, Paris-Est und Paris-Nord, die zusammen die Departements Seine, Seine & Oise und Seine & Marne umfaßten. Details bei Annie Kriegel, Structures d'organisation et mouvement des effectifs du Parti Communiste Français entre les deux guerres, in: International Review of Social History 11 (1966), S. 335–361, hier v.a. S. 354–356.

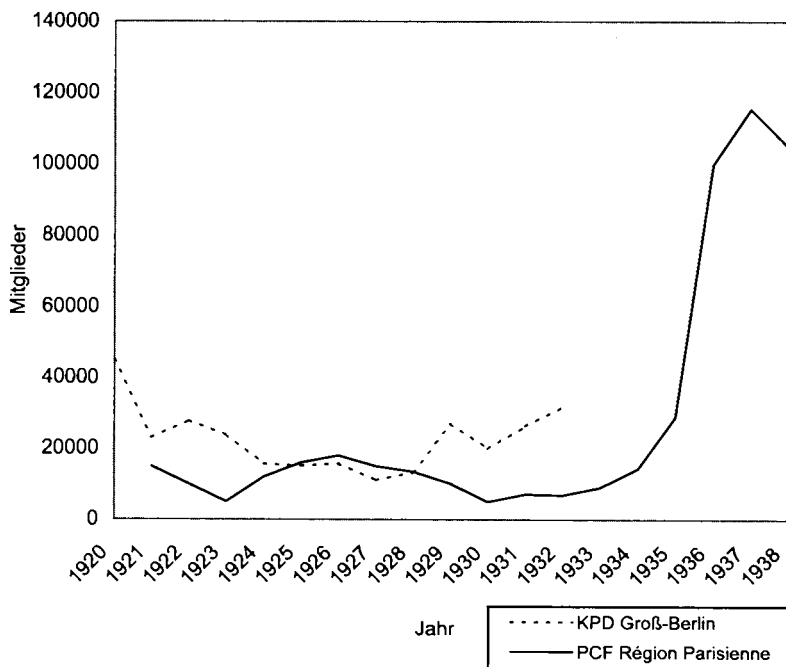
¹⁸ AN F7 12897, Parti Communiste, année 1923: 6.225, 1924: 12.780.

¹⁹ Die Zahlen für 1925–26 sind inkongruent, zumal nicht ganz klar ist, in wie hohem Maße etwaige Steigerungen auf die Reorganisation und gleichzeitige Erweiterung der Région Parisienne zuzurückzuführen ist, vgl. Kriegel, Structures, S. 355. Ein interner Bericht des PCF ging für das Jahr 1925 von 18.200 Mitgliedern für die Departements Seine und Seine & Oise aus, während ein anderer interner Bericht die Mitgliederzahl der gesamten Région für September 1925 auf 18.000 bezifferte. Vgl. für die langfristige Mitgliederentwicklung des PCF: Philippe Buton, Les effectifs du Parti communiste français (1920–1984), in: Communisme. Revue d'études pluridisciplinaire, 7 (1985), S. 5–30. Für die nationale Ebene gibt Buton, ebd., S. 8, die folgenden Zahlen: Juli 1922: 78.828, 1923: 55.598, 1924: 57.000, 1925: 58.593, 1926: 55.213, 1927: 53.917, 1928: 52.372, 1929: 38.447, 1930: 31.500, 1931: 30.743, 1933: 28.825, 1934: 42.578, 1935 86.902, April 1936: 106.551, Dezember 1936: 288.483, September 1937: 328.547, August 1939 280.000.

Für beide Länder wie für die beiden kommunistischen Parteien bedeutete das Jahr 1928/29 in verschiedener Hinsicht eine wichtige Zäsur. Zum einen dekretierte der VI. Weltkongreß der III. Internationale die Hinwendung zum „ultralinken“ Kurs der kommunistischen Parteien und zum Prinzip „Klasse gegen Klasse“; zum anderen machten sich in Deutschland bereits seit Ende 1929 die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bemerkbar. Auch in den jeweiligen Mitgliederzahlen schlug sich die Zäsur des Jahres 1928/29 nieder, und zwar wiederum mit gegenläufigem Trend. Die KPD und ihr Bezirk Berlin-Brandenburg gewannen an Attraktivität. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise stieg die Mitgliederzahl wieder deutlich an und erreichte im Dezember 1929 rund 27.000. In Jahresdurchschnitten gerechnet, konnte der Bezirk 1930 auf 19.999, 1931 auf 26.399 und 1932 auf 31.834 Mitglieder bauen. Im Dezember 1931 wurde mit 40.608 der höchste Stand seit mehr als zehn Jahren erreicht.²⁰

Genau umgekehrt verlief die Entwicklung in Paris. Von 1927 bis 1929 ging die Mitgliederzahl der Région Parisienne von rund 15.000 auf 10.148 zurück, ein Trend der sich im Verlauf des Jahres 1930 fortsetzte. Für 1930 wird die Mitgliederzahl sogar auf nur 4.000–5.000 geschätzt, ehe dann 1931 (7.156) und 1932 (6.895) eine Stabilisierung auf sehr niedrigem Niveau erfolgte.

Schaubild 12: Mitgliederbewegung der KPD und des PCF in Groß-Berlin und in der Région Parisienne 1920/21–1932/38



Während die „Machtergreifung“ Hitlers in Deutschland die Existenz der KPD als legale Partei beendete, begünstigte sie in Frankreich bereits vorhandene Bestrebun-

²⁰ Zahlen nach SAPMO-BA RY 11 3/1–2/74, fol. 58 u. RY 11 3/1–2/70, fol. 159.

gen, die kommunistische Partei aus dem Ghetto des politischen Sektierertums herauszuführen. Zusammen mit dem Beginn der Wirtschaftskrise nunmehr auch in Frankreich schlug sich dies bereits 1933 in einer leichten Erholung der Mitgliederzahlen nieder. Immerhin zählten die fünf neu gebildeten Regionen des Großraums Paris 1933 zusammen 9.080 Mitglieder.²¹ Insbesondere unter dem Eindruck der blutig verlaufenden Pariser Massendemonstration der Rechtsverbände vom 6. Februar 1934 erfolgte jene grundlegende taktische Umorientierung der III. Internationale sowie des PCF, die schließlich in die Volksfrontpolitik mündete. Der PCF im allgemeinen und die Région Parisienne im besonderen kamen nun zu einer bis dahin nicht vorstellbaren Mitgliederstärke, die freilich Teil einer allumfassenden politischen Mobilisierung war: Von 1934 bis 1937 stieg die Mitgliederzahl der Kommunisten im Großraum Paris von 14.283 auf 115.367.²²

Zusammen betrachtet, ergibt sich für die Mitgliederbewegungen der beiden hauptstädtischen kommunistischen Bewegungen das auf dem Diagramm (S. 164) gezeigte Bild. Mit Blick auf diese äußeren Aspekte der Mitgliederbewegung lassen sich bereits an dieser Stelle einige vergleichende Überlegungen anstellen, die bereits Hinweise auf die differierende Tiefenstruktur der kommunistischen Bewegung in den beiden Ländern bzw. Metropolen geben können. So springt es ins Auge, daß die innerparteilichen Richtungskämpfe, die ja ganz wesentlich mit der Unterordnung der kommunistischen Parteien unter die III. Internationale und damit unter den Willen Moskaus zu tun hatten, größere Auswirkungen auf die Mitgliederstärke des PCF hatte, als dies bei der KPD der Fall war. Die „Parteisäuberungen“ etwa, die 1922/23 auf den IV. und 1928/29 auf den VI. Weltkongreß der Komintern folgten, stürzten den PCF in eine organisatorische Krise.²³ Der auf die „Säuberungen“ jeweils folgende, massive Mitgliederschwund vermochte in der Pariser Region des PCF offensichtlich nicht durch sofortige Neurekrutierung kompensiert zu werden. Zwar läßt sich sagen, daß die hohe Fluktuation grundsätzlich ein Mittel gegen den Mitgliederverlust infolge innerparteilicher Richtungskämpfe darstellte. Doch galt dies insonderheit nicht für die Verhältnisse in der Pariser Region, wie sie sich nach dem VI. Weltkongreß gestalteten. Zwar erfolgte in den Jahren 1928–1932 ein teilweiser personeller Austausch, indem junge, gleichsam „traditionslose“ Mitglieder jene älteren Parteigenossen ersetzten, die dem Richtungswechsel zum Opfer fielen. Doch die äußere Mitgliederbewegung zeigt deutlich, daß das neue Rekrutierungspotential nicht zur Kompensation der Verluste ausreichte und daß die in Moskau dekretierte Wendung zur „ultralinken“ Taktik eine Selbstmarginalisierung, um nicht zu sagen Ghettoisierung des PCF nach sich zog. Ein aus dem Jahre 1933 stammender, bereits deutlich selbstkritischer Bericht über die Organisationsarbeit des PCF zog ein entsprechendes Resümee: „La fluctuation dans le parti atteint 70%; la grande majorité des membres ont deux à trois ans de présence[...]. On a décidé une épuration du Parti qui s'opère avec les pires méthodes sectaires et chasse une quantité de vieux militants.“²⁴

Es ist ein in seiner Bedeutung überhaupt nicht zu überschätzender und zugleich symptomatischer Vorgang, daß sich Mitgliederentwicklung sowie Masseneinfluß der

²¹ Krieggel, Structures, S. 359.

²² Ebd.

²³ Siehe etwa AIRM Nr. 41, Conseil National du PCF, 14.–15.10.1923, S. 27 (Marranc); AN F7 13119, 23.4.1929 (Mézières)

²⁴ AIRM Nr. 613, Rapport sur l'organisation du PCF 1928–1932, 1933, S. 11.

KPD, die ja denselben Moskauer Vorgaben sowie ganz ähnlich gelagerten Richtungskämpfen wie der PCF unterworfen war, gleichwohl vollständig gegensätzlich entwickelten. Die größten Mitgliederverluste erlitt der Berliner Bezirk der KPD nach den jeweils gescheiterten Aufstandsversuchen vom März 1921 und vom Oktober 1923. Bei den ideologischen Auseinandersetzungen um die Parteilinie scheint dagegen das Prinzip des „Austausches“ der Basis durch Fluktuation erheblich besser funktioniert zu haben, als dies in Paris der Fall war. Eine mögliche Erklärung hierfür liegt in der Existenz eines gerade in der Industriemetropole Berlin besonders leicht verfügbaren Massenpotentials an überwiegend jungen, ungebundenen und gleichsam entwurzelten, d.h. milieuprägenden Traditionen entfremdeten Menschen. Gerade zu Zeiten wirtschaftlicher Not kurzfristig relativ leicht mobilisierbar, bildeten sie innerhalb der hauptstädtischen Gesellschaft ein gewissermaßen „desperatistisches“ Element, auf das kommunistische Parteiführung und Bezirksleitung zählen konnten.

Kennzeichnend hierfür ist es, daß die KPD nach dem „ultralinken“ Kurswechsel vom Jahre 1928/29 ihre größten Erfolge als Massenpartei seit 1921 erlebte. In Frankreich führten die Proklamation der „Dritten Periode“ und die primär gegen die Sozialdemokratie gerichtete Kampftaktik „Klasse gegen Klasse“ in die Sackgasse und zu einer politischen Ghettoisierung der Kommunisten. In Deutschland dagegen koinzierten dieselben ideologisch-taktischen Vorgaben mit dem Einbruch der Wirtschaftskrise und dem nachfolgenden Massenelend. Für das politische Klima in Deutschland hatte dieser zumindest vordergründige Erfolg der Kommunisten, der sich in Mitgliederzahlen, Wahlerfolgen und Agitationsintensität äußerte, schwerwiegende Folgen. Wenn daher die KPD ihre größte Massenwirksamkeit zu Zeiten ihrer „ultralinken“ Orientierung erreichte, so gilt für den PCF das genaue Gegenteil. Aus dem politischen Ghetto der „Dritten Periode“ führte das „opportunistische“ Heranrücken an die Sozialisten, die zumindest formale Akzeptanz des republikanischen Staatswesens und die Einbindung in den Konsens der Volksfront, der zugleich die Klassengrenzen transzendierte. Verbunden mit dem allgemeinen politischen Mobilisierungsschub nach dem Regierungswechsel des Jahres 1932 und getragen von dem zeitgenössischen Pathos des „Antifaschismus“ explodierte die Mitgliedschaft des PCF seit 1933/34 förmlich. Nunmehr integriert in die nationalen revolutionären Traditionen der Republik, wurde der PCF in weiten Bereichen der Pariser Region zur stärksten politischen Kraft und begründete damit seine Position als stärkste westliche KP der Nachkriegszeit.

II. Einheit der Arbeiterklasse? Soziale Determinanten der kommunistischen Mitgliederbewegung

An die hier nur thesenartig vorgetragenen Überlegungen knüpft unmittelbar die Frage an, inwieweit ein Zusammenhang bestanden haben mag zwischen den gegenläufigen Trends der Mitgliederbewegung und deren sozialer Struktur. Die politische Haltung des entstehenden Kommunismus war in Deutschland wie in Frankreich maßgeblich von der Überzeugung geprägt, das liberale privatwirtschaftliche System besitze keinerlei Zukunfts- und Stabilisierungschance. „Objektiv“ bestand demzufolge zweifel-

los eine revolutionäre Situation.²⁵ Wenn der Umsturz gleichwohl nicht unmittelbar gelang, so wurde der Grund dafür in den „subjektiven“ Faktoren gesucht, das heißt insbesondere in dem mangelnden „Reifegrad“ breiter Schichten der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Sowohl für das Scheitern der revolutionären Streiks im Paris der Jahre 1919/1920 als auch für das Ausbleiben der Revolution im Berlin des Jahres 1919 machte man in der Retrospektive einen „subjektiven“ Faktor verantwortlich, nämlich das Fehlen einer erfahrenen proletarischen Kampfpartei „neuen Typs“. Diese Reduktion von Widerständen, Sachzwängen und Gegenkräften, die dem gewünschten revolutionären Ausgang entgegenstanden, auf eine vorgeblich „subjektive“ Ebene entsprang dem eingangs geschilderten voluntaristischen Grundmuster totalitären Denkens. Ihr entsprach die Bedeutung, welche die totalitären Bewegungen der Propaganda beimaßen, gab man sich doch der Hoffnung hin, zielgerichtete Agitation und Propaganda könnten die „subjektiven“ Defizite auf die Dauer abbauen und die Determinanten der behaupteten „objektiven“, zur Revolution tendierenden Lage zur Geltung kommen lassen. Im Falle der Kommunisten bedeutete dies, daß sie sich an einem fiktiven Idealtyp orientierten. Dieser Idealtyp war die Einheit der lohnabhängigen und daher ausgebeuteten Arbeiterklasse, wie sie sich durch die Kategorien der marxistischen Kapitalismusanalyse scheinbar nachweisen ließ. „La seule arme que nous ayons contre le patronat“, so meinte 1926 ein Funktionär der unitären Metallarbeitergewerkschaft, „c'est de nous unir et de former un seul bloc pour résister à la lutte jusqu'à la victoire.“²⁶ Nur bei der Zugrundelegung einer solchen „objektiven“ Einheit ließ sich schließlich auch die These von der Notwendigkeit einer avantgardistischen Kampfpartei legitimieren, die im Namen des einheitlichen Proletariats handelte und „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen hat“.²⁷

Eine Analyse der kommunistischen Bewegung wird diesen Anspruch am historischen Realtyp der Arbeiterklasse zu messen haben. Wir fragen also im folgenden, wie sich innerhalb des konkreten sozialen und politischen Raumes der Hauptstädte die „Einheit der Arbeiterklasse“ darstellte? Welche Bruchlinien in bezug auf Arbeitserfahrungen, Lebenswelten und Mentalitäten sind unterhalb des Kriteriums der Lohnabhängigkeit zu verzeichnen? Wie wirkte sich dies auf die Mitgliederstruktur der kommunistischen Bewegung aus? Insofern als die vergleichende Untersuchung solcher Leitfragen mit der idealtypischen Fiktion der Einheit der Arbeiterklasse kontrastiert, verspricht sie eine vertiefte Einsicht in die konkreten Erfolgs- und Mobilisierungschancen der Kommunisten.

Um zu solch vertiefter Einsicht zu gelangen, wird ein Verfahren angewendet, das die zur Verfügung stehenden, quantitativ auswertbaren und qualitativen Quellen kombiniert. Diese sind unterschiedlicher Natur und können nicht alle Fragen beantworten. Am wichtigsten sind die gedruckten und internen Materialien der kommunistischen Parteien selbst, die für beide Parteien bzw. hauptstädtischen Regionen in ge-

²⁵ Z.B.: „Heute ist kein Zweifel daran möglich, daß der deutsche, ja, der europäische Weltimperialismus nicht mehr imstande sind, die Produktivkräfte zu meistern [...]. Die Dauerkrise *muß* immer neue revolutionäre Situationen gebären, die *notwendigerweise* in der Machtübernahme durch das Proletariat ausmünden.“ RF, Nr. 15, 18.3.1924 (Hervorhebung von mir).

²⁶ AN F7 13780, 12.10.1926 (Réunion C.G.T.U., Saint-Denis; Cadot).

²⁷ Karl Marx u. Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) 1959, S. 461–493, hier S. 474. Vgl. RF Nr. 67, 18.3.1928.

nügendem Maße vorhanden sind. Zu den zentralen Aufgaben der „Org“-Abteilungen gehörte es nämlich, die Entwicklung in der Sozialstruktur der eigenen Mitgliedschaft sorgfältig zu analysieren; deren Ergebnisse – häufig resultierend aus statistischen Erhebungen und Stichproben – dienten dann insofern als Grundlage für die Agit-Prop-Arbeit, als sie ein Relief der propagandistisch anzusprechenden Zielgruppen erstellten. Bedenkt man, in wie hohem Maße die frühen Kommunisten tatsächlich von der „objektiven“ Einheit zwischen sozialökonomischen Verhältnissen und dem Handeln der parteimäßig organisierten, politischen Avantgarde überzeugt waren, so wird verständlich, welcher Wert entsprechenden sozialen Analysen innerparteilich beigemessen wurde. Im Gegensatz zum Großteil der öffentlichen Verlautbarungen der kommunistischen Parteien sind die einschlägigen Studien zur Mitgliederbewegung und zur Sozialstruktur denn auch recht zuverlässig. Veröffentlichte Zahlenangaben decken sich fast immer mit internen Ergebnissen und werden durch die Beobachtungen der Polizeibehörden bestätigt.²⁸

Von dieser Materialbasis ausgehend, sollen die folgenden Problemkomplexe näher untersucht werden: Zum einen gilt es zu fragen, in welchem Maße es den kommunistischen Parteien in den metropolitanen Großräumen gelang, auch in nichtproletarische, insbesondere mittelständische Milieus einzudringen, bzw. in welchem Maße sie mehr oder minder „reine“ Arbeiterparteien wurden und blieben. Von grundlegender Bedeutung ist ferner die Binnendifferenzierung der proletarischen Mitgliedschaft. Es wurde einleitend darauf hingewiesen, daß die „Einheit der Arbeiterklasse“ für den Kommunismus insofern konstitutiv war, als sie einen normativen und zugleich fiktiven Idealtyp darstellte, innerhalb dessen die totalitäre Ideologie keine immanenten, strukturell bedingten Gegensätze akzeptierte. Die Mitgliederstruktur der kommunistischen Parteien hatte in diesem Sinne gewissermaßen theorieadäquat zu sein, um ideologisch überzeugen zu können. Doch schlug sich die Spannung zwischen geforderter idealtypischer „Einheit“ der Arbeiterklasse und tatsächlicher sozialer und mentaler Differenzierung der lohnabhängigen Arbeiterschaft nicht zuletzt auch in der faktisch disparaten Mitgliederstruktur der kommunistischen Parteien nieder. Einschränkend gilt jedoch, daß auf der Basis des vorhandenen Quellenmaterials sich die skizzierten Fragen nicht in gleichgewichtiger Weise für beide Metropolen beantworten lassen. Denn in der differierenden Aussagekraft der Quellen spiegeln sich die unterschiedlich gelagerten Interessen der jeweiligen Parteiorganisationen wider. Insbesondere was die soziale Binnendifferenzierung der Mitgliedschaft betrifft, sind die Unterlagen der Pariser Parteiorganisation insgesamt informativer, während der Berliner Bezirk nicht zufällig sein besonderes Augenmerk auf die angemessene Erfassung der Arbeitslosen richtete.

²⁸ Eine spezielle Methode, die soziale Struktur der kommunistischen Bewegung stichprobenartig zu untersuchen, besteht des weiteren in der quantitativen Analyse der in den Polizeiakten auftauchenden Listen festgenommener Kommunisten. Solche Listen wurden in erster Linie von kommunistischen Aktivisten erstellt, die bei Parteiaktionen in irgendeiner Weise „auffällig“ geworden waren, sei es durch Prügeleien, Angriffe auf Polizisten und Andersdenkende oder auch nur durch übermäßige Lärmfaltung. Da diese Listen, die allerdings nur in den französischen Akten zur Verfügung stehen, fast immer Angaben zu Geburtsort und -jahr, Beruf und Familienstand enthalten, läßt sich auf ihrer Basis in Form einer Stichprobe ein relativ präzises Sozialprofil sowohl der aktiven Mitgliederbasis als auch der mittleren Funktionärschicht zeichnen. Daß auch ein solches Verfahren die Aussagen der Quellen kommunistischer Provenienz im wesentlichen bestätigt, erhärtet deren Zuverlässigkeit.

In den Bemühungen des PCF und seiner Pariser Region um eine theorieadäquate Mitgliederstruktur wurden die Antinomien erkennbar, die aus den ideologischen Vorgaben der Komintern und den besonderen sozialen Gegebenheiten Frankreichs, mithin aus Theorie und Praxis, resultierten. Erstere forderte die unzweideutige Proletarisierung der Mitgliederstruktur entlang einer klar definierten Klassenlinie; letztere nötigte zur Berücksichtigung der hochdifferenzierten und zum Teil noch kleinräumig und quasi-handwerklich geprägten Gewerbestruktur der französischen Hauptstadt. Ihren Niederschlag in der Mitgliederstruktur des Pariser PCF fand diese Spannung unter anderem in der fortdauernden Repräsentanz mittelständischer Sozialgruppen. Eine parteiinterne Stichprobenerhebung aus dem Jahre 1923, basierend auf einem Sample von 2.800 Mitgliedern der Fédération de la Seine, ergab einen Anteil von immerhin 600 (=21,4%) mittelständischen Parteiangehörigen (employés, commerçants/artisans, professions libérales).²⁹ Erklärte sich solch verhältnismäßig hoher Anteil unter anderem aus dem zunächst von der alten S.F.I.O. übernommenen Ortsgruppenprinzip, innerhalb dessen traditionelle Loyalitäten eine wichtige Rolle spielten, so änderte sich die Situation mit der forcierten Bolschewisierung seit 1924. Nach der Umstellung auf Betriebszellen als unterste Organisationsform konstatierte man in der Parteiführung vor allem im Kleinhändler- und Handwerkermilieu einen spürbaren Einflußverlust.³⁰ Die in der Folgezeit unternommenen organisatorischen und ideologischen Anstrengungen, unter den „classes moyennes“ verlorenes Terrain wiederzugewinnen, blieben indessen nicht ohne Erfolg. Nach den vorliegenden Unterlagen schwankte der Anteil der Pariser Parteimitglieder bzw. der Neurekrutierungen mittelständischer Herkunft zwischen 10 und 20%, wobei die Rolle der Angestellten zunehmend an Bedeutung gewann. Doch sogar im Jahre 1929, auf dem Höhepunkt der von Moskau dekretierten, „ultralinken“ Taktik, betrug in den Départements Seine und Seine & Oise der Anteil der „petits commerçants“ immer noch rund 10% der Parteimitglieder.³¹ Nach der Wendung zur Volksfronttaktik schließlich konnte die kommunistische Propaganda die neue, mit Reminiszenzen an die revolutionäre Tradition Frankreichs unterlegte Rhetorik vom Pariser „peuple“ auch für den Appell an die Mittelschichten nutzbar machen.³² Zu diesem Zeitpunkt erreichte auch die kommunistisch inspirierte mittelständische Kampforganisation, die *Confédération de Défense du Petit Commerce et de l'Artisanat*, in Paris eine Anhängerschaft von beachtlichen 1.500 Mitgliedern.³³

Auch die KPD verfolgte zumindest auf der propagandistischen Ebene das Ziel, die mittelständischen Schichten politisch an sich zu binden. Gerade zu Zeiten der verschärften Krise – wie 1922/23 oder dann 1929–33 – sollte das nach Lenin politisch beständig schwankende Kleinbürgertum ideologisch wenn nicht gewonnen, so doch wenigstens neutralisiert und damit dem „Faschismus“ seine Massenbasis entzogen werden.³⁴ Doch trafen solche Bemühungen in Berlin unter den selbständigen

²⁹ AIRM Nr. 42, Rapport du Secrétariat du Parti Français au Comité exécutif élargi, 1.6.1923, S. 5. Gedruckt in: Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez n.s. Nr. 6 (1974), S. 217–238, hier S. 222.

³⁰ AIRM Nr. 93, Comité Central, 7.5.1925 (Sémar, Treint).

³¹ AN F7 13119, 24.3.1929.

³² Ausführlich über die Entwicklung der kommunistischen Haltung gegenüber dem unabhängigen Mittelstand: Wirsching, Kleinbürger für den Klassenkampf?

³³ AN F7 13696, 3.6.1935.

³⁴ Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, S. 4; Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Be-

Gewerbetreibenden auf eine weitaus geringere Resonanz als in Paris. Die Zahl der Selbständigen in der Berliner KPD überschritt zu keinem Zeitpunkt die 4-Prozent-Marke.³⁵ Etwas höher lag der Anteil der Angestellten mit 6–7%.³⁶ Eigenständige „Massenorganisationen“ zur Erfassung des Mittelstandes wie in Paris etwa die *Confédération de Défense du Petit Commerce et de l'Artisanat* existierten in Berlin nicht.

Die damit markierten Unterschiede rührten zunächst zweifellos daher, daß die französischen Mittelschichten in ihrer politischen Orientierung traditionell eher nach „links“ gravitierten und mehrheitlich dem *Parti Radical* anhingen.³⁷ Im Falle massiver ökonomischer Unzufriedenheit wie 1925/26 und später Mitte der dreißiger Jahre hatte daher die Mobilisierung des Mittelstandes gegen das parlamentarische Establishment von links größere Erfolgsaussichten als in Deutschland, wo zumindest der selbständige Mittelstand traditionell sozialprotektionistisch und nationalkonservativ eingestellt war.³⁸ Darüber hinaus taten kommunistische Aktivisten bzw. ihre Sympathisanten in Berlin allerdings auch alles, um den gewerblichen Mittelstand zu verärgern und einzuschüchtern. So z.B. 1922/23, als kommunistisch inspirierte proletarische Kontrollausschüsse bei Nahrungsmittelfabrikanten und Einzelhandelsgeschäften zu willkürlichen Preisfestsetzungen schritten;³⁹ so 1927, als die Berliner Gastwirte anläßlich des reichsweiten „Stahlhelmtages“ von den Kommunisten davor gewarnt wurden, auswärtige Stahlhelmler unterzubringen und zu verköstigen;⁴⁰ und so schließlich 1931, als halbkriminelle, von den Kommunisten jedoch gutgeheißene, in Einzelfällen gar inspirierte Plünderungsaktionen Teile der Berliner Händlerschaft in Panik versetzten.⁴¹ Dabei gilt es freilich in Rechnung zu stellen, daß die Versorgungslage in Paris niemals annähernd so katastrophal war wie im Berlin der Jahre 1923 und 1931/32. Vom Hunger diktiert Ver zweiflungshandeln, das jegliche „antikapitalistische“ Solidarität zwischen lohnabhängigen Konsumenten und Kleingewerbetreibenden unmöglich machte, war in Paris nicht anzutreffen.

Insofern also das mittelständische Element der Pariser Kommunisten der spezifischen Sozialstruktur sowie den politischen Traditionen der französischen Hauptstadt entsprach, überdauerte es auch alle ideologisch-taktischen Schwenks. Ein gravierenderes Problem für die gesellschaftliche Verankerung des PCF in Paris bildeten dagegen die materiellen und mentalen Unterschiede in der Arbeiterschaft selbst. Die soziale Realität der Arbeitswelt war geprägt von einer Vielzahl von konträren Mentalitäten, Spannungen und Konflikten innerhalb der Arbeiterschaft, die den Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit überlagerten und ihn nicht selten ganz in den Hin-

zirke 1929–1933, hrsg. v. Hermann Weber (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 6), Düsseldorf 1981, S. 246, 267, 286.

³⁵ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 183, Reichs-Generalkontrolle [1927]; SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 121; SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/74, fol. 38.

³⁶ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 183 (Handlungsgehilfen und untere Beamte bei Eisenbahn und Post); ebd., I 3/1–2/74, fol. 38.

³⁷ Vgl. Serge Berstein, *Histoire du Parti Radical*, Bd. I: La recherche de l'âge d'or, 1919–1926, Paris 1980, S. 282ff.

³⁸ Heinrich A. Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972.

³⁹ Siehe etwa RF, Nr. 53, 4.3.1923; Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, S. 29.

⁴⁰ BLHA Pr.Br., Rep. 30, Berlin C, Nr. 7534, fol. 24 u. 26, Polizeibericht vom 8.4.1927; ebd., fol. 97f., Polizeibericht vom 29.4.1927.

⁴¹ Umfangreiches Material hierzu in BLHA Pr.Br., Rep. 30 Berlin C, Nr. 7538.

tergrund treten ließen. Drei dieser gleichsam „intraproletarischen“ Konfliktebenen⁴² spielten während des Untersuchungszeitraums eine herausragende Rolle. Erstens war seit dem Ersten Weltkrieg das Phänomen der industriellen *Frauenarbeit* in vormalig unbekannter Weise hervorgetreten.⁴³ War die Bekleidungsindustrie ohnehin ein Sektor, in welchem die weiblichen Arbeitskräfte zahlenmäßig bei weitem dominierten, so verband sich in der Metallindustrie mit der Frauenarbeit eine paradoxe Konsequenz. In beiden Städten sanken nach der Demobilisierung sowohl die absolute Zahl als auch der proportionale Anteil der Frauen, die in der traditionell durch Männer geprägten Metallindustrie tätig waren.⁴⁴ Zugleich aber blieb die Existenz eines „harten“ Kerns weiblicher Arbeitskräfte in Metallindustrie und Maschinenbau unter mehreren Aspekten ein Problembereich. Nicht selten wurden Frauen von ihren männlichen Kollegen als unerwünschte und lohndrückende Arbeitsplatzkonkurrenz betrachtet, wobei auch in der Arbeiterschaft tief eingewurzelte mentale Orientierungsmuster, die der Frau ihren Platz primär in der Familie zuwiesen, eine nicht unerhebliche Rolle spielten.⁴⁵

Einen weiteren sensiblen Punkt bildete zweitens die insbesondere in Paris zahlreiche Beschäftigung *ausländischer Arbeiter*. In ihrer Intensität freilich abhängig von dem Rhythmus der Einwanderungsschübe sowie von der konjunkturellen Entwicklung, gehörten xenophobe Reaktionen auf die Konkurrenz der Immigranten zu den immer wiederkehrenden Verhaltensmustern der Arbeiter.⁴⁶ Für die am proletarischen Internationalismus orientierten Kommunisten bestand hier selbstverständlich eine besonders drängende Herausforderung.

Die *dritte*, besonders wichtige Konfliktebene betrifft die Bruchlinien, die sich infolge der Hierarchie der Fähigkeiten ergaben. Unterschiedliche Talente und Ausbildungsstufen, Streben nach Aufstieg und dessen ungleich verteilte Befriedigung fanden ihren Niederschlag nicht nur in einer hierarchisch strukturierten Lohnskala, sondern auch in unterschiedlichen Mentalitäten. Zwischen qualifizierter und minder qualifizierter Arbeit etwa bestand eine „objektive“ und mentale Schranke, die der Entsolidarisierung Vorschub leistete und den „Klassengegensatz“ zwischen Kapital und Arbeit nicht selten vollständig überlagerte. Insbesondere in Frankreich tendierte die qualifizierte Arbeit dazu, sich korporativ abzuschließen, während die im Zuge der maschinellen Serienproduktion vordringende nicht-qualifizierte Arbeit argwöhnisch betrachtet wurde.⁴⁷

Bekleidungsindustrie und Metallindustrie waren in beiden Hauptstädten traditionellerweise die wichtigsten regionalen Wirtschaftszweige. Erstere blieb auch nach 1918 überwiegend noch durch vorindustrielle Strukturen geprägt und größtenteils durch das fortbestehende Verlagssystem organisiert; letztere wurde nachgerade zum

⁴² Vgl. dazu J. Delevsky, *Antagonismes sociaux, antagonismes prolétariens*, Paris 1924, v.a. S. 247ff.

⁴³ Zu den Formen der weiblichen Erwerbstätigkeit im Frankreich der Zwischenkriegszeit siehe den Überblick von Sylvie Zerner, *De la couture aux presses: l'emploi féminin entre les deux guerres*, in: *Le Mouvement social*, Nr. 140 (Juli-September 1987), S. 9–25.

⁴⁴ Siehe Rouette, *Frauenerwerbsarbeit*, S. 62; Jean-Louis Robert, *Women and Work in France during the First World War*, in: Richard Wall/Jay Winter (Hrsg.), *The Upheaval of War. Family, Work and Welfare in Europe, 1914–1918*, Cambridge 1988, S. 251–266.

⁴⁵ Siehe z.B. Jean-Louis Robert, *La CGT et la famille ouvrière, 1914–1918, première approche*, in: *Le Mouvement Social* 22 (1981), S. 47–66.

⁴⁶ Für Frankreich grundlegend Ralph Schor, *L'opinion française et les étrangers. 1919–1939*, Paris 1985. Vgl. Delevsky, *Antagonismes*, S. 250ff.

⁴⁷ Vgl. Delevsky, *Antagonismes*, S. 308ff.

Paradigma des technischen Fortschritts und wies in zentralen Bereichen wie Automobil- und Elektroindustrie eine hohe Konzentration und moderne Fertigungstechniken auf.⁴⁸ Die Pariser *Metallindustrie* war in mehrerer Hinsicht der bedeutendste Wirtschaftssektor der französischen Hauptstadt. Sie verfügte über eine große Tradition, die eng mit dem professionellen Bewußtsein, dem „Berufsstolz“ der Pariser Metallarbeiter korrespondierte. Rein quantitativ stellten die rund 150.000 bis 180.000 Metallarbeiter, die allein im Paris intra muros lebten, einen entscheidenden Faktor für das soziale und politische Leben der Hauptstadt dar. Hinzu kam die stetig anwachsende Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten „Banlieusards“. Zwischen 1906 und 1921 stieg sie um mehr als das Dreifache von ca. 50.000 auf über 150.000 Erwerbspersonen an.⁴⁹ 1926, zur Zeit der besten Konjunktur während des Untersuchungszeitraums, fanden rund 190.000 Bewohner der Vororte ihr Auskommen in der Metallindustrie.⁵⁰

Dabei verlief die industrielle Entwicklung der Pariser Region durchaus uneinheitlich und gewissermaßen mit verschiedenen „Geschwindigkeiten“. Ein großer Teil des Metallsektors produzierte auch nach dem Ersten Weltkrieg noch in kleinen überschaubaren Einheiten. Viele kleinere Werkstätten und Betriebe beschäftigten nicht mehr als 20–50 Arbeiter. In der Regel dominierten hier traditionelle, handwerksnahe Arbeitsweisen. Die eingesetzten Maschinen (automatische Drehbank, Fräsmaschine etc.) waren in ihrer Funktion zumeist wenig spezialisiert und erforderten die Bedienung durch eigenverantwortlich arbeitende, qualifizierte Fachkräfte. Verstärkt durch die Innovationsschübe der Kriegswirtschaft, entfalteten sich in der Metallindustrie jedoch einige der modernsten und dynamischsten Teilsektoren. Insbesondere vom Automobilbau gingen für die Pariser Industrie die größten Wachstumsimpulse aus, und die spezifischen Kennzeichen dieser Branche – betriebliche Konzentration, technische Innovation und Rationalisierung – trugen in hohem Maße dazu bei, der traditionell klein- und mittelbetrieblich organisierten Pariser Metallindustrie ein neues Gesicht zu verleihen.

Mit den Riesenfirmen Renault und Citroën an der Spitze, boten die Automobilindustrie sowie ihre zahlreichen Zulieferbetriebe rund 70.000 Metallarbeitern Beschäftigung und bildeten damit die weitaus größte Einzelbranche der Pariser Metallindustrie. Hinzu kam die „Vielzahl kleiner Maschinenfabriken, die mit der Automobilindustrie entstanden waren.“⁵¹ In den modernen Industriebranchen erfolgte einerseits ein stark empfundener Statusverlust der qualifizierten Arbeit, andererseits aber die endgültige Durchsetzung einer rigorosen Fabrikdisziplin. Beide Trends trafen das Gros der qualifizierten Metallarbeiterschaft im Kern ihres traditionellen Selbstverständnisses und Ehrgefühls. An die Stelle eines selbst kontrollierten, handwerklich strukturierten Produktionsprozesses trat die fortschreitende Teilung der Arbeit in immer spezialisiertere

⁴⁸ Zum historischen Verhältnis von Bekleidungsindustrie und Metallindustrie in Frankreich während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. Michel Collinet, *L'ouvrier français. Essai sur la condition ouvrière 1900–1950*, Paris 1950, S. 14ff.

⁴⁹ Statistique Générale de la France. Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 6 mars 1921, tome II, Paris 1925, S. 2–5. Vgl. zum Wachstum der Pariser Vororte Bastié, *Croissance*.

⁵⁰ Statistique Générale de la France. Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 7 mars 1926, tome II, Paris 1930, S. 7

⁵¹ AN F22 561 (Dossier 245), Arbeitsinspektorenbericht 1930.

Einzelfunktionen, die zunehmend von un- oder angelegten Arbeitskräften ausgeübt werden konnten.⁵²

In diese neuen Beschäftigungsverhältnisse strömten in erster Linie Frauen, Ausländer und junge Leute ein, diejenigen Bevölkerungsgruppen also, die von der kommunistischen Propaganda stets als am meisten ausgebeutet betrachtet wurden. So stabilisierte sich in der Metallindustrie der Anteil der Frauen trotz des Rückganges im Zuge der Demobilisierung auf einem deutlich höheren Niveau als vor dem Weltkrieg.⁵³ Auch hatten schon die Fabriken der Kriegsindustrie mit ihren vergleichsweise hohen Löhnen auf die noch nicht mobilisierten Jugendlichen – bzw. auf ihre Eltern – einen starken Anreiz ausgeübt.⁵⁴ Der rasche Eintritt unausgebildeter Jugendlicher in das Erwerbsleben und die damit verbundene „Krise der Berufslehre“ wurden denn auch nach 1918 in den verschiedensten politischen Lagern als Problem empfunden.⁵⁵ Der Vorrang, der allzu häufig einem frühen Broterwerb gegenüber einer soliden Berufsausbildung eingeräumt wurde, bewirkte einen problematischen „Andrang der Jugend in die Berufe, die zwar sofort und relativ viel Geld einbringen, jedoch wenig oder keine Ausbildung verlangen.“⁵⁶ Bürgerliche Sozialreformer beklagten, daß insbesondere die einkommensschwächeren Arbeiterschichten der Pariser Vororte sich wenig um die beruflichen Bildungschancen ihrer Kinder kümmerten: „S'il y a au voisinage une usine, une industrie quelconque, on peut être sûr que la population enfantine est happée, raflée par elle dès sa sortie de l'école.“⁵⁷ In der unitären Metallgewerkschaft von Paris schätzte man die Lage ähnlich ein. Vor allem die Jungen seien von der betrieblichen und technischen Rationalisierung der großen Industrie besonders betroffen: „Les jeunes sont immédiatement embauchés et mis au travail comme manœuvres. Plus de spécialités, plus de professionnels, chacun ne sait plus que commander une machine.“⁵⁸

Das Nebeneinander von hochqualifizierten Facharbeitern und un- bzw. angelegten „manœuvres“ korrespondierte einerseits mit der fortbestehenden Koexistenz zwischen traditionell-kleinbetrieblichen und großindustriell-maschinellen Produktionsformen. Aber auch in den großen Fabriken selbst bestand eine klar gegliederte Arbeitshierarchie, an deren unterem Ende sich Frauen und häufig ausländische Hilfsarbeiter befanden. Im März 1927 etwa gab es unter den 2.200 Arbeitern, die das Peugeot-Werk in Issy-les-Moulineaux beschäftigte, 280 Ausländer. Während die große Mehrzahl der französischen Arbeiter Mechaniker, Schlosser oder zumindest Spezi-

⁵² Alain Touraine, *L'évolution du travail ouvrier aux usines Renault*, Paris 1955, S. 66ff.

⁵³ In absoluten Zahlen erhöhte sich der Anteil der in der Metallindustrie beschäftigten Pariser Frauen zwischen 1906 und 1921 von 8.478 auf 23.879, dies entspricht einer Steigerung des prozentualen Anteils von 7,4 % auf 14 %.

⁵⁴ Siehe AN F22 571, die Berichte der Arbeitsinspektoren Bouisset und Letellier vom 18.12.1917, (*Enquête sur les enfants innocupés*).

⁵⁵ Vgl. u.a. AN F22 471, das umfangreiche Material über die seit dem zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts flächendeckend eingerichteten „Comités de Patronage des apprentis“.

⁵⁶ J. Fontègne, *De quelques problèmes actuels de l'orientation professionnelle et de l'apprentissage*, in: *Le Travail Humain* 3 (1935), S. 453–476, hier: S. 454. Vgl. auch für die Bekleidungsindustrie J. Levasseur, *La question de l'apprentissage dans la couture*, Paris 1912, S. 36.

⁵⁷ Rapport von Pascal Saisset, *Inspectrice principale de l'Enseignement professionnel*, über: „L'orientation professionnelle dans le département de la Seine“, in: *La Réforme Sociale* 88 (1929), S. 354.

⁵⁸ AN F7 13781, 2.4.1927, Meeting organisé par l'Union syndicale de la métallurgie, voiture-aviation, maréchalerie et parties similaires de la région parisienne, Issy-les-Moulineaux, 1.4.1927 (Gallopin).

alarbeiter („manœuvres spécialisés“) waren, gehörten sämtliche Ausländer der Kategorie der nichtspezialisierten „manœuvres“ an.⁵⁹ Bei anderen größeren Automobilherstellern wie Hotchkiss oder Panhard & Levassor war die Situation nicht anders.⁶⁰

Es kennzeichnete die Entwicklung der Pariser Metallarbeiterschaft, daß sich nach 1918/19 die Kluft zwischen ungelerten und qualifizierten Arbeitern wieder vertiefte. Zwar hatte es während jener kurzen Übergangsphase am Ende des Krieges so geschienen, als könnten sich die in Frage stehenden Arbeiterschichten unter dem Dach der syndikalistischen Tradition zu einer engeren organisatorischen und politisch-sozialen Einheit amalgamieren. Erinnert sei an die 1916 erfolgte Neugründung des Pariser „Syndicat des Métaux“ und den darauf folgenden beispiellosen Mitglieder Schub.⁶¹ Doch erwies sich die kurzfristige Mobilisierung, die im Metallarbeiterstreik von 1919 kulminierte, als eine durchaus reversible Ausnahmerecheinung. Nachdem die Metallarbeitergewerkschaft im Frühjahr 1919 kurzfristig einen Rekordmitgliederstand von ca. 35.000 erreicht hatte, sank die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter nach der Spaltung von 1921 auf rund 3.500.⁶² Dieser zahlenmäßig nur wenig schwankende „harte Kern“ organisierter Metallarbeiter setzte sich größtenteils aus jenen qualifizierten Facharbeitern zusammen, die – bei einer grundsätzlich revolutionären Einstellung – politisch-weltanschaulich zwischen Syndikalismus und Kommunismus schwankten und zumeist der zunehmend kommunistisch beherrschten C.G.T.U. beitraten.⁶³ Kennzeichnend hierfür war, daß die 1921 neugegründete Metallarbeitergewerkschaft der reformistischen C.G.T. in der Pariser Region praktisch einflußlos und bis zur Fusion von 1936 auf wenige hundert Mitglieder beschränkt blieb.

Umgekehrt bildeten die qualifizierten Arbeiter der Metallindustrie, aber auch anderer Branchen, das soziale Rückgrat der Pariser PCF-Mitgliedschaft. In der kommunistischen Bewegung der französischen Hauptstadt waren mithin jene Arbeiter am stärksten repräsentiert, „die neben der technischen Qualifikation auch die geistigen Fähigkeiten haben, die Bestimmung und den Wert der Arbeit zu begreifen.“⁶⁴ Insgesamt gehörten sie den oberen Lohnklassen an, arbeiteten zumeist in kleineren Betrieben, wo noch handwerksnahe Produktionsformen dominierten, und waren dem zeit-typischen Arbeitsmarktrisiko bei weitem nicht in dem Maße ausgesetzt wie ungelerte und weibliche Arbeiter. Orientiert am Leitbegriff der „Arbeit“, hinter dem sich die lange Tradition der Pariser Arbeiterbewegung mit ihren Vorstellungen von persönlicher Ehre und moralischen Werten verbarg, waren sie von einem eminenten „Berufsstolz“ geprägt und tendierten zur korporativen Abschließung.⁶⁵ Nicht die horizontal verankerte „Klassen“-solidarität bestimmte dann die Mentalitäten, sondern die vertikal ausgerichtete Orientierung am Beruf. Zwar läßt sich mit guten Gründen sagen,

⁵⁹ AN F7 13781, 15.3.1927: La Situation dans l'Automobile, S. 2f.

⁶⁰ Ebd., S. 3f.

⁶¹ Siehe oben, S. 78f.

⁶² Vgl. oben, S. 78f. Die Zahl für den April 1922 in AN F7 13277 (Dossier 3).

⁶³ Amdur, Tradition révolutionnaire.

⁶⁴ So der Syndikalist Totti, in: C.G.T.U., 1er Congrès national Saint-Etienne, 25.6.–1.7.1922, Paris 1922, S. 11.

⁶⁵ Ein typisches Beispiel solchen Nebeneinanders von einer hochqualifizierten Berufskarriere und der Mitgliedschaft in C.G.T.U. und PCF war der langjährige Sekretär des Syndicat parisien des métaux, Jean-Pierre Timbaud, der 1941 von der deutschen Besatzungsmacht erschossen wurde. Siehe Lucien Monjauvis, Jean-Pierre-Timbaud, Paris 1971, v.a. S. 34ff.

daß es der kommunistischen Bewegung nach 1914 im wesentlichen gelang, entscheidende Traditionen der Pariser Arbeiterbewegung zu übernehmen und ihr politisches Erbe anzutreten. Syndikalistische und anarchistische Gruppierungen spielten demgegenüber nur noch eine untergeordnete Rolle. Doch stellte die traditionell korporative Struktur der aktiv handelnden Pariser Arbeiterschaft für die kommunistische Bewegung und ihre Führung auch ein zumindest bis in die dreißiger Jahre hinein fortwirkendes Dauerproblem dar. Denn der theorieadäquaten Propaganda, die ja das soziale Bewußtsein der „einigen“ Arbeiterklasse einforderte, stand der primär am Metier orientierte „Korporatismus“ der Arbeiter nur allzuoft entgegen. So stand die Klage über den „esprit corporatif“ der Arbeiter auf der Tagesordnung, „der ein einheitliches Handeln verhinderte.“⁶⁶

Noch begrenzter blieb der kommunistische Einfluß unter den un- und angelernten Arbeitskräften, was sich als um so gravierender erwies, als der Umfang letzterer mit der industriellen Expansion stetig zunahm. In der Wohnbevölkerung des Quartier Père Lachaise (XX. Arrondissement) z.B., dessen Gewerbestruktur traditionell kleinbetrieblich organisiert war, ging die Zahl der qualifizierten Arbeiter während des Untersuchungszeitraums stetig zurück, während diejenige der „manœuvres“, „journaliers“ und „garçons“ ebenso stetig anstieg.⁶⁷ Die Schranke, die die kommunistische Bewegung mit ihrer auf qualifizierter Arbeit beruhenden Mitgliederstruktur von den ungelerten Schichten trennte, gehörte während des Untersuchungszeitraums zu den am meisten beklagten Hemmnissen der Parteiarbeit. Die Sozialstruktur des Pariser PCF und die dadurch bedingten Mentalitäten bzw. Abgrenzungen bildeten mithin ein getreues Abbild jener „intraproletarischen Spaltungen“, die die Arbeiterschaft insgesamt prägten. „Nous ne connaissons rien des revendications des femmes, des jeunes, des étrangers“, so lautete 1931 die bezeichnende „Selbstkritik“ einer mittleren Pariser PCF-Funktionärin. „Ce fait explique que le Parti est presque exclusivement composé d'ouvriers qualifiés. Il n'est même pas rare de constater une sorte d'animosité envers les manœuvres.“⁶⁸

Ein Blick auf das verfügbare Zahlenmaterial bestätigt diese Einschätzung. Von den im Jahre 1926 neu geworbenen 1465 Parteimitgliedern etwa gehörten nur 130 (= 8,9%) in die Kategorie der ungelerten männlichen „manœuvres“ bzw. „journaliers“.⁶⁹ Auf den Kongressen und Versammlungen der mittleren Funktionärssebene begneten eher noch weniger ungelerte Arbeiter. Auf dem Kongreß der „Région Parisienne“ in Clichy 1929 waren es z.B. nur 4 von 131 (= 3%), auf der Regionalkonferenz im Jahre 1930 immerhin 11 von 133 (= 8,3%) der Delegierten.⁷⁰ Auch Mitte der dreißiger Jahre, als mit der Wendung zur Volksfront ein bis dahin ungekannter Mit-

⁶⁶ AN F7 13775, 3.3.1920. Vgl. *L'Humanité*, 7.6.1924 (Rabat); AN F7 13780, 14.10.1926, Zirkular des PCF aux fractions des syndicats des Métaux Unitaires.

⁶⁷ Dies ergibt eine Stichprobe, die im Verhältnis 1 : 10 aus den Wählerlisten des Père Lachaise der Jahre 1925 und 1935 gezogen wurden: Archives de Paris D.1M² 1566 u. D.1M² 1771.

⁶⁸ AN F7 13127 (Dossier Seine), 23.10.1931, Conférence d'information 2ème Rayon du Parti Communiste (Marthe Potosniak). Die Stimmen, die sich über eine entsprechende „mauvaise composition sociale“ sowohl des Pariser PCF als auch der kommunistischen Gewerkschaften beklagten, sind Legion. Siehe z.B.: AN F7 13783, 24.6.1929 (VIIème Congrès de l'Union Syndicale des Travailleurs de la Métallurgie).

⁶⁹ AIRM Nr. 253, PCF Région Parisienne, Rapport moral et politique 1926/27.

⁷⁰ Eigene Berechnungen aufgrund der Festnahmeliste AN F7 13119 (Clichy 1929) und nach *L'Humanité*, 4.2.1930.

gliederschub erfolgte, scheint sich dieses proportionale Mißverhältnis zunächst nicht grundsätzlich geändert zu haben.⁷¹

Dementsprechend groß waren die Schwierigkeiten, die sich der kommunistischen Einflußnahme in den jungen industriellen Großbetrieben entgegenstellten. Denn in dem Maße, wie ein erheblicher Anteil der hier beschäftigten Arbeiter aus Frauen, Ausländern und Jungarbeitern bestand, trennte sie die für Paris typische, soziale und mentale Schranke von dem in der kommunistischen Bewegung vorherrschenden Arbeitertypus. Andererseits verweigerte sich auch die Mehrzahl der in den Großbetrieben beschäftigten Facharbeiter der kommunistischen Propaganda, zumindest sofern sie aufstiegs- und verdienstorientiert handelten. Ein interner Bericht des PCF aus dem Jahre 1927 machte denn auch kein Hehl daraus, daß die kommunistische Bewegung in den Großbetrieben auf den stärksten Widerstand stoße, ein Phänomen, das freilich, in theorieadäquater Manier, auf den „subjektiven“ Faktor, bzw. die klassenkämpferisch motivierten Bestechungsversuche der Unternehmer zurückgeführt wurde: „C'est, en effet, dans les grandes entreprises de la région parisienne que le prolétariat est le plus arriéré politiquement, car il est composé, en grande majorité de manœuvres spécialisés, de femmes, de coloniaux, d'étrangers et de jeunes. En dehors de ces catégories, nous rencontrons l'aristocratie ouvrière (régleurs) qui par suite de la tactique patronale des hauts salaires, est assez difficile à organiser.“⁷² Bereits Ende 1926 war in der Gewerkschaftskommission intern konzidiert worden, daß man in den Großbetrieben „fast nichts“ erreicht habe.⁷³ Möglicherweise hat auch hier die forcierte Bolschewisierung seit 1924, mit ihrer Umstellung von Ortsverbänden auf Betriebszellen, die kommunistische Präsenz in den Großbetrieben zurückgedrängt. Denn zweifellos war es für die „Basisarbeit“ der Kommunisten problematisch, wenn z.B. – nach der definitiven Abschaffung der Straßenzellen – ein Bewohner des V. Arrondissements mehr oder weniger willkürlich einer Betriebszelle in Saint-Denis zugeordnet wurde. Für diese „rattachés“, die keine tatsächliche Verbindung mit dem in Frage stehenden Betrieb hatten, hätte die Teilnahme an den Parteiveranstaltungen, Hin- und Rückfahrt inklusive, rund einen halben Tag Anfahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gekostet, was sie de facto vom Parteileben ausschloß.⁷⁴

Auf den ersten Blick mag es überraschen, daß die Berliner KPD während der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums ein strukturell analoges Sozialprofil aufwies wie der PCF in Paris.⁷⁵ Auch die in der Reichshauptstadt ansässige Arbeiterschaft war großenteils hochqualifiziert. Wie an der Seine so bildete auch an der Spree die Metallindustrie die bei weitem wichtigste Industriebranche, die überdies die international

⁷¹ Dies legen etwa die Zahlen aus der Region Paris-Sud nahe, wo sich unter den 347 Neuaufnahmen des Jahres 1935 nur 25 männliche „manœuvres“ (= 7,2%) befanden. Siehe Region Paris-Sud, *État d'organisation* [1935], AIRM Nr. 745.

⁷² AIRM Nr. 253, PCF, Région Parisienne, *Rapport moral et politique, 1926–1927*.

⁷³ AIRM Nr. 169, *Séance de la Commission Syndicale Centrale, 2.11.1926* (Gaillard).

⁷⁴ Siehe Depretto u. Schweitzer, *Communisme à l'usine, S. 77*. Im Lichte der von Depretto/Schweitzer nicht verwendeten Materialien aus dem Parteiarchiv des PCF erscheint die Bedeutung, die sie dem kommunistischen Einfluß bei Renault beimessen, als überproportional vergrößert.

⁷⁵ Vgl. allgemein zur Sozialstruktur der KPD in den zwanziger Jahren Heinrich A. Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin u. Bonn 1985, S. 445–448; Mallmann, *Kommunisten*, S. 94ff. Zeitgenössisch aufgrund der parteiinternen Erhebungen: W. Kaasch, *Die soziale Struktur der Kommunistischen Partei Deutschlands*, in: *Kommunistische Internationale 9* (1928), S. 1050–1067.

führende Elektroindustrie umfaßte.⁷⁶ 1925 waren 280.617 Arbeiter in der Metall- und Elektroindustrie beschäftigt, das entsprach einer Quote von 40,9% der Berliner Arbeiterschaft.⁷⁷ Die Existenz eines gut ausgebildeten Arbeitskräftereservoirs bestimmte zugleich die Standortwahl und Arbeitsmarktpolitik der großen Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie wie Siemens oder AEG.⁷⁸ Zugleich aber lebte in der Berliner Metallarbeiterschaft die langjährige „lokalistische“ Tradition fort, die dem französischen Syndikalismus verwandt war und am Ende des Ersten Weltkriegs in Form der „revolutionären Obleute“ und der Rätebewegung kurzzeitig die Szene beherrschte. Dieses linksradikale und revolutionäre Potential der Berliner Arbeiterschaft organisierte sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem im linken Flügel der USPD und im Berliner DMV. Nach der Spaltung der USPD im Oktober 1920 ging es zum größeren Teil in der VKPD auf. Zwischen Ende 1920 und dem Revolutionsversuch vom Oktober 1923 waren in der Berliner KPD denn auch vor allem qualifizierte, z.T. handwerksnahe Facharbeiter repräsentiert. Zwar fehlen präzise statistische Erhebungen für diese frühe Zeit so gut wie ganz.⁷⁹ Doch geben die Berichte der Berliner Gewerkschaftsabteilung aus den Jahren 1922 und 1923 eine Reihe konkreter Hinweise. So erlangte die KPD, als sie in Berlin Ende 1921 eigene Fraktionen in den Freien Gewerkschaften aufzubauen begann, vor allem in den Fachverbänden qualifizierter und handwerksnaher Berufe nachhaltigen Einfluß. 1921 standen „fast restlos“ unter kommunistischem Einfluß die Einzelgewerkschaften der Zimmerer, der Schuhmacher und der Buchbinder.⁸⁰ Von den insgesamt 36 kommunistischen Fraktionen, die im Verlauf des Jahres 1922 praktische Arbeit leisteten, verfügten z.B. die Fraktionen in den Fachverbänden der Bauindustrie (Bauarbeiter, Glasarbeiter, Zimmerer), der Metallindustrie, der Lederindustrie (Schuhmacher) und der Holzindustrie (Holzarbeiterverband) über besonders starke Positionen.⁸¹ Daß darüber hinaus auch eine starke kommunistische Fraktion im Eisenbahnerverband bestand, stellte eine weitere Analogie zu den Pariser Verhältnissen dar, wo die örtliche Eisenbahnergewerkschaft schon vor der Spaltung der C.G.T. ganz unter minoritären Einfluß geraten war.⁸² Diese Parallele dürfte sich vor allem daraus erklären, daß die Eisenbahn zusammen mit der Metall- und Rüstungsindustrie eine derjenigen Berufsbranchen darstellte, die durch die Zwänge der Kriegswirtschaft am stärksten in Mitleidenschaft gezogen worden war. Jedenfalls war der kommunistische Einfluß in Berlin bei den Eisenbahnern wie auch bei den Bauarbeitern so durchschlagend, daß sich die jeweili-

⁷⁶ Während in Paris die Automobilindustrie der dynamischste und modernste Zweig der Metallindustrie war, traf das gleiche in Berlin auf die Elektroindustrie zu und hier v.a. auf die beiden Riesenbetriebe sui generis, AEG und Siemens.

⁷⁷ Grzywatz, Arbeit, S. 12. Die reichliche Hälfte, 145.372, dieser Arbeiter waren in der Elektroindustrie beschäftigt. Ebd.

⁷⁸ Siehe Homburg, Rationalisierung, S. 73ff.

⁷⁹ Im März 1924 wurde in einem parteiinternen Bericht darüber geklagt, daß keine Statistiken und Daten über die soziale Zusammensetzung der Berliner Parteimitgliedschaft zur Verfügung stünden. SAPMO-BARY 113/1-2/23, fol. 83 (14.3.1924).

⁸⁰ Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S. 65.

⁸¹ Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Oktober 1921 bis Dezember 1922, Berlin 1923, S. 17ff.; Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin 1923, S. 21ff.

⁸² Über die Rolle der „cheminots“ im PCF vgl. Molinari, Ouvriers communistes, S. 17-37.

gen örtlichen Fachverbände – entgegen der parteioffiziellen Gewerkschaftspolitik – spalteten.⁸³

Zwar erlitten die gewerkschaftlichen Positionen, die sich die Berliner KPD bis zum Jahre 1923 erkämpft hatte, im Gefolge des Oktoberaufstandes und der darauf folgenden Radikalisierung erhebliche Einbußen; teilweise brachen sie auch vollständig zusammen.⁸⁴ Doch blieb das soziale Profil der Berliner KPD, in dem die gelernten Industriearbeiter und die handwerksnahen Berufe dominierten, zunächst bestehen. So ergab eine Stichprobe, die 1924 in einigen Straßenzügen des Bezirks Wedding durchgeführt wurde, folgendes Bild: Von insgesamt 71 KPD-Mitgliedern waren 38 gelernte Arbeiter (= 53,5%), 14 ungelernete Arbeiter (= 19,7%), sieben Angehörige des Mittelstandes (Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende) und sieben Frauen (= je 9,9%).⁸⁵ Dieses soziale Profil bestätigte sich auch bei der Reichsgeneralkontrolle im Jahre 1927. Deren Erhebung ergab, daß von insgesamt 14.015 erfaßten Parteimitgliedern 6749 (= 48,2%) den gelernten Arbeiterkategorien angehörten.⁸⁶ Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt bereits 22,8% der Mitglieder ungelernete Industriearbeiter und 15,2% Frauen,⁸⁷ Anteile, die die entsprechenden Zahlen des PCF z.T. um ein Vielfaches übertrafen.

Trotz des signifikant höheren Anteils an ungelerten Arbeitern, auf den die Berliner KPD zählen konnte, hatten die Kommunisten hier wie in Paris jedoch extreme Probleme mit der Etablierung von Positionen in den Großbetrieben. Immer wieder wurde parteiintern kritisch konstatiert, daß sich der größte Teil der Berliner KPD-Mitglieder – soweit sie erwerbstätig waren – aus kleinen und mittleren Betrieben rekrutierte. Offensichtlich bestand hier eine mit der Pariser Arbeiterschaft vergleichbare Situation: Eine primär arbeitsorientierte, zur korporativen Abschließung, zugleich aber auch zum politischen Radikalismus tendierende Mentalität konnte in einer überschaubaren Lebenswelt, die Raum für eine autonome Gestaltung der Arbeits- und Produktionsprozesse ließ, besonders gut gedeihen. Hinzu kam freilich, daß solche Arbeiter, die als kommunistische Agitatoren bekannt waren, gerade in Großbetrieben einem hohen Arbeitsplatzrisiko unterlagen. Im Falle konjunktureller Schwäche und eines Rückgangs der Produktion wurden sie als erste entlassen. So konstatierte die Bezirksleitung im Jahre 1925 „vor allem ein starkes Anwachsen des kommunistischen Einflusses in den Klein- und Mittelbetrieben, während die meisten Großbetriebe in erheblichem Maße von Kommunisten gesäubert sind.“⁸⁸ An dieser Lage, der die statistischen Erkenntnisse der Bezirksleitung ziemlich exakt entsprachen, änderte sich während des gesamten Untersuchungszeitraums nichts Wesentliches. Ende 1924 wurde die Verteilung der Berliner Mitgliedschaft folgendermaßen angegeben: 20–25% arbeiteten in Großbetrieben, ca. 42–50% in Kleinbetrieben, während

⁸³ Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, S. 19; Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1923 bis 29. Februar 1924, Berlin 1924, S. 27. Zur Frage der kommunistischen Gewerkschaftspolitik siehe unten, S. 207ff.

⁸⁴ Siehe ebd., S. 17f. u. Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. März 1924 bis 15. September 1924, Berlin 1924, S. 35.

⁸⁵ BAP RKO St. 12/80, Bd. 1a, fol. 66–69 (Mitgliederliste).

⁸⁶ SAPMO-BA RY 1 1 3/1–2/23, fol. 183, Reichsgeneralkontrolle 1927.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1924 bis 1. Mai 1925, Berlin 1925, S. 33.

35–38% der KPD-Mitglieder zu diesem Zeitpunkt erwerbslos waren.⁸⁹ Von den 1.157 Teilnehmern einer kommunistischen Stadtdelegiertenkonferenz vom 28. September 1926, gaben z.B. 503 Delegierte an, in einem Betrieb zu arbeiten. Von ihnen arbeiteten 165 (= 32,8%) in Betrieben mit einer Belegschaft von 1–50 Beschäftigten. 347 Delegierte (= 69%) gingen in Betrieben mit unter 500 Mann Belegstärke ihrem Brot-erwerb nach. Und nur 34 (= 6,8%) arbeiteten in einem Großbetrieb mit über 3.000 Beschäftigten.⁹⁰ Zu einem ähnlichen Ergebnis kam die Reichsgeneralkontrolle des Jahres 1927. Von insgesamt 7.255 Mitgliedern, die in Betrieben beschäftigt waren, arbeiteten 5.260 in Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten (= 72,5%).⁹¹ Während 2.621 Arbeiter in einem Kleinbetrieb mit unter 50 Beschäftigten tätig waren (= 36,1%), arbeiteten nur 468 in Großbetrieben mit einer Belegstärke von mehr als 3.000 Arbeitnehmern (= 6,5%).⁹²

Verstärkt wurde dieser Trend der Verdrängung bzw. Nichtetablierung der Kommunisten in den Großbetrieben noch durch den Rationalisierungsdruck der 1920er Jahre. Zum einen gehörten Kommunisten zu den ersten, die entlassen wurden, wenn der Rationalisierung Arbeitsplätze zum Opfer fielen. Kommunistische Funktionäre arbeiteten im Durchschnitt nicht länger als drei bis fünf Monate im gleichen Betrieb.⁹³ Zum anderen aber engten auch die neuen Methoden der Zeit- und Ertragsoptimierung, die dem Rationalisierungskalkül zugrunde lagen, die Bewegungsfreiheit der kommunistischen Agitatoren am Arbeitsplatz ein und erschwerten somit die politische Werbung und Rekrutierung neuer Sympathisanten und Mitglieder.

Damit ist bereits dasjenige soziale Merkmal der Berliner KPD angesprochen, das sie am stärksten von der kommunistischen Bewegung im Pariser Großraum unterschied und das in der Arbeitslosigkeit gründete. Von der unmittelbaren Nachkriegskrise bis zum Beginn der dreißiger Jahre stellte die Arbeitslosigkeit in Paris kein wirklich bedeutendes soziales Problem dar. Zwar gab es während des Untersuchungszeitraums auch an der Seine immer wieder kurzfristige Höhepunkte der Arbeitslosenzahlen wie v.a. um die Jahreswende 1926/27.⁹⁴ Auch suchte der PCF die Arbeitslosen in Komitees zu erfassen, gegen das System zu mobilisieren und politisch an sich zu binden.⁹⁵ Wenn diese Versuche im wesentlichen ohne größeren Erfolg blieben, so bewies dies einmal mehr die typischen Schranken innerhalb der Pariser Arbeiterschaft. Von Arbeitslosigkeit betroffen waren hier in erster Linie die un- und ange-lernten Arbeiter, häufig also junge, weibliche und ausländische Kräfte, unter denen die kommunistische Propaganda notorisch einflusslos blieb. Bei den PCF- und C.G.T.U.-Mitgliedern selbst scheint die Arbeitslosigkeit dagegen in den zwanziger Jahren keine bedeutende Rolle gespielt zu haben, unterlagen sie doch als überwiegend

⁸⁹ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 101.

⁹⁰ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 121; I 3/1–2/71, fol. 246–247.

⁹¹ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 184, Reichsgeneralkontrolle 1927. Vgl. die hiervon z.T. abweichenden Angaben bei Kaasch, *Soziale Struktur*, S. 1056.

⁹² SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 183. Vgl. die abweichenden, veröffentlichten Zahlen bei Kaasch, *Soziale Struktur*, S. 1056.

⁹³ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 101.

⁹⁴ AN F7 13527, *Le chômage dans la Région Parisienne*, 16.1.1927.

⁹⁵ *Ibid.*, 13.1.1927 u. 27.1.1927.

qualifizierte und in kleineren Betrieben beschäftigte Kräfte einem erheblich geringeren Arbeitsmarktrisiko.⁹⁶

In Berlin dagegen bildete die Arbeitslosigkeit auch zu Zeiten der relativen Stabilisierung ein dauerhaftes soziales Problem. Zwar war es nach der unmittelbaren, mit hoher Arbeitslosigkeit einhergehenden Nachkriegskrise zu einer vorübergehenden Entspannung, schließlich zu einer „Inflationskonjunktur“ auf dem Berliner Arbeitsmarkt gekommen. Hatte die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Groß-Berlin während der ersten Monate des Jahres 1919 über 200.000 betragen, so sank sie während des Jahres 1920 auf einen Jahresdurchschnitt von rund 82.600.⁹⁷ Nach einem Anstieg auf eine Zahl zwischen 110.000 und 130.000 während der ersten Jahreshälfte 1921 ging die Zahl der Unterstützungsempfänger dann rapide zurück: 52.000 (1.1.1922), 27.000 (1.4.1922), 3.800 (1.7.1922).⁹⁸ Erst mit der Endphase der galoppierenden Inflation seit Mitte 1923 und der darauf folgenden Stabilisierung schnellte die Berliner Arbeitslosenzahl wieder nach oben, auf einen Spitzenwert von 235.000 im Dezember 1923.⁹⁹ „Die Angst hinauszufiegen, die Frage der Kurzarbeit, des Lohnes, des wertbeständigen Geldes sind die Hauptpunkte der Arbeiterdiskussionen in den Betrieben“, wußte ein Parteinformant Ende 1923 zu berichten.¹⁰⁰

Anders als in Paris betraf die Arbeitslosigkeit auch die kommunistischen Parteimitglieder. Zusammen mit dem gescheiterten Aufstandsversuch vom Oktober 1923 führte dies in Berlin Anfang 1924 zu einer bisweilen scharfen Polarisierung zwischen Parteiapparat und „Basis“. Die Arbeitslosigkeit, so faßte ein parteiinterner Bericht die Kritik zusammen, sei von der Parteiführung extrem vernachlässigt worden. Bei einer KPD-Bezirksversammlung in Schöneberg führte diese Mißstimmung unter den Mitgliedern zur Absetzung der vom Apparat vorgegebenen politischen Fragen zugunsten der Diskussion organisatorischer Fragen, wobei eine „wahre Pogromstimmung“ gegen die Bezirksleitung entstand. Als ausschlaggebend für die Parteiarbeit wurde die „Tatsache des Überwiegens der Arbeitslosen“ gewertet.¹⁰¹ Parteiintern wurde von rund 50% erwerbslosen Mitgliedern ausgegangen, während andere von 80–85% sprachen.¹⁰²

Auch in der Folgezeit bestand ein wichtiger Anteil der Berliner KPD-Mitgliedschaft aus Erwerbslosen, worin sich nicht zuletzt die allgemeine Entwicklung des hauptstädtischen Arbeitsmarktes widerspiegelte. Nach einem vorübergehenden Rückgang der Zahl der unterstützten Arbeitslosen auf unter 20.000 im Sommer und Herbst 1925 ließ die Stabilisierungskrise des Jahres 1926 die Arbeitslosigkeit in der Reichshauptstadt vorübergehend wieder auf den Stand von 1919 und 1923 anschwellen:

⁹⁶ Dies kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß der PCF in seinen parteiinternen Mitgliederstatistiken die Arbeitslosen niemals separat erfaßte. Zur Erwerbslosenpolitik des PCF siehe unten, S. 412ff.

⁹⁷ Berechnet nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich, wiedergegeben bei Dettmer, *Arbeitslose*, S. 305.

⁹⁸ *Ebd.*

⁹⁹ *Ebd.*, S. 306.

¹⁰⁰ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 51, Bericht des Bezirkes Berlin-Brandenburg, 5.12.1923.

¹⁰¹ *Ebd.*, fol. 82f.

¹⁰² *Ebd.*, fol. 83, Kritik der KPD, 14.3.1924.

Tabelle 22: Unterstützte Arbeitslose in Groß-Berlin 1924–1929^a

Juli 1924	23.702	Januar 1927	179.583
Oktober 1924	35.060	April 1927 ^b	127.962
Januar 1925	29.641	Oktober 1927	54.285
April 1925	25.584	April 1928	90.321
Juli 1925	11.512	Juli 1928	90.042
Oktober 1925	17.724	Oktober 1928	64.643
Januar 1926	115.730	Januar 1929	132.672
April 1926	187.650	Juli 1929	99.808
Juli 1926	203.862	Oktober 1929	85.521
Oktober 1926	171.056	Januar 1930	153.812

^a *Quelle:* Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 44 (1924/25), S. 300; 45 (1926), S. 309; 46 (1927), S. 341; 47 (1928), S. 391; 48 (1929), S. 285; 49 (1930), S. 327.

^b Ab April 1927: Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung.

Die Mitgliederstruktur der Berliner KPD blieb von dieser seit Ende 1925 dauerhaft anhaltenden hohen Sockelarbeitslosigkeit, die die Sozialgeschichte der Weimarer Republik auch zu Zeiten relativer Stabilität prägte, nicht unbeeinflusst. Zwar stabilisierte sich die soziale Struktur der Mitgliedschaft noch einmal in dem Maße, wie sich die konjunkturelle Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt 1924/25 verbesserten. Nachdem im November 1924 der Anteil der erwerbslosen KPD-Mitglieder noch auf rund 35–38% geschätzt wurde, waren Mitte 1925 von den 15.537 Berliner KPD-Angehörigen nur noch 2.037 erwerbslos (= 13,1%).¹⁰³ Doch nach der Krise des Jahres 1926 unterschritt der Anteil der Arbeitslosen in der KPD-Mitgliedschaft nicht mehr ein knappes Viertel. Nach parteiinternen Erhebungen schwankte er vom IV. Quartal 1926 bis zum III. Quartal 1927 zwischen 26,6 und 29,8%.¹⁰⁴ Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der erwerbslosen Mitglieder 1927 23,5% und 1928 22,3%.¹⁰⁵

Mithin stellten die Arbeitslosen schon Mitte der zwanziger Jahre einen erheblichen Anteil an der Berliner KPD-Mitgliedschaft. Insofern als die Arbeitslosigkeit nicht zuletzt junge Leute im besonderen traf, zeichnete sich hier die Situation der frühen dreißiger Jahre schon deutlich ab: Einem ganzen sozialen Segment blieb der Zugang zu einem geregelten Berufsleben zunehmend auf Dauer versperrt.¹⁰⁶ Mit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit seit Ende 1929 verstärkte sich dieser Trend dann dramatisch. In Jahresdurchschnitten gerechnet, betrug die Zahl der Erwerbslosen in der Berliner KPD 1930 56,5%, 1931 68,4%, und 1932 76,3%.¹⁰⁷ Die KPD wurde nun tatsächlich zur Partei der Arbeitslosen.¹⁰⁸ Bei insge-

¹⁰³ Ebd., fol. 101; BAP RKO St. 12/2, Bd. 10, fol. 44, Lagebericht Berlin, Juni 1925.

¹⁰⁴ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 74 u. 168, Mitgliederbewegung Berlin.

¹⁰⁵ Berechnet nach SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/74, fol. 25, Mitgliederbewegung der Partei für Berlin und insgesamt.

¹⁰⁶ Zur Jugendarbeitslosigkeit in Berlin siehe BAP RAM Nr. 1500, Film 33411, fol. 209f., Richtlinien für Maßnahmen für die erwerbslose Jugend (des Landes-Wohlfahrts- und Jugendamtes Berlin) vom Januar 1926; ebd., fol. 195–198, Rundschreiben des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt, 23.4.1926, betr. Fortbildung und Umschulung von Erwerbslosen, insbesondere von Jugendlichen. Über das Empfinden der „verbauten Zukunft“, das insbesondere jugendliche Arbeitslose auch während der besten Jahre der Weimarer Republik heimsuchte, Detlev J.K. Peukert, Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik, Köln 1987, S. 167ff.

¹⁰⁷ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/74, fol. 82, Mitgliederbewegung nach abgerechneten Beiträgen.

¹⁰⁸ Vgl. Siegfried Bahne, Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen u. Winfried Schulze (Hrsg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichten-

samt rasch steigenden Mitgliederzahlen wies die Berliner KPD nunmehr immer eindeutiger ein sozial deklassiertes Profil auf, dessen Wurzeln freilich schon in den zwanziger Jahren gelegt worden waren. Mit ihm wurde die größtmögliche Spaltung in der Arbeiterschaft markiert: die Spaltung zwischen denen, die Arbeit besaßen und den Arbeitslosen.

Wenn es um Bruchlinien innerhalb der Arbeiterschaft geht, so stellte die industrielle *Frauenarbeit* ein weiteres gravierendes Problem dar. Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, die die teilweise Rückkehr der Frontsoldaten an ihren alten Arbeitsplatz und demzufolge die Entlassung weiblicher Arbeitskräfte mit sich brachte, vollzog sich nicht ohne Konflikte. Nicht wenige Frauen hatten sich während der Kriegszeit an das Arbeitsleben in der Fabrik und vor allem an die relativ hohen (Nominal-)Löhne gewöhnt. Entsprechendes wurde z.B. kurz vor Kriegsende aus dem 15. Pariser Arrondissement berichtet, dem Standort der großen Citroën-Fabrik am Quai Javel, wobei der deutlich pejorative Ton der polizeilichen Berichterstattung zu berücksichtigen ist: „[Les ouvrières] ont pris l'habitude des travaux d'usine et prétendent que les hauts salaires qui leurs sont alloués sont indispensables. Bien peu ont réalisé des économies, toutes ont contracté le goût de la dépense. Le retour aux anciennes mœurs et le reclassement de ces ouvrières seront extrêmement laborieux.“¹⁰⁹ Den sich hier widerspiegelnden Befürchtungen entsprach es, wenn nach der Demobilisierung selbst von gewerkschaftlicher Seite gefordert wurde, eine Kampagne zu starten, um zu verhindern, daß Frauen in der Metallindustrie arbeiteten.¹¹⁰ Neben der Furcht, die billigere Frauenarbeit könne zum Ansatzpunkt einer allgemeinen Lohnsenkung werden,¹¹¹ sind auch die Belege dafür Legion, daß in der Industriearbeiterschaft gleichsam „bürgerliche“ Vorstellungen über die Rolle der Frau in der Gesellschaft vorherrschten. Demzufolge war der primäre Ort der Frau im Haushalt,¹¹² und wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachging, so geschah dies nur zur notwendigen Ab- und Rundung des Familieneinkommens. Auch die gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeitskräfte stieß sich nicht selten an den gegensätzlichen Vorstellungen der Väter, Ehemänner oder Lebensgefährten, die eine entsprechende Aktivität nicht als Frauensache betrachteten.¹¹³ Das „emanzipative“ Bild von der Rolle der Frau, wie es offizielle Doktrin der Kommunisten war, hatte demgegenüber wenig Chancen, zur Geltung zu kommen. So entbehrte z.B. die Analyse der kommunistischen „Frauenpolitikerin“ Marie Bréant keineswegs der Kohärenz, insofern sie die Fiktion der Einheit der Arbeiterklasse zugrunde legte; doch in ihrer Analyse selbst werden die vielfältigen mentalen und traditionellen Hindernisse deutlich, auf welche eine entsprechende Propaganda stoßen mußte: „Elle [= Marie Bréant] estime que le grand tort

forschung, Stuttgart 1981, S. 477–498. Die diesbezügliche Relativierung, die Mallmann, Kommunisten, S. 104f., vornimmt, kann nicht überzeugen.

¹⁰⁹ APP Ba 1614 (Dossier 6c district), 4.11.1918.

¹¹⁰ AN F7 13775, 27.11.1920, Réunion extraordinaire de la XV^{me} Section du Syndicat des Métaux (J.e-gros).

¹¹¹ Z.B. AN F7 13061, 13.4.1926, Réunion organisée par le „Club des Insurgés“ (Anarchisten). Hier wird u.a. über einen Vorfall berichtet, nach welchem ein Arbeitgeber einer besonders leistungsstarken Arbeiterin eine spezielle Lohnerhöhung habe zugestehen wollen, daran aber durch den massiven Protest der männlichen Arbeiter gehindert worden sei.

¹¹² Vgl. z.B. AN F7 13015, 16.1.1919 (Comité intersyndical de Saint-Denis, Dumoulin); APP Ba 1386 (Dossier a), 8.6.1919.

¹¹³ Z.B. AN F7 13783, 18.3.1929. Zum Widerstand gegen das Eindringen der Frauenarbeit in der französischen Arbeiterbewegung als „intraproletarischer Gegensatz“ siehe Delevsky, *Antagonismes*, S. 379ff.

des travailleurs est de considérer la paye de leur compagne comme un salaire d'appoint alors que l'on fait travailler les femmes autant que les hommes. En raison du développement du machinisme [...], les ouvriers spécialistes tendent à disparaître pour être remplacés par des manœuvres hommes ou femmes. Il faut donc que les ouvriers se rendent compte de leur situation vis à vis des femmes, non seulement à l'atelier, en réclamant un salaire égal pour un travail égal, mais aussi en demandant qu'en période de chômage la femme sans travail touche une indemnité.¹¹⁴

Für die kommunistische Propaganda und Gewerkschaftsarbeit stellte sich die Frage der Frauenarbeit besonders nachdrücklich in der *Bekleidungsindustrie*, die gänzlich eigenen Strukturbedingungen unterlag. Während die Pariser Metallindustrie zu den dynamischsten und expansivsten Sektoren gehörte, sank während des Untersuchungszeitraums die absolute Zahl derer, die im Bekleidungs-gewerbe ihr Auskommen fanden. Einer der wesentlichen Gründe hierfür ist in der dauerhaften Krise zu sehen, die insbesondere die Pariser Haute Couture als typische Luxusbranche nach dem Weltkrieg erlitt, der aber auch die serienmäßige Kleider- und Wäscheherstellung unterworfen war. Darüber hinaus aber signalisiert der branchenspezifische Arbeitskräfterrückgang einen tiefgreifenden Strukturwandel des Arbeitsmarktes für Frauen. Die Bekleidungsindustrie war im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert ein klassisches Tätigkeitsfeld für Frauen, die ihre entsprechenden, bereits im Familienverband erlernten Nähfähigkeiten, sei es als Nebenerwerb, sei es zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts einsetzten. Doch betraf der Rückgang der in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten ausschließlich die weiblichen Arbeitskräfte:

Tabelle 23: Beschäftigte in der Pariser Bekleidungsindustrie¹¹⁵

	Beschäftigte insgesamt	davon Frauen	Anteil der Frauen (v.H.)
1906	167.540	146.124	87,2
1921	130.625	108.617	83,2
1926	116.635	91.787	78,7
1931	113.692	87.752	77,2
1936	90.891	66.613	73,3

Die Zahl der im Bekleidungs-gewerbe beschäftigten Frauen fiel also sowohl absolut als auch proportional stark ab, während die der Männer praktisch stabil blieb. Angesichts einer zwischen den Weltkriegen insgesamt leicht ansteigenden Erwerbsquote unter den Frauen spiegelt sich hier ein deutlicher Wandel des frauenspezifischen Teilarbeitsmarktes wider. In dem schon erwähnten Anstieg der weiblichen Industriearbeit sowie vor allem infolge der in beiden Hauptstädten stark expandierenden Nachfrage des tertiären Sektors nach Verkäuferinnen, Stenotypistinnen etc. eröffneten sich insbesondere Mädchen und jungen Frauen neue Erwerbschancen.

In ihrer betrieblichen und arbeitsmäßigen Organisation glich die Pariser Bekleidungsindustrie trotz ihrer fortbestehenden quantitativen Bedeutung eher einem vorindustriellen Gewerbe. Zwar erfolgte in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts,

¹¹⁴ AN F7 13781, 31.12.1926, Meeting contre le chômage organisé par le Comité Intersyndicale de Boulogne-Billancourt. Zusatz von mir.

¹¹⁵ Die Zahlen beziehen sich auf die Stadt Paris. Quelle: Résultats statistiques du recensement général de la population, 1906, 1921, 1926, 1936.

teilweise ebenfalls durch kriegswirtschaftliche Faktoren induziert, ein gewisser Konzentrationsprozeß. Nach 1918 gab es einige wenige Unternehmen, wie z.B. das Haus Esders oder „La Belle Jardinière“, mit mehr als 1.000 Arbeitern. Insgesamt erhöhte sich zwischen 1906 und 1921 die Zahl der großen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten von 40 auf 101, während gleichzeitig die Zahl der in diesen Unternehmen beschäftigten Lohnempfänger von 21,1 auf 34,2% aller in der Branche Beschäftigten anstieg.¹¹⁶ 1926 arbeiteten rund 33,8% in kleinen Betrieben mit 1–20 Beschäftigten, 40,2% dagegen in solchen mit über 100 Lohnempfängern. Dieses Verhältnis blieb bis zum Zweiten Weltkrieg im wesentlichen stabil. Allerdings sind die Angaben der zeitgenössischen Statistik trügerisch, da sie den in der Bekleidungsindustrie noch bestehenden, überaus großen Bereich der Heimarbeit nur unzureichend erfassen. Zwar wurde der Großteil der Heimarbeiter/innen unter dem Begriff der „isolés“ vermerkt. Doch bleibt die Unterscheidung zwischen kleinen selbständigen Handwerkern, auf eigene Rechnung wirtschaftenden sowie lohnabhängigen Heimarbeitern schwierig.¹¹⁷ Immerhin offenbaren die vorhandenen statistischen Ergebnisse einen klaren Trend, der im wesentlichen der Entwicklung der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie insgesamt entspricht.

Tabelle 24: Heimarbeiter („isolés“) in der Pariser Bekleidungsindustrie¹¹⁸

	„isolés“ insgesamt	davon Frauen	Anteil der Frauen (v.H.)
1906	90.912	83.952	92,3
1921	53.778	49.823	92,7
1926	25.926	23.008	88,7
1931	24.613	21.234	86,3
1936	27.795	22.352	80,4

Auch im Falle der Heimarbeiter ist also ein rapider Verfall ihrer Anzahl zu konstatieren, der erst mit dem Einsatz der Wirtschaftskrise – als mancher Erwerbsloser in einer entsprechenden Existenz eine letzte Zuflucht erkannte – ein Ende findet. Wie bei den Beschäftigtenzahlen insgesamt geht auch hier der proportionale Anteil der Frauen leicht zurück.

Die proportional gleichbleibend hohe Heimarbeiterquote zeigt an, daß der Produktionsprozeß in der Bekleidungsindustrie auch nach 1918 noch in beträchtlichem Maße dem traditionellen Verlagssystem folgte. In der Konfektion verteilten die Herstellerfirmen die in der Werkstatt serienmäßig produzierten Einzelteile zumeist an Heimarbeiter zum Zusammennähen.¹¹⁹ Die notwendigen Retuschen wurden dann in der Werkstatt von einer speziellen Kategorie von Schneidern verrichtet, den sog. „pompriers“. Zwischen in der Fabrik arbeitenden „pompriers“ und den zu Hause arbeitenden „apiciers“¹²⁰ sowie Hosen- und Westenschneidern bestanden tiefe Span-

¹¹⁶ Résultats statistiques du recensement de la population, 1906 u. 1921.

¹¹⁷ Vgl. Joseph Klatzmann, *Le travail à domicile dans l'industrie parisienne du vêtement*, Paris 1957, S. 10f.

¹¹⁸ Die Zahlen beziehen sich auf die Stadt Paris. Quelle: Résultats statistiques du recensement général de la population, 1906, 1921, 1926, 1936.

¹¹⁹ Vgl. Germaine Deschamps, *La Crise dans les industries du vêtement et de la mode à Paris pendant la période de 1930 à 1937*, Paris 1938, S. 13ff.

¹²⁰ Hierbei handelte es sich um Schneider, welche in Heimarbeit die vorgefertigten Einzelteile eines Bekleidungsstückes zusammennähten.

nungen, die bei fast jedem Streik oder Streikversuch zum Durchbruch kamen. Zumeist warfen dann die erheblich streikfreudigeren „pompiers“ ihren Heimarbeiterkollegen vor, den Streik durch Mehrarbeit zu unterlaufen.¹²¹

Die fortbestehende Heimarbeit war mithin wesentlich dafür verantwortlich, daß Arbeitswelt und Produktionsprozeß in der Bekleidungsindustrie zersplittert blieben. Heimarbeit beruhte in der Mehrzahl der Fälle auf klaren Ausbeutungsverhältnissen. Zwar war 1917, um den schlimmsten Mißbräuchen zu begegnen, ein Minimumlohn für Heimarbeiter/innen gesetzlich verankert worden. Doch vollzogen sich Vergabe und Bedingungen der nach Stücklohn verteilten Heimarbeit häufig unter entwürdigenden Verhältnissen. Problematisch war insbesondere die Überflutung des Arbeitsmarktes durch „concierges“, Hausfrauen und Gattinnen von Angestellten und kleinen Beamten, die auf diese Weise das Haushaltseinkommen abzurunden suchten, ihre Arbeit aber lediglich als Nebenerwerb betrachteten und daher relativ geringe Löhne akzeptierten. „Les grands magasins s'adressent fréquemment aux ouvrières de ce genre, sûrs d'avoir ainsi du travail à bon marché.“¹²² Unter dem daraus resultierenden Druck auf die Löhne litt in erster Linie diejenigen Heimarbeiter/innen, für die ihre Arbeit die Existenzgrundlage bildete. Dies betraf insbesondere Witwen, alleinerziehende Mütter und Einwanderer, auf welche die Alternative der Fabrikarbeit kaum Anziehungskraft ausübte, aber auch gelernte Schneider. Einer von ihnen beschrieb 1919 die Arbeitsbedingungen eines erzwungenen 18–20–Studentages wie folgt: „Les apieceurs [...] sont obligés de travailler avec leurs femmes des jours et des nuits entières pour arriver à vivre et à livrer le travail aux dates fixées par les patrons [...]. Bien souvent lorsque nous nous présentions à une maison il fallait promettre aux patrons de terminer et de livrer le travail qu'ils nous donnaient le soir pour le lendemain dans l'après-midi. Pour y arriver nous étions donc obligés [...] de travailler avec nos femmes et bien souvent nos enfants comme de véritables machines et de négliger notre intérieur et même les soins d'hygiène les plus élémentaires.“¹²³

Andererseits gab es nicht wenige Heimarbeiter/innen, die als kleine Subunternehmer fungierten, für die Bearbeitung der im Verlagssystem verteilten Ware eine Pauschalsumme verabredeten und ihrerseits eine kleine Anzahl von Arbeitern beschäftigten. Für die Gewerkschaften bedeutete dies insofern ein Problem, als Uneinigkeit darüber herrschte, ob diese Gruppe als zur Arbeiterklasse zugehörige „Ausgebeutete“ oder selbst als „Ausbeuter“ zu klassifizieren sei.¹²⁴ In jedem Falle stellte der fortbestehende „harte Kern“ der Heimarbeit für die kommunistische Propaganda sowie das kommunistische beherrschte *Syndicat général de l'habillement* (C.G.T.U.) ein unüberwindliches Hindernis dar. Wie auch die reformistischen Arbeiterorganisationen zielten die

¹²¹ AN F7 13741, 1.4.1920 u. 27.11.1921.

¹²² René Gonnard, *La femme dans l'industrie*, Paris 1906, S. 176ff., das Zitat S. 179. Vgl. von Unternehmenseite den „Rapport sur l'industrie de la confection de la lingerie en France“, AN F12 8054.

¹²³ AN F22 174 (Habillemeent), Réunion des apieceurs, culottières, giletières en grève, 6.5.1919.

¹²⁴ Vgl. Gonnard, *La femme*, S. 172f.: „il a été souvent remarqué en effet que parmi les petits entrepreneurs, les plus durs sont fréquemment d'anciens ouvriers. Et cette observation a été en particulier faite à propos des ouvrières devenues „marchandeuses“.“ Für die Gewerkschaftspolitik betraf das Problem hauptsächlich den Status des „apieceurs“, der mehrere Kräfte beschäftigte. 1921 entschied eine Gewerkschaftskommission des *Syndicat général de l'habillement*, daß ein „apieceur“, der bis zu zwei Personen beschäftigte, Mitglied der Gewerkschaft werden konnte. Bei Beschäftigung von mehr als zwei Personen galt er als „Unternehmer“ und besaß kein Recht mehr auf Mitgliedschaft. AN F7 13741 (Habillemeent 1920/21), Assemblée générale de toutes les sections du Syndicat de l'habillement, 29.1.1921.

Kommunisten daher auf die Abschaffung bzw. das Verbot von Heimarbeit, um auch in diesem Bereich zur sozialen Homogenisierung der Arbeiterklasse und infolgedessen zur Steigerung ihres revolutionären Bewußtseins zu gelangen. Entsprechend lautete eine kommunistische Lagebeurteilung aus dem Jahre 1922: „Il est fini et bien fini le temps où une ouvrière confectionnait chez elle tout un vêtement. Les conditions modernes du travail veulent de vastes ateliers, des machines perfectionnées et une spécialisation minutieuse du travail. Ces conditions de travail influent sur les sentiments de la femme. Tandis que celle qui travaille à domicile est indifférente au sort des autres, égoïste, résignée et passive devant la pire exploitation, celle qui travaille au milieu de ses compagnes finit par comprendre qu'elle est solidaire de ses voisines et que l'adversaire n'est pas l'ouvrière comme elle, mais le patron et le contremaître qui les oppriment. Les femmes n'ont pas senti tout de suite où était leur véritable intérêt, on a vu, on voit encore parfois, des ouvrières se concurrencer, se jalouser [...]. Mais de jour en jour le travail en commun développe le sentiment de solidarité entre les travailleurs.“¹²⁵

Allerdings entsprangen Einschätzungen wie diese dem politisch-ideologischen Optativ: Denn über die fortbestehende Heimarbeit und die damit korrespondierende Zersplitterung des Produktionsprozesses hinaus war die in der Bekleidungsindustrie tätige Arbeiterschaft durch einen „corporatisme étroit“¹²⁶ geprägt. Ein Teil dieser Gegensätze erklärt sich aus der hervorgehobenen Position der Pariser Haute Couture, die als Zentrum der Weltmode auch in bezug auf das Selbstverständnis der Arbeitnehmer besonderen Bedingungen unterlag. Zwischen der Couture, die aufwendige modische Originalmodelle und allenfalls Kleinstauflagen herstellte, und der großen, serienmäßigen Kleiderproduktion lagen Welten. Die in der Konfektion beschäftigten Arbeiter/innen fertigten Einzelteile nach standardisierten Modellen, wobei Arbeitsteilung und Spezialisierung stetig zunahmen. In der Breite blieb daher die Qualifikation des Personals begrenzt. Nicht wenige Arbeiterinnen kamen auch nach ihrer Ausbildungszeit nicht über die Fähigkeit zu speziellen Arbeitsvorgängen wie z.B. die Herstellung von Ärmeln, Kragen etc. hinaus. Von der Tätigkeit in der serienmäßigen Kleiderkonfektion führte daher nach allgemeiner Anschauung kein Weg zur „couturière“: „Ce sont [...] deux conceptions bien différentes, et cette différence a sa répercussion inévitable dans la fabrication et la main-d'œuvre, et des qualités tout opposées sont demandées aux ouvrières dans l'une et l'autre industrie. D'une part, c'est un fait constant qu'une ouvrière qui n'a jamais travaillé que dans la confection est incapable de passer ensuite dans la Couture. Habitée qu'elle est à produire vite et beaucoup, à copier indéfiniment et servilement le modèle qu'elle a charge de reproduire, la confectionneuse ne peut retrouver, en rentrant dans l'atelier de couture le goût et l'initiative qui sont indispensables [...]. Nous nous trouvons donc en présence de deux catégories d'ouvrières bien distinctes.“¹²⁷

Innerhalb der Couture herrschte denn auch eine gänzlich eigene Arbeitsorganisation und -atmosphäre. In größeren Häusern vollzog sich die Produktion in kleinen Werkstätten von maximal 30–40 Arbeiterinnen, die einer straffen Hierarchie unterlagen. Geleitet von einer häufig auch künstlerisch hochqualifizierten „Première“, gli-

¹²⁵ L'Internationale, 2.3.1922.

¹²⁶ AN F7 13741, 4.6.1926, der Sekretär Millerat auf einer Versammlung des „Syndicat Général de l'habillement“, 3.6.1926.

¹²⁷ J. Levavasseur, La question de l'apprentissage, S. 20.

chen diese Werkstätten bisweilen einem „Staat im Staate“ innerhalb des Gesamtunternehmens. Mit der klaren Differenzierung in „*premières mains*“, „*secondes mains*“, „*petites mains*“ und „*apprenties*“ bestand eine „ziemlich ausgeprägte Rangordnung zwischen den verschiedenen Arbeiterinnen“. ¹²⁸ Zwischen der „*Première*“ und den qualifiziertesten Arbeiterinnen ihrer Werkstatt bildete sich allerdings in der Regel ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl heraus. Während dies nicht selten dazu führte, daß erstere bei einem Stellenwechsel einige ihrer Mitarbeiterinnen in das neue Unternehmen mitnahm, ¹²⁹ konnte zwischen „*Couturières*“ und Konfektionsarbeiterinnen aus den erwähnten Gründen kaum ein Gemeinsamkeitsgefühl entstehen. Die Kritik an der diesbezüglichen Haltung der „*Couturières*“ nahm daher einen festen Platz in der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit ein. Neben der Klage über die allgemein desinteressierte „*mentalité des ouvrières*“ wandte man sich „*contre l'état d'esprit qui regne dans la corporation notamment entre couturières et confectionneuses. Les premières [...] se croient supérieures aux autres en raison de la différence de travail.*“ ¹³⁰

Die frauenspezifischen Probleme der weiblichen Arbeitskräfte, die starken Gegensätze zwischen den Schneidern, die in der Werkstatt arbeiteten und den Heimarbeiter/innen sowie zwischen „*couturières*“ und Konfektionsarbeiterinnen, schließlich die straffe Hierarchisierung und Spezialisierung der Arbeit verhinderten die Entstehung eines „Klassenbewußtseins“ unter den in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter/innen. Nur selten kam es zu einer berufs- oder arbeitsplatzübergreifenden Solidarisierung, und selbst bei einer erfolgreich in Gang gesetzten Streikbewegung mußte die „*Humanité*“ erkennen, daß es äußerst schwierig sei, konkrete Forderungen aufzustellen angesichts der „*multiplicité – voulue par le patronat et sa rationalisation – des catégories de travailleuses et travailleurs.*“ ¹³¹

Die Verhältnisse in der Bekleidungsindustrie stehen mithin exemplarisch für die Probleme im allgemeinen, die die französischen Kommunisten mit der Rekrutierung von Frauen hatten. ¹³² Zwar wurde die „objektive“ Integration der Frau in den kapitalistischen Produktionsprozeß und damit ihre fortschreitende Proletarisierung als grundsätzlich unausweichlich und irreversibel betrachtet. ¹³³ Doch dafür, daß Frauen und Männer auf der „subjektiven Ebene“ ein solidarisches Klassenbewußtsein entwickelten und sich nicht gegenseitig als Konkurrenz betrachteten, waren aus kommunistischer Perspektive einige Vorbedingungen notwendig. Eine theorieadäquate Homogenisierung der Arbeiterschaft setzte im Grunde die überwiegende Existenz der Frau als Fabrikarbeiterin voraus. Demgegenüber wurde die auch in der männlichen Arbeiterschaft tief eingewurzelte Vorstellung, wonach der Platz der Frau primär in

¹²⁸ Ebd., S. 24.

¹²⁹ Ebd., S. 10. Vgl. zu Couture und Konfektion auch Deschamps, *Crise*, S. 6ff.

¹³⁰ AN F7 13741, 18.10.1925: Meeting organisé par la section syndicale des couturières, 17.10.1925 (Juliette Largetois).

¹³¹ L'Humanité, 16.1.1930.

¹³² Siehe als Überblick den Beitrag von Jean-Louis Robert, Die Kommunistische Partei Frankreichs und die Frauenfrage 1920–1939, in: Die Frau in der Arbeiterbewegung 1900–1939, Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung <= „XIV. Linzer Konferenz“ 1978>, Bd. II, Wien 1980, S. 541–565.

¹³³ Siehe z.B. AN F7 13112, 4.2.1927, Assemblée des commissions féminines des sous-rayons et cellules du PC, 3.2.1927, Lucienne Marranc: „La femme ne peut plus rester au foyer, mais doit prendre sa place à l'usine. Pourquoi? Par le fait même du développement du machinisme et le besoin de produire de plus en plus chaque jour.“ Vgl. ebd., 20.3.1927, Réunion du PC à Montreuil, 19.3.1927 (Davy).

der Familie sei, als „bürgerlich“ zurückgewiesen. Gleiches galt im übrigen auch, wenn sich, was nicht selten vorgekommen zu sein scheint, die proletarischen Frauen über eine zu intensive Parteitätigkeit ihres Mannes oder Lebensgefährten beklagten. „Vous n'empêchez plus votre compagnon d'aller aux réunions, disant que cela brise la vie de famille,“ so wurden die weiblichen Industriearbeiter bei Renault ermahnt: „Le capitalisme a brisé cette vie de famille [...]. La famille est une institution bourgeoise et d'église, elle empêche l'homme de se révolter.“¹³⁴ „Ce n'est pas la ménagère,“ so resümierte Suzanne Girault die kommunistische Doktrin der Frühzeit, „qui aidera la révolution mais la travailleuse de l'usine qui étant exploitée directement, sera, si on sait l'éduquer d'un grand appui pour le Parti au jour d'une transformation sociale.“¹³⁵ Zur vollen Solidarität war darüber hinaus die Lohnangleichung zwischen den Geschlechtern notwendig. Der bereits von der C.G.T. vor 1914 geprägte Slogan „à travail égal, salaire égal“ gehörte daher zu den Standardparolen sowohl der Kommunisten als auch der kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften.

Allerdings stieß sich die entsprechende, „theorieadäquate“ Programmatik der französischen Kommunisten notorisch an den tatsächlichen Arbeitsbedingungen ebenso wie an der Zählbarkeit traditioneller Mentalitäten, die bezeichnenderweise auch das Gros der männlichen Parteimitglieder an den Tag legte, wenn es um spezifische „Frauenfragen“ ging.¹³⁶ Zwar konnte die Région Parisienne noch relativ die größten Rekrutierungs- und Organisationserfolge aufweisen; doch lautete Mitte der zwanziger Jahre das Resümee einigermaßen ernüchternd. Für die offenkundig kaum überwindbare Stagnation der kommunistischen „Frauenarbeit“ wurde nunmehr „ein erhebliches Defizit kommunistischer Kultur“ verantwortlich gemacht: „Le manque de culture communiste des membres du Parti maintient ceux-ci dans l'opinion social-démocrate et bourgeoise que le rôle de la femme est d'être au foyer et de n'envisager la question de la femme au point de vue social que sous cet angle. Cela leur fait méconnaître la prolétarianisation graduelle des femmes, son incorporation au système de la production capitaliste, et ignorer le rôle qu'elle est appelée à jouer dans des futurs mouvements révolutionnaires.“¹³⁷ Und ein Bericht über die „Frauenarbeit“ bei Renault kam 1927 zu dem ebenso lakonischen wie ernüchternden Ergebnis: „Travail parmi les femmes. Nul. Manque de militantes et mauvaise mentalité des femmes dans l'usine.“¹³⁸

Dementsprechend gering blieb der zahlenmäßige Frauenanteil unter den Mitgliedern der Pariser kommunistischen Bewegung. 1926 betrug er an der Gesamtzahl der PCF-Mitglieder ca. 2.000, das entsprach einem Anteil von gerade einmal 3–3½%.¹³⁹

¹³⁴ Le Bolchevik de chez Renault, Nr. 8 (Januar 1925), AN 17 13097 (Seine).

¹³⁵ So Suzanne Girault auf der Assemblée fédérale des femmes communistes, in: SFIC, Fédération de la Seine, Bulletin mensuel, juillet 1923, AIRM Nr. 122.

¹³⁶ Der 3. Kongreß des PCF im Januar 1924 stellte zur „Frauenfrage“ fest: „Il est nécessaire que le Parti dépasse la bienveillance presque uniquement platonique qu'il a jusqu'ici montrée en présence des revendications féminines.“ Parti Communiste Français, 3e Congrès National, tenu à Lyon (20–23 Janvier 1924). Adresses & Résolutions, Paris 1924, Résolution sur la politique féminine du Parti, S. 61.

¹³⁷ AIRM Nr. 171, Commission Féminine Centrale, Rapport sur l'organisation du travail parmi les femmes, 19.1.1926.

¹³⁸ Rapport de Villatte devant le bureau d'organisation (21.1.1927), als Appendix gedruckt in: Danielle Tartakowsky, Quelques réflexions sur la „bolchevisation“ du PCF, in: Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez, n.s. 23 (1977), S. 66–94, hier S. 85.

¹³⁹ AIRM Nr. 171, Bericht der Commission Féminine de la France à l'Internationale Communiste (Mai 1926).

Unter den 900 im Jahre 1926, nach einer intensiven Rekrutierungskampagne neu aufgenommenen Parteimitgliedern waren z.B. nur 60 Frauen (= 6,7%), ein Prozentsatz der in ungefähr der faktischen Mitgliedschaft entsprach.¹⁴⁰ Trotz der erheblichen propagandistischen Anstrengungen, die von der zentralen und regionalen Pariser Parteiführung zumindest gefordert und nicht selten auch unternommen wurden, gelang es den Kommunisten auch in den dreißiger Jahren nicht, den Frauenanteil signifikant zu heben.¹⁴¹ Zwar erklärten sich die Arbeiterinnen häufig bereit, so vermerkte ein Polizeibericht im Jahre 1933, die ihnen Nahestehenden zu den Parteiveranstaltungen zu begleiten: „Mais elles répugnent généralement à subir la discipline imposée par leur inscription sur les contrôles d'une organisation.“ Die gezielt an die Frauen gerichteten Rekrutierungsbestrebungen der kommunistischen Parteiorganisationen erreichten daher nur „geringe Resultate“¹⁴² Auch nach der Wendung des PCF zur Volksfronttaktik änderte sich daran nichts Grundlegendes. Nach wie vor klagten die mit der Frauenagitation beauftragten Funktionäre über mangelndes Echo innerhalb der Partei.¹⁴³ Aber auch wenn auf lokaler Ebene tatsächlich eine energische „Frauenarbeit“ betrieben wurde, blieb sie in aller Regel ohne großen Erfolg. Das stereotype Lamento lautete dann: „Chez les femmes grosses faiblesses, nous n'avonçons pas malgré notre travail.“¹⁴⁴ Entsprechend gering blieb der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft, wie z.B. eine Stichprobe der Région Paris-Sud aus dem April 1935 zeigt. Unter den 1067 Mitgliedern waren damals lediglich 81 Frauen (= 7,6%).¹⁴⁵

Demgegenüber erzielte die Berliner KPD unter den Frauen erheblich größere Rekrutierungs- und Mobilisierungserfolge. Dabei war die Ausgangslage im wesentlichen von den gleichen sozialstrukturellen Merkmalen geprägt wie in Paris. Auch in Berlin bildete das Bekleidungs-gewerbe nach der Metall- und Elektroindustrie den beschäftigungsintensivsten Sektor der hauptstädtischen Wirtschaft. So waren 1925 99.843 Arbeiter in der Berliner Bekleidungsindustrie beschäftigt, davon 70.854 (= 71%) Frauen.¹⁴⁶ Hinzu kamen ca. 60.000 im Bekleidungs-gewerbe beschäftigte Heimarbeiter, davon drei Viertel Frauen. Von der Statistik wurden sie formal als selbständige Hausgewerbetreibende erfaßt; faktisch besaßen sie freilich einen überwiegend proletaroiden Status als abhängige Stücklohnarbeiter(innen).¹⁴⁷ Arbeits- und Lebensbedingun-

¹⁴⁰ AIRM Nr. 160, Composition sociale des adhésions reçues au centre à la date du 10 octobre 1926. Vgl. AIRM Nr. 191, die „Statistischen Angaben über die Région Parisienne“ aus dem Jahre 1927: Demnach hatte der 3. Rayon (3., 4., 12. Arrdt., Charenton, St. Maurice, St. Mandé) 611 Mitglieder, darunter 60 Frauen (=10^o o); der 6. Rayon (7., 15., 16. Arrdt., Issy-les-Moulineaux) 890 Mitglieder, davon 11 Frauen (=1,2^o o); der 10. Rayon (Aubervilliers, Pantin, La Courneuve, Le Bourget) 190 Mitglieder, davon 10 Frauen (= 5,3^o o).

¹⁴¹ Siehe z.B. AN I:7 13131, 27.2.1933, Résolution adoptée par la conférence de la Région Paris Ville, 18.–26.2.1933: „L'importance des masses féminines dans notre région n'est plus à démontrer, pourtant notre conférence marque combien est insuffisant notre travail dans ce domaine.“

¹⁴² AN I:7 13131, 16.11.1933.

¹⁴³ AIRM Nr. 736, Bericht von H. Janin vom 3.4.1935: „La question du travail du parti parmi les femmes est encore considérée [...] comme une tâche subalterne.“ Vgl. ebd., den Bericht von Gilly Vassart, Oktober 1935.

¹⁴⁴ AIRM Nr. 745, Bericht über die Verhältnisse im 6. u. 7. Arrdt. von Paris (Perlican) auf der Conférence régionale der Région Paris-Ville, 23.–24.3.1935.

¹⁴⁵ AIRM Nr. 736, Rapport sur le travail parmi les femmes, 22.4.1935.

¹⁴⁶ Grzywatz, Arbeit, S. 12.

¹⁴⁷ Ebd., S. 19ff., die Zahlen S. 22. Die Gruppe der als Hausgewerbetreibende Erfassten, von denen fast 95^o o in der Bekleidungsindustrie beschäftigt waren, entsprach in etwa der in der Pariser Statistik erscheinenden Kategorie der „isolés“.

gen der Berliner Bekleidungsarbeiterinnen glichen in den wesentlichen Zügen denjenigen ihrer Berufskolleginnen in der französischen Hauptstadt.¹⁴⁸ Wie diese waren sie an gewerkschaftlicher oder betriebsrätlicher Organisation kaum interessiert.¹⁴⁹ Zugleich wanderte seit dem Ersten Weltkrieg ein immer größerer Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in die Elektroindustrie ab, zumal hier ein durchgängig höheres Lohnniveau existierte.¹⁵⁰ Von den insgesamt 145.372 Arbeitern, die 1925 ihr Auskommen in der Elektroindustrie fanden, waren 54.805 (= 37,7%) Frauen. Dies entsprach einem Anteil von ca. 25% aller in Berlin wohnenden weiblichen Erwerbstätigen.¹⁵¹

Seitens der Kommunisten bestand auch in Berlin gegenüber den Industrie- und Heimarbeiterinnen eine politisch-mentale Schranke, die kaum zu überwinden war.¹⁵² „Wir haben es nicht verstanden, an jene primitiven parteilosen Arbeiterinnen, die noch nichts von der Kommunistischen Partei wissen, heranzukommen“, lautete das ernüchternde Fazit, das die Frauensekretärin der Berliner KPD, Frieda Krüger, auf dem Bezirksparteitag von 1929 zog.¹⁵³ Aber die Berliner Kommunisten orientierten sich nicht so eng am Leitbild der Industriearbeit und an der ideologisch gewünschten Rolle der Frau als Fabrikarbeiterin wie die Pariser „Frauenfunktionärinnen“. ¹⁵⁴ Vielmehr wurden in der Berliner Partei Rolle und Funktion der Hausfrau akzeptiert und für die Parteiarbeit ernst genommen. Diese verhältnismäßige Hochschätzung gründete zunächst in einem quasi erfahrungsgeschichtlichen Aspekt. Insofern nämlich „die proletarische Hausfrau“ infolge der „schlechten Lohnverhältnisse und der Arbeitslosigkeit das furchtbare Elend in ihrer Familie an eigenem Leibe“ verspürte, hofften sich die Kommunisten von ihrer propagandistischen Bearbeitung einen be-

¹⁴⁸ Eine moderne Sozialgeschichte der Berliner Konfektion zur Zeit der Weimarer Republik fehlt. Zur Struktur der Berliner Bekleidungsindustrie vor 1914 Jochen Krenzel, Das Wachstum der Berliner Bekleidungsindustrie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 27 (1978), S. 206–237; Ders., Die Arbeiterschaft in der Berliner Bekleidungsindustrie. Versuch einer sozialstatistischen Analyse (1870–1914), in: Hans Pohl (Hrsg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (Industrielle Welt 26), Stuttgart 1978, S. 118–131. Vgl. die überwiegend alltagsgeschichtliche Schilderung bei Rosmarie Beier, Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich. Heimarbeiterinnen in der Berliner Bekleidungsindustrie 1880–1914, Frankfurt/M. u. New York 1983. Allgemein zur sozialen Lage der Heimarbeiter/mnen in der Weimarer Republik Winkler, Schein der Normalität, S. 104–108.

¹⁴⁹ Siehe BJA Pr.Br., Rep. 30 Berlin C, Tit. 35, Nr. 1485, fol. 60, Schreiben des Gewerbeaufsichtsamtes Berlin-Hallesches Tor an Polizeipräsidium, 13.3.1924; ebd., fol. 61, Schreiben des Gewerbeaufsichtsamtes Berlin-Mitte an das Polizeipräsidium, 18.3.1924.

¹⁵⁰ „Selbst die Löhne der gelernten Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie waren kaum höher als die der ungelerten Arbeiterinnen in der Metallindustrie.“ Hornburg, Rationalisierung, S. 135.

¹⁵¹ Grzywatz, Arbeit, S. 12. Zur Verteilung der Arbeiterinnen auf dem Berliner Arbeitsmarkt sowie zu den Bedingungen des „Umsteigens“ von der Bekleidungs- zur Elektroindustrie vgl. Hornburg, Rationalisierung, S. 127ff.

¹⁵² SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 183, Reichsgeneralkontrolle Berlin-Brandenburg.

¹⁵³ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/8, fol. 79.

¹⁵⁴ Zur „Frauenpolitik“ der KPD Silvia Kontos, Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1979, S. 131ff. (Verhältnis zu den Hausfrauen) u. S. 151ff. (zu den Arbeiterinnen). Allerdings wird die Arbeit von Kontos dadurch beeinträchtigt, daß sie ausschließlich auf einer Auswertung der kommunistischen Presse und Publizistik beruht und dadurch etwas einseitig auf das „offizielle“ klassentheoretische Bild von der Rolle der Frauen fixiert bleibt. Gerade in Berlin spielten die (Haus-)Frauen in der kommunistischen Agitation eine nicht unwichtige Rolle, die sich nicht in der „kleinbürgerlichen“ Situation der „Rückständigsten der Rückständigen“ (ebd., S. 131) erschöpfte.

sonderen Mobilisierungseffekt.¹⁵⁵ Dem entsprach es, wenn die Berliner Kommunisten die Arbeit in Straßenzellen, also außerhalb der Betriebe, keineswegs – wie ihre Pariser Genossen – gering veranschlagten. Hausfrauen, die „nur“ einer Straßenzelle angehörten, könnten sogar, so hoffte man, in propagandistischer Hinsicht viel mehr leisten als Frauen, die den ganzen Tag im Betrieb arbeiteten, kamen sie doch häufiger mit anderen Frauen zusammen, die weder Parteimitglieder noch Industriearbeiterinnen waren. So wurden in Berlin die Hausfrauen gezielt zum Zeitungsverkauf vor den Betriebstoren eingesetzt, wobei eine Genossin an einem Tage durchaus einmal 500–600 Exemplare der kommunistischen „Arbeiterin“ „an die Frau“ bringen konnte.¹⁵⁶ Besondere Bedeutung erhielt die „Hausfrauenagitation“ in der Inflationszeit, wo in Berlin wie in allen deutschen Großstädten kommunistische Parteimitglieder die vor den Lebensmittelläden Schlange stehenden Frauen nicht selten mit Erfolg für ihre Sache zu gewinnen suchten. Im Herbst 1923 wurde in Berlin überdies eine eigene kommunistische Hausfrauenzeitung verteilt.¹⁵⁷ Und zumindest in einem Arbeiterbezirk wie Moabit beteiligten sich kommunistische und parteilose Hausfrauen äußerst aktiv an der Agitation der kommunistischen „Kontrollausschüsse“, deren Hauptfunktion in der mehr oder minder willkürlichen Preisfestsetzung auf Märkten und in Lebensmittelgeschäften bestand.¹⁵⁸ Aber auch in der Phase der relativen Stabilität konnte die kommunistische Propaganda in Berlin unter den Frauen immer wieder beträchtliche Erfolge erzielen. So kam etwa die KPD-Zeitung „Die Arbeiterin“ gelegentlich sogar auf eine Abnahme von 40.000 Stück allein in Berlin, was eine höhere Auflage als die der „Roten Fahne“ bedeutete.¹⁵⁹

Der KPD angehörige Frauen ließen sich aber auch – und dies markiert einen weiteren gravierenden Unterschied zu den Verhältnissen in Paris – in die paramilitärischen Organisationen der Partei einbinden. Vor allem unter dem Einfluß Ruth Fischers, Lilly Corpus' und der Frau von Karl Korsch wurden Berliner Kommunistinnen nach dem Frankfurter Parteitag von 1924 zu den Ausbildungskursen des M-Apparates herangezogen.¹⁶⁰ Ein Jahr später leisteten die hier geschulten weiblichen Kader beim Aufbau der „Roten Frauenliga“, die u.a. im kommunistischen Nachrichtendienst tätig werden sollte, wertvolle Dienste.¹⁶¹ Der Anfang 1926 begründete „Rote Frauen- und Mädchenbund“ schließlich, das sich an die Frauen wendende Pendant zum RFB, konnte in Berlin bald auf die beachtenswerte Zahl von ca. 2.200 weiblichen Mitgliedern zählen.¹⁶²

Die vergleichsweise starke Mobilisierung von Frauen durch die Berliner Kommunisten schlug sich auch in den objektiven Mitgliederzahlen nieder. Während des Untersuchungszeitraums betrug die Zahl der (Haus-)frauen unter den Berliner KPD-

¹⁵⁵ BAP RKO St. 12/83, fol. 211, Lagebericht Württemberg vom 9.6.1926, Sitzung kommunistischer Frauenfunktionäre (Ilma Halbe, Berlin).

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ BAP RKO St. 12/83, Auszug aus Lagebericht Stuttgart vom 30.1.1924.

¹⁵⁸ SAPMO-BA RY 11 3/1–2/31, fol. 109–113, Bericht der Frauenagitationskommission des 2. Berliner Bezirks Moabit, 1923. Zu den Kontrollausschüssen siehe auch unten, S. 215f.

¹⁵⁹ BAP RKO St. 12/83, fol. 149, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin, August 1925: Die Frauenbewegung.

¹⁶⁰ BAP RKO St. 12/2, Bd. 10, fol. 44–45, Lagebericht Berlin, Juni 1925: Linksradikale Bewegung; BAP RKO St. 12/83, fol. 163, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin vom Oktober 1925: Die kommunistische Frauenbewegung.

¹⁶¹ Ebd. u. ebd., fol. 169, Polizeibericht vom 28.11.1925.

¹⁶² Ebd., fol. 276.

Mitgliedern nie unter 15% der Gesamtmitgliedschaft, was im Vergleich zu den Pariser Verhältnissen, aber auch zu den anderen deutschen Parteien, beachtlich war. Seit Ende 1924, seitdem es relativ verlässliche Statistiken gab, blieb die Zahl der weiblichen Mitglieder in Berlin stabil; sie pendelte sich auf einen Mitgliederbestand von 15–20% der Gesamtstärke ein.¹⁶³ Es bliebe zu klären, inwieweit sich in diesen, die entsprechenden Pariser Ziffern rund um das Dreifache übersteigenden Zahlen möglicherweise eine in Deutschland schon fortgeschrittenere „Emanzipation“ der Frauen niederschlug, die etwa im 1918 errungenen Wahlrecht zum Ausdruck kam und den Frauen ganz allgemein ein stärkeres politisches Selbstbewußtsein vermittelte.

Neben den Vorbehalten gegen die Beschäftigung von Frauen bestand schließlich in Paris ein weiterer, kaum zu überbrückender Gegensatz zwischen einheimischen und *ausländischen Arbeitern*. Hierfür gab es im Berliner Raum keine wirkliche Parallele. Denn aufgrund seiner demographischen Struktur herrschte in Frankreich bereits vor dem Weltkrieg zeitweiliger Arbeitskräftemangel. Eine relativ liberale Einwanderungspolitik machte das Land auch nach 1918 attraktiv für Arbeiter aus dem benachbarten Ausland (v.a. Belgien, Spanien, Italien), aus Osteuropa sowie aus den Kolonien. In ganz Frankreich stieg die Zahl der abhängig beschäftigten Ausländer von 1921 bis 1931 von 616.000 auf 1.258.000, das heißt von 4,9% auf 9,1% aller in Frankreich lebenden Lohnempfänger.¹⁶⁴ Allein im Département Seine lebten 1931, also noch vor der Wendung zu einer restriktiveren Ausländerpolitik in den dreißiger Jahren, 459.498 Ausländer.¹⁶⁵

Wie kein anderes Thema berührte die Frage der ausländischen Arbeitnehmer den Nerv des proletarischen Internationalismus, und für die Kommunisten gehörte das Bemühen um eine Solidarisierung zwischen französischen und ausländischen Arbeitern zu den zentralen Propagandaaufgaben. Doch stießen sich entsprechende Aktivitäten immer wieder an der Realität. Zwar mochten die Einwanderer in Zeiten guter Konjunktur ohne größere Probleme toleriert werden. In wirtschaftlichen Krisenzeiten dagegen schlug die Stimmung regelmäßig um, und nicht zuletzt im Arbeitermilieu kam es wiederholt zu xenophoben Reaktionen, die auch tief in das gewerkschaftlich organisierte Milieu reichten.¹⁶⁶ Gelegentlich forderte man auch innerhalb des Pariser PCF „sich des Zustroms ausländischer Arbeiter in Frankreich zu widersetzen“.¹⁶⁷ Besonders intensiv äußerte sich diese xenophobe Haltung während der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre.¹⁶⁸ Aber schon Mitte der zwanziger Jahre wurden z.B. in den Reihen der Pariser Metallgewerkschaft staatliche Maßnahmen gegen den Anstrom ausländischer Arbeitnehmer gefordert.¹⁶⁹ Und als im September die „Humanité“ die Franzosen der Provinz warnte, es habe keinen Sinn nach Paris zu kommen, um Arbeit zu

¹⁶³ Parteiliegende und polizeiliche Quellen stimmen bei diesen Angaben überein: Im November 1924: 2529 Frauen von 15.931 Mitgliedern (= 15,9 %), SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/74, fol. 25; April 1925: 2.871 Frauen von 10.926 Mitgliedern (= 18,4 %), BAP RKO St. 12/2, Bd. 10, Lagebericht Berlin, Juni 1925; in den Monaten März/April/Mai 1926 waren 20,5 % aller Berliner Parteimitglieder Hausfrauen, SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 125; 1927 waren es 2.114 Hausfrauen von 14.014 Mitgliedern (= 15,2 %), ebd., fol. 183, Reichsgeneralkontrolle. Siehe auch ebd., fol. 25: Mitgliederbewegung der Partei für Berlin und insgesamt.

¹⁶⁴ Schor, *L'opinion française*, S. 47.

¹⁶⁵ Ebd., S. 55.

¹⁶⁶ Siehe ebd., S. 264ff., 451ff.

¹⁶⁷ AIRM Nr. 190, Bureau Régional, 1.12.1926 (Vilatte). Vgl. ebd., Bureau Régional, 8.12.1926.

¹⁶⁸ Siehe z.B. den Polizeibericht vom 17.12.1931 in AN F7 13541.

¹⁶⁹ AN F7 13779, 29.6.1925: Congrès de l'Union Syndicale des Travailleurs de la Métallurgie, 28.6.1925.

suchen, da der dortige Arbeitsmarkt überfüllt sei, bewirkte dies eine große Empörung in den Fabriken der Hauptstadt. Nach einem Polizeibericht sprachen nicht wenige davon, als erste Maßnahme „alle Ausländer aus den Fabriken zu jagen.“¹⁷⁰ Dem entsprachen die häufigen Klagen von Gewerkschaftsmitgliedern aus dem europäischen Ausland oder aus den Kolonien, sie würden von ihren französischen Kollegen als „camarades inférieurs“ behandelt.¹⁷¹ Besondere Brisanz erhielt die Frage ausländischer Arbeiter schließlich, wenn sich mit ihrer Existenz explizit politisch-weltanschauliche Konnotationen verbanden. Dies war etwa der Fall bei den zahlreichen in der Pariser Region angestellten Exilrussen, die zum Teil in der Armee Wrangels gegen die Bolschewiki gekämpft hatten¹⁷² oder bei italienischen Bauarbeitern, die während eines Arbeitskampfes infolge der Aussperrung französischer Bauarbeiter neu eingestellt wurden. Für die „Humanité“ stand es in diesem Fall außer Frage, daß es sich um ganze Equipen italienischer „Faschisten“ handelte, die speziell für diesen Zweck aufgestellt worden waren.¹⁷³

Insbesondere in der Automobilindustrie konnten sich die Vorbehalte der französischen qualifizierten Facharbeiter gegenüber den ungelerten Hilfskräften, die infolge der Rationalisierung in den Produktionsprozeß eingegliedert wurden, mit den Animositäten gegenüber ausländischen Arbeitskräften verbinden. Denn in aller Regel verrichteten letztere die Arbeiten am unteren Ende der Betriebshierarchie. Während sich den angelernten „Spezialarbeitern“, von denen bereits die Rede war, innerhalb der rationalisierten Fabrikarbeit die Gelegenheit zu neuen, nicht mehr handwerklichen, sondern technischen „Qualifikationskarrieren“ eröffnete, z.B. an speziellen Maschinen, blieb der Großteil der Ausländer auf die reinen Hilfsarbeiten als einfache „manœuvres“ beschränkt.¹⁷⁴

Die geschilderten „intra-proletarischen“ Spaltungen schlugen sich im Pariser Raum nicht nur im unterschiedlichen Lohnniveau nieder, sondern bedingten auch eine schwer überwindbare kulturelle und mentale Schranke. Zwar profitierten die Arbeitgeber von der Existenz eines vergleichsweise billigen Arbeitskräftereservoirs, wie es in der Masse der Frauen, Jugendlichen und Ausländern bestand. Auch lag es durchaus im Interesse der Unternehmer, die Differenzierung der Arbeiterschaft etwa durch ausgeklügelte (Stück-)Lohn- und Prämiensysteme zu fördern. Insofern ließen sich jene Spaltungen tatsächlich – wie dies die Kommunisten taten – als gleichsam abhängige Variable des grundsätzlichen Klassengegensatzes zwischen Kapital und Lohnarbeit interpretieren. Doch beruhte dies auf einer ideologischen Vorentscheidung, und angesichts der Zählebigkeit und Eigendynamik, welche die widersprüchlichen Orientierungsmuster innerhalb der Arbeiterschaft aufwiesen, kam der Einschätzung des christlichen Gewerkschafters, Henri Jules Zirnheld zweifellos ein größerer Realitätsgehalt zu: „Il faut bien constater que dans la masse ouvrière il y a des mentalités différentes, des doctrines sociales et économiques divergentes et même contradictoires.“¹⁷⁵

Indessen legt das in diesem Kapitel vorgestellte Material den Schluß nahe, daß die kommunistische Bewegung in Berlin in sich stärker integriert war als in Paris. Aller-

¹⁷⁰ L'Humanité, 17.9.1924; AN F7 13778, 19.9.1924.

¹⁷¹ Z.B. AN F7 13779, 28.12.1925; 19.12.1925.

¹⁷² AN F7 13781, 15.3.1927, La situation dans l'automobile, S. 5 (Maison Delage).

¹⁷³ L'Humanité, 28.10.1927. Siehe AN F7 13652, Le conflit des terrassiers, 19.11.1927.

¹⁷⁴ AN F7 13781, 15.3.1927: La Situation dans L'Automobile.

¹⁷⁵ La Réforme Sociale 87 (1928), S. 534.

dings war diese Integration insofern eine rein „negative“, als sie die kollektive Erfahrung der sozialen Deklassierung zur Voraussetzung hatte. In dieser Erfahrung, die durch Teuerung und Lebensmittelknappheit, Arbeitslosigkeit und Wohnungsprobleme geprägt war, also durch all das, was die existentiellen Lebensgrundlagen selbst betraf, verblaßten die professionellen und mentalen Trennlinien innerhalb der Arbeiterschaft, die in Paris größtenteils unübersteigbar blieben. Außerhalb des betrieblichen Arbeitslebens wurde es gleichgültig, über welche berufliche Qualifikation jemand verfügte. Wie oben gezeigt wurde, war auch während der zwanziger Jahre die Zahl der Parteimitglieder, die in den Betrieben beschäftigt waren, begrenzt. Nimmt man Arbeitslose, hauptamtliche Parteifunktionäre und Frauen zusammen, so überstieg der Anteil derer, die dauerhaft außerhalb des geregelten Berufslebens standen, zumeist mehr als 50%. Auch die Reichsgeneralkontrolle vom Jahre 1927 – einem Jahr wirtschaftlichen Aufschwungs – bestätigte dies: von insgesamt 14.015 in Berlin erfaßten Parteimitgliedern waren gerade 7.255 in Betrieben erwerbstätig (=51,7%).¹⁷⁶ Die Integration nach innen korrespondierte also mit einer zunehmenden Desintegration aus der Arbeitswelt.

Hinzu kam die als zielgerichtete Verfolgung begriffene antikommunistische Grundhaltung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die freilich durch die kommunistische Agitation und Propaganda immer wieder aufs Neue provoziert und reproduziert wurde. Nimmt man all dies zusammen, so deutet manches darauf hin, daß im Berlin der zwanziger Jahre so etwas wie ein kommunistisches „Milieu“ entstand. Deklassierungserfahrung, soziale Desintegration und das Selbstverständnis als Quasi-Verfolgte banden Frauen und Männer, Gelernte und Ungelernte, Junge und Ältere in zunehmendem Maße zusammen.¹⁷⁷ Dieses kommunistische Milieu resultierte aus der z.T. gewaltsamen Spaltung des traditionellen sozialistischen Milieus. Statt an dem Umschlag von „negativer“ zu aktiv-positiver Integration zu partizipieren, wie dies die sozialdemokratische Arbeiterschaft zumindest teilweise vermochte,¹⁷⁸ bildete das

¹⁷⁶ SAPMO-BARY 11 3/1–2/23, fol. 184.

¹⁷⁷ Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, sozialer Desintegration und politischem Verfolgungsbewußtsein der kommunistischen Anhängerschaft Eric D. Weitz, *State Power, Class Fragmentation, and the Shaping of German Communist Politics, 1890–1933*, in: *Journal of Modern History* 62 (1990), S. 253–290, hier v.a. S. 273ff.

¹⁷⁸ Inwieweit die „Integration“ der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in der Weimarer Republik fortgeschritten ist, es sich um einen Milieuzerfall oder „Niedergang der Klassenkultur“ handelte oder inwieweit eine fortbestehende, negativ integrierte „Solidargemeinschaft“ der sozialdemokratischen Milieu- und Vorkfeldorganisationen bestand, ist gegenwärtig umstritten. Siehe: Peter Lösche u. Franz Walter, *Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 511–536. Dies., *Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu*, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Teilkulturen und Milieuorganisationen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990, S. 161–187 (z.T. identisch mit dem vorherigen Titel). Die Ergebnisse eines größeren Forschungsprojektes zusammenfassend, vertreten Lösche u. Walter die These, daß es in der Weimarer Republik entgegen einer landläufigen Meinung nicht zum Zerfall der sozialdemokratischen Kultur- und Milieuorganisationen gekommen sei, sondern im Gegenteil zu einem neuen Höhepunkt einer klassenorientierten, in der Tradition der „negativen“ Integration verharrenden Solidargemeinschaft. Kritisch hierzu: Hartmann Wunderer, *Noch einmal: Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? Anmerkungen zu einem Beitrag von Peter Lösche und Franz Walter*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 18 (1992), S. 88–93. Der Begriff der „negativen“ Integration wurde geprägt von Guenther Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*, Totowa 1963, S. 312ff. Daran anknüpfend Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer At-*

kommunistische Milieu politisch, ökonomisch und kulturell eine radikale „Gegenwelt“ zum demokratisch verfaßten und privatwirtschaftlich organisierten Weimarer Staat. Insbesondere nach dem „ultralinken“ Schwenk der Komintern 1928/29 schlug sich dies zum einen im Aufbau eigenständiger kommunistischer Vorkampfbund- und Arbeiterkulturorganisationen nieder.¹⁷⁹ In Berlin bedeutete dies darüber hinaus die Existenz eines gleichsam desperatistischen Elements, das sich erheblich leichter als in Paris für gewalttätige „direkte“ Aktionen mobilisieren ließ und z.T. auch halbkriminelle Züge aufwies. Mithin stellte die KPD in viel höherem Maße, als sich dies vom PCF sagen läßt, eine radikale „contre-société“ (Annie Kriegel) dar. Als solche trug sie in hohem Maße dazu bei, Staat und Gesellschaft von Weimar zu destabilisieren. Zugleich weckte sie in bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisen Ängste, die ihrer faktischen Bedeutung nicht immer entsprachen.

tentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. u. Berlin 1973, S. 36ff. Zum Milieubegriff klassisch: M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), wiederabgedr. in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50.

¹⁷⁹ Dazu Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt/New York 1980, S. 163ff.

Sechstes Kapitel

Kommunistische Massenmobilisierung und Krisenverschärfung 1920–1926

I. Die „Einheitsfront“ im Zeichen des sich „stabilisierenden Kapitalismus“

Vor dem Hintergrund der im letzten Kapitel dargestellten sozialen Determinanten der kommunistischen Bewegung lassen sich deren ideologische Entwicklung, parteiinterne Auseinandersetzungen sowie die an der „Tagespolitik“ ausgerichteten Aktionsformen unter einigen wenigen grundlegenden Aspekten betrachten. Zum einen stehen die zwanziger Jahre im Zeichen der sich allmählich aber zielstrebig durchsetzenden Suprematie Moskaus bzw. der von der Sowjetunion beherrschten Komintern über die Länderparteien. Die Geschichte dieses Zugriffs auf die außerrussischen kommunistischen Parteien verlief windungsreich, kontrovers und war von einer Vielzahl persönlicher und ideologischer Auseinandersetzungen begleitet. Seinen Grund hatte dies nicht zuletzt darin, daß die Komintern in dem Maße einen ideologischen Zickzackkurs fuhr, wie sie sich an den außenpolitischen Interessen Sowjetrußlands orientierte und wie innersowjetische Konflikte in ihr zum Austrag kamen.¹ Daß es letztlich trotzdem zu ihrer unangefochtenen Suprematie über die Länderparteien kam, entbehrt freilich nicht einer inneren Logik. Denn die kommunistischen Parteien gewannen ja ihre revolutionäre Identität gerade durch die kompromißlose Verpflichtung auf das bolschewistische Modell, auch wenn einzelne Gruppen oder Fraktionen in der konkreten politisch-gesellschaftlichen Situation ihres eigenen Landes andere Auffassungen vertraten als Moskau. Die inhaltlich-ideologische Orientierung an der russischen Revolution implizierte notwendig die Anerkennung der Bolschewiki als höchste Entscheidungsinstanz. Auf die Dauer wurde mithin jeder einzelne unausweichlich vor die Alternative gestellt: Korruption und bedingungslose Unterwerfung unter den Willen Moskaus oder Bruch mit der kommunistischen Bewegung.²

Allerdings hätten Sowjets und Komintern ihre Prärogative gegenüber den widerstrebenden Kräften der Ländersektionen kaum durchsetzen können ohne die Hilfe konkurrierender Fraktionen in diesen selbst. Neben den vielfältig vorhandenen persönlichen Rivalitäten spielten dabei auch ideologische Gegensätze eine Rolle. Sie entsprangen der dauerhaft umstrittenen Frage, wie der in der marxistisch-leninistischen Theorie unaufhebbar angelegte Widerspruch zwischen dem Bekenntnis zur scheinbar

¹ Allgemein zur Geschichte der Komintern Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Hannover 1963, S. 180ff., S. 275ff. u. S. 292ff.; Pierre Frank, *Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1981.

² Vgl. die treffenden Bemerkungen Wohls, *French Communism*, S. 309, mit Blick auf den französischen KP-Sekretär Frossard.

notwendigen und gesetzmäßigen politisch-sozialen Entwicklung einerseits und dem unaufgebbaren revolutionären Voluntarismus andererseits zu lösen war. Durchgängiges Thema der innerkommunistischen Debatten war mithin die richtige Verhältnisbestimmung zwischen „objektiven“ und „subjektiven“ Faktoren, von Massenbewegung und Parteiaktion. Immer ging es um die Frage, welches die „richtige“ Handlungsweise sei, um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und zum Sieg zu führen. Und stets stand im Hintergrund dieser Debatten das „Schreckgespenst des Opportunismus“,³ ein Vorwurf, der für jeden tödlich war, der seine Identität aus dem bolschewistischen Modell schöpfte. Doch offenbarten die erbitterten Fraktionskämpfe und die ideologischen Debatten innerhalb der Komintern und ihrer Sektionen die Bedeutung, die ihnen tatsächlich zukam: Es ging um innerrussische Interessen, persönliche Macht- und Einflußrivalitäten und um Fragen der politischen *Taktik*, nicht aber um grundsätzliche Alternativen zum gewaltsamen bolschewistischen Modell, wie es sich durch Krieg, Bürgerkrieg und Revolution definierte. Dies muß entgegen einer idealisierten Auffassung des frühen Leninschen oder auch „Luxemburgischen“ Kommunismus in der Zeit vor der „Bolschewisierung“ bzw. „Stalinisierung“ der westeuropäischen Parteien seit 1924 betont werden.⁴ Fragwürdig sind Auffassungen, die der KPD während dieser Zeit eine wie auch immer geartete „demokratische“ Qualität beimessen oder z.B. von „sehr weitgehende[r] innerparteiliche[r] Demokratie“ sprechen.⁵ Vielmehr sollte von einer sehr frühen Bolschewisierung der KPD ausgegangen werden, beginnend mit den 21 Punkten und endend spätestens mit dem Parteiausschluß Levis im Jahre 1921.⁶

Mit der Annahme der 21 Bedingungen und der Verbindlichkeitserklärung des bolschewistischen Modells waren auch bewaffneter Aufstand, Bürgerkrieg und revolutionäre Machtergreifung zur unabdingbaren und identitätsstiftenden Zielperspektive der kommunistischen Bewegungen geworden. „In Ländern mit entwickelter Bourgeoisie“, erklärte Grigori J. Sinowjew Ende 1922, „werden wir die Macht nicht anders erobern als im Bürgerkrieg, und wenn wir die Bourgeoisie im Bürgerkrieg beseitigt haben werden, so wird es für einen größeren Zeitabschnitt schwerlich eine Zwi-

³ So Marie-Luise Goldbach, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 97), Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 92. Der „Opportunismus“-Vorwurf stellte von Beginn an eine höchst wirksame Methode dar, innerparteiliche Kritiker auszuschalten oder zumindest mundtot zu machen. Ein aufschlußreiches Dokument hierfür ist z.B. das Protokoll des III. Weltkongresses der Komintern vom Sommer 1921, auf dem über die sog. „Märzaktion“ debattiert und Paul Levi aus der Komintern gedrängt wurde. Einer der Anhänger Levis brachte hier die Dinge auf den Punkt: „Ich wünsche nur, daß die Haarspalterei, die Spintisiererei, wie sie bisher in unserer Partei eingenissen ist, aufhört, daß die großen Theoretiker August Thalheimer, Frölich, Ernst Reuter (Friesland) mal mitkommen würden in die Gewerkschaftsversammlungen, den Dittmännern mal entgegentreten müßten, dann würden sie von ihrem krankhaften Zustande, ob hier Opportunisten, ob dort Opportunisten, befreit werden. Das ist ja geradezu zu einer Krankheit innerhalb unseres Parteilebens geworden.“ Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 557 (Malzahn).

⁴ Ausführlicher hierzu Wirsching, „Stalinisierung“, S. 462ff.

⁵ So Weber, *Wandlung I*, S. 47, Anm. 94. Ders., *Demokratischer Kommunismus*, S. XIXf. (Absetzung eines „bürokratisch-dikatorischen Kommunismus“ gegenüber „den humanistischen, den demokratischen und auch den revolutionären Ideen von Marx und Lenin“) u. 173ff.

⁶ So Richard Löwenthal, *The Bolshevisation of the Spartacus League*, in: David Footman (Hrsg.), *International Communism*, London 1960, S. 23–71, und im Anschluß an ihn Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 513, Anm. 250.

schenpause geben.“⁷ Keineswegs war diese Zielperspektive auf die Anfangsjahre der Komintern bis etwa 1923 beschränkt. Sie bestand auch zu Zeiten der relativen Stabilisierung in der Zeit von 1924 bis 1928 fort.⁸ Ein in Frankreich wiederabgedruckter Artikel der *Pravda* vom November 1924 gab dem unverhüllten Ausdruck: „Le mot d'ordre de la guerre civile arboré par Lénine et le C.C. bolchevik au début même de la guerre était un mot d'ordre spécifique du bolchevisme, un mot d'ordre qui traçait une ligne de démarcation nette entre les révolutionnaires véritables et toutes les nuances non seulement du chauvinisme, mais aussi de l'internationalisme, petit-bourgeois, pacifiste, 'humanitaire' qui cherchaient un rapprochement avec les éléments centristes. Seule, la position nette de la question de la guerre civile permit la sélection des cadres de révolutionnaires qui devinrent dans la suite le noyau des partis communistes.“⁹ Der Zwiespalt zwischen kommunistischer Identität – revolutionäre Avantgarde des Proletariats – und dem Appell an die Solidarität und den Einheitswillen des Proletariats blieb für die west- und mitteleuropäischen kommunistischen Bewegungen ein unauflösliches Dilemma. In jedem Fall aber blieb ihnen das Diktum Befehl, das Radek 1921 aussprach: „Die Passivität ist der größte Feind der Organisation, aber der Gegensatz der Passivität ist nicht die Offensive, der Gegensatz zu ihr ist der Kampf *in jeder Situation mit den Mitteln, die diese erfordert*. Kampf ist revolutionäre Agitation, Kampf ist revolutionäre Propaganda, Kampf sind illegale Organisationen, Kampf die militärische Schulung des Proletariats, Parteischule, Demonstrationen, Aufstand.“¹⁰

Entsprechend dem Ansatz dieser Arbeit, wird es im folgenden nicht primär um die Analyse der „immanenten“ Entwicklung von Komintern, KPD und PCF gehen, auch wenn sie zum Verständnis des Gesamtzusammenhangs unentbehrlich ist.¹¹ Es wird vielmehr zu zeigen sein, unter welchen Voraussetzungen das bolschewistische Modell in Deutschland und Frankreich die größte Wirkung zu entfalten vermochte, wie es konkret agitatorisch und propagandistisch appliziert wurde und welche Rolle es im Rahmen von Rechtsstaat und Demokratie spielte. In den frühen zwanziger Jahren geschah dies zunächst unter dem Eindruck des sich allmählich stabilisierenden „Kapitalismus“, was die Spannung zwischen „objektiver“ Lage und revolutionärem Voluntarismus nur verschärfen konnte. Zugleich vollzog sich in dieser Zeit der definitive Übergang des deutschen wie des französischen Kommunismus zu einer von Moskau und der Komintern abhängigen Bewegung. Vermittelt durch persönliche Rivalitäten und Machtkämpfe, verschränkten sich also während dieser Periode die beiden ge-

⁷ Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale (5. November bis 5. Dezember 1922), Hamburg 1923, S. 193.

⁸ Siehe dazu unten, S. 239ff.

⁹ *Pravda*-Artikel vom 2.11.1924, in: *Cahiers du Bolchevisme*, 21.11.1924.

¹⁰ Protokoll des III. Kongresses der Komintern, S. 481. Mit „Offensive“ spielt Radek auf die sog. „Offensivtheorie“ an, die an der Wurzel der gescheiterten „Märzaktion“ lag.

¹¹ Vorliegende Arbeit kann hierfür auf eine breite Forschungsliteratur zurückgreifen. Zur KPD in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre grundlegend: Angress, *Kampfzeit*, sowie Weber, *Wandlung. Materialreich*, aus *SED-Perspektive* Arnold Reisberg, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922, 2 Bde., Berlin (Ost) 1971. Wichtig auch Goldbach, *Radek*. Vorzüglich die souveräne Zusammenfassung unter Verwertung aller wesentlicher Literatur bei Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 502ff. u. 593ff. Winklers Darstellung zeichnet sich insbesondere auch dadurch aus, daß sie sich nicht auf die „immanenten“ Aspekte beschränkt, sondern die KPD-Geschichte innerhalb des weiteren Kontextes der Arbeiterbewegung und der Weimarer Republik insgesamt problematisiert. Zur Frühgeschichte des PCF ausgezeichnet das von der französischen Forschung zu wenig rezipierte Buch von Wohl, *French Communism*; Tartakowsky, *Premiers communistes*; Robricux, *Histoire intérieure I*.

nannten Faktoren – Einfluß der sowjetischen Interessen und Fragen der politischen Taktik – in spezifischer Weise.

Nach der gescheiterten „Märzaktion“ der KPD im Jahre 1921¹² setzte sich in der Kommunistischen Internationale die Erkenntnis durch, daß die unmittelbare und akut revolutionäre Nachkriegsphase in den westlichen Demokratien zunächst einmal vorüber sei. In einer Periode der relativen Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung mußte es demzufolge darauf ankommen, für kommende revolutionäre Kämpfe den Einfluß der kommunistischen Parteien unter den Arbeitern zu steigern und auf die Einheit der Lohnarbeiterschaft unter kommunistischem Vorzeichen hinzuarbeiten. In der KPD hatte es schon Anfang 1921 unter der Führung Paul Levis starke Kräfte gegeben, die eine kämpferische Aktionseinheit mit den reformistischen Kräften wünschten. Ihren Niederschlag fand diese Haltung in Levis „Offenem Brief“ vom Januar 1921.¹³ Infolge der Märzaktion, der Debatte um sie und des schließlichen Ausschlusses Levis aus der KPD trat diese Linie zunächst in den Hintergrund, wurde aber im Laufe des Jahres wieder aufgegriffen. So verabschiedete die Komintern auf ihrem III. Kongreß (22.6.–12.8.1921) die Losung „Heran an die Massen“, die gegen Ende des Jahres 1921 zur Taktik der Einheitsfront weiterentwickelt wurde.¹⁴ Allerdings war diese Taktik, die das Verhalten und die Auseinandersetzungen der kommunistischen Parteien in Westeuropa in den kommenden Jahren wesentlich bestimmen sollte, von Beginn an weder eindeutig in ihrem Inhalt noch unbestritten in ihrem agitatorischen Wert. Denn abgesehen von den grundsätzlichen Problemen, die es mit sich brachte, nur kurze Zeit nach der z.T. als schmerzhaft empfundenen Spaltung nunmehr die „Einheit“ zu propagieren, wurde die Einheitsfronttaktik bereits in ihrer Geburtsstunde unterschiedlich interpretiert.¹⁵ Zum einen ließ sich ihr eine „linke“ Zielrichtung geben, wie sie in Moskau vor allem Sinowjew, der Generalsekretär der Komintern, verfolgte. Demzufolge diente die neue Taktik ausschließlich dazu, der sozialdemokratisch und reformistisch orientierten Basis gleichsam die Augen zu öffnen und ihre „verräterischen“ Führer zu „entlarven“. In dieser Version konnte sich die Einheitsfront also keinesfalls anders als „von unten“ bilden, ihre hauptsächliche Stoßkraft richtete sich gegen die Sozialdemokratie. In Erwartung eines in Bälde bevorstehenden „Linksrucks“ unter den Arbeitern Westeuropas, kam ihr eine rein instrumentale, propagandistische Bedeutung zu, nicht aber die Perspektive konkreter materieller Verbesserungen für die Arbeiter. Sinowjew wies damit gewisse Berührungspunkte mit einem „linken“ Kritiker der Einheitsfronttaktik wie Nikolai Bucharin

¹² Zur „Märzaktion“ vgl. Angress, *Kampfzeit*, S. 139ff.; Goldbach, *Radek*, S. 85ff.; Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921* (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 6), Frankfurt/M. u. New York 1986. Zusammenfassend Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 514ff. Zuletzt auch Stefan Weber, *Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland*, Berlin 1991, eine Arbeit, die bestehende Forschungen gänzlich ignorieren zu können glaubt und trotz Quellenreichtums nicht wesentlich über die traditionelle Perspektive der SED-Geschichtswissenschaft hinauskommt.

¹³ *RI*, Nr. 11, 8.1.1921.

¹⁴ Frank, *Geschichte*, Bd. I, S. 144ff. Die wichtigsten veröffentlichten Dokumente zur Taktik der Einheitsfront bei Jane Degras (Hrsg.), *The Communist International 1919–1943. Documents*, 3 Bde., Oxford 1956/1960, hier Bd. 1, S. 306–319.

¹⁵ Zum folgenden siehe Alexander Watkin, *Die Geburt der Einheitsfronttaktik. Die russische Dimension*, in: Ders., *Die Komintern 1919–1929* (Studien zur Geschichte der Komintern 1), Mainz 1993, S. 45–72. Vgl. auch Franz Borkenau, *Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, München 1952, S. 45ff.; Frank, *Geschichte*, Bd. I, S. 183ff.

auf, der die Auffassung vertrat, „daß es hier im wesentlichen nicht um die Aufstellung eines neuen Programmes, sondern nur um eine taktische Plattform geht, die binnen 24 Stunden schon wieder radikal verändert werden könnte.“¹⁶

Die konkurrierende Interpretation der Einheitsfronttaktik wurde vor allem von Karl Radek verfochten. Deren vorderstes Ziel mußte es demzufolge sein, die Sozialdemokratie aus ihrer politischen Koalition mit den demokratischen bürgerlichen Kräften herauszulösen und mit ihr ein proletarisches Klassenbündnis zu bilden. Von hier aus würde sich dann der Spielraum ergeben, im politisch-sozialen Tageskampf auch wirtschaftliche Teilforderungen zu vertreten, etwa gegen Lohnsenkungen, Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Arbeitszeit. Freilich hatte die Einheitsfront auch aus Radeks Sicht rein instrumentalen Charakter, ging es ihm doch keineswegs um das Einschwenken auf eine „opportunistische“ Realpolitik. Was ihn von Sinowjew unterschied, war vielmehr die längere Perspektive, in die er die Wirkungen der Einheitsfronttaktik gestellt sehen wollte. Denn im kontinuierlichen Kampf um ihre konkreten wirtschaftlichen Forderungen, so war Radek überzeugt, würden auch die sozialdemokratischen Arbeiter einem Bewußtseinswandel unterliegen und schließlich in den kommunistischen Parteien die einzigen echten Vertreter ihrer Interessen erkennen.¹⁷ Bezeichnenderweise erwartete Radek die Stärkung des „kommunistischen Bewußtseins der Massen“ von dem „Bürgerkrieg, den die Bourgeoisie gegen sie entfesseln wird“.¹⁸ In jedem Fall ging es bei der Frage der Einheitsfront um das agitatorische und propagandistische, letztlich vielleicht auch gewaltsame Austreiben derjenigen Kräfte, die der theoretisch geforderten, objektiven „Einheit“ der Arbeiterklasse im Wege standen, das heißt eben der sozialdemokratischen „Verräter“, „Opportunisten“ und „Konterrevolutionäre“.

Die von Sinowjew, Bucharin und Radek formulierten Positionen bildeten im wesentlichen den politisch-taktischen Rahmen, der die Haltung der kommunistischen Parteien in Deutschland und Frankreich in den folgenden Jahren bestimmte. Dabei bewirkten die theoretische Unklarheit sowie die unterschiedlichen Interpretationen, die das Konzept der Einheitsfront von Beginn an erfuhr, erhebliche Orientierungsprobleme, bisweilen sogar ein recht heilloses Durcheinander, wenn es um die konkrete Formulierung kommunistischer Marschrouten ging. Denn in den konkurrierenden Vorstellungen, die sich mit der Einheitsfronttaktik verbanden, spiegelte sich einmal mehr die theorieimmanente Schwierigkeit des Marxismus-Leninismus, den Glauben an die „wissenschaftlich“ begründete Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem Streben nach der revolutionären Tat zu versöhnen. Hier lag der ideologische Kern der verschiedenen „rechten“ und „linken“ Abweichungen.

Darüber hinaus waren die Voraussetzungen, auf die die Moskauer Vorgabe der Einheitsfronttaktik bei den westlichen Parteien traf, äußerst unterschiedlich. In der durch das Desaster der Märzaktion desillusionierten KPD stieß sie unter der Führung Ernst Meyers und Heinrich Brandlers auf weitgehende Akzeptanz.¹⁹ Dagegen gehör-

¹⁶ Bucharin auf der Sitzung des EKKI vom 4.12.1921, zit. nach Watkin, Geburt, S. 51.

¹⁷ Ebd., S. 50 u. 53f. Möglicherweise wurde Radeks „rechte“ Auffassung von der Einheitsfronttaktik geprägt durch seine Primärerfahrungen, die er in Deutschland während des Jahres 1919 gemacht hatte. Vgl. dazu Otto-Ernst Schüddekopf, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, Hannover 1962.

¹⁸ Zit. nach Watkin, Geburt, S. 50.

¹⁹ Zur Frage der Einheitsfront in der KPD-Linie nach der Märzaktion siehe Angress, Kampfzeit, S. 258ff.; materialreich aus SED-Sicht, Reisberg; zusammenfassend Winkler I, S. 537ff.

ten die französischen Kommunisten zu den vehementesten Gegner der neuen Linie. Ein Jahr nach der Parteisplaltung stürzte die Frage der Einheitsfronttaktik die französischen Kommunisten in eine tiefe Krise und eine Phase der Orientierungslosigkeit.²⁰ Mit ihr verband sich in der Folge der z.T. erbitterte Widerstand, den der PCF gegen den Suprematieanspruch der Komintern leistete.²¹ Das Argument, man könne nach der zurückliegenden Polemik gegen die „verräterischen“ und „opportunistischen“ Sozialisten, der kommunistischen Basis eine Orientierung an der „Einheit“ nicht vermitteln, begegnete dabei häufig.²² Im deutsch-französischen Vergleich war damit im Jahre 1922 und während der ersten Hälfte des Jahres 1923 eine paradoxe Situation entstanden: Während in Deutschland die „objektive“ Lage wenn nicht revolutionär, so doch zweifellos instabiler und problematischer war als in Frankreich, verfolgte die KPD-Führung den von der Komintern vorgegebenen, auf die künftige Entwicklung setzenden Kurs der Einheitsfront. In Frankreich dagegen, wo an eine „objektiv“ revolutionäre Lage noch viel weniger zu denken war, gebärdete sich der PCF gleichsam „linker“ und lehnte die Einheitsfronttaktik zunächst mehrheitlich ab.²³ Auf der Sitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Komintern vom 21.2. bis 4.3.1922 gab die französische Delegation, geführt von Marcel Cachin, in bezug auf die Einheitsfronttaktik ein Minderheitsvotum ab.²⁴

Andererseits wird am Beispiel der Einheitsfront deutlich, wie absurd teilweise die innerkommunistischen politisch-ideologischen Etikettierungen waren. Zwar läßt sich die Einheitsfronttaktik im wesentlichen als eine Erfindung der KPD unter der Führung Paul Levis bezeichnen. Doch während die Komintern nach der Märzaktion die neue Taktik für alle Länderparteien zur verbindlichen Richtlinie erhob, wurde Levi als „Rechtsopportunist“ im Sommer 1921 aus der KPD ausgeschlossen. In Deutschland fand die Einheitsfront künftig ihre hauptsächlichsten Kritiker in der „linken“ Berliner Bezirksleitung um Ruth Fischer und Arkadij Maslow. In Frankreich dagegen waren die „Linken“, repräsentiert in erster Linie durch Albert Treint, paradoxerweise die

²⁰ Vgl. dazu Wohl, *French Communism*, S. 256ff.

²¹ Zur Intervention der Komintern im PCF, für welche die „Einheitsfront“-Frage eine zentrale Rolle spielte, siehe die Dokumentation *Interference by the Comintern in the Affairs of the French Communist Party (1921–1923)*, in: Milorad M. Drachkovitch u. Branko Lazitch (Hrsg.), *The Comintern: Historical Highlights. Essays, Recollections, Documents*, New York 1966, S. 311–360. Für eine typische, gleichsam „PCF-orthodoxe“ Schilderung des Vorgangs siehe Victor Joannes, *La tactique du front unique et le Parti communiste français (1922–1924)*, in: *Cahiers de l'Institut Maurice Thorez* 1971, Nr. 22, S. 43–52, z.B. S. 45: „Nous ne nous arrêterons pas longuement sur [les arguments mis en avant pour combattre la politique du front unique] par les opportunistes de droite, que, tels Henri Fabre et Victor Méric, – journalistes petits-bourgeois ignorants des idées du communisme et hostiles à toute discipline de Parti, – essayaient de déformer, de caricaturer les propositions de l'Internationale communiste.“ Nur wenig differenzierter: Jean-Louis Robert u. Daniëlle Tartakowsky, 1921–1924: *Internationale, parti et front unique*, in: *Cahiers de l'Institut Maurice Thorez*, n.s. Nr. 1, 1972, S. 32–44.

²² Siehe z.B. Victor Méric, *Sur le front unique*, in: *L'Humanité*, 21.1.1922.

²³ Eine Auswahl wichtiger Texte zur Einheitsfrontdebatte in Frankreich hat das Centre d'Études et de Recherches sur les Mouvements Trotskyste et Révolutionnaires internationaux herausgegeben: *Documents sur le front unique ouvrier et le PCF (1921–1922)*, Paris 1991. Über die Periode, während der die Einheitsfronttaktik die offizielle Linie des PCF war, und die Probleme, die dies im Verhältnis zur S.F.I.O. aufwarf, siehe André Donneur, *L'alliance fragile. Socialistes et communistes français (1922–1983)*, Montréal 1984, S. 74–83.

²⁴ *Parti Communiste Français, Congrès National de Paris (15–18 Octobre 1922). Rapport moral du secrétariat général*, Paris 1922, S. 38.

einzigem Fürsprecher der neuen Linie.²⁵ In einer nicht-revolutionären Situation Spaltung und Einheit zugleich zu propagieren, erwies sich in theoretischer, ideologischer und praktischer Hinsicht als Quadratur des Kreises und mußte immer neue Gegensätze und Unvereinbarkeiten hervorbringen;²⁶ aber gerade deswegen bot das Einheitsfrontkonzept eine Vielzahl parteipolitisch-taktischer Hebel, um innerhalb der Komintern und den Länderparteien mißliebige Gegner auszuschalten.²⁷ Wer wie der Berliner KPD-Funktionär Ernst Reuter (= Friesland) die Einheitsfront im Sinne einer tatsächlichen Annäherung verstanden wissen wollte, hatte in der KPD bald keinen Platz mehr.²⁸

Im Prinzip stellte die Frage der Einheitsfront nicht mehr dar als eine Etappe in dem vergeblichen Ringen der kommunistischen Bewegung um einen befriedigenden Ausgleich zwischen der praktischen Arbeit in nicht-revolutionärer Situation und dem Drängen auf die revolutionäre Tat. Ihre gesamtpolitische Wirkung freilich erhöhte sich in dem Maße, wie die radikalisierte und letztlich rein instrumentale Form, in der die Kommunisten sozialökonomische Teilforderungen vertraten, auf sich verschärfende wirtschaftliche und soziale Probleme traf. Wenn überhaupt, dann vor allem zu Zeiten der ökonomischen Krise, konnten die Kommunisten, die ja, zumindest was die mittel- und langfristige Perspektive betrifft, unverbrüchlich an der Verelendungstheorie festhielten, auf tatsächliche Massenresonanz hoffen. Was nun den erfahrungsgeschichtlichen Horizont der lohnabhängigen Bevölkerung betrifft, so wurde bereits im zweiten Kapitel die inflationäre Entwicklung der Nachkriegszeit als entscheidender sozialökonomischer Krisenindikator genannt. Die deutsche Hyperinflation 1922/23, die mit der Währungsreform im November 1923 abgeschlossen wurde, strukturiert daher den zeitlichen Untersuchungsrahmen ebenso wie die französische Teuerungswelle 1924 bis 1926, die unter der Regierung Poincaré 1926–1928 schließlich die Abwertung des Franc auf ein Fünftel des Vorkriegsniveaus notwendig machte.

Ein weiterer, mit der Teuerung unmittelbar zusammenhängender Krisenindikator ist die Streikinzenz, über deren Entwicklung in den Hauptstädten die folgende Tabelle Aufschluß gibt.

²⁵ Albert Treint, Pour l'application du front unique, in: Bulletin communiste, 13.4.1922. Siehe auch die Intervention Treints in: Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (24. Februar bis 4. März 1922), S. 88f.

²⁶ Vgl. dazu Brandt/Löwenthal, Reuter, S. 178.

²⁷ Vgl. Angress, Kampfzeit, S. 263.

²⁸ Zu Ernst Reuters Entwicklung als Generalsekretär der KPD seit dem Jenaer Parteitag im August 1921 bis zur „Friesland“-Krise und seinem Parteiausschluß Brandt/Löwenthal, Reuter, S. 181ff.

Tabelle 25: Streikbewegung in Berlin und Paris 1920–1926

Jahr	Zahl der Streiks		Zahl der Streikenden		Verlorene Arbeitstage		„Streikquotient“	
	Berlin ^a	Paris	Berlin ^b	Paris	Berlin	Paris	Berlin	Paris
1920	97	153	119.892	135.865	2.197.000	2.936.610	22,6	19,2
1921	151	74	132.087	20.872	3.608.000	109.034	23,9	1,5
1922	152	141	201.465	70.356	1.718.000	137.037	11,3	1,0
1923	66	254	368.008	56.511	2.050.000	373.453	30,7	1,5
1924	91	289	30.975	88.006	552.000	690.445	6,1	2,4
1925	162	175	69.596	59.184	2.147.000	554.763	13,3	3,2
1926	42	377	5.481	83.512	165.000	749.349	3,9	2,0

Quellen: Für Berlin: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, zusammengestellt bei Homburg, Arbeiter, S. 54.; für Paris: Office du travail, Statistique des grèves, 1920–1926.

^a Nur gewerbliche Streiks.

^b Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden.

Die hier mit ihren absoluten Zahlen dargestellte Streikentwicklung läßt sich unter den Kriterien der Häufigkeit (h) (Zahl der Streiks), der Ausdehnung (a) (Zahl der Streikenden) und der Intensität (i) (verlorene Arbeitstage) betrachten.²⁹ Für die Zeit zwischen der unmittelbaren Nachkriegskrise und dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise weisen alle drei Kriterien auf das Jahr 1922/23 (in Berlin) bzw. die Jahre 1924–1926 (in Paris) als jeweiligen Höhepunkt der sozialen Unruhe hin. Bestätigt wird dies durch die Quotienten, mit denen der Umfang (a:h) und der Dauer (i:a) beschrieben werden kann. Die Multiplikation beider Quotienten ergibt den hier verwendeten „Streikquotienten“, der nach 1920 für die Jahre 1923 sowie 1925 (Berlin) und 1925 (Paris) die höchste Streikinzidenz anzeigt.

Zusammengenommen weisen Teuerung und Streikinzidenz also auf die Jahre 1922/23 u. 1925 für Berlin sowie 1924–1926 für Paris als zeitliche Höhepunkte hin, während derer sozialökonomische Probleme für die kommunistische Agitation und Propaganda die besten Anknüpfungschancen boten. Ausgehend von dem instrumentalsten Verständnis der Einheitsfront, lassen sich während dieser Periode im wesentlichen drei spezifische Aktionsformen der kommunistischen Bewegung ausmachen: erstens der Versuch zur Massenmobilisierung mittels einer proletarischen Einheitsfront „von unten“, die grundsätzlich auch das Instrument der Vertretung sozialökonomischer Teilforderungen favorisierte; zweitens das Streben nach Propaganda durch physische Präsenz auf der Straße, durch Kundgebungen und Versammlungen sowie durch den Aufbau des proletarischen „Selbstschutzes“; schließlich drittens, damit unmittelbar zusammenhängend, der direkte Kampf gegen politische Gegner gegebenenfalls unter Anwendung von Gewalt. Diese drei analytisch voneinander zu unterscheidenden Aktionsformen bildeten in beiden Hauptstädten – trotz sehr unterschiedlicher Rahmenbedingungen – gleichwohl einen funktionalen Zusammenhang und zielten zusammengenommen auf Massenmobilisierung, Krisenverschärfung und Revolutionierung. „Das, was wir Euch zu sagen haben“, so drückte Radek diesen funktionalen Zusammenhang 1921 aus, „was wir Euch als Losung, als allgemeine Richtlinie mitgeben, ist, in allen Kämpfen des Proletariats [...] die Kämpfe der Massen um ihre praktischen Bedürfnisse zu verschärfen, auszubreiten und sie zu lehren, größere Bedürfnisse zu ha-

²⁹ Vgl. dazu Depretto u. Schweitzer, *Communisme*, S. 126f.

ben: *Das Bedürfnis nach der Eroberung der Macht.*³⁰ Der Komplexität und historischen Bedeutung der kommunistischen Bewegung mit ihren vorstehend genannten drei Aktionsformen kann nur eine entsprechende synoptische Betrachtungsweise gerecht werden, die zugleich auch die Reaktionen auf die kommunistische Agitation mit einbezieht. Eben dies soll im folgenden geleistet werden.

II. Gewerkschaftspolitik und Betriebsräte 1920–1923

In der Arbeiterbewegung beider Metropolen bestand eine labile Balance zwischen reformistisch-gewerkschaftlichen Kräften, parteiungebundenen revolutionär-syndikalistischen Gruppierungen und der sich etablierenden kommunistischen Bewegung. Doch die organisatorische Struktur, in der sich dieses Kräfteverhältnis jeweils niederschlug, differierte ebenso wie die Organisationsquote insgesamt, die in der Reichshauptstadt erheblich höher lag. Das in Berlin 1919 erreichte Patt zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Teil der Arbeiterbewegung setzte sich unter veränderten Umständen in den zwanziger Jahren fort. Zwar behielten die Freien Gewerkschaften ihre Quasi-Monopolstellung als Interessenverbände der Arbeiter und Tarifpartner der Arbeitgeber. Doch sosehr sich die Führungsspitze des ADGB und der meisten seiner Einzelgewerkschaften an einer reformistischen Politik orientierte, so groß blieb doch gerade in Berlin das Potential der antizentralistischen, antibürokratischen und tendenziell radikalen Basis. Dies galt insbesondere für die Berliner Verwaltungsstelle des DMV, der weitaus bedeutendsten Berliner Einzelgewerkschaft. Unter einer zwar „linken“, jedoch am traditionellen gewerkschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül festhaltenden Führung lebte hier die Tradition des Lokalismus und der revolutionären Obleute fort.

Daß Berlin ein Zentrum des antibürokratischen, auf die autonome Aktion der „Massen“ setzenden Linksradikalismus war, äußerte sich unter anderem in dem vorübergehenden Erfolg der linkskommunistischen KAPD. Nach der von Levi bewußt herbeigeführten Spaltung auf dem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 brach die Berliner Organisation der KPD vollständig zusammen. Fast die gesamte Mitgliedschaft rekonstituierte sich als Berliner Bezirk der KAPD, die offiziell freilich erst im April 1920 gegründet wurde. Sieht man von der schwankenden USPD ab, so blieb die KAPD für ein knappes Jahr die bedeutendste revolutionäre Kraft der Reichshauptstadt.³¹ In ihr und den mit ihr kooperierenden Allgemeinen Arbeiter-Unionen (AAU)³² sammelte sich das 1918/19 so wirksame linksradikale Potential der Berliner Arbeiterbewegung. Es verband die kompromißlose Ablehnung repräsentativer Politikformen und bürokratischer Führungsstile mit dem unbedingten Streben nach direkter revolutionärer Aktion. Insofern als hier der Haß auf sozialdemokratische Par-

³⁰ Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 479.

³¹ Zur zunehmend auf Berlin konzentrierten KAPD Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, S. 225ff. Vgl. über die Berliner Aktivität der KAPD und KPD, die sich „bis aufs Blut“ bekämpften, Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, *Das Kabinett Müller I*, 27. März bis 21. Juni 1920, bearb. v. Martin Vogt, Boppard a. Rhein 1971, Dok. Nr. 40, S. 94, Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Richter, an den Reichsinnenminister, 14.4.1920.

³² Dazu Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, S. 233.

teifunktionäre und reformistische Gewerkschaftsführer besonders virulent und nachgerade zu einem Identifikationsmerkmal geworden war, stellten sich der kommunistischen Einheitsfronttaktik von vornherein schwerwiegende Probleme entgegen. Nach der Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD hatte der Berliner Bezirk der VKPD daher eine ideologische und agitatorische Auseinandersetzung an zwei Fronten zu führen: gegen „Opportunismus“ und Reformismus einerseits und gegen „Linkssektierertum“ andererseits. Dabei spielte der Druck, dem der Berliner Bezirk nach der Rekonstruktion der Partei von „links“ ausgesetzt war, eine wichtige Rolle für die weitere Entwicklung. Wollte die Berliner KPD nämlich ihre potentielle Massenbasis auf der Linken, die sich aus den spezifischen revolutionären Traditionen der Reichshauptstadt rekrutierte, dauerhaft an sich binden, so war sie genötigt, selbst eine erkennbar „linke“ politisch-taktische Linie zu verfolgen. Dies erklärt, warum Berlin unter der Führung von Arkadij Maslow und Ruth Fischer rasch zum Zentrum der linken Opposition innerhalb der KPD avancierte.³³ „Wir waren Gefangene der Stimmungen der Arbeiter“, so resümierte Ruth Fischer rückblickend ihre überwiegend in Berlin gewonnenen Erfahrungen, „Gefangene der Stimmung in der Gewerkschaftsfrage, Gefangene in der Stimmung in der Einheitsfronttaktik, in dem Willen, die Verbindung mit den ultralinks gestimmten Arbeitern nicht zu verlieren, woran das Schicksal der Partei hing.“³⁴

Mithin konnte es 1922/23, nach dem Parteiausschluß Frieslands,³⁵ für die Berliner Bezirksleitung nur den kompromißlosen Kampf gegen die Gewerkschaftsführung und die Sozialdemokratie geben; und wenn sie sich auch zu der von Moskau und der KPD-Zentrale vorgegebenen Einheitsfronttaktik bekannte, so doch ausschließlich im Sinne ihrer kämpferischen Ausprägung „von unten“ und nicht notwendig als langfristige Perspektive. Nach Auffassung der Berliner Bezirksleitung würden sich die Verhältnisse „schon morgen“ dergestalt verändert haben können, daß die Einheitsfrontkonzeption aufgegeben werden mußte.³⁶ Je nach Intensität der revolutionären Spannung würde dabei auch mit einer Abnahme des KPD-Einflusses zu rechnen sein, und keinesfalls dürfe die Einheitsfront als organisatorische Verbindung mit den nicht-revolutionären Führern verstanden werden: „Wenn das Wort: ‚Heran an die Massen!‘ und wenn die Einheitsfront irgendeinen konkreten, kommunistischen Sinn haben soll, dann doch nur den, daß die Massen sich zusammenfinden müssen zum gemein-

³³ Einen kurzen Abriss über die Entwicklung der linken (Berliner) Opposition gab 1924 Werner Scholem, selbst eines ihrer prominenten Mitglieder: Werner Scholem, Skizze über die Entwicklung der Opposition in der KPD, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Jg. 7 (1924), S. 122–134.

³⁴ Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, 17. Februar – 15. März 1926, Hamburg u. Berlin 1926, S. 169. Vgl. die Äußerung Ernst Thälmanns auf der gleichen I:KKI-Tagung: „Wir hatten in Berlin eine Bezirksleitung, die bereits fünf Jahre in ihrer Zusammensetzung wenig gewechselt hatte, die unter Führung von Ruth Fischer einen bestimmten starken Einfluß besaß.“ Ebd., S. 205.

³⁵ Maslow bedauerte, daß der Ausschluß der Friesland-Gruppe erst im Januar 1922 erfolgte und nicht bereits ein halbes Jahr früher: Zur Tagung des Zentralausschusses, in: Taktik und Organisation. Beilage zur „Roten Fahne“, Nr. 37, 22.1.1922.

³⁶ Zur Taktik der „Einheitsfront“, in: Taktik und Organisation. Beilage zur „Roten Fahne“, Nr. 37 22.1.1922.

samen Druck gegen die konterrevolutionären, sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer.“³⁷

Dieses „linke“ Verständnis der Einheitsfronttaktik lag an der Wurzel jener z.T. spitzfindigen ideologischen Debatten, die 1922/23 in der KPD über das Problem der „Arbeiterregierung“ geführt wurden und die hier nicht näher ausgeführt zu werden brauchen.³⁸ Wenn demgegenüber aber nach den spezifischen Organen einer proletarischen Einheitsfront gesucht wurde, mittels derer der Kampf gegen die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bürokratie geführt werden konnte, so war damit das sensible Thema der Gewerkschaftspolitik berührt. Bekanntlich hat es die KPD im Verlauf der Weimarer Republik nicht verstanden, zu einer kohärenten gewerkschaftspolitischen Linie zu finden.³⁹ In ihren Zielen schwankte sie vielmehr durchgehend zwischen Zerstörung und Eroberung der reformistisch dominierten Freien Gewerkschaften. Zwar folgte auf das Scheitern der „Märzaktion“ 1921 und die kurze Phase der „Offensivtheorie“ eine gewerkschaftspolitische Grundsatzentscheidung durch die im Juli 1921 gegründete Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI), die Komintern und die KPD. Durch sie wurden die kommunistischen Mitglieder dazu verpflichtet, unbedingt in den Freien Gewerkschaften zu verbleiben bzw. in sie einzutreten, sie von innen heraus zu erobern und zu revolutionären Kampforganen der Arbeiterklasse umzuformen.⁴⁰ Doch hatte das Schicksal der „Märzaktion“ zugleich auch die gewerkschaftsfeindlichen Kräfte in der KPD gestärkt, die den Hauptgrund des Desasters in der Tätigkeit „verräterischer“ Gewerkschaftselemente zu erkennen glaubten. Eben diese Einstellung war in Berlin weit verbreitet und wurde auch von der Bezirksleitung um Fischer/Maslow propagiert.⁴¹

Die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften zielte daher zum einen auf außerparlamentarische Massenaktionen, zum anderen hoffte sie, die reformistischen Gewerkschaftsführer in den Augen der Basis zu diskreditieren. Der soziale Schwerpunkt dieser Richtlinie lag in der Metallindustrie, der für Berlin und Paris gleicherma-

³⁷ Ruth Fischer, Massenpartei oder Sekte?, in: Taktik und Organisation. Beilage zur „Roten Fahne“, 29.1.1922.

³⁸ Angress, Kampfzeit, S. 288ff. Zusammenfassend Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 546f. Vgl. auch unten, S. 238.

³⁹ Zur Gewerkschaftspolitik der KPD liegt eine befriedigende Gesamtdarstellung nicht vor. Oberflächlich und auf schmaler Quellengrundlage: Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln, Frankfurt/M. 1977; durch eine branchenspezifische Analyse sucht Eva Cornelia Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928, Frankfurt 1977, einen Zusammenhang zwischen der objektiven sozialen Lage der Arbeiter und der Orientierung der KPD-Organisationen nachzuweisen, ein Unterfangen, das trotz des Materialreichtums der Arbeit nicht wirklich gelungen ist. Am besten erforscht ist die Gewerkschaftspolitik schließlich für die Anfangsperiode, durch die Arbeit von Lotte Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1983, sowie für die Auflösungsphase durch die beachtliche Studie von Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988. Während Heer-Kleinert sich im wesentlichen auf den Zeitraum bis 1923 konzentriert und hier Ideologie und Taktik der kommunistischen Gewerkschaftspolitik eingehend analysiert, arbeitet Müller überzeugend heraus, daß auch eine konsequente kommunistische Gewerkschaftsopposition wie die RGO letztlich nicht dem Dilemma zwischen revolutionärem Voluntarismus und Interessenpolitik entkommen konnte. Für die Phase bis 1923 ebenfalls aufschlußreich Laubscher, Opposition.

⁴⁰ Siehe etwa Heinrich Brandler, Die Kommunisten, die Rote Gewerkschaftsinternationale und die Syndikalisten, in: Die Internationale Jg. 4 (1922), S. 445.

⁴¹ Vgl. Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 142ff.

ßen bedeutendsten Industriebranche. In der Reichshauptstadt bestand die mächtige Verwaltungsstelle des DMV, der größten deutschen Einzelgewerkschaft. Von dem Mitgliedersubstanz der unmittelbaren Nachkriegszeit profitierend, besaß der Berliner DMV noch im Jahre 1922 rund 150.000 Mitglieder, ehe der inflationsbedingte Einbruch erfolgte und die Mitgliederstärke auf 54.028 im Jahre 1924 zurückging.⁴² Nun hatte der Berliner DMV einen Großteil der radikalen Vorkriegstradition übernommen und stand innerhalb des Gesamtverbandes wie auch innerhalb des ADGB für ein pointiert „linkes“ Profil. Doch blieb der DMV ein Verband, der die Interessen der Arbeiter innerhalb der gegebenen politisch-sozialen Verfassung vertrat. Auch die Berliner Führung um Otto Ziska und Max Urich hielt an dem traditionellen gewerkschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül fest und lehnte den revolutionären Voluntarismus der Kommunisten ab.⁴³ Da jedoch die Kommunisten unter den Berliner Metallarbeitern ihren wichtigsten sozialen Rückhalt und eine entsprechend große Minorität besaßen, vertiefte ihre Fraktionsarbeit im Berliner DMV im Zeichen der Einheitsfront die ideologische Spaltung der Arbeiterschaft.⁴⁴

Darüber hinaus bot die soziale Verfassung des Weimarer Staates mit dem Betriebsrätegesetz einen weiteren Ansatzpunkt zur Schaffung von proletarischen „Organen der Einheitsfront“. Hervorgegangen aus der Revolution von 1918/19, repräsentierten die Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften ein Konkurrenzprinzip. Zwar bedeutete die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes durch den Reichstag im Januar 1920, die von großen Protesten und gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Reichshauptstadt begleitet wurde,⁴⁵ für die radikalen Teile der Berliner Arbeiterschaft eine tiefe Enttäuschung. Denn verglichen mit den hochfliegenden Erwartungen der Revolutionsperiode und der Hoffnung auf ein politisches Räteystem, besaß das strikt auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkte Betriebsrätegesetz nur noch rudimentären Charakter.⁴⁶ Aber schon bald nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes entzündeten sich in Berlin die fortbestehenden Gegensätze zwischen Gewerkschaften und radikalen, gewerkschaftsfeindlichen Kräften der Arbeiterbewegung an der Betriebsrätefrage. Während erstere die Domestizierung und Integration der Betriebsräte unter gewerkschaftlicher Führung erstrebten, forderten letztere die Zusammenfassung aller Betriebsräte als eigene, von den Gewerkschaften unterschiedene Kampforganisationen.⁴⁷

⁴² Homburg, *Rationalisierung*, S. 704.

⁴³ Der DMV im Jahr 1920. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1921, Anhang: Berichte aus den Agitationsbezirken, S. 7f. Dementsprechend sprach die KPD Berlin vom „beispiellose[n] Verrat der Ziska-Urich-Leute und ihrer getreuen Eunuchen.“ Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1923 bis 29. Februar 1924, S. 25. Zu den Richtungskämpfen im DMV nach der Spaltung der USPD vgl. Wentzel, *Inflation*, S. 102ff.

⁴⁴ Bei der Neuwahl der Berliner Ortsverwaltung erreichte die SPD/USPD-Liste 31.611, die VKPD-Liste dagegen 30.272 Stimmen. Der DMV im Jahr 1920, S. 8. Zur ideologischen Zersplitterung der Berliner Metallarbeiter ebd., S. 7ff.

⁴⁵ Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 288f.

⁴⁶ Zum Betriebsrätegesetz Georg Flatow, *Kommentar zum Betriebsrätegesetz*, 12. Aufl. Berlin 1928; Vgl. zum Kontext: Gerhard A. Ritter, *Die Entstehung des Räteartikels 165 der Weimarer Reichsverfassung*, in: *Historische Zeitschrift* 258 (1994), S. 73–122.

⁴⁷ Kurt Brigl-Matthias, *Das Betriebsräteproblem*, Berlin u. Leipzig 1926 [ND 1978], S. 22ff.; Heer-Kleinert, *Gewerkschaftspolitik*, S. 109ff. Paradigmatisch für die linke, gewerkschaftsfeindliche Richtung Fritz Wolffheim, *Betriebsorganisation oder Gewerkschaften?*, Hamburg 1919, wiederabgedr. in:

Die Haltung der Komintern gegenüber den Betriebsräten blieb ambivalent und nicht ohne Widersprüche. Während der erste Kongreß der III. Internationale im Jahre 1919 autonome proletarische Organisationen außerhalb der Gewerkschaften ohne Einschränkung gutgeheißen hatte, äußerte sich der zweite Kongreß ein Jahr später in nuancierterer Form. Insofern eigenständige Organisationen wie die Betriebsräte die herrschende reformistische Gewerkschaftsbürokratie zu schwächen halfen, waren sie nach wie vor zu begrüßen; keinesfalls jedoch sollten sie die Gewerkschaften selbst ersetzen, die es von innen heraus zu erobern und zu revolutionieren galt.⁴⁸ Ob allerdings Gewerkschaften oder Betriebsräte: In jedem Fall blieb der ideologische Ausgangspunkt bestehen, der in dem Axiom bestand, daß alle wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter für höhere Löhne und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen die unauflösbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärfen mußten.⁴⁹

Innerhalb der im Rahmen des Betriebsrätegesetzes gebildeten Organe wurde die Spannung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften während der Jahre 1920–1922 zugunsten letzterer aufgehoben. Schon auf dem Reichsbetriebsrätekongreß von 1920 hatte sich die gewerkschaftliche Auffassung gegenüber den konkurrierenden Vorstellungen von USPD und KPD durchgesetzt, eine Entwicklung, die bis zum 11. Kongreß des ADGB im Juni 1922 abgeschlossen wurde.⁵⁰ Während dieser Periode setzte die KPD-Führung gemäß der Komintern-Linie primär auf die revolutionäre Eroberung der Gewerkschaften, forderte zugleich aber den Ausbau der Betriebsräte zur „Kontrolle der Produktion“ und als revolutionäres Gegengewicht zur reformistischen Gewerkschaftsmajorität. „Die selbständige Zusammenfassung der Betriebsräte bedeutet keinen Kampf gegen die Gewerkschaften, sondern nur einen Kampf gegen die konterrevolutionäre Politik der Gewerkschaftsbürokratie.“ Angesichts der fortbestehenden gewerkschaftsfeindlichen Stimmungen in der KPD warnte die Parteiführung zugleich davor, in den Betriebsräten einen revolutionären Ersatz für die Gewerkschaften zu sehen.⁵¹ Seit 1922 setzte nun insbesondere die Berliner Bezirksleitung wieder verstärkt auf die eigenständige Organisation der Betriebsräte. Ganz im Sinne der Einheitsfronttaktik „von unten“ wurden die Gewerkschaften in der Folgezeit immer wieder dazu aufgefordert, sich hieran zu beteiligen. blieb eine solche Beteiligung aus, so sollten die kommunistisch inspirierten Betriebsräte unabhängig von den Gewerkschaften agieren. Während der Jahre 1922 und 1923, in der Zeit der Hyperinflation, wurden die „revolutionären Betriebsräte“ zum wichtigsten Stichwort der kommunistischen Einheitsfrontpolitik.⁵²

Im Hintergrund dieser Entwicklung stand die Debatte um das sogenannte „Zehn-Punkte-Programm“ des ADGB vom 21. November 1921. Mit seinen eminent politi-

Dokumente der Weltrevolution Bd. 3: Die Linke gegen die Parteiherrschaft, hrsg. v. Frits Kool, Olten 1970, S. 248–260.

⁴⁸ Siehe Bruno Groppo, *Les origines de la politique syndicale de la Troisième Internationale, 1919–1921*, masch. Thèse d'Etat, Institut d'Etudes politiques Paris 1980, S. 527f.

⁴⁹ Siehe die Resolution des II. Kongresses der Komintern zur Betriebsrätefrage, in: *Thèses, manifestes et résolutions adoptés par les Ier, IIe, IIIe et IVe Congrès de l'Internationale Communiste (1919–1923)*. Textes complets, Paris 1934, S. 53–56, hier S. 55.

⁵⁰ Heer-Kleinert, *Gewerkschaftspolitik*, S. 187ff.; Brigl-Matthiass, *Betriebsräteproblem*, S. 36ff.

⁵¹ Bericht über den 5. Parteitag der KPD, S. 142 (Brandler) u. ebd., S. 182–184, *Resolution des Parteitages über die Betriebsräte*. Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 171f. (Brandler).

⁵² Vgl. Reisinger, *Einheitsfrontpolitik* Bd. II, S. 556ff.

schen Forderungen zur Bekämpfung der Finanz- und Währungs Krise hatte die Gewerkschaftsführung damit nachdrücklich das Gebiet der rein wirtschaftlichen Interessenvertretung verlassen und das der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzung betreten. Die Kernpunkte des Programms bestanden in der Forderung nach einer 25–prozentigen steuerlichen Erfassung der Sachwerte sowie der Sozialisierung des Kohlenbergbaus.⁵³ In der Folgezeit suchte die ADGB-Spitze in langwierigen, letztendlich vergeblichen Verhandlungen mit SPD, USPD und Reichsregierung ihr Programm zumindest teilweise auf parlamentarischem Wege durchzusetzen.⁵⁴ Wenn daher angesichts der fortschreitenden Teuerungswelle der Eindruck gewerkschaftlicher Passivität erwachsen konnte, so kamen darin auch die Probleme zum Ausdruck, vor denen die verfassungsmäßigen Repräsentativorgane und Koalitionsregierungen standen, um die Krise unter Kontrolle zu bekommen. An der Basis verschärfte dies freilich den Druck, reaktivierte das gewerkschaftsfeindliche Potential und provozierte den Ruf nach außerparlamentarischen Aktionen. 1922/23 lag mithin die Frage der Betriebsräte im Schnittpunkt mehrerer Einflußlinien. Sie betraf zum einen das Verhältnis zwischen Freien Gewerkschaften und antigewerkschaftlich eingestellten radikalen Kräften; zum anderen verband sie sich mit dem drängendsten politischen und sozialen Problem der Zeit, der Teuerung. In jedem Fall aber eröffnete sie der kommunistischen Agitation im Zeichen der Einheitsfront neue Handlungsspielräume, wenn dies auch die zuvor mühsam gewonnene gewerkschaftspolitische Richtlinie in Frage stellte.

Während SPD und Freie Gewerkschaften in der sich immer dramatischer zuspitzenden wirtschaftlichen Situation grundsätzlich an repräsentativen Politikformen festhielten und auf parlamentarische Entscheidungsprozesse setzten, strebte die KPD die politische Radikalisierung an.⁵⁵ Ausgangspunkt hierfür war einmal mehr das Bewußtsein, sich gegenüber der systemimmanenten Aggression und Gewalt des „Klassenfeindes“ in einer Notwehrsituation zu befinden, die zur Selbsthilfe legitimierte. „Aushungerung“, „schrakenloser Preiswucher“ und die Abschaffung des Achtstundentages schienen die Arbeiterschaft nachgerade mit der physischen Vernichtung zu bedrohen:⁵⁶ eine Situation, die nur die Wahl zu lassen schien zwischen wehrloser Hinnahme des Untergangs und Kampf. Politischer und wirtschaftlicher Kampf durften daher aus Sicht der KPD nicht getrennt werden, und in der Perspektive des totalitären Optionszwangs mußte das Streben nach demokratisch-systemkonformen Lösungen von vornherein ausgeschlossen und als arbeiterfeindliches Handeln, als „Sa-

⁵³ Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hermann Weber, Klaus Schönhoven u. Klaus Tenfelde, Bd. 2: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923, bearb. v. Michael Ruck, Köln 1985, Dok. 49, S. 397–399.

⁵⁴ Siehe u.a. Sitzung des Bundesausschusses 13.–17.12.1921, ebd., Dok. 50, S. 418ff.; Sitzung des Bundesausschusses, 24.1.1922, ebd., Dok. 52, S. 452ff. Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Hans Booms, Die Kabinette Wirth I und II, 2 Bde., bearbeitet von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard a.Rh. 1973, Bd. I, Dok. Nr. 152, S. 422–425 u. Nr. 187, S. 13f., Besprechung mit Führern der Gewerkschaften, 22.11.1921 u. 12.1.1922. Vgl. Potthoff, Gewerkschaften und Politik, S. 298f.

⁵⁵ Über die steuer-, wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussionen innerhalb der KPD selbst siehe Rudolf Luz, KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919–1922/23. Ein Beitrag zur Krisen-, Staats- und Strategiediskussion der KPD und zur Analyse der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Konstanz 1987, S. 334ff.

⁵⁶ RF Nr. 357, 8.8.1922; RF Nr. 358, 8.8.1922.

botage“ gebrandmarkt werden: „Über jeden Feind der Einheitsfront [muß] rücksichtslos hinweggeschritten werden.“⁵⁷ Einer so verstandenen Einheitsfront unter kommunistischem Vorzeichen dienten die Betriebsräte, die sich wie in Berlin teilweise der Vormundschaft durch die Gewerkschaften zu entziehen begannen, als wichtigste Organe.

Es ist kein Zufall, daß die revolutionäre Betriebsrätebewegung ihren Ausgangspunkt in Berlin nahm und lange Zeit allein von der Berliner Parteiorganisation und z.T. gegen den ausgesprochenen Willen der Zentrale vorangetrieben wurde. Zwischen der Berliner Bezirksleitung und der Parteizentrale kam es zwischen 1921 und 1923 häufig zu erbitterten Auseinandersetzungen um den „richtigen“ Kurs.⁵⁸ Im allgemeinen forderte die „linke“ Berliner Führung, seit 1921 unter Ruth Fischer und Arkadij Maslow, eine radikal-revolutionäre Politik auch auf Reichsebene. Einen besonderen Konfliktherd stellte dabei die Rolle der stets zum Radikalismus tendierenden kommunistischen bzw. kommunistusnahen Jugend in Berlin dar. „Die kommunistische Jugend“, so resümierte der Berliner Polizeipräsident im September 1922, „ist [...] in letzter Zeit sehr häufig und meist in sehr radikalem Sinne hervorgetreten. Ihre Hauptrolle spielt sie bei der Sprengung nicht nur rechtsstehender, sondern auch sozialdemokratischer und unabhängiger Versammlungen und fühlt sich bei den zahlreichen von ihr veranstalteten Massenkundgebungen als unumschränkter Herr in der Straße. Die Zentrale der KPD ist mit diesem Vordringen der kommunistischen Jugend und der von ihr beliebten Taktik der Gewalt nicht einverstanden und hat ihr (sic!) in den letzten Berliner Bezirksversammlungen der Jugend durch ältere Genossen ganz gehörig den Text lesen lassen. Ihre Disziplinlosigkeit gefährdete die gesamte Parteipolitik und gebe den Gegnern den besten Anlaß zu Angriffen gegen die Partei.“ Dagegen sei man in der Berliner Organisation bestrebt, gerade die radikalen jugendlichen Kräfte an sich zu binden und „in den Jugendlichen sich einen Kampfvortrupp heranzubilden“, den man zum Nachrichten- und Waffendienst einsetzen könne.⁵⁹

Hinzu kam, daß in der Reichshauptstadt mit ihrem starken antigewerkschaftlichen Potential auch die offizielle Gewerkschaftspolitik der KPD kaum durchzusetzen war. Noch in den Jahren 1922–23 gab es unter den Berliner Kommunisten syndikalistische Tendenzen, und gelegentlich kam es zu regelrechten „Redeschlachten zwischen Kommunisten, welche den freien Gewerkschaften angehören, und zwischen Kommunisten, die gewerkschaftlich in der Union der Hand- und Kopfarbeiter organisiert sind.“⁶⁰ Zugleich wurde von großen Teilen der Berliner Parteibasis auch die Durchführung der offiziellen KPD-Gewerkschaftslineie bemängelt. Allzu oft, so schien es, legten die in den Freien Gewerkschaften operierenden kommunistischen Fraktionsfunktionäre das Schwergewicht ihrer Tätigkeit bloß auf die Erweiterung des organisatorischen Einflusses und die Eroberung der Funktionärsposten. Die „ideologische“ Dimension der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit, d. h. die Umformung der Gewerkschaften in revolutionäre Kampforgane, schien demgegenüber zu kurz zu

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Siehe etwa SAPMO-BA, RY 1 I 3/1–2/25, fol. 35–36; fol. 45, 49–58.

⁵⁹ BJHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 107, fol. 21, Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin an Stako, 25.9.1922.

⁶⁰ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/104, fol. 85, Tätigkeitsbericht des Berliner Gewerkschaftssekretariats, 6.12.1923. Das Verhältnis zwischen Union und KPD-Bezirksleitung vor 1922/23 war z.T. äußerst gespannt. Siehe Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin 1923, S. 24. Vgl. auch Bock, Syndikalismus, S. 183ff.

kommen. „In den Zentralverbänden, in denen unsere Genossen die Leitung in der Hand haben,“ so resümierte der neue Berliner Gewerkschaftssekretär Redetzky Ende 1923, „ist in den meisten Fällen von unseren Leuten politisch ebenso schlecht gearbeitet worden, als wenn die Reformisten die Führung hätten. In vielen Fraktionssitzungen wurden über die KPD-Gewerkschaftsangestellten bittere Klagen laut. Und unsere Parteimitglieder hatten sehr oft den Eindruck, als ob wir in den Organisationen nur den Kampf um die Futterkrippe führen wollten.“⁶¹ Neben die in Berlin ohnehin starke antigewerkschaftliche Stimmung trat also das Mißtrauen gegen die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre selbst; beides zusammen mußte die Idee der unabhängig agierenden revolutionären Betriebsräte zusätzlich attraktiv machen. Nicht wenige Parteimitglieder sahen in ihnen nun wieder eine grundsätzliche revolutionäre Alternative zu den Gewerkschaften. Auch die Führer der Betriebsrätewegung hätten es versäumt, so klagte Redetzky rückblickend, „mit aller Klarheit zum Ausdruck zu bringen, daß die Betriebsräte niemals die Aufgaben der Gewerkschaften erfüllen können. Sie haben den Irrtum, daß die Betriebsrätewegung die gewerkschaftlichen Organisationen ablösen würde, nicht nur nicht bekämpft, sondern vielleicht noch unterstützt.“⁶²

Diese gewerkschaftsfeindliche Haltung vieler kommunistisch organisierter Berliner Arbeiter verband sich Anfang 1922 mit der Empörung über die fortschreitende Verschärfung der wirtschaftlichen Lage und die Enttäuschung über die scheinbare Untätigkeit der Gewerkschaftsführung. In mehreren Protestkundgebungen forderten Teile der Berliner Arbeiterschaft, das Zehn-Punkte-Programm des ADGB und insbesondere die Sachwerterfassung nötigenfalls auch mit außerparlamentarischen Mitteln durchzusetzen.⁶³ Unter dem Druck der Basis berief der Vollzugsrat der von der Rest-USPD dominierten, freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den 7. August 1922 eine Generalversammlung der Berliner Betriebsräte ein. Hier forderte Hermann Remmele von der KPD die umfassende Organisation von proletarischen Selbsthilfe- und Kontrollorganen wie „Lebensmittelausschüsse, Wohnungsausschüsse, Ausschüsse gegen die Reaktion etc.“ Betriebsräte und Kontrollausschüsse mußten „örtlich, bezirkswise und über das Reich zentral zusammengefaßt werden.“⁶⁴ Damit waren die Stichworte für die kommunistische Linie der Folgezeit gegeben. Nachdem sich SPD und USPD der Forderung Remmeles verweigert hatten,⁶⁵ rief der Betriebsrat der Johannisthaler Ambi-Waggonbau-Werke zum Kampf gegen Teuerung und Geldentwertung und zu einer Betriebsrätévollversammlung auf.⁶⁶ Zwar konnte es so

⁶¹ SAPMO-BA RY 11 3/1–2/104, fol. 82–83, Tätigkeitsbericht des Berliner Gewerkschaftssekretariats, 6.12.1923. Ähnlich äußerten sich Berliner Delegierte auf dem III. Parteitag der KPD Ende Januar 1923. Siehe Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin [1923], S. 302–305 (Weyer, Frenzel).

⁶² SAPMO-BA RY 11 3/1–2/104, fol. 87.

⁶³ Z.B.: RF Nr. 8, 5.1.1922 (Generalversammlung der Berliner Betriebsräte-Zentrale); RF Nr. 30, 18.1.1922 (Berliner Eisenbahner); RF Nr. 31, 19.1.1922 (KPD-Versammlungen); RF Nr. 39, 24.1.1922 (AEG Oberschöneweide).

⁶⁴ RF, Nr. 357, 8.8.1922.

⁶⁵ Für die Verweigerung der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten spielte neben grundsätzlichen Differenzen auch der zur gleichen Zeit stattfindende sowjetische Schauprozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre eine Rolle. Ebd. Vgl. zum Einfluß, den der Prozeß auf die Haltung der Sozialdemokratie ausübte, Zarusky, Sozialdemokraten, S. 160ff.

⁶⁶ RF Nr. 363, 11.8.1922.

scheinen, als ob sich hierin die spontane Initiative der parteiungebundenen Basis kundtat. Tatsächlich aber hatte die Gewerkschaftsabteilung der Berliner Bezirksleitung der KPD den Aufruf initiiert und gesteuert.⁶⁷ Und in der Folgezeit wurde die Betriebsrätebewegung gänzlich durch kommunistische Parteifunktionäre geführt; dabei absorbierte sie „eine erhebliche Anzahl tüchtiger Parteifunktionäre“.⁶⁸

Die Art und Weise, wie die „Rote Fahne“ den Aufruf des Ambi-Betriebsrates kommentierte bzw. instrumentalisierte, kennzeichnete das Kalkül der kommunistischen Einheitsfronttaktik: „Wohl sind die 10 Forderungen des ADGB nur durch eine zentrale Exekutivgewalt einer Arbeiterregierung wirklich durchzuführen. Eine solche Regierung muß sich aber auf die aktivste Mitwirkung der arbeitenden Massen stützen. Wichtiger ist die Funktion der Betriebsräte im Kampf um die Durchsetzung der Forderungen. Es gilt, die gesamte Macht des Proletariats, die Gewerkschaften, zu mobilisieren. Die Gewerkschaften – das sind nicht die reformistischen Führer, das sind die Massen, die ihren Willen durchsetzen können, wenn sie ein gemeinsames Ziel haben. Die Betriebsräte, die in den Betrieben stehend, mit den Massen die engste Fühlung haben, sind diejenigen, die den Willen der Arbeiterschaft am besten zum Ausdruck bringen.“⁶⁹ Damit war in Berlin die scharfe Polarisierung zwischen den Freien Gewerkschaften einerseits und der „wilden“ revolutionären Betriebsrätebewegung andererseits, die von der KPD kontrolliert wurde, vorgezeichnet. Gegenüber der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale konstituierte sich Ende August 1922 der sogenannte „Fünfezhnerausschuß“. Mit Unterstützung der KPD und ihres Zentralorgans, der „Roten Fahne“, beriefen 15 Betriebsräte aus Berliner Großbetrieben für den 30. August eine „wilde“ Vollversammlung der Berliner Betriebsräte ein: Es müsse ein vom Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft getragenes Organ zur Verteidigung des nackten Lebens des Proletariats gebildet werden, eine geschlossene Kampffront aller Proletarier gegen die drohende Vernichtung.⁷⁰ Nach Angaben der „Roten Fahne“ wurde die Vollversammlung von ca. 6.000, nach Polizeiangaben dagegen nur von rund 1.000 der (insgesamt 41.000) Berliner Betriebsräte besucht.⁷¹ In einem Offenen Brief forderte sie die Erfassung der Sachwerte, die Erhöhung der Löhne und die Regulierung der Preise, die Kontrolle der Verteilung und den Kampf gegen die Wohnungsnot.⁷²

Vorübergehend vermochte sich der Fünfezhnerausschuß in den folgenden Monaten als Gegengewicht zu den Freien Gewerkschaften zu etablieren und erhebliche Aktivität auszuüben. Zu der am 8. September 1922 tagenden zweiten Betriebsräte-Vollversammlung Groß-Berlins kamen die ersten Delegierten aus dem Reich. In ihrem Verlauf wurde beschlossen, für den 17. September nach Berlin einen Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte einzuberufen, der einen Reichsbetriebsrätekongreß

⁶⁷ „Die Erregung über das vollständige Versagen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie veranlaßte uns nach genügender politischer und organisatorischer Vorbereitung [...] dazu, von dem Betriebsrat eines Berliner Großbetriebes (Ambi-Konzern) einen Aufruf in der Tagespresse veröffentlichen zu lassen, der die oppositionellen Betriebsräte Groß-Berlins zum Zusammenschluß aufforderte.“ SAP-MO-BA RY 11 3/1–2/104, fol. 86, Tätigkeitsbericht des Berliner Gewerkschaftssekretariat, 6.12.1923.

⁶⁸ Ebd., fol. 85.

⁶⁹ RF Nr. 363, 11.8.1922.

⁷⁰ RF Nr. 375, 27.8.1922.

⁷¹ RF Nr. 381, 31.8.1922. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK) R 134, Nr. 18, fol. 66. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 16.9.1922.

⁷² Offener Brief der Berliner Betriebsräte-Vollversammlung, RF Nr. 381, 31.8.1922.

am 22. Oktober 1922 vorbereiten sollte.⁷³ Um die Anziehungskraft der Betriebsrätebewegung noch zusätzlich zu erhöhen, appellierte die KPD vor allem an Jugendliche. So beschloß der Reichsausschuß, auch den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen das Wahlrecht für den Betriebsrätekongreß zu verleihen und damit die gesetzlich verankerte Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht zu ignorieren.⁷⁴ Für die Sicherheitsbehörden war damit offenkundig, daß es sich um eine illegale Bewegung handelte: „Der ausgesprochen revolutionäre Charakter der Betriebsrätebewegung zeigt sich besonders in dem offensichtlichen Streben der kommunistischen Drahtzieher, die Jugend als das aktivste Element bei allen den Charakter der Illegalität und der Gewalt tragenden Unternehmungen im weitesten Umfange hierfür mobil zu machen.“ Mit den gesetzmäßig konstituierten Betriebsräten habe die Bewegung ebenso wenig zu tun wie mit der tatsächlichen Vertretung von Arbeiterinteressen. Vielmehr handle es sich um „ein auf Täuschung und Irreführung der Massen berechnetes Aushängeschild.“⁷⁵

Gegen den Willen der ADGB-Führung und auch nach einer Periode innerkommunistischer Auseinandersetzungen – der Hamburger Bezirkssekretär Hugo Urbahns etwa sprach von dem Vorhaben einiger „Berliner Hitzköpfe“⁷⁶ – trat der Reichsbetriebsrätekongreß schließlich vom 23. bis 25. November 1922 in Berlin zusammen. Seine Forderungen erstreckten sich auf die Herabsetzung der Lebensmittelpreise, Erfassung der Sachwerte und Kontrolle der Produktion sowie des Handels, die Annulierung des Versailler Vertrages und die Bekämpfung der „Konterrevolution“.⁷⁷ Dieses „komplette Programm einer Arbeiterregierung“⁷⁸ sollte sich auf die umfassende Organisation proletarischer Selbsthilfeorgane stützen wie Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse.

Inzwischen war die Betriebsrätebewegung auch offiziell von der KPD-Spitze adoptiert worden, nachdem sie zu einem schweren Konflikt zwischen Parteizentrale und Berliner Bezirksleitung geführt hatte. Unter dem Druck der antigewerkschaftlichen Kräfte in und außerhalb der Partei hatte der „linke“ Berliner Bezirk die Bewegung auf eigene Faust initiiert und war dabei auf eine relativ große Resonanz in der Hauptstadt gestoßen.⁷⁹ Die Zentrale lehnte dagegen dieses selbständige Vorgehen ab, das ja die offizielle kommunistische Gewerkschaftspolitik zu konterkarieren drohte und deren Widersprüche verstärkte. In einer internen Sitzung am 11. September 1922

⁷³ BAK R 134, Nr. 18, fol. 69–70. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 16.9.1922.

⁷⁴ Das Betriebsrätegesetz vom 5.2.1920 legte die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre, für das passive Wahlrecht auf 24 Jahre fest für reichsangehörige Wahlberechtigte, „die nicht mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbe- oder dem Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind.“ Betriebsrätegesetz vom 5. Februar 1920, § 20, zit. nach Walter Steitz (Hrsg.), Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit 38), Darmstadt 1993, S. 103.

⁷⁵ BAP RJM Nr. 6790/1, Film 22141, fol. 398, Lagebericht vom 24.10.1922. Vgl. B.I.H.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C. Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 107, fol. 21, Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin an Stako, 25.9.1922, wo auch die aktive Rolle der Jugendlichen in der „wildem“ Betriebsrätebewegung herausgestrichen wird.

⁷⁶ Zit. nach Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 194.

⁷⁷ Reisberg, Einheitsfront Bd. II, S. 590ff. zum Verlauf des Kongresses.

⁷⁸ Ebd., S. 593.

⁷⁹ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/104, fol. 86, Tätigkeitsbericht des Berliner Gewerkschaftssekretariats, 6.12.1923.

kritisierte Wilhelm Pieck die Berliner Bezirksleitung scharf, betonte aber, daß es für das Prestige der Partei außerordentlich schädlich sei, die im Flusse befindliche Bewegung nunmehr abzublasen. Vielmehr müsse sie jetzt von der Zentrale selbst in die Hand genommen werden. Allerdings beschloß man, nach außen eine zurückhaltende Haltung einzunehmen, „um in den Augen der breiten Massen die Betriebsrätebewegung nicht als rein kommunistische Agitation erscheinen zu lassen.“⁸⁰

Damit war die Betriebsrätebewegung endgültig zum wichtigsten Instrument der kommunistischen Einheitsfronttaktik gegen die „Feinde“ der Arbeiterklasse geworden.⁸¹ Unter dem Stichwort der „Selbsthilfe“ erfüllte sie eine dreifache Funktion: *Erstens* etablierte sie gegenüber den sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern insofern eine scharfe Frontstellung, als deren konsequent ablehnende Haltung einen willkommenen Vorwand darbot, sie als arbeiterfeindlich zu „entlarven“. Dabei folgten die Kommunisten stets der gleichen Taktik: Zunächst wurden die freigewerkschaftlichen Instanzen in Berlin und auf Reichsebene zur Beteiligung an der Betriebsrätebewegung aufgefordert.⁸² Folgten diese der Einladung nicht unmittelbar, so wurden sie mit einer Art Ultimatum konfrontiert, nach dessen Ablaufen die kommunistische Aktion selbständig durchgeführt werde.⁸³ Reagierten sozialdemokratische und gewerkschaftliche Führer, wie leicht vorauszusehen, auch hierauf nicht positiv, so sahen sie sich unweigerlich dem Vorwurf des „Verrats“, der „Sabotage“ etc. ausgesetzt.⁸⁴ Dieses Agieren war mithin nicht so sehr ein Resultat der schwankenden KPD-Gewerkschaftspolitik⁸⁵ als vielmehr die konsequente Umsetzung der Einheitsfronttaktik „von unten“ im „linken“, rein instrumentalen Sinne.

Zweitens sollten die revolutionären Betriebsräte zur Kampfstellung gegen die „bürgerliche“ Demokratie ausgebaut werden. Hierfür dienten insbesondere die von Berlin aus ins Leben gerufenen sogenannten „Kontrollausschüsse“. Schon der Offene Brief der Ersten Berliner Betriebsräte-Vollversammlung empfahl sie nachdrücklich als Selbsthilfeorgane zur Durchsetzung seiner Forderungen: Das „völlige Versagen der Gewerkschaftsinstanzen“ zwingt die Arbeiterschaft zur „Selbsthilfe“, weshalb man „Kontrollausschüsse“ zur Regulierung des gesamten Wirtschaftslebens bilden müsse. Die Arbeiter sollten mit ihren Betriebsräten das Bank- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und der Länder eindringen, sowie die Beschlagnahme aller Lebensmittel, Konsumgüter und

⁸⁰ BAK R 134, Nr. 18, fol. 75. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 16.9.1922. Vgl. ebd., fol. 115, Lagebericht vom 1.11.1922.

⁸¹ Siehe Aufruf der Zentrale der KPD an die Partei und Parteigenossen, RF Nr. 429, 17.9.1922.

⁸² BAK R 134, Nr. 18, fol. 119. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 1.11.1922; RF Nr. 495, 9.11.1922; Reisberg, Einheitsfront Bd. II, S. 591.

⁸³ RF Nr. 381, 31.8.1922 (Forderung nach Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses binnen vier Wochen); BAK R 134, Nr. 18, fol. 70. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 16.9.1922 (fünftägiges Ultimatum vom 8.9.1922 „zur Beantwortung der Frage, ob der Bund [i.e. ADGB] gewillt sei, entgegen dem klaren Willen des ausschlaggebenden Teils des deutschen Proletariats die Sabotage der Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses fortzusetzen“); ebd., fol. 73 (zehntägiges Ultimatum vom 17.9.1922: „Die Führer des ADGB sollen bis zum 28. September dem Reichsausschuß [der deutschen Betriebsräte] eine verbindliche Antwort geben, ob der ADGB ihren Schritt unterstützen will oder nicht.“) Nach ähnlichem Muster verliefen auch die Verhandlungen um gemeinsame Aktionen in der Folge des Rathenau-Mordes Ende Juni 1922 im Sande. Vgl. Angress, Kampfzeit, S. 277.

⁸⁴ RF Nr. 377, 29.8.1922.

⁸⁵ So Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 193.

Wohnungen überwachen und die Luxusproduktion lahmlegen.⁸⁶ Angestrebt war also nichts weniger als eine revolutionäre „Nebenregierung“, geführt von der KPD und gestützt auf die „Bewegung der Massen.“⁸⁷

Tatsächlich entfalteten die Kontrollausschüsse während der rund ein Jahr währenden Hyperinflation eine rege Tätigkeit. Gemäß den Instruktionen der Betriebsrätebewegung wurden sie in Berlin flächendeckend in allen Bezirken organisiert. Insbesondere in Arbeiterbezirken wie Neukölln und Wedding, Friedrichshain und Moabit schritten kommunistisch inspirierte Kontrollausschüsse immer wieder zu willkürlichen Preisfestsetzungen auf Märkten und in Einzelhandelsgeschäften.⁸⁸ Eine nicht zu unterschätzende agitatorische Rolle spielten in dieser Kampagne die Frauen. Unter der Parole „Frauen im Bürgerkrieg“ übernahmen weibliche KPD-Kader und Sympathisanten Funktionen wie Zersetzung, Nachrichten- und Kurierdienst, Propaganda und v.a. Agitationsarbeit in den Kontrollausschüssen.⁸⁹

Von der deutlichen Akzentuierung einer antisozialdemokratischen bzw. antireformistischen Frontstellung einerseits sowie einer Kampfstellung gegen das demokratisch-rechtsstaatliche System andererseits versprachen sich die Kommunisten schließlich *drittens*, ihren Einfluß unter der Arbeiterschaft zu steigern. Tatsächlich gelang es mittels der Betriebsrätebewegung, die Arbeiterschaft zumindest in Ansätzen über die kommunistische Parteimitgliedschaft hinaus zu mobilisieren. Dies betraf zunächst den kommunistischen Einfluß in den freigewerkschaftlichen Instanzen. In Berlin gab es sowohl in der Gewerkschaftskommission als auch in der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale eine starke, den Kommunisten zumindest nahestehende oppositionelle Minderheit, die den Gedanken der Betriebsrätebewegung begrüßte und seine Unterstützung durch die Gewerkschaftsorgane forderte.⁹⁰ Ferner scheint es im Herbst 1922 auch gelungen zu sein, Teile der unorganisierten und der SPD zugehörigen Arbeiterschaft für die Bewegung zu gewinnen.⁹¹ Die Parteizugehörigkeit der Delegierten des Reichsausschusses sowie des Reichskongresses dürfte denn auch das ungefähre Spektrum widerspiegeln, das die revolutionäre Betriebsrätebewegung zu

⁸⁶ Offener Brief der Berliner Betriebsräte-Vollversammlung, RF Nr. 381, 31.8.1922.

⁸⁷ So formulierte es Hermann Grothe (KPD), Betriebsrat für die Reichs- und Staatsbetriebe in Berlin und der Führer der revolutionären Betriebsrätebewegung. BAK R 134, Nr. 18, fol. 70. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 16.9.1922.

⁸⁸ BAP RJM Nr. 6790/1, fol. 247, Lagebericht des Preußischen Staatskommissars vom 11.9.1922; RF Nr. 53, 4.3.1923; RF Nr. 101, 6.5.1923; RF Nr. 102, 8.5.1923; RF Nr. 111, 18.5.1923; RF Nr. 112, 19.5.1923; RF Nr. 119, 27.5.1923; Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin 1923, S. 29. Zu den häufigen Lebensmittelunruhen in Berlin während der Hyperinflation Robert Scholz, Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923, in: Manfred Gailus (Hrsg.), Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980), Berlin 1984, S. 79–124, hier: S. 110f. Für ähnliche Prozesse in München siehe Martin Geyer, Teuerungsprötest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit während der Inflation: München 1920–1923, in: Archiv für Sozialgeschichte 30 (1990), S. 181–215.

⁸⁹ Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1923 bis 29. Februar 1924, S. 44. Vgl. SAPMO-BA RY 1 I 31–2/31, fol. 109–113, Bericht der Frauenagitations-Kommission des 2. Berliner Bezirks Moabit, 1923.

⁹⁰ BAK R 134, Nr. 18, fol. 71. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 16.9.1922; Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 193.

⁹¹ BAP RJM Nr. 6790/1, fol. 427, Lagebericht des Preußischen Staatskommissars vom 31.10.1922; SAPMO-BA RY 1 I 31–2/31, fol. 110–111, Bericht der Frauenagitations-Kommission des 2. Berliner Bezirks Moabit, 1923 (Mitarbeit von parteilosen sowie in der SPD organisierten Frauen in den Kontrollausschüssen).

mobilisieren vermochte. So befanden sich bei der konstituierenden Sitzung des Reichsausschusses der Betriebsräte am 17.9.1922 unter den 188 Anwesenden 133 KPD-, 16 USPD- und 5 SPD-Mitglieder sowie 34 Parteilose.⁹² Ein ähnliches Kräfteverhältnis wies der Reichsbetriebsrätekongreß Ende November auf: Von den insgesamt 802 Delegierten waren 657 Mitglieder der KPD, 38 der SPD, 22 der USPD und 52 parteilos. 17 Delegierte kamen von der kommunistischen, drei von der sozialdemokratischen Jugend, drei von der KAPD, und 11 gehörten verschiedenen syndikalistischen Organisationen an.⁹³ Dieses parteipolitische Spektrum der Delegierten macht zwar zum einen deutlich, daß die Betriebsräte- und Kontrollausschußbewegung im wesentlichen als genuin kommunistische Bewegung einzuschätzen ist; zum anderen aber indiziert es doch auch eine gewisse Massenwirksamkeit über das parteikommunistische Lager hinaus.

Zu keinem Zeitpunkt gelang es der kommunistischen Betriebsräte- und Kontrollausschußbewegung jedoch, in den staatlichen Verwaltungsapparat einzudringen. Auch die verschiedentlich angestrebte behördliche Anerkennung der Kontrollausschüsse wurde nicht erreicht,⁹⁴ und das erklärte Ziel einer auf der außerparlamentarischen Massenaktion beruhenden „Arbeiterregierung“ blieb außer Reichweite. Läßt man die kurze Zeit der von der KPD mitgetragenen SPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen außer acht, so bewegte sich die kommunistische Bewegung in einem scharfen Gegensatz zu den demokratisch gewählten Repräsentativkörperschaften und den rechtsstaatlich legitimierten Ordnungsorganen. Für Preußen und seine Hauptstadt galt dies allemal. So verfügte der Preußische Minister des Innern, Carl Severing, Mitte August 1923 die Auflösung des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte sowie aller Unterorganisationen, insonderheit des Groß-Berliner Fünfzehnerausschusses. Mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Kontrollausschüsse wurde die Auflösung unter anderem mit der Feststellung begründet, der Reichsausschuß sei „eine Verbindung, zu deren Zwecken oder Betätigung es gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften [...], die zugleich die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben.“⁹⁵ In der Folgezeit, nach dem gescheiterten Oktoberaufstand, dem anschließenden Verbot der KPD und der Währungsstabilisierung verlor die revolutionäre Betriebsräte- und Kontrollausschußbewegung rasch an Bedeutung und spielte zunächst keine eigenständige Rolle mehr.⁹⁶

Im Vergleich zu Berlin wiesen die Rahmenbedingungen für die kommunistischen Massenmobilisierungsversuche in Paris eine Reihe von Gemeinsamkeiten, aber auch von signifikanten Unterschieden auf. Ähnlich wie in der Reichshauptstadt bestand auch in der Pariser Region eine Dreiteilung der organisierten Arbeiterbewegung.⁹⁷ Zwischen reformistischen Anhängern der C.G.T. und der sozialistischen Partei, re-

⁹² Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik, S. 193.

⁹³ Reisberg, Einheitsfront II, S. 590f.

⁹⁴ Zur Frage der behördlichen Anerkennung der Kontrollausschüsse BAK R 134, Nr. 19, fol. 21. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 24.1.1923.

⁹⁵ BAK R 134, Nr. 21, fol. 94, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 25.8.1923.

⁹⁶ Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1923 bis 29. Februar 1924, S. 35 u. 41.

⁹⁷ Vgl. allgemein zur französischen Arbeiterbewegung nach 1918, Magraw, History II, S. 176ff.

volutionär-syndikalistischen Kräften und den sich nach der Parteispaltung im Dezember 1920 allmählich etablierenden Kommunisten bestand ein spannungsreiches Beziehungsdreieck. Die Gegensätze innerhalb der Pariser organisierten Arbeiterschaft waren bereits unmittelbar nach Kriegsende zutage getreten und hatten mit dem Metallarbeiterstreik im Juni 1919 einen ersten Höhepunkt erlebt. Die Enttäuschung über seinen Ausgang hatte einen enormen Mitgliederabfluß zur Folge. Ein Großteil der seit Kriegsende neu und erstmals organisierten Mitglieder wandte der Gewerkschaft wieder den Rücken zu. Zwischen Juni 1919 und Mai 1920 halbierte sich die Mitgliederstärke des *Syndicat des Métaux parisiens* von rund 35.000 auf ca. 12.500.⁹⁸ Zum anderen aber erhöhte das Scheitern der syndikalistischen Aktion die Attraktivität des Prinzips einer straff organisierten revolutionären Kampfpartei, wie sie die Bolschewiki und die III. Internationale verkörperten. Der Mitgliederkern, der den Pariser Gewerkschaften und insbesondere der Metallarbeitergewerkschaft bis Ende 1920 blieb, war daher mehrheitlich revolutionär orientiert, wobei allerdings heftig umstritten war, ob eine politische Revolution nach Moskauer Muster oder ein auf die Produktionsstätten konzentrierter Generalstreik syndikalistischer Prägung anzustreben war.⁹⁹

Nach dem Streik des Jahres 1919 stand also in der Pariser Metallarbeiterschaft die große unorganisierte, politisch häufig indifferente Masse einem kleiner werdenden organisierten Kern gegenüber, der seine ideologische Radikalisierung mit einem Verlust an Masseneinfluß bezahlte. Mit der starken Stellung des über eine hohe Organisationsmacht verfügenden Berliner DMV läßt sich die Pariser Metallarbeitergewerkschaft daher nur sehr begrenzt vergleichen. Der Eisenbahnerstreik im Mai 1920 weckte noch einmal Hoffnungen auf eine syndikalistische Revolution. Die Mehrheit der aktiven organisierten Pariser Metallarbeiter befürwortete einen unterstützenden Generalstreik der Branche und kritisierte die zögerliche Haltung der C.G.T.-Spitze. Zwar beharrte eine Minderheit unter z.T. heftigen Debatten darauf, die gewerkschaftliche Disziplin zu wahren und die Richtlinien der C.G.T. abzuwarten.¹⁰⁰ Aber am 5. Mai 1920 beschloß eine von ca. 1.800 Teilnehmern besuchte Vollversammlung der Metallarbeitergewerkschaft den Streik, ohne Rücksprache mit der C.G.T.-Führung oder der Leitung des nationalen Dachverbandes, der *Fédération des Métaux*.¹⁰¹ Indessen mußte das rasche Fiasko des Eisenbahnerstreiks sowie des Versuchs, einen revolutionären Generalstreik zu entfesseln, einmal mehr die revolutionären Kräfte enttäuschen und auf Moskau verweisen.¹⁰² Bis Ende des Jahres 1920 verschärfte sich dieser Trend: Einer schrumpfenden Mitgliederschaft entsprach die ideologische Radikalisierung der Verbleibenden. Teilweise wurde der Ausschluß derer gefordert, die sich den Mai-Streiks versagt hatten;¹⁰³ in jedem Fall aber kam es zu schweren Angriffen auf die reformistischen Führer. In den Vordergrund trat nun das Verlangen nach

⁹⁸ Vgl. oben, S. 79.

⁹⁹ Zu den Auseinandersetzungen zwischen „minoritären“ und „majoritären“ Kräfte innerhalb der C.G.T. vgl. die bibliographische und quellenkundliche Studie von Robert Brécy, *Le Mouvement syndical en France 1871–1921*, 2. Aufl. Paris 1982, S. 106ff.

¹⁰⁰ Siehe etwa AN F7 13775, 3.5.1920 (Réunion des Métaux, Kremlin-Bicêtre, 2.5.1920); ebd., 6.5.1920 (Réunion de la 13^{ème} Section du Syndicat des Métaux, 5.5.1920).

¹⁰¹ AN F7 13775, Réunion des ouvriers métallurgistes, 5.5.1920.

¹⁰² Vgl. Annie Kriegel, *Origines I*, S. 545.

¹⁰³ AN F7 13775, Réunion de la 15^{ème} Section, 12.6.1920.

einer durchgreifenden Neuorganisation der Metaller.¹⁰⁴ Am 19. September 1920 forderte eine Generalversammlung der Metallarbeitergewerkschaft, die bezeichnenderweise nur von rund 650 Teilnehmern besucht wurde, eine scharfe Wende gegen die C.G.T. und den Anschluß an die III. Internationale. Gegner dieser Richtung wurden niedergeschrien und als Renegaten beschimpft.¹⁰⁵

Die inneren Gegensätze der C.G.T. wurden zunehmend unüberbrückbar, und spätestens seit Mai 1920 bestand eine faktische Spaltung.¹⁰⁶ Wenn die äußere Einheit der Organisation einstweilen noch bewahrt wurde, so geschah dies auch mit Rücksicht auf die Komintern, die ja auf die Eroberung und Revolutionierung der reformistisch geführten Gewerkschaften, nicht jedoch auf deren Spaltung setzte. Seit dem Kongreß von Orléans im Oktober 1920 setzte jedoch verstärkt die Substitution der offiziellen C.G.T.-Richtung durch mehr oder minder eigenständige minoritäre Organisationen ein. So wurden im Anschluß an den Kongreß die *Comités Syndicalistes Révolutionnaires* (C.S.R.) gegründet, die nunmehr als minoritäres Sammelbecken innerhalb der C.G.T. fungierten.¹⁰⁷ Die Pariser Metallarbeitergewerkschaft, in der bereits, wie die Streiks der Jahre 1919 und 1920 gezeigt hatten, die revolutionär-syndikalistische Richtung deutlich überwog, beschloß im November 1920 den Beitritt zu den C.S.R. Bezeichnenderweise war die beschlußfassende Generalversammlung allerdings nur von rund 350 Teilnehmern besucht, die die Entscheidung quasi einstimmig (acht Gegenstimmen) traf.¹⁰⁸ Deutlich schlug sich hier die Wechselwirkung zwischen dem Rückzug der enttäuschten und indifferenten Masse und der Radikalisierung der aktiven Mitgliedschaft nieder.

In Paris erzielten die C.S.R. ihren größten Erfolg mit der Eroberung der *Union des Syndicats de la Seine*. Daß im zentralen Vertretungsorgan sämtlicher der C.G.T. angeschlossenen Gewerkschaften des Départements Seine schon seit Ende 1918 verschärfte Konflikte aufbrachen, ist bereits erwähnt worden. Immer ging es um die Frage der richtigen Verhältnisbestimmung zwischen praktischer Gewerkschaftsarbeit und revolutionärer Aktion. Im Januar 1919 hatte die reformistische Majorität die Wahlen zur Exekutivkommission noch klar für sich entscheiden können.¹⁰⁹ In typischer Weise repräsentierte deren erster Sekretär, Perrot, den Übergang vom revolutionären zum reformorientierten Syndikalismus. Ganz im Sinne der C.G.T.-Führung um Jouhaux und Merrheim vertrat Perrot nach Kriegsende einen gleichsam kon-

¹⁰⁴ Ebd.; AN F7 13775, Réunion des ouvriers sur Métaux (section de la mécanique); Réunion de la section des mouleurs-fondeurs, 18.7.1920.

¹⁰⁵ AN F7 13775, Assemblée générale du syndicat des métaux, 19.9.1920.

¹⁰⁶ Auch wenn das Scheitern des Generalstreiks im Mai 1920 die Gegensätze vollends unüberbrückbar machten so entsprach doch die Spaltung des französischen Syndikalismus der Logik der Entwicklung seit 1914. Annie Kriegels Auffassung, 1918 hätte die C.G.T. bereits ihren Frieden mit der Kriegspolitik gemacht, kann daher nicht überzeugen, *Aux origines*, Bd. II, S. 844. Die Schuldzuweisungen für die Spaltung, die etwa in den 1950er Jahren zwischen Monatte und Dumoulin ausgetauscht wurden, sind daher eher als die Wiederaufnahme der damaligen Auseinandersetzungen zu verstehen. Siehe Pierre Monatte, *Trois scissions syndicales*, Paris 1958, und zur Debatte Jean Charles, *A propos de la scission syndicale de 1921*, in: *Mélanges d'histoire sociale offerts à Jean Maitron*, Paris 1976, S. 59–74.

¹⁰⁷ Vgl. Monatte, *Scission*, S. 151f. Zur Entwicklung der in sich gespaltenen C.G.T. in den Jahren 1920 und 1921 vgl. Lefranc, *Mouvement syndical*, S. 247ff. Die C.G.T.-Führung reagierte auf die Gründung der C.S.R. mit deren Verbandsausschluß. Siehe ebd., S. 255.

¹⁰⁸ AN F7 13775, Réunion du Syndicat des Métaux, 21.11.1920.

¹⁰⁹ AN F7 13015, Réunion du Comité général de l'Union des Syndicats de la Seine, 15.1.1919. Von den 15 Mitgliedern der die Geschäfte führenden Exekutivkommission gehörten damals nur zwei der minoritären Richtung an.

strukturellen Revolutionsbegriff, dessen Priorität nicht auf Umsturz und politischer Machteroberung lag, sondern auf der evolutionären Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.¹¹⁰ Er war überzeugt davon, daß der C.G.T. angesichts der als sicher angenommenen Unfähigkeit des bürgerlichen Lagers, mit den Nachkriegsproblemen fertig zu werden, die Macht in evolutionärer Weise zufallen würde. Dementsprechend lehnte Perrot die revolutionären Streikaktionen der Jahre 1919 und 1920 ab¹¹¹ und klagte über „ces assemblées squelettiques où l'on ne discute plus de questions syndicales, mais de politique et de philosophie. Les ouvriers se désintéressent un peu de cela et préfèrent que les syndicats s'occupent de leurs intérêts immédiats. C'est peut-être maigre comme idéal, mais si les syndicats n'attirent pas de troupes à eux par l'intérêt, il ne leur restera que quelques démagogues, et ils seront incapables de rien faire, encore moins de faire triompher leur doctrine.“¹¹²

Nach dem gescheiterten Generalstreik im Mai 1920 geriet die von Perrot repräsentierte Majorität in der U.S.S. zunehmend in die Defensive, und nach dem C.G.T.-Kongreß von Orléans und der Gründung der C.S.R. wurde aus Kreisen der revolutionären Minderheit der Rücktritt Perrots gefordert.¹¹³ Die Entscheidung fiel schließlich auf dem Kongreß der U.S.S. am 28.11.1920, auf dem sich die Delegierten von 132 Pariser Einzelgewerkschaften und 28 *Comités Intersyndicaux* versammelten. Als der Kongreß eine Resolution der Minorität verabschiedete, in der gegen die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen durch die C.G.T.-Zentrale protestiert wurde – „deren Erlös dem Kampf gegen revolutionäre Aktionen dienen sollte“ – kam es zum Eklat.¹¹⁴ Der als Vorsitzender amtierende zweite Sekretär Gaston Guiraud trat spontan von seinem Amt zurück. Perrot, der in London auf dem Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale weilte, wurde wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Komintern scharf kritisiert.¹¹⁵ Von nun an stand es außer Zweifel, daß die Minorität bei den bevorstehenden Neuwahlen den Sieg davontragen würde. Tatsächlich setzte sich bei den Wahlen vom 17.12.1920 die minoritäre Liste des C.S.R., angeführt von Gaston Monmousseau, Joseph Pierre Tommasi und Eduard Léon Dudilieux, mit klarer Mehrheit durch.¹¹⁶ Die „Humanité“, die die C.G.T.-Minorität bereits seit längerem unterstützte, sah in dieser Wahl mit Recht einen Wendepunkt in der Pariser Gewerkschaftsgeschichte: „La besogne qu'auront à accomplir les nouveaux secrétaires et la nouvelle Commission exécutive est d'importance. Avant tout, il leur faudra procéder au regroupement des forces ouvrières, dispersées depuis les grèves de mai. Une propagande nettement révolutionnaire, une préparation méthodique des cadres, un renforcement de l'action quotidienne leur permettront de rendre au syndicalisme toute sa force d'attraction.“¹¹⁷

¹¹⁰ Siche L'Atelier, 24.5.1920; 1.5.1920, zit. bei Lefranc, Mouvement syndical, S. 228.

¹¹¹ Siche etwa AN F7 13015, Réunion de la Commission Exécutive de l'Union des Syndicats de la Seine, 31.3.1919; ebd., Réunion du Comité général de l'Union des Syndicats de la Seine, 18.6.1919; AN F7 13618, 6.5.1920, Réunion extraordinaire du Comité Général de l'Union des Syndicats de la Seine, 5.5.1920.

¹¹² AN F7 13618, 21.1.1920, Comité exécutif de l'Union des Syndicats de la Seine, 19.1.1920.

¹¹³ AN F7 13618, 28.10.1920, Réunion extraordinaire du Comité général de l'Union des Syndicats de la Seine, 27.10.1920.

¹¹⁴ AN F7 13618, 29.11.1920.

¹¹⁵ Ebd. u. ebd., 29.11.1920, Congrès de l'Union des Syndicats de la Seine, 28.11.1920.

¹¹⁶ Das genaue Wahlergebnis in AN F7 13618, Union des Syndicats de la Seine, Elections du 17 décembre 1920. Vgl. L'Humanité, 18.12.1920.

¹¹⁷ Ebd.

Im Prinzip war also im Pariser Raum mit Beginn des Jahres 1921 die Gewerkschaftsspaltung bereits vollzogen, und die Diskussion um eine revolutionäre Neugründung setzte im Dezember 1920 verstärkt ein.¹¹⁸ Ein volles Jahr vor der tatsächlichen Spaltung der C.G.T. bestand mithin in Paris eine wichtige Hochburg des minoritären Flügels, der hier in zentralen Bereichen bereits die Mehrheit stellte. Neben der *Union des Syndicats de la Seine* galt dies insbesondere für die Pariser Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Eisenbahner und der Bauarbeiter. Dagegen spielte die reformistische Richtung in diesen drei bedeutenden Wirtschafts- und Beschäftigungsbranchen der Hauptstadt keine eigenständige Rolle mehr. Im April 1922, also kurz nach der Spaltung der C.G.T., bestand zwar im Pariser Raum ein ungefährer Gleichstand der Kräfteverhältnisse. Während die bei der C.G.T.U. verbleibende *Union des Syndicats de la Seine* auf ca. 52.000 Mitglieder bauen konnte, zählte die neugebildete reformistische *Union des Syndicats ouvrier confédérés de la Seine* rund 47.400 Mitglieder.¹¹⁹ Aber in den genannten Schlüsselbranchen besaß die C.G.T.U. quasi das Organisationsmonopol. Von den Pariser Eisenbahnern hatten sich 3.700 der neuen minoritären, der reformistischen Gewerkschaft dagegen nur rund 500 angeschlossen. Rund 6.000 Mitglieder zählte das minoritäre *Syndicat unique du Bâtiment*, während eine reformistische Konkurrenzorganisation überhaupt nicht existierte. Die Pariser Metallarbeitergewerkschaft der C.G.T.U. schließlich war auf rund 3.500 Mitglieder zurückgegangen; hingegen stellte die 150 Mitglieder zählende reformistische Neugründung (*Union des ouvrier des métaux*) eine quantité négligeable dar.¹²⁰

Diese von der Berliner Situation so verschiedenen organisationssoziologischen Verhältnisse wirkten entscheidend auf Aktionen, Propaganda und Gewerkschaftspolitik des PCF im Großraum Paris zurück. Während sich die KPD in Berlin an den mächtigen, überwiegend durch die linke Sozialdemokratie bzw. USPD beherrschten freigewerkschaftlichen Bastionen wie Gewerkschaftskommission, Betriebsrätezentrale und DMV stieß, gab es in Paris in weiten Bereichen keinen reformistischen „Feind“. Zumindest galt dies für die konkreten sozialen Erfahrungsräume der genannten Wirtschaftsbranchen, insbesondere der Metallindustrie; denn hier fehlte schlicht der reformistische Gegner bzw. „Verräter“, den es zu „entlarven“ galt. Nicht die Gewinnung scheinbar „falsch“ organisierter Arbeiter war demzufolge in Paris das entscheidende Problem der kommunistischen Aktion, sondern die hohe Zahl der politisch Indifferenten und Unorganisierten. Die auch in Paris seit 1922 verstärkt angewandte Taktik der Einheitsfront „von unten“ diente denn auch weniger der Bloßstellung der reformistischen Führer vor ihrer Basis; vielmehr richtete sie sich an die Masse der unorganisierten Arbeiter.

Die Klage über Indifferenz und mangelndes soziales und politisches „Engagement“ der Arbeiter gehörte zu den Standardthemen der revolutionären Organisationen in Paris. Zum Teil lag dies in den bereits dargestellten innerproletarischen Spaltungen begründet, sei es daß es sich um Qualifikationsschranken, korporative Selbstgenügsamkeit oder Ressentiments gegenüber Frauen und Ausländern handelte. Einen weiteren wichtigen Grund für die politische Indifferenz der Pariser Arbeiterschaft erblickten die revolutionären Führer aber in einer zu starken und gewissermaßen ego-

¹¹⁸ Polizeibericht AN F7 13618, 10.12.1920, *Union des Syndicats de la Seine*.

¹¹⁹ AN F7 13277 (Dossier 3), *Organisations syndicales (Région parisienne)* [April 1922].

¹²⁰ Alle Zahlen ebd. Eine reformistische Hochburg war dagegen der öffentliche Dienst, vgl. F7 13618, 19.11.1922.

zentrischen Orientierung der Arbeiter am eigenen Lohn: „La classe ouvrière devient lâche, par l'appât du gain.“¹²¹ Bereits das Scheitern des Generalstreiks im Mai 1920 wurde auf eine entsprechende Mentalität der Arbeiter zurückgeführt. Die meisten schienen nur am eigenen Verdienst und am Konsum interessiert zu sein, unterliefen infolgedessen bereitwillig den Achtstundentag durch Überstunden, untergruben damit die Solidarität der Arbeiter und zogen sich von den Gewerkschaften zurück. „Lâcheté“ und „apathie“ der Arbeiterklasse schienen die verhängnisvollen Folgen einer solchen Mentalität zu sein.¹²²

Angesichts solcher Umstände war das Verhältnis des PCF zur C.G.T.U. und ihren Einzelgewerkschaften von entscheidender Bedeutung. Was die revolutionären Gewerkschaften für die kommunistische Aktion in der Hauptstadt bedeuteten, erhellt allein schon die Tatsache, daß es im Département Seine vor 1934 zu keinem Zeitpunkt mehr als ca. 15.000 aktive Kommunisten gab; die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die die unitäre U.S.S. repräsentierte, belief sich dagegen 1922 auf 52.000, 1925–1928 auf rund 70.000, 1929 auf ca. 83.000.¹²³ Allein diese Zahlen signalisieren, in wie hohem Maße die Pariser Kommunisten auf die Kooperation der C.G.T.U. angewiesen waren. Eine erfolgreiche Massenmobilisierung war im Pariser Raum nur bei Mitwirkung der mitgliederstärkeren unitären Gewerkschaften zu erzielen.

Zwar gelang es dem PCF bis Mitte der 1920er Jahre, die C.G.T.U. über weite Strecken in die Hand zu bekommen, so daß man mit einigem Recht von einer kommunistischen Gewerkschaft sprechen kann.¹²⁴ Allerdings betraf dies in erster Linie die Ebene der oberen und mittleren Führungspositionen, die durchgehend mit kommunistischen Funktionären besetzt wurden. Unterhalb dieser Ebene wurde dagegen deutlich, daß die C.G.T.U. vor allem auch zum Sammelbecken des revolutionären Vorkriegssyndikalismus geworden war. Gegen den Anspruch des PCF auf politischen Primat formierte sich an der Basis erheblicher Widerstand, der sich einerseits gegen die Einflußnahme der Kommunisten als Partei, andererseits gegen die von der III. Internationale beanspruchte Prärogative richtete.¹²⁵

So bestanden schon innerhalb der Minorität, aus der Anfang 1922 die revolutionäre C.G.T.U. hervorgehen sollte, während des Jahres 1921 heftige Meinungsverschiedenheiten. Dabei lassen sich drei grundlegende Strömungen unterscheiden. Zum einen handelte es sich um die kommunistische Richtung, die sich für eine unzweideutige und sofortige Angliederung der revolutionären Kräfte an Moskau unter Führung

¹²¹ AN F7 13775, 15.10.1920, Réunion des Ouvriers des établissements Caudron et Gevlot, Issy-les-Moulineaux, 14.10.1920 (Dumercq).

¹²² Ebd. (Pothion, Legros); AN F7 13775, Réunion de la 15^{ème} Section locale (15. Arrdt.) (Heckenmeyer); ebd., 27.11.1920 Réunion extraordinaire de la 15^{ème} Section du Syndicat des Métaux, 25.11.1920 (Legros); F7 13741, 17.5.1922, Réunion des Pompiers, 16.5.1922 (Foragnan); ebd. (Dossier Habillemeent 1922–1924), Réunion de propagande organisé par le Syndicat de l'Habillemeent (unitaire), 23.5.1922; F7 13777, 16.3.1923, Réunion Citroën 15.3.1923.

¹²³ Zu den kommunistischen Mitgliederzahlen vgl. oben, S. 163ff.; die Mitgliederzahlen der U.S.S. in AN F7 13277 (Dossier 3) (1922); F7 13278 (1925); F7 13280 (1926); F7 13285 (1928); F7 13287 (1929).

¹²⁴ Trotz mancher Spezialstudien liegt bislang keine moderne Gesamtdarstellung der C.G.T.U. vor. Sie ist ebenso ein Desiderat, wie es an detaillierten historischen Forschungen zur Organisationsgeschichte der französischen Gewerkschaften insgesamt mangelt. Ein knapper Überblick bei Jean-Daniel Reynaud, *Les syndicats en France*, Bd. 1, Paris 1975.

¹²⁵ Vgl. den historischen Überblick über das Problem der Gewerkschaftsautonomie in Frankreich von Michel Branciard, *Syndicats et partis. Autonomie ou dépendance*, Bd. I: 1879–1947, Paris 1982, S. 78ff. für die Zeit seit der Oktoberrevolution.

der Komintern und des PCF einsetzte. In Paris verkörperte diese Richtung der neue Sekretär der U.S.S., Joseph Pierre Tommasi. Ihr Repräsentant in Moskau war Alfred Rosmer.¹²⁶ Den Widerpart zu dieser Richtung stellten zum anderen die anarcho-syndikalistischen und sonstigen Anhänger eines „syndicalisme pur“ dar, die die Einmischung jedweder politischer Kräfte in die Autonomie der Gewerkschaften strikt ablehnten. Eine Mittelposition zwischen beiden Richtungen nahmen schließlich diejenigen ein, die sich für eine Disziplinierung der revolutionären Kräfte, daher die Angliederung an Moskau und eine enge Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei aussprachen, dies jedoch mit der strikten Wahrung der gewerkschaftlichen Autonomie verbunden wissen wollten. In den Jahren 1921/22 bildete diese Richtung, die zunächst durch Monatte, dann vor allem aber durch die Eisenbahner Monmousseau und Pierre Sémard sowie das Organ „La Vie Ouvrière“ repräsentiert wurde, innerhalb der Minorität die einflußreichste Strömung. Monmousseau und Sémard standen für eine jüngere Generation französischer Syndikalisten. Sie hatten beide den Eisenbahnerstreik vom Mai 1920 und sein Scheitern aktiv miterlebt und suchten nach neuen Wegen jenseits der ideologischen Sackgasse, in die der revolutionäre Syndikalismus geraten war. Die explizit *politische* Aktion, die sich gegen den bürgerlichen Staat richtete, schien ein solcher Ausweg zu sein. Dieser „neue“ Syndikalismus akzeptierte daher die Diktatur des Proletariats und die Kooperation mit dem PCF in der Hoffnung, damit bolschewistische Theorie und französische Praxis verbinden zu können.¹²⁷ Freilich lebte dabei das ideologische Mißverständnis fort, wonach es sich bei der Russischen Revolution um eine genuin syndikalistische Revolution gehandelt hatte; ein Mißverständnis übrigens, das durch die Bemühungen der Bolschewiki prolongiert wurde, im Verhältnis zwischen Syndikalismus und Bolschewismus zu einem Kompromiß zu gelangen. Die Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) im Juli 1921, die einerseits die unauflösliche Verbindung der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung mit der Komintern forderte, andererseits aber die Autonomie des westlichen Syndikalismus zu respektieren versprach, stellte den Versuch eines solchen Kompromisses dar.¹²⁸ Auf seiner Basis hofften kommunistische Syndikalisten wie Alfred Rosmer, zu einer „Verschweißung“ („soudure“) von Kommunismus und revolutionärem Syndikalismus zu gelangen.¹²⁹

Indessen bestanden auch in der minoritären U.S.S. erhebliche Gegensätze, wenn es um die Haltung zum Kommunismus und zu Moskau ging. Dies zeigte sich während des Gründungskongresses der RGI im Juli 1921.¹³⁰ Neben Anarchisten wie Sirolle und Anatole Godeau gehörte der französischen Delegation auch Tommasi an. Zusammen mit Rosmer und Victor Godonnèche unterzeichnete Tommasi in Moskau die Abschlußresolution des RGI-Gründungskongresses, die gegen den Widerstand der französischen Anarcho-Syndikalisten verabschiedet wurde und letztlich die Unterordnung der revolutionären Gewerkschaften unter die politische Prärogative der

¹²⁶ Christian Gras, Alfred Rosmer (1877–1964) et le mouvement révolutionnaire international, Paris 1971, v.a. S. 226ff.

¹²⁷ Paradigmatisch: Gaston Monmousseau, La Dictature du Proletariat, Paris 1922; Ders., Le Syndicalisme devant la Révolution, Paris 1922. Vgl. Jones, French Railway Strikes, v.a. S. 536ff. Amdur, Legacy, S. 153.

¹²⁸ Vgl. dazu Schneider, Revolutionärer Syndikalismus, S. 189ff.

¹²⁹ Alfred Rosmer an Pierre Monatte [Juli 1921], Maitron u. Chambelland (Hrsg.), Syndicalisme révolutionnaire, S. 293.

¹³⁰ Zur Entstehungsgeschichte der RGI siehe v.a. Groppo, Origines, S. 614ff.

Komintern sanktionierte.¹³¹ In Frankreich im allgemeinen und im Exekutivbüro der U.S.S. im besonderen hatte dies heftige Proteste zur Folge. Das Zentralkomitee der C.S.R. desavouierte Rosmer und Tommasi, indem es eine „organische“ Verbindung zwischen Syndikalismus und Kommunismus ohne ausreichende Würdigung der gewerkschaftlichen „Autonomie“ schroff ablehnte.¹³² Im Exekutivkomitee der U.S.S. kam es zu einer außergewöhnlich leidenschaftlichen Diskussion: Tommasi, der vorzeitig aus Moskau zurückgekehrt war, wurde die vorsätzliche Übertretung seines Mandats vorgeworfen, und er wurde zum Rücktritt genötigt,¹³³ ein Ereignis, in dem das sozialistische Parteiorgan „Le Populaire“ einen Versuch des Syndikalismus erblickte, „sich vom beherrschenden kommunistischen Einfluß zu befreien.“¹³⁴

Diese Episode zeigt, daß die C.G.T.-Minorität, die in Paris schon zur Mehrheit geworden war, alles andere als homogen war. Die Reaktion auf die Beschlüsse des Gründungskongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale offenbarte, daß viele französische Syndikalisten tiefe Skepsis gegenüber dem Bolschewismus hegten.¹³⁵ Diese ideologische Spannung setzte sich auch innerhalb der an Weihnachten 1921 gegründeten C.G.T.U. fort. Die Gründung der C.G.T.U. erfolgte gegen die Beschlüsse der Komintern, die ja die Bildung konkurrierender Gewerkschaften verworfen hatte. Losowski, der Sekretär der RGI, und die bolschewistisch orientierte C.S.R.-Führung um Monate versuchten vergeblich die Spaltung zu verhindern,¹³⁶ die in erster Linie aus dem Dissens der Anarchisten und „reinen“ Syndikalisten resultierte.¹³⁷ Die im Dezember 1921 gebildete provisorische *Commission Administrative* des neuen Gewerkschaftsverbandes setzte sich personell aus Anarcho-Syndikalisten zusammen.¹³⁸ Den ersten Kongreß der C.G.T.U. in Saint-Etienne im Juni/Juli 1922 beherrschte denn auch die erbittert geführte Debatte über die „orientation syndicale“ des neuen revolutionären Gewerkschaftsbundes. Sollte sich der revolutionäre Syndikalismus gewissermaßen selbst genügen, um die Revolution zu machen und als Keimzelle einer neuen Ordnung zu dienen?¹³⁹ Oder galt es aus der Geschichte zu ler-

¹³¹ So beschloß die Resolution u.a. die „organische Verbindung“ zwischen den beiden Internationalen, schwieg jedoch von der Autonomie der Gewerkschaften. Groppo, *Origines*, S. 639. Vgl. dazu Schneider, *Revolutionärer Syndikalismus*, S. 202ff.

¹³² *La Vie Ouvrière*, 22.7.1921; vgl. Lefranc, *Mouvement syndical*, S. 254ff. Die französischen Texte sind abgedruckt in Maitron u. Chambelland (Hrsg.), *Syndicalisme révolutionnaire*, S. 298–301.

¹³³ AN P7 13618, 20.7.1921 u. 31.8.1921, Notiz über: Tommasi, ex-secrétaire de l'Union des Syndicats de la Seine. Nachfolger Tommasis als Sekretär wurde Louis Vadécart, einer der Unterzeichner des Manifests vom 22.7.1921.

¹³⁴ *Le Populaire*, 20.7.1921.

¹³⁵ Vgl. Groppo, *Origines*, S. 655ff.

¹³⁶ Lefranc, *Mouvement syndical*, S. 259.

¹³⁷ Vgl. zur Rolle der Anarchisten in der C.G.T.-Minorität sowie der C.G.T.U. bis zur Abspaltung der anarchistischen C.G.T.-S.R. im Jahr 1926 Maitron, *Mouvement II*, S. 58–72.

¹³⁸ Es handelte sich um die Anarchisten Totti, Cadeau und Labrousse.

¹³⁹ Dies war die Auffassung der syndikalistisch orientierten Kongreßminorität, die die „Résolution Bernard“ unterstützte. Hier hieß es insbesondere: „[La C.G.T. Unitaire] prétend être, en dehors de l'affinité politique et philosophique, le véritable organisme dans lequel les producteurs viendront défendre leurs intérêts matériels et moraux immédiats et futurs [...]. Elle déclare vouloir préparer sans délai les cadres complets de la vie sociale et économique de demain, dont elle tient à examiner tout de suite les caractères et le fonctionnement général [...]. Le syndicalisme doit vivre et se développer dans l'indépendance absolue [...], il doit jouir de l'autonomie complète qui conviennent à son caractère de principale force révolutionnaire [...]. En conséquence [...] la C.G.T.U. repousse toute idée de liaison ou de subordination d'une organisation à une autre, elle sera toujours disposée à accepter tous les con-

nen und zu akzeptieren, daß es eine parteimäßig disziplinierte, politisch geschulte revolutionäre Avantgarde geben mußte?¹⁴⁰ Kommunisten und kommunistusnahe Syndikalisten, geführt von Monmousseau, verständigten sich im Vorfeld des Kongresses auf eine gemeinsame Plattform zur Bekämpfung der Anarchisten und der „syndicalistes purs“.¹⁴¹ 743 von 1182 Delegierten stimmten für die Resolution Monmousseaus, die den Beitritt der C.G.T.U. zur RGI empfahl bei gleichzeitiger Betonung der Gewerkschaftsautonomie. Während von allen Delegierten sich 406 der minoritären Resolution des Anarcho-Syndikalisten Besnard anschlossen, die den Beitritt zur Internationale unter den obwaltenden Umständen ablehnte, war der Prozentsatz der Minderheit unter den Delegierten des Départements Seine bezeichnenderweise etwas höher.¹⁴²

Auch in der Folgezeit blieb der Großraum Paris eine Hochburg des traditionellen revolutionären Syndikalismus und des Anarcho-Syndikalismus. Die Kongreßminorität von Saint-Etienne ging unmittelbar an die organisatorische Konsolidierung ihrer Position und gründete auf zentraler wie auf regionaler Ebene die *Comités de Défense syndicaliste* (C.D.S.). Unter Führung der Anarchisten Pierre Le Meillour und Henri Totti konstituierte sich im Großraum Paris ein „Comité départemental de défense syndicaliste“, dessen Ziel es war, „den Syndikalismus vor jeder Art politischer Einflußnahme zu schützen“.¹⁴³ Zwar gab es auch innerhalb der neuen Minorität fortbestehende interne Spannungen zwischen Anarchisten und revolutionären Syndikalisten.¹⁴⁴ Doch traten solche Divergenzen zurück angesichts der gemeinsamen Ablehnung des Kommunismus. Programmatisch an der Saint-Etiennener Resolution Besnard orientiert, suchten die C.D.S. auf allen Ebenen den Einfluß von PCF und Komintern in der C.G.T.U. zu bekämpfen. Für Syndikalisten und Anarcho-Syndikalisten war die RGI „nicht vom gewerkschaftlichen Geist durchdrungen, sondern von politischen Ideen.“ Den in Saint-Etienne beschlossenen Beitritt zur RGI betrachteten sie als schweren

cours sincères et dévoués loyalement offerts.“ C.G.T.U., 1er Congrès tenu à Saint-Etienne, Paris 1922, S. 35–40, die Zitate S. 37 u. 39.

¹⁴⁰ Dies war die Quintessenz der „Résolution Monmousseau“, der die Kongreßmehrheit folgte. Allerdings zeigt deren äußerst vorsichtige Formulierung, wie große Rücksicht auf die genuin revolutionär-syndikalistischen Kräfte zu nehmen war. Die entscheidende Passage lautete: „Le Congrès considère que le caractère des luttes tend de plus en plus à une centralisation des efforts ouvriers et que l'action des syndicats doit converger vers des buts identiques [...]. [Le Congrès] estime que le syndicalisme doit porter au maximum l'effort des syndicats ouvriers afin de détruire le régime capitaliste et de réaliser la Révolution prolétarienne. Dans cette œuvre révolutionnaire, le syndicalisme, plaçant la Révolution au-dessus de tout système et de toute théorie, se déclare prêt à accepter l'aide de toutes les autres forces révolutionnaires [...]. Le Congrès estime que l'action commune peut se réaliser sans que se justifie la création des liens organiques et permanents qui ne peut être qu'une subordination voilée du mouvement syndical.“ Ebd., S. 31–34, die Zitate S. 33.

¹⁴¹ Rapport de J. Humbert-Droz au présidium de l'Internationale Communiste sur le Parti Communiste Français, 30.5.1922, Origines et débuts des partis communistes des pays latins 1919–1923 (Archives de Jules Humbert-Droz 1), hrsg. v. Siegfried Bahne, Dordrecht 1970, Nr. 55, S. 178.

¹⁴² Von 117 Delegierten des Dept. Seine stimmten 68 für die Resolution Monmousseau, 43 für die Resolution Besnard bei sechs Enthaltungen. Siehe die Abstimmungsergebnisse C.G.T.U., Congrès Saint-Etienne, S. 409.

¹⁴³ AN F7 13618, 17.8.1922, Réunion du Comité départemental de défense syndicaliste, 16.8.1922 (Totti).

¹⁴⁴ Siehe AN F7 13618, 26.12.1922, 3me Congrès de l'Union des Syndicats de la Seine (Unitaire), 25.12.1922: „Dans la minorité il y a deux tendances les ‚syndicalistes‘ tout court et les ‚syndicalo-anarchistes‘“ (l'erré).

Fehler, degradiere er doch die C.G.T.U. zum „Annex“ der Kommunistischen Partei.¹⁴⁵

Zunächst konnte sich das Pariser C.D.S. in der *Union des Syndicats de la Seine* durch- aus Gehör verschaffen, und Ende 1922 hoffte die Minorität sogar darauf, die anstehenden Neuwahlen zur Exekutivkommission für sich entscheiden zu können.¹⁴⁶ Wenn sich dies auch als Illusion erwies – auf dem 3. Kongreß der *Union des Syndicats de la Seine* am 25.12.1922 wurde die Minorität klar überstimmt¹⁴⁷ –, so bestand im Großraum Paris doch eine (anarcho-)syndikalistische Unterströmung fort, die sich dem kommunistischen Einfluß entzog. Insbesondere galt dies für die Metallarbeitergewerkschaft, auf die das C.D.S. besondere Hoffnungen setzte.¹⁴⁸ Zwar war die syndikalistische Unterströmung auch hier in der Minderheit. So ratifizierte eine Generalversammlung des *Syndicat des Métaux de la Seine* Anfang März mit 300 zu 50 Stimmen den Anschluß der C.G.T.U. an die Rote Gewerkschaftsinternationale.¹⁴⁹ Aber die Minorität blieb ein stets präsender Faktor, mit dem zu rechnen war.¹⁵⁰ Z.B. gab es auf einer Metallerversammlung am 26. Juli 1923 eine heftige Diskussion um die „autonomie syndicaliste“, wobei sich rund 100 von 300 Anwesenden vehement gegen die gewerkschaftlichen Aktivitäten des PCF wandten.¹⁵¹ „Combien de camarades dans les usines“, so resümierte die Wochenzeitung „L’Egalité“, „nous disent leur éccœurement au sujet de l’intervention des politiciens dans les organisations syndicales [...]. Nous estimons que le syndicalisme révolutionnaire est assez grand garçon pour se conduire seul, sans être à la remorque des partis politiques.“¹⁵²

Wenn die Gegnerschaft gegen den offiziellen, kommunismusfreundlichen Kurs sowie die kommunistische Gewerkschaftsarbeit innerhalb der C.G.T.U. die verschiedenen oppositionellen Strömungen auch einte, so bestand über die konkret einzuschlagenden Wege zunehmende Uneinigkeit. Dies betraf insbesondere die Frage, ob die Minorität in der Pariser Metallarbeitergewerkschaft und damit in der C.G.T.U. verbleiben oder eine eigene Organisation gründen und damit eine weitere Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte in Kauf nehmen solle.¹⁵³ Im August 1924 erfolgte schließlich eine anarcho-syndikalistische Abspaltung in Form der *Chambre Syndicale Autonome des Métallurgistes de la Seine*, was die kommunismusnahe C.G.T.U.-Majorität

¹⁴⁵ AN F7 13618, 26.12.1922, 3me Congrès de l’Union des Syndicats de la Seine (Unitaire), 25.12.1922 (Colomer).

¹⁴⁶ AN F7 13618, 23.11.1922, Réunion départementale de défense syndicaliste, 22.11.1922; ebd., 8.12.1922, Réunion départementale de défense syndicaliste, 7.12.1922.

¹⁴⁷ AN F7 13618, 26.12.1922, 3me Congrès de l’Union des Syndicats de la Seine (Unitaire), 25.12.1922. L’Humanité, 26.12.1922.

¹⁴⁸ AN F7 13618, 23.11.1922, Réunion du Comité départemental de Défense Syndicaliste, 22.11.1922 (Petitbon, Le Meillour).

¹⁴⁹ AN F7 13777, 4.3.1923, Réunion des ouvriers et ouvrières du Syndicat des Métaux de la Seine, 3.3.1923.

¹⁵⁰ Siehe etwa AN F7 13777, 21.1.1923, Réunion des ouvriers et ouvrières sur Métaux du Département de la Seine (Hutin); ebd., 27.1.1923, Réunion des ouvriers et ouvrières sur Métaux du Département de la Seine, 26.1.1923 (Bott); ebd., 4.3.1923, Réunion des ouvriers et ouvrières du Syndicat des Métaux de la Seine, 3.3.1923 (Lavergne, Lemoine, Daguerre); ebd., 24.6.1923, Assemblée Générale du Syndicat des Métaux de la Seine, 23.6.1923 (Daguerre); ebd., 22.7.1923, Assemblée Générale du Syndicat des Métaux de la Seine, 21.7.1923 (Brouchoux).

¹⁵¹ AN F7 13777, 27.7.1923, Réunion du Syndicat des Métaux (Unitaire), 26.7.1923.

¹⁵² L’Egalité, 9.8.1923. Es handelte sich um das Organ des Parti Unitaire Communiste, einer kurzlebigen Neugründung des rechtskommunistischen Abweichlers Frossard.

¹⁵³ Siehe AN F7 13778, 27.1.1924, Réunion de la minorité du Syndicat des Métaux, 26.1.1924.

im Großraum Paris konsolidierte und die Rahmenbedingungen für die kommunistische Gewerkschaftspolitik verbesserte.¹⁵⁴

Die Dreiteilung der Arbeiterbewegung in eine reformistisch-sozialistische, eine kommunistische und eine antizentralistisch-syndikalistische bzw. anarcho-syndikalistische Richtung folgte mithin im Großraum Paris ganz anderen Regeln als in Berlin. Während dort die KPD in den Freien Gewerkschaften die Minderheit stellte und sich mit einer mächtigen gegnerischen Organisation konfrontiert sah, hatte der PCF nach der Gewerkschaftsspaltung und dem Kongreß von Saint-Etienne gute Aussichten, die C.G.T.U. durch konsequente Fraktions- und Personalpolitik gleichsam „von oben“ im bolschewistischen Sinne zu disziplinieren. „Le vote de St. Etienne est sans conteste une victoire éclatante du parti“, lautete die Einschätzung des Delegierten der Komintern in Frankreich, Jules Humbert-Droz. Saint-Etienne habe bewiesen, „daß die Partei innerhalb der C.G.T.U. großen Handlungsspielraum habe.“¹⁵⁵ Jedoch bestanden für die französischen Kommunisten andere gewerkschaftspolitische Probleme. Nach dem Ende der KAPD bildeten in Berlin die antizentralistischen Strömungen an der Basis ein potentielles Reservoir der KPD, gleichsam deren leicht mobilisierbare Truppenreserve. Für den Linkskurs der Berliner Bezirksleitung war diese Konstellation in entscheidender Weise verantwortlich, wie sich u.a. während der revolutionären Betriebsrätebewegung der Jahre 1922/23 gezeigt hatte. In Paris dagegen formten die syndikalistischen Kräfte ein Hindernis für die Mobilisierungschancen des PCF, das nicht leicht zu übersteigen war und den Zugang zur gewerkschaftlichen Basis bisweilen ganz zu versperren drohte. Denn auch die kommunistusnahe Majorität innerhalb der C.G.T.U., wie sie von Monmousseau oder Jean-Louis Berrar, dem Sekretär der Pariser Metallarbeitergewerkschaft, repräsentiert wurde, war sich ihrer syndikalistischen Herkunft zu sehr bewußt, als daß sie sich einfach als ausführendes Organ der Kommunistischen Partei betrachtet hätte.¹⁵⁶

Nach dem Sieg über die „reinen“ sowie die Anarcho-Syndikalisten entschied mithin das komplizierte Verhältnis zwischen PCF und der Richtung Monmousseau, die die C.G.T.U. beherrschte, über Erfolg und Mißerfolg der kommunistischen Gewerkschaftspolitik.¹⁵⁷ Dies ist leicht einzusehen, wenn man bedenkt, daß der „neue“ revolutionäre Syndikalismus – angefangen mit der politischen Opposition gegen den Weltkrieg¹⁵⁸ – eine der hauptsächlichen Triebkräfte des französischen Kommunismus gewesen ist. Rosmer meinte Anfang 1923, nicht die Partei führe die C.G.T.U., sondern werde faktisch von ihr geführt.¹⁵⁹ Während der PCF im Begriff sei, sich von seinem revolutionären Aufbruch auf dem Kongreß von Tours im Sinne des Vorkriegssozialismus zurückzuentwickeln, sei die C.G.T.U. „wirklich und wahrhaftig revolutionär“. Die Folge sei eine ernste Entfremdung zwischen kommunistischer Partei und

¹⁵⁴ Siehe *Le Libéraire*, 27.8.1924.

¹⁵⁵ Rapport de J. Humbert-Droz au Présidium de l'Internationale Communiste, 6.7.1922, *Origines et débuts des partis communistes des pays latins 1919–1923*, Nr. 66, S. 242f.

¹⁵⁶ Kennzeichnend hierfür waren die klar formulierten Reserven, mit denen die Resolution Monmousseau auf dem Kongreß von Saint-Etienne versehen war. Siehe oben Anm. 140. Vgl. auch Rapport de J. Humbert-Droz au Présidium de l'Internationale Communiste, 6.7.1922, *Origines et débuts des partis communistes des pays latins*, Nr. 66, S. 243f.

¹⁵⁷ Zu diesem Verhältnis vgl. Amdur, *Tradition révolutionnaire*. Rosmer, *Moscou sous Lénine*, S. 244, sprach rückblickend von der „méfiance“, die unter den Syndikalisten gegenüber dem Parteikommunismus fortbestand.

¹⁵⁸ Vgl. dazu oben, S. 38f.

¹⁵⁹ Wohl, *French Communism*, S. 300.

revolutionären Syndikalisten, die sich insbesondere an der Frage der Internationale entzündete. Seitens der Gewerkschafter existierte gegenüber der Partei nicht nur Mißtrauen, sondern eine Art Feindschaft: „On sait bien aussi que cette méfiance et cette hostilité étaient entretenues par des membres même du Parti communiste, des membres même assez important, qui se servaient du syndicalisme révolutionnaire pour ne pas se conformer à la tactique de l'Internationale Communiste. Pour lutter contre l'I.C. on mobilisait le syndicalisme révolutionnaire.“¹⁶⁰ Die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen kommunistischer Partei und C.G.T.U. entwickeln würde, war mithin Teil der schweren Krise, in die der PCF 1922/23 geriet. Das umstrittene Problem der Einheitsfronttaktik und – damit unmittelbar zusammenhängend – die Einflußnahme der Komintern lagen an der Wurzel heftigster Fraktionskämpfe. Dabei wurde der Versuch einer ausgleichenden Politik zwischen den unbedingten Anhängern der Komintern und den die nationale Unabhängigkeit betonenden „reconstructeurs“ – wie sie etwa 1921/22 die Pariser Parteiführung unter ihrem damaligen Sekretär Georges Pioch versuchte¹⁶¹ – zunehmend unhaltbar. Nach dem irregulär und chaotisch verlaufenden II. Parteikongreß im Oktober 1922 in Paris¹⁶² favorisierte der IV. Weltkongreß der Komintern im Dezember 1922 den „linken“ Flügel des PCF gegenüber dem „Zentrum“ um den Parteichef Frossard.¹⁶³ Es folgten die erste große Abspaltung, der Rücktritt Frossards, sein Parteiausschluß und die definitive Disziplinierung des PCF durch die Komintern. Frossard selbst schrieb über das Ende seiner parteikommunistischen Existenz: „Nous avions rêvé d'associer dans une synthèse harmonieuse à la vaste humanité de Jaurès l'audace de réalisation révolutionnaire de Lénine. On prétendait nous soumettre à un régime qui tenait de l'ordre des Jésuites par son dogmatisme étroit et la soumission qu'il exigeait *perinde ac cadaver* [...]. Dans le naufrage de mes espérances il ne me restait plus qu'à sauver mon honneur de socialiste.“¹⁶⁴

Natürlich waren diese Querelen auch der kommunistischen Gewerkschaftspolitik im Großraum Paris abträglich. Sie verschärfen das Mißtrauen auch jener Syndikalisten, die der Richtung Monmousseau folgten und zu einer Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei bereit waren. Besonders deutlich wurde dies bei den kommunistischen Fraktionen, den „commissions syndicales“ innerhalb der C.G.T.U. bzw. den ihr angeschlossenen Einzelgewerkschaften. Diese Fraktionen hatten die Aufgabe, „sowohl die Überreste des Korporatismus innerhalb der Gewerkschaftsbewegung als auch die Borniertheit zu bekämpfen, die noch in unseren eigenen Reihen regiert.“¹⁶⁵

¹⁶⁰ AIRM Nr. 40, Conseil National, 21.1.1923 (Rosmer).

¹⁶¹ Parti Communiste Français, Fédération de la Seine, Congrès fédéral administratif (17.7.1921). Rapport Moral du Secrétaire, Paris 1921, S. 3–5.

¹⁶² Siehe den Augenzeugenbericht einer Sympathisantin der „Linken“: Louise Bodin, *Le Drame politique du Congrès de Paris (15–19 Octobre 1922)*, Paris 1922. Die beste Darstellung bei Wohl, Making, S. 289ff.

¹⁶³ Der Vierte Weltkongreß stellte fest, „daß die Entwicklung der Kommunistischen Partei Frankreichs vom parlamentarischen Sozialismus zum revolutionären Kommunismus mit außerordentlicher Langsamkeit vor sich geht.“ Keineswegs sei dies nur durch die objektiven Verhältnisse begründet, sondern „in der unentschlossenen, schwankenden, abwartenden Politik der führenden Elemente.“ Demgegenüber habe die Linke „in den wichtigsten Fragen der revolutionären Bewegung [...] eine richtige Stellung“ eingenommen. Die politische Resolution in der französischen Frage, in: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 985f. Siehe auch die Rede Trotzki zur französischen Frage, ebd., S. 838–873.

¹⁶⁴ Frossard, *De Jaurès à Lénine*, S. 228f.

¹⁶⁵ AIRM Nr. 43, Bericht über den Congrès von Bourges (C.G.T.U.), 24.11.1923, S. 8.

Bei den C.G.T.U.-Funktionären trafen die kommunistischen Fraktionen jedoch in aller Regel auch dann auf Mißtrauen, wenn sie selbst PCF-Mitglieder waren. „Les camarades communistes à la tête d'organisations syndicales“, so resümierte die zentrale Gewerkschaftskommission des PCF, „virent dans le travail de la Commission, de la fraction syndicale non pas même un contrôle, mais un organisme qui allait gêner leur action syndicale. Il n'y avait pas, avant tout, cette compréhension de ce qu'était le travail des communistes dans le syndicat; de ce qu'est le rôle des communistes à la tête des organisations syndicales. Il y eut lutte parfois, dualité, et dans la majorité, de ces méfiances au moins entre la Commission syndicale, la fraction là où elle existait, et les militants communistes responsables d'organisations syndicales.“¹⁶⁶ Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die kommunistische Gewerkschaftsarbeit auch in der Pariser Region nicht recht vorankam. Von 211 Einzelgewerkschaften, die es 1925 in den Départements Seine und Seine & Oise gab, bestanden nur in 41 kommunistische Fraktionen. Weitere 47 Einzelgewerkschaften hatten ein Parteimitglied als Sekretär an ihrer Spitze; in 11 Gewerkschaften war die Verbreitung der kommunistischen Parolen mit Hilfe eines dem PCF angehörigen Mittelsmannes möglich.¹⁶⁷ Darüber hinaus mußte die Pariser Gewerkschaftskommission des PCF die „völlig oder fast völlig fehlende Berichterstattung“ ihrer Unterorganisationen konstatieren. Auch von den faktisch bestehenden Fraktionen erhielt die Kommission keine Tätigkeitsberichte.¹⁶⁸ Diese mehr oder minder niederschmetternde Bilanz verdeutlicht einmal mehr das hohe Maß an Abhängigkeit, in dem sich die Pariser Kommunisten gegenüber der C.G.T.U. befanden. Letztere aber war gemäß den lokalistischen und föderalistischen Prinzipien organisiert, die den revolutionären Syndikalismus traditionellerweise prägten, und stand daher dem kommunistischen Zugriff nicht ohne weiteres offen.¹⁶⁹ In einem Bericht des PCF an das EKKI vom 1. Juni 1923 wurde dieses Problem offen angesprochen: „Une autre cause de faiblesse a résidé dans l'inorganisation presque totale de la C.G.T.U., à laquelle nos possibilités d'action étaient strictement liées. Jamais nous n'avons autant à regretter que le principe fédéraliste soit encore aussi vivant dans la C.G.T.U. Le secrétariat de cette organisation a dû nous avouer bien de fois l'impuissance totale dans laquelle il se trouvait de donner des ordres à ses Unions départementales ou à ses fédérations d'industrie.“¹⁷⁰ Und 1926 resümierte Alfred Costes, der damalige Sekretär der Pariser Bezirksleitung des PCF ernüchert, „que la majorité des ouvriers de la R.P. [i.e. région parisienne, A.W.] n'a

¹⁶⁶ AN F7 13093, Aux Comités régionaux et Secrétaires des Commissions syndicales des Régions et Rayons (Kopic), 5.1.1925.

¹⁶⁷ AIRM Nr. 109, Rapport sur l'état des Fractions dans la Région Parisienne [Dezember 1925]. Im offiziellen Bericht der Gewerkschaftskommission hieß es freilich, man habe in 98 von 211 Einzelgewerkschaften wirkliche Fraktionen etablieren können – ein typischer Fall von Beschönigung der Fakten nach „oben“. Siehe AIRM Nr. 191, Rapport de la Section Syndicale de la Région Parisienne, 29.1.1926, S. 14.

¹⁶⁸ Ebd., S. 5.

¹⁶⁹ Für die fortbestehenden Auseinandersetzungen innerhalb der C.G.T.U. zwischen Kommunisten und Syndikalisten siehe die Protokolle der nationalen Kongresse: Confédération Générale du Travail Unitaire, Congrès National extraordinaire, 2e Congrès de la C.G.T.U., tenu à Bourges (12–17 Novembre 1923), Paris 1923, v.a. S. 89ff., S. 114ff. (Intervention Besnard), 205ff., S. 373 (Abstimmungsergebnisse).

¹⁷⁰ AIRM Nr. 42, Rapport du Secrétariat du Parti Communiste Français au Comité exécutif élargi, 1.6.1923, S. 8. Hervorhebung von mir.

pas de sens de l'organisation, d'autres sont anarchisants, ce sont des éléments qui viendront à nous dans l'espoir de révolution immédiate.¹⁷¹

Als typisches Beispiel für die Hindernisse, die sich daraus der kommunistischen Gewerkschaftspolitik in den frühen 20er Jahren in den Weg stellten, mag die Ablehnung gelten, die im November 1922 ein kommunistischer Vorstoß in der *Union des Syndicats de la Seine* erfuhr. Das beschlußfassende Plenum der U.S.S., das Generalkomitee, in dem sämtliche der Union angeschlossenen Gewerkschaften vertreten waren, sprach sich zu dieser Zeit einmütig für eine großangelegte Kampagne aus. In ihr ging es um wirtschaftliche Teilforderungen der Arbeiterschaft wie die Aufrechterhaltung des Achtstundentags, die Erhöhung der Löhne sowie den Protest gegen die neue eingeführte Lohnsteuer.¹⁷² Zur gleichen Zeit erhielt das Exekutivkomitee der U.S.S. eine Einladung des PCF, sich an einer großen Demonstration am 11.11.1922 („armistice“) für die Amnestie politischer Gefangener zu beteiligen. Das Exekutivkomitee lehnte ab und fühlte sich in seiner Entscheidung bestärkt, als es erfuhr, daß eine solche Einladung auch an die übrigen Arbeiterorganisationen im Großraum Paris ergangen war,¹⁷³ so etwa an die *Union des Syndicats ouvriers confédérés de la Seine* der C.G.T. und an die S.F.I.O. Für die U.S.S. freilich war dies ein Grund mehr, ihre Beteiligung zu verweigern, wollte man doch mit den reformistischen Organisationen nichts mehr zu tun haben. Das Generalkomitee billigte die Haltung des Exekutivkomitees und beschloß für die Zukunft: „1° – L'Union ne devra répondre désormais à aucune demande de manifestation provenant de groupements extérieurs au syndicalisme. 2° – Sous aucun prétexte elle n'entretiendra des relations avec les syndicats réformistes contre lesquels l'exclusive a été portée depuis la scission et dont l'Union ne veut pas reconnaître leur existence légale.“¹⁷⁴ Dieser Position, in der sich die Ablehnung der kommunistischen Einheitsfronttaktik mit dem syndikalistischen Autonomiebewußtsein verband, schloß sich die große Mehrheit der Delegierten an. Nur 18 von insgesamt 109 Stimmen (bei 25 Enthaltungen) wurden für die konkurrierende kommunistischfreundliche Resolution abgegeben, die die Entscheidung des Exekutivkomitees mißbilligte und auf den Entschluß des Kongresses von Saint-Etienne hinwies, der die Kooperation mit anderen revolutionären Organisationen ausdrücklich erlaubte.¹⁷⁵

Angesichts solcher fortbestehender Spannungen zwischen Kommunismus und revolutionärem Syndikalismus ist es leicht einzusehen, daß der PCF nach alternativen Strategien suchte, um in der Pariser Arbeiterschaft Fuß zu fassen. Eine Möglichkeit zur gemeinsamen Aktion mit der C.G.T.U., die sich überdies trefflich in das Einheitsfrontkonzept einfügte, bestand in der Organisation von Betriebsräten. Bereits im Krieg hatte es in der Pariser Rüstungsindustrie unter dem sozialistischen Rüstungsminister Albert Thomas Ansätze zu einer betrieblichen Vertretung der Arbeiter gegeben.¹⁷⁶ Der Impuls für die „comités d'usines“ bzw. „conseils d'usines“¹⁷⁷ ging von der

¹⁷¹ AIRM Nr. 189, Bureau Régional, 4.8.1926, S. 5.

¹⁷² Siehe AN F7 13618, 16.11.1922, Réunion du Comité Général de l'Union des Syndicats de la Seine, 15.11.1922.

¹⁷³ Siehe L'Humanité, 8.11.1922.

¹⁷⁴ AN F7 13618, 16.11.1922, Réunion du Comité Général de l'Union des Syndicats de la Seine, 15.11.1922.

¹⁷⁵ Ibid.

¹⁷⁶ Hatry, Délégués d'ateliers.

¹⁷⁷ Beide Begriffe wurden in der Anfangszeit synonym verwandt. Zu erklären ist die Begriffsdifferenz durch die Überlagerung der genuin französischen Bezeichnung *comité* durch die Rezeption der russi-

Union des Syndicats de la Seine bzw. von der Führungsspitze der C.G.T.U. um Monmousseau aus und wurde vom PCF lebhaft unterstützt.¹⁷⁸ Seit dem Kongreß von Saint-Etienne erhielt die Betriebsrätefrage bevorzugte Priorität. Dabei konzentrierte man sich von Beginn an auf die strategisch bedeutsame Pariser Metallindustrie, wo man die größte Kampfbereitschaft vermutete. Im August 1922 wurde der erste Betriebsrat bei Renault in Billancourt gegründet, ein Ereignis, dessen zeitliches Zusammentreffen mit dem Beginn der Berliner Betriebsrätebewegung kaum zufällig sein dürfte.¹⁷⁹

Freilich unterschieden sich im Vergleich zu Berlin die Rahmenbedingungen einer solchen Bewegung fundamental: In Deutschland war die Erfahrung der Revolutions- und Rätezeit 1918/19 durch das Betriebsrätegesetz in die soziale Verfassung der Weimarer Republik eingegangen; in Frankreich hingegen bestand kein rechtlicher Anspruch auf betriebliche Mitbestimmung.¹⁸⁰ Faktisch konnte es sich also bei der Organisation von Vertretungsorganen auf der Ebene der Einzelunternehmen zu dieser Zeit nur um „wilde“ Betriebsräte handeln. Als solche waren sie der Gegnerschaft seitens der reformistischen Gewerkschaften gewiß. Ähnlich wie in Deutschland der ADGB betrachteten die C.G.T. und die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften die Betriebsräteinitiative mit großem Mißtrauen und befürchteten eine schädliche Konkurrenz für den Gewerkschaftsgedanken.¹⁸¹ Aber auch innerhalb der C.G.T.U. selbst war die Betriebsrätebewegung, die im Frühjahr 1923 ihren ersten Höhepunkt erlebte, nicht unumstritten. Widerstand kam vor allem von denjenigen „syndicalistes purs“, die jegliche Einflußnahme auf die Gewerkschaftsbewegung von außenstehenden „politischen“ Kräften ebenso ablehnten wie eine zu starke Hinwendung zu den unorganisierten Arbeitern. Ähnlich wie bei der Frage der Moskauerorientierung bestand die Befürchtung, der revolutionäre Syndikalismus könne „von außen“ manipuliert und seiner Wirkungsmacht beraubt werden: „Ou [...], les Comités d’usines seront intérieurs au syndicalisme, et le syndicalisme, renforcé, sera capable de remplir sa mission historique [...] ou, au contraire, les Comités d’usines seront extérieurs au mouvement syndical, suivront les directives du Parti, désagrégeront et détruiront le mouvement ouvrier et feront le jeu adverse.“¹⁸² Die Betriebsrätebewegung in der Pariser Metallindustrie wurde also in erster Linie getragen von der schmalen kommunistischen Fraktion der C.G.T.U. und dem majoritären kommunisumnahen Lager um Monmousseau und Berrar, dem Sekretär der Pariser Metallarbeitergewerkschaft. Für Berrar stellen die Betriebsräte weniger ein Vertretungsorgan der Arbeiterschaft im Betrieb dar als vielmehr die Keimzelle einer künftigen, nachrevolutionären Wirtschafts- und Sozialordnung. „[Ces Conseils] doivent être composés avant tout d’ouvriers intelligents

schen und deutschen Rätebewegung, deren Übersetzung im Französischen *conseils* lautet. Vgl. AN F7 13777, La question de Conseils d’Usines, 14.3.1923, und Alfred Rosmer, Motion sur la politique syndical (August 1922), in: Origines et débuts des partis communistes des pays latins, S. 570: „[Le parti] [...] soutiendra [...] la propagande de la Confédération générale du travail unitaire pour la création de Comités d’Usine et de Conseils d’ouvriers.“ Hier wird die jeweilige Herkunft der beiden Begriffe sprachlich exakt unterschieden.

¹⁷⁸ Vgl. *l’Humanité*, 9.8.1922.

¹⁷⁹ Siehe Depretto u. Schweitzer, *Communisme*, S. 85.

¹⁸⁰ Reguläre Betriebsräte (comités d’entreprise) wurden in Frankreich erst 1945 durch einen Erlaß De Gaulles geschaffen.

¹⁸¹ AN F7 13777, La question de Conseils d’Usines, 14.3.1923; ebd., 29.3.1923, C.G.T., Fédération Nationale des Métaux: Le réajustement des salaires; Le Rappel, 19.4.1923.

¹⁸² So die Auffassung eines C.G.T.U.-Funktionärs nach ebd.

et bien au courant de leur métier, afin qu'ils soient aptes à prendre en main la Direction de l'usine, le jour où les travailleurs feront leur Révolution.¹⁸³ Entgegen der skeptischen Auffassung der „syndicalistes purs“ sollte diese Mobilisierung am Arbeitsort, in der Fabrik, helfen, traditionelle „korporatistische“ Vorurteile und mentale Schranken der oben geschilderten Art¹⁸⁴ zu überwinden und die Arbeiter am Ort ihrer „Ausbeutung“ selbst zu aktivieren, unabhängig davon, ob und welcher Organisation sie angehörten. Welche Funktion die Betriebsräte in diesem syndikalistisch-kommunistischem Kalkül erfüllten, legte der ehemalige Anarchist Victor Delagarde dar, der seit 1921 dem PCF und seit 1922 dem Exekutivkomitee der *Fédération des Métaux* (C.G.T.U.) angehörte: „Bien des erreurs ont été commises sur ce sujet. L'une des principales fut de déclarer que lesdits comités d'usine constituaient un syndicalisme nouveau, laissant ainsi supposer que nous pensions que le syndicalisme avait fait faillite et que nous voulions créer une nouvelle forme d'organisation. Rien n'est plus faux. C'est justement parce que nous croyons à la valeur révolutionnaire du syndicalisme que nous voulons qu'il soit l'organisateur et l'animateur des masses ouvrières. Le syndicalisme qui, à ses débuts, lia les ouvriers sur la base de la corporation, est obligé de tenir compte de l'évolution même de l'industrie et de considérer qu'il est de son devoir d'unir sur le terrain même de l'usine les ouvriers y travaillant.“ In diesem Sinne könnten die „comités d'usines“ die gleiche Rolle spielen wie die Arbeiterräte in Deutschland 1918/19 oder die Fabrikbesetzungen in Italien 1919/20. Auch die Gefahr einer Majorisierung der Bewegung durch Unorganisierte schätzte Delagarde gering ein: „Nous pensons que cette objection dénote chez ses auteurs un manque de confiance dans le syndicalisme. Celui-ci [...] est certain d'être l'interprète fidèle des masses et n'a rien à craindre de leur contact; au contraire, tout à y gagner.“¹⁸⁵ „C'est ainsi“, so umriß Monmousseau die Ziele der „comités d'usines“, que le syndicat trouvera une base de recrutement, constituera son armée et organisera ses cadres; chaque comité d'usine deviendra une pépinière de militants qui s'élèveront rapidement au-dessus du corporatisme et qui feront leur apprentissage du syndicalisme, en en gravisant tous les échelons.¹⁸⁶

Auf dieser Plattform warben die kommunistischen Funktionäre der Metallarbeitergewerkschaft seit Februar 1923 in den Pariser Metallbetrieben intensiv für die Einrichtung von Betriebsräten. Als erstes Organisationsziel strebte man den Zusammentritt einer Delegiertenversammlung an, in der möglichst alle bedeutenden Betriebe vertreten sein sollten.¹⁸⁷ Ein erster solcher „Congrès d'usines“ mit ca. 400 Delegierten fand am 25. März 1923 in Paris statt. Auf ihm wurde die sofortige Bildung von Betriebsräten gefordert und beschlossen.¹⁸⁸ Eine „Commission des Usines“ – ein Ausschuß vergleichbar mit dem Fünffzehnerausschuß in Berlin – wurde konstituiert und

¹⁸³ AN F7 13831, 26.8.1922.

¹⁸⁴ Vgl. oben S. 174f.

¹⁸⁵ V. Delagarde, *Les Comités d'Usine*, in: *L'Humanité*, 29.7.1923. Vgl. Ders. in: *ibid.*, 14.4.1924.

¹⁸⁶ Gaston Monmousseau, *Le contrôle syndical et les comités d'usines*, Paris 1922, S. 13.

¹⁸⁷ Siehe AN F7 13777, 23.2.1923, Réunion de la Maison Chaumont, 22.2.1923; 24.2.1923, Réunion des Métallurgistes du 11ème Arrondissement, 23.2.1923; 14.3.1923, Réunion du personnel de la Maison Hotchkiss, 13.3.1923; 19.3.1923, Réunion des Métallurgistes du 15ème Arrondissement, 18.3.1923; 23.3.1923, Réunion des ouvriers de la Société d'outillage mécanique et d'usinage d'artillerie, 22.3.1923 u.ö.

¹⁸⁸ AN F7 13777, 26.3.1923, Congrès d'Usines de la région parisienne, 25.3.1923. Vgl. Daniel Renoult, *Le Congrès des Usines*, in: *L'Humanité*, 26.3.1923 u. Pierre Monatte, *L'ampleur incompressible du Congrès des Usines*, in: *L'Humanité*, 27.3.1923.

mit der weiteren Arbeit beauftragt. In der Folgezeit gab es eine organisatorische Stabilisierung der Pariser Betriebsrätebewegung. Am 29. April 1923 fand eine zweite Session des „Congrès d'usines“ statt, und es kam zu regelmäßigen Sitzungen eines kleineren Delegiertengremiums.¹⁸⁹

Mithin schien es sich hier um eine ähnliche Bewegung wie in Berlin zu handeln, in der kommunistische Kräfte zumindest hinter den Kulissen die Führung übernommen hatten, um mittels der Einheitsfront von unten eine Kampfposition zu etablieren.¹⁹⁰ Diese Einschätzung wird bestätigt durch den Widerstand, den die Bewegung auch in C.G.T.U.-Kreisen herausforderte.¹⁹¹ So wurde im Gefolge des „Congrès d'usines“ an der Basis wieder eingehend und kontrovers über die Frage der Gewerkschaftsautonomie diskutiert.¹⁹² Und ein Mitglied der Commission des Usines sah sich veranlaßt zu unterstreichen, daß man mit der Betriebsrätebewegung keinesfalls beabsichtige, die gewerkschaftlichen Organisationen zu ersetzen.¹⁹³ Doch zeigte sich bei der Propaganda der Betriebsräte einmal mehr die Abhängigkeit des PCF von den unitären Gewerkschaften. Denn ohne die Initiative von U.S.S. und *Syndicat des Métaux* hätten die Pariser Parteikommunisten allein mit ihren damals nur noch 4.000–5.000 Mitgliedern in den Betrieben der Pariser Metallindustrie nichts auszurichten vermocht.

Und auch inhaltlich war die Pariser Bewegung von ganz anderen Zielen geleitet als die revolutionären Betriebsräte in Berlin. Ging es im inflationsgeschüttelten Deutschland und der Reichshauptstadt um das revolutionäre Programm einer Arbeiterregierung, wie es in rudimentärer Form die Aufgabenstellung der Kontrollausschüsse verkörperte, stand in Paris die Lohnfrage im Vordergrund. Die Idee der Betriebsräte stieß nur in dem Maße auf Zustimmung, wie sie die unmittelbaren sozialen und erwerbsrelevanten Belange der Arbeiterschaft thematisierte.¹⁹⁴ Berrar wußte: „Le seul moyen d'intéresser la classe ouvrière était d'agiter la question des salaires.“¹⁹⁵ Die Stichworte für den „Congrès d'usines“ bezogen sich denn auch auf die Forderung nach Lohnerhöhungen, die Aufrechterhaltung des Achtstundentages und den Protest gegen die neu eingeführte Lohnsteuer.¹⁹⁶ Darüber hinausgehende Themen, wie sie in Berlin mit Blick auf das Bankgeheimnis, die Produktionskontrolle und die kommunale Verwaltung angeschnitten wurden, spielten in Paris keine Rolle. Im Gegensatz

¹⁸⁹ AN F7 13777, 27.4.1923, Au sujet de la 2ème session du Congrès des Usines; 30.4.1923, Deuxième Session du Congrès des Usines de la région parisienne, 29.4.1923; 15.6.1923, Réunion des délégués d'usines de la région parisiennes, 14.6.1923.

¹⁹⁰ So lautete auch die Einschätzung der Sicherheitsbehörden. Siehe AN F7 13777, 14.3.1923, La question des Conseils d'Usines.

¹⁹¹ Vgl. Le Rappel, 19.4.1923.

¹⁹² Siehe z.B. AN F7 13777, 24.6.1923, Assemblée générale des Métaux, 23.6.1923; 22.7.1923, Assemblée générale du Syndicat des Métaux de la Seine, 21.7.1923; 27.7.1923, Réunion du Syndicat des Métaux, 26.7.1923.

¹⁹³ AN F7 13777, 30.4.1923, Deuxième Session du Congrès des Usines de la région parisienne, 29.4.1923 (Dejonkère).

¹⁹⁴ So forderte etwa eine Metallarbeiter aus dem 15. Arrondissement: „L'établissement des conseils d'usine [...] est de première importance mais il faudra réserver une grande place à l'augmentation des salaires et au maintien de la journée de 8 heures [...]. Il servira aussi à protester énergiquement contre l'impôt sur les salaires.“ AN F7 13777, 19.3.1923, Réunion des Métallurgistes du 15ème Arrondt., 18.3.1923 (Vagnière).

¹⁹⁵ AN F7 13777, 24.3.1923, Réunion organisée par les ouvriers de la Voiture-Aviation et des Métaux de Levallois, 23.3.1923.

¹⁹⁶ AN F7 13777, 26.3.1923, Congrès d'Usines de la région parisienne, 25.3.1923; 30.4.1923, Deuxième Session du Congrès des Usines de la région parisienne, 29.4.1923.

zur Reichshauptstadt handelte es sich hier eben um eine primär gewerkschaftliche, wenn auch radikal inspirierte Bewegung, die die Arbeiter nur mittels der Formulierung von aktuellen Tagesforderungen zu mobilisieren vermochte. Daß man damit vor allem hoffte, in das große Lager der nichtorganisierten Metallarbeiter hineinzuwirken, brachte insbesondere auch der Tätigkeitsbericht des PCF vom April 1923 zum Ausdruck. Zum „Congrès des Usines“ hieß es hier u.a.: „Deux problèmes préoccupaient les congressistes: Comment ranimer la confiance entre ouvriers au sein de chaque usine, syndiqués divers et non syndiqués? [...] Comment remonter la côte de la baisse des salaires?“¹⁹⁷

In Berlin waren die kommunistischen Betriebsräte außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen und gegen den Willen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale gebildet worden. Unter dem Druck der galoppierenden Inflation folgten sie von Beginn an einem eminent politischen Revolutionsprogramm. Die Pariser Betriebsrätebewegung erfuhr zwar ebenfalls die lebhafteste Unterstützung der Kommunisten. Doch letztlich entstand sie aus der Mitte der unitären Gewerkschaftsorgane, die in der Pariser Metallindustrie das Organisationsmonopol innehatten. Mit ihr waren weder die reformistischen Gewerkschaften noch der demokratische Rechtsstaat direkt tangiert. Die Einzelforderungen blieben im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Lohnempfängern.

Damit ist einiges über den differierenden Charakter der kommunistischen Bewegungen beider Hauptstädte ausgesagt. Unter dem gigantischen Krisendruck der Jahre 1922/23, der die politische Radikalisierung begünstigte, konnte der deutsche Kommunismus, wie er unter anderem in Berlin begegnete, mit seiner Orientierung am politischen Freund-Feind-Denken und an behaupteten Optionszwängen eine eigenständige Rolle spielen. Außerhalb der traditionellen Arbeiterorganisationen stehend und eine Art radikaler Gegenwelt repräsentierend, stellte er sich politisch radikaler, furchterregender und totalitärer dar, als dies in Frankreich der Fall war. Insbesondere im Großraum Paris lebte die kommunistische Bewegung noch im Jahre 1923 in hohem Maße von der temporären Synthese zwischen revolutionärem Syndikalismus und Bolschewismus. Ohne die C.G.T.U. und ihre Pariser Unterorganisationen wie U.S.S. und *Syndicat des Métaux* war der französische Kommunismus zu dieser Zeit noch wie ein Generalstab ohne Heer. In Fortsetzung zu dem, was oben bereits über die politische Opposition gegen den Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit gesagt worden ist, läßt sich also einmal mehr feststellen, daß der frühe französische Kommunismus über weite Strecken gewerkschaftlich, d.h. syndikalistisch gebunden blieb. Mithin hatte er auf die realen Bedürfnisse der Arbeiter stärker Rücksicht zu nehmen, wohingegen die totalitäre Umprägung des sozialen Protests in ein Freund-Feind-Schema zu diesem Zeitpunkt noch eine nachgeordnete Rolle spielte.

III. Totalitäre Propaganda und paramilitärische Organisation

Die deutsch-französischen Unterschiede in der frühen kommunistischen Bewegung werden ebenso deutlich, wenn man auf die Organisation paramilitärischer Verbände blickt. Die Existenz paramilitärischer Organisationen, in denen sich das Freund-

¹⁹⁷ AIRM Nr. 43, Rapport sur le Parti Français, April 1923, S. 12.

Feind-Denken im gleichsam physischen Sinne kristallisiert, haben wir einleitend als notwendiges Merkmal totalitärer Bewegungen identifiziert. Hierunter hatten wir ebenso das Streben danach subsumiert, das staatliche Gewalt- und Waffenmonopol zu durchbrechen, wie die häufig rudimentären Vorformen eines parteiinternen „Nachrichtendienstes“. Darüber hinaus verband sich der Paramilitarismus der totalitären Bewegungen mit dem Versuch, ein virtuelles Meinungsmonopol auch gegenüber Andersdenkenden durchzusetzen.¹⁹⁸ Für die Kommunistische Internationale ergab sich die Notwendigkeit einer quasi-militärischen Disziplin aus der Erfahrung des russischen Bürgerkriegs, die sie für ihre westeuropäischen Sektionen verbindlich machte. So forderte der II. Weltkongreß der Komintern einen „eisernen proletarischen Zentralismus“: „Um die Arbeiterklasse mit Erfolg in dem ausgebrochenen langwierigen Bürgerkriege zu führen, muß die kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen.“¹⁹⁹ Auch die außerrussischen Parteien sollten daher „auf dem Prinzip der strengsten Zentralisierung aufgebaut sein, und in der Epoche des Bürgerkrieges [...] in ihren Reihen militärische Disziplin walten lassen.“²⁰⁰ Untersucht man die kommunistischen Bewegungen im Deutschland und Frankreich der frühen 20er Jahre mittels dieser Kriterien, ergeben sich klare Unterschiede. So stand bereits die revolutionäre Betriebsräte- und Kontrollausschußbewegung der Jahre 1922/23 in einem engen Zusammenhang mit der paramilitärischen Organisation des „proletarischen Selbstschutzes“. Daß die Massenmobilisierung durch Betriebsräte und Kontrollausschüsse mit dem Versuch zusammenhing, das staatliche Gewaltmonopol im Zeichen der „Notwehr“ zu durchbrechen, wurde von den Kommunisten selbst häufig betont. Gerade weil es den revolutionären Betriebsräten und Kontrollausschüssen aber nicht gelang, staatliche Verwaltungsfunktionen zu übernehmen, bildeten sie zusammen mit den seit Anfang 1923 formierten „Abwehrhundertschaften“, „Betriebshundertschaften“ etc. eine funktionale Einheit.²⁰¹ Als revolutionäre Einheitsfront- und außerparlamentarische Klassenorgane, so entschied der Leipziger Parteitag der KPD Ende Januar 1923, zielten Betriebsräte, Kontrollausschüsse und Arbeiterwehren darauf, die reformistischen „Verräter“ aus der Arbeiterbewegung herauszudrängen, die Sozialdemokratie zugunsten des Kommunismus zu „liquidieren“ und der Bourgeoisie eine „einheitliche Kampffront“ entgegenzustellen, „um mit diktatorischer Gewalt alle Widerstände der Gegenrevolution niederzuschlagen“.²⁰² Eine solche Kampffront könne möglicherweise auch die Form einer parlamentarisch gebildeten „Arbeiterregierung“ annehmen.²⁰³ In jedem Fall aber lehre die

¹⁹⁸ Vgl. oben, S. 12.

¹⁹⁹ Leitsätze über die Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 24.7.1920, Punkt 13, abgedr. in: Komintern und revolutionäre Partei, S. 64.

²⁰⁰ Ebd., S. 67.

²⁰¹ Siehe etwa RI' Nr. 102, 8.5.1923, Konferenz der Kontrollausschüsse von Berlin-Brandenburg; RI' Nr. 108, 15.5.1923 Beschluß des Reichsausschusses der Betriebsräte.

²⁰² Bericht über den III. (8.) Parteitag der KPD, S. 415 u. 417.

²⁰³ Diese Entschlüsse des III. Parteitages repräsentierten in gewissem Sinne eine Art Formelkompromiß, in dem sich die heftigen Auseinandersetzungen und hitzigen Wortgefechte um die Einheitsfronttaktik niederschlugen, die zwischen der Parteiführung um Brandler und Thalheimer und der „linken“ Opposition geführt wurden. Während erstere angesichts der politischen Verhältnisse in Sachsen und Thüringen eine „Einheitsfront von oben“ mittels einer parlamentarisch gewählten „Arbeiterregierung“ als legitimen und wichtigen Schritt betrachteten, wollten letztere die Betonung auf die „Einheitsfront von unten“ und ihre außerparlamentarischen Kampforgane gelegt wissen. Der Parteitagsbe-

„geschichtliche Erfahrung der Klassenkämpfe, daß die Widerstände der Bourgeoisie nur mit Gewalt gebrochen werden können. Der Verlauf dieser Kämpfe muß zur Sprengung der demokratischen Verfassung, zur proletarischen Diktatur führen, wenn die Arbeiterklasse nicht unterliegen will. Die Kommunistische Partei sagt deshalb den Massen, daß die Arbeiterregierung die Vorbereitung des Proletariats zu schärfsten Kämpfen bis zum Bürgerkrieg erfordert, der der Arbeiterschaft von der Bourgeoisie [...] durch ihre wirtschaftliche Sabotage und ihre legalen und illegalen, nationalen und internationalen Organisationen der bewaffneten Gegenrevolution aufgezwungen wird.“²⁰⁴ Die „Bewaffnung der Arbeiterschaft“ sei daher eine entscheidende Vorbedingung für den möglichen Eintritt der KPD in eine „Arbeiterregierung“.²⁰⁵

Der Hauptschwerpunkt der proletarischen Hundertschaften lag 1923 denn auch in Sachsen und Thüringen, wo sie sich unter dem Schutz der von den Kommunisten mitgetragenen Linksregierungen vergleichsweise ungestört entwickeln konnten.²⁰⁶ In idealtypischer Weise entfaltete sich hier die kommunistische als totalitäre Bewegung gemäß den von uns festgestellten Merkmalen, was sich insbesondere in der paramilitärischen Durchorganisation bis hin zu einem leidlich funktionierenden Nachrichtendienst äußerte.²⁰⁷

Aber auch in Berlin stand die Bildung von Hundertschaften auf der Tagesordnung.²⁰⁸ Im Frühjahr 1923 stellte der Preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung eine außerordentlich rege Propaganda für die „Selbstschutzorganisationen“ fest. Insbesondere in den strategisch bedeutsamen, „lebenswichtigen Betrieben“ der Reichshauptstadt wie den Städtischen Elektrizitäts- und Gaswerken wurde die Bildung von Betriebshundertschaften beschlossen. Man verständigte sich darauf, einem etwaigen Einsatz der Technischen Nothilfe gegebenenfalls auch mit Gewalt entgegenzutreten.²⁰⁹ Zur gleichen Zeit mehrten sich in Berlin die Hinweise darauf, daß Jugendliche und entlassene Soldaten in der Umgebung der Reichshauptstadt zu paramilitärischem Training zusammengezogen wurden.²¹⁰ Das aus der Revolutionszeit des Jahres 1919 bekannte Gegenüber von linksextremer Agitation und dem Konzept von „Notwehr“ und „Ordnung“ begegnete hier erneut. Zwar ließen sich diese Pläne nicht

schluß lautete: „Der Kampf für die Arbeiterregierung darf die Propaganda der Kommunisten nicht schwächen, denn die Arbeiterregierung [...] ist nur ein Stützpunkt, eine Etappe des Proletariats in seinem Kampfe um die politische Alleinherrschaft.“ Bericht über den III. (8.) Parteitag der KPD, S. 422. Vgl. Angress, *Kampfzeit*, S. 307ff.

²⁰⁴ Bericht über den III. (8.) Parteitag der KPD, S. 421.

²⁰⁵ *Ebd.*, S. 422.

²⁰⁶ Eine moderne Studie über die proletarischen Hundertschaften in Thüringen und Sachsen wäre wünschenswert, liegt bislang allerdings nicht vor. Vgl. Klaus Hohlfeld, *Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung*, phil. Diss. Erlangen 1964, S. 43ff. Eine vornehmlich juristische Analyse der Reichspolitik in der sächsischen Krise 1923 gibt Heinrich Weiler, *Die Reichsexekution gegen den Freistaat Sachsen unter Reichskanzler Dr. Stresemann im Oktober 1923. Historisch-politischer Hintergrund, Verlauf und staatsrechtliche Beurteilung*, Frankfurt/M. 1987. Vgl. des weiteren Manfred Overesch, Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 96ff.

²⁰⁷ Siehe dazu das Material des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung in BAK R 134, Nr. 56, fol. 48–68. Zum kommunistischen Nachrichtendienst siehe Bernd Kaufmann u.a., *Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937*, Berlin 1993, hier v.a. S. 80ff. über die Umsturzvorbereitungen des Jahres 1923.

²⁰⁸ Nach Karl Retzlav, *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt/M. 1971, S. 265, war Berlin damals eines der Zentren für die Hundertschaften.

²⁰⁹ IfZ. MA 155 (Bestand BAK R 43 I/2730), Lageberichte vom 18.4. und 23.4.1923.

²¹⁰ BIIIA Pr.Br. Rep. 2A, I Pol 1063/3, fol. 36–57.

im vollen Umfang ausführen,²¹¹ aber Mitte April konnten die Kommunisten auch in Berlin nicht nur agitatorische, sondern auch organisatorische Erfolge verbuchen. Schwerpunkte der Betriebshundertschaften waren die Werke des AEG-Konzerns, die Loewe- und Ambi-Werke sowie das Moabiter Elektrizitätswerk, wo die Betriebshundertschaften eine Stärke von 2.500 Mann erreichten.²¹² Dabei achtete die Berliner KPD darauf, so wurde mitgeteilt, „nach außen hin unter keinen Umständen in Erscheinung treten zu lassen, daß der ‚Selbstschutz‘ der Organisation des Bürgerkrieges diene. Nur in internen Funktionärsversammlungen könne darüber gesprochen werden, daß eine militärische Organisation in der Bildung begriffen sei.“²¹³

In Preußen wurde der Bewegung mit dem Verbot der proletarischen Hundertschaften, das Severing am 12. Mai 1923 erließ, die Spitze abgebrochen.²¹⁴ Kurz darauf erließ der Innenminister für das gesamte preußische Staatsgebiet auch ein allgemeines Verbot aller Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel mit der charakteristischen Begründung: „Die in letzter Zeit in der Tagespresse erschienenen Veröffentlichungen über Möglichkeiten der Durchführung eines Bürgerkrieges haben in weitesten Kreisen des Volkes lebhaft Beunruhigung hervorgerufen. Die Besorgnis der unter der Teuerung und den Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung ohnehin schwer leidenden Bevölkerung wird weiter genährt, und die Spannung zwischen den Anhängern verschiedener politischer Anschauungen verschärft, wenn von einzelnen politischen Parteien und Organisationen sowie deren Zeitungen zu Massenkundgebungen unter freiem Himmel [...] wie zu Gegendemonstrationen und Selbstschutz aufgerufen wird.“²¹⁵

Zwar bemühten sich die Kommunisten weiterhin, auch in der Hauptstadt den proletarischen „Selbstschutz“ zu organisieren. In manchen Berliner Arbeiterbezirken wie Moabit und Lichtenberg wurde das Verbot offen mißachtet; noch Mitte Juni lagen Listen aus, in denen sich diejenigen Parteimitglieder eintragen sollten, die den kommunistischen Kampforganisationen im Ernstfall zur Verfügung stehen würden.²¹⁶ Und im September 1923 erreichte in Berlin der Fund zweier größerer Waffenlager der KPD „für Zwecke des Bürgerkrieges“ Aufsehen.²¹⁷ Aus der Sicht des Reichskommis-

²¹¹ IfZ MA 155 (Bestand BAK R 43 I/2730), das Schreiben Künzers an den Staatssekretär der Reichskanzlei vom 5.5.1923.

²¹² Ebd., Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung, 14.4.1923.

²¹³ BAK R 134, Nr. 19, fol. 58, Lagebericht des RKO vom 1.3.1923.

²¹⁴ Siehe Reichsanzeiger Nr. 110, 14.5.1923. Nach Einschätzung Severings usurpierten die proletarischen „Selbstschutzorgane“ zunehmend staatliche Hoheitsfunktionen wie Straßenpatrouillen und Postendienst. Zur Beurteilung des proletarischen Selbstschutzes durch die Regierung und Behörden vgl. BAK R 134, Nr. 19, fol. 58–60, Reichskommis­sar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht vom 1.3.1923; ebd., fol. 82, Lagebericht vom 19.3.1923 über den Zusammenhang zwischen Kontrollausschüssen und proletarischem Selbstschutz; ebd., Nr. 21, fol. 7–10, Lagebericht vom 15.6.1923. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, Das Kabinett Cuno, 22. November 1922 bis 12. August 1923, bearb. v. Karl-Heinz Harbeck, Boppard a. Rhein 1968, Dok. Nr. 164, S. 496–500, Schreiben Cunos an die Reichsminister des Auswärtigen, des Innern und der Justiz, 23.5.1923. Umfangreiches Material zum Verbot der Hundertschaften in Preußen in BI.HA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C. Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 108.

²¹⁵ Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, Jg. 84, Nr. 32, 1. August 1923, S. 807, Verfügung des Ministers des Innern vom 24.7.1923. Das Versammlungsverbot blieb bis zu den Reichstagswahlen im Dezember 1924 in Kraft.

²¹⁶ BAK R 134, Nr. 21, fol. 9, Lagebericht des RKO vom 15.6.1923.

²¹⁷ Vorwärts, Nr. 447, 25.9.1923 („Russisch-Kommunistische Waffenlager). Gefunden wurden 13 leichte Maschinengewehre, 7 schwere Maschinengewehre und ein Minenwerfer. Akten der Reichskanzlei.

sars für Überwachung der Öffentlichen Ordnung, Hermann Emil Kuenzer, stand im Oktober 1923 fest, „daß die KPD ihre ganze Agitation und Propaganda auf den Bürgerkrieg eingestellt hat“, daß sie „mit dem baldigen Ausbruch des Bürgerkriegs rechnet und diesen mit allen Mitteln fördert.“²¹⁸ Zugleich verlagerte sich der Schwerpunkt der revolutionären Bewegung nunmehr definitiv nach Sachsen und Thüringen, wo sie sich unter dem Schutz der „Arbeiterregierungen“ besser entfalten konnte.²¹⁹

Die Geschichte des kommunistischen Aufstandsversuchs im Oktober 1923 braucht hier nicht erneut dargestellt zu werden.²²⁰ Für die KPD wurde er zum Fiasko, was sich unter anderem in der Mitgliederentwicklung sowohl auf Reichs- als auch auf Berliner Bezirksebene niederschlug. Darüber hinaus aber hatte das Scheitern des „deutschen Oktober“ eine paradoxe Konsequenz insofern, als es eine erhebliche Stärkung der oppositionellen Parteilinken nach sich zog. So nahm in Berlin die anti-gewerkschaftliche Stimmung erneut einen nachhaltigen Aufschwung.²²¹ Und die linke Opposition, vertreten v.a. durch die Berliner Bezirksleitung,²²² warf der alten Parteiführung um Brandler und Thalheimer vor, im entscheidenden, „objektiv“ revolutionären Moment versagt zu haben. Einerseits sei eine „opportunistische“ Einheitsfrontpolitik verfolgt worden, die auf ein Bündnis mit der SPD und die gemeinsame „Arbeiterregierung“ hinausgelaufen sei und infolgedessen die revolutionäre Kampfkraft der Arbeiterklasse gebremst habe; andererseits aber habe man, von der Komintern ermuntert, den katastrophal endenden „Entscheidungskampf“ in einem Augenblick gesucht, da die Voraussetzungen für ihn infolge jener „opportunistischen“ Politik schon nicht mehr bestanden hätten.²²³ Aufgabe der KPD sei es nun, so argumentierte die Berliner Bezirksleitung, „die Kämpfe zu organisieren, welche das Proletariat im Oktober-November 1923 *nicht* gekämpft hat, die Kämpfe um die politische Macht.“ Nach wie vor sei die Situation „objektiv revolutionär“, was die „Bewaffnung des Proletariats“ erfordere. Denn die nun eingetretene „Sammlung des Proletariats in Abwehrkämpfen“ könne „schon morgen“ in eine Phase des akuten Kampfes um die politische Macht übergehen. Doch gleichgültig, ob dies morgen oder erst in Jahren eintrete, die KPD müsse sich dessen bewußt sein, daß sie „die *Revolution organisieren* muß, d.h. den Kampf vorbereitet, der mit der Vernichtung der Bourgeoisie

Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Hans Booms, Die Kabinette Stresemann I u. II, 13. August bis 6. Oktober 1923; 6. Oktober bis 30. November 1923, bearb. von Karl Dietrich Erdmann u. Martin Vogt, Boppard a. Rhein 1978, Bd. II, Dok. Nr. 152, S. 648, Schreiben des RKO an den Reichswehrminister, 19.10.1923. Über den begründeten Verdacht, daß die Waffenlieferungen über die russische Botschaft in Berlin erfolgt waren, ebd., Bd. I, Dok. Nr. 83, S. 385f., Kabinettsitzung vom 27.9.1923.

²¹⁸ Ebd., Bd. II, S. 649f.

²¹⁹ Nach kommunistischen Angaben besaßen die proletarischen Hundertschaften nach dem Stand vom 22.10.1923 folgende Stärke: Ostpreußen 1.800, Wasserkante 5.200, Hannover 4.500, Braunschweig 4.900, Westfalen 11.000, Berlin-Brandenburg 9.400, Rheinland 3.600, Mecklenburg 4.000, Pommern 3.200, Hessen-Nassau 4.500, Rhein-Hessen 4.800, Mitteldeutschland 14.000, Thüringen 10.500, Sachsen 16.700, Niederlausitz 6.100, Schlesien 5.900, Oberschlesien 3.500. BIIIA Pr.Br. Rep. 2A, I Pol 1063/3, fol. 14, 31.3.1924.

²²⁰ Vgl. dazu Angress, Kampfzeit, S. 413ff. Zusammenfassend Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 649–654.

²²¹ Weber, Wandlung I, S. 68f.

²²² Beim IX. Parteitag in Frankfurt/M. wurde der Bezirk Berlin-Brandenburg durch 101 Delegierte vertreten, die allesamt der linken Opposition zuzurechnen waren. Weber, Wandlung Bd. I, S. 62.

²²³ Repräsentativ für diese Kritik der Parteilinken der Aufsatz von Ruth Fischer, Der Kampf um die Kommunistische Partei, in: Die Internationale 7 (1924), S. 101–116.

als Klasse endet und die Errichtung der Diktatur des Proletariats bringt.“²²⁴ Mit dieser Argumentation fand sich die Berliner Bezirksleitung um Ruth Fischer und mit ihr die gesamte linke Opposition des Leipziger Parteitages im April 1924 als überwältigende Mehrheit wieder. Gegen den Willen des EKKI eroberte sie auf dem IX. (4.) Parteitag in Frankfurt/M. selbst die unumschränkte Parteiführung.²²⁵

Mithin wäre es ein Irrtum zu glauben, die KPD hätte sich mit dem gescheiterten Hamburger Aufstand von ihren gewaltsamen Umsturzplänen und dem Gedanken des Bürgerkriegs verabschiedet. Eher trifft das Gegenteil zu. Trotz des Fiaskos, in das der Oktoberaufstand 1923 geführt hatte, blieb der Bürgerkriegsgedanke konstitutiv für die Linie der KPD.²²⁶ Ungenügend vorbereitete militärische Aktionen wurden freilich als „Putschismus“ abgelehnt; doch blieb es das unverrückbare kommunistische Ziel, mit allen Mitteln den Klassenkampf zu verschärfen bis hin zur offenen gewaltsamen Auseinandersetzung, um schließlich im revolutionären Bürgerkrieg die Macht zu erobern.²²⁷ Charakteristisch hierfür war etwa die Rede, in der Clara Zetkin 1924 vor dem Fünften Weltkongreß der Komintern die „Fehler“ der KPD-Führung im Jahre 1923 analysierte:

„Die Partei hatte die Aufgabe, die Forderung der Eroberung der Macht als Ziel, die Aufforderung zum Bürgerkrieg als Weg zum Ziel mit allen Tagesnöten und Forderungen des Proletariats zu verbinden. Nicht nur durch bloße Worte, sondern durch tagtäglichen Kampf auf allen Gebieten, durch Ausnutzung aller Formen der Agitation und Aktion, durch Anspannung aller Organe der Partei hatten wir das Fühlen, Denken, Wollen der Massen mit der Idee der Machteroberung, des Bürgerkriegs aufs festeste zu verknüpfen [...]. [Die Partei] besaß keine klare geschichtliche Erkenntnis des inneren Zusammenhangs, der besteht zwischen den Teilkämpfen der Proletarier um Teilforderungen und dem Kampf für die Eroberung der Macht [...]. Sie wertete die Tageskämpfe um Tagesforderungen nicht, wie sie gewertet werden müssen, nämlich als eine Quelle der Erweckung, der Sammlung, der Steigerung und der Erziehung der proletarischen Massenkräfte für den Massenkampf um die Eroberung der Macht [...]. Als der größte Teil der Parteigenossen spät die revolutionäre Situation und die vorliegenden revolutionären Aufgaben erkannte, währte die Parteileitung diese erfüllen zu können durch ein fieberhaftes, organisatorisches und militärisches Rüsten. Das Rüsten in allen Föhren, der organisatorische Ausbau ebenso, beide sind ganz unentbehrlich für die Vorbereitung des Bürgerkrieges. Aber [...] sie müssen Hand in Hand gehen mit einem bewußten, planmäßigen leidenschaftlichen Ausrüsten der breitesten Arbeitermassen mit der Erkenntnis von der Notwendigkeit, der Unvermeidlichkeit des Kampfes mit bewaffneter Hand. Die gesamte Politik der Partei, ihr Wort und ihr Handeln muß die Massen mit der Erkenntnis erfüllen, daß ihnen kein anderer

²²⁴ Die Aufgaben der KPD und Aufgabe der KPD, in: Der Funke, 1.4.1924, S. 1–2.

²²⁵ Siehe Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 353–357. Zum Verlauf des Parteitags ausführlich Weber, Wandlung Bd. I, S. 62ff.

²²⁶ Vgl. dazu auch die hinführenden Bemerkungen von Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 193f.

²²⁷ Die historische Relevanz des kommunistischen Bürgerkriegs- und Machtstrebens sollte nicht mit dem in der Sache richtigen Hinweis gelugnet werden, angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse hätte die KPD ja zu keinem Zeitpunkt eine wirkliche Chance auf die revolutionäre Machteroberung besessen. Damit würde einer gewissermaßen „undialektischen“ Betrachtungsweise das Wort geredet, die die *Wirkung* der kommunistischen Agitation auf die demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionen und ihre „politische Kultur“ insgesamt außer acht ließe.

Ausweg aus ihrem Elend bleibt als der Bürgerkrieg, und wenn er die schwersten Opfer kostet.“²²⁸

Im Lichte dieser Äußerungen wird einmal mehr die Relativität und Problematik offenbar, die sich mit den innerkommunistischen Etikettierungen „rechts“ und „links“ verbinden. Zwar gehörte Clara Zetkin, einst eine Anhängerin Paul Levis, zum „rechten“ Parteiflügel. Als solche war sie davon überzeugt, daß „die Gewalt der Bourgeoisie nur durch die Gewalt des Proletariats überwunden werden [kann]. Die Gewalt ist ein reaktionärer Faktor in der Hand der Bourgeoisie. Sie wird zum befreienden Faktor in der Hand des Proletariats. Das Proletariat muß der Bourgeoisie auch den militärischen Apparat entreißen und ihn in der Roten Armee in den Dienst seines Befreiungskampfes setzen.“²²⁹ Nach der Oktoberniederlage gehörte Clara Zetkin zu den schärfsten Gegnern der neuen „linken“ Parteiführung um Ruth Fischer und Akardij Maslow.²³⁰ Tatsächlich aber kritisierte die „rechte“ Clara Zetkin 1924 die Politik des Jahres 1923 unter der „rechten“ Parteiführung Brandler/Thalheimer in Wendungen, die ziemlich genau den „linken“ Beschlüssen des Frankfurter Parteitag und dem hier verabschiedeten Konzept der „Organisation der Revolution“ entsprachen. Denn auch der Frankfurter Parteitag beschloß die Forcierung wirtschaftlicher Teilforderungen und Tageskämpfe und wies ihnen zugleich eine rein instrumentale Rolle zu, indem er ihre systematische Politisierung, das heißt Orientierung auf das revolutionäre Ziel hin forderte: „Die Kommunisten müssen in vorderster Reihe um die Verbesserung der Lebenslage des Proletariats kämpfen. Aber sie müssen der Arbeiterklasse klar sagen, daß ihr dieser Kampf nur insofern Verbesserungen bringen kann, als er den Kapitalismus erschüttert und zu weiteren revolutionären Kämpfen führt. Die Wirtschaftskämpfe sind für die KPD Vorbereitungskämpfe des *politischen* Machtkampfes.“²³¹ Das Stichwort hierfür lautete „Organisation der Revolution“: „Die Kommunistische Partei muß es lernen, jeden Kampf zu einem revolutionären Kampf zu machen, auch wenn er scheinbar einen ‚rein wirtschaftlichen‘ Charakter besitzt. Die Kommunistische Partei will dabei das Proletariat führen zu Eingriffen in den bürgerlichen Wirtschaftsapparat, um die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktion zu zerbrechen, ihren Herrschaftsapparat in den Fabriken zu desorganisieren. Die Kommunistische Partei führt ebenso den Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat, um ihn zu zerstören.“²³² Konsequenterweise forderte das Aktionsprogramm dazu auf, politische Arbeiterräte zu bilden, „die das Proletariat zum bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie zusammenfassen, organisieren, führen, welche die politischen Organe des Proletariats sind, welche die Organe des bürgerlichen Staates zerstören [...]. Indem die KPD sich ihr Aktionsprogramm für die Periode der Vorbereitung des Machtkampfes gibt, ist sie sich bewußt, daß sie alle in ihm aufgezählten Ziele des Tageskampfes nur unter dem Gesichtswinkel der Organisation der Revolution, der

²²⁸ Protokoll des Fünftens Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 323f. Vgl. den Brief Clara Zetkins an den IX. Parteitag in Frankfurt, in: Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD, S. 85–96.

²²⁹ Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (24. Februar bis 4. März 1922), Hamburg 1922, S. 143.

²³⁰ Auf dem Frankfurter Parteitag wurde sie nicht in die Parteizentrale gewählt. Weber, *Wandlung I*, S. 72f. Vgl. auch ebd., Bd. II, S. 350f.

²³¹ Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD, S. 383.

²³² Ebd., S. 381.

Vorbereitung der Machtergreifung nennt. Sie will die politischen Arbeiterräte schaffen als Organe des Aufstandes und als Organe des Rätestaates [...]. Die KPD sagt dem Proletariat, daß es sich bewaffnen muß, und sie organisiert diese Bewaffnung, damit der Bourgeoisie die wirtschaftliche und politische Macht entrissen werden kann. Die KPD führt alle ihre Kämpfe nur auf diese Ziele hin. Das Aktionsprogramm der KPD zeigt den Weg der Durchführung dieser Aufgaben. Die KPD organisiert die Revolution. Das ist der Sinn des Aktionsprogramms der KPD.²³³

Mithin glich das in Frankfurt mit großer Mehrheit verabschiedete Programm, das die funktionale Einheit von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kämpfen festschrieb, in nachgerade idealtypischer Weise einem totalitären Modell. „Die Partei muß einheitlich gemacht werden. Ihre Führung muß einheitlich sein, ihre Ideologie einheitlich, ihre Struktur einheitlich“, so lauteten die Richtlinien für die „Hauptaufgaben“ der KPD.²³⁴ Von dieser festen organisatorischen und ideologischen Basis aus würde die Partei dann in der Lage sein, in Teil- und Tageskämpfen die Massen propagandistisch und agitatorisch zu mobilisieren und dem Feind den entscheidenden Stoß zu versetzen: den „Vernichtungskampf gegen die Deutschvölkischen, gegen die Reformisten, gegen alle Stützen der kapitalistischen Herrschaft“ zu führen. Keinem Zweifel unterstand dabei, daß dieser Kampf die „Bewaffnung des Proletariats“ erforderte: „Keine wirtschaftliche Maßnahme, die dem Proletariat Besserung der Lebenslage bringt, kann erreicht werden, ohne daß sie durch Auseinandersetzungen von Klasse zu Klasse erzwungen wird. Je größer die Zugeständnisse sind, welche die Bourgeoisie zu machen gezwungen ist, desto größer wird ihr Widerstand sein. Dieser Widerstand kann nur mit der Waffe in der Hand gebrochen werden. Die Bourgeoisie greift zunächst mit der Waffe in der Hand an. Das Proletariat muß die bewaffnete Macht der Bourgeoisie brechen. Nur mit der Waffe in der Hand kann es mit Aussicht auf Erfolg kämpfen.“²³⁵ Alle typischen Merkmale der totalitären Bewegung werden hier manifest: die Ideologie, die Partei, die Propaganda, die paramilitärische Organisation und das Streben nach Bewaffnung.²³⁶ Geeint werden sie durch das von uns als Primärphänomen des Totalitären identifizierte Freund-Feind-Denken.

Nun ist zwar mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Linkskurs der KPD der Jahre 1924/25 insofern illusionistisch war, als er von einer nach wie vor bestehenden revolutionären Situation ausging. Faktisch begann sich die deutsche Wirtschaft nach Währungsstabilisierung und Dawes-Plan allmählich zu erholen. Die Preise blieben einigermaßen stabil, und die Arbeitslosigkeit nahm im Laufe des Jahres 1924 in signifikanter Weise ab. Waren in Berlin im Dezember 1923 noch 235.000 Arbeitslose durch öffentliche Kassen unterstützt worden,²³⁷ so waren es im Juli 1924 nur noch 23.702 – eine Zahl, die, von saisonalen Schwankungen abgesehen, bis zum Winter 1925/26 relativ stabil blieb bzw. noch weiter zurückging.²³⁸ Mithin trifft es zu,

²³³ Ebd., S. 382.

²³⁴ Ebd., S. 385.

²³⁵ Ebd., S. 386f.

²³⁶ Nimmt man noch die im Programm erhobene Forderung nach „Kontrolle der Produktion“ hinzu, so ist damit auch das Kriterium der zentral gelenkten Wirtschaft antizipiert.

²³⁷ Dettmer, Arbeitslose, S. 306.

²³⁸ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 44. Jg., 1924/25, Berlin 1925, S. 300 u. Jg. 45, 1926, Berlin 1926, S. 308. Bei den Zahlen handelt es sich freilich nur um die Empfänger der Erwerbslosenunterstützung, die an bestimmte Voraussetzungen gebunden war. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen war daher höher.

daß die an der „Organisation der Revolution“ orientierte Taktik der KPD an den tatsächlichen Verhältnissen vorbeiging, die Partei infolgedessen an Masseneinfluß verlor und in eine Krise geriet. Die Mitgliederzahlen schrumpften, und die Reichstagswahl im Dezember 1924 bedeutete einen empfindlichen Rückschlag für die KPD.²³⁹ Trotzdem wäre die Auffassung irreführend, aufgrund ihres zurückgehenden Einflusses habe die KPD keine besondere politische Bedeutung mehr gehabt. Gerade mit ihrer „linken“ Taktik stellte sie für die demokratisch-parlamentarische Rechtsordnung einen gravierenden Unruhe- und Instabilitätsfaktor dar. Dies galt allemal für Berlin, die Hochburg der linken Parteiführung, wo auch der Rückgang an Mitgliederzahlen und Wählerstimmen erheblich geringer war als im Reich.²⁴⁰ Auch nach 1923 bestand mit dem Kommunismus eine quantitativ bedeutsame Bewegung, die ihre Identität aus dem bolschewistischen Bürgerkriegsmodell gewann und eine entsprechend gewaltsame Propaganda und Agitation betrieb. Nicht zufällig erschien erstmals in dieser Zeit, seit Oktober 1923, die von der KPD in Berlin herausgegebene militärpolitische Zeitschrift „Vom Bürgerkrieg“ (ab 1926 „Oktober“), in der detaillierte Abhandlungen über Voraussetzungen, Taktik und Durchführung des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkrieges diskutiert sowie historische Beispiele aus der Geschichte des russischen Bürgerkrieges dargelegt wurden.²⁴¹ In ähnlichen, aus der Sowjetunion stammenden und ins Deutsche übersetzten Flugschriften wurden Richtlinien über „Besonderheiten der taktischen Aktionen im Straßenkampf“, „Ausrüstung und Bewaffnung der Truppen“ oder „Chemische Verteidigung im städtischen Kampf“ erlassen.²⁴²

Dem entsprach es, wenn nach dem Frankfurter Parteitag erneut die Frage der paramilitärischen Organisation auf der Tagesordnung stand. Freilich dürfen die Begriffe Bürgerkrieg und paramilitärische Organisation nicht auf ihren ausschließlich militärischen Sinngehalt verengt werden. Angesichts der nicht zu bestreitenden faktischen Aussichtslosigkeit einer kommunistischen Machtübernahme durch den bewaffneten Aufstand wird das Bürgerkriegsthema sonst allzu leicht dem Bereich der reinen Rhetorik zugeordnet und für politisch bedeutungslos erklärt.²⁴³ In der Konsequenz führt dies zu einer indirekten Verharmlosung des antidemokratischen Potentials der Kommunisten. Denn die paramilitärischen Organisationen der KPD bezogen sich nicht

²³⁹ Vgl. dazu Weber, *Wandlung* Bd. 1, S. 101ff.

²⁴⁰ Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924, an denen die KPD erstmals als Massenpartei teilnahm, erreichte sie in Berlin 17,9%, im Reich 12,6%. Im Dezember 1924 ging der Anteil im Reich auf 9,0%, in Berlin dagegen nur unwesentlich auf 16,3% zurück. Siehe die Tabelle in: Büsch (Hrsg.), *Beiträge*, S. 352.

²⁴¹ Der erste Redakteur der Bürgerkriegshefte war Karl Retzlaw, siehe Ders., *Spartakus*, S. 261f. Vgl. zu den Bürgerkriegsheften BAP RKO St. 12/28, Bd. 1, fol. 112–114, Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten an das preußische Innenministerium, 1.4.1925 (Abschrift).

²⁴² BJJA Pr.Br., Rep. 30, Berlin C., Tit. 95 Sektion 9, Teil 2, Nr. 81, fol. 201–220, Abschrift von „Geheimen Anweisungen der Bolschewiki über die Organisation des Bürgerkriegs“ [Dez. 1925]; ebd., fol. 30–40, Instruktionen für den RfB über „Chemische Verteidigung im städtischen Kampf“. Vgl. BJJA Pr.Br., Rep. 30, Berlin C., Nr. 7564, fol. 115, Schreiben des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Künzer, vom 9.2.1925, in dem darauf hingewiesen wird, „welch große Bedeutung die KPD bei der militärtechnischen Vorbereitung auf den Bürgerkrieg dem gegen den Gegner zu betreibenden Nachrichtendienst beilegt.“ Siehe auch ebd., fol. 116–117, Abschrift der kommunistischen „November-Information 24/4“.

²⁴³ So etwa Leonid Juks, *Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935* (Studien zur Zeitgeschichte 26), München 1985, S. 80: Die „überspitzten Thesen“ Sinowjews zum Faschismus hätten „im Grunde nur einen Verbalradikalismus“ dargestellt, „der den vorübergehenden Verzicht der Komintern auf den Kampf um die Macht im Westen, vor allem in Deutschland verdecken sollte.“

nur auf militärtechnische Aspekte, sondern versuchten vielmehr, propagandistisch und agitatorisch in alle Bereiche der demokratischen politischen Kultur einzudringen.²⁴⁴

Dementsprechend lag die paramilitärische Organisation der Kommunisten 1924/25 im Schnittpunkt verschiedener Entwicklungslinien. Eine kommunistische Kampforganisation (K.O.) im engeren Sinne wurde in Berlin erstmals Ende Mai/Anfang Juni 1919 von der Reichszentrale der KPD ins Leben gerufen. Nach Auskunft eines Informanten wurde sie in der Folgezeit „organisch ausgebaut“ und bestand bis Anfang 1920. Als zu dieser Zeit die Folgen der faktischen Parteispaltung vom Oktober 1919 zum Tragen kamen, schlummerte die K.O. „infolge der Parteizwistigkeiten und auch aus Geldmangel allmählich ein“ und wurde unmittelbar vor dem Kapp-Putsch ganz aufgelöst.²⁴⁵ Gleiches galt vom „Roten Soldatenbund“, der in der Novemberrevolution zunächst als reine Propagandaorganisation für Soldaten gegründet worden war.²⁴⁶ Doch im Zuge der Kämpfe im Januar und März 1919 entwickelte sich der Rote Soldatenbund zu einer Organisation, die sich gegen den Willen der KPD-Zentrale „militärische Aufgaben stellte.“²⁴⁷ Nach der definitiven Liquidation des Roten Soldatenbundes begnügte sich die KPD zunächst mit einer „Militärkommission, die sich ausschließlich mit der kommunistischen Propaganda unter dem Militär und den Kriegsgefangenen beschäftigt.“²⁴⁸ Nach dem Kapp-Putsch herrschte jedoch innerhalb der Partei gleichsam eine „wehrpolitische“ Orientierungslosigkeit. So bestand in manchen Orten Unsicherheit darüber, ob es zweckmäßig sei, die Arbeiter in Ortswehren zu bewaffnen. Die Zentrale wies zwar darauf hin, Waffen müßten genommen werden, „wo sie zu haben sind“ und drängte darauf, in die nach dem Kapp-Putsch spontan entstehenden Arbeiterwehren hineinzugehen. „Aber wir müssen dafür sorgen, daß diese Arbeiterwehren sich nicht loslösen von den Arbeitern in den Betrieben, und nicht als selbständige Truppenkorps auftreten.“²⁴⁹

In Berlin gelang es zu dieser Zeit nur der KAPD, die die revolutionäre Szenerie der Reichshauptstadt bis Ende 1920 beherrschte, eine nennenswerte paramilitärische Organisation auf die Beine zu stellen. Nach Erkenntnissen der Polizei sowie Informantenaussagen organisierte die KAPD-Führung regelmäßige militärische Übungen, die häufig als Arbeitersportveranstaltungen getarnt wurden. Für diese Übungen wurden eigens Waffen aus geheimen Depots herbeitransportiert und nach dem Ende der

²⁴⁴ Vgl. den von Eve Rosenhaft vorgeschlagenen Begriff des „sozialen Militarismus“, Eve Rosenhaft, *Gewalt in der Politik: Zum Problem des „Sozialen Militarismus“*, in: Klaus-Jürgen Müller u. Eckardt Opitz (Hrsg.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 237–259.

²⁴⁵ B.I.IA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9 Teil 2, Nr. 78, fol. 186, Informantenbericht vom 2.10.1920. Vgl. ebd., fol. 239, Bericht vom 5.1.1920, wo ebenfalls mitgeteilt wird, daß die K.O. der KPD nicht mehr existieren.

²⁴⁶ Vgl. Kurt G.P. Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 55), Düsseldorf 1975, S. 50f. Zur Aktivität des „Roten Soldatenbundes“ im Berlin der Novemberrevolution, Dokumente und Materialien II/2, Dok. Nr. 195 u. 196, S. 451–454.

²⁴⁷ Aufruf des „Roten Soldatenbundes“ von Mitte Januar 1919, in: Dokumente und Materialien III/3, Dok. Nr. 32, S. 64f.; Bericht über den 3. Parteitag der KPD, S. 41 (Eberlein), das Zitat ebd.

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Bericht über den 4. Parteitag der KPD, S. 41 (Ernst Meyer). Vgl. Erwin Könnemann u. Hans-Joachim Krusch, *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse*, Berlin (Ost) 1972, S. 189.

Veranstaltung wieder dorthin zurückgebracht.²⁵⁰ Nach dem Zerfall der KAPD und dem Fiasko der „Märzaktion“ gab es zunächst keine eigenen kommunistischen Kampforganisationen mehr.²⁵¹ „Die Organisationen, die besonders für den Kampf gebildet worden sind, die militärisch-politischen Abteilungen“, so klagte Radek auf dem III. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1921, „haben sich als eine Illusion erwiesen. Sie existierten in Wirklichkeit noch nicht, und wenn sie irgendwo existiert hätten, so hatten sie die Waffen nur auf dem Papier; das wenige, das vorhanden war, war undiszipliniert.“²⁵² Zugleich aber forderte er im Namen der Komintern „die *Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie; die Bewaffnung des Proletariats* nicht nur als geheime Kampforganisation, die eine kleine Minderheit sein soll. In allen Kreisen, in denen wir stehen, haben wir die Massen anzutreiben, die Entwaffnung der Weißen zu fordern. Wir müssen in der Masse den Willen zur Bewaffnung schaffen.“²⁵³

Erst nach dem Leipziger Parteitag Anfang 1923 wurde unter Karl Retzlaw („Karl Gröhl“) erneut ein Militärpolitischer Apparat aufgebaut.²⁵⁴ Dessen Grundlage bildete der Ordnerdienst (O.D.) der KPD, der in der Anfangszeit vor allem als Saal-, Versammlungs- und Funktionärsschutz gedient hatte und während des Jahres 1923 zur Keimzelle der kommunistischen „Hundertschaften“ wurde.²⁵⁵ In Preußen freilich stießen sich diese schon im Mai 1923 am Verbot des Innenministers, so daß sich die Frage der paramilitärischen Organisation in Berlin erst nach der Wiedezulassung der KPD im März und nach dem Frankfurter Parteitag erneut stellte.

Auch der Wiederaufbau des O.D. (M.-Apparat) unter der neuen „linken“ Parteiführung vollzog sich im Zeichen des Stichwortes „Organisation der Revolution“. Es beruhte auf der 1923 gewonnenen Erkenntnis, daß sich das parlamentarisch-demokratische Staatswesen nicht – im Vertrauen auf die revolutionäre Spontaneität der Massen – im ersten Anlauf überrennen ließ. Hauptaufgabe des neuen, illegal arbeitenden M.-Apparates war demzufolge nicht nur die organisatorische Weiterentwicklung des O.D., sondern vor allem auch die programmatisch-politische Schulung der Parteimitglieder. Durch seine Arbeit sollten die Führer der kommenden Revolution herangebildet werden. Nicht den „Stoßtrupp“ der Revolution sollte demnach die kommunistische Militärarbeit ausbilden – dies wurde als entscheidende Fehlkalkulation des Oktoberaufstandes betrachtet. Vielmehr galt es, Führer der Revolution herorzubringen, die im – zeitlich nicht präzise voraussehbaren – Falle des bewaffneten Aufstandes die Massen würden organisieren und mit sich fortreißen können. Das neue „Militärprogramm“ der KPD stellte den Grundsatz auf: „Jeder Kommunist muß militärisch wie politisch ein *Führer* der Masse werden.“ Es ging darum, die „Funktionäre und Mitglieder der Partei [...] zu Offizieren und Unteroffizieren des

²⁵⁰ BIIJA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9 Teil 2, Nr. 78, fol. 186–188, Informantenbericht vom 2.10.1920; ebd., fol. 209–211, Informantenbericht vom 4.12.1920; ebd., fol. 12, Betrifft Kampforganisationen der K.A.P.D., 25.5.1920. Demzufolge konnte die KAPD bei einer paramilitärischen Übung im Mai 1920 ca. 2.300 Mann mobilisieren. Vgl. des weiteren ebd., fol. 29, Übungen der Kampforganisationen der K.A.P.D., 22.6.1920.

²⁵¹ Hugo I:berlein in Rf Nr. 593, 28.12.1921; Nr. 595, 29.12.1921. Vgl. Retzlaw, Spartakus, S. 252f.

²⁵² Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 471.

²⁵³ Ebd., S. 478f.

²⁵⁴ Retzlaw, Spartakus, S. 252ff.; Erich Wollenberg, Der Apparat. Stalins Fünfte Organisation, Bonn o.J., S. 10ff.

²⁵⁵ Retzlaw, Spartakus, S. 252ff.

Bürgerkrieges“ zu erziehen, wohingegen „die Vorbereitung und disziplinierte Organisation größerer militärischer Verbände, die vorbereitende Schaffung einer roten Armee“ in der gegenwärtigen Lage als Utopie verworfen wurden. Die Militärarbeit der KPD verstand sich in diesem Sinne als politische Arbeit, mit der es auf die Dauer möglich sein würde, „die extremen Strömungen in ein vernünftiges Fahrwasser zu leiten.“²⁵⁶

Zu dieser politischen Arbeit des M.-Apparates gehörte daher neben der Verteilung der „Bürgerkriegs“-Hefte und anderen propagandistischen bzw. militärtechnischen Materials vor allem auch die Abhaltung von Schulungskursen, zunächst auf Funktionärsebene, später auch auf der Ebene der einfachen Parteimitglieder. Die Kurzformel hierfür lautete: „Wir sind keine Kampfformation, sondern Schulformation.“²⁵⁷ Im engen Zusammenhang mit der gleichzeitig erfolgenden Umstellung der Parteioorganisation auf Zellen (Bolschewisierung) wurde dabei besonderer Wert auf die Arbeit in den Betrieben gelegt. Die betriebliche „M.-Arbeit“ des O.D. sollte aus den Betrieben gleichsam kommunistische „Festungen“ machen;²⁵⁸ der in den Betriebszellen aktive O.D. hatte „zu jeder Zeit der aktivste und zuverlässigste Teil der kommunistischen Zellen im Betrieb“ zu sein. „Er ist im selben Maße aber auch ihr konspirativstes und militärisch diszipliniertestes Glied.“ Zu seinen Aufgaben gehörten insbesondere „Waffenlehre“ und „Kampfübungen“.²⁵⁹ In den „Richtlinien zur Umstellung der M.-Arbeit auf die Betriebszellen“ vom Januar 1925 wurde in den „Betriebsfestungen“ „die beste Möglichkeit zur Schulung und Gewöhnung der fähigsten Elemente der Arbeiterschaft an die Bedingungen des bewaffneten Aufstandes“ erblickt. Ein Netz solcher „Festungen“ stelle das „übersichtlichste Mittel“ dar „zur Ausarbeitung und Durchführung eines revolutionär-strategischen Planes für den Bürgerkrieg“ sowie die „tatsächliche Garantie, die eroberten Positionen im Bürgerkrieg auszubauen und die Verteidigung der Macht nach dem gelungenen Aufstand zu gewährleisten.“²⁶⁰ Hier konvergierten die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aspekte des auf dem Frankfurter Parteitag verabschiedeten Programms. Die von den Kommunisten angestrebte funktionale Einheit des ökonomischen, politischen und schließlich militärischen Kampfes fand so im neukonstituierten O.D. ihren adäquaten organisatorischen Ausdruck.

Ende Oktober 1924 wurde in Berlin die gesamte M.-Leitung des Bezirks von der Polizei ausgehoben und verhaftet.²⁶¹ Doch es kennzeichnet die hohe Aktivität in der Reichshauptstadt, daß dieser Schlag „gut überwunden“ und schon Anfang Januar 1925 berichtet werden konnte, daß die Organisation wieder „komplett“ sei.²⁶² In dem Bericht über die M.-Arbeit im KPD-Bezirk Berlin-Brandenburg wurde die „theoretische und praktische Schulungsarbeit“ als besonders anerkennenswert hervorgehoben.

²⁵⁶ Das Militärprogramm der KPD, in: Die Internationale, Jg. 7, Heft 10/11 (Juni 1924), S. 352f.

²⁵⁷ So die Mitschrift eines Funktionärs bei einer Sitzung der Berliner M.-Leitung der KPD vom 31.10.1924, BAP, RKO St. 12/28, Bd. 2, fol. 45, Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in der Strafsache gegen Otto Bulian und Gen., Dezember 1925.

²⁵⁸ Ebd., fol. 46 (Mitschrift des Gen. Schwarz).

²⁵⁹ Ebd., fol. 48.

²⁶⁰ BJHA Pr.Br., Rep. 30, Berlin C Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 110, fol. 210, Richtlinien zur Umstellung der M.-Arbeit auf die Betriebszellen (Januar 1925).

²⁶¹ Ebd., fol. 41, Schreiben des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung an die Nachrichtenstellen der Länder, 18.12.1925.

²⁶² BAP RKO St. 12/2, Bd. 10, fol. 22, Gesamtbericht der KPD über die Arbeit des M.-Apparates, Anfang Januar 1925 (Abschrift).

Zu dieser Zeit fanden in Berlin acht sog. „Führerkurse“ mit insgesamt 42 Teilnehmern statt. Programmatisch ging es dabei um die „politische und historische Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes“ und die Entwicklung der M.-Organisation. Ferner führte der Kurs in die Grundlagen der „Gegner“-Arbeit in Reichswehr, Polizei, Faschismus und Reichsbanner ein und behandelte die politische und militärische Bedeutung der Betriebe bzw. ihrer Durchdringung durch den O.D. Ein letzter Themenschwerpunkt war schließlich dem Nachrichtendienst und der Zersetzungsarbeit gewidmet.²⁶³ Überaus bezeichnend war auch die Themenstellung der beiden gleichzeitig abgehaltenen „Jugendkurse“ mit zusammen 18 Teilnehmern. Hier standen stärker die im engeren Sinne militärtechnischen Fragen im Vordergrund, wie die Themen im einzelnen zeigen: 1.) „Allgemeine militärische Begriffe: Strategie und Taktik/Gliederung und Formierung/Verhältnis von Politik und Krieg. 2.) Anwendung dieser Begriffe auf den Bürgerkrieg/Organisation und Improvisation. 3.) Der Partisanenkrieg/Vorteile und Mängel/Überwindung der Partisanen. 4.) Die Führung einer Gruppe: a) als Partisan, b) als Glied einer Einheit/Meldetechnik, Befehlstechnik. 5.) Formen des Kampfes: a) im Gelände, b) im Straßenkampf (Behandlung durch Demonstrationen und Beispiele). 6.) Aktuelle Aufgabe: Demonstrationen/Schutz von Versammlungen/Entwaffnungen.“²⁶⁴ Zum einen geht aus dem Programm hervor, welcher Wert darauf gelegt wurde, daß die KPD-Nachwuchskader eine „solide“ militärische Ausbildung erhielten.²⁶⁵ Zum anderen aber deutet sich hier eine Art der „Arbeitsteilung“ an, die für die kommunistische Aktion künftig vor allem zu Zeiten der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise charakteristisch werden sollte: Während die älteren, zumeist gut qualifizierten Parteimitglieder die kommunistische Agitation im Betrieb vorantreiben sollten, blieb die militante Präsenz auf der Straße (Demonstrationen, Propagandamärsche, Straßenkampf) in erster Linie den jüngeren, zumeist arbeitslosen Parteimitgliedern vorbehalten.²⁶⁶

Parallel zu dieser Reorganisation des O.D. bzw. des Militärpolitischen Apparates erfolgten Gründung und Aufbau des Roten Frontkämpferbundes (RFB) als weiterer paramilitärischer, jedoch legaler Organisation der Kommunisten. Vorbild für den RFB waren die bereits bestehenden „bürgerlichen“ Verbände wie Stahlhelm und Reichsbanner, deren proletarisches Potential die KPD nach dem Muster der „Einheitsfront von unten“ zu sich hinüberzuziehen hoffte.²⁶⁷ Unter dem Eindruck des sog. „Blutsonntags von Halle“ wurde der RFB auf Initiative der neuen KPD-Zentrale im Juli 1924 gegründet.²⁶⁸ Von Beginn an wurde peinlich darauf geachtet, keinen

²⁶³ Ebd., fol. 22–23.

²⁶⁴ Ebd., fol. 23.

²⁶⁵ Vgl. das Militärprogramm der KPD, in: Die Internationale, Jg. 7, Heft 10/11 (Juni 1924), S. 352: Wir müssen „die Funktionäre und Mitglieder der Partei gleichzeitig zu Offizieren und Unteroffizieren des Bürgerkrieges erziehen, die beide natürlich auch die Technik des einfachen Soldaten absolut beherrschen müssen.“

²⁶⁶ Vgl. das soziale Profil des jugendlichen, arbeitslosen und unverheirateten kommunistischen Straßenkämpfers während der Endphase der Weimarer Republik bei Rosenhaft, *Beating the Fascists*, S. 167ff.

²⁶⁷ Zur Geschichte des RFB grundlegend Schuster, *Roter Frontkämpferbund; die Arbeit von Kurt Finker*, *Geschichte des Roten Frontkämpferbundes*, Berlin (Ost) u. Frankfurt/M. 1981, vermag zwar aufgrund der Verwertung der – damals für die westliche Forschung unzugänglichen – RFB- und KPD-Materialien im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED präzisere Detailinformationen beizusteuern, leidet aber an der ideologisch einseitigen Sicht der SED-Parteihistorie.

²⁶⁸ Vgl. Finker, *Geschichte*, S. 16f.; Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund*, S. 22f.; Retzlav, *Spartakus*, S. 299ff.

Vorwand für ein behördliches Verbot zu liefern. Die illegale Bewaffnung der Bundesmitglieder lehnte die Satzung ausdrücklich ab.²⁶⁹ Der RFB war offiziell keine Unterorganisation der Partei, sondern fungierte als selbständiger, eingetragener Verein.²⁷⁰ Um den Anschein einer etwaigen „militärischen“ Kontinuität zu den Hundertschaften zu vermeiden, traten im RFB anfangs keine bekannten kommunistischen Funktionäre in den Vordergrund. Vielmehr wurde „eine ganz neue Schicht von Parteifunktionären zur Arbeit im RFB herangezogen.“²⁷¹ Gemäß dieser Taktik wurde z.B. bei der Gründung eines RFB-Ortsverbandes im Berliner Bezirk Pankow vom örtlichen KPD-Bezirksleiter betont, „daß sich die eigentliche Parteiorganisation der K.P.D. zum Roten Frontkämpferbund selbst scharf abgrenzen müsse, um den Behörden keinen Anlaß zum Einschreiten, bzw. zur Auflösung der kommunistischen Kampfverbände zu geben.“²⁷² Faktisch freilich stellte der RFB von Beginn an eine gänzlich von der KPD abhängige kommunistische „Massenorganisation“ dar.²⁷³

Innerhalb des Leitmotivs der „Organisation der Revolution“ erfüllte der RFB eine – zumindest in der Theorie – klar umrissene Aufgabe. Sie erstreckte sich nicht auf militärische Funktionen im engeren Sinne, vielmehr sollte er als Sammelbecken der revolutionär gesinnten Kräfte und als Instrument für Agitation und Propaganda dienen. Hierzu gehörte vor allem auch die physische Präsenz auf der Straße, mittels derer für die KPD geworben und Sympathisanten organisiert werden sollten. Neben dem „Schutz“ kommunistischer Versammlungen und Demonstrationen vor der Polizei und politisch Andersdenkenden bestand daher eine der Hauptaufgaben des RFB und seiner Jugendorganisation, des Roten Jungsturms, in der Durchführung von Propagandamärschen. Diese wurden in militärischer Disziplin durchgeführt und häufig durch Musikkapellen, Trommler- und Pfeifenkorps begleitet.²⁷⁴ In der kommunistischen Jugendarbeit des Berliner Bezirks ersetzten solche Propagandamärsche zunehmend die früheren Wanderfahrten. „Die früher sehr zahlreichen kommunistischen Jugend- und Wandervereinigungen“, so wußte das Berliner Polizeipräsidium im Mai 1925 zu berichten, „haben sich durch Übertritt ihrer meisten Mitglieder zum Jungsturm fast durchweg aufgelöst.“²⁷⁵ So fiel den polizeilichen Beobachtern bei den Demonstrationen des RFB die besondere Repräsentanz junger Leute „im Alter von 17 – 20 Jahren“ auf, die durch das militärische Erscheinungsbild offensichtlich besonders angezogen wurden.²⁷⁶

Dabei muß man sich eine entscheidende Tatsache vergegenwärtigen: Es gehörte nämlich zu den genuin totalitären Merkmalen der Kommunisten, daß sie ein ideologisch begründetes, virtuelles Nachrichten-, Meinungs- und Informationsmonopol be-

²⁶⁹ „Eine illegale Bewaffnung der Mitglieder lehnt der Bund ab.“ § 3 der Satzung, abgedruckt bei Schuster, Roter Frontkämpferbund, S. 259.

²⁷⁰ Ebd., S. 57f.

²⁷¹ So der Beschluß der Parteizentrale im Frühsommer 1924, SAPMO-BA RY 1 81/1/1042, zit. bei Finker, Geschichte, S. 17.

²⁷² BJLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7494, fol. 96, Polizeibericht 17.2.1925.

²⁷³ Zur Organisationsgeschichte des RFB vgl. Schuster, Roter Frontkämpferbund, S. 89ff. und zur Rolle der kommunistischen Fraktionsarbeit S. 104ff.

²⁷⁴ BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 133, Schreiben vom 22.5.1925.

²⁷⁵ BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 145, Lagebericht des Polizeipräsidenten Berlin vom Mai 1925; vgl. BJLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7494, fol. 96, Polizeibericht 17.2.1925.

²⁷⁶ BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 40–41, Schreiben vom 15.4.1925 (das Zitat fol. 41); ebd., fol. 88, Lagebericht Preußen vom April 1925: „Der militärische Zuschnitt scheint das wesentlichste Lockmittel zu sein.“

anspruchten. Mit der verfassungsrechtlich garantierten pluralistischen Meinungsfreiheit, wie sie dem demokratischen Versammlungs- und Vereinigungsrecht zugrunde liegt, war eine solche Haltung per se unvereinbar. Kommunistischem Saal-, Versammlungs- und Demonstrations-„Schutz“ wohnte daher immer auch ein aggressives, gegen politisch Andersdenkende gerichtetes Element inne. Mithin bewegte sich der RFB von Beginn an auf einer gleitenden Zwischenebene. Zum einen übte er seine gewissermaßen „normale“ Funktion zur disziplinierten Durchführung von Versammlungen und Demonstrationen im demokratischen Raum aus; zum anderen aber stellte er ein Instrument dar zur Durchsetzung des totalitären Anspruches auf ein Meinungs- und Informationsmonopol. Insofern dies gewaltsame Aktionen, die sich gegen politische Andersdenkende sowie die staatlichen Ordnungsorgane richteten, quasi vorprogrammierte, besaß der RFB einen inhärenten offensiven Charakter und konnte gegebenenfalls als Keimzelle einer „Roten Armee“ betrachtet werden. Er hatte, wie es die Bundesleitung Anfang 1926 formulierte, „bestimmte Teilaufgaben in dem ihm zugewiesenen Frontabschnitt des proletarischen Klassenkampfes“ zu erfüllen.²⁷⁷

Zum totalitären Profil des RFB im genannten Sinne gehörte auch die Entwicklung und Integration pseudo-religiöser Elemente bzw. Riten, die bei besonderen Anlässen gleichsam in Form einer politischen „Liturgie“ zelebriert wurden. Im Rahmen der regelmäßig abgehaltenen Fahnenweihen galt dies vor allem für die Fahneneide des RFB, die z.B. lauteten:

„Wir schwören:
 Uns heiligt Klassenkampf und Klassenliebe!
 Durch freien Willen bindet uns ein Schwur!
 Wir glauben an den Sieg der Roten Fahne!
 Wir kämpfen für die proletarische Diktatur!“²⁷⁸

Ein anderer, anlässlich einer Bannerweihe im Berlin-Lichtenberger Stadion gesprochener Fahneid lautete:

„Wir klassenbewußten Arbeiter schwören dir, rot-leuchtendes Banner der Freiheit, geheiligt durch das für dich geflossene Blut unserer Brüder, revolutionäre Treue bis zum letzten Schlage unseres Herzens.
 Dir schwören wir, wir treten an,
 befrei die Welt vom Sklavenbann,
 du Fahne rot, es ist die Welt voll Blut.
 Es lechzt der Feind nach Proletarierblut.
 Frontkämpfer auf, schon bläst's zum Sammeln.
 Die Faust gereckt, wir schwören rot, Sieg oder Tod!
 Dem großen Klassenkrieg sind wir geweiht,
 Wir sind die roten Pioniere einer neuen Zeit.
 Rot Front!
 Sieg oder Tod! Ein heiliger Schwur.“

²⁷⁷ BAK R 134, Nr. 56, fol. 165, Jahresbericht der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Die Entwicklung und Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes im Jahre 1925.

²⁷⁸ BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 69, Zusammenfassende Darstellung über die Rote Frontkämpferbewegung.

Wir leben oder sterben für dich, du rote Fahne
der Proletarier Diktatur.²⁷⁹

Aus der strukturellen Ambivalenz, die in der Spannung zwischen totalitärem Anspruch und legaler Existenz im demokratischen Rechtsstaat gründete, resultierte zwangsläufig ein widersprüchliches Erscheinungsbild des RFB. Einerseits hielt die Bundesleitung an einer strikten Legalitätstaktik fest und bemühte sich, dem RFB einen „gemäßigten“ Anstrich zu verleihen. „Der RFB ist keine Organisation von Prügelhelden“, so wies sie ihre Unterorganisationen an. „Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft schädigen das Ansehen; Zusammenstöße mit der Polizei können dem Bund Schwierigkeiten bereiten. Es muß infolgedessen alles getan werden, was die weitere Entwicklung und Ausdehnung des RFB gewährleistet und die Sympathie der Arbeiter erobert. Es muß unterlassen werden, was zu Differenzen mit der Arbeiterschaft und der Polizei führen kann.“²⁸⁰ Andererseits aber war es sowohl an der Basis als auch auf der mittleren Funktionärebene alles andere als selbstverständlich, daß die Mitglieder des RFB den von der KPD- und RFB-Führung vorgesehenen richtigen „Frontabschnitt“ tatsächlich problemlos fanden und auszufüllen gewillt waren. Es entsprach daher jener strukturellen Ambivalenz oder auch Doppelbödigkeit des RFB, wenn immer wieder Auffassungen durchklangen und Handlungen begangen wurden, die der vorgeschriebenen Legalitätstaktik zuwiderliefen. So wurde in Berliner kommunistischen Parteikreisen „mehrmals darauf hingewiesen, daß der Bund die Kampforganisation der Partei sei und deshalb auch für den kommenden Bürgerkrieg geschult werden müsse. Die illegale Bewaffnung sei zwar im Statut abgelehnt, das hindere aber nicht, im Notfalle den Mitgliedern die erforderlichen Waffen doch in die Hand zu drücken.“²⁸¹ Auch kam es immer wieder zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, insbesondere in der Frühzeit der Berliner Organisation. Manche Fragen ließen sich dort eben nur „mit dem Eichenknüppel“ lösen.²⁸² „Zusammenstöße und Anrempelungen Andersdenkender durch die jugendlichen Elemente“, so wußte die Bundesführung zu berichten, „hatten uns sogar bei einem Teil der arbeitenden Bevölkerung in Mißkredit gebracht.“²⁸³

All dies hatte weniger mit dem sinistren Wirken von Provokateuren und Spitzeln zu tun, wie die Bundesleitung argwöhnte;²⁸⁴ vielmehr manifestierte sich hier die grundsätzliche Ambivalenz des RFB und das hieraus zwangsläufig folgende „gespaltene Bewußtsein“²⁸⁵ vieler seiner Mitglieder. Dementsprechend uneinheitlich war auch die Einschätzung des Bundes durch die Organe der Polizei und der inneren Sicherheit. Eine im Reichsministerium des Innern angefertigte Denkschrift gelangte zu dem Ergebnis, daß man es tatsächlich mit einer „Neubelebung der alten verbotenen

²⁷⁹ BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 133, Betr.: Aufmarsch des „Roten Frontkämpferbundes“ im Lustgarten [...] und Bannerweihe der roten Frontkämpfer im Lichtenberger Stadion, 22.5.1925.

²⁸⁰ BAP RKO St. 12/91, Bd. 3, fol. 91, Rundschreiben Nr. 10 der RFB-Bundesleitung, 1.7.1925 (Abschrift).

²⁸¹ StAB 4,65 Fasz. 1245, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin, Abt. IA, 17.9.1924, zit. nach Schuster, Roter Frontkämpferbund, S. 58.

²⁸² BAK R 134, Nr. 56, fol. 149, Bericht und Protokoll der 3. Reichskonferenz des RFB am 19., 20. und 21. März 1926 (Abschrift).

²⁸³ Ebd., fol. 163, Jahresbericht der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Die Entwicklung und Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes im Jahre 1925.

²⁸⁴ BAP RKO St. 12/91, Bd. 3, fol. 91, Rundschreiben Nr. 10 der RFB-Bundesleitung, 1.7.1925 (Abschrift).

²⁸⁵ Schuster, Roter Frontkämpferbund, S. 58.

Hundertschaften“ zu tun hatte, mit einer militärischen Organisation der KPD zwecks Vorbereitung und Schulung ihrer Mitglieder für den Bürgerkrieg.²⁸⁶ Dies entsprach auch der Einschätzung des Kommandos der Berliner Schutzpolizei, das über unmittelbare Erfahrung mit der kommunistischen Präsenz auf der Straße verfügte. Im April 1925 forderte sie ein Verbot des RFB aufgrund des Severingschen Erlasses gegen die Hundertschaften vom 23.5.1923.²⁸⁷ Die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidioms, d.h. die politische Polizei kam damals freilich zum entgegengesetzten Schluß und weigerte sich, ein solches Verbot zu empfehlen. Die Begründung verdient ausführlich zitiert zu werden. In ihr kommt trefflich die schon zu dieser Zeit prekäre Situation zum Ausdruck, in der sich die demokratisch legitimierten und rechtsstaatlich verpflichteten Ordnungsorgane gegenüber der exzessiven Ausnutzung der Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit durch extremistische bzw. totalitäre Bewegungen befanden. Zugleich spiegelt sie den relativen Erfolg wider, den eine konsequent angewandte Legalitätstaktik, wie sie in der Folge auch von NSDAP und SA angewandt wurde, erzielen konnte:

„Der Rote Frontkämpferbund ist eine legale Organisation in der gleichen Weise wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Stahlhelmorganisation. Der R.F.B. [...] hat mit den Proletarischen Hundertschaften nicht das Geringste zu tun und kann auch bei seiner gesamten Struktur unmöglich rechtlich als eine Fortsetzung der seinerzeit auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik verbotenen Proletarischen Hundertschaften verboten werden [...]. Die K.P.D. hat die Bildung proletarischer Hundertschaften vollkommen aufgegeben, sie bestehen nirgends mehr, und es sind auch keine Gebilde vorhanden, die rechtlich oder tatsächlich als Nachfolgerin (sic!) solcher Hundertschaften angesehen werden können. Ebenso wenig kann gegen den R.F.B. etwa unter dem Gesichtspunkt eingeschritten werden, daß es (sic!) eine unzulässige militärische Vereinigung sei. Es mag sein, daß sich der R.F.B. in diesem Sinne noch weiter fortentwickelt und später zu einer solchen rein militärischen Organisation wird. Zur Zeit beschränkt er sich noch auf Märsche in geschlossenen Formationen mit militärischem Kommando, und dies allein genügt nach mehrfacher amtlicher Feststellung noch nicht, um den Begriff ‚militärische Vereinigung‘ im Sinne des in Betracht kommenden Gesetzes zu erfüllen. Solange die Demonstrationsfreiheit besteht, kann gegen Umzüge des R.F.B. nur in Gemäßheit der Reichsverfassung und auch nur dann eingeschritten werden, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß der betreffende Umzug eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Ordnung bedeutet. In solchen Fällen erfolgt das Verbot von der Abteilung IA. Im übrigen muß sich die Schutzpolizei darauf beschränken, Umzüge, soweit sie bei Benutzung bestimmter, zum Beispiel viel belebter Straßen und Plätze berühren, abzulenken sowie zu verhindern, daß gelegentlich des Umzuges strafbare Handlungen usw. verübt werden. Jedenfalls darf gegen den R.F.B. zur Zeit nicht anders verfahren werden als gegen Umzüge des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold oder gleichgearteter Rechtsorganisationen.“²⁸⁸

Das rechtliche Zwielficht, in dem sich der RFB vom Zeitpunkt seiner Gründung an bewegte, entsprach mithin der Ambivalenz seines Charakters und der von den Kommunisten proklamierten „Organisation der Revolution“. Diese Richtlinie ging zwar von der momentanen Vergeblichkeit einer direkten bewaffneten Erhebung aus. Doch zugleich suchte sie die Möglichkeiten der demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung in jeder nur erdenklichen Weise zu nutzen, um den bewaffneten Aufstand, die gewaltsame Zerschlagung des „bürgerlichen“ Staatsapparates und die Machtergrei-

²⁸⁶ BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 68–70, Zusammenfassende Darstellung über die Rote Frontkämpferbewegung, 1.5.1925.

²⁸⁷ BJHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C. Nr. 7564, fol. 187, 3.4.1925.

²⁸⁸ *Ibid.*, fol. 188, 9.4.1925.

fung im Zuge des revolutionären Bürgerkrieges – kurz: die Vernichtung des „Feindes“ – propagandistisch und agitatorisch vorzubereiten. Entsprechend weit muß der Begriff der paramilitärischen Organisation gefaßt werden. Wie auch bei der sich seit 1925 allmählich neukonstituierenden SA meinte das paramilitärische Prinzip des RFB vor allem den „politischen Soldaten“. Auf dem Boden formaler Legalität stehend, war es dessen Aufgabe, mittels der Eroberung der Straße und der aggressiven, auf Andersdenkende einschüchternd wirkenden Propaganda unter den Bedingungen des Pluralismus ein virtuelles Informations- und Meinungsmonopol zu beanspruchen.²⁸⁹

Der Gau Berlin-Brandenburg des RFB wurde im Oktober 1924 gegründet ebenso wie der Rote Jungsturm, die Jugendorganisation des Bundes. Im November/Dezember 1924 bestanden in Berlin-Brandenburg 23 Ortsgruppen. Nach einem vorübergehenden Rückgang der Organisation auf 15 Ortsgruppen (Januar 1925) erfolgte nach bundeseigenen Angaben ein kontinuierlicher Anstieg auf 42 (April 1925), 83 (Juli 1925) 102 (Oktober 1925) und 124 Ortsgruppen (Januar 1926).²⁹⁰ Im Mai 1925 wurde die Mitgliederzahl des RFB in Berlin auf 6.000 (davon ca. 3.000 Jungsturm), im Gau Berlin-Brandenburg auf 20.000 geschätzt.²⁹¹ Anfang 1926 hatte der Gau 12.000 Mitglieder, wovon 3.600 der KPD angehörten.²⁹² Wenn es also einerseits gelungen war, im Sinne der „Einheitsfront von unten“ möglichst viele Sympathisanten, die nicht Mitglieder der KPD waren, im RFB zu sammeln, so drohte hierunter doch andererseits die kommunistische Disziplin zu leiden. Zumindest in der ersten Wachstumsphase Anfang 1925 scheint es mehr die militärische Form als der ideologische Inhalt gewesen zu sein, der die neuen Mitglieder anzog.²⁹³ Dies dürfte insbesondere für den Roten Jungsturm gelten, in dem zu dieser Zeit nur ca. 25% der Mitglieder politisch (d.h. überwiegend in der KPD) oder gewerkschaftlich organisiert waren.²⁹⁴ Viele Mitglieder des Jungsturms betätigten sich „mit Vorliebe durch Überfälle auf Bismarckbündler und Reichsbannerleute“. ²⁹⁵ Dem entsprach die Klage der Bundesführung über die Undiszipliniertheit der jungen RFB- und RJ-Mitglieder und den Mangel an moralischem und politischem Einfluß, den die Organisation infolgedessen innerhalb der „werk tätigen Bevölkerung“ hatte.²⁹⁶

Die Bundesführung begegnete dieser Gefahr mit einer stärkeren Disziplinierung von oben. So wurde darauf geachtet, daß die Hälfte aller mittleren und unteren RFB-Funktionäre politisch organisiert, das heißt Mitglieder der KPD waren.²⁹⁷ Ferner wurden in allen Abteilungen des RFB zuverlässige KPD-Funktionäre als sog. politische Dezernenten eingestellt, deren Aufgabe es war, an sämtlichen Veranstaltungen des RFB teilzunehmen und die Mitglieder politisch im Sinne der KPD zu beeinflus-

²⁸⁹ Zur SA vgl. unten, S. 455ff.

²⁹⁰ BAK R 134, Nr. 56, fol. 176, Jahresbericht der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Die Entwicklung und Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes im Jahre 1925.

²⁹¹ BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 145a-145b, Lagebericht des Polizeipräsidenten Berlin vom Mai 1925.

²⁹² BAK R 134, Nr. 56, fol. 168-169, Jahresbericht der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Die Entwicklung und Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes im Jahre 1925.

²⁹³ Siehe BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 88, Abschrift aus Lagebericht Preußen vom April 1925.

²⁹⁴ Ebd. Anfang 1926 waren reichsweit nur 10% der Jungsturm-Mitglieder politisch und 6% gewerkschaftlich organisiert. Siehe BAK R 134, Nr. 56, fol. 168, Jahresbericht der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Die Entwicklung und Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes im Jahre 1925.

²⁹⁵ Siehe BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 145d, Lagebericht des Polizeipräsidenten Berlin vom Mai 1925.

²⁹⁶ BAK R 134, Nr. 56, fol. 163, Jahresbericht der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Die Entwicklung und Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes im Jahre 1925.

²⁹⁷ Ebd., fol. 169.

sen.²⁹⁸ Vor allem aber betrieben KPD- und RFB-Führung seit Herbst 1925 die Verschmelzung des parteiinternen M.-Apparates (O.D.) mit dem RFB. Diese Wendung hing mit der zunehmenden Kritik an dem politischen Kurs der „linken“ Parteiführung und dem von der Komintern forcierten Wechsel an der Parteispitze Anfang September 1925 zusammen.²⁹⁹

Bereits auf dem Frankfurter Parteitag im April 1924 war es zu Differenzen zwischen der linken Parteitagmehrheit und den Vertretern der Komintern, Dimitri Manuilski und Alexander Losowski, gekommen. Vor allem betraf dies – wie schon in der Vergangenheit – die Gewerkschaftsfrage und, daran anknüpfend, die „richtigen“ Methoden zur Eroberung der Massen.³⁰⁰ Zu einem Eklat kam es auf dem X. Parteitag der KPD im Juli 1925 in Berlin, als Manuilskis personalpolitische Forderungen von der Mehrheit brüsk zurückgewiesen wurden.³⁰¹ Nach seiner Rückkehr nach Moskau beschuldigte Manuilski die Fischer-Maslow-Führung, gegen die Komintern zu intrigieren und forderte disziplinarische Konsequenzen. In dem auch nach der Ausschaltung Trotzki's fortdauernden innersowjetischen Machtkampf gab dies Stalin die Möglichkeit, Sinowjews Stellung in der Komintern zu schwächen.³⁰² Nachdem es gelungen war, Thälmann und Philipp Dengel aus der Fischer-Maslow-Gruppe herauszulösen, benutzte Stalin die Kritik am doktrinären Immobilismus der deutschen – wie auch der französischen³⁰³ – Parteiführung zum Kampf gegen Sinowjew und zur Entmachtung seiner westeuropäischen Anhänger.

Der Parteiführung um Ruth Fischer und Arkadij Maslow wurde vorgeworfen, sie betreibe eine zunehmend sektiererische Politik, die insbesondere die Arbeit in den Gewerkschaften vernachlässige, zur übermäßigen Bürokratisierung und zur Isolierung von den Massen führe. Der spektakuläre „Offene Brief“ der Erweiterten Exekutive der Komintern an die KPD vom 1. September 1925 forderte demgegenüber die stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Teilforderungen und Tageskämpfe, die die nichtkommunistischen Arbeiter „nicht nur als Agitationsobjekt, sondern als Klassenbrüder betrachtet“. Die KPD müsse als Partei erscheinen, die „ehrlich die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf will.“³⁰⁴

Indirekt geriet damit auch das militärpolitische Programm der KPD ins Schußfeld der innerparteilichen Kritik, und der militärpolitische Apparat der KPD fiel den nachfolgenden innerparteilichen Machtkämpfen zum Opfer. Die neue Parteiführung um Thälmann, Dengel und Ernst Schneller distanzierte sich vom zuvor betriebenen Aufbau eines eigenen M.-Apparates, der in dem Konzept der „Organisation der Revolution“ eine bedeutsame Rolle gespielt hatte. Mit Blick auf den O.D. teilte die neue Parteiführung mit, sie halte gegenwärtig die politische Arbeit für wichtiger „als die

²⁹⁸ BAP RKO St. 12/91, Bd. 3, fol. 22, Lagebericht des Polizeipräsidenten Berlin vom Juli 1925.

²⁹⁹ Dazu ausführlich Weber, Wandlung I, S. 104ff.

³⁰⁰ Ebd., S. 66ff.

³⁰¹ Ebd., S. 116f. Vgl. Langels, Opposition, S. 59ff.

³⁰² Vgl. zum Machtkampf in der KPDSU Schapiro, Geschichte, S. 307ff.

³⁰³ Vgl. dazu unten, S. 259f.

³⁰⁴ Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und die Mitglieder der KPD, RF 1.9.1925, abgedr. in: Hermann Weber (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln u. Berlin 1963, S. 218–242, die Zitate S. 235. Vgl. zur Auseinandersetzung um den „Offenen Brief“ die Darstellung bei Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt 1948, zit. nach der Neuausgabe Berlin 1991, Bd. II, S. 78ff.

ganze Soldatenspielerei“.³⁰⁵ Obwohl die Durchsetzung der neuen Linie in der „linken“ Hochburg Berlin zunächst auf erheblichen Widerstand traf,³⁰⁶ nahm auch hier die Intensität der M.-Arbeit unverzüglich ab; ursprünglich beabsichtigte militärische Übungen der O.D.-Führer fanden nicht statt. Den M.-Leitern der Bezirke wurde mitgeteilt, daß eine grundlegende Umstellung des O.D. bevorstehe.³⁰⁷ Für den Winter 1925/26 wurden militärische Kurse nur noch für eine streng ausgewählte Anzahl von maximal 1.000 Führungskadern projektiert.³⁰⁸ Zugleich wurden die übrigen Berliner Mitglieder des O.D. gedrängt, sofern noch nicht geschehen, in den RFB einzutreten.³⁰⁹ Allerdings war den ehemaligen Mitgliedern des O.D. im RFB eine spezielle Aufgabe zugewiesen: Sie sollten bei dem expandierenden Verband „nach und nach die militärische Leitung an sich reißen und die geeigneten Kameraden herausuchen, die für den RFB oder den militärischen Rahmenaufbau in der KPD befähigt sind.“³¹⁰

Angesichts dieser eindeutig militärpolitischen Funktion, die die O.D.-Mitglieder auch künftig erfüllen sollten, stellt sich die Frage nach den tieferen Gründen, die hinter der Abschaffung des Ordnerdienstes standen. In einer Sitzung der engeren Bezirksleitung des Bezirks Berlin-Brandenburg Anfang Februar 1926 führte Schneller die Gründe aus, die die Parteiführung zur Liquidation des O.D. bewogen: Demnach hätten die Ereignisse des Jahres 1923 gezeigt, daß eine selbständig agierende Militärorganisation für die Partei eine große Gefahr darstelle. Die damaligen Aufstände „hätten die Partei politisch sehr geschädigt, und eine derartige Aktion sei für die Partei nicht mehr tragbar. Es wäre ein unmöglicher Zustand, daß neben der Partei immer noch ein selbständiger militärischer Apparat bestehe und die Angehörigen dieses Apparates behaupteten, sie wären die Führer der Partei [...]. Wenn es auch schwer falle, die Genossen des O.D. und Nachrichtendienstes davon zu überzeugen, so sei es für die Zukunft unmöglich, daß der militärische Apparat neben der Partei selbständig arbeite.“ Die „militärische Spielerei“ müsse sofort beendet werden.³¹¹

Schnellers Darstellung der Ereignisse des Jahres 1923 als Resultat eines souverän und an der politischen Führung vorbei handelnden M.-Apparates war freilich unhaltbar.³¹² Vielmehr dürfte die neue Parteiführung den bestehenden Militärpolitischen Apparat als mögliches Instrument der fortbestehenden innerparteilichen Opposition gefürchtet haben. Hinzu kam die Priorität, die man angesichts des sich „stabilisierenden Kapitalismus“ der Legalitätstaktik gab, was die Fortexistenz eines illegalen Militärischen Apparates ausschloß. Dessen Liquidierung ist daher als primär taktisch motiviert einzuschätzen. Dies gilt um so mehr, als die neue Parteiführung, was das Bür-

³⁰⁵ B.I.I.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C. Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 81, fol. 4, Polizeibericht vom 2.10.1925. Der Begriff des „Soldatenspiels“ findet sich bereits im „Offenen Brief“ vom 1. September 1925, Weber (Hrsg.), Deutscher Kommunismus, S. 233.

³⁰⁶ Vgl. dazu unten, S. 254f.

³⁰⁷ B.I.I.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C. Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 81, fol. 1–3, Polizeiberichte vom 15.9. u. 2.10.1925.

³⁰⁸ Ebd., fol. 3. Im Lichte der Teilnehmerzahlen vom Winter 1924/25 (43 u. 19) erscheint diese Zahl als allzu hoch. Zu denken ist möglicherweise an einen Schreibfehler (100 statt 1.000).

³⁰⁹ Ebd.; ebd., fol. 1, Polizeibericht vom 15.9.1925.

³¹⁰ Ebd., fol. 3, Polizeibericht vom 2.10.1925. Vgl. ebd., fol. 146, Lagebericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, 1.4.1926.

³¹¹ Ebd., fol. 42, Polizeibericht vom 8.2.1926.

³¹² Vgl. dazu insbesondere die Darstellung des damaligen Leiters des M.-Apparates, Retzlaw, Spartakus, S. 252ff., wo die „kurze Leine“ deutlich wird, an der der O.D. von der Parteiführung um Brandler gehalten wurde.

gerkriegsparadigma selbst betrifft, keine wirkliche programmatische Änderung vornahm. In seiner Rede betonte Schneller, die Partei müsse sich „selbstverständlich mehr wie (sic!) bisher für einen Aufstand vorbereiten. Dazu sei es notwendig, daß man diese selbständige Organisation, welche neben der Partei illegal arbeite, in ihrer jetzigen bestehenden Form auflöse und dafür legale Kurse oder Zirkel einrichte.“³¹³ Keinesfalls stand das Ziel des bewaffneten Aufstandes und revolutionären Bürgerkriegs zur Disposition. Entscheidend für die neue militärpolitische Linie war vielmehr die Durchsetzung der „richtigen Auffassung“ von diesem Endziel.

Näheren Einblick in diese „richtige Auffassung“, wie sie von der neuen Parteiführung propagiert wurde, erlauben einige militärpolitische Kursdispositionen aus dem Sommer 1926.³¹⁴ Hier ging es darum, das „Endziel – den bewaffneten Aufstand – in der richtigen marxistisch-leninistischen Beleuchtung festzustellen, weil die Erfahrung zeigt, daß die unrichtigen Auffassungen der militärpolitischen Arbeit, die noch in einem Teil der Partei vorhanden sind, aus der unrichtigen Auffassung des bewaffneten Aufstandes entspringen.“³¹⁵ Als wesentliche Abweichungen von der „richtigen“ Auffassung wurde zum einen die „blanquistische“ Auffassung genannt, wonach der Aufstand „ein rein militärischer Akt“ sei, der durch eine Verschwörerorganisation durchgeführt werden sollte. Diese blanquistische Auffassung, die auch der Märzaktion des Jahres 1921 und dem Oktoberaufstand 1923 zugrunde gelegen hätte, gelte es zu überwinden, weil sie die Rolle der politischen Massenarbeit und der revolutionären Partei falsch einschätze.³¹⁶ Nicht minder gefährlich sei freilich die „rechte“, „opportunistische“ Abweichung, die von der Spontaneität der revolutionären Bewegung ausgehe und die „Machbarkeit“ der Revolution ablehne. Als Träger dieser Abweichung galten die Anhänger der sogenannten 2½ Internationale, aber auch Rosa Luxemburg, für deren Revolutionstheorie die Spontaneität der Massen ja eine zentrale Rolle gespielt hatte.³¹⁷ Beide Abweichungen trafen sich demzufolge in einer Unterschätzung dessen, was auch jetzt noch die „Organisation der Revolution“ genannt wurde und von der die „richtige“ marxistisch-leninistische Auffassung vom bewaffneten Aufstand auszugehen hatte: „Die spontane Massenbewegung an sich ist blind, sie stellt ein Chaos dar. Um eine Klarheit und Ordnung in dieses Chaos zu bringen, um der Massenbewegung ein klares Ziel und eine bestimmte Richtung zu geben, um die Bewegung einheitlich und zweckmäßig zu gestalten, um den richtigen Moment für den entscheidenden Kampf zu wählen, müssen die Volksmassen *Führung* haben. Eine solche Führung ist *nur möglich in Form einer politischen Partei*, die mit den Arbeitermassen eng verbunden ist, die das Vertrauen der breitesten Volksmassen besitzt, die im Moment des Aufstandes die Kunst des Aufstandes beherrscht, kurz: eine richtige revolutionäre bolschewistische Partei ist.“³¹⁸

Einmal mehr zeigt sich an diesen Ausführungen, daß die Auseinandersetzungen des Jahres 1925 weniger einer grundsätzlichen programmatischen Änderung ent-

³¹³ BIIHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 81, fol. 42–43, Polizeibericht vom 8.2.1926.

³¹⁴ Ebd., fol. 181–188 (Abschrift). Die Datierung ergibt sich aus dem Verweis auf die Fürstenenteignungskampagne und das „Rote Pfingsttreffen“ des RfB in Berlin vom 23./24. Mai 1926 als kurz zurückliegende Ereignisse, fol. 185.

³¹⁵ Ebd., fol. 181.

³¹⁶ Ebd.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Ebd., fol. 182.

sprangen als innerparteilichen Machtkämpfen.³¹⁹ Zwar distanzierte sich Thälmann auf dem XI. Parteitag der KPD, der vom 2. bis 7. März 1927 in Essen stattfand, von der „Knüppelpolitik“ der Zeit vor dem „Offenen Brief“ des EKKI Anfang September 1925.³²⁰ Doch mit Blick auf das Prinzip der „Organisierung der Revolution“ und das Endziel des revolutionären Bürgerkrieges blieb die kommunistische Linie in der Substanz unverändert. Nach wie vor sollten wirtschaftliche, politische und schließlich militärische Kämpfe eine funktionale Einheit auf dem Weg zur revolutionären Machteroberung bilden. Was modifiziert worden war, betraf den Bereich der Taktik, so etwa in bezug auf den Legalitätskurs, die damit verbundene Liquidierung des O.D. und die stärkere Betonung der Einheitsfronttaktik.³²¹ Kurz nach dem XI. Parteitag bestätigte Schneller das unbedingte Festhalten der KPD am Ziel des bewaffneten Aufstandes. In Essen selbst – gleichsam in der „Öffentlichkeit“ – hatte Schneller sich noch ironisch geäußert über das in breiten Kreisen bestehende Fehlurteil, wonach die Kommunisten „eine Bande [seien], die mit Gewehr und Handgranaten jeden Augenblick den Aufstand machen will.“³²² Einen Monat später, in einer internen Sitzung mit Berliner Parteifunktionären, stellte er fest, „daß sich die KPD zum bewaffneten Aufstand bekennt. Der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft sei nur durch den bewaffneten Aufstand möglich. Die Partei habe sich in allen Phasen ständig zum bewaffneten Aufstand vorzubereiten und [ihn] zu organisieren“, wobei sich Schneller allerdings scharf von „bakunistische[n] Einstellungen und von der stark in der Partei wuchern den Revolutionsromantik“ abgrenzte.³²³ Zur gleichen Zeit wurde in einem militärpolitischen Kursus für Berliner RFB-Funktionäre „die Bildung des RFB, der im Gegensatz zu früheren Kämpfen schon eine festorganisierte Macht darstellt“, als „wesentlicher Fortschritt für den künftigen Aufstand“ bezeichnet. „Es ist dann nur noch nötig, die einzelnen Mitglieder, soweit sie nicht Soldat gewesen sind, mit den in Frage kommenden Waffen auszubilden. Sollten die vorhandenen Kräfte zur Durchführung des Kampfes nicht ausreichen, so würde auch ohne weiteres zur Zwangsmobilisation gegriffen werden. Gegen Überläufer wird man dieselben Mittel anwenden, die auch im letzten Kriege gegen sie angewandt wurden (Erschießen). Ein Zurückweichen nach hinten ohne Befehl wird man durch die Bildung von sogen. Absperrkommandos

³¹⁹ Dies war auch die Auffassung des Reichskommissars Kuenzer, der Anfang 1926 die „Parteikrise, die bis vor kurzem noch lähmend auf die Organisation der K.P.D. wirkte [...], kein ernsthaftes Hindernis für die Auslösung einer revolutionären Massenbewegung“ bilde. „Zweifellos hat die Partei die Passivität in ihren Reihen zu überwinden verstanden und rüstet jetzt für die nahe 2. Revolution in Deutschland.“ Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Hans Booms, Die Kabinette Luther I und II. 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1925; 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926, 2 Bde., bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1977, Bd. II, Dok. Nr. 263, S. 1040–1043, Schreiben des RKo an das Reichsministerium des Innern, 13.1.1926, die Zitate S. 1043.

³²⁰ Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 59f.

³²¹ Dazu gehörte neben der Forderung nach verstärkter Einheitsfrontarbeit „von unten“, in den „Massenorganisationen“ auch die Versuche einer Einheitsfront von „oben“, wie sie etwa 1926 mit der SPD in der Kampagne für die Fürstenenteignung durchgeführt wurde. Dazu Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherrn als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 64), Düsseldorf 1978, S. 63ff.; Franklin C. West, A Crisis of the Weimar Republic. The German Referendum of 20 June 1926, Philadelphia 1985, v.a. S. 50ff.

³²² Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 263.

³²³ BJlIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C. Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 81, fol. 254, Informantenbericht, 13.4.1927.

verhindern, und wenn es notwendig erscheinen sollte, mit den schärfsten Mitteln bekämpfen.“³²⁴

Die KPD blieb mithin während der gesamten zwanziger Jahre eine totalitäre Partei. Sie strebte auch dann die Durchbrechung des staatlichen Gewaltmonopols, die Zerschlagung des demokratischen Rechtsstaates und die Vernichtung der „Feinde“ im revolutionären Bürgerkrieg an, wenn sich die „Machtfrage“ zu Zeiten des „sich stabilisierenden Kapitalismus“ nicht unmittelbar stellte und eine Legalitätstaktik erfolversprechender zu sein schien. Dagegen glich sich der Kommunismus in Frankreich und seiner Hauptstadt erst allmählich diesem totalitären Profil an, was sich insbesondere in der verzögerten und weitaus unvollständigeren Herausbildung paramilitärischer Organisationen niederschlug. Es wurde oben darauf hingewiesen, daß schon die revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsrätepolitik der deutschen Kommunisten in den Jahren 1921–1923 nur im funktionalen Zusammenhang mit dem Bestreben zu begreifen ist, das Gewaltmonopol und die Ordnungsmacht des Staates zu durchbrechen. Parallel mit der Betriebsräte- und Kontrollausschußbewegung erfolgte daher der Aufbau paramilitärischer „Selbstschutzorganisationen“. In Paris dagegen stand die gleichzeitige Betriebsrätebewegung in keinem erkennbaren Zusammenhang mit einer paramilitärischen Organisation. Auf die Tagesordnung kam sie vielmehr erst Mitte der zwanziger Jahre, als auch in Frankreich eine wirtschaftliche mit einer politischen Krise koinzidierte und sich erstmals „faschistische“ Tendenzen am rechten Rand zeigten. Radikalisierung, unzweideutige Orientierung am bolschewistischen Modell und totalitärer Charakter bildeten mithin Eigenschaften, die der PCF im Gegensatz zur KPD tatsächlich erst ab dieser Zeit entwickelte.

Die politische Opposition gegen den Weltkrieg sowie die revolutionäre Bewegung der Jahre 1919 und 1920 wurden in Frankreich primär aus syndikalistischen und anarchistischen Wurzeln gespeist. Für den entstehenden französischen Kommunismus spielte daher das leninistische Bürgerkriegsmotiv eine weitaus geringere Rolle, als dies in Deutschland der Fall war. Auch diejenigen Kräfte des revolutionären Syndikalismus, auf die die französische kommunistische Bewegung anfangs bauen konnte, standen einer bevorzugten Beschäftigung mit der Politik, dem Staat und seiner Eroberung durch eine bolschewistische Partei reserviert gegenüber. Dem entsprach es, wenn die Propaganda des revolutionären Bürgerkriegs und damit das Militärische der bolschewistischen Bewegung in Frankreich zunächst im Bereich der von ehemaligen Sozialisten ausgehenden Rhetorik blieb. Wenn sie auch schon im Jahre 1919 begegnete,³²⁵ so hatte sie doch zunächst keine Konsequenzen im Sinne einer praktischen (paramilitärischen) Organisationsarbeit. In Frankreich blieb der Beschluß des 2. Weltkongresses der Komintern im Juli/August 1920, wonach die angeschlossenen Parteien militärpolitische Apparate aufbauen sollten,³²⁶ auch nach dem Kongreß von Tours zunächst ohne konkreten Widerhall. „Militärpolitische“ Arbeit beschränkte sich auf mehr oder minder rudimentäre Formen der „Zersetzung“ in der französischen Armee, bzw. auf den Appell, eine solche zu leisten. Ohne daß der Begriff selbst gefallen wäre, spielte dabei das Motiv des revolutionären Bürgerkriegs eine zentrale Rolle. In ihrer Propaganda folgten die französischen Kommunisten damit den Vorgaben der Komintern, die auf ihrem III. Weltkongreß 1921 u.a. beschlossen hatte: „Jede Mög-

³²⁴ J;bd., fol. 274, Informantenbericht, 12.4.1927.

³²⁵ Siehe oben, S. 47ff.

³²⁶ Wollenberg, Der Apparat, S. 9.

lichkeit des Proletariats, Waffen in die Hände zu bekommen, ist aufs energischste auszunützen.“³²⁷ „L'armée dont tu vas faire partie“, so ermahnte die kommunistische Propaganda die Wehrpflichtigen des Jahres 1921, „est bien moins dirigée contre l'étranger que contre ton père, ta mère, ton frère, ta fiancée! Ta mitrailleuse saura choisir.“³²⁸ Und im Jahre 1920 suchte „L'Humanité“ die neueingezogenen proletarischen Wehrpflichtigen davon zu überzeugen, daß die Armee ein Instrument des Klassenfeindes sei: Der klassenbewußte Proletarier solle dort zwar „moralisch desertieren“, zugleich aber die „Schule der Gewalt“ durchlaufen und alle Aspekte der Waffentechnik gewissenhaft lernen. Eines Tages könne er dann möglicherweise die Waffen gegen den „Feind“ selbst einsetzen.³²⁹ In der Praxis wurde diese Form der „antimilitaristischen“ Agitation zunehmend dem kommunistischen Jugendverband, den *Jeunes Communistes*, überlassen, die während der Ruhrbesetzung auch einige Zersetzungsfolge verbuchen konnten.³³⁰

Solch martialische Bürgerkriegspropaganda wurde zunächst jedoch nicht wie in Deutschland von dem tatsächlichen Aufbau eines Militärpolitischen Apparates begleitet. Die physische Disziplinierung und Organisation der Kommunisten beschränkte sich auf die Förderung des kommunistischen Arbeitersports, der *Fédération Sportive de Travail*. In ihr erblickte die Parteispitze einstweilen das adäquate Organ, um die Arbeiterklasse physisch vor der angeblichen Bedrohung durch Reaktion, Militarismus und „Faschismus“ zu schützen.³³¹ Zu einer Zeit, da die „revolutionären Möglichkeiten“ – ganz im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen – als sehr begrenzt eingeschätzt wurden und man sich wegen der „Passivität“ der Arbeiterklasse sorgte,³³² blieben die kommunistischen Mobilisierungschancen entsprechend gering.

Im Großraum Paris korrespondierte diese Situation allerdings mit einer quasimilitarischen Disziplinierung, die der hier seit 1922 dominierende linke Parteiflügel den verbliebenen Parteimitgliedern aufzwang. In den ersten anderthalb Jahren nach dem Kongreß von Tours hatte in der *Fédération de la Seine* des S.F.I.C./PCF zwar noch die „ultralinke“ Richtung vorgeherrscht, die einen föderalistischen Parteaufbau befürwortete und vor einem „oligarchischen Zentralismus“ warnte.³³³ Auf die Spontaneität der Massen vertrauend, glaubte die Pariser „Ultralinke“ um Maurice Heine zu

³²⁷ Aus den Leitsätzen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit, angenommen auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 12. Juli 1921, abgedr. in: Komintern und revolutionäre Partei, S. 126f. (Punkt 30).

³²⁸ Un an d'action communiste, S. 20. Die Autoren des Traktates wurden wegen Subversion zu Haftstrafen verurteilt. Ebd.

³²⁹ L'Apprentissage de la violence, L'Humanité, 1.6.1922.

³³⁰ Siehe AN F7 13102, „La Fédération Nationale des Jeunes Communistes“, Oktober 1923. Vgl. zur antimilitarischen „Zersetzungsarbeit“ der JC während der Ruhrbesetzung Wohl, French Communism, S. 321ff. Die Zersetzungsarbeit in der Armee, gemäß den Prinzipien des leninistischen „Antimilitarismus“ blieb eine der Daueraufgaben der Jeunes Communistes. Ihre Ratio lautete in den Worten eines ihrer Mitglieder: „L'armée prolétarienne [...] a besoin de l'aide de tous pour abattre le régime capitaliste [...]. La révolution [...] ne se fait pas sans l'armée, aussi, est-il du devoir des Jeunes Communistes de préparer l'armée actuelle à la révolution prolétarienne.“ AN F7 13112, 16.2.1927, Réunion du PC, 15.2.1927. Vgl. ebd., 16.3.1927, Réunion du PC à Saint-Mandé (Fischmann); ebd., 3.5.1927, Réunion du sous-rayon du 14ème arrondissement (Fischmann).

³³¹ Vgl. AN F7 13102, PCF-Zirkular vom 28.7.1923.

³³² Ebd., 29.9.1923.

³³³ Vgl. die Debatten auf dem Congrès der Fédération de la Seine, 4., 11. u. 18.12.1921 bei Robricux I, S. 83ff. Siehe Manifeste de l'extrême-gauche du Parti Communiste Français (Comité de Défense Communiste) au deuxième Congrès National (septembre 1922), in: Origines et débuts des partis communistes des pays latins, S. 580–587.

dieser Zeit noch, ein antizentralistisch-föderalistisches Prinzip mit der Berufung auf die Komintern verbinden zu können.³³⁴ Seit April 1921 besaß die *Fédération de la Seine* ein Statut, das der sowjetischen Verfassung nachempfunden war und ein rätendemokratisches Modell darstellte.³³⁵ Doch ähnlich wie die KAPD in Berlin wurden auch die Pariser Linkskommunisten langsam aber sicher zurückgedrängt. Mitte 1922 hatten sie bereits die Mehrheit verloren; und im Juli 1922 wurden die Statuten der *Fédération de la Seine* auf Weisung der Komintern geändert.³³⁶ An die Stelle eines rund hundertköpfigen Komitees, das im wesentlichen als Diskussionsforum der weitgehend unabhängigen Einzelsektionen diente, trat im September 1922 ein fünfzehnköpfiges Exekutivkomitee.³³⁷

Damit hatte die Parteilinke, repräsentiert vor allem durch Albert Treint und Suzanne Girault, anfangs auch durch Boris Souvarine, in der *Fédération de la Seine* die Alleinherrschaft übernommen.³³⁸ Zwischen ihr und dem EKKI bestand um die Jahreswende 1922/23 das engste Einvernehmen, und nicht zufällig sanktionierte die *Fédération de la Seine* als erste die Beschlüsse des IV. Weltkongresses.³³⁹ Indessen zog die Linkswendung der Kommunisten im Großraum Paris die gegenteiligen Wirkungen nach sich wie in Berlin. Die Berliner Bezirksleitung der KPD wurde von dem starken radikalen und antizentralistischen Massenpotential der Reichshauptstadt geradezu dazu genötigt, gegenüber der Zentrale eine „linke“ Haltung einzunehmen, und konnte dadurch ihren Einfluß steigern. In Paris hingegen führte die „linke“, auf Durchsetzung der Kominternlinie bedachte Politik der *Fédération de la Seine* zur Isolierung der Kommunisten. Bis zum April 1923 halbierte sich im Großraum Paris die Mitgliederzahl des PCF auf 4–5.000. Zum Teil dürfte dies auf den vom IV. Weltkongreß be-

³³⁴ Für das Programm der Pariser Ultralinken M. Heine, *La Seine et la Moskowa*, *L'Humanité*, 27.6.1922, u. Ders., *La Seine et l'Indre-et-Loire*, *L'Humanité*, 14.7.1922. Vgl. Henri Dubief, *Contribution à l'histoire de l'ultra-gauche*: Maurice Heine, in: *Mélanges d'histoire sociale offerts à Jean Maitron*, Paris 1976, S. 87–93; Wohl, *French Communism*, S. 222f.

³³⁵ Dubief, Maurice Heine, S. 88f. Vgl. Wohl, *French Communism*, S. 491 (Anm. 25).

³³⁶ Siehe die Resolution des Erweiterten Exekutivkomitees der Komintern vom 11.6.1922 zur französischen Frage, abgedruckt in *L'Humanité*, 2.7.1922. Zum Statut der *Fédération de la Seine* heißt es dort: „Le principe du fédéralisme est absolument incompatible avec les intérêts réels d'une organisation révolutionnaire. Toute référence à la constitution fédérative de la République soviétiste est radicalement erronée, étant donné que la structure du Parti communiste ne peut en aucun cas être identifiée à la structure de l'État soviétiste [...]. L'Internationale condamne de la façon la plus catégorique l'application des principes du fédéralisme et de l'autonomisme dans un parti révolutionnaire qui doit être le levier puissant de l'action révolutionnaire.“ Vgl. *L'Action communiste et la crise du parti*. Rapport du Secrétariat National présenté au 2e Congrès du PC, Paris 1922, S. 49, wo das Prinzip des „fédéralisme“ als dem „demokratischen Zentralismus“ zuwiderlaufend verurteilt wird.

³³⁷ Siehe J. Humbert-Droz an Sinowjew, 10.9.1922, in: *Origines et débuts des partis communistes des pays latins*, Dok. Nr. 106, S. 333f. Über die Vorbereitungen dieser Entscheidung, die Anfang September 1922 auf dem Kongreß der *Fédération de la Seine* getroffen wurde vgl. Rapport de J. Humbert-Droz au Présidium de l'Internationale Communiste, 6.7.1922, ebd., Dok. Nr. 66, S. 244; J. Humbert-Droz au Présidium de l'Internationale Communiste, 11.7.1922, ebd., Dok. 70, S. 261f.; Rapport de J. Humbert-Droz au Présidium du Comité Exécutif de l'Internationale Communiste, 3.8.1922, ebd., Dok. Nr. 84, S. 290.

³³⁸ Über die Auseinandersetzungen zwischen der „Linken“ und dem „Zentrum“ um Frossard während des Kongresses der *Fédération de la Seine* siehe J. Humbert-Droz an Sinowjew, 10.9.1922, ebd., Dok. Nr. 106, S. 333f.

³³⁹ Ebd., Nr. 137, S. 415, Rapport de L. Sellier au Comité Exécutif de l'Internationale Communiste, 3.1.1923. Vgl. das Glückwunschtelegramm des EKKI an den PCF vom September 1922, ebd., Nr. 107, S. 339f.

schlossenen Ausschluß der Freimaurer zurückzuführen sein;³⁴⁰ so scheiterte im Département Seine der Antrag einer Reihe von kommunistischen Freimaurern, die Frage dilatorisch zu behandeln und auf dem nächsten Weltkongreß endgültig entscheiden zu lassen.³⁴¹ Vielmehr unternahm die *Fédération de la Seine* besondere Anstrengungen, um den Inkompatibilitätsbeschluß des Komintern-Kongresses durchzusetzen. So mußte jedes einzelne Mitglied eine schriftliche Erklärung unterzeichnen, daß es die Freimaurer sowie die *Ligue des Droits de l'Homme* verlassen hatte. „De ce fait nous avons perdu un grand nombre de camarades qui n'avaient pas compris la nécessité de cette obligation.“³⁴²

Diese unflexible, doktrinäre Haltung der neuen Pariser Parteiführung schreckte viele Mitglieder ab und bewegte sie zum Austritt. Schon die Debatten im Vorfeld der Statutenänderung waren von vielen Sympathisanten, so berichtete Humbert-Droz, mit Widerwillen zur Kenntnis genommen worden: „Beaucoup d'ouvriers sincèrement communistes sont dégoûtés du ton des polémiques, des luttes de tendances; ils n'ont confiance ni dans les hommes du centre qui ont abandonné le parti à lui-même, ni dans les hommes de gauche, auxquels ils reprochent de ne pas connaître la classe ouvrière et de traiter de très haut les ouvriers! [...] Le dernier congrès de la Seine où la gauche avait une écrasante majorité, fut lamentable de tenue: des injures, du tapage.“³⁴³ Die neue Führung der *Fédération de la Seine* legte denn auch ihr hauptsächlichstes Augenmerk auf die Disziplinierung und organisatorische Erfassung der Mitgliedschaft und vernachlässigte demgegenüber bewußt die Rekrutierung neuer Mitglieder. Sie bemühte sich, die Mitglieder individuell zu Versammlungen und sonstigen Parteiveranstaltungen einzuberufen, insistierte auf dem strikt obligatorischen Charakter solcher „convocations“ und betonte, daß man eine Organisation brauche, die „gleichzeitig kühn und umsichtig, standhaft aber auch anpassungsfähig sei.“³⁴⁴ „La fédération veut organiser, encadrer, mobiliser etc. ses quatre à cinq mille adhérents avant de rouvrir ses portes“, so berichtete Humbert-Droz.³⁴⁵ Für ihn stand außer Frage, daß dieser ebenso formalistische wie autoritäre Führungsstil der neuen Pariser Parteiführung für den Rückgang der Mitgliederzahlen zumindest teilweise verantwortlich war.³⁴⁶ „La fédération de la Seine reste totalement repliée sur elle-même, centralisée et bureaucratisée à l'excès, sans vie.“³⁴⁷

Zu einer in der Sache gleichlautenden Einschätzung gelangte Boris Souvarine, selbst ein Vertreter der „linken“ Tendenz, der jedoch im Laufe des Jahres 1923 zum erbitterten Gegner Treints und damit auch der Pariser Bezirksleitung geworden war. Auch Souvarine kritisierte deren bürokratischen Immobilismus, der die aktive Verarbeitung vernachlässigte zugunsten der Auswertung von parteiinternen Umfragen und

³⁴⁰ Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 990f. Vgl. dazu Wohl, *French Communism*, S. 297f.

³⁴¹ *Origines et débuts des partis communistes des pays latins*, Nr. 137, S. 415f., Rapport de L. Sellier au Comité Exécutif de l'Internationale Communiste, 3.1.1923.

³⁴² AIRM Nr. 41, Conseil National du PCF, 14.–15.10.1923, S. 27 (Marranc).

³⁴³ Humbert-Droz an Sinowjew, 2.9.1922, in: *Origines et débuts des partis communistes des pays latins*, Nr. 100, S. 327.

³⁴⁴ AIRM Nr. 122, SFIC, *Fédération de la Seine, Bulletin Mensuel*, Juli 1923. Vgl. J. Duret, *Marxisme, blanquisme et action de rues*, in: *Bulletin Communiste*, 6.12.1923.

³⁴⁵ Humbert-Droz an Sinowjew, 23.6.1923, *Origines et débuts des partis communistes des pays latins*, Nr. 160, S. 496.

³⁴⁶ Humbert-Droz an Sinowjew, 13.3.1923, ebd., Nr. 152, S. 453f.

³⁴⁷ Humbert-Droz an Sinowjew, 21.4.1923, ebd., Nr. 156, S. 473.

Statistiken. Unter den Pariser Kommunisten bestand demzufolge ein rein mechanischer Aktivismus, bar jeglichen politischen Geistes und Zieles. Die drastischen und autoritären Maßnahmen, mit denen dieser Aktivismus durch die Bezirksleitung durchgesetzt werde, hätten der Mitgliedschaft zwar Schweigen auferlegt, zugleich aber große Unzufriedenheit verursacht.³⁴⁸

War hier also der stalinistische Geist gleichsam schon antizipiert, so sah doch die Pariser Bezirksleitung 1923 nur Vorteile in dem neuen „esprit de discipline“, der die Mitglieder der *Fédération de la Seine* erfüllte. Dabei mochte sie zwar vorübergehend von dem zumindest vordergründigen Schwung profitieren, den die kommunistische Agitation infolge der Exekutionspolitik Poincarés und der Ruhrbesetzung erfuhr. Doch faktisch blieb die Parteiarbeit von der breiten Masse abgeschnitten.³⁴⁹ Dem Schwinden des Masseneinflusses und dem Rückgang der Mitgliederzahl entsprach in Paris jedoch die erhöhte, quasi-militärische Disziplin der verbliebenen Parteimitglieder. „Nous pouvons compter“, so lobte das Mitglied der Bezirksleitung, Georges Marrane, im Oktober 1923, „qu'à l'heure actuelle la presque unanimité des membres de la fédération sont à la disposition du centre fédéral et répondent très exactement aux mots d'ordre qui leur sont donnés.“³⁵⁰ So sei es in der jüngeren Vergangenheit gelungen, eine ganze Reihe von Demonstrationen durchzuführen, ohne daß diese zuvor durch die „Humanité“ bekanntgegeben worden seien. Vielmehr habe man auf die individuelle Weisung an die Mitglieder bauen und so auch gegen das vorhandene Polizeiaufgebot in Paris demonstrieren können, obwohl hier bereits seit Jahren ein Demonstrationsverbot bestehe.³⁵¹ Durch die Ereignisse in Deutschland ermutigt, hofften die Pariser Parteiführer, diese quasi-militärische Disziplin ihrer Mitglieder zu einer tatsächlichen paramilitärischen Organisation ausbauen zu können. „Dans l'esprit des camarades de la Féd. [de la Seine]“, so berichtete Marrane dem Conseil National des PCF, „il y a cette conviction que le Parti devient de plus en plus un parti de combat. C'est vers cette organisation de combat que les membres de la féd. se préparent à agir et nous espérons que les militants de la féd. seront de moins en moins les membres d'un parti électoral et de plus en plus des combattants au service du prolétariat. Vous comprenez que dans ces conditions l'effort de la féd. de la Seine se dirige de plus en plus vers l'organisation des centurions ouvrières.“ Marrane gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß in Paris solche proletarischen Hundertschaften nach deutschem Vorbild innerhalb kürzester Zeit gebildet und einsatzfähig gemacht werden könnten. Bei einer entsprechenden Entwicklung in Deutschland würden sie aufgrund der strategisch wichtigen geographischen Lage von Paris unmittelbar in die Kämpfe eingreifen können.³⁵² Wie sklerotisch jedoch die quasi-militärischen Bemühungen der Pariser Parteispitze im Vergleich zu der deutschen kommunistischen Mobilisierung des Jahres 1923 tatsächlich waren, spiegelt die Kritik Souvarines wider: Die Mitglieder zu einer bestimmten Stunde an einem bis zuletzt geheim gehaltenen Ort zu versammeln, die Polizei zu überraschen und eine Straßenecke für eine halbe Stunde zu behaupten sei zwar durchaus von Interesse; aber die ständige Wiederholung solcher Aktionen er-

³⁴⁸ AIRM Nr. 43: Boris Souvarine, Mémoire au Comité Directeur sur la Fédération de la Seine, v.a. S. 1, 5f.

³⁴⁹ Vgl. Humbert-Droz an Sinowjew, 14.6.1923, in: Origines, Dok. Nr. 159, S. 484f.

³⁵⁰ AIRM Nr. 41, Conseil National, 14.–15.10.1923, S. 29.

³⁵¹ Ebd.

³⁵² Ebd., S. 29f. Hervorhebung von mir.

müde und enttäusche die Parteigenossen. Die Häufigkeit der speziellen Einberufungen, der geheimen Zusammenkünfte, der Alarmierungen und Mobilisierungen würde die Mitglieder entmutigen, sofern sie in den Ereignissen selbst keine Rechtfertigung für solche außergewöhnlichen Aktivitäten erkennen könnten.³⁵³

Dementsprechend rudimentär blieben auch die ersten Versuche einer paramilitärischen Organisation, die 1923 in der Pariser Region unternommen wurden. Zwar rekrutierte man in Paris eine Art Ordnerdienst, *groupes de défense*, die sich überwiegend aus jungen ledigen oder zumindest kinderlos verheirateten Männern zusammensetzten und deren Hauptaufgabe darin bestand, bei Versammlungen und Demonstrationen die Ordnung aufrechtzuerhalten.³⁵⁴ Auch hier gilt freilich das gleiche, was oben über den O.D. der KPD und den RFB festgestellt wurde: Insofern es sich um den Versammlungsschutz einer Bewegung mit totalitärem Profil handelte, tendierten auch die *groupes de défense* vom Anspruch her zur Durchsetzung des totalitären Meinungs- und Propagandamonopols und damit zur paramilitärischen Durchbildung. Es ginge darum, so lautete denn auch die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, die „Kader einer zukünftigen proletarischen Armee“ zu schmieden.³⁵⁵ Wenn auch der neuformierte Ordnerdienst gelegentlich zu öffentlicher Wirkung gelangte wie etwa bei der Kommunekommemoriation am 27. Mai 1923, so trug er doch zugleich den Keim der eigenen Schwäche in sich. Sie entsprach den Problemen der „linken“ Pariser Führung insgesamt, die aus dem skizzierten, formalistisch-mechanischen, gleichsam protostalinistischen Verständnis von Parteidisziplin resultierte: „Peu de gens, en effet, consentirent à aliéner leur liberté pour des buts peu définis et à se plier à la discipline très sévère qui obligeait les membres des groupes de défense à exécuter sans murmurer de jour et de nuit tous les ordres qui pouvaient leur être donnés.“³⁵⁶ Im übrigen zeigt sich hier einmal mehr der unterschiedliche soziale Charakter der kommunistischen Bewegung in Paris im Vergleich zu Berlin. Während in Berlin die paramilitärische Organisation in M.-Apparat und RFB auf verhältnismäßig breite Unterstützung insbesondere durch arbeitslose Jugendliche und z.T. auch durch Frauen traf, wurde sie in Paris von den im Beruf stehenden Parteigenossen eher als Zumutung gewertet.

Wenn nach diesen spärlichen Anfängen in der Pariser Region die Frage der paramilitärischen Organisation 1925/26 erneut auf der Tagesordnung stand, so war dies nicht zuletzt dem vorübergehenden Sieg der Parteilinken zu verdanken. Wie die KPD auch wurde der PCF seit 1922 in den Strudel der innerrussischen Machtkämpfe hineingezogen. Mit der gewaltsamen Einflußnahme der Komintern auf dem zweiten Parteitag des PCF im Oktober 1922 begann das, was Charles Rappoport die „Zerstörung der französischen Kommunistischen Partei durch Moskau“ genannt hat.³⁵⁷ Das Jahr 1923 stand im Zeichen des beginnenden Machtkampfes zwischen der sowjetischen „Troika“ (Sinowjew, Kamenew, Stalin) und Trotzki.³⁵⁸ In Frankreich war Boris Souvarine, selbst ein Vertreter der Linken, Trotzki's wichtigster Parteigänger. Mit Hilfe Sinowjews, des Sekretärs der Komintern, und unter Führung Albert Treints und

³⁵³ AIRM Nr. 43, Boris Souvarine, Mémoire au Comité directeur sur la Féd. de la Seine, 23.11.1923, S. 6.

³⁵⁴ APP Ba 1939 (Dossier Groupes de Combat), Le Chef du Service des Renseignements Généraux et des Jeux à Monsieur le Préfet de Police, 3.12.1926.

³⁵⁵ Ebd.

³⁵⁶ Ebd.

³⁵⁷ Charles Rappoport, Une vie révolutionnaire 1883–1940, hrsg. v. Harvey Goldberg u. Georges Haupt, Paris 1991, S. 430f.

³⁵⁸ Vgl. dazu Schapiro, Geschichte, S. 288ff.; Frank, Geschichte, Bd. I, S. 313ff.

der *Fédération de la Seine* gelang es jedoch dem linken Flügel des PCF im Verlauf des Jahres 1924, das Politbüro des PCF zu erobern.³⁵⁹ Vor allem die Auffassung, die französische kommunistische Bewegung sei in der „russischen Frage“ zu einer eindeutigen Stellungnahme gegen Trotzki verpflichtet, diene der französischen Linken um Treint als Hebel, innerparteiliche Gegner wie Souvarine, Rosmer, Monatte und andere in die Defensive zu drängen und schließlich mit Hilfe Sinowjews auszuschalten. Wie üblich verschlangen sich dabei persönliche Rivalitäten, innerparteiliche Machtkämpfe und ideologische Differenzen unauflöslich ineinander.³⁶⁰ Auf dem V. Weltkongreß der Komintern wurde Souvarine aus der Partei ausgeschlossen, und die Linke eroberte die Führung der Gesamtpartei. Das Politbüro Treint/Girault entsprach also im wesentlichen der KPD-Führung unter Ruth Fischer und Arkadij Maslow. In beiden Fällen bedeutete dies den vorübergehenden Sieg der radikalen hauptstädtischen Richtung innerhalb der Gesamtpartei. Der erneute Machtkampf innerhalb der „Troika“, aus dem 1925 Stalin als Sieger hervorging, bedeutete freilich auch das Ende der deutschen und französischen „Sinowjewisten“, denen nun „ultralinke“ Positionen und eine exzessive Bolschewisierung vorgehalten wurde. In beiden KPs führte dies schließlich zur Berufung zweier Stalinisten „sans phrase“ an die Parteispitze, die sich im Typ ausgesprochen ähnelten, vor allem das „proletarische“ Element verkörperten und über keine herausragenden intellektuellen Fähigkeiten verfügten: Ernst Thälmann und Maurice Thorez.

Bis zum Sieg der französischen Parteilinken im Jahre 1924 war „das Verhältnis zwischen der Parteileitung und der Pariser Organisation [...] zeitweise nicht weniger gespannt als beispielsweise zwischen der Berliner Organisation und dem Brandlerschen Zentralkomitee.“³⁶¹ Doch nun wurde die Pariser Linie quasi zum Modell für die Gesamtpartei. Nicht um das Temperament einzelner Personen, Zufälligkeiten oder die „besondere Atmosphäre“ von Paris ging es demzufolge. Vielmehr, so betonte der Delegierte der Komintern, August Kleine-Guralski, hatten sich die Mißstimmigkeiten der Vergangenheit auf die „fundamentale, politische Frage“ bezogen: „Wie die Partei aufbauen? Die Versuche, die [...] durch die Pariser Organisation gemacht wurden, um Disziplin in die noch halbsozialistische französische Partei hineinzubringen, um ihre Mitglieder im Augenblick der Oktoberereignisse in Deutschland zu mobilisieren, um die Methoden herauszufinden, die es der gesamten Partei ermöglicht hätte, sich mit der revolutionären Avantgarde von Paris zusammenzuschließen, waren durch die Führer der Partei feindlich aufgenommen worden.“³⁶² Nach dem V. Weltkongreß der Komintern im Juli 1924 verfolgte der PCF also wie die KPD einen „linken“ Kurs unter dem Stichwort der von Moskau dekretierten „Bolschewisierung“, dessen Vorformen von den Bezirksleitungen der beiden Metropolen schon seit

³⁵⁹ Der dritte Parteitag der PCF im Januar 1924 hatte die Parteilinke und ihre „zu mechanische“ Politik noch unmißverständlich kritisiert, Parti Communiste Français, 3e Congrès National, S. 28f.

³⁶⁰ Zum Machtkampf innerhalb des PCF während der Jahre 1923/24 und seiner Verknüpfung mit der „russischen Frage“ siehe die vorzügliche Schilderung von Wohl, *French Communism*, S. 355ff. Vgl. auch Robrieux *Histoire intérieure I*, S. 183ff.

³⁶¹ August Kleine (Guralski), Zum Parteitag der KP. Frankreichs, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 24.1.1925, S. 116.

³⁶² Ebd.

längerem praktiziert worden waren.³⁶³ Unter Vermeidung „rechter“ wie „ultralinker“ Abweichungen galt es demzufolge auch in Frankreich, verstärkt auf die Organisation der Revolution und die Diktatur des Proletariats hinzuwirken, das hieß konkret auf eine „Regierung des Bürgerkriegs, die das Proletariat bewaffnet, um die Bourgeoisie zu entwaffnen.“³⁶⁴ Treint, der zum Sprachrohr Sinowjews in Frankreich geworden war, rekurrierte dabei ebenso wie die Fischer-Maslow-Führung in Deutschland auf die durch quasi-militärische Disziplin garantierte „unité monolithique“ der Partei, wobei es als dringliche Aufgabe erschien, die „Provinz“ auf das gleiche Niveau bolschewistischer Disziplin zu erheben wie Paris. Andernfalls würde eine allfällige revolutionäre, vom PCF geführte Erhebung der Hauptstadt ein ähnliches Schicksal erleiden wie 1871 die Kommune.³⁶⁵

Wie in der KPD bedeutete die „monolithische Einheit“ des PCF eine weitere Annäherung an den Typus der totalitären Bewegung. Im Namen der „Bolschewisierung“ wurde sie vom Politbüro Treint/Girault ebenso autoritär wie doktrinär durchgesetzt. Innerparteiliche Konkurrenten und Kritiker der „Linken“ wurden mundtot gemacht und aus der Partei ausgeschlossen. Amédée Dunois, ein französischer Kommunist der ersten Stunde und nachmaliger Dissident charakterisierte Anfang 1925 die innerparteiliche Atmosphäre folgendermaßen: „Sous prétexte de discipline, de ‚bolchevisation‘ on a beaucoup exclu depuis six mois, beaucoup frappé, beaucoup menacé, décourageant par là bien de bonnes volontés qui ne demandaient qu'à s'employer et créant dans le parti – réduit à rabacher mécaniquement des mots d'ordre qui se suivent et ne se ressemblent pas, – une passivité politique et une inertie intellectuelle effrayante qui donnent lieu de craindre pour l'avenir.“³⁶⁶

Im Kontext der Bolschewisierung erfuhr das kommunistische Streben nach „Selbstschutz“ und paramilitärischer Organisation einen entscheidenden Aufschwung. Begünstigt wurde dies durch das Aufkommen „faschistischer“ Bewegungen am rechten Rand, auf die im nächsten Kapitel ausführlich zurückzukommen wird. Einstweilen genügt es festzuhalten, daß das „antifaschistische“ Paradigma für den Aufbau proletarischer Selbstschutzorganisationen in Paris eine wichtige Rolle spielte. Die Perhorreszierung des Feindes in seiner gewalttätigsten Form, im Faschismus Mussolinis und seiner vorgeblichen französischen Ableger, diente in den Jahren 1925 und 1926 als entscheidendes Mobilisierungsinstrument.³⁶⁷ Damit glich sich die Linie der französischen Kommunisten allmählich jenem totalitären Profil an, das die KPD schon seit ihrer Gründung aufwies und für das die Subsumtion der politischen Existenz unter den Freund-Feind-Gegensatz charakteristisch war. Nunmehr galt es, die Partei geistig und organisatorisch „auf den Kampf um die Macht“ vorzubereiten „und die gesamte Arbeiterklasse mobilzumachen.“ Hatte der „Faschismus“ jetzt auch

³⁶³ Zu den Problemen der „Bolschewisierung“, insbesondere bei der Umstellung der Parteiorganisation auf Zellen, vgl. Danièle Tartakowsky, *Autour de la „Bolchévisation“ du P.C.F.*, in: Michel Dion u.a., *La classe ouvrière française et la politique*, S. 87–107.

³⁶⁴ AIRM Nr. 64, *Le Vème Congrès de l'I.C. et les tâches du PCF* [1924]. „Rechte“ Abweichungen hatten sich demzufolge in dem Scheitern des Oktoberaufstandes in Deutschland geltend gemacht, während mit „linken“ Abweichungen das Bestreben, aus den Gewerkschaften auszutreten, gemeint war.

³⁶⁵ Albert Treint, *Congrès de Bolchevisation*, in: *Cahiers du Bolchevisme*, 21.11.1924, S. 8.

³⁶⁶ *Parti Communiste Français, 4^e Congrès National tenu à Clichy (Seine)*, 17.–21.1.1925, vervielfältigtes Manuskript (B.N. 4–Jb57–18608 (IV, 1–5), Bd. 1, S. 153.

³⁶⁷ Vgl. APP Ba 1939 (Dossier Groupes de Combat), *Le Chef du Service des Renseignements Généraux et des Jeux à Monsieur le Préfet de Police*, 3.12.1926.

in Frankreich die „Machtfrage“ aufgeworfen, so galt es angemessen zu reagieren und nicht derselben fatalen Zögerlichkeit zu verfallen, wie sie die deutsche Parteiführung 1923 an den Tag gelegt hatte: „La préparation militaire se pose en conséquence avec une grande urgence. Condition tactique, stratégique et politique de la prise du pouvoir [...]. En dehors du Parti, envisager l'organisation des centurries prolétariennes, au sein même de la masse des usines.“³⁶⁸

Auf dem IV. Parteitag des PCF, der Mitte Januar in Clichy stattfand, dem „Parteitag der Bolschewisierung“, spielte die Frage „Verteidigung gegen den Faschismus“ denn auch eine zentrale Rolle. Besondere Erwartungen setzte die Parteiführung dabei in die bevorstehenden Kommunalwahlen, von denen man sich die Konstitution einer kommunistisch verwalteten „banlieue rouge“ erhoffte: In der Pariser Region gelte es, so forderte Treint, möglichst viele „mairies communistes“ zu besitzen, um „den roten Gürtel, der die Hauptstadt umzingelt“, zu verstärken.³⁶⁹ Die in den Vororten gewählten kommunistischen Wahlkörperschaften mußten definitiv den Rahmen „bürgerlicher“ Legalität verlassen, die proletarischen Massen im bolschewistischen Sinne schulen und schließlich bewaffnen. Eine solche strategische Einkreisung der Hauptstadt mit sich bewaffnenden kommunistischen Kommunen würde die „Bastion“ der künftigen Revolution bilden.³⁷⁰

Ende 1924/Anfang 1925 stand mithin der Wille der französischen kommunistischen Führung zur paramilitärischen Organisation und damit zur weiteren Ausprägung ihres totalitären Profils außer Zweifel. Angesichts dessen, daß die Forschung hierüber bislang fast völlig geschwiegen hat,³⁷¹ gilt es dies trotz der Einschränkung hervorzuheben, daß die entsprechenden Forderungen zunächst eine überwiegend rhetorische Angelegenheit blieben. Die Frage der Bewaffnung blieb ein eher sporadisches Thema, obwohl einzelne Mitglieder immer wieder mit Schußwaffen versehen waren. Ende 1924 entschied das Exekutivkomitee des PCF, daß die Kampfgruppen, deren Aufgabe es war, die Demonstranten gegen „faschistische“ Angriffe zu schützen, selbst unbewaffnet bleiben sollten. Dahinter sollte jedoch eine mit Revolvern bewaffnete Reserve gebildet werden, eine mobile Einsatztruppe gewissermaßen, für den Fall, „daß sich Demonstrationen zu einer Massenbewegung entwickelten.“³⁷²

³⁶⁸ AIRM Nr. 64, Bureau Politique, 20.11.1924.

³⁶⁹ AN F7 13090, 4me Congrès National du Parti Communiste, Clichy 1925. Die Mitschriften der polizeilichen Informanten weichen im Wortlaut z.T. erheblich von dem parteioffiziellen Verlaufsprotokoll ab (s.u.). Dabei fällt insbesondere auf, daß die von den Informanten überlieferten Passagen zur paramilitärischen Organisation und zur Bewaffnung der Arbeiterklasse (AN F7 13090, Interventionen von Doriot, Suzanne Girault, Cat und Louis Sellier) im Protokoll fast gänzlich fehlen. Hieraus auf eine bewußte Übertreibung der Informanten zu schließen, wäre nicht stichhaltig angesichts der Tatsache, daß die PCF-Führung auf die Bewahrung der „Legalität“ größten Wert legte. Siehe Parti Communiste Français, 4e Congrès National, Bd. I, S. 18f.: „Il est indispensable que dans notre pays, pour le développement de notre organisation, pour la consolidation de notre parti et pour sa bolchevisation que nous fassions ce travail dans la légalité parce que, actuellement, le travail de réorganisation sur la base des cellules n'est pas suffisant pour nous permettre de continuer dans l'illégalité la même propagande et la même agitation. Nous devons agir de telle façon que nous restions dans la légalité“ (Sémar). Es ist also durchaus denkbar, daß die von den Informanten überlieferten „militärischen“ Passagen aus dem parteioffiziellen Protokoll gestrichen wurden.

³⁷⁰ Parti Communiste Français, 4e Congrès National, Bd. I, S. 118 (Doriot); ebd., Bd. II, S. 901f. (Suzanne Girault). Vgl. AN F7 12897, Victor Cat, Des taches nouvelles du travail municipal du Parti [1925].

³⁷¹ Siehe lediglich die knappen Bemerkungen bei Dominique Cardon u. Jean-Philippe Heurtin, „Tenir les rangs“. Les services d'encadrement des manifestations ouvrières (1909–1936), in: Pierre Favre (Hrsg.), La manifestation, Paris 1990, S. 123–155, hier S. 143.

³⁷² AN F7 12897, Informantenbericht 18.12.1924.

Unmittelbar nach dem Parteitag von Clichy erging denn auch an alle Zellen und Rayons die Instruktion, eine exakte Erhebung über alle Waffen und Munition zu erstellen, die sich in den Händen der einzelnen Parteimitglieder befanden.³⁷³ Und im April 1925 lagen der Polizei Erkenntnisse vor, wonach rund 10% der „roten Garden“ über eine Schußwaffe verfügten.³⁷⁴ Allerdings kam der Aufbau kommunistischer Kampfgruppen weitaus schleppender als gewünscht in Gang. Trotz erheblicher Bemühungen scheiterte der Aufbau eines schlagkräftigen parteieigenen „service d'ordre“ bzw. der „groupes de combat“ zunächst offenkundig an der mangelnden Bereitschaft der Pariser Kommunisten, sich einer entsprechenden Disziplin zu unterwerfen.³⁷⁵ Tatsächlich abgehaltene kommunistische Demonstrationen verliefen denn auch meist ruhiger, als zu erwarten gewesen wären.³⁷⁶ Dementsprechend häufig ergingen in der ersten Hälfte des Jahres 1925 die Appelle, angesichts der faschistischen Bedrohung mußten sich die Kommunisten nunmehr bewaffnen, eine gleichsam eiserne Disziplin einüben und einen schlagkräftigen „Selbstschutz“ auf die Beine stellen.³⁷⁷ So forderte ein Angehöriger der Betriebszelle Citroën Ende April ungeduldig, daß die „Kampfgruppen“ endlich „zusammengestellt, ausgerüstet und bewaffnet“ werden sollten. „Den Worten mußten Taten folgen, man dürfe sich nicht auf Parolen und theoretische Beschlüsse beschränken.“³⁷⁸ Darüber hinaus wurde die Situation des PCF noch erschwert durch den Hinterhalt, den junge Parteimitglieder am 23. April 1925 anlässlich einer rechtsradikalen Versammlung im 18. Pariser Arrondissement legten und dem vier Angehörige der *Jeuneses Patriotes* zum Opfer fielen.³⁷⁹ Dieser Vorfall und die Emotionen, die er in der Öffentlichkeit hervorrief, veranlaßten die Führungsspitze des PCF, den Ausbau der Kampfgruppen einstweilen zurückzustellen, zumal insbesondere die jungen Parteimitglieder mehr und mehr außer Kontrolle zu geraten drohten.³⁸⁰

Seit der zweiten Jahreshälfte 1925 übernahm es daher die *Association Républicaine des Anciens Combattants* (A.R.A.C.) als formal eigenständige, jedoch kommunistisch beherrschte „Massenorganisation“, paramilitärische Verbände zu organisieren.³⁸¹ Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die 1916 von Barbusse und Vaillant-Couturier gegründete A.R.A.C. schon früh den leninistischen Defätismus und das ihm inhärente Bürgerkriegsparadigma aufnahm.³⁸² Auf ihrem 8. Kongreß im Jahre 1924 bestätigte die A.R.A.C. noch einmal ausdrücklich diese ideologische Orientierung. Demzufolge war der traditionelle „pacifisme humanitaire“ schärfstens zu bekämpfen, da er ledig-

³⁷³ AN F7 13097, Informantenbericht, 21.1.1925.

³⁷⁴ AN F7 12897, Informantenbericht, 23.4.1925. Siehe ebd., 22.1.1925, über Bemühungen der PCF-Führung, Waffenlieferungen aus Belgien oder Deutschland zu erhalten.

³⁷⁵ Vgl. APP Ba 1939 (Dossier Groupes de Combat), Le Chef du Service des Renseignements Généraux et des Jeux à Monsieur le Préfet de Police, 3.12.1926.

³⁷⁶ AN F7 12897, 22.12.1924.

³⁷⁷ AN F7 13097 (Dossier Seine), 10.2.1925; ebd., 17.3.1925 (Cellule 410 (Citroën)); ebd., 10.4.1925, Cellule 375 (Gaugmont).

³⁷⁸ Ebd., 21.4.1925, Cellule 410 (Citroën).

³⁷⁹ Siehe dazu ausführlicher unten, S. 541ff.

³⁸⁰ AN F7 12897, 2.5.1925, Chez les communistes après les incidents de la Rue Damrémont; APP Ba 1939 (Dossier Groupes de Combat), Le Chef du Service des Renseignements Généraux et des Jeux à Monsieur le Préfet de Police, 3.12.1926.

³⁸¹ Vgl. ebd.

³⁸² Vgl. die Äußerungen von Barbusse im Vorwort zur ersten Nummer von „Clarté“, 1921 und Vaillant-Couturier in: Clarté, Nr. 26 (1922), S. 27. Vgl. oben, S. 50f.

lich die moralische und materielle Stärkung der Bourgeoisie und die Entwaffnung des Proletariats bewirke. Dies gelte um so mehr, als das kapitalistische Bürgertum seit dem Weltkrieg den Klassenkampf bewußt verschärft und dabei auch „Methoden des Bürgerkrieges“ angewandt habe.³⁸³ Angesichts neuer Kriegsgefahren sei daher ein Defätismus leninistischer Prägung erforderlich sowie schließlich die Transformation des „imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“.³⁸⁴ Wenn also die A.R.A.C. ab Ende 1925 und dann vor allem im Verlauf des Jahres 1926 „antifaschistische“ Kampfgruppen organisierte, so lag dies einerseits in der Logik ihrer eigenen ideologischen Ausrichtung, die sie als Teil der totalitären kommunistischen Bewegung kennzeichnete. Andererseits offenbarte sich hier eine exakte Analogie zur oben dargestellten Legalitätstaktik der KPD und der damit zusammenhängenden Gründung des RFB.

Die Kampfgruppen der A.R.A.C. unterlagen mithin einem ähnlichen Zielkonflikt wie der RFB. Zum einen sollte es sich um rein „defensive“ legale Organe handeln, deren Aufgabe darin bestand, „die Redefreiheit durchzusetzen und die Sprengung der Versammlungen zu verhindern.“³⁸⁵ Zum andern aber diente die Mobilisierung der A.R.A.C. den Zwecken der Propaganda und der Durchsetzung eines totalitären Meinungs- und Informationsmonopols. In dieser Hinsicht erfüllte der RFB eine direkte Vorbildfunktion: Um möglichst große Wirkung auszuüben, sollten die im April 1926 gegründeten *Groupes de Défense Antifascistes* (G.D.A.) der A.R.A.C. sichtbar sein, das heißt sie wurden mit Uniform und Knüppeln ausgerüstet, wobei der RFB explizit als Vorbild diente.³⁸⁶ Zu den Versammlungen der A.R.A.C. oder des PCF trugen die Mitglieder der G.D.A. ihre Uniformen.³⁸⁷ Und gelegentlich wurde berichtet, daß gerade das militärische Erscheinungsbild der A.R.A.C.-Einheiten unter den Teilnehmern der kommunistischen Kundgebungen auf „Enthusiasmus“ gestoßen sei.³⁸⁸ Bei den Demonstrationen der G.D.A. gab es – wie dies auch bei den Propagandamärschen des RFB der Fall war – Fahnen, Sprechchöre und Gesänge der „Internationale“ und anderer kommunistischer Kampflieder. Bisweilen wurde die Demonstration auch durch Trommlerkorps begleitet.³⁸⁹ Ähnlich wie der RFB entwickelten die G.D.A. eine Art politischer Liturgie mit Fahnenweihe und Eid. So sprach etwa der Chef der G.D.A., das PCF-Mitglied Francis Desphilippon, auf der großen Kundgebung der A.R.A.C. am 29. Mai 1926 zum Gedenken an den Kommuneaufstand von 1871 den massenhaft akklamierten Eid vor: „Nous combattons jusqu’au dernier homme notre ennemi, le fascisme. Nous mourrons ou nous vaincrons ensemble.“

³⁸³ AN F7 13179, A.R.A.C., 8^e Congrès 1924. Thèses sur la guerre et des moyens de lutte contre la guerre.

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ APP Ba 1939 (Dossier Groupes de Combat), 26.5.1926, Meeting antifasciste, 18^e section de l’A.R.A.C., 25.5.1926 (Jacques Duclos).

³⁸⁶ Ebd., 27.5.1926, Réunion de la Fraction de la Fraction de l’A.R.A.C. du 2^eme Rayon du PC, 26.5.1926. AN F7 13179, 15.9.1926, Réunion des Groupes de Défense Antifascistes des 11^eme et 20^eme Arrdts, Les Lilas, Bagnolet, Montreuil et Romainville, 14.9.1926.

³⁸⁷ Ebd., Polizeibericht vom 16.9.1926.

³⁸⁸ Ebd., 5.6.1926, Réunion des Chefs de Groupes du Service d’ordre de la Région Parisienne du Parti Communiste.

³⁸⁹ AN F7 13179, Polizeiberichte vom 13.6.1926, Commémoration de la Semaine Sanglante au Cimetière Montparnasse; 6.7.1926, Manifestation au „Mur des Fédérés“ à Clichy; 8.11.1926, Au sujet de la campagne de propagande de l’A.R.A.C.; 12.11.1926, Manifestation de l’A.R.A.C. à Saint-Denis.

Unter Trommelwirbel reckten die anwesenden Mitglieder der G.D.A. den rechten Arm vor und bestätigten: „Nous le jurons“.³⁹⁰

Auch das der Legalitätstaktik entspringende Kalkül der A.R.A.C. glich demjenigen des RFB. Formal betrachtet bildeten die G.D.A. keine Parteiorgane des PCF. Im Sinne der Einheitsfront von unten dienten sie als Sammelbecken für all jene, „die, aus welcher Partei oder politischen Strömung sie auch kommen, bereit sind, ihr Leben für den Kampf gegen den Faschismus zu opfern.“³⁹¹ Wenn also der Aufbau einer „roten Front“ in organisatorischer Hinsicht der A.R.A.C. überlassen werden sollte, so wurden doch die Mitglieder der kommunistischen Partei dringend aufgefordert, sich dem Frontkämpferverband anzuschließen. Als entscheidend wurde dabei von der Pariser Bezirksleitung angesehen, daß die Partei eine enge politische und ideologische Kontrolle über A.R.A.C. und G.D.A. behielt.³⁹²

Im Gegensatz zum RFB schuf sich die A.R.A.C. keinen eigenen paramilitärischen Jugendverband wie den Roten Jungsturm. Diese Aufgabe übernahm in Frankreich die kommunistische Jugendorganisation selbst, die *Jeunesses Communistes*, denen ja schon in bezug auf die „antimilitärische“ Zersetzungsarbeit eine wichtige Rolle zugewiesen worden war. Auf ihrem 5. Kongreß vom 14. bis 17. August 1926 beschlossen die *Jeunesses Communistes* die Bildung einer eigenen, den G.D.A. nachempfundenen Kampfformation. Aufgabe dieser *Jeunes Gardes Antifascistes* (J.G.A.) sollte es demzufolge sein, die Arbeiterjugend militärisch und politisch auf den proletarischen Kampf vorzubereiten.³⁹³

Freilich dürfen die unübersehbaren Analogien zwischen RFB/Rotem Jungsturm einerseits und G.D.A./J.G.A. andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Grad der paramilitärischen Organisation in Paris erheblich geringer ausgeprägt war als in Berlin. Formal ähnelte die Organisation der Pariser G.D.A. derjenigen des RFB in hohem Maße. Unter der organisatorischen Leitung des kommunistischen Parteimitglieds Desphilippon wurde die Pariser Region in sieben Sektoren eingeteilt, deren Mannstärke jeweils 180 betrug. Jeder Sektor war unterteilt in drei „sous-secteurs“ (à 59 Mann), zusammengesetzt aus je drei „groupes“ (à 19 Mann). Die unterste Einheit war die aus sechs Mann bestehende „équipe“, von denen wiederum drei zusammen eine „groupe“ bildeten.³⁹⁴ Der Aufbau der J.G.A. erfolgte analog.³⁹⁵ Nachdem die A.R.A.C. im Zuge ihrer Quasi-Übernahme durch den PCF einen Großteil ihrer Mitglieder verloren hatte, erhöhte nun der „Antifaschismus“ der G.D.A. ihre Attraktivität ganz beträchtlich. Im Verlauf des Jahres 1926 stieg ihre Mitgliederzahl in ganz

³⁹⁰ AN F7 13179, 30.5.1926, Meeting antifasciste de l'A.R.A.C., 29.5.1926; vgl. „La milice communiste“, in: L'Écho de Paris, 31.5.1926.

³⁹¹ AN F7 13179, 30.5.1926, Meeting antifasciste de l'A.R.A.C., 29.5.1926 (Jacques Duclos). Vgl. ebd., 10.6.1926.

³⁹² AN F7 13097 (Seine), 3.6.1926, Réunion des Secrétaires de cellules du 2ème rayon de la Fédération de la Région Parisienne, 2.6.1926 (Lacroix); AIRM Nr. 189, Bureau Régional, 20.7.1926.

³⁹³ AN F7 13181, 11.8.1926.

³⁹⁴ AN F7 13179, 16.9.1926, Réunion des Groupes de Défense Antifascistes des 11ème et 20ème Arrdts., 15.9.1926; APP Ba 1939 (Dossier Groupes de Combat), Le Chef du Service des Renseignements Généraux et des Jeux à Monsieur le Préfet de Police, 3.12.1926.

³⁹⁵ Ebd. Dies entsprach mehr oder weniger exakt den quasi-militärischen Organisationsprinzipien des RFB in Gruppen, Zügen und Abteilungen. Vgl. BAP RKO St. 12/91, Bd. 1, fol. 66, Zusammenfassende Darstellung über die Rote Frontkämpferbewegung, 1.5.1925.

Frankreich von 8.000 (31.12.1925) über 17.000 (1.4.1926) auf 23.000 (1.9.1926).³⁹⁶ So eindrucksvoll diese Zahlen für den französischen Kontext sind, so deutlich zeigt sich in ihnen doch die im Vergleich zu Deutschland weitaus geringere Schlagkraft, die die französischen kommunistischen Organisationen zu dieser Zeit erreichen konnten. Gleiches gilt für die Pariser Region selbst. Ende 1926 konnten hier alle kommunistischen Kampforgane zusammengenommen auf ca. 3.000 Mann zählen, allein 1.000 davon Angehörige der G.D.A.³⁹⁷ Allerdings scheinen insgesamt nur ca. 400 zu physischen Auseinandersetzungen mit der Polizei oder mit politisch Andersdenkenden bereit gewesen zu sein scheinen: „les autres s'étant enrôlés surtout dans le but de s'exhiber dans les manifestations en uniforme et se souciant peu de courir le risque de bagarres ou de se livrer à des actes répréhensibles.“³⁹⁸

Mit dieser Feststellung der politischen Polizei ist eine weitere entscheidende Frage berührt, inwieweit nämlich die kommunistische Bewegung in Frankreich und seiner Hauptstadt willens und in der Lage war, das bolschewistische Bürgerkriegsparadigma auch im physischen Sinne umzusetzen, das heißt die direkte Auseinandersetzung mit dem inneren „Feind“ über den Bereich der Propaganda hinaus zu führen. Bevor jedoch diese Frage im Vergleich zu den Berliner Verhältnissen näher untersucht wird, muß der Blick auf jenen inneren „Feind“ selbst, das heißt die gleichzeitig entstehenden „faschistischen“ Verbände, gelenkt werden.

³⁹⁶ AN F7 13179, 16.9.1926, Réunion des Groupes de Défense Antifascistes des 11ème et 20ème Arrdts., 15.9.1926. Ebd., Polizeibericht vom 28.5.1926.

³⁹⁷ Ebd., Polizeibericht vom 16.9.1926.

³⁹⁸ APP Ba 1939 (Dossier Groupes de Combat), Le Chef du Service des Renseignements Généraux et des Jeux à Monsieur le Préfet de Police, 3.12.1926.

Siebentes Kapitel

Formierung des Rechtsextremismus und „Faschismus“

Betrachtet man die bislang geschilderten Entwicklungen im Lichte unseres (totalitarismus-)theoretischen Ansatzes, so lassen sich einige wichtige und kennzeichnende Vergleichsergebnisse festhalten. Der systematische Idealtyp der totalitären Bewegung dient dem Vergleich zunächst als heuristisches Instrument, der die Inventarisierung von Differenzen und Gemeinsamkeiten erlaubt. Mißt man an ihm die kommunistischen Bewegungen in Deutschland und Frankreich, so finden sich neben unübersehbaren Gleichartigkeiten auch charakteristische Unterschiede. *Einerseits* wiesen beide kommunistischen Parteien spätestens seit 1923/24 alle wesentlichen Merkmale des Totalitären auf. Das von uns als Primärphänomen des Totalitären identifizierte *Freund-Feind-Denken* fand seine quasi-rationale Begründung durch die marxistisch-leninistische *Ideologie*. Zur Durchsetzung ihres Wahrheitsanspruchs – und das heißt zugleich zur Bekämpfung des „Feindes“ – entwickelten sich in Deutschland wie in Frankreich eine kommunistische *Partei* und ein ihr unterstellter *Propagandaapparat*. Seit 1923 bemühten sich beide Parteien darum, im Zeichen der „Notwehr“ sowie des Versammlungs- und Selbstschutzes eine *paramilitärische Organisation* aufzubauen. In einem wichtigen Punkt wird daher unsere Theorie sowohl für Berlin als auch für Paris *verifiziert*. Eine totalitäre Herausforderung der Demokratie durch den Kommunismus, d.h. zugleich eine entscheidende Voraussetzung für eine latente Bürgerkriegsspannung, existierte in beiden Metropolen.

Andererseits aber näherte sich der empirisch faßbare, eigentlich historische Realtyp des Kommunismus, wie er in Deutschland und der Reichshauptstadt begegnete, in erheblich höherem Maße dem Idealtyp der totalitären Bewegung an, als dies in Paris der Fall war. Der Grad und die Intensität der totalitären Herausforderung durch den Kommunismus waren in Paris geringer als in Berlin. Neben der unterschiedlichen Mitgliederstärke betrifft dies vor allem die Merkmale der Ideologie und der paramilitärischen Organisation. Es ist gezeigt worden, daß die bolschewistische Ideologie, mit ihrem Konzept des bewaffneten Aufstandes, der Zerschlagung des „bürgerlichen“ Staatsapparates und der revolutionären Machteroberung im Bürgerkrieg in der französischen Kommunistischen Partei auf stärkeren Widerstand stieß als in der KPD und auch insgesamt eine geringere Rolle spielte. Seine wichtigste Ursache hatte dies in der Persistenz syndikalistischer und anarcho-syndikalistischer Traditionen weit über die Gründung des PCF hinaus. Hierbei aber handelte es sich zwar um radikale bzw. linksextreme, zugleich aber nicht-totalitäre oder sogar antitotalitäre Kräfte. Denn trotz ihrer Revolutionsrhetorik und durchaus auch vorhandenen Gewaltbereitschaft lehnten die Syndikalisten und Anarchisten das Prinzip der politischen Partei ebenso ab wie überhaupt die Priorität des Politisch-Staatlichen vor dem Wirtschaftlichen.

Wenn nun die frühe kommunistische Bewegung in Paris gleichwohl ganz entscheidend aus syndikalistischen Wurzeln gespeist wurde, so entsprang dies zum guten Teil aus einem ideologischen „Mißverständnis“. In der Folge gelang es der Parteiführung daher auch im Zuge der „Bolschewisierung“ nicht, die Moskau-orientierte Ideologie umfänglich durchzusetzen. Gerade im so wichtigen Milieu der qualifizierten Facharbeiter spielte die syndikalistische „Resistenz“ gegen den Bolschewismus auch bei Mitgliedern des PCF und der C.G.T.U. eine fortdauernd wichtige Rolle. Eine parteimäßige Disziplinierung im Zeichen des „demokratischen Zentralismus“ und eine effektive Massenmobilisierung zugleich durchzuführen, war daher für den PCF mehr noch als für die KPD eine schier unlösbare Aufgabe. Damit hängt auch zusammen, daß die paramilitärische Organisation der Kommunisten in Paris zwar als Ziel durchaus angestrebt wurde, faktisch aber nur selten über rudimentäre Formen hinauskam. Zwar bestand wie in Berlin auch in Paris die totalitäre Herausforderung durch den Kommunismus; aber es handelte sich um eine erheblich schwächere Herausforderung sowohl in quantitativer Hinsicht, was die Mitgliederzahlen betrifft, als auch in qualitativer Hinsicht, was die idealtypische Ausprägung der totalitären Merkmale betrifft.

Im folgenden soll nun der Idealtyp der totalitären Bewegung dazu dienen, Gemeinsamkeiten und nationalspezifische Ausprägungen des Rechtsextremismus herauszustellen. Wie bereits ausgeführt, stellten „Notwehr“ und „Ordnung“ zentrale Kategorien der unmittelbaren Nachkriegszeit dar. Für die Technische Nothilfe und die *unions civiques* waren dies zentrale Stichworte gewesen. Zwar waren beide Institutionen mit ihrem Postulat eines empirisch kaum vorfindbaren „Allgemeinwohls“ ideologiefähig; trotzdem bewegten sie sich in einem gesetzlich normierten und demokratisch legitimierten Rahmen. Für Rechtsextremismus und „Faschismus“ war es dagegen kennzeichnend, daß ihr Verständnis von „Notwehr“ und „Ordnung“ eben jenen Rahmen durchbrach und daß sie, wenn notwendig, gewaltsame „Selbsthilfe“ propagierten. Der Ruf nach solcher extralegalen Selbsthilfe wurde vor allem dann erhoben, wenn das liberale Staatswesen politisch und wirtschaftlich geschwächt zu sein schien. Anhänger rechtsextremen Denkens mochten dann den Eindruck gewinnen, daß der Staat dem Druck äußerer und vor allem innerer „Feinde“ nicht mehr standhalten konnte. Eine solche Situation war in Deutschland 1922/23, in Frankreich 1924–26 gegeben.

In der Art und Weise, in der die extreme Rechte beider Länder während dieser Perioden auf die kommunistische Herausforderung reagierte, bestand eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten, die im folgenden näher beschrieben werden sollen. Einerseits kam hier also eine quasi gemeineuropäische Spannung der Epoche zum Ausdruck. Andererseits aber bestand von Beginn an ein zentraler Unterschied. Denn über den Notwehr- und Ordnungsgedanken hinausgehend, entfaltete sich im deutschen rechtsextremen Spektrum ein weiteres Element, das man mit unversöhnlicher Systemfeindschaft und dem Streben nach Revanche charakterisieren kann. Als hauptsächlicher Träger dieser Systemfeindschaft lassen sich die extrem nationalistischen und völkischen Bewegungen identifizieren. Niederlage und Revolution, die als traumatische Demütigung erfahren wurden, verstärkten das Bedürfnis zur Imputation, d.h. zur Schuldzuweisung. Die Ankunft des Bolschewismus auf der weltgeschichtlichen Bühne potenzierte einerseits entsprechende Bedrohungsängste; andererseits ließ sich der Bolschewismus problemlos in die Wahrnehmungs- und Erklärungsmuster des völkisch-antisemitischen Denkens der Vorkriegszeit einordnen: Deutschland und die deutsche Nation schienen von inneren und äußeren *Feinden* umgeben.

Sofern man die Reduktion des Politischen auf einen Freund-Feind-Gegensatz als Primärphänomen des Totalitären akzeptiert, so ist unmittelbar einsichtig, daß sich die deutschen völkischen Bewegungen ebenso wie die KPD der frühen 20er Jahre dem totalitären Profil stärker anglichen als der französische Rechtsextremismus bzw. Kommunismus. Zum völkischen Paradigma gab es in Frankreich kein Gegenstück. Und auch der Antisemitismus blieb hier in den zwanziger Jahren ein unbedeutendes Randphänomen. Nach wie vor warf die Dreyfus-Affäre, in dem der französische Antisemitismus historisch, politisch und moralisch ins Unrecht gesetzt worden war, ihre Schatten; und die Moral der siegreichen Union Sacrée hatte auch den Juden Raum zur Integration geboten.¹ Im geschlagenen und gedemütigten Deutschland dagegen potenzierten sich die Feind-Obsessionen bei den extremen Nationalisten, den Völkischen und den Antisemiten. Der Gedanke der Abwehr des Kommunismus diente ihnen zuvörderst als Bestätigung traditioneller Feindbilder und wurde für den unveröhnlichen Kampf gegen die Weimarer Verfassungsordnung instrumentalisiert. Völkischer „Antikommunismus“ erfüllte mithin eine analoge Funktion wie der 1922/23 entstehende kommunistische „Antifaschismus“: Mit der Mobilisierung gegen den politischen „Todfeind“ im Sinne der „Notwehr“ sollte zugleich der demokratische Rechtsstaat und sein Gewaltmonopol getroffen werden.

I. Antikommunismus und „Faschismus“ in Paris 1924–1926

Auch wenn sich der französische Kommunismus dem Typus der totalitären Bewegung nicht im gleichen Maße wie die KPD annäherte, so ist doch leicht einzusehen, daß seine zumindest oberflächliche Konsolidierung durch die „Bolschewisierung“ während der Jahre 1924/25 nicht ohne Konsequenzen für das gesamtpolitische Klima in Frankreich und insbesondere in Paris bleiben konnte. In dem Maße, wie der PCF zunehmend das Konzept des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkriegs in den Mittelpunkt seiner Rhetorik stellte, wuchs die Spannung zwischen „bolschewistischer“ Herausforderung und rechtsextremem „Notwehr“- und „Ordnungs“-Denken, wie es bereits 1919/1920 zu Tage getreten war. Dabei gilt es freilich zu berücksichtigen, daß der französischen Rechten ein Trauma von dem Ausmaß erspart blieb, wie es die deutschen Nationalisten im Angesicht von Kriegsniederlage und Revolution erfuhren. Durch Niederlage bzw. Sieg wurden Deutsche und Franzosen in eine gegensätzliche kollektive Psychologie versetzt. In äußerlich glänzender Weise bestätigte der Sieg über Deutschland zunächst das politische System der Dritten Republik und verlieh ihr kurzfristig einen erheblichen Legitimationsschub. Zumindest für einen historischen Augenblick galvanisierte der militärische Triumph den Großteil der gemäßigten wie nationalistischen, der laizistischen wie katholischen Rechten. Innerhalb dieses erweiterten Konsenses spielte freilich die *Action française*, die am Ende des Weltkrieges einen Aufschwung erlebte,² eine eigene, exponierte Rolle. Auch mit der allgemeinen, antikommunistisch-bürgerlichen Mobilisierung im Namen von „Not-

¹ Vgl. Paula Hyman, *From Dreyfus to Vichy. The Remaking of French Jewry, 1906–1939*, New York 1979, S. 54ff.; Pierre Pierrard, *Juifs et catholiques français*, Paris 1970, S. 229ff.

² Vgl. dazu Eugen Weber, *Action Française: Royalism and Reaction in Twentieth-Century France*, Stanford 1962, S. 124ff.

wehr“ und „Ordnung“ nach dem Ersten Weltkrieg³ besaß die *Action française* keine direkten Berührungspunkte. Als äußerster Pol war sie zu keinem Zeitpunkt in das Spektrum der traditionellen Rechten einzubinden.

Vielmehr wies die *Action française* in verschiedener Hinsicht totalitäre Züge auf. Die gegenrevolutionäre Tradition, aus der die A.F. und ihr unbestrittenes Oberhaupt Charles Maurras ihre politische Identität schöpften, ging in ihren Anfängen auf den Abbé Augustin de Barruel zurück und wurde zuerst von Joseph de Maistre systematisch entfaltet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Maurras, eine neue, für die A.F. spezifische Synthese geschaffen, in der sich antiliberaler Fundamentalkritik mit extremem Nationalismus, den korporativen Ideen von de La Tour du Pin und dem Streben nach politisch-administrativer Dezentralisation verbanden.⁴ Im Zentrum des Maurrasschen Denkens stand jedoch die Bestimmung des Feindes, des Fremden, das die Zersetzung Frankreichs im Namen von Revolution und Fortschritt, Liberalismus und Demokratie zum eigenen Vorteil zu betreiben schien. Maurras rekurrierte von Beginn an auf die verschwörungstheoretische These vom „jüdisch-freimaurerischen“ Komplott, die in der gegenrevolutionären Tradition immer im Mittelpunkt gestanden hatte. In der typischen Verschränkung von inneren und äußeren Feindbildern – das „protestantische“ und imperialistische Deutschland war zusammen mit „dem Juden“ zeitlebens Maurras' Hauptfeind – verdichtete sich die absolute, durch ideologisches Freund-Feind-Denken begründete Schuldzuweisung.⁵

Mithin besaß die *Action française* in weit höherem Maße als die französische Rechte orléanistischer oder bonapartistischer Prägung eine spezifische *Ideologie* zur Erklärung von Vergangenheit und Gegenwart, von politischer Herkunft und Zukunft. Diese im Kern totalitäre Ideologie war zuvörderst antiliberal, eine Zielperspektive, der Royalismus und Antirepublikanismus funktional untergeordnet waren. In ihren antiliberalen Kategorien konnten sich die *Action française* und ihr geistiges Oberhaupt Maurras durch den Eintritt der Russischen Revolution in die Weltgeschichte freilich ohne Abstriche bestätigt fühlen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sie nach Kriegsende als eine der ersten politischen Stimmen das Paradigma des „Bürgerkriegs“ aufnahm und gegen die Arbeiterbewegung richtete.⁶ Aber in Maurras' Perspektive war der „Bürgerkrieg“ doch immer schon der Republik selbst, d.h. der liberalen Demokratie, inhärent; er folgte notwendig aus der inneren, vom fremden Feind gesteuerten Zersetzung des Staates und des Gemeinwesens. „Doublur la guerre étrangère d'une guerre civile“ – dies war der Geist des Republikanismus, wie die Erfahrungen von 1792 und 1871 gezeigt hatten.⁷ Der 1917 in die Welt getretene zerstörerische Kommunismus war somit nur die logische Fortführung der demokratischen, liberalen und

³ Siehe oben, S. 119ff.

⁴ Vgl. Yves-Marie Hilaire, 1900–1945. L'ancre des idéologies, in: Jean-François Sirinelli, Histoire des droites en France, Bd. I: Politique, Paris 1992, S. 519–559, hier S. 533.

⁵ Zu den ideengeschichtlichen Wurzeln der *Action française* siehe insbesondere Nolte, Faschismus in seiner Epoche, S. 61ff., sowie Victor Nguyen, Aux origines de l'Action Française. Intelligence et politique à l'aube du XX^e siècle, Paris 1991. Zur Geschichte ausführlich Weber, Action Française. Siehe auch Edward R. Tannenbaum, The Action Française. Die-hard Reactionaries in Twentieth Century France, New York 1962. Einen Überblick gibt Michel Winock, L'Action Française, in: Ders. (Hrsg.), Histoire de l'extrême droite en France, Paris 1993, S. 125–156. Zur Tradition der Komplott-Theorie im Denken der französischen extremen Rechten vgl. auch Ariane Chebel d'Appollonia, L'extrême-droite en France. De Maurras à Le Pen, Brüssel 1988, S. 72.

⁶ Siehe oben, S. 51f.

⁷ Charles Maurras, Mes idées politiques, Paris 1937, S. 198.

republikanischen Prinzipien.⁸ Er war gleichsam das Spitzenprodukt der vom Feind gesteuerten „*quatre Etats confédérés (juif, protestant, maçon, métèque)*“.⁹ Der Antiliberalismus der A.F. bestimmte auch Form und Inhalt ihres Antikommunismus. Zugleich interpretierte die A.F. nach dem Ende des Weltkriegs den „Bolschewismus“ der streikenden Arbeiter als Bürgerkriegsinstrument und gleichsam letzte Karte des deutschen Imperialismus.¹⁰

Es kennzeichnet den in nuce totalitären Charakter der *Action française*, daß sie mit ihren Zeitungsverkäufern, den *Camelots du Roi*, zugleich die Vorform eines *paramilitärischen Verbandes* besaß. Mehr oder minder spontan im Jahre 1908 gegründet,¹¹ verfolgten die *Camelots du Roi* die Einschränkung der Meinungsfreiheit anderer bzw. die Durchsetzung eines eigenen Meinungsmonopols. Die dabei notorisch angewandte Gewalt legitimierte sich aus den höheren Einsichten der Doktrin. Anfang der dreißiger Jahre wandte sich der damalige Führer der *Camelots*, Maurice Pujo, gegen die heimtückische, gleichsam systemimmanente Gewalt, die sich, wie er schrieb, gegen die Seelen der Kinder, die Glaubensüberzeugungen der Katholiken, gegen Geschichte und Tradition, Sicherheit und Ehre Frankreichs richtete: eine „heuchlerische Gewalt im Dienste der Unwissenheit“, gegen welche die *Camelots du Roi* „die wahrhaftige Gewalt im Dienste der Vernunft“ gesetzt hätten.¹² Als im Januar 1923 eine junge „Hoffnung“ der *Action française*, Marius Plateau, von einer verwirrten Täterin ermordet wurde, kam es zu einer Eskalation der Gewalt. Die Tat wurde konsequent in den verschwörungstheoretischen Kategorien der Freund-Feind-Doktrin analysiert und forderte zur Gegenaktion heraus.¹³ Diese bestand u.a. in der Zerstörung der Redaktionsbüros und der Druckereien der liberalen Zeitungen „*L'Œuvre*“ und „*L'Ère Nouvelle*“. In der Folgezeit kam es immer wieder zu Angriffen der *Camelots du Roi* auf politisch Andersdenkende. Im Vorfeld einer von der *Ligue des Droits de l'Homme* am 31. Mai 1923 veranstalteten Kundgebung „gegen den Faschismus“ suchten einzelne *Camelots* prominente Persönlichkeiten wie die republikanischen Abgeordneten Marc Sagnier, Maurice Viollet und Marius Moutet mit Tinte, Rhizinusöl und Faustschlägen an der Teilnahme zu hindern.¹⁴ Während der Veranstaltung selbst „patrouillierten“ die *Camelots du Roi* vor dem Gebäude auf und ab, nachdem es ihnen nicht gelungen war, in das Innere einzudringen.¹⁵ Auch während der darauffolgenden Jahre blieben die *Camelots du Roi* ein ständiger Unruheherd in der französischen Hauptstadt und gingen immer wieder zum Angriff auf politisch Andersdenkende über.¹⁶

Mit ihrer kompromißlosen Freund-Feind-Ideologie, ihrer Zeitung als zentralem Propagandainstrument und den paramilitärischen Tendenzen der *Camelots du Roi* wies die *Action française* eindeutig totalitäre Merkmale auf. Zumindest bis zu ihrer Verurteilung durch den Vatikan im Jahre 1926 blieb sie mit Maurras an der Spitze das unbestrittene geistige Haupt des katholisch-gegenrevolutionären Denkens in Frankreich.

⁸ Ebd., S. 204f.

⁹ Ebd., S. 200.

¹⁰ Siehe etwa die Leitartikel in *Action Française*, 28.2.1919, 15.4.1919 u. 2.6.1919.

¹¹ Weber, *Action Française*, S. 53f.; Tannenbaum, *Action Française*, S. 95ff.

¹² Maurice Pujo, *Les Camelots du Roi*, Paris 1933, S. XVII.

¹³ Vgl. dazu Weber, *Action Française*, S. 139f.

¹⁴ AN F7 13196, Dossier Affaire Viollet; Dossier Affaire Marc Sagnier; Dossier Moutet.

¹⁵ AN F7 13196, 1.6.1923, Meeting organisé par la Ligue des Droits de l'Homme contre le fascisme en France, 31.5.1923.

¹⁶ Siehe AN F7 13196 mit vielen weiteren Belegen.

In ihrem Kielwasser bewegten sich weitere, durchaus einflußreiche antisemitische Organe der gegenrevolutionären Tradition wie v.a. die Zeitschriften „Le Bloc Antirévolutionnaire“ und die „Revue Internationale des Sociétés Secrètes“.¹⁷

Bis 1924 verkörperte die *Action française* den unumstrittenen äußersten Pol der extremen Rechten. Danach änderte sich die politische Situation jedoch grundlegend. Es war nun nicht mehr zu verkennen, daß die Machtmittel Frankreichs nicht ausreichten, um gegenüber Deutschland die Versailler „Exekutionspolitik“ fortzuführen und damit die französische Hegemonie über Europa herzustellen. Das Gefühl nationaler Saturiertheit begann nun auch innerhalb der Rechten insgesamt der Sorge zu weichen, die Früchte des Sieges von 1918 könnten durch nationale Schwäche verspielt werden. Solche Befürchtungen wurden durch die Wahlen vom Mai 1924 und den darauffolgenden Regierungswechsel potenziert. Die Verdrängung der Rechten aus der Macht durch das sozialistisch tolerierte Kabinett Herriot und der verfassungsrechtlich erzwungene Rücktritt des Präsidenten Millerand übten auf die nationalistische Rechte traumatisierende Wirkung aus.¹⁸

Der Regierungswechsel von 1924 schuf mithin in Frankreich eine Situation, die in gewisser Hinsicht der Situation in Deutschland, insbesondere in Preußen während der Krise von 1922/23 ähnelte. Für ihre Versuche, die spezifischen finanz- und außenpolitischen Probleme der Nachkriegszeit z.T. mit neuen Strategien zu lösen, erfuhr die Mitte-Links-Regierung des Cartel des Gauches die Feindschaft von rechts wie von extrem links. Den Kommunisten bot nun die Duldung der Cartel-Regierungen durch die S.F.I.O. reichliche Anknüpfungspunkte zur Untermauerung der These vom sozialistischen „Verrat“.¹⁹ Die Stützung eines „bürgerlichen“ Kabinetts durch die S.F.I.O. schien die radikale Linie der Komintern unter Sinowjew und der französischen Parteilinken um A. Treint zu bestätigen.²⁰ Nach den Wahlen vom 11. Mai 1924 befand sich Frankreich, so dekretierte die Kommunistische Internationale, am Vorabend einer proletarischen Revolution. Frankreich sollte zum neuen Zentrum der Weltrevolution werden.²¹ Substantielle politische Unterschiede zwischen bürgerlich-nationalistischer Reaktion, liberalen Radikalsocialisten und „Sozialdemokratie“ konnte es aus dieser Perspektive nicht geben. Die indirekte Regierungsbeteiligung der Sozialisten leistete nun auch in Frankreich der 1924 innerhalb der Komintern vorherrschenden Auffassung Vorschub, Faschismus und Sozialdemokra-

¹⁷ Dazu Pierrard, *Juifs et catholiques français*, S. 238ff.

¹⁸ Zu den Wahlen des Jahres 1924 und dem folgenden Machtwechsel vgl. François Goguel, *La politique des partis sous la III^e République*, 3. Aufl. Paris 1957, S. 225ff.; Edouard Bonnefous, *L'histoire politique de la Troisième République*, Bd. 4: *Cartel des Gauches et Union Nationale (1924–1929)*, Paris 1960, S. 2ff.; Serge Berstein u. Pierre Milza, *Histoire de la France au XX^e siècle*, Bd. I (1900–1930), Brüssel 1990, S. 509ff. Zum erzwungenen Rücktritt Millerands, dessen verfassungsrechtlich zunehmend prekäre Situation sich jedoch schon vor den Mai-Wahlen 1924 abgezeichnet hatte, Marjorie M. Farrar, *Principled Pragmatist. The Political Career of Alexandre Millerand*, New York u. Oxford 1991, S. 359ff. Vgl. Stefan Martens, Alexandre Millerand. Der Mann zwischen Clemenceau und Poincaré, in: *Historische Mitteilungen* 5 (1992), Heft 1, S. 96–113.

¹⁹ Siehe AN F7 12897, „Appel aux ouvriers socialistes“. Flugblatt des Parti Communiste Français [Juli 1924]; ebd., 27.7.1924.

²⁰ Zur Haltung der S.F.I.O. gegenüber der Kartellregierung siehe Gilbert Ziebur, Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik, Bd. I: 1872–1934, Berlin 1963 (mehr nicht erschienen), S. 340ff.; Tony Judt, *The French Socialists and the Cartel des Gauches of 1924*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 199–215.

²¹ AN F7 12897, Polizeibericht vom 21.11.1924.

tie seien zwei nur äußerlich verschiedene Methoden bürgerlicher Konterrevolution.²² Nachdem die von Rosmer, Monatte und Souvarine geführte innerparteiliche Opposition gegen den „linken“ Kurs der Treint-Girault-Gruppe ausgeschaltet worden war,²³ erfolgte im Laufe des Jahres 1924 eine enorme Radikalisierung der kommunistischen Agitation, die den geschilderten Ansätzen zu einer paramilitärischen Organisation vorausging. Unter der Ägide des PCF wurde im Juli 1924, zum 10. Jahrestag des Kriegsausbruchs, ein „Comité d'Action contre la guerre et la Social Démocratie“ gegründet, das eine „Internationale Woche gegen imperialistischen Krieg und Sozialverrat“ veranstaltete.²⁴ „Allein der Bürgerkrieg und die Machtergreifung vermögen den imperialistischen Krieg zu vermeiden“, so lautete das Leitmotiv des Komitees.²⁵ Dabei profitierte der PCF von der sich 1924/25 massiv verschärfenden Teuerung, die eine Vielzahl von Streiks nach sich zog²⁶ und in Paris nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch unter den kleinbürgerlichen Mittelschichten schwere Mißstimmungen bewirkte.²⁷ Im Zuge der Linksorientierung und unter dem Einfluß der von Sinowjew gesteuerten Komintern begann der PCF nun konsequent, entstehende Streiks zu politisieren und für die eigene Propaganda zu instrumentalisieren.²⁸ „Die hohen Lebenshaltungskosten sind zu nutzen, um Tumulte auf der Straße zu provozieren“, so wurde Treints Direktive von Informanten zitiert.²⁹ Hinzu kam der Mitte 1924 bis Mitte 1925 währende französische Kolonialkrieg in Marokko („guerre du rif“), den die Kommunisten zu propagandistischen Zwecken nutzten.³⁰ Unter der Ägide der „linken Parteiführung“ verschärfte der PCF ganz bewußt und mit allen Mitteln die bestehenden Mißstimmungen und suchte sie für eine mögliche Ergreifung der Macht auszunutzen. „Notre rôle n'est pas de suivre l'émotion du prolétariat mais de la provoquer,“ resümierte Jaques Doriot die vorherrschende Auffassung im Politbüro.³¹ Die Kommuni-

²² Siehe z.B. Albert Treint, *Après les élections*, in: *Bulletin Communiste*, 13.6.1924, S. 578f. H. Borel, *Le danger fasciste*, in: ebd., S. 599; H. Borel, *La Déclaration socialiste au parlement*, in: ebd., 4.7.1924, S. 650f.; Albert Treint, *Sur le rôle du fascisme et de la social-démocratie*, in: *Cahiers du Bolchevisme*, 5.12.1924, S. 136f.; *Projet de Thèses sur la situation nationale*, in: ebd., 26.12.1924, S. 419. Vgl. zur Faschismuskritik innerhalb der Komintern nach der deutschen Oktoberniederlage Luks, *Entstehung*, S. 78ff. sowie unten, S. 528ff. Vertreter abweichender, „rechter“ Thesen zum Faschismus wie Amédée Dunois oder Fernand Loriot, die insbesondere die „Sozialfaschismusthese“ ablehnten, wurden 1924/25 aus dem PCF hinausgedrängt. Vgl. *Parti Communiste Français, 4^e Congrès National*, Bd. I, 171ff. (Dunois); F. Loriot, *Thèses*, in: *Cahiers du Bolchevisme*, 1.5.1925, S. 1180f.

²³ Vgl. Gras, Rosmer, S. 285ff.

²⁴ *L'Humanité*, 24.7. u. 25.7.1924.

²⁵ O. Rabaté, *Mobilisons le Proletariat*, *L'Humanité*, 25.7.1924.

²⁶ Siehe oben, S. 204.

²⁷ Über die starke mittelständische Proteststimmung, die in Paris 1925–1926 herrschte, siehe die Stimmungsberichte der Sureté Nationale in: AN F7 12968. Zu den makroökonomischen Aspekten der französischen Preisentwicklung vgl. Debcur, Jean-Claude, *Inflation et stabilisation en France (1919–1928)*, in: *Revue économique* 31 (1980), S. 622–646.

²⁸ Badie, *Stratégie*, S. 44ff.

²⁹ AN F7 12897, 22.12.1924.

³⁰ Doriot wurde mit der Auffassung zitiert: „Grâce aux opérations du Maroc, la situation est très favorable pour le parti communiste français, qui ne doit manquer d'exploiter les circonstances présentes pour développer une action générale, dont la base sera la question coloniale, le relèvement des salaires et toute autre action pouvant troubler l'ordre public et agiter les masses.“ AN F7 12897, Informantenbericht, 20.6.1925. Umfangreiches Material über die kommunistische Agitation gegen den Marokkokrieg in AN F7 13099. Kritisch zu der Kampagne David H. Slavin, *The French Left and the Rif War, 1924–25: Racism and the Limits of Internationalism*, in: *Journal of Contemporary History* 26 (1991), S. 5–32.

³¹ AIRM Nr. 64, Bureau Politique, 28.8.1924.

stische Partei ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie eine „Armee von Kämpfern und keinen literarischen Zirkel“ darstellte.³² In ihren Grundzügen glich ihr Konzept dem der „Organisation der Revolution“, wie es zur gleichen Zeit von der KPD-Führung verfolgt wurde: Nur durch „einen erbarmungslosen Kampf zwischen Klasse und Klasse, der im Bürgerkrieg und in der gewaltsamen proletarischen Revolution“ endete, würde sich die Befreiung der Arbeiter vollziehen.³³ Mithin stehe, so war man in der Komintern wie im Politbüro des PCF überzeugt, ein Entscheidungskampf zwischen Kommunismus und „Faschismus“ und eine proletarische Revolution auch in Frankreich unmittelbar bevor. Noch wirke sich die „Unzufriedenheit der Massen“ nur zu ca. 30% zugunsten der Kommunisten aus, während ca. 50% eine „faschistische Lösung“ favorisierten; um so wichtiger war es, dieses Verhältnis durch verstärkte Agitation und Propaganda umzukehren: „Préparer l'esprit du Parti pour la bataille en vue de la conquête du pouvoir et alerter l'ensemble de la classe ouvrière.“³⁴ Wie die Mitgliederentwicklung sowohl auf nationaler Ebene als auch in der Pariser Region zeigt, erreichte der PCF mit dieser Taktik nicht unbedeutende Mobilisierungserfolge. Begünstigt durch die gesamtpolitische und -wirtschaftliche Lage, erreichte er 1926 in der Pariser Region eine Mitgliederzahl von rund 18.000.³⁵ Dies war mehr als die Berliner KPD zu dieser Zeit vorweisen konnte und entsprach dem höchsten Mitgliederstand zwischen 1920 und 1934. Auch wenn die tatsächlichen Chancen für eine kommunistische „Machtergreifung“ gegen Null tendierten, so gelang es der kommunistischen Propaganda doch, eine Atmosphäre der politischen Unruhe und Nervosität, wenn nicht zu schaffen, so doch maßgeblich zu verstärken.³⁶

In dem Maße, wie nun der Machtwechsel auch auf der Rechten die Tendenz zur Radikalisierung förderte, verschärfte sich die innenpolitische Spannung während der Jahre 1924–1926 erheblich. Mit ihrer bipolaren Struktur begünstigte sie Freund-Feind-Denken und Gewalt und näherte sich zunehmend einer totalitären Spannung an. Unter den Vertrauten der Regierung Herriot warnte man freilich davor, trotz der spürbaren Beunruhigung der öffentlichen Meinung die „kommunistische Gefahr“ nicht zu übertreiben.³⁷ Doch auf der Rechten leistete die Radikalisierung der kommunistischen Agitation jenen Kräften Vorschub, die auf eine außerparlamentarische Mobilisierung hinarbeiteten. Innerhalb des Bloc National hatte es schon seit längerem Überlegungen zur Gründung einer rechten Sammlungsbewegung und quasi zur „Modernisierung“ der politischen Repräsentation gegeben.³⁸ Diese Überlegungen gewannen in dem Maße an Relevanz, wie der soziale und ökonomische Druck der Kriegsfolgenlasten die Problemlösungskompetenz und die innere Kohäsion des Bloc national in Frage zu stellen begann. Durch den Ausgang der Maiwahlen wurden sie nun schlagartig aktuell. Große Teile der Rechten peinigte die Empfindung, die Republik

³² J. Humanité, 13.9.1924.

³³ Albert Treint, *Après les élections*, in: *Bulletin Communiste*, 13.6.1924, S. 578.

³⁴ AIRM Nr. 64, Bureau Politique, 20.11.1924.

³⁵ Vgl. zur Mitgliederentwicklung oben, S. 163ff.

³⁶ Siehe den Polizeibericht AN F7 13097, *Les résultats de la propagande communiste*, o.D. [Dezember 1924].

³⁷ AN F7 12897, 10.12.1924.

³⁸ Vgl. dazu Klaus-Jürgen Müller, *Protest – Modernisierung – Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934*, in: *FRANCIA* 8 (1980), S. 465–524, hier v.a. 470ff. Ders., *French Fascism and Modernization*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 75–107.

sei in verderbliche Hände geraten. Außenpolitisch drohte der Verlust des Sieges durch eine neue Form der Verständigungspolitik – in der Perspektive der französischen Rechten gleichsam das Gegenstück zur deutschen „Erfüllungspolitik“.³⁹ Innenpolitisch schien eine verschärfte Steuerpolitik zur Bekämpfung der fortschreitenden Inflation den Einstieg in die „sozialistische“ Beraubung und Enteignung zu bedeuten.⁴⁰ Hinzu kam der streng laizistisch-antiklerikale Kurs, den die Cartel-Regierungen steuerten⁴¹ und der in katholisch-konservativen und kirchlichen Kreisen schärfste Erbitterung auslöste. Im August 1924 führte dies zur Gründung einer großen außerparlamentarischen Massenbewegung, der *Fédération Nationale Catholique* (F.N.C.).⁴² Ihr Präsident wurde Edouard de Castelnau. Als bedeutender General des Weltkriegs verkörperte er wie nur wenige das „nationale“ Frankreich und stand als solcher von Beginn an im Mittelpunkt außerparlamentarischer Mobilisierung.⁴³ Seit Mai 1924, so propagierte die F.N.C., seien die französischen Katholiken von disziplinierten und zum Angriff entschlossenen „Feinden“ umstellt; unter ihnen befänden sich Sozialisten und Bolschewisten ebenso wie der regierende Linksblock und die Freimaurer.⁴⁴ Demgegenüber verstand sich die F.N.C. als großes Sammelbecken für alle französischen Katholiken, soweit ihnen die „religiöse, soziale und nationale Verteidigung“ am Herzen lag. Sie begriff sich als „centre de ralliement de toutes les forces d'ordre et de préservation sociale contre les hordes de désordre et de dissolution nationale“.⁴⁵ Als solches erreichte sie bis März 1927 die bemerkenswerte Zahl von rund 2,5 Millionen Mitgliedern; in politischer Hinsicht richtete sich ihr Hauptaugenmerk auf die Beeinflussung der anstehenden Nachwahlen zur *Chambre des Députés*.⁴⁶ Ihre Versammlungen verliefen „fast immer sehr ruhig“.⁴⁷

Im Dezember 1924 wurde Castelnau auch Präsident der *Ligue des Patriotes*. Nachdem dieser altehrwürdige, einst von dem Boulangisten Paul Déroulède gegründete Verband lange Zeit kaum mehr ein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, wurde er

³⁹ Zu den innenpolitischen Aspekten der „Verständigungspolitik“ vgl. Hermann Haagspiel, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kraftfeld beider Länder* (Pariser Historische Studien 24), Bonn 1987, sowie zum Gesamtkomplex Jacques Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale 10 Novembre 1918 – 10 Janvier 1925 de l'exécution à la négociation*, Paris 1977.

⁴⁰ Das berühmte Diktum, das Pierre Pierre Renaudel im November 1924 von der Tribüne des Parlaments hinab prägte: „Nous prendrons l'argent là, où il est“, konnte solchen Befürchtungen nur Vorschub leisten. Vgl. zur Geschichte des Cartel des Gauches die kritische Betrachtung von Jean-Noël Jeanneney, *Leçon d'histoire pour une gauche au pouvoir. La faillite du Cartel 1924–1926*, Paris 1977 (das Zitat S. 113); vgl. Ders., *François de Wendel en République. L'argent et le pouvoir 1914–1940*, Paris 1976, S. 194ff.; Berstein, *Parti Radical I*, S. 390ff. Berstein u. Milza, *Histoire de la France I*, S. 511ff. Zu den finanzpolitischen Problemen siehe auch Jacques Néré, *Le problème du mur d'argent. Les crises du franc (1924–1926)*, Paris 1985.

⁴¹ Vgl. dazu Bonnefous, *Histoire politique*, Bd. IV, S. 40ff. Von signifikanter Bedeutung war z.B. die Abschaffung der diplomatischen Vertretung Frankreichs beim Vatikan.

⁴² Die katholische Opposition gegen die Kartell-Regierung war also keineswegs erst eine Folge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan, wie Farrar, *Pragmatist*, S. 382, suggeriert.

⁴³ Vgl. die – heroisierende und wissenschaftlichen Kriterien nicht genügende – Biographie von Yves Gras, *Castelnau ou l'art de commander 1851–1944*, Paris 1990, hier v.a. S. 396ff.

⁴⁴ AN 17 13219, *Bulletin officiel de la Fédération Nationale Catholique*, No. 1, février 1925, S. 7.

⁴⁵ *Ibid.*, S. 1.

⁴⁶ *Ibid.*, Mars 1927, *L'activité de la Fédération Nationale Catholique au cours de l'année 1926*, S. 1 u. 4.

⁴⁷ *Ibid.*, 12.10.1927, *La propagande cléricale au cours de l'année 1927*.

nun zu einem weiteren wichtigen Kristallisationspunkt rechter Sammlungspolitik.⁴⁸ Dabei war es von erheblicher Brisanz, daß die *Ligue des Patriotes* unter ihrem neuen Präsidenten sich offensichtlich in kleinen Schritten vom republikanischen Konsens der Nachkriegszeit zu distanzieren begann. In seinem ersten Manifest an die Öffentlichkeit unterdrückte Castelnau den traditionellen Beinamen der Ligue („républicains plébiscitaires“) und vermied jede Verwendung des Republik-Begriffes.⁴⁹ Damit war ein Signal gesetzt für eine außerparlamentarische Sammlung der Rechten, die auch für die *Action française* sowie für die Anhänger eines autoritären Umbaus der Republik offen war.

Um die Jahreswende 1924/1925 entfaltete die *Ligue des Patriotes* in Paris eine rege Aktivität. Antikommunismus und Antikartellismus waren die bewegenden Kräfte ihrer Propaganda und dienten zur erfolgreichen politischen Mobilisierung.⁵⁰ „Encouragé par un gouvernement complice ou aveugle le communisme monte et menace l'ordre social. Calquant les procédés de la révolution russe [...], le communisme, en France, s'apprête à l'attaque et vous promet un massacre.“⁵¹ „Une faction, soudoyée par L'ÉTRANGER, prépare l'explosion d'un *complot révolutionnaire*. Par la TERREUR et le MASSACRE, elle se propose de condamner la France à l'abominable servitude du *bolchevisme*.“⁵² Praktisch kein Abend verging mehr, an dem die Ligue nicht in dem einen oder anderen Pariser Arrondissement eine Versammlung abhielt.⁵³

Zur wichtigsten Symbolfigur der rechtskonservativen Sammlungsbestrebungen wurde neben Castelnau zunächst der vom Cartel des Gauches aus dem Amt gedrängte Ex-Präsident Alexandre Millerand. Zusammen mit anderen Angehörigen der konservativen Parlamentselite wie André Maginot, Pierre-Etienne Flandin und Louis Marin gründete er im November 1924 eine weitere außerparlamentarische Bewegung, die *Ligue Républicaine Nationale*.⁵⁴ In ihrem Gründungsaufruf geißelte die *Ligue* die Ergebnisse des Machtwechsels, wie sie sich ihr darstellten. Außenpolitisch habe man ohne Not und ohne wirkliche Gegenleistungen auf die Ruhr verzichtet; innenpolitisch stehe das Kabinett der fortschreitenden Inflation machtlos gegenüber, obwohl es unaufhörlich mit der Beraubung („spoliation“) der Besitzenden drohe und damit das Vertrauen und die Hoffnung auf Stabilisierung zerstöre. Die Regierung sei eine Gefangene ihrer eigenen demagogischen Versprechen; mit Rücksicht auf ihre politischen Bündnispartner sei sie bereit, täglich den revolutionären Kräften im Lande nachzugeben. „Un vent de haine, de passion mauvaise, a été déchaîné sur le pays. Pacifistes à l'extérieur, les hommes du cartel ne rêvent que de divisions et de batailles entre Français [...]. Nous avons vu réclamer l'amnistie des insoumis, des déserteurs, et

⁴⁸ Über die Geschichte der *Ligue des Patriotes* siehe Peter M. Rutkoff, *Revanche and Revision: The Ligue des Patriotes and the Origins of the Radical Right in France, 1882–1900*, Athens/Ohio 1981.

⁴⁹ *L'Écho de Paris*, 9.12.1924; siehe die Beobachtungen in AN F7 13231, 11.12.1924.

⁵⁰ Siehe die Versammlungsberichte ebd., 22.12.1924, Réunion organisée par la 7^{me} Section de la Ligue des Patriotes, 21.12.1924; 23.12.1924, Réunion organisée par la 18^{me} Section de la Ligue des Patriotes, 22.12.1924; 23.12.1924, Conférence organisée par la 17^{me} Section de la Ligue des Patriotes, 22.12.1924; 18.1.1925, Réunion organisée par la Ligue des Patriotes, 17.1.1925; 31.1.1925, Réunion organisée par la Ligue des Patriotes, 30.1.1925.

⁵¹ Ebd., „Aux Habitants de l'Arrondissement“. Flugblatt der Ligue des Patriotes, Section du Xe.

⁵² Ebd., 10.1.1925: „Appel à tous les Français“. Plakat der Ligue des Patriotes, das in 60.000 Exemplaren gedruckt und in Paris angebracht wurde. Entsprechende Propagandapassagen können zu Aberdutzenden nachgewiesen werden.

⁵³ Ebd., Polizeibericht vom 28.1.1925.

⁵⁴ Vgl. zu Millerands Rolle in der *Ligue Républicaine Nationale* Farrar, *Pragmatist*, S. 380 u. 383–387.

réintégrer dans leurs emplois des saboteurs des services publics. Une telle bienveillance envers ceux qui en sont si peu dignes n'est pas de la bonté, c'est de la faiblesse. On décourage ainsi les bons citoyens et on affaiblit en ce pays la notion du devoir. Tant de faits parlent clair. L'inquiétude se répand. Si une crise éclatait, à qui profiterait-elle? Aux COMMUNISTES. Ils s'apprêtent, dans la carence des pouvoirs publics, à s'emparer des moyens de production, à lancer leurs troupes à l'assaut du régime, à installer en France, selon les instructions de Moscou, les méthodes qui entretiennent en Russie la terreur et la ruine.“ Die *Ligue Républicaine Nationale* forderte alle patriotischen Franzosen mit „bon sens“ und „amour inné de l'ordre“ auf, sich zu organisieren und gegen die verderblichen Kräfte der Gegenwart zu kämpfen.⁵⁵

Was Sprache und Inhalt betrifft, so entsprach der „Appell an die Nation“ genau der Stimmungslage, die in den bürgerlichen Vierteln von Paris herrschte. Die Vielzahl von spontan zustimmenden Briefen, die Millerand in Reaktion auf den Aufruf vom 7. November erhielt, zeugen von dessen großer Resonanz. Angehörige des bürgerlichen Paris aus Verwaltung, Wirtschaft und Freien Berufen stimmten Millerand lebhaft zu. „Alle guten Staatsbürger“ mußten sich nun zur „Verteidigung der Freiheit“ organisieren; um Frankreich zu retten, bedürfe man eines energischen Mannes, der sich an die Spitze der Partei der „honnêtes gens“ stelle.⁵⁶ Es gelte den Widerstand zu organisieren gegen die „Banditen an der Macht, die wissentlich die Institution Familie töten, zur Entvölkerung des Landes beitragen und damit die Gesellschaft und Frankreich ruinieren“: man benötige ein „Programm des Kampfes und der Tat“; in Millerand erblickte man den ersehnten „chef“, der den Widerstand gegen die Finanzgesetze des Kartells führen könne.⁵⁷ Ebenso erschien Millerand als der richtige Mann, nicht nur, um „uns gegen den Kommunismus zu verteidigen.“⁵⁸

Mit ihrem Appell an die Geschlossenheit der Nation im Interesse der Allgemeinheit und der Verteidigung gegen den Kommunismus stand die *Ligue Républicaine Nationale* trotz ihrer stärker politischen Profilierung in der Kontinuität der *unions civiques*, aus deren Potential sie schöpfen konnte.⁵⁹ Dies galt zumal, da sich die *Ligue* zunehmend auf die Funktion der Abwehr gegenüber inneren Unruhen und gegen den Bolschewismus konzentrierte. In ihrem Selbstverständnis blieb die *Ligue Républicaine Nationale* eine Hilfstruppe, die im Falle des kommunistischen Aufstandes den staatlichen Behörden bei der Abwehr und der Aufrechterhaltung der Ordnung zu Hilfe eilen sollte. Angesichts der drohenden kommunistischen Gefahr galt es, prophylaktische Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um gegebenenfalls auch Gewalt mit Gewalt beantworten zu können: „S'il y a violence et coups de feu – si cruel que soit ce devoir, il n'y a pas de doute sur la résistance par les mêmes méthodes, jamais les bolcheviks russes n'eussent été maîtres, de la rue, si les honnêtes gens avaient osé y descendre. Il faut se montrer. Il est trop tard pour essayer de se grouper et de s'organiser dans la rue quand déjà les adversaires sont en colonnes compactes.“⁶⁰ Dem klar definierten Aufstandsplan der Kommunisten – von dessen Existenz man fest ausging – müsse daher eine effektive, in ihren Planungen ebenso weitblickende quasi-militärische

⁵⁵ Appel à la Nation, in: *L'Avenir*, 7.11.1924.

⁵⁶ AN 470 AP 88 (Papiers Millerand), Portier an Millerand, 7.11.1924; Ch. Maisch an Millerand, 26.11.1924.

⁵⁷ Ebd., Léon Lelenc an Millerand, 16.11.1924.

⁵⁸ Ebd., Roger Mongin an Millerand, 17.12.1924.

⁵⁹ Siehe ebd.

⁶⁰ AN 470 AP 87 (Papiers Millerand), Principes considérés comme nouveaux dans l'organisation, S. 5.

Schutzorganisation entgegengestellt werden. Dabei fühlte man sich insofern im Nachteil, als die Kommunisten gezielt mit dem Einsatz von illegaler Gewalt rechneten, während die Ordnungsparteien in der Wahl ihrer Mittel begrenzt waren: „Les Sociétés défensives de l'ordre social sont dans une certaine mesure limitées par le souci de la légalité: elles tendent à soutenir l'Etat – non à se substituer à lui.“⁶¹ Wenn also die Präsenz der *Ligue* auf der Straße gesichert werden sollte, so wurde eine parteipolitische Betätigung im engeren Sinne nicht angestrebt. Trotz der politischen Attacke auf das Cartel des Gauches stand eine Beteiligung am tagespolitischen und parlamentarischen Geschehen nicht zur Debatte.⁶²

Millerands *Ligue Républicaine Nationale* zählte 1925 rund 300.000 Mitglieder. Zusammen mit der *Fédération Nationale Catholique* des Generals Castelnau (1.800.000 Mitglieder) und der *Ligue des Patriotes* avancierte sie kurzzeitig zum zahlenmäßig bedeutendsten Sammelbecken der rechten Opposition.⁶³ Alle diese Kräfte, zwischen denen ein enges personales und organisatorisches Einvernehmen bestand,⁶⁴ sahen im Cartel des Gauches eine moralisch schwache Regierung. Aufgrund ihrer „marxistischen“ Sympathien würde sie die Kommunisten nicht in ausreichender Weise in die Schranken weisen, sondern im Gegenteil, durch Schwäche und Favorisierung stark machen. Für ein in sich zerrissenes Frankreich bliebe am Ende nur noch die Alternative zwischen Chaos und Diktatur. Ähnlich wie in Deutschland, freilich in insgesamt abgemilderter Form, lagen also Traumatisierung durch Machtverlust, Nichtakzeptanz demokratischer Wahlergebnisse⁶⁵ und antibolschewistische Bedrohungsangst an der Wurzel der außerparlamentarischen Mobilisierung von rechts. In dem Konzept von Notwehr, sozialer Verteidigung und Ordnung fanden diese Elemente, die sich gegenseitig bedingten, ihren adäquaten ideologischen Ausdruck.

Zwischen ihm und der Formierung eines tatsächlichen Rechtsextremismus bzw. „Faschismus“, der sich gegen das bestehende System selbst richtete, bestand ein fließender Übergang. Er führte zu denjenigen Verbänden, die das antikommunistische Konzept von Notwehr und Ordnung mit einem grundsätzlich neuen Politikstil verbanden und sich zumindest zweideutig über das existierende parlamentarische System äußerten. Die beiden wichtigsten Neugründungen der Jahre 1924 und 1925, die *Jeu-nesses Patriotes* Pierre Taittingers und der *Faisceau* des Georges Valois, repräsentierten die spezifisch französische Ausprägung eines allgemeinen Bewegungstrends der Zwischenkriegszeit, den man – über das italienische Ursprungsphänomen hinausgehend –

⁶¹ Ebd., S. 3.

⁶² Ebd., S. 6.

⁶³ AN F7 13208, 13.4.1926 u. Januar 1926. Müller, Protest, geht auf Millerand und seine *Ligue* nicht ein. Zur inneren Geschichte der *Ligue Républicaine Nationale* enthält der Nachlaß Millerand AN 470 AP 87 u. 88 umfangreiches Material. Über die in Paris besonders starken Aktivitäten der *Ligue* siehe die Vielzahl der Versammlungsberichte aus den Jahren 1925 und 1926 in AN F7 13237. Mit dem Ende der Kartellregierungen und der Rückkehr Poincarés in das Amt des Premierministers sowie dem Rückzug Millerands schwand die Bedeutung der *Ligue* indessen ebenso wie die der anderen außerparlamentarischen Organisationen der Rechten. Siehe ebd., 21.6.1927. 1929 resümierte ein Polizeibericht: „[La *Ligue Républicaine Nationale*] a perdu [...] presque toute son ancienne autorité.“ Ebd., 5.4.1929.

⁶⁴ Vgl. AN F7 13231, Polizeibericht vom 18.6.1925.

⁶⁵ Allerdings verdankte das Cartel des Gauches seinen Sieg nur den Einheiten des Wahlsystems, während der Bloc national in bezug auf die absolute Stimmenzahl sogar eine deutliche Mehrheit aufwies. Vgl. Berstein u. Milza, *Histoire* I, S. 509f.

„Faschismus“ nennen kann.⁶⁶ Dieser französische „Faschismus“ wies durchaus Kontinuitätselemente rechter Sammlungspolitik und bonapartistischer Tendenzen auf.⁶⁷ Sein spezifisch neuartiger Charakter drückte sich jedoch darin aus, daß die Sammlung und Integration zugleich durch außerparlamentarische Mobilisierung, paramilitärische Organisation und im Zeichen der Verteidigung gegen den Kommunismus erfolgte. Er war ein Produkt jener epochenspezifischen, bipolaren Spannung zwischen kommunistischer Herausforderung und der Reaktion hierauf, die der Regierungszeit des Cartel des Gauches ihr unverwechselbares Gepräge verliehen.⁶⁸

Mithin stellte der sich radikalisierende Antibolschewismus der Jahre 1924–1926 mehr dar als nur eine „Chiffre“ für den Widerstand gegen den möglichen Abbau von Steuerprivilegien durch das Cartel des Gauches.⁶⁹ Das Empfinden einer nachgerade physischen Bedrohung durch den von Moskau fremdgesteuerten Kommunismus war um die Jahreswende 1924/25 praktisch allgegenwärtig und beherrschte längst nicht nur das besitzende Bürgertum. Daß gegenüber dieser Bedrohung eine „heilige Pflicht zur Verteidigung“ bestehe,⁷⁰ war ein von vordergründigem Besitzstandsdenken durchaus unabhängiger und letztlich irreduzibler Gedanke.

Besondere Virulenz gewann die physische Bedrohungsfurcht durch die kommunistische Präsenz auf der Straße. Seit Beginn der zwanziger Jahre hatten die Kommunisten in der Pariser Region immer wieder versucht, durch Massenkundgebungen und Demonstrationmärsche eine Art Drohgebärde gegen das bürgerliche Paris zu errichten. Dabei agierten sie freilich unter ungleich schwierigeren Bedingungen als ihre deutschen Parteigenossen in Berlin. Denn vor dem Erfahrungshorizont der unruhigen und revolutionären Geschichte von Paris hielt der französische Staat seine

⁶⁶ In der Forschung über den französischen „Faschismus“ der Zwischenkriegszeit wird die Zeit 1924–1926 und die genannten, damals entstehenden neuen Bewegungen nur selten im Zusammenhang behandelt. Zu erwähnen ist v.a. Robert Soucy, *French Fascism. The First Wave, 1924–1933*, New Haven u. London 1986. Insofern als Soucy hier eine „erste Welle“ des französischen „Faschismus“ dokumentiert, zeichnet sich seine Darstellung durch eine Stringenz aus, die man sonst kaum findet. Allerdings liegt hierin auch eine gewisse Schwäche des Buches begründet. Von dem Bemühen geleitet, einen signifikanten „Faschismus“ im Frankreich der Zwischenkriegszeit nachzuweisen, differenziert Soucy zu wenig zwischen den einzelnen Bewegungen und verzichtet auf ein begriffliches Instrumentarium, das zur Feinanalyse geeignet wäre. Einen gewichtigen Beitrag, der zugleich einen interessanten, funktionalistischen Neuanfang und viele wichtige Einzelbeobachtungen enthält, hat Klaus-Jürgen Müller, *Protest*, vorgelegt. Indes fallen bei Müller aufgrund seines Bemühens, die „faschistischen“ Phänomene mehr oder minder ausschließlich als Modernisierungsbestrebungen der klassischen parlamentarischen Rechten sowie jüngerer Sozialgruppen zu erklären, Kommunismus und Antikommunismus als eigenständige Bedingungsfaktoren gänzlich unter den Tisch. Sie erscheinen höchstens als Sekundärfaktoren, als „Chiffren“ für die antikartellistische Stoßrichtung der Rechts-extremen. Dies ist, wie im folgenden näher auszuführen sein wird, nicht haltbar.

⁶⁷ Im Mitte 1926 neukonstituierten „Comité Directeur“ der J.P. befanden sich neben Taittinger vier weitere Bonapartisten (Henri Provost, Joachim Murat, Jean Paul Besançon, Roger Guenillon), AN F7 13232, Dossier Jeunesses Patriotes, Statuts, Règlements intérieurs, September 1926. Für René Rémond, *Les droites en France*, Paris 1982, S. 206ff., ist es vor allem die bonapartistische Kontinuität in der Tradition der französischen Rechten, die die Anwendung des Faschismus-Begriffs auf solche Bewegungen wie die J.P. oder später die Croix de l'Écu verbietet. Eine Auseinandersetzung mit den Thesen Rémonds unten, S. 507ff.

⁶⁸ Dies ist gegen Rémond, *Droites*, S. 193f. zu betonen, der die J.P. ganz in Tradition und Kontinuität der alten Vorkriegslijen stellt.

⁶⁹ So Müller, *Protest*, S. 476.

⁷⁰ *Le Temps*, 17.8.1924.

Hauptstadt unter obrigkeitlicher Kuratel.⁷¹ Politische Demonstrationen unter freiem Himmel waren in der französischen Hauptstadt grundsätzlich untersagt, sofern es sich nicht um herausragende politische Gedenktage handelte. Vom PCF oder von der *Union des Syndicats de la Seine* angekündigte Demonstrationen in den Straßen der Hauptstadt wurden folgerichtig verboten.⁷² Nur in einigen Arbeitervororten wie Saint-Ouen oder Saint-Denis war es den Kommunisten daher möglich, ungehindert unter freiem Himmel zu demonstrieren.⁷³ In Paris selbst eröffnete sich diese Gelegenheit eigentlich nur jeweils im Mai, anlässlich des Gedenkens an die Pariser Kommune. Darüber hinaus aber erfüllten Begräbnisse prominenter Sozialisten oder kommunistischer Parteimitglieder die Funktion einer politischen Kundgebung im Herzen der Hauptstadt.⁷⁴ Eine solche Gelegenheit bot sich etwa beim Begräbnis des sozialistischen Veteranen Jules Guesde am 30. Juli 1922. Guesde hatte im Westen, im XVI. Arrondissement von Paris, gewohnt, wurde aber auf dem Friedhof Père Lachaise, im XX. Arrondissement, beigesetzt. Zwischen Wohnort und Friedhof, von West nach Ost, über den Trocadero, die Place de la Concorde, die rue de Rivoli und die Place de la République bis in das XX. Arrondissement, zog der in diesem Fall genehmigte Umzug, an dem viele Kommunisten teilnahmen. Die „Humanité“ erblickte darin eine symbolische Eroberung des bürgerlichen und feindlich gesonnenen Paris: „Nous avons reconquis Paris.“⁷⁵ Hier wie auch in anderen Fällen, wie z.B. bei dem Begräbnis des kommunistischen Arbeiters Gaston Béradiä am 15. Januar 1923, wurde das Itinerar des Umzuges von der Polizei im voraus genauestens festgelegt.⁷⁶

Um so größere Bedeutung maßen die Pariser Kommunisten daher ihren Versuchen bei, das polizeiliche Verbot zu durchbrechen und in die Hauptstadt selbst – *intra muros* – einzudringen. In den frühen 20er Jahren waren diese Demonstrationsversuche kaum erfolgreich und wurden meist rasch von der Polizei unterbunden.⁷⁷ Kleinere Teilerfolge wurden von der kommunistischen Presse in um so emphatischerer Weise heroisiert. So versuchten z.B. am 23. Oktober 1921 einige hundert Kommunisten, vor der amerikanischen Botschaft im XVI. Arrondissement für die Freilassung von Sacco und Vanzetti zu demonstrieren. Zwar wurden sie nach mehreren tätlichen Auseinandersetzungen von der Polizei gewaltsam daran gehindert, bis zur Botschaft vorzudringen. Aber schon die „Präsenz einer mächtigen Masse von Proletariern in den bürgerlichen Vierteln der Hauptstadt“ reichte Cachin für eine triumphale Meldung in der „Humanité“: „Notre but est atteint.“⁷⁸

⁷¹ Vgl. hierzu und zum Symbolgehalt des hauptstädtischen Raums Danielle Tartakowsky, *La province sans Paris ou la province contre Paris? Manifestations parisiennes et manifestations de province de 1918 à 1968*, in: Favre (Hrsg.), *Manifestation*, S. 156–171, hier S. 159ff.

⁷² Z.B. *L'Humanité*, 24.10.1921; 11.9.1922; 29.10.1922; 8.11.1922; 8./9.6.1923.

⁷³ Z.B. *L'Humanité*, 7.3.1921 (Saint-Ouen); 29.8.1921 (Pré Saint-Gervais); 2.5.1922 (Saint-Ouen); 30.6.1922 (Asnières); 13.7.1922 (Saint-Denis); 31.7.1922 (Pré Saint-Gervais); 14.1./15.1.1923 (Saint-Ouen).

⁷⁴ Vgl. dazu Jean-Pierre A. Bernard, *La liturgie funèbre des communistes (1924–1983)*, in: *Vingtième Siècle*, No. 9 (janvier-mars 1986), S. 37–52.

⁷⁵ *L'Humanité*, 31.7.1922.

⁷⁶ *L'Humanité*, 15./16.1923.

⁷⁷ F7 13099, Dossier: Manifestations sur la voie publique, November 1927. *L'Humanité*, 30.10.1922.

⁷⁸ *L'Humanité*, 24.10.1921. Cachin sprach von „Tausenden“ von Demonstranten, eine Zahl, die man angesichts der notorischen und zum Teil grotesken Übertreibungen der kommunistischen Parteipresse getrost durch zehn teilen kann.

Den spektakulären Höhepunkt dieser als Bedrohung empfundenen kommunistischen Präsenz in den Straßen der Hauptstadt – in der sich die soziale Spannung zwischen dem bürgerlich-mittelständischen Zentrum von Paris und der plebejisch-proletarischen Peripherie ausdrückte – stellte die Überführung der sterblichen Überreste von Jean Jaurès ins Panthéon am 23. November 1924 dar. Für den PCF bot dieses Ereignis zum einen die Möglichkeit, die S.F.I.O. propagandistisch anzugreifen und sich als wahrer Erbe des großen Sozialisten darzustellen; durch die Umfunktionsierung des Umzuges zu einer kommunistischen Veranstaltung vermochten die Kommunisten zum anderen, ihre massenhafte Präsenz im Herzen von Paris zu demonstrieren. Zu diesem Zweck galt es die kommunistischen Demonstranten im Schlepptau des offiziellen Umzugs in einer „homogenen und gut unterscheidbaren Masse“ zu organisieren.⁷⁹ Jaurès' Überführung ins Panthéon, die vom regierenden Cartel des Gauches initiiert worden war, vermittelte im Endeffekt den Eindruck einer kommunistischen Kundgebung mit roten Fahnen und dem Gesang der „Internationales“. Die kommunistische Parteipresse feierte die Demonstration als „Apotheose des Kommunismus“, als „première journée“ der kommunistischen Revolution und als wichtige Etappe auf dem Weg zur kommunistischen Machtergreifung: „Paris ouvrier prenait conscience de sa force et, serrant les poings, regardait le fascisme en face. Le Paris de la Commune ressuscité reprenait sa marche en avant.“⁸⁰ Auf die sich bereits abzeichnende außerparlamentarische Organisation des Bloc national und des bürgerlichen Paris wirkte das Ereignis dagegen als zündender Funke. Nicht nur aus der Perspektive der Rechtsextremen enthüllte die Demonstration die abschüssige Ebene, auf die sich die regierende Linke begeben hatte, und an deren Ende die bolschewistische Revolution zu warten schien. „La manifestation d'hier“, so resümierte André François-Poncet die Stimmung, „a fait ressortir la légèreté, l'aveuglement incroyables des hommes qui nous gouvernent et la faiblesse des éléments qui les soutiennent; elle a souligné, en revanche, l'audace et la force de l'organisation bolcheviste parisienne [...]. La manifestation d'hier incitera les Français les plus tranquilles à s'émouvoir, à se grouper, à se défendre.“⁸¹ „Paris“, so hoffte der am äußersten rechten Rand agierende Publizist Camille Aymard, „trouvera demain, s'il le faut, le chef qui le délivrera du péril bolcheviste.“⁸² Und Georges Valois erinnerte sich einige Jahre später: „Il y eut la translation du corps de Jaurès au Panthéon, qui fut le gros événement de la saison, et qui terrifia tout Paris par le défilé de ce que l'on appela ‚l'armée rouge‘. Il y eut enfin cette agitation communiste qui fit croire aux Français que la République des Soviets allait être proclamée. On avait l'impression que le Cartel des gauches, maître du pouvoir par le ministère Herriot, jouait en France le rôle de Kerensky ou de Karolyi.“⁸³

In der Reihe der potentiellen Führer und Pariser „Retter“ vor dem Bolschewismus begann nun zunächst der 37jährige frühere Bonapartist und Pariser Parlamentsabgeordnete Pierre Taittinger der älteren Generation um Castelnau und Millerand den Rang abzulaufen. Dies zeichnete sich bereits auf einer großen Kundgebung der *Ligue*

⁷⁹ Vgl. AIRM Nr. 64, Bureau Politique, 14.11.1924.

⁸⁰ Paul Vaillant-Couturier, Une journée!, in: *L'Humanité*, 24.11.1924.

⁸¹ André François-Poncet, Jaurès au Panthéon, in: *L'Avenir*, 24.11.1924. Vgl. Pierre Taittinger, Les fourriers de la révolution, in: *La Liberté*, 6.12.1924.

⁸² Camille Aymard, L'avertissement, in: *La Liberté*, 26.11.1924.

⁸³ Georges Valois, L'homme contre l'argent. Souvenirs de dix ans, 1918–1928, Paris 1928, S. 131.

des *Patriotes* ab, die am Tage nach der Jaurès-Demonstration in der Salle Wagram stattfand und auf der Taittinger einer der Hauptredner war. Innerhalb der *Ligue des Patriotes* hatte Taittinger bereits seit Sommer 1924 das Projekt einer eigenständigen, stärker „aktiven“ und mobilen Organisation vorbereitet. Am 18. Dezember 1924 wurden die *Jeunes Patriotes* endgültig aus der Taufe gehoben. Damit setzte sich Taittinger mit seiner Forderung durch, kurzfristig mobilisierbare Parteitruppen zu bilden. Von Taittinger geführt, sollten sie zum einen als „Ordnerdienst“ die Veranstaltungen der „patriotischen“ Gruppierungen gegen kommunistische Störversuche schützen; zum anderen konnten sie im Falle eines kommunistischen Aufstandes die regulären staatlichen Ordnungskräfte unterstützen.⁸⁴ Für die nun rasch expandierenden *Jeunes Patriotes*, die zunächst als autonome Unterorganisation der *Ligue des Patriotes* agierten, blieb die kommunistische Demonstration vom 23. November 1924 eine Art negativer Gründungsmythos, der eine wichtige Rolle zur fortdauernden antikommunistischen Identitätssicherung spielte.⁸⁵ Die Machtübernahme des Linkskartells, die kommunistische Mobilisierung und die Gegenreaktion der auf Parlamentsebene in die Opposition gedrängten nationalen Rechten kulminierten gegen Jahresende 1924 in einer Polarisierung der innenpolitischen Situation, die auch republikanische Kommentatoren als latente Bürgerkriegssituation betrachteten. „Proletarische Hundertschaften“ und „Kampftruppen“ offenbarten demzufolge einen „schrecklichen militärischen Virus“: „C'est la guerre civile. Et c'est la guerre civile préparée ouvertement jusque dans ses moindres détails.“⁸⁶

Während die *Fédération Nationale Catholique*, die *Ligue des Patriotes* und die *Ligue Républicaine Nationale* die Hauptströmung bürgerlicher Sammlungspolitik repräsentierten, gingen die *Jeunes Patriotes* weit darüber hinaus, worin sich ein grundsätzlicher Zwiespalt widerspiegelte. „Depuis sa reconstitution sous la présidence du général de Castelnau“, so resümierten die Sicherheitsbehörden, „la Ligue des Patriotes était divisée en deux groupes: celui des jeunes, inspiré par M. Taittinger et qui, non content de parler voulait agir, et celui des anciens, qui entendait rester sur le terrain des revendications nationales et patriotiques.“⁸⁷ Nachdem sie anfangs vor allem als Ordnungsdienst für die Veranstaltungen der Verbände Castelnaus und Millerands fungiert hatten,⁸⁸ entwickelten die *Jeunes Patriotes* in der Folgezeit einen eigenen Politikstil, der sein unmittelbares Vorbild in der kommunistischen Bewegung selbst hatte. Dabei propagierten die *Jeunes Patriotes* die Existenz eines Optionszwanges zwischen Kommunismus und der national orientierten Eigengruppe, „einen Kampf ums Überleben zwischen der Nation, die leben will und den roten Horden, die sie in Stücke reißen wollen.“⁸⁹ „Nous sommes avant tout anti-communistes“, so stellte das Programm der *Jeunes Patriotes* vom Jahresende 1925 fest. „Mais pour lutter efficacement contre le communisme, il faut connaître son origine, sa force, ses moyens d'action et

⁸⁴ Soucy, *French Fascism*, S. 39f. Vgl. auch Robert Soucy, *Centrist Fascism: The Jeunes Patriotes*, in: *Journal of Contemporary History* 16 (1981), S. 349–368.

⁸⁵ Siehe z.B. AN F7 13233, 14.1.1926, Réunion de propagande organisée par la section des Jeunes Patriotes de Nogent-sur-Marne, 13.1.1926; ebd., 21.11.1926, Congrès des Jeunes Patriotes, 20.11.1926.

⁸⁶ Les incorrigibles, in: *L'Homme Libre*, 20.12.1924.

⁸⁷ AN F7 13231, 28.1.1926.

⁸⁸ Ebd., sowie AN F7 13232, Polizeibericht [Mai 1925]; AN F7 13233, 7.3.1925.

⁸⁹ AN F7 13099, „Contre les menées communistes. La France aux Français“. Flugblatt der *Jeunes Patriotes* [Juli 1927].

son but [...]. Pour lutter efficacement contre le communisme, il faut employer les armes mêmes dont il se sert.“⁹⁰ Drei solche dem kommunistischen Arsenal entlehnten „Waffen“ gelte es zu schmieden und gegen die revolutionäre Bewegung selbst zu wenden: erstens eine kontinuierliche Propaganda, zweitens ein Reformprogramm und drittens schließlich ein „moyen de coercition“, d.h. eine paramilitärische Organisation: „Le communisme se prépare à employer la force. Imitons-le. Il faudra, le cas échéant, opposer la violence à la violence et dresser contre les forces de destruction les forces organisatrices [...]. Les JEUNESSES PATRIOTES-LA LEGION représentent un organisme de combat, une formation défensive qui deviendra offensive si le salut de la Nation l'exige. Elles s'opposent aux cellules, aux rayons, aux jeunesses communistes. En face de la puissance rouge, elles dressent la puissance tricolore. Elles ne prétendent pas remplacer l'armée et la police, mais les assister. Enfin, si le conflit brutal survenant, nous avons à redouter l'impuissance des pouvoirs publics, les JEUNESSES PATRIOTES sont une machine de guerre nationale qui affrontera résolument la machine de guerre internationale.“⁹¹

Es ist leicht zu sehen, daß sich die *Jeunesses Patriotes* mit diesem Programm einige jener Merkmale aneigneten, die den Idealtyp der totalitären Bewegung kennzeichnen und die der PCF seinerseits schon in Teilen entwickelt hatte. Der Aufbau eines *Propagandaapparates* schritt im Jahre 1925 zügig voran, wobei die Verbandsführung größten Wert darauf legte, daß sich die Propaganda nicht auf einzelne Versammlungen ohne längerfristige Wirkung beschränkte. In jeder Stadt wurden vielmehr ständige Sektionen mit ausreichendem Personal ausgestattet, um so Zähigkeit und Durchschlagskraft der Propaganda auf allen Gebieten zu gewährleisten.⁹² Dieser neue Stil der politischen Propaganda verriet einen zumindest tendenziellen Totalitätsanspruch. Von den Parteien der traditionellen Rechten, aber auch von der *Ligue Républicaine Nationale* unterschied er sich deutlich, während er zum kommunistischen Propagandaapparat klare Analogien offenbarte. Dem Anspruch nach war der „Kombattant“ der *Jeunesses Patriotes* denn auch zugleich Propagandist, d.h. „politischer Soldat“. Er hatte die Verbandszeitung „Le National“ zu lesen und zu verteilen. Der Verkauf durch professionelle Zeitungshändler konnte dabei keineswegs als ausreichend gelten: „Aussi faut-il vendre le National sur la voie publique, aux abords des gares, à la sortie des masses, dans certains milieux très fréquentés.“⁹³ Des weiteren galt es, Traktate und Broschüren zu verkaufen bzw. zu verteilen sowie an Hauswände und andere geeignete Orte Plakate und Aufkleber anzubringen. Bei all dem war das einzelne Mitglied aufgefordert, je nach seinen Möglichkeiten maximalen propagandistischen Einsatz zu leisten.⁹⁴ Offenkundig hatte für diese Art der Propaganda die Kommunistische Partei das Vorbild geliefert. Die internen Rededispositionen der *Jeunesses Patriotes* sprachen denn auch mit unverhohlenem Respekt von den propagandistischen Leistungen der Kommunisten:

„L'action du communisme se manifeste ouvertement par une propagande constante dans les milieux ouvriers ou existe un terrain tout préparé [...]. Et dans les usines, les ateliers, les ma-

⁹⁰ AN F7 13233, *Jeunesses Patriotes*, Notre Programme [1925].

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd., 4.6.1925.

⁹³ AN F7 13232, Dossier Statuts, règlement intérieur, Trois modèles de discours: „Constitution d'un groupe de J.P.“ o.D. [24.2.1928].

⁹⁴ Ebd.

gasins, le parti communiste distribue par centaines de milliers des brochures, des feuilles spéciales [...]. Disposant de fonds considérables dont une grande partie provient de l'étranger, le parti communiste organise partout des réunions, des conférences, il arrive à pénétrer dans les plus petits villages et à y recueillir des adhésions. Enfin, servi par une élite très agissante et décidée à aboutir, le parti communiste n'hésite pas à descendre dans la rue, et sous le couvert de manifestations diverses, à montrer qu'il dispose de forces importantes, encadrées, exercées et prêtes, si l'occasion s'en présente, à partir à l'attaque contre tous ceux qui possèdent. En face des communistes, les J.P. se sont dressés comme défenseurs de l'ordre, comme partisans de la propriété, comme protecteurs de la famille. Comme les communistes, ils veulent pénétrer dans tous les milieux, y répandre leurs doctrines.⁹⁵

Ähnliches galt für die *paramilitärische Organisation*. Unter der Leitung des früheren Armeegenerals Dessoify, eines der drei Vizepräsidenten der *Jeunes Patriotes*, wurde im Verlauf des Jahres 1925 der Anspruch, gegen kommunistische Gewalt legitime Gegengewalt ausüben zu können, organisatorisch umgesetzt. Dessoify legte von Beginn an großen Wert darauf, daß jede Verbandseinheit über eine Art nachrichtendienstliche Infrastruktur verfügte. Verbindungsagenten, Aufklärungspatrouillen und mobile Radfahrer gehörten zur Grundaustattung jeder J.P.-„Hundertschaft“.⁹⁶ Deren Mitglieder wurden nach ihrer Waffenfähigkeit registriert, je nachdem, ob sie als Maschinengewehrschützen, Kanoniere o.a. ausgebildet worden waren.⁹⁷ Anfang Juni 1925 gründeten die *Jeunes Patriotes* in Paris nach kommunistischem Vorbild eine Sportabteilung, den „Club Athlétique des Jeunes Parisiennes“. Er blieb für J.P.-Mitglieder reserviert, die hier in die Grundlagen des Straßenkampfes, der Angriffswie Verteidigungsführung und zum Teil auch in den Umgang mit Granaten und Maschinengewehren eingeführt wurden.⁹⁸ Schon zu dieser Zeit, so ließen die Verbandsführer wissen, erlaubte die straffe, hierarchische Organisation ein entscheidendes Eingreifen der *Jeunes Patriotes*. So würde es in Paris gegebenenfalls innerhalb weniger Stunden möglich sein, rund 2.000 Männer auf genau bestimmten Plätzen zu versammeln und zum Einsatz zu bringen, „um sich den Revolutionären in den Weg zu stellen“.⁹⁹ Für den Fall eines kommunistischen Aufstandes in Paris entwickelte Dessoify einen detaillierten Aufmarschplan. Nach Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt sollten sich die *Jeunes Patriotes* den Militärbehörden zur Verfügung stellen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie von diesen bewaffnet würden. In Zusammenarbeit mit den anderen Rechtsverbänden sollten Kampfeinheiten gebildet werden, die über das gesamte Département Seine zu verteilen und mit denen die aufständischen Revolutionäre niederzuwerfen sein würden.¹⁰⁰

Die Organisationsstrukturen der *Jeunes Patriotes* waren hierarchisch-autoritär. Die Mitglieder des „Comité directeur“ wurden vom Präsidenten, d.h. von Taittinger, benannt.¹⁰¹ Von ihren Mitgliedern erwartete die Führung der *Jeunes Patriotes* Befehls-

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ AN F7 13232, Polizeibericht o.D. [um die Jahreswende 1925/1926].

⁹⁷ Ebd. u. AN F7 13233, 20.5.1926.

⁹⁸ AN F7 13233, Polizeibericht vom 12.6.1925. Vgl. ebd., 19.7.1925, Bericht über Schießübungen der *Jeunes Patriotes*. Vgl. AN 13232, Polizeibericht vom 9.1.1926. Eine durchgehende Bewaffnung, die über das Tragen von Knüppeln hinausging, wurde von der J.P.-Führung freilich untersagt. AN F7 13232, o.D. [März 1925]; ebd., 9.1.1926.

⁹⁹ AN F7 13231, 25.3.1925, Réunion de la 4ème Section de la Ligue des Patriotes, 24.3.1925 (10e Neuville).

¹⁰⁰ AN F7 13232, Polizeibericht o.D. [um die Jahreswende 1925/1926].

¹⁰¹ Siehe die „Statuts“ der *Jeunes Patriotes* in: AN F7 13232, Dossier Statuts, règlement intérieur.

gehorsam und die bedingungslose Bereitschaft, sich im „Verteidigungsfall“ zur Verfügung zu stellen. „Les membres des Jeunesses Patriotes,“ so drückte es ein führendes Verbandsmitglied aus, „veulent servir [...]. Ardents, jeunes, vigoureux, ils demandent aux anciens de les guider dans la voie d'ordre, de la justice et de l'autorité. Ils sont prêts à faire le sacrifice de leur vie comme leurs camarades de la rue Damrémont.“¹⁰² Unter dem Eindruck der kommunistischen Herausforderung, der durch den Totschlag in der rue Damrémont am 23.4.1925 erheblich gesteigert wurde, und mit großzügigen Finanzmitteln aus der Wirtschaft ausgestattet,¹⁰³ verbuchten die *Jeunesses Patriotes* während des Jahres 1925 in der Pariser Region einen sprunghaften Aufschwung: Im Mai 1925 konnten sie hier erst auf ca. 3.500 Mitglieder zählen;¹⁰⁴ doch im September 1925 waren es bereits 18.000.¹⁰⁵ Ende 1925 befand sich der Verband mithin auf dem ersten Höhepunkt seiner Entwicklung. Ihre größte Anziehungskraft übten die *Jeunesses Patriotes* unter denjenigen Mitgliedern anderer Verbände aus, die auf einen größeren Aktivismus drängten. So hatten nicht wenige von ihnen bereits Mille-rands *Ligue Républicaine Nationale* angehört.¹⁰⁶ Vor allem auf Studenten und junge Menschen übte die straffe, quasi-militärische Organisation eine große Anziehung aus.¹⁰⁷ Bald liefen die *Jeunesses Patriotes* ihrer Mutterorganisation, der *Ligue des Patriotes* den Rang ab¹⁰⁸ und verkörperten rasch einen nicht zu unterschätzenden innenpolitischen Faktor. Wie ein militärisches Manövergelände und in Analogie zu den Sektoren der A.R.A.C., wurde Paris in sechs Sektoren eingeteilt. Darunter standen Sektionen, die Hundertschaften, schließlich die Gruppen. Die wichtigsten Aktionseinheiten der 1926 neu gestalteten Organisation waren die Hundertschaften, die *centuries*. Ihre Führer wurden von älteren Offizieren mit Weltkriegserfahrung ausgewählt. Es gab drei verschiedene Arten von Hundertschaften: die „centuries de choc“, quasi die Eliteeinheiten, die aus Männern bestanden, „die in besonderer Weise moralisch und kämpferisch geeignet und sofort im Kampf einsatzbereit“ waren; ferner die „centuries d'active“, die im Falle einer Auseinandersetzung die zweite Linie zu bilden hatten; schließlich die „centuries de réserve“. Diese bestanden aus Männern, die nicht allen Aufrufen folgen konnten, im Fall einer Mobilisierung der *Jeunesses Patriotes*¹⁰⁹ jedoch zur Verfügung standen. In den Augen der Sicherheitsbehörden besaßen die *Jeunesses Patriotes* eine „völlig militärische Organisation“, die bei einer weiteren Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage eine „ernste Gefahr“ darstellen kön-

¹⁰² AN F7 13233, 11.6.1926, Meeting de propagande des Jeunesses Patriotes, 10.6.1926 (Violet). Über die Affäre in der Rue Damrémont siehe unten, S. 541ff.

¹⁰³ AN F7 13233, 12.7.1926.

¹⁰⁴ AN F7 13232, Polizeibericht [Mai 1925].

¹⁰⁵ AN F7 13233, 25.9.1925.

¹⁰⁶ *Ibid.*, 7.3.1925.

¹⁰⁷ Über die Altersstruktur der außerparlamentarischen Rechtsverbände der zwanziger Jahre exakte Aussagen zu machen, verbietet die Quellenlage. Jedoch stimmen die eher vagen Angaben der Polizeibehörden alle darin überein, daß es vor allem junge Leute waren, auf die die „faschistische“ Mobilisierung besondere Anziehungskraft ausübte. Zwar blieb die aktive Parteinahme für eine der „Ligues“ zweifellos ein Minderheitenphänomen, worauf Rémi Fabre hinweist: Rémi Fabre, Les mouvements de jeunesse dans la France de l'entre-deux-guerres, in: *Le Mouvement social*, Nr. 168 (Juli-September 1994), S. 9–30, hier S. 15; hieraus jedoch auf eine generell geringe Attraktivität der *Jeunesses Patriotes* und der „faschistischen“ Verbände unter Jugendlichen vor dem Zweiten Weltkrieg zu schließen, *ibid.*, erscheint als nicht angemessen.

¹⁰⁸ Zum Verhältnis zur *Ligue des Patriotes*, das von der schwunghaften Emanzipation der J.P. keineswegs unbeschadet blieb, siehe AN F7 13211, Polizeibericht vom 29.7.1927.

¹⁰⁹ AN F7 13233, Dossier Statuts, règlement intérieur, September 1926.

ne.¹¹⁰ Unübersehbar war dabei von Beginn an die Ähnlichkeit, die ihre Agitationsmethoden mit denen der Kommunisten aufwiesen. „Les méthodes des communistes et des réactionnaires se ressemblent étrangement. Les Jeunesses Patriotes s'opposent aux ‚Cellules Communistes‘ et les ‚Centuries tricolores‘ se dressent contre les ‚Centuries prolétariennes‘. Toutes ces organisations font appel à la violence.“¹¹¹

Dem Idealtyp der totalitären Bewegung näherten sich die *Jeunesses Patriotes* mithin in mehrfacher Hinsicht. Dem Freund-Feind-Denken verhaftet, reduzierten sie die Komplexität der politisch-sozialen Probleme auf die künftige Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und der sich zur Wehr setzenden Nation. Die politische Auseinandersetzung schien aus ihrer Perspektive in einen letztlich physischen Kampf zu münden, der sich in der Formel „L'ordre contre le désordre. La patrie contre le bolchevisme“¹¹² konzentrierte. Dabei orientierten sich die *Jeunesses Patriotes* offensichtlich auch an den bürgerkriegsartigen Kämpfen aus der Frühzeit der Weimarer Republik und an den Richtlinien zur Aufstellung von Einwohnerwehren, wie sie namentlich in Berlin aufgestellt worden waren.¹¹³ Um in einem ähnlichen Kampf zu bestehen, entwickelten die J.P. einen straffen Propagandaapparat, eine paramilitärische Organisation mit nachrichtendienstlichen Elementen,¹¹⁴ wobei sie keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft aufkommen ließen, gegebenenfalls Gewalt anzuwenden. Die *Jeunesses Patriotes*, so erklärte Taittinger in aller Öffentlichkeit, seien fest entschlossen, „sich selbst zu verteidigen und der Gewalt mit Gewalt zu begegnen.“¹¹⁵ Auch im Parlament warnte Taittinger davor, eine solche Gewalt werde unvermeidlich und gleichsam subsidiär an die Stelle eines Staates treten, der sich den Kommunisten gegenüber als zu schwach erweise: „Le jour où un Gouvernement se ferait le complice avoué ou déguisé du parti [communiste] [...], le jour où le communisme [...] croirait la victoire assurée pour lui, des difficultés se dresseraient sur sa route [...]. Les bons citoyens seraient appelés à ce moment à se défendre.“¹¹⁶

Weniger deutlich blieb dagegen das Merkmal der *Ideologie* ausgeprägt. Zwar stellte die Propaganda der in sich geschlossenen, die Schwäche einer allzu liberalen Verfassung abstreifenden und gegen einen klar benannten „Feind“ mobilisierten Nation zweifellos die Vorstufe zu einer totalitären Ideologie dar.¹¹⁷ Doch blieben die *Jeunesses Patriotes* darauf fixiert, im Falle des kommunistischen Aufstandes an der Seite der staatlichen Organe zu kämpfen und die „Ordnung“ zu verteidigen. Auch wenn die entsprechenden Äußerungen in der Regel vage und zweideutig waren, so gelang es doch der Verbandsführung um Taittinger, den defensiven Charakter der J.P. hervor-

¹¹⁰ Ebd., 20.5.1926.

¹¹¹ AN F7 13231, 20.3.1925.

¹¹² AN F7 13233, Plakat der J.P. des IX. Arrondissements o.D. [Mai 1925]; das Bild zeigt eine schild- und schwertbewehrte Marianne, die siegreich auf der roten Fahne mit Hammer und Sichel steht.

¹¹³ AN F7 13232, Dossier Statuts, règlements intérieurs, Renseignements tirés des combats livrés pour la répression des troubles intérieurs en Allemagne. Hierbei handelt es sich um die Übersetzung der 1919 in Berlin herausgegebenen „Kurzen Gesichtspunkte für die Aufstellung einer Einwohnerwehr“. Vgl. dazu unten, S. 302.

¹¹⁴ U.a. verfügten die Hundertschaften der J.P. über ein ausgeklügeltes Code-System, vgl. AN F7 13232, 9.10.1926.

¹¹⁵ AN F7 12968, Rapport Mai, S. 38 (25.5.1926). Vgl. ebd., S. 35 (25.5.1926).

¹¹⁶ Journal Officiel de la République française, Débats parlementaires, Chambre des Députés, 10.6.1927, S. 1837.

¹¹⁷ Für eine Art politischen Katechismus der *Jeunesses Patriotes* siehe Pierre Taittinger, Les cahiers de la jeune France, Paris 1926.

zukehren. Zumindest die Führung blieb zu stark im konservativ-nationalistischen Milieu eingebunden, als daß sie die systematische Durchbrechung des staatlichen Gewaltmonopols und eine revolutionäre Systemüberwindung angestrebt hätten. Taittinger selbst fürchtete die Spaltung und die Polarisierung innerhalb der konservativen Rechten und versuchte eher zu integrieren. Eine eigentliche Ideologie im Sinne eines geschlossenen Weltbildes, eines scheinbar kohärenten Orientierungssystems zur Erklärung von Politik und Gesellschaft, Geschichte und Gegenwart, besaßen die J.P. daher nicht. Vielmehr blieben sie einer attentistischen Haltung verhaftet: Sie warteten auf die Schritte der Kommunisten, während ihnen zugleich der Wille fehlte, ein neues, „bis in die Metaphysik hinein“ fundiertes Wertesystem durchzusetzen.¹¹⁸

Dem entspricht es, wenn die *Jeunes Patriotes* auch nur die Vorstufe einer totalitären Parteiorganisation darstellten. Zwar finden sich bei ihnen wesentliche Elemente einer solchen wie etwa der Elitedanke, die totale Hierarchisierung, die Durchsetzung einer „eisernen“ Disziplin usw. Aber sie erfüllte noch nicht die Funktion eines „Kapillarsystems“¹¹⁹, das mittels weitverzweigter Unterorganisationen den totalitären Anspruch einer Ideologie in die Gesellschaft transportierte.

Mithin verkörperten die *Jeunes Patriotes* einen gleichsam vortotalitären, überwiegend defensiv-reaktiven Rechtsextremismus bzw. „Faschismus“, der sich entscheidend durch das antikommunistische Notwehr- und Ordnungsprinzip definierte. Wo indessen im Frankreich der zwanziger Jahre die Grenzlinie zu einem Rechtsextremismus verlief, der sich noch stärker dem Idealtyp der totalitären Bewegung annäherte, zeigt die dritte signifikante, allerdings kurzlebige Neugründung der Jahre 1924–1926, der *Faisceau*. Es kennzeichnet die Instabilität der politischen Situation, in der sich Frankreich während der Jahre 1924–1926 befand, daß damals für einen Augenblick eine Massenbewegung entstehen konnte, deren Profil sich tatsächlich dem Typus der totalitären Bewegung weitgehend annäherte. Gerade mit ihrem vorwärtsdrängenderen und voluntaristischeren Charakter übte der *Faisceau* des Georges Valois im Pariser Raum anfangs aus den genannten Gründen eine größere Anziehungskraft aus als die *Jeunes Patriotes*.¹²⁰

Die politische Herkunft des 1878 geborenen Georges Gressent, der sich 1906 das royalistische Pseudonym Valois zulegte, läßt sich als national-syndikalistisch bezeichnen.¹²¹ Die Synthese zwischen revolutionärem Syndikalismus und „integrale Nationalismus“ der *Action française* spiegelte die Entwicklung einer neuen, nationalrevolu-

¹¹⁸ Diejenigen, die weitergehen wollten und auf einen autoritären Umbau des Staates zielten wie z.B. Gustave Hervé, hielten denn auch das politische Programm der *Jeunes Patriotes* für allzu „vage“. „Dire qu'on est contre le communisme, pour l'ordre et pour la patrie [...]“, sei zwar gut und schön, biete aber zuwenig politische Orientierung. Gustave Hervé, *Les Jeunes Patriotes et nous*, La Victoire, 16.11.1925.

¹¹⁹ Vgl. dazu Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 70.

¹²⁰ AN 1-7 13233, 20.10.1925; 16.11.1925.

¹²¹ Zur Person und zum politisch-ideologischen Werdegang von Georges Valois, der hier nicht ausführlich geschildert werden kann, die fundierteste Studie von Allen Douglas, *From Fascism to Libertarian Communism. Georges Valois against the Third Republic*, Berkeley/Calif. 1992. Vgl. Yves Guchet, *Georges Valois. L'Action Française – Le Faisceau – La République Syndicale*, 2. Aufl. Paris 1990; Sternhell, *Ni droite, ni gauche*, S. 126ff.; Ders., *Anatomic d'un mouvement fasciste en France: Le Faisceau de Georges Valois*, in: *Revue française de Science Politique* 26 (1976), S. 5–40; Soucy, *French Fascism*, S. 126ff. Siehe auch Jules Levy, *Georges Valois and the Faisceau: The Making and Breaking of a Fascist*, in: *French Historical Studies* 8 (1973–1974), S. 279–304, eine der ersten Arbeiten zu Valois, die indes auf einer relativ schmalen Quellengrundlage beruht.

tionären politischen Strömung wider, die seit Ende der 1890er Jahre an Einfluß gewonnen hatte. Valois war einer der jüngeren Vordenker dieser Bewegung, die sich zunächst freilich auf intellektuelle Zirkel beschränkte. Sie entsprang einerseits der kompromißlosen Verwerfung von Liberalismus und Demokratie, andererseits aber der Abkehr vom Klassenkampf als politisch-moralischer Option für die Zukunft. Eingebunden in die *Action française* und in den Cercle Proudhon, maßgeblich inspiriert von Sorel, war Valois vor dem Ersten Weltkrieg vor allem anderen ein Ideologe. In dieser Eigenschaft unterschied er sich deutlich von anderen Führern der extremen Rechten während der Jahre 1924–1926 wie Castelnau und Taittinger.

Dies zeigte sich insbesondere in der Reaktion auf die kommunistische Herausforderung. Denn an der Wurzel von Valois' politischer Philosophie¹²² lag die scharfe Abgabe an das aufgeklärte, bürgerliche 19. Jahrhundert mit seinen Leitmotiven Liberalismus, Parlamentarismus und Demokratie. Wenn nun Valois auch den Bolschewismus in diesen Kategorien interpretierte, so ließ er damit das bei der *Ligue Républicaine Nationale* oder auch noch bei den *Jeunes Patriotes* vorherrschende Konzept von Notwehr und Ordnung hinter sich. Für die Raison d'être des *Faisceau* stand weniger der Verteidigungsgedanke im Vordergrund als das Bewußtsein, sich in einem Entscheidungskampf um das Erbe des todgeweihten bestehenden Systems zu befinden – ein Kampf, dessen Ausgang über die Zukunft aller Zivilisation entscheiden würde, was freilich das Element der Verteidigung in sich schloß. Dieser Kampf, so war Valois zu Beginn der zwanziger Jahre überzeugt, würde sich zwischen Kommunismus und Faschismus entscheiden. Faschismus und Kommunismus entsprangen demzufolge einer gleichartigen Reaktion gegen das liberale System, gegen die bürgerliche Welt und die „Plutokratie“.¹²³ Während allerdings der russische Bolschewismus mit seinem Klassenkampfdogma „asiatischer“ Herkunft über keinerlei konstruktive zivilisatorische Kräfte verfügte, sein Erfolg also nur Zerstörung bedeuten konnte, verkörperte der Faschismus die letzte Zukunftschance der okzidentalen Zivilisation. Dessen Leitbild war die in sich geschlossene und in einem starken, leistungsfähigen und gerechten Staat mobilisierte Nation, die damit den säkularen Gegenpol gegen den Kommunismus bildete. In der Mobilisierung des Ersten Weltkriegs, gewissermaßen im „Geist von 1914“ war dieser Vorgang bereits in paradigmatischer Weise antizipiert worden: Tatsächlich sei der *Faisceau* am 2. August 1914 gegründet worden, „als alle Franzosen, ohne Ansehen der Klasse, der Partei oder der Religion die Waffen erhoben hatten, um das bedrohte Land zu verteidigen“. Aus dieser Einheit, die während der ganzen Kriegszeit fortgedauert habe, seien jene „Gefühle der Solidarität“ und jener „Geist der Dienstbarkeit“ geboren, welche die Frontkämpfer beseelt hätten „und an die man bei der Gründung des ‚Faisceau‘ appelliert“ habe.¹²⁴

¹²² Siehe v.a. Valois' politisch-philosophische Grundschrift *L'homme qui vient*.

¹²³ Georges Valois, *La révolution nationale*, Paris 1924, S. 151. AN F7 13209, Ders., *La politique de la victoire*, Tract no 5, 11.11.1925, S. 3.

¹²⁴ AN F7 13210, 12.6.1926, Versammlung des *Faisceau* in Levallois, 11.6.1926 (Maurice de Barral). Müller, *Protest*, S. 485, betont bei seiner Analyse der Programmatik des *Faisceau* die „Tendenz zu ‚Modernisierung‘ und ‚Fortschritt‘, die so gar nicht in das gängige Bild faschistischer Ideologie passen will.“ Abgesehen davon, daß es fragwürdig ist, faschistischen Bewegungen „moderne“ und technokratische Elemente gänzlich abzusprechen, übersieht Müller damit auch die stark atavistischen Züge der *Faisceau*-Ideologie, die sich auf die im Ersten Weltkrieg paradigmatisch vorgelebte und mobilisierte Kombattanten-Nation bezogen. Vielmehr erweist sich gerade in der typischen Verschränkung von „modernen“ und antimodernistischen Elementen der „faschistische“ Charakter der *Faisceau*-Ideologie.

In ihrer Revolte gegen Liberalismus, Kapitalismus und Demokratie stellten Faschismus – dem Valois über seinen italienischen Ursprung hinaus eine universale Bedeutung beimaß – und Kommunismus „feindliche Brüder“ dar. Brüder, was den Kampf gegen das vorgeblich verrottete System der Gegenwart betraf, Todfeinde, was den Kampf um dessen Erbe und die Zukunft betraf:¹²⁵ „ces deux frères ennemis, le fascisme et le communisme devenus, l'un et l'autre, des personnages européens, et quasi universel. Tous deux [...] sont très exactement les deux aspects différents – et contraires – d'une même réaction contre la plouto-démocratie, d'une même action pour la création d'un monde où une discipline sociale ou nationale domine rigoureusement la vie politique, économique et sociale.“¹²⁶ Während also die *Jeunes Patriotes* noch starke Berührungspunkte mit dem gleichsam normalen „bürgerlichen“ Antikommunismus aufwiesen, wurde Valois' Form des Antikommunismus von seinem unerbittlichen Haß auf den Liberalismus bestimmt: Trotz all seiner Abirrungen und verbrecherischer Konsequenzen entsprang der Kommunismus aus dieser Sicht doch letztlich einem moralisch legitimen und historisch notwendigen Anliegen. Dementsprechend waren ehemalige Kommunisten beim *Faisceau* stets höchst willkommen. Bezeichnenderweise brachte ihm gerade diese Haltung auch deutliche Kritik aus dem nationalen Lager ein.¹²⁷

Kompromißloser als jede andere rechtsextreme Bewegung im Frankreich der zwanziger Jahre legitimierte sich der *Faisceau* daher aus der Behauptung eines Optionszwangs, der angesichts der Dekadenz der parlamentarischen Demokratie und der kommunistischen Bedrohung nur noch eine faschistische Lösung zuzulassen schien: „Le pays [...] va vers une révolution, ou celle des communistes pour instaurer la dictature du prolétariat ou celle du Faisceau qui sera une révolution nationale. Entre les deux, on ne doit pas hésiter. Tous les français doivent opter pour la révolution nationale.“¹²⁸ Die Ersetzung des liberalen Systems durch die „konstruktiven“ Kräfte des Faschismus würde demzufolge auch dem Bolschewismus seinen Lebensquell entziehen. In dem Maße, in dem die moderne Welt, „von der sie zerfressenden parlamentarischen, demokratischen und plutokratischen Lepre geheilt“ würde, würde auch der Bolschewismus unmöglich werden.¹²⁹ Der qualitative ideologische Unterschied zu den *Jeunes Patriotes* ist offenkundig: Zwar äußerten sich auch letztere überaus kritisch gegen das parlamentarische System und strebten eine grundlegende Verfassungsreform an, die die Rechte des Parlaments drastisch beschneiden und die Exekutive autoritär stärken sollte.¹³⁰ Doch zugleich hatten die *Jeunes Patriotes* auf dem Ge-

¹²⁵ Ebd., S. 150ff.

¹²⁶ Georges Valois, *Fascisme et communisme*, in: *Le Nouveau Siècle*, 24.9.1925.

¹²⁷ Siehe die Kritik des Industriellen aus dem Département du Nord, Martin-Mamy, A propos du „Nouveau Siècle“ et du „Faisceau français“. *Le Télégramme du Nord*, 8.12.1925: „Pour M. Georges Valois, en effet, le fascisme et le communisme procèdent de la même origine et c'est en raison de cette similitude d'origine qu'il croit devoir faire appel, *non seulement aux catholiques et aux hommes d'ordre de tous les partis*, mais encore aux socialistes et aux communistes eux-mêmes, ce qui [...] est une erreur fondamentale. Le relèvement français sera l'œuvre de tous ceux qui ont le sens national. Il ne sera pas l'œuvre de ceux qui, selon la forte expression de M. Georges Valois lui-même, se sont enrôlés dans les ‚hordes‘ barbares de l'Asie. Essayer de construire un ‚faisceau national‘ et désirer, en même temps, un accord avec les communistes est contradictoire.“

¹²⁸ AN F7 13210, 7.5.1926 Réunion du Faisceau (3.,4.,11.,12.,13., u. 20. Arrdt.) 6.5.1926, S. 30 (Lamour). Vergleiche die Argumentationslinie bei Aymard, *Bolchevisme ou fascisme*.

¹²⁹ *Nouveau Siècle*, 2.4.1925.

¹³⁰ AN F7 13233, J.P. Notre Programme o.D. [1925].

biet der traditionellen Parlamentspolitik noch einen konkreten parteipolitischen Gegner, das Cartel des Gauches, auf dessen Schuldkonto sie die Erstarkung des Kommunismus buchten. Ihre häufigen eigenen antiliberalen und antiparlamentarischen Untertöne richteten sich daher primär gegen das Linkskartell und zielten weniger auf revolutionäre Systemüberwindung.¹³¹ Dementsprechend spielte auch die Vorstellung eines Optionszwanges zwischen den Extremen bei den *Jeunes Patriotes* eine geringere Rolle als beim *Faisceau*. Wenn er gelegentlich einmal propagiert wurde, dann nicht zufällig von Mitgliedern wie André Sebastian de Neufville, der radikaler dachte, seit seiner Gründung mit dem *Faisceau* sympathisierte und von der J.P.-Führung schließlich ausgeschlossen wurde mit der bezeichnenden Begründung, er sei „trop fasciste“.¹³² Der *Faisceau* dagegen verwarf das bestehende System viel grundsätzlicher und strebte offen eine Führerdiktatur an. Im Gegensatz zu Taittinger und den *Jeunes Patriotes* verfügte er über eine, wenn auch gleichsam „naive“ Ideologie,¹³³ die Geschichte, Gegenwart und Zukunft in einen übergreifenden Sinnzusammenhang stellte. Über das Konzept von Notwehr und Ordnung hinaus reduzierte sie *alle* Politik auf den Kampf zwischen Freund und Feind, zwischen der kommunistischen „Horde“ Asiens und dem „lateinischen“ Faschismus um das zur Disposition stehende Erbe des bürgerlichen 19. Jahrhunderts. Ausdrücklich wandte sich Valois denn auch gegen das Prinzip der bloßen Verteidigung, das ihm als der letzte und vergebliche Ausdruck der untergehenden bürgerlich-„plutokratischen“ Welt erschien:

„Ne croyez pas que vous obtiendrez quelque chose de nous en nous invitant à défendre un monde menacé par la révolution communiste [...]. Il ne s'agit pas, pour nous, de défendre l'État actuel. Il s'agit de le conquérir pour accomplir la révolution nationale, laquelle fondera le droit de l'État devant la ploutocratie et le bolchevisme, sur un autre principe que l'élection [...]. C'est en quoi nous différons de ceux qui prennent place dans un cartel de l'ordre, et qui considéreraient tous les problèmes du monde moderne résolus si un retour de suffrage universel rendait M. Raymond Poincaré au gouvernement.“¹³⁴

Wenn der *Faisceau* also das totalitäre Merkmal der *Ideologie* zumindest in rudimentären Formen aufwies, so gilt das Gleiche für das Kennzeichen der *Partei*. Nicht lange, nachdem Valois im Februar 1925 die zunächst wöchentlich erscheinende Zeitung „Le Nouveau Siècle“ gegründet hatte, rief er im April 1925, zusammen mit Jacques Arthuys und Philippe Barrès einen eigenen Frontkämpferverband ins Leben: „Les Légions pour la politique de la Victoire“.¹³⁵ Seit diesem Zeitpunkt wurde Valois' Konflikt mit der *Action française* – in deren Zentralkomitee er zunächst noch blieb – schär-

¹³¹ So etwa, wenn das Programm der *Jeunes Patriotes* formulierte: „Nous sommes anti-communistes, nous sommes également anti-démagogiques. C'est dire que nous sommes les adversaires déterminés du régime actuel. Le communisme représente l'organisation du désordre. Le régime actuel, c'est l'organisation de l'impuissance, du favoritisme et de l'irresponsabilité. Ebd.“

¹³² AN F7 13233, 19.11.1925. Neufville hatte gelegentlich einen totalitären Optionszwang angedeutet: „Le pays [...] court à la dictature communiste ou patriote. La première est la misère, et la seconde représente l'ordre et la restauration de la France.“ Ebd., 23.6.1925, Versammlungsbericht. Zu den Sympathien, die Valois unter den *Jeunes Patriotes* genöß, siehe auch AN F7 13209, Polizeibericht vom 16.12.1925.

¹³³ Vgl. Sternhell, *Ni droite, ni gauche*, S. 126, der im Falle Valois' von einem „fascisme naïf“ spricht.

¹³⁴ AN F7 13209, Georges Valois, *La Politique de la victoire*, Tract no. 5, 11.11.1925, S. 4.

¹³⁵ AN F7 13208, 19.11.1925. Vgl. Douglas, *Fascism*, S. 88ff. Valois' *Légions* sind nicht zu verwechseln mit dem Verband Antoine Rédières, *La Légion*, der 1925 mit den *Jeunes Patriotes* fusionierte.

fer, bis es schließlich im Herbst 1925 zum endgültigen Bruch kam.¹³⁶ Neben einer gewissen persönlichen Entfremdung zu Maurras waren hierfür hauptsächlich zwei Gründe verantwortlich. Zum einen war Valois der intellektuellen Selbstgenügsamkeit der *Action française* zunehmend überdrüssig geworden und forderte ein aktiveres agitatorisches Vorgehen gegen das bestehende politische System. Zum Aufhänger hierfür nutzte er die Teilnahme der *Action française* an den Wahlen des Jahres 1924, die er nun – obwohl damals selbst erfolgloser A.F.-Kandidat für einen Pariser Wahlkreis – als dekadente Parlamentspolitik denunzierte.¹³⁷ Zum anderen aber verlangte er ein stärkeres Eingehen auf soziale Belange, als dies in der konservativ-vorindustriell geprägten *Action française* durchsetzbar war. Als Spezialist für soziale und ökonomische Fragen im A.F.-Leitungsgremium forderte Valois, in alle Segmente der Gesellschaft einzudringen, die sozialen und ökonomischen Probleme zum Ausgangspunkt der Propaganda zu machen und so eine breitere politische Mobilisierung zu erreichen. Innerhalb der *Action française* repräsentierte Valois mithin ein stärker revolutionär-voluntaristisches Element, das auf umfassende gesellschaftliche Mobilisierung drängte. Beides waren Faktoren, die an der Wurzel totalitärer Parteiorganisationen lagen.¹³⁸

Es war daher nur folgerichtig, wenn Valois im Herbst 1925, am symbolischen Datum des 11. November, seine eigene Bewegung gründete und damit endgültig der *Action française* den Rücken kehrte. Mit dem *Faisceau des Combattants*, den „Légions“, schuf er einen paramilitärisch organisierten Eliteverband, der sich aus Kriegsveteranen rekrutierte sowie aus jungen „Aspiranten“, die am Krieg selbst nicht teilgenommen hatten, 1925 jedoch zumindest das 20. Lebensjahr vollendet hatten. Nicht nur in ihrer Bezeichnung, sondern auch was ihr äußeres Auftreten betrifft, glichen sie dem italienischen Faschismus, ersetzten allerdings dessen schwarze Uniformierung durch „Blauhemden“. Im Gegensatz zu den *squadristi* ging von den „Légions“ selbst allerdings nur in seltenen Fällen Gewalt aus. Bis Mitte Juni 1926 hatten die Sicherheitsbehörden kein einziges Waffen- oder Munitionsdepot des *Faisceau* gefunden.¹⁴⁰ Auch beim *Faisceau* diente die paramilitärische Organisation vor allem der Propaganda. Valois betonte, die „militärische Form“ seiner Bewegung sei „eher kämpferisch denn militärisch“, und im Falle der „faschistischen“ Machtergreifung gelte es einen „Bürgerkrieg“ möglichst zu verhindern.¹⁴¹ Gewalt wurde nur als legitime „Gegengewalt“ akzeptiert, um kommunistischen – und royalistischen – Angriffen zu begegnen.¹⁴² Neben der Propaganda ging es bei den „Légions“ um den „Selbstschutz“ des *Faisceau* gegen kommunistische Übergriffe und um die Mobilmachung der Elite gegen potentielle kommunistische Gewalt.¹⁴³ Nach Valois' eigenem Eindruck war es bezeichnen-

¹³⁶ Die Darstellung Valois' in Ders., *L'homme contre l'argent*, S. 169ff. Vgl. dazu Guchet, Valois, S. 179ff.; Douglas, *Fascism*, S. 93ff. Valois wurde in der Folgezeit von der *Action française* als Verräter und „agent provocateur“ bezeichnet und auf das heftigste bekämpft.

¹³⁷ Ebd., S. 184ff. Der *Faisceau* zeichnete sich denn auch dadurch aus, daß er jede Involvicrung in Parlamentswahlen und Politik konsequent ablehnte.

¹³⁸ Hinzu kamen persönliche Gründe, insbesondere eine unüberwindbare Rivalität zum engsten Vertrauten von Maurras, Maurice Pujol. AN F7 13209, 9.12.1925. Siehe Valois, *L'homme contre l'argent*, S. 105f.

¹³⁹ AN F7 13208, 8.10.1925. Vgl. Soucy, *French Fascism*, S. 89.

¹⁴⁰ AN F7 13210, 10.6.1926.

¹⁴¹ AN F7 13210, 9.10.1926.

¹⁴² Siehe Allan Douglas, *Violence and Fascism. The Case of the Faisceau*, in: *Journal of Contemporary History* 19 (1984), S. 689–712.

¹⁴³ F7 13210, 9.10.1926, Réunion des cadres des „Légions“, 8.10.1926; F7 13208, 9.6.1926, Polizeibericht.

derweise diese antikommunistische Mobilmachung, die dem *Faisceau* den größten Zulauf brachte. Seine als konstruktiv propagierten Zukunftsideen spielten dagegen als Motiv, dem *Faisceau* beizutreten, eine weitaus geringere Rolle: „Les combattants qui vinrent à nous nous vinrent beaucoup plus pour former une armée contre le communisme que pour organiser un monde nouveau, un Etat conforme aux nécessités du monde moderne.“¹⁴⁴

Weitere Unterorganisationen waren die Jugendorganisation, der *Faisceau des Jeunes* und der *Faisceau civique*, die als Sammelorganisationen all derer fungierten, die in keine der sonstigen Kategorien paßten; hierzu gehörten insbesondere die mit dem *Faisceau* sympathisierenden Frauen.¹⁴⁵

Die neben den „Légions“ weitaus wichtigste Unterorganisation war der *Faisceau des corporations*. Das von Valois verfolgte korporatistische Modell war zum einen aus der eigenständigen „national-syndikalistischen“ Tradition Frankreichs erwachsen, zum anderen orientierte es sich am italienischen Faschismus. Das Idealbild der im siegreich bestandenen Krieg vorgeprägten Kombattanten-Nation verlangte gerade auch in sozialer Hinsicht die unverbrüchliche nationale Geschlossenheit, d.h. eine radikale Absage an jegliche Idee des Klassenkampfes. In der Einteilung der Welt in zwei soziale Klassen erblickte Valois ein bloßes Konstrukt von Intellektuellen und von durch Interessen geleiteteten Politikern. „La distinction du monde social en deux classes est une vue d'intellectuel et de politicien, qui peut servir les intérêts politiques d'un clan ou d'un parti. Elle est absolument fausse pour qui veut organiser la production.“¹⁴⁶ Freilich blieb Valois zu sehr Syndikalist, als daß er eine bloße Interessenidentität zwischen Arbeitgebern und Lohnempfängern behauptete. „Weder Zusammenarbeit noch Kampf zwischen den Klassen“ lautete seine Formel, sondern „technische Übereinkunft zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren.“¹⁴⁷ Die künftige Produktion würde demzufolge nicht auf dem Gegenüber verschiedener sozialer Klassen beruhen, sondern sich auf verschiedene homogene „groupes économiques“ verteilen.¹⁴⁸ In der korporativ organisierten Arbeitsgemeinschaft konnte sich so die nationale Geschlossenheit abbilden. Die Gründung des *Faisceau des corporations* war der Versuch, eine solche soziale Arbeitsgemeinschaft gegen die bestehenden staatlichen Institutionen und Interessenverbände herzustellen. Im Prozeß der revolutionären Machtergreifung sollten die Korporationen an die Stelle des Parlaments treten.¹⁴⁹

Mit seinen sechs „corporations intellectuelles“ und 26 „corporations de métier“ dokumentierte der *Faisceau des corporations* am nachdrücklichsten den gesellschaftlichen Totalitätsanspruch der neuen Bewegung, der deutlich über die paramilitärische Organisation im Zeichen von „Notwehr“ und „Selbsthilfe“ hinausging. Anders als die konkurrierenden Bewegungen *Action française* und *Jeunesses Patriotes* strebte Valois vor allem auch die gezielte Erfassung und Mobilisierung der Arbeiter an, von deren Integration das Idealbild der korporativen Arbeitsgemeinschaft entscheidend abhing. Der *Faisceau* arbeitete daran, so erinnerte sich Valois später, alle „Revolutionäre“, seien sie Kriegsveteranen, Arbeiter, Syndikalisten, Sozialisten oder gewandelte Kommunisten

¹⁴⁴ Valois, *L'homme contre l'argent*, S. 132.

¹⁴⁵ Soucy, *French Fascism*, S. 89.

¹⁴⁶ Georges Valois, *L'économie nouvelle*, Paris 1919, S. 246

¹⁴⁷ Ebd., S. 249.

¹⁴⁸ Ebd., S. 249f.

¹⁴⁹ AN 17 13208, 15.5.1926 (Philippe Barrès).

(„revisant leur doctrine“), gegen die „Plutokratie“ zusammenzufassen. Andere hingegen hätten fälschlicherweise versucht, „die Frontkämpfer den Sozialisten, Kommunisten und überhaupt der Arbeiterbewegung insgesamt als Gegner entgegensetzen.“¹⁵⁰ Wichtigste Mitarbeiter Valois' waren dabei der frühere Anarchist und C.G.T.-Funktionär Pierre Dumas sowie der Ex-Kommunist Marcel Delagrangé.¹⁵¹ Insbesondere Dumas verfügte anders als Valois selbst über Erfahrung in gewerkschaftlicher Massenorganisation. Beim Aufbau der Korporationen leistete er die Hauptarbeit, wobei er nicht selten als Korrektiv gegen Valois' „exzessiven Optimismus“ und „die Fantasien seiner Einbildungskraft“ wirkte.¹⁵²

Die Organisationsmethoden des *Faisceau des Corporations* waren autoritär. Die Führer der „groupes économiques“ wurden von Valois selbst oder seinen Repräsentanten eingesetzt, eine korporative Arbeitsgemeinschaft also von oben nach unten zusammengehalten. In der Praxis warf dies große organisatorische Probleme auf, die im gleichsam „embryonalen“ Zustand der Korporationen anfangs z.T. noch überwunden werden konnten, für eine langfristige Massenmobilisierung allerdings kaum taugten. So gab es z.B. innerhalb der Corporation du Bâtiment die Berufsgruppen der Grundbesitzer, der Architekten, der Lieferanten, der Bauunternehmer, der Zimmerleute, der Ingenieure, der Angestellten, der Maurer etc. Um eine vollständige Korporation zu bilden, hätte es allein im Bauwesen ca. 150 organisierter Berufsgruppen und 20 interprofessioneller Koordinationsgruppen bedurft.¹⁵³ Wenn also die *Faisceaux des Corporations* im Entwurf den Versuch darstellten, mittels eines in alle Teilbereiche des wirtschaftlichen Lebens hineinreichenden „Kapillarsystems“ die sozialen Antagonismen aufzuheben und die Geschlossenheit der Nation autoritär herzustellen, so konnte dies in der Praxis nur ephemere Erfolge zeitigen.

Beim Bemühen, auch die Arbeiterschaft in seine korporativ organisierte Produktionsgemeinschaft zu integrieren, hoffte Valois insbesondere auf die Unterstützung durch kommunistische Überläufer. Dies war eine folgerichtige Konsequenz aus der ideologisch begründeten Beurteilung der Kommunisten als „frères ennemis“.¹⁵⁴ Während des Jahres 1926 kam es im Großraum Paris auf einer Vielzahl von *Faisceau*-Veranstaltungen zur Diskussion mit Kommunisten und zur Präsentation der unterschiedlichen Standpunkte. Diese Kampagne, die auf das gemeinsame, von *Faisceau* und Kommunisten gleichermaßen geteilte antiliberale Ziel rekurrierte, zeitigte einige, wenn auch eng begrenzte Erfolge. Der *Faisceau* erfuhr aus kommunistischen Kreisen gelegentliche Zustimmung und konnte eine gewisse Zahl von Überläufern bei sich aufnehmen.¹⁵⁵ Der prominenteste war der kommunistische Bürgermeister von Perigueux, Marcel Delagrangé.¹⁵⁶

¹⁵⁰ Valois, *L'homme contre l'argent*, S. 131.

¹⁵¹ AN F7 13210, 8.4.1926, *L'organisation syndicaliste chez les fascistes*.

¹⁵² AN F7 13211, Avril 1926, *Le mouvement corporatif du „Faisceau“*, S. 10.

¹⁵³ Ebd., S. 10f.

¹⁵⁴ Siehe z.B. Georges Valois, *Fascisme et communisme*, in: *Le Nouveau Siècle*, 24.9.1925. Die These von Müller, Protest, S. 491f., wonach Valois sich den Kommunisten erst zuwandte, als die erhoffte Unterstützung aus rechtskonservativen Kreisen ausblieb, ist daher nicht stichhaltig. Die Hinwendung des *Faisceau* zur kommunistischen Basis war bereits in Valois' Ideologie angelegt. Vgl. zu Valois' Wendung nach „links“ Douglas, *Fascism*, S. 132ff.

¹⁵⁵ Siehe AN F7 13209, 6.4.1926; 7.6.1926; 27.11.1926; F7 13210, 6.5.1926; 19.5.1926; 8.8.1926; 23.10.1926.

¹⁵⁶ Zur Konversion von Delagrangé vgl. Soucy, *French Fascism*, S. 117ff.

Ziel des *Faisceau* war es dabei, die Arbeiter vom „Irrweg“ des Klassenkampfgedankens abzubringen, zugleich aber ihr antiliberales revolutionäres Potential den eigenen Zwecken dienstbar zu machen, die Arbeiter also gleichsam zu nationalisieren. Damit verfolgte er eine Taktik, die der kommunistischen „Einheitsfront von unten“ glich und mittels derer die einfachen Mitglieder an der Basis von ihrer Fehlleitung durch die Führer überzeugt werden sollten.¹⁵⁷ „Nous voulons“, so betonte Delagrangé, „que les masses travailleuses viennent à nous et ne se laissent pas égarer par l'idéologie communiste qui les mènerait aux pires violences et conduirait le pays à la ruine. Nous savons que ces masses sont profondément patriotes quoiqu'on en dise et c'est pourquoi leur place est indiquée dans l'œuvre de restauration nationale que nous avons entreprise.“¹⁵⁸ Einer der wichtigsten inhaltlich-propagandistischen Hebel war dabei die Forderung nach einem wertbeständigen Lohn, dem „salaire-or“, die zu Zeiten massiver inflationärer Tendenzen auch in Arbeiterkreisen gewisse Sympathien hervorrief.¹⁵⁹

Unter Leitung von Delagrangé und Dumas unternahm der *Faisceau* seit Frühjahr 1926 eine breit angelegte Propagandaoffensive, um in den Arbeiterwohnvierteln der Pariser „Banlieue“ Fuß zu fassen. Gezielte Vorstöße in das Arbeitermilieu an der Peripherie der Hauptstadt sollten helfen, den *Faisceau* gesellschaftlich tiefer zu verankern. Von den Kommunisten wurden sie freilich als Provokation empfunden, und insgesamt konnte der *Faisceau* bei seinen Versuchen, die Arbeiter für seine Sache zu gewinnen, nur geringe Erfolge verbuchen.¹⁶⁰ Ein Polizeibericht resümierte: „Bien que quelques anciens communistes semblent vouloir depuis un certain temps se diriger vers le fascisme, l'élément exclusivement ouvrier boude malgré tout aux appels qui lui sont adressés par le Faisceau.“¹⁶¹

Seine hauptsächliche Anhängerschaft fand der *Faisceau* dagegen unter den stärker „modernen“ Berufen, unter den kaufmännischen und industriellen Angestellten, den Technikern, Ingenieuren etc.¹⁶² In der sich wandelnden modernen Industriegesellschaft verkörperten sie eine relativ junge Schicht. Sie hatten ihren gesellschaftlichen Ort erst noch zu suchen und waren daher besonders empfänglich für das im Vergleich zu den anderen Verbänden weitaus radikalere Profil des *Faisceau*. In den Korporationen stellten sie mit Abstand den größten Anteil. Im April 1926 wurden die Mitglieder der Korporationen in Paris auf ca. 2.500 geschätzt. Sie setzten sich u.a. zusammen aus 350 Ingenieuren, 250 Handlungsreisenden, 220 Erwerbstätigen aus Maschinenbau und Elektroindustrie, sowie je 150 Angestellten aus den Bereichen Versicherung, Handel und Bankwesen.¹⁶³ Insbesondere mochten sie sich von der modern anmutenden, technokratisch-progressiven Programmatik der Bewegung angezogen

¹⁵⁷ Siche Georges Valois, *Fascisme et communisme*, in: *Le Nouveau Siècle*, 24.9.1925. Vgl. AN F7 13210, 27.3.1926, *Faisceau*-Versammlung in Neuilly, 26.3.1926. Philippe Barrès sprach hier explizit von einer anzustrebenden „front unique“.

¹⁵⁸ AN F7 13210, 6.10.1926, Versammlung des *Faisceau* in Paris, 5.10.1926.

¹⁵⁹ AN F7 13209, Georges Valois, *Le salaire-or*, Tract no 2, Septembre 1925.

¹⁶⁰ AN F7 13210, 4.3.1926; 20.5.1926; 8.7.1926. Über den Widerstand der Kommunisten siehe unten, S. 547f.

¹⁶¹ AN F7 13210, 27.8.1926.

¹⁶² *Ibid.*, 5.1.1926; 6.2.1926. Vgl. Müller, *Protest*, S. 486ff. u. 498ff.

¹⁶³ AN F7 13211, April 1926, *Le mouvement corporatif du „Faisceau“*, S. 15f. AN F7 13210, 26.5.1926. Vgl. Sternhell, *Anatomic*, S. 34ff.; Müller, *Protest*, S. 500.

fühlen;¹⁶⁴ darüber hinaus wirkte das Konzept eines wertbeständigen Lohns – der von Valois propagierte „salaire-or“ – zu Zeiten der rasch fortschreitenden Inflation zweifellos anziehend.¹⁶⁵

Vor allem aus diesem Reservoir schöpfend, verbuchte der *Faisceau* zunächst erhebliche Mobilisierungserfolge. Während der ersten vier Wochen seiner Existenz, vom 11.11. bis 11.12.1925, konnte er allein in der Pariser Region 5.000 Neuaufnahmen verzeichnen, davon rund die Hälfte für die paramilitärischen „Légions“.¹⁶⁶ Auch unter den Angehörigen der rivalisierenden Gruppen, der *Camelots du Roi/Action française* und der *Jeunesses Patriotes* genoß er z.T. große Sympathien.¹⁶⁷ Zu seiner besten Zeit, bis Ende 1926, zählte er nach eigenen Angaben in ganz Frankreich ca. 40.000 Mitglieder, in der Pariser Region rund 15.000, womit er die *Jeunesses Patriotes* ebenso überrundet haben würde wie die *Action française*.¹⁶⁸ Im Verlauf des Jahres 1926 konnten Valois und seine Führungskollegen Jacques Arthuys und Philippe Lamour in Paris immer wieder vor Tausenden von Zuhörern sprechen.¹⁶⁹ Von allen rechtsextremen Bewegungen, die in Frankreich nach dem Wahlsieg des Linkskartells im Jahre 1924 gegründet wurden, war der *Faisceau* die radikalste und diejenige, die sich dem Typus der totalitären Bewegung am stärksten annäherte. In der Krise der Jahre 1925–26 gaben ihm seine Anhänger deshalb den Vorzug, weil sich sein Programm in drei wesentlichen Punkten von dem anderer Verbände unterschied: „antiparlementarisme, action c'est-à-dire conquête de l'Etat par le combattant, dictature.“¹⁷⁰

Insbesondere in seiner Einschätzung des Kommunismus, in seinem Werben um dessen Mitglieder im Namen der gemeinsamen antiliberalen Sache einerseits und um seine Bekämpfung im Sinne eines behaupteten Optionszwanges zwischen den Extremen andererseits offenbarte der *Faisceau* eine totalitäre Substanz. In zumindest rudimentärer Form verfügte er über eine Ideologie, seine Parteiorganisation diente der breiten Mobilisierung möglichst aller gesellschaftlicher Gruppen und vermochte hierbei während des Jahres 1926 einige Erfolge zu erringen. Mit der paramilitärischen Organisation der „Légions“ und dem um das „Nouveau Siècle“ gruppierten Propagandaapparat wies der *Faisceau* alle weiteren notwendigen Merkmale der totalitären Bewegung auf. Als solche ist seine Geschichte in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Sie zeigt zum einen, daß auch im Frankreich der zwanziger Jahre das Potential für

¹⁶⁴ So die These von Müller, *Protest*, S. 486f. Schon vor der Gründung der *Faisceau* interessierte sich „Nouveau Siècle“ in besonderer Weise für die Stimmung unter den Bank- und Versicherungsangestellten. Siehe *Nouveau Siècle*, 2.7.1925; 17.9.1925; 22.10.1925.

¹⁶⁵ AN F7 13209, Georges Valois, *Le Salaire-or*, Tract no. 2, Septembre 1925. Zu Valois' Konzept eines wertbeständigen „Goldlohns“ Douglas, *Fascism*, S. 80–82.

¹⁶⁶ AN F7 13208, 12.12.1925, Polizeibericht.

¹⁶⁷ Ein Polizeibericht resümierte die Stimmung, die unter den *Camelots du Roi* herrschte, folgendermaßen: „Tous déclarent ‚en avoir assez‘. Depuis des années disent-ils l'A.F. promet de renverser la République sans tenter le moindre mouvement. Si vraiment Valois veut marcher comme il le dit, nous le suivrons.“ AN F7 13209, 12.11.1925. Vgl. die Polizeiberichte ebd., 9.12. u. 10.12.1925; F7 13211, Januar 1926.

¹⁶⁸ AN F7 13208, 10.4.1926; 11.6.1926; 24.9.1926. Kritischer zur Mitgliederentwicklung Guchet, Valois, S. 213ff.

¹⁶⁹ AN F7 13210, 11.2.1926, Réunion organisée par le „Faisceau des Combattants et des Producteurs“, 10.2.1926; ebd., 22.5.1926, Conférence par Georges Valois sur la politique économique et sociale du Faisceau, 21.5.1926; ebd., 9.6.1926, Réunion organisée par „Le Faisceau“, 8.6.1926; ebd., 6.10.1926, Réunion organisée par le „Faisceau“, 5.10.1926; ebd., 22.12.1926, Réunion organisée par le „Faisceau“, 21.12.1926.

¹⁷⁰ AN F7 13211, Polizeibericht vom Januar 1926, S. 2.

eine rechtstotalitäre Bewegung existierte, wenn auch die totalitärem Denken verhafteten, extremistischen Führungskader eine kleine Minderheit blieben und die Bewegung ihre zeitweilige Schubkraft aus dem eher diffusen Protest breiterer Schichten erhielt. Zum anderen aber zeigt die Geschichte des *Faisceau* die Grenzen, auf die eine solche Bewegung innerhalb der französischen politischen Kultur der zwanziger Jahre stieß. Zwar fand Valois unter den französischen Industriellen einige großzügige Geldgeber wie den nordfranzösischen Textilmagnaten Eugène Mathon und den Parfümfabrikanten François Coty.¹⁷¹ Auch liefen in den ersten Monaten nach der Gründung des *Faisceau* viele Mitglieder der *Jeuneses Patriotes* sowie der *Action française* zu der neuen Bewegung über.¹⁷² Doch entgegen seinen Hoffnungen gelang es Valois nicht, maßgebliche Teile der bürgerlichen und rechtskonservativen Elite politisch an sich zu binden. Dies galt auch für diejenigen unter ihren Exponenten, die selbst einer extremistischen Richtung zuneigten und einen militanten Antikommunismus befürworteten: Castelnau, Millerand, Taittinger, Marin u.a. lehnten eine Unterstützung des *Faisceau* bzw. eine Zusammenarbeit mit ihm aus grundsätzlichen politischen Gründen ab, da er in ihren Augen in zu markanter Weise auf eine systemüberwindende Veränderung zielte.¹⁷³ Dies galt auch, wenn die Beobachtung der Polizeibehörden zutraf, daß dem *Faisceau* selbst von denjenigen Oppositionellen viel Wohlwollen entgegengebracht wurde, die sich seiner entledigen wollten. Demzufolge war der Hauptgrund für die Reserve in der taktisch begründeten Furcht vor staatlicher Repression zu suchen.¹⁷⁴ Zusammen mit den internen Konflikten auf der Führungsebene war die Verweigerung der konservativen Rechten der entscheidende Grund für die kometenhaften Entwicklung des *Faisceau*: So spektakulär, wie er 1925 auf der politischen Bühne aufgetaucht war, so schnell verschwand er wieder, als die Regierungszeit des Linkskartells endete und die Regierung Poincaré mit der Währungsstabilisierung die Vertrauenskrise bei der politischen Rechten beendete. Wenn Valois im Sommer 1927 seinen Zuhörern erklärte, warum sich der *Faisceau* nunmehr „nach links“ zu bewegen scheine, so war die Enttäuschung über das Verhalten der klassischen Rechten unüberhörbar: „Si le Faisceau semble aller vers la gauche c’est parce que là seulement sont les producteurs. La Droite est composée de personnes dont la situation est assise ou dont les opinions politiques sont acquises aux anciennes idées: monarchistes, impérialistes, républicaines, d’il y a trente ans etc [...]. A gauche se trouvent les producteurs, paysans, ouvriers, petits commerçants, républicains d’aujourd’hui, de demain et d’après-demain (communistes), qui tous préparent un avenir meilleur.“¹⁷⁵ Mit Valois’ definitiver Abwendung von den Vertretern der konservativen Parlamentselite, die in den Augen eines Großteils der Franzosen nach wie vor eine „starke“ Regierung verkörperten, bestätigte sich eine Prophezeiung, die „Le Nouveau Siècle“ noch vor der Gründung des *Faisceau* ausgesprochen hatte: „L’existence du fascisme dans cette France [...] dépend [...] précisément du renforcement ou de l’affaiblissement de l’Etat.“¹⁷⁶

¹⁷¹ Vgl. zur Finanzierung von Nouveau Siècle und Faisceau Guchet, Valois, S. 207ff., und Soucy, French Fascism, S. 101ff.

¹⁷² AN f7 13233, 16.11.1925; 18.12.1925; f7 13231, 5.12.1925.

¹⁷³ AN f7 13211, Polizeibericht vom Januar 1926, S. 6ff. AN f7 13208, 16.6.1926; Vgl. Müller, Protest, S. 489f.

¹⁷⁴ AN f7 13231, Polizeibericht vom 5.12.1925.

¹⁷⁵ AN f7 13208, 24.6.1927, Réunion du Club du Nouveau Siècle.

¹⁷⁶ Hubert Bourgin, Les Ligués et l’assassinat politique, in: Nouveau Siècle, 4.6.1925.

II. Antikommunismus, „faschistisches“ Potential und völkischer Antisemitismus in Berlin 1919–1924

Für die rechtsextremen Bewegungen, die in Frankreich während der Jahre 1924 und 1925 entstanden, bildete die kommunistische Herausforderung eine notwendige Vorbedingung. Ob die Betonung auf dem Gedanken von Notwehr und Ordnung lag – wie bei der *Ligue Républicaine Nationale* und den *Jeunes Patriotes* – oder auf der stärker ideologisch begründeten Auffassung, man befinde sich angesichts eines unausweichlichen Entscheidungskampfes in einem Optionszwang zwischen den Extremen – wie beim *Faisceau*: in jedem Fall bedeutete der Kommunismus einen zentralen Referenzpunkt für den Entstehungszusammenhang, das Selbstverständnis und die Handlungsmuster des französischen Rechtsextremismus. Der Antikommunismus war nicht nur Chiffre für andere, interessenpolitische Motive, sondern ein irreduzibler und substantieller Bedingungsfaktor des „Faschismus“ in Frankreich. Und dies galt um so mehr, wenn der demokratische Staat schwach und seine Regierung zu liberal erschien. Zugleich aber war dieses Ineinandergreifen von kommunistischer Herausforderung, parlamentarischer Linksregierung, bürgerlicher Reaktion und rechtsextremer Mobilisierung ein Symptom für den fortschreitenden Zerfall des nationalen Blocks.

Auch in Deutschland beschleunigte sich die politische Desintegration der Rechten mit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Dabei wies die Ausgangslage der Jahre 1919 und 1923 mit der französischen Situation nach 1924 eine ganze Reihe vergleichbarer innenpolitischer Problemlagen auf, wenn auch der Kriegsausgang gänzlich unterschiedliche Koordinaten nationalistischer und rechtskonservativer Politik hervorbringen mußte. So waren die deutschen Konservativen 1918/19 ebenfalls aus entscheidenden Machtpositionen verdrängt worden, dies allerdings durch einen revolutionären Prozeß, der die parlamentarische Demokratie allererst etablierte.¹⁷⁷ Als Kennzeichen für eine extrem rechte Gesinnung in der Weimarer Republik kann also die ver-

¹⁷⁷ Hier ist nicht der Ort, ausführlich auf das Problem von Kontinuität und Diskontinuität und damit auf die Frage der Änderung der Machtverhältnisse während der Revolution von 1918/1919 einzugehen. V.a. was Ministerialbürokratie und Reichswehr betrifft, tendierte die ältere Forschung dazu, in Anknüpfung an Arthur Rosenberg die politisch-gesellschaftlichen Kontinuitäten zu betonen. Siehe etwa Wolfgang Ißben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung von November 1918 bis Februar 1919 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 31), Düsseldorf 1965. Auf der Basis von eingehenderen Untersuchungen, die über die unmittelbare Führungsebene hinaus den Bereich der allgemeinen Verwaltung zum Gegenstand machte, hält die neuere Forschung den Grad der Umwälzung – und damit den Machtverlust der alten Eliten – trotz aller Kontinuitäten für doch insgesamt beträchtlich. Siehe Möller, Parlamentarismus, S. 513ff. Vgl. Horst Möller, Verwaltungsstaat und parlamentarische Demokratie: Preußen 1919–1932, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 73), Düsseldorf 1983, S. 149–180; Horst Möller, Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 1–26, hier v.a. S. 4–6; Dietrich Orlow, Weimar Prussia 1918–1925. The Unlikely Rock of Democracy, Pittsburgh 1986, S. 119ff.; siehe auch Stephen C. MacDonald, A German Revolution. Local Change and Continuity in Prussia, 1918–1920, New York u. London 1991 (hauptsächlich eine Lokalstudie zu Kassel). Peter Leßmann, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifen dienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989, S. 120ff. u. S. 222ff. über Personal und Ausbildung der preußischen Polizei. Vgl. auch Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 47), Berlin 1977, S. 60ff. Unabhängig von dem tatsächlichen Ausmaß des Wandels bedeuteten die Revolution und der Sturz der Monarchie im Kontext der Niederlage eine fundamentale Traumatisierung der Konservativen.

breitete Auffassung gelten, es habe sich beim Umsturz vom November 1918 um einen „Hochverrat“ gehandelt. Dies legitimierte das Bedürfnis nach Revanche und verstärkte die Disposition zur außerparlamentarischen und extralegalen Aktion. In Preußen konnte eine solche Aktion um so attraktiver werden, als hier die Regierungen dauerhaft von den Parteien der Weimarer Koalition gestellt wurden, es sich also aus der Sicht der Konservativen und Nationalliberalen um parlamentarische Linksregierungen handelte. Schließlich sahen sich die parlamentarischen Regierungen im Reich und in Preußen mit einer totalitären Herausforderung von links, durch die Kommunisten, konfrontiert. Dies schränkte zum einen ihren Handlungsspielraum ein, leistete aber zum anderen im rechtsoppositionellen Lager dem Eindruck Vorschub, dem Kommunismus würde durch einen schwachen Staat und eine heimlich sympathisierende Regierung der Weg bereitet.

Die Instabilität der innenpolitischen Lage 1922/23 wurde also durch ähnliche Faktoren wie in Frankreich nach 1924 gespeist: Radikalisierung der Politik durch die Kommunisten, Traumatisierung durch Machtverlust, Nichtakzeptanz demokratischer Wahlergebnisse und antibolschewistische Bedrohungsangst bei der Rechten. In der Tat boten Teuerung und Hyperinflation den Kommunisten reichliche Anhaltspunkte für die von ihnen angestrebte Radikalisierung. Agitation und Propaganda der KPD zielten auf die in der Bevölkerung vorhandenen Mißstimmungen und suchten sie mit allen Mitteln zu steigern. Gerade zu Zeiten der extremen Krise, die unzählige Menschen in die Verzweiflung trieb, eröffneten sich solchem Vorgehen besondere Chancen. Dabei ließen die Kommunisten kaum Zweifel daran aufkommen, daß ihr Bezug auf die Notlage breiter Bevölkerungsschichten rein instrumental zu verstehen war. Von der durch Agitation und Propaganda gesteigerten Unzufriedenheit erhofften sie sich, daß in immer größerem Umfange Akte der „Selbsthilfe“ ausgelöst werden würden. „Je deutlicher dies in Form von wirtschaftlichen Verzweiflungstaten geschehe“, so schilderte der Preußische Staatskommissar für Öffentliche Ordnung das kommunistische Kalkül, „desto weniger sei ein sofortiges durchgreifendes Einschreiten der staatlichen Ordnungsorgane zu erwarten.“ Genau dies aber werde auf der anderen Seite Angst und Erbitterung auslösen, die Besitzenden und mehr rechtsstehenden Kreise allmählich zu Selbstschutzmaßnahmen veranlassen und so letzten Endes die Staatsautorität zerstören und die kommunistische Machtübernahme ermöglichen. Der Staatskommissar ließ Ende Oktober 1922 keinen Zweifel daran, „daß gewissen Gruppen auf der äußersten Rechten eine derartige Entwicklung der Dinge sehr willkommen sein würde [...]. Sie glauben hoffen zu dürfen, daß sie [...] in diesem Fall an die Spitze aller derjenigen Elemente treten können, die sich alsbald zur Selbstverteidigung gegen die Bedrohung ihrer Existenz zusammenschließen werden. Dies wäre die Stunde der Gewaltpolitik auf der Rechten.“¹⁷⁸

Die Fähigkeit der liberalen Demokratie, die Bürger zu schützen, konnte also von ihren Gegnern auf der extremen Rechten propagandistisch um so plausibler in Frage gestellt werden, je stärker „Sicherheit und Ordnung“ von der extremen Linken bedroht waren oder bedroht zu sein schienen. In der Anfangszeit der Weimarer Republik konvergierte das antipluralistische Notwehr- und Ordnungsdenken der extremen Rechten allerdings noch teilweise mit der Verteidigung der neuen Verfassung durch die jungen republikanischen Regierungsorgane. Die Problematik, die darin lag, zeigte

¹⁷⁸ BAP RJM, Film 22141, Nr. 6790/1, fol. 392, Lagebericht, 23.10.1922.

sich insbesondere in der kurzfristigen Existenz der Einwohnerwehren. Zunächst waren sie häufig spontan in den westlichen Bezirken Berlins wie Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau und Dahlem als Selbstschutzorgane gegen den „Terror“ gegründet worden.¹⁷⁹ Im Verlauf des Jahres 1919 etablierten sie sich indes in ganz Deutschland mit staatlicher Unterstützung. Militärische wie zivile Behörden förderten die Einwohnerwehren nach Kräften, wobei auch die Frage der Versorgung entlassener Armeeinghöriger eine wichtige Rolle spielte.¹⁸⁰ In ihrer militärischen Funktion als Hilfstruppen für den Notfall wurden die Berliner Einwohnerwehren dem Garde-Kavallerie-Schützen-Korps unterstellt. Die in Berlin ansässige Zentralstelle für Einwohnerwehren unterstand zunächst dem Reichswehrministerium, unter dessen Verantwortlichkeit auch die Bewaffnung der Wehren erfolgte. Insbesondere auf Druck der Alliierten wurden die Einwohnerwehren im Verlauf des Jahres 1919 entmilitarisiert und rein zivilen Zwecken zugeordnet. Im September 1919 wurde die Zentralstelle für Einwohnerwehren dem Preußischen Innenministerium unterstellt.¹⁸¹

Wie die Technische Nothilfe¹⁸² verstanden sich die Einwohnerwehren offiziell als überparteiliche und politisch neutrale Institutionen. „Jede politische Betätigung der Einwohnerwehr ist ausgeschlossen.“ Der Begriff „Bürgerwehr“ wurde abgelehnt, da er eine einseitige politisch-soziale Funktion suggerierte.¹⁸³ Zweck der Einwohnerwehren sollte es sein, in Zusammenarbeit mit Reichswehr, Polizei und Zivilbehörden Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten und das soziale Umfeld gegen gewaltsame Übergriffe zu schützen.¹⁸⁴ Doch ähnlich wie bei der Technischen Nothilfe konnte diese vorgeblich „unpolitische“ und sozialneutrale Haltung angesichts der tatsächlichen Verhältnisse nur eine Fiktion sein. Zunächst als reine Abwehrorgane konstituiert, verfolgten die Einwohnerwehren bald auch offensive, weltanschauliche Zielsetzungen. Die Organisation der Einwohnerwehren erfüllte in der Perspektive ihrer zentralen Leitung zunehmend die Funktion einer „Kampforganisation um den deut-

¹⁷⁹ Siehe etwa BAP, Reichskanzlei Film 13269/13270, Nr. 39, fol. 11–12, Schreiben des Bürgermeisters von Berlin-Friedenau an die Reichsregierung vom 7.1.1919.

¹⁸⁰ Archiv IfZ MA 155, Schreiben des Reichswehr-Gruppen-Kommando 1 (Major Stockhausen), vom 28.8.1919.

¹⁸¹ Zur Organisationsgeschichte grundlegend Peter Bucher, Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen 1918–1921, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Jg. 1971, Heft 1, S. 15–59.

¹⁸² Vgl. dazu oben, S. 116ff.

¹⁸³ „Die Bezeichnung ‚Einwohnerwehr‘ ist gewählt worden, um jeden politischen Anstrich zu vermeiden; Bürger-, Arbeiter-, Volkswehren erwecken den Eindruck, daß nur bestimmte Volksklassen aufgenommen werden sollen.“ Richtlinien für die Aufstellung einer Einwohnerwehr (Juni 1919), hrsg. von der Zentralstelle für Einwohnerwehren beim Reichswehrminister unter Berücksichtigung der in Berlin gesammelten Erfahrungen, Berlin 1919, S. 1 u. Anlage 10.

¹⁸⁴ Siehe zu den Einwohnerwehren Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918–1920), Berlin (Ost) 1971. Könnemanns Arbeit ist zwar ideologisch einseitig, aufgrund ihres Materialreichtums jedoch unentbehrlich. Vgl. des weiteren James M. Diehl, Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington/Indiana 1977, S. 32ff., Bucher, Einwohnerwehren; Hans-Joachim Mauch, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“, Frankfurt/M. 1982, S. 44ff.; Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920, Hamburg 1992, v.a. S. 246ff. Zur Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren im Kontext der alliierten Deutschlandpolitik Salowski, Entwaffnung, S. 153ff. u. 175ff.

schen Gedanken“.¹⁸⁵ Die Bekenntnisse zur bestehenden Verfassung, wie sie die Mitglieder der Einwohnerwehren bei ihrem Eintritt ablegen mußten, blieben daher problematisch. Denn die propagierte gesellschaftspolitische Vorstellung orientierte sich an einer idealen Volksgemeinschaft ohne parteipolitische Streitigkeiten und soziale Klassenkämpfe.¹⁸⁶ Sie tendierte dazu, den demokratisch-parlamentarischen Konfliktaustrag ebenso abzulehnen wie die soziale Interessenvertretung der Arbeiter. Mit dem vagen Leitmotiv der in sich geschlossenen Nation korrelierte das konkrete Bild vom „Feind“, der eben jene nationale Geschlossenheit verhinderte. „Deutschland ist noch jetzt umringt von seinen äußeren Feinden“, so lautete im Frühjahr 1919 die standardisierte Vortragsdisposition der Zentralstelle der Einwohnerwehren: „Viel gefährlicher aber ist der innere Feind, der durch Terror Ruhe und Sicherheit in Stadt und Land, Eigentum und Familie, Frau und Kind bedroht. Dieser innere Feind ist ‚Spartakus‘. Jeder ordnungsliebende und ruhige Staatsbürger hat deshalb dringendstes Interesse daran, daß der vollkommenen Niedergang bringende Bolschewismus im Keime erstickt wird und Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten bleiben.“¹⁸⁷ Ausgehend von dieser unzweideutigen Schuldzuschreibung erfolgte in den Verlautbarungen der Einwohnerwehren eine durchgehende Kriminalisierung der Kommunisten. In Fortsetzung der seit Anfang Januar 1919 perhorreszierten „bolschewistischen Greuelthaten“ wurde nun beständig die Gefahr von Chaos und Mord, Raub und Plünderungen beschworen und unzweideutig auf das Schuldkonto der Kommunisten gebucht.¹⁸⁸ Die gelegentlich von der Zentralstelle „unter Berücksichtigung der in Berlin gemachten Erfahrungen“ vorgenommene Zweckbestimmung der Einwohnerwehren lautete denn auch: „Die Einwohnerwehr soll eine bewaffnete, freiwillige Truppe sein, die selbst den Schutz ihrer Familie, der materiellen Werte des Staates und der Einwohner im Falle der Bedrohung durch Spartakisten übernimmt.“¹⁸⁹ Angesichts der Machenschaften einer „terroristischen Minderheit“ ging es darum, daß die „besonnenen und ruhigen Elemente“ einsahen, „daß man Gewalt mit Gewalt begegnen muß und daß keiner gewillt ist, sich von Räubern, Mördern, Plünderern ausbeuten und terrorisieren zu lassen.“¹⁹⁰ Die Einwohnerwehren waren „Notwehrorganisationen gegen Umsturz und Terror“.¹⁹¹

Von dieser Zweckbestimmung ausgehend, enthielten die „Richtlinien für die Aufstellung einer Bürgerwehr“ vom Juni 1919 detaillierte militärische Anweisungen zum Bürgerkrieg und Straßenkampf. „Einrichtung, Handhabung und Verwendung der Waffen“ sollten „eingehend“ gelehrt, besonderer Wert „auf die Ausbildung im Werfen von Handgranaten“ gelegt werden.¹⁹² Die „Erfahrungen der Berliner Straßenkämpfe“ sollten den Einwohnerwehren wesentliche Prinzipien nahelegen wie etwa: „Je schärfer die Mittel, um so schneller der Erfolg [...]. Die schärfsten Mittel sind

¹⁸⁵ Max Arendt-Denart, Geistiger Zusammenschluß der Einwohnerwehren, Referat gehalten auf der Tagung der Deutschen Einwohnerwehren am 20. u. 21. Januar 1920, zit.n. Bucher, Einwohnerwehren, S. 46f.

¹⁸⁶ Ebd.

¹⁸⁷ Richtlinien, Anlage 10.

¹⁸⁸ Flugblätter der Einwohnerwehren Berlin, ebd., Anlagen 4, 6, 11 u. 13.; Siehe auch die umfangreichen Materialien in IfZ MA 155 (Flugblätter, Vortragsdispositionen, Flugschriften).

¹⁸⁹ Kurze Gesichtspunkte für die Aufstellung einer Einwohnerwehr unter besonderer Berücksichtigung der in Berlin gemachten Erfahrungen, ebd., Anl. 13.

¹⁹⁰ Ebd., Anlage 10.

¹⁹¹ Berliner Tageblatt, Nr. 471, 6.10.1919, S.3: Aufruf der Zentralstelle der Einwohnerwehren, 4.10.1919.

¹⁹² Kurze Gesichtspunkte, S. 22f.

deshalb auch die humansten.“ „Keine Verhandlungen, sondern restlose Ergebung erzwingen.“ „Unsichere Elemente rechtzeitig entfernen! Besser ein offener Feind, als ein unsicherer Freund.“¹⁹³

Bei der Geschichte der Einwohnerwehren offenbarte sich in besonders nachdrücklicher Weise die Problematik, die dem Prinzip der „Selbsthilfe“ und des „Selbstschutzes“ im Namen der „Notwehr“ und „Ordnung“ innewohnte. Daß die totalitäre Herausforderung durch die Kommunisten bestand und damit der Gewalt Vorschub geleistet wurde, ist nicht zu bestreiten. Doch bereiteten Freikorps und Einwohnerwehren den Boden für extralegale, totalitäre Gegengewalt, die mit dem Kampf gegen den „Bolschewismus“ auch die parlamentarische Demokratie beseitigen wollte. Für die Weimarer Republik bedeutete es eine schwere Hypothek, daß dies anderthalb Jahre lang mit staatlicher Rückendeckung geschah. Erst im April 1920, nach dem Kapp-Putsch und unter dem Druck der Entente, änderte sich dies grundsätzlich, als der neue preußische Innenminister Severing für das gesamte preußische Staatsgebiet die Aufhebung der Einwohnerwehren verfügte. Ausschlaggebend für diesen Entschluß war zum einen die Befürchtung, die Alliierten könnten bei einem Fortbestehen der Einwohnerwehren weitere Zwangsmaßnahmen wie z.B. die Besetzung Frankfurts ergreifen; zum anderen aber wies Severing auch auf die problematische Entwicklung der Einwohnerwehren hin, die „im schlimmsten Falle [...] Rekrutierungsgebilde für die Putschisten von rechts oder links sein können.“¹⁹⁴ Insbesondere beim Kapp-Putsch hatten Teile der preußischen Einwohnerwehren deutliche Sympathien gezeigt.¹⁹⁵ Zusammen mit der Auflösung der Freikorps wurde damit der überfällige Trennungsstrich gezogen zwischen dem demokratischen Rechtsstaat, der sein Gewaltmonopol gegen extremistische Herausforderungen verteidigt, und unkontrollierter Gegengewalt, die sich als „Notwehr“ legitimierte und aus einem politischen Freund-Feind-Denken speiste.

Ohnehin durch den außenpolitischen Druck belastet, blieb der tatsächliche Handlungsspielraum der demokratischen Staatsorgane freilich auch künftig beschränkt angesichts des fortbestehenden Extremismus von links und von rechts. Einerseits konnte von einem Ende der demokratiefeindlichen Agitation der KPD keine Rede sein, und nach dem Kapp-Putsch lagen der Reichsregierung klare Hinweise darauf vor, daß die Komintern wieder von einer „aufsteigenden“ Revolutionslinie ausging.¹⁹⁶ Zugleich aber war die Reichsregierung genötigt, die hiervon ausgehende Gefahr „möglichst gering erscheinen zu lassen. Denn die reaktionären Elemente, namentlich die extremen Militaristen der früheren Reichswehr, arbeiten fast ausschließlich mit dem Schlagwort, daß der Militarismus zur Bekämpfung des Bolschewismus notwendig sei und treiben mit diesem Schlagwort jede Hetze.“¹⁹⁷ In jedem Fall be-

¹⁹³ Ebd., S. 41. Diese „Richtlinien“ entstammten einer Zusammenstellung der „Erfahrungen der Truppe und Führung aus den Märzkämpfen in Berlin 1919“, die von der Führung des Freikorps Lüttwitz erstellt worden war. Siehe Wirren in der Reichshauptstadt, S. 104.

¹⁹⁴ Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung, 141. Sitzung am 29. April 1920, Sp. 11228.

¹⁹⁵ AdR, Kabinett Müller I, Dok. Nr. 41, S. 98, Anm. 12; S. 100 (Göhre). Als Einzelbeispiel siehe die Auseinandersetzung um die Einwohnerwehr in Staaken und ihren Führer, den Hauptmann v. Wolff, bei dem umfangreiche Waffenlager entdeckt wurden. BJlIA Pr.Br. Rep. 2A, I Pol 1063, fol. 119–122 (15. u. 18.3.1920). Vgl. Dietrich Orlow, Preußen und der Kapp-Putsch, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 191–236, hier 195f.

¹⁹⁶ AdR, Kabinett Müller I, S. 253, Anm. 10.

¹⁹⁷ Ebd., S. 253, Memorandum der Reichskanzlei, [16.5.1920].

fand sich der demokratische Rechtsstaat nach der Auflösung der Freikorps und Einwohnerwehren im Jahre 1920, die einer Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols nach rechts gleichkam, in einer politischen Zweifrontenauseinandersetzung. Sehr deutlich wurde dies z.B. in der Erbitterung, mit der die Deutschnationalen in der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung gegen die Auflösung der Einwohnerwehren rebellierten. Unter positivem Verweis auf Bayern, wo die Einwohnerwehren gegen den Willen der Alliierten noch bis 1921 fortbestanden, hielten die Deutschnationalen der Preußischen Regierung und ihrem Innenminister Severing vor, daß man in Süddeutschland die Art nicht verstehe, mit der man in Berlin die Frage „eines ausreichenden Selbstschutzes der Bevölkerung gegen bolschewistische Umtriebe“ behandle. „Wo die Staatsgewalt nicht stark und nicht willenskräftig genug war, um den Staatsbürgern die primitivsten Kulturgüter, den persönlichen Schutz und das Eigentum zu sichern, da hat noch immer, solange es eine Zivilisation gibt, die Selbsthilfe der Ordnungsliebenden Platz ergriffen.“ Noch sei vielleicht Zeit, „den Zusammenbruch unserer staatlichen Ordnung zu vermeiden, damit Deutschland nicht in ein Meer bolschewistischer Greuel versinke und seine Kultur von russisch-tatarischen Horden zertrampelt werde. Aber es muß der entschlossene Wille vorhanden sein, dieses Furchtbare zu verhindern, und es dürfen nicht die Faktoren der Ordnung ausgeschaltet werden, ohne die dieser Kampf nicht geführt werden kann.“¹⁹⁸

Neben den sich als „unpolitisch“ verstehenden Einwohnerwehren bildeten sich im Verlauf des Jahres 1919 in Berlin und Deutschland mehrere privatrechtliche Vereinigungen, die als ihren mehr oder minder einzigen Daseinszweck den „Kampf gegen den Bolschewismus“ verfolgten. Allein in der ersten Jahreshälfte 1919 wurden 15 solcher Vereine gegründet.¹⁹⁹ Fast alle besaßen sie Geschäftssitz und Vorstand ausschließlich, die Mitgliederschaft überwiegend, in der Reichshauptstadt. Die wichtigsten unter ihnen waren: die *Liga zum Schutze der deutschen Kultur* (gegründet im Dezember 1918 unter dem Namen „Antibolschewistische Liga“),²⁰⁰ der *Reichsverband für die geistige Bekämpfung des Bolschewismus* (gegründet 27.2.1919),²⁰¹ der *Volksbund gegen Bolschewismus* (gegründet 5.3.1919)²⁰² und der *Deutsche Bürger- und Bauernbund* (gegründet 10.5.1919).²⁰³

Verbandsrechtlich agierten alle diese Verbände als private Vereine, paradoxerweise aber nicht als politische, sondern als „gemeinnützige“ Vereinigungen. In bezug auf ihre öffentliche Werbetätigkeit unterlagen sie damit einer weiterhin rechtskräftigen Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917, die die Wohlfahrtspflege während des Krieges geregelt hatte. Demzufolge bedurfte, „wer zu Zwecken der Kriegswohlfahrtspflege oder sonst zu vaterländischen oder gemeinnützigen oder mildtätigen

¹⁹⁸ Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung, 140. Sitzung (28.4.1920), Bd. 9, Sp. 11157–11159 u. 11167 (Graef |Anklam)

¹⁹⁹ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (künftig: GStAPK), Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 116–117, Der Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen an das Reichsministerium des Innern, 27.7.1919.

²⁰⁰ Vgl. Manfred Weißbecker, Art.: Antibolschewistische Liga 1918–1919, in: Lexikon zur Parteidengeschichte, Bd. I, Köln u. Leipzig 1983, S. 66.

²⁰¹ GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 130–132, Schreiben des Deutschen Reichsverbandes für die geistige Bekämpfung des Bolschewismus an das Polizeipräsidium Berlin, 16.8.1919, demzufolge verfügte der Reichsverband Mitte 1919 über 60.000 Mitglieder in ganz Deutschland.

²⁰² I:bd., fol. 17, Schreiben des Volksbundes gegen Bolschewismus an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 5.6.1919.

²⁰³ I:bd., fol. 54–57, Gründungsversammlung des Deutschen Bürger- und Bauernbundes, 10.5.1919.

Zwecken (Wohlfahrtszwecken) eine öffentliche Sammlung, eine öffentliche Unterhaltung oder Belehrung, einen öffentlichen Vertrieb von Gegenständen oder eine öffentliche Werbung von Mitgliedern oder Mitunternehmern veranstalten will“, der Genehmigung durch die zuständigen Länderbehörden.²⁰⁴ Zuständig in diesem Sinne war für das preußische Staatsgebiet der Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen. Insofern nun die antibolschewistischen Vereine dessen Genehmigung brauchten, um propagandistisch aktiv zu werden, unterstanden sie faktisch einer staatlichen Aufsicht.²⁰⁵

Die Anwendbarkeit der Bundesratsverordnung war dabei freilich umstritten. Manche Vereinigungen betonten ausdrücklich den rein politischen Charakter ihres Zweckes, weshalb die Anwendung der Verordnung grundsätzlich nicht in Frage komme.²⁰⁶ Entsprechend ambivalent blieb das Verhältnis der antibolschewistischen Vereine zu den preußischen Staatsbehörden. *Einerseits* bildeten sie, neben Nothilfe und Einwohnerwehren, ein weiteres, der Propaganda dienendes Glied in der Kette des vorgeblich „unpolitischen“, nur dem Allgemeinwohl verpflichteten und staatlich geförderten Norwehr- und Ordnungskonzeptes. Von verschiedenen Militär- und Sicherheitsbehörden wurde ihre Aktivität daher auch durchaus begrüßt.²⁰⁷ Zu Recht betonte der *Volksbund gegen Bolschewismus* in seinem Antragsschreiben ausdrücklich, die „jetzige Regierung“ bekämpfe ja den Bolschewismus „offiziell“: „Die Regierung begrüßt es nach ihren wiederholten Erklärungen dankbar, wenn sie im Kampfe gegen die schwere politische Gefahr des Bolschewismus durch private Vereinigungen unterstützt wird, die die von ihr zur Bekämpfung vorgezeichneten Wege beschreiten und nach den von der Regierung gegebenen Richtlinien das ganze Volk organisieren.“²⁰⁸ *Andererseits* befürchtete der preußische Staatskommissar für Wohlfahrtspflege eine Zersplitterung der Kräfte und die Vergeudung der z.T. beträchtlichen Finanzmittel, die hinter den zahlreichen Vereinsgründungen standen. Genehmigungen gemäß der Verordnung vom 15.2.1917 lehnte er daher zunächst ab.²⁰⁹ Zugleich aber forcierte er zusammen mit dem Preußischen Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und dem in Berlin ansässigen Präsidium des Reichsbürgerrates die Bildung eines „Vertrauensausschusses der antibolschewistischen Organisationen“.²¹⁰

²⁰⁴ Reichs-Gesetzblatt 1917, S. 143, Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege während des Krieges vom 15.2.1917.

²⁰⁵ Dies galt um so mehr, als die Bundesratsverordnung zeitlich befristete Genehmigungen vorsah, die überdies an verschiedene Bedingungen zu knüpfen war. Ebd.

²⁰⁶ GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 17–19, Schreiben des Volksbundes gegen Bolschewismus an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 5.6.1919: „Es werden weder vaterländische oder gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgt, sondern ausschließlich politische Zwecke“ (fol. 17). Ebd., fol. 251–254, Schreiben des Verbandes gegen den Bolschewismus an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 27.2.1920.

²⁰⁷ Siehe z.B. BAP RMI 13318, fol. 91, Schreiben des Reichsministeriums des Innern an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 1.7.1919; GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 39–40, Schreiben des Volksbundes gegen Bolschewismus an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 23.6.1919.

²⁰⁸ Ebd., fol. 18, Schreiben des Volksbundes gegen Bolschewismus an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 5.6.1919.

²⁰⁹ Ebd., fol. 116–117, Der Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen an das Reichsministerium des Innern, 27.7.1919.

²¹⁰ BAP RMI 13318, fol. 141–142, Der Präsident des Reichsbürgerrates, Dr. Wessel, an das Reichsministerium des Innern, 18.7.1919; GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 152, Der Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen an das Präsidium des Reichsbürgerrates,

Unter der Schirmherrschaft des Reichsbürgerrats und unter gegenseitiger Offenlegung der jeweiligen finanziellen Verhältnisse wurde hier bis November 1919 eine Art antibolschewistisches Vereinskartell geschaffen. Neugründungen außerhalb des „Vertrauensausschusses“ wurden nun von den preußischen Behörden unter Hinweis auf die nicht vorliegende Genehmigung gemäß der Bundesratsverordnung vom 15.2.1917 blockiert.²¹¹ Daß sich die Preußische Regierung von den antibolschewistischen Vereinen bis Anfang 1920 distanziert hatte, ging aus der Stellungnahme des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Robert Weismann, deutlich hervor: „Die von diesen Organisationen unter Aufwendung relativ sehr erheblicher Geldbeträge geleistete Arbeit hat bisher positive Ergebnisse so gut wie gar nicht gezeitigt.“ Die Genehmigung zum Sammeln von Geldbeträgen sei daher zu verweigern und auf die mäßigende und kontrollierende Arbeit des „Vertrauensausschusses“ als das „kleinere Übel“ zu hoffen. Im übrigen sei die „Verringerung der Zahl dieser Verbände“, womöglich die Einstellung ihrer Tätigkeit „sehr erwünscht“.²¹²

Während der turbulenten Monate des Jahres 1919 florierten die antibolschewistischen Vereine also in einer rechtlichen Grauzone. In der Sache entsprangen sie demselben Impuls, der auch an der Wurzel der Freikorps und Einwohnerwehren stand. Verkörperten diese innerhalb des Konzepts von „Notwehr“ und „Ordnung“ das militärische bzw. paramilitärische Element, so sahen die antibolschewistischen Vereine ihre Hauptaufgabe in der Propaganda. Die Rekrutierung und Schulung von Rednern, die Veranstaltung von Vortragsabenden, die Erstellung und Verteilung von Flugschriften und Flugblättern und die Etablierung von Pressediensten sollten die geistigen Grundlagen für den „Kampf gegen den Bolschewismus“ legen. Bevorzugte Zielgruppe waren dabei die Soldaten und Offiziere bei Reichswehr und Freikorps, die Mitglieder der Einwohnerwehren sowie Angehörige der Geschäftswelt.²¹³

Einer der aktivsten und einflußreichsten antibolschewistischen Agitatoren war im Berlin der Novemberrevolution der Elsässer Eduard Stadler. Stadler, Schüler Martin Spahns, ehemaliger Presseattaché der Deutschen Botschaft in Rußland und in zweijähriger russischer Gefangenschaft, war fest davon überzeugt, daß in Deutschland eine ähnliche Entwicklung wie im bolschewistisch revolutionierten Rußland bevorstehe, wenn ihr nicht durch eine kraftvolle Gegenbewegung gewehrt werde. Er stand in engem Kontakt zur Berliner Gruppe der „Jungkonservativen“ um Arthur

5.11.1919; ebd., fol. 153, Der Reichsbürgerrat Berlin an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 8.11.1919; ebd., fol. 154, Der Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen an den Preußischen Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, 12.11.1919. Bei dem Präsidenten des Reichsbürgerrates, Dr. Ludwig Wessel, handelte es sich um den Vater des nachmals berühmten Nazi-Heroen Horst Wessel, vgl. Thomas Oertel, Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Köln 1988, S. 20.

²¹¹ Gegen das ungenehmigte Einwerben von Mitgliedern und Geldmitteln durch den „Verband gegen den Bolschewismus“ in Berlin schritt das Berliner Polizeipräsidium Anfang 1920 mit der Einleitung eines Strafverfahrens ein. GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 265, Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 27.5.1920.

²¹² Ebd., fol. 224–225, Schreiben des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 15.1.1920.

²¹³ BAP RMI 13318, fol. 260, Schreiben der Liga zum Schutze der deutschen Kultur an Reichsinnenminister Koch, 9.12.1919; ebd., fol. 90, Deutscher Reichsverband für die geistige Bekämpfung des Bolschewismus an Reichsinnenminister Koch, 2.5.1919; GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 176–178, Organisations- und Tätigkeitsbericht des Volksbundes gegen Bolschewismus [1919].

Moeller van den Bruck und Heinrich von Gleichen.²¹⁴ Als unermüdlicher Agitator und Mann von beträchtlichem rednerischem und organisatorischem Talent, tendierte er gleichwohl zur Überschätzung seiner eigenen Bedeutung, wenn er sich zeitweise nachgerade zum „Retter“ vor der Bolschewisierung Deutschlands berufen fühlte.²¹⁵ Bereits Ende November 1918 gründete Stadler in Berlin ein „Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“, wobei er insbesondere von Friedrich Naumann, Karl Helfferich und dem Bankdirektor Julius Mankiewitz von der Deutschen Bank unterstützt wurde.²¹⁶ Zugleich gründete Stadler die *Antibolschewistische Liga*, die zunächst als Dachorganisation fungierte und Ende Januar in die *Liga zum Schutze der deutschen Kultur* umbenannt wurde.

Ohne Zweifel vermittelte Stadler in seiner Propaganda ein stark übertriebenes Bild von der „bolschewistischen Gefahr“, auch wenn er diese Gefahr gerade im Berlin des „Spartakusaufstandes“ und der Märzunruhen durchaus plausibel zu machen verstand. Zugleich aber hoffte er darauf, mit dem antibolschewistischen Kampf auch das bürgerlich-parlamentarische Parteiwesen auf nationalrevolutionärem Wege überwinden zu können. Für die Bildung einer „nationalen Diktatur der sozialen Revolution“ suchte er im Januar 1919 mehrfach Gustav Noske zu gewinnen. „Die ‚Säuberung‘ Berlins von Spartakus sollte als erste entscheidende Tat in den Mittelpunkt einer großzügigen deutschsozialistischen Reformpolitik gerückt werden.“²¹⁷ Ein geneigteres Ohr für solche Pläne scheint Stadler freilich beim Stabschef der Garde-

²¹⁴ Armin Mohler, *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 3. Aufl. 1989, S. 404f. Zum Gleichen-Kreis, dem zeitweise so unterschiedliche Personen wie Wichard von Moellendorf, Franz Oppenheimer, Adam Stegerwald und Ernst Troeltsch angehörten, vgl. auch Gerhard Schulz, *Der „Nationale Klub von 1919“ zu Berlin. Zum politischen Zerfall einer Gesellschaft*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Osteuropas* 11 (1962), S. 207–237. Zur Auseinandersetzung der „Jungkonservativen“ mit dem Bolschewismus Otto-Ernst Schüddekopf, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1960, S. 73ff.

²¹⁵ Ein Zeitgenosse charakterisierte ihn als „typische[n] Massenredner und Trommler“, der ständig versucht war, „selbst zu gelten und sich an die Spitze zu stellen“, Brief von Hans Schwarz an Armin Mohler, 12.10.1948, zit. n. ebd., S. 60. V.a. die ostdeutsche Geschichtswissenschaft hat sich der Person Stadlers intensiv angenommen. Siehe v.a. Rüdiger Stutz, *Die politische Entwicklung Eduard Stadlers von 1918 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Rechtsextremismus in der Weimarer Republik*, Diss. Jena 1985; Ders., *Funktion und ideologische Komponenten des „neuen“ Nationalismus in der Novemberrevolution und den ersten Jahren der Weimarer Republik am Beispiel Eduard Stadlers*, in: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte* 48 (Januar 1986), S. 103–117; Ders., *Stetigkeit und Wandlungen in der politischen Karriere eines Rechtsextremisten. Zur Entwicklung Eduard Stadlers von der Novemberrevolution bis 1933*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 34 (1986), S. 796–806. Stutz' Interpretation ist von der für die DDR-Geschichtswissenschaft charakteristischen, ideologisch begründeten Vergrößerung gekennzeichnet und orientiert sich an den Kategorien der parteioffiziellen „Agententheorie“, wonach die hinter Stadler stehenden, bestimmenden Kräfte im deutschen „Monopolkapital“ zu suchen waren. Darüber hinaus handelt es sich aber um eine materialreiche Arbeit, die in vielen Einzelfragen weiterführende Erkenntnisse ermöglicht. Von der westdeutschen Forschung ist die Person Stadlers nur gestreift worden, vgl. Wette, Noske, S. 313. Vgl. auch Jean Pierre Faye, *Totalitäre Sprachen. Kritik der narrativen Vernunft. Kritik der narrativen Ökonomie*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1977, Bd. 1, S. 33ff., der allerdings unkritisch von Stadlers Memoiren abhängt. Siehe jetzt: Kai-Uwe Merz, *Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917–1921*, Berlin u. Frankfurt/M. 1995, S. 413ff.

²¹⁶ Stadler, *Als Antibolschewist*, S. 12ff.

²¹⁷ Ebd., S. 45 (hier auch das Zitat) u. 78f. Neben Noske wendete sich Stadler mit seinen Diktaturplänen auch an den Freikorpsführer Major Paul v. Lettow-Vorbeck, siehe Stutz, *Stetigkeit*, S. 799.

Kavallerie-Schützendivision, Major Waldemar Pabst, gefunden zu haben, den er u.a. – glaubt man seiner Darstellung – zur Ermordung Rosa Luxemburgs anstiftete.²¹⁸

Freilich führte Stadtlers Betonung des „sozialen“ Gedankens, der durchaus nationalbolschewistische Untertöne trug,²¹⁹ im Frühjahr 1919 sehr rasch zur Entfremdung von seinen potenten Geldgebern aus der Wirtschaft wie Hugo Stinnes, Albert Vögler und Ernst von Borsig. Im März 1919 mußte Stadler die Leitung der *Liga* niederlegen; zur gleichen Zeit schied auch Friedrich Naumann aus ihr aus. In der Folgezeit schlug die *Liga* einen gemäßigten Kurs ein; von den antibolschewistischen Vereinen des Jahres 1919 blieb sie die bedeutendste.²²⁰ Gegenüber der von den preußischen Staatsbehörden erzwungenen Kartellierung der antibolschewistischen Vereine suchte sie eine stärker eigenständige Rolle zu spielen: Ende Oktober trat sie aus dem Vertrauensausschuß der antibolschewistischen Organisationen aus.²²¹

Wie die *Liga zum Schutze der deutschen Kultur* leugneten zwar die meisten antibolschewistischen Vereine jegliche soziale Spitze gegen die Arbeiterschaft und wollten z.T. – wie Eduard Stadler – unter den Arbeitern selbst für ihre Sache werben.²²² Doch nicht zuletzt die soziale Zusammensetzung ihrer Vorstände offenbarte das durch und durch bürgerliche Profil der Vereine: Die *Liga* blieb von Vertretern der Großindustrie und des Bankwesens gesteuert.²²³ Unter den 15 Gründungsmitgliedern des *Deutschen Bürger- und Bauernbundes* befanden sich sieben Kaufleute, drei Landwirte, ein Bankdirektor, ein Beamter, ein Offizier, ein Tierarzt und ein Schriftsteller.²²⁴ Der Vorstand des *Volksbundes gegen Bolschewismus* setzte sich zusammen aus: zwei Offizieren, einem Rechtsanwalt, einem Bankdirektor, einem Hochschulprofessor, einem Ingenieur usw.²²⁵ Auch in diesem ausgesprochen bürgerlichen Zuschnitt der antibolschewistischen Vereine zeigte sich eine offenkundige Parallele zur Technischen Nothilfe und zu den Einwohnerwehren.

Politisch repräsentierten die antibolschewistischen Vereine das gesamte Spektrum vom gleichsam „normalen“ bürgerlich-liberalen Antibolschewismus bis zum rechts-extremen Ressentiment gegen die parlamentarische Republik als solche. Gemeinsam war ihnen jedoch das Empfinden einer außerordentlich bedrohlichen inneren wie äußeren Gefahr durch den „Bolschewismus“, der Rekurs auf das Heilmittel der nationalen Geschlossenheit und die damit verbundene Tendenz zur Ausgrenzung oder gar Kriminalisierung der sozialen Bewegung. Was „Bolschewismus“ im einzelnen sei,

²¹⁸ Stadler, Als Antibolschewist, S. 52.

²¹⁹ Siehe Stadtlers „Aktionsprogramm“, ebd., S. 223. Vgl. Louis Dupoux, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 74f.

²²⁰ Weißbecker, Antibolschewistische Liga.

²²¹ GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 199, Schreiben der Liga zum Schutze der deutschen Kultur an den Vertrauensausschuß der antibolschewistischen Organisationen Deutschlands, 29.11.1919.

²²² So etwa der Reichsverband für die geistige Bekämpfung des Bolschewismus, Schreiben an Reichsinnenminister Koch, 2.5.1919, ebd., fol. 176–178.

²²³ Im Juli 1919 bestand der dreiköpfige Vorstand aus den Bankdirektoren Cäsar von Schilling und Paul Herfurt sowie dem Syndikus Adolf vom Berg; siehe BAP RMI 13318, fol. 91, Schreiben des Reichsministers des Innern an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 1.7.1919.

²²⁴ GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 54, Gründungsversammlung des Vereins: Bürger- und Bauernbund, 10.5.1919.

²²⁵ Ebd., fol. 19, Schreiben des Volksbundes gegen Bolschewismus an den Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen, 5.6.1919.

wurde dabei nur selten konkretisiert. Vielmehr dominierten die pauschale Schuldzuweisung, die Perhorreszierung des „Feindes“ und der Aufruf zur Verteidigung und zur Tat. So strebte der „Volksbund“ danach, „die nationalen Kreise Deutschlands aus ihrer Lethargie zu *kraftvoll entschlossener Abwehr* aufzurütteln“ und empfahl als „beste Waffe gegen den Bolschewismus die Tat“.²²⁶ Der *Deutsche Bürger- und Bauernbund* begriff sich „als letztes Bollwerk [...], um die Regierung in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung tatkräftig zu unterstützen.“²²⁷ Wie in der Rhetorik der Technischen Nothilfe und der Einwohnerwehren wurde dabei die tatsächliche Gefahr, die dem Deutschen Reich und seiner Hauptstadt vom „Bolschewismus“ drohte, weit übertrieben dargestellt. Nicht selten diente dies auch der gezielten Emotionalisierung, um den gewünschten Mobilisierungseffekt um so sicherer zu erreichen. Dies galt etwa für das propagandistische Herausstreichen bolschewistischer „Greuelthaten“ in Rußland, Finnland und in Osteuropa²²⁸ oder für die maßlose Überzeichnung der Folgen, die das bolschewistische Schreckbild für Deutschland haben würde: „Einem furchtbaren Elende gehen wir entgegen! Der Schrecken des Bolschewismus naht!“, so appellierte etwa der *Volksbund gegen Bolschewismus* im Frühjahr 1919 „an das Deutsche Volk“: „Massenstreik und Auflehnung einer gewalttätigen Minderheit gegen jede Ordnung, gegen Gesetz und Recht. Das sind die Anfänge des Bolschewismus. Die Folge: Zusammenbruch der Wirtschaft, allgemeine Arbeitslosigkeit, Hungersnot und dann der blutige Bürgerkrieg ums nackte Leben! Dann ist Raub, Mord und Plünderung an der Tagesordnung. Dann ist der Bolschewismus da!“²²⁹ Im gleichen Sinne äußerte sich der Vorsitzende bei der Gründungsversammlung des *Deutschen Bürger- und Bauernbundes* am 10. Mai 1919: „Bei uns tobt der Bürgerkrieg! Die augenblickliche Ruhe kann uns nicht täuschen. Was wird aus den Bürgern und Bauern? Ist ihnen dasselbe gräßliche Schicksal wie in Rußland und Ungarn beschieden? Die Putschversuche irreführender Arbeiter, Arbeitsscheuer und verbrecherischer Gesindel reden eine deutliche Sprache.“²³⁰ Und Eduard Stadtler warnte vor dem „fürchterlichste[n] Bürgerkrieg auf deutschem Boden“: „Hinter diesem Bürgerkrieg erhebt vor meinen Augen das Bild einer wirtschaftlichen Katastrophe, wie sie schlimmer kein Auge je gesehen. Hinter den bolschewistischen, durch Terror disziplinierten Truppen des Ostens würden sich die bolschewistischen Hyänen des Schlachtfeldes über die herrlichen Gefilde Ost- und Norddeutschlands ergießen, Mord und Totschlag, Raub und Vergewaltigung im Gefolge.“²³¹

Solche Szenarien, denen Aberdutzende gleichen Tenors hinzuzufügen wären, standen freilich im offenkundigen Widerspruch mit den realen Machtverhältnissen und den tatsächlichen Möglichkeiten der linksextremen Kräfte in Deutschland. Auch wohnte ihnen zumindest der Tendenz nach eine spezifische soziale Funktion inne, die darauf zielte, die gesellschaftlichen Verschiebungen im Gefolge der Novemberre-

²²⁶ Ebd., fol. 176, Organisations- und Tätigkeitsbericht des Volksbundes gegen Bolschewismus [1919]. Vgl. über die antibolschewistische Rhetorik der „Bürgerrats“-Bewegung Bieber, Bürgerturn, S. 239–245.

²²⁷ GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 49, Zwecke und Ziele des Bundes.

²²⁸ So z.B. Die Einheitsfront. Blätter zu Deutschlands Erneuerung. Mitteilungen des Volksbundes gegen Bolschewismus, Nr. 1, 15.7.1919, S. 2 u. 4.

²²⁹ GStAPK Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, fol. 29, Flugblatt: Aufruf an das Deutsche Volk [1919].

²³⁰ Ebd., fol. 54, Gründungsversammlung des Vereins: Deutscher Bürger- und Bauernbund.

²³¹ Eduard Stadtler, Der kommende Krieg. Bolschewistische Weltrevolutionspläne, Vortrag gehalten am 7. Januar 1919, in: Ders., Die Weltkriegsrevolution. Vorträge von E. Stadtler, Leipzig 1920, S. 89.

volution aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen. So haben wir oben am Beispiel des Berliner Metallarbeiterstreiks von 1919 gezeigt, wie die Perhorreszierung des „Terror“ gewalttätiger Minderheiten in sozialökonomischer und interessenpolitischer Absicht funktionalisiert werden konnte.²³² Und nicht zufällig fanden sich eine Reihe illustrierender Industrieller wie z.B. Hugo Stinnes unter den Förderern der *Liga zum Schutze der deutschen Kultur* und ihres „Trommlers“ Eduard Stadtler.²³³ Gleichwohl wäre es zu kurz gegriffen, hier nur einen letztlich unbegründeten, weil übertriebenen und manipulativ eingesetzten Antikommunismus im Dienste bürgerlicher Reaktion oder gar ein Instrument der Interessen des „Monopolkapitals“ zu erblicken.²³⁴ Die zum Ausdruck kommenden Empfindungen und Ängste müssen vielmehr in den Kontext der kommunistischen Propaganda und Agitation selbst gestellt werden. Im Grunde knüpften Einwohnerwehren und antibolschewistische Vereine ja nur an die vom Spartakusbund und der KPD selbst in die Welt gesetzte und durch Taten unterstützte Bürgerkriegsrhetorik an. Freilich prägten sie sie in charakteristischer Weise um und fügten sie in das eigene, längst nicht immer demokratisch-pluralistische politische Weltbild ein. Ebenso wenig wie der „Terror“ einer kommunistischen Minderheit läßt sich daher der „hysterische“ und gewalttätige Antibolschewismus *allein* als Belastungsfaktor der Weimarer Republik ausmachen. Vielmehr war es das Ineinandergreifen und die Interaktion der Extreme, die an der Wurzel von Bürgerkriegsspannung und Destabilisierung lagen.

Im Spektrum der extremen Rechten verband sich freilich die Angst vor der kommunistischen Bedrohung mit der Auffassung, der liberale Staat sei aufgrund seiner inneren Verfassung nicht in der Lage, ihr wirksam zu begegnen. Gegenüber dieser Gefahr galt es, durch die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten eine Abwehr- und Ordnungsfrente entgegenzustellen, um Bürgerkrieg und Untergang zu verhindern. „Wenn die Machtmittel der Staatsgewalt nicht ausreichen“, so argumentierte etwa der *Volksbund gegen Bolschewismus*, „muß die Volksgemeinschaft sich zur Selbsthilfe rüsten, ohne Ansehung der Person, ohne Ansehung der Partei. Ordnung, Freiheit, Recht sei die Parole!“²³⁵ Die Antithese von „Volksgemeinschaft“ und Volksfeinden, in die hier die innere Politik gezwängt wurde, war in höchstem Maße ideologiefähig. Sie transzendierte die Grenzen bürgerlicher Ordnungsvorstellungen und bot einer „faschistischen“ Lösung Raum. Der *Volksbund* selbst wollte noch seine Ortsgruppen geschlossen in die staatlich kontrollierten Einwohnerwehren überführen. Doch in der Argumentation und Mentalität rechtsextremer Bewegungen lag hier ein entscheidender Ausgangspunkt für die Bildung eigener paramilitärischer Organisationen und die Ausübung politischer Gewalt. Im Namen von „Notwehr“ und rechtlich nicht mehr qualifizierter „Ordnung“ erfolgte schließlich der Angriff auf das Gewaltmonopol der verhassten Republik selbst.

Als Organe der sozialen Verteidigung gegen Bolschewismus, Umsturz und Terror spielten Freikorps und Einwohnerwehren, Technische Nothilfe und antibolschewistische Vereine daher eine nicht zu unterschätzende Rolle gleichsam als „Zwischenwir-

²³² Siehe oben, S. 104f.

²³³ Siehe Eduard Stadtler, Als Antibolschewist, S. 48f.

²³⁴ Vgl. Stutz, Stetigkeit; Ders., Funktion; Ders., Entwicklung; Weißbecker, Antibolschewistische Liga. Für die vorherrschende Einschätzung des Antibolschewismus des Jahres 1919/20 durch die westliche Forschung vgl. Wette, Noske, S. 791f.; Bieber, Bürgertum, S. 239–245.

²³⁵ Die Forderung des Tages, in: Die Einheitsfront. Blätter zu Deutschlands Erneuerung. Mitteilungen des Volksbundes gegen Bolschewismus, Nr. 1, 15.7.1919, S. 5.

te“ für die späteren rechtsextremen Partei- und Verbandsgründungen. Dies betraf zunächst die „Organisation Escherich“ (Orgesch), die in Preußen zu einem Aufangbecken der aufgelösten Einwohnerwehren wurde und praktisch einen norddeutschen Ableger der zunächst fortbestehenden Bayerischen Einwohnerwehr bildete.²³⁶ Als „Zusammenfassung aller vaterländisch gesinnten Deutschen, die auf dem Boden der Ordnung stehen,“²³⁷ zog die Orgesch schon früh das Interesse norddeutscher Vertreter des Wehrgedankens auf sich. Der Führer des Stahlhelms etwa, Franz Seldte, sah nach dem gescheiterten Kapp-Putsch und der Auflösung der Einwohnerwehren in Preußen im April 1920 den Augenblick gekommen, an Georg Escherich mit dem Plan eines „Kartelles von Mittel- und Norddeutschland mit den bayerischen Einwohnerwehren“ heranzutreten.²³⁸ Nach einer Phase enger Kontakte zwischen Stahlhelm und Orgesch²³⁹ wurde ein solches „Kartell“ auf der Regensburger Tagung vom 8./9. Mai 1920 unter dem kurzlebigen Namen „Deutscher Hort“ aus der Taufe gehoben. Hier, vor über 80 Vertretern von Einwohnerwehren aus ganz Deutschland, umriß Escherich den Charakter seiner Bewegung: „Der rote Terror und der drohende Bolschewismus“, so vermerkte das Protokoll, „sei nur möglich gewesen und werde nur möglich sein, wenn die Ordnungsparteien es nicht endlich verstünden, sich einheitlich zu organisieren. Einzelne Organisationen genügten nicht, es müsse eine straffe Organisation geschaffen werden, die sämtliche Ordnungsverbände gegen den Bolschewismus zusammenfasse. Weiße Armee gegen Rote Armee. Nur ein Mann dürfe befehlen, die anderen müßten sich unterordnen. Disziplin sei unbedingt notwendig. Was die Roten können, müßten wir auch können.“²⁴⁰ Eine solche Mobilisierung gegen den „Bolschewismus“ implizierte einen unzweideutigen Optionszwang, der auf der Tagung auch offen ausgesprochen wurde: „Freund und Feind soll wissen, daß es heißt, in künftigen Zeiten Stellung zu nehmen. Daß es heißt, Farbe zu bekennen, ob links Bolschewismus, ob rechts Aufbau. Ein Mittelding gibt es nicht, die laue Mitte wird zwischen zwei Mühlsteinen zermahlen.“²⁴¹

In dem Gedanken des „Aufbaus“ und der rechtlich nicht näher qualifizierten „Ordnung“, die außerhalb der staatlichen Organe, unter einheitlicher, nationaler Führung gegen den Bolschewismus verteidigt und gegebenenfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden müsse, kann man einen „faschistischen“ Kern der Orgesch erkennen. In den Sommermonaten des Jahres 1920 traf sie auch in Preußen auf erhebliche Resonanz, wenngleich sie sich bezeichnenderweise an den „urreaktionären Kreisen“ des Adels einerseits und am „Mißtrauen linksstehender Kreise“ andererseits stieß.²⁴² In Ostpreußen unterstellten sich die aufgelösten Einwohnerwehren geschlos-

²³⁶ Zur Orgesch vgl. Horst G.W. Nußer, *Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933 mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich*, Bd. I, München 1973, v.a. S. 173ff.

²³⁷ Satzung der Organisation Escherich, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München Abt. IV (Kriegsarchiv) (künftig: BayIStA IV), *Einwohnerwehren* Bd. 5/1, fol. 1.

²³⁸ BayIStA IV, *Einwohnerwehren* Bd. 5/3a, fol. 3–5, Seldte an Escherich, 8.4.1920.

²³⁹ Siehe ebd., fol. 10 u. 11, Fromme (Generalsekretär des Stahlhelms) an Escherich, 21.4.1920 u. Seldte an Escherich, 21.4.1920.

²⁴⁰ Ebd., fol. 21, Protokoll der Regensburger Tagung vom 8.–9. Mai 1920.

²⁴¹ Ebd., fol. 34, „Streng vertraulicher Bericht“ über die Regensburger Tagung.

²⁴² BayIStA IV, *Einwohnerwehren* Bd. 5/3b, fol. 154, Bericht gez. Kustermann, 6.10.1920; AdR, Kabinett Müller I, Dok. Nr. 138, S. 333f., Bericht über eine geheime Organisation im Reich, 12.6.1920. Hier wird der Grundgedanke der Orgesch mit der bezeichnenden Formulierung zusammengefaßt: „Die ganze Organisation ist unter dem Namen ‚Notwehr‘ zusammengeschlossen.“ (S. 333).

sen der Orgesch und existierten so auf privatrechtlicher Grundlage fort.²⁴³ Auch in Berlin suchte Escherich über Verbindungsleute Fuß zu fassen. Mitte Juni 1920 wurde eine Zentralstelle Berlin eingerichtet unter der Leitung des Grafen Harald von Yorck;²⁴⁴ Sympathisanten gewann die Organisation beim damaligen Vorsitzenden der DNVP, Oskar Hergt, und beim Vorsitzenden des Reichsbürgerrates, Friedrich Wilhelm von Loebell.²⁴⁵ Darüber hinaus hoffte der preußische Organisationsleiter der Orgesch, Kustermann, auf Sympathien vor allem bei den „ordnungsliebenden Kräften der Mehrheitssozialdemokratie“.²⁴⁶

In Preußen wurden die Orgesch und andere Selbstschutzorganisationen am 15. August 1920 ebenfalls verboten, eine Maßnahme, der sich die Reichsregierung anschloß und die am 1. November 1920 sowie auf Druck der Entente durch Reichsgesetz vom 24. Juni 1921 bekräftigt wurde.²⁴⁷ Severing begründete sein Vorgehen unter anderem damit, daß sich die Orgesch an Waffenschleibungen beteiligt, polizeiliche Hoheitsmaßnahmen usurpiert habe und gegen das Verbot der Einwohnerwehren verstoße.²⁴⁸ Das Verbot wurde von denjenigen bürgerlichen Kreisen mit großem Mißfallen aufgenommen, die den Selbstschutzgedanken für unabdingbar hielten und schon die Auflösung der Einwohnerwehren stark kritisiert hatten. In der „Wehrlosmachung“ des Bürgertums und der „ordnungsliebenden Elemente“ durch die Verbote der Einwohnerwehren und der Orgesch erkannte man einen diktatorischen Akt der Entente, dem sich die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung – im Gegensatz zu Bayern – allzuleicht zu unterwerfen bereit zu sein schien. So intervenierte von Loebell beim Reichsjustizminister Rudolf Heinze mit der Bitte, auf die preußische Regierung „mäßigend“ einzuwirken: „Die augenblickliche Lage der preußischen Regierung zur Organisation Escherich bereitet mir schwere Sorgen. Sie wissen ebensogut wie ich, daß weite Kreise unseres Volkes – und sicher nicht die schlechtesten – hinter dieser Organisation stehen und sich mit ihr verbunden fühlen. Wenn man alles zertrümmert, was dem Bürgertum einen Halt und Rückhalt gibt, dürfen wir uns nicht wundern, wenn eines Tages die sozialistisch-kommunistische Flut hemmungslos über uns hinweggeht und die letzten Reste unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung fortspült.“²⁴⁹ Dieses bürgerliche Empfinden der Bedrohung aller „Ordnung“ durch das Ineinandergreifen von linksextremer Gewalt und nachgiebig-schwacher Regierungspolitik bildete eine entscheidende Wurzel extralegalen, „fa-

²⁴³ Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, Das Kabinett Fehrenbach, 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921, bearb. von Peter Wulf, Boppard a. Rhein 1972, Dok. Nr. 52, S. 123–125, Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Siehr, an den Reichsminister des Innern, 17.8.1920. Vgl. Nußer, Wehrverbände, S. 186.

²⁴⁴ BayHStA IV, Einwohnerwehren Bd. 5/3a, fol. 114–115, von Yorck an Escherich, 15.6.1920.

²⁴⁵ Ebd., fol. 87–88, Fregattenkapitän a.D. Mann an Rudolf Kanzler, 7.6.1920; fol. 103, Liste von Gesprächspartnern bei Escherichs Besuch in Berlin. Über die Verbindungen zwischen Bürgerräten und Orgesch vgl. Bieber, Bürgertum, S. 325.

²⁴⁶ BayHStA IV, Einwohnerwehren Bd. 5/3b, fol. 156–157, Bericht gez. Kustermann, 6.10.1920.

²⁴⁷ AdR, Kabinette Wirth, Bd. I, Dok. Nr. 17 u. 18, S. 35–37. Zuvor hatte sich Escherich vergeblich an die Reichsregierung gewandt, mit der Bitte um Unterstützung gegen die Maßnahmen Severings und der preußischen Staatsregierung. AdR, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 44, S. 106f., Kabinettsitzung vom 5.8.1920; Dok. Nr. 50, S. 116–118, Kabinettsitzung vom 16.8.1920; Dok. Nr. 54, S. 130–132, Kabinettsitzung vom 23.8.1920.

²⁴⁸ Ebd., S. 117; Bucher, Einwohnerwehren, S. 57f.

²⁴⁹ BayHStA IV, Einwohnerwehren Bd. 5/3c, fol. 20, von Loebell an Reichsjustizminister Heinze, 2.11.1920. Über das illegale Fortbestehen der Orgesch AdR, Kabinette Wirth, Bd. I, Dok. Nr. 151, S. 418–422.

schistischer“ Lösungen im Zeichen der „Notwehr“. In Berlin blieb diese Bedrohungsangst auch in der Phase der relativen Stabilität, Mitte der zwanziger Jahre, bestimmend.²⁵⁰

Mithin barg das Konzept von „Notwehr“ und „Ordnung“ ein „faschistisches“ Potential in sich, das sich nach 1918 in Berlin und Paris in ähnlicher Form entwickelte und im Zeichen der „Selbsthilfe“ das staatliche Gewaltmonopol und den demokratischen Rechtsstaat in Frage zu stellen drohte. Ohne die räumliche oder zeitliche Nähe einer starken kommunistischen Bewegung – bzw. zumindest einer als bedrohlich empfundenen „marxistischen“ Gefahr –, die ebenfalls auf gewaltsame „Selbsthilfe“ setzte, konnte diese „Faschisierung“ des Notwehrkonzepts jedoch nicht erfolgen. Das „faschistische“ Potential zeichnete sich denn auch durch relative Ideologiearmut aus. Zumindest gilt dies, wenn man die von uns gewählten engen Definitionskriterien anwendet und Ideologie im tendenziell totalitären Sinne versteht, als (scheinbar) kohärentes und in sich geschlossenes Bezugssystem, das durch den quasi jurisdiktionellen Schuldspruch über eine konkrete Personengruppe eine umfassende Erklärung von Politik und Gesellschaft, Geschichte und Gegenwart verspricht. In diesem Sinne waren die Notwehr- und Ordnungsorgane der Nachkriegszeit in Paris wie in Berlin, die sich in erster Linie gegen den „inneren Feind“ richteten, zwar durchaus ideologiefähig, zumal sie in der hermetischen Geschlossenheit der Nation das hauptsächliche „Abwehrmittel“ erkannten;²⁵¹ doch konstituierten Antibolschewismus und der Appell an die Nation allein noch keine tatsächliche Ideologie, zumal wenn sie sich mit einer überwiegend reaktiven und attentistischen Haltung begnügten.

Bei der Analyse des Rechtsextremismus nach 1918 sollte daher begrifflich scharf getrennt werden zwischen „Faschismus“, für den der Antibolschewismus im Zeichen von „Notwehr“ und „Ordnung“ tatsächlich ein bewegendes Prinzip war, und der zur gleichen Zeit vordringenden völkisch-antisemitischen Bewegung.²⁵² Deren ideologische Matrix entstammte im wesentlichen den Rassentheoretikern des 19. Jahrhunderts und ihren populistischen Propheten. Sie war also erheblich älter als der Bolschewismus und bedurfte seiner auch nicht zur Sicherung der eigenen Identität, die ja in der bereits vorgeprägten *Ideologie* begründet lag. Vielmehr zielte der völkische Antisemitismus, wie er seit 1916 in Deutschland wieder verstärkt an Boden gewann, in erster Linie auf das liberale System, dem er die Utopie eines völkischen Staates auf rassistischer Grundlage entgegenstellte. Im Aufkommen des Bolschewismus erblickte er dagegen vor allem eine *Bestätigung* der eigenen, rassenideologisch begründeten Verfallsanalyse.

Seit Kriegsende und Novemberrevolution wurde die Reichshauptstadt zunehmend mit antisemitischer Propaganda erfüllt. Antisemitische Hetze in Wort und Schrift,

²⁵⁰ Vgl. unten, S. 438f.

²⁵¹ Als Beispiel für die Ideologiefähigkeit der Topoi Notwehr, Ordnung und Bürgerkrieg mag folgendes Flugblatt des Stahlhelms aus dem Jahre 1923 dienen: „Denkst du daran, daß verbrecherische und volksfremde Elemente, in gemeinster Weise das Volk verhetzend, Deutschland in den Bürgerkrieg stürzen wollen? Willst du uns helfen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten, damit wir alle friedlicher Arbeit nachgehen können, die der Heimat so not tut [...]?“ Zit. nach: Hans Henning Grote, Deutschlands Erwachen. Das Buch vom Niedergang und Aufstieg des deutschen Volkes 1918–1933, Essen 1933, S. 293.

²⁵² In der Forschung wird dies zumeist versäumt und der antibolschewistische Impuls der Nachkriegszeit mit dem Antisemitismus der Völkischen gemeinsam als „Rechtsextremismus“ pauschaliert. Vgl. etwa Kruppa, Rechtsradikalismus, und Bieber, Bürgertum, S. 179.

häufig in Form von Flugblättern, sowie Übergriffe auf Juden und jüdisch aussehende Passanten wurden während der Jahre 1918–1920 regelmäßig registriert.²⁵³ Ein organisatorischer oder personeller Zusammenhang mit den Einwohnerwehren und den antibolschewistischen Vereinen ist dabei zunächst kaum nachzuweisen. Hier lassen sich keine Belege für eine genuin antisemitische Haltung finden.²⁵⁴ Im Gegenteil: Kustermann beispielsweise, der Organisator der norddeutschen Orgesch, hoffte auch Angehörige des Berliner jüdischen Bürgertums für die Ideen seiner Organisation gewinnen zu können.²⁵⁵

Wie allerdings in der Folgezeit das „faschistische“ mit dem antisemitischen Potential Verbindungen einging, ja von letzterem nachgerade instrumentalisiert werden konnte, zeigt die Geschichte des *Bundes für Freiheit und Ordnung in Berlin und Umgebung*. Im April 1921 in Berlin gegründet, verfolgte der „Bund“ den Zweck, „eine überparteiliche geschlossene Front aller ordnungsliebender Elemente zu bilden gegen die geschlossene Front der Linksradikalen“, und stand damit in eindeutiger Kontinuität zum Einwohnerwehrgedanken. Als hauptsächliches Betätigungsfeld erschienen denn auch „organisierte Selbsthilfe“, die sich zunächst auf den wirtschaftlichen Bereich und die Mitarbeit an der Technischen Nothilfe beschränkte.²⁵⁶ Allerdings trat der „Bund“ zunächst kaum an die Öffentlichkeit und verschickte zu seinen Veranstaltungen nur individuelle Einladungen. Ende 1922 zählte er ca. 20.000 Mitglieder.²⁵⁷

Indes hatte schon die Gründungsversammlung offenbart, daß innerhalb des „Bundes“ konkurrierende Kräfte um die politisch-ideologische Richtung kämpften. Neben liberalen Gründungsmitgliedern wie dem DDP-Mitglied und Reichstagsabgeordneten Julius Kopsch waren auch Mitglieder des Freikorps Roßbach, des Schutz- und Trutzbundes, der Deutschsozialen Partei, des Wehrverbandes Olympia, der Orgesch, des Bismarckbundes u.a. vertreten. Kopsch etwa als einer der Hauptredner „vermied die Judenfrage trotz wiederholter Zurufe und verbat sich dann schließlich diese Bemerkungen, da sonst der neue Bund keine Lebensfähigkeit habe, wenn schon jetzt der Haß losginge [...]. Bei diesem Redner wurde gelärmt und gezischt.“ Mehr Beifall erhielt dagegen der Redner Oskar Maretzky, ein Mitglied der DVP, jedoch zu deren rechtem Flügel gehörend. Dem bereits zitierten Polizeibericht zufolge legte sich Maretzky „mächtig ins Zeug“. „Die Stimmung steigerte sich noch mehr, als er von ‚Geschmeiß im deutschen Volke‘, vom ‚Eitergeschwür‘, von ‚Saugern‘ und von ‚zersetzendem und verhetzendem Element‘ und von gleichen Führern sprach [...]. Die ganze Sache soll also eine gewaltige Macht wie in Bayern werden.“ Gleichwohl seien die Deutschvölkischen unzufrieden gewesen, „weil die Redner die Judenfrage immer umgangen hätten.“²⁵⁸ Mithin ist es keine Überraschung, daß im Laufe des Jahres 1922

²⁵³ Siche v.a. Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 63ff.

²⁵⁴ Z.B. wird man die frühen Schriften und Vorträge von Eduard Stadler, Weltkriegsrevolution, vergeblich auf antisemitische Elemente untersuchen.

²⁵⁵ BayHStA IV, Einwohnerwehren Bd. 5/3b, fol. 156–157, Bericht gez. Kustermann, 6.10.1920. Allerdings scheiterte dies u.a. an den antisemitischen Kräften (z.B. Kanzlers) in der Landesleitung der Bayerischen Einwohnerwehren, vgl. Nußer, Wehrverbände, S. 187f. Hierin, wie auch im frühen Aufstieg der NSDAP, kann man ein Indiz dafür erblicken, daß in Bayern das „faschistische“ Notwehrkonzept und das antisemitische Potential schon weitaus früher eine enge Verbindung eingingen, als das in Norddeutschland oder in Berlin selbst der Fall war.

²⁵⁶ BAP RMI 13349, fol. 30, Schreiben Severings an den Reichsminister des Innern, 4.11.1922.

²⁵⁷ *Ibid.*, fol. 31.

²⁵⁸ BAP, RKO Nr. 362, fol. 2–3, Bericht über Gründungsversammlung vom April 1921. Über den Altliberalen Julius Kopsch, vor Gründung der Weimarer Republik Angehöriger der Fortschrittlichen

eine Unterwanderung des Bundes durch aufgelöste völkische Gruppierungen wie den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund erfolgte. Unter dem Dach des Vorstands, in dem nach wie vor Mitglieder der DDP, der DVP und des Zentrums vertreten waren, entwickelte der Bund ein überwiegend völkisch-antisemitisches Profil.²⁵⁹

Die für sich genommen ephemere Geschichte des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ weist denn auch auf eine Entwicklung hin, die in der Folgezeit entscheidende Bedeutung erlangen sollte: Der bürgerliche, antikommunistische Notwehr- und Ordnungsgedanke wurde von der älteren völkisch-antisemitischen Bewegung aufgenommen und ideologisiert. Mit der Verbindung von Antibolschewismus und völkischem Antisemitismus konnte in Bayern die NSDAP ihre ersten Erfolge verbuchen. Dagegen fehlte in Preußen und im Berliner Raum ein entsprechender Kristallisationspunkt für die völkische Tradition, was nicht zuletzt an dem im Vergleich zu Bayern viel entschiedeneren Einschreiten von Staatsregierung und Polizeibehörden lag: Auch wenn der völkische Antisemitismus seit 1916/18 einen enormen Aufschwung nahm, so blieb doch die extreme Rechte in Norddeutschland organisatorisch zersplittert.²⁶⁰

Eine Scharnierfunktion zur völkischen Traditionslinie vor 1914 nahm zunächst der Alldeutsche Verband (ADV) ein, dessen Organisation Weltkrieg und Revolution relativ unbeschadet überstanden hatte und bald nach dem Umsturz zum Kampf gegen die Republik aufrief.²⁶¹ Der ADV verstand sich als „überparteilich“ und suchte vor allem über die Beeinflussung hochgestellter Personen politisch zu agieren.²⁶² Der Antisemitismus war zwar schon vor 1918 bei vielen ADV-Mitgliedern virulent; gleich-

Volkspartei, dann Mitglied der DDP-Fraktion in der Preussischen Verfassungsgebenden Versammlung, 1920 Mitglied des Reichstages, vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 174; Joachim Stang, Die deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 101), Düsseldorf 1994, S. 188, 209 u. 235. Zu Oskar Maretzky, der im Kapp-Putsch eine zweifelhafte Rolle spielte, vgl. Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 45), Düsseldorf 1972, S. 371; Larry Eugen Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933, Chapel Hill/N.C. 1988, S. 90.

²⁵⁹ BAK R 134/18, Bl. 104, RKO-Bericht vom 1.11.1922. Vgl. auch Vossische Zeitung Nr. 490, 16.10.1922, wo hinter dem „Bund“ „die Anfänge einer deutschen Faschistenpartei“ vermutet werden. Vgl. zum „Bund“ unten, S. 535ff.

²⁶⁰ Zum Antisemitismus seit dem Ende des Ersten Weltkriegs Werner Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland 1914–1923, in: Ders., Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 23), Hamburg 1988, S. 99–170. Eine Sozialgeschichte des Antisemitismus während der Weimarer Republik stellt ein Desiderat der Forschung dar. Vgl. den Überblick von Heinrich A. Winkler, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus. Juden als „Blitzableiter“, in: Günther B. Ginzler (Hrsg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991, S. 181–191.

²⁶¹ Siehe die bekannte „Bamberger Erklärung“ des ADV vom 16.2.1919, die einer scharfen Kampfansage an die neue Republik gleichkam, abgedr. in Werner Jochmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg 3), Frankfurt/M. 1963, S. 10–24. Vgl. zur Geschichte des ADV während der Frühzeit der Weimarer Republik Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte 3), Wiesbaden 1954; Brewster S. Chamberlin, The Enemy on the Right. The Alldeutsche Verband in the Weimar Republic, 1918–1926, PhD thesis (Xerokopie) University of Maryland 1972.

²⁶² Zur personellen Verflechtung zwischen ADV und DNVP z.B. siehe Jan Stricsow, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922, Frankfurt/M. 1981, S. 105f.

wohl gehörte er damals noch nicht zum offiziellen Programm des ADV. Unter dem niederschmetternden Eindruck von Niederlage und Parlamentarisierung entschied sich jedoch die Verbandsleitung um Heinrich Claß und Konstantin v. Gebattel im Oktober 1918 für die Aufnahme des Antisemitismus, um „nach unten hin“ zu wirken. Es gelte, so forderte Gebattel noch vor dem Novemberumsturz, „die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen.“²⁶³ Um daher den in der Bevölkerung ansteigenden Antisemitismus zur Massenbasis gegen die neuen Verhältnisse im Innern zu gewinnen und zu instrumentalisieren, gründete der ADV im Februar 1919 den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (DSTB). Ihm schlossen sich bald zwei weitere antisemitische Organisationen an, der Reichshammerbund und der Deutschvölkische Bund.²⁶⁴

Im Vorkriegsdeutschland war der politische Antisemitismus regional stark begrenzt gewesen mit Schwerpunkten vor allem in Hessen, Franken und Thüringen. Die Erfahrung von Kriegsniederlage und Revolution eröffnete einer antisemitischen Propaganda, die die Juden als Urheber und Nutznießer von „Bolschewismus“ und Revolution anklagte, nun aber auch in solchen Gebieten neue Chancen, wo die „bolschewistische Bedrohung“ durch Streiks, Rätebewegung, Massendemonstrationen und Gewalt besonders hervorgetreten war. Die Dialektik zwischen den extremen Bewegungen bildete auch für die Massenresonanz des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes günstige Entfaltungsbedingungen. 1921/22 zählte er reichsweit immerhin knapp 200.000 Mitglieder.²⁶⁵ Auch in Berlin fiel die völkisch-antisemitische Propaganda auf fruchtbaren Boden. Bereits im August 1919 gab es hier eine Geschäftsstelle des Bundes, und die Berliner Ortsgruppe gehörte mit rund 3–4.000 zu den mitgliederstärksten.²⁶⁶ Hinzu kamen weitere mehr oder minder bedeutende völkisch-antisemitische Gruppierungen wie etwa der Berliner Ortsverband des im Krieg gegründeten Deutschen Volksbundes, der im August 1920 rund 3.000 Mitglieder zählte, bevor er sich ebenfalls dem DSTB anschloß und ihn in der Reichshauptstadt beträchtlich stärkte.²⁶⁷ So konnte der Vorsitzende des DSTB, Alfred Roth, bei einer Kundgebung des Bundes am 7. Mai 1922 im Zirkus Busch unter „wiederholtem stürmischem Beifall“ fragen: „Wann endlich kommt der Tag, wo die Juden mit Peitschen aus Deutschland ausgetrieben werden, die das Ansehen unseres Vaterlandes schänden?“²⁶⁸

Ein weiterer Organisationsstrang der Völkischen ging in Deutschland und der Reichshauptstadt auf den rechtsextremen Flügel der DNVP und entsprechende Abspaltungen von den Deutschnationalen zurück. Parteipolitisch fungierte die DNVP zunächst recht erfolgreich als Sammelbecken der (protestantischen) Rechten.²⁶⁹ Doch unter ihren Mitgliedern und Sympathisanten wurde die „Judenfrage“ zum entschei-

²⁶³ Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 19. u. 20.10.1918, zit. nach Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 53. Vgl. Jochmann, *Ausbreitung*, S. 120.

²⁶⁴ Siehe Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 78ff.

²⁶⁵ *Ebd.*, S. 89f.

²⁶⁶ *Ebd.*, S. 88 u. 119. Zum Antisemitismus in Berlin unmittelbar nach Kriegsende vgl. auch Kruppa, *Rechtsradikalismus*, S. 63ff.

²⁶⁷ Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 85 u. 359 (Anm. 38).

²⁶⁸ *Deutsche Zeitung* Nr. 208, 8.5.1922 (Abendausgabe).

²⁶⁹ Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 8), Düsseldorf 1956; Lewis Hertzmann, *DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924*, Lincoln/Nebraska 1963.

denden Streitpunkt, an dem sich die Geister schieden. In den ersten Jahren nach Kriegsende verfügte der völkische Flügel in der Berliner DNVP ebenso wie in der Gesamtpartei über großen ideologischen Einfluß. Er forderte nachdrücklich dazu auf, die „Judenfrage“ in den Mittelpunkt aller ideologischer, politischer, kultureller und sozialer Überlegungen zu stellen.²⁷⁰ Und 1919/1920 führte die DNVP auch in Berlin ihre Wahlkämpfe großenteils mittels heftiger antisemitischer Propaganda durch, wobei sie von den sympathisierenden deutsch-völkischen Gruppierungen wie ADV und DSTB unterstützt wurde.²⁷¹

Eine erste Abspaltung von der DNVP erfolgte durch die 1921 gegründete Deutschsoziale Partei Richard Kunzes. Mit ihrem durch antikapitalistische Affekte unterlegten Antisemitismus glich sie programmatisch stark der NSDAP.²⁷² Zur Zeit ihres ersten Parteitags, im Oktober 1921, verfügte die Deutschsoziale Partei über rund 7.000 Mitglieder, davon ca. 2.500 in Berlin.²⁷³ Kunzes deutschsoziale Parteianhänger, die sich großenteils aus jungen Angehörigen bürgerlich-mittelständischer Schichten rekrutierten, fielen in erster Linie durch einen vulgären Radauantisemitismus und durch gewalttätige Übergriffe auf offener Straße auf.²⁷⁴ Der Deutschsozialen Partei erstand jedoch Ende 1922 mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei ein ernstlicher Konkurrent.

Auch die Deutschvölkische Freiheitspartei war aus der DNVP hervorgegangen. Seit dem Sommer 1922, nach dem Rathenau-Mord, verschärfen sich innerhalb der DNVP noch einmal die Gegensätze zwischen den Vertretern konservativer Realpolitik wie Hergt, Helfferich und Westarp einerseits und dem völkischen Antisemitismus andererseits. Sichtbarer Ausdruck hiervon war zunächst die Bildung der „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft“, die sich von der DNVP-Reichstagsfraktion trennte und sich um die Abgeordneten Wilhelm Henning, Albrecht von Graefe und Reinhold Wulle gruppierte. Nach dem Görlitzer Parteitag vom 26. bis 28.10.1922, auf dem sich die Völkischen in der Minderheit befanden, trat die „Arbeitsgemeinschaft“ geschlossen aus der DNVP aus und begründete die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP).²⁷⁵

Die DVFP, die nach eigenen Angaben bald rund 100.000 Mitglieder hatte,²⁷⁶ wurde für einige Zeit gewissermaßen das norddeutsche Gegenstück zur NSDAP. Sie bekämpfte das bestehende System in seinen politischen, sozialen und kulturellen Ausformungen, wobei die programmatischen Aussagen denen der NSDAP stark glichen.

²⁷⁰ Über die Haltung der DNVP zur „Judenfrage“ und die innerparteilichen Auseinandersetzungen ausführlich Striesow, *Deutschnationale Volkspartei*, passim; Hertzmann, *DNVP*, S. 124ff.

²⁷¹ Striesow, *Deutschnationale Volkspartei*, S. 56ff. u. S. 233ff. Vgl. auch Kruppa, *Rechtsradikalismus*, S. 64ff. u. 141.

²⁷² Siehe Kruppa, *Rechtsradikalismus*, S. 146ff.

²⁷³ *Ibid.*, S. 147; vgl. Manfred Weißbecker, *Deutschsoziale Partei*, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte*, hrsg. v. Dieter Fricke, Bd. II, Köln – Leipzig 1984, S. 538f.

²⁷⁴ Kruppa, *Rechtsradikalismus*, S. 194f.

²⁷⁵ Zum Görlitzer Parteitag Striesow, *Deutschnationale Volkspartei*, S. 392ff. Zur Geschichte der DVFP vgl. Reimer Wulff, *Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928*, Diss. phil. Marburg 1968.

²⁷⁶ Diese Angabe ist zweifellos zu hoch gegriffen, zumal sie aus dem Jahre 1925 stammt, als die DVFP ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte. Für die Zeit 1922/23 entbehrt die Angabe jedoch nicht unbedingt jeglicher Glaubwürdigkeit, zumal wenn man die besser dokumentierten Mitgliederzahlen des DSTB berücksichtigt, der auf rund 200.000 Mitglieder zählen konnte. Für den 1922 verbotenen DSTB wurde die DVFP zu einem wichtigen Auffangbecken. Die Angabe kann also nicht von vornherein als „viel zu hohe“ beurteilt werden. So Manfred Weißbecker, Art.: *Deutschvölkische Freiheitspartei*, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte* Bd. II, S. 550.

Gegen das „Diktat von Versailles“, „Judenherrschaft“, „unfruchtbaren Parlamentarismus“, „Börsenkapitalismus“, Bolschewismus und Klassenkampf wurde die auf völkischer Grundlage ruhende nationale Einheit gestellt.²⁷⁷ Wie alle völkischen Gruppierungen entwickelte die DVFP eine rege Propagandatätigkeit. Ihre Chancen zur politischen Massenmobilisierung blieben jedoch in zweierlei Hinsicht beschränkt: Zum einen blieb die DVFP im wesentlichen eine sozialkonservativ orientierte Partei, der es kaum gelang, unter den nichtbesitzenden Schichten Fuß zu fassen und zu einer Politisierung aller Lebensbereiche zu gelangen; zum anderen stieß sie sich am entschlossenen Durchgreifen der preußischen Staatsregierung.

Das Merkmal der totalitären *Partei* erfüllte die DVFP nur ansatzweise. So verzichtete sie auf eine streng hierarchische Zentralisierung; die aus maximal neun Personen bestehende, auf vier Jahre *gewählte* Führerschaft verfuhr nach eher kollegialen Prinzipien, und innerhalb der vertikalen Parteiorganisation gab es durchaus Elemente innerparteilicher Demokratie, wobei freilich der völkisch-antisemitische Grundgedanke Juden von vornherein ausschloß. Schließlich bot die DVFP Raum für andere völkische Gruppierungen, deren korporativen Beitritt die Satzung ausdrücklich vorsah.²⁷⁸ All dies unterschied die DVFP schon zum damaligen Zeitpunkt eindeutig und fundamental von der NSDAP.²⁷⁹

Zu diesen Unterschieden gehörte auch, daß sich die DVFP nicht als Massenintegrationspartei verstand, ihr Sozialprofil blieb überwiegend agrarisch-konservativ und bürgerlich geprägt. Zwar legte der völkische Standpunkt mit seiner Fiktion der einheitlichen, in sich widerspruchsfreien Nation die Aufnahme und programmatische Betonung sozialer Elemente nahe. Doch begnügte sich die DVFP in dieser Hinsicht mit vagen Absichtserklärungen; ebensowenig trachtete sie nach der systematischen, parteimäßig-disziplinierten Erfassung und Mobilisierung aller gesellschaftlichen Schichten inklusive der Arbeiterschaft. Welche essentielle Differenz diesbezüglich zur NSDAP – zumindest in der Perspektive ihrer Sympathisanten – bestand, wird in der retrospektiven Kritik Ernst von Reventlows deutlich, eines völkischen Politikers mit nationalbolschewistischen Sympathien:

„Man hatte es also bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei im Grunde mit nichts anderem zu tun als mit einer organisierten Schicht, die sich als Herrschicht den anderen Teilen der Bevölkerung gegenüber fühlte, sich ihre innerpolitischen Ziele in diesem Sinne gesetzt hatte und die rein taktisch denkend sich sagte, sie werde wohl den Forderungen der Arbeitnehmerschaft gegenüber bisweilen nachgeben und zurückstecken müssen. Aber es lag dieser Parteiführung sehr fern, ihr bzw. das Parteiinteresse und Parteiziel mit Interessen und Ziel und Wünschen der Arbeitnehmerschaft gleichzusetzen und, gleichsam aus der Seele der Arbeitnehmerschaft heraus, die soziale Frage zu betrachten und auch zu behandeln. Die Freiheitspartei war eine reine Bürgerpartei mit allen Eingeschränktheiten des bürgerlichen Horizonts, über den der Bürger eben nicht hinwegkommt [...]. Mit dem einen Flügel an die konservativen Großgrundbesitzer, die ausgesprochene preußische Reaktion, gebunden und verbunden, mit dem anderen im kleinen, grundphiliströsen, für große, unbestimmte Phrasen eingenommenen Bürgertum verwurzelt, bot diese Partei die Unmöglichkeit, daß diejenigen innerhalb der Partei sich durchsetzten,

²⁷⁷ Vgl. Wulff, Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 16f.

²⁷⁸ Vgl. dazu Reinhold Wulle, Das Schuldbuch der Republik, Rostock 1932, S. 114f.

²⁷⁹ Vgl. Wulff, Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 19f.

welche die soziale Frage für den Angelpunkt schlechthin der deutschen Zukunftsfrage hielten.“²⁸⁰

In Berlin blieben die Sympathien für die Völkischen denn auch in signifikanter Weise auf die Bevölkerung des Westens und der bürgerlich-mittelständischen Wohngebiete des Zentrums beschränkt. Hinzu kam ein starker Einfluß völkischen Gedankenguts unter den Studenten der Berliner Universität.²⁸¹ Diejenigen, die in der DVFP den Ton angaben, waren Parlamentarier wie die Parteiführer von Graefe und Wulle.²⁸²

Daß jedoch die DVFP die politische Auseinandersetzung nicht allein mittels Parlamentspolitik und Propaganda zu führen gedachte, zeigte sich darin, daß sie schon bald nach ihrer Gründung den Aufbau paramilitärischer Verbände in Angriff nahm. In gewisser Weise stellten diese Verbände eine Übergangsform dar zwischen der älteren, in die Illegalität gedrängten Freikorpsstradition und dem neueren Typus der Kampf- und Propagandaformation einer politischen Partei. Die Tradition der Freikorps wurde in der DVFP durch den Oberstleutnant a.D. Gerhard Roßbach verkörpert. Roßbach, ehemaliger Freikorpsführer mit recht guten Kontakten zu Hitler,²⁸³ hatte nach Auflösung seiner Formationen mehrfach Nachfolgeorganisationen gegründet wie die „Arbeitsgemeinschaft Roßbach“ oder die „Großdeutsche Arbeiterpartei“, in denen er seine ehemaligen Freikorpskämpfer politisch und militärisch zu sammeln versuchte.²⁸⁴ Nach ihrem Verbot durch die preußischen Behörden trat die Großdeutsche Arbeiterpartei mit Roßbach an der Spitze im Januar 1923 korporativ der DVFP bei. Den Deutschvölkischen wuchsen so Roßbachs militärische „Expertise“ sowie seine ausgezeichneten Kontakte zur Reichswehr zu. Die Parteispitze beauftragte daher Roßbach umgehend mit der Organisation paramilitärischer Verbände.²⁸⁵ Diese sogenannten „völkischen Turnerschaften“ traten bald auch in Berlin in Erscheinung: Dem Reichskommissar für Öffentliche Ordnung lagen Berichte vor, wonach sie hier über rund 1.200 Mann verfügten und in der Umgebung Übungen militärischen Charakters durchführten.²⁸⁶ Nach Erkenntnissen der Berliner Polizeibehörden handelte es sich um paramilitärische, teilweise bewaffnete Verbände nach Art

²⁸⁰ Ernst Graf zu Reventlow, *Der Weg zum neuen Deutschland. Der Wiederaufstieg des deutschen Volkes*, dritte Aufl. Essen 1933, S. 140. Vgl. die in der Sache gleichlautende Beurteilung der DVFP durch Hitler, in: Jochmann (Hrsg.), *Nationalsozialismus*, S. 88f.

²⁸¹ Siehe dazu Ulrich Herbert, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr, Werner Johe, Uwe Lohalm (Hrsg.), *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne*. Detlev Peukert zum Gedenken, (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 27), Hamburg 1991, S. 115–144, hier v.a. S. 121ff. Vgl. auch Heike Ströle-Bühler, *Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der burschenschaftlichen Blätter 1918 bis 1933*, Frankfurt/M. u.a. 1991.

²⁸² Freilich bestand mit der NSDAP in der grundsätzlichen Ablehnung des gegenwärtigen parlamentarischen Systems volle Einigkeit. Die Parlamentsmitgliedschaft der DVFP ist daher primär als taktisch zu verstehen. Vgl. Reinhold Wulle, *Deutsche Politik 1925*, Berlin 1926, S. 14: „Daß das parlamentarische System aber aus unserer Auffassung vom Staat heraus für uns unannehmbar ist, bedarf keiner Erörterung. Darin liegt unsere Gemeinsamkeit mit Hitler, und das ist das Wesentliche [...]. Die Reichsverfassung ist ein wunderliches Gemisch von ideologischer Demokratie und parlamentarischer Despotie. Vor allem aber bietet der Parlamentarismus auch seinen Gegnern außerordentliche Möglichkeiten, politischen Einfluß zu gewinnen.“

²⁸³ Vgl. dazu Archiv des IfZ, Zeugenschrifttum Zs 128 (Roßbach).

²⁸⁴ BAP, RKO Nr. 345, fol. 45, Bericht vom 26.9.1921.

²⁸⁵ Wulle, *Schuldbuch* S. 115.

²⁸⁶ BAP RKO Bd. 285, fol. 73, Schreiben des RKO vom 23.12.1922; BAP RMI 13220, fol. 94–97, Denkschrift der Abt. IA des Berliner Polizeipräsidiums, 23.3.1923.

der kommunistischen Hundertschaften.²⁸⁷ Darüber hinaus verfügte die DVFP zumindest in Ansätzen auch über einen „militärischen Apparat“, der dem zur gleichen Zeit aufgebauten O.D. und dem M.-Apparat der KPD stark ähnelte. In einem später bei Wulle gefundenen Organisationsschema der DVFP wurde dieses sogenannte „Aktionsbüro III b“ folgendermaßen beschrieben: „Das Aktionsbüro III b ist ausgesprochen militärischer Natur und bearbeitet alle Fragen, die die militärische Seite eines bewaffneten Umsturzes oder eines Bürgerkrieges betreffen. Seine besondere Aufgabe wird es sein, aus den vorhandenen bzw. aufgelösten militärischen Verbänden im Rahmen der Partei eine militärisch organisierte Macht zu bilden und für deren Bewaffnung wie für ihre geeignete Führung Sorge zu tragen. Um diese Aufgabe nach außen hin zu verdecken, wird das Aktionsbüro offiziell die Organisation eines sogen. Saalschutzes übernehmen und darüber hinaus auch der Frage des Schutzes von Arbeitswilligen gegen Streikterror, der Technischen Nothilfe usw. seine Aufmerksamkeit zuwenden.“²⁸⁸

Bald nach ihrer Gründung besaß die DVFP also zumindest in deutlich erkennbaren Ansätzen neben ihrer politischen eine militärische Organisation, was sie in den Augen der Polizei tatsächlich zu einer revolutionären „Kampforganisation mit allen Einrichtungen für den politischen Kampf größten Ausmaßes“ machte.²⁸⁹ Programatisch stellten die preußischen Sicherheitsbehörden eine weitgehende Identität und Zusammenarbeit der DVFP mit der in Bayern agierenden, in Preußen jedoch verbotenen NSDAP fest, zu der auch tatsächlich recht enge Kontakte bestanden;²⁹⁰ Ziel der DVFP sei der gewaltsame Umsturz des parlamentarischen Systems.²⁹¹ Am 23. März 1923 erging daher in Preußen, kurz darauf auch in Sachsen und Thüringen das Verbot der Partei.²⁹² Roßbach und die Führer der Partei wurden verhaftet.²⁹³

Die Art und Weise, wie sich die DVFP-Spitze gegen dieses entschiedene Vorgehen der Preussischen Regierung zur Wehr zu setzen suchte, offenbart deutlich den eher taktisch-instrumentalen Charakter, den der Antikommunismus im Kalkül der Völkischen spielte. Zwar betonten die Anwälte der DVFP in ihrer Beschwerdeschrift, daß die Organisation einen Charakter besitze, der „nach altpreußischem Vorbilde“ eine „straffe Zusammenfassung der Mitglieder“ gewährleiste. Mithin sei die DVFP eine „politische Kampfpartei [...], die mit allen gesetzlichen Mitteln [...] bestrebt ist, durch Abwehr aller Störungsversuche innerer und äußerer Feinde den Bestand des Reiches zu sichern.“²⁹⁴ Zweck der paramilitärischen Organisation, der „straffen Gliederung der Partei, die es ermöglicht, in verhältnismäßig kurzer Zeit einheitliche Verbände zu bilden“, sei es einzig und allein, „der verfassungsmäßigen Reichsregierung die Möglichkeit zu geben [...], bei einer aus inneren oder äußeren Gründen notwendigen Ein-

²⁸⁷ Die nationalsozialistische „Parteigeschichtsschreibung“ erblickte rückwirkend in den völkischen Turnerschaften einen „Vorläufer der SA“. Julek K. von Engelbrechten, eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München u. Berlin 1937, S. 32.

²⁸⁸ Zit. nach AdR, Kabinett Cuno, S. 336, Anm. 16.

²⁸⁹ BAP RMI 13220, fol. 94f.

²⁹⁰ Vgl. Wulff, Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 22. Der Erste Vorsitzende der DVFP, von Graefe, nahm später am Hitler-Putsch vom 9. November 1923 teil.

²⁹¹ Siehe AdR, Kabinett Cuno, Dok. Nr. 108, S. 334–337, Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 27.3.1923, Bericht Severings.

²⁹² Siehe BAP, RMI 13220, fol. 153f., Verbot der DVFP durch den Preußischen Minister des Innern, 23.3.1923.

²⁹³ Vossische Zeitung, Nr.139, 23.3.1923.

²⁹⁴ BAP RMI 13220, fol. 115, Sofortige Beschwerde in Sachen Rossbach, 25.3.1923.

berufung der waffenfähigen Männer, sich auch auf die Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu stützen.“²⁹⁵ In diesem Sinne argumentierte auch der stellvertretende Parteivorsitzende Reinhard Wulle, als die Zwangsmaßnahmen der Preußischen Regierung unmittelbar bevorstanden: Damit würden alle Hebel in Bewegung gesetzt, so schrieb er an den Reichskanzler Wilhelm Cuno, „um die Abwehrfront gegen den Feind zu zerschlagen.“ Während in Sachsen und Thüringen die proletarischen Hunderschaften mit Wissen und Willen der Landesregierungen selbst bewaffnet würden, sähen sich die Völkischen Verhaftungen und sonstigen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt. Auch in Preußen würden sie, während die Kommunisten planmäßig auf den Bürgerkrieg hinarbeiteten, entwaffnet und jeglicher Möglichkeit zum Selbstschutz beraubt.²⁹⁶ Parteiführer und Anwälte suchten auf diese Weise die Partei mit gespielter Harmlosigkeit in die Tradition der Einwohnerwehren zu stellen, die gegenüber dem „Bolschewismus“ als reine Notwehr- und Verteidigungsorganisation fungieren sollten und der Aufsicht des Preußischen Innenministeriums unterstanden hatten. Die bei Wulle gefundenen Aktionspläne für einen gewaltsamen Umsturz versuchte man dagegen recht fadenscheinig als das Werk einer außerhalb der Partei stehenden und nicht für ernst zu nehmenden, jedoch ungenannt bleibenden Person darzustellen.²⁹⁷

Mit dieser Taktik suchte die DVFP den völkisch-verfassungsfeindlichen Kern ihrer Politik und ihren zumindest latenten Putschismus durch die Zurschaustellung eines gleichsam „normalen“ bürgerlichen Verteidigungsdenkens zu eskamotieren. Je stärker freilich die Realität der kommunistischen Gefahr erschien, desto plausibler konnte entsprechend argumentiert werden. Damit bestätigte sich einmal mehr die vom preußischen Staatskommissar Weismann vertretene Auffassung, Links- und Rechtsextremismus bedingten einander und spielten sich gegenseitig in die Hände: Den „Ultra-Rechtsradikalen“ sei es sicherlich „höchst willkommen [...], wenn die dauernd angedrohten kommunistischen Umsturzpläne wirklich in die Tat umgesetzt werden würden. Sie hoffen, daß sich aus örtlichen Krawallen, kleineren Hungerrevolten usw. eine revolutionäre Bewegung größeren Stils entwickeln könnte, und glauben in diesem Falle damit rechnen zu dürfen, daß unter dem Eindruck anarchischer Zustände ein Umschwung weitester Volkskreise nach rechts eintreten würde. Dann wäre für sie der herbeigesehnte Augenblick gekommen, um sich an die Spitze einer starken Abwehrbewegung gegen ‚die kommunistisch-bolschewistische Gefahr‘ zu setzen und unter diesem Deckmantel bei der weiteren Entwicklung der Ereignisse ihre verfassungszerstörenden Ziele zu verfolgen.“²⁹⁸

In dieser Situation mußte die Frage, welche extremistische Seite die Republik tatsächlich bedrohte, umstritten bleiben. Die Frage, inwieweit eine Gefahr vor allem von „rechts“ drohe, wie sie nach dem Mord an Walther Rathenau am 24. Juni 1922 in den Mittelpunkt rückte, stand in Konkurrenz mit den fortbestehenden und keineswegs unberechtigten Befürchtungen einer Radikalisierung nach „links“ durch kommunisti-

²⁹⁵ Ebd., fol. 117. Vgl. auch die Stellungnahme Graefes zu den völkischen Turnerschaften in: AdR, Kabinette Stresemann, Bd. I, S. 244, Anm. 23.

²⁹⁶ BAP RMI 13220, fol. 131–133, Reinhold Wulle an Reichskanzler Cuno, 16.3.1923.

²⁹⁷ Ebd., fol. 116f., Sofortige Beschwerde in Sachen Rossbach, 25.3.1923.

²⁹⁸ BAP RJM Nr. 6790/1, Film 22141, fol. 472, Lagebericht vom 10.11.1922.

sche Aktionen.²⁹⁹ Im Reichskabinett führte dies zu einer schweren Meinungsverschiedenheit anlässlich der nach dem Rathenau-Mord verabschiedeten Notverordnung „zum Schutz der Republik“, dem Vorläufer des Republikschutzgesetzes. Sollte sich die Verordnung gegen die rechtsextremen Urheber des Mordes und ihr sympathisierendes Umfeld richten? Oder sollte sie gleichsam „totalitarismustheoretisch“ aufgefaßt werden und sich gegen Extremismus von rechts wie links wenden? Reichsjustizminister Gustav Radbruch, Reichsinnenminister Adolf Köster sowie Arnold Brecht, Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium, machten sich die Auffassung des Reichskanzlers Wirth zu eigen, der „Feind stehe rechts“, weswegen die Verordnung auch allein gegen „rechts“ zu interpretieren sei. Über diese Auffassung „zur einseitigen Anwendung der Verordnung“ war Reichsfinanzminister Hermes (Zentrum) „geradezu erschüttert“, da sie nicht auch kommunistische Gewalttaten betreffe. „Hierdurch würde jede Ordnung untergraben.“³⁰⁰

Daß freilich eine Gefahr von rechts existierte, die von der kommunistischen Agitation indirekt zu profitieren hoffte, war gerade in Berlin mit Händen zu greifen. Putschistische Tendenzen bestanden in verbleibenden bzw. neugegründeten Wehrverbänden fort. Zum einen galt dies für den Wikingbund und den „Sportverein Olympia“, die beide in Berlin die Tradition der Freikorps fortführten. Nach Erkenntnissen des Reichskommissars für Überwachung der Öffentlichen Ordnung hatte der Wikingbund in Berlin Anfang 1925 rund 600, der Sportklub Olympia ca. 2.000 Mitglieder.³⁰¹ Sie wurden von umliegenden Großgrundbesitzern unterhalten und beschäftigten sich mit militärähnlichen Kampfübungen in der Umgebung von Berlin. Unterdessen suchten die Führer die Verbindung mit der Reichswehr, unterhielten geheime Informationsnetze und hofften auf eine weitere Verschärfung und Destabilisierung der Lage und einer sich hieraus ergebenden neuen Möglichkeit zum Putsch.³⁰² Zum anderen bestand der Berliner Ortsverband des „Frontbann“, jener im August 1924 durch Ernst Röhm während der Verbotszeit gegründeten Nachfolgeorganisation der ehemaligen nationalsozialistischen Sturmabteilungen.³⁰³ Auf der Grenze „zwischen Wehrverband und SA“ liegend,³⁰⁴ besaß der Berliner Frontbann im Frühjahr 1925

²⁹⁹ Zur Frage der politischen Differenzierung und statistischen Aufarbeitung der Mordtaten und zum diesbezüglichen Übergewicht des politischen Terrorismus von „rechts“ siehe die klassische Dokumentation von Emil Julius Gumbel, *Vier Jahre politischer Mord*, Berlin 1922.

³⁰⁰ AdR, Kabinett Wirth I und II, Bd. II, Dok. Nr. 300, S. 896–901, Kabinettsitzung vom 25. Juni 1922, die Zitate S. 899. Im Reichstag gab Radbruch unter Protesten der Deutschnationalen eine Erklärung ab, wonach sich die Notverordnung ausdrücklich nur gegen rechts wende. *Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode 1920* Bd. 356, S. 8050. Vgl. zur Entstehungsgeschichte des Republikschutzgesetzes und der vorausgehenden Verordnungen: Gotthard Jasper, *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930* (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik), Tübingen 1963, S. 56ff.; Christoph Gusy, *Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik*, Tübingen 1991, S. 139ff. (in der Chronologie z.T. ungenau). Über die auch innerhalb des Zentrums begrenzte Repräsentativität des Wirtshausgeflügelten Wortes vom Feind, der „rechts“ stehe, siehe Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32), Düsseldorf 1966, S. 457ff.

³⁰¹ Kruppa, *Rechtsradikalismus*, S. 315. u. 318.

³⁰² *Ebd.*, S. 311ff.

³⁰³ Zur Geschichte des Frontbanns Andreas Werner, *SA und NSDAP. SA: „Wehrverband“, „Parteitruppc“ oder „Revolutionsarmee“? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933*, phil. Diss. Erlangen 1964, S. 268ff. Vgl. zum Frontbann sowie zur „Verbotszeit“ allgemein David Jablonsky, *The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923–1925*, London 1989, hier v.a. S. 115ff.

³⁰⁴ Von Lingelbrechten, *Braune Armee*, S. 33.

rund 600 Mitglieder,³⁰⁵ war aber zunehmend durch innere Auseinandersetzungen paralysiert.³⁰⁶

Das organisatorisch stark zersplitterte Lager der Deutschvölkischen³⁰⁷ und der mit ihnen sympathisierenden Wehrverbände stellte während der frühen zwanziger Jahre in Berlin keine ausgebildete totalitäre Bewegung dar. Ansätze hierfür, wie sie namentlich die DVFP entwickelte, wurden von den preußischen Behörden bereits im Keim erstickt. Wenn daher die totalitären Merkmale der Partei, der Propaganda und der paramilitärischen Organisation nur ansatzweise entwickelt waren, so verhält es sich mit dem Merkmal der *Ideologie* umgekehrt. Damit zeigt sich ebenso eine interessante Parallele zur Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland wie ein weiterer bezeichnender Unterschied zur französischen Entwicklung: Das totalitäre Merkmal der Ideologie spielte bereits eine herausragende Rolle, bevor die übrigen Kennzeichen in ihrem vollen Ausmaß hinzutraten. Für die politische Kriegsopposition der deutschen extremen Linken 1914–1918 ist bereits festgestellt worden, daß sie gleichsam „kopflastig“ war und mit ihrer kompromißlos ideologischen Ausrichtung von den sozialen Realitäten allzu leicht abstrahierte.³⁰⁸ Darin unterschied sie sich ebenso von der französischen Kriegsopposition, wie auch die frühe kommunistische Bewegung in Deutschland stärker ideologisch geprägt war als die französische. Dem Idealtyp der totalitären Bewegung kam die KPD daher ebenfalls näher als der PCF. Mutatis mutandis gilt ähnliches für den Rechtsextremismus. Die französischen rechtsextremen und „faschistischen“ Bewegungen Mitte der zwanziger Jahre verfügten z.T. über relativ stark ausgeprägte Organisationen, nicht aber – sieht man einmal von den entsprechenden Ansätzen beim *Faisceau* ab – über eine sinnstiftende Ideologie. In Berlin und in Deutschland insgesamt existierte dagegen auf der extremen Rechten eine völkisch-antisemitische Ideologie, die einen eindeutig totalitären Charakter besaß. In ihrer totalitären Form wies sie entscheidende Parallelen mit der *Action française* auf, die ja ebenfalls über eine hohe ideologische Integration verfügte: Ausgehend von einem reduktionistischen Freund-Feind-Schema und dezisionistischen Politikverständnis, benannte die völkisch-antisemitische Ideologie für die Probleme der Gegenwart scheinbar klare Ursachen und konkrete Schuldige; für die Zukunft verhieß sie ein optimistisches, durch Kampf und Willen zu erreichendes Zukunftsmodell. Zugespitzt ließe sich sagen: Es existierte eine totalitäre Ideologie, die ihre organisatorische Form erst noch suchte. Im Vergleich zur Entwicklung der französischen „ligues“ mit ihrer eher attentistischen Haltung ist mithin eine stärkere Autonomie und ein stärkeres Eigengewicht des Ideologischen zu konstatieren. Insofern daher die deutsche extreme Rechte ideologischer war als die französische, wies sie auch – wie die KPD – ein stärker totalitäres Profil auf.

Im einzelnen gab es innerhalb des völkischen Denkens beträchtliche Unterschiede, etwa in bezug auf die Aufnahme rassentheoretischer Elemente.³⁰⁹ Darüber hinaus wa-

³⁰⁵ Lagebericht Berlin, April 1925, zit. in Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 314. Die Angaben von Engelbrechten, Braune Armeec, S. 34, wonach der Frontbann in Berlin-Brandenburg zur gleichen Zeit ca. 2.000 Mitglieder besessen haben soll, sind entsprechend zu korrigieren.

³⁰⁶ Vgl. dazu unten, S. 440.

³⁰⁷ Das Deutschvölkische Jahrbuch von 1921, Weimar 1921, S. 126ff., verzeichnete z.B. rund 60 deutschvölkische Verbände, Vereine, Bünde und Orden.

³⁰⁸ Vgl. oben, S. 41.

³⁰⁹ Siehe den klassischen Überblick von George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, 2. dt. Auflage Frankfurt/M. 1991 (1. Aufl. u.d.T. Ein Volk – ein

ren seine äußeren, publizistischen Formen überaus vielfältig. Die Skala reichte von der eher distinguierten, gebildeten und philosophischen Sprache eines Max Wundt oder Wilhelm Stapel³¹⁰ bis hin zur primitiven, auf politische Verhetzung zielenden Gewaltsprache eines Alfred Roth oder Richard Kunze.³¹¹ Doch trotz Differenzen im einzelnen und der unübersehbaren Vielzahl organisatorischer und persönlicher Rivalitäten im völkischen Lager war die völkische „Weltanschauung“ durch einige unverwechselbare, sich gleichbleibende Paradigmen gekennzeichnet. Es ist daher erlaubt, von einer völkisch-antisemitischen *Ideologie* zu sprechen, die sich seit der Jahrhundertwende ausgebildet hatte und durch den Ersten Weltkrieg entscheidend aktualisiert wurde.

Die völkische Ideologie erwuchs aus dem zunehmenden Bewußtsein der jüngeren wilhelminischen Generation, sich von *Feinden* umgeben zu wissen. Auf einen nicht unbedeutenden Personenkreis wirkte der soziale, ökonomische und politische Problemstau, der das Fin de Siècle beherrschte, als existentielle Bedrohung. Vor allem Angehörige des unteren und mittleren protestantischen Bürgertums – Lehrer, Beamte, Angestellte, Freiberufler, Geistliche –, optierten angesichts dieser latenten Bedrohungsängste für eine neue Form des radikalen Nationalismus.³¹² Auf der kognitiven Ebene wurden durch ihn die vielfältigen Widersprüche und Problemlagen, die die antagonistische Gesellschaft des Kaiserreichs hervorbrachte, häufig als das Wirken fremder Feindmächte gedeutet. Liberalismus, Kapitalismus, „Internationalismus“ und die Bedrohung von außen waren darauf zurückzuführen. In einer „Welt von Feinden“ kam es darauf an, zur nationalen Einheit auf völkischer Grundlage zu gelangen, um in ihr die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Widersprüche der Moderne aufzuheben. Erst dann würde Deutschland auch gegen seine äußeren Feinde bestehen können.

Wenn also der völkische Gedanke die idealtypische Geschlossenheit der ethnischen Eigengruppe postulierte, so bedurfte er zugleich, zur eigenen Selbstvergewisserung, der Hypostasierung des feindlichen Gegenbildes, der Fremdgruppe.³¹³ Zum völkischen Gedanken gehörte daher untrennbar seine gleichsam imputative Verschärfung durch den Antisemitismus. Das Judentum als ethnisch definierte Fremdgruppe erschien so als der allgegenwärtige weltgeschichtliche Gegenspieler der Völkischen, als der *Feind schlechthin*. Als totalitäre Ideologie entpuppte sich dieses Freund-Feind-Denken in dem Maße, wie es zum Ugrund aller Politik gemacht und durch eine ras-

Reich – ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus, Königstein/Ts. 1979, zuerst englisch 1964). Vgl. auch Peter Emil Becker, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart, New York 1990.

³¹⁰ Max Wundt war Philosophieprofessor in Jena; seine Hauptwerke zum Thema waren: Staatsphilosophie. Ein Buch für Deutsche, München 1923, sowie: Deutsche Weltanschauung. Grundzüge völkischen Denkens, München 1926; zu dem insbesondere in protestantischen Kreisen einflussreichen Wilhelm Stapel, der aus dem deutsch-religiösen Mystizismus Karl Jathos kam, vgl. Heinrich Keßler, Wilhelm Stapel als politischer Publizist. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Nationalismus zwischen den beiden Weltkriegen, Nürnberg 1967.

³¹¹ Zu dem aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammenden Agitator Alfred Roth, dem Geschäftsführer des DStB vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 56ff.

³¹² Vgl. insbesondere Geoff Eley, Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, New Haven/Conn. u. London 1980, S. 122ff. u. 147ff.; Roger Chickering, We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914, London 1984, S. 102ff.

³¹³ Vgl. dazu Kurt Lenk, Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart u.a. 1971, S. 145f.

sistische Geschichtsmetaphysik hermetisch abgeschlossen wurde. Die Verschränkung von völkischem Größenwahn und antisemitischem Verfolgungswahn³¹⁴ erfuhr dann ihre Weihe durch die Macht historisch wirksamer, angeblich ewig gültiger Naturgesetze, die überdies „wissenschaftlich“ nachgewiesen und erforscht werden konnten. Kronzeugen hierfür waren die Werke der Rassenphilosophen vom Schläge Joseph Arthur de Gobineaus und Houston Stewart Chamberlains.³¹⁵

In dieser pseudo-wissenschaftlichen „Erklärung“ der Geschichte aufgrund der überlegenen Einsicht in ihre scheinbaren Gesetzmäßigkeiten offenbart sich eine entscheidende formale Parallele zwischen der völkischen Ideologie und dem Marxismus-Leninismus. Man wird nicht zu weit gehen, gerade hierin dasjenige Merkmal zu erkennen, das den genuin totalitären Kern der beiden Ideologien ausmachte. Ihm entsprang im übrigen auch bei den Völkischen ein kompromißloser Voluntarismus: Wo das Weltgeschehen als nicht endender Kampf begriffen wurde,³¹⁶ kam es vor allem auf den *Willen* der Protagonisten an, um in ihm bestehen zu können. „Die Grundlage jeder Wiedererstarkung ist der Wille zur Freiheit, der Wille zur Macht.“³¹⁷ „Wir haben den Willen zum Sieg, also haben wir den Sieg“, so kündigte Reinhold Wulle im Dezember 1922 das Programm der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft an.³¹⁸ „Der Mensch kann alles, wenn er will! Darum auf zur Tat, ehe es zu spät ist!“ lautet das Motto der Deutschsozialen Partei.³¹⁹ Aus dem gleichen Geist heraus charakterisierte Hitler im Jahre 1922 die frühe NSDAP: als „eine völkische Bewegung auf streng sozialer Grundlage, die breitesten Massen erfassend, in eisenharter Organisation zusammengeschweißt, von blindem Gehorsam erfüllt und brutalem Willen beseelt, eine Partei des Kampfes und der Tat.“³²⁰ Einsicht in die naturnotwendigen „Gesetze“ der Geschichte und der Wille, aus ihnen die Konsequenzen zu ziehen, um zur Einheit von Theorie und Praxis zu gelangen – dies konstituierte den totalitären Ideologiekern des Bolschewismus wie des völkischen Rassenantisemitismus.

In ihrer totalitären Form war die völkische Ideologie ein Spezifikum der deutschen politischen Kultur. Als „Großmacht ohne Staatsidee“ war das Kaiserreich besonders anfällig für Ideologien im Namen von Philosophie und Wissenschaft. Seine „Traditionslosigkeit“ gebar das übermäßige „Bedürfnis nach geschichtlicher Rechtfertigung des Lebens“.³²¹ Die geschichtliche Rechtfertigung durch Ideologie bildete einen Re-

³¹⁴ Ebd., S. 146. Mit Blick auf den Alldutschen Verband spricht auch Chickering von einem paranoiden Grundzug, Chickering, *Men*, S. 124f.

³¹⁵ Stellvertretend: Alfred Böttcher, *Der Sieg des völkischen Gedankens, eine naturgesetzliche Entwicklung*, Leipzig 1926.

³¹⁶ Vgl. dazu paradigmatisch Wundt, *Deutsche Weltanschauung*, S. 118.

³¹⁷ Archiv des IFZ, ZG c 090, Aufruf, in: *Kampfschriften der Deutschvölkischen Freiheitspartei*, Schrift Nr. 1 [1922].

³¹⁸ Ebd., Reinhold Wulle, *Der Herold und die politische Lage*, in: *Heroldsbrief* Nr. 11, Dezember 1922.

³¹⁹ Ebd., *Der größte Betrug der Weltgeschichte*, Flugblatt der Deutschsozialen Partei [1924].

³²⁰ *Entwicklung unserer Bewegung*, 7.1.1922, in: Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hrsg. v. Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 21), Stuttgart 1980, Nr. 340, S. 542.

³²¹ Siehe die entsprechenden Kapitel in Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959, S. 39–46 u. S. 83–91, v.a. 90 u. 131. Vgl. die Bemerkungen des völkisch inspirierten Jenaer Philosophen Wundt, *Staatsphilosophie*, S. III: „Der politische Kampf ist in Deutschland immer ein Kampf der Weltanschauungen gewesen. Gegensätze der Bevölkerungskreise und führender Männer kommen wohl hinzu, empfangen aber im Unterschiede zu anderen Ländern erst durch den Gegensatz der Weltanschauungen ihre besondere Prägung. Deshalb wirkt hier die Unsicherheit des eigenen Gedankenbesitzes in den Kampf der politischen Kräfte hinein.“

flex auf die besonderen und singulären politisch-sozialen wie kulturellen Problemlagen des Kaiserreichs, die nicht wenige Zeitgenossen überforderten. Die „verspätete Nation“, die beschleunigte Modernisierung, die tiefen gesellschaftlichen Gegensätze und nicht zuletzt auch die geographische Mittellage trugen dazu bei, daß die wilhelminische Ära ein „nervöses Zeitalter“ war.³²² Auf diesem Boden konnte die völkische Ideologie als spezielle Form der kognitiven Realitätsverweigerung gedeihen.

Es wäre daher zu kurz gegriffen, wollte man in der „neuen“, völkisch orientierten Rechten primär das Produkt manipulativer Steuerung „von oben“ zu Zwecken der Herrschaftsstabilisierung sehen.³²³ In der wilhelminischen Ära erfolgte eine zunehmende Polarisierung zwischen traditionell-konservativer Honoratiorenpolitik und den bürgerlich-mittelständischen Anhängern der „neuen Rechten“, die auf Partizipation und Veränderung drängten. Dem traditionellen konservativen Politikmodell stellte sich die „Selbstmobilisierung“ der „neuen“ Rechten entgegen.³²⁴ Im Ergebnis entstand ein explosives Gemisch, eine spezifische Form „faschistischer Potentiale“, in denen sich mehrere Einflußlinien überschneiden.³²⁵ Innerhalb eines dichter werdenden Kommunikationsnetzes agierten zum einen konservative Anhänger einer auf die Massen rekurrierenden „Sammlungspolitik“, bei denen auch die „manipulative“ Absicht wirksam blieb. Ihnen zur Seite standen zum anderen jene „politischen Makler“ (Geoff Eley), die wie die Alldeutschen um Claß und Hugenberg die politisch-ideologische Mobilisierung der Massen zu ihrem Beruf gemacht hatten. Als dritte Gruppe sind schließlich diejenigen überwiegend kleinbürgerlichen Intellektuellen zu nennen, deren politische Sozialisation sich unabhängig von der traditionellen Rechten vollzogen hatte. Ihren Anhang fanden sie in den miteinander „verzahnten“ Milieus des politischen Antisemitismus und der Vielzahl mittelständischer Organisationen.³²⁶ Alle diese Strömungen mündeten 1918 zunächst in die DNVP.

Während sich jedoch die organisatorische Integration der nationalistischen Rechten als kurzlebig erwies, zeigte sich, daß das eigentliche Erbe des wilhelminischen Radikalanationalismus *ideologischer* Art war. Es bestand in der im Vergleich zur organisatorischen erheblich weiter gediehenen ideologischen Integration der extremen Rechten im völkisch-antisemitischen Sinne. Ähnlich wie in der Geschichte der KPD ist also

Welche Staatsgedanken von unserem eigenen Blute durchströmt sind, welche nur wie ein geborgter Mantel mit schlechtem Sitz uns um die Schultern hängen, darüber herrscht vielfach Ungewißheit und Zweifel.“

³²² Vgl. stellvertretend die Aussage eines medizinischen Autors aus dem Jahre 1893: „Zwei Worte sind es, die immer und immer wiederkehren, wenn man unsere Zeit und die heutige Gesellschaft charakterisieren will: ‚Der Kampf ums Dasein‘ und das ‚Zeitalter der Nervosität‘.“ Zit. nach Joachim Radkau, Die wilhelminische Ära als nervöses Zeitalter, oder: Die Nerven als Netz zwischen Tempo- und Körpergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 211–241, hier: S. 215, Anm. 17.

³²³ So Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, 4. Aufl. Göttingen 1980, v.a. S. 109f. Auf der Manipulationsthese beruht auch die Arbeit von Walter Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1972, v.a. S. 73–87 (Antikommunismus und Antisemitismus).

³²⁴ Eley, Reshaping the German Right, passim. Vgl. die Diskussion von Wolfgang Mock, „Manipulation von oben“ oder Selbstorganisation an der Basis? Einige neuere Ansätze in der englischen Historiographie zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs, in: Historische Zeitschrift 232 (1981), S. 358–375.

³²⁵ Vgl. Geoff Eley, Konservative und radikale Nationalisten in Deutschland: Die Schaffung faschistischer Potentiale 1912–1928, in: Ders., Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster 1991, S. 209–248. Allerdings ist der Begriff „faschistisch“ für die von Eley beschriebenen Phänomene problematisch. Wie unten, S. 517ff., weiter auszuführen sein wird, sollte vielmehr von völkisch-antisemitisch gesprochen werden.

³²⁶ Siehe Eley, Nationalisten, S. 242ff.

auch in der Entwicklung der deutschen extremen Rechten von einer *relativen Autonomie des Ideologischen* auszugehen.³²⁷ Dabei ist es wichtig zu betonen, daß die Grundzüge der völkischen Ideologie schon längst vor dem Ersten Weltkrieg bestanden.³²⁸ Eben- sowenig wie der ihr inhärente Rassenantisemitismus kann sie daher als Reaktion auf die Russische Revolution und den Eintritt des Bolschewismus in die Weltgeschichte verstanden werden.³²⁹ Zwar erfolgte seit dem Wahlsieg der SPD im Jahre 1912 eine deutliche Radikalisierung im Lager der völkischen Nationalisten, so daß zu prüfen wäre, welche Rolle das sichtbare Erstarken des „marxistischen Internationalismus“ und des daraus folgenden antibürgerlichen Bedrohungspotentials in dieser Radikalisierung spielte.³³⁰ Aber die tieferen Wurzeln der völkisch-antisemitischen Ideologie lagen – wiederum vergleichbar mit der *Action française* – doch in einer grundsätzlichen Wendung gegen das liberale System und lassen sich zumindest bis in die Zeit der Großen Depression zurückverfolgen, als die SPD noch keine nennenswerte innenpolitische Rolle spielte.³³¹ Geht man davon aus, daß auch der Marxismus-Leninismus letztlich einer Fundamentalreaktion gegen das liberale System entsprang, so kann tatsächlich nur in diesem Sinne von einer „Gleichursprünglichkeit“ (Nolte) der beiden Bewegungen gesprochen werden. Die totalitären Kategorien der völkisch-antisemitischen Ideologie waren 1914–18 bereits vollständig entwickelt, um die weltgeschichtlichen Ereignisse der Kriegs- und Revolutionszeit entsprechend zu verarbeiten und damit das eigene Freund-Feind-Schema einmal mehr zu *bestätigen* und zu *legitimieren*. Weltkrieg, Revolution und Republikgründung wurden in den vertrauten Kategorien der jüdischen „Weltverschwörung“ interpretiert. Die „Judenrepublik“ wurde als das sinistre Werk des „internationalen Judentums“ diffamiert, das sich in seinen beiden Ausprägungen – Bolschewismus und Finanzkapital – in je unterschiedlicher Weise zum Herren Deutschlands gemacht hatte. Parlamentarische Republik, bolschewistische Hetze zum Bürgerkrieg und Ausbeutung der Deutschen durch Kapitalisten und Alliierte erfuhren so im antisemitischen Schuldspruch ihren verschwörungstheoretischen Kausalzusammenhang.³³² Nicht genuiner Handlungsimpuls war dann der Bolschewismus, sondern die letzte Stufe der schon immer erkannten jüdi-

³²⁷ Vgl. Robert A. Pois, Ideology, totalitarianism, and National Socialism: the historian's dilemma, in: *Societas. A Review of Social History* 8 (1978), S. 177–192.

³²⁸ Vgl. Wolfgang Altgeld, Die Ideologie des Nationalsozialismus und ihre Vorläufer, in: Karl Dietrich Bracher u. Leo Valiani (Hrsg.), *Faschismus und Nationalsozialismus* (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 1), Berlin 1991, S. 107–136, hier S. 121f.

³²⁹ Dies wäre die notwendige Konsequenz der von Nolte vorgenommenen Subsumtion des nationalsozialistischen Antisemitismus unter den Antibolschewismus. Siehe dazu unten, S. 519ff.

³³⁰ Arbeiten, die dieser speziellen Frage nachgingen, sind mir nicht bekannt.

³³¹ Zum Zusammenhang von Großer Depression, dem Verfall des Liberalismus und der Radikalisierung der Politischen Kultur im Kaiserreich Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967, S. 88ff. In seiner Thesenbildung gedanklich brillant und unübertroffen, harret der Entwurf Rosenbergs freilich bis heute noch in vielem der empirischen Untermauerung.

³³² Vgl. Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, v.a. S. 176ff. Vgl. zur „Reaktivierung“ des Verschwörungsmythos im Weltkrieg und in der frühen Weimarer Republik Armin Pfahl-Traugber, *Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat* (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und Ideengeschichte der Neuzeit 9), Wien 1993, S. 21ff. Dort auch Einzelnachweise zur Verschwörungstheese beim DSTB (S. 47ff.), ADV (S. 44ff.), beim Reichshammerbund (S. 50ff.) und bei der frühen NSDAP (S. 53ff.).

schen Weltverschwörung.³³³ Bei allen Unterschieden im einzelnen, was Ausdrucks- und Organisationsformen betrifft, bildeten diese Paradigmen doch die allgegenwärtige Substanz der völkisch-antisemitischen Ideologie; sie prägte auch jenes Münchner Milieu, aus der die frühe NSDAP erwuchs.³³⁴ Mithin resultierte die spezifisch totalitäre Spannung, die Deutschland und die Reichshauptstadt in den Jahren 1919–1924 erlebten, aus dem Zusammenwirken dreier Faktoren: *Erstens* existierte die kommunistische Herausforderung, über die wir bereits gesprochen haben; ihr stellte sich *zweitens* der zur außerparlamentarischen und paramilitärischen Organisation tendierende Notwehr- und Ordnungsgedanke entgegen, wie er sich in den Freikorps, Einwohnerwehren, Propagandaver-einen und Bürgerräten bzw. diversen Nachfolgeorganisationen organisierte. In politisierter Form lag dieser Notwehr- und Ordnungsgedanke, der sich primär als „Selbstschutz“ bzw. als potentielle Hilfstruppe des Staates gegen den „inneren Feind“ verstand, auch an der Wurzel „faschistischer“ Bewegungen in Frankreich. Je „schwächer“ sich die Staatsgewalt in den Augen der extremen Rechten präsentierte, desto legitimer würde es sein, zur bewaffneten „Selbsthilfe“ zu schreiten. In Deutschland bestand zwar die gleiche Form der Polarisierung; zugleich aber wurde *drittens* der Gedanke der sozialen Verteidigung unter völkisch-antisemitischem Vorzeichen *ideologisiert*. Wie ausgeführt verlied dies dem deutschen Rechtsextremismus des gesamten Untersuchungszeitraums – wie er sich u.a. in Berlin organisierte – seine besonderen und letztlich unvergleichbaren Züge; und es ist mehr als fraglich, ob sie durch eine allgemeine Faschismustheorie erfaßt werden können.³³⁵

Wie die Ideologisierung des sozialen Verteidigungsgedankens unter dem Zeichen völkisch-antisemitischer Ideologie erfolgte, läßt sich am Beispiel der „Deutschen Zeitung“ verdeutlichen. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik war die „Deutsche Zeitung“ das politische Sprachrohr des Alldeutschen Verbands und des völkischen Flügels innerhalb der DNVP. Hauptschriftleiter war bis 1922 der nachmalige Stellvertretende Vorsitzende der DVFP, Reinhold Wulle, bis 1924 der ehemalige Pfarrer und völkische Agitator Max Maurenbrecher. In den Kommentaren der „Deutschen Zeitung“, die sich überwiegend an die gebildeten bürgerlichen und aristokratischen Schichten richtete, spiegelte sich treffend die ideologische Integration des „faschistischen“ Antibolschewismus im Zeichen von „Notwehr“ und „Ordnung“ in die Kategorien des völkischen Antisemitismus wider. Zunächst wurde das Bedrohungspotential des Kommunismus in den düstersten Farben bürgerlicher Vernichtungsangst gezeichnet, die freilich – liest man sie im Lichte der zeitgenössischen Äußerungen der KPD und ihrer Organe – durchaus ein hohes Maß an Plausibilität für sich beanspruchen konnte: „Die Kommunisten planen eine proletarische Revolution mit Vernichtung der Bourgeoisie in Deutschland, das heißt den Umsturz der Verfassung, den Bürgerkrieg und den Todschatz (sic!) gegen die Angehörigen der bürgerlichen Klassen. Sie planen diesen Hochverrat in Verbindung mit der bewaffneten Macht eines ausländischen Staates. Und sie planen die Verschmelzung des Deutschen

³³³ Zum geistesgeschichtlichen Hintergrund der Verschwörungstheorie vgl. Johannes Rogalla von Bieberstein, Die These von der Verschwörung 1776–1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1978, v.a. S. 156ff.

³³⁴ Vgl. jetzt, den Forschungsstand zusammenfassend, Hermann Gilbhard, Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994. Zur Ideologieggeschichte, Altgeld, Ideologie, und Thomas Klepsch, Nationalsozialistische Ideologie. Eine Beschreibung ihrer Struktur vor 1933 (= Studien zum Nationalsozialismus 2), Münster 1990, beide mit weiterführender Literatur.

³³⁵ Ausführlicher dazu unten, S. 518ff.

Reiches mit dem kommunistischen Sowjetstaat zu einem einheitlichen proletarischen Riesenreiche.“³³⁶

Sodann postulierte die „Deutsche Zeitung“, wie die französischen Rechtsextremen der Jahre 1924–1926 auch, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen (preußischer) Linksregierung, Parlamentarismus, Schwäche des Staates und Kommunistengefahr. Dabei erfuhr die entsprechende „Argumentation“ durch die äußere Bedrohung infolge des Versailler Systems und der Ruhrbesetzung noch eine zusätzliche (Schein-)bestätigung. Wenn „der durch die Revolution geschaffene Staat“ demzufolge unfähig war, „im Innern *Ordnung* [zu] schaffen“,³³⁷ so war auch gegenüber den äußeren Feinden von ihm nichts zu erwarten. Eine schwache Regierung Cuno, die überdies durch Rücksichtnahmen gegen die mit dem „Dolchstoß“ befleckte Sozialdemokratie gelähmt war, bedeutete ein stetiges „Hinabgleiten in den Abgrund“. Zwischen Schaffung der „Ordnung“ nach innen (gegen Kommunisten und Sozialdemokraten) und nationaler Befreiung nach außen bestand ein kausaler Zusammenhang: „Kann noch eine Rettung kommen, so kann sie nur *aus dem Volke selbst* kommen, aus dem Volke, das des Kommunistenterrors müde wird und das noch einmal sich entschließt, alles an alles zu setzen.“³³⁸ Wenn also die völkische Propaganda tendenziell zur extralegalen „Selbsthilfe“ gegen den gewalttätigen, den „Bürgerkrieg“ schürenden Kommunismus aufrief, so eignete sie sich damit ein „faschistisches“ Potential an, das demjenigen des französischen Rechtsextremismus glich: Von der Regierung sei ein Einschreiten gegen die „offene Bürgerkriegshetze“ der Kommunisten nicht mehr zu erhoffen. „Wir wenden uns daher lieber an die *kämpferischen Kräfte* im Bürgertum und fordern sie erneut auf, wachsam zu sein, damit das deutsche Volk in der Anarchie, an deren Rande Deutschland und Mitteleuropa steht, nicht untergeht.“³³⁹

Allerdings richtete sich dieses Konzept in der völkischen Ideologie zugleich gegen die parlamentarische Republik und die Westalliierten als „äußeren Feind“. Diese Verschränkung innen- und außenpolitischer Feindbilder begegnete zur gleichen Zeit bei der *Action française*, die im „Bolschewismus“ der streikenden Arbeiter das Instrument und gleichsam die letzte Karte des deutschen Imperialismus zu identifizieren glaubte.³⁴⁰ Auch für die „Deutsche Zeitung“ spielten „Roter und welscher Terror“ einander in die Hände.³⁴¹ Kommunisten agierten ungehindert unter französischem Schutz.³⁴² Beidem galt es daher die – freilich fiktive, von der Realität abstrahierte – völkische Einheit und Kampfkraft entgegenzustellen. Die kommunistische Bedrohung war dabei nur einer unter mehreren Faktoren, so wie der Antibolschewismus nur mittelbar zum völkischen Ideologiekern gehörte. Dieser blieb genuin den völkisch-antisemitischen Kategorien verhaftet; die „Deutsche Zeitung“ ließ denn auch keinen Zweifel daran, wer der eigentliche „Feind“ war. Die antiliberale Kulturkritik und die Furcht vor der bolschewistischen Gefahr wurden auf das Schuldkonto der Juden gerechnet und verdichteten sich in der antisemitischen Imputation. Dabei wurde den Juden ihre Rolle als dreifach Schuldige zugewiesen: als politische Repräsen-

³³⁶ Hoch- und Landesverrat, in: Deutsche Zeitung Nr. 188, 24.4.1923.

³³⁷ Max Maurenbrecher, Staatszersetzung oder Diktatur?, in Deutsche Zeitung Nr. 201, 2.5.1923.

³³⁸ Max Maurenbrecher, Vor der Entscheidung, in: Deutsche Zeitung Nr. 240, 26.5.1923.

³³⁹ Deutsche Zeitung Nr. 320, 12.7.1923.

³⁴⁰ Siehe z.B. die Leitartikel von Léon Daudet in Action Française, 28.2.1919, 15.4.1919 u. 6.1919.

³⁴¹ Deutsche Zeitung Nr. 239, 26.5.1923.

³⁴² Kommunisten und Franzosen Hand in Hand, in: Deutsche Zeitung Nr. 237, 25.5.1923; Einheitsfront, in: Deutsche Zeitung Nr. 280, 19.6.1923.

tanten des liberalen Systems, als Profiteure des „verbrecherisch entarteten Kapitalismus“ und „Mammonismus“, schließlich als internationale Drahtzieher der auf Umsturz und Revolution zielenden Kräfte.³⁴³

Mit der Stärke der zumindest potentiell gewaltsamen kommunistischen Herausforderung wuchs allerdings auch die Bedeutung des antikommunistischen Paradigmas innerhalb des völkischen Bezugsrahmens. Zum einen bestätigte die Existenz einer klar abgrenzbaren „jüdisch-bolschewistischen“ Feindgruppe die Identität der Eigengruppe; zum anderen ließ sich der Antikommunismus sehr erfolgreich als Mobilisierungsinstrument einsetzen, gerade weil er die Grenzen des völkischen Lagers überschritt, seine Topoi plausibel erschienen und bis weit ins bürgerliche und sogar sozialdemokratische Milieu hineinreichten.

Diese hier nur knapp rekapitulierten Grundzüge der völkischen Ideologie in Deutschland weisen auf die entscheidenden Unterschiede hin, die während der zwanziger Jahre zwischen deutschem völkischem Antikommunismus und französischem „Faschismus“ bestanden. Die französische extreme Rechte der zwanziger Jahre blieb größtenteils eine reaktive Bewegung. Ihr politisch-ideologischer Rahmen wurde durch die kommunistische Herausforderung und den Notwehr- und Ordnungsgedanken determiniert. Sie verfügte über keinen „harten“ Ideologiekern, der als Grundlage einer totalitären Bewegung gedient hätte, die substantiell über die antikommunistische Mobilisierung hinausgegangen wäre. Zwar gab es in Deutschland ganz ähnliche Gruppierungen und Strömungen, wie sie sich etwa in Einwohnerwehren und antibolschewistischen Vereinigungen niederschlugen. Hingegen existierte mit der völkischen eine Bewegung, die zwar organisatorisch zersplittert, aber ideologisch bereits stark homogenisiert und integriert war. Ideen und Führer dieser Bewegung stammten aus der Vorkriegszeit. Mit ihrer totalitären Ideologie bildete sie nur den schmalen äußeren rechten Rand des politischen Spektrums. Und gerade deshalb kann man sie nicht mit einem allgemeinen Faschismus-Begriff belegen. Der völkische Nationalismus und Rassenantisemitismus waren spezifische und einzigartige Formen der kognitiven Realitätsverweigerung, die in Deutschland (bzw. im deutschsprachigen Mitteleuropa) ihre besonderen und ebenfalls singulären Entstehungsbedingungen besaßen. Es wird nun zu zeigen sein, daß die bislang benannten deutsch-französischen Unterschiede eine ihrer wesentlichen Ursachen in dem gänzlich andersartigen Erfahrungs- und Traditionsschatz beider Länder hatten.

³⁴³ Otto v. Schilling, Der rote Faden, in: Deutsche Zeitung Nr. 252, 2.6.1923; Heinrich Niemeyer, Weltpolitische Schwenkung der Kommunisten, ebd., Nr. 158 6.4.1923.

Achstes Kapitel

Politische Liturgie: der politische Extremismus und seine Traditionen

Die Frage, wie historisch-politische Traditionen das Erscheinungsbild politischer Systeme und Bewegungen beeinflussen, wie letztere zu ihrer eigenen Legitimation auf Mythen zurückgreifen bzw. solche neu konstruieren, gehört zu denjenigen Forschungsfeldern, die in den letzten Jahren verstärkt in den Blickpunkt gerückt sind. Mit seinem reichen Traditionsschatz lädt Frankreich zur näheren Untersuchung seines Kaleidoskops historischer Erinnerung und der Vielzahl von „Erinnerungsstätten“ geradezu ein;¹ aber auch mit Blick auf den deutsch-französischen Vergleich sind, v.a. wenn es um die Symbolkerne nationaler Identität im 19. Jahrhundert geht, jüngst eine ganze Reihe innovativer Forschungen vorgelegt worden.² Daß in unserem Zusammenhang entsprechende Fragestellungen keinesfalls umfänglich, sondern nur exemplarisch behandelt werden können, liegt auf der Hand. Doch erfüllt die Analyse des historisch-konkreten Verhältnisses von politischem Extremismus und politischen Traditionen bzw. Mythen im deutsch-französischen Vergleich einen spezifischen Zweck. Der Blick auf die Vielzahl der deutsch-französischen Traditionsunterschiede offenbart zugleich die jeweils besonderen Charaktereigenschaften, welche den politischen Extremismus diesseits und jenseits des Rheins z.T. gravierend voneinander unterschieden. Hiervon ausgehend kann eine solche Untersuchung aufzeigen, inwieweit extremistische Bewegungen noch an einem tendenziell allgemeinverbindlichen nationalen Traditionsschatz und damit in begrenzter Weise an der politischen „Mitte“ partizipierten, oder ob sie sich zu ihm rein antithetisch verhielten. So erscheinen die Bruchlinien, die zwischen dem Hauptstrom nationaler Traditionen und den extremistischen Bewegungen lagen, und damit die Umrisse der möglicherweise totalitären Gegenwelt(en) in einem schärferen Licht. Spezifische Unterschiede zwischen deut-

¹ Pierre Nora (Hrsg.), *Les Lieux de mémoire*, 3 Bde. (in 7), Paris 1984–1992; zur Konzeption Pierre Nora, *Entre Mémoire et Histoire. La problématique des lieux*, in: Ders (Hrsg.), *Lieux de mémoire I: La République*, Paris 1984, S.XVII–XLII; Ders, *Das Abenteuer der Lieux de mémoire*, in: Etienne François, Hannes Siegrist u. Jakob Vogel (Hrsg.), *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 83–92; Gerd Krumeich, *Jeanne d'Arc in der Geschichte. Historiographie – Politik – Kultur*, Sigmariningen 1989.

² Allgemein zur deutschen Entwicklung siehe die mittlerweile klassische Studie von George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt/M. u. Berlin 1976 (zuerst englisch 1975). Für den deutsch-französischen Vergleich siehe insbesondere: Charlotte Tacke, *Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1995 (behandelt die Geschichte des Hermanns- und des Vercingetorixkultes); François, Siegrist u. Vogel (Hrsg.), *Nation und Emotion*; Gerhard Bauer, „Der große Schatten“. *Der Mythos Napoleons und sein Einfluß auf säkularistische Strömungen in Deutschland und Frankreich mit besonderer Berücksichtigung der Zwischenkriegszeit*, Diss. phil. Erlangen 1995.

schem und französischem Extremismus können so genauer erfasst und erklärt werden.

Es kennzeichnet totalitäre Bewegungen, daß ihr Interesse an der Geschichte im allgemeinen und an Traditionen im besonderen ein primär funktionales ist. Traditionen haben ihren Eigenwert nur, insofern sie sich in die politisch-gesellschaftliche Praxis derer einfügen, die an sie appellieren. Schon Lenin versuchte nachdrücklich, die „revolutionären Traditionen“ der russischen Revolution von 1905 für den Kampf der Bolschewiki nutzbar zu machen. „Wartet nur“, so schrieb er im April 1908, „das Jahr 1905 kommt wieder! [...] Für das Proletariat muß die Durcharbeitung und kritische Aneignung der Erfahrungen der Revolution darin bestehen, zu lernen, die *damaligen* Kampfmethoden *erfolgreicher* anzuwenden, um den Streikkampf vom Oktober und den bewaffneten Kampf vom Dezember umfassender, konzentrierter, bewußter zu gestalten.“³ Hier bildet sich bereits das spezifische marxistisch-leninistische Traditionsverständnis ab, das vergangene Kämpfe stets im dialektischen Sinne interpretierte, als Schritte auf dem Weg der gesetzesnotwendig immer schärferen Zuspitzung der Klassegegensätze.

Umgekehrt kannte auch Hitler lediglich eine rein instrumentale, auf das gegenwärtige Handeln bezogene Sicht auf die Geschichte. Hitlers ausgeprägtes Interesse für Geschichte bezog sich auf ihre „Nutzanwendung für die Gegenwart“.⁴ Für den „Durchschnittsmenschen“ war laut Hitler „die Geschichte in erster Linie dazu da, ihm jenes Maß geschichtlichen Einblicks zu vermitteln, das nötig ist für eine eigene Stellungnahme in den politischen Angelegenheiten seines Volkstums.“⁵ Und ähnliche Tendenzen wird auch der Blick auf den französischen „Faschismus“ der Zwischenkriegszeit offenbaren. In jedem Fall zeichnen sich Aneignung und Kommemoration der Geschichte durch die extremistischen Bewegungen des totalitären Zeitalters durch eine charakteristische analogische Struktur aus: Die Vergangenheit gibt unmittelbar anwendbare Lehren für die Gegenwart. Kämpfe und Leiden der Vorkämpfer sind ein unmittelbarer Quell neuer Kraft für die Kämpfe der Gegenwart auf höherer Stufe.

Mithin bildete das rein funktionale Interesse, das extremistische Bewegungen an den überkommenen historisch-politischen Traditionen äußerten, die extremste Form jener schon von Friedrich Nietzsche beschriebenen „monumentalischen Art“ der Historie.⁶ Die selektiv angeeignete und kommemorierte Geschichte gehört hier „vor Allem dem Thätigen und Mächtigen, dem, der einen grossen Kampf kämpft, der Vorbilder, Lehrer, Tröster braucht“.⁷ Die Kehrseite dieses „monumentalischen“ Interesses ist freilich die extreme Verkürzung der Geschichte für den ihr zugedachten Einsatz: „ganze grosse Teile derselben werden vergessen, verachtet, und fließen fort wie eine graue ununterbrochende Fluth, und nur einzelne geschmückte Facta heben

³ Lenin, Zur Einschätzung der Russischen Revolution, 1908, in: Ders., Werke, Bd. 15, Berlin (Ost) 1974, S. 39–52, hier S. 42. Vgl. ebd., Bd. 16, S. 261; Bd. 23, S. 354.

⁴ Hitler, Mein Kampf, 145.–146. Aufl. München 1935, S. 129.

⁵ Ebd., S. 467. Unter diesem Aspekt ist auch der hohe Stellenwert zu begreifen, den das NS-Regime dem Geschichtsunterricht beimaß. Siehe dazu Franz Selmeier, Das nationalsozialistische Geschichtsbild und der Geschichtsunterricht 1933–1945, Diss. phil. München 1969; Horst Gies, Geschichtsunterricht unter der Diktatur Hitlers, Köln u. Weimar 1992, v.a. S. 16ff..

⁶ Friedrich Nietzsche, Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben, in: Ders., Sämtliche Werke, hrsg. v. Giorgio Colli u. Mazzino Montinari, Bd. 1, Berlin 1967, S. 245–324, hier S. 258ff.

⁷ Ebd., S. 258.

sich als Inseln heraus [...]. Die monumentale Historie täuscht durch Analogien: sie reizt mit verführerischen Ähnlichkeiten den Muthigen zur Verwegenheit, den Begeisterten zum Fanatismus, und denkt man sich gar diese Historie in den Händen und Köpfen der begabten Egoisten und der schwärmerischen Bösewichter, so werden Reiche zerstört, Fürsten ermordet, Kriege und Revolutionen angezettelt [...].“⁸

Konkret lassen sich zwei grundsätzliche Wege totalitärer Traditionspflege unterscheiden: zum einen die Aneignung *bestehender*, im jeweiligen nationalen und soziokulturellen Umfeld bereits langfristig verankerter Traditionen; zum anderen die „invention of tradition“ (Eric Hobsbawm), d.h. die tatsächliche, in einem einmaligen Akt durchgesetzte „Erfindung“ von Traditionen oder deren allmähliches Entstehen innerhalb eines ganz kurzen Zeitraums von wenigen Jahren.⁹ Es liegt auf der Hand, daß die extremistischen Bewegungen desto mehr auf die „Erfindung“ eigener, neuer Traditionen, auf Surrogatidentitäten gleichsam, angewiesen waren, je stärker sie sich als „Gegenwelt“ zum bestehenden politisch-gesellschaftlichen Sein und dessen kulturellem Hauptstrom begriffen.

I. Kommunistische Bewegung und nationale Traditionen

Wenn es zu den Besonderheiten neuer sozialer und politischer Bewegungen gehört, daß sie ihre eigenen Traditionsstränge hervorbringen, so gilt dies in besonderem Maße für totalitäre Bewegungen. Insoweit totalitäre oder tendenziell totalitäre Bewegungen nach 1918 in Deutschland wie in Frankreich die gewaltsame Sprengung des parlamentarisch-republikanischen Systems anstrebten, schufen sie sich neue spezifische Traditionszusammenhänge, die der Vereinheitlichung des politischen Willens sowie der Steigerung der aktuellen politischen Kampfkraft dienen sollten. Totalitäre Identitätsstiftung bedurfte konkreter, gewissermaßen „anfaßbarer“ Leitbilder innerhalb eines tradierbaren Sinnzusammenhanges, der die erstrebte Gegenposition zum demokratischen Rechtsstaat glaubhaft begründete.

So entwickelte die kommunistische Bewegung schon früh den marxistisch-leninistischen Traditionsbegriff, dem sie dauerhaft verpflichtet blieb. Aus dieser Perspektive konnten die Übernahme von Ideen, Symbolen sowie die Kommemoration von vergangenen Ereignissen nichts anderem als der Durchsetzung spezifischer Klasseninteressen dienen. Die Aufnahme überhaupt jeglichen politischen, sozialen und kulturellen Herkommens besaß demzufolge notwendigerweise funktionalen Charakter sowie einen unmittelbaren Gegenwartsbezug. Während aus dieser Sicht das Bürgertum seinerseits eine „reaktionäre“ Traditionspflege betrieb, erhofften sich die Kommunisten von der instrumentalisierten Vergangenheitsaneignung die Mobilisierung ihres revolutionären Angriffspotentials. Die nach scheinbar „objektiven“ Klasseninteressen selektierte Vergangenheit versprach demzufolge die Verankerung eines starken revolutionären „Bewußtseins“ unter der Arbeiterschaft. Kommunistische Traditionspflege verstand sich daher immer zugleich auch als revolutionäre Praxis. Zwischen der bei den Massen zu fördernden revolutionären Erwartung und der Ze-

⁸ Ebd., S. 262.

⁹ Eric Hobsbawm, Introduction: Inventing Traditions, in: Ders. u. Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983, S. 1–14, hier S. 1.

lebrung des bolschewistischen Traditionsschatzes bestand ein unauflöslicher Zusammenhang.

Nun standen die kommunistischen Bewegungen mit ihrer strikt internationalistischen und pro-sowjetischen Orientierung von Beginn an vor der Frage, wie sie sich zu ihrer jeweiligen nationalen Geschichte und ihren Traditionen stellten. Was in der spätkommunistischen Orthodoxie formelhaft als „untrennbare dialektische Einheit“ von nationalen und internationalistischen Traditionen bezeichnet wurde,¹⁰ unterlag in der Frühzeit der kommunistischen Bewegungen durchaus einem dynamischen Prozeß. Jede einzelne kommunistische Partei hatte sich mit der Geschichte des eigenen Landes auseinanderzusetzen und sie in eine Beziehung zu setzen zur Russischen Revolution. Die kommunistische Traditionsschöpfung und -bildung erfolgte mithin auf zwei verschiedenen Ebenen, die analytisch zu trennen sind, in ihrem Wirkungszusammenhang jedoch konvergierten. Zum einen suchten die kommunistischen Parteien, an nationale Traditionen anzuknüpfen und sie für ihre Zwecke zu aktualisieren. Zum anderen gilt für den Kommunismus in besonderem Maße die Regel, daß eine neue politisch-soziale Bewegung alsbald ihre eigenen legitimierenden und mobilisierenden Traditionen nachgerade „erfindet“. Die „invention of tradition“ im Sinne Hobsbawms¹¹ ist mithin ein kennzeichnendes Merkmal der kommunistischen Bewegung. Vor allem die geglückte und vorbildhafte Russische Revolution, die ja im Rahmen der marxistisch-leninistischen Geschichtsphilosophie als entscheidende neue Etappe des weltgeschichtlichen Prozesses interpretiert wurde, hatte in ausreichender Menge traditionsstiftende Leitbilder hervorgebracht. 1924/25 – im Zuge der Bolschewisierungskampagne – beauftragte die Komintern ihre Ländersektionen ausdrücklich, die nationalspezifischen revolutionären Traditionen mit der bolschewistischen Traditionspflege zu verbinden.¹²

Für unsere komparatistische Problemstellung ist es von besonderem Interesse zu untersuchen, in welcher Weise in Frankreich wie in Deutschland die kommunistische Anknüpfung an die eigene nationale Vergangenheit und Gegenwart erfolgte und in welcher Form sie mit der neuen, durch die bolschewistische Revolution inspirierten Traditionsschöpfung korrespondierte. Darüber hinaus wird es der Vergleich erlauben, die Rolle, welche die kommunistische Bewegung innerhalb der spezifischen hauptstädtischen politischen Kultur von Paris und Berlin gespielt hat, näher zu bestimmen. Die vergleichende Analyse der kommunistischen Traditionsbildung wird schließlich auch Aufschlüsse hinsichtlich einer unserer leitenden Fragenstellungen liefern, inwieweit es sich nämlich bei den kommunistischen Bewegungen um Manifestationen einer politisch-sozialen „Gegenwelt“ zum liberalen System der demokratisch verfaßten industriellen Massengesellschaft handelte.

1. Die revolutionäre Tradition Frankreichs, der Kommunismus und die Pariser Kommunetradition

Insofern als die historische Tradition Frankreichs und das politische Selbstverständnis der Dritten Republik in entscheidender Weise in der revolutionären Vergangenheit

¹⁰ Vgl. Art. „Tradition“ in: Kulturpolitisches Wörterbuch, 2. Aufl. Berlin (Ost) 1970, S. 672.

¹¹ Hobsbawm/Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition*, 1983.

¹² Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der KI, in: Internationale Presse-Korrespondenz, Jg. 5 (1925), Nr. 80, S. 1020: „VII. Die Bolschewisierung und die revolutionären Traditionen“.

des Landes gründeten, ergaben sich in Frankreich – gänzlich im Unterschied zu Deutschland – einige grundsätzliche Berührungspunkte zwischen nationaler politischer Kultur und kommunistischer Bewegung. Darüber hinaus boten die spezielle Geschichte sowie das kollektive Bewußtsein der Hauptstadt Paris besondere Möglichkeiten, an heroische Zeiten der Vergangenheit zu appellieren und sie für gegenwärtige Zwecke dienstbar zu machen. Wenn die französischen Kommunisten daher den angeblichen „Mißbrauch“ des Nationalfeiertages durch das offizielle Frankreich verurteilten, so suchten sie doch zunehmend nach Wegen, von den Mobilisierungschancen zu profitieren, die das Gedenken an die Große Revolution versprach.¹³

Im allgemeinen verzichtete die Propaganda des PCF daher auf die seit Anfang des 20. Jahrhunderts auch wissenschaftlich untermauerte sozialistische Interpretation der Großen Französischen Revolution, die einen jakobinischen Höhepunkt positiv von der bürgerlich-liberalen Anfangsphase abhob.¹⁴ Demgegenüber ließ sich gerade im Hinblick auf das „Volk von Paris“ dem 14. Juli bzw. dem ganzen Jahr 1789 durchaus ein proletarischer und klassenkämpferischer Sinn unterlegen. Die Bourgeoisie erliege einem Selbstbetrug, so meinte Marcel Cachin 1921, wenn sie den 14. Juli zum Nationalfeiertag erhebe und ihn alljährlich mit einem verlogenen Volksfest begehe.¹⁵ Der 14. Juli 1789 symbolisierte demgegenüber etwas anderes: „C'est l'émeute, c'est la révolte, c'est le peuple dans la rue.“¹⁶ Die Revolution von 1789 wurde mithin als Erhebung des einfachen Pariser Volkes gegen aristokratische Cliquen und korruptes Königtum interpretiert. Von hier aus suchte man auch die Bastille, jenes große populäre Symbol,¹⁷ für die kommunistische Traditionsschöpfung zu gewinnen. Gegen die „Ausbeuter“ und „Profiteure“ der Gegenwart galt es demzufolge noch viele „Bastillen“ zu stürmen, wofür die Tat der „glorreichen Vorfahren“ von 1789 als leuchtendes Beispiel evoziert wurde.¹⁸

Anfangs beschränkte sich die kommunistische Propaganda im wesentlichen darauf, dem Bürgertum und den staatlichen Autoritäten das moralische und historische Recht zum Feiern des 14. Juli abzuspochen und dem eine gewissenmaßen „plebejische“ Version der revolutionären Erhebung entgegenzustellen. Doch in den dreißiger Jahren bemühte man sich zunehmend darum, den Nationalfeiertag selbst für die eigene politische Identität und Tradition in Beschlag zu nehmen und die innenpolitischen Gegner aus ihr zu verdrängen. Dieser Prozeß, der schließlich zur marxistisch-leninistischen Revolutionsorthodoxie in Frankreich führte,¹⁹ stand in einem unauflös-

¹³ Siehe dazu vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus: Werner Berthold, Zum Bild der Großen Französischen Revolution in der Französischen Kommunistischen Partei (1920/21–1939), in: Horst Bartel u.a. (Hrsg.), Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, Berlin (Ost) 1976, Bd. I, S. 353–378.

¹⁴ Siehe etwa die Flugschrift des großen Robespierre-Biographen Albert Mathiez, Bolchevisme et Jacobinisme, Paris 1920, in der eine fast vollständige Parallelisierung zwischen der jakobinischen Herrschaft des Berges und dem Bolschewismus vorgenommen wird.

¹⁵ L'Humanité, 14.7.1921.

¹⁶ *Ibid.*

¹⁷ Vgl. dazu Hans-Jürgen Lüsebrink und Rolf Reichardt, Die „Bastille“. Zur Symbolgeschichte von Herrschaft und Freiheit, Frankfurt/M. 1990, v.a. S. 238ff., zur Rezeptionsgeschichte im 19. u. 20. Jahrhundert.

¹⁸ Marcel Cachin, 14 juillet, in: L'Humanité, 14.7.1929.

¹⁹ Siehe etwa Maurice Thorez, La France du Front populaire et sa mission dans le monde, in: Ders., Œuvres, livre III, tome 14 (mars-décembre 1937), Paris 1955, S. 239–251; Ders.; Le 150^e anniversaire de la révolution de 1789, in: Œuvres, Livre IV, tome 18 (avril-août 1939), S. 42–47.

lichen Zusammenhang mit der seit 1934 eingeleiteten Wende zur Volksfronttaktik. Nicht zufällig verwies Maurice Thorez, als er sich im Juni 1934 auf Weisung der Komintern erstmals uneingeschränkt zur Aktionseinheit mit den Sozialisten bekannte, auf die revolutionären Traditionen Frankreichs und deren Eckdaten 1789, 1848 und 1871.²⁰ Erst die Volksfronttaktik ermöglichte die volle Wertschätzung der bürgerrechtlichen Errungenschaften während der ersten Revolutionsphase.²¹ Im Zeichen des „Antifaschismus“ stehend, erlaubte es die Volksfronttaktik ferner, auf propagandistisch-agitatorischer Ebene die Theorie zweier „Klassenlinien“ anzuwenden. Innerhalb dieser Auffassung von der französischen Geschichte standen sich ein revolutionär-progressiver sowie ein gegenrevolutionär-reaktionärer Traditionsbogen in ungebrochener Kontinuität gegenüber.²² Dies begünstigte die propagandistische Bloßstellung des innenpolitischen Gegners. Die Identifizierung von „Faschisten“ und Gegenrevolutionären fiel nunmehr leicht, wohingegen die Kräfte der Volksfront die „progressive“ Klassen- und Traditionslinie Frankreichs verkörperten. „Paris a retrouvé désormais ses faubourgs révolutionnaires, ils sont sous l'influence de notre Parti“, feierte Thorez 1935 die Erfolge der PCF bei den Gemeinderatswahlen. Die „ceinture rouge“ war somit zur legitimen Nachfolgerin des Faubourg St. Antoine geworden.

Die ideologische Integration von 1789 in das Traditionsbild der französischen Kommunisten wurde dadurch begünstigt, daß die Französische Revolution eine welt-historische Zäsur markierte, die in der marxistisch-leninistischen Auffassung vom gesetzmäßigen Fortschritt in der Geschichte ihren festen Platz einnahm. Für die von der Kommunistischen Internationale angemahnte Verknüpfung von nationalen revolutionären Traditionen mit dem proletarischen Internationalismus bot die Diskussion um die Große Französische Revolution besonders günstige Voraussetzungen. Auch wenn es sich um die Geburt der bekämpften bürgerlich-kapitalistischen Welt handelte, ließ sich 1789 doch als historisch „notwendige“ Etappe auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft deklarieren. Mithin hatten die Revolutionäre von 1789–1794, insbesondere die von den revolutionären Volksmassen der Stadt Paris vorangetriebenen Jakobiner, durch die Zerschlagung der Feudalgesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft geschaffen.²³ Die Revolution bildete so ein „patrimoine politique considérable“, an das es nunmehr anzuknüpfen gelte: „Les communistes en sont les héritiers légitimes parce qu'ils sont, dans les conditions historiques de NOTRE temps, les dirigeants de la lutte révolutionnaire contre les exploiters, les partisans de la dictature de la classe révolutionnaire, les représentants des couches de la population les plus progressives, bref tout ce qu'ont été à la façon de LEUR époque les meilleurs des Jacobins.“²⁴ Von der

²⁰ „Les communistes aiment leur pays. En France, nous sommes attachés aux traditions révolutionnaires de nos pères, aux grandes leçons de 1789, de 1848, de 1871. Nous sommes les héritiers des Communards.“ Maurice Thorez, *Par l'unité d'action nous vaincrons le fascisme! Rapport du CC à la Conférence Nationale de P.C. (Ivry, les 22, 24, 25 et 26 Juin 1934)*, Paris 1934, S. 44. Vgl. Jürg Wegmüller, *Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale der Jahre 1934 bis 1938*, Bern u. Frankfurt/M. 1972, S. 51f.

²¹ Vgl. etwa Maurice Thorez, *Le 150e anniversaire de la Révolution Française. Interview accordée au Correspondent du „Sunday Worker“ de New-York*, in: Ders., *Ouvres, Livre IV, t. 18*, Paris 1958, S. 100.

²² Vgl. Berthold, *Bild der Großen Französischen Revolution*, S. 362.

²³ G. Cogniot, *L'héritage de la grande Révolution française*, in: *Cahiers du Bolchevisme*, Jg. 1935, Nr. 12 (15.7.1935), S. 785–792.

²⁴ *Ibid.*, S. 785.

„révolution d'hier à la révolution d'aujourd'hui et de demain“ spannte sich demzufolge eine unauflösbare Traditionskette, die keinesfalls zu sprengen war.²⁵ Mit der propagandistischen Inanspruchnahme der Revolution suchten die französischen Kommunisten so seit der Mitte der dreißiger Jahre jenen Gegenwartsbezug und Mobilisierungseffekt zu erreichen, welcher dem marxistisch-leninistischen Traditionsbegriff innewohnt: aus der Vergangenheit zu schöpfen, um die Zukunft vorzubereiten.²⁶ Zwar wies dieser Umgang mit der Vergangenheit zweifellos stark manipulative und taktische Züge auf; doch die bloße Existenz einer nationalen politischen Tradition und von ihr geprägter Kategorien, auf deren Basis sich die Kommunisten mit großen, stärker in der Mitte angesiedelten politischen Lagern zu verständigen vermochten, erweiterte den Handlungsspielraum sowohl der Kommunisten als auch der demokratisch-republikanischen Kräfte der politischen Linken beträchtlich. Welche konkreten Auswirkungen dies auf das politische Klima Frankreichs und seiner Hauptstadt während der Krise der dreißiger Jahre hatte, wird weiter unten zu zeigen sein.²⁷

Den Höhepunkt der revolutionären Tradition Frankreichs und insbesondere der Stadt Paris bildete im Bewußtsein der Kommunisten jedoch die Pariser Kommune von 1871. Die Begründung des bekämpften bürgerlich-kapitalistischen Systems, für welches das Datum 1789 stand, ließ sich, wie dargestellt, nur auf ideologischen Umwegen in den kommunistischen Traditionsschatz eingliedern. Die Kommune jedoch hatte schon für Marx und Lenin eine entscheidende Etappe innerhalb des postulierten gesetzmäßigen Prozesses von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft und damit ein welthistorisch äußerst bedeutsames Ereignis dargestellt.²⁸ In Frankreich selbst setzte sich seit den späten 1880er Jahren die Kommemorierung der Ausrufung der Kommune am 18. März sowie ihrer blutigen Niederschlagung während der „semaine sanglante“ durch.²⁹ Am letzten Maisonntag eines jeden Jahres wurde vor der „Mur des Fédérés“ des im Pariser Osten gelegenen Friedhofs Père Lachaise der in jener Maiwoche getöteten Kommunarden gedacht. Gehörten diese Gedenktage neben dem 1. Mai zu den wichtigsten „gestes rituels“ des französischen Vorkriegssozialismus,³⁰ so erstrebten die Kommunisten nach 1918 die Monopolisierung und Aktualisierung dieser Tradition für ihre Zwecke und in ihrem Sinne. Die ideologische Aneignung der Kommune erfolgte dabei ganz in den von Marx und Lenin vorgezeichneten Bahnen.

Bereits Marx war davon ausgegangen, daß es sich bei der Kommune um die erste wirklich proletarische Revolution der Weltgeschichte handelte: um „die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt wurde als die einzige Klasse, die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig war; anerkannt selbst durch die große Masse der Pariser Mittelklasse – Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute –, die reichen Kapitalisten allein ausgenommen.“³¹ Die französischen Kommunisten knüpften offen an

²⁵ Thorez, Œuvres IV/18, S. 102.

²⁶ Berthold, Bild der Großen Französischen Revolution, S. 362.

²⁷ Siehe unten, S. 604ff.

²⁸ Klaus Meschkat, Die Pariser Kommune von 1871 im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung, Berlin 1965, S. 9ff. u. 65ff.

²⁹ Zur Geschichte der Kommunekommemorierung in Frankreich vgl. Madeleine Rebérioux, Le mur des Fédérés, in: Nora (Hrsg.), Lieux de mémoire I: La République, S. 619–649, die aber die Zwischenkriegszeit und die kommunistische Aneignung der Tradition kaum behandelt.

³⁰ Le Peuple, 5.6.1926.

³¹ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, 1871, in: MEW 17, S. 344.

diese zeitgenössische Marxsche Interpretation an, indem sie den Bürgerkrieg vom April/Mai 1871 als erstmaliges direktes bewaffnetes Aufeinandertreffen der beiden antagonistischen Klassen – Proletariat und Bourgeoisie – definierten.³² Von Lenin übernahmen die französischen Kommunisten insbesondere die Analyse der vorgebliehen „Fehler“ der Kommune, aus denen es zu lernen gelte. Lenin hatte mit größerem Nachdruck als Marx auf die zögerliche, „demokratische“ Haltung der Kommune hingewiesen, welche sie daran gehindert hätte, rechtzeitig zur Gewalt zu greifen und ihre Feinde zu „vernichten“.³³ Dieses Bild der Kommune als einer gewissermaßen an ihren eigenen Skrupeln und Halbheiten gescheiterten proletarischen Bewegung beeinflusste Lenins Revolutionstheorie und -praxis zutiefst und stellte einen wichtigen Impuls für Lenins an den russischen Verhältnissen entwickelte Lehre dar, wonach die Arbeiterklasse einer disziplinierten Partei als revolutionärer Avantgarde bedürfe.³⁴ Ganz in diesem Sinne kritisierten auch die französischen Kommunisten die „revolutionäre Sentimentalität“ der von proudhonistischen und blanquistischen Vorstellungen durchsetzten Kommune. Zu sehr sei sie befangen gewesen im Respekt der „bürgerlichen Legalität“; zu spät habe sie die Notwendigkeit einer proletarischen Diktatur begriffen, und zu spät habe man der „sauvagerie versaillaise“ den „roten Terror“ entgegengesetzt: „C'est la terreur blanche qui triomphe, qui fait payer de leur vie à 30.000 prolétaires, de leur liberté à 70.000 autres leur indécision fatale, leur générosité sentimentale, leur croyance en la démocratie.“³⁵ Die Einsicht in die tiefere Ursache dieses Scheiterns ergab sich aus dem Vergleich des Kommuneschicksals mit der siegreichen Russischen Oktoberrevolution: „La révolution de 1871 n'avait pas pour la diriger un parti de classe, un parti capable de la conduire à la victoire définitive.“³⁶ Die bolschewistische Revolution mit ihrer Parteidiktatur hingegen konnte als die gelungene Fortsetzung der Pariser Kommune gelten: „Vive la Commune! et vive la République des Soviets! sont des cris identiques“ – so hieß es ganz im Leninschen Sinne.³⁷ Noch viel mehr als die Große Französische Revolution eignete sich daher das Andenken an die Kommune zur geforderten Verknüpfung eigener nationaler Traditionen mit dem an Moskau orientierten proletarischen Internationalismus.

Doch es kennzeichnete das neue, aus der bolschewistischen Revolution geborene Traditionsverständnis, daß sich die Kommunisten keinesfalls mit der bloßen Kommemoration begnügen konnten. Das Gedenken der Vergangenheit besaß primär instrumentellen Charakter, es sollte revolutionäres Bewußtsein der Gegenwart und in die Zukunft gerichtete Tatkraft stärken. Nicht nur „Gedächtnisfest“, sondern vor allem auch „Hoffnungsfest“ sollte die alljährliche Demonstration zum Gedenken an die „Semaine Sanglante“ sein.³⁸ Aufbauend auf der schon erwähnten Konstruktion zweier gegensätzlicher Traditions- und Klassenlinien in der französischen Geschichte, ließ sich der in der Kommune vorhandene Traditionsschatz um so zweckmäßiger aktualisieren. Zwischen den Konterrevolutionären des späten 18. und des 19. Jahr-

³² Parti Communiste (S.F.I.C.), Plan de Causerie pour la Commémoration de la Commune (ca. 1926), S.5, AN I/7 13093.

³³ W.I. Lenin, Die Lehren der Kommune (1908), in: Dieter M. Schneider (Hrsg.), Pariser Kommune 1871 II: Texte von Marx, Engels, Lenin und Trotzki, Reinbek 1971, S. 71.

³⁴ Siehe ebd., S. 187, die Bemerkungen des Herausgebers.

³⁵ Plan de Causerie, S. 3.

³⁶ Ebd., S. 3f. Marcel Cachin in: L'Humanité, 18.3.1921.

³⁷ L'Humanité, 29.5.1921.

³⁸ Ebd.

hundert, den im Frühjahr 1871 um Thiers versammelten „Versaillern“ und den aktuellen innenpolitischen Gegnern der Kommunisten, den „Faschisten“ und „Sozialfaschisten“, bestand demzufolge eine ungebrochene Kontinuität. Das zugrunde liegende Prinzip war dabei die mythische Perpetuierung der revolutionären Bürgerkriegssituation von 1871. Dies entsprach dem Leninschen Urteil, wonach der bürgerlichen Demokratie nachgerade das „Gesetz“ innewohnte, daß „je entwickelter die Demokratie, desto näher [...] bei jeder tiefgehenden politischen Auseinandersetzung, durch die die Bourgeoisie gefährdet wird, Pogrome oder Bürgerkrieg heran[rücken].“³⁹ Die kommunistische Kommemorationsfeier der Kommune diente unter diesem Aspekt der Fortsetzung des damals nur unterbrochenen, keineswegs aber beendeten Bürgerkriegs. Unter Verweis auf das von Jean Baptiste Millière überlieferte Wort, wonach die Kommune keine Verfassungsgebende Versammlung sei, sondern ein Kriegsrat,⁴⁰ verstand sich die kommunistische Kommemorationsfeier als Kampfhandlung in einer Bürgerkriegssituation: „Quand la bourgeoisie dit: paix, nous lui répondons: Guerre.“⁴¹ Als daher etwa 1921 ein in Saint-Denis geplanter kommunistischer Demonstrationzug zur Erinnerung an den 18. März durch die Regierung verboten wurde, konnte dies gleichfalls nur als Bürgerkriegshandlung angesehen werden: „C'est la guerre déclarée“, schrieb Cachin, „entre le Pouvoir et la classe ouvrière; nous n'avons que des coups à attendre de l'adversaire. Il nous appartient seulement de nous préparer à les rendre lorsque l'heure en sera venue.“⁴²

Virulent wurde dieses Verständnis der Kommemorationsfeier vor allem immer dann, wenn die Kommunisten eine Verschärfung der Klassengegensätze zu erkennen glaubten. Insbesondere gilt dies für das Jahr 1926, als der Kampf gegen den „Faschismus“ im Vordergrund stand. Die faschistischen oder als „faschistisch“ deklarierten Organisationen eines Valois oder Taittinger erschienen als die direkten Nachfolger der „Versaillais“ von 1871: „La Commune vaincue renaît de ses cendres, les fils des assassinés sont aujourd'hui dressés contre les fils des assassins.“⁴³ Das Andenken an die Kommune verband sich also auch mit dem Verlangen nach Vergeltung ihrer Opfer in einem neuen revolutionären Bürgerkrieg. Eine besondere Dramatik erhielt diese Form der Kommemorationsfeier, wenn es einer der wenigen noch lebenden Kommuneangehörigen selbst war, der 2.000 Teilnehmern einer antifaschistischen Versammlung der A.R.A.C erklärte: „Vous êtes [...] la posterité des vétérans de la commune. C'est vous qui ferez lever le grain des futures révolutions. Vous serez les vengeurs des assassinés de la réaction versaillaise.“⁴⁴

Ein zweiter „Bürgerkriegsschub“ in der Kommemorationsfeier der französischen Kommunisten erfolgte während der sogenannten „Dritten Periode“, als die Internationale ihre Ländersektionen zu einem schärferen und zur Gewalt tendierenden Aktionismus aufrief.⁴⁵ Den „caractère simpliste d'une commémoration“, den der letzte Maisonntag des Jahres aus dieser Perspektive immer noch besaß, galt es mithin

³⁹ W.I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky (1918), in: Werke 28, S. 244.

⁴⁰ Dies zitiert schon Leo Trotzki, Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky, zit. n. der gekürzten Fassung bei Schneider (Hrsg.), Kommune II, S. 119. In den Verlautbarungen der PCF taucht dieser Verweis häufiger auf. Siehe etwa Causerie, S. 3; L'Humanité, 18.3.1921.

⁴¹ Causerie, S. 7. Vgl. L'Humanité, 29.5.1926.

⁴² L'Humanité, 21.3.1921.

⁴³ Le Combattant (Juni 1926), AN F7 13322; vgl. L'Humanité, 28. u. 29.5.1926;

⁴⁴ AN F7 13179, 30.5.1926 (Carmelina). Vgl. Plan de Causerie, S. 7; L'Humanité, 28.5.1926, 2.6.1928.

⁴⁵ Dazu siehe unten, S. 378ff.

endgültig zugunsten einer „*démonstration d'action directe*“ auszumerzen.⁴⁶ Die Gedenktage der Jahre 1929 – 1931 waren daher häufiger als zuvor von dem kommunistischen Willen zu solcher „direkten Aktion“ geprägt, und die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen am Rande der eigentlichen Kommemorationsfeier auf dem Friedhof Père Lachaise nahm zu.⁴⁷ Nachdem es etwa 1929 zu mehreren Schlägereien zwischen Demonstranten und Polizisten gekommen war, hofften die Jungkommunisten auf weitere Demonstrationen und die Wiederbelebung eines revolutionären Geistes.⁴⁸

Es liegt auf der Hand, daß auf der Basis des marxistisch-leninistischen Traditionsverständnisses eine mit den Sozialisten gemeinsam durchgeführte Kommemoration der Kommune nicht möglich war. Solange die Kommunisten die französischen Sozialisten als „Verräter“ an der Arbeiterklasse betrachteten – und dies war bis 1934 im wesentlichen der Fall –, war ihnen daher vor allem daran gelegen, die Sozialisten aus der prestigeträchtigen Kommunetradition zu verdrängen. Die Spaltung der französischen Arbeiterschaft schlug sich also auch im Verhältnis zu ihrem Traditionsschatz nieder. Zwar hielten S.F.I.O. und C.G.T. an der Kommemoration der Kommune fest, doch lehnten sie die von den Kommunisten angestrebte Instrumentalisierung ab. Während die Kommunisten das Andenken an die Opfer von 1871 regelmäßig mit aktuellen tagespolitischen Parolen verknüpften, sollte nach sozialistischer Auffassung das feierliche Begehen des Gedenktages ausschließlich dem Gedenken der Toten dienen.⁴⁹ Seit 1921 gab es daher alljährlich zwei Feiern, in denen Kommunisten und Sozialisten jeweils getrennt der „*Semaine Sanglante*“ gedachten. Angesichts der populären Symbolkraft, die von der Kommunekommemoration ausging, ist es für die Möglichkeiten der Kommunisten, sich in der politischen Kultur der Stadt Paris zu etablieren, von großer Bedeutung gewesen, daß es ihnen gelang, die traditionelle Zeremonie im Père Lachaise zu monopolisieren. Während sich am 29. Mai 1921 rund 22.000 kommunistische Sympathisanten zum Père Lachaise begaben,⁵⁰ hatte die sozialistische Konkurrenzveranstaltung eine Woche zuvor auf dem Friedhof von Montparnasse nur 600–1.200 Teilnehmer zu mobilisieren vermocht.⁵¹ „*Plaise aux dissidents de convier leurs rares fidèles au cimetière Montparnasse*“, triumphierte die „*Humanité*“. „*La foule ouvrière leur démontrera, une fois de plus, qu'elle ne suit pas les mauvais bergers de la collaboration de classe, qu'auraient désavoués les communards révolutionnaires de 71, dont ils prétendent encore se réclamer.*“⁵² Gelegentlich schloß diese ideologische Kampfstellung gegen die Sozialisten auch die gezielte Störung der von der S.F.I.O. organisierten Veranstaltungen zum Gedenken an die Kommune mit ein.⁵³

⁴⁶ AN F7 13322, 30.5.1931.

⁴⁷ AN F7 13322, 27.5.1929; F7 13119, 27.5.1930; F7 13322, 30.5.1931.

⁴⁸ AN F7 13322, 28.5.1929.

⁴⁹ Siehe etwa *Le Populaire*, 26.5.1922; AN F7 13322, 18.5.1926.

⁵⁰ So der Polizeibericht AN F7 13322, 29.5.1921. Demgegenüber verdient die Zahl von 60.000 Teilnehmern, welche die *Humanité* vom 30.5.1921 behauptete, wenig Vertrauen angesichts der notorischen Übertreibung, mit welcher die Kommunisten über ihre Veranstaltungen sprachen.

⁵¹ AN F7 12893, 23.5.1921.

⁵² *L'Humanité*, 28.5.1921.

⁵³ AN F7 13119, 11.3.1930.

In der dauerhaften Vereinnahmung der Kommunetradition erblickte die Parteit Spitze des PCF eine vordringliche Aufgabe.⁵⁴ Doch nicht allein aus dem spezifischen leninistischen Traditionsverständnis sowie aus der Frontstellung gegen die Sozialisten erklärte sich dies. Denn für die Kommunisten bedeutete das strenge Regiment der Pariser Polizeipräfekten, das bis in die dreißiger Jahre hinein jegliche politische Demonstration unter freiem Himmel in der Stadt selbst untersagte, ein schweres Handicap.⁵⁵ Insofern, als jenes Reglement spezifische, in der politischen Kultur der Stadt fest etablierte zeremonielle Feiern – darunter auch das Gedenken der „Semaine Sanglante“ – ausnahm, kam der Kommunekommemoration insbesondere für die physische Präsenz der Kommunisten in Paris zentrale Bedeutung zu. Was Veranstaltungen unter freiem Himmel betrifft, so war die Zeremonie auf dem Père Lachaise für lange Zeit das einzige legale Einfallstor in den Stadtbezirk, über welches die französischen Kommunisten verfügten. Die über die Jahre hinweg relativ stabilen Teilnehmerzahlen mit ihrem nicht unerheblichen Anteil an Frauen und Kindern⁵⁶ zeigen, daß es den Kommunisten gelang, sich zum legitimen und akzeptierten Erben der symbolstarken und populären Kommunetradition zu machen. Trotz ihres mythischen Bezuges auf die Bürgerkriegssituation von 1871 und ihrem Bemühen, diese für die gegenwärtigen Konflikte zu aktualisieren – was auf der politischen Rechten bisweilen scharfe Reaktionen hervorrief⁵⁷ –, wußten die Kommunisten sich so in der traditionellen politischen Kultur von Paris ein festes Standbein zu verschaffen.

Welche Möglichkeiten schließlich die Volksfronttaktik den Kommunisten bot, ist auch in bezug auf die Art und Weise, wie die Kommune kommemoriert wurde, deutlich zu erkennen. 1934, noch unter dem unmittelbaren Eindruck des Aufstandsversuchs vom 6. Februar 1934 sowie der ersten gemeinsamen Aktion von Sozialisten und Kommunisten, dem Generalstreik vom 12. Februar, schlug die S.F.I.O. der kommunistischen Parteiführung das gemeinsame Begehen des Gedenktages der „Semaine Sanglante“ vor. Obwohl dieses Ersuchen schließlich an der Intransigenz der Kommunisten scheiterte, kam es doch erstmals zu einer gleichzeitigen Parallelversammlung auf dem Père Lachaise.⁵⁸ 1935 indessen erfolgte, unter dem Zeichen der förmlichen Kooperation zwischen den beiden Parteien, die erste gemeinsame Kommemoration der Kommune. Diese Veranstaltung geriet mit rund 50.000 Teilnehmern zur „bedeutendsten revolutionären Kundgebung“, die man anlässlich dieses Gedenktages bis dahin hatte erleben können.⁵⁹ In doppelter Hinsicht war dieses Ereignis bemerkenswert. Zum einen gelang es den Kommunisten, die Demonstration größtenteils zu dominieren, so daß der Eindruck vorherrschte, es habe sich primär um eine kommunistische Veranstaltung gehandelt.⁶⁰ Zum anderen aber nötigte die Volksfronttaktik die Kommunisten dazu, ihre Bürgerkriegsmythologie wenn nicht abzustreifen, so doch zu modifizieren. Wenn es in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren bei der Kommunekommemoration zumeist darum gegangen war, jene

⁵⁴ Siehe AIRM Nr. 150, Bureau Politique, 27.5.1926 (Monmousscau).

⁵⁵ Dazu unten, S. 432f.

⁵⁶ Nach Polizeiberichten handelte es sich um folgende Teilnehmerzahlen (in Klammern die Teilnehmerzahlen der sozialistischen Feiern): 1926: 19.700 (1.500) 1927: 26.000 1928: 17.450 1929: 9.000 (1.400). AN F7 13322, 30.5.1926; 27.5.1928; 27.5.1929, 2.6.1929.

⁵⁷ Siehe etwa *La Liberté*, 27.5.1921, 30.5.1921; *Le Temps*, 30.5.1921; *La Victoire*, 24.5.1930.

⁵⁸ AN F7 13028, 2.6.1934.

⁵⁹ AN F7 13306, 22.5.1935

⁶⁰ *Ibid.*

Bürgerkriegspose nicht nur gegenüber den „faschistischen“ Gruppierungen, sondern ebenso gegenüber dem demokratisch-republikanischen System zu akzentuieren, so stand 1935 zumindest auf der deklamatorischen Ebene die *Verteidigung* der republikanischen Freiheit auf der Tagesordnung. Das bedeutete, daß sich die Kommunisten der revolutionären Tradition der Stadt Paris nunmehr auf dem Boden des republikanischen Konsenses bemächtigten und nicht in schroffem Gegensatz zu ihm. Ebenso wie für die Kommemoration des 14. Juli läßt sich daher auch in bezug auf den kommunistischen Umgang mit der Kommune-tradition sagen, daß die Zelebrierung nationaler revolutionärer Traditionen, die genau umrissenen rituellen Regeln folgte, den Kommunisten einen strukturellen Berührungspunkt mit dem republikanischen System und seiner politischen Kultur verschafften. Dies galt um so mehr, als sich die Kommunisten seit 1934 auf die Verteidigung dieses Systems einließen. Auf den kommunistischen Bürgerkriegshabitus konnte eine solche Integration in die etablierte politische Kultur des republikanischen Paris durchaus eine pazifizierende Wirkung ausüben.

2. Die KPD und die Flucht aus der deutschen Geschichte

Im Lichte des Vorstehenden ließe sich zugespitzt sagen, daß die französische Geschichte im allgemeinen und die Geschichte der Stadt Paris im besonderen der vom Marxismus-Leninismus geforderten dialektischen Verschränkung von nationalen revolutionären Traditionen und proletarischem Internationalismus gewissermaßen ein ideales Experimentierfeld darboten. Denn der französische Revolutionszyklus war seit jeher ein bevorzugtes Studienobjekt der marxistischen „Klassiker“ gewesen und bildete das quasi-empirische Fundament ihrer universalen Geschichtsideologie. Für den sich entwickelnden französischen Kommunismus hatte dies zur Folge, daß er einerseits durch die Pflege der nationalen revolutionären Traditionen einem wichtigen autochthonen Teilbereich der französischen politischen Kultur unmittelbar verhaftet blieb, damit aber auch dem proletarischen Internationalismus zu huldigen vermochte.

In Deutschland dagegen fehlte es an einer dem französischen Beispiel vergleichbaren revolutionären Ereigniskette, auf die in emphatischer, ungeteilt positiver Weise hätte Bezug genommen werden können. Die „ultralinke“ Parteiführung der KPD um Ruth Fischer und Arkadij Maslow kam denn auch 1925 zu dem apodiktischen Urteil: „Die deutsche Arbeiterklasse hat fast keine revolutionäre, das deutsche Volk im allgemeinen fast keine bürgerlich-demokratische Tradition.“⁶¹ Allerdings setzte sich nach dem Sturz der ultralinken Parteiführung bald die Überzeugung durch, daß eine solch radikale Exemption aus der deutschen Geschichte für die Entwicklung einer kommunistischen Identität in Deutschland nicht fruchtbar sein würde.⁶² Innerhalb der KPD kam nun eine Auffassung zum Tragen, die an der dialektisch vermittelten Einheit von Gegenwärtigem und Vergangenen festhalten und sie durch marxistisch-leninistische Schulung systematisch bewußt machen wollte. Die Geschichte der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der kommunistischen Partei im besonderen sollte so bewußtseinsstiftende Kraft entwickeln. Der Protagonist dieser Richtung war Hermann Duncker, der schon in der Vorkriegssozialdemokratie als Wanderlehrer

⁶¹ Beschlüsse des X. Parteitages der KPD, Berlin, 12.–17. Juli 1925, Berlin 1925, S. 29.

⁶² Vgl. dazu Klaus Kinner, *Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917–1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD*, Berlin (Ost) 1982, S. 349.

fungiert hatte. 1920 hatte Duncker die Reihe „Elementarbücher des Kommunismus“ mit der Herausgabe des „Kommunistischen Manifestes“ eröffnet und avancierte nach dem Sturz der ultralinken Parteiführung zunehmend zum „Chefhistoriker“ der KPD.⁶³ Duncker war vor allem der Auffassung, daß die mangelnde eigene Tradition der KPD durch systematische marxistisch-leninistische Schulung kompensiert werden müsse.⁶⁴

Jedoch blieb das Verhältnis der KPD zu den nationalen „revolutionären Traditionen“ trotz dieser erweiterten Perspektive auf die eigene Geschichte ambivalent. Die kommunistische Identität ließ sich nicht eigenständig in der deutschen Vergangenheit verankern; vielmehr diente diese Vergangenheit überwiegend als negative Kontrastfolie zu den großen, insgesamt „erfolgreicheren“ Revolutionsmythen Frankreichs und Rußlands. Einer insgesamt antithetischen Haltung zur deutschen Vergangenheit dienten die Pariser Kommune und die russische Oktoberrevolution gleichsam als Surrogatidentitäten. Zwar entsprang dies letztlich Marx' universalgeschichtlichem Ansatz, und aus marxistisch-leninistischer Sicht mochte dies als gelungene Verbindung nationaler Traditionen mit dem proletarischen Internationalismus gelten;⁶⁵ de facto lag jedoch ein wichtiger Grund für den im Vergleich zum PCF weitaus höheren Ideologierungsgrad der KPD: Die Absenz eines positiv besetzten revolutionären Traditionsschatzes begünstigte im Falle der deutschen Kommunisten die Flucht aus der eigenen Geschichte und die ideologische Konstruktion abstrakter, in der konkreten historischen Realität nicht auffindbarer Traditionszusammenhänge.

An den beiden revolutionären Daten der deutschen Geschichte, dem 18. März 1848 und dem 9. November 1918, läßt sich dies exemplarisch verdeutlichen. So gestaltete sich das Verhältnis der KPD zum Gedenken an die „Märzgefallenen“, d.h. an die Opfer der Barrikadenkämpfe in der Berliner Revolution von 1848, widersprüchlich. Während des Kaiserreiches hatte der 18. März, der Tag an dem das Berliner „Volk“ König Friedrich Wilhelm IV. zum Zurückweichen zwang, im sozialdemokratischen Kommemorationskalender bereits einen festen Platz erobert.⁶⁶ Und auch im Geschichts- und Traditionsverständnis der frühen KPD spielte er eine prominente Rolle: Am 19. März 1922 etwa, einem Sonntag, versammelten sich nach Angaben der „Roten Fahne“ viele Tausende Berliner zum Gedenken an die Märzgefallenen.⁶⁷ Die kommunistischen Märzfeiern, so führte Heinz Neumann aus, hatten „geschichtliche Bedeutung“ und stellten eine „geistige Sammlung für die zukünftigen Kämpfe“ dar.⁶⁸ Das Gedenken an die Märzgefallenen hatte also für sich genommen keine Bedeutung, sofern es sich nicht als Traditionslinie für die gegenwärtigen Kämpfe in Dienst neh-

⁶³ Ebd. Siehe Duncckers programmatischen Artikel, Zur Propaganda des Marxismus-Leninismus, in: Die Internationale 7 (1926), S. 84–86. Zu Duncckers Biographie vgl. Art.: Duncker, Hermann, in: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, hrsg. v. Gabriele Baumgartner u. Dieter Hebig, Bd. 1, München 1996, S. 139. Vgl. ferner die auf Parteilinie liegende Gedenkschrift von Günter Griep, Alfred Förster, Heinz Siegel, Hermann Duncker – Lehrer dreier Generationen. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1974.

⁶⁴ Duncker, Propaganda, S. 85.

⁶⁵ Vgl. etwa Kinner, Geschichtswissenschaft, S. 114ff.

⁶⁶ Siehe dazu Beatrix Bouvier, Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter: Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März, in: Dieter Düding, Peter Friedemann u. Paul Münch (Hrsg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek 1988, S. 334–351.

⁶⁷ RF Nr. 134, 20.3.1922.

⁶⁸ So Heinz Neumann in einer Gedächtniskundgebung in Berlin, ebd.

men ließ: Der März 1919 hatte den „Blutfeldzug Noskes“ gesehen, der März 1920 den Zusammenbruch des Kapp-Putsches „vor der geschlossenen Front der deutschen Arbeiterschaft“.⁶⁹ Das Jahr 1921 schließlich war durch die „Märzaktion“ der KPD gezeichnet gewesen. „Der Monat März verkörpert dem deutschen Proletariat seine revolutionäre Tradition,“ resümierte die „Rote Fahne“, um sogleich deren aktuelle Funktion hervorzuheben: „Für die Arbeiterschaft sind jene Kämpfe nicht verklungene Sagen. Sie steht ihnen nicht mit billiger Begeisterung und kleinbürgerlicher Sentimentalität gegenüber. Sie schaut in die Vergangenheit, um die Aufgaben zu erkennen, die in der Zukunft zu lösen sind. Die deutsche Revolution ist für die Arbeiter keine abgeschlossene Angelegenheit, sondern eine Sache der Gegenwart und der Zukunft.“⁷⁰ In jedem Fall war die Märzfeier „kein Tag der Reminiszenzen und ‚historischer‘ Betrachtungen, sondern ein *Kampftag*.“⁷¹

Zugleich jedoch offenbart die kommunistische Kommemorations der Märzgefallenen die begrenzte Reichweite, die die nationalen „revolutionären Traditionen“ für die Identitätsbildung der KPD besaßen. Zwar mußte man die Revolution von 1848 nicht unbedingt mit Arkadij Maslow lediglich als eine „elende Bierphilisterrevolution“⁷² betrachten; doch als „bürgerliche“ Revolution konnte die Erhebung des Jahres 1848 ohnehin nicht unmittelbar in den Traditionsbogen der KPD eingefügt werden, zumal sie „im ersten schüchternen Anlauf“ steckengeblieben war. Vor dem „Medusenantlitz der proletarischen Revolution“ erstarrend, so urteilte August Thalheimer zum 75. Jahrestag 1923, hätten „die kleine und die große Bourgeoisie“ schon früh den „Verrat“ vorbereitet und ihren Frieden mit dem Absolutismus gemacht.⁷³ Schlossen also der „bürgerliche“ Charakter und überdies das Scheitern der Revolution von 1848 deren uneingeschränkte Kommemorations durch die deutschen Kommunisten aus, so verband sich auch mit der Erhebung des Berliner „Proletariats“ keine hinreichende Traditionsstiftung: Die deutsche Arbeiterklasse, so konstatierte Thalheimer, habe damals noch „in den Kinderschuhen“ gesteckt; der eigentliche Schrecken sei vielmehr von dem „gewaltige[n] Auftreten des entwickelteren französischen Proletariats“ ausgegangen, das sich im Juni 1848 in Paris erhoben habe.⁷⁴ Doch nicht nur mit den gleichzeitigen Pariser Ereignissen von 1848 mußte der 18. März „angereichert“ werden, um im Traditionsbogen der KPD eine Rolle zu spielen: Wichtiger noch war der „andere“ 18. März, nämlich die Proklamierung der Pariser Kommune 1871. Jede kommunistische Erinnerung an den 18. März heroisierte zugleich die Pariser Kommune, die im Anschluß an Marx als erste erfolgreiche, wenn auch nur partiell-kurzfristige Machtübernahme des „Proletariats“ interpretiert wurde.⁷⁵

⁶⁹ RF Nr. 133, 19.3.1922, „März 1922“.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ RF Nr. 62, 18.3.1925, „Das Blut unserer Märzgefallenen ruft“.

⁷² Zit. nach Kinner, Geschichtswissenschaft, S. 348.

⁷³ RF Nr. 65, 18.3.1923, A. Th., „Dieser 18. März“.

⁷⁴ Ebd. Daß sich tatsächlich weder in Berlin noch im Juni 1848 in Paris ein „Proletariat“ im marxistischen Sinne erhob, sondern eine aus Gesellen, handwerksnahen Arbeitern und Kleinbürgern rekrutierte Menge, die in ihrem Sozialprofil einen repräsentativen Querschnitt durch die arbeitende Bevölkerung insgesamt abbildete, ist bekannt und braucht hier nicht näher diskutiert zu werden. Vgl. mit weiterer Literatur Andreas Wirsching, Arbeiter und Arbeiterbewegung in Paris in vergleichender Perspektive, in: Ilja Mieck, Horst Möller u. Jürgen Voss (Hrsg.), Paris und Berlin in der Revolution 1848, Sigmaringen 1995, S. 161–185, hier v.a. S. 162ff. u. 176f.

⁷⁵ RF Nr. 134, 19.3.1922, Gedächtniskundgebungen der KPD; RF 18.3.1923, „Dieser 18. März“, RF Nr. 62, 18.3.1925, Ernst Thälmann, Denkt an das Beispiel der Kommune; ebd., „Das Blut unserer

Die kommemorative Inanspruchnahme der Pariser Kommune für den deutschen Kommunismus vollzog sich freilich in ganz anderen Bahnen, als dies in Frankreich und in Paris selbst geschah. In Paris etablierte sich die marxistisch-leninistische Interpretation der Kommune auf der Basis tatsächlicher geschichtlicher Realität und deren konkret nachvollziehbarer raumzeitlicher Vermittlung: Neben den „lieux de mémoire“ existierte die kollektive Erfahrung einer ganzen Generation. Mit den wenigen, in den zwanziger Jahren noch lebenden Veteranen der Kommune traf sich die Generation der Söhne im Gedenken an die Opfer. Kommunistische Traditionspflege wurde so im nationalen und regionalen Raum gleichsam „anfaßbar“. Wenn dagegen die KPD an die Kommune erinnerte, fiel diese ganze lebenswirkliche und lebensweltliche Dimension notwendig weg; übrig blieben die ideologischen Konstrukte von Marx und Lenin und die Funktionalisierung der Kommune-tradition für die Gegenwart.⁷⁶ Kennzeichnend hierfür war das „Referentenmaterial“, welches das Z.K. der KPD 1931 zum 60. Jahrestag der Kommune herausgab.⁷⁷ Hierbei handelte es sich einerseits um einen ideologischen Traktat, der die Thesen der marxistischen „Klassiker“ popularisierte, andererseits aber um die Handreichung primär gegenwartsorientierten Propagandamaterials. So wurden die Referenten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Durcharbeitung des Kommune-Themas „unter den *aktuellen Gesichtspunkten erfolgen*“ müsse. Im einzelnen zu verstehen waren hierunter v.a. die Fragen der „faschistischen konterrevolutionären Rolle der SPD, der Weltwirtschaftskrise und der Verelendung des Proletariats in den kapitalistischen Staaten einerseits und des siegreichen sozialistischen Aufbaues in der Sowjet-Union andererseits; die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Nachfolger der Pariser Kommune – gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – *alle diese Fragen müssen bei der Behandlung des Themas in den Vordergrund gestellt werden.*“⁷⁸ Wird dann noch in Rechnung gestellt, daß die verbindliche Traditionslinie vom Kommuneaufstand direkt in die Russischen Revolutionen von 1905 und 1917 mündete,⁷⁹ so wird deutlich, daß die KPD von gewissermaßen geborgten und zur Fundierung eigener Identität ideologisch zurechtgeschnittenen Traditionen lebte. Der tatsächliche Erinnerungskern des 18. März, das Gedenken an die in Berlin-Friedrichsfelde begrabenen Barrikadentoten, trat demgegenüber bis zur Unkenntlichkeit zurück.

Drastischer noch äußerte sich diese Flucht aus der deutschen Geschichte mit Blick auf die Rolle des 9. November in der Traditionspflege der KPD. Während später in der DDR darüber diskutiert wurde, ob die Novemberrevolution innerhalb des historischen Materialismus als genuin „proletarische“ oder als „bürgerliche“ Revolution zu werten sei,⁸⁰ stand für die zeitgenössische KPD der „Verrat“ der SPD, „die Geschichte des schändlichsten, blutigsten Verrats der Arbeiterbewegung, des größten Verrats der Weltgeschichte“,⁸¹ im Zentrum des Gedenkens. Von der Pariser Kommune glaubte man, daß sie infolge eigener Naivität und Unreife an den schließlich überlegenen Kräften und dem brutalen Vorgehen des Klassenfeindes gescheitert war.

Märzgefallenen ruft“. RF Nr. 67, 18.3.1928, Ernst Schneller, Der Weg der Revolution. Zum 18. März 1928.

⁷⁶ Vgl. Kinner, Geschichtswissenschaft, S. 339ff.

⁷⁷ BAP, RJM, Film 22139, Nr. 6787, fol. 67c, S. 1–33.

⁷⁸ Ebd., S. 1.

⁷⁹ Ebd., S. 16ff.

⁸⁰ Vgl. dazu Kluge, Deutsche Revolution, S. 33ff.

⁸¹ RF Nr. 264, 9.11.1927, „Neun Jahre Novemberrepublik, zehn Jahre russische Revolution“.

Die deutsche Novemberrevolution dagegen war dem Verrat zum Opfer gefallen. Solche ideologische Klassifizierung mußte, was emotionale Wertschätzung und propagandistische Instrumentalisierung dieser „revolutionären Traditionen“ betrifft, grundlegende Unterschiede hervorbringen.

Aus der deutschen Revolution, welche die ungeliebte Weimarer Republik hervor gebracht hatte, konnten die deutschen Kommunisten denn auch keine positiven Traditionen ziehen, sofern es sich nicht um die Kommemoriation ihrer Märtyrer, an der Spitze Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, handelte.⁸² Hinzu kam das sporadische Gedenken an Ereignisse wie die Erstürmung des Vorwärtsgebäudes am 11. Januar 1919.⁸³ Doch blieb die Novemberrevolution im ganzen eine „Spottgeburt“, eine „erbärmliche Komödie“.⁸⁴ Der 9. November hingegen gewann seine Kontur nur in antithetischer Form, als negatives Gegenbeispiel zur verherrlichten „Großen Oktoberrevolution“, deren Gedenktag auf den 7. November fiel. In extremer Weise wurde so der – von vielen freilich traumatisch erlebte – jüngste Angelpunkt deutscher Geschichte disqualifiziert und durch den ideologischen Rekurs auf den Russischen Oktober kompensiert.⁸⁵ Ebenso wie der „Reichsgründungstag“ am 18. Januar⁸⁶ und der „Verfassungstag“ am 11. August⁸⁷ fiel auch der 9. November dem Verdammungsurteil der marxistisch-leninistischen Geschichtsbetrachtung anheim.

Festzuhalten bleibt, daß die KPD aus der deutschen Geschichte keine positiven identitätsstiftenden Traditionen zu ziehen vermochte, deren Kommemoriation sie möglicherweise am Hauptstrom der politischen Kultur in Deutschland hätte partizipieren lassen. Doch darüber hinaus gilt es einen weiteren Aspekt der kommunistischen Traditionspflege in Deutschland hervorzuheben: Praktisch jeder Rekurs der KPD auf die deutsche Vergangenheit akzentuierte zugleich den ideologischen Gegensatz zur Sozialdemokratie. Im Falle des 9. November liegt dies offen zutage und braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Aber auch die Kommemoriation des 18. März wurde von den Kommunisten stets dazu genutzt, um die Sozialdemokratie zu attackieren. 1922 z.B. sprach Arthur Rosenberg in Berlin „in eindrücklicher Weise“ über den 18. März 1848, um dann sofort zu den „Leiden des Proletariats“ seit 1918 überzugehen und die Befreiung der „proletarischen Brüder aus den Kerkern der Ebertrepublik“ zu fordern.⁸⁸ Auf einer anderen Kundgebung am selben Tag gab der Redner einen historischen Überblick, betonte dann aber, „besonders am heutigen Tag sei der edlen Toten und derjenigen Kämpfer zu gedenken, die von der rachsüchtigen Bourgeoisie und ihren sozialistischen Lakaien in den Kerkern lebendig begraben wurden.“⁸⁹ Aus dieser Perspektive übernahm die SPD 1918/19 die Rolle des „Verrä-

⁸² Dazu unten, S. 356ff.

⁸³ Z.B. RF Nr.8, 10.1.1926, 3. Beilage.

⁸⁴ RF Nr. 514, 9.11.1921, Beilage: Für die proletarische Jugend („Jugend und Novemberrevolution“).

⁸⁵ Siehe dazu die Analyse von Manfred Gailus, „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!“ Die Kommunisten, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle, Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 61–88, hier S. 77–86.

⁸⁶ Siehe stellvertretend: RF Nr. 27, 18.1.1921 („Der 18. Januar 1871–1921“); RF Nr. 16, 20.1.1931 („Zum Reichsgründungsrundmel“).

⁸⁷ Stellvertretend: RF Nr. 92, 10.8.1924 („Nieder mit der Verfassung der Ausbeuter“); RF Nr. 148, 11.8.1929 („Fort mit der bürgerlichen Republik! Kämpft für die Sowjetmacht!“).

⁸⁸ RF Nr. 134, 20.3.1922, Gedächtniskundgebungen der KPD.

⁸⁹ *Ibid.* (Düwel).

ters“, welche 1848/49 die liberale Bourgeoisie übernommen hatte.⁹⁰ Indem die Sozialdemokratie fortfuhr, den 18. März zu feiern, übernahm sie die Rolle „des bestorganierten Henkers der Bourgeoisie“;⁹¹ indem sie die politischen Verheißungen von 1848 in der „schwarzrotgoldenen Republik“ erfüllt sah, offenbarte sie ihren Charakter als „Hilfstruppe der internationalen Konterrevolution“.⁹²

Was anlässlich des 18. März, des 11. Augusts oder des 9. Novembers an ideologischem Dissens mit der Sozialdemokratie artikuliert wurde, wiederholte sich bei anderen Gedenktagen. Kennzeichnend hierfür war z.B. die Erinnerung an Friedrich Engels. Engels' Geburtstag jährte sich 1920 zum hundertsten Male, sein Todestag 1925 zum dreißigsten Male. Die kommunistische Kommemoriation dieser Tage stand im Zeichen einer wütenden Auseinandersetzung über die ideologische Entwicklung des späten Engels.⁹³ Hatte sich Engels in seinem sog. politischen Testament, der Vorrede zur 1895 besorgten Neuausgabe der „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx, revisionistischen Positionen angenähert, wie die sozialdemokratischen Autoren meinten?⁹⁴ Oder hatte die „opportunistische“ Sozialdemokratie, wie die Kommunisten behaupteten, durch Streichungen im Originalmanuskript bewußte „Marxismusfälschung“ betrieben?⁹⁵ Engels jedenfalls, so resümierte die „Rote Fahne“ zu seinem 100. Geburtstag, „würde aufs Höchste erstaunt sein, wenn er sehen würde, wie jetzt die Epigonen der Leute, die er mit Hohn und Spott überschüttet hat, ihn feiern und sich als seine Jünger ausgeben.“⁹⁶ Und auch aus dem Gedenken an Ferdinand Lassalle (11.4.1825–31.8.1864), dessen Geburtstag sich 1925 zum hundertsten

⁹⁰ RF Nr. 15, 18.3.1924, „Der 18. März“. Vgl. RF Nr. 16, 19.3.1924, Beilage, Massenversammlungen der KPD (zweiter Bezirk, Gen. Schwarz).

⁹¹ RF Nr. 62, 18.3.1925, 1. Beilage, „Das Blut unserer Märzgefallenen ruft [...]“.

⁹² RF Nr. 67, 18.3.1928, Ernst Schneller, Der Weg der Revolution. Zum 18. März 1928.

⁹³ Vgl. dazu vom parteikommunistischen Standpunkt aus Kinner, Geschichtswissenschaft, S. 236f.

⁹⁴ Eduard Bernstein, Friedrich Engels. Gedenkworte zu seinem hundertsten Geburtstage, in: Vorwärts, Nr. 584, 28.11.1920; Conrad Schmidt, Friedrich Engels. Zum 5. August, seinem 30. Todestage, in: Vorwärts, Nr. 365, 5.8.1925 (Beilage).

⁹⁵ D. Rjasanow, Friedrich Engels' 30. Todestag. Seine Einleitung zu Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850“, in: RF Nr. 177, 5.8.1925; Paul Frölich, Die Verfälschung des Marxismus durch die deutsche Sozialdemokratie, RF Nr. 153, 9.11.1924. Vgl. dazu die Vorbemerkung von Richard Fischer in der Neuausgabe von 1925: Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und Vorworten von August Bebel und Richard Fischer, Berlin 1925, S. 3f. Tatsächlich verstand Engels sein „Abwiegen“ in dem Vorwort von 1895 als primär taktisch bedingt und lediglich unmittelbar auf das damalige Deutschland gemünzt. Von einer „Fälschung“ konnte demgegenüber keine Rede sein. Siehe Hans-Josef Steinberg, Friedrich Engels' revolutionäre Strategie nach dem Fall des Sozialistengesetzes, in: Friedrich Engels 1820–1970. Referate – Diskussionen – Dokumente (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 85), Hannover 1971, S. 115–126, hier v.a. S. 122f.; J.D. Hunley, The Life and Thought of Friedrich Engels, New Haven/Conn. 1991, S. 96ff. u. 105ff.; Peer Kösling, Die Sicht auf Engels' „Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich 1848–1850“ – ein Prüfstein für den akademischen, historisch-kritischen Charakter des Bandes I/32 der MEGA, in: Studien zum Werk von Marx und Engels, Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1991, S. 79–88.

⁹⁶ RF Nr. 246, 28.11.1920, „Friedrich Engels. Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages“. Eine Parallele zur Engels-Auseinandersetzung in Deutschland bietet der Kampf zwischen PCF und S.F.I.O. um die Erinnerung an Jean Jaurès. Während die S.F.I.O. Jaurès ganz selbstverständlich in ihre Traditionslinie einfügte, suchte der PCF sich des Gedenkens an den großen Sozialisten zu bemaächtigen. Siehe L'Humanité, 25.7.1923. Dabei ging es vor allem darum: „Attaquer avec violence les social-réformistes [...] qui, après avoir abandonné totalement la lutte de classes, profanent le cadavre de Jaurès en cherchant à l'accaparer.“ AIRM Nr. 64, Bureau Politique, 14.11.1924. Zur erfolgreichen Aneignung der Jaurès-Kommemoriation durch den PCF vgl. oben, S. 283.

Mal jährte, zog die KPD Munition zum Angriff auf die „opportunistische“ Sozialdemokratie.⁹⁷

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Die republikanische Tradition und der mit ihr eng verbundene revolutionäre Mythos, die in Frankreich auf unterschiedliche Weise die historisch-politische Identität maßgeblich prägten, boten auch für die kommunistische Partei Berührungspunkte. In dem Maße, wie sich der PCF der revolutionären Tradition der Hauptstadt Paris, vom Sturm auf die Bastille bis zum Kommuneaufstand, bemächtigte, unternahm er Schritte zur positiven Integration in den Hauptstrom der nationalen politischen Kultur. Je mehr sich die französischen Kommunisten um die ideologische Aneignung der nationalen Geschichte bemühten, desto tiefer wurde diese Integration. In Deutschland dagegen mangelte es an autochthonen, uneingeschränkt positiv besetzbaren revolutionären Traditionen. Wenn sich daher die KPD die nationale Geschichte aneignete, so war dies stets von dem Bemühen begleitet, einen ideologischen Traditionszusammenhang zu konstruieren, der über die deutsche Geschichte hinauswies. Flucht aus der deutschen Geschichte, Ideologisierung und die Kappung eigener historischer Wurzeln im Kaiserreich waren die Folge. Wenn der PCF nationale Traditionen betonte, so näherte er sich tendenziell der linken Mitte des politischen Spektrums und betrat den Weg der Entradikalisierung; wenn dagegen die KPD nationale Traditionen betonte, so betrieb sie damit ihre Flucht in die Gegenwelt auf dem Wege verstärkter Ideologisierung. Analoges gilt für das Verhältnis zur Sozialdemokratie: Das vertiefte Bemühen des PCF um die Traditionspflege eröffnete – vor allem im Zeichen der Volksfront – neue Wege zur Kooperation mit der S.F.I.O. Die Traditionspflege der KPD akzentuierte dagegen stets den ideologischen Gegensatz zur SPD und damit die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

II. Die extreme Rechte und die nationalen Traditionen

Wie die deutschen Kommunisten so hatten auch Hitler und der Nationalsozialismus ein fast durchgehend antithetisches Verhältnis zur jüngeren deutschen Geschichte und zu den durch sie begründeten Traditionen. Einen Angelpunkt in Hitlers universalhistorisch geprägtem Geschichtsbild bildete der positive Bezug auf die antiken Reichsgründungen, d.h. insbesondere das Römische Reich, als dessen bloßer Abglanz das mittelalterliche Kaisertum erschien.⁹⁸ Bismarck und die Reichsgründung von 1871 wurden zwar von Hitler gelegentlich positiv gewürdigt.⁹⁹ Doch spielten Preußentum und Kaiserreich im nationalsozialistischen Geschichtsbild eine eher untergeordnete, vor allem taktisch und propagandistisch motivierte, wenn nicht gar eher negativ be-

⁹⁷ Hermann Duncker, Die Lassalle-Legende, in: Die Internationale 6 (1925), S. 242–247; Rf. 10.4.1925. Dagegen: Eduard Bernstein, Ferdinand Lassalles 100. Geburtstag. Sein Wirken für die deutsche Arbeiterklasse, in: Vorwärts Nr. 170, 10.4.1925.

⁹⁸ Frank-Lothar Kroll, Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), S. 327–353, hier S. 343ff.

⁹⁹ Rede Hitlers auf einer Versammlung der NSDAP in Coburg am 18.1.1931, Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 1: Oktober 1930–Juni 1931, hrsg. u. kommentiert von Constantin Goschler, München 1994, Dok. 48, S. 175f. Vgl. Völkischer Beobachter, Bayern-Ausgabe, 18./19.1.1931, Sonderseite zur Reichsgründung.

setzte Rolle.¹⁰⁰ In Analogie zur kommunistischen Sicht fungierte die jüngere deutsche Geschichte überwiegend als negative Folie, als düsterer Hintergrund, vor dem die „Leistungen“, der „Kampf“ und die eschatologischen Zukunftsverheißungen des Nationalsozialismus um so heller strahlen sollten.¹⁰¹ In noch einmal gesteigerter Form galt dies für die Entstehungsgeschichte der Weimarer Republik selbst, d.h. für die Revolution 1918/19. So wie die KPD der „verratenen“ Revolution in Deutschland stets die siegreiche russische Oktoberrevolution entgegenstellte, so suchten auch Hitler und die NSDAP die von den „Novemberverbrechern“ ins Werk gesetzte „Schande“¹⁰² durch die kultische Überhöhung des Putschversuches vom 9. November 1923 kommemorativ zu tilgen.¹⁰³ Meist in ein und derselben Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ oder des „Angriff“ wurde die rituelle Ehrung und namentliche Auflistung der Toten vom 9. November 1923, später auch der „Toten der Bewegung“ dem Negativurteil über den 9. November 1918 entgegengestellt: „9. November, Totentag! Ich dachte nicht nur an die Toten des Weltkrieges [...], sondern ich dachte an den 9. November 1918, wo wüster Verrat den Helden ihr Opfertum mit einer hinterhältigen Revolution belohnte. Ich erinnerte mich des 9. November 1923, wo wiederum Verrat an vaterlandsliebenden, treudeutschen Männern geübt wurde.“¹⁰⁴

Entsprechend ließ sich – in Analogie zu den Kommunisten – die Kommemoration vergangener „heldenhafter“ Kämpfe zur gegenwarts- und zukunftsbezogenen „Erbauung“ instrumentalisieren. So entstand auch in der NSDAP ein Traditionsbogen, der durch Weltkrieg und Verrat, Kampf und Verheißung auf Rettung gekennzeichnet war: „Der 9. November ist für den Nationalsozialismus ein doppelter Trauertag. 1918 zerbrach an diesem Tage ein Reich, das zwar viele Fehler hatte, aber dessen Gründer doch Männer von heißester Vaterlandsliebe waren, getragen von den höchsten Werten des deutschen Wesens. An seine Stelle aber trat, durch Meineide und Landesverrat herbeigeführt, das Chaos [...] Am 9. November 1923 wurde der Versuch einer nationalen Erhebung im Blut erstickt: unter den Kugeln der Reaktion fielen 16 Kameraden an der Feldherrnhalle zu München [...] Heute erscheint als Folge dieser Herrschaft der Reaktion der extreme Marxismus nach der Brandfackel greifen zu können, die ihm 1918 noch aus der Hand geschlagen wurde. Die einzige Rettung der Nation, die N.S.D.A.P., aber steht durch Blut und Opfer unzerstörbar inmitten der Kämpfe.“¹⁰⁵ Zwar aus diametral entgegengesetzten Gründen, jedoch eine analoge Wirkung ausübend, bedeutete die Erfahrung der Novemberrevolution für beide totalitären Bewegungen ein nachgerade konstitutives Trauma, das durch die bewußte „invention of tradition“ kompensiert wurde.

¹⁰⁰ Eberhard Kessel, Adolf Hitler und der Verrat am Preußentum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 46 (1961), S. 649–661, hier v.a. S. 660f.; Manfred Schlenke, Das „preußische Beispiel“ in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus, in: ebd. B 27 (1968), S. 15–23; Wolfgang Wippermann, Nationalsozialismus und Preußentum, in: ebd., B 52 (1981), S. 13–22. Vgl. auch Enrico Syring, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin u. Frankfurt/M. 1994, S. 57–78.

¹⁰¹ Vgl. dazu Gerhard Paul, Der Sturm auf die Republik und der Mythos vom „Dritten Reich“. Die Nationalsozialisten, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 255–279.

¹⁰² Siehe z.B. Der Angriff, Nr. 94, 8.11.1930, „Tag der Schande“.

¹⁰³ Vgl. über den „geschichtlichen Sinn des 9. November 1923 Otto Bangert, Deutsche Revolution. Ein Buch vom Kampfe um das dritte Reich, München 1931, S. 174ff.

¹⁰⁴ Münchener Beobachter. tägl. Beiblatt zur Bayern-Ausgabe des Völkischen Beobachter, 268. Ausg., 11.11.1930. Vgl. Angriff, Nr. 202, 7.11.1931; Nr. 203, 9.11.1931; Nr. 232, 9.11.1932.

¹⁰⁵ Völkischer Beobachter, Reichs-Ausgabe, 314. Ausg., 9.11.1932, „Zum 9. November“.

Wenn vorhin betont wurde, daß der französische Kommunismus weit stärker mit den nationalen Traditionen des Landes verbunden blieb als der deutsche, so gilt für die extreme Rechte eine exakte Analogie. Während der Nationalsozialismus auf seine Weise die ideologische Flucht aus der deutschen Geschichte antrat, blieb die extreme Rechte in Frankreich über weite Strecken mit der nationalen politischen Kultur verbunden. In einem doppelten Sinn hing dies mit dem spezifisch französischen Traditionsschatz zusammen: Denn aus der Revolution von 1789 ging ja nicht nur der am Ende des 19. Jahrhunderts siegreiche Republikanismus hervor, sondern auch die gegenrevolutionäre Tradition. Beide bildeten jeweils langfristig etablierte politisch-soziale Sprach- und Begriffssysteme. Auch die gegenrevolutionäre Tradition konstituierte trotz aller ihrer antiliberalen und antidemokratischen Substanz eine in der Tradition Frankreichs verwurzelte, verbindliche Matrix. Ihren Hauptstrom verkörperten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts Charles Maurras und seine *Action française*, in deren Kielwasser sich mehr oder minder einflußreiche gegenrevolutionäre Organe wie die Zeitschriften „Le Bloc Anti-révolutionnaire“ und die „Revue Internationale des Sociétés Secrètes“ bewegten. Zwar bildete die Komplott-Theorie der gegenrevolutionären Tradition eine wichtige Wurzel des französischen Antisemitismus;¹⁰⁶ doch ihre Bezugsgrößen blieben überwiegend traditionalistisch. Dies galt für die großen Themen wie Monarchie und Religion, aber auch für einige spezifische Elemente des konservativen Antirepublikanismus wie z.B. die Aufnahme des Korporatismus eines Albert de Mun oder eines René de la Tour du Pin sowie der antietatistische Regionalismus eines Charles Maurras. Dies alles ließ modernen totalitären Versuchungen wenig Spielraum und immunisierte somit Teile der extremen Rechten gegen rassistisches oder auch faschistisches Gedankengut.

Anders als die extreme Rechte in Deutschland besaßen die gegenrevolutionären Bewegungen in Frankreich einen integrierenden Gedenktag, das Fest der Jeanne d'Arc am 19. Mai. Das feierliche Gedenken an die Jungfrau von Orléans hatte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts im französischen Festkalender etabliert.¹⁰⁷ Nach 1871 standen sich zunächst zwei konträre Interpretationen gegenüber: Dem Bild von der republikanischen „Jungfrau des Volkes“, der Heldin der Demokratie, stand die katholisch-royalistische Indienstnahme Jeanne d'Arcs entgegen. Nachdem sich in der Vorkriegszeit beide Richtungen, zumal im Schatten der Dreyfus-Affäre, heftig bekämpft hatten,¹⁰⁸ erhob 1920 die konservativ dominierte Abgeordnetenversammlung („chambre bleu horizon“) einhellig das Gedenken an die Jungfrau zum nationalen Feiertag.¹⁰⁹ Dies, zusammen mit der gleichzeitig erfolgenden Heiligsprechung Johannes, war der Ausgangspunkt für die völlige Monopolisierung des Gedenktages durch die katholische und die extreme Rechte.¹¹⁰ Die Kommemoration der Jeanne d'Arc wurde zu einem zentralen Topos in der Rhetorik der *Action française*.¹¹¹ Deren Mitglied

¹⁰⁶ Vgl. dazu Robert F. Byrnes, *Antisemitism in Modern France*, Bd. I: *The Prologue to the Dreyfus Affair*, New Brunswick/N.J. 1950, S. 125ff.

¹⁰⁷ Vgl. zur Diskussion um Jeanne d'Arc im 19. Jahrhundert Krumeich, *Jeanne d'Arc*.

¹⁰⁸ Ebd., S. 184ff.

¹⁰⁹ Siehe dazu Philippe Contamine, *Jeanne d'Arc dans la mémoire des droites*, in: Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites*, Bd. II: *Cultures*, S. 399–435, hier v.a. S. 428; über die Vorgeschichte im späten 19. Jahrhundert ebd., S. 409ff. u. Krumeich, *Jeanne d'Arc*, S. 184ff.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 219ff.

¹¹¹ Martha Hanna, *Iconology and Ideology: Images of Joan of Arc in the Idiom of the Action française, 1908–1931*, in: *French Historical Studies* 14 (1985/86), S. 215–239, hier v.a. S. 226ff.

Maxime Real del Sarte gründete 1932 die *Association des compagnons de Jeanne d'Arc*; und General Maxime Weygand, der mit der A.F. sympathisierte, übernahm den Vorsitz der *Alliance sainte Jeanne d'Arc*.¹¹²

Das Bemühen der gegenrevolutionären extremen Rechten um das Fest der Jeanne d'Arc zielte darauf, eine antirepublikanische Plattform und damit ein öffentlich akzeptiertes Gegengewicht zum republikanischen 14. Juli und zum proletarischen 1. Mai zu gewinnen. Es war von größerem Erfolg begleitet, als die Forschung bisher bemerkt hat.¹¹³ Zwischen 1927 und 1933 nahmen jährlich regelmäßig deutlich mehr als 20.000 Teilnehmer an dem „cortège traditionnel“ vom 19. Mai teil.¹¹⁴ Und in der Krise der dreißiger Jahre bot die Kommemoration der Jungfrau für die extreme Rechte einen Sammelpunkt: Neben der A.F. marschierten die *Jeunes Patriotes* und die *Croix de Feu*. Am 12. Mai 1934 nahmen über 30.000 Teilnehmer an dem traditionellen Umzug teil.¹¹⁵ Dies waren deutlich mehr als jene 25.000 Teilnehmer vom Mai 1914, die in der Forschung als Höhepunkt der Jeanne d'Arc-Kommemoration betrachtet werden.¹¹⁶ Unter den Demonstranten des Jahres 1934 befanden sich praktisch alle Rechtsverbände, die auch an den Demonstrationen des 6. Februar 1934 teilgenommen hatten, so auch erstmals Angehörige der *Solidarité française*.¹¹⁷ Der Aufmarsch der Rechten anlässlich des Jeanne d'Arc-Festes hatte tatsächlich ein „ungewöhnliches Ausmaß“ erreicht.¹¹⁸

In der Folgezeit wurde der Festtag der Jeanne d'Arc ein öffentlicher Kontrapunkt zur sich herausbildenden Volksfront. In der französischen Hauptstadt, in der seit November 1934 wieder jegliche politische Demonstration unter freiem Himmel verboten war – mit Ausnahme allgemein akzeptierter Feier- und Gedenktage –, kam solchen Kommemorationsdaten entscheidende politische Bedeutung zu. Am 19. Mai 1935 etwa versammelte sich die extreme Rechte auf der Place des Pyramides, um dort der Jungfrau zu gedenken, während PCF und S.F.I.O. erstmals gemeinsam auf dem Friedhof Père Lachaise der Opfer des Kommuneaufstandes gedachten.¹¹⁹ In dem Maße, wie sich beide Gruppierungen an ihren jeweiligen „lieux de mémoire“ orientierten, die ihrerseits tief in der politischen Tradition der Hauptstadt verwurzelt waren, sank auch die Gefahr gewaltsamer Zusammenstöße: Die Kommemoration verbindlich anerkannter nationaler Traditionen konnte in Paris auch auf die extremistischen Kräfte pazifizierend wirken.¹²⁰

In Deutschland gab es keine nationale Tradition, die eine auf die Rechte und extreme Rechte ähnlich integrierende Wirkung hätte ausüben können, wie dies beim französischen Jeanne d'Arc-Kult der Fall war. Vielmehr war die Weimarer Republik

¹¹² Contamine, Jeanne d'Arc, S. 429.

¹¹³ Krumeich, Jeanne d'Arc, S. 219ff., und Contamine, Jeanne d'Arc, S. 429, stimmen darin überein, daß das Fest der Jeanne d'Arc nach 1920 in der politischen Kultur Frankreichs nur noch marginale Bedeutung besaß.

¹¹⁴ AN F7 13306, Etat comparatif des participants aux cortèges de Jeanne d'Arc de 1927 à 1934.

¹¹⁵ Siehe den Bericht in *L'Illustration*, 19.5.1934, S. 66f.

¹¹⁶ Contamine, Jeanne d'Arc, S. 423.

¹¹⁷ AN F7 13028, Rapport hebdomadaire, 19.5.1934.

¹¹⁸ Ebd. Auch in den Folgejahren rief z.B. die Führung der Jeunes Patriotes bzw. des PNP dazu auf, daß alle Mitglieder der Fédération de la Seine an der Jeanne d'Arc-Feier teilnehmen sollten, APP 79.501–2534C, 6.5.1936.

¹¹⁹ Siehe dazu unten, S. 606.

¹²⁰ Vgl. dazu unten, S. 606ff.

durch eine zutiefst fragmentierte politische Kultur gekennzeichnet.¹²¹ Politische Gedenktage wie „Sedanstag“, „Reichsgründungstag“, schließlich „Kaisers Geburtstag“ konnten dies nur unterstreichen. Der monarchistischen Rechten boten sie nur einen schwachen Abglanz vergangener Zeiten, was ihre Integrationskraft von vornherein in Frage stellte.¹²² Darüber hinaus reflektierten diese Gedenktage die ohnehin schwache Symbolkraft jener „Großmacht ohne Staatsidee“, als die das Kaiserreich in die Geschichte eingegangen war.¹²³ Damit sind bereits wichtige Unterschiede bezüglich der Traditionsverbundenheit der extremen Rechten in Deutschland und Frankreich angedeutet; doch werden sie noch weitaus gravierender, wenn man auf die Traditionslinien blickt, die der Erste Weltkrieg in der Geschichte beider Länder hinterließ. Für alle nationalistischen Bewegungen war die Erinnerung an die im Weltkrieg ums Überleben kämpfende Nation eine zentrale ideologische Leitfigur.¹²⁴ Doch der Ausgang des Krieges gearb beiderseits des Rheins dramatische Unterschiede. In Deutschland wurde die nationalistische Rechte durch Niederlage und Revolution zutiefst traumatisiert: Eine positiv identitätsstiftende Kommemorierung der Weltkriegsjahre war unter diesen Bedingungen nur in ganz begrenztem Maße, etwa in Form der alljährlichen Tannenbergsfeiern, möglich. Hingegen dominierten nicht nur, aber vor allem auf der Rechten die „Verdrängung“ der Niederlage und das Streben nach Revision.¹²⁵ Auf der (extremen) Rechten kam die These vom „Verrat“ hinzu.¹²⁶ In Frankreich zeitigte der für das Land zumindest vordergründig erfolgreiche, dann rasch mythologisierte Ausgang des Weltkrieges gegensätzliche Folgen. Das Land wurde von einem Netz von Kriegerdenkmälern („Monuments aux morts“) überzogen.¹²⁷ Bereits 1922 wurde der 11. November, der Tag des Waffenstillstandes („Armistice“) zum nationalen Feiertag erhoben. Als Feiertag des einfachen Soldaten, des „poilu“, bildeten sich im 11. November die Geschlossenheit der Nation, ihre Hingabe und ihr Opfermut ab. Als solcher etablierte der 11. November eine für alle politisch-gesellschaftlichen Richtungen grundsätzlich offene Tradition, die in der Mitte der po-

¹²¹ Vgl. dazu die Problemskizze von Detlef Lehnert und Klaus Megerle, Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, in: Dirk Berg-Schlosser und Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung (PVS Sonderheft 18), Opladen 1987, S. 80–95, sowie die Sammelbände von Lehnert u. Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen; Politische Identität.

¹²² Vgl. dazu Klaus Reimus, „Das Reich muß uns doch bleiben!“ Die nationale Rechte, in: Lehnert u. Megerle (Hrsg.), Politische Identität, S. 231–254, hier S. 247ff. zum Reichsgründungstag, Allgemein zu den Nationalfeiertagen in der Weimarer Republik die Überblicksdarstellung von Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt/M. u.a. 1990, S. 133–276.

¹²³ Plessner, Verspätete Nation. Über die Problematik der nationalen Symbolik im Kaiserreich vgl. auch Michael Stürmer, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918 (Die Deutschen und ihre Nation), Berlin 1983, S. 96ff.

¹²⁴ Vgl. dazu Thomas Raithel, Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919, in: Francia 24/3 (1997).

¹²⁵ Siehe Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

¹²⁶ Über die Behandlung der „Dolchstoßlegende“ im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ebd., S. 177ff. Vgl. zum Gesamtzusammenhang Möller, Weimar, S. 66ff.

¹²⁷ Prost, Anciens Combattants, Bd. III: Mentalités et idéologies, S. 38 ff; Jean-Jacques Becker, La France en guerre 1914–1918. La grande mutation, Brüssel 1988, S. 147ff., sowie der reich illustrierte Band von Annette Becker, Les monuments aux morts. Patrimoine et mémoire de la grande guerre, Paris o.J. Zu den Kriegerdenkmälern in Deutschland während des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik, die insgesamt weniger gut erforscht sind, vgl. Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 3: 1. Weltkrieg, und Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985.

litischen Kultur Frankreichs angesiedelt war.¹²⁸ Zugleich bildete diese Tradition einen „Haltepunkt“ für die zur Extremen tendierende nationalistische Rechte. Sie avancierte rasch zum favorisierten Sammlungspunkt der Veteranenorganisationen wie auch der nationalistischen Gruppierungen jeglicher Couleur. Der alljährliche Umzug auf den Champs-Élysées und die Kranzniederlegung am Etoile, am Grab des unbekanntenen Soldaten, waren Höhepunkte im Festkalender der nationalen Gruppierungen¹²⁹ und boten somit ein Ventil für deren Aktions- und Präsentationsbedürfnis. Auch das Staatsbegräbnis des Marschall Ferdinand Foch bot Gelegenheit, im Andenken an den Großen Krieg und seine Helden die Geschlossenheit der Nation symbolisch zu zelebrieren.¹³⁰ Ähnliches gilt, mutatis mutandis, für weitere große Gedenktage des Ersten Weltkriegs: Der Schlacht von Verdun wurde alljährlich erinnert,¹³¹ und auch das Gedenken an die Kämpfe an Ourcq und Marne („Marne-Schlacht“) im September 1914 entwickelte für die Rechte eine spezifische Mobilisierungsfunktion. In Deutschland wurden Desinformation und Ideologisierung in bezug auf die Marne-Schlacht auch nach 1918 fortgesetzt;¹³² in Frankreich diente das Gedenken des Sieges in der Marne-Schlacht der extremen Rechten als Möglichkeit zur Heerschau der eigenen politischen Stärke.¹³³ So weigerten sich etwa die *Croix de Feu* und ihr Führer François de la Rocque, an den offiziellen Feiern zum Gedenken an die Marne-Schlacht teilzunehmen, um mittels eigener, zeitversetzter „pèlerinages“ an die Marne ihre politische Präsenz um so nachhaltiger zu dokumentieren.¹³⁴ Am 22. September 1935 transportierten die *Croix de Feu* rund 12.000 ihrer Pariser Mitglieder an den Gedenkort Epinay-sur-Seine, wo sich insgesamt rund 40.000 politische Anhänger des Verbandes versammelten.¹³⁵

Mithin wirkte sich der Ausgang des Ersten Weltkrieges auf die politischen Kulturen beiderseits des Rheins in ausgesprochen gegensätzlicher Art aus. Während in Deutschland die Erinnerung an den Krieg stets ein Freund-Feind-Denken beförderte, alte Gräben vertiefte und neue aufriß, bot sie in Frankreich die Möglichkeit, zumindest rituell die Geschlossenheit der Nation zu zelebrieren. Damit wirkte das Erbe des Ersten Weltkriegs stabilisierend auf die „republikanische Synthese“, von der Stanley Hoffman gesprochen hat.¹³⁶ Auch in der Krise der Demokratie während der dreißiger

¹²⁸ Vgl. dazu Prost, *Anciens Combattants*, Bd. III: *Mentalités et idéologies*, S. 61f.

¹²⁹ Vgl. etwa die Haltung der zur extremen Rechten tendierenden Pariser Tageszeitung *L'Écho de Paris* zum 11. November, die analysiert wird von Jean-Jacques Becker, *La Première Guerre mondiale dans la mémoire des droites*, in: Sirinelli (Hrsg.), *Droites II*, S. 505–547, hier S. 532ff.

¹³⁰ Foch starb am 20.9.1929. Zum weiteren Kontext der Staatsbegräbnisse in der Dritten Republik vgl. Avner Ben-Amos, *The Other World of Memory: State Funerals of the French Third Republic as Rites of Commemoration*, in: *History and Memory 1* (1989), S. 85–108.

¹³¹ Vgl. Antoine Prost, *Verdun*, in: Nora, *Lieux de mémoire II: La nation*, Bd. 3, Paris 1986, S. 111–141.

¹³² Siehe hierzu Karl Lange, *Marneschlacht und deutsche Öffentlichkeit 1914–1939. Eine verdrängte Niederlage und ihre Folgen*, Düsseldorf 1974.

¹³³ Siehe I 7 13231, 4.9.1925 (*Jugue des Patriotes*); APP 79.501–508D, 30.7.1935 u. 7.9.1935 (Vorbereitungen der *Jeunesses Patriotes*).

¹³⁴ Siehe z.B. AN 451 AP 81, Rundschreiben de la Rocques vom 1.9.1934 mit Anweisungen zur Begehung des Gedenkens an die Marne-Schlacht; AN I 7 13241, 20.9.1935, Begehung des 21. Jahrestages der Marne-Schlacht durch die *Croix de Feu*.

¹³⁵ Siehe das Dossier in APP Ba 1962.

¹³⁶ Stanley Hoffman, *Paradoxes of the French Political Community*, in: Ders. u.a., *In Search of France. The Economy, Society, and Political System in the Twentieth Century*, New York 1965, S. 1–117, hier v.a. S. 3ff.

Jahre half die „republikanische Synthese“, vorhandene Gegensätze zu mildern und innerhalb eines einheitsstiftenden Rahmens zu domestizieren.

III. „Invention of tradition“

In dem Maße, in dem nationale Traditionen nicht ausreichten, um die Identität politischer Bewegungen auszudrücken und rituell zu demonstrieren, spielte die „Erfindung“ neuer Traditionen, die „Invention of tradition“ eine zentrale Rolle.¹³⁷ Nun sind Konstruktion, Stiftung und Pflege neuer Traditionsstränge natürlich im 20. Jahrhundert keine grundsätzlich neuen Phänomene. Schon in früheren Zeiten, zumal mit dem Durchbruch der Massengesellschaft, brachten neue soziale und politische Bewegungen auch neue Traditionen hervor, um ihre Identität zu untermauern und zu profilieren. Charakteristisch für die tendenziell totalitären Extremismen der Zwischenkriegszeit ist es allerdings, daß Traditionspflege hier eine ausschließlich instrumentale Funktion erhielt, die auf unmittelbar gegenwärtige Wirkung zielte. Und für diesen Zweck, d.h. zur Stärkung der eigenen Kampfkraft und zur Mobilisierung der Anhängerschaft, erschienen neueingeführte, inhaltlich und formell kontrollierte Traditionen in besonderer Weise geeignet. Zugespitzt ließe sich sagen: Je ideologischer eine extremistische Richtung war und je mehr sie sich dem Idealtyp der „totalitären Bewegung“ näherte, desto größere Relevanz besaßen auch erfundene, für die jeweilige Bewegung typische Traditionen.

Am Beispiel von KPD und PCF läßt sich dies illustrieren. Wichtige kommunistische „erfundene“ Traditionen bestanden z.B. in der Kommemoration der russischen Oktoberrevolution am 7. November, dem Gedenken an Lenin, Liebknecht und Luxemburg seit Januar 1925 („LLL-Woche“) oder in dem 1929 erstmals begangenen „Antikriegstag“ des 1. August. Alle diese Traditionstage wurden in den der Komintern angeschlossenen Sektionen gleichmäßig begangen. Doch erreichten sie in der französischen kommunistischen Bewegung – ganz im Gegensatz zur Kominterntradition – zu keinem Zeitpunkt wirkliche Durchschlagskraft. Zwar mangelte es nicht an Vorbereitungen, Veranstaltungen und Aufrufen zu den jeweiligen Gedenktagen, mit denen man eine Intensivierung der eigenen Propaganda sowie die Rekrutierung neuer Mitglieder anstrebte.¹³⁸ Aber eine größere Wirkung blieb allen diesen Aktivitäten versagt. Besonders deutlich wurden die Grenzen, an welche die „erfundene“ Traditionen im französischen Kommunismus stießen am 1. August 1929. Von der Komintern als „Antikriegstag“ zum Kampf gegen den drohenden „imperialistischen“ Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion als kommunistischer „Kampf-

¹³⁷ Hobsbawms Definition der „erfundene Tradition“, an die sich der folgende Abschnitt anlehnt, lautet: „The term ‚invented tradition‘ is used in a broad, but not imprecise sense. It includes both ‚traditions‘ actually invented, constructed and formally instituted and those emerging in a less easily traceable manner within a brief and dateable period – a matter of a few years perhaps – and establishing themselves with great rapidity.“ Hobsbawm, Introduction, S. 1.

¹³⁸ Siehe etwa AN F7 13103, 22.1.1926 u. 25.1.1926 (Lenins Todestag); F7 13101, 7.1.1930; F7 13119, 15.1.1930 u. 31.1.1930 (LLL-Woche); F7 13119, 27.11.1930, [Dez. 1930] (10. Jahrestag der PCF-Gründung); F7 13131, 6.3.1933 (Kommemoration von Liebknecht, Luxemburg u. Lenin); F7 13094, Plan de Causerie [1927]; F7 13781, 1.10.1927; F7 13131, 6.11.1933; F7 13134, 20.10.1934 (Gedenken an die russische Oktoberrevolution).

tag“ eingeführt,¹³⁹ endete er in Paris in einem Debakel. Unter dem Eindruck eines scharfen polizeilichen Durchgreifens, das schon die kommunistischen Pläne vom 1. Mai desselben Jahres durchkreuzt hatte,¹⁴⁰ waren die wenigsten Pariser Kommunisten gewillt, dem Parteiaufruf zu massenhaften Kampfdemonstrationen zu folgen. Schon im Vorfeld gab es kritische Stimmen, insbesondere von Seiten der C.G.T.U., welche die von Komintern und Parteiapparat aufgestellte Forderung nach der „Eroberung der Straße“ in Zweifel zogen.¹⁴¹ Und auch weite Teile der PCF-Mitgliedschaft erkannten dem 1. August keine wirklich Bedeutung zu, eben weil er „nichts Traditionelles“ an sich hatte.¹⁴² Der „Rote Tag“ selbst wurde zu einem vollständigen Debakel,¹⁴³ und in der Folge weigerten sich die kommunistischen Gewerkschaften auch, den Jahrestag der Oktoberrevolution mit Kampfaktionen zu begehen.¹⁴⁴ Im Jahr darauf konstatierten PCF- und C.G.T.U.-Führung gemeinsam die Unmöglichkeit, am 1. August in Paris einen politischen Generalstreik bzw. eine Massendemonstration zu veranstalten. Trotz aller Wertschätzung der Tradition, „die von den Kommunisten verlangt, jedes Jahr den Tag der Kriegserklärung zu revolutionärer Agitation zu nutzen“, und gegen die Richtlinie der Komintern wurde der 1. August im „Festkalender“ des PCF auf einen hinteren Rang versetzt.¹⁴⁵

Dagegen kennzeichnet es den im Vergleich zur KPD geringeren Ideologierungsgrad des PCF, daß die einzige „invented tradition“, die von wirklichem Erfolg gekrönt war, in erster Linie eine volksculturelle Bedeutung hatte. Bereits 1919 und 1920 veranstaltete der sozialistische „Populaire“ ein Sommerfest der S.F.I.O. im westlichen Pariser Vorort Garches. Nach der Parteispaltung Ende 1920 gelang es dem PCF, diese Tradition erfolgreich weiterzuführen. Schon Anfang Juli 1921 veranstaltete der PCF die erste kommunistische „fête champêtre“ in Garches. Begleitet von einigen Rempelen und Auseinandersetzungen mit einer Gruppe Pfadfinder,¹⁴⁶ gestaltete sich das Fest zu einem glänzenden Ereignis, an dem 25.000 bis 30.000 Personen teilnahmen.¹⁴⁷ Damit war die Tradition der „Fête de l'Humanité“ geboren, Volksfest der „contre-société“, das von nun an alljährlich – mitunter gegen die Skepsis der Lokalbehörden – mit großer Beteiligung begangen wurde und bis heute, inzwischen längst nach La Courneuve transferiert, fortdauert.¹⁴⁸ Charakteristisch für diese Veranstaltung war ihre volkstümliche, gelegentlich familiäre Atmosphäre, die sich mehr oder minder organisch mit politischen Kampfelementen verband. Neben den politischen Ansprüchen der Parteiprominenz betraf dies etwa das ebenfalls zur Tradition werdende „jeu

¹³⁹ Über die kommunistische „invention of tradition“ für „antimilitaristische“ Zwecke vgl. – aus DDR-Sicht – Werner Bramke, Antimilitarismus und Traditionspflege in der ideologischen Arbeit der KPD (1920–1932), in: Militärgeschichte 17 (1978), S. 32–42.

¹⁴⁰ Vgl. dazu unten, S. 432f.

¹⁴¹ AN F7 13119, 7.6.1929; F7 13299, 23.6.1929, Septième Congrès de l'Union Syndicale de la Métallurgie Unitaire de la Région Parisienne; ebd., 3.7.1929; 4.7.1929; 6.7.1929; 8.7.1929; 20.7.1929.

¹⁴² AN F7 13119, 6.9.1929, 4. Rayon: Rapport auto-critique du comité de rayon sur la préparation du 1er Août.

¹⁴³ Dazu unten, S. 435f.

¹⁴⁴ AN F7 13314, 5.11.1929.

¹⁴⁵ AN F7 13302, 18.7.1930.

¹⁴⁶ Dazu AN F7 12893 (Dossier 6). Vgl. Action Française, 7.7.1921, Maurice Pujo, Où sont les Apaches?.

¹⁴⁷ Humanité, 4.7.1921; AN F7 13138, 4.7.1921. Vgl. zur Fête de l'Humanité Gérôme u. Tartakowsky, Fête de l'Humanité, S. 23ff. Auch Gérôme/Tartakowsky verwenden den Begriff der „tradition inventée“.

¹⁴⁸ Ebd., passim. Siehe für den Untersuchungszeitraum das Dossier in AN F7 13138.

de massacre“, bei dem es z.B. 1922 galt, in einer Schießbude die Köpfe von Poincaré, Léon Daudet, Maurice Barrès u.a. zu treffen.¹⁴⁹

In den dreißiger Jahren suchten verschiedene politische Gruppierungen, darunter auch solche der extremen Rechten, ebenfalls mit einer „fête champêtre“ ihren politischen Anhang zu mobilisieren. Doch bezeichnenderweise wurden alle solchen Aktivitäten im Jahre 1935 von der Regierung untersagt, mit der einzigen Ausnahme der jährlich stattfindenden „Fête de l'Humanité“. Nichts könnte den Erfolg besser dokumentieren, den die „Erfindung“ des kommunistischen Volksfestes bedeutete, als diese Vorzugsbehandlung.¹⁵⁰ Freilich läßt sich das Beispiel der „Fête de l'Humanité“ nicht isoliert von der in Frankreich ohnehin stark ausgeprägten republikanischen Festkultur betrachten.¹⁵¹ Der PCF knüpfte an sie an und adaptierte sie für seine Zwecke. Daß es der KPD niemals gelang, eine analoge Veranstaltung zu etablieren, signalisiert dagegen zwei zu unterscheidende, gleichwohl eng miteinander verbundene Faktoren: zum einen gab es in der fragmentierten deutschen politischen Kultur keine dem republikanischen Fest Frankreichs vergleichbare Integrationsachse, an welche die KPD hätte anknüpfen können. Dies war zum anderen einer der Gründe, weshalb die deutschen Kommunisten im Vergleich zu den französischen weitaus stärker zur Ideologisierung und zum abstrakt-revolutionären Voluntarismus tendierten. Neben den Mangel an nationalen Traditionen trat der Mangel an Volkstümlichkeit: Beides hinderte die KPD daran, an den Hauptströmungen der politischen Kultur der Weimarer Republik zu partizipieren und förderte in Deutschland die Bildung eines kommunismusspezifischen politisch-sozialen Ghettos.

Dem entsprach es, wenn jene „erfundenen“ Traditionen, die dem proletarischen Internationalismus entstammten und letztlich reine Ideologiekonstrukte waren, in der KPD noch die größte Resonanz erfuhren.¹⁵² Insbesondere mit den Feiern zum Gedenken an Liebknecht, Luxemburg und Lenin sowie zur Kommemoration der russischen Oktoberrevolution verbanden sich nicht unbeträchtliche, wenn auch hinter den Erwartungen der Parteiführung zurückbleibende Mobilisierungserfolge, die z.T. auch über die engere Anhängerschaft hinauswirkten.¹⁵³ Desgleichen erreichte auch der 1. August 1929 in Berlin, wo es zu einer Massendemonstration mit rund 18.000 Teilnehmern kam, eine erheblich größere Resonanz als in Paris.¹⁵⁴

Eine unerschöpfliche Quelle für die immer wieder reproduzierte „invention of tradition“ waren die Opfer politischer Gewalttaten. Der Kult um die „Märtyrer“ der eigenen politischen Bewegung war schon von Lenin als eine Form der Traditi-

¹⁴⁹ AN F7 13138, 12.6.1922.

¹⁵⁰ AN F60 507, 16.5.1936, Note sur les manifestations dites „fêtes Champêtres“ dans les forêts domaniales.

¹⁵¹ Zur republikanischen Festkultur siehe jetzt Olivier Ihl, *La fête républicaine*, Paris 1996. Der Archetyp des republikanischen Festes war freilich das revolutionäre Fest in der Zeit von 1790 bis 1793. Dazu Mona Ozouf, *La fête révolutionnaire 1789–1799*, Paris 1976.

¹⁵² Vgl. zur „Liturgie des kommunistischen Kirchenjahres“ Mallmann, *Kommunisten*, S. 220ff.

¹⁵³ Siehe z.B. SAPMO-BA RY I, 3/1–2/23, fol. 74–75 (Andenken Lenins 1924); BAP RKO St. 12/80, Bd. 2, fol. 334–337 (L.L.L.-Feiern 1927). Vgl. die Erinnerungsberichte von Erich R. Schmidt, *Meine Jugend in Groß-Berlin. Triumph und Pöbel der Arbeiterbewegung 1918–1933*, S. 70; Margarete Buber-Neumann, *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*, Stuttgart 1957, S. 62f. Aus SED-Sicht: Werner Bramke u. Klaus Kinner, *Die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kampagnen der KPD in den Jahren der Weimarer Republik*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 22 (1980), S. 204–215; Daneben: Gailus, „Seid bereit“, S. 77 ff; Weitz, „Rosa Luxemburg“, S. 45ff.

¹⁵⁴ Siehe unten, S. 434.

onspfege erkannt worden, die der Mobilisierung für den Kampf in der Gegenwart zugute kam.¹⁵⁵ Die Kommemoration der „Märtyrer“ der eigenen Bewegung hatte ihre Vorläufer in der feierlichen Totenkult der Revolutionäre des 19. Jahrhunderts. Und die totalitären Bewegungen der Zwischenkriegszeit vollendeten in jeweils spezifischer Weise den im 19. Jahrhundert durch Idealismus und Marxismus vorbereiteten „Strukturwandel des Heroismus“, in dessen Verlauf sich der moderne Typus des Revolutionshelden ausprägte.¹⁵⁶ Für die KPD bildeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Prototypen der für die eigene Traditionslinie reklamierten Märtyrer. Das Gedenken an sie und an die übrigen Opfer der Revolutionskämpfe sollte für kommende Kämpfe rüsten. Der „breite Blutstrom“, den die Ereignisse des Jahres 1919 hinterlassen hätten, so heroisierte Clara Zetkin Anfang 1920 die jüngste Vergangenheit, sei „voller Leben und Kraft für das Proletariat“.¹⁵⁷ Und in der Folgezeit wurden Kommunisten, die bei Straßenkämpfen ums Leben kamen oder von politischen Gegnern ermordet wurden, zu gefeierten Märtyrern. Immer wieder erschienen in der kommunistischen Presse die Namen der getöteten Anhänger.¹⁵⁸ Dies galt auch für die Opfer von Unfällen.¹⁵⁹ In jedem Fall war das Begräbnis „gefallener“ Kommunisten eine willkommene Gelegenheit zur Massendemonstration.

In ganz ähnlicher Weise gedachte daher auch der PCF seiner getöteten Mitglieder. So wurde an André Sabatier, der 1925 bei einem Generalstreik gegen den Marokkokrieg in Suresnes durch einen Unfall ums Leben gekommen war, alljährlich durch eine kommunistische Demonstration erinnert.¹⁶⁰ „Il est tombé à son poste de combat [...]“, so lautete die Eloge auf den revolutionären Helden: „Son exemple doit nous servir [...] et, en rendant hommage à sa mémoire, nous devons nous engager à continuer une tâche qu’il n’a pu malheureusement achever: la lutte qui amènera dans notre pays la révolution prolétarienne.“¹⁶¹ Für diese Form der auf den aktuellen Kampf zielenden Märtyrerkommemoration lassen sich weitere Beispiele bringen.¹⁶² Besondere Relevanz erlangte sie Mitte der dreißiger Jahre, als die Zahl der politischen Gewalttaten und auch der Opfer stieg. So benannte die kommunistisch verwaltete Pariser Vorortgemeinde Malakoff im Juli 1934 eine Straße nach einem der getöteten Demonstranten vom 12. Februar desselben Jahres.¹⁶³

Darauf, daß die NSDAP ihrerseits ihre „Märtyrer“ heroisierte, ist oben bereits hingewiesen worden. Und wie in vielen anderen Bereichen auch übertraf sie in dieser Hinsicht die propagandistischen Bemühungen der KPD.¹⁶⁴ Der „Reichstrauertag der

¹⁵⁵ Siehe z.B. „Rede bei der Enthüllung einer Gedenktafel für die Kämpfer der Oktoberrevolution“, 7. November 1918, in: Lenin, Werke 28, S. 162f.

¹⁵⁶ Vgl. dazu Michael Naumann, Strukturwandel des Heroismus. Vom sakralen zum revolutionären Heldentum, Königstein/Is. 1984, v.a. S. 77ff.

¹⁵⁷ Zetkin, Revolutionäre Kämpfe, S. 167.

¹⁵⁸ RF Nr. 160, 25.8.1931.

¹⁵⁹ Siehe z.B. RF Nr. 47, 25.2.1931, „Die letzte Fahrt der 33 Gemordeten“ („vom Grubenkapital gemordeten 33 Kumpels“); RF Nr. 115, 3.6.1931, „Kampfgegebnis am Grab der roten Sportler“. Vgl. zum Märtyrerkult der KPD Mallmann, Kommunisten, S. 224ff.

¹⁶⁰ AN F7 13119, 10.10.1930.

¹⁶¹ AN F7 13131, 15.10.1933, Commémoration de la mort de Sabatier à Puteaux.

¹⁶² Humanité, 17.3.1935; ebd., 18.3.1935; AN F7 13131, 3.1.1933; 20.3.1933.

¹⁶³ APP Ba 1648, 6.7.1934. Zur Demonstration vom 12. Februar 1934 siehe unten, S. 558.

¹⁶⁴ Vgl. insgesamt jetzt Sabine Behrenbeck, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945 (Kölner Beiträge zur Nationsforschung 2), Vierow bei Greifswald 1996; zum Märtyrerkult ferner Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 127ff. Insgesamt zur politischen Liturgie des Nationalsozialismus vgl. ebd., passim;

NSDAP“, der parteioffiziell am 9. November 1926 etabliert wurde, galt nicht nur den Gefallenen des Weltkrieges, sondern vor allem den Opfern des Hitlerputsches;¹⁶⁵ darüber hinaus ermöglichte der „Reichstrauertag“ die feierliche Vergegenwärtigung aller „Gefallenen der Bewegung“, was in der nationalsozialistischen Presse durch eigene Totenlisten jeweils zum 9. November dokumentiert wurde.¹⁶⁶ Wie bei den Kommunisten ging es auch beim nationalsozialistischen Märtyrerkult um die instrumentelle, gegenwarts- und zukunftsbezogene Funktion der „erfundenen“ Traditionen. „Dieser Tag der Trauer [i.e. der 9. November] schafft Kraft für ein neues Jahr. Denn Blut und Opfer verpflichten. Aus vergossenem Blut und erkalteten Leibern wächst die Kraft.“¹⁶⁷ Der Berliner „Prototyp“ des nationalsozialistischen Helden und Märtyrers wurde der 1930 ermordete Horst Wessel. Mit seiner Jugend (Jahrgang 1907), seinem außergewöhnlichen und durchaus erfolgreichen Engagement für SA und NSDAP, schließlich mit seinem gewaltsamen Ende bot Wessel optimale Voraussetzungen für die Konstruktion eines Heldenmythos. Entsprechend konsequent mußte der Totschlag Wessels durch den notorischen Kriminellen Ali Höhler, der offensichtlich einen privaten Entstehungszusammenhang besaß, in seinen Einzelheiten aber nie ganz geklärt werden konnte,¹⁶⁸ von der nationalsozialistischen Propaganda politisiert werden. Joseph Goebbels stilisierte Wessel darüber hinaus zur Hauptperson eines pseudo-christlichen Kreislaufes von Verdammnis und Tod, Erlösung und Wiederauferstehung. Die spezifische politisch-soziale Topographie der Reichshauptstadt, der „Kampf um (das proletarische) Berlin“ bot dafür den Horizont: Der von einer „deutschen Mutter [...] unter Schmerzen“ Geborene kam unter die Proletarier, um sie zu erlösen, wurde von ihnen aber zunächst zurückgewiesen, schließlich heimtückisch getötet. „Er hat den Kelch der Schmerzen bis zur Neige getrunken.“ Und doch liegt in diesem Leiden eines Einzelnen die Hoffnung für ein ganzes Volk: „Es steht ein anderes Deutschland auf. Ein junges, ein neues! Wir tragen es schon in uns und über uns. Der Tote, der mit uns lebt, hebt seine müde Hand und weist in die dämmernde Ferne: Über Gräber vorwärts! Am Ende liegt Deutschland.“¹⁶⁹

Karlheinz Schmeier, *Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich*, München 1956; Hans-Jochen Gamm, *Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion. Ein Beitrag zur politischen Bildung*, Hamburg 1962; Klaus Vondung, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971; Peter Reichel, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1993.

¹⁶⁵ Siehe Nationalsozialistische Feierstunden. Ein Hilfsbuch für Parteistellen, SA, SS, HJ, NSBO, verfaßt und zusammengestellt von F.H. Woweries, Mühlhausen (Thüringen) 1932, S. 19f.

¹⁶⁶ *Völkischer Beobachter*, Bayernausgabe, 312./313. Ausg., 8./9.11.1931; ebd., 314. Ausg., 10.11.1931 („Berlin ehrt die toten Kameraden“); *Der Angriff*, Nr. 202, 7.11.1931. Allgemein zu Entwicklung und Kontext von Totenfeiern in Deutschland vgl. Volker Ackermann, *Nationale Totenfeiern in Deutschland. Von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß. Eine Studie zur politischen Semiotik (Sprache und Geschichte 15)*, Stuttgart 1990.

¹⁶⁷ *Völkischer Beobachter*, 261. Ausg., 9.11.1928. Vgl. damit den oben zitierten Artikel von Clara Zetkin, Anm. 157.

¹⁶⁸ Vgl. dazu Oertel, *Horst Wessel*, S. 91–98, der die kommunistische These, es habe sich um eine Tat im Zuhältermilieu gehandelt, ebenso überzeugend zurückweist wie die nationalsozialistische These, Wessel sei einer kommunistischen Auftragstat zum Opfer gefallen. Oertel kann plausibel machen, daß der Ausgangspunkt der Tat bei Wessels Zimmerwirtin lag, deren verstorbener Mann RFB-Mitglied gewesen war und die aufgrund des Mietrückstandes Wessels die politischen Gegner ihres Mieters um Hilfe bat. Ebd., S. 98.

¹⁶⁹ „Bis zur Neige“, in: *Der Angriff*, Nr. 19, 6.3.1930. Vgl. die Analyse von Behrenbeck, *Kult*, S. 134ff., die allerdings die wichtige Arbeit von Oertel, *Horst Wessel*, nicht kennt.

In zwar ähnlicher, insgesamt jedoch weniger systematischer Weise suchte auch die französische extreme Rechte „ihre“ Toten für die Zwecke der Gegenwart zu instrumentalisieren. Vor allem hat hier die kultische Traditionsstiftung keine vergleichbare pseudo-christliche Fundierung erhalten, was im übrigen nicht weiter überraschen kann. Denn den Anhängern der Gegenrevolution verbot schon ihre Orientierung am Katholizismus jede offene Blasphemie. Und auch die laizistische Kultur der französischen Republik bot jeglicher politischen Religionsstiftung geringere Entfaltungsmöglichkeiten, als dies beim traumatisierten, gedemütigten und desorientierten deutschen Protestantismus der Fall war.¹⁷⁰ Nicht zufällig war Horst Wessel selbst der Sohn eines evangelischen Pfarrers!

Das für den Märtyrerkult der französischen extremen Rechten zunächst bedeutendste Ereignis stellte der kommunistische Überfall auf die Versammlung der *Jeunesses Patriotes* in der Rue Damrémont am 23. April 1925 dar.¹⁷¹ Die vier Toten, welche die *Jeunesses Patriotes* durch diesen Vorfall zu beklagen hatten, wurden in den folgenden Jahren immer wieder als vorbildhafte „Märtyrer“ commemoriert, wobei gelegentlich auch explizite Rachegeanken Platz griffen.¹⁷² Später wurden die vier „Ermordeten“ von der Rue Damrémont und ihr Begräbnis zu einem integralen Bestandteil eines Propagandafilmes über „L'œuvre des Jeunesses Patriotes“.¹⁷³

Mitte der dreißiger Jahre wurde freilich die Erinnerung an den 6. Februar 1934 und an die Toten, die der Aufruhr gekostet hatte, für die extreme Rechte zur zentralen integrationsstiftenden „invented tradition“. Im Gedenken an den Februartag äußerte sich zum einen der Stolz auf die angebliche „Erhebung“ der Stadt Paris: „Es wird die Ehre meines Lebens sein, an diesem herrlichen Abend teilgenommen zu haben“, deklamierte etwa 1936 Charles des Isnard, einer der beteiligten Conseillers municipaux.¹⁷⁴ Zum anderen galt es der Toten zu gedenken, die, wie es der Führer der *Solidarité Française* ausdrückte, gestorben waren, „damit Frankreich in Ehre und Reinheit lebe“.¹⁷⁵ Der Führer der *Croix de Feu*, Colonel de la Rocque, untersagte zwar im Jahre 1935 politische Veranstaltungen zum Gedenken des 6. Februar und wollte nur die Teilnahme an Gottesdiensten zulassen, um den Behörden keinen Anlaß zum Einschreiten gegen seine Bewegung zu geben.¹⁷⁶ Doch gedachte er der Toten des 6. Februar im oben erwähnten Sinne.¹⁷⁷ Ein Jahr später, zu Zeiten der verhaßten Volksfront, bildeten die Veranstaltungen zum Gedenken an den 6. Februar 1934 einen zentralen Versammlungspunkt zur Mobilisierung der extremen Rechten. 1936 kamen zu einer Kundgebung des P.N.P., auf der der frühere Polizeipräfekt Jean Chiappe

¹⁷⁰ Zur Lage des deutschen Protestantismus am Ende der Weimarer Republik mit weiterer Literatur Andreas Wirsching, *Le protestantisme allemand et la fin de la république de Weimar*, in: Gilbert Krebs u. Gérard Schneilin (Hrsg.), *Weimar ou de la démocratie en Allemagne*, Asnières 1994, S. 181–194.

¹⁷¹ Siehe dazu unten, S. 541ff.

¹⁷² AN F7 13233, 7.5.1926; 11.6.1926; F7 13235, 25.4.1930 u. 26.4.1930; APP 79.501–508A, Rapport sur la „Jugue des Jeunesses Patriotes“, 1931, S. 47.

¹⁷³ APP 79.501–2534 C, 20.3.1936, Soirée du Parti National Populaire, 19.3.1936.

¹⁷⁴ APP 79.501–2534C, 26.5.1936, Réunion PNP, 8e Arrdt., 25.5.1936.

¹⁷⁵ APP 79.501–2534, 7.2.1936, Réunion PNP, 6.2.1936.

¹⁷⁶ Archives de la Rocque, AN 451 AP 81, Note au sujet du 6 février 1935. Vgl. APP Ba 1964, 23.1.1935; 22.2.1935; février 1935.

¹⁷⁷ Archives de la Rocque, AN 451 AP 81, Circulaire urgent au sujet du 6 février, 1.2.1935: „Saluons la mémoire des morts et prenons devant eux l'engagement de rester groupés, unis, prêts pour la prochaine et définitive victoire de l'esprit national et pour le rétablissement durable de l'ordre de notre pays.“

sprach, rund 4.000 Teilnehmer;¹⁷⁸ andere Veranstaltungen wurden ebenfalls von mehreren Tausend Anhängern besucht.¹⁷⁹ In ähnlicher Weise kommemorierte auch der *Parti Populaire Français* des Jacques Doriot seine „Märtyrer“.¹⁸⁰

Diese Beispiele zeigen, daß die Charakteristika der „invented tradition“ auch bei den extremistischen Bewegungen Frankreichs präsent waren. Im Gesamtzusammenhang der französischen Traditionsbildung und der politischen Kultur Frankreichs spielten „erfundene Traditionen“ jedoch für den Links- wie Rechtsextremismus eine untergeordnete Rolle. Im Vergleich zu den gewachsenen Traditionen bzw. zu jenen, die – wie das Gedenken an den Ersten Weltkrieg – rasch Aufnahme im Hauptstrom der politischen Kultur fanden, trat die Relevanz der „invented traditions“ zurück: Der Traditionsschatz Frankreichs war groß und flexibel genug, um auch für Kommunisten und „Faschisten“ gewisse Anknüpfungspunkte bereitzuhalten. Daß Gleiches für Deutschland gerade nicht galt, leistete der extrem ideologischen, gewaltsamen und abstrakt-voluntaristischen Entwicklung Vorschub, die Kommunismus und Nationalsozialismus in der Krise der Demokratie seit 1929 auszeichneten.

¹⁷⁸ APP 79.501–2534, 4.2.1936, Réunion 3.2.1936.

¹⁷⁹ *Ibid.*, 6.2.1936; 7.2.1936.

¹⁸⁰ Robert Soucy, *French Fascism, The Second Wave, 1933–1939*, New Haven/Conn. 1995, S. 218; Jean-Paul Brunet, Doriot. *Du communisme au fascisme*, Paris 1986, S. 251f.

Neuntes Kapitel

Die „Dritte Periode“ und die Verschärfung der kommunistischen Taktik 1928–1934

I. Probleme der Wirtschaftskrise

Es ist bemerkenswert, daß die in den vorausgegangenen Kapiteln beschriebenen Erscheinungsformen des politischen Extremismus überwiegend in eine Zeit fielen, in der allmählich eine ökonomische und soziale Beruhigung eintrat. Mitte der zwanziger Jahre konnten sowohl Frankreich als auch Deutschland hoffen, die Kriegsfolgen endgültig überwunden zu haben und in eine längerfristige wirtschaftliche Stabilität einzutreten. Daß dieser Eindruck trügte, ist für die Weimarer Republik häufig festgestellt worden. Zu fragil war der wirtschaftliche Aufschwung seit 1924, und zu einschneidend waren die Veränderungen, die die Welle forciertener Rationalisierung Mitte der zwanziger Jahre bewirkte. Zwar folgten auf „Inflationskonjunktur“ und Währungsstabilisierung die „besten Jahre“ und der konjunkturell erfolgreichste Zeitabschnitt. Doch erweist sich bei näherem Hinsehen auch die Phase der relativen Stabilität und des Wachstums von 1924 bis gegen Ende 1929 als problematisch. Bereits 1926 kam es zu einer Stabilisierungskrise mit schrumpfender Produktion und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über zwei Millionen. Künftig blieb die Sockelarbeitslosigkeit auch in Wachstumsphasen hoch, und die Zahl der Erwerbslosen sank in Deutschland bis Mitte der dreißiger Jahre nicht mehr unter eine Million. Tatsächlich läßt sich daher höchstens in kulturgeschichtlicher Hinsicht von den „Goldenen Zwanzigern“ sprechen. Für die Ausformung eines extremistischen, die Demokratie grundsätzlich in Frage stellenden Potentials – wie es in den vorausgegangenen Kapiteln beschrieben worden ist – bot dagegen die fortbestehende Fragilität der wirtschaftlichen Verhältnisse den sozialen Nährboden.

Wendet man den Blick nach Frankreich, so scheinen hier zunächst die Unterschiede deutlich zu überwiegen. Über weite Strecken trug die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre in Frankreich einen grundlegend anderen Charakter als in Deutschland;¹ demzufolge unterschieden sich auch Krisenwahrnehmung und -erfahrung in

¹ Auf die Diskussion über die Probleme der „blockierten“ Gesellschaft Frankreichs mit ihrem engen Nebeneinander moderner und traditioneller Momente sowie ihren insgesamt modernisierungshemmenden Wirkungen kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. neben Hoffman, *Paradoxes*, insbesondere Roland Höhne, *Die politische Blockierung der Modernisierung im Frankreich der Zwischenkriegszeit*, in: *Frankreich – Europa – Weltpolitik*. Festschrift für Gilbert Ziebura, hrsg. v. Hartmut Elsenhans u.a., Opladen 1989, S. 50–60; sowie Ingo Kolboom, *Wie modern war die Dritte Republik? Von der „Zerstörung der republikanischen Synthese“ zur „Revision der blockierten Gesellschaft“*, in: ebd., S. 61–72. Insgesamt dürfte vor der Pointierung eines allzu spezifischen französischen „Sonderweges“ in dieser Beziehung zu warnen sein, stellt doch gerade die wechselseitige Blockierung durch alte und neue Kräfte ein generelles Spezifikum der westlichen Industriestaaten in der neuesten

hohem Maße voneinander. Doch zeigt sich bei genauerem Hinsehen eine z.T. überraschende Fülle von Parallelen. Auf drei Ebenen sollen im folgenden Unterschiede und Ähnlichkeiten knapp skizziert werden. *Erstens* differierten die gesamtwirtschaftlichen Daten und Entwicklungen in beiden Ländern erheblich. Einen wesentlichen Niederschlag fand dies *zweitens* in der jeweiligen Ausprägung des Arbeitslosenproblems, dessen Ausmaße in Frankreich zwar unvergleichlich geringer blieben als in Deutschland, das aber gleichwohl – insbesondere im Großraum Paris – die soziale Realität der dreißiger Jahre in hohem Maße prägte. *Drittens* schließlich traf die ökonomische Krise in beiden metropolen Großräumen auf eine spezifische Altersstruktur, die ihr über weite Strecken den Charakter eines Generationenkonflikts verlieh.

1. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Wie oben dargestellt wurde, erfuhr Frankreich in den Jahren 1924 bis 1926 eine ausgeprägte innenpolitische Krise. Inflationäre Tendenzen, gravierende Finanzprobleme sowie der außenpolitische Image- und Terrainverlust im Gefolge der Londoner Konferenz lagen an ihrer Wurzel.² Zwar schädeten die inflationären Tendenzen dieser Jahre dem wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht eigentlich. Insofern bestand hier eine Parallele zur deutschen „Inflationskonjunktur“ 1921/22.³ Gleichwohl sahen sich die Regierungen des Cartel des Gauches, parteipolitisch in der linken Mitte angesiedelt, mit einer Welle außerparlamentarischen Protests, ebenso seitens der Kommunistischen Partei wie der nationalistischen und extremen Rechten, konfrontiert. In mancher Hinsicht erinnerte diese „Zweifrontensituation“ des Linkskartells an die – insgesamt freilich viel prekärere – Position der preußischen Staatsregierung 1922/23. Dagegen leiteten 1926 das Ende des Linkskartells und die Regierungsübernahme Raymond Poincarés eine Phase der Beruhigung und der Stabilität ein. Die Stabilisierung des Franc, schließlich seine Abwertung um vier Fünftel seines Vorkriegswertes beendeten die inflationären Tendenzen;⁴ und die Ausschaltung der Sozialisten von der Macht ließ die außerparlamentarischen Proteste von rechts rasch abklingen. So verlief etwa das sang- und klanglose Einschlafen des *Faisceau* oder der *Ligue Millerand* ziemlich genau parallel zum innenpolitischen Machtwechsel.

1926 bis 1929 können mithin als die „halkyonischen Jahre“ der späten Dritten Republik betrachtet werden. Mit Ausnahme eines leichten, stabilisierungsbedingten Rückganges im Jahre 1927 stieg die Industrieproduktion während dieser Zeit stetig an. Dabei verzeichneten gerade die Metall- und Automobilindustrie, also jene Branchen, die für die Pariser Region von entscheidender Bedeutung waren, ein besonders dynamisches Wachstum. Etwas zeitverschoben traf dies auch auf die Bauindustrie zu, die ihren Höhepunkt allerdings erst 1930 erreichte.

Zeit im allgemeinen und der Weimarer Republik im besonderen dar. Einen Überblick über die neuere wirtschaftsgeschichtliche Forschung vermittelt Robert Boyer, *Le particularisme français revisité. La crise des années trente à la lumière des recherches récentes*, in: *Le Mouvement Social*, no. 154 (janvier-mars 1991), S. 3–40.

² Zu den außenpolitischen Bedingungsfaktoren der Krise grundlegend: Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill/N.C. 1976; zur Londoner Konferenz vom Juli 1924 ebd., S. 295ff.

³ Vgl. Fernand Braudel, Georges Labrousse (Hrsg.), *Histoire économique et sociale de la France IV/2: Le temps des Guerres mondiales et de la grande Crise (1914 – vers 1950)*, Paris 1980, S. 641.

⁴ Zu Krise und Stabilisierung des Franc im Jahre 1926 siehe Jeanneney, François de Wendel, S. 179–354.

Gegen Ende der zwanziger Jahre schien es daher in Frankreich mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung genügend Grund zum Optimismus zu geben. Die französische Industrieproduktion war zwischen 1925 und 1929 jährlich um rund 5% gewachsen, eine Quote, die kein anderes europäisches Land aufweisen konnte. Zugleich machten Modernisierung, Mechanisierung und Konzentration der französischen Industrie deutliche Fortschritte, neue, zukunftsorientierte Sektoren wie die chemische und die Automobilindustrie erfuhren einen besonders dynamischen Aufschwung.⁵ Zwar blieben die strukturellen Schwächen der französischen Volkswirtschaft wie die demographische Stagnation, Rohstoffmangel, hoher Agraranteil bestehen; aber noch Mitte 1930 konnte es so scheinen, als ob Frankreich gegenüber der in den USA und in Deutschland hereinbrechenden Krise gerade mit seiner insgesamt noch weniger stark konzentrierten, kleinräumigeren Industrie eine Insel der Prosperität darstellte.⁶ Solche Illusionen begannen jedoch Ende 1930 einer sich vertiefenden Skepsis zu weichen. Praktisch alle ökonomischen Frühindikatoren hatten sich bis dahin deutlich verschlechtert, und Frankreich begann allmählich in die Krise abzugleiten.⁷

Allerdings setzte die französische Krise auf einem deutlich höheren Niveau ein als die deutsche. Das konjunkturelle Tal war insgesamt weitaus weniger tief, dafür aber langgestreckter. Ihren ersten Tiefpunkt erreichte die Entwicklung 1932; nach einer kurzen Erholungsphase im Sommer 1933 stagnierte die Industrieproduktion weiter, und erst im Verlauf des Jahres 1937 setzte ein fühlbarer Aufschwung ein. Die relative Stagnation dieser Zeit bildet den wirtschaftlichen Hintergrund für die politisch-konstitutionelle „Krise der dreißiger Jahre“ in Frankreich. Im Großraum Paris machte sich überdies die besonders scharfe und langanhaltende Krise in der Bauwirtschaft bemerkbar.⁸ Insgesamt zeichnete sich erst im Jahre 1939 das definitive Ende der Krise und eine Erholung auf breiter Front ab (siehe Tabelle 26).

Vor dem Hintergrund der sich entfaltenden Wirtschaftskrise bedeutete der Rücktritt Poincarés Ende 1929 auch das Ende der politischen Stabilität. Daß die politische Polarisierung seit 1930 zunahm, läßt sich insbesondere an dem durchgehenden Scheitern des neuen Président du Conseil André Tardieu ablesen, der seine Regierung doch unter das Motto der „Prosperität“ gestellt hatte. Insbesondere Tardieus Vorstellungen einer Verfassungsreform, mit der er eine Stärkung der Exekutive anstrebte, provozierten heftigen Widerstand im Lager der Sozialisten und Linksrepublikaner.⁹

⁵ Braudel/Labrousse (Hrsg.), *Histoire économique et sociale de la France* IV/2, S. 646ff.

⁶ Vgl. Berstein/Milza, *Histoire*, 1930–1945, S. 17ff.

⁷ Die beste Gesamtdarstellung der Weltwirtschaftskrise und ihrer politischen Konsequenzen bei: Julian Jackson, *The Politics of Depression in France 1932–1936*, Cambridge 1985. Zu den finanzpolitischen und monetären Aspekten der Krise grundlegend: Kenneth Mouré, *Managing the Franc Poincaré. Economic understanding and political constraint in French monetary policy, 1928–1936*, Cambridge 1991. Zum Abgleiten in die Krise ebd., S. 23ff. Vgl. auch Berstein/Milza, *Histoire*, 1930–1945, S. 21ff.; Alfred Sauvy (avec le concours d'Anita Hirsch), *Histoire économique de la France entre les deux guerres*, 2. Aufl., 3 Bde., Paris 1984, Bd. I, S. 87f.; *Histoire économique et sociale* IV/2, S. 655ff.; IJaim Shamir, *Economic Crisis and French Foreign Policy 1930–1936*, Leiden 1989, S. 14f.

⁸ Vgl. Émile François Xavier Fender, *La crise du bâtiment dans la région parisienne*, Paris 1935.

⁹ Vgl. dazu Shamir, *Economic Crisis*, S. 4ff. Zur Regierungszeit Tardieus insbesondere: François Monnet, *Refaire la République. André Tardieu, une dérive réactionnaire (1876–1945)*, Paris 1993, S. 103ff. Über den Widerstand gegen Tardieus Verfassungsreformpläne ebd., S. 131ff.

Tabelle 26: Index der Industrie­produktion in Frankreich 1925–1930
(Jahres­durchschnitte / 100 = 1913)

	Gesamt	Metall-	Automobil-	Bauindustrie
1913	100	100	100	100
1924	109	123	422	74
1925	108	115	461	80
1926	126	132	543	114
1927	110	114	524	80
1928	127	138	610	97
1929	139,5	157	657	123
1930	140	157	637	137
1931	120	128,5	545	124
1932	100,5	97	427	97
1933	113	110	466,5	91
1934	104,5	103	453	84
1935	100,5	103	401	71
1936	108,5	111,5	463	69
1937	114,5	125,5	473	64
1938	106	108	532	60

Quelle: nach Sauvy, Histoire économique de la France, Bd. III, S. 316f.

Wenn also die Ära Poincaré dazu tendiert hatte, die traditionellen politisch-ideologischen Gegensätze eher zu überbrücken, so setzte unter Tardieu die gegenläufige Bewegung ein. Selbst autoritärer oder gar diktatorischer Ambitionen verdächtig, forcierte er das Auseinanderfallen der politischen Lager, die sich in der Beurteilung seiner eigenen Person schieden. Der klare Sieg des Linkskartells bei den Wahlen des Jahres 1932 öffnete dann die Szene für die Intensivierung der politischen Konfrontation in den dreißiger Jahren.

In Deutschland erholte sich die Wirtschaft während der zwanziger Jahre deutlich langsamer als in Frankreich von den Kriegsfolgenlasten. In der Industrie­produktion wurde erst 1928/29 das Niveau von 1913 wieder erreicht. Mithin war Ende 1929 die konjunkturelle und wirtschaftliche Lage in Deutschland alles andere als stabil; die Krise setzte auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau ein.¹⁰ Und daß sich seit 1930 ein extrem beschleunigter wirtschaftlicher Niedergang in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß vollzog, ist bekannt.¹¹ Die deutsche Wirtschaft durchwanderte nicht – wie die französische – ein langgestrecktes Tal; vielmehr stürzte sie in einen tiefen Abgrund. Zusätzlich forciert wurde diese Entwicklung durch die radikale, überwiegend reparationspolitisch motivierte Deflationspolitik der Regierung Heinrich Brüning.¹²

¹⁰ Vgl. dazu Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes (1979), in: Ders., Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165–182.

¹¹ Zur Wirtschaftskrise in Deutschland siehe insbesondere Harold James, The German Slump. Politics and Economics 1924–1936, Oxford 1986. Eine ausführliche Diskussion der tieferen Gründe und der internationalen Verflechtung der Weltwirtschaftskrise ist hier entbehrlich.

¹² Zur neueren Auseinandersetzung um Brünings Wirtschaftspolitik siehe neben dem in Anm. 10 genannten Aufsatz von Borchardt v.a. Karl-Ludwig Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?, in: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 605–631; Ders., Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These, in: Geschichte und Gesellschaft

Zwar läßt sich mit gutem Grund behaupten, daß Brünnings Konzept wirtschaftlich und außenpolitisch im wesentlichen aufging. Die Reparationen fanden 1932 ihr Ende; und 1933 setzte ein allgemeiner Aufschwung ein, wobei insbesondere die Exportindustrie von den drastisch gesunkenen Lohn- und Lohnnebenkosten profitierte. Aber die sozialen Folgen des konjunkturellen Absturzes gelangten in die Nähe der Massenverelendung. Die Deflationspolitik ließ sich nur im Rahmen einer Wendung zum autoritären Präsidialregime durchsetzen. Und politisch profitierten Hitler und die Nationalsozialisten schließlich am meisten von der Krisenüberwindung. Während die Franzosen die Wirtschaftskrise als ein allmähliches Abgleiten erfuhren, bedeutete sie für die Deutschen eine singuläre Beschleunigung der Geschichte. Gerade in seiner Durchsetzungsphase konnte das Dritte Reich von den psycho-sozialen Folgen dieser traumatischen Krisenerfahrung profitieren. Indem es die Krise relativ „erfolgreich“ überwand, erfüllte es das weitverbreitete Bedürfnis nach Arbeit und Sicherheit sowie die Sehnsucht, gleichsam einen geordneten Alltag führen zu können.¹³

Über den spezifischen deutschen Konjunkturverlauf gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Tabelle 27: Index der Industrieproduktion in Deutschland 1924–1936
(Jahresdurchschnitte / 100 = 1913)

1913	100	1930	89
1924	70,5	1931	71,5
1925	82,5	1932	59
1926	79,5	1933	67
1927	100	1934	85
1928	102	1935	98
1929	102	1936	109

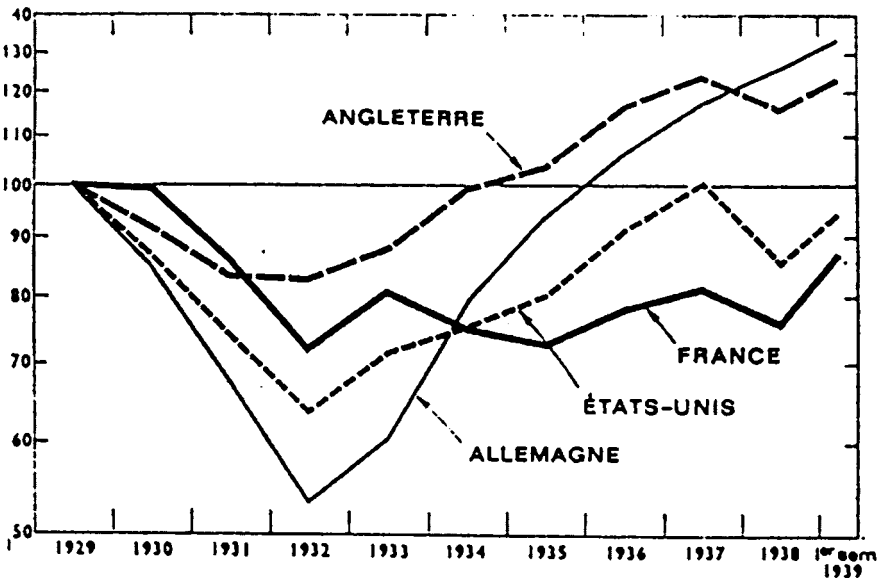
Quelle: nach Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, hrsg. v. Dietmar Petzina u.a., München 1978, S. 61.

Die Unterschiede in Schärfe und Dauer der Krise in den vier größten Industrienächten der Zeit sowie die relative Dramatik des deutschen Verlaufs macht das folgende Schaubild deutlich:

10 (1984), S. 122–141, sowie die Antikritik von Knut Borchardt, Noch einmal: Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik?, in: Historische Zeitschrift 237 (1983), S. 67–83.

¹³ Vgl. dazu Bernd Stöver, Loyalität statt Widerstand. Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 437–471, hier v.a. S. 449ff.

Schaubild 13: Die Industrieproduktion in vier großen Ländern (1929 = 100)



— La production industrielle des quatre grands pays de 1929 à 1939.

Quelle: Sauvy, Histoire économique I, S. 201.

2. Arbeitslosigkeit

Neben z.T. drastischen Einbußen an Lohn und Gehalt bewirkte die Wirtschaftskrise in Deutschland eine springflutartige Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Die Kosten für die Erwerbslosenunterstützung konnten je länger desto weniger aufgebracht werden. Dies betraf nicht nur die Reichsanstalt für Arbeit, die die versicherten Erwerbslosen zu unterstützen hatte. Vor allem auch die Unterstützung der sogenannten Wohlfahrtsarbeitslosen, die von den Kommunen aufzubringen war, sprengte 1931/32 jede geordnete Haushaltsführung.¹⁴ In noch einmal verschärfter Form stellten sich die Probleme der Massenarbeitslosigkeit in Berlin. Bereits seit Ende 1925 war hier eine ausgesprochen hohe, über dem Reichsdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Während im September 1925 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch bei 16.000 lag, schnellte sie bis zum Ende desselben Jahres auf knapp 120.000. Mitte Juli 1926 gab es in der Hauptstadt 208.000 Hauptunterstützungsempfänger, 112.256 Zuschlagsempfänger, 3.922 Kurzarbeiter und 3.722 Notstandsarbeiter.¹⁵ Hatte also schon zu dieser Zeit im Berliner Raum eine Massenarbeitslosigkeit bestanden, so wurde sie von 1930 bis 1933 noch bei weitem übertroffen. So gab es im Januar 1933 in Berlin mehr als 670.000 Arbeitssuchende, 40,1% aller im sekundären

¹⁴ Zu den Problemen, die die Erwerbslosenfürsorge für die kommunalen Finanzen aufwarf, siehe Dieter Rebentisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele, Berlin 1977, S. 107–157, hier v.a. S. 112ff.

¹⁵ Grzywatz, Arbeit und Bevölkerung, S. 41.

Sektor beschäftigten Erwerbspersonen waren zu dieser Zeit arbeitslos. Auch dies sind Zahlen, die deutlich über dem Reichsdurchschnitt lagen.¹⁶

Zwar nahm die Arbeitslosigkeit in Frankreich bei weitem nicht solch gravierende Ausmaße an; allerdings drängt sich bei genauerem Studium der Entwicklung der Eindruck auf, daß die Bedeutung der Erwerbslosigkeit zumindest im Pariser Raum für die politische Krise der dreißiger Jahre bislang nicht ausreichend gewürdigt worden ist. U.a. muß dabei berücksichtigt werden, daß die statistische Erfassung der Erwerbslosenzahl im damaligen Frankreich noch weitaus größere Probleme aufwirft, als dies für Deutschland der Fall ist. In Ermangelung einer Arbeitslosenversicherung und in Anbetracht des überwiegend improvisierten, auf die jeweilige Situation bezogenen Charakters der französischen Arbeitslosenfürsorge mußte die amtliche Registrierung der Arbeitslosen defizient bleiben. Gleichwohl vermitteln insbesondere die offiziellen Angaben über die Zahl der „chômeurs secourus“, der Arbeitslosenfürsorgeempfänger, einen Eindruck über den Trend.¹⁷

Von 1919 bis 1930 stellte die Erwerbslosigkeit in Frankreich tatsächlich kein wirkliches Thema dar. Zwar stieg sie während der französischen Stabilisierungskrise Ende 1926 bis Mitte 1927 kurzfristig an; im Februar 1927 erreichte sie im Département Seine nach Ermittlungen der Präfektur sowie der Sûreté Nationale immerhin einen Höchststand von 78.700 Arbeitslosen.¹⁸ Bezogen auf die gesamte Erwerbsbevölkerung des Départements Seine entsprach dies ungefähr einer Arbeitslosenquote von 3%.¹⁹ Entscheidend aber war, daß es sich um ein kurzfristiges Phänomen handelte. Im Gegensatz zu den deutschen Industriezentren sowie zu Berlin entstand im Gefolge der Stabilisierungskrise keine strukturelle und langanhaltende Sockelarbeitslosigkeit. Die Behörden beruhigten sich denn auch mit der Feststellung, die Gemütslage der Pariser Arbeitslosen erscheine keineswegs „überreizt“. Vielmehr wurde positiv registriert, daß sich die Arbeitslosen geduldig und friedlich in die Schlangen vor den Arbeitsnachweisen und Fürsorgestellen einreihen.²⁰ Und als es dann 1929 in ganz

¹⁶ Ebd., S. 49.

¹⁷ Daß die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen z.T. erheblich über den erfaßten „chômeurs secourus“ lag, war den Zeitgenossen bewußt. Allerdings sank z.B. zwischen 1931 und 1936 die Differenz zwischen den Unterstützungsempfängern einerseits und denjenigen, die in den Volkszählungen dieser Jahre als Erwerbstätigkeit „sans travail“ angaben. Dies zeigt, daß das Bewußtsein für das Problem der Arbeitslosigkeit während dieser Zeit deutlich stieg und sich in einer Vervielfältigung der Fürsorgeausgaben niederschlug. Zur Problematik der französischen Erwerbslosenstatistik siehe die zeitgenössische Enquête de l'Institut scientifique de recherches économiques et sociales: Gabrielle Letellier, Jean Perret, H.H. Zuber, A. Dauphin-Meunier, Enquête sur le chômage, Bd. I: Le chômage en France de 1930 à 1936, Paris 1938, S. 35ff. Des weiteren vor allem: Nicolas Baverez, Chômeurs et chômage des années 1930: l'exemple parisien, Thèse Troisième Cycle, Paris I 1986, S. 71ff.

¹⁸ AN F7 13527, La crise économique et le chômage, mars 1927. Bezeichnenderweise war diese Zahl deutlich höher als die von den Behörden angegebene. So hatte die *Commission départementale de contrôle*, im Dezember 1926 die Ziffer von 21.700 chômeurs secourus mitgeteilt, während eingehende Recherchen eine Zahl von rund 60.000 Arbeitslosen ermittelten. „La statistique des chômeurs secourus [...] ne saurait être considérée comme un élément suffisant pour établir la situation du marché du travail, attendu que beaucoup de chômeurs formulent tardivement leurs demandes de secours ou même se refusent à solliciter des fonds de chômage et que d'autres se bornent à réclamer l'assistance de leurs organisations.“ AN F7 13527, Le chômage dans la région parisienne, 16.1.1927, S. 9.

¹⁹ Zahlen zur Erwerbsbevölkerung („population active“) im Pariser Raum in: Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 7 mars 1926, Bd. III, Paris 1930. Demzufolge betrug die Pariser Erwerbsbevölkerung zu dieser Zeit rund 2,7 Millionen.

²⁰ AN F7 13527, Le chômage dans la région parisienne, 16.1.1927, S. 11.

Frankreich weniger als 1.000 unterstützte Arbeitslose gab, konnte man tatsächlich an die von Tardieu propagierte „politique de prospérité“ glauben.²¹

Dagegen war die Wirtschaftskrise, die Ende 1930 einsetzte und um die Jahreswende 1931/32 auf den Arbeitsmarkt durchschlug, von anderer Qualität. Innerhalb kurzer Zeit stieg die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Pariser Region von einer zu vernachlässigenden Größe auf rund 150.000 (= ca. 5% der Erwerbsbevölkerung). Nach einem weiteren Anstieg 1934 erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt in den Jahren 1935 und 1936 mit Werten von z.T. deutlich über 200.000 „chômeurs secourus“. Nach einem leichten Rückgang 1937 pendelte sich die Zahl der Unterstützungsempfänger 1938 erneut bei knapp 200.000 ein. Erst 1939 begann sich der französische und Pariser Arbeitsmarkt deutlich zu erholen. Für diese Zahlenangaben gilt indes das gleiche, was über die Zahlen des Jahres 1927 gesagt wurde: Sie liegen weit unter der tatsächlichen Zahl der Erwerbslosen. Daß sie um ca. 40% erhöht werden müssen, zeigt ein Blick auf das Jahr 1936: Im Jahresdurchschnitt wurden damals im Département Seine 205.330 Unterstützungsempfänger gezählt. Bei der Volkszählung im März desselben Jahres ergab sich jedoch eine Erwerbslosenzahl von 290.069.²² Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,6% der Erwerbsbevölkerung.²³

Tabelle 28: Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland und Frankreich, Berlin und Paris 1929–1938

	Dt. Reich	Berlin	Frankreich chômeurs secourus	Seine chômeurs secourus	Schätzung
1929	1.899.000	127.000	900	---	---
1930	3.076.000	445.000	2.400	---	---
1931	4.520.000	420.000	54.600	44.720	162.000
1932	5.603.000	546.000	273.800	148.634	207.000
1933	4.804.000	473.000	276.300	145.777	186.000
1934	2.718.000	265.000	341.600	167.632	235.000
1935	2.151.000	----	425.800	193.195	270.000
1936	1.593.000	----	433.700	205.035	290.000
1937	912.000	----	351.300	171.110	240.000
1938	429.000	----	374.100	194.114	272.000

Quellen: Spalte 1: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 119. Spalte 2: Grzywatz, Arbeit, S. 44 (Angaben vom September des jeweiligen Jahres).²⁴ Spalte 3: Sauvy, Histoire économique III, S. 305, (Jahresdurchschnitte). Spalte 4: Annuaire Statistique de la Ville de Paris, années 1931, Paris 1933, S. 508; 1932, 1932, 1934, Paris 1937, S. 577; années 1935, 1936, 1937, Paris 1942, S. 645; années 1938, 1939, 1940 et 1941, Bd. II, Paris 1951, S. 289. Spalte 5: Wie Spalte 4 plus 40%. Angabe für 1931 nach Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 8 mars 1931, Bd. II, S. 1ff., für 1936 nach Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 8 mars 1936, Bd. II, S. 1ff.

²¹ Jackson, Politics, S. 30.

²² Zahlen der „chômeurs secourus“ nach Bulletin du Ministère du Travail und Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 8 mars 1936, Bd. II, S. 1ff.

²³ Die Erwerbsbevölkerung zählte 1936 2.738.061 Personen. Siehe ebd.

²⁴ Die Zahlen setzen sich zusammen aus der Addition der Hauptunterstützungsempfänger, der Empfänger der Krisenunterstützung und der Empfänger der städtischen Arbeitsfürsorge (Wohlfahrtsarbeitslose).

Wie die Statistik²⁵ zeigt, war knapp die Hälfte aller in Frankreich unterstützten Arbeitslosen in der Pariser Region ansässig. Zu diesem Ergebnis kam bereits die eingehende zeitgenössische Untersuchung, die das Institut scientifique de recherches économiques et sociales in den dreißiger Jahren durchführte. So lebten 1936 im Département Seine 19,8% aller französischen Erwerbstätigen, die Zahl der Arbeitslosen belief sich hier jedoch auf 48,4% aller in Frankreich Unterstützten.²⁶ Im Département Seine betrug die Arbeitslosenquote 1936 ca. 10,6% der Erwerbsbevölkerung, landesweit erreichte sie im Februar desselben Jahres lediglich 4,4%.²⁷

Auch wenn die Pariser Verhältnisse natürlich bei weitem nicht an die Zustände im Reich und in Berlin heranreichten, bleibt doch festzuhalten: Mitte der dreißiger Jahre, von 1932 bis 1938, bestand in der Pariser Region eine langanhaltende Massenarbeitslosigkeit, die – dies eine Parallele zu den Berliner Verhältnissen – weit über dem landesweiten Durchschnitt lag. Tatsächlich läßt sich die französische Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre vor allem als Pariser Phänomen bezeichnen. Als solches ist sie von der Forschung lange Zeit unterschätzt bzw. nicht wahrgenommen worden.²⁸ Für die vielbeschworene „Krise der dreißiger Jahre“ spielte sie jedoch als soziale Realität in der französischen Hauptstadt eine bedeutende Rolle.

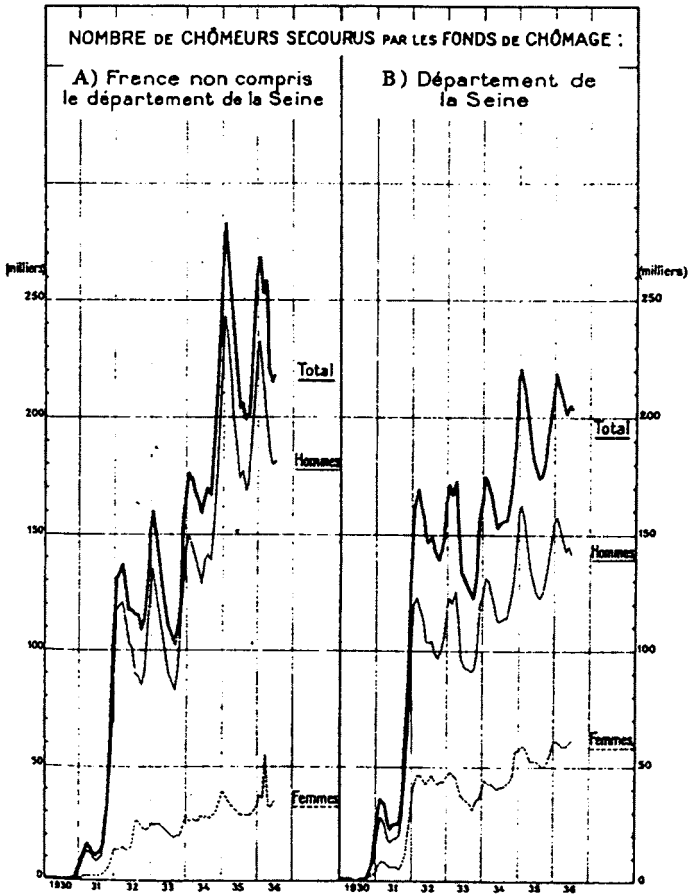
²⁵ Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die hier angegebenen Zahlen keinen Anspruch auf exakte Präzision erheben. Dies wäre auch aufgrund der Mängel und der Inkongruenz des zeitgenössischen Materials nicht möglich. Hinzu kommen die starken nationalen Unterschiede im System der Arbeitslosenunterstützung und damit verbunden die je spezifischen, inkommensurablen statistischen Erfassungssysteme. Die hier mitgeteilten Zahlen können daher lediglich einen Trend vermitteln und als Vergleichsfolie für die soziale Situation während der Wirtschaftskrise dienen.

²⁶ Letellier et al., Enquête Bd. I, S. 115.

²⁷ Ebd., S. 42. Baverex, Chômeurs, S. 164, schätzt die Pariser Quote der Arbeitslosen für 1936 auf 11,2%.

²⁸ Dies gilt trotz der gründlichen Untersuchung von Letellier u.a. aus dem Jahre 1938, die in der französischen Forschung kaum rezipiert worden ist. Insgesamt hat sich die französische Geschichtswissenschaft mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren kaum beschäftigt. Offensichtlich blickt man auf die nationale Ebene und gibt sich mit der landesweit relativ geringen Erwerbslosenzahl zufrieden; so etwa Berstein/Milza, Histoire de la France, 1930–1945, S. 50: „Sans doute faut-il [...] admettre que la France aurait compté, au plus fort de la crise, environ 900.000 chômeurs, ce qui est relativement peu.“ Auch Jackson, Politics of Depression, geht auf das Problem der Arbeitslosigkeit nur am Rande ein. Siehe dagegen die ebenfalls kaum rezipierte Arbeit von Baverex, Chômeurs, S. 164ff.

Schaubild 14: Unterstützte Arbeitslose in Frankreich und im Département Seine



3. Altersstruktur und „Jugendrevolte“

Wirtschaftliche Depression und Arbeitslosigkeit akzentuierten in beiden hauptstädtischen Gesellschaften den Konflikt zwischen den Generationen. Die Mobilisierung der „Jugend“ gegen die herrschenden Verhältnisse der „bürgerlichen“ Demokratie war zwischen den Weltkriegen ein gemeineuropäisches Phänomen.²⁹ Im Begriff der „Jugend“ verknüpften sich sozialgeschichtlich-strukturelle Realitäten mit solchen ideologischen, insbesondere kulturkritischen Motiven, die von dem eigentlichen Lebensabschnitt des Jugendalters unabhängig waren und deren Wurzeln bis zur Jahr-

²⁹ Siehe den Sammelband von Dieter Dowe (Hrsg.), *Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich*, Bonn 1986. Grundlegend zur Soziologie des Generationenkonflikts Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* 7 (1928), S. 157–185 u. 309–330.

hundertwende zurückreichten.³⁰ Nach 1918 und erst recht in den dreißiger Jahren war der Rekurs auf die Jugend häufig eine politisch-weltanschauliche Parole, die sich zumindest in der Tendenz gegen den Status quo richtete. Zutiefst beeinflusst vom Ersten Weltkrieg, den sie in der „vaterlosen Gesellschaft“ der Heimatfront erlebten,³¹ trennte die Generation der von 1900 bis 1910 Geborenen eine mehr oder minder tiefe mentale Kluft von der Welt ihrer Väter.³² „Pour nous, de la jeune génération“, so deklamierte im Jahre 1929 André Philip, 1902 geborener S.F.I.O.-Politiker, „nous avons été, et nous restons, profondément des révoltés. Nés à la vie intellectuelle dans les années troubles de la guerre, au moment où tout croulait autour de nous, où toutes les règles morales étaient ébranlées, où les idées de justice et de liberté, révélées par nos pères, étaient prostituées à tout venant, nous avons tout dégorgé, tout nié, nous avons jeté par dessus bord toutes les traditions, morales, familiales, patriotiques, religieuses.“³³ Die europäische Jugend, so resümierte Bertrand de Jouvenel Ende der dreißiger Jahre, liebte „lebhaft und schneidige Bewegungen, kurze Parolen“: „Les parlementarismes nationaux et internationaux, avec leurs salles enfumées, leurs orateurs ventrus, leurs effets de mauvais théâtre, furent ridicules à ses yeux. Elle admirait et aimait la force. Elle était prête à applaudir les victoires de la Force.“³⁴ „Platz der Jugend, die Zukunft gehört ihr“, lautete schließlich die Parole der *Croix de Feu*: „Notre mouvement doit se faire sous le signe de la jeunesse.“³⁵

In der Weimarer Republik war der politische Generationenkonflikt von besonderer Bedeutung und zog sich quer durch alle politischen Lager hindurch. Er begegnete in der studentischen ebenso wie in der Arbeiterjugend, in der kirchlichen ebenso wie in der parteipolitisch organisierten Jugend.³⁶ Daß es in Frankreich ein vergleichbares

³⁰ Siehe dazu den Sammelband von Walter Rüegg (Hrsg.), *Kulturkritik und Jugendkult*, Frankfurt/M. 1974, hier v.a. den Beitrag von Thomas Nipperdey, *Jugend und Politik um 1900*, S. 87–114.

³¹ Vgl. Paul Federn, *Zur Psychologie der Revolution: Die vaterlose Gesellschaft*, Leipzig u. Wien 1919.

³² Zum 1918 aufbrechenden Gegensatz zwischen der „älteren“ Jugendbewegung, die den Krieg an der Front erlebt hatte, und der nachfolgenden Generation, vgl. Gudrun Fiedler, *Jugend im Krieg. Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und sozialer Wandel 1914–1923*, Köln 1989, S. 175ff. Vgl. Dietmar Schenk, *Die Freideutsche Jugend 1913–1919/20. Eine Jugendbewegung in Krieg, Revolution und Krise*, Münster 1991, über die Politisierung und Radikalisierung der bürgerlichen Jugend im Krieg.

³³ *Le Semeur*, juin 1929, zit. n. Rémi Fabre, *Les mouvements de jeunesse dans la France de l'entre-deux-guerres*, in: *Le Mouvement Social* no. 168 (juillet-septembre 1994), S. 9–30, hier S. 22.

³⁴ Bertrand de Jouvenel, *Le réveil de l'Europe*, Paris 1938, S. 234.

³⁵ AN, 451 AP 81 (Archives de la Rocque), *Buts généraux des Croix de Feu*.

³⁶ Die politische Jugendbewegung in Deutschland hat in den letzten Jahren in zunehmendem Maße das Interesse der Forschung auf sich gezogen. Ein Überblick bei Peter D. Stachura, *The German Youth Movement 1900–1945. An Interpretative and Documentary History*, London 1981. Zur lagerübergreifenden Bedeutung des Rekurses auf die Jugend vgl. die (auf gedrucktem Material beruhende, gleichwohl aufschlußreiche) Arbeit von Barbara Stambolis, *Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Diss. phil., Bochum 1982. Siehe Wolfgang Krabbe (Hrsg.), *Politische Jugend in der Weimarer Republik*, Bochum 1994; Hans Mommsen, *Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik*, in: Thomas Koebner u.a., „Mit uns zieht die neue Zeit“. *Der Mythos Jugend*, Frankfurt/M. 1985, S. 50–67; Elisabeth Domansky, *Politische Dimensionen von Jugendprotest und Generationenkonflikt in der Zwischenkriegszeit in Deutschland*, in: Dowe (Hrsg.), *Jugendprotest*, S. 113–137; Peukert, *Jugend*; Michael H. Kater, *Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 217–243; Irma Traud Götz von Olenhusen, *Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Generation, Religion und Politik 1928–1933*, Köln 1987; Dies., *Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus. Eine Analyse der Jugendorganisationen der Weimarer Zeit*, in: *Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung* 12 (1980), S. 53–82.

Phänomen gab, dessen Wurzeln ebenfalls in die Vorkriegszeit zurückreichen,³⁷ liegt offen zu Tage. Wie in Deutschland auch, begann die französische „Jugendbewegung“ schon vor dem Ersten Weltkrieg und nahm in der Krisenperiode der dreißiger Jahre einen entscheidenden Aufschwung.³⁸ Ihre Bedeutung im Gesamtkontext der politischen Kultur Frankreichs wird allerdings unterschiedlich beurteilt. Einerseits wird die politische und sozialmoralische Dimension des Generationenkonflikts auch für die späte Dritte Republik betont;³⁹ andererseits wird seine Bedeutung minimiert, indem man auf die Integrationskraft und harmonisch-konsensuale Verfaßtheit der französischen Gesellschaft hinweist.⁴⁰

Betrachtet man die demographische Entwicklung, so zeichnet sich tatsächlich diesseits wie jenseits des Rheins ein recht uneinheitliches Bild. In beiden Ländern war die demographische Transition zur modernen Industriegesellschaft schon um die Jahrhundertwende erfolgt; längst vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich das Bevölkerungswachstum beiderseits des Rheins kontinuierlich verlangsamt, wobei sich spezifische Unterschiede ergaben. In Deutschland stieg die absolute Zahl der Lebendgeburten bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts weiter an, was zunächst noch ein nominal dynamisches Wachstum bewirkte. Allerdings gingen bereits im gleichen Zeitraum die Geburtenrate (auf 1000 Einwohner) und damit auch die jährlichen Bevölkerungszuwachsraten deutlich zurück.⁴¹ In Frankreich sank dagegen bereits seit den 1880er Jahren auch die absolute Zahl der Lebendgeburten. Es handelte sich um einen säkularen, bis 1945 anhaltenden Prozeß, der durch die Senkung der Sterblichkeit nicht völlig kompensiert werden konnte.⁴² Vielmehr ließ der demographische „Malthusianismus“ jenseits des Rheins die französische Gesellschaft schon vor 1914 als eine „population

³⁷ Einen Querschnitt durch die „Jugendfrage“ am Vorabend des Ersten Weltkriegs vermittelt: Agathon [i.e. Henri Massis u. Alfred de Tarde], *Les jeunes gens d'aujourd'hui. Le goût de l'action, la foi patriotique – une renaissance catholique, le réalisme politique*, 3. Aufl. Paris 1913.

³⁸ Siehe den ausführlichen Forschungsbericht von Fabre, *Mouvements*. Vgl. des weiteren Edward Reichel, *Nationalismus – Hedonismus – Faschismus. Der Mythos Jugend in der französischen Politik und Literatur von 1890–1945*, in: Kocbner, Janz u. Trommler (Hrsg.), *Mythos Jugend*, S. 150–173. Zu den dreißiger Jahren vgl. Dieter Tiemann, *Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit* (Pariser Historische Studien 28), Bonn 1989, S. 282ff.

³⁹ Aline Coutrot, *Youth Movements in France in the 1930s*, in: *Journal of Contemporary History* 5 (1970), S. 23–35; Dies., *Les mouvements de jeunesse en France dans l'entre-deux-guerres*, in: *Les Cahiers de l'animation* 32 (1981), S. 29–37; Dies., *Le mouvement de jeunesse, un phénomène au singulier?*, in: Gérard Cholvy (Hrsg.), *Mouvements de jeunesse chrétiens et juifs. Sociabilité juvénile dans un cadre européen 1799–1968*, Paris 1985, S. 109–123.

⁴⁰ So vor allem Antoine Prost, *Jeunesse et société dans la France de l'entre-deux-guerres*, in: *Vingtième Siècle* No. 13 (janvier-mars 1987), S. 35–43. Prost betont insbesondere die innenpolitisch und zwischen den Generationen pazifizierende Wirkung des Ersten Weltkriegs: „Le conflit des générations mettrait les jeunes face à des anciens combattants. Conflit difficile à assumer. Non seulement parce que ces anciens combattants ayant, somme toute gagné leur guerre, en auraient reçu une consécration définitive. Mais parce que, tout au contraire, ils forment une génération du sacrifice: elle a souffert, elle a risqué sa vie, un million et demi des siens sont morts pour que la jeune génération vive libre, fière, et dans un monde à jamais exempt de guerre. Comment se révolter contre cette génération-là?“ *Ibid.*, S. 38.

⁴¹ Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, von Gerd Hoyer, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975, S. 27–30.

⁴² *Histoire économique et sociale de la France*, Bd. IV/2, Paris 1979, S. 93ff.

quasi stationnaire“⁴³ erscheinen. In beiden Ländern riefen die demographischen Entwicklungen der Vorkriegszeit eingehende bevölkerungspolitische Debatten hervor.⁴⁴

Die Unterschiede in der demographischen Entwicklung eröffneten nach dem Ersten Weltkrieg unterschiedliche Erfahrungshorizonte. In der Weimarer Republik strömten die geburtenstarken Jahrgänge der Jahre 1900–1913 ausgerechnet zu einem Zeitpunkt auf den Arbeitsmarkt, der durch Rationalisierungsdruck und Krisenerscheinungen geprägt war. 1925 betrug die Zahl der 14–25jährigen in Deutschland rund 14 Millionen, das entsprach 23% der Gesamtbevölkerung.⁴⁵ Zwischen 1910 und 1925 expandierte der Anteil dieser Generation weit überproportional. Allein die Zahl der 18–21jährigen stieg zwischen 1910 und 1925 um 19,6%, die der 14–18jährigen um 13,8%.⁴⁶ Schon Mitte der zwanziger Jahre wurde die junge Generation von der bereits damals entstehenden strukturellen Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Die Erwerbslosigkeit der Jugendlichen, so konstatierte man während der Krise des Jahres 1926 im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, sei „immer mehr zu einem Massennotstand geworden, gegen den zur Abwendung der sittlichen, geistigen und körperlichen Gefahren der teilweise jahrelangen Beschäftigungslosigkeit durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden“ müßten.⁴⁷ Die strukturelle Arbeitslosigkeit Mitte der zwanziger Jahre, die teilweise auch demographisch bedingte Überfüllung des Arbeitsmarktes, schließlich die Weltwirtschaftskrise wirkten zusammen, um einer ganzen jungen Generation den Übergang in ein geregeltes Berufsleben über weite Strecken zu versperren.⁴⁸ Auch wenn eine Lehrstelle oder eine Anstellung als ungelernter Jungarbeiter sich häufig noch finden lassen mochte, die Arbeitslosigkeit der 14–18jährigen also auch in der Wirtschaftskrise noch weniger gravierend war, so wartete jenseits der Zwanzig mit hoher Wahrscheinlichkeit die Arbeitslosigkeit.⁴⁹ In der Alterskohorte der 20–25jährigen bestand nach 1930 mit Abstand die höchste Erwerbslosenquote. Reichsweit kamen im Juni 1933 auf 100 Erwerbstätige dieser Altersklasse 44,5 Arbeitslose. In Berlin bildeten die 20–25jährigen zwar einen relativ ge-

⁴³ Ebd., S. 21.

⁴⁴ Dazu jetzt ausführlich Christiane Diemel, *Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918*, Münster 1995.

⁴⁵ Zum „demographischen Ort“ der (Arbeiter-)Jugend in der Weimarer Republik ausführlich Peukert, *Jugend*, S. 38ff. Die eingehendste zeitgenössische statistische Analyse, die auf den Volkszählungsergebnissen des Jahres 1933 beruht, stammt von Hertha Siemering, *Deutschlands Jugend in Bevölkerung und Wirtschaft. Eine statistische Untersuchung*, Berlin 1937.

⁴⁶ Bernhard Mewes, *Die erwerbstätige Jugend. Eine statistische Untersuchung*, Berlin u. Leipzig 1929, S. 6f. Die Kohorte der 14–21jährigen stieg demzufolge um 16,2 ‰, die Gesamtbevölkerung dagegen nur um 8 ‰.

⁴⁷ BAP RAM Nr. 1500, fol. 195, Rundschreiben des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 23.4.1926.

⁴⁸ Zur Jugendarbeitslosigkeit am Ende der Weimarer Republik eingehend Detlev J.K. Peukert, *Die Erwerbslosigkeit junger Arbeiter in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929–1933*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 72 (1985), S. 305–328. Siehe auch Peter D. Stachura, *The Social and Welfare Implications of Youth Unemployment in Weimar Germany, 1929–1933*, in: Peter D. Stachura (Hrsg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London 1986, S. 121–147.

⁴⁹ Walter Maschke, *Jugend ohne Beschäftigung und ohne Ausbildungsmöglichkeit*, in: *Die Arbeit* 9 (1932), S. 246–251, hier v.a. S. 246; Käthe Gaebel, *Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen*, in: *Die Hilfe* 36 (1930), S. 1123–1127, hier S. 1123f.; Bernhard Mewes, *Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen*, in: *Das Junge Deutschland* 25 (1931), S. 553–558. Marcus Gräser, *Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 107), Göttingen 1995, S. 194f.; Peukert, *Jugend*, S. 172ff.

ringeren Bevölkerungsanteil als im Reichsdurchschnitt (vgl. Tabelle unten); aber die Quote der Arbeitslosen war hier rund doppelt so hoch wie im reichsweiten Durchschnitt. 1933 entfielen in Berlin auf 100 männliche Erwerbstätige zwischen 14 und 25 Jahren 63,4 Arbeitslose, auf 100 Erwerbstätige zwischen 20 und 25 Jahren dagegen schon 82.⁵⁰

Auch wenn das überlieferte statistische Material nur Annäherungswerte zuläßt, so besteht doch kein Zweifel an der hohen, deutlich überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in der Alterskohorte von 14 bis 25 Jahren. Und der Einfluß, den die hohe Arbeitslosigkeit auf das politisch-soziale Verhalten dieser Generation ausübte, kann schwerlich überschätzt werden, auch wenn sich einfache Korrelationen nicht herstellen lassen.⁵¹ Wenn sich der Eintritt einer neuen Generation in das Erwachsenenalter in politisch und ökonomisch „normalen“ Zeiten ohne größere Verwerfungen vollziehen kann, so gilt für die Weimarer Republik in jeglicher Hinsicht das Gegenteil. Schon Theodor Geiger hielt es 1932 für „psychologisch unrichtig, wenn die Radikalisierung der Jungarbeiterschaft in der Hauptsache darauf zurückgeführt wird, daß eben wilde radikale Parolen [...] auf die Jugend mehr Eindruck machen, als auf die Erwachsenen.“ Für Geiger lagen die Gründe viel tiefer, nämlich in der zeittypischen Nichtintegration einer ganzen heranreifenden Arbeitergeneration, der eine „eigentliche Interessenrichtung und Interessenbindung fehlte“ und die „wirtschaftlich-sozial ohne Standort“ blieb. „[Den erwerbslosen Jungarbeiter] trennt von der älteren Arbeiterschaft nicht nur seine Jugend, nicht nur die jugendliche Empfänglichkeit für hemmungsloses Hinwegschreiten und Hinwegschreien über Tatsachen – ihn trennt von der älteren Generation, daß er überhaupt nicht Arbeiter ist und daher in keine irgendwie geartete, sei es auch sich epochebedingt wandelnde, Lohnarbeitermentalität hineinwachsen kann.“⁵²

Zwar verbietet sich die Konstruktion einfacher Kausalzusammenhänge, und die ideologischen Wurzeln für einen radikalen Jugendprotest reichten schon in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Doch steht außer Zweifel, daß die Arbeitslosigkeit der jungen Generation auch für die Sozialgeschichte des politischen Extremismus in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Die – in aller Regel nicht selbst verantwortete – Unmöglichkeit, in die sozialen und ökonomischen „Tatsachen“ des Berufslebens hineinzuwachsen, begünstigte bei einer Minderheit die – schon zuvor bestehende – mentale Disposition zur kognitiven Realitätsverweigerung und damit die Ideologieanfälligkeit. In dem Maße, wie traditionelle Bindungen abbrachen, bzw. neue nicht entwickelt werden konnten, verstärkte sich das Bedürfnis nach identitätsstiftenden Surrogaten, wie sie der Totalitätsanspruch der extremistischen Bewegungen, aber auch etwa die bündische Jugend oder freie Jugendgruppen wie die „wilden Cliques“ u.a. bieten konnten. Insbesondere für die Erfassung durch eine politische Kampfbewegung mit ihren Anforderungen in bezug auf Agitation, Propaganda und paramilitärische Formation waren arbeitslose junge Leute

⁵⁰ Siemering, Deutschlands Jugend, S. 300 u. 307; vgl. ebd. S. 260ff. Ähnliche Verhältnisse bestanden in den meisten anderen Großstädten.

⁵¹ Über die psychischen und sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bei ungelernten Jugendlichen und Jungarbeitern vgl. die Berliner Milieustudien von Gertrud Staewen-Ordemann, Menschen der Unordnung. Die proletarische Wirklichkeit im Arbeitsschicksal der proletarischen Großstadtyugend, Berlin 1933, v.a. S. 81ff.

⁵² Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 96f., die Zitate S. 97.

grundsätzlich „abkömmlicher“ als Berufstätige.⁵³ Im proletarisch geprägten Berlin begünstigte dies bis zum Ende der zwanziger Jahre fast ausschließlich die KPD und ihre „Massenorganisationen“ wie RFB, KJVD, und Jungsturm. Aber zum einen blieben schon in den zwanziger Jahren die Reichweite und die Integrationskraft, die die disziplinierende Kontrolle der Parteiführung gerade auf „entwurzelte“ Jugendliche auszuüben vermochte, begrenzt. In der Auflösungsphase der Weimarer Republik verschärfte sich dieses Dilemma kommunistischer Taktik noch einmal in gravierender Weise.⁵⁴ Zum anderen aber konnte seit 1929 auch die NSDAP von der fortschreitenden gesellschaftlichen Desintegration infolge von Arbeitslosigkeit und Verelendung profitieren. Zwar wurde die NSDAP in Berlin wie in anderen Großstädten niemals so stark wie in kleineren und mittleren Städten oder auf dem flachen (protestantischen) Land. Doch etablierte sie sich in einer Größenordnung, die das traditionelle Potential, über das die extreme Rechte in der Hauptstadt bis dahin verfügte, bei weitem transzendierte. Auch hierbei spielte das Profil der NSDAP als Bewegung der „Jungen“ eine wichtige Rolle, und insbesondere die SA zog eine Vielzahl arbeitsloser, proletarischer Elemente an sich.⁵⁵ Im übrigen gilt für die NSDAP in Berlin, was für die Partei insgesamt gesagt werden kann: Die Bewegung war Teil einer übergreifenden Revolte der bürgerlichen Jugend gegen die bürgerliche Ordnung.⁵⁶ Die tieferen Ursachen dieser Revolte entstammten der Vorkriegszeit, doch nach 1918 wurde sie durch den forcierten Generationswechsel und schließlich durch die Krise Anfang der dreißiger Jahre entscheidend beschleunigt.⁵⁷

⁵³ Vgl. die Beobachtungen von F. Wunderlich aus dem Jahre 1934: „In the last few years the radical political parties gathered up these groups for their storm troops. There the unemployed found what they needed. Uniforms gave them the feeling of superiority which compensated for their feeling of inferiority. They could march in file with the companions of their fate. They could fight against an enemy, they learned how to shoot and kill and they found an outlet for the painful tension of hate and resentment.“ P'(ricida?) Wunderlich, *New Aspects of Unemployment in Germany*, *Social Research* I (1934), S. 108f., zit. nach Conan J. Fischer, *Unemployment and Left-Wing Radicalism in Weimar Germany, 1930–1933*, in: Peter D. Stachura (Hrsg.), *Unemployment and the Great Depression*, S. 209–225, hier, S. 213. Über den Zusammenhang zwischen (Jugend-)Arbeitslosigkeit und politischem Radikalismus in der Weltwirtschaftskrise vgl. die Skizze von Dick Geary, *Jugend, Arbeitslosigkeit und politischer Radikalismus am Ende der Weimarer Republik*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 34 (1983), S. 304–309.

⁵⁴ Siehe unten, S. 582f.

⁵⁵ Über die Affinität zwischen Jugendbewegung und Nationalsozialismus vgl. insbesondere Michael H. Kater, *Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 bis 1939*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 17 (1977), S. 127–174, hier v.a. S. 131–155; zur Haltung der NSDAP gegenüber den Arbeitslosen vgl. Rose-Marie Huber-Koller, *Gewerkschaften und Arbeitslose. Erfahrungen der Massenerwerbslosigkeit und Aspekte freigewerkschaftlicher Arbeitslosenpolitik in der Endphase der Weimarer Republik*, Pfaffenweiler 1992, Bd. 1, S. 352ff.

⁵⁶ Zur Transformation der bürgerlichen Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg und ihre Spannung zwischen Bindungslosigkeit und der Suche nach gültigen Normen Fiedler, *Bürgerliche Jugendbewegung*, S. 187ff. Vgl. des weiteren Winfried Mogge, *Wandervogel, Freideutsche Jugend und Bünde. Zum Jugendbild der bürgerlichen Jugendbewegung*, in: Koebner, Janz u. Trommler (Hrsg.), *Mythos Jugend*, S. 174–198; Jürgen Reulecke, *Männerbund versus Familie. Bürgerliche Jugendbewegung und Familie in Deutschland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: ebd., S. 199–223.

⁵⁷ Zur Krise bürgerlicher Partijugendorganisationen vgl. Larry Eugene Jones, *Generational Conflict and Political Mobilization in the Weimar Republic*, in: Larry Eugene Jones u. James Retallack (Hrsg.), *Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives*, Cambridge 1992, 347–369. Wolfgang Krabbe, *Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918–1933)*, Opladen 1995; Götz von Olenhusen, *Krise*.

Die Situation in Frankreich scheint demgegenüber zunächst v.a. durch Unterschiede gekennzeichnet zu sein. Aufgrund der differierenden demographischen Vorkriegsentwicklung stellte sich hier das strukturelle Generationenproblem längst nicht so gravierend dar wie in Deutschland: So gehörten 1926 nur 16,6% der französischen Gesamtbevölkerung der Alterskohorte von 15 bis 24 Jahren an. Und während 1933 in Deutschland immerhin noch 26,6% aller Einwohner zwischen 14 und 29 Jahren alt waren, waren dies im Frankreich des Jahres 1936 nur 20,8%. Die entsprechenden Zahlen für Berlin und Paris lauteten 25,3% und 22,5%.

Tabelle 29: Altersstruktur der Bevölkerung im Reich und in Berlin 1925 und 1933 (in Tausend)

Alter	1925				1933			
	Dt. Reich		Berlin		Dt. Reich		Berlin	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.
unter 6	7.134,5	11,4	254,7	6,3	5.860,8	9,0	212,4	5,0
6–u. 14	7.664,2	12,3	352,2	8,8	9.164,1	14,0	357,0	8,4
14–u. 16	2.587,0	4,1	126,7	3,2	1.284,7	2,0	59,4	1,4
16–u. 18	2.659,1	4,3	140,5	3,5	1.427,2	2,2	70,5	1,7
18–u. 20	2.570,1	4,1	149,5	3,7	2.344,7	3,6	118,1	2,8
20–u. 25	6.150,5	9,8	381,2	9,5	6.174,7	9,5	384,8	9,1
25–u. 30	5.307,3	8,5	374,6	9,3	6.117,3	9,4	438,5	10,3
30–u. 40	8.863,1	14,2	746,2	18,6	10.537,5	16,2	799,6	18,8
40–u. 45	3.907,5	6,3	340,0	8,4	4.243,6	6,5	366,4	8,6
45–u. 50	3.846,5	6,2	323,5	8,0	3.940,1	6,0	350,6	8,3
50–u. 60	5.961,1	9,5	456,2	11,3	6.956,3	10,7	576,6	13,6
60–u. 65	2.165,9	3,5	153,6	3,8	2.582,6	3,9	192,4	4,5
über 65	3.593,6	5,8	225,3	5,6	4.583,9	7,0	316,2	7,5
gesamt	62.410	100	4.024,2	100	65.218,5	100	4.242,5	100

Quellen: Reichsweite Zahlen: Siemering, Jugend, S. 10, Zahlen für Berlin: Grzywatz, Arbeit, S. 438.

Tabelle 30: Altersstruktur der Bevölkerung in Frankreich und im Département Seine 1926 und 1936 (in Tausend)

Alter	1926				1936			
	Frankreich		Dépt. Seine		Frankreich		Dépt. Seine	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.
bis 14	9.023	22,4	734,8	16,2	10.176	24,7	893,5	18,4
15–19	3.424	8,5	351,1	7,7	2.266	5,5	239,2	4,9
20–24	3.260	8,1	455,0	10,0	2.963	7,2	367,4	7,6
25–29	3.277	8,1	501,1	11,0	3.310	8,0	490,0	10,0
30–39	5.587	13,9	847,5	18,7	6.529	15,9	1.006,6	20,7
40–49	5.356	13,3	705,0	15,6	5.173	12,6	760,5	15,6
50–59	4.587	11,4	485,0	10,7	4.691	11,4	562,3	11,6
über 60	5.640	14,0	432,3	9,5	6.049	14,7	531,8	10,9
gesamt ^a	40.229	100	4.530,9	100	41.183	100	4.859,7	100

^a Die Differenz zur Gesamtzahl ergibt sich jeweils aus der Rubrik „non déclaré“, die hier nicht eigens aufgenommen wurde.

Quellen: für Frankreich: Sauvy, Histoire III, S. 288, für das Dept. Seine: Résultats statistiques du recensement général für 1926 und 1936.

Die Tabellen zeigen, daß die Altersstruktur beider metropolitaner Räume vom jeweiligen Landesdurchschnitt nicht unerheblich abwich. Beide Hauptstädte waren deutlich weniger kinderreich als das Land insgesamt, worin u.a. die Anpassung des generativen Verhaltens an die großstädtische Lebensweise zum Ausdruck kommt. Dagegen war der junge und besonders dynamische Bevölkerungsteil der 20–40jährigen vor allem in Paris stark überrepräsentiert, was insofern nicht überrascht, als der metropolitane Großraum das bevorzugte Ziel jüngerer, Arbeit suchender Erwerbstätiger war.⁵⁸ Die erwachsene Erwerbsbevölkerung war daher in Paris etwas jünger als im landesweiten Durchschnitt; in Berlin dagegen verhielt es sich umgekehrt. Verglichen mit dem Reichsdurchschnitt war hier die Bevölkerung „älter“: Nicht nur die jungen Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 40 Jahren waren in der Reichshauptstadt überrepräsentiert, sondern auch die älteren Erwerbsgruppen bis 60–65 Jahre. Im Ergebnis glichen sich die Altersstrukturen der beiden hauptstädtischen Bevölkerungen in hohem Maße an, was besonders deutlich wird, wenn man die prozentuale Verteilung der Alterskohorten in Berlin und Paris nebeneinanderhält.

Tabelle 31: Altersstruktur der Bevölkerung in Berlin und im Département Seine 1925/26 und 1933/36 (in v.H.)

Alter	Berlin 1925	Seine 1926	Berlin 1933	Seine 1936
bis 14	15,1	16,2	13,4	18,4
15–19	10,4	7,7	5,9	4,9
20–24	9,5	10,0	9,1	7,6
25–29	9,3	11,0	10,3	10,0
30–39	18,6	18,7	18,8	20,7
40–49	16,4	15,6	16,9	15,6
50–59	11,3	10,7	13,6	11,6
über 60	9,4	9,4	12,0	10,9
gesamt	100,0	*100,0	100,0	*100,0

* Die Differenz zur Gesamtprozentzahl ergibt sich aus der Rubrik „non déclaré“, die hier nicht eigens aufgenommen wurde.

Quellen: wie Tabellen 29 und 30.

Die Tabelle verdeutlicht, in welchem nachgerade verblüffendem Maße sich die demographischen Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich im jeweiligen metropolitanen Raum angleichen. Die strukturellen Gemeinsamkeiten einer hauptstädtischen Agglomeration, so ließe sich zugespitzt formulieren, wogen schwerer als die nationalspezifischen Besonderheiten. Wenn es daher auch in Frankreich in den dreißiger Jahren Phänomene eines politischen Generationenkonflikts und einer „Jugendrevolte“ gegeben hat, so konzentrierten sich diese überwiegend auf den Pariser Raum mit seiner besonderen demographischen Struktur. Das tendenziell harmonistische Bild der französischen Gesellschaft während der späten Dritten Republik, das bei ei-

⁵⁸ Siehe dazu den Sammelband von Jean-Paul Brunet (Hrsg.), *Immigration, vie politique et populisme en banlieue parisienne (fin XIX^e – XX^e siècles)*, Paris 1995, hier v.a. der Beitrag von Jean-Claude Farcy, *L'immigration provinciale en banlieue au début du XX^e siècle*, S. 49–68. Zum Problem der Zuwanderung aus dem Ausland, auf das hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, vgl. Ralph Schor, *L'opinion française et les étrangers en France. 1919–1939*, Paris 1985; Gérard Noiriel, *Le creuset français: histoire de l'immigration, XIX^e – XX^e siècles*, Paris 1988.

nem Teil der französischen Zeitgeschichtsschreibung dominiert,⁵⁹ muß also gerade mit Blick auf die hauptstädtischen Verhältnisse überprüft werden. Dies gilt um so mehr, als in Paris auch die Arbeitslosigkeit, die ja ohnehin ein vorwiegend metropolitantes Problem war, in weit überproportionaler Weise die junge Generation zwischen 20 und 35 Jahren betraf.⁶⁰ Dies stellte eine bedeutsame Parallele zur deutschen bzw. Berliner Entwicklung dar. Mithin bildeten Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und ein zumindest latenter politischer Generationenkonflikt in jeweils unterschiedlicher Intensität den strukturellen Hintergrund für die Artikulations- und Durchsetzungschancen des politischen Extremismus in beiden Hauptstädten.

II. Moskauer „Kapitalismusanalyse“ und regionale Realität: Rationalisierung und „Radikalisierung“

Dafür, wie sich die Wirtschaftskrise in politischer Hinsicht auswirkte, war die ideologische und taktische Orientierung der Dritten Internationale von erheblicher Bedeutung. Keinesfalls sollte man die gesamtpolitische Wirkung der von Moskau ausgehenden Direktiven und Parolen unterschätzen mit dem bloßen Hinweis darauf, „an der Basis“ hätten sie ohnehin keine besondere Bedeutung besessen, da die Mitglieder „primär Subjekte waren, die die Politik vor Ort nach ihren eigenen Maßstäben gestalteten“.⁶¹ Zwar trifft es zu, daß man sich nicht mit der Lektüre von Programmen und Richtlinien begnügen kann, um die Geschichte der kommunistischen Parteien adäquat zu analysieren. Und im folgenden soll der Versuch unternommen werden, eben jene ideologiegeleiteten Parolen mit den konkreten Verhältnissen vor Ort, in der hauptstädtischen Region, zu kontrastieren. Doch darf darüber nicht übersehen werden, daß die Komintern aufgrund der Disziplinierung bzw. „Bolschewisierung“ der westlichen Parteien tatsächlich die Möglichkeit besaß, ihre totalitäre, vom Freund-Feind-Denken geprägte Sprache durch umfangreiche Propagandaapparate zu transportieren und damit die politische Diskussion insgesamt zu beeinflussen.

Die Wendung der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen zu einer „ultralinken“ Taktik in den Jahren 1928 und 1929 hat für die Geschichte der KPD und des PCF überaus gravierende, wenn auch ihrer Natur nach ganz konträre Folgen gehabt. In Deutschland koinzidierte sie zunächst mit einem gewaltigen Aufschwung der Mitgliederzahlen, mündete dann aber in die Katastrophe des Jahres 1933, in die Vernichtung der Parteiorganisation und die Verfolgung ihrer Mitglieder. Den PCF dagegen führte die neue Taktik sehr rasch in eine schwere Krise und in eine Randexistenz als politische Sekte. Dementsprechend unterschiedlich wirkte sich die ultralinke Taktik der Kommunisten auch auf die politische Gesamtsituation in beiden Ländern aus.

Auf dem 15. Kongreß der Bolschewistischen Partei vom November 1927 wurde zwar die „Linke“ um Trotzki aus der Partei verdrängt, zugleich aber deutete Stalin erstmals die kommende Linkswendung an, wenn er auf dem Parteitag das Ende der

⁵⁹ Siehe insbesondere Bcrstein, *Parti radical*; Prost, *Anciens combattants*; Ders., *Jeunesse*.

⁶⁰ Letellier u.a., *Enquête*, S. 149f.; Baverz, *Chômeurs*, S. 155.

⁶¹ So Mallmann, *Milicu*, S. 5.

kapitalistischen Stabilisierung proklamierte.⁶² Nachdem das IX. Plenum des EKKI im Februar 1928 die Linkswendung bereits eingeleitet hatte,⁶³ gab der VI. Weltkongreß der Komintern im Juli desselben Jahres die Losung von der neuen, der „Dritten Periode“ aus. Es fiel dem Vorsitzenden der Komintern, Nikolai Bucharin, zu, hier die großen Linien der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu entfalten. Demzufolge sei die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg zunächst durch eine aufsteigende, revolutionäre Periode charakterisiert gewesen. In ihr habe sich einerseits der Zerfallsprozeß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beschleunigt; andererseits aber hätten an ihrem Ende mehrere Niederlagen des westeuropäischen Proletariats gestanden, so insbesondere in Deutschland 1921 und 1923. Diese Niederlagen bildeten für Bucharin die Voraussetzung für die anschließende Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Deren Kennzeichen sei eine Wiederherstellung der Produktivkräfte des Kapitalismus gewesen: In Europa hätten nunmehr überwiegend „Ruhe und Ordnung“ geherrscht, während sich der Schauplatz revolutionärer Auseinandersetzungen vor allem an die koloniale und halbkoloniale Peripherie des „Weltimperialismus“ verlagerte, etwa nach Syrien, Marokko und vor allem China.⁶⁴

Vor diesem Hintergrund postulierte Bucharin die sogenannte „Dritte Periode“, die nunmehr im Begriff sei, die Phase der relativen Stabilisierung abzulösen. Diese Periode würde einerseits charakterisiert sein durch die kapitalistische Rekonstruktion, vorangetrieben durch forcierten technischen Fortschritt, durch fortschreitende Rationalisierung, Konzentration und „Vertrustung“ der Industrie.⁶⁵ Andererseits würde in dem Maße, wie sich der internationale Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte verschärfte, der Ausbeutungsdruck auf die Arbeiterschaft zunehmen. Der Kampf um Absatzmärkte würde die kapitalistische Wirtschaft zu einer Reduzierung ihrer Produktionskosten, zu Rationalisierung und Unterdrückung zwingen, um am Weltmarkt bestehen zu können. Schickte sich der Kapitalismus also an, seinen Vorkriegsrahmen quantitativ und qualitativ zu überschreiten, so wuchsen zugleich, wie der an marxistischer Dialektik geschulte Bucharin folgerte, auch seine unvermeidlichen inneren Gegensätze.

Als politische Folge dieser „Dritten Periode“ prognostizierte Bucharin zum einen die Zuspitzung der Klassenkämpfe und die Freilegung aktuell revolutionärer Perspektiven.⁶⁶ Einer politischen Radikalisierung breiter Arbeiterschichten nach „links“ infolge zunehmender Ausbeutung würden Staat und kapitalistische Bourgeoisie nur noch mit einer verstärkten Unterdrückung begegnen können. Diese werde von der opportunistischen und bestochenen Sozialdemokratie in verräterischer Weise unterstützt werden. Der Etablierung und Verbindlichmachung der „Sozialfaschismus“-Theorie war damit der Weg gebnet.⁶⁷ Zum anderen aber, so führte Bucharin aus, steige die akute Gefahr eines großen internationalen Krieges, den die „imperialistischen“ Mächte zur Eroberung von Absatzmärkten zu führen gezwungen sein würden. Der Krieg sei daher „das zentrale Problem des heutigen Tages“. Demgegenüber sei es Aufgabe der Komintern und der ihr angeschlossenen Parteien, „dieses Problem

⁶² Luks, Entstehung, S. 130.

⁶³ Frank, Kommunistische Internationale II, S. 496ff.

⁶⁴ Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen. Juli – September 1928, 3 Bde., Hamburg u. Berlin 1928, Bd. 1, S. 27.

⁶⁵ Ebd., S. 27ff.

⁶⁶ Ebd., S. 42f., 45f. u. 71f.

⁶⁷ Ebd., S. 44ff.

nicht imperialistisch, sondern proletarisch, nicht durch Unterstützung des imperialistischen Krieges, sondern durch dessen Verwandlung in den Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu lösen.“⁶⁸

Nun hat man die Wendung zur ultralinken Taktik, die in erster Linie die Sozialdemokratie und den sozialistischen Reformismus ins Visier nahm und die vom VI. Weltkongreß bestätigt wurde, vor allem als taktisches Manöver gedeutet, das den Machtkämpfen innerhalb der russischen kommunistischen Partei entsprang.⁶⁹ Immerhin befriedigte die „Dritte Periode“ in besonderer Weise Stalins Bedürfnis nach einer Theorie, die die von ihm geplante forcierte Industrialisierung und Kollektivierung, den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ legitimierte.⁷⁰ Doch griff man zu kurz, wollte man die Theorie von der „Dritten Periode“ als bloßes Epiphänomen der innerrussischen Fraktionskämpfe betrachten. Daneben nämlich lag ihr ein rundes Jahrzehnt marxistisch-leninistischer „Kapitalismus-Analyse“ zugrunde. Insofern sie auf empirischen Daten beruhte, wurde die ökonomische Theoriebildung im Jahre 1928 außer von Bucharin vor allem von dem „Chefökonom“ der Komintern, Eugen Varga, beherrscht. Der analytische Ausgangspunkt, aus dem die ideologisch begründete Teleologie der nahenden Revolution extrapoliert wurde, lag in den besonderen Merkmalen moderner kapitalistischer Produktionsweise wie Konzentration und Kartellierung, technischer Fortschritt und Rationalisierung. Dabei rekurrierte Bucharin stärker auf die Beobachtung einer immer weiteren Verschränkung von Staat und Wirtschaft: Nicht zufällig wies sein Konzept des „Staatskapitalismus“, den Bucharin schon 1915 als spezifisches Charakteristikum der westlichen Industriestaaten postuliert hatte,⁷¹ bedeutsame Parallelen mit dem auf Hilferding zurückgehenden Modell des „organisierten Kapitalismus“ auf. Für Rudolf Hilferding schien sich während der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik die Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung zum Sozialismus aufzutun, wobei dem Staat mit seinen Steuerungsinstrumenten wie Sozialpolitik und Schlichtung, „politischem Lohn“ und Arbeitszeitregelung eine entscheidende Rolle zukam. Die wechselseitige Durchdringung des demokratisch organisierten Staates und der privat organisierten Wirtschaft eröffnete demzufolge die Chance der „Wirtschaftsdemokratie“, d.h. der Umwandlung der kapitalistisch organisierten Wirtschaft in eine durch den Staat organisierte Wirtschaft. Hierin sah Hilferding 1927 Weg und Ziel des Sozialismus und die zentrale Zukunftsaufgabe der deutschen Sozialdemokratie.⁷²

⁶⁸ Ebd., S. 38.

⁶⁹ Franz Borkenau, *Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, München 1952, S. 60ff.; Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934* (Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik 4), Berlin 1970, S. 10ff.; Luks, *Entstehung*, S. 130.

⁷⁰ Vgl. dazu Gerhard Duda, Jenö Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921–1970, Berlin 1994, S. 73.

⁷¹ In deutscher Übersetzung neu aufgelegt: Nicolai Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Wien u. Berlin 1929, v.a. S. 136ff. Vgl. Stephen F. Cohen, *Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography, 1888–1938*, New York 1973, S. 34ff.

⁷² Rudolf Hilferding, *Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik* (Referat auf dem Parteitag der SPD, Mai 1927), abgedr. in Cora Stephan (Hrsg.), *Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904–1940*, Stuttgart 1982, S. 214–236, hier v.a. S. 217ff. Vgl. Bernd Brauckmüller u. Reinhard Hartmann, *Organisierter Kapitalismus und Krise*, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933*, Bd. I, Frankfurt 1978, S. 354–365; Heinrich A. Winkler, *Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus*, in: Ders.

Während für Hilferding außer Zweifel stand, daß diese historische Konstellation die systemkonforme Mitarbeit und politische Koalitionsbereitschaft der SPD erforderte, führte Bucharin eine ähnliche Ausgangsanalyse zur umfassenden Verdammung der Sozialdemokratie als Hilfstuppe des Kapitals. Demzufolge erfüllte die Sozialdemokratie eine spezifische Funktion für die Etablierung des Staatskapitalismus, gekennzeichnet durch die „Verquickung der reformistischen Arbeiterorganisationen mit den Unternehmerorganisationen und staatlichen Organen der imperialistischen Bourgeoisie“.⁷³ Unter diesem ideologisch negativ besetzten Vorzeichen hielt Bucharin auch eine tatsächliche, wenn auch nur vorübergehende Stabilisierung des Kapitalismus für möglich. Anders als Varga vertrat er die Auffassung, daß der Kapitalismus zeitweise zu einer begrenzten Selbstregelung und temporären Lösung seiner Marktprobleme gelangen könnte. Bucharins Vorhersage vom Ende der kapitalistischen Stabilisierung auf dem VI. Weltkongreß der Komintern erscheint daher einigermaßen paradox und ist wohl nur als Konzession an den neuen Kurs Stalins zu begreifen.

Das historische Bild Bucharins muß denn auch in dem Maße schwanken, wie sich in der Übergangsphase von 1927 bis 1929 seine Stellung als ökonomischer Theoretiker mit den Fährnissen der innerbolschewistischen Fraktionskämpfe verquickte. Bucharin machte sich zum Vorkämpfer des Kampfes gegen die „linke“ Opposition um Trotzki zu einem Zeitpunkt, da Stalin selbst bereits seine „Links“-Wendung vorbereitete.⁷⁴ Nach der Niederlage und dem Parteiausschluß der Opposition im November 1927 war der Weg frei für Stalins neuen Kurs, der auf das Ende der NEP, die Zwangskollektivierung, die Kulakenvernichtung und die forcierte Industrialisierung zielte. Um diesen neuen Kurs gegen Widerstände durchzusetzen und ideologisch abzusichern, bedurfte es nunmehr des Kampfes gegen die „rechte“ Opposition, über deren Kohärenz und tatsächliche Historizität damit freilich noch wenig ausgesagt ist. In jedem Fall aber wurde Bucharins Position nunmehr prekär. Darüber konnte auch seine – unvermittelte und wohl überwiegend taktisch bedingte – Prognose vom Ende der Stabilisierungsphase und dem Beginn der „Dritten Periode“ auf dem VI. Kominternkongreß nicht hinwegtäuschen. Bucharins theoretische Nähe zu Hilferding und die – gleichsam „opportunistische“ – Auffassung von einer vorübergehend möglichen Kapitalismusstabilisierung machten ihn verwundbar. Beides half Stalin, ihn als „Rechten“ zu brandmarken und schließlich auszuschalten.⁷⁵

(Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus*, S. 9–18; Ders., *Schein der Normalität*, S. 336ff. Das neben eigenständigen gewerkschaftlichen Vorstellungen seit der Revolution 1918/19 in seiner theoretischen Begründung weitgehend auf Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ beruhende Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ wurde Ende der zwanziger Jahre zur offiziellen Doktrin des ADGB. Siehe Fritz Naphthali, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928, Nachdruck Frankfurt/M. 1966, v.a. S. 26ff. Vgl. dazu Günter Könke, *Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat 1924–1932*, Stuttgart 1987; Potthoff, *Freie Gewerkschaften*, S. 178ff.

⁷³ Protokoll des VI. Weltkongresses, Bd. 1, S. 44.

⁷⁴ Über Bucharins aktive Rolle bei der „Kriminalisierung“ der Opposition im Jahre 1927 vgl. Klaus Söndgen, *Bucharinismus und Stalinisierung. Zur politischen Bedeutung N.I. Bucharins in der Übergangsperiode 1927–1929*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 43 (1995), S. 78–96, hier v.a. S. 80ff.

⁷⁵ Für Angriffe auf Bucharins Kapitalismusanalyse vgl.: Die Beschlüsse des 10. Plenums des EKKI – in die Massen!, in: *Die Kommunistische Internationale* 10 Jg., Heft 34/35, 4.9.1929, S. 1845–1850; Die theoretischen Schlußfolgerungen des Genossen Bucharin und die politische Schlußfolgerung der Kommunistischen Internationale, in: ebd., S. 1845–1850; Heinz Neumann, *Der „Organisierte“ Kapitalismus in jedem einzelnen Lande*, in: ebd., S. 1868–1881. Die Ambivalenz der Rolle Bucharins zwischen Theoretiker und Taktiker, zwischen Vernichter der „linken“ Opposition und Opfer als

Eine wichtige Rolle spielte dabei Eugen Varga. In seiner Funktion als „Chefökonom“ der Komintern trug er entscheidend dazu bei, Bucharins Autorität als marxistischer Theoretiker zu unterminieren. Dabei ging Varga anders als Bucharin von einer mehr oder minder linearen Krisenentwicklung des Kapitalismus aus. Varga nahm für die westliche Industrielandschaft einen fortschreitenden Rationalisierungsprozess an: Die stetige Steigerung der Arbeitsintensität und -produktivität würde notwendig zu strukturellen Überkapazitäten führen. Aufgrund der beschleunigten Freisetzung von Arbeitskraft und dem daraus folgenden Mangel an Konsumkraft würde auch der innere Markt unter einer irreversiblen Nachfrageschwäche leiden. Der sich daher verschärfende Konkurrenzkampf um Exportmärkte würde aber auf die Dauer unweigerlich zum Krieg zwischen den „imperialistischen“ Mächten führen. Rationalisierung, Überproduktion, Arbeitslosigkeit, schließlich Krieg waren für Varga die systemimmanenten und unausweichlichen, quasi gesetzmäßigen Krisenentwicklungen des zeitgenössischen „Kapitalismus“.⁷⁶ Nach Bucharins Sturz zunächst unumstritten, fiel Varga selbst allerdings auf dem 10. Plenum des EKKI um so tiefer, als seine Lehre als „Luxemburgismus“ verurteilt wurde.⁷⁷

Nun ist es über die innerrussischen und innerkommunistischen Macht- und Richtungskämpfe hinaus für unseren Zusammenhang von entscheidender Bedeutung, daß sowohl Varga als auch Bucharin das empirische Material für ihre Theoriebildung in hohem Maße durch die Anschauung der Wirtschaft der Weimarer Republik gewannen.⁷⁸ Gerade im Vergleich zu Frankreich war die deutsche Industrielandschaft – nicht zuletzt als Folge der Inflation – weitaus stärker konzentriert, weitgehender rationalisiert und schon seit Mitte der zwanziger Jahren durch eine strukturelle Sockel-

„Rechts“-Oppositioneller betont vor allem Sündgen, Buchannismus. Diese kritische Interpretation Bucharins als jemand, der in direkter, wenn auch widersprüchlicher Weise in den Prozess der Stalinisierung verwickelt war, ist historisch überzeugender als die einseitige Beschreibung, wenn nicht sogar Idealisierung Bucharins als ideologischen Gegenspieler und reines Opfer Stalins. Vgl. etwa Wladislaw Hedeler, Stalin, Trotzki, Bucharin. Studien zum Stalinismus und Alternativen im historischen Prozess, Mainz 1994, S. 113ff., sowie Ders., Nikolai Bucharin. „Eine neue Opposition werden Sie nicht erhalten!“, in: Theodor Bergmann u. Mario Keßler (Hrsg.), Ketzler im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993, S. 121–139. Zum Sturz Bucharins ausführlich Cohen, Bukharin, S. 270ff.

⁷⁶ Eugen Varga, Die Wirtschaft in der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung, Hamburg u. Berlin 1928. Vgl. Duda, Varga, S. 65ff.

⁷⁷ Ebd., S. 70ff. Allerdings gelang es Varga sich als Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik zu halten und sich später zu rehabilitieren.

⁷⁸ Dies betonen – in allerdings einseitiger Konzentration auf Bucharin – N. Kozlov u. Eric D. Weitz, Reflections on the Origins of the „Third Period“: Bukharin, the Comintern, and the Political Economy of Weimar Germany, in: Journal of Contemporary History 24 (1989), S. 387–410. In wie hohem Maße aber auch Varga die empirische Grundlage seiner kapitalismustheoretischen Aussagen aus dem deutschen Fall bezog, wird deutlich, wenn man seine regelmäßig in der Inprekorr veröffentlichten Quartalsberichte über „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“ heranzieht. Im besonderen gilt dies in bezug auf die für die Theoriebildung konstitutiven Merkmale der Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Siehe z.B. nur Internationale Pressekorrespondenz, Jg. 6, Nr. 102, 10.8.1926, S. 1677ff. („Das Problem der deutschen Bourgeoisie: Die Rationalisierung“); ebd., Nr. 134, 8.11.1926, S. 2277ff. („Der Weg des deutschen Kapitalismus“), S. 2299 (über die „Vertrusting“ in Deutschland); ebd., Jg. 7, Nr. 14, 4.2.1927, S. 277f. (Arbeitslosigkeit in Deutschland); ebd., Nr. 78, 4.8.1927, S. 1692 (fortbestehende Arbeitslosigkeit bei temporärer Hochkonjunktur); ebd., Jg. 8, Nr. 48, 22.5.1928, S. 851 („Die Krise der kapitalistischen Rationalisierung“). Die Quartalsberichte Vargas in der Inprekorr sind nachgedruckt worden unter dem Titel: Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Vierteljahresberichte 1922–1939, hrsg. v. Jürgen Goldberg, 5 Bde., Berlin 1977.

arbeitslosigkeit gekennzeichnet.⁷⁹ Und nicht wenige Elemente in der Analyse beider Theoretiker sind durch die neuere Forschung zumindest in Teilen bestätigt worden. Daß etwa in der zunehmenden Verschränkung von Staat, Verbänden und Wirtschaft ein entscheidendes Spezifikum der Weimarer Republik liegt, das insbesondere auf die Minimierung konjunktureller und Arbeitsmarktrisiken im „Kapitalismus“ zielte, ist durch eine ganze Reihe neuerer Arbeiten auf je unterschiedliche Weise nachgewiesen worden.⁸⁰ Und es ist kein Zufall, daß seit den siebziger Jahren Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ zumindest als heuristisches Interpretationsmodell verstärkten Eingang in die westliche Geschichtsschreibung gefunden hat.⁸¹ Des weiteren ist die betriebliche Rationalisierung der zwanziger Jahre, deren Funktion nicht zuletzt ebenfalls in der Minimierung der genannten Risiken sowie in der Internalisierung von Marktfunktionen in die Verfügungsautonomie der Betriebsleitungen zielte, Gegenstand eingehender Untersuchungen gewesen.⁸² Schließlich hat die neuere wirtschaftshistorische Forschung gezeigt, daß die Weimarer Wirtschaft auch in jener prekären Phase der „kapitalistischen Stabilisierung“ tatsächlich eine Periode der „relativen Stagnation“, der „Stagflation“ und der präzedenzlos erhöhten Arbeitslosigkeit durchlebte.⁸³ Von Knut Borchardt stammt die pointierte und in der Forschung nicht grundsätzlich in Frage gestellte Aussage, die Weimarer Republik habe schon Mitte der zwanziger Jahre an einer „kranken“ Wirtschaft gelitten.⁸⁴

Aus dem Gesagten ist deutlich geworden, daß die 1928/29 dekretierte „ultralinke“ Taktik der Komintern mit ihren gleichsam verelendungstheoretisch begründeten Pa-

⁷⁹ Vgl. Dietmar Petzina, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977, S. 56f. Zum Problem der Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik Ders., *The Extent and Causes of Unemployment in the Weimar Republic*, in: Stachura (Hrsg.), *Unemployment*, S. 29–48, hier v.a. 32f.

⁸⁰ Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft war einer der zentralen Themenschwerpunkte des Bochumer Symposiums von 1973: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974. Über die Rolle des Staates im Bereich der Tarifpolitik und der Arbeitslosenfrage siehe die Arbeiten von Hartwich, *Arbeitsmarkt*; Johannes Bähr, *Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919–1932*, Berlin 1989; Führer, *Arbeitslosigkeit*; Lewick, *Arbeitslosigkeit. Allgemein zur Verflechtung von Staat und Wirtschaft in Deutschland und in der Weimarer Republik*; Gerold Ambrosius, *Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 7), München 1990, v.a. S. 75ff. Eine Synthese von einem explizit neomarxistischen Standpunkt aus versuchte David Abraham, *The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis*, Princeton/N.J. 1981 (zur Kritik an diesem umstrittenen Buch vgl. Ulrich Nocken, *Weimarer Geschichte(n). Zum neuen amerikanischen Buch „Collapse of the Weimar Republic“*, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 71 (1984), S. 505–527).

⁸¹ Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Ein alternatives, in der Substanz jedoch verwandtes Modell* hat Charles Maier unter dem Begriff des „Korporativen Pluralismus“ vorgeschlagen: Charles Maier, *Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren: Errungenschaften und Defekte*, in: ebd., S. 195–213, hier v.a. S. 202ff.; Ders. in: Mommsen, Petzina, Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System*, S. 950–957; Ders., *Recasting Bourgeois Europe. Eine Diskussion der verschiedenen Konzepte bei Hans-Jürgen Puhle, Historische Konzepte des entwickelten Industriekapitalismus. „Organisierter Kapitalismus“ und „Korporatismus“*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 165–184.

⁸² Gunnar Stollberg, *Die Rationalisierungsdebatte 1908–1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr*, Frankfurt/M. 1981; Uta Stolle, *Arbeiterpolitik im Betrieb. Frauen und Männer, Reformisten und Radikale, Fach- und Massenarbeiter bei Bayer, BASF, Bosch und in Solingen (1900–1933)*, Frankfurt/M. 1988; und v.a. Homburg, *Rationalisierung*.

⁸³ Dietmar Petzina u. Werner Abelshäuser, *Zum Problem der relativen Stagnation in der deutschen Wirtschaft der zwanziger Jahre*, in: Mommsen, Petzina, Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System*, S. 57–76, hier v.a. 62f.; Borchardt, *Zwangslagen*, S. 178f. zur Arbeitslosigkeit; Ders., *Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik*, in: ebd., S. 183–205, hier S. 194f. zur Arbeitslosigkeit.

⁸⁴ Borchardt, *Zwangslagen*, S. 179.

rolen „Rationalisierung“ und „Radikalisierung“ in Deutschland weitaus mehr Plausibilität und Schlagkraft beanspruchen konnte als in Frankreich. In Deutschland trafen die Parolen der „Dritten Periode“ auf eine Arbeiterschaft, die zumindest in den großen Industriezentren wie Berlin bereits weitgehend fragmentiert war.⁸⁵ Und das Problem der Arbeitslosigkeit polarisierte sie zusätzlich. Neben den USA und England hatte Varga vor allem Deutschland vor Augen, wenn er auf dem VI. Weltkongress von einer seit Anfang der zwanziger Jahren entstandenen „strukturellen Arbeitslosigkeit“ sprach.⁸⁶ In Frankreich bzw. in Paris dagegen trafen analoge Aussagen auf eine Kommunistische Partei, deren soziales Profil ganz wesentlich von qualifizierten Facharbeitern geprägt wurde, für welche die Erfahrung der Arbeitslosigkeit bis dahin keine besondere Rolle gespielt hatte.⁸⁷ Auch sie profitierten davon, daß die französische Wirtschaft Mitte der zwanziger Jahre entscheidende Wachstumsimpulse erfuhr; und verfolgt man z.B. die ökonomischen Frankreichanalysen eines Eugen Varga, so wird deutlich, daß die meisten seiner oben genannten Theoreme in der französischen Wirtschaft nicht oder nur in geringem Maße anzutreffen waren. Varga selbst konstatierte, daß die Stabilisierungskrise in Frankreich keine chronische Massenarbeitslosigkeit nach sich zog und daß der Lohnstandard der Arbeiter deutlich höher war als in Deutschland.⁸⁸ Ebenso zeichnete sich die französische Industrie durch eine geringere Tendenz zur Monopolbildung und Kartellierung aus.⁸⁹

Desgleichen war die Verflechtung von Wirtschaft und Staat in Frankreich weitaus weniger ausgeprägt als in Deutschland. Zwar hatte es Ansätze für einen „Organisierten Kapitalismus“ im Ersten Weltkrieg gegeben.⁹⁰ Aber ein verstärkter Trend zur Staatsintervention in Friedenszeiten, zum korporativen Austrag von Interessenkonflikten und zur sozialstaatlichen Transformation setzte doch erst in den dreißiger Jahren ein, insbesondere mit dem Regierungsantritt der Volksfront.⁹¹ Zu dieser Zeit aber

⁸⁵ Vgl. Weitz, *State Power*.

⁸⁶ Protokoll des VI. Weltkongresses, Bd. 1, S. 202f. Vgl. Varga, *Wirtschaft*, S. 21ff.

⁸⁷ Vgl. dazu oben, S. 174f.

⁸⁸ Internationale Pressekorrespondenz, Jg. 7, Nr. 14, 4.2.1927, S. 263ff.

⁸⁹ Internationale Pressekorrespondenz, Jg. 8, Nr. 68, 19.7.1928, S. 1233. Vgl. über den auch in Frankreich zu beobachtenden, insgesamt jedoch moderateren Trend zur Konzentration und „Vertrusting“ Braudel/Labrousse (Hrsg.), *Histoire économique et sociale IV*, S. 778ff. Richard F. Kuisel, *Capitalism and the State in Modern France. Renovation and economic management in the twentieth century*, Cambridge 1981, S. 84f.

⁹⁰ Vgl. dazu Godfrey, *Capitalism at War*; Gerd Hardach, *Französische Rüstungspolitik 1914–1918*, in: Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus*, S. 101–116, hier v.a. S. 111ff.

⁹¹ Siehe Kuisel, *Capitalism*, S. 93ff. u. S. 119ff. über die Wirtschaftspolitik der Volksfront. Dazu auch: Adrian Rossiter, *The Blum Government, the Conseil national économique and economic policy*, in: *The French and Spanish Popular Fronts. Comparative perspectives*, Cambridge 1989, S. 156–170. Bezeichnend ist z.B., daß das Instrument der Zwangsschlichtung von blockierten Tarifaussinandersetzungen erst in der Zeit von 1936 bis 1939 an Relevanz gewann. Dazu: Joel Colton, *Compulsory Labour Arbitration in France 1936–1939*, New York 1951; Jean-Pierre Rioux, *La conciliation et l'arbitrage obligatoire des conflits du travail*, in: René Rémond u. Janine Bourdin (Hrsg.), *Edouard Daladier. Chef du gouvernement Avril 1938–Septembre 1939*, Paris 1977, S. 112–128; vgl. auch Haupt, *Sozialgeschichte Frankreichs*, S. 280f. Zum „Korporatismus“ der französischen Unternehmer Mitte und Ende der dreißiger Jahre vgl. Richard Vinen, *The Politics of French Business 1936–1945*, Cambridge 1991, S. 55ff. Zur Entwicklung des französischen Sozialstaats vgl. Henri Hatzfeld, *Du paupérisme à la sécurité sociale 1850–1940*, 2. Aufl. Nancy 1989. Als Überblick auch der Reader von André Gueslin, *L'Etat, l'économie et la société française XIX^e-XX^e siècle*, Paris 1992, hier v.a. S. 124ff. Allgemein zur Entwicklung des europäischen Sozialstaats in der Zwischenkriegszeit, allerdings konzentriert auf den deutschen und englischen Fall: Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, 2. Aufl. München 1991, S. 103ff.

war die „ultralinke“ Taktik der Komintern bereits obsolet geworden. Und die Zeit, in der der Staat die volle institutionelle Verantwortung für die Aufrechterhaltung des sozialökonomischen Gleichgewichts übernahm, kam erst nach 1945.⁹² Hinzu kam, daß die französischen Sozialisten und reformistischen Gewerkschaften in den zwanziger Jahren längst nicht jene innenpolitische Rolle spielten und über eine vergleichbare Organisationsmacht verfügten wie SPD und ADGB in Deutschland. Für die These vom „Sozialfaschismus“ – so wirklichkeitsfremd und verderblich sie auch war – boten daher die deutschen Verhältnisse ungleich klarere ideologische und propagandistische Anknüpfungspunkte, als dies in Frankreich der Fall war.

Wenn man also zugespitzt formulieren kann, daß die „Dritte Periode“ ein der inneren sozialökonomischen Verfassung der Weimarer Republik teilweise kongeniales Paradigma darstellte, das zumindest in Zeiten der hereinbrechenden Wirtschaftskrise relativ hohe Mobilisierungschancen versprach, so galt für Frankreich eher das Gegenteil. Es gilt daher nun, die konkrete Situation in den Metropolen Paris und Berlin zu betrachten. Als Faktor mit besonderer erfahrungsgeschichtlicher Relevanz fällt dabei der Komplex der Rationalisierung ins Auge. Zumindest in der Metall- und Elektroindustrie spielte sie Mitte und Ende der zwanziger Jahre in beiden Metropolen tatsächlich eine bedeutsame Rolle. Zumindest sofern es um den Produktionsfaktor der menschlichen Arbeit ging, stellte die Rationalisierung eine Strategie dar, spezifische Marktrisiken zu minimieren. Durch die „Internalisierung von Marktfunktionen“ (Homburg) in das Unternehmen und seine wissenschaftlich-planerische Kontrolle sollten externe Einflüsse auf die Produktion – seien sie konjunktureller, arbeitsmarktabhängiger oder auch politischer Art – möglichst weitgehend ausgeschaltet werden. Zentrales Anliegen der Industrie und ihrer Rationalisierungsstrategien blieb die unternehmerische Verfügungsautonomie über den Faktor der Arbeit.

Zwar war die Konzentrations- und Rationalisierungsbewegung in der kleinräumigeren Wirtschaftsstruktur der Pariser Region insgesamt weniger ausgeprägt als in Berlin. Vor allem die Berliner Elektroindustrie mit ihren Riesenbetrieben Siemens und AEG stellte einen Sektor sui generis dar.⁹³ Daraus aber zu schließen, es habe sich bei der Rationalisierungsfrage in Frankreich um eine primär akademische, bzw. ideologische Diskussion gehandelt, der keine tatsächliche Veränderung in der sozialen Realität entspreche, wäre unzutreffend.⁹⁴ Auch in Paris bestand mit den großen Automobilfabriken, v.a. Renault und Citroën, ein Teilsektor, für den die modernen Entwicklungen wie technische Innovation und Ertragsoptimierung durch Rationalisierung größte Bedeutung besaßen. Schon im Ersten Weltkrieg hatte die Massenpro-

⁹² Vgl. Braudel/Labrousse (Hrsg.), *Histoire économique et sociale* IV, S. 805ff. Über den säkularen Prozeß der Verabschiedung des orthodoxen Wirtschaftsliberalismus hin zur stärkeren Interventionstätigkeit des Staates jetzt ausführlich die monumentale These von Michel Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952*, 2 Bde., Paris 1991.

⁹³ Peter Czada, *Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit. Eine regionalstatistisch-wirtschaftshistorische Untersuchung* (Einzerveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 4), Berlin 1969, v.a. S. 87ff. zur Betriebsgrößenstruktur.

⁹⁴ In diesem Sinne äußert sich Georges Ribeill, *Les organisations du mouvement ouvrier en France face à la rationalisation (1926–1932)*, in: Maurice de Montmollin u. Olivier Pastré (Hrsg.), *Le Taylorisme*, Paris 1984, S. 127–140, hier S. 127. Während Ribeill von einigen „îlots réduits“ der Rationalisierung spricht wie insbesondere Citroën, ebd., so zeigt das Studium der Polizeiakten, daß im Bereich der Metallindustrie auch viele kleinere Betriebe in der einen oder anderen Weise von Rationalisierungsmaßnahmen erfaßt wurden. Siehe dazu das folgende.

duktion der Rüstungsindustrie einen starken Innovationsschub bewirkt.⁹⁵ Aber auch in kleineren Werkstätten wurden zunehmend Werkzeugmaschinen eingesetzt und die an ihnen beschäftigten Arbeiter(innen) im Akkordlohn bezahlt.⁹⁶ Und 1934 resümierte das Conseil National Economique, daß Rationalisierung und „Maschinismus“ in der französischen Metallindustrie seit Mitte der zwanziger Jahre eine enorme Erweiterung erfahren hätten.⁹⁷

Gerade die großen Pioniere der Pariser Automobilindustrie hatten die arbeits- und betriebswissenschaftlichen Studien des amerikanischen Ingenieurs Frederick W. Taylor⁹⁸ sowie die neuen Produktionsmethoden Henry Fords schon frühzeitig rezipiert⁹⁹ und in ihren eigenen Unternehmen entsprechende Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt. In der traditionellen Werkstatt bestand in der Regel ein enges Arbeitsverhältnis zwischen den qualifizierten Facharbeitern und ihren Hilfskräften (*manœuvres*), die ihnen zur Hand gingen. In den modernen Großbetrieben wie Renault oder Citroën schob sich zwischen diese beiden Arbeiterkategorien nunmehr eine neue Schicht angelehneter Arbeitskräfte, sogenannter „Spezialarbeiter“ (*manœuvres spécialisés*, die späteren OS), die einzelne, im rationalisierten Betrieb separierte Vorgänge der zuvor von gelernten Fachkräften ausgeführten Arbeit verrichteten. Typische Beispiele hierfür waren etwa die Berufe des Formers und Gießers (*mouleur – fondeur*), die innerhalb der überkommenen Berufshierarchie zu den am höchsten qualifizierten und bestbezahlten Metallarbeitern gehört hatten.¹⁰⁰ In den neugegründeten modernen Gießereien der Automobilindustrie erfolgte dagegen eine zunehmende Spezialisierung, die sich insbesondere in der erhöhten Beschäftigung nichtgelernter und weiblicher Arbeitskräfte sowie dem ersten Einsatz von Maschinen äußerte. Mit der Einführung der Fließarbeit in den Gießereien seit Mitte der zwanziger Jahre wurden schließlich die traditionellen Berufsbilder des Formers und Gießers durch angelehrte Arbeitskräfte aus dem normalen Produktionsprozeß völlig verdrängt und nur noch auf die Herstellung großer Teile außerhalb der Serienproduktion beschränkt.¹⁰¹ Neben die Unterteilung des Produktionsprozesses in immer kleinere, hoch spezialisierte Arbeitsschritte traten die Expansion der Fließarbeit und – gelegentlich – auch die Durchfüh-

⁹⁵ Vgl. Aimée Moutet, *La Première Guerre mondiale et le taylorisme*, in: Montmollin u. Pastré (Hrsg.), *Taylorisme*, S. 67–81.

⁹⁶ Siehe etwa AN F22 555, M. Lavoisier, *Note sur les perfectionnements apportés dans le travail des machines à découper et à emboutir*, 1919.

⁹⁷ AN F12 8792, Conseil National Economique, *Industrie*, 9^e série de rapports: *La situation des industries mécaniques et transformatrices des métaux*, Paris 1934, S. 4f. Im folgenden soll unter Rationalisierung primär jenes Bündel von Maßnahmen verstanden werden, das auf die Ertragsoptimierung des Faktors menschliche Arbeit zielt, sei es in Form seiner Ersetzung durch Maschinen, sei es in Form einer rechnerisch-vorausplanenden Erhöhung seiner Produktivität. Vgl. dazu Homburg, *Rationalisierung*, S. 2f.

⁹⁸ Frederick W. Taylor (1856–1915), veröffentlichte u.a.: *Shop Management* (1903) und *Principles of Scientific Management* (1911). Aus seinen Erfahrungen als erfolgreicher Betriebsleiter schöpfend, propagierte Taylor insbesondere die systematisch-„wissenschaftliche“ Erforschung von Arbeitsabläufen. Auf der Grundlage von Zeit- und Bewegungsstudien würde dann durch gezielte Maßnahmen eine erhebliche Produktivitätssteigerung erfolgen können, die schließlich auch zur Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit beitragen würde. Siehe Daniel Nelson, *Frederick W. Taylor and the Rise of Scientific Management*, Madison/Wisc. 1980.

⁹⁹ Nelson, Taylor, S. 179; Aimée Moutet, *Les origines du système Taylor en France (1907–1914)*, in: *Le Mouvement Social*, No. 93 (oct.-déc. 1975), S. 15–49. Patrick Fridenson, *L'idéologie des grands constructeurs dans l'entre-deux-guerres*, in: *Le Mouvement social* 81 (1972), S. 51–68.

¹⁰⁰ Vgl. Berlanstein, *Working People*, S. 25.

¹⁰¹ Alain Touraine, *Evolution du travail ouvrier*, S. 73f.; vgl. Schweitzer, *Engrenages*, S. 37ff. Citroën baute in den Jahren 1924–1927 im Pariser Vorort Clichy die modernste Gießerei Europas.

rung von Zeitstudien. Von hier aus waren gerade im Pariser Raum durchaus Anknüpfungspunkte für die kommunistische Propaganda gegeben. Wenn irgendwo in Frankreich, dann im metropolitanen Zentrum der französischen Automobil- und Metallindustrie konnte die „Kapitalismusanalyse“ der Komintern einen gewissen Validitätsanspruch erheben.¹⁰²

Wie auch in Deutschland,¹⁰³ wurde die Frage der Rationalisierung in der französischen Arbeiterbewegung zwiespältig eingeschätzt.¹⁰⁴ So schloß man in der *Fédération des Métaux* vor dem Ersten Weltkrieg eine zumindest teilweise Akzeptanz nicht aus. Merrheim etwa nahm das Taylorsystem bereits 1913 als mehr oder minder unabwendbare Entwicklung hin und forderte, es den Interessen der Arbeiterschaft anzupassen: „J'estime que le système Taylor, adapté à la mentalité française, s'introduira de plus en plus dans l'industrie. Il me paraît donc de l'intérêt même des ouvriers de surveiller cette introduction et de la favoriser de tous leurs efforts, dans la mesure où elle ne heurte pas leurs intérêts moraux, pécuniaires et physiques.“¹⁰⁵ Dementsprechend verwarf die reformistische C.G.T. nach dem Ersten Weltkrieg „die demagogische und einfältige These“, wonach eine Intensivierung der Produktion Arbeitslosigkeit verursache. Im Gegenteil, in dem Maße, wie durch Rationalisierung die Gestehungs- und Produktionskosten gesenkt und die Löhne gesteigert werden könnten, seien entsprechende Maßnahmen zu begrüßen. Allerdings dürften demgegenüber die Gefahren der Rationalisierung wie einseitige Begünstigung der Unternehmerprofite sowie die körperliche Überlastung der Arbeiter nicht übersehen werden.¹⁰⁶ Während die einen also die Chancen der Rationalisierung betonten – Arbeitszeitverkürzung, Lohnsteigerung, Stärkung des inneren Marktes¹⁰⁷ – mangelte es auch im reformistischen Lager nicht an anderen, grundsätzlich kritischen Stimmen zur Frage der Rationalisierung. Konnte die Rationalisierung einerseits als Formel des sozialen Friedens fungieren, so wurde andererseits auf die ihr inhärenten Gefahren verwiesen: „La spécialisation“, so lautete die Quintessenz dieses rationalisierungsskeptischen Diskurses, „peut devenir un vrai danger social, car elle livre l'ouvrier-manœuvre au hasard du chômage et de l'évolution industrielle [...]. Une classe ouvrière mécanisée, qui ignorerait les lois de la production et de l'échange, serait mûre pour la servitude. Une classe ouvrière soumise au chronométrage, qui ignorerait la valeur de ses gestes productifs, serait en passe de

¹⁰² So erklärte Doriot Mitte 1926: „L'industrie française, depuis la guerre, et à la faveur de celle-ci, a changé complètement de physionomie. Elle a perfectionné son matériel et s'est concentrée en de puissants trusts.“ Auf dem 5. Kongreß der Jeunesses Communistes, *L'Humanité* 16.8.1926.

¹⁰³ Zur Reaktion auf das Taylorsystem in Deutschland vgl. Stollberg, Rationalisierungsdebatte, und von dessen Aussagen z.T. abweichend Hans Albert Wulf, „Maschinenstürmer sind wir keine“. Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1988, S. 73ff. Heidrun Homburg, *Le taylorisme et la rationalisation de l'organisation du travail en Allemagne 1918–1939*, in: de Montmolin u. Pastré (Hrsg.), *Taylorisme*, S. 99–113; Homburg, *Anfänge*.

¹⁰⁴ Vgl. Ribeill, *Organisations ouvrières*.

¹⁰⁵ Merrheim in: *La Vie ouvrière* 1913, zit.n. Charles Moch, *Socialisme et rationalisation*, Brüssel 1927, S. 69f.

¹⁰⁶ Rapport sur les problèmes de la production et la classe ouvrière, in: *L'Atelier* No. 35, Novembre 1926, S. 620ff., das Zitat S. 620. Mit ähnlichem Tenor: Hyacinthe Dubreuil, *La République industrielle*, Paris 1913; Moch, *Socialisme et rationalisation*; Léon Jouhaux, *Sur les conditions de travail pendant la guerre et les prévisions de paix*, Paris 1919, S. 37.

¹⁰⁷ Siehe etwa *Le Peuple*, 1.5.1928.

retourner à la bestialité, puisque le sens même du rôle de son effort aurait disparu de son pensée.“¹⁰⁸

An solche Stimmen schien die Propaganda der Dritten Periode anknüpfen zu können, und dies um so mehr, als das Thema der Rationalisierung bereits seit Mitte der zwanziger Jahre auf der kommunistischen Tagesordnung stand. Schon Ende 1926 hatten die Komintern und die Rote Gewerkschaftsinternationale gegen die „kapitalistische“ Rationalisierung Front gemacht und entsprechende Parolen ausgegeben.¹⁰⁹ Nachdem sich der PCF gegenüber „Taylorisierung“ und Rationalisierung zunächst indifferent verhalten hatte, setzte nunmehr eine gezielte Kritik ein.¹¹⁰ Dies bezog sich im wesentlichen auf zwei Bereiche, in denen sich im Pariser Raum z.T. tatsächlicher Unmut über die „Rationalisierung“ entzündete.

Erstens ging es um die Form der Lohngestaltung. Zwar hatte sich z.T. schon lange vor 1914 die Berechnung des Lohns nach einer bestimmten Leistungsmenge durchgesetzt, wenn auch die Arbeitsleistung teilweise auf der Basis des Stundenlohns berechnet wurde. Doch in der revolutionären Welle unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg drückte sich die Unzufriedenheit nicht zuletzt im Widerstand gegen „travail à la tâche“ und „travail aux pièces“ aus. Insbesondere in der Metallindustrie gerieten sie unter den Druck egalisierender Lohnforderungen.¹¹¹ Dagegen verfolgten die Unternehmen in den zwanziger Jahren zunehmend die Strategie, durch Lohndifferenzierung sowie durch erneute Einführung von Stück- und Akkordlohnsystemen (travail aux pièces) die Arbeitsproduktivität zu steigern. Akkordlohn und die z.T. recht ausgeklügelten Prämiensysteme¹¹² wurden jedoch als Maßnahmen zur Spaltung der Arbeiterschaft empfunden, zumal sie offensichtlich von den Betroffenen nicht immer in vollem Umfang verstanden wurden: „Aujourd’hui“, so resümierte der kommunistische Metallgewerkschafter Pierre Maurice Gaillard die Stimmung auf einem Pariser Metallerkongress im November 1926, „les méthodes américaines commencent à s’implanter avec le travail aux pièces et des méthodes d’établissement des salaires compliquées que les ouvriers ne parviennent pas toujours à comprendre: tarif d’affutage, prime de valeur professionnelle, prime d’anciennité etc [...]. Les salaires sont très variables et les ouvriers ne savent plus ce qu’ils toucheront à la fin de la quinzaine. La classe ouvrière se trouve ainsi divisée à l’infini. On songe d’autant moins à l’action commune. Enfin ces méthodes donnent l’impression aux ouvriers que leurs salaires sont plus élevés que ce qu’ils sont réellement.“¹¹³

¹⁰⁸ La formation professionnelle et l’avenir des syndicats, in: Le Travailleur parisien. Bulletin de l’Union des Syndicats Confédérés du département de la Seine, Août-Septembre 1922. Vgl. auch die kritische Artikelserie gegen die Rationalisierung von Léon Blum, in: Le Populaire, 29.4.1927, 2.5.1927, 4.5.1927, 5.5.1927, 6.5.1927, 7.5.1927, 8.5.1927, 9.5.1927, 10.5.1927.

¹⁰⁹ Eugen Varga, Der marxistische Sinn der Rationalisierung, in: Die Internationale 9 (1926), S. 431–437; A. Losowsky, Vertrustung, Rationalisierung und unsere Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung, Moskau u. Berlin 1927; La Vie ouvrière, 17.12.1926 („La rationalisation“).

¹¹⁰ Vgl. Schweitzer, Engrenages, S. 126ff. Die frühe Kritik der Jahre 1924 und 1925 bezog sich überwiegend auf die Fabrik A. Citroëns am Quai Javel, die zur damaligen Zeit in der Automobilbranche die modernste Europas war.

¹¹¹ Vgl. dazu oben, S. 95f.

¹¹² Vgl. dazu Bernard Mottetz, Systèmes de salaire et politiques patronales. Essai sur l’évolution des pratiques et des idéologiques patronales, Paris 1966, v.a. S. 117ff.

¹¹³ AIRM Nr. 151, Bureau Politique, 13.11.1926. Vgl. AIRM Nr. 313, Projet de Plan d’action pour organiser la résistance à la rationalisation chez Citroën [1928].

Auch was den *zweiten* wesentlichen Aspekt der Rationalisierung betrifft, die Frage der Fließarbeit, verfolgte die kommunistische Propaganda seit Mitte der zwanziger Jahre einen einheitlich ablehnenden Kurs. Von der fortschreitenden Mechanisierung der Produktion wurde die berufliche Dequalifikation und schließlich die Verdrängung gelernter Facharbeiter durch un- und angelehrte Kräfte, Frauen und Jungarbeiter befürchtet: „La rationalisation exige moins de capacité physique, moins de connaissance techniques. C'est ce qui favorise l'entrée en masse de femmes et de jeunes dans la production.“¹¹⁴ Der beruflichen Dequalifikation und Verdrängung der gelernten Arbeiter entsprach also aus kommunistischer Sicht die forcierte „kapitalistische“ Ausbeutung und schließlich die Verelendung von Frauen, Jugendlichen und ungelerten Arbeitern. Aus den nicht überlebensfähigen, traditionellen Kleinbetrieben verdrängt, konstituierten sie demzufolge – am Rande der Armut stehend – ein billiges Arbeitskräftepotential für die rationalisierten Großbetriebe.¹¹⁵

Was sich für Frankreich und seine Hauptstadt sagen läßt, das galt in noch weitaus höherem Maße für Deutschland. Im internationalen Vergleich wurde die deutsche Industrie in den zwanziger Jahren nachgerade als Musterbeispiel einer forcierten Rationalisierung betrachtet.¹¹⁶ Dabei ist die Behauptung kaum übertrieben, daß die entscheidenden Impulse hierfür von der Berliner Industrie ausgingen. Wie in Frankreich, so erwies sich dabei auch in Deutschland der Erste Weltkrieg als ein wichtiger Schrittmacher. In Zusammenarbeit mit nationalen Institutionen wie dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit sowie mit Fachverbänden wie dem Verein Deutscher Ingenieure (VDI) spielten die großen Berliner Konzerne wie Siemens, Borsig, AEG, Ludwig Loewe & Co. AG u.a. eine zentrale Rolle als Initiatoren, Financiers und Vorreiter in der Erforschung und Organisation von Rationalisierungsmaßnahmen.¹¹⁷ Und auf der innerbetrieblichen Ebene wurden enorme Anstrengungen unternommen, die Gestehungskosten im allgemeinen und die Personalkosten im besonderen zu senken. Beim – besonders gut erforschten – Siemens-Konzern fand dies seinen Niederschlag in einer umfassenden Reorganisation des gesamten Personalwesens, in der systematischen wissenschaftlich-rechnerischen Durchdringung und manageriellen Kontrolle der Arbeitsprozesse sowie in Standardisierung und technischer Innovation.¹¹⁸ Arbeitszeitstudien, Arbeitskontrolle und Einführung der Fließarbeit gehörten während der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zur alltäglichen Arbeitserfahrung in den Berli-

¹¹⁴ AN F7 13181, Rapport sur la situation de la jeunesse ouvrière dans la crise actuelle face à l'offensive du capital (Bericht des Zentralkomitees der Jeunesse Communiste für die Conférence Nationale des Jeunes, 19./20.2.1927).

¹¹⁵ Ebd.; AIRM Nr. 239, Rapport sur la question syndicale [Januar 1927].

¹¹⁶ Siehe die eingehende zeitgenössische Analyse von Robert A. Brady, *The Rationalization Movement in German Industry. A Study in the Evolution of Economic Planning*, Berkeley/Calif. 1933.

¹¹⁷ Vgl. dazu Homburg, *Rationalisierung*, S. 256ff. Weitere, verhältnismäßig gut erforschte Schwerpunkte der Rationalisierungsbewegung lagen im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets, in der chemischen Industrie des Rheinlandes sowie in der Metallindustrie Südwestdeutschlands. Vgl. dazu Schöck, *Arbeitslosigkeit*, S. 76ff. u. 123ff., sowie Stolle, *Arbeiterpolitik*.

¹¹⁸ Dazu ausführlich Homburg, *Rationalisierung*, S. 402ff. zur Reorganisation der Personalverwaltung, u. S. 426–527 über technische Innovationen und die Rationalisierung der Arbeitsabläufe. Weitgehend von den Prämissen der historischen Frauenforschung ausgehend: Carola Sachse, *Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Hamburg 1990.

ner Großbetrieben.¹¹⁹ Gleiches gilt für den erneuten Schub an Lohndifferenzierung, der Mitte der zwanziger Jahre einsetzte. War der Akkordlohn wie in Frankreich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in eine politische Krise geraten, in welcher ein traditioneller Widerwille der Gewerkschaften gegen die Lohndifferenzierung fortwirkte,¹²⁰ so gelang es den Unternehmen nach der Inflation, die Entlohnung nach Leistung breitflächig durchzusetzen.¹²¹

Die Haltung der KPD gegenüber der Rationalisierungswelle der zwanziger Jahre folgte den von der RGI und der Komintern vorgegebenen Richtlinien: Nachdem Deutschland durch Dawes-Plan, Locarno und Völkerbund in die „imperialistische“ Front eingereicht worden sei, würde nun für die deutsche „Bourgeoisie“ in dem Maße ein Zwang zur Rationalisierung bestehen, wie sich der Wettbewerb um die Exportmärkte zwischen den „kapitalistischen“ Ländern verschärfte. Neben Konzentration und „Vertrusting“ trat demzufolge die forcierte Veränderung der Produktionsverhältnisse zwecks Reduzierung der Produktionskosten. Aus kommunistischer Sicht kennzeichnete es diesen betrieblichen Rationalisierungsprozeß, daß er – gestützt auf Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie – die Form eines quasi gewaltsamen Feldzuges gegen die Arbeiterschaft annahm. Die Intensivierung der Arbeitsleistung und die Erhöhung der Produktivität hätten demzufolge die verschärfte physische Ausbeutung der Arbeiter, die Senkung der Löhne und schließlich überhaupt die Herausdrängung aus dem Arbeitsleben zur Folge. Kennzeichen der Rationalisierung war dann die Enteignung der Arbeiter durch zumindest billigend in Kauf genommene Arbeitslosigkeit.¹²² Die kommunistische Interpretation des Wirtschaftsgeschehens zu Zeiten der „relativen Stabilisierung“ knüpfte somit unmittelbar an das in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewachsene kommunistische Bewußtsein an, vom „Kapitalismus“ tödlich bedroht und daher zur Notwehr berechtigt zu sein.

Wie aber stellte sich gegenüber den Tendenzen und Auswirkungen der Rationalisierung die sozialstrukturelle und organisationssoziologische Situation des Kommunismus dar? Zunächst ist festzustellen, daß es den Kommunisten in beiden metropolen Wirtschaftsräumen nicht gelang, dauerhaft in die von der Rationalisierung besonders betroffenen Großbetriebe einzudringen.¹²³ 1925 mußten die Berliner Unterbezirksleitungen der KPD zugeben, „daß die Großbetriebe heute in erheblichem Maße von Kommunisten gesäubert sind“.¹²⁴ Für diese Schwierigkeiten waren mehrere Gründe verantwortlich. Zunächst bestand seitens der Arbeiter eine grundsätzliche

¹¹⁹ Neben der Arbeit von Homburg siehe v.a. Thomas von Freyberg, *Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie*, Frankfurt/M. 1989, hier v.a. S. 129ff. über Arbeits- und Zeitstudien und über die Fließarbeit.

¹²⁰ Siehe Rudi Schmiede u. Edwin Schudlich, *Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland. Eine historische-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen*, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1978, S. 245ff.

¹²¹ Dazu ebd., S. 252ff. Für einen Erfahrungsbericht mit den Zeitstudien aus kommunistischer Sicht siehe Die Hölle der Rationalisierung, in: *Die Internationale* 7 (1926), S. 626–628.

¹²² Pars pro toto: A. Friedrich, Die „Rationalisierung“ der deutschen Wirtschaft. Zu den Denkschriften der Industrie und der Freien Gewerkschaften, in: *Die Internationale* 7 (1926), S. 165–171; „Lucifer“. Rationalisierung und Arbeitslohn, in: *Die Internationale* 7 (1926), S. 645–650; Wilhelm Swienty, Der Einfluß der Rationalisierung auf Betriebsunfälle und Gesundheitszustand der deutschen Arbeiterschaft, in: *Die Internationale* 8 (1927), S. 107–114; Alex Eggenger, Aus der Praxis der „wissenschaftlichen Betriebsorganisation“, in: *Die Internationale* 9 (1928), S. 18–22.

¹²³ Vgl. dazu oben, S. 176 u. 178f.

¹²⁴ BAP, RKO St. 12/80, Bd. 1a, fol. 150.

Reserve gegen den Großbetrieb an sich: Sie gründete u.a. in der Mentalität jener handwerklich qualifizierten Facharbeiter, für die die Verfügungsautonomie über die eigene Arbeitszeit traditionellerweise zu den wichtigsten Merkmalen des Berufsethos gehörte. In den großen Fabriken stand dem die weitaus striktere Arbeitsdisziplin und -organisation entgegen.¹²⁵ 1926 konstatierte die Pariser Bezirksleitung jedenfalls einen allgemeinen Unwillen der Mitglieder sich in Großbetrieben zu engagieren: „Les militants malheureusement ne comprennent pas encore qu'ils doivent aller dans les grandes entreprises plutôt que dans les petites, même s'ils doivent faire pour cela quelques sacrifices.“¹²⁶ Auch in der kommunistischen Jugendarbeit war die Arbeit zur Eroberung der Großbetriebe „praktisch gleich null“.¹²⁷ Und als der 12. Parteitag der KPD die Parole ausgab, die Großbetriebe zu „Burgen des Klassenkampfes“ auszubauen, klagte ein Vertreter der Siemensarbeiter, daß die Parteimitglieder doch allzuoft gegenüber den Großbetrieben „ein gewisses scheues Wesen“ an den Tag legten.¹²⁸

Zu dieser grundsätzlichen Distanz kamen die in den Großbetrieben durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen selbst.¹²⁹ Insbesondere die Propagandaarbeit wurde durch die zunehmend rigidiere Produktions- und Fabrikdisziplin erschwert. Dazu gehörte einerseits die sozialräumliche Zersplitterung innerhalb der Fabrik infolge der strikten Einteilung der Arbeiter nach Werkstätten, Equipen etc., andererseits die einheitlich dirigierte Arbeitskontrolle durch Werkmeister, Gruppenleiter etc.¹³⁰ Die Freiräume, die man etwa zum Aufbau einer kommunistischen Zelle brauchte, verengten sich durch die Rationalisierung: „La taylorisation de la production, concrétisée par les travaux aux pièces, à la chaîne, l'utilisation du chronométrage, la visite des contrôleurs au cours de la production, l'organisation intérieure du mode de production, tout ceci créent à nos camarades des cellules évoluant dans ces grosses entreprises de grosses difficultés.“¹³¹ Im gleichen Sinn berichtete 1926 der politische Leiter der kommunistischen Zelle der AEG-Fabrik in der Brunnenstraße in Moabit: „Wir haben durch die Rationalisierung 50%, darunter 2/3 unserer aktivsten Genossen, verloren. Durch die fortgesetzten Akkordpreissenkungen und die Einführung des Fließbandsystems haben unsere Genossen nicht mehr die Zeit und die Möglichkeit, eine größere mündliche Agitation während der Arbeitszeit betreiben zu können.“ Als erschwerend nannte

¹²⁵ Siehe etwa L'Humanité, 18.7.1924: „Certains de nos camarades ont une répulsion pour la grande usine. C'est vrai que la discipline y est beaucoup plus dure que dans la petite usine. Ils se sentent beaucoup plus libres dans cette dernière, c'est pourquoi ils la préfèrent.“

¹²⁶ AIRM Nr. 189, Bureau Régional, 4.8.1926 (Villatte). Das Thema der Großbetriebe und die Frage, wie man der mangelnden kommunistischen Präsenz abhelfen könne, blieben dauerhaft auf der Tagesordnung von PCF und C.G.T.U. Vgl. ebd., Comité Régional, 17.3.1926; Bureau Régional, 23.3.1926; Comité Régional, 31.3.1926; Bureau Régional, 25.9.1926 (Raynaud). Es ist vor diesem Hintergrund fraglich, welche Relevanz die von der Forschung schwerpunktmäßig behandelten kommunistischen Aktivitäten in den Automobilfabriken Renault und Citroën besaßen, v.a. Depretto u. Schweitzer, Communisme à l'usine, sowie Schweitzer, Des engrenages à la chaîne. Zu fragen ist, ob diese Schwerpunktsetzung nicht eine Verzerrung des tatsächlichen Gewichts der kommunistischen Bewegung birgt, die sich v.a. auf Klein- und Mittelbetriebe sowie auf die Wohngebiete konzentrierte.

¹²⁷ AN F7 13181, 19.8.1927, 5. Kongreß der Jeunesses Communistes, 18.8.1927 (Galopin).

¹²⁸ Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin-Wedding, 9.–16.6.1929, Berlin 1929 (ND 1972), S. 375.

¹²⁹ Den Forschungsstand zur deutschen Entwicklung faßt zusammen: Rüdiger Hachtmann, Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945. Bemerkungen zum Forschungsstand, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1996/1, S. 211–258.

¹³⁰ AIRM Nr. 156, Bureau d'organisation, 9.9.1926 (Maizières). AIRM Nr. 190, Rapport von Maizières sur l'organisation au Bureau Régional, 15.9.1926.

¹³¹ Ebd.

der Berichterstatter ausdrücklich das Verbot des Fußgängerverkehrs innerhalb des Fabrikhofes.¹³²

Hinzu kam die hohe Mobilität der Metallarbeiter, die eine kontinuierliche „Aufbauarbeit“ in den Großbetrieben fast unmöglich machte. Kommunisten gehörten zu den ersten, die entlassen wurden, wenn der Rationalisierung Arbeitsplätze zum Opfer fielen. In Berlin arbeiteten im Durchschnitt kommunistische Funktionäre nicht länger als drei bis fünf Monate im selben Betrieb.¹³³ Und die Verweildauer der Pariser Kommunisten in Großbetrieben betrug ebenfalls meist nur wenige Monate.¹³⁴ PCF und C.G.T.U. kamen daher im November 1926, also noch zu Zeiten vergleichsweise hoher Mobilisierungserfolge und Mitgliederzahlen, zu einem ernüchternden Ergebnis: „Nous avons presque pas mordu sur les grosses maisons où sévissent les nouvelles méthodes. Nos camarades dans les grosses usines ne connaissent pas encore le moyen de travailler sans se faire immédiatement mettre à la porte.“¹³⁵ An dieser Malaise änderte auch die nachdrückliche Anweisung des EKKI an den PCF nichts, die kommunistische Präsenz in den Großbetrieben, koste es was es wolle, zu verstärken.¹³⁶ „Nous n'avons pas de forces dans les grandes usines“, so lautete das Fazit im Frühjahr 1929. „Et nos camarades qui s'y trouvent font un travail anarchique.“¹³⁷

Mithin blieben jene qualifizierten Facharbeiter das soziale Rückgrat der kommunistischen Bewegung, die vornehmlich in kleineren Betrieben arbeiteten, vergleichsweise gut verdienten und einem geringen Arbeitsplatzrisiko unterlagen.¹³⁸ Es war aber eben diese Schicht, die die Rationalisierungsmaßnahmen am wenigsten am eigenen Leib erlebte. Hinzu kommt, daß die Rationalisierung – entgegen einer häufigen zeitgenössischen Annahme – selbst in den Großbetrieben nicht zur linearen Dequalifikation der Facharbeiter führte, von Ausnahmen wie z.B. den großen Betriebsgießereien abgesehen; in der Regel erforderte die Rationalisierung vielmehr die aktive Mitarbeit der Facharbeiter selbst und eröffnete nicht selten die Chance innerbetrieblicher Aus- und Weiterbildung und damit neuer „Industriekarrieren“.¹³⁹ Ein Beispiel hierfür waren jene hochqualifizierten Arbeiter, die in den Großbetrieben die Maschinenabläufe

¹³² SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/31, fol. 149, Bericht über die Rationalisierung, 6.12.1926. Vgl. auch ebd., I 3/1–2/104, fol. 283, Sitzung der AEG-Zellenobleute am 14.3.1928.

¹³³ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 101.

¹³⁴ AIRM Nr. 190, Rapport von Maizières, 15.9.1926.

¹³⁵ AIRM Nr. 151, Bureau Politique, 13.11.1926 (Congrès de la Métallurgie, Gaillard).

¹³⁶ AN F7 13781, 18.10.1927.

¹³⁷ AIRM Nr. 352, Bureau Politique, 4.3.1929. Vgl. AIRM Nr. 363, Comité Régional, 14.12.1929 (Mauguin).

¹³⁸ AIRM Nr. 151, Bureau Politique, 13.11.1926 (Congrès de la Métallurgie, Gaillard); AN F7 13095, 5.3.1928, Zirkular des PC: „Quelles sont nos forces? Les effectifs généraux du Parti“, o.D. Nach einem Bericht der Innenbehörden waren die Arbeitslosen in der Krise 1931/32 „en très grande majorité composés d'ouvriers non qualifiés“, AN F7 13550, 31.1.1932.

¹³⁹ Dies ist am Berliner Beispiel eindrücklich nachgewiesen worden: Hornburg, Rationalisierung. Zwar fehlen analoge Forschungen zur Pariser Industrie, doch dürfte sich die Entwicklung hier nicht viel anders abgespielt haben. Zu dem Ergebnis, daß die qualifizierten Facharbeiter sowohl zu Zeiten der relativen Stabilisierung als auch der Wirtschaftskrise diejenige Arbeiterschicht mit der höchsten Widerstandskraft bildeten, kommt auch Stolle, Arbeiterpolitik, S. 259f. Dies u.a. in Absetzung von Karl Heinz Roth, Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, 4. Aufl. 1977, v.a. S. 81ff., der die Dequalifikationstendenzen auch bei den Facharbeitern von einem Standpunkt aus betont, von dem nicht immer klar zu entscheiden ist, ob es sich um einen orthodox-marxistischen oder anarchistischen handelt.

und -funktionen überwachten („régisseurs“).¹⁴⁰ Aus der Sicht der kommunistischen Agitations- und Gewerkschaftsarbeit stellten sie eine „Arbeiteraristokratie“ dar, die sich von der Masse der Frauen und ungelernete Arbeiter bewußt distanzierte und die aufgrund erhöhter Lohnangebote durch die Unternehmer „schwierig zu organisieren“ war.¹⁴¹ Gerade gegenüber jener kooperationswilligen neuen Schicht der Industriefacharbeiter, die an der technischen Entwicklung aktiv partizipierte, ging der verelendungstheoretisch argumentierende Rationalisierungsdiskurs der Kommunisten vorbei.

Wenn also die Pariser Facharbeiter selbst weniger von den Rationalisierungsmaßnahmen betroffen waren oder sogar von ihnen profitierten, so hielt sich auch ihre Solidarität mit jenen Arbeiterschichten in engen Grenzen, die von der kommunistischen Propaganda als die hauptsächlichen Opfer der Rationalisierung bezeichnet wurden: Frauen, Ausländer, Ungelernte und Jugendliche. Charakteristischerweise galt dies auch für viele Parteimitglieder selbst: „Il existe parmi les métallurgistes une sorte d'aristocratie ouvrière. Les ouvriers qualifiés travaillant dans les petites boites reçoivent des salaires relativement élevés, ce qui est la cause que *quoique membres du Parti* beaucoup n'ont pas l'énergie combative nécessaire.“¹⁴² Dem entsprach es, wenn auch die Führung der C.G.T.U. von seiten des PCF unter Beschuß geriet: Indem sie sich ausschließlich auf die gelernten Facharbeiter stütze, vernachlässige sie die Masse der industriellen Spezialarbeiter und nehme zuwenig davon Kenntnis, „daß die Reorganisation der Produktion die Amerikanisierung der Arbeit bewirkt“.¹⁴³ Und gelegentlich wurde in den Parteiversammlungen über die C.G.T.U.-Führung geklagt, sie ignoriere „fast vollständig“ die neuen Arbeitsformen wie Fließbandarbeit, Rationalisierung etc.¹⁴⁴ Wenn daher in Paris bald nach dem „ultralinken“ Schwenk der Dritten Periode über den „tiefen Riß zwischen Partei und Massen“ geklagt wurde, so hatte dies auch längerfristige, im Sozialprofil der Pariser Kommunisten angelegte Gründe: „Il y a la mauvaise composition sociale de notre parti qui ne nous permet pas de toucher les couches les plus pauvres, il y a trop de communistes qui ne comprennent pas les besoins des manœuvres, des femmes, des coloniaux, des jeunes, de la M.O.E.“¹⁴⁵

In Berlin stellte sich diese Situation während der konjunkturellen Aufschwungsphase zwischen 1927 und Mitte 1929 ganz ähnlich dar. Zwar betrug auch zu diesem Zeitpunkt der Anteil der Arbeitslosen in der Parteimitgliedschaft ein rundes Viertel.¹⁴⁶ Aber insbesondere was die gewerkschaftliche Arbeit der Berliner Kommunisten betraf, bildeten auch hier die gut qualifizierten und (noch) im Betrieb stehenden Facharbeiter die entscheidende Basis.¹⁴⁷ Ähnlich wie ihre Kollegen in Paris legten die Berliner Metallarbeiter eine „arbeiteraristokratische“, korporative Mentalität an den Tag,

¹⁴⁰ Zu diesem Tätigkeitsfeld vgl. auch Homburg, Rationalisierung, S. 97f.

¹⁴¹ AIRM Nr. 169, Séance de la Commission Syndicale Centrale, 2.11.1926 (Gaillard).

¹⁴² AIRM Nr. 190, Bureau Régional (Région Parisienne), 13.10.1926 (Congrès des Métaux, Villatte). Hervorhebung von mir.

¹⁴³ Ebd. (Costes).

¹⁴⁴ AN F7 13119, Conférence du 4^{ème} Rayon, 3.–6.3.1929.

¹⁴⁵ AIRM Nr. 363, Comité Régional (Région Parisienne), 5.6.1929 (Semard). Vgl. AN F7 13783, 6.3.1929, Réunion de la fraction Générale des Communistes de l'industrie métallurgique de la Région Parisienne, 5.3.1929

¹⁴⁶ Vgl. dazu oben, S. 179ff.

¹⁴⁷ Siehe SAPMO-BA RY 1/1 3/1–2/104, fol. 257–278, Bericht über die Gewerkschaftsarbeit der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz, 7.3.1928. Den stärksten Rückhalt hatte die KPD demzufolge im DMV, im Holzarbeiter-Verband und im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, ebd., fol. 259.

eine Eigenschaft, die von den Parteifunktionären immer wieder als hinderlich für die Gewerkschaftsarbeit und die Agitation in den Betrieben angesehen wurde. Wenn die Mehrheit der Arbeiterschaft die gewerkschaftlichen Probleme ohnehin aus der Perspektive der Industriegruppe oder gar des Berufsverbandes zu sehen gewohnt war,¹⁴⁸ so machten die der KPD angehörigen Metallarbeiter in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Auch der Gewerkschaftsabteilung der Berliner KPD selbst wurde später vorgeworfen, sie habe einen „falschen Kurs auf die gelernten, qualifizierten Arbeiter“ gesteuert, „bei einer gewissen Nicht-Berücksichtigung der ungelerten Arbeiter, die die Hauptmasse in den Betrieben ausmachen“.¹⁴⁹ Besonders bemerkbar machte sich dieser Korporatismus während der Lohnbewegungen in der Berliner Metallindustrie 1927 und 1928: „Es war eine solche Einstellung vorhanden“, so kritisierte der Berliner Parteifunktionär Wilhelm Kasper rückblickend, „daß nur die gelernten Dreher und Maschinenformer den Vorrang haben in den Lohnbewegungen und daß dann erst die große Masse der Hilfsarbeiter nachkommt. So war es immer gewesen, und so ist es heute noch, daß diese Schichten mit einer geringen (sic!) Geringschätzung auf die große Masse der ungelerten Arbeiter herabgesehen haben.“¹⁵⁰ Die nicht seltene Klage über die „arbeiter-aristokratischen Tendenzen“ in der Berliner Metallarbeiterschaft, über die „Arbeiter-Aristokraten“, die nur ihr eigenes Gruppeninteresse im Auge hätten,¹⁵¹ war mithin ein Symptom der sozialen Stellung der KPD während der „guten“ Jahre der Weimarer Republik. Lohnbewegungen, in denen kommunistischer Einfluß bestand, gingen vor allem von jenen gelernten Berufsangehörigen aus, die über ein hohes Maß an gewerkschaftlicher Organisationsmacht verfügten.¹⁵² In dem Maße aber, wie die in der Aufschwungphase häufiger werdenden Lohnstreiks korporativ begrenzt blieben, sanken die Aussichten auf eine breite, auf die Betriebe gestützte und von den Kommunisten geleitete Bewegung.¹⁵³

Eine Begleiterscheinung des kommunistischen Unwillens bzw. des Unvermögens, sich in den Großbetrieben festzusetzen und damit zum sozialen Widerpart der Rationalisierungsbewegung zu werden, bestand in der Tendenz der Parteimitglieder, sich aus den Betriebszellen zurückzuziehen und den Anschluß an eine Straßenzelle zu suchen. Nun war zwar die „Bolschewisierung“ der Parteiorganisation, insofern sie sich auf die organisatorische Umstellung auf Zellen als unterste Einheit bezog, ohnehin mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen.¹⁵⁴ Doch zwischen 1927 und 1929 –

¹⁴⁸ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/102, fol. 5, Kommunistische Gewerkschafts-Funktionäre-Sitzung in Berlin, 20.2.1928.

¹⁴⁹ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/8, fol. 113, Protokoll des Bezirksparteitags der Berliner KPD, 16.3.1929, Referat Dahlem.

¹⁵⁰ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/8, fol. 352, Protokoll des Bezirksparteitags der Berliner KPD, 17.3.1929, Referat Kasper.

¹⁵¹ Ebd. Vgl. ebd., fol. 106, Referat Hein.

¹⁵² Unter den Metallarbeitern verfügten 1925 die Gießler/Former mit 77,5 % und die Werkzeugmacher mit 43,3 % über die höchste Organisationsquote. Es folgten die Dreher mit 37,8 %. Homburg, Rationalisierung, S. 179.

¹⁵³ SAPMO-BA RY 1 I 2/708/77, fol. 177f., Bericht über die Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter, 29.11.1927; ebd., fol. 193f., Bericht zu der Berliner Metallarbeiter-Bewegung.

¹⁵⁴ In Berlin geriet die neue Zellenorganisation bereits mit der Stabilisierungskrise im Winter 1925/26 und der damit einhergehenden starken Arbeitslosigkeit in große Probleme. Ein Berliner Polizeibericht vom 6.1.1926 resümierte: „Durch die vor einiger Zeit eingetretene Wirtschaftskrise, deren Folge eine Massenentlassung von Arbeitern und Betriebsstillegungen waren ist ein Funktionieren der Zellen direkt unmöglich geworden. In vielen Betrieben sind die Zellen vollkommen lahm gelegt. Auch die Arbeitgeber sind wachsam und haben Maßnahmen getroffen, um jede Bildung von Zellen zu verhindern.“

bezeichnenderweise zu Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs – drohten auch die begrenzten Erfolge in dieser Hinsicht zu schwinden: In beiden Hauptstädten vollzog sich ein umfassender „roll back“: In kleinen Betrieben, in denen Kommunisten bevorzugt arbeiteten, ließ sich meist keine eigene Zelle organisieren, so daß die Zahl derer stieg, die sich einer Straßenzelle anschlossen. Die Parteiführungen in Paris und Berlin beklagten gleichermaßen den Mißstand, daß sich viele Parteimitglieder, obwohl sie im Betrieb standen, in Straßenzellen „verkrochen“.¹⁵⁵

In Paris wurde dieses sozial-strukturelle Defizit, das die Kommunisten gegenüber dem industriellen Strukturwandel an den Tag legten, durch den Ideologisierungsschub der „Dritten Periode“ und die Parolen der „ultralinken“ Taktik noch verschärft. Bereits im Jahre 1927 war der PCF – nach der Phase seiner Stabilisierung und Mitgliederexpansion in den Jahren 1925/26 – erneut in eine tiefe Krise gesteuert. Wie auch während der Krise um die Frage der Einheitsfront verknüpften sich in ihr die Rückwirkungen der Auseinandersetzung in der russischen Partei mit persönlichen Intrigen und Machtkämpfen.¹⁵⁶ Mit beidem vermengte sich als weiteres Element die Initiative des Chefs des romanischen Ländersekretariats der Komintern, Jules Humbert-Droz,¹⁵⁷ der eine Änderung der politischen Taktik des PCF erzwang.

Nachdem die deutschen Anhänger Sinowjews um Ruth Fischer und Arkadij Maslow schon 1926 aus der KPD ausgeschlossen worden waren, ereilte im Jahre 1927 die „linke“ Opposition im PCF um die früheren Parteiführer Albert Treint und Suzanne Girault das gleiche Schicksal. Unmittelbar nach der Niederlage Trotzki's auf dem 15. Parteikongreß der Bolschewistischen Partei im November 1927 wurden auch sie aus dem PCF ausgeschlossen.¹⁵⁸ Doch gerade in der Pariser Region, wo die frühere „linke“ Parteiführung ihre Hochburg besessen hatte, trafen diese Maßnahmen auf wenig Gegenliebe. Der Ausschluß provozierte „une vive émotion“ an der Basis, die sich auch unter den mittleren und einigen höheren Parteifunktionären bemerkbar mach-

BLJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C Tit. 95, Sektion 9, Nr. 161, fol. 12. Vgl. Bericht des Bezirks Berlin-Brandenburg zum KPD-Parteitag vom 4.7.1926, ebd., fol. 19–22. Als trotz seiner parteikommunistischen Ausrichtung nützlichen Überblick vgl. Birka Kücklich u. Stefan Weber, Die Rolle der Betriebszellen der KPD in den Jahren der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 22 (1980), S. 116–130, hier v.a. S. 125.

¹⁵⁵ AN F7 13095, 5.3.1928, Zirkular des PC: „Quelles sont nos forces? Les effectifs généraux du Parti“, o.D. Siehe auch Parti Communiste, Région Parisienne, Rapport d'organisation pour la conférence de la Région Parisienne des 26, 27 et 28 Février 1932, Paris 1932, S. 9f.; AIRM Nr. 613, Rapport sur l'organisation du PCF 1928–1932 [1933], S. 48. SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/8, fol. 116–117, Protokoll des Bezirksparteitags der Berliner KPD, 16.3.1929, Referat Franz Dahlem. Demzufolge war die Zahl der Betriebszellen in Berlin von 400 im Jahre 1925 auf 270 Anfang 1929 zurückgegangen. Zu dieser Zeit seien nur noch 29 % der Parteimitglieder in Betriebszellen organisiert gewesen. Siehe auch O. Pjanitzki, Das Problem der organisatorischen Verankerung des ideologischen Einflusses der Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, in: Kommunistische Internationale 38 (1928), S. 2346–2357, hier S. 2349ff.

¹⁵⁶ Schon vom V. Parteitag des PCF in Lille im Juni 1926 berichtete Humbert-Droz: „Il y a des rivalités mesquines, une lutte sourde de tous contre tous pour le pouvoir dans le parti.“ Jules Humbert-Droz an seine Frau Jenny, Juni 1926, in: Jules Humbert-Droz, De Lénine à Staline. Dix ans au service de l'Internationale Communiste 1921–1931 (= Mémoires de Jules Humbert-Droz 2), Neuchâtel 1971, S. 268.

¹⁵⁷ Das romanische Ländersekretariat umfaßte 1932 – also nach Beendigung der Tätigkeit von Humbert-Droz – 12 Mitarbeiter. Siehe Peter Huber, Der Moskauer Apparat der Komintern: Geschäftsabteilung, Personalentscheide und Mitarbeiterbestand, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 3 (1995), S. 140–150, hier S. 149.

¹⁵⁸ Vgl. Robrieux, Histoire intérieure I, S. 298.

te.¹⁵⁹ In argumentativer Weise ließ sich jedenfalls die „antitrotzkistische“ Linie Stalins, zu deren französischem Vorkämpfer nun zunehmend Maurice Thorez wurde, nicht vermitteln: Nicht selten mußten die in der Partei verbliebenen Angehörigen der „linken“ Opposition mit Gewalt daran gehindert werden, das Wort zu ergreifen.¹⁶⁰ Ein Informantenbericht schilderte Ende 1927 die Situation in den düstersten Farben: „Le Parti aura beau exclure pour obtenir une discipline passive [...], il n'empêchera pas ceux qui trouvent son atmosphère irrespirable de passer dans l'opposition [...]. Ces dissensions sont la révélation d'un arrivisme outrancier et de l'absence totale de toute idéologie. Le Parti communiste sans nul doute aurait pu attirer vers lui de grandes masses de travailleurs en défendant leur situation matérielle au lieu de consacrer son activité aux luttes de personnes.“¹⁶¹ So konnte es nicht überraschen, daß die Pariser Region des PCF Anfang 1928 rund 4.000 Mitglieder verlor. Nicht anders erging es den kommunistischen „Massenorganisationen“: So verloren etwa die A.R.A.C. und die *Fédération des Locataires* je 50% ihrer Mitglieder.¹⁶²

Tatsächlich war die Identifikation einer „Linken“ über weite Strecken politisch-ideologisch inhaltslos und voller Widersprüche. Dies zeigte sich insbesondere an dem zweiten Punkt, an dem sich während des Jahres 1927 die Geister entzündeten. Nachdem die französischen Parlamentswahlen der Jahre 1919 und 1924 auf der Basis eines Listenwahlrechts durchgeführt worden waren, kehrte die Chambre des Députés 1927 wieder zum traditionellen Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen zurück.¹⁶³ Im Vorfeld der für 1928 fälligen Parlamentswahlen dominierte innerhalb des PCF die traditionelle Auffassung, man müsse insbesondere mit den Sozialisten taktische Wahlbündnisse suchen, um im zweiten Wahlgang die Wahl eines „reaktionären“ Kandidaten zu verhindern. Gegen diese Taktik wandte sich mit großer Vehemenz Humbert-Droz. Schon auf dem V. Parteikongreß des PCF, der im Juni 1926 in Lille stattfand und an dem Humbert-Droz als Delegierter der Komintern teilnahm, nahm er Anstoß an zuvor stattgefundenen Wahlabsprachen zwischen PCF und S.F.I.O..¹⁶⁴ In der Folgezeit mobilisierte Humbert-Droz den Apparat der Komintern und setzte gegen den Widerstand des Großteils der PCF-Führung einen neuen Kurs durch: An die Stelle des bisherigen „opportunistischen“, letztlich sozialdemokratischen und einseitig auf Parlaments- und Linksblockpolitik orientierten „Elektoralismus“ habe eine klare und kompromißlose Linie „Klasse gegen Klasse“ zu treten. Konkret hieß dies, daß es keinerlei wahltaktische Absprachen mit den Sozialisten geben dürfe. Im zwei-

¹⁵⁹ APP Ba 1939 (Dossier „Cercle communiste Marx et Lénine“), Polizeibericht vom 30.11.1927.

¹⁶⁰ Ebd., Polizeibericht vom 13.12.1927.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² AIRM Nr. 286, Travail d'organisation du parti [1928].

¹⁶³ Vgl. Raymond Huard, *Le suffrage universel en France 1848–1946*, Paris 1991, S. 232f.

¹⁶⁴ William A. Hoisington, Jr, *Class against Class: The French Communist Party and the Comintern. A Study of Election Tactics in 1928*, in: *International Review of Social History* 15 (1970), S. 19–42, hier S. 19f. Siehe auch *L'Humanité*, 19.11.1927. Wahlabsprachen zwischen Pariser PCF und S.F.I.O. hatte es bei der stark umkämpften Nachwahl der zweiten Circonscription von Paris im März 1926 gegeben. Die favorisierten Kandidaten der Rechten, Paul Reynaud und Henri de Kérillis (Union Républicaine Nationale) wurden im zweiten Wahlgang überraschend durch einen Linksblock geschlagen. Die kommunistischen Kandidaten, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen nach Reynaud/Kérillis erhalten hatten, wurden dabei insbesondere von der S.F.I.O. unterstützt, die auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichtet hatte. Siehe das umfangreiche Material in AN F7 13254, insb. 29.3.1926. Die lokalen PCF-Führer profitierten einerseits vom Zusammenbruch des Linkskartells, andererseits aber auch von der Abwesenheit der eigenen Parteiführung. Ebd., 10.3.1926.

ten Wahlgang habe unter allen Umständen ein kommunistischer Kandidat anzutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Kandidat der Rechten die relative Mehrheit davontrage.¹⁶⁵

Entgegen manchen Darstellungen in der Forschung war die Parole „Klasse gegen Klasse“ daher keine Erfindung der Komintern, Bucharins oder etwa Stalins selbst.¹⁶⁶ Vielmehr war es Humbert-Droz, der diese neue „ultralinke“ Wahltaktik propagierte und zum Schluß sogar gegen Stalins Willen durchsetzte.¹⁶⁷ Ironischerweise geschah dies zu einem Zeitpunkt, als der Schweizer Kominterndelegierte selbst die frühere „linke“ französische Parteiführung um Treint und Girault bekämpfte und 1926 auf dem Kongreß von Lille ihre Verbannung aus dem Politbüro betrieb.¹⁶⁸ Umgekehrt instrumentalisierte der „linke“ Treint den „opportunistischen“ Widerstand gegen die neue Linie, um den ungeliebten Humbert-Droz aus der Verantwortung für die französische Partei zu verdrängen,¹⁶⁹ bevor er freilich selbst als Linksoppositioneller aus der kommunistischen Bewegung ausgeschlossen wurde. Bei den Parlamentswahlen im Mai 1928 wurde die neue Taktik denn auch konsequent angewandt, und auf dem VI. Weltkongreß konnte Thorez pflichtgemäß ihren Vollzug verkünden.¹⁷⁰

Ebenso problematisch wie die ideologischen Prämissen der Taktik „Klasse gegen Klasse“ war die These von der fortschreitenden revolutionären „Radikalisierung“ der Massen. Im Programm der „Dritten Periode“ war sie bereits angelegt und wurde vom EKKI Anfang 1929 förmlich beschlossen. Als wichtiger Indikator dieser „Radikalisierung“ galt die Beobachtung einer gegenwärtigen „Streikwelle“, welche die „kapitalistischen“ Staaten zu erfassen schien. Nach kommunistischer Lesart waren diese Streiks das direkte Resultat der kapitalistischen Rationalisierung und unterschieden sich wesentlich von den Streiks der vorausgegangenen Periode. „Nicht nur eine Bewegung defensiven Charakters, sondern bereits ein Übergang zum Angriff“ kennzeichne die gegenwärtige Situation.¹⁷¹ Dem PCF wurde aufgegeben, diese Radikalisierung in Form von Streiks in der „richtigen“ Weise zu politisieren und entsprechendes Kapital aus ihr zu schlagen.¹⁷² In der Région Parisienne des PCF führte diese These im Verlauf des Jahres 1929 zu endlosen Debatten über die Faktizität einer solchen Radikalisierung. Zwar konnten die Anhänger und Exekutoren der neuen Taktik darauf hinweisen, daß die Zahl der Streiks seit 1927 zugenommen hatte. Am Beispiel der Pariser Metallindustrie läßt sich diese Entwicklung besonders deutlich ablesen:

¹⁶⁵ Hoisington, *Class against Class*; Humbert-Droz, *De Lénine à Staline*, S. 277ff.

¹⁶⁶ Wie z.B. Robrieux, *Histoire Intérieure I*, S. 281, meint.

¹⁶⁷ Humbert-Droz, *De Lénine à Staline*, S. 282.

¹⁶⁸ Ebd., S. 274.

¹⁶⁹ Humbert-Droz an Togliatti, 5.3.1927, ebd., S. 279.

¹⁷⁰ Protokoll des VI. Weltkongresses, Bd. 1, S. 197: „Es handelt sich um einen entschlossenen und radikalen Bruch mit den parlamentarischen Traditionen, an denen die Partei bis in die letzte Zeit hinein krankte, um einen Bruch mit der alten Ideologie der ‚republikanischen Disziplin‘, die in einer mehr oder minder offenen Form zum Zusammenschluß unserer Partei mit den kleinbürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie führte. Der Zweck unserer Wahltaktik war, unsere Partei allen übrigen gegenüberzustellen.“ Über die PCF-offizielle Haltung siehe auch A. Ferrat, *Notre tactique classe contre classe justifiée par les faits*, in: *Cahiers du Bolchevisme* 3 (1928), Mai 1928, S. 272–284.

¹⁷¹ Die Streikwelle und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien, in: *Kommunistische Internationale* 9 (1928), S. 2541–2548, hier S. 2542.

¹⁷² B.V., Zum bevorstehenden Parteitag der KPD, in: *Kommunistische Internationale* 10 (1929), S. 78–86.

Tabelle 32: Streikbewegung in der Pariser Metallindustrie 1927–1929

Jahr	Zahl d. Streiks	Zahl der Streikenden	Verlorene Arbeitstage
1927	17	11.534	89.961
1928	78	16.245	47.692
1929	146	18.941	113.535

Quelle: Office du Travail (Hrsg.), Statistique des grèves, années 1927, 1928, 1929.

Bis zu einem gewissen Grad gründeten diese Streiks tatsächlich in Fragen des industriellen Strukturwandels und der Rationalisierung. Bei Citroën etwa, der in Sachen Rationalisierung seit Mitte der zwanziger Jahre eine Vorreiterrolle spielte, brach im April 1927 ein mehr als einwöchiger Streik aus, der sich gegen die Einführung neuer Techniken, darunter die automatische Zeitnahme, richtete.¹⁷³ Ein typisches Beispiel betraf auch die Automobilfabrik Donnet in Nanterre, die 1928 ca. 1.300 Arbeiter beschäftigte. Bereits im Sommer 1928 wurde hier für die Abschaffung des Akkordlohns gestreikt;¹⁷⁴ und als die Direktion im November 1928 die Entlohnung der Autospengler (tôliers) auf Stück- bzw. Akkordlohnsystem umstellte, forderte die Belegschaft die sofortige Abschaffung des Stücklohnsystems und der Zeitmessung. Nachdem dies abgelehnt worden war, traten die Spengler in einen – letztlich freilich ergebnislosen – Streik.¹⁷⁵ Solcher, im allgemeinen erfolgloser Widerstand gegen die Einführung neuer Lohnsysteme begegnete 1928 mehrfach. Auch aus kleineren Betrieben der Metallindustrie, insbesondere aus Gießereien, bei denen es sich häufig um Zulieferbetriebe handelte, wurden Auseinandersetzungen um die Lohnsysteme gemeldet: so etwa aus Noisy-le-Sec,¹⁷⁶ aus Courbevoie,¹⁷⁷ aus Bondy¹⁷⁸ und aus dem XI. Pariser Arrondissement.¹⁷⁹

Doch zumeist handelte es sich bei den Streiks Ende der zwanziger Jahre um Lohnbewegungen, die in ihrer Art typisch für die Zeiten des Wirtschaftswachstums, einer guten Beschäftigungslage und sich vergrößernder Verteilungsspielräume war. Auch in kommunistischen Kreisen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß angesichts der guten konjunkturellen Lage von einer tatsächlichen Radikalisierung keine Rede sein könne.¹⁸⁰ So protestierte auf einer Versammlung des wichtigen 3. Rayons der Région Parisienne ein Redner vehement gegen den neuen Kurs: „Il prétend que comme toujours le Parti lance des mots d'ordre inapplicables que les travailleurs ne suivent pas, mais cela n'empêche pas les dirigeants de déclarer qu'il y a radicalisation des masses. Il se déclare en complet désaccord et sur tous les points avec les thèses et résolutions émises par le 6ème congrès mondial.“¹⁸¹ Und auf der Bezirkskonferenz der Région Parisienne, die vom 15. bis 17. März stattfand, wurden die Gegensätze

¹⁷³ Statistique des grèves, Jg. 1927, 20.–29. April. Siehe die tägliche Berichterstattung in L'Humanité, vom 19.4.1927 bis 30.4.1927.

¹⁷⁴ L'Humanité, 14. u. 15.6.1928. AN F7 13898, 13.6.1928.

¹⁷⁵ AN F7 13898 (grève Maison Donnet), 30.11.1928. Vgl. L'Humanité, 29.11.1928 u. 30.11.1928.

¹⁷⁶ L'Humanité, 19.12.1928 (Abschaffung aller Prämien).

¹⁷⁷ AN F7 13898, 30.10.1928 (Auseinandersetzung wegen Stücklohnsystem im Automobilzulieferbetrieb Boyrivin).

¹⁷⁸ AN F7 13898, 15.9.1928; vgl. L'Humanité, 14.9.1928: „On veut rétablir le travail aux pièces pour ceux qui, depuis des années, travaillent à la journée et font une bonne production.“

¹⁷⁹ AN F7 13898, 15.2.1928 (Fonderie Bertin, Auseinandersetzung wegen Stücklohnsystems).

¹⁸⁰ AN F7 13119, 11.3.1929, 3ème Rayon (Calvet, Lefort); ebd., 14.3.1929; ebd., 1.3.1929, Comité du 6ème Rayon, 28.2.1929; ebd., 30.1.1930, Assemblée générale du 4e Rayon, 26.1.1930.

¹⁸¹ AN F7 13119, 14.3.1929, 3ème Rayon (Mercier).

zwischen der moskautreuen Parteiführung und der als „rechts“ und „opportunistisch“ disqualifizierten Minorität überdeutlich.¹⁸²

Zwar blieben die meisten derer, die mit der neuen Linie unzufrieden waren, „silencieux“. Ihr Kennzeichen war es, Zustimmung zum neuen Kurs zu „heucheln“, um ihn anschließend zu sabotieren.¹⁸³ Gleichwohl äußerte sich wiederholt heftiger Unmut an der Basis der Pariser Partei. Es häuften sich die Klagen über den „Bürokratismus der Partei“;¹⁸⁴ gelegentlich wurden die Methoden der Bolschewisten offen mit denjenigen Mussolinis gleichgesetzt.¹⁸⁵ Von hier aus war es dann nur ein kleiner Schritt, die Ablösung der Parteiführung zu fordern: „Le remplacement d'une partie des membres du Comité Central est seule susceptible d'amener une détente dans les luttes intestines.“¹⁸⁶ Wer indes gegen die neue Linie offenen Widerstand leistete, wurde aus der Partei ausgeschlossen.¹⁸⁷

Auch im Verhältnis zu den Pariser Gewerkschaften der C.G.T.U. führte die forcierte Ideologisierung im Gefolge des VI. Weltkongresses der Komintern zu erheblichen Spannungen. Zwar war Ende der zwanziger Jahre die personelle Verflechtung zwischen Partei und Gewerkschaften zumindest auf der Ebene der Führungskader weitestgehend abgeschlossen und der kommunistische Zugriff auf die C.G.T.U. irreversibel geworden. Doch während die Komintern und die französische Parteiführung die Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit als hauptsächliches Mittel gegen den Mitgliederschwund des PCF ansahen, interessierte sich die übergroße Mehrheit der einfachen Mitglieder „vor allem für ihre korporativen Belange“.¹⁸⁸ Einerseits führe dies dazu, wie ein Polizeibericht vom Februar 1929 resümierte, daß man sich von Funktionärsseite alle erdenkliche Mühe gebe, vor der Mitgliederbasis der C.G.T.U.-Gewerkschaften deren enge Verbindung mit der Partei zu verschleiern, wobei diese „in tückischer Weise mit ihren Betriebsräten, ihren Zellen, ihren Fraktionen“ operiere.¹⁸⁹ Andererseits sei eine neue Spaltung innerhalb der Pariser C.G.T.U.-Gewerkschaften nicht auszuschließen: „Les partisans de la tradition de l'autonomie du mouvement syndical au regard de la politique sont encore nombreux dans les syndicats unitaires et il y a lieu qu'ils ne se résigneront pas à subir une ingérence qui sera pour le moins préjudiciable à leurs intérêts.“¹⁹⁰ Auf der Conférence Régionale der Pariser Region des PCF Anfang Februar 1930 glänzten die kommunistischen Gewerkschaftsführer denn auch durch fast vollständige Abwesenheit,¹⁹¹ und die Konflikte zwischen Parteiführung und Basis lagen offen zu Tage. Die Bezirksparteiführung beklagte den „Opportunismus“ in den eigenen Reihen, dessen Anhänger die „Politisierung“ der Streikbewegungen ablehnten und die Drohung eines neuen Krieges leugneten; demgegenüber mangelte es nicht an Stimmen, welche die „mécanisation“ der

¹⁸² AN F7 13119, Conférence de la Région Parisienne du Parti Communiste, 15.–17.3.1929. Z.B. ebd., 15.3. nachmittags: „Rien [...] n'indique nationalement ou internationalement que cette radicalisation existe [...] Certains militants prennent leurs désirs pour des réalités“ (Calvet).

¹⁸³ So ein Redner auf der Bezirkskonferenz der Région Parisienne, AN F7 13119, 16.3.1929 (Castet).

¹⁸⁴ AN F7 13119, 10.3.1929.

¹⁸⁵ AN F7 13119, 16.1.1930.

¹⁸⁶ AN F7 13119, 11.3.1929, 3ème Rayon (Jacquet).

¹⁸⁷ Siehe z.B. für die Schilderung eines Einzelfalles AN F7 13119, 12.1.1930. Zum Gesamtkontext vgl. Dreyfus, *Crisis et dissidences*, S. 32ff.

¹⁸⁸ AN F7 13119, 28.2.1929.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ AN F7 13119, 3.2.1930.

kommunistischen Parolen, deren „Phraseologie“ sowie die unzulässige Politisierung rein wirtschaftlicher Streiks betonten.¹⁹² Die polizeilichen Beobachter notierten jedenfalls eine „atmosphère de bataille“, die leicht zu Handgreiflichkeiten führen könne: „Le PC s’effrite de plus en plus et [...] le nombre des mécontents augmente sans cesse.“¹⁹³

Dafür, daß der PCF im Pariser Raum Ende der zwanziger Jahre in eine lebensbedrohliche Krise geriet, waren mithin im wesentlichen zwei Gründe verantwortlich: Zum *einen* vermochte der Pariser PCF auch in der Wirtschaftskrise nicht von der Protestdynamik einer sozialen Krise zu profitieren. Zumindest bis 1933 blieb ihm der agitatorische Zugang zu denjenigen Gruppen, die dem industriellen Strukturwandel am stärksten unterworfen waren – Jugendliche, ungelernte (Jung-)Arbeiter, Arbeitslose, Frauen und Einwanderer – im wesentlichen verwehrt. Von den auch in der französischen Hauptstadt spürbaren sozialen Transformations- und Desintegrationsprozessen blieb die Partei daher weitgehend abgeschnitten. Zum *anderen* aber wurde die traditionelle soziale Basis des Pariser PCF, qualifizierte, im Beruf stehende Facharbeiter, durch die von oben durchgesetzte „ultralinke“ Taktik der Komintern nachhaltig abgestoßen, sofern sie nicht ohnehin einer der innerparteilichen „Säuberungen“ seit 1927 zum Opfer gefallen war. Der durch die Wendung zur Dritten Periode vollzogene Ideologisierungsschub lief also in Paris in doppelter Hinsicht ins Leere.

Ein innerparteiliches Resümee aus dem Jahre 1933, also nach der Absetzung der Parteiführung Barbé/Celor sowie unter dem Eindruck der Hitlerschen Machtergreifung, urteilte denn auch über die Entwicklung des PCF zwischen 1928 und 1932 vernichtend: Die Parole, man befinde sich in einer unmittelbar revolutionären Situation, habe zu einer katastrophalen sektiererischen Politik geführt, die nur durch die massive Einschüchterung der Parteibasis habe durchgesetzt werden können: „La pratique du commandement s’était généralisée; de nombreux jeunes cadres du Parti qui ne connaissaient rien du travail syndical, qui parfois n’étaient même pas syndiqués, brutalisaient les vieux cadres même dans les assemblées syndicales, en les accusant à tort et à travers d’opportunistes.“¹⁹⁴

Daß die Taktik der „Dritten Periode“ auch in Deutschland in eine ähnliche Sackgasse hätte führen können, ist kaum vorstellbar. Dies hätte nicht nur eine vergleichbare Konjunkturentwicklung vorausgesetzt, sondern auch eine viel weniger starke Position der SPD und der Gewerkschaften. So aber, wie die Verhältnisse lagen, ließen sich gerade im Industriezentrum Berlin nicht wenige Aspekte der neuen kommunistischen Linie erfahrungsgeschichtlich verifizieren. Anders als in Paris gab es genügend Aspekte des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, die den behaupteten Zusammenhang zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, die Thesen von der „Radikalisierung“ der Massen sowie die „Sozialfaschismus“-These zu bestätigen schienen. Natürlich gab es nach 1928 auch in der KPD erhebliche Spannungen zwischen Parteizentrale und der lokalen Basis, und längst nicht jeder „ultralinke“ Parteibefehl wurde „vor Ort“ in die Tat umgesetzt;¹⁹⁵ doch stürzte die KPD nach der ultralinken Wendung von 1928 eben *nicht* in eine fundamentale Parteikrise. Dies zeigt der

¹⁹² Ebd., 1.2.1930 u. 2.2.1930 (Conférence de la R.P. du PC).

¹⁹³ Ebd., 9.2.1930.

¹⁹⁴ AIRM Nr. 613, Rapport sur l’organisation du PCF 1928–1932 [1933], S. 13.

¹⁹⁵ Der Dissens zwischen Basis und Parteibürokratie wird besonders betont von Mallmann, *Kommunisten*; allerdings geschieht dies z.T. in grob verzerrender Weise, vgl. Wirsching, „Stalinisierung“.

deutsch-französische Vergleich sehr klar. Kritiker wurden in der KPD in ähnlicher Weise wie im PCF ausgeschlossen oder mundtot gemacht. Doch anders als die französischen Genossen vollzogen die deutschen Kommunisten die ultralinke Wendung zugleich mit verstärkter numerischer Kraft, d.h. mit steigenden Wähler- und Mitgliederzahlen. Am Beispiel der Arbeitslosigkeit läßt sich diese grundlegende Auseinanderentwicklung der kommunistischen Bewegungen in Berlin und Paris und die damit implizierten unterschiedlichen Agitationschancen im Zeichen der „Dritten Periode“ besonders anschaulich demonstrieren.

III. Kommunistische Erwerbslosenpolitik

Die Geschichte des Endes der Weimarer Republik ist geprägt durch die verhängnisvolle Gleichzeitigkeit von wirtschaftlichem Zusammenbruch, steigender Massenarbeitslosigkeit und politischer Radikalisierung. Allerdings reicht die Massenarbeitslosigkeit allein keineswegs aus, die politische Radikalisierung zu erklären. Vielmehr haben schon zeitgenössische Forschungen eindringlich gezeigt, daß Arbeitslosigkeit eher zur Apathie und zur Reduzierung politischer und sozialer Aktivität führt.¹⁹⁶ Auch die Versuche der KPD, die Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise konzeptionell und agitatorisch für sich auszunutzen, das Heer der Erwerbslosen zu organisieren und zu einer „Sturmtruppe für die proletarische Revolution“¹⁹⁷ zu machen, hinterlassen daher einen zwiespältigen Eindruck. *Einerseits* schien sich die verelendungstheoretische Argumentation und Propaganda der Kommunisten seit 1930 rasch zu bewahrheiten; eine tatsächliche Radikalisierung der Bevölkerung im allgemeinen und der Erwerbslosen im besonderen schien sich zu vollziehen. Die KPD selbst wurde zu *der* Partei der Arbeitslosen. In Berlin stieg der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtmitgliedschaft von 56,5% im Jahre 1930 über 68,4% 1931 auf 76,3% im Jahre 1932.¹⁹⁸ Solcherart zur Partei der Arbeitslosen geworden, schien sich der Einfluß der KPD unter den „Massen“ unaufhaltsam zu vergrößern. Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse wiesen steigende Tendenz auf;¹⁹⁹ kommunistisch inspirierte Erwerbslosenausschüsse, Erwerbslosenstaffeln und Erwerbslosendemonstrationen gehörten zum alltäglichen politischen Erscheinungsbild der Großstädte. Und es mangelt nicht an Beispielen dafür, daß Einsatzwille und auch Gewaltbereitschaft kommunistisch geführter Arbeitsloser zunahmen.

¹⁹⁶ Am wichtigsten (am Beispiel einer österreichischen Gemeinde): Maric Jahoda, Paul Lazarsfeld u. Hans Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit*, 4. Aufl. Frankfurt/M. 1982 (zuerst 1933), v.a. S. 70ff. Vgl. Heinrich A. Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin u. Bonn 1987, S. 19ff.; Fischer, *Unemployment*, S. 210f. Vgl. auch Wolfgang Russ, *Zwischen Protest und Resignation. Arbeitslose und Arbeitslosenbewegung in der Zeit der Weltwirtschaftskrise*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 1 (1990), S. 23–52. Die umfassendste Darstellung zur Sozial- und Erfahrungsgeschichte der Arbeitslosigkeit im Deutschland der Weltwirtschaftskrise von Huber-Koller, *Gewerkschaften und Arbeitslose*.

¹⁹⁷ So Ernst Thälmann auf einer Plenartagung des ZK der KPD, Anfang 1931, B.I.IA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, fol. 258, Reichsministerium des Innern an die Nachrichtensstellen der Länder, 15.2.1931.

¹⁹⁸ SAPMO-BA RY I 1 3/1–2/74, fol. 82, Mitgliederbewegung nach abgerechneten Beiträgen.

¹⁹⁹ Siehe dazu oben, S. 146ff. u. 164.

Andererseits aber blieben die kommunistischen Erfolge überwiegend an der Oberfläche. Letztlich stand die von der KPD erreichte Position auf tönernen Füßen, wenn dies auch für die Zeitgenossen nur schwer erkennbar war. In bezug auf die Arbeitslosen – die ja in der Wirtschaftskrise zu einer entscheidend wichtigen Zielgruppe der kommunistischen Agitation und Propaganda wurden – hing dies ganz wesentlich damit zusammen, daß die kommunistische Bewegung die spezifische psycho-soziale Situation dieser Bevölkerungsschicht verkannte, bzw. in inadäquater Weise auf sie reagierte. Die psychologische Verfaßtheit erwachsener Erwerbsloser war in zu hohem Maße durch Selbstwertverlust, Antriebsschwäche und Ohnmachtsbewußtsein geprägt, als daß sie ohne weiteres durch die radikalen und abstrakten Parolen der KPD hätten angezogen werden können. Insbesondere die kaum verschleierte Funktionalisierung der Erwerbslosen für die politischen (Umsturz-)Ziele der Kommunisten und die damit einhergehende Vernachlässigung konkreter, auf die soziale Situation abgestellter Forderungen ging im Grunde genommen an den realen Bedürfnissen der meisten Arbeitslosen vorbei. Die abstrakten Parolen der „Dritten Periode“ wie „Kriegsgefahr“, „Sowjetdeutschland“, Kampf gegen die „antisowjetische Hetze“ u.ä. mußten letztlich auch diejenigen Programmpunkte entwerfen, die einen realistischen Kern besaßen wie etwa die kommunistischen Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung. Darüber hinaus wirkte die hierarchische, durch Kaderpolitik implementierte Organisationsstruktur der kommunistischen Erwerbslosengruppen häufig abschreckend.²⁰⁰ Zwar stieg natürlich in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit auch die absolute Zahl der radikalisierten, kommunistisch inspirierten und sympathisierenden Erwerbslosen. Aber ideologisch waren die meisten keine überzeugten Kommunisten und kehrten der Partei ebenso rasch den Rücken, wie sie ihr beigetreten waren. War die Fluktuationsrate der kommunistischen Mitgliedschaft schon immer relativ hoch gewesen, so steigerte sie sich im Kontext der Krise noch einmal: Die KPD glich einem Omnibus, dessen Fahrgastzahl zwar größer wurde, sich in ihrer Zusammensetzung jedoch von Haltestelle zu Haltestelle veränderte.

Mithin handelte es sich bei der kommunistischen Massenmobilisierung in der Wirtschaftskrise zum großen Teil um Scheinerfolge im sich verdichtenden Dunkel der allgemeinen Depression. Sie erscheint daher in einem eigentümlichen Zwielficht: Zum einen mußten die Zeitgenossen den Eindruck gewinnen, die KPD werde mit ihren radikalen Bürgerkriegsparolen und tatsächlich ausgeübten Gewalttaten zu einer immer größeren Bedrohung. Dies hatte entscheidende Konsequenzen für die politische Überzeugungs- und Durchschlagskraft rechtsextremer, „faschistischer“ Lösungsmodelle. Zum anderen aber blieben die wirklichen Machtchancen der Kommunisten äußerst begrenzt und tendierten für den Fall einer tatsächlichen Konfrontation mit der Staatsmacht gegen Null. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie ging daher weniger von einer möglichen kommunistischen „Machtergreifung“ aus. Vielmehr lag sie in der, allerdings durch die KPD maßgeblich mitverantworteten Vergiftung der innenpolitischen Atmosphäre, im sich Hochschaukeln der Extreme und in der auch durch kommunistische Aktionen in Gang gesetzten Spirale der Gewalt. Gerade in dieser Hinsicht aber standen die frühen dreißiger Jahre nicht isoliert da; vielmehr

²⁰⁰ Dieses Vorbeilaufen der KPD-Erwerbslosenpolitik an den realen psycho-sozialen Bedürfnissen der Arbeitslosen wird sehr deutlich herausgearbeitet bei: Rose-Marie Huber-Koller, Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10 (1977), S. 89–140.

standen sie, wie in den vorangegangenen Kapiteln deutlich geworden ist, in der Kontinuität einer schon seit 1918/19 angelegten, latenten Bürgerkriegssituation und in der damit korrespondierenden Tendenz zur totalitären Umprägung und Ideologisierung politisch-sozialer Konflikte. Mithin brachten auch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit die politische Radikalisierung nicht aus sich selbst hervor. Die Elemente dieser Radikalisierung waren bereits 1928 zu voller Ausprägung gekommen, wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß ihre Durchschlagskraft im Zeichen des Massenelends der frühen dreißiger Jahre anstieg. Gerade der Vergleich mit den angelsächsischen Staaten zeigt, daß Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit auf eine bereits etablierte extremistische Tradition treffen mußten, um die politische Radikalisierung zu beschleunigen.²⁰¹

In ihrer Frühzeit thematisierte die KPD das Problem der Arbeitslosigkeit nur punktuell, so etwa 1919 und 1923. Erst Ende 1925, unter der neuen Parteiführung um Thälmann und unter dem Eindruck der beginnenden Wirtschaftskrise, wurde das Thema von der KPD intensiv aufgegriffen.²⁰² Die Arbeit unter den Erwerbslosen wurde als „eine der wichtigsten Aufgaben der Partei“ definiert. Im Sinne der oben beschriebenen Argumentation Eugen Vargas stellte die KPD die Tatsache in den Mittelpunkt, daß die Zahl der Arbeitslosen über die Verhältnisse der Vorkriegszeit hinausgegangen war. Demzufolge war das Arbeitslosenheer der damaligen Zeit nicht mit der klassischen „industriellen Reservearmee“ des 19. Jahrhunderts zu vergleichen; vielmehr sei die Arbeitslosigkeit „strukturell“ und von den Konjunkturzyklen zumindest teilweise unabhängig geworden. Für die Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus bedeute dies fortschreitende Verelendung; umgekehrt habe sich die „Bourgeoisie“ auf die Situation bereits eingestellt und rechne nicht mehr mit einer dauerhaften Lösung des Arbeitslosenproblems.²⁰³ Während einerseits der von der Erwerbslosigkeit ausgehende Druck auf Löhne und Kampfkraft der Arbeiter im ureigenen Profitinteresse der Unternehmer liege, fordere andererseits eben dieses Interesse, die Erwerbslosenarmee effizient zum „Lohndruck“ und „Streikbruch“ zu organisieren. Hierin erblickten die Kommunisten den eigentlichen Grund für die Einführung der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927. Deren Funktion war es demzufolge, der „kapitalistischen Wirtschaft eine Stabilität zu geben, die zur Durchführung der raffiniertesten Ausbeutungsmethode, der kapitalistischen Rationalisierung, notwendig ist“.²⁰⁴

Innerhalb dieser ideologisch-propagandistischen Matrix fanden auch die kommunistischen Erwerbslosenaktionen in Berlin statt. Hier bestanden schon im Dezember 1925 in allen Verwaltungsbezirken kommunistisch beherrschte Erwerbslosenausschüsse, ebenso fanden in allen Bezirken regelmäßige, von der KPD organisierte Erwerbslosenversammlungen statt.²⁰⁵ Indes offenbarte sich in dieser kurzfristigen Phase

²⁰¹ Vgl. dazu Fischer, *Unemployment*, S. 213f.

²⁰² Stellungnahme des Politbüros des ZK der KPD vom 25.12.1925 zur Frage der Arbeitsbeschaffung „Betrug und Verhöhnung der Arbeitslosen“, in: RF, Nr. 298, 25.12.1925. Vgl. Aufruf des ZK des KJVD vom 15.7.1926, in: RF Nr. 168, 22.7.1926; A. Friedrich, *Massenarbeitslosigkeit und Arbeiterklasse*, in: *Die Internationale* 7 (1926), S. 350–354 u. 396–401.

²⁰³ Ebd., S. 396f.

²⁰⁴ Erklärung der Reichstagsfraktion der KPD vom 7. Juli 1927 zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, in: *Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Stenographische Berichte*, Bd. 393, S. 11358f.

²⁰⁵ BAP, RKO Nr. 270, fol. 4, Lagebericht Berlin vom Dezember 1925. In den Erwerbslosenausschüssen fanden sich zwar auch SPD-Mitglieder, Parteilose und freigewerkschaftlich Organisierte ein, für die Polizei bestand jedoch kein Zweifel am maßgeblichen Einfluß der KPD. Siehe ebd., fol. 74, Lagebericht Pol. Präs. Berlin vom Januar 1926.

hoher Arbeitslosigkeit der oben genannte Widerspruch der kommunistischen Erwerbslosenpolitik besonders deutlich: Der KPD gelang es während des ganzen Jahres 1926 nicht, eine schlagkräftige Erwerbslosenorganisation auf die Beine zu stellen. Ihre auf politische Destabilisierung und Verschärfung der Gegensätze zielenden Parolen gingen an den konkreten Bedürfnissen der Arbeitslosen offenkundig vorbei.²⁰⁶ An einer Erwerbslosendemonstration am 11. Februar 1926 nahmen nach Schätzungen der Polizei lediglich 5.000 der rund 240.000 Berliner Arbeitslosen teil; auch von maßgeblicher Parteiseite wurde die Demonstration als „beschämend kläglich“ und als eine „direkte Pleite“ bezeichnet. Allgemein stellte man fest, daß in der Erwerbslosenbewegung „eine große Flaute“ herrsche.²⁰⁷ Insbesondere wurde das angestrebte Ziel, Gewerkschaften, Betriebsräte und kommunistische Betriebszellen für die Mobilisierung der Arbeitslosen zu gewinnen, nicht einmal ansatzweise erreicht.²⁰⁸ Anweisungen der Bezirksleitung wurden nicht befolgt; das frisch gedruckte Propagandamaterial blieb z.T. stapelweise liegen.²⁰⁹ Während die KPD die Erwerbslosen für ihren Kampf gegen die Rationalisierung zu gewinnen suchte, beruhigten sich viele der Angesprochenen offensichtlich mit sozialen Vergünstigungen wie z.B. Freikarten für die Städtischen Bäder u.ä.²¹⁰ Die am 1./2. Dezember 1926 in Berlin von der KPD durchgeführte „Reichskonferenz der Erwerbslosen“ sowie der „Reichskongreß der Werkstätigen“ waren daher eine eher leere Demonstration, hinter der keine wirkliche Massenbewegung stand.²¹¹

Seit Ende 1928 gehörte die Frage der Arbeitslosigkeit zu den zentralen Agitationschwerpunkten von Komintern, RGI und KPD gleichermaßen. Ziel der kommunistischen Organisationen war es dabei zunächst wieder, die nach wie vor „entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse“, nämlich die Betriebsarbeiter, und die Erwerbslosen zu einer gemeinsamen Kampffront gegen das Regime zu schmieden.²¹² Erneut ging es also weniger um die konkreten Bedürfnisse von Arbeitslosen als um deren

²⁰⁶ Vgl. zu den Erwerbslosenaktionen der KPD 1925/26, die häufig von Tumulten begleitet waren und zu Unruhe in der ansässigen Einwohnerschaft führten BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7539, fol. 255 (30.12.1925), fol. 259 (16.1.1926), fol. 263 (15.7.1926).

²⁰⁷ Ebd., fol. 105, Lagebericht Pol. Präs. Berlin vom Februar 1926. Kommunistische Schätzungen gingen von 15.000 Teilnehmern an der Demonstration aus. RI¹ Nr. 36, 12.2.1926.

²⁰⁸ Siehe die Intervention Remmeles auf der Berliner Bezirksleitungssitzung vom 7.1.1926, SAPMO-BARY I I 3/1–2/18, fol. 3: „Wir müssen die Gewerkschaften zwingen, die Interessen der Erwerbslosen mit den im Betrieb stehenden Arbeitern zu verbinden. Wir dürfen die Geschichte [nicht] versanden lassen, die Erwerbslosen, die aus dem Produktionsprozeß herausgezogen sind, haben nicht mehr die Mittel, auf die Gesellschaft, auf den Unternehmer einzuwirken, nicht die Möglichkeit, [durch die] Einstellung eines Betriebs einen Druck auszuüben. Die Erwerbslosen können nur einen Druck ausüben, wenn ihre Forderungen zu eigen gemacht werden durch die im Betrieb Beschäftigten, das muß unser Ziel sein, durch die Gewerkschaften zu veranlassen, die Bewegung der Erwerbslosen mit den Betrieben zu verbinden.“ Über das Scheitern dieser Zielsetzung: BAP, RKO Nr. 270, fol. 195, Lagebericht Berlin vom Mai 1926; ebd., fol. 196, Schreiben der KPD-Bezirksleitung Berlin an die Bezirke, 22.5.1926; ebd., fol. 262, Der Zentralausschuß der Erwerbslosen an die KPD-Ortsgruppen der Provinz Brandenburg und der Lausitz, o.D. [August 1926].

²⁰⁹ Ebd., fol. 110, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin vom März 1926.

²¹⁰ Ebd., fol. 195, Lagebericht Berlin vom Mai 1926.

²¹¹ Siehe das Aktionsprogramm der Reichskonferenz der Erwerbslosen am 1. u. 2. Dezember 1926, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII (Januar 1924–Oktober 1929), Berlin (Ost) 1975, S. 388–392, sowie die Resolutionen und Beschlüsse des Reichskongresses der Werkstätigen, ebd., S. 396–400.

²¹² Siegfried Bahne, Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen u. Winfried Schulze (Hrsg.), Vom Elend der Handarbeit, S. 477–496, hier S. 486ff., das Zitat S. 486.

Funktionalisierung für die politischen Zwecke der kommunistischen Bewegung. Und der „Testlauf“ während der Krise des Jahres 1926 ließ vermuten, in welche Richtung sich die kommunistische Erwerbslosenpolitik in der Weltwirtschaftskrise der „Dritten Periode“ entwickeln würde. Sie blieb abstrakt, ideologisch gebunden und den autoritären Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ unterworfen. Deutlich wurde dies etwa auf der Erwerbslosenkonferenz am 11. Dezember 1928 in der Sophienstraße, an der rund 250 Delegierte teilnahmen. Auf ihr hielt Wilhelm Pieck das Hauptreferat mit dem Thema „Die politische Lage und die Erwerbslosen“. Hierbei handelte es sich um eine rein parteikommunistische Propagandarede, die u.a. die „gemeine Hetze“ gegen die Sowjetunion beklagte und zum Kampf gegen Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Faschisten aufforderte.²¹³ Um die Mittagszeit wurden alle Delegierten dazu verpflichtet, in einem geschlossenen Demonstrationzug zunächst zum Arbeitsnachweis in der Gormannstraße, danach zum Bülowplatz zu marschieren, bevor die Konferenz wieder in der Sophienstraße aufgenommen wurde.²¹⁴ Als sich gegen Ende der Konferenz sechs Redner *gegen* die rein kommunistisch dominierte Konferenz auszusprechen suchten, kamen sie nicht zu Wort. Vielmehr wurde ihnen „die Wichtigkeit der Parteizugehörigkeit“ entgegengehalten. Die Erwerbslosen könnten nur etwas erreichen, wenn sie die KPD, welche sich allein für die Belange der Erwerbslosen einsetze, hinter sich habe.²¹⁵

Es ist mithin nicht verwunderlich, wenn der kommunistischen Erwerbslosenpolitik in Berlin im wesentlichen nur die radikalisierten Elemente folgten, die entweder selbst Parteimitglieder waren oder zumindest zeitweise mit der KPD sympathisierten.²¹⁶ Daran konnte auch die taktische Linie des Organisationssekretärs der Komintern, Ossip Pjanitzki, nichts ändern, der auf dem XI. EKKI-Plenum im März/April 1931 dringend empfahl, die deutsche Erwerbslosenbewegung formal als parteilos erscheinen zu lassen, zugleich aber die tatsächliche Führung durch RGO und KPD noch stärker als bis dahin zu festigen.²¹⁷

²¹³ Beispiele für solche Parolen: GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 273, fol. 4, Polizeibericht.

²¹⁴ Ebd., fol. 5.

²¹⁵ Ebd., fol. 7. Der Vorwärts, Nr. 581, 9.12.1928 (3. Beilage), kommentierte im Vorfeld die Veranstaltung mit den für die Frontstellung typischen Sätzen: „[...] Nicht die Erwerbslosen, sondern die *Drabitzher der KPD* ‚nehmen Stellung‘. Und nicht der Not der Erwerbslosen suchen sie zu steuern, vielmehr deren Not zu ihrer *parteilpolitischen Agitation* auszunutzen. Die Arbeitslosenversicherung, die den Arbeitslosen vor der bittersten Not schützt, ist gerade deshalb der KPD bei ihrer Ausschlichtung der Arbeitslosennot für ihre Parteitagitation außerordentlich unbequem. Ihre elende Elendspekulation scheitert an der Arbeitslosen-*Versicherung*.“ Es gehört zu den Spezifika der deutschen Geschichte im allgemeinen und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im besonderen, daß die kommende Entwicklung eben diese letzte Prognose in ihr Gegenteil verkehrte und die kommunistischen Szenarien partiell zu bestätigen schien.

²¹⁶ Siehe GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 273, fol. 69, Der Polizeipräsident Berlin an den Preußischen Minister des Innern, 5.10.1929; ebd., fol. 70–71 weitere Berichte über kommunistische Erwerbslosenversammlungen. Bei einer Erwerbslosenkonferenz am 8.9.1929 waren von den 270 anwesenden Delegierten 128 Mitglieder der KPD, 119 waren parteilos, 20 gehörten der SPD an, einer der KAPD. Hinzu kamen zwei Anarchisten: Ebd., fol. 61, Polizeipräsident Berlin an Pr. Minister des Innern, 17.9.1929.

²¹⁷ Bahne, Erwerbslosenpolitik, S. 491. Ossip Pjanitzki, Brennende Fragen. Die Arbeit unter den Arbeitslosen, Partei- und Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, die Fluktuation im Mitgliederbestand, Hamburg u. Berlin 1931, S. 19f.

Auch andere wichtige ideologische und taktische Vorgaben zur Arbeit unter den Erwerbslosen kamen von der Komintern bzw. von der RGI.²¹⁸ So wies etwa Anfang 1930 die Komintern ihr Westeuropäisches Büro und die ihm angeschlossenen Parteien an, der Arbeitslosigkeit ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und am 6. März 1930 einen großen „Internationalen Kampftag gegen die Erwerbslosigkeit“ zu veranstalten.²¹⁹ Diese Aufforderung ist im übrigen ein weiteres Zeichen dafür, in wie hohem Maße sich die Komintern ideologisch und taktisch von den spezifischen Verhältnissen in Deutschland leiten ließ: In Paris z.B. herrschte damals noch quasi Vollbeschäftigung. In Berlin dagegen traf die Weisung der Komintern, zumindest was die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen betraf, auf ein realistischeres Umfeld. Die Berliner KPD verstärkte denn auch sogleich die Agitation unter den Erwerbslosen.²²⁰ Doch trotz intensiver Vorbereitungen blieb der Erfolg des „Kampfjahres“ auch in Berlin begrenzt.²²¹ Spezielle Agitationsformen, die im Vorfeld geplant worden waren, wie etwa die bereits früher veranstalteten „Hungermärsche“ aus dem Umland, Protestversammlungen auf den Arbeitsnachweisen sowie das „Abholen“ von Betriebsarbeitern nach Arbeitschluß, fanden entweder gar nicht oder nur in rudimentärer Form statt.²²² Allein die Nachmittags- und Abenddemonstrationen wiesen in Neukölln, Mitte, Charlottenburg und in den nördlichen Stadtbezirken eine gewisse Stärke auf.²²³

Die Berliner Polizei hatte sich in umfassender Weise darauf vorbereitet, die Versuche der KPD, das bestehende Demonstrationsverbot zu durchbrechen, bereits im Keim zu ersticken.²²⁴ Wenn es denn auch am 6. März zu Zusammenstößen und gelegentlichem Schußwaffengebrauch durch Polizeikräfte kam²²⁵ – drei Demonstranten starben nach Schußverletzungen –, so entsprach dies durchaus den Intentionen der Kommunisten. In einem internen Bericht der Berliner Bezirksleitung über „Die Lehren des 6. März“²²⁶ wurde dies deutlich zum Ausdruck gebracht: Während hier die Bedeutung des „Weltkampfjahres des Proletariats“ im Vergleich zu dem zitierten Polizeibericht erheblich übertrieben wurde, stand im Zentrum des insgesamt positiven Resümees, daß die Berliner Arbeiterschaft die Straße behauptet habe. Damit wurde einmal mehr besonders deutlich, worauf es bei der kommunistischen Erwerbslosenpolitik letztendlich ankam: „Die Steigerung von Erwerbslosendemonstrationen am Vormittag bis zu den Massendemonstrationen der Betriebsarbeiter, Arbeiterfrauen und Erwerbslosen am Abend, die Weiterführung der Demonstrationen in Wedding,

²¹⁸ Bahne, Erwerbslosenpolitik, S. 489f., zur Beschäftigung der RGI mit dem Problem der Arbeitslosigkeit.

²¹⁹ БЛЖА Пр.Бр. Реп. 2А Рег. Potsdam I Пол, Nr. 2136, fol. 160, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts Berlin [künftig LКРБ] vom 1.3.1930.

²²⁰ SAPMO-BA RY 1 I 2/708/134, fol. 30–31, Bericht des Erwerbslosen-Ausschusses Berlin-Brandenburg für Januar/Februar 1930.

²²¹ U.a. veranstaltete die Berliner KPD in den Tagen vor dem 6. März auf den großen Stempelstellen Ansprachen, Sprechchöre etc. Siehe SAPMO-BA RY 1 I 2/708/134, fol. 36, Bericht über den 6. März.

²²² БЛЖА Пр.Бр. Реп. 2А, Рег. Potsdam I Пол, Nr. 2136, fol. 187–188, Mitteilungen des LКРБ vom 15.3.1930.

²²³ Ebd., fol. 188. Zur Presseberichterstattung über den 6. März siehe Berliner Tageblatt, Nr. 112, 7.3.1930; Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts, Nr. 110, 6.3.1930; Vorwärts, Nr. 111, 7.3.1930; Vossische Zeitung, Nr. 57, 7.3.1930; Nr. 58, 8.3.1930; Rf, Nr. 55, 6.3.1930; Nr. 56, 7.3.1930.

²²⁴ Siehe die Akten der Schutzpolizei, БЛЖА Пр.Бр. Реп. 30, Berlin C, Nr. 7569, fol. 202–358.

²²⁵ БЛЖА Пр.Бр. Реп. 2А Рег. Potsdam I Пол, Nr. 2136, fol. 188, Mitteilungen des LКРБ vom 15.3.1930. Schon im Vorfeld des 6. März war es zu Zusammenstößen mit den Leitern der Stempelstellen und der Polizei gekommen. SAPMO-BA RY 1 I 2/708/134, fol. 36, Bericht über den 6. März.

²²⁶ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/70, fol. 125–128.

Neukölln, Charlottenburg u.s.w., bei gleichzeitiger Organisation der zentralen Demonstration im Stadtinnern, die bewegliche Taktik bei der Demonstration, das plötzliche unerwartete Auftreten geschlossener Demonstrationen, die pünktliche Durchführung der Demonstrationen im Innern der Stadt, von Bahnhof Friedrichstraße bis hinunter zum Halleschen Tor, sind der Ausdruck eines wachsenden Kampfesmutes und der größeren Kampferfahrung der Partei und der Arbeitermassen. Die taktischen Teilerfolge der Arbeitermassen gegenüber der Polizei konnten sich aber nur auswirken infolge des mutigen Widerstands der Arbeiter an vielen Stellen gegen die Angriffe der Polizei. Disziplin, energisches Zurückschlagen, Entlastung von solchen Arbeitergruppen, die von der Polizei bedrängt sind, Befreiung von Gefangenen, Schaffung von primitiven Verkehrshindernissen am Abend, um die Bewegungsmöglichkeiten der Flitzer zu unterbinden und andere Abwehrmaßnahmen, sicherten in vielen Straßen die Durchführung geschlossener Demonstrationen.²²⁷ Nach dem 6. März bestand die Erwerbslosenarbeit der Berliner KPD denn auch vor allem darin, die „Stellungnahmen gegen die Polizeiprovokation am 6. März“ durch tägliche Kundgebungen auf den Arbeitsnachweisen fortzusetzen.²²⁸

Die Geschichte des Internationalen Erwerbslosentages vom 6. März 1930 in Berlin zeigte an, daß die kommunistische Erwerbslosenpolitik nunmehr definitiv in die außerparlamentarische, außergewerkschaftliche und außerbetriebliche Sphäre überging und damit zum integralen Bestandteil der kommunistischen „Gegenwelt“ wurde. An die organische Verbindung von Gewerkschaften, Betriebsarbeitern und Erwerbslosen war mit der Explosion der Arbeitslosenzahlen immer weniger zu denken. Auch die RGO, für deren Programmatik die Schaffung einer solchen Kampffront zentral war, scheiterte an diesem selbstgesteckten Ziel.²²⁹ Wie in der kommunistischen Gewerkschaftspolitik so offenbarte sich auch in der Erwerbslosenpolitik der letztlich unaufhebbare Widerspruch, der in dem ideologisch-revolutionär begründeten Elitebewußtsein der Kommunisten einerseits und den Möglichkeiten einer realistischen Interessenvertretung der Arbeiter bzw. der Arbeitslosen andererseits gründete.

Es kann daher nicht überraschen, daß sich die Erwerbslosenpolitik der KPD in Berlin wie auch anderswo vor allem darauf konzentrierte, sich für die „direkte Aktion“ eine spezifische Organisationsmacht zu schaffen. Diesem Zweck dienten z.B. die sogenannten „Erwerbslosenwehren“ bzw. „Erwerbslosenstaffeln“, die sich Anfang 1930 zunächst in Charlottenburg, Neukölln und Moabit konstituierten. Ihre Aufgabe war die Organisation des Kampfes der Erwerbslosen gegen „Faschismus“ und „Polizeiterror“ sowie die Unterstützung der Wirtschaftskämpfe der Betriebsarbeiter.²³⁰ Konkret kam damit den Erwerbslosen die Aufgabe zu, als Versammlungsschutz für die Erwerbslosenausschüsse zu fungieren, Bezirksversammlungen zu stören, Propagandamaterial zu verteilen, Demonstrationen zu unterstützen und auf den Arbeitsnachweisen Tumulte zu provozieren.²³¹ Eine ähnliche Funktion sollten die Erwerbslosen in den seit August 1930 aufgebauten „Roten Betriebswehren“ ausfüllen: Von lokalen „Antifaschistischen Kampfkomitees“ und örtlichen Kartellen der RGO soll-

²²⁷ Ebd., fol. 126–127.

²²⁸ SAPMO-BA RY 1 I 2/708/134, fol. 38, Bericht des Provinzial-Ausschusses der Erwerbslosen für den Monat März, 22.4.1930.

²²⁹ Zum Scheitern der RGO-Konzeption unter den Erwerbslosen siehe Müller, Lohnkampf, S. 255ff.

²³⁰ Rf Nr. 36, 12.2.1930. SAPMO-BA, RY 1 I 2/708/134, fol. 42, Bericht über den 6. März.

²³¹ БЛЖА Пр.Бр. Реп. 2А Рег. Potsdam I Pol, Nr. 2136, fol. 162, Mitteilungen des I.KPB vom 1.3.1930.

ten die Erwerbslosen für den „Kampf gegen Betriebsfaschismus und Streikbruch von außen“ sowie den „Kampf gegen den Faschismus im Wohngebiet und auf den Stempelstellen“ zugeteilt werden.²³²

Die Erwerbslosenstaffeln hofften die Kommunisten insbesondere bei Arbeitskämpfen und beim Versuch ihrer Radikalisierung und Politisierung einsetzen zu können. Im Berliner Metallarbeiterstreik vom Oktober 1930 etwa, dem die RGO einen entscheidenden symbolischen Wert beimaß, sollten Betriebswehren und Erwerbslosenstaffeln ein „unentbehrliches Kampfmittel“ bilden zum Schutz der Streikenden gegen „sozialfaschistische[n] und faschistische[n] Terror“, an dessen Spitze die Polizeikräfte stünden.²³³ Im Verlauf des Arbeitskampfes in der Berliner Metallindustrie vom Herbst 1930 wurden denn auch Grundstruktur und Trend der kommunistischen Erwerbslosenbewegung in Berlin sehr deutlich. Zum einen konnten KPD und RGO zu diesem Zeitpunkt durchaus auf gewisse Mobilisierungserfolge unter den Arbeitslosen verweisen. So arbeiteten nach internen RGO-Berichten auf ca. 30 Berliner Arbeitsnachweisen funktionsfähige Erwerbslosenstaffeln. Ihr Gesamtmitgliederbestand betrug rund 1.000 Personen.²³⁴ Den ihnen zugewiesenen Aufgaben, Streikposten zu bilden sowie durch Demonstrationen, Sprechchöre und sonstige Aktionen den „Terror der Nachweisbürokratie“ zu durchbrechen, kamen sie mit mehr oder minder großem Erfolg nach, wobei es wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.²³⁵ Rein quantitativ stellten diese Organisierungserfolge einen gewissen Fortschritt in der kommunistischen Erwerbslosenpolitik dar. Andererseits aber konnten KPD und RGO für eine solche Arbeit nur bereits Überzeugte gewinnen, was der Selbstghettoisierung auch dann Vorschub leisten mußte, wenn die Arbeitslosigkeit quasi zum Normalphänomen wurde. Der Steigerung absoluter Anhängerzahlen korrelierte mithin die relative Geringfügigkeit des kommunistischen Einflusses im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen. Dem entsprach es, daß die nach wie vor angestrebte enge Verbindung von erwerbslosen und im Betrieb stehenden Metallarbeitern wiederum verfehlt wurde. „Wir [haben] es bisher nicht genügend verstanden“, so resümierte die Erwerbslosenabteilung bei der Berliner RGO, „die Unterstützung der Streikenden mit der Mobilisierung der Erwerbslosen für den Kampf um ihre eigenen Forderungen zu verbinden. Hierin liegt auch einer der Gründe, weswegen es uns bisher über den Kreis unserer engsten Anhänger hinaus nicht gelungen ist, die breiten Massen der Arbeitslosen für die aktive Unterstützung des Metallkampfes zu mobilisieren.“²³⁶ Auch die Streikleitungen selbst kümmerten sich um die Erwerbslosen wenig und zogen sie nicht selbst zur Arbeit heran: „Die Bearbeitung der Betriebe haben die Erwerbslosen zum großen Teil aus eigener Initiative heraus unternommen. In ei-

²³² BJJA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95 Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, fol. 73, Richtlinien für die Organisation Roter Betriebswehren, Abschrift in Mitteilungen des LKPB vom 1.8.1930.

²³³ SAPMO-BA RY 114/6/15, fol. 131, Merkblatt [der RGO] für den Metallarbeiter-Kampf, 25.9.1930. Zur Tariflohn senkung in der Berliner Metallindustrie im Herbst 1930 und dem anschließenden Arbeitskampf vgl. Hartwich, Arbeitsmarkt, S. 165ff.; Müller, Lohnkampf, S. 323f. geht auf diesen Arbeitskampf im Gesamtzusammenhang der stets auf Radikalisierung und Politisierung zielenden Streiktaktik der RGO ein.

²³⁴ SAPMO-BA RY 114/6/15, fol. 161, Bericht über die Arbeit bei den Stempelstellen, 20.10.1930.

²³⁵ Ebd., fol. 159–162; ebd., fol. 185, Schreiben der RGO Berlin, Abt. Erwerbslose vom 26.10.1930, hier auch das Zitat.

²³⁶ Ebd.

nigen Streikleitungen hatte man überhaupt kein Verständnis für die Mitarbeit der Erwerbslosen.“²³⁷

Eine quantitativ meßbare Steigerung des kontinuierlichen kommunistischen Einflusses unter den Arbeitslosen, der über bestimmte Ereignisse hinaus hätte konserviert werden können und der in etwa proportional zu den Erwerbslosenziffern gewachsen wäre, hat in Berlin nicht stattgefunden. Im Gegenteil, 1932 stellte Pjanitzki fest, die Arbeitslosen würden sich nunmehr „viel weniger gerne“ an Demonstrationen und Kundgebungen beteiligen als im Jahr zuvor; in Berlin stieß man sich unter den Erwerbslosen an der „Parolenpolitik“ der KPD und beklagte „Demonstrationsmüdigkeit“.²³⁸ Und Anfang 1933, auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, wiesen die kommunistischen Erwerbslosenstaffeln sogar eine geringere Stärke auf als Ende 1931.²³⁹ Isolierung gegenüber der Erwerbswelt auf der einen, politische Radikalisierung auf der anderen Seite kennzeichneten also das Grundmuster der kommunistischen Arbeitslosenbewegung und damit in hohem Maße die kommunistische Bewegung in Berlin überhaupt. Auf diese Weise entstand in Berlin ein optimaler Nährboden für einen von den sozialen Realitäten abstrahierenden Voluntarismus und eine totalitäre Ideologisierung. So waren es etwa vor allem die kommunistisch eingestellten Erwerbslosen, die den Beschluß des ZK der KPD Ende 1931 zur Verurteilung des individuellen Terrors ablehnten und ihn für „verkalkt“ und „versöhnlerisch“ hielten.²⁴⁰ In einer solchen Atmosphäre, zudem in wirtschaftlichen Notzeiten, verflüssigten sich die Grenzen zwischen politischer Aktion und banaler Kriminalität. So ordnete etwa ein KPD-Funktionär der mittleren Ebene die Welle der Plünderungen von Lebensmittelläden im Sommer 1931 folgendermaßen in die kommunistische Strategie ein: „Die Erwerbslosenaktionen, die jetzt überall stattfinden, bei denen sich die Hungernden Lebensmittel aus den einzelnen Geschäften holen, sind für uns von außerordentlicher Bedeutung. Die Partei organisiert diese Aktionen, um der breiten Masse zu zeigen, wie das heilige Privateigentum in der Zeit der Not von uns zu behandeln ist.“²⁴¹ Erwerbslose unter kommunistischem Einfluß waren mithin bereit, sich ganz bewußt außerhalb des gesetzlichen Rahmens zu stellen; für die kommunistische Bewegung bildeten sie in Berlin während der Wirtschaftskrise das hauptsächliche Rekrutierungspotential für „direkte Aktionen“. Auch wenn die kommunistische Erwerbslosenbewegung nur einen kleinen Teil der Arbeitslosen erfaßte, stieg doch ihre Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung in dem Maße an, wie ihre Affinität zur extralegalen Gewalt und „Selbsthilfe“ bestand.

Wenn man nach Gründen dafür fragt, warum die Erwerbslosen für die KPD in erster Linie eine Funktion ausübten, nämlich die Durchführung von außerparlamentarischen „direkten“ Aktionen, ihre konkreten Bedürfnisse dagegen meist im Hinter-

²³⁷ Ebd., fol. 162, Bericht über die Arbeit bei den Stempelstellen, 20.10.1930.

²³⁸ Alles zit. nach Huber-Koller, Erwerbslosenbewegung, S. 107.

²³⁹ BIHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 150, fol. 314, Polizeibericht über die Erwerbslosenschutzstaffeln vom 21.1.1933.

²⁴⁰ BIHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, fol. 369, Polizeibericht über „Die innerparteiliche Lage der KPD“ vom 8.12.1931. Zur Frage von „individuellem“ und „Massenterror“ in der Taktik der KPD vgl. unten S. 580f.

²⁴¹ BIHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 249, 22.6.1931. Bericht über eine Sitzung der kommunistischen Fraktion des Kampfbundes gegen den Faschismus. Nur am Rande sei bemerkt, daß Hitler in seiner Reichstagsrede zum Ermächtigungsgesetz propagandistischen Bezug auf die kommunistischen Plünderungen nahm. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 1, Würzburg 1962, S. 230.

grund blieben, so muß man auch die kommunalpolitische Struktur betrachten. Für fast alle Fragen der Sozialpolitik und der Erwerbslosenunterstützung im besonderen bildeten die Kommunen die zentrale administrative Ebene und zugleich den primären erfahrungsgeschichtlichen Sozialraum. Gerade in diesem Bereich aber offenbart die Situation in Berlin fundamentale Unterschiede zum Großraum Paris. In Preußen wurden aus Wahlen hervorgegangene kommunistische Kommunalbeamte grundsätzlich nicht durch die Aufsichtsbehörden bestätigt.²⁴² Zwar war diese autoritäre Annullierung demokratischer Wahlergebnisse in der Sache nicht ganz unbegründet; ließ die KPD doch keinen Zweifel daran, daß sie nicht gewillt war, sich an Rechtsstaatlichkeit und kommunalpolitische Legalität, etwa in bezug auf eine korrekte Haushaltsführung, zu halten. Zugleich aber hatte es Konsequenzen, daß es der KPD schon vor der „ultralinken“ Wendung des Jahres 1928 und erst recht danach auch dort an Möglichkeiten mangelte, sich im Rahmen der parlamentarisch-demokratischen Legalität kommunal- und sozialpolitisch zu betätigen, wo sie die dafür erforderlichen Mehrheiten besaß. Dadurch blieb der KPD zwar der Zugriff auf staatliche und gemeindliche Ämterkompetenzen verwehrt. Zugleich aber verschwand auch jede Chance einer systemkonformen Teilintegration der Kommunisten. Vielmehr waren sie grundsätzlich und gleichsam strukturell auf die außerparlamentarische Aktion verwiesen. In Orten, wo eine starke kommunistische Fraktion in den Gemeindeparlamenten saß, führte dies insbesondere mit Blick auf das Problem der Erwerbslosenfürsorge zu schweren und gewaltsamen Auseinandersetzungen.²⁴³

In Frankreich lagen die Verhältnisse grundlegend anders, was sich anfangs auch in der kommunistischen Erwerbslosenpolitik niederschlug. Gerade der Pariser Raum mit seiner „banlieue rouge“ eröffnete dem PCF erheblich größere kommunalpolitische Handlungsspielräume, als dies für die Berliner KPD auch nur denkbar war. Bereits 1925 fiel dem PCF in Bobigny, Clichy, Saint-Denis, Ivry, Malakoff, Villejuif und Vitry eine Mehrheit zu. Unbestritten war zwar, daß diese kommunistischen Positionen in der Banlieue zu „Bastionen der Revolution“²⁴⁴ ausgebaut werden mußten. Kommunistische Gemeindeverwaltungen hatten am Rande der Legalität zu agieren,²⁴⁵ und in dieser Hinsicht ist eine klare Kontinuität der zunehmend von der Komintern bestimmten Parteilinie bis in die dreißiger Jahre zu konstatieren: Vorderstes Ziel der kommunistisch beherrschten Gemeinden war es, „den bürgerlichen Apparat zu zerschlagen“.²⁴⁶ Daneben stand aber stets das Bestreben, die Instrumentalisierung der Kommunalpolitik gleichsam durch sozialpolitische Überzeugungsarbeit zu legitimie-

²⁴² Vgl. Georg Fülberth, *Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918–1933*. Ein Anfang, Marburg 1984, S. 55ff. u. S. 94ff. Vgl. Ders., *Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19–1933*, Köln 1985, S. 360f. Lokale Fallstudien zur kommunistischen Kommunalpolitik bieten: Volker Wünderich, *Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik*. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980; Beatrix Herlemann, *Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924–1933*, Wuppertal 1977.

²⁴³ Beispiele bei Fülberth, *Beziehungen*, 360ff.

²⁴⁴ So Suzanne Girault auf dem Parteikongreß von Clichy, 17.1.1925, AN F7 13090, 4c Congrès National du PCF, Clichy, 1ère journée, 17.1.1925.

²⁴⁵ AIRM Nr. 191, Télégramme-directives au P.C.F. sur la journée internationale de lutte contre le chômage, o.D. [Februar 1926].

²⁴⁶ So der kommunistische Bürgermeister von Villejuif, AN F7 13131, 26.2.1933, Réunion Clichy, 25.2.1933. Siehe Thèse sur l'application du mot d'ordre du „Bloc ouvrier et paysan“ à l'action municipale“, in: *Cahiers du Bolchevisme* 1924, Nr. 5 (12.12.1924), S. 254–261. AIRM 191, Télégramme-directives au P.C.F. sur la journée internationale de lutte contre le chômage, o.D. [Februar 1926].

ren und zu untermauern. Der kommunistische Ehrgeiz richtete sich in den Gemeinden darauf, eine bessere, sozialere und damit überzeugendere Kommunalpolitik zu betreiben als die bürgerlichen und sozialistischen Parteien. „Il nous faut montrer“, so resümierte 1925 ein parteiinternes Memorandum, „par des réalisations concrètes mais bien étudiées et non bouclées, mais mieux organisées que celles de la bourgeoisie, que nous ne sommes pas des démagogues mais de véritables réalisateurs capables d’être, après la révolution, ceux qui construiront des œuvres sociales intéressant la santé publique.“²⁴⁷

Die hieraus resultierende Ambivalenz der Kommunalpolitik zwischen ihrer Funktionalisierung für das politische Ziel der Revolution und der gleichsam „opportunistischen“ kommunalen Sozialpolitik ist ein durchgängiges Kennzeichen in der Geschichte der kommunistischen „banlieue rouge“. Hinzu kamen nicht selten persönlicher Ehrgeiz und Profilierungsstreben derjenigen Kommunisten, die in der Kommunalpolitik – z.B. als Bürgermeister – tätig waren. Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre, im Zeichen der dekretierten ultralinken Taktik, führte diese Spannung zu großen Konflikten zwischen kommunalen Amts- und Mandatsträgern des PCF und dem Parteiapparat. Mehr als anderswo entdeckten die Parteikader in den kommunistischen Gemeindeverwaltungen der Banlieue „sozialdemokratische“ Überreste. Sie entwickelten sich, so wurde geklagt, zu eigenständigen Organismen, die sich der Unterwerfung unter die Parteilinie widersetzen.²⁴⁸ Im Zusammenhang mit den erneuten Säuberungen im Gefolge der ultralinken Taktik kam es denn auch Ende 1929/Anfang 1930 zu einer Welle von Parteiausschlüssen gegen kommunistische Kommunalpolitiker der Pariser Region.²⁴⁹

Zunächst spielte die Art und Weise, wie in der Pariser Region kommunistische Kommunalpolitik gemacht wurde, auch für die Erwerbslosenfrage eine entscheidende Rolle. PCF und C.G.T.U. erkannten von Beginn an in der Existenz einer wachsenden Zahl von Erwerbslosen eine unverhoffte Chance, ihren Einfluß in der Bevölkerung und deren Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen zu steigern.²⁵⁰ Gegen Ende des Jahres 1931 gründeten sie daher ein weitgespanntes Netz von Erwerbslosenausschüssen (comités de chômeurs). Im Département Seine gab es bald in jedem Pariser Arrondissement und in jeder Gemeinde einen solchen Ausschuß. Politisch allerdings blieben diese Erwerbslosenausschüsse zunächst strikt neutral. Sie waren offen für Mitglieder jeglicher politischer Richtung und verfolgten in erster Linie den Zweck, bestimmte materielle Erwerbslosenforderungen zu formulieren und den Kommunalverwaltungen zu präsentieren. Dies war, wie es eine Denkschrift im In-

²⁴⁷ AIRM 119, Memorandum o.D. [1925]

²⁴⁸ AN F7 13119, 25.2.1929, Rapport Moral concernant l’activité du 4ème Rayon (Région Parisienne) qui sera présenté à la Conférence du mars 1929 (Polizibericht); ebd., 30.1.1930, Auto-Critique du Comité du Rayon (4. Rayon). Der Vierte Rayon der Pariser Region galt als bei weitem der wichtigste. Siehe AN F7 13119, 20.4.1929. Der Rayon umfaßte u.a. das kommunistisch beherrschte 13. Arrondissement sowie die kommunistischen Gemeindeverwaltungen Ivry und Vitry.

²⁴⁹ Ausgeschlossen wurde u.a. der Maire von Clichy, Charles Auffray, die Conseillers municipaux Louis Sellier, Charles Joly, Louis Duteil, Jean Garchery, Louis Castellaz sowie die Conseillers généraux de la Seine Louis Laporte und Jules Lauze. Siehe dazu L’Humanité, 25.9.1929; 9.10.1929; 10.10.1929; 12.10.1929; 19.10.1929; 5.11.1929; 11.11.1929; 17.11.1929; 21.11.1929; 22.11.1929; 25.11.1929. Der Maire von Saint-Denis, Charles Charles Vuillaumé, kam einem Parteiausschluß durch Austritt zuvor: L’Humanité, 31.10.1929. Zum Gesamtkomplex siehe das Material in AN F7 13119 (Oktober – Dezember 1929).

²⁵⁰ AN F7 13550, Etude succincte sur les comités de chômeurs, o.D. [1932].

nenministerium formulierte, das „goldene Zeitalter“ der Erwerbslosenausschüsse, die zu diesem Zeitpunkt Hunderte von Mitgliedern umfaßten.²⁵¹ Die Erwerbslosenausschüsse hatten vor allem deswegen Erfolg, weil sie sich am persönlichen Interesse ihrer Mitglieder und an entsprechenden Teilforderungen orientierten wie der Verteilung billiger Nahrungsmittel oder der Möglichkeit, in kommunalen Restaurants Mahlzeiten zu reduzierten Preisen zu erhalten.²⁵²

Insofern der PCF Anfang der dreißiger Jahre in mehreren Pariser Vororten über eine Mehrheit verfügte, war kommunistische Erwerbslosenpolitik hier über weite Strecken kommunistisch gesteuerte Kommunalpolitik. Zwar konnte sie den staatlich vorgegebenen rechtlichen und finanziellen Rahmen nicht grundsätzlich sprengen, aber doch, wo immer möglich, zu erweitern suchen. So bedauerte etwa Ende 1930 der kommunistische Bürgermeister von Vitry, daß es außerhalb seiner Macht stehe, die von der Präfektur vorgegebenen Fürsorgesätze für Arbeitslose zu überschreiten. Doch als Ausgleich hierfür habe die Gemeinde mehrere Sondermaßnahmen ergriffen: Für die etwa 300 Arbeitslosen des Ortes und ihre Angehörigen sei ein kostenloser medizinischer Dienst eingeführt worden, ebenso die freie Abgabe von Medikamenten. Zur kostenlosen Verpflegung der Erwerbslosen werde man mehrere „soupes populaires“ einrichten, die Kinder kämen in den Genuß der freien Benutzung der Schulkantinen. Schließlich, und dies kennzeichnet den kommunistischen Willen, über gleichsam „normale“, „opportunistische“ Sozialpolitik hinauszugehen, werde man die 320.000 Francs, die das kommunale Budget für Polizeiausgaben bereitstelle, der Arbeitslosenunterstützungskasse zuschlagen, „denn wir brauchen keine Polizei, um uns niederknüppeln zu lassen“.²⁵³

Diese Form kommunistischer Sozialpolitik in den Gemeinden kollidierte freilich mit der seit 1928/29 verbindlichen „ultralinken“ Parteilinie, die ja das kämpferische Element in den Mittelpunkt stellte. Im Jahre 1931, als der Großraum Paris nun zunehmend von nachhaltiger Arbeitslosigkeit betroffen war, schlug sich die Spannung zwischen ideologischer Parteilinie und kommunistischer Kommunalpolitik daher auch in der Erwerbslosenfrage nieder. Die Parteiführung bemängelte, daß die Bezirks- und Zellenfunktionäre ihre Arbeit unter den Erwerbslosen ausschließlich auf die Kommunalpolitik ausrichteten – „den Kampf gegen das Unternehmertum dagegen vernachlässigten“.²⁵⁴ An anderer Stelle wurde darüber geklagt, daß die Arbeitslosen gerade in den kommunistischen Vororten einen „Mangel an Vitalität“ an den Tag legten. Der Grund hierfür liege in den Wohlfahrtsleistungen, welche die kommunistischen Gemeindeverwaltungen allzu freigebig verteilten und welche die Kampfkraft der Arbeitslosen unterminiere.²⁵⁵

In dieser Kritik am mittleren und unteren Funktionärskörper spiegeln sich die Gründe dafür wider, daß die politische Erwerbslosenbewegung nun auch in Frankreich bzw. in Paris immer stärker zu einer parteikommunistischen Angelegenheit wurde. Seit der Jahreswende 1931/32 setzte die Führung von PCF und C.G.T.U. alles

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Ebd.

²⁵³ AN F7 13119, 19.12.1930, Compte rendu de mandat de la Municipalité Communiste de Vitry-sur-Seine, 18.12.1930 (Rigaud). Daß letzteres Vorhaben mehr dem Willen als den realen Möglichkeiten der kommunistischen Kommunalverwaltung entsprach, gab freilich auch der Bürgermeister selbst zu, wenn er befürchtete, daß die Präfektur zu Zwangsmaßnahmen greifen werde.

²⁵⁴ AN F7 13541, 14.1.1931.

²⁵⁵ Ebd., 4.11.1931.

daran, die Erwerbslosenausschüsse mit den Methoden der Kaderpolitik unter Kontrolle zu bekommen. „Notre parti et les syndicats unitaires n'ont pas remplis correctement leur rôle d'organiseurs et de dirigeants“, kritisierte Pierre Semard, der Sekretär der Pariser Bezirksleitung Anfang Januar 1932. Vielmehr seien nicht wenige der Erwerbslosenkomitees in der Gefahr, von „bürgerlichen“ und reformistischen Kräften übernommen zu werden.²⁵⁶ Verglichen mit Berlin verlief allerdings der nun folgende Prozeß der Disziplinierung der Erwerbslosenbewegung längst nicht so einlinig. Insbesondere gelang es dem PCF nicht, in den Arbeitslosen in den Berliner Verhältnissen vergleichbares Gewaltpotential zu rekrutieren. Neben der in Paris insgesamt weniger trostlosen Wirtschaftslage lag dies insbesondere daran, daß in den Erwerbslosenausschüssen – wie in den Gewerkschaften der C.G.T.U. und teilweise auch in der Parteimitgliedschaft selbst – stets ein gewisses Autonomiepotential präsent blieb. Es stellte die konkreten sozialen Belange der Arbeitslosen in den Vordergrund und setzte sich gegen die vollständige Vormundschaft und Kontrolle durch die Kommunisten zur Wehr. Die folgenden Jahre standen daher im Zeichen eines zähen Kampfes um die Durchsetzung der parteikommunistischen Linie. Dabei ist die gleiche Entwicklung wie in Berlin festzustellen: Je klarer sich die „ultralinke“ Taktik der Parteiführung durchsetzte, desto geringer wurde der kommunistische Einfluß unter den Massen.

Zur stärkeren Disziplinierung der Erwerbslosenbewegung bediente sich die PCF-Führung zunächst der „Union Régionale des Comités de chômeurs“. Diese war bereits im Oktober 1930 von Benoît-Frachon, im Politbüro des PCF für Gewerkschaftsfragen zuständig, und dem Sekretär der XX. Union Régionale der C.G.T.U. (= Région Parisienne), Lucien Monjauvis, gegründet worden.²⁵⁷ Ihr unterstanden nach geographischen Prinzipien eingeteilte „Sektoren“, die wiederum die auf ihrem Gebiet liegenden örtlichen Erwerbslosenausschüsse zusammenfaßten. Formal betrachtet, erstreckte sich die Zuständigkeit des neuen Organs nur auf die Erwerbslosenausschüsse in den metropolitanen Départements Seine, Seine-et-Oise und Seine-et-Marne; faktisch freilich übte es sehr rasch die Kontrolle über die Arbeitslosenbewegung in ganz Frankreich aus.²⁵⁸ Sein Zweck bestand darin, zum einen die bis dahin dezentral funktionierenden Erwerbslosenausschüsse einer einheitlichen Kontrolle zu unterwerfen, zum anderen aber eine organische Verbindung zu den Führungsgremien von PCF und C.G.T.U. herzustellen. „C'est par le canal de l'Union Régionale que le Parti [Communiste] et la C.G.T.U. donnent aux sans-travail des directives pour l'organisation de leurs luttes revendicatives et surtout politiques.“²⁵⁹ Zugleich wurden erwerbslose Parteimitglieder angewiesen, in ihren jeweiligen Komitees die Führung an sich zu ziehen,²⁶⁰ und die Zellen erhielten tägliche Anweisungen zur Propagandaarbeit unter den Arbeitslosen.²⁶¹

²⁵⁶ L'Humanité, 3.1.1932.

²⁵⁷ AN F7 13557, 2.3.1933, Organisation des chômeurs, S. 2.

²⁵⁸ Ibid.

²⁵⁹ Ibid.

²⁶⁰ AN F7 13550, Etude succincte sur les comités de chômeurs, o.D. [1932]. Über den Prozeß der kommunistischen In-Regie-Nahme der Erwerbslosenausschüsse siehe auch den Bericht über eine Sitzung kommunistischer Erwerbsloser unter dem Vorsitz des Sekretärs für „Agit-prop“ der Région parisienne des PCF in AN F7 13541, 4.11.1931.

²⁶¹ AN F7 13550, 25.2.1932.

Der damit eingeleitete Umschwung hätte gravierender kaum sein können. Die Forderungen der Komitees radikalisierten sich, während die Zahl ihrer Mitglieder – trotz weiterhin steigender Arbeitslosigkeit – zurückging.²⁶² Besonders bemerkbar machte sich, daß die kommunistischen Kräfte jede philanthropische Unterstützung ablehnten und damit in den Ausschüssen erhebliche Meinungsverschiedenheiten hervorriefen. Fragen wie die, ob es sich bei der Verteilung von Lebensmitteln um verwerfliche „Philanthropie“ handelte oder ob der Erwerbslosenausschuß eine Spende der *Action française* akzeptieren dürfe, wurden fortan äußerst kontrovers diskutiert.²⁶³ Spenden, die die Kommunisten selbst sammelten, kamen nicht den Erwerbslosen zugute, sondern der Agitationskasse der Ausschüsse.²⁶⁴

Daß im übrigen auch in der kommunistischen Kommunalpolitik die Funktionalisierung der Erwerbslosen zugunsten übergeordneter politisch-ideologischer Ziele nunmehr stärker zum Tragen kam, offenbarte sich Anfang 1933 im Zusammenhang mit einem steuerpolitischen Eklat: Als im März dieses Jahres zahlreiche Arbeitslose die gebührenpflichtige Aufforderung der Finanzämter erhielten, unter Androhung von Zwangsmaßnahmen umgehend ihre Lohnsteuern zu zahlen, führte dies unter den Betroffenen zu großer Aufregung. Entsprechend zahlreich waren die Anfragen, die an den jeweiligen örtlichen Erwerbslosenausschuß gerichtet wurden. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Kommunalverwaltungen bereits seit 1931 vom Präfekten des Département Seine Anweisung erhalten hatten, den Finanzämtern eine Liste der unterstützten Arbeitslosen zu übermitteln, um deren Steuerfreiheit von vornherein zu gewährleisten. Ganz offensichtlich aber hatten alle kommunistischen Kommunalverwaltungen des Département dieser Aufforderung aus politischen und agitatorischen Gründen keine Folge geleistet.²⁶⁵ Das Resultat war verheerend: „Les sans travail ont été vivement irrités de la mauvaise volonté évidente manifestée par ces derniers municipalités [...]. Certains n’hésitent même pas à affirmer que les communistes ne cherchent qu’à aggraver la situation des ouvriers sans emploi, en vue d’exploiter le malaise pour des fins politiques. Ces allégations prennent de plus en plus corps dans les milieux de chômeurs où la ‘rébellion’ contre la tutelle révolutionnaire fait des progrès constants.“²⁶⁶ Im selben Maße stieg die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Arbeitslosen von den kommunistisch beherrschten Erwerbslosenausschüssen ab- und vielversprechenderen karitativen Privatinitiativen zuwandten, worin der PCF natürlich eine besondere Gefahr erblickte.²⁶⁷

Wie in Berlin die KPD so suchte auch der Pariser PCF die Erwerbslosen in besonderem Maße für die Präsenz auf der Straße zu gewinnen. „Gegen die Einheitsfront der Feinde der Arbeiterklasse“ galt es, Erwerbslose und Betriebsarbeiter gemeinsam zu Kampfdemonstrationen zu mobilisieren. Diese Demonstrationen hatten massiv, kämpferisch und bestrebt zu sein, den Unterdrückungs- und Polizeimaßnahmen des kapitalistischen Staates zu widerstehen.²⁶⁸ Bereits am 12. November 1931 hatte sich die Union Régionale eher widerstrebend und mit nur knappem Mehrheitsbeschluß an einer Kampfdemonstration anläßlich der Rentrée der Chambre des

²⁶² AN F7 13550, Etude succincte sur les comités de chômeurs, o.D. [1932].

²⁶³ Ebd. Vgl. AN F7 13550, 12.3.1932.

²⁶⁴ AN F7 13550, 15.3.1932.

²⁶⁵ AN F7 13557, 30.3.1933.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ AN F7 13550, 24.2.1932.

²⁶⁸ L’Humanité, 3.1.1932, S. 2.

Députés und zur Unterstützung der kommunistischen Parlamentsfraktion beteiligt;²⁶⁹ mit rund 1.500 Demonstranten war die Resonanz insgesamt dürftig ausgefallen.²⁷⁰ Auch die nächste Demonstration vor dem Parlament stand im Zeichen eines Kampfes um die Durchsetzung der kommunistischen Parolen. Unter dem Druck von PCF und C.G.T.U. forderten die Union Régionale und die Erwerbslosenkomitees Anfang des Jahres zur großen Kampfdemonstration am 12. Januar 1932 auf.²⁷¹ Bis dahin vollzog sich in den örtlichen Erwerbslosenkomitees eine scharfe Auseinandersetzung um die Opportunität einer solchen Demonstration. Die vom Freund-Feind-Denken und vom totalitären Optionszwang geprägte kommunistische Perspektive erblickte in solchen Widerständen freilich allein das Werk der Agenten des Klassenfeindes, der die Massendemonstrationen „mit heuchlerischen Methoden“ zu verhindern suchte.²⁷² Als sich am 12. Januar tatsächlich etwa 6.000 Demonstranten vor dem Palais-Bourbon versammelten, konnte die Pariser Parteiführung dies zwar als gewissen Erfolg verbuchen.²⁷³ Allerdings blieb ihr eine durchschlagende Wirkung versagt, was insbesondere an den polizeilichen Vorkehrungen lag, in denen der Pariser Polizeipräfekt Chiappe offenbar vom Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski unterstützt wurde.²⁷⁴ Daneben aber war der Vertrauensverlust an der Basis der Erwerbslosenausschüsse gravierend: „Une résistance de plus en plus marquée“, so wußte ein polizeilicher Beobachter zu berichten, „se manifeste dans les comités locaux contre les dirigeants de l'Union Régionale des Comités de Chômeurs, à qui l'on reproche de prendre exclusivement leurs mots d'ordre au Parti Communiste. De nombreux adhérents se plaignent que leur action ait été jusqu'à présent orientée uniquement vers des buts politiques. Ils constatent que sous le prétexte de poursuivre l'aboutissement de leurs revendications immédiates, ils ont été surtout invités à participer à des démonstrations communistes, préparées et dirigées en dehors de tout contrôle de la part des chômeurs.“²⁷⁵ Solche Kritik vermochte freilich nicht zu verhindern, daß Thematik und Agitationsstil der Erwerbslosenkomitees mehr und mehr von den Parolen der „Dritten Periode“ bestimmt wurden.²⁷⁶

Im Ergebnis marginalisierte sich die Erwerbslosenbewegung selbst; die Radikalität ihrer Aktion wurde mit ihrer Bedeutungslosigkeit erkaufte. „Il n'y a rien de sérieux à craindre de la part des comités de chômeurs“, resümierte die bereits erwähnte Denkschrift aus dem Jahre 1932. „Leur influence est presque nulle.“²⁷⁷

In Form einer eigentümlichen, für die kommunistische Bewegung jedoch typischen Dialektik bildete dieses niederschmetternde Ergebnis den Ausgangspunkt erneuter intensiver Bemühungen des PCF um die Arbeitslosen. Sie begannen mit der selbstkritischen Einsicht in die eigene Schwäche. In dieser Hinsicht kam die Region Paris-Sud, die einige wichtige kommunistische Gemeinden wie Ivry, Vitry oder Ville-

²⁶⁹ AN F7 13541, 4.11.1931.

²⁷⁰ AN F7 13557, Organisation des chômeurs, 2.3.1933, S. 7.

²⁷¹ L'Humanité, 4.1.1932: „Manifestez le 12 Janvier“.

²⁷² L'Humanité, 5.1.1932: „Chassez de vos comités les agents de vos ennemis!“

²⁷³ Siehe die – in den Zahlenangaben übertriebenen – Berichte in L'Humanité, 13.1.1932.

²⁷⁴ Dies meldete zumindest L'Humanité, 13.1.1932.

²⁷⁵ AN F7 13550, 20.2.1932. Vgl. ebd., 12.1.1932 u. 26.2.1932.

²⁷⁶ Beispiele: AN F7 13550, 24.2.1932, Meeting Comité local des chômeurs des 13. Arrondissements, 23.2.1932 (Verherrlichung der Sowjetunion); ebd., 7.4.1932; 14.4.1932; 26.4.1932 (Warnungen vor imperialistischer Kriegsfahrt).

²⁷⁷ AN F7 13550, Etude succincte sur les comités de chômeurs, o.D. [1932]. Vgl. AN F7 13550, 26.2.1932.

juif umfaßte, Anfang 1933 zu einem ebenso klaren wie aufschlußreichen Ergebnis: „La raison essentielle qui fait que le mouvement des chômeurs ne se développe pas suffisamment réside dans la faible préoccupation qu’ont les comités de chômeurs des revendications et des intérêts les plus immédiats des sans-travail. Ce n’est que dans la mesure où les chômeurs trouvent dans leurs comités un moyen pour adoucir leur misère, un moyen pour obtenir du charbon ou du lait, du pain ou des vêtements chauds, qu’ils s’y groupent et qu’ils le suivent. S’ils n’y trouvent que des discours et des parlottes, ils n’y viennent pas.“²⁷⁸

Was hier zum Ausdruck kommt, ist charakteristisch für die Politik des PCF im Zeichen der „Dritten Periode“: Ein mangelnder Einfluß unter den Massen wird bedauert, obgleich es doch die autoritär durchgesetzte kommunistische Parteilinie selbst war, die die prekäre Situation maßgeblich hervorgebracht hatte. Ein extremes Maß an Ideologisierung, das von den sozialen Realitäten und den konkret-materiellen Einzelinteressen allzu stark abstrahierte, führte in Frankreich stets – wie hier im Falle der Erwerbslosenpolitik – in die Sackgasse. Wenn also in der Folgezeit mit Blick auf die Arbeitslosen immer wieder die Verknüpfung von politischen Parolen und materiellen Teilforderungen („revendications immédiates“) verlangt wurde, so entbehrte dies nicht der Ironie, hatten die Führungen von PCF und C.G.T.U. doch alles dazu getan, letztere aus der kommunistischen Erwerbslosenpolitik zu verbannen.

Auf die offenkundige Schwächung der Erwerbslosenbewegung reagierte die Pariser PCF- und C.G.T.U.-Führung in typischer Weise mit dem erneuten Versuch der Disziplinierung. So waren bis dahin innerhalb der örtlichen Erwerbslosenausschüsse teilweise noch Funktionäre rekrutiert und akzeptiert worden, die dem PCF nicht angehörten, vorausgesetzt, sie folgten den Anordnungen und den Methoden der Partei. Unter diesen Bedingungen war es auch vorgekommen, daß nichtkommunistische Erwerbslosenfunktionäre in der Union Régionale Sitz und Stimme erwarben.²⁷⁹ Hat-ten diese allerdings ohnehin schon die Mißgunst der streng orthodoxen Parteimitglieder auf sich gezogen, so verstärkten sich jetzt die Bemühungen, die nichtkommunistischen Erwerbslosenfunktionäre zu eliminieren.²⁸⁰ Auch wenn man der Erwerbslosenbewegung noch den äußeren Anschein der Neutralität bewahren wollte, so ging man doch in der Leitung der Union Régionale dazu über, neue Funktionäre nur noch aus solchen Personen zu rekrutieren, „die den revolutionären Parolen widerspruchslos folgen“.²⁸¹

Daneben nahm die Union Régionale auf Weisung des PCF in der Organisationsstruktur der Erwerbslosenkomitees einige Änderungen vor. Nach dem Vorbild der kommunistischen Partei selbst wurden Anfang 1933 in jedem Ausschuß eigene Kommissionen für die (Erwerbslosen-)Arbeit unter den Frauen, den Ausländern und den Jugendlichen etc. gebildet. Am wichtigsten war aber – nicht zufällig – die Agit-Prop-Kommission, die aus zuverlässigen Parteimitgliedern zusammengesetzt wurde.²⁸²

²⁷⁸ AIRM 657, Région Paris-Sud du PCF: Lettre politique pour la préparation de la Conférence régionale, o.D. [Februar 1933].

²⁷⁹ AN F7 13557, 3.1.1933.

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ AN F7 13557, 27.1.1933. Zu den fortdauernden Bemühungen, den Schein der Neutralität zu wahren, vgl. AN F7 13562, 26.10.1934.

²⁸² AN F7 13557, 6.2.1933.

Doch so wie die Disziplinierungsrichtung von oben nach unten verlief, wenn es um die Durchsetzung der Parteilinie ging, so verlief auch die Bewegungsrichtung der Schuldzuweisungen. Die kommunistische Parteiführung attackierte die verantwortlichen Leiter der „Union Régionale des Comités de Chômeurs“, indem sie ihnen „Mangel an Aktivität“ vorwarf,²⁸³ d.h. sie zog eben jenes Gremium zur Verantwortung, das zur Implementierung der Parteilinie überhaupt erst geschaffen worden war. Analog lagen die Verhältnisse auf örtlicher Basis, wie z.B. im 15. Arrondissement: Der dortige Erwerbslosenausschuß hatte einst ca. 2.000 Mitglieder umfaßt, Anfang 1933 gab er jedoch keinerlei Lebenszeichen mehr von sich. Den Grund hierfür erkannten die kommunistischen Unterbezirksleiter in der „Apathie“ der Erwerbslosenfunktionäre, denen aufgetragen wurde, „sich nunmehr ernsthaft an die Arbeit zu machen“.²⁸⁴

All dies bewirkte freilich auch 1933/34 eine Fortsetzung der Spannungen und Auseinandersetzungen über die Frage der Erwerbslosenpolitik. Wenn es z.B. vorkam, daß kommunistische Parteimitglieder von ihrem örtlichen Erwerbslosenausschuß als ungeeignet angesehen, sie dann aber auf höherer Ebene zu Leitungsfunktionen herangezogen wurden, so hatte dies große Mißstimmung an der Basis zur Folge, und einige Sekretäre örtlicher Erwerbslosenausschüsse gaben ihre Posten auf.²⁸⁵ Bis Herbst 1933 war dann sichergestellt, daß die Sekretäre der örtlichen Komitees den Direktiven der Parteiführung „sklavisch“ folgten.²⁸⁶ Umgekehrt häuften sich die Klagen an der Basis, die Union Régionale und ihre Führer Mercier und Zacks hätten die Erwerbslosenbewegung allein zu ihrem eigenen Vorteil „bürokratisiert“.²⁸⁷

Neben der autoritären Kaderpolitik zogen aber auch die inhaltlichen Aspekte der kommunistischen Erwerbslosenpolitik nicht geringe Kritik auf sich. Von lokalen Erwerbslosenfunktionären wurde die hierarchische „Autokratie“ beklagt, mit der die Union Régionale Parolen und Direktiven erließ und deren „imperativer“ Charakter keinerlei Raum zur Eigeninitiative vor Ort ließ.²⁸⁸ Dahinter verbarg sich die nach wie vor fühlbare Spannung zwischen „revolutionärer“ und „opportunistischer“ bzw. „philanthropischer“ Erwerbslosenpolitik. Über diese Frage kam es in den Gremien der Pariser Erwerbslosenbewegung wiederholt zu scharfen, z.T. auch handgreiflichen Auseinandersetzungen.²⁸⁹ Im Bereich der Erwerbslosenpolitik spiegelte dies immer deutlicher einen innerparteilichen Richtungskampf wider, der seit Anfang der dreißiger Jahre auch auf anderen Ebenen ausgetragen wurde und der offensichtlichen Selbstghettoisierung entsprang, die der PCF infolge seiner „ultralinken“ Taktik bewirkt hatte.

Auch im Verlauf des Jahres 1934 setzten sich die Spannungen zwischen der Basis der Ausschüsse und den kommunistisch beherrschten Führungsgremien der Erwerbslosenbewegung fort.²⁹⁰ Zwar kam es im Frühjahr – im Nachspiel zu den Ereig-

²⁸³ AN F7 13562, 8.1.1934.

²⁸⁴ AN F7 13557, 6.1.1933.

²⁸⁵ AN F7 13557, 27.1.1933.

²⁸⁶ AN F7 13557, 10.10.1933.

²⁸⁷ Ebd. Zum Konflikt zwischen der „Basis“ der Erwerbslosenausschüsse und der Leitung der Union Régionale siehe auch AN F7 13557, 13.11.1933.

²⁸⁸ AN F7 13557, 27.1.1933.

²⁸⁹ AN F7 13557, 23.1.1933, Comité Central de l'Union Régionale des Chômeurs; ebd., 27.2.1933, Réunion des délégués du secteur Nord de l'Union Régionale des Chômeurs, 21.2.1933.

²⁹⁰ Siehe etwa AN F7 13562, 11.7.1934.

nissen vom 6. Februar dieses Jahres – zu einem vorübergehenden Aufschwung, und zwischenzeitlich konnten die örtlichen Erwerbslosenausschüsse auf 20.000 bis 30.000 Mitglieder zählen.²⁹¹ Doch blieb eine deutliche Diskrepanz bestehen zwischen dem Umfang der Basis und denjenigen Arbeitslosen, die durch aktives Eintreten für die Parolen des PCF zu gewinnen waren. Dies zeigte sich insbesondere an dem von PCF und Union Régionale groß angelegten Aktions- und Demonstrationstag der Arbeitslosen am 30. Juni 1934, an dem insgesamt nur rund 2.000 Personen teilnahmen.²⁹²

Darüber hinaus offenbarte dieser Aktionstag auch die mehr oder minder komplette Isolierung der Erwerbslosenbewegung gegenüber den Gewerkschaften und den Arbeitsplatzbesitzern. Ebenso wenig wie der Berliner KPD war es den Führungen von PCF und C.G.T.U. in Paris gelungen, Betriebsarbeiter, Gewerkschaften und Erwerbslose zu einer „Einheitsfront“ zusammenzuschmieden. Der Verlauf des 30. Juni habe, so merkten die kommunistischen Führer kritisch an, die „völlig fehlende Verbindung zwischen Erwerbslosenausschüssen und Gewerkschaften“ offenbart. Anders als vorgesehen, seien gewerkschaftliche und betriebliche Vertretungen auf den Aktionen dieses Tages überhaupt nicht in Erscheinung getreten.²⁹³ Fast immer blieben Absichtserklärungen und Bemühungen führender C.G.T.U.-Funktionäre, die Gewerkschaftsmitglieder für die Belange der Arbeitslosen zu interessieren, an der Basis der Einzelgewerkschaften ohne Resonanz.²⁹⁴ Das einzige greifbare Resultat dieser Bemühungen war dagegen die zunehmende Entfremdung zwischen den Pariser Führungsgremien der C.G.T.U. und der Union Régionale, der Ende 1934 auch von Gewerkschaftsseite vorgeworfen wurde, „die Bewegung verbürokratisiert zu haben“.²⁹⁵ Wie in Berlin, so erwies sich auch im Pariser Großraum die strukturelle Interessendivergenz zwischen organisierten Arbeitsplatzbesitzern und nur schwer organisierbaren Erwerbslosen als unüberwindbar.

Der vergleichende Überblick zwischen der kommunistischen Erwerbslosenpolitik in Berlin und in Paris offenbart das unterschiedliche Ausmaß, in dem die ultralinken Parolen der „Dritten Periode“ in das von der Wirtschaftskrise geprägte Leben der Hauptstädte einzudringen vermochten. Geleitet von den ideologischen Vorgaben der Komintern, war die Erwerbslosenpolitik der Kommunisten in beiden Fällen sektierisch: Sie abstrahierte von den konkreten materiellen Bedürfnissen der Arbeitslosen und suchte die Bewegung für ihre eigenen revolutionären Zwecke zu funktionalisieren. In beiden Hauptstädten minderte dies den Einfluss der kommunistischen Parteien unter der Masse der Arbeitslosen und führte zu Spannungen zwischen dem Prinzip kommunistischer Kaderpolitik und dem Bedürfnis nach Selbstartikulation an der Basis der Erwerbslosenorganisationen. Allerdings gelang es der Berliner KPD – begünstigt von den im Vergleich zu Paris noch weitaus katastrophaleren Auswirkungen der Wirtschaftskrise – ein, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen kleines, in der Radikalität seines Handelns jedoch bedeutsames Segment der Erwerbslosen zu monopolisieren. Überwiegend bestehend aus jungen, gesellschaftlich ausgegrenzten und dem Erwerbsleben grundsätzlich entfremdeten Arbeitslosen, wuchs den Berliner

²⁹¹ AN F7 13562, 16.5.1934 u. 20.5.1934.

²⁹² AN F7 13562, 30.6.1934.

²⁹³ AN F7 13562, 11.7.1934.

²⁹⁴ Siehe etwa AN F7 13557, 19.1.1933; 17.7.1933; 9.10.1933;

²⁹⁵ AN F7 13562, 26.11.1934. Vgl. ebd., 26.10.1934. Über frühere Spannungen AN F7 13557, 8.9.1933.

Der Sekretär der Union Régionale, Mercier, wurde im Dezember 1934 ausgetauscht.

Kommunisten somit ein Gewaltpotential zu, das sich teilweise paramilitärisch formen ließ und dessen Selbstperzeption den Paradigmen der „Dritten Periode“ in hohem Maße entsprach. Insbesondere im Zeichen „antifaschistischer“ Mobilisierung stellte dieses Potential für das öffentliche Leben der Hauptstadt einen ständigen Unruhefaktor dar, dessen Existenz die bereits seit der Revolution 1918/19 bestehenden bürgerlichen Umsturzängste einmal mehr aktualisierte.²⁹⁶

In Paris dagegen traf die doktrinäre Erwerbslosenpolitik der kommunistischen Bewegung auf weitaus engere Schranken. Dies betraf nicht nur die im Vergleich zur Reichshauptstadt weniger verzweifelte wirtschaftliche Situation und die Abwesenheit eines tatsächlichen Massenelends. Vielmehr stießen die Disziplinierungsbestrebungen von PCF und C.G.T.U.-Führung auf einen grundsätzlichen Widerstand an der Basis der Erwerbslosenausschüsse. In ihnen blieb ein letztlich uneinnehmbarer Autonomie Kern bestehen, der sich – vergleichbar mit der syndikalistischen Tradition – einer völligen Vereinnahmung durch die radikale Position der Kommunisten verweigerte. Diese zwar nur rudimentäre, im Vergleich zu den Berliner Verhältnissen jedoch signifikante Autonomie orientierte sich stärker an den konkreten sozialen Forderungen der Arbeitslosen und verhinderte deren durchgehende kommunistische Funktionalisierung. Teilweise begegnete sie auch in der kommunistischen Parteimitgliedschaft selbst, insbesondere in den kommunistisch beherrschten Kommunalverwaltungen, die zu einer gleichsam „opportunistischen“ Sozialpolitik neigten. Symptomatisch für die Pariser Verhältnisse war Ende 1934 ein Vorgang, der in dieser Form in Berlin schlechterdings unvorstellbar gewesen wäre: Auf Initiative des Ministerpräsidenten Pierre-Etienne Flandin sollten zu Weihnachten unter den Kindern der Arbeitslosen Geschenke verteilt werden. Nach einigen Diskussionen zwischen Vertretern der C.G.T.U., des PCF und der Union Régionale, wie man sich gegenüber diesem „Noël gouvernemental“ verhalten solle, erkannte man an, daß Flandins Initiative unter den Arbeitslosen ein großes und zustimmendes Echo gefunden hatte. Sich ihr entgegenzustellen wurde daher als inopportun angesehen.²⁹⁷ Trotz der vehementen Kritik von kommunistischer Seite – „man hätte die Arbeitslosen zur deutlichen und feindseligen Ablehnung dieser betrügerischen Verteilung von Spielzeug an irgendwelche Kinder aufrufen müssen“²⁹⁸ – rief die Union Régionale die Erwerbslosenausschüsse zur Teilnahme an der Regierungsaktion auf. Diese Episode zeigt deutlich, daß die Verbindungen der kommunistisch dominierten Erwerbslosenbewegung zur „bürgerlichen“ Demokratie – auch wenn sie in diesem Fall bloß karitativer Art waren – nicht völlig abgerissen waren, und sich eine den Berliner Verhältnissen vergleichbare, sozial deklassierte und entwurzelte „Gegenwelt“ nicht etabliert hatte.

IV. „Krieg“, „Bürgerkrieg“ und kommunistische „Kampftage“

Einen Kardinalpunkt besaß die ultralinke Taktik der „Dritten Periode“ im Aufruf zum Kampf gegen den drohenden „imperialistischen Krieg“. In ihm verschränkten sich die bolschewistische Ideologie, das außenpolitische Interesse der zunehmend

²⁹⁶ Zum kommunistischen „Antifaschismus“ siehe unten, S. 527ff.

²⁹⁷ AN F7 13562, 21.12.1934.

²⁹⁸ AN F7 13562, 22.12.1934.

stalinisierten Sowjetunion, die Taktik der Komintern und die nach innen gewendete Kampfpropaganda der westlichen Parteien, insbesondere der KPD und des PCF. Für die Kommunistische Internationale hatte die Parole vom „Kampf gegen den Krieg“ stets im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit gestanden. Aus ihrer Sicht brachten auch der Waffenstillstand und der Friede von 1918/19 – „den die Imperialisten abschlossen“ – kein wirkliches Ende des Krieges, sondern lediglich „die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“: „Seit 1914 ist der Krieg in Permanenz und wo er nicht gerade direkt wütet, dort stehen die Fragen seiner Vorbereitung und seiner drohenden Gefahr fast ständig auf der Tagesordnung der Politik und der Wirtschaft, sei es auch in der verhüllten Form der Frage seiner Verhütung.“²⁹⁹ Entsprechend blieb auch die strategische, auf Lenin zurückgehende Leitlinie, wonach es galt, den „imperialistischen Krieg“ in den revolutionären „Bürgerkrieg“ umzuwandeln, im Prinzip während des gesamten Untersuchungszeitraums unverändert, auch wenn sie Mitte der zwanziger Jahre vorübergehend etwas in den Hintergrund trat.³⁰⁰ Erster Weltkrieg, Lenins Revolution und Russischer Bürgerkrieg lebten als konstitutive Erfahrungen der Bolschewiki fort.³⁰¹ Beginnend mit den 21 Bedingungen des Jahres 1920, lag die Parole vom Kampf gegen den Krieg an der Wurzel der bolschewistischen Identität. Schon während der zwanziger Jahre begegnete sie daher auch regelmäßig in der Propaganda der KPD und des PCF. Insbesondere Frankreich als Militär- und Kolonialmacht ersten Ranges bot den kommunistischen Paradigmen vom imperialistischen Krieg gewisse Anknüpfungspunkte. Während des Krieges gegen die Aufständischen in Marokko etwa, der „guerre du Rif“ im Jahre 1925, forcierte der PCF seine „antimilitaristische“ Propaganda beträchtlich. In internen Anweisungen wurde dabei der instrumentale Aspekt des Kriegs-Themas ganz offen ausgesprochen: Z.B. seien gerade Frauen für eine Propaganda besonders empfänglich, die die Trauer in den Familien in den Mittelpunkt stelle; Ausländer aus den Kolonien könne man dagegen mit dem anti-imperialistischen Motiv beeindrucken.³⁰² In jedem Fall galt: „La guerre du Maroc [...] peut être un levier pour dresser la classe ouvrière contre notre bourgeoisie“.³⁰³

Ihre am stärksten ausgearbeitete Form erhielt die Parole vom Kampf gegen den Krieg indessen auf dem VI. Weltkongreß der Komintern. Zwar handelte es sich bei den hier verabschiedeten „Thesen über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgabe der Kommunisten“ um ein Dokument der „Stalinisierung“ der Komintern; doch hatte es seine ideologischen Wurzeln im leninistischen Bürgerkriegsprogramm sowie in dessen konkreter Anwendung im Ersten Weltkrieg.³⁰⁴ Die der „Dritten Periode“ vorausgegangene „Stabilisierung des Kapitalismus“ habe – so formulierten die „Thesen“ – den Klassenantagonismus durch zunehmende kapitalistische Ausbeutung verschärft und eine Radikalisierung der Arbeiter bewirkt. Der hier-

²⁹⁹ Krieg und Revolution, in: Kommunistische Internationale 9 (1928), S. 2597–2605, hier S. 2599.

³⁰⁰ Siehe Hermann Weber, Kommunistische Friedenskonzeptionen und -strategien zwischen den beiden Weltkriegen, in: Ders., Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat. Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus, hrsg. v. Werner Müller, Köln 1988, S. 223–243.

³⁰¹ Vgl. dazu Lily Marcou, La III^e Internationale et le problème de la guerre. Bilan historiographique, in: Les Internationales et le problème de la guerre au XX^e siècle. Actes du colloque organisé par l'Ecole française de Rome[...], Rome 22–24 novembre 1984, Rom 1987, S. 27–50, hier v.a. S.27ff.

³⁰² AN F7 13099, Dossier „Antimilitarisme“. Circulaire de la Commission d'organisation de la Région Parisienne du PC, 29.5.1925; ebd., 18.7.1925.

³⁰³ Ebd., Circulaire de Commission Agit-Prop de Paris, 18.7.1925.

³⁰⁴ Vgl. dazu oben, S. 27ff.

durch entstehende Druck zwingt wiederum die Träger des kapitalistischen Systems zum verschärften Wettbewerb um Rohstoff- und Absatzmärkte, was den Krieg der „imperialistischen“ Mächte untereinander schließlich unausweichlich mache. Nur die Ausmerzung des Klassengegensatzes durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats könne denn auch die Gefahr neuer imperialistischer (Welt-)Kriege definitiv verbannen.

Zu diesem „klassischen“ Leninschen Argument trat seit Mitte der zwanziger Jahre die sich abzeichnende definitive Integration Deutschlands in den „kapitalistischen“ Westen im Zeichen der Locarno-Ära.³⁰⁵ Mehr denn je sah die Komintern die Weltlage durch das Bestehen von zwei einander feindseligen Systemen charakterisiert, dem „Kapitalismus“ und der proletarischen Diktatur der Sowjetunion. Denn die imperialistischen Mächte würden es nicht hinnehmen können, daß ihnen rund ein Sechstel des Globus als Rohstoffquelle und Absatzmarkt verschlossen blieb. Aus dieser Perspektive trat die Bedeutung der „innerimperialistischen“ Gegensätze zunächst zurück. In vorderster Linie stand dagegen die Vorstellung einer großen Konzentration der „imperialistischen“ Mächte gegen die Sowjetunion. Die Anti-Kriegspropaganda der „Dritten Periode“ hatte also insonderheit die Funktion, die isolierte außenpolitische Position der Sowjetunion dadurch zu verbessern, daß sie die internen Spannungen der westlichen Länder zu verstärken suchte. Ideologische Matrix, revolutionärer Voluntarismus und außenpolitisch-taktisches Kalkül wirkten also zusammen, um in Deutschland und Frankreich eine vehemente kommunistische „Anti-Kriegs-Propaganda“ zu entfachen.

Von den führenden Parteigremien der KPD und des PCF wurde die Moskauer „Kriegsanalyse“ ebenso übernommen wie die oben beschriebene „Kapitalismusanalyse“. Agitation und Propaganda gegen den angeblich unmittelbar drohenden „imperialistischen“ Krieg gegen die Sowjetunion wurden zur vordringlichen Aufgabe der Parteiarbeit gemacht.³⁰⁶ Insbesondere die KPD betonte auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 nachdrücklich, daß sich Deutschland nunmehr in die gegen Moskau gerichtete „Kriegsfront“ des „Weltimperialismus“ eingegliedert habe, damit aber zugleich offen den Bürgerkrieg gegen die eigene Bevölkerung vorbereite: „Der Krieg des imperialistischen Deutschland gegen den proletarischen Staat bedeutet vom ersten Moment an den Bürgerkrieg gegen das eigene Proletariat. Daher ist der wichtigste Teil der militärischen Rüstung die Bürgerkriegsrüstung des deutschen Imperialis-

³⁰⁵ Zu den außenpolitischen Elementen im Kalkül der „Dritten Periode“ vgl. Thomas Weingartner, Die Kommunistische Internationale als Vermittlungsebene sowjetischer Innen- und Außenpolitik, in: Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Hannelore Horn u.a., Berlin u. New York 1978, S. 219–246.

³⁰⁶ Siehe die Rede von Hermann Remmele über: „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion, das Wehrprogramm der SPD und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands“, in: Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 301–366; Beschlüsse des XII. Parteitags der KPD 1929, „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und die Aufgaben der KPD.“ Vgl. die „Denkschrift über die revolutionäre Antikriegsarbeit der Kommunisten“ aus dem Jahre 1932 in BAP, RJM Nr. 6789, fol. 21. Pierre Sémard, Les travaux du VI^e congrès mondial, in: Cahiers du Bolchevisme, Oktober 1928, S. 931–945, hier v.a. S. 935f.; André Ferrat, Nouvelle période, nouvelle tactique, in: Cahiers du Bolchevisme, Januar-Februar 1929, S. 5–23, hier S. 11ff.; Parti Communiste, Région Parisienne, Bulletin de Discussion [1929], L'imminence de la guerre, caractéristique principale de la période actuelle, in: AN F7 13119. AIRM, Nr. 363, Comité Régional (Région Parisienne), 13.1.1929, S. 10f.; Résolution du comité central (15 septembre 1929), in: Cahiers du Bolchevisme, September-Oktober 1929, S. 625–629.

mus, die Bürgerkriegsausbildung der Reichswehr, die schwere Bewaffnung der etwa 200.000 Mann starken Polizeitruppen (...), ihre militärische Organisation, Kasernierung, systematische Ausbildung im Straßenkampf, Abhaltung großer Übungen mit tausenden Polizisten, polizeiliche Kampf- und Zernierungsübungen in Großstädten, die Stärkung der faschistischen Wehrverbände als ausgesprochene Bürgerkriegstruppen, die Aufstellung des militärisch organisierten und bewaffneten Bahnschutzes, der Werkpolizeitruppen, der Technischen Nothilfe, Heranziehung des Reichsbanners und der anderen faschistischen Verbände als Notpolizei, Anschwellen der militärischen Bürgerkriegsübungen, usw.“³⁰⁷ Daneben eröffnete die Behauptung von der „Unterschätzung“ der Kriegsgefahr durch die Rechtsabweichler einen neuen innerparteilichen Kriegsschauplatz, auf dem – hierin dem Vorbild der russischen Partei folgend – entsprechende Parteisäuberungen folgten.

Darüber freilich, daß die kommunistische Antikriegspropaganda mit bürgerlichem und sozialdemokratischem Pazifismus schlechterdings nichts zu tun hatte, ließen Komintern, KPD und PCF selbst keinerlei Zweifel aufkommen. Kampf gegen den („imperialistischen“) Krieg hieß aus kommunistischer Sicht notwendig Bereitschaft für den Bürgerkrieg: Keineswegs dürfe man in das „kleinmütige Geschrei der Pazifisten einstimmen“, die im Krieg nur Elend und Vernichtung sähen. Ebenso wenig dürfe die Losung von der „Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ ein bloßes in die Zukunft eines tatsächlichen Krieges gerichtetes Schlagwort sein: „Diese Losung muß vielmehr auch gegenwärtig den Grundakkord unserer gesamten Propaganda im Kampfe gegen den Krieg bilden.“³⁰⁸ „Im Gegensatz zu den Pazifisten, die alle Kriege verurteilen,“ so nahmen die „Jungen Garden“ der KPD in Berlin diese Richtlinie auf, „halten die Kommunisten die Bürgerkriege, d.h. die Kriege der unterdrückten Klassen gegen die Unterdrücker für notwendig, da nur dadurch die Klassen überhaupt abgeschafft werden können.“³⁰⁹ Es lag im Prinzip des bolschewistischen Kampfes gegen den Krieg selbst begründet, daß er eine aggressive Wendung nach innen bedingte. Wenn der Krieg letztlich nur durch die Vernichtung des „kapitalistischen“ Systems beseitigt werden konnte, so erforderte der Kampf gegen den Krieg die Bereitschaft zum Bürgerkrieg, die Drohung des Krieges die Rüstung zum bewaffneten Aufstand. Dies war das verpflichtende Erbe des bolschewistischen Modells. Trotz der innerrussischen und innerkommunistischen Fraktionskämpfe, die bei der Geburt der „Dritten Periode“ Pate standen, läßt sich die neue Taktik und ihre ideologische Grundlegung daher nur adäquat begreifen, wenn man sie in einen Zusammenhang mit der Fundamentalerfahrung des Ersten Weltkriegs stellt. So absurd auch manchen Kommunisten die Behauptung von der unmittelbaren Drohung eines „imperialistischen Krieges“ oder eines bevorstehenden „Überfalls“ auf die Sowjet-

³⁰⁷ Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitag der KPD, o.O., o.J., S. 50.

³⁰⁸ K. Schmidt, Einige Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, in: Die Kommunistische Internationale Jg. 1928, Heft 37, 12.9.1928, S. 2313–2319, hier S. 2316. Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 349: „Wenn der Kampf gegen den Krieg nur *pazifistischen* Charakter trägt, dann allerdings ist es Sisyphusarbeit und geht im Falle des Krieges in den Kampf für den Krieg über. Dagegen schafft der *revolutionäre* Kampf gegen den Krieg, wie wir Kommunisten ihn führen, erst die Voraussetzungen für die Revolution und damit zur Überwindung des Krieges überhaupt.“ (Referat Remmele). Siehe auch: Waffen für den Klassenkampf, S. 54 (Ziffer 14 u. 15: „Der Kampf gegen den Pazifismus“).

³⁰⁹ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 113, fol. 40, „Die Kommunisten und der Krieg“. Flugblatt der „Jungen Garden“ [1929].

union erscheinen mochte – der agitatorische Rekurs auf den Krieg sprach einen gemeineuropäischen, in den westlichen Gesellschaften tief verankerten Erfahrungsschatz an, der z.T. auch eingängigen Formeln zugänglich war. Kommunistischer „Kampf gegen den Krieg“ und die Propaganda des Bürgerkriegs sowie des bewaffneten Aufstandes bildeten zwei Seiten ein und derselben Medaille. Es wäre daher nicht angemessen, die „Dritte Periode“ mit ihren Motiven des Bürgerkriegs und des bewaffneten Aufstandes ausschließlich unter dem Blickwinkel eines „Kampfes um die Macht“ zu betrachten. Der ideologische Konnex und der erfahrungsgeschichtliche Bezug auf den Ersten Weltkrieg, die entscheidende Antriebsmomente der kommunistischen Bewegung bildeten, würden damit aus dem Blickfeld geraten.³¹⁰

Während der Zeit der „Dritten Periode“ waren Propaganda und Agitation der Berliner wie der Pariser Kommunisten in deutlich höherem Maße von dem Bürgerkriegsmotiv geprägt, als dies der bolschewistischen Identität ohnehin entsprach. Ausgehend von den Beschlüssen der Parteitage und Bezirksleitungen begegnete die entsprechende Propaganda auf jeder Ebene. In seinem Begrüßungsschreiben an die KPD zu Beginn des Jahres 1929 setzte das Präsidium des EKKI die Orientierungsmarken, wenn es mitteilte: „Die Unumgänglichkeit des konterrevolutionären, imperialistischen Krieges [...] erfordert, daß jeder Kampf der deutschen Arbeiterklasse im Zeichen der Vorbereitung zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg geführt wird.“³¹¹ Und Ernst Thälmann erklärte auf einer Massenkundgebung der KPD im Zirkus Busch am 30. Dezember 1928: „Heute rüstet die Bourgeoisie in ganz Europa zum Angriff gegen die Sowjetunion. Sie soll wissen, daß die proletarischen Massen nicht nur im Rücken der imperialistischen Heere stehen, sondern daß das deutsche Proletariat bereit ist, unter der Führung der KPD den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln [...]. Schon heute muß die organisatorische Vorarbeit geleistet werden, damit das Proletariat in der kommenden Revolution gerüstet ist, den Sieg zu erringen.“³¹² Und auf dem Bezirksparteitag der Berliner KPD Mitte März 1929 herrschte die Überzeugung, daß „die Lösung der Aufgabe, im Krieg Bürgerkrieg zu führen“, sehr schnell auf der Tagesordnung stehen könne.³¹³ Der 12. Parteitag der KPD vom Juni zog in seiner Resolution „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und die Aufgaben der KPD“ die Quintessenz dieser Richtlinien: „Mit der praktischen Antikriegsarbeit muß eine beständige militärpolitische Schulungsarbeit unter den Parteimitgliedern und in den Massenorganisationen der Arbeiterschaft durchgeführt werden über die Kriegs- und Bürgerkriegsprobleme, über die Kriegsthesen des VI. Weltkongresses, durch eine gründliche Verarbeitung der Erfahrungen und Lehren des siegreichen russischen Bürgerkrieges und der revolutionären Kämpfe des deutschen und des internationalen Proletariats.“³¹⁴ In dem Maße, wie diese Vorgaben in die politische Alltagsarbeit und -propaganda der Kommunisten umgesetzt wurden, trug „die radikale Schreibweise

³¹⁰ So übergeht Striefler, *Kampf um die Macht*, S. 193ff., in verkürzender Weise diesen ideologischen Konnex und den erfahrungsgeschichtlichen Bezug auf den Ersten Weltkrieg.

³¹¹ RF Nr. 1, 1.1.1929.

³¹² Ebd.

³¹³ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/8, fol. 377 (Referat Pietzuch).

³¹⁴ „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und die Aufgaben der KPD“ (Ziffer 20), in: *Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des 12. Parteitages der KPD*, Berlin o.J., S. 56.

der kommunistischen Presse“ dazu bei – so die Auffassung der Berliner Polizeibehörden –, „eine gew[isse] Bürgerkriegspsychose zu erzeugen“.³¹⁵

Die beiden unter Pseudonym erschienenen Broschüren von A. Neuberg über den „bewaffneten Aufstand“ und von Alfred Langer über den „Weg zum Sieg“³¹⁶ knüpften zusammen mit der Zeitschrift „Oktober“ an die Bürgerkriegsdiskussion der Jahre 1923–1925 an, analysierten die „Erfahrungen“ vergangener Bürgerkriegskämpfe in der Sowjetunion, Deutschland und China und gaben Richtlinien und technische Anweisungen für die erfolgreiche Gestaltung kommender Kämpfe. In der sicheren Erwartung einer akut revolutionären Situation hatte die Partei insbesondere für eine ausreichende Bewaffnung zu sorgen, sei es durch Ankauf, durch „Entwaffnung faschistischer Verbände“, durch die Beschlagnahme bestehender Waffenlager sowie durch eigene Produktion.³¹⁷ In jedem Fall hatte der bewaffnete Aufstand unter der Leitung der Partei zu stehen, „und jedes Mitglied derselben ist ein Soldat des Bürgerkrieges. Diese Regel verpflichtet das Parteimitglied dazu, eine eigene Waffe zu besitzen.“³¹⁸ In der elementarisierten Form kommunistischer Kursdispositionen zur militärpolitischen Schulung der Parteimitglieder hieß es dann: „Der bewaffnete Aufstand ist Klassenkrieg, Bürgerkrieg[...] [Er] ist eine besondere Form, das Anfangsstadium, die erste Phase des Bürgerkrieges.“ In Anknüpfung an die Marxsche Analyse der Pariser Aufstandsbewegungen des 19. Jahrhunderts wurde die „Kunst des Aufstandes“ als eigenständige, von der traditionellen „Kriegskunst“ zu unterscheidende Fähigkeit geschildert, in der militärische und politische Faktoren unauflöslich verbunden blieben: „Die Betonung der Untrennbarkeit der politischen und militärischen Seite des Aufstandes darf keinesfalls zur Vertuschung oder Unterschätzung der militärischen Seite des Aufstandes führen. Denn der Aufstand ist schonungsloser Vernichtungskampf, eine Form des Krieges, der mit Waffen geführt wird wie jeder andere Krieg.“³¹⁹

In analoger Weise wiesen die Versammlungsredner und Funktionäre des Pariser PCF darauf hin, daß die Frage der Kriegsgefahr zum „Angelpunkt“ jeder Parteiagitation werden müsse. Darüber hinaus müsse im Falle der Mobilisierung jeder Kommunist in die Armee gehen: „c'est là seulement qu'il trouvera la possibilité de se comporter en révolutionnaire pour transformer la guerre impérialiste en guerre civile révolutionnaire.“³²⁰ Die erwähnte Broschüre von „A. Neuberg“ über den bewaffneten Aufstand wurde ins Französische übersetzt und die in ihm enthaltenen Anweisungen

³¹⁵ БЛЖА Пр.Бр. Реп. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 131, fol. 163, Denkschrift über „Die kommunistische Bewegung“.

³¹⁶ „A. Neuberg“, Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung, Zürich 1928 (ND Frankfurt/M. 1971). Über die den Hintergrund dieses von Pjanitzki, damals Organisationssekretär der Komintern, angeregten Buches siehe die „Anmerkungen von Erich Wollenberg“ im Nachdruck Frankfurt/M. 1971, S. III–XVII. Hinter dem Pseudonym „A. Neuberg“ verbargen sich demzufolge Texte von Pjanitzki, Kippenberger, Wollenberg selbst sowie vom sowjetischen Generalstab, Tuchatschewski und Ho Chi Min. Alfred Langer, Der Weg zum Sieg. Eine theoretische Erörterung über Marxismus und Aufstand, Zürich 1927, zweite Aufl. 1931.

³¹⁷ Neuberg, Aufstand, S. 182.

³¹⁸ Neuberg, Aufstand, S. 183.

³¹⁹ БЛЖА Пр.Бр. Реп. 30, Berlin C, Nr. 7572, fol. 253–254, Kursdisposition Mitte 1931. Zu den theoretischen Aufstandsvorbereitungen der KPD und ihren militärpolitischen Schulungskursen vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 196ff.

³²⁰ AN I-7 13119, 19.1.1929, Conférence d'information organisée par le 3ème Rayon Communiste, 9.1.1929. Vgl. ebd., 6.1.1929, Réunion du Comité et des Secrétaires de Cellules du 3ème Rayon, 5.1.1929; ebd., 22.2.1929, Réunion des „Responsables à l'Agit-Prop.“ du 1er Rayon, 21.2.1929.

für den Bürgerkrieg den französischen Parteimitgliedern zugänglich gemacht.³²¹ Kein Wunder also, daß in Deutschland wie auch in Frankreich die Sicherheitsbehörden zu dem Ergebnis kamen, daß sich die Kommunistische Partei in einem Zustand der beständigen Verschwörung gegen den republikanischen Staat befinde: „Ce que le parti communiste poursuit avec une implacable ténacité, c'est la conquête du pouvoir par la violence[...] Considérant, non sans raison, l'emploi de la violence comme inévitable, il prêche la guerre civile et la révolution sanglante.“³²²

Allerdings darf die verbale Radikalität der kommunistischen Propaganda in Paris nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Paradigmen der „Dritten Periode“ der sozialen und politisch-kulturellen Realität Frankreichs sehr viel weniger angemessen waren als derjenigen Deutschlands. In Berlin bestanden, zugespitzt formuliert, tatsächliche Anknüpfungspunkte für die Sprache der ultralinken Taktik: Dies betraf nicht nur die katastrophalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die die kommunistische Verelendungstheorie zu bestätigen schienen; die zahllosen, bereits in der Vergangenheit liegenden gewaltsamen Zusammenstöße mit der Staatsmacht verliehen der kommunistischen These von der latenten Bürgerkriegssituation zumindest einen Hauch von Plausibilität. Insbesondere der Berliner „Blutmai“ von 1929 bildete dann einen wirkungsvollen erfahrungsgeschichtlichen Hintergrund für das Bürgerkriegsthema, der endgültig half, die Dritte Periode innerparteilich durchzusetzen.³²³ Hinzu kamen schließlich die in Deutschland und Berlin sich seit 1929/30 deutlich verstärkenden Aktivitäten von NSDAP und SA, die dem Bürgerkriegsthema gleichsam seine antifaschistische Weihe verliehen.³²⁴

Demgegenüber trafen in Frankreich bzw. in Paris die neue ultralinke Taktik und ihre Parolen an der Basis auf zäheren und längerwährenden Widerstand. Neben der Frage der Radikalisierung und der Erwerbslosenpolitik galt dies insbesondere für die Vorstellung einer unmittelbaren Kriegsgefahr. In den Augen vieler Parteimitglieder erschien die Behauptung der Komintern von der unmittelbar drohenden Gefahr eines „imperialistischen“ Krieges eher absurd. Die offizielle These vom „unmittelbar bevorstehenden Krieg als Hauptmerkmal der gegenwärtigen Periode“, traf bei vielen auf Widerspruch; von anderen wurde sie akzeptiert, „ohne sie richtig zu verstehen“.³²⁵ Bereits im Comité Régional wurde stundenlang über die Frage der Kriegsgefahr diskutiert, wobei man sich u.a. über der Frage zerstritt, ob der Krieg unmittelbar gegen die UdSSR geführt werden oder zunächst unter den „imperialistischen“ Mächten selbst ausbrechen würde.³²⁶ In den dissentierenden Rayons wurde die Kriegsparole dagegen für „lächerlich“ oder schlicht für „unanwendbar“ gehalten.³²⁷ Und auch in der Pariser Parteiführung merkte man Mitte 1929 selbstkritisch an: „La lutte contre la

³²¹ A. Neuberger, *L'insurrection armée*, Paris 1931.

³²² AN BB¹⁸ 2811, Dossier Notes générales sur le Complot, Note du Procureur Général à Paris, Juli 1929, S. 4.

³²³ Vgl. die Erinnerungen von Wolfgang Abendroth, *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*. Gespräche aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt/M. 1976, S. 89f.

³²⁴ Zur Frage des kommunistischen Antifaschismus siehe unten, S. 561ff.

³²⁵ Bulletin de Discussion, No. 3 [1929], in: AN F7 13119.

³²⁶ AIRM Nr. 363, Comité régional de la Région Parisienne, 2.1.1929 u. 13.1.1929.

³²⁷ AN F7 13119, 16.2.1929, Assemblée d'information du 3ème Rayon, 15.2.1929 (Calvet); ebd., Réunion Alfortville, 21.2.1929 (Hémonot o. Hémonot).

guerre impérialiste est posée trop abstraitement et sans liaison avec les revendications immédiates.“³²⁸

Durchgesetzt werden konnte die Linie der „Dritten Periode“ schließlich nur durch die autoritäre Disziplinierung und den partiellen Ausschluß der „Parteirechten“. Doch während dies in Berlin mit einer Steigerung der Mitgliederzahlen korrespondierte, bewirkte der analoge Prozeß in Paris einen drastischen Mitgliederverlust.³²⁹ Im bürgerlichen Paris verfestigte sich gleichwohl der Eindruck, der PCF repräsentiere eine militante Bürgerkriegspartei.³³⁰

Die unterschiedlichen Durchsetzungschancen, die die ultralinke Taktik der „Dritten Periode“ in Berlin und Paris besaß, wurden dort am deutlichsten, wo Militanz und physische Präsenz der Kommunisten die greifbarsten Formen annahm. Indem sie die ideologischen Paradigmen Krieg und Bürgerkrieg akzentuierte, betonte die Komintern auch ihre Forderung nach einer kämpferischen, wehrhaften Präsenz der kommunistischen Parteien auf der Straße. Im Gegensatz zum Beginn der zwanziger Jahre, insbesondere zum gescheiterten „deutschen Oktober“ im Jahre 1923, ging es während der „Dritten Periode“ nicht um die Frage einer unmittelbaren bewaffneten Erhebung mit dem Ziel der Machteroberung. Weder vom EKKI noch von den nationalen Parteiführungen wurde die gegenwärtige Situation in dem Sinne als unmittelbar revolutionär betrachtet, daß sich die „Machtfrage“ stellte. Vielmehr ging es um die Vorbereitung auf eine solche, allerdings in nächster Zukunft bevorstehende Situation, auf die Gewinnung, die Wehrhaftmachung und „Einübung“ der proletarischen Massen für den als früher oder später für unvermeidlich gehaltenen Bürgerkrieg. Keine andere Aktionsform eignete sich hierfür besser als die der Kampf demonstration und der mit ihr verbundenen Konfrontation mit der Polizei. Die „Eroberung der Straße“ durch Kampf demonstrationen war ein um so dringenderes Anliegen der Kommunistischen Parteien im Zeichen der „Dritten Periode“, als in beiden Hauptstädten Kundgebungen unter freiem Himmel verboten waren. In Berlin reagierte der sozialdemokratische Polizeipräsident Karl Zörgiebel auf die sich wieder häufenden politischen Zusammenstöße mit einem allgemeinen Demonstrationsverbot, das am 13. Dezember 1928 erlassen wurde. In Paris betonte der neue Polizeipräsident Jean Chiappe kurz nach seinem Amtsantritt im August 1927 noch einmal das bereits geltende generelle Demonstrationsverbot. Demzufolge durften innerhalb des Stadtgebietes von Paris (intra muros) keinerlei Demonstrationen und Umzüge unter freiem Himmel erfolgen außer bei offiziellen Anlässen und bei Begräbnisfeiern. Ausgenommen waren ferner speziell genehmigte Umzüge anlässlich einer „cérémonie nationale“ oder einer „commémoration publique“.³³¹ Solche Anlässe boten etwa die Kommemorations des Kommuneaufstandes oder des Waffenstillstandes vom 11. November 1918. Toleranter verfuhr man in der Banlieue. Hier konnten öffentliche Umzüge und Demonstrationen unter freiem Himmel gestattet werden, „wenn ihr Ziel nicht gegen die öffentliche Ordnung verstößt, und sie keine Unruhe unter der Bevölkerung stiften“.³³² Daß allerdings schon am 23. August 1927 das Demonstrationsver-

³²⁸ AIRM Nr. 363, Comité régional, Région Parisienne, 5.6.1929.

³²⁹ Vgl. oben, S. 164.

³³⁰ Siche z.B. *Le Gaulois*, 15.1.1928: „Il semble vraiment paradoxal que les hommes qui veulent mettre la guerre hors la loi, songent seulement à la guerre entre puissances étrangères et n'y veulent point mettre la guerre civile, la guerre fratricide.“ Vgl. *Le Figaro*, 14.1.1928.

³³¹ AN F7 13099, Dossier: Le communisme en France en 1927–1928, Schreiben Chiappes vom 14.8.1927.

³³² *Ibid.*

bot in Paris selbst durchbrochen wurde und es im Anschluß an eine Kundgebung gegen die Hinrichtung der Amerikaner Sacco und Vanzetti zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Plünderungen kam, empfand Chiappe als persönliche Demütigung;³³³ um so eher war er in der Zukunft bereit, gegen die Kommunisten hart durchzugreifen und das Demonstrationsverbot auch mit obrigkeitstaatlichen Methoden durchzusetzen.

Der Pariser PCF suchte demgegenüber schon im Herbst des Jahres 1927 die Linie des Polizeipräfekten dadurch zu konterkarieren, daß er zu Massendemonstrationen in den Vororten aufrief. Diese Taktik stieß jedoch auf massive Kritik seitens des EKKI, das nachdrücklich die Präsenz auf der Straße *intra muros* forderte.³³⁴ Nachdem Ende 1928 mehrere kommunistische Demonstrationen auch in der Banlieue, so v.a. in Ivry und in Saint-Denis, verboten worden und damit gescheitert waren,³³⁵ offenbarten sich in der Mitgliedschaft des Pariser PCF zwei gegenläufige Trends: zum einen bestand ein offener putschistischer Trend, der „den unmittelbaren bewaffneten Kampf gegen die Polizeikräfte“ forderte. Zum anderen erfolgte eine Welle der Resignation und Demonstrationsmüdigkeit, der „désertion des manifestations“.³³⁶

Im EKKI wurden die Mißerfolge des Pariser PCF scharf kritisiert und dazu genutzt, das Problem der Demonstrationen eingehend zu diskutieren. Nachdrücklich wurden die kommunistischen Parteien aufgefordert, künftig keinesfalls vor Aktionen zurückzuschrecken, „die den Rahmen der polizeilichen und jeder anderen sogenannten ‚gesetzlichen‘, d.h. bürgerlichen Legalität verletzen könnten“.³³⁷ Demonstrationen sollten daher künftig auch gegen jegliches polizeiliches Verbot durchgesetzt werden: „Verbietet die bürgerliche Regierung Demonstrationen, so muß die Kommunistische Partei ohne Einwilligung der Regierung entgegen dem Verbot der Regierung diese organisieren, und so die Ohnmacht der Regierung, revolutionäre Straßenaktionen des Proletariats zu verhindern, beweisen.“³³⁸ Demonstrationen müßten daher künftig in konspirativer Weise in den Betrieben vorbereitet werden und in kleineren Einheiten gleichzeitig oder in kurzer zeitlicher Staffelung an verschiedenen Orten der Stadt veranstaltet werden. Damit würde der Polizei wirksam entgegengetreten werden, da diese gezwungen wäre, „von einem Ende der Stadt zum anderen zu rasen“.³³⁹

Umgehend stellte der Pariser PCF daraufhin seine Demonstrationstaktik um, mit dem erklärten Ziel, das polizeiliche Demonstrationsverbot zu durchbrechen. Die traditionelle Form der Demonstrationsvorbereitung durch öffentlichen Aufruf in den kommunistischen Parteizeitungen, insbesondere in der „Humanité“, schien hierfür nicht länger geeignet zu sein. Statt dessen forderte die Bezirksführung, zu einem gegebenen Zeitpunkt möglichst viele kleinere Demonstrationen durchzuführen; sie

³³³ Zu den Vorfällen am 23. August 1927 vgl. Zimmer, Septennat, S. 24ff. Nach den Erinnerungen des Autors, eines engen Mitarbeiters des Polizeipräfekten, schwor Chiappe, daß die Kommunisten nie wieder während seiner Amtszeit die Pariser Straßen beherrschen sollten. Ebd., S. 27.

³³⁴ AN F7 13099, Dossier: Le Communisme en France en 1927–1928, 26.11.1927.

³³⁵ Diese Mißerfolge wurden im EKKI der Kommunistischen Internationale genau beobachtet und z.T. scharf kritisiert. Siehe etwa B.W., Über revolutionäre Massenaktionen, in: Kommunistische Internationale 43 (1928), S. 2634–2640, hier S. 2636, zu den mißglückten Aktionen in Saint-Denis und Ivry.

³³⁶ AIRM Nr. 309, Projet de Thèse sur les manifestations de masse et l'auto-défense des manifestations dans la Région Parisienne [1928], S. 3.

³³⁷ B.W., Über revolutionäre Massenaktionen, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 1928, Heft 43, 24.10.1928, S. 2634–2640, hier S. 2636.

³³⁸ Ebd., S. 2637.

³³⁹ Ebd., S. 2638f., das Zitat 2639.

sollten von den Betriebszellen oder den Gewerkschaftssektionen vorbereitet und mit der Artikulation konkreter Tagesforderungen verknüpft werden. Mit solchen plötzlich ausgeführten, „multiplen“ Demonstrationen könnten die Polizeikräfte überrascht und über eine Vielzahl von Brennpunkten zerstreut werden. Solcherart mit äußerster „Manövrierfähigkeit“ ausgestattet, müsse es den Kommunisten gelingen, auch „im Herzen von Paris“ die Straße zu erobern.³⁴⁰

In ganz ähnlicher Weise suchten die Kommunisten in Berlin, das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel dadurch zu umgehen, daß sie kleinere Umzüge, bestehend aus ca. 30 Mann bildeten, die sich bei Sichtbarwerden von Polizeibeamten oder nach Aufforderung zwar auflösten, sich jedoch nach einiger Zeit an anderer Stelle zu einem neuen Zug zusammenschlossen.³⁴¹ „Unvermutete, überraschende Demonstrationen mit kurzen politischen Ansprachen vor Untermervillen, Bonzenwohnungen, Regierungsgebäuden, Reichswehr- und Schupokasernen und Gerichten“ wurden als besonders geeignete praktische Übungen bezeichnet, um die „proletarische Wehrhaftigkeit“ zu erhöhen.³⁴² Die „Eroberung der Straße“ blieb während der ganzen „Dritten Periode“ ein zentrales Leitmotiv der kommunistischen Agitation. Mit ihm korrespondierte das Streben nach Durchsetzung des eigenen, totalitären Meinungsmonopols, was der kommunistischen Aktion wie schon in der Vergangenheit eine doppelte Spitze verlieh: gegen die Polizei und gegen politisch Andersdenkende.

In diesem Kontext stehen die großen kommunistischen „Kampftage“ des Jahres 1929. Insbesondere der 1. Mai erhielt im kommunistischen Traditionsverständnis eine spezifische Funktion, die über seine internationalistische Tradition hinausging. Während sozialdemokratische und reformistische Bemühungen, aus dem Tag der Arbeit einen gesetzlichen Feiertag zu machen, als verräterische Korruption betrachtet wurden,³⁴³ besaß die Begehung des Tages für die kommunistische Ideologie nur dann einen Sinn, wenn sie einen unmittelbaren Praxisbezug zur Durchsetzung des Klassenziels aufwies.³⁴⁴ In der „Dritten Periode“ diente der 1. Mai darüber hinaus als Kulminationspunkt einer Taktik, in der die erst zu erkämpfende physische Präsenz auf der Straße eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur proletarischen Wehrhaftigkeit, zum bewaffneten Aufstand und zum revolutionären Bürgerkrieg darstellte. Wenn es daher um den in seinem eigentlichen Verlauf gut erforschten Berliner „Blutmai“ von 1929 geht, so muß diese breitere Perspektive berücksichtigt werden, um die Signifikanz des Ereignisses angemessen zu beurteilen.

Weder intern noch in ihren propagandistischen Verlautbarungen ließ die KPD in Berlin einen Zweifel daran aufkommen, daß der 1. Mai 1929 dazu genutzt werden müsse, das bestehende Demonstrationsverbot in kämpferischer Weise zu durchbrechen. So betonte Wilhelm Pieck auf dem Berliner Bezirksparteitag Mitte März 1929 die Notwendigkeit, „gegen den Zörgiebel-Erlaß das Recht auf die Straße zu erkämp-

³⁴⁰ AIRM Nr. 309, *Projet de Thèse sur les manifestations de masse et L'auto-défense des manifestations dans la Région Parisienne* [1928], S. 5–6. Vgl. AN F7 13099, Dossier: Le Communisme en France en 1927–1928, 14.12.1928: La nouvelle tactique du PC pour les manifestations.

³⁴¹ BJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7490, fol. 53–54, Vermerk der Schutzpolizei vom 10.1.1929.

³⁴² BJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 148, fol. 109, Schreiben des Preußischen Ministeriums des Innern vom 15.3.1930 nebst Anlage. Vgl. Rosenhaft, *Die KPD der Weimarer Republik*, S. 400f.

³⁴³ Siehe z.B. L'Humanité, 17.5.1928.

³⁴⁴ Siehe z.B. Die vierzigste Maidemonstration, in: *Kommunistische Internationale* 10 (1929), S. 989–996.

fen“ und insbesondere die Demonstration am 1. Mai um jeden Preis durchzuführen.³⁴⁵ Unter der Überschrift „Straße frei am 1. Mai!“ prophezeite die „Rote Fahne“: „Die Straße, die Herr Zörgiebel und mit ihm die reformistische Gewerkschaftsbürokratie dem Berliner Proletariat am 1. Mai vorenthalten will, wird von der Arbeiterschaft, von den Hunderttausenden des Berliner Proletariats auch in diesem Jahre *erzogen* und *erzungen* werden.“³⁴⁶

Diese Haltung der KPD nahm Gewalttätigkeiten am 1. Mai mindestens billigend in Kauf. Sie muß deutlich in Rechnung gestellt werden, wenn man über die „Bürgerkriegspsychose“ spricht,³⁴⁷ unter deren Wirkung die Berliner Polizeikräfte Anfang Mai über mehrere Tage hinweg in einer Weise handelten, die durch rechtsstaatliche Prinzipien längst nicht mehr gedeckt war.

Nach einer Reihe von Tumulten, Anpöbelungen, Steinwürfen, offensichtlich begangen von überwiegend jugendlichen, radaulustigen Elementen, begannen die eingesetzten Polizisten immer hemmungsloser von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, was die Situation wiederum eskalieren ließ. Bis zum 3. Mai fielen den Auseinandersetzungen insgesamt 31, teilweise unbeteiligte Menschen zum Opfer, darunter kein Polizeibeamter.³⁴⁸ Tatsächlich handelte es sich um einen bürgerkriegsartigen Straßen- und Häuserkampf, und die Mentalität der zuvor tagelang kasernierten Polizeikräfte weist deutliche Parallelen zu der Selbsteinschätzung der Berliner Freikorpskämpfer von 1919 auf. So berichtete der Polizeioberst a.D., Hans Lange, der auch Mitglied des Untersuchungsausschusses der Liga für Menschenrechte war, über die Stimmungslage unter den Polizisten: „Auch diesmal schwirrten in den Kasernen die wildesten Gerüchte herum und versetzten die Beamten so in richtige Kampfesstimmung. Wer zum Einsatz nach dem Wedding oder Neukölln fuhr, dachte, dort ist Krieg. Und im ‚Kampfesgebiet‘ eingetroffen, betätigte man sich eben kriegertisch. An jedem Fenster droht der Feind, kann der rücksichtige Schuß kommen, der, wie man hörte, schon so viele Kameraden hingerafft haben soll.“³⁴⁹

Gemessen an rechtsstaatlichen Kriterien lassen sich die von den Polizeikräften begangenen Exzesse und ihre bis zum 3. Mai andauernde Deckung durch die Polizeiführung³⁵⁰ denn auch in keiner Weise rechtfertigen.³⁵¹ Allerdings muß entgegen der nach wie vor dominierenden Auffassung in der Forschung festgehalten werden, daß das Paradigma des Bürgerkriegs schon längst vor dem 1. Mai 1929 in Umlauf gebracht worden war, und daß es die Kommunisten waren, von denen es, verbal und durch entsprechende Aktionen unterstützt, ausging. Es trifft auch nur bedingt zu, daß bei kommunistischen Veranstaltungen im Vorfeld des 1. Mai fast immer zu „Vorsicht

³⁴⁵ SAPMO-BA, RY 1 I 3/1–2/8, fol. 6, Protokoll des Bezirksparteitags Berlin-Brandenburg, 16./17.3.1929.

³⁴⁶ RF Nr. 66, 19.3.1929.

³⁴⁷ Eine solche „Bürgerkriegspsychose“ diagnostizierte der Untersuchungsausschuss der Liga für Menschenrechte. Siehe „Die Ergebnisse der Maiuntersuchung“, in: Die Menschenrechte 4 (1929), Nr. 9/10, 1.10.1929, S. 1–13, hier S. 6.

³⁴⁸ Die Ereignisse im einzelnen sind gut erforscht und brauchen hier nicht erneut dargestellt zu werden. Siehe insbesondere Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin u. Bonn 1988, S. 75ff.

³⁴⁹ Hans Lange, Polizeierzählung – Polizeierfahrung. Ein offenes Wort, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 438, 15.6.1929.

³⁵⁰ Erst am 4. Mai wurde der Schießbefehl durch Zörgiebel aufgehoben.

³⁵¹ Zum rücksichtslosen Vorgehen der Berliner Polizei vgl. Peter Leßmann, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifen dienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989, S. 266ff.

und Zurückhaltung“ aufgerufen wurde.³⁵² Zwar forderte eine maßgebende Funktionsversammlung am 1. April 1929, die Demonstration solle einen friedlichen und unbewaffneten Charakter tragen; den im RFB existierenden Tendenzen, sich der bewaffneten Polizeigewalt entgegenzustellen, müsse entgegengewirkt werden.³⁵³ In den Reihen der Kommunisten dürften daher keine Provokateure mitmarschieren. Doch rechnete die KPD selbst nicht mit einem friedlichen Ausgang des „Kampftages“, entscheidend war vielmehr, daß das zu erwartende Blutvergießen propagandistisch auf das Konto der „Polizei-Sozialisten“ gebucht werden konnte.³⁵⁴ Auf kommunistischen Bezirksversammlungen wurde denn auch mitgeteilt, die Partei strebe eine „wuchtige Demonstration“ und eine „Machtprobe“ an, der 1. Mai werde zu einem „Kampftag ersten Ranges“ werden.³⁵⁵ Wie fadenscheinig diese Position war, erhellt treffend aus der Rede, mit der Max Hölz auf einer Lichtenberger RFB-Versammlung die einzuschlagende Taktik kennzeichnete: Leicht erregbare Genossen solle man beruhigen, denn Messerstiche gegen die Schutzpolizeibeamten würden der Bewegung nur schaden. Sollte es indessen, was er, Hölz, nicht hoffen wolle, am 1. Mai ein Blutbad geben, dann seien Zörgiebel und seine Hintermänner die Schuldigen: „Wir werden nicht herausfordern, aber, wenn wir angegriffen werden, dann feste drauf!“³⁵⁶ Wie aber sollte eine verbotene Kampfdemonstration, die sich bewußt gegen die „bürgerliche“ Legalität stellte, keine Herausforderung sein? Und wie hätten die Kommunisten das sicher zu erwartende Einschreiten der Polizeikräfte nicht als „Angriff“ werten können?

Das Spezifische des „Blutmai“ lag nun darin, daß die geplante kommunistische Massendemonstration in organisierter Form gar nicht zur Ausführung gelangte, die kommunistischen Bemühungen also schon gescheitert waren, als es am Nachmittag des 1. Mai in den Arbeiterbezirken Wedding und Nekkölln zu einer fortschreitenden Eskalation kam. Das sozial deklassierte, aus dem Erwerbsleben schon damals weitgehend verdrängte Milieu der Slum-artigen Arbeiterviertel dieser Bezirke neigte schon seit Jahren zur Gewalttätigkeit. Gewiß läßt sich dieses Milieu nicht einfach mit der KPD gleichsetzen, wie es große Teile der Sozialdemokratie taten;³⁵⁷ aber viele seiner Mitglieder sympathisierten mit dem Kommunismus, und auch wenn das ZK der KPD am Abend des 1. Mai von den Ereignissen überrascht war und „in totaler Konfusion durcheinanderschrie“:³⁵⁸ die KPD ließ vor dem 1. Mai und nach dem 1. Mai keine Gelegenheit aus, das „lumpenproletarische“ Gewaltpotential der deklassierten Arbeiterviertel im Sinne der ultralinken Taktik zu instrumentalisieren.

Daß die Verantwortung für die Blutopfer des Mai 1929 in hohem Maße die kommunistische Parteiführung selbst traf, wurde auch von Teilen der Mitgliedschaft empfunden. Anders als es die öffentliche propagandistische Ausschlichtung durch die Parteipresse glauben machen wollte,³⁵⁹ wurden die Vorfälle vom Mai von Teilen der

³⁵² So Kurz, „Blutmai“, S. 77, dessen ausgewogene Darstellung im übrigen nicht wenige dieser Auffassung widersprechende Belege enthält. Siehe v.a. S. 103.

³⁵³ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7525, fol. 77, Polizeibericht vom 16.4.1929.

³⁵⁴ Ebd.

³⁵⁵ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7525, fol. 67–68, Polizeibericht vom 6.4.1929.

³⁵⁶ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 211, Polizeibericht vom 25.4.1929.

³⁵⁷ Siehe dazu Kurz, „Blutmai“, S. 99ff.

³⁵⁸ Rosa Meycr-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933, Köln 1979, S. 245.

³⁵⁹ Pars pro toto: Die Maitage in Berlin, in: Kommunistische Internationale 10 (1929), S. 1189–1196.

Parteibasis durchaus mißbilligt: Gegen die Parteiführung entstand „Mißstimmung“,³⁶⁰ und mit den „Barrikadenkämpfern“ wollte man sich nicht solidarisieren, „weil sie zumeist nicht der Klassenfront angehörten und sich aus dunklen Elementen zusammensetzten“.³⁶¹ Kennzeichnend für diese Kritik und die „gedrückte Stimmung“,³⁶² die in der Berliner Parteimitgliedschaft überwog, war das Schreiben, mit welchem der Lokalredakteur der „Roten Fahne“, Fritz Köhler, seinen Austritt aus der KPD begründete: „Der erschütternde Ausgang des diesjährigen Maitages gibt mir den äußeren Anlaß zu diesem Schritt. Gewiß fordert der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht schwere Opfer. Aber die Toten dieses 1. Mai sind nutzlos gefallen. Irgendwelche Abenteurer, die mit dem Proletariat nichts zu tun haben, mögen das für gut befinden, aber jeder um seine Verantwortung für die Arbeiterklasse wissende Funktionär muß sich in diesen Tagen klar geworden sein, daß er alles tun muß, um die Wiederholung eines derartigen Spiels mit Arbeiterleben zu verindern.“ Köhler verband dies mit einer scharfen Kritik am Kurs der Partei, „der in den Abgrund führt“.³⁶³

Die Rolle der KPD in den Berliner Maitagen des Jahres 1929 erscheint auch dann in kritischem Licht, wenn man sie aus der Perspektive des französischen Vergleichs betrachtet. Für die Pariser Sicherheitsbehörden stand es außer Zweifel, daß der PCF ebenso wie die KPD die Anweisung der Komintern besaßen, den 1. Mai zu einem formidablen Kampftag zu machen.³⁶⁴ Man verzeichnete einen wahren „Regen“ von Plakaten, Traktaten und Zirkularen, mit denen die Pariser Arbeiterschaft zum Kampf um die Straße mobilisiert werden sollte.³⁶⁵ Tatsächlich propagierte der PCF in Paris seit Beginn des Jahres, ganz im Sinne der „Dritten Periode“, einen 1. Mai des Kampfes, „une journée de manifestations violentes contre le régime capitaliste.“³⁶⁶ PCF und C.G.T.U.-Führung forderten, dem 1. Mai 1929 einen ähnlichen Kampfcharakter zu verleihen, wie ihn zuletzt der 1. Mai 1919 aufgewiesen hatte, und damit die „Wiedereroberung der Straße“ zu forcieren.³⁶⁷ Gegen die zu erwartende „Repression“ durch Polizei und Staatsgewalt gelte es sich daher durch „Verteidigungsmaßnahmen“ zu wappnen.³⁶⁸ Auch der PCF suchte in Paris eine „neue“, der „Dritten Periode“ adäquate Methode zur Begehung des 1. Mai.

Diese propagandistischen Bemühungen des PCF, die denen der KPD in Berlin in hohem Maße glichen,³⁶⁹ konnten freilich nicht verbergen, daß die kommunistische Position in der französischen Hauptstadt zu diesem Zeitpunkt schon stark geschwächt war. Zu sehr hatte die forcierte Durchsetzung der ultralinken Taktik in Paris zur Polarisierung zwischen Parteiführung und -basis und damit zur Lähmung der Parteitaktivität geführt. Nach Auffassung des Politbüro-Mitgliedes André Ferrat gab es insbesondere in der Pariser Region zuviele von den arbeitenden Mitgliedern entfremdete Funktionäre.³⁷⁰ Schon im Vorfeld des 1. Mai kritisierte das Politbüro die

³⁶⁰ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 211, fol. 325, Polizeibericht vom 10.5.1929.

³⁶¹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 211, fol. 340, Polizeibericht vom 10.6.1929.

³⁶² Ebd.

³⁶³ SAPMO-BA, RY 1 I 3/1-2/26, fol. 338, Schreiben Fritz Köhlers vom 5.5.1929.

³⁶⁴ AN F7 13287 (Seine), 11.5.1929.

³⁶⁵ Ebd.

³⁶⁶ AN F7 13290, 14.1.1929, Comité du 3ème Rayon, 12.1.1929.

³⁶⁷ AN F7 13286, 20.4.1929, Au sujet du Premier Mai.

³⁶⁸ AN F7 13286, 11.4.1929, Zirkular des PCF, Section Organisation, Auto-Défense.

³⁶⁹ Siehe die Demonstrationsaufrufe in L'Humanité, stellvertretend: L'Humanité, 29.4.1929 („Le 1^{er} Mai, tous dans la lutte“); 30.4.1929 („Un Premier Mai de masses“); 1.5.1929 („Tous dans la rue“).

³⁷⁰ AIRM Nr. 332, Bureau Politique, 26.4.1929, S. 66f. (Ferrat).

schlechte Verfassung der Région Parisienne, in der eine fortgesetzte Aktivität der „Rechten“ bestehe. Demgegenüber sei die Bezirksleitung nicht in der Lage, die Entwicklung zu kontrollieren, vielmehr werde sie selbst durch die Unterbezirke (Rayons) kontrolliert: „On ne peut pas dire que nous ayons un rayon qui fasse un travail pratique sur la base du 6^e congrès, chacun a, sur le plan du travail de la R[égion] P[arisienn]e ses méthodes particulières.“³⁷¹

Daß darüber hinaus auch das Verhältnis zur C.G.T.U. und ihrer Pariser Union Régionale durch die ultralinke Wendung schwer belastet war, förderte die Maikampagne einmal mehr zu Tage. Als man hier die Frage auf die Tagesordnung gebracht habe, so beklagte Costes im Politbüro des PCF, sei man fast nur auf Unverständnis gestoßen, während andere die neue Orientierung des 1. Mai als Kampftag bewußt hintertrieben hätten.³⁷² Und als nach dem 1. Mai die kommunistische „Selbstkritik“ einsetzte, suchte Semard einmal mehr die Schuld für das unbefriedigende Ergebnis des „Kampftages“ in einer unzureichenden Mobilisierung der Gewerkschaften: „Tout d’abord, on doit dire que nous n’avons surmonté encore le traditionalisme qui existe dans le mouvement syndical et parmi les ouvriers en général. Le B[ureau] P[olitique] et le C[omité] C[entral] avaient pris d’excellentes décisions, mais ils n’ont pas su les imposer. Jusqu’au dernier moment, on a bataillé avec les dirigeants de syndicats, pas seulement avec le sommet, mais avec tous pour faire appliquer notre nouvelle méthode.“³⁷³

Die Agitation für den „Kampftag“ des 1. Mai dokumentiert mithin vorzüglich, in wie hohem Maße sich die „Kampfkraft“ des Pariser PCF vermindert hatte und in wie gegenteiliger Weise sich die Bürgerkriegspropaganda der „Dritten Periode“ in den beiden Hauptstädten auswirkte. In Berlin putschte sie gerade diejenigen „lumpenproletarischen“ Ränder auf, die durch die Parteiführung nicht zu kontrollieren waren; in Paris führte sie dagegen zur Demotivierung, zur Sabotage innerparteilicher Direktiven und zur Entfremdung von der C.G.T.U., die nach wie vor die entscheidende Massenbasis für die kommunistische Bewegung bildete.

Was in Paris tatsächlich vom Kampftag des 1. Mai übrigblieb, wurde von der Polizei erledigt. Innerhalb des scharf antikommunistischen Kurses, den die Innenminister Albert Sarraut und André Tardieu schon seit 1926 fuhren,³⁷⁴ bedeuteten die Vorbereitungen auf den 1. Mai einen gewissen Höhepunkt. Die Sicherheitsbehörden gingen von einer klaren Moskauer Anweisung an KPD und PCF aus, in den jeweiligen Hauptstädten bürgerkriegsartige Zustände zu provozieren. Die Berliner Ereignisse konnten das nur bestätigen: „Les combats dans les rues de Berlin étaient organisés par les communistes conformément à la doctrine insurrectionnelle du Komintern[...] Conformément à la même doctrine les communistes allemands sont loin de considérer leur défaite à Berlin comme un échec définitif, mais ils la considèrent simplement comme une phase initiale d’une lutte qui n’est qu’à ses débuts, comme le commencement de la vraie guerre civile ou même comme un essai, un entraînement des forces insurrectionnelles.“³⁷⁵ In Paris war ein bis dahin kaum gesehenes Polizeiaufge-

³⁷¹ Ebd., S. 47ff., Rede Pierre Semards, das Zitat S. 53.

³⁷² Ebd., S. 59 (Costes).

³⁷³ AIRM Nr. 332, Bureau Politique, 7.5.1929, S. 2 (Semard).

³⁷⁴ Vgl. dazu die – allerdings unsystematischen und wenig befriedigenden – Bemerkungen bei Becker/Berstein, Histoire de l’anticommunisme, S. 213ff.

³⁷⁵ AN F7 13287, 7.5.1929, A propos du „Premier Mai“ communiste à Berlin et à Paris. Vgl. ebd. die Denkschrift über „La technique insurrectionnelle, 11.5.1929.

bot in Bewegung gesetzt worden, um Entsprechendes zu verhindern. Polizeipräfekt Chiappe nutzte dabei rigoros eine Vorschrift des französischen Strafgesetzbuches: Der Artikel 10 des Code d'Instruction Criminelle (C.I.C.) erlaubte die präventive Festnahme eines Verdächtigen, ohne daß dieser sich irgendeines Gesetzesverstößes schuldig gemacht hätte.³⁷⁶ Aufgrund seiner offenkundigen rechtsstaatlichen Zweifelhafteit war dieser Artikel schon einmal abgeschafft, nach den Unruhen des 23. August 1927 aber wiedereingeführt worden. Für Chiappe bildete er einen zentralen Bestandteil seiner Strategie, die Kommunisten von der Straße fernzuhalten.³⁷⁷ Am 1. Mai bot er die rechtliche Handhabe, um zahlreiche Passanten, die z.B. in Saint-Denis wohnten, jedoch in der Nähe der Oper „herumspazierten“, ohne dies ausreichend begründen zu können, kurzerhand festzunehmen.³⁷⁸ Auf diese Art und Weise wurden am 1. Mai 1929 in Paris rund 3.400 Personen festgenommen. Zumindest bis zum späten Nachmittag wurden sie in polizeilichem Gewahrsam gehalten; die kommunistischen Demonstrationspläne waren zu diesem Zeitpunkt längst gescheitert. Zwar war die Zahl derer, die am 1. Mai in der Pariser Region nicht arbeiteten, mit ca. 214.000 relativ hoch.³⁷⁹ Aber es gelang den Kommunisten zu keinem Zeitpunkt, die Streikenden zur Demonstration auf der Straße zu bewegen. „Unter dem Zeichen des Terrors“, so resümierte die Polizei tags darauf, hätten sich die Arbeiter befunden. In panischer Angst, festgenommen zu werden, hätten sie nichts eiligeres zu tun gehabt, als nach Hause zu gehen oder einen anderen Zufluchtsort aufzusuchen.³⁸⁰ Der für den Verbindungs- und Nachrichtendienst zuständige PCF-Funktionär, Armand Marie Anne Latour, konnte nach mehreren vergeblichen Versuchen, Arbeiter auf die Straße zu bringen, in den Geschäftsräumen der „Humanité“ nur noch melden, „daß die Arbeiter die Nase voll hätten“.³⁸¹

Dieses Vorgehen der Polizei war rechtlich fragwürdig und trug obrigkeitlich-autoritären Charakter. In gewisser Weise paßte es zu der langwährenden Vormundschaft, unter welcher der französische Zentralstaat seine traditionell unruhige Hauptstadt hielt.³⁸² In Berlin wäre ein solches Vorgehen rechtlich nicht gedeckt und auch praktisch vermutlich nicht durchführbar gewesen. In Paris aber erfuhr es die uneingeschränkte Zustimmung weiter Bevölkerungsteile und des Großteils der öffentlichen Meinung. Kommunistische Parteimitglieder wußten zu berichten, daß die Mehrzahl der Pariser die Aktionen der Polizei vorbehaltlos unterstützte. „Ne vous plaignez pas

³⁷⁶ Vgl. dazu Jean-Marc Berlière, L'article X du Code d'instruction criminelle sous la République: un danger permanent pour la liberté de chacun?, in: Bulletin du centre d'histoire de la France contemporaine (Université Paris X), 12, décembre 1991, S. 5–27.

³⁷⁷ Vgl. Chiappes Motto „J'aime mieux prévenir que réprimer.“ Jean Chiappe, Paroles d'ordre, Paris 1930, S. 178. Zum Kontext vgl. auch Carrot, Maintien de l'ordre, Bd. II, S. 712.

³⁷⁸ Zu diesem polizeilichen Vorgehen am 1. Mai siehe die Aussagen des Direktors der „police municipale“, Guichard, in: Journal officiel, Débats parlementaires, Chambre des Députés, Rapport fait au nom de la Commission d'enquête chargée de rechercher les causes et les origines des événements du 6 février 1934, Annexes Bd. I, S. 109.

³⁷⁹ AN F7 13287, 4.5.1929.

³⁸⁰ AN F7 13287 (Seine), 2.5.1929.

³⁸¹ Ebd. Vgl. demgegenüber das eher „befriedigte“ Resümee, das die „Kommunistische Internationale“ 10 (1929), S. 1141–1143: „Die Front des 1. Mai“ zog: „Berlin: 27 Tote, 35 Schwer-, 200 Leichtverletzte. 200.000 Demonstranten. Barkadern; Panzerautomobile. Maschinengewehre[...] Paris: Streik in einem Ausmaß, wie er seit 1920 nicht mehr stattgefunden hat. Konzentrischer Vormarsch der proletarischen Demonstrationen von den Vororten nach den Boulevards, dessen Abwehr unter den gemeinsamen Anstrengungen von Polizei und Nationalgarde erfolgte.“ Ebd., S. 1141.

³⁸² Vgl. Tulard, Liberté ou tutelle d'état?

si M. Chiappe a violé la liberté individuelle“, wurde den Pariser Kommunisten häufig mit Blick auf die Berliner Ereignisse gesagt, „il vous a donné a manger et n'a pas usé contre vous d'auto-mitrailleuses. A tout prendre, il vaut mieux subir un acte arbitraire qui se passe dans le calme que le laisser se dérouler une manifestation qui se termine dans le sang comme à Berlin.“³⁸³ Und auch die konservative Pariser Presse kontrastierte das energische Einschreiten der Pariser Polizei positiv mit den Straßenschlachten in Berlin.³⁸⁴

In welchem Ausmaß sich die kommunistischen Durchsetzungschancen im Zeichen der Dritten Periode in Berlin und Paris unterschiedlich entwickelten, zeigt ebenso deutlich die Geschichte des 1. August 1929. Von der Komintern nachhaltig gefordert, sollte der „Antikriegstag“ des 1. August zum Kampftag der kommunistischen Bewegung werden, mit politischen Streiks und wichtigen Massendemonstrationen.³⁸⁵ Zum einen sollte er die ideologisch geforderte „Radikalisierung“ der europäischen Arbeiter gleichsam empirisch nachweisen. Zum anderen sollte der 1. August 1929 dazu dienen, die Kommunisten auf die Umwandlung des angeblich drohenden „imperialistischen“ in den „Bürgerkrieg“ vorzubereiten: „Am 1. August sei aktiv zu zeigen, daß die Arbeiterschaft für Sowjet-Russland eintreten wolle. In allen Betrieben müsse regste Agitation aktiven Widerstandes gegen den Krieg getrieben werden. Trete aber dennoch ein Krieg ein (Deutschland als Aufmarschgebiet), so sei derselbe in den *Bürgerkrieg* umzuwandeln.“³⁸⁶ „Une telle journée[...]“, so echote „L'Humanité“, „renforcera considérablement les positions de la classe ouvrière à la veille de la guerre impérialiste. Elle fera un pas incontestable dans la transformation de la prochaine guerre impérialiste en guerre civile. Guerre civile qui, instaurant le régime socialiste, marquera la fin des guerres impérialistes et l'avènement de la paix prolétarienne, la seule paix possible.“³⁸⁷ Mit entsprechenden Parolen bemühten sich KPD und PCF gleichermaßen, den Kampftag des 1. August in Berlin und Paris propagandistisch vorzubereiten.³⁸⁸ Indes gelang es beiden Parteien nicht, die Zielvorgaben der Komintern einzulösen. Die Aufrufe der Berliner KPD zu einem allgemeinen einstündigen Proteststreik in den Betrieben erwiesen sich als „glattes Fiasko“.³⁸⁹ Doch während die KPD immerhin eine Massendemonstration im Lustgarten mit ca. 18.000 Teilnehmern sowie eine Reihe von Saalveranstaltungen durchzuführen vermochte,³⁹⁰ wurde dem PCF in Paris jeder Bewegungsspielraum genommen.

³⁸³ AN F7 13119, 7.5.1929, Réunion du Comité du 3e Rayon, 6.5.1929.

³⁸⁴ L'Ami du Peuple, 3.5.1929, L'émeute vaincue; L'Action Française, 3.5.1929; Gringoire, 10.5.1929; L'Echo de Paris, 6.5.1929.

³⁸⁵ Zum Internationalen Roten Tag am 1. August, in: Kommunistische Internationale 10 (1929), S. 1249–1256; B.W., Der Kampf um die Straße und der Erste August 1929, in: ebd., S. 1302–1314.

³⁸⁶ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Bd. 1, KPD-Versammlung Gesundbrunnen, fol. 13, 18.7.1929. Vgl. ebd., fol. 207, Bericht über die Antikriegskundgebung des 20. U.B. der KPD, Tegel, 30.7.1929.

³⁸⁷ L'Humanité, 1.6.1929. Vgl. L'Humanité, 10.6.1929; 19.6.1929.

³⁸⁸ Siehe BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Bd. 1, fol. 30–32, Bericht vom 22.7.1929; AN F7 13301, Rapport sur l'action publique et clandestine du PC en vue de faire du 1er Août une journée insurrectionnelle [1929].

³⁸⁹ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 111, Bd. 2, fol. 161, 2.8.1929, Bericht über Sitzung der Bezirksleitung der KPD.

³⁹⁰ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 111, Bd. 2, fol. 164–165, Schreiben des Polizeipräsidenten vom 5.8.1929. Wilhelm Pieck vertrat die Auffassung, die Partei könne mit der Beteiligung „im allgemeinen zufrieden“ sein, ebd., fol. 161, Bericht vom 2.8.1929.

Bereits im Vorfeld des „Antikriegstages“ äußerten sich nicht wenige Mitglieder des PCF skeptisch über die Erfolgchancen einer Massendemonstration am 1. August 1929. Zu deutlich hatten die erst jüngst mißlungenen Anstrengungen, solche Demonstrationen im Großraum Paris durchzuführen, die Grenzen der kommunistischen Mobilisierungschancen im Zeichen der „Dritten Periode“ aufgezeigt. Darüber hinaus waren die polizeilichen Maßnahmen vom 1. Mai des Jahres noch in bester Erinnerung. Dagegen half auch die Auffassung der „Humanité“ nichts, die die Berliner Ereignisse vom Mai als Beweis für die „Radikalisierungs“-These auführte und sie als positives Vorbild für die eigene Arbeit betrachtete.³⁹¹ Dagegen wurde in der Mitgliedschaft als besonders hemmend die mangelnde Verbindung der politisch-ideologischen Aussagen der „Antikriegskampagne“ mit den konkreten Tagesforderungen der Arbeiter empfunden.³⁹² Über diese Frage entstanden auch einmal mehr Auseinandersetzungen zwischen den Führungen des PCF und den kommunistischen Gewerkschaftern. Als jedenfalls der Sekretär des Pariser Verbandes der C.G.T.U., Léon Émile Bonnefous, auf Funktion und Vorbereitung des 1. August sowie auf die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion zu sprechen kam, tat er es „in monotoner Sprache“, und die meisten Delegierten wurden unaufmerksam.³⁹³ Die Führung der Pariser unitären Gewerkschaften schloß sich den kommunistischen Vorbereitungen auf den Kampftag des 1. August widerstrebend an; doch die Mitglieder in den Einzelgewerkschaften lehnten die geplanten Aktionen meist ab. Im *Syndicat Général du Livre-Papier* wurde eindringlich davor gewarnt, die Gewerkschaft in ein „unglückseliges Abenteuer“ zu treiben;³⁹⁴ und im Vorstand der Pariser Druckergewerkschaft vertrat man ganz offen syndikalistische Positionen: Die Gewerkschaft dürfe den Befehlen einer politischen Partei – „welche es auch sei“ – keinesfalls Folge leisten.³⁹⁵ Hinzu kam in vielen Betrieben die Angst der Sympathisanten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.³⁹⁶

Mithin entstand in Paris eine Kluft von ähnlicher Art, wie sie auch in Berlin zu beobachten war: Einer zunehmend resignativen und indifferenten Basis, die durch Austritte und Ausschlüsse ohnehin geschwächt war, stand ein kleiner „harter Kern“ besonders aktiver und hochideologischer Mitglieder gegenüber.³⁹⁷ Aus diesen, meist jüngeren Kommunisten, nicht jedoch aus dem Gros der Gewerkschaftsmitglieder, rekrutierten sich denn auch die nun wieder organisierten „Selbstschutz“-Truppen, mit welchen man die Eroberung der Straße zu erzwingen suchte; ihre Aufgabe war es vor allem: „de faire échec à la Police par tous les moyens, même par la force et la violence et d'assurer la liberté de la manifestation.“³⁹⁸ Diejenigen, die sich einer solchen „Mobilisierung“ widersetzen, wurden als Feiglinge, „Sozialdemokraten“ und „Trotzkisten“ beschimpft.³⁹⁹ Gegenüber dem energischen Durchgreifen der Polizei blieb die

³⁹¹ L'Humanité, 1.6.1929. Vgl. L'Humanité, 3.7.1929; AN F7 13119, 2.7.1929, Versammlung des 6. Rayons.

³⁹² AN F7 13301, Comité Central du PC, séance du 21.4.1929.

³⁹³ AN F7 13299, 5.6.1929.

³⁹⁴ AN F7 13299, 6.7.1929, Réunion des Conseils Syndicaux du Syndicat Général du Livre-Papier, 5.7.1929.

³⁹⁵ AN F7 13299, 8.7.1929, Réunion Syndicat unitaire des typographes, 7.7.1929.

³⁹⁶ AN F7 13299, 6.7.1929.

³⁹⁷ Vgl. AN F7 13299, 4.6.1929.

³⁹⁸ AN F7 13299, 20.6.1929. Vgl. ebd., 5.7.1929, Congrès de la 4ème Entente des Jeunesses Communistes, 30.6.1929, Guyot.

³⁹⁹ AN F7 13119, 24.6.1929.

Kampfbereitschaft weniger PCF-Mitglieder freilich auf verlorenem Posten: Am 1. August 1929 wurden insgesamt 958 Aktivisten festgenommen und jegliche Demonstration unter freiem Himmel unterbunden.⁴⁰⁰ Insgesamt war der „Kampftag“ des 1. August 1929 in Paris ein solcher Mißerfolg, daß er in den folgenden Jahren auch von Seiten der PCF-Führung nicht mehr mit vergleichbarer Energie propagiert wurde.⁴⁰¹

Fand also der Kampftag des 1. August 1929 in Berlin wie in Paris überwiegend auf der Ebene der kommunistischen Propaganda statt, so waren die Wirkungen dieser Propaganda gleichwohl von Bedeutung. Die stete Sprache des Bürgerkriegs, welche die kommunistischen Parteien nach ihrer „ultralinken“ Wendung und im Zusammenhang mit ihren „Kampftagen“ in die politische Öffentlichkeit hineintrugen, fand ihr Echo auf der anderen Seite. In Berlin verstärkte die kommunistische Propaganda jene Stimmen und legitimierte sie scheinbar, die ein schärferes Vorgehen gegen den Kommunismus forderten und unter dem Deckmantel des Antikommunismus auch die demokratischen Innenbehörden selbst in Frage stellten. Unter der Überschrift „Parolen vom Bürgerkrieg“ pries die „Berliner Nachtausgabe“ die Maßnahmen der Pariser Polizei gegen die kommunistische Partei als vorbildlich und fragte, warum die preußische Polizei „bisher nichts getan habe, um für besondere Aufstandsabsichten der Kommunisten am 1. August gerüstet zu sein“.⁴⁰² Auch in Paris stieg bei der politischen Rechten die Tendenz, die innenpolitische Lage als latenten Bürgerkrieg zu propagieren, der zum Handeln herausfordere. Die – insgesamt doch recht schwächlichen – Selbstschutzgruppen des PCF wurden als regelrechte „Bürgerkriegsarmee“ dargestellt;⁴⁰³ und der zur extremen Rechten tendierende „Ami du Peuple“ des Parfümfabrikanten François Coty drohte den Regierungsverantwortlichen mit finsternen Perspektiven: „Si par l'incurie des hommes au pouvoir ce pays est, un jour ou l'autre, ensanglanté, quel terrible comte ils auront à rendre!“⁴⁰⁴ Wenn also außer Zweifel steht, daß die kommunistische Bürgerkriegspropaganda, so begrenzt ihre tatsächliche Wirkung auch war, zur Polarisierung der politischen Atmosphäre in hohem Maße beitrug, so soll nun untersucht werden, welche Rolle dies für die Etablierung „faschistischer“ Bewegungen in Paris bzw. des Nationalsozialismus in Berlin spielte.

⁴⁰⁰ AN F7 13299, 2.8.1929, Au sujet de la journée du 1er Août. Hier konnten die Innenbehörden zufrieden resümieren: „A aucun moment, au cours de la journée, il n'y a eu, à Paris et dans le département de la Seine, de manifestation de rue. On n'a pas entendu de chants révolutionnaires et aucun cri séditieux n'a été poussé. La physionomie de Paris et des communes suburbaines était celle des jours ordinaires et la population laborieuse qui n'était privée d'aucun moyen de transport a pu vaquer librement et sans gêne à ses occupations“ (S. 4). Vgl. die „Selbstkritik“ von Pierre Semard, Die Lage in Frankreich und die Politik der Kommunistischen Internationale, in: Kommunistische Internationale 10 (1929), S. 1478–1489, hier v.a. S. 1478ff. Zum Scheitern des 1. August in Paris vgl. auch Stéphane Audoin, Le Parti communiste français et la violence: 1929–1931, in: Revue historique 269 (1983), S. 365–383, hier S. 366ff.

⁴⁰¹ Siehe AN F7 13302, 9.7.1930; 18.7.1930; AN F7 13303 (Seine), 22.7.1931;

⁴⁰² Berliner Nachtausgabe, Nr. 175, 30.7.1929. Vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 348, 29.7.1929: „Was geschieht am 1. August?“.

⁴⁰³ L'Intransigeant, 26.9.1929.

⁴⁰⁴ Ami du Peuple, 10.7.1929. Vgl. Le Figaro, 11.7.1929.

Zehntes Kapitel

Die Mobilisierung des Rechtsextremismus in der Krise der Demokratie

I. Faschistisches Potential und totalitäre Bewegung: die NSDAP in Berlin

1. Neuaufbau und Durchbruch der Berliner NSDAP unter Goebbels

Der Neuaufbau der Berliner NSDAP, der mit Goebbels' Amtsantritt als Gauleiter von Berlin-Brandenburg am 9. November 1926 in eine neue Phase eintrat, wurde durch das Zusammentreffen mehrerer Faktoren begünstigt.¹ Zum einen befanden sich die bestehenden rechtsextremen Parteien in voller Auflösung und politischer Orientierungslosigkeit. Die DVFP ging bis 1926 in Berlin auf 2.000 Mitglieder, die Deutschsoziale Partei Richard Kunzes auf spärliche 1.000 Mitglieder zurück. Das verbleibende rechtsextreme Potential war durch Richtungskämpfe zerrissen.² Zum anderen aber war auch die in den Wehrverbänden repräsentierte Freikorpsstradition, die die klandestine Verschwörung bevorzugte und zum Putschismus neigte, Mitte der zwanziger Jahre in eine definitive Sackgasse geraten. Innerhalb der drei wichtigsten Wehrverbände im Berliner Raum, Frontbann, Wikingbund und Olympia, herrschte nach wie vor eine putschistische Richtung vor, die freilich nunmehr gänzlich ohne Chance war. Kennzeichnend für die Haltung der putschistischen Kräfte, in deren Hintergrund der steckbrieflich gesuchte Kapitän Hermann Ehrhardt nach wie vor die Fäden zog, war die Hoffnung auf eine kommunistische Erhebung, in deren Gefolge die nationalistischen Wehrverbände sich als unentbehrliche Hilfstruppen erweisen und ihre antidemokratischen politischen Ziele würden durchsetzen können. So resü-

¹ Die Entwicklung der Berliner NSDAP ist bislang nicht ausreichend untersucht worden. Was über die Innengeschichte des Gaues Groß-Berlin bzw. Berlin-Brandenburg während der „Kampfzeit“ bekannt ist, beruht in erster Linie auf biographischen Forschungen zu Goebbels, eine wichtige, die Geschichte der „Bewegung“ jedoch zwangsläufig reduzierende Perspektive. Siehe insbesondere Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, S. 59ff.; Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 108ff.; Russel Lemmons, Goebbels and Der Angriff, Lexington/Kentucky 1994. Hinzu kommt, daß Goebbels' Tagebücher mehr über die partiell pathologische Persönlichkeit des Gauleiters aussagen als über die Geschichte der Berliner NSDAP. Insbesondere gilt dies für den Zeitraum bis 1929/30, vgl. insgesamt Ilke Fröhlich, Joseph Goebbels und sein Tagebuch. Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 35 (1987), S. 489–522, hier v.a. 510ff. Für die Frühgeschichte der Berliner NSDAP siehe die Dokumentation von Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 85–118. Unter Konzentrierung auf die diese Arbeit leitende Fragestellung werden im vorliegenden Kapitel u.a. erstmals die Akten des Berliner Polizeipräsidiums im Brandenburgischen Landeshauptarchiv sowie Akten des Preußischen Innenministeriums im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (vormals Merseburg) herangezogen.

² Zahlen nach Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 328f.

mierte etwa Hans von Sodenstem, der Vorsitzende des Berliner Ortsverbandes des Wikingbundes das Kalkül Ehrhardts:

„Meiner Meinung nach ist ein Putsch, der von nationaler Seite veranlaßt wird, von vornherein zum Scheitern verurteilt, so lange nicht ein Kommunistenputsch voranght. Sollte dieser von uns erwähnte Kommunistenputsch nicht von selbst kommen, dann muß er eben provoziert werden, dann müssen die Großindustriellen Berlins, wie Borsig, Siemens, Schwarzkopf, Knorrbremse [...] nochmals größere Arbeitermassen auf die Straße werfen [...]. Der ‚Wiking‘ wird erst dann seine Hilfe zur Niederschlagung des Kommunistenputsches zur Verfügung stellen, wenn von Regierungsseite aus den Verbänden Garantien gegeben werden, in der Richtung, daß ganze Arbeit geleistet wird, d.h. Zerschlagung des Parlamentarismus, Absetzung nicht nationaler Oberpräsidenten und Landräte usw.“³

Was hier so offen ausgesprochen wurde, mochte der geheime Hintergedanke vieler Wehrverbandsführer sein;⁴ aber nicht einmal im Jahre 1923, als die kommunistische Bedrohung am größten erschien, hatte diese Taktik irgendeine Chance besessen, wie sich etwa beim kläglich gescheiterten Küstriner Putsch des Major Bruno Buchrucker am 1.10.1923 und dann vor allem beim Hitlerputsch in München gezeigt hatte. 1925/26 war eine solche Spekulation gänzlich ohne machtpolitische Perspektive, und als Wikingbund und Sportklub „Olympia“ im Mai 1926 von Severing verboten wurden,⁵ weil sie trotz Warnungen ihre militärischen Übungen im Berliner Raum fortgesetzt hatten, war die Freikorps- und Wehrverbandstradition in ihrer bisherigen Form in der Reichshauptstadt am Ende.

Das damit erzeugte partei- und „wehr“-politische Vakuum allein hätte freilich den Erfolg der NSDAP noch nicht ermöglicht, wenn nicht zugleich in der Reichshauptstadt ein wachsendes Bedürfnis bestanden hätte, der kommunistischen Herausforderung etwas entgegenzusetzen, das die Grenzen herkömmlicher staatlicher Ordnungspolitik transzendierte und die Kommunisten mit gleichartigen Methoden bekämpfte. Wie schon in den Anfangsjahren der Republik verstärkte das durch die kommunistische Agitation hervorgerufene Bedrohungsgefühl die Kritik der nationalistischen und extremen Rechten an den republikanischen Staatsorganen, die man für die faktisch bestehende Unsicherheit in Berlin moralisch und politisch haftbar zu machen suchte. Zu einer diesbezüglichen Eskalation kam es am 7. März 1926, als Kommunisten mehrere Überfälle auf Angehörige des Stahlhelms unternahmen.⁶ So etwa bei einer Fahnenweihe des Stahlhelms in der Stadthalle Weissensee, als spät und einzeln ankommende Stahlhelmler von RFB-Mitgliedern überfallen und bedrängt wurden. Nach Schluß der Veranstaltung wurde der größte Teil der Versammlungsteilnehmer unter starkem Polizeischutz über Umwege zum Bahnhof Weissensee geführt. Trotz der starken Sicherung des Zuges versuchten die Roten Frontkämpfer einen erneuten Überfall Ecke Wilhelm- und Friedrichstraße, erreichten dabei allerdings nur einen vorübergehenden Aufenthalt.⁷

Unter dem Eindruck dieser Vorfälle unterrichtete der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der DNVP, Wilhelm Laverrenz, den Berliner Polizeipräsidenten

³ Bericht von Arthur Mahraun, in: Der Jungdeutsche Nr. 129, 5.6.1926.

⁴ Weitere Belege für ähnliche Pläne im Umkreis der Organisation Consul bei Martin Sabrow, Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69), München 1994, S. 41.

⁵ Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger, Nr. 110, 14.5.1926; Nr. 176, 31.7.1926.

⁶ Dazu die Polizeiberichte in B.I.I.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7565, fol. 144–169.

⁷ Ebd., fol. 144, Polizeibericht, 9.3.1926.

davon, „daß allerdings in weiten Kreisen unserer Anhänger tatsächlich, ob mit Recht oder mit Unrecht der Eindruck besteht, daß die Polizei nach rechts stets mit besonderer Schärfe vorgeht, nach links aber nur das unbedingt notwendige unternimmt.“ Die „fortwährende Häufung der Terrorakte gegen rechtsgerichtete Persönlichkeiten und Vereinigungen“ würden das Ansehen der Polizeikräfte und das Vertrauen der Bevölkerung in deren Unparteilichkeit in höchstem Maße schädigen.⁸ In dieselbe Kerbe hieb der Führer des Berliner Landesverbandes des Stahlhelm, der frühere Freikorpsoffizier Franz von Stephani; dabei wandte er sich insbesondere gegen das Anfang 1926 zur Vermeidung von gefährlichen Saalschlachten ausgesprochene polizeiliche Verbot, bei politischen Versammlungen Spazierstöcke mit sich zu tragen, und deutete zugleich mehr oder minder unverhüllt künftige „Lösungsmöglichkeiten“ an: „Die zahllosen gegen Mitglieder des Stahlhelm gerichteten Überfälle einerseits und das polizeiliche Stockverbot andererseits, das den ordnungsliebenden Staatsbürger wehrlos dem Terror politischer Rowdies aussetzt, haben die größte Verbitterung und Rechtsunsicherheit geschaffen. Trotz aller Disziplin, die im Stahlhelm herrscht, kann ich nicht mehr dafür einstehen, daß der einzelne Stahlhelmmann, wenn er sein Leben durch verhetzte rote Volksgenossen bedroht sieht [...], zur Selbsthilfe greift.“⁹

In der Presse wurden solche Stimmen vielfach aufgenommen und öffentlich propagiert. „Dem Terror preisgegeben. Wo bleibt der polizeiliche Schutz für ruhige Bürger?“ so wurde anlässlich der Störung einer DNVP-Versammlung durch Kommunisten gefragt. „Der Angriff erwies sich als wohlüberlegte Tat, geführt mit der Absicht, den politischen Gegner mit Mitteln der rohen Gewalt und der Gemeinheit niederzuknüppeln.“ „Helfen“ könne angesichts der beklagenswerten polizeilichen Schwäche „nur eins: ein geschlossenes, starkes, nationales Bürgertum, *das sich selbst schützt*.“¹⁰ „Wacht endlich auf, Ihr behäbigen Bürger“, so lautete eine andere Stimme. „Politik wird heutigen Tags auf der Straße gemacht, nicht mit dem Wahlzettel und nicht in Parlamenten. *Ermannet Euch endlich zur Abwehr!*“¹¹

Die Stimmung, die aus diesen Zitaten spricht – ihnen wären Dutzende gleichen Tenors hinzuzufügen¹² – bereitete den Boden für den Durchbruch der NSDAP, die seit Januar 1925 in Preußen wieder zugelassen war. Seit der zweiten Jahreshälfte 1926 gelang es der NSDAP allmählich, die in der Reichshauptstadt vorhandenen, aber zersplitterten totalitären Potenzen an sich zu binden und sie gegen die Kommunisten zu führen.¹³ Zunächst bedurfte dies allerdings der rigorosen innerparteilichen Diszipli-

⁸ Ebd., fol. 235, Laverrenz an den Polizeipräsidenten, 8.3.1926.

⁹ Ebd., Nr. 7548, fol. 23, von Stephani an den preußischen Innenminister, 8.4.1926. Zu den kommunistischen Angriffen auf Mitglieder des Stahlhelms und die Auseinandersetzungen am 7.3.1926 siehe ebd., Nr. 7565, fol. 144–169. Vgl. ebd., Nr. 7548, fol. 224, von Stephani an den Polizeipräsidenten von Groß-Berlin, 15.2.1927: „Wenn die sich häufenden Überfälle auf Mitglieder des Stahlhelm nicht nachlassen, wird der Stahlhelm zur Selbsthilfe gezwungen.“ Eine solche „Selbsthilfe“ meinte von Stephani – der sich 1925/26 von der Putschtaktik abgewandt zu haben scheint –, wenn er davon sprach, daß eine „einheitliche Macht“ gebildet werden müsse, um diese dann politisch einzusetzen. Zit. bei Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 321. Die Interpretation Kruppas, ebd., S. 439, Anm. 35, von Stephani habe damit ein Zusammengehen von Reichswehr und Wehrverbänden im Auge gehabt, ist nicht überzeugend.

¹⁰ Berliner Lokalanzeiger, Nr. 275, 13.6.1926, Hervorhebung von mir.

¹¹ Berliner Börsenzeitung, Nr. 116, 10.3.1926. Hervorhebung im Original.

¹² Siehe z.B. Deutsche Zeitung, Nr. 455, 29.9.1925; Berliner Börsenzeitung, Nr. 112, 8.3.1926, Nr. 113, 9.3.1926.

¹³ Ein prominentes Beispiel hierfür ist Horst Wessel, der zunächst in der Bismarckjugend und im Wi-kingbund aktiv war, bevor er 1926 zur SA und zur NSDAP stieß. Siehe Oertel, Wessel, S. 21ff., 30ff. u. 50ff.

nierung, was die regionale Ausformung des totalitären Merkmals der Partei bedeutete. Denn in der Phase zwischen ihrer Wiederzulassung und dem Amtsantritt Goebbels' herrschten in der Berliner NSDAP noch überwiegend chaotische Verhältnisse. Innere Gegensätze brachen vor allem an der Frage auf, wie sich das Verhältnis zwischen Wehrverband und politischer Partei gestalten sollte. Bekanntlich hatten sich Hitler und Röhm Anfang 1925 angesichts der Frage des Status der SA überworfen. Während Röhm am Prinzip des parteipolitisch ungebundenen, ausschließlich seiner eigenen Führung unterstellten Wehrverbandes festhielt, forderte Hitler die bedingungslose Unterordnung der neu aufzubauenden SA unter die politische Führung der Partei. Angesichts der neuen, von Hitler durchgesetzten Linie – die offenkundige Parallelen zur „Legalitätstaktik“ des RFB aufwies – trat Röhm am 1. Mai 1925 von der Führung des Frontbanns zurück und legte den Auftrag zum Neuaufbau der SA nieder.¹⁴ Nach einer Übergangsphase forderte Hitler im Januar 1926 in allen Ortsverbänden die Bildung einer SA als Unterorganisation der Partei.¹⁵ Im März 1926 konstituierte sich der Berliner Frontbann unter der Führung von Karl Daluge als „Sportabteilung“ der örtlichen NSDAP. Als im Mai 1926 die Wehrverbände Wikingbund und Sportklub „Olympia“ verboten wurden, ging ein Großteil ihrer Mitglieder zur SA.¹⁶

Im Sommer 1926 führte dies zu großen Spannungen innerhalb der Berliner NSDAP. Die neugegründete SA unter Karl Daluge war rein zahlenmäßig der politischen Organisation der NSDAP bald überlegen; bei einem „Generalappell“ im Juni 1926 erschienen 800 SA-Mitglieder.¹⁷ Und diese Zahl stieg weiter infolge fortlaufender Übertritte von Wehrwolf-, Wiking- und Olympiamitgliedern.¹⁸ Doch ordnete sich das solcherart in der neuen SA aufgegangene Berliner Wehrverbandspotential dem von Hitler vorgegebenen Legalitätskurs nicht widerspruchlos unter. Vielmehr drängte die SA zu größerem Aktivismus. Über die Unterstellung der SA-Gruppen¹⁹ unter die NS-Ortsgruppenführer entstand „heftiger Streit, umso mehr, als vielfach unter den S.A.'s Bestrebungen im Gange sind, von der Partei loszukommen und eine selbständige Wehrorganisation zu bilden [...]. Unter den Mitgliedern der S.A. herrscht vielfach wenig Disziplin, so daß die früheren Frontbann-Methoden angewandt werden.“²⁰ Die dadurch bewirkten innerparteilichen Auseinandersetzungen, die bereits einen Vorgeschmack auf die Stennes-Revolt im Jahre 1931 gaben, führten schließlich zum Rücktritt des Gauleiters Ernst Schlange, der die politische Linie der Partei

¹⁴ Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: „Wehrverband“, „Parteitruppe“ oder „Revolutionsarmee“? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933, phil. Diss. Erlangen 1964, S. 307ff. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 48ff.

¹⁵ Werner, SA und NSDAP, S. 324.

¹⁶ Broszat, Anfänge, S. 89. Die Bezeichnung „Sportabteilung“ diente allein der Tarnung. Vgl. Engelbrechten, Braune Armee, S. 38.

¹⁷ Staatsarchiv Bremen, 4,65/1675/276, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, Politische Berichte, Polizeipräsidium Abt. IA Berlin, Bd. 2, Nov. 1925–Aug. 1926, Lagebericht Juni 1926, S. 7.

¹⁸ Ebd., Lagebericht Juli 1926, S. 19.

¹⁹ Vgl. zur Bildung der SA-Gruppen, die der Berliner Bezirkseinteilung entsprachen, Engelbrechten, Braune Armee, S. 39.

²⁰ Staatsarchiv Bremen, 4,65/1675/276, Lagebericht Juni 1926, S. 7. Die retrospektive Darstellung Daluges, wonach er schon zum Zeitpunkt der Überführung des Frontbanns in die SA im März 1926 „fest entschlossen“ gewesen sei, „mit dem ziellosen Durcheinander Schluß zu machen und alle Kämpfer auf die klare Linie der Partei Adolf Hitlers festzulegen“, Völkischer Beobachter, 22.3.1936, zit. nach Engelbrechten, Braune Armee, S. 38, stellt daher eine Selbststilisierung dar. Daluge wurde erst nach seiner Ernennung zum Stellvertretenden Gauleiter durch Goebbels ein zuverlässiger „Parteisoldat“.

vergebens durchzusetzen suchte.²¹ Das Jahresende stand dann unter einem doppelten Vorzeichen: Die Disziplinierung der Berliner Parteiorganisation durch Goebbels konvergierte mit der reichsweiten Reorganisation der SA durch den Hauptmann Franz Pfeffer von Salomon. Beide folgten im wesentlichen Hitlers Vorstellungen, die er mehrfach in Wort und Schrift äußerte. Sie entsprangen zum einen der Verarbeitung der Erfahrungen des gescheiterten Putschversuchs vom 9. November 1923; zum anderen aber spiegeln sie deutlich die Vorbildfunktion wider, die die Agitation und Propaganda von KPD und RFB auf Hitler ausübten. Ohne den Kontext des kommunistischen Drängens auf ein virtuelles Meinungsmonopol, ohne das Konzept der „Organisation der Revolution“, das Gewalt billigend in Kauf nahm, ist die Entstehungsgeschichte der „neuen“ SA seit 1926 und damit der definitive Bruch mit der Tradition der Freikorps und Wehrverbände nicht zu begreifen.

So führte Hitler etwa in seinem „Brief an Hauptmann v. Pfeffer“, zugleich „SA Befehl Nr. 1“ vom 1. November 1926, aus, daß die SA nicht nach „militärischen“, sondern nach „partezweckmäßigen“ Gesichtspunkten zu organisieren sei. Jede geheime Aktivität der SA sei grundsätzlich abzulehnen; nicht im Verborgenen solle die SA tagen, sondern „unter freiem Himmel marschieren“. In „die große Idee der Bewegung“ vollständig eingeweiht, könne sich so der nach Aktivismus dürstende einzelne Mann „für die Errichtung eines neuen nationalsozialistischen völkischen Staates“ einsetzen.

„Dadurch aber wird der Kampf gegen den heutigen Staat aus der Atmosphäre kleiner Rache- und Verschwörungsaktionen herausgehoben zur Größe eines weltanschaulichen Vernichtungskrieges gegen den Marxismus, seine Gebilde und seine Drahtzieher. Was wir brauchen, sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung. Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen, und nicht durch Dolch und Gift oder Pistole kann der Bewegung die Bahn freigemacht werden, sondern durch die Eroberung der Straße. Wir haben dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herr der Straße der Nationalsozialismus ist, genau so, wie er einst der Herr des Staates sein wird.“²²

Die damit vorgegebenen, mit den kommunistischen „nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden“,²³ sollten die von Hitler beklagte Trennung von „Gewalt“ und „Idee“ im völkisch-nationalistischen Lager überwinden. Wenn der „Marxismus“ demzufolge seinen Erfolg dem „vollendet[e]n Zusammenspiel von politischem Willen und aktivistischer Brutalität“ verdankte, so galt es für Hitler, dem

²¹ Staatsarchiv Bremen, 4,65/1675/276, Lagebericht Juni 1926, S. 7. Siehe auch den Polizeibericht vom 26.8.1926, abgedr. in: Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1), hrsg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1962, Dokument Nr. 13, S. 111. Vgl. Broszat, Anfänge, S. 89f.; Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 335f.; Engelbrechten, Braune Armee, S. 46f.

²² SABA 1, 1.11.1926, in: Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. II, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, hrsg. von Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 44, S. 83f. Der SA-Befehl ist teilweise mit identischem Wortlaut in den zweiten Teil von Hitlers „Mein Kampf“ eingegangen, der Anfang 1927 erschien. Siehe Adolf Hitler, Mein Kampf, 317. Aufl., München 1938, S. 608.

²³ Es ist bezeichnend, daß der SABA 1 über den Befehl zur Ausprägung solcher „faschistischer“ Methoden hinaus das dahinter liegende Etappenziel der Bewegung deutlich beim Namen nennt, die Bildung eines „neuen nationalsozialistischen völkischen Staates“ nämlich. Bedenkt man, daß für viele SA- und NSDAP-Mitglieder der antikommunistische Impuls prägend war (vgl. dazu unten), so offenbart sich dann einmal mehr die Instrumentalisierung des faschistischen Potentials durch den völkischen Rassismus Hitlers und der NSDAP. Das Zitat in Nolte, Faschismus, S. 51.

etwas Gleichwertiges entgegenzustellen: „Die Überzeugung vom Recht der Anwendung selbst brutalster Waffen ist stets gebunden an das Vorhandensein eines fanatischen Glaubens an die Notwendigkeit des Sieges einer umwälzenden neuen Ordnung dieser Erde. Eine Bewegung, die nicht für solche höchsten Ziele und Ideale ficht, wird daher nie zur letzten Waffe greifen.“ Die Nationalsozialisten standen somit „vom ersten Tage an auf dem Standpunkt, daß ihre Idee geistig zu vertreten ist, daß aber der Schutz dieser Vertretung, wenn notwendig, auch durch brachiale Mittel gesichert werden muß [...]. Auch ist es eine ewige Erfahrung der Weltgeschichte, daß ein von einer Weltanschauung vertretener Terror nie durch eine formale Staatsgewalt gebrochen werden kann, sondern stets nur einer neuen, ebenso kühn und entschlossen vorgehenden anderen Weltanschauung zu unterliegen vermag.“²⁴

Solche Maximen, die dem SA-Mann die Rolle des *politischen* Soldaten der Straße zuwiesen,²⁵ wurden auch zum Leitmotiv der frühen Berliner NSDAP unter Goebbels. „Der SA.-Gedanke“, so schrieb Goebbels rückblickend, „entsprang dem natürlichen Schutzbedürfnis der nationalsozialistischen Bewegung. Der SA.-Mann war ihr politischer Soldat. Er erklärte sich bereit, seine Weltanschauung mit allen Mitteln, und wenn Gewalt dagegen angesetzt wurde, auch durch Einsatz von Gegengewalt zu verteidigen.“²⁶

Entsprechend organisierte Goebbels die Berliner NSDAP als Bewegung, die sich weitgehend durch ihr Freund-Feind-Verhältnis zu Marxismus und Kommunismus definierte. Bereits sein erstes Rundschreiben als neuer Gauleiter stellte in nuce das Aktionsprogramm einer totalitären Bewegung dar.²⁷ Es setzte die Akzente auf die wesentlichen Merkmale Einheitlichkeit, Parteiorganisation, Propagandaapparat und paramilitärische Organisation: Aus dem Gau Groß-Berlin machte Goebbels den Gau Berlin-Brandenburg; die NSDAP-Ortsgruppe gliederte er in Sektionen.²⁸ Gegenüber SA und SS – die als „Machtinstrumente zum Erreichen der politischen Macht“ betrachtet wurden – wurde der politische Primat der Partei festgeschrieben.²⁹ Entscheidend war schließlich die Organisation der Propaganda. Die rigide Konzentration der Pressearbeit auf die nationalsozialistischen Organe, die systematische Organisation von Sprechabenden und Propagandaversammlungen und die Einrichtung einer Rednerschule zur programmatischen und rednerischen Schulung der „Parteigenossen“ sollten der Berliner NSDAP zu einem schlagkräftigen Propagandaapparat verhelfen.³⁰

²⁴ Hitler, *Mein Kampf*, S. 596–598.

²⁵ Im Unterschied zu den Mitgliedern des RfB, die der KPD keineswegs angehören mußten, wurde den SA-Angehörigen die Mitgliedschaft in der NSDAP zur Auflage gemacht. Siehe Grusa III. Grundsätzliche Anordnungen der SA vom 3.6.1927 in: Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. II/1, Dok. 139, S. 335. Allerdings kam ein nicht unerheblicher Anteil der SA-Mitglieder dieser Aufforderung erst mit z.T. beträchtlicher Verspätung nach. Vgl. dazu Mathilde Jamin, *Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft*, Wuppertal 1984, S. 71f.

²⁶ Joseph Goebbels, *Kampf um Berlin*, 23. Aufl. München 1943, S. 88.

²⁷ Zu den gleichzeitig von Hitler vorangetriebenen Anstrengungen, die Partei von oben nach unten zu „bürokratisieren“, siehe Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party: 1919–1933*, Pittsburgh/Pennsylvania 1969, S. 78ff.

²⁸ Rundschreiben Nr. 1 der Gauleitung Berlin-Brandenburg der N.S.D.A.P., 9.11.1926, abgedr. in Goebbels, *Tagebuch 1925/26*, Dok. Nr. 4, S. 115f. Bezeichnenderweise benannte sich der entsprechende Gau des RfB ebenfalls „Gau Berlin-Brandenburg“.

²⁹ Ebd., S. 116.

³⁰ Ebd. Als einzig akzeptable Pressorgane nannte das Rundschreiben: die Berliner Arbeiterzeitung (*Wochenblatt*), den *Völkischen Beobachter*, die Nationalsozialistischen Briefe (*Halbmonatsschrift*), den

Wer sich indessen der geforderten organisatorischen und disziplinarischen Einheitlichkeit der Parteiarbeit nicht unterwerfen wollte, wurde mit dem Ausschluß bedroht. Dies führte zu z.T. erheblichen Spannungen innerhalb der NSDAP,³¹ und Goebbels selbst schätzte, daß rund ein Fünftel der Berliner Mitgliedschaft der Partei den Rücken kehrte. „Aber“, so charakterisierte er nachträglich sein Kalkül, „ich hatte die feste Zuversicht, daß die Organisation, wenn sie in sich verschmolzen war [...], auf die Dauer eben durch die Geschlossenheit ihres Auftretens mehr Erfolge [...] versprach als eine größere Organisation, die immer und ewig von dem zersetzenden Treiben einer Handvoll gewerbsmäßig anarchischer Elemente bedroht war.“³²

Von dieser Basis aus erfolgten unter der Ägide Goebbels' bald die ersten Auftritte in der Öffentlichkeit. Dabei ging es vor allem darum, durch möglichst fanatische Propaganda den innenpolitischen „Feind“ auf seinem ureigenen Feld zu provozieren und damit die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Im Grunde reproduzierte Goebbels damit die „erfolgreiche“ Taktik der frühen Münchener NSDAP unter Hitler. Auch in den Jahren 1921/22 errang die NSDAP in der bayerischen Hauptstadt einen hohen öffentlichen Bekanntheitsgrad, indem sie in Agitation und Propaganda zu Methoden der Gewalt, des „Radaus“ und des Terrors griff.³³ Damit beanspruchte die Berliner NSDAP wie die frühe Münchener Partei unter Hitler und auch die KPD ein virtuelles Nachrichtenmonopol, das sie womöglich auch mit Gewalt durchzusetzen bereit war.³⁴ Weniger die von Hitler beschworenen weltanschaulichen Inhalte standen hierbei im Mittelpunkt als die – vom „Führer“ ebenfalls geforderte – aktivistische *Form*, in der der Kampf gegen den Kommunismus organisiert wurde.³⁵ Jeder der von Juni 1926 bis März 1927 von Reinhold Muchow herausgegebenen nationalsozialistischen „Situations-Berichte“ begann mit einem Abschnitt über „die Lage des Gegners“. Zwar umfaßte dieser Begriff den „Marxismus“ im weitesten Sinne – die SPD und die von ihr kontrollierte Kommunal- und Polizeiverwaltung. Aber der „Feind“ im eigentlichen, im physischen Sinne waren die Kommunisten. „Die KPD allein beherrscht die Straße und versucht krampfhaft die Gunst der Massen zu gewinnen.“ Allein die KPD machte „Klamauk“.³⁶

Weltkampf (Monatsschrift). Die Einrichtung einer Rednerschule zur Schulung der Parteimitglieder folgte dem Beispiel der KPD.

³¹ Zu den Spannungen und dem Widerstand, der sich gegen Goebbels in der Berliner NSDAP richtete, vgl. Reuth, Goebbels, S. 121ff.

³² Goebbels, Kampf, S. 24.

³³ Siehe dazu Georg Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung 1919–1922, 2. Aufl. Preußisch Oldendorf 1974, v.a. S. 246ff.; Hans-Günter Richardi, Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP, München 1991, S. 403ff. Vgl. über die Kontroverse um die Ausdehnung der „Öffentlichkeitsarbeit“ innerhalb der NSDAP Albrecht Tyrell, Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 25ff.; zur Organisationsgeschichte Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933), Düsseldorf 1972, v.a. S. 88ff.

³⁴ Hitler hatte dies Anfang der zwanziger Jahre ganz offen als Zielsetzung formuliert: daß nämlich die NSDAP „in München in Zukunft rücksichtslos alle Veranstaltungen und Vorträge verhindern werde – wenn es sein müsse, mit Gewalt –, die geeignet sind, zersetzend auf unsere ohnehin schon kranken Volksgenossen einzuwirken.“ Rede Hitlers auf einer Münchner NSDAP-Versammlung vom 4.1.1921, Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hrsg. v. Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 21), Stuttgart 1980, Dok. 182, S. 295.

³⁵ Vgl. Broszat, Anfänge, S. 91.

³⁶ Situations-Bericht Nr. 2, Juli 1926, in Broszat, Anfänge, S. 93f. Vgl. Goebbels, Kampf, S. 58: „Wir hatten uns somit gegen eine doppelte Front zur Wehr zu setzen: gegen den Bolschewismus, der die

Die traditionelle, eher attentistisch-gegenrevolutionäre Haltung der Rechtsverbände ersetzen die Berliner Nationalsozialisten unter Goebbels durch eine bis dahin ungekannte fanatische Agitation und die gezielte Provokation der „Feinde“. Schon wenige Tage nach Goebbels' Amtsantritt, am 14. November 1926, machte die Berliner SA durch einen Propagandazug in das „feindliche“ Neukölln, eine Hochburg der KPD, von sich reden.³⁷ „Unerhört und neu“ war es, so betonte später auch die SA-Memoirenliteratur, „den Gegner in seinen festesten Stellungen anzugreifen, ihn durch eine aufreizende Herausforderung zum Kampfe zu zwingen.“³⁸ Den vorläufigen Höhepunkt dieser Provokationstaktik bildete die NSDAP-Kundgebung vom 11. Februar 1927, die in den „Pharus-Sälen“ in der Weddinger Müllerstraße stattfand, also mitten im Herzen des kommunistischen Berlins. „Das war allerdings eine Provokation, die man bisher in Berlin noch nicht erlebt hatte.“³⁹ Der leicht vorauszusehende und von Goebbels erwartete Versuch der KPD, die Veranstaltung nach bewährtem Muster durch Einschüchterung und Übergriffe, Zwischenrufe und akustische Unterdrückung zu sprengen, wurde von der versammelten SA in einer überaus brutalen und blutigen Saalschlacht zurückgewiesen.⁴⁰ Der Stolz darauf, daß eine nationalsozialistische Veranstaltung auf kommunistischem Terrain, noch dazu in einem Lokal, das schon KPD-Partei- und Bezirkstage erlebt hatte, *nicht* gesprengt worden war, gehörte später zum Gründungsmythos der Berliner NSDAP.⁴¹ Nachdem unzählige andere nicht-kommunistische Veranstaltungen *zuvor* durch KPD und RFB gesprengt worden waren, bedeutete dies für den neuen Gauleiter tatsächlich einen Triumph. Unter anderem kam dies in Muchows Bemerkung zum Ausdruck, wonach „der marxistische Terror blutig unterdrückt worden“ sei.⁴² Keineswegs schlug sich hierin eine „beinahe schizophrene Paradoxie“ nieder;⁴³ vielmehr markiert diese Formulierung den Beginn der nicht selten tödlich endenden Spirale von totalitärer Gewalt und Gegengewalt, die Kommunisten und Nationalsozialisten künftig gegeneinander führte.⁴⁴

Die „Eroberung“ Berlins, der „Kampf um Berlin“ würde sich also – dies stand für die Berliner Nationalsozialisten außer Frage – in feindlichem Gelände als kriegsähnliche Handlung und unter Lebensgefahr abspielen. Für die Generation der 18 –

Straße beherrschte, und gegen die Sozialdemokratie, die fest und, wie es schien, unausrottbar in den Ämtern saß.“

³⁷ Engelbrechten, Braune Armee, S. 48f.

³⁸ Fritz Stelzner, Schicksal SA. Die Deutung eines großen Geschehens von einem, der es selbst erlebte, München 1936, S. 32.

³⁹ Goebbels, Kampf, S. 63.

⁴⁰ Ebd., S. 63ff.

⁴¹ Engelbrechten, Braune Armee, S. 53ff.; Wilfrid Bade, Die S.A. erobert Berlin, München 1933, S. 44ff. In den Pharus-Sälen entstand auch der Mythos vom „unbekannten SA-Mann“; siehe Goebbels, Kampf, S. 71.

⁴² Situations-Bericht Nr. 9, Februar 1927, in: Broszat, Anfänge, S. 111.

⁴³ So der Kommentar des Herausgebers ebd. Wenn Broszat zu Recht betont, daß in den Pharus-Sälen der „Hauptanteil der Gewalttätigkeiten auf die Nationalsozialisten entfiel“ (ebd.), so unterschlägt er gleichsam die „Vorgeschichte“ der kommunistischen Gewalt, die in weiten Kreisen Berlins in der Tat als „Terror“ wahrgenommen wurde. Goebbels verstand es, an solche Stimmungen propagandistisch geschickt anzuknüpfen, wenn er z.B. – an die Kommunisten gewandt – schrieb: „Der Marxismus ist ja Mord an und für sich. Völkermord! Brudermord! Er hält sich ja nur durch Blut und Terror aufrecht [...]. Kein Mensch wird an Euer heuchlerisches Niewiederkrieg glauben, wenn Ihr selbst im Vaterlande den blutigsten, rücksichtslosesten Bürgerkrieg entfesselt [...]. Mit Euch muß man Fraktur reden: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“ Der Angriff, 10.10.1927.

⁴⁴ Dazu Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 305ff., sowie unten, S. 590ff.

25jährigen, aus der sich die frühe Berliner NSDAP ebenso zusammensetzte wie RFB und Jungsturm⁴⁵ und die 1914–1918 die „Kriegssozialisation an der Heimatfront“ miterlebt hatten, übte der Ersatzkriegsschauplatz der Straße offenkundig eine besondere Anziehungskraft aus.⁴⁶ „Es ist ein heimlicher und gemeiner Krieg geworden. Die SA-Männer sind in ihm wie Soldaten in vorderster Linie: Täglich und stündlich kann der Tod zwischen ihre Reihen greifen.“⁴⁷ Unter dieser Perspektive war das „rote Berlin“ Feindesland, was durch die „antifaschistische“ Aktivität der Kommunisten immer wieder aufs neue seine Bestätigung zu erhalten schien.⁴⁸ „Die Männer der SA lassen sich nicht einschüchtern [...]. Sie kämpfen weiter. Sie geben nicht nach und antworten dem Feind mit gleicher Waffe. Sie setzen Terror gegen Terror.“⁴⁹

Damit konnten die Berliner Nationalsozialisten an bestehende Stimmungen anknüpfen und das faschistische Potential, wie es oben beschrieben wurde, ausschöpfen. Das traditionelle Konzept von Notwehr und Ordnung schlug nun definitiv um in hemmungslose Aggression und den Willen zur Gewalt.⁵⁰ Die Stichworte und Methoden hierfür hatten die Kommunisten ja selbst geliefert. *Angriff*, so erklärte Goebbels auf einer Gautagung Anfang 1927, sei die beste Verteidigung.⁵¹ Insofern sich die „politischen Soldaten“ der NSDAP zugleich als potentielle Opfer kommunistischen Terrors fühlten,⁵² erhielt ihr gewalttätiger Fanatismus die scheinbare Legitimität der Unbeugsamkeit und des Präventivschlags.

Einerseits stand diese nach innen gewendete Kriegsmentalität der Berliner Nationalsozialisten in klarer Kontinuität zur Furcht vor dem Bolschewismus und seinem „Terror“, wie sie in Berlin seit den Tagen der Novemberrevolution bestanden hatte.⁵³

⁴⁵ Aufgrund einer Stichprobe aus dem ehemaligen Berlin Document Center kommt Jürgen Falter zu dem Ergebnis, daß das mittlere Eintrittsalter bei der NSDAP in Berlin bis 1926 unter 25 Jahren lag. Jürgen W. Falter (unter Mitarbeit von Christa Niklas-Falter), Die parteistatistische Erhebung der NSDAP 1939. Einige Ergebnisse aus dem Gau Groß-Berlin, in: Nipperdey u.a. (Hrsg.), Weltbürgerkrieg, S. 175–203, hier S. 186.

⁴⁶ Vgl. dazu Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 133ff. Dies bedeutet eine Parallele sowohl zu den rechtsextrem-faschistischen Verbänden Frankreichs als auch zu den squadristi des italienischen Faschismus, deren Mitglieder das gleiche Altersprofil aufwiesen. Roger Engelmann, Provinzfaschismus in Italien. Politische Gewalt und Herrschaftsbildung in der Marmorregion Carrara 1921–1924 (Studien zur Zeitgeschichte 40), München 1992, S. 169ff., das Zitat S. 175.

⁴⁷ Stelzner, Schicksal SA, S. 34.

⁴⁸ Zum Mythos des „roten Berlin“ vgl. Detlef Lehnert, Das „rote“ Berlin. Hauptstadt der deutschen Arbeiterbewegung, in: Gert-Joachim Glaessner, Detlef Lehnert, Klaus Sühl (Hrsg.), Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989, S. 1–36, hier S. 31ff.

⁴⁹ Stelzner, Schicksal SA, S. 55.

⁵⁰ Nicht wenige frühe Nationalsozialisten waren zuvor in den Einwohnerwehren, Freikorps und Zeitfreiwilligeneinheiten der Jahre 1918–1920 organisiert gewesen. Vgl. zu der darin zum Ausdruck kommenden Kontinuität Peter H. Merkl, Political Violence under the Swastika. 581 Early Nazis, Princeton/N.J. 1975, S. 316f.; Peter H. Merkl, The Making of a Stormtrooper, Princeton/N.J. 1980, S. 123f. Für das Beispiel eines besonders aktiven, von der Zentralstelle der Einwohnerwehren für seinen „großen Eifer“ und seine „unermüdliche Tätigkeit“ ausgezeichneten Berliner, der später zu den Nationalsozialisten ging, IfZ MA 155, Schreiben der Zentralstelle für Einwohnerwehren an Deutschmann o.D.; Rückblick und Beobachtungen eines Einwohnerwehr-Gründers und Leiters 1919/20 (= Deutschmann) vom März 1934.

⁵¹ Staatsarchiv München, Pol.Dir. München 6759, Auszug aus Lagebericht Februar 1927.

⁵² Siehe nur Stelzner, Schicksal SA, S. 32ff.; Zehn Jahre unbekannter S.A.-Mann, Oldenburg 1933, S. 61f.; Gerhard Pantel, Befehl Deutschland. Ein Tagebuch vom Kampf um Berlin, München 1936, S. 15f.

⁵³ Goebbels hat diese Kontinuität selbst rückblickend betont: „Der Marxismus ist bekanntlich mit dem Terror groß geworden. Er hat terroristisch die Straße erobert, und da sich aus den bürgerlichen Parteien niemand ihm entgegenstellte, sie auch bis zum Auftreten der nationalsozialistischen Bewegung be-

Im Paris der zwanziger Jahre hatte sie eine unüberschbare Parallele in dem „Versammlungsschutz“ der *Jeuneses Patriotes* und in den – allerdings weniger erfolgreichen – Versuchen des *Faisceau*, die Kommunisten durch Versammlungen und Agitation auf ihrem eigenen Terrain in den Pariser Vororten zu provozieren.⁵⁴ Hier wie dort war die Entstehung faschistischer Potentiale unauflösbar mit der totalitären Herausforderung des Kommunismus verknüpft: mit seinem Anspruch auf ein virtuelles Nachrichten- und Informationsmonopol und seiner Bereitschaft, dies gegebenenfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Die Auffassung, es habe sich beim Kommunismus nur um einen „unechten“, von den Nationalsozialisten nur zum Schein aufgebauten Feind gehandelt, würde daher zu kurz greifen.⁵⁵ Was andererseits aber den Nationalsozialisten in Berlin tatsächlich ihr unverwechselbares Gepräge gab und sie von allen ähnlichen Bewegungen fundamental unterschied, war ihr eigener totalitärer Anspruch. Das von ihnen pervertierte Notwehr- und Ordnungsprinzip gebar Fanatismus und Gewalt im Namen einer totalitären Weltanschauung, die über das „faschistische“ Prinzip der Selbsthilfe weit hinausging und mit dem kommunistischen Feind zugleich auch den demokratischen Rechtsstaat vernichten wollte. Während die *Jeuneses Patriotes*, der *Faisceau*, der Stahlhelm und andere Rechtsverbände in aller Regel politische Gegner nicht selbst physisch angriffen, galt für die Nationalsozialisten in Berlin das genaue Gegenteil. Gelegenheiten zur Provokation und zum gewaltsamen Übergriff wurden regelmäßig genutzt.⁵⁶ Auch häuften sich zu Beginn des Jahres 1927 die Beschwerden über Belästigungen und gewaltsame Übergriffe durch Anhänger der NSDAP auf Privatpersonen.⁵⁷

Als daher bei einer Berliner NSDAP-Propagandaveranstaltung am 4. Mai 1927 ein Pfarrer schwer mißhandelt wurde, sprach der Berliner Polizeipräsident über den Gau Berlin-Brandenburg der NSDAP und sämtliche ihrer dortigen Unterorganisationen erneut das Verbot aus. Die Begründung, die die Erkenntnisse der Polizei zusammenfaßte, strafte die pervertierte Notwehrthese der Nationalsozialisten Lügen und entlarvte ihr autochthones Gewaltpotential:

„Seit Mitte Oktober 1926 haben in Groß-Berlin Mitglieder der aufgelösten Organisation in etwa 30 Fällen, zum Teil plan- und bandenmäßig Angehörige der gegnerischen Organisationen und auch sonstige politisch Andersdenkende überfallen, Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen, sich der Körperverletzung schuldig gemacht, den Polizeibeamten Widerstand geleistet, fremdes Eigentum gewaltsam beschädigt und geraubt, Eisenbahn- und Straßenbahnzüge sowie Leben und Gesundheit unbeteiligter Straßenpassanten gefährdet, unbefugt Schuß- und andere gefährliche Waffen mit sich geführt und gebraucht und durch ihre Handlungen den öffentlichen Frieden und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in stetig steigen-

hauptet [...]. Der Angreifer ist bekanntlich immer stärker als der Verteidiger. Und wenn die Verteidigung gar mit unzulänglichen und halben Mitteln durchgeführt wird, wie das beim Bürgertum der Fall ist, dann wird der offensiv vorgehende Gegner sehr bald im Angriff Stellung um Stellung erobern und den Verteidiger gewaltsam aus seinen letzten Positionen herausdrängen.“ Goebbels, Kampf um Berlin, S. 86.

⁵⁴ Vgl. oben, S. 296.

⁵⁵ Vgl. Merkl, Making of a Stormtrooper, S. 165: „The story of the ‚conquest of Berlin‘ by the SA and SS is perhaps the clearest example of the assault on the republic by a way of assaulting a bogus enemy.“

⁵⁶ Vgl. BAP RMI 25799, fol. 171, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung an den Reichsminister des Innern, 13.4.1927; RMI 25788, fol. 242, Der Polizeipräsident von Berlin an den Preußischen Minister des Innern, 19.4.1927; ebd., fol. 248–258, Schreiben des Bürgermeisters von Pasewalk, Dr. Poppler, vom 24.4.1927.

⁵⁷ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7549, fol. 95–96 (13.5.1927), 149–150 (22.3.1927), 170 (19.5.1927).

dem Maße bedroht [...]. Es handelte sich dabei *nicht* um das Verhalten einzelner Mitglieder, sondern um das im Zusammenhang mit dem Vereinsleben geübte Verhalten, wenn nicht der gesamten, so doch eines sehr großen Teiles der Mitglieder der aufgelösten Vereinigungen, die ihre strafgesetzwidrigen Handlungen unter dem Einfluß der [...] führenden Personen, in Befolgung der von diesen *Führern* ausgegebenen *Parolen* und in der vermeintlichen Erfüllung von Vereinszwecken begangen haben. Jene Handlungen sind von den Organen und Führern der Vereinigungen herbeigeführt und beabsichtigt gewesen, sie waren mithin ‚bezweckt‘.“⁵⁸

Die erneute Verbotszeit suchte die Berliner NSDAP mit verstärkten „Ausflügen“ in das Berliner Umland, durch den Zuzug auswärtiger Nationalsozialisten und Ansätze zur illegalen Arbeit zu überbrücken.⁵⁹ Außerdem wurde im Juni 1927 der „Angriff“ als politisches Kampfblatt neuen Typs gegründet.⁶⁰ Bei den Reichs- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928, zu denen das Verbot der Berliner Parteiorganisation wieder aufgehoben worden war, erreichte die NSDAP in Groß-Berlin lediglich 1,6%.⁶¹ Doch dieses kümmerliche Ergebnis verdeckte, daß sich schon zu Zeiten der relativen Stabilisierung auch in der Reichshauptstadt ein durch Verbote nur mühsam in Zaum gehaltenes Potential für eine totalitäre Bewegung von rechts gebildet hatte. Zur vollen Entfaltung kam es, als die KPD seit dem VI. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1928 erneut auf eine ultralinke Taktik umschwenkte. Bald koinzidierte die neue Taktik mit der Wirtschaftskrise und der durch sie verursachten präzedenzlos hohen Arbeitslosigkeit. Beides zusammen zog eine erneute Welle der politischen Radikalisierung nach sich, die über weite Strecken durch die KPD provoziert, durch die NSDAP aber wesentlich verstärkt wurde. Die „kommunistische Gefahr“ allein hätte nicht genügt, die Weimarer Republik grundsätzlich zu destabilisieren. Entscheidend war das Zusammenspiel zweier totalitärer Bewegungen und die von ihnen in Gang gesetzte Spirale der Gewalt. Kaum zu bezweifeln ist jedenfalls, daß die Nationalsozialisten ihre Erfolge in Berlin zu einem erheblichen Anteil jenem antikommunistisch-faschistischen Impuls verdankten, der in der Reichshauptstadt schon seit 1919 deutlich geworden war. Bereits bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen am 17.11.1929, also noch vor dem Einbruch der Wirtschaftskrise, aber nach dem Berliner „Blutmai“ des Jahres 1929, erhielt die NSDAP insgesamt 5,8% der Stimmen, wobei das weit überdurchschnittliche Votum in bürgerlich-mittelständischen Bezirken wie Steglitz (10,3%), Schöneberg (8,7%), Wilmersdorf (8,6%) und Charlottenburg (8,0%) ins Auge fiel.⁶² Zugleich gelang es der nationalsozialistischen Agitation in begrenztem Umfang, auch in Arbeitervierteln Fuß zu fassen.⁶³

⁵⁸ Ebd., fol. 135–136, Auflösungsverfügung vom 5.5.1927.

⁵⁹ Siehe BAP RMI 25788, fol. 113–116, Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel an den Preußischen Minister des Innern, 6.9.1927; ebd., fol. 131–133, Schreiben des Preußischen Ministers des Innern an den Reichsminister des Innern, 30.9.1927; BLIJA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7549, fol. 124 (28.6.1927).

⁶⁰ Vgl. Reuth, Goebbels, S. 125ff.; Lemmons, Goebbels, v.a. S. 21ff.

⁶¹ Siehe die nach Bezirken differenzierte Tabelle in: Büsch (Hrsg.), Beiträge, S. 351.

⁶² Zahlen nach ebd. Vgl. zu den überdurchschnittlichen Erfolgen der NSDAP in den bürgerlichen Wohnvierteln Hamilton, Who voted for Hitler, S. 77ff. Zur Wahltopographie in Berlin vgl. oben, S. 157ff.

⁶³ Siehe die Versammlungsstatistiken bei Jeremy R.S. Brown, The Berlin NSDAP in the Kampfzeit, in: German History 7 (1989), S. 241–247.

2. Mitglieder, Parteiorganisation, Propaganda

Dem Zugewinn an Wählerstimmen entsprach die steigende Mitgliederzahl, die die Berliner NSDAP seit 1929 verbuchen konnte. Einer Mitgliederversammlung des Gaues Groß-Berlin am 22.11.1929 wohnten rund 4.000 Personen bei.⁶⁴ Ende des Jahres konnte die Berliner NSDAP bereits auf rund 5.000 Mitglieder zählen.⁶⁵ Bereits damals verhängte die Gau-Leitung die erste Mitgliedersperre (für Januar und Februar 1930), um eine „radikale Säuberung der Berliner Partei“ durchzuführen.⁶⁶

Auf dieser Basis gelang es der Partei zunehmend, zum attraktiven Kristallisationskern auch derjenigen bürgerlichen Kräfte zu werden, die im Berliner Spektrum zur extremen Rechten tendierten, bisher aber in anderen Parteien und Verbänden organisiert waren: Der Zuwachs der NSDAP rekrutierte sich, wie ein Polizeibericht ausführte, in erster Linie aus Abwanderern der DNVP, des Stahlhelms, der Deutschsozialen Partei („Knüppel-Kunze“) sowie der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung. Erst in zweiter Linie kamen auch Überläufer aus linksgerichteten Gruppierungen zur NSDAP.⁶⁷ Hingegen vollendete sich jetzt der Niedergang und die Zersetzung der traditionellen Verbände der extremen Rechten. Bereits 1927 besaßen die DVFP in Berlin nur noch 300, die Deutschsoziale Partei noch 1.000 Mitglieder.⁶⁸ Und der Wehrwolf verfügte in Berlin Anfang 1930, als er über seinen korporativen Beitritt zur NSDAP verhandelte, nur noch über ca. 110 Mitglieder.⁶⁹

Bis zum endgültigen Durchbruch der NSDAP in den Septemberwahlen 1930 erreichte die Zahl ihrer Mitglieder in Berlin bereits knappe 8.000,⁷⁰ ehe sie, nach den Reichstagswahlen vom 14. September, sprunghaft anstieg. Im November 1930 konnte die Partei in Berlin schon auf rund 12.000 Mitglieder zählen.⁷¹ Bis Mitte 1931 stagnierte die Mitgliederzahl. Zum einen dürfte dies auf die Auswirkungen der Stennes-Revolve⁷² zurückzuführen sein; zum anderen aber verfügte die Gauleitung Ende 1930 für einige Monate eine erneute Mitgliedersperre, um die Mitglieder zu „sieben“ und „alle Spitzel der Parteien und der Polizei“ zu entfernen.⁷³ Nach Aufhebung der

⁶⁴ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 11, Polizeibericht, 25.11.1929.

⁶⁵ Ebd., fol. 13, Polizeibericht vom 7.12.1929.

⁶⁶ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 460 u. 463–465, Organisationsrundschriften der Gau-Leitung des Gaues Groß-Berlin vom 30.12.1929.

⁶⁷ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 13, Polizeibericht vom 7.12.1929.

⁶⁸ B11A Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 90, fol. 126–127, Lagebericht vom März 1927.

⁶⁹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297, fol. 198, Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin an den Preussischen Minister des Innern vom 7.3.1930.

⁷⁰ Siehe Partei-Statistik, hrsg. v. Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1935, Bd. I: Parteimitglieder, S. 26: Hier werden 7.860 Mitglieder genannt, die von den insgesamt 138.117 Mitgliedern, die der Gau Groß-Berlin am 1.1.1935 zählte, bereits vor dem 14.9.1929 eingetreten waren. Zur relativen Zuverlässigkeit bzw. zu den statistischen Problemen der Partei-Statistik von 1935 vgl. Falter, Erhebung, S. 195f. u. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, 3. Aufl. Frankfurt/M. u.a. 1990, S. 143ff.

⁷¹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 147, Polizeibericht vom 27.11.1930.

⁷² Ebd., fol. 198, Polizeibericht vom 7.4.1931 (Mitgliederzahl NSDAP: 12.500); ebd., fol. 205, Polizeibericht vom 6.6.1931. In einem Schreiben des Stellvertretenden Reichsorganisationsleiters, Paul Schulz, an Gauleiter Kube vom 7. Juli 1931 wurde die Zahl der Berliner NSDAP-Mitglieder mit 16.667 angegeben, siehe Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befehl... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 266 (Anm. 41).

⁷³ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 148, Polizeibericht vom 27.11.1930, u.a. über den Gautag vom 5.11.1930.

Sperre aber explodierte die Zahl der Mitglieder förmlich: Nach Angaben der Partei-Statistik der NSDAP von 1935 traten zwischen den Septemberwahlen 1930 und der Machtergreifung weitere 47.744 Mitglieder in die Berliner Partei ein.⁷⁴

Mit dem Zuwachs von Mitgliedern, Sympathisanten, Lesern der Parteipresse und Besuchern der Parteiveranstaltungen stabilisierte sich auch die finanzielle Lage der Berliner NSDAP. Nach Polizeierkenntnissen finanzierte sich der Gau seit Ende 1930 vor allem aus drei Quellen: aus den Mitgliedsbeiträgen, der wöchentlichen Durchführung von eintrittspflichtigen Massenkundgebungen sowie durch die Überschüsse der Gauzeitung „Der Angriff“, der seit November 1930 als Tageszeitung erschien. „Kleinere Geldspenden“ spielten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle.⁷⁵ In dem Moment freilich, da die Mitgliederbeiträge unregelmäßig abgeführt wurden und der „Angriff“ verboten war, geriet der Gau unmittelbar in finanzielle Schwierigkeiten.⁷⁶

Ungefähr zeitgleich mit dem Aufschwung der Berliner NSDAP, seit der Jahreswende 1928/1929, begann eine grundlegende Reorganisation der lokalen Partei-Struktur. Unter Federführung des neuen Leiters der Organisations-Abteilung des Gaues Groß-Berlin, Reinhold Muchow, wurde die Partei seit Februar 1929 weitgehend auf die Basis von Straßenzellen gestellt. Erste Pläne hierzu gingen bereits auf die Mitte des Jahres 1928 zurück.⁷⁷ In Anlehnung an die kommunistischen Prinzipien antizipierte die Berliner NSDAP damit eine Organisationsstruktur, die die Schlagkraft der Partei vergrößern sollte und die 1932 im Zuge der großen Parteireform auf die Gesamtpartei übertragen wurde.⁷⁸ Die Sektionen, die in den größeren Städten bis dahin die kleinste organisatorische Einheit der NSDAP gebildet hatten, wurden nun in Berlin in mehrere Straßenzellen aufgeteilt. Einer solchen Straßenzelle gehörten maximal fünf Parteimitglieder an, die in einem Häuserblock zusammenwohnten. An der Spitze jeder Straßenzelle stand ein Zellen-Obmann: Ihm oblag zunächst die Übermittlung der innerparteilichen Nachrichten, Bekanntmachungen, Anordnungen etc. sowie die Einziehung von Beiträgen, Umlagen und Spenden.⁷⁹ Zugleich aber war er mit der engen Kontrolle der Zellenmitglieder betraut. Zu diesem Zweck hatte er ein Kontrollbuch anzulegen, in dem die Zeitungslektüre der Mitglieder sowie ihre obligatorische Teilnahme an Sprechabenden und sonstigen Versammlungen überwacht wurde.⁸⁰ In diesem Zusammenhang besaß der Zellen-Obmann die Aufgabe, die Parteimitglieder möglichst häufig in ihren Wohnungen zu besuchen und neue Mitglieder

⁷⁴ Partei-Statistik 1935, S. 26.

⁷⁵ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 148–149, Polizeibericht vom 27.11.1930.

⁷⁶ Siehe etwa ebd., fol. 207, Polizeibericht vom 22.7.1931.

⁷⁷ Vom 15. Juli 1928 datierte ein Straßenorganisationsplan der Berliner NSDAP, BAP RMI Nr. 26066, fol. 102, Denkschrift des Preußischen Ministers des Innern über „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staat- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung o.D. [Ende 1930].“

⁷⁸ Die Rolle der Straßenzellen im Organisationsaufbau der NSDAP ist bislang nicht erforscht worden. Noch vor der Reform des Jahres 1932 wurde das Zellenprinzip u.a. vom Gau Groß-München übernommen. Siehe Tyrell, *Führer befehl...*, S. 266 (Anm. 41). Zur Reorganisation der NSDAP im Jahre 1932, die einer stärkeren Durchdrationalisierung und Zentralisierung diente, vgl. Horn, *Führendeologie*, S. 381ff.; Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37), Stuttgart 1978, S. 66ff.; Peter D. Stachura, *Gregor Strasser and the Rise of Nazism*, London 1983, S. 86ff.

⁷⁹ BJHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol. Nr. 2137, fol. 259–260, Mitteilungen des LKPB, 15.7.1930.

⁸⁰ Ebd.; BAP RMI Nr. 26066, fol. 102, Denkschrift des Preußischen Ministers des Innern über „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staat- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung“, o.D. [Ende 1930].

scharf zu beobachten.⁸¹ Die Zellen-Obleute sollten als „die Kontrolleure der Mitgliedschaft“ fungieren.⁸²

Mit der Führung sämtlicher Straßenzellen einer Sektion wurde der Straßenzellenleiter beauftragt. Ihm unterstanden bis zu zwanzig Zellen-Obleute, für deren Tätigkeit er verantwortlich war und die er ständig zu schulen hatte. Insgesamt soll es Mitte 1930 in Groß-Berlin bereits ca. 600 Zellen-Obleute gegeben haben.⁸³ Zweck und Aufgabe dieser Umstellung war es, eine straffe einheitliche Organisationsform zu schaffen, die es der Partei erlaubte, schnell, sicher und nachhaltig den politischen Willen des Führers auszuführen.⁸⁴ Mit dem Zellsystem sollte die „vollendetste geistige Geschlossenheit der [...] Mitglieder“ und ihre Formung zu „bewußten fanatischen Kämpfern“ erreicht werden.⁸⁵

Ein weiterer erwünschter Nebeneffekt der Straßenzellenorganisation bestand in der fortschreitenden parteimäßigen Disziplinierung der nach wie vor unruhigen Berliner SA. Denn eine Vielzahl von Mitgliedern der SA – nach Muchow ca. 400–500 Mann – wurde vorübergehend als Zellen-Obleute in die Parteipflicht genommen. Wie Muchow ausführte, bedeutete dies „ein großes Plus in der *politischen Bildung* und im *Vertrautsein mit der inneren Parteiarbeit*“. SA-Mitglieder, die sich als Zellen-Obleute bewährt hatten, waren demzufolge „keine reinen Aufmarschkolonnen mehr, sondern *politische Soldaten* [...]. Der Z.O.-Dienst war ihre lehrreiche Schule, wo sie nicht nur das feinnervige Getriebe der Organisation kennenlernten und begriffen, sondern auch die politischen Fragen der Gegenwart aufbekamen.“⁸⁶

Bereits Ende 1930 war die Straßenzellenorganisation der Berliner NSDAP nach Erkenntnissen der Polizei „restlos durchgeführt worden“.⁸⁷ Unverkennbar war sie durch die kommunistische Parteistruktur inspiriert worden. Die innere, eben totalitäre Wesensähnlichkeit beider Bewegungen wird hier ebenso deutlich wie ihre radikale Entgegengesetztheit. Dementsprechend bemühte sich Muchow, die Ähnlichkeit in der Organisation als rein formal zu deklarieren und vielmehr die tiefe inhaltliche

⁸¹ BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol. Nr. 2137, fol. 259–260, Mitteilungen des LKPB, 15.7.1930.

⁸² GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 460, Organisationsrundschriften der Gau-Leitung des Gaues Groß-Berlin vom 30.12.1929.

⁸³ BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol. Nr. 2137, fol. 262. Muchow selbst reklamierte im März 1930 die Existenz von 900 Berliner Straßenzellen der NSDAP. Siehe Reinhard Muchow, Bilanz der Berliner Mitgliedersperre, in: *Völkischer Beobachter* Nr. 58, 11.3.1930, S. 3.

⁸⁴ BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol. Nr. 2137, fol. 256ff., Mitteilungen des LKPB, 15.7.1930; BAP RMI Nr. 26066, fol. 102, Denkschrift des Preußischen Ministers des Innern über „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung o.D. [Ende 1930]“, GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 474–484, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin über die Straßenzellen-Organisation der NSDAP, 11.7.1930.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Reinhard Muchow, Bilanz der Berliner Mitgliedersperre, in: *Völkischer Beobachter* Nr. 58, 11.3.1930, S. 3. Interessanterweise hatte Muchow drei Monate zuvor genau gegenteilig argumentiert, GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 467, Organisationsrundschriften der Gau-Leitung des Gaues Groß-Berlin vom 30.12.1929: Demzufolge sollten die SA-Leute als Zellen-Obleute möglichst rasch durch „zivile“ Parteigenossen ersetzt werden, damit die SA ihre „volle Arbeitsstärke“ zurückerhielt. Dieser Meinungswandel Muchows bzw. der Gau-Leitung spiegelt zweifellos das in Berlin zunehmend besonders gespannte Verhältnis zwischen Partei und SA wider, das schließlich in der Stennes-Revolution mündete. Dazu siehe unten. Über die Umformung des Zellenobleutekörpers siehe auch GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 20, Polizeibericht vom 4.2.1930.

⁸⁷ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 485, Bericht des Berliner Polizeipräsidenten über die Straßenzellen-Organisation der NSDAP vom 13.12.1930.

„Kluft“ zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus zu betonen. Muchow zufolge betraf dies nicht nur die „Handhabung des Apparates“, sondern vor allem die unterschiedliche „Grundidee“ der beiden Bewegungen. Verfolgten die Kommunisten eine „demokratische“ Gleichmacherei und die Organisation einer leblosen Masse, so strebte die nationalsozialistische Zellenorganisation die Bildung der Einzelpersönlichkeit und eines Führertums an: „Was in der kommunistischen Bewegung Utopie ist, wird in der nationalsozialistischen blutvolle Praxis: ein Führertum beginnt sich organisch zu bilden und wächst.“⁸⁸

Als komplementäres Gegenstück zur Straßenzellenorganisation suchte die Berliner NSDAP die nationalsozialistischen Betriebszellen auszubauen. Schon in den zwanziger Jahren hatte es verschiedene Bemühungen rechtsextremer Gruppierungen gegeben, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen und eine Art „nationaler“ Gewerkschaftsorganisation aufzubauen.⁸⁹ Während allen diesen Bemühungen nur eine ephemere Existenz vergönnt war, erzielte die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) gerade in Berlin einige begrenzte Erfolge, die in ihrer Bedeutung allerdings nicht überschätzt werden dürfen.

Die erste nationalsozialistische Betriebszelle wurde in dem Berliner Großbetrieb „Knorr Bremse AG“ im Jahre 1927 von Johannes Engel gegründet – ein Akt, der zur Grundlage späterer Heroisierungen wurde.⁹⁰ Schon 1928 suchte Engel seine Idee in der Berliner NSDAP zu popularisieren; erst Anfang 1930 allerdings erfolgten die notwendigen organisatorischen Änderungen, insbesondere die grundlegende Reorganisation des Gaues Groß-Berlin. Durch sie wurde die Betriebszellenarbeit auf eine neue organisatorische Grundlage gestellt: Das bis dahin amtierende „Sekretariat für Arbeiterangelegenheiten“ wurde aufgelöst und an seiner Stelle eine zentrale „Betriebszellenleitung“ unter Engel eingerichtet. Als Hauptmerkmal der nun einzusetzenden „neuen Arbeit“ wurde die „radikale politische Note“ genannt: „Die ganze Betriebszellenarbeit wird durchtränkt von der Schärfe der programmatischen nationalsozialistischen Weltanschauung, von der unerbittlichen und konsequenten Führung in Organisation und Taktik, im Kampf gegen den Marxismus.“⁹¹

So wie es das Bestreben der NSDAP-Führung war, gerade in den Wohnvierteln der „marxistisch“ und kommunistisch orientierten Arbeiter durch Straßenzellen, Versammlungen und Demonstrationmärsche Flagge zu zeigen und den innenpolitischen Gegner damit zu provozieren, so ging es bei der NSBO darum, „den Marxismus systematisch in seinen Hochburgen, den Betrieben zu stellen“.⁹² Zwar gelang es den Nationalsozialisten in den Jahren 1930 und 1931, in einigen Betrieben – so insbesondere in den verschiedenen Siemenswerken – gewisse Erfolge bei den Betriebsratswahlen zu erzielen.⁹³ Im Juli 1930 verfügte die NSBO nach internen Angaben über 57

⁸⁸ BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol. Nr. 2137, fol. 257–258, Mitteilungen des LKPBB, 15.7.1930.

⁸⁹ Vgl. hierzu Conan Fischer, *Turning the Tide? The KPD and Right Radicalism in German Industrial Relations, 1925–1928*, in: *Journal of Contemporary History* 24 (1989), S. 575–597, hier S. 580.

⁹⁰ Siehe insbesondere Gerhard Starcke, *NSBO und Deutsche Arbeitsfront*, Berlin 1934, S. 23.

⁹¹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 322, fol. 51–52, Mitteilung [des Gau-Organisationsleiters Muchow] an alle in der Betriebszellen-Organisation führend tätigen Parteigenossen, 11.2.1930. Das Zitat, fol. 52. Vgl. Reinhard Muchow, *Was wollen die Nationalsozialisten in den Betrieben?*, München o.J., v.a. S. 2ff.

⁹² Starcke, *NSBO*, S. 23.

⁹³ Grundlegend zur quantitativen Entwicklung der NSBO, insbesondere in Berlin, Volker Kratzberg, *Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entste-*

Zellen mit insgesamt 2.300 Mitgliedern.⁹⁴ Aber zu keinem Zeitpunkt kann von einer flächendeckenden und dauerhaften Verankerung der NSBO in den Berliner Betrieben gesprochen werden. Die verhältnismäßig größten Erfolge, und dies ist bezeichnend, erzielte sie in manchen Betriebsrätewahlen der *Angestellten*, so etwa im Siemens-Verwaltungsgebäude, im Siemens-Schalterwerk und in der Justizverwaltung Berlin, oder etwa bei den Wahlen zum Hauptbeamtenrat der Reichsbahn.⁹⁵ Bei diesen Erfolgen waren die z.T. engen Verbindungen mit dem DHV – dem z.B. auch Johannes Engel damals noch angehörte – hilfreich.⁹⁶ In den Kernbereichen der Handarbeiterschaft gelang der NSBO dagegen kein vergleichbarer Durchbruch. Daran änderte auch die im Herbst 1931 initiierte Aktion „Hinein in die Betriebe“ (HiB), nichts Grundsätzliches. Mit ihr wollte man, in ungefährer Analogie zur kommunistischen Taktik der Einheitsfront von unten, die „marxistischen“ Arbeiter von ihren Führern lösen und in das eigene Lager ziehen. Goebbels verkündete vollmundig, die „Verichtung des Marxismus“ stehe auf der Tagesordnung; das angestrebte Ziel, 12.000 „marxistische“ Arbeiter für die NSBO zu gewinnen, wurde allerdings bei weitem nicht erreicht.⁹⁷

Es wäre also weit gefehlt, in der NSDAP der frühen dreißiger Jahre tatsächlich eine „Arbeiterpartei“ zu vermuten.⁹⁸ Zwar konnte die Berliner SA in der Weltwirtschaftskrise zumindest vorübergehend einen überproportionalen Anteil an – häufig erwerbslosen – Arbeitern an sich binden. Von 1.824 SA-Leuten, deren Mitgliedskarten im Februar 1931 von der Berliner Polizei beschlagnahmt wurden, waren 40% gelernte und 14% ungelernete Arbeiter.⁹⁹ Dagegen bestätigt die Sozialstruktur des Gaus Groß-Berlin der NSDAP das in der Forschung mittlerweile vorherrschende Bild von der NSDAP als „Volkspartei des Protests“¹⁰⁰ oder als „Volkspartei mit Mittelstandsbau“¹⁰¹ nur teilweise. Denn in der Reichshauptstadt blieb die NSDAP eine *überwiegend mittelständische* Bewegung. Der parteiamtlichen Statistik von 1935 zufolge stellten

hung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Frankfurt/M. u.a. 1987, v.a. S. 204ff. Vgl. zur NSBO ferner Gunther Mai, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 573–613.

⁹⁴ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 88, Polizeibericht vom 7.7.1930.

⁹⁵ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 322, fol. 142–143. Hier erreichte die NSBO-Liste bei den Betriebsratswahlen des Jahres 1931 jeweils den zweiten Platz. Vgl. auch Kratzenberg, Arbeiter, S. 211f. u. 234. Das Ergebnis der Wahlen zum Hauptbeamtenrat der Reichsbahn B.I.I.I.A. Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol. Nr. 2140, fol. 3, Mitteilungen des LKPB, 1.1.1931.

⁹⁶ Kratzenberg, Arbeiter, S. 213 u. 256ff.

⁹⁷ Der Angriff, Nr. 168, 29.8.1931. Siehe GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 322, fol. 171, Polizeibericht vom 8.12.1931. Vgl. Kratzenberg, Arbeiter, S. 215f.

⁹⁸ Dies ist der Tenor der Arbeit von Striefler, Kampf um die Macht, S. 152ff., wo die Erfolge der NSBO sowie der HiB-Aktion viel zu optimistisch dargestellt werden.

⁹⁹ Richard Bessel u. Mathilde Jamin, Nazis, workers and the use of quantitative evidence, in: Social History 4 (1979), S. 111–116, hier S. 113. In den östlichen agrarischen Provinzen Pommern und Ostpreußen gelang es der SA dagegen nur in ganz geringem Umfang, in die Schichten der Industrie- und Landarbeiter einzudringen. Hier stellten Pächter, Landwirte und Handwerker den größten Anteil der SA. Siehe Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934, New Haven/Conn. 1984, v.a. 33ff. Die überproportionale Bedeutung erwerbsloser Arbeiter während der Wirtschaftskrise – die die Zahl der Arbeiter in der NSDAP deutlich überstieg habe – betont etwa Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929–1935, London 1983, v.a. S. 25ff.

¹⁰⁰ So Childers, Nazi Voter, S. 268.

¹⁰¹ So Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? in: Michael Prinz u. Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21–47, hier S. 42.

unter denjenigen Berliner Mitgliedern, die 1935 noch in der Partei waren und vor den Septemberwahlen von 1930 eingetreten waren, allein die Angestellten mit 41,6% den weitaus höchsten Anteil.¹⁰² Es folgten die „Arbeiter“ mit 22% vor der Gruppe der „Sonstigen“ mit 15,2%¹⁰³ und den „Selbständigen“ (i.e. Handwerker, Kaufleute, Freie Berufe) mit 13,1%. Eine etwas andere, nicht aber grundsätzlich abweichende Zusammensetzung wies die bis zur Machtergreifung beigetretene Mitgliedschaft auf,¹⁰⁴ während Jürgen W. Falter aufgrund einer neueren Stichprobe den Anteil der Angestellten noch deutlich erhöht, denjenigen der Arbeiter jedoch soweit senkt, daß von einer „Volkspartei“ kaum mehr gesprochen werden könnte.¹⁰⁵ Zusammengekommen und miteinander verglichen ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 33: Soziale Struktur der NSDAP-Mitglieder im Gau Groß-Berlin bis 1933 (in v.H.)

	Arbeiter	Angest.	Beamte	Selbst.	Sonstige
Mitglieder bis 14.9.1930 ^a	22,0	41,6	7,2	13,1	16,1
Mitglieder bis 30.1.1933 ^b	24,0	37,2	8,6	15,3	14,9
Mitglieder 1921–30.1.1933 ^c	11,0	49,0	12,0	18,0	10,0

^a nach: Partei-Statistik 1935, S. 146.

^b nach: Partei-Statistik 1935, S. 148.

^c nach: Falter, Erhebung, S. 199.

Das ganz überwiegend mittelständische Profil der Berliner NS-Bewegung wird im übrigen auch durch die Polizeiberichte bestätigt, so etwa wenn das Publikum einer Parteiveranstaltung im August 1931 als „wie üblich“ beschrieben wurde: „meist kleine Kaufleute und Gewerbetreibende, kleinere Beamte und Angestellte“.¹⁰⁶

Wenn auch die Mobilisierung der Arbeiter durch die Berliner NSDAP auf unüberwindliche Grenzen stieß, so ist doch das Bemühen der Partei ganz unverkennbar, in möglichst alle Bereiche der Gesellschaft einzudringen und sie den Zielen der Partei unterzuordnen. Neben dem „Kampf um die Arbeiter“ galt dies für praktisch alle sozialen Schichten: Ob unter Jugendlichen,¹⁰⁷ unter Studenten¹⁰⁸ oder unter Frauen¹⁰⁹ –

¹⁰² Partei-Statistik 1935, S. 146.

¹⁰³ Ebd. Diese Gruppe umfaßte u.a. die mithelfenden Familienangehörigen, Rentner, Studenten etc.

¹⁰⁴ Ebd., S. 148.

¹⁰⁵ Falter, Erhebung, S. 199.

¹⁰⁶ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 221, Polizeibericht vom 12.8.1931.

¹⁰⁷ Die Hitlerjugend (HJ) des Gaues Berlin-Brandenburg hatte vor der Machtergreifung allerdings einen durchweg schweren Stand. Zur Mitgliederentwicklung am genauesten: Peter D. Stachura, *Nazi Youth in the Weimar Republic*, Santa Barbara/Calif. 1975, S. 182f. u. 267. Demzufolge verfügte die HJ in Groß-Berlin Anfang 1930 lediglich über 200 Mitglieder, ein Bestand, der sich nur zögerlich vergrößerte: Ende 1930: 500 Mitglieder; 1.1.1931: 631 Mitglieder; 1.1.1932: 799 Mitglieder; April 1932: 1.300 Mitglieder. Zur komplizierten Entwicklung in der Berliner HJ vgl. auch Hans-Christian Brandenburg, *Die Geschichte der HJ*, Köln 1968, S. 116ff. Dem „Nationalsozialistischen Schülerbund“ gehörten Anfang 1930 in Berlin ca. 200 Schüler an, „die fast alle die höheren Knabenschulen des Berliner Westens besuchen“, BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 2136, fol. 49f, Mitteilungen des LKPB, 15.1.1930.

¹⁰⁸ Zur Gründung des Nationalsozialistischen Studentenbunds (NSDStB) im Jahre 1926 meldeten sich in Berlin lediglich acht überzeugt nationalsozialistische Studenten, Michael H. Kater, *Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Strasser*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 22 (1974), S. 148–190, hier S. 149. Im April 1931 zählte der NSDStB in Berlin ca. 320–370 Mitglieder: Siehe BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 2141, fol. 26, Mitteilungen des LKPB, 1.5.1931; Anselm Faust, *Der Nationalsozialistische Studentenbund*, Düsseldorf 1973, Bd. II, S. 148. Bei den Studentenwahlen vom Winter 1931/32 und vom Winter 1932/33 konnte der NSDStB

Goebbels, schon ganz der spätere Propagandaminister, versuchte die nationalsozialistische „Botschaft“ mit einem unaufhörlich expandierenden Propagandaapparat und mit modernsten Propagandatechniken zu verbreiten.¹¹⁰ Ein besonderer Schritt in dieser Richtung war die Etablierung des „Angriff“, des Organs der Berliner NSDAP, der ab dem 1. November 1930 als Tageszeitung erschien und rasch eine Auflage von 75.000–80.000 Stück erreichte.¹¹¹ Der „Angriff“ zeichnete sich durch eine perfekte verbale und optische Umsetzung des dem Nationalsozialismus innewohnenden fanatischen Aggressionspotentials und durch seine „agitorische Einheitlichkeit“ aus.¹¹² Neben die Printmedien trat indes die seit 1929 stetig ansteigende, dauerhafte Präsenz der Partei in Form von Massenkundgebungen und Sprechabenden,¹¹³ Zeitungsständen,¹¹⁴ Propagandamärschen,¹¹⁵ LKW-Fahrten¹¹⁶ und gezielter Hauspropaganda.¹¹⁷ Zunehmend große, schließlich durchschlagende Resonanz erhielt die Berliner NSDAP bei ihren Massenversammlungen, zu denen schon seit Anfang 1930 regelmäßig zwischen 12.000 und 16.000 Teilnehmer kamen. Der Berliner Sportpalast etwa, ein bevorzugter Versammlungsort, war regelmäßig bis auf den letzten Platz gefüllt, wenn Goebbels oder andere NS-Redner sprachen. Insgesamt konnte die NSDAP seit 1930 bei ihren Veranstaltungen meist ein größeres Publikum mobilisieren als die KPD.¹¹⁸ Kurz, unter Goebbels' Führung setzte die Berliner NSDAP die Reichshauptstadt einem propagandistischen Trommelwirbel aus, der demjenigen der KPD in nichts nachstand und ihrerseits den totalitären Anspruch auf ein Meinungs- und Nachrichtenmonopol verriet.¹¹⁹

sowohl an der Universität Berlin wie auch an der TH Berlin absolute Mehrheiten von weit über 60 % der Sitze erringen. Ebd., S. 140 u. 142.

- ¹⁰⁹ Siehe etwa die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 1: 27.6.1924–31.12.1930, München u.a. 1987, Eintragung vom 22.9.1928, S. 267: „Auch unsere Frauenbewegung muß die modernste des jungen Deutschland werden.“
- ¹¹⁰ Über die nationalsozialistischen Bemühungen, in Berlin bereits vor 1927 einen Presse- und Propagandaapparat aufzubauen, siehe BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 90, fol. 13, Lagebericht Januar 1927.
- ¹¹¹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 147, Polizeibericht vom 27.11.1930; ebd., fol. 198, Polizeibericht vom 7.4.1931. Vom „Völkischen Beobachter“ wurden dagegen in Berlin nur ca. 5.000–6.000 Stück vertrieben, BAP RMI, 25791, fol. 438, 22.4.1931.
- ¹¹² Goebbels, Kampf um Berlin, S. 200.
- ¹¹³ So veranstaltete die Berliner NSDAP nach eigenen Angaben allein zwischen dem 1. Januar und dem 1. Oktober 1929 ca. 850 Versammlungen, die Sprechabende nicht eingerechnet. Auf diesen Versammlungen hätten 62 Redner gesprochen, von denen allein Goebbels 93 Referate gehalten hätte. GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 11, Polizeibericht vom 25.11.1929.
- ¹¹⁴ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7556, fol. 138–144, Nationalsozialistische Zeitungsstände, 17.12.1931.
- ¹¹⁵ Hierzu siehe unten, S. 456.
- ¹¹⁶ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7553, fol. 24, Bericht vom 23.11.1929. Zum Einsatz von LKWs zu Propagandazwecken siehe auch den Befehl des Obersten SA-Führers über den „Einsatz der Motorverbände im Wahlkampf“ vom 4.2.1932, GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 311, fol. 49–51.
- ¹¹⁷ GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 322, fol. 165, Polizeibericht vom 29.9.1931; BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7557, fol. 172–174, Bericht über die Sonntagsfrühpropaganda der N.S.D.A.P., 23.2.1932.
- ¹¹⁸ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 23, Polizeibericht vom 11.2.1930; ebd., fol. 37, Polizeibericht vom 8.4.1930; ebd., fol. 65, Polizeibericht vom 5.5.1930; ebd., fol. 100, Polizeibericht vom 13.9.1930.
- ¹¹⁹ Von Goebbels eigener ununterbrochener Aktivität als Redner, Schreiber und politischer Agitator legen seine Tagebücher bereicheres Zeugnis ab. Vgl. Reuth, Goebbels.

3. Die Berliner SA als paramilitärische Organisation

Seit ihrer Wiederzulassung im Jahre 1926 prägte die NSDAP in Berlin also immer deutlicher die totalitären Merkmale der straff hierarchisierten Partei und eines Propagandaapparates aus, der auf ein virtuelles Meinungsmonopol zielte. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich auch das Merkmal der *paramilitärischen Organisation* in folgerichtiger Weise. Parallel zum Mitgliederschub der Berliner NSDAP erreichte die SA in der Weltwirtschaftskrise präzedenzlose Mitgliederzahlen. Schon zu Beginn des Jahres 1930 verfügte die Berliner SA über rund 3.000 Mitglieder, im März 1931 waren es bereits 5.000, ehe dann am Vorabend der Machtergreifung ca. 32.000 SA-Leute die Berliner Straßen beherrschten.¹²⁰ Neben der Ausübung des „Ordnerdienstes“ bei Parteiveranstaltungen wurde die SA v.a. als Propagandainstrument eingesetzt. Indem sie möglichst häufig, soweit gestattet uniformiert¹²¹ und in geschlossener, quasi-militärischer Formation, mit Fahnen und von Musikkorps begleitet, Demonstrationzüge und Propagandamärsche veranstaltete, sollte sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen. Innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung übernahm die SA damit eine exakt analoge Funktion wie der Rote Frontkämpferbund bei den Kommunisten. Wie zuvor der RFB, so nutzte auch die SA die bestehende Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit exzessiv und zur systemfeindlichen Agitation. Damit wurde die SA allerdings unvermeidlich in jenes Zwielicht zwischen „Legalität“ und systemwidrigem Terror hineingezogen, in dem auch der RFB bzw. seine Nachfolgeorganisationen standen.¹²²

Um so größeren Wert legte die Gauleitung auf die Schulung der Führer, um damit die SA zu einem disziplinierten, strikt der Partei unterstellten Massenverband „politischer Soldaten“ zu formen. Für die tendenziell unruhigen, häufig arbeitslosen und z.T. in der Berliner Wehrverbandstradition stehenden Berliner SA-Leute galt in besonderer Maße, was Goebbels Ende 1930 den Berliner NS-Funktionären nahelegte: „Eiserne Nerven und unbedingte Disziplin seien [...] erforderlich. Gewalttätigkeiten schadeten im Augenblick ungeheuer, alle Wut müsse aufgehoben werden zur endgültigen Abrechnung.“¹²³

Im Herbst 1930 richtete der Gausturm Berlin in Grundmühle bei Oranienburg eine erste Führerschule ein, die künftig „die einheitliche Arbeitsweise sämtlicher Füh-

¹²⁰ Dies sind die Angaben, die Engelbrechten, Braune Armee, S. 120ff., S. 164, S. 253, macht. Nach dem Stand der SA-Versicherung sollen der Berliner SA am 1. September 1930 bereits 7.315 Mitglieder angehört haben. Siehe BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol. Nr. 2139, fol. 3, Mitteilungen des LKPB, 1.11.1930. Eine polizeiliche Übersicht vom Oktober 1931 gibt für Berlin (inkl. Brandenburg) im Juli 1931 5.100 SA-Mitglieder an. GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 310, fol. 353. Zum 1. Januar 1932 wurde für Berlin-Brandenburg polizeintern die Zahl von 18.300 SA-Mitgliedern genannt. Ebd., fol. 368.

¹²¹ Uniformverbote bestanden in Preußen vom 11.6.1930 bis 10.4.1931, siehe IfZ-Archiv MA 131, Bl. 103077–103078, polizeilicher Sonderbefehl des Dortmunder Polizeipräsidenten vom 17.6.1930. Reichsweit wurde ein allgemeines Uniformverbot durch die Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931 vorgesehen, Reichs-Gesetzblatt 1931 I, S. 80. Die 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931, sprach in Teil 8, § 1, Kap. II ein reichsweites Uniformverbot aus. Reichs-Gesetzblatt 1931 I, S. 743.

¹²² Dazu oben, S. 247ff.

¹²³ So auf dem Gautag vom 5.11.1930, GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 148, Polizeibericht vom 27.11.1930.

rer“ gewährleisten sollte.¹²⁴ Diese Führerschulen der SA bildeten ein Gegenstück zu den Kadenschmieden der KPD und der Komintern. Ein Kursus auf der Führerschule Grundmühle, zu welchem bis zu 150 Personen abkommandiert wurden, fand jedes Wochenende statt und währte ca. drei Monate. Unter anderem umfaßte er politisch-ideologischen Unterricht sowie „Unterricht über Verkehr“, d.h. über den schriftlichen und persönlichen Umgang mit Parteivorgesetzten und -untergebenen, mit der Polizei, den Behörden und dem „Publikum“ im weiteren Sinne. Dagegen trug die SA-Ausbildung im engeren Sinne eindeutig paramilitärische Züge. Zu ihr gehörten u.a. das Einüben der Kommandosprache, Exerzieren, Geländeübungen und Meldewesen, das Sanitäts- und Ausrüstungswesen, Kleiderordnung, Quartierordnung, Küchenwesen und Sport.¹²⁵ Die Kurse endeten mit einer theoretischen und einer praktischen Abschlußprüfung, in der die Kandidaten ihre erworbenen Kenntnisse unter Beweis stellen mußten.¹²⁶

Ergänzt und praktisch angewendet wurde die paramilitärische Ausbildung durch eine Vielzahl von propagandistischen Ausmärschen, welche die Berliner NSDAP und SA – auch hierin dem kommunistischen Beispiel folgend – in das ländliche Umland unternahmen.¹²⁷ Dabei suchten auch die Nationalsozialisten, ähnlich wie der RFB, vom Berliner Polizeipräsidenten oder der Preußischen Staatsregierung verfügte rechtliche Hindernisse zu umgehen. So begaben sich die beteiligten SA-Mitglieder nicht selten einzeln zu einem Sammlungspunkt, der außerhalb des Polizeibezirks Berlin lag; da eine solche Veranstaltung nicht meldepflichtig war, entzog sich die SA in diesem Fall der polizeilichen Beobachtung.¹²⁸ Überhaupt mußte die Berliner SA bei der Planung von geschlossenen Aufmärschen und Übungen paramilitärischer Natur angesichts der wachsenden Politik der preußischen Behörden stets mit einem Verbot rechnen. Um dies zu vermeiden und nicht zuletzt auch um das in Preußen bestehende Uniformverbot zu umgehen, ging die Berliner SA im Sommer 1931 dazu über, ihre Veranstaltungen in das benachbarte Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin zu verlegen. Hier bestand kein Uniformverbot, und dem NS-Gauleiter von Mecklenburg-Schwerin gelang es sogar, mit dem dortigen Innenminister eine Sondervereinbarung zwecks Duldung der SA-Übungen zu erreichen.¹²⁹ Um nach Mecklenburg zu gelangen, benutzte die Berliner SA Lastkraftwagen, und als dies durch den Berliner Polizeipräsidenten untersagt wurde, ließ man die LKW-Fahrten erst an der Stadtgrenze beginnen: Denn hier endete die Exekutivgewalt der Berliner Polizei.¹³⁰

¹²⁴ BAP RMI 25791, fol. 196, Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 20.11.1930.

¹²⁵ Ebd., 197; ebd., fol. 186–187, Schreiben des Preußischen Ministers des Innern an den Reichsminister des Innern vom 7.1.1931; ebd., fol. 428, Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Minister des Innern vom 4.4.1931. Für die Einzelheiten der paramilitärischen, der Reichswehr nachempfundenen Ausbildung der SA vgl. auch die Broschüre „Kommandos für die geschlossene Ordnung“, zusammengestellt von Leutnant a.D. Karl Groß, Werdau o.J., in: GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 310, fol. 3–27; ebd., fol. 1, Polizeipräsident Berlin an den Preußischen Minister des Innern, 27.8.1931. Siehe auch ebd., fol. 97–102, Richtlinien für die Ausbildung [1931].

¹²⁶ BAP RMI 25791, fol. 393–394, Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Minister des Innern, 11.3.1931.

¹²⁷ Siehe z.B. B111A Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 1100, fol. 420–422, 10.3.1931 (Becitz und Umgebung); ebd., Nr. 1101, fol. 117, 9.5.1931 (Schönwalde, Kreis Niederbarnim); ebd., fol. 235, 13.7.1931 (Schönefeld); ebd., fol. 354–356 (Sanitäter-Übung bei Teltow).

¹²⁸ Ebd., fol. 337, Rundschreiben des Berliner Polizeipräsidenten an die Regierungspräsidenten vom 19.9.1931.

¹²⁹ Ebd., fol. 254–255, Polizeibericht vom 24.7.1931.

¹³⁰ Ebd., fol. 254.

Voraussetzung für solche längeren Ausflüge in die nähere und fernere Umgebung von Berlin war – wie bei den paramilitärischen Organisationen der KPD auch – die „Abkömmlichkeit“ der SA-Mitglieder, d.h. konkret ihre Arbeitslosigkeit. Gelegentlich konnten die Ausfahrten erwerbsloser Berliner SA-Mitglieder mehrere Wochen dauern. Nicht selten ergaben sich dabei auf den beherbergenden Gütern längerfristige Arbeitsmöglichkeiten für einzelne SA-Leute, was dann zu einem allmählichen Abbröckeln der Mannschaftsstärke führte.¹³¹

Durch Schulung, paramilitärische Übungen und Propagandamärsche wurde die Berliner SA Anfang der dreißiger Jahre in einen Zustand permanenter Mobilmachung versetzt. Dazu gehörte auch die Einrichtung von SA-„Sturmlokalen“ und SA-„Heimen“. Hier entstand eine spezifische „Subkultur“, eine soziale und kommunikative Innenwelt der SA, die den häufig arbeitslosen Mitgliedern gleichsam ein „Ersatz-zuhause“ bieten konnte.¹³² Darüber hinaus aber dienten die Sturmlokale als strategische Stützpunkte für zu erwartende Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner. In ihnen wurden kleinere SA-Trupps häufig tagsüber und in den Abendstunden in steter Alarmbereitschaft gehalten, um von dort zu gezielten Angriffs- oder Abwehrhandlungen geschlossen eingesetzt werden zu können.¹³³ Das SA-Verkehrslokal wurde dann zur „befestigte[n] Stellung in der Kampfzone“.¹³⁴ Und die kasernenartig organisierten SA-Heime dienten als Sammlungspunkte, Unterschlupfe und Reservequartiere. Für die preußischen Behörden unterlag es jedenfalls keinem Zweifel, „daß die SA-Heime als nach militärischer Art aufgezogene Stützpunkte anzusehen sind, die eine ständige Gefahrenquelle bilden, weil sie als Ausgangspunkt politischer Zusammenstöße und sonstiger Aktionen anzusehen sind“.¹³⁵

Um den Legalitätskurs der Partei abzusichern und den Behörden möglichst wenig Grund zum Vorgehen gegen SA und NSDAP zu geben, wurde die Bewaffnung der SA mehrfach streng untersagt.¹³⁶ Der Verzicht auf den frontalen Angriff auf das staatliche Waffenmonopol war der Preis, den Hitler an die Legalitätstaktik zu zahlen bereit war. Insofern als dieses strikte Verbot der politisch-taktischen Verarbeitung des mißlungenen Putschversuchs von 1923 entsprang, weist die „Kampfzeit“ der NSDAP eine weitere Parallele zur KPD auf. Denn auch die KPD-Führung trachtete in den Zeiten der vergleichsweise gemäßigten Politik, also vor allem Mitte der zwanziger Jahre unter Thälmann, eine Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1923 zu

¹³¹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 310, fol. 52, Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin an den Preußischen Minister des Innern, 17.10.1931.

¹³² Vgl. dazu Longerich, Bataillone, S. 126ff.

¹³³ BAP RMI, 25792, fol. 519, Schreiben des Preußischen Ministers des Innern an den Reichsminister des Innern vom 13.11.1931.

¹³⁴ Engelbrechten, Braune Arme, S. 85.

¹³⁵ BAP RMI, 25792, fol. 520. Zur Doppelnatur der SA-Lokale und SA-Heime vgl. auch Longerich, Bataillone, S. 126f.

¹³⁶ Hitlers „Parteibefehl“, in dem er die ungesetzliche Bewaffnung einzelner bzw. von SA-Verbänden untersagte und mit Partciausschluß bedrohte, datierte vom 3.12.1928. Siehe Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–September 1930, Teil 1: Juli 1928–Februar 1929, hrsg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München 1994, Dok. 60, S. 294ff. Auf die Gültigkeit dieses Parteibefehls wurde in der Berliner NSDAP immer wieder hingewiesen: Siehe GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 11, Polizeibericht vom 25.11.1929 über die Außerordentliche Mitgliederversammlung des Gaues Berlin der NSDAP am 22.11.1929; Der Angriff, Nr. 45, 20.10.1929 („Strengster Befehl an alle SA-Männer und Parteigenossen“).

vermeiden. Dazu gehörte u.a. die dem RFB aufgezwungene Legalitätstaktik, die insbesondere ein striktes, freilich nicht immer eingehaltenes Waffenverbot umfaßte.¹³⁷

Dagegen prägte die NSDAP Anfang der dreißiger Jahre ihr paramilitärisches Profil noch weiter aus, indem sie einen umfangreichen Nachrichtendienst organisierte.¹³⁸ In direkter Analogie zum N-Apparat der KPD bildete er die Vorform einer totalitären Geheimpolizei;¹³⁹ seine Hauptaufgaben bestanden in der Bespitzelung, teilweise auch in der „Zersetzung“ des „inneren Feindes“. Dies betraf zum einen die gegnerischen politischen Gruppierungen, zum anderen die Behörden, insbesondere die Polizei. Um Nachrichten aus Behörden zu erlangen und Beamte zur Verletzung ihres Dienstgeheimnisses zu bewegen, setzte der nationalsozialistische Nachrichtendienst im Gau Groß-Berlin das Instrument der Bestechung ein.¹⁴⁰ Seine Mitarbeiter – die „Nachrichten-Obleute“ – hatten als widerspruchslose Befehlsempfänger und -exekutoren zu fungieren. In ihrer schriftlichen Verpflichtungserklärung akzeptierten sie, „daß ich jede mir übertragene Aufgabe auszuführen habe“.¹⁴¹ Damit war auch die Mißachtung gesetzlicher Schranken impliziert, was die preußischen Behörden einmal mehr an der „Legalität“ der NSDAP zweifeln ließ.¹⁴²

Die Ausprägung des paramilitärischen Profils der Berliner NSDAP berührte freilich eine grundsätzliche Problematik. Sie ähnelte in vielfältiger Hinsicht denjenigen Schwierigkeiten, die auch das Verhältnis zwischen KPD und RFB aufwarf und die mit der beiderseits verfolgten Legalitätstaktik zusammenhingen. Wie oben gezeigt wurde, begleiteten schon die (Neu-)Gründungsphase der Berliner NSDAP im Jahre 1926 tiefgreifende Auseinandersetzungen über Natur und Wirkungsfeld der SA. Hitlers Konzept des „politischen Soldaten“, das zur offiziellen Parteilinie und zum Komplement der „Legalitätstaktik“ geworden war, traf nicht überall auf Zustimmung. Im Oktober 1928 klagte Goebbels über die fortbestehenden „alten Reibungen“ mit der SA.¹⁴³ Und in dem Maße, wie im Verlauf des Jahres 1930 die Legalitätstaktik definitiv zur unverrückbaren Parteidoktrin wurde, mußten sich die latenten Gegensätze verschärfen.

Ihrem ganzen Zuschnitt nach war gerade die Berliner SA alles andere als auf Legalität und langwieriges, geduldiges Taktieren eingestellt. Der Großteil ihrer Mitglieder befand sich im Zustand der permanenten Mobilisierung und stand im physischen Zusammentreffen mit den Kommunisten stets in vorderster Front. Dementsprechend prägte der Rekurs auf das „Blutopfer“ des „Unbekannten SA-Mannes“ das Selbstverständnis der SA-Gefolgschaft entscheidend. Die sich hieraus ergebenden Handlungsoptionen lauteten eher auf Gewalt und Umsturz als auf die von Hitler im Ulmer

¹³⁷ Siehe unten, S. 599ff., zum Problem der Bewaffnung.

¹³⁸ Siehe BAP RMI, Nr. 25793, die Denkschrift des preußischen Innenministeriums vom 6.4.1932. Vgl. GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, fol. 275–286; ebd., Nr. 311, fol. 63, Rundschreiben der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern vom 2.3.1932.

¹³⁹ Schon das Berliner Polizeipräsidium wies darauf hin, daß allein KPD und NSDAP über einen eigenen Apparat zur Bespitzelung von Behörden verfügten – ein Niederschlag der schon mehrfach erwähnten Antizipation des antitotalitären Grundkonsenses, welche die Arbeit der preußischen Innenbehörden prägte. Siehe BAP RMI, 25793, fol. 65, Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin an den Preußischen Minister des Innern, 18.3.1932.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Tagebücher von Joseph Goebbels, Sämtliche Fragmente Bd. I, S. 274 (9.10.1928).

Reichwehrprozeß noch einmal feierlich beschworene „Legalität“.¹⁴⁴ Eine wichtige Rolle scheint in diesem Zusammenhang Hermann Ehrhardt gespielt zu haben, der als wichtigster Exponent der Freikorpsstradition in die Berliner SA hineinwirkte. Nach Erkenntnissen der Polizei pflegte Ehrhardt nicht nur engen Kontakt mit Röhm und Stennes, sondern auch mit einer Vielzahl ehemaliger Wikingbund-Mitglieder, die Anfang der dreißiger Jahre in der SA führende Positionen bekleideten.¹⁴⁵ Hinzu kam das sozialrevolutionäre Motiv, das in der Frühzeit der Berliner NSDAP, vermittelt durch den Straßer-Flügel, stets virulent blieb.¹⁴⁶

Die damit angelegte Spannung zwischen aktivistischer, paramilitärisch geprägter Basis und den an der Legalität orientierten Parteifunktionären verschärfte sich mit dem parlamentarischen Erfolg der NSDAP. Die jungen, häufig arbeitslosen und zum Radikalismus tendierenden Mitglieder der Berliner SA und NSDAP begannen die festangestellten Funktionäre und Redakteure als „Bonzen“ zu disqualifizieren.¹⁴⁷ Den Anlaß zur offenen Revolte, die sich seit der zweiten Jahreshälfte 1930 anbahnte und die schließlich mit dem Ausschluß des „Osaf Ost“, des Polizeihauptmanns a.D. Walther Stennes, endete, gab zunächst eine Art innerparteilicher Verteilungskonflikt.¹⁴⁸ Schon im Sommer 1930 beklagte sich Stennes bei dem damals noch amtierenden Obersten Führer der SA, Pfeffer von Salomon, über die teils unzumutbare Arbeitsbelastung der Berliner SA, der aber andererseits eine völlig unzureichende finanzielle Ausstattung gegenüberstehe.¹⁴⁹ Hinzu kam angesichts der bevorstehenden Septemberwahlen die Forderung Stennes' und anderer SA-Führer nach der Zuteilung von Reichstagsmandaten zur Verfügung in ihrem jeweiligen Befehlsbereich. Als die SA-Führer mit dieser Forderung nicht durchdrangen – sie scheiterte am mangelnden Durchsetzungsvermögen v. Pfeffers bei Hitler – spitzte sich die Krise zu; so wurde u.a. in Berlin die Geschäftsstelle der NSDAP durch SA-Leute besetzt.¹⁵⁰

Offensichtlich gelang es Hitler zunächst, nach dem Rücktritt von Pfeffers vom Posten des Obersten SA-Führers, die Wogen zu glätten. Er reiste selbst nach Berlin, um der dortigen SA am 1. September 1930 unter großem Beifall sein Legalitätskalkül ausführlich darzulegen.¹⁵¹ Zugleich verfügte er die Erhebung einer besonderen SA-Zulage in Höhe von 20 Pfennig pro Mitglied, die zusammen mit anderen Mitteln aus-

¹⁴⁴ Siehe Hitlers Zeugenaussage vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25. September 1930 in: Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September 1930, Teil 3: Januar 1930–September 1930, hrsg. u. kommentiert v. Christian Hartmann, München 1995, S. 441. Vgl. hierzu auch unten, S. 584.

¹⁴⁵ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 758, Vermerk über den Kapitän a.D. Ehrhardt vom 21.2.1931.

¹⁴⁶ Siehe dazu Patrick Moreau, Nationalsozialisten von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930–1935 (Studien zur Zeitgeschichte 28), Stuttgart 1984; Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 6), Meisenheim am Glan 1966, v.a. S. 216ff. u. 245ff.

¹⁴⁷ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 195, Polizeibericht vom 30.3.1931 über den Gautag des Gaues Berlin der NSDAP am 4.3.1931. Der Vorwurf des „Bonzentums“ traf im übrigen auch die höheren SA-Führer selbst. Siehe Longerich, Bataillone, S. 146f.

¹⁴⁸ Vgl. zur Stennes-Revolte Moreau, Nationalsozialisten, S. 71ff.; aus der Sicht von Stennes selbst Charles Drage, Als Hitler nach Canossa ging, Berlin 1982 (zuerst engl. 1958), S. 110ff.

¹⁴⁹ Siehe den von Stennes selbst herausgegebenen, vervielfältigten Bericht: Wie es zur Stennes-Aktion kam!, IFZ-Archiv Fa 88, Fasc. 83, S. 2. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 461ff.

¹⁵⁰ Vgl. zur Krise im Sommer 1930 Longerich, Bataillone, S. 102f.

¹⁵¹ Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen III/3, Dok. 101, S. 378f., Rede auf SA-Versammlung in Berlin, 1.9.1930.

schließlich der SA zugeführt werden sollte.¹⁵² Stennes behauptete später, diese Anordnung sei von den politischen Leitern der SA systematisch unterlaufen worden.¹⁵³ Daß auf der anderen Seite nach wie vor außerordentliche Summen für Agitation und Propaganda seitens der politischen Leiter ausgegeben wurden, steigerte die Verbitterung in den Reihen der SA. „Die politischen Leiter verpulvern das Geld und wir dürfen dafür die Knochen hinhalten“, lautete die Kurzformel dieser Stimmung.¹⁵⁴

Die Einzelheiten der im Frühjahr 1931 kulminierenden Krise in der Berliner SA – in deren Verlauf der Gauleiter Goebbels eine widersprüchliche Rolle spielte – brauchen hier nicht näher zu interessieren.¹⁵⁵ Wichtig bleibt festzuhalten, daß auch die NSDAP nicht von einem Konflikt verschont blieb, der für totalitäre Bewegungen als typisch angesehen werden kann: Es handelt sich um den Widerspruch zwischen revolutionärem, aus einem konsequenten Freund-Feind-Denken resultierendem Voluntarismus einerseits und den Legalitätszwängen andererseits, die das systemfeindliche Agieren im demokratischen Raum erfordert.¹⁵⁶ Vor diesem Hintergrund stellten die Trennung von Otto Straßer im Jahre 1930 und der Ausschluß von Walther Stennes und seinen Anhängern im Frühjahr 1931 eine Art innerparteilicher Flurbereinigung dar. Sie ordnete das revolutionäre Motiv definitiv dem Legalitätskurs unter und zwang auch die SA unter die Prärogative des von nun an in der NSDAP unbeschränkt geltenden Führerprinzips.

Die Entwicklung der NSDAP, wie sie sich in Berlin bis zur Machtergreifung darstellte, offenbart alle typischen Merkmale einer totalitären Bewegung. Die hierarchisch gegliederte, von oben nach unten durchorganisierte *Führerpartei* suchte in alle Bereiche der Gesellschaft einzudringen und ihre eigenen Organisationen gewissermaßen in sie hineinzupressen. Zur Unterstützung und gegebenenfalls zur Durchsetzung des damit verbundenen Anspruches auf ein Nachrichten-, Informations- und Meinungsmonopol entwickelte die NSDAP in Berlin einen aufwendigen *Propagandaapparat*. Überhaupt stellten Agitation und Propaganda bis zur Machtergreifung die hauptsächlichsten Tätigkeitsmerkmale der Partei dar. Und in dem Maße, wie sich der eigene totalitäre Anspruch nur unter Androhung bzw. Ausübung von Gewalt durchsetzen ließ, gelangte auch das Merkmal der *paramilitärischen Organisation* zur vollen Ausprägung. Kennzeichnend hierfür war das Konzept des ideologisch fanatisierten „politischen Soldaten“, das die NSDAP mit der KPD teilte. Den paramilitärischen Verbänden wies es die Rolle des ebenso disziplinierten wie aggressiven, am Schnittpunkt von demokratischer Legalität und systemfeindlicher Zielsetzung agierenden Propagandainstrumentes zu.

¹⁵² Ebd., Dok. 102, S. 381, Anordnung vom 2.9.1931.

¹⁵³ Wie es zur Stennes-Aktion kam, S. 2. Die Chronologie der Ereignisse wird in diesem Bericht vertauscht.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Siehe hierzu Werner, SA und NSDAP, S. 521–535; Moreau, Nationalsozialisten, S. 73ff.; Jongenrich, Bataillon, S. 109ff. Vgl. auch B.I.H.A. Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 2141, fol. 3–8, Mitteilungen des I.K.P.B. vom 1.5.1931.

¹⁵⁶ Hinzu kam freilich die gleichsam „normale“, in den meisten Parteien und Verbänden der Zeit zu beobachtende Tendenz zur „Oligarchisierung“, die Michels, Soziologie des Parteiwesens, analysiert hat.

4. Nationalsozialistische Ideologie und Antisemitismus

Als letztes und zugleich zentrales Merkmal der totalitären Bewegung gilt es, auf die *Ideologie* der NSDAP einzugehen. Freilich wäre es redundant und hier auch nicht zu leisten, die nationalsozialistische Ideologie umfanglich darzustellen.¹⁵⁷ Vielmehr geht es im vorliegenden Gesamtzusammenhang um ein dreifaches Erkenntnisinteresse: Erstens stellt sich die Frage nach möglichen Kontinuitätslinien zwischen dem Rechts-Extremismus der frühen zwanziger Jahre und dem Durchbruch des Nationalsozialismus in der Reichshauptstadt; zweitens gilt es die spezifische Berliner Erscheinungsform der nationalsozialistischen Propaganda zu analysieren; hiervon ausgehend müssen schließlich drittens konkrete Vergleichs- und Differenzkriterien gewonnen werden, welche die vergleichend-kontrastierende Betrachtung der „faschistischen“ und rechtsextremen Tendenzen im Frankreich und Paris der dreißiger Jahre ermöglichen.

In einem früheren Kapitel wurde bereits ausgeführt, daß der Rechtsextremismus der frühen zwanziger Jahre sich aus zwei unterschiedlichen, analytisch streng voneinander zu unterscheidenden Quellen speiste.¹⁵⁸ Zum einen handelte es sich um das „faschistische“ Potential, das der totalitären Herausforderung durch den Kommunismus mittels eines pervertierten und aus seinen rechtsstaatlichen Bezügen herausgelösten Konzeptes politisch-sozialer „Selbsthilfe“ zu begegnen gedachte. In seinem Mittelpunkt standen die Paradigmen „Notwehr“ und „Ordnung“. Solche faschistischen Potentiale waren in Organisationen wie der Technischen Nothilfe, den Einwohnerwehren und den antibolschewistischen Vereinen des Jahres 1919 zumindest teilweise präsent. Auch während der Mitte der zwanziger Jahre bestanden sie latent fort, selbst immer wieder gespeist und reaktiviert durch Propaganda und Agitation der KPD, in deren Verlauf auch gewaltsame Übergriffe auf der Tagesordnung blieben. Seit Ende der zwanziger Jahre konnte die NSDAP daher in Berlin von dem teilweise verbreiteten Bedürfnis profitieren, dem Fanatismus der kommunistischen Agitation etwas „Gleichwertiges“ entgegenzusetzen. Indem NSDAP und SA sich dazu berufen fühlten, in einer absoluten Freund-Feind-Politik den kommunistischen „Terror“ zu brechen, „Gewalt gegen Gewalt“ auszuüben und „Terror“ gegen „Terror“ zu stellen, knüpften sie an entsprechende Stimmungen v.a. in den bürgerlich-mittelständischen Kreisen Berlins an. „Notwehr“ war in diesem Zusammenhang ein zentraler Begriff. Hitler und seine Partei eigneten sich dieses Kalkül systematisch an, nutzten es taktisch und propagandistisch aus.

Mithin knüpfte die NSDAP Anfang der dreißiger Jahre im Reich wie in Berlin erfolgreich an jenes seit der Novemberrevolution bestehende faschistische Potential an, das auf einem die Grenzen des Rechtsstaates sprengenden Prinzip der „Selbsthilfe“ beruhte. Zwar hatten die Mitglieder von NSDAP und SA im Rahmen der Legalitätstaktik klare Anweisung, staatliche Organe, insbesondere die Polizei, keinesfalls selbst anzugreifen oder gewalttätigen Widerstand zu leisten. Und anders als die Mitglieder und Sympathisanten der KPD befolgte die große Mehrzahl der Nationalsozialisten diese Anweisung auch. „Notwehr“ gegen den inneren, „bolschewistischen“ Feind und eine rechtlich nicht qualifizierte „Ordnung“ waren dagegen die Schlüsselbegriffe eines Prinzips, das extralegale Gewalt als legitime Gegengewalt rechtfertigte.

¹⁵⁷ Vgl. dazu Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, erw. u. überarb. Neuausgabe Stuttgart 1981; Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 2. Aufl. Stuttgart 1989; Altgeld, Ideologie des Nationalsozialismus; Klepsch, Nationalsozialistische Ideologie.

¹⁵⁸ Siehe oben, S. 313ff.

Insofern, als die NSDAP dieses Prinzip noch radikalisierte und für ihre Zwecke einsetzte, läßt sie sich als faschistische Bewegung charakterisieren. Für Berlin gilt dies um so mehr, als hier der kommunistische „Feind“, gegen den man Notwehrmaßnahmen ergreifen zu müssen vorgab, besonders stark präsent war. Das antikommunistische Motiv besaß daher in der Reichshauptstadt besondere Relevanz, Plausibilität und Mobilisierungskraft. Darüber hinaus konnte es im fast alltäglichen physischen Zusammenstoß mit dem Gegner immer wieder aufs neue verifiziert werden. Die Eroberung des „roten“ Berlin gehörte zum Gründungsmythos des Dritten Reiches.

Wenn es also außer Zweifel steht, daß die kommunistische Herausforderung für die Geschichte der NSDAP eine wichtige Rolle spielte, so ging deren Stoßkraft doch deutlich über das antikommunistische Notwehrkonzept – das für sich genommen ja noch keine Ideologie darstellte – hinaus. Zwar gefiel sich die NSDAP als „Todfeind der Marxisten und Kommunisten“¹⁵⁹, aber mit diesem Kampf suchte sie zugleich die demokratischen Institutionen und die sie repräsentierenden Personen der Weimarer Republik zu treffen. Konsequenterweise suchte die nationalsozialistische Propaganda, den „Terror“ der KPD dem Konto der Republik anzurechnen. Schon in der Anfangsphase der Weimarer Republik hatten die rechtsextremen Kräfte die propagandistische Behauptung aufgestellt, die Regierungen der Weimarer Koalition und insonderheit die sozialdemokratisch, d.h. „marxistisch“ geführten Innenbehörden favorisierten den Kommunismus, sofern sie mit ihm nicht ohnehin unter einer Decke steckten.¹⁶⁰ An diese Argumentationsfigur knüpfte die NSDAP Anfang der dreißiger Jahre systematisch an. Immer wieder wurde die „Wehrlosmachung“ der eigenen Anhänger gegenüber der kommunistischen Aggression behauptet.¹⁶¹ In Berlin entfaltete Goebbels eine systematische Hetzpropaganda gegen die preußischen Innenbehörden im allgemeinen und gegen die Berliner Polizei im besonderen. Dabei wurde kein Zweifel daran gelassen, daß man ungeduldig auf den Tag der „Abrechnung“ wartete. Auch dies spricht noch nicht gegen die Charakterisierung der NSDAP als faschistisch: Vielmehr kennzeichnete es faschistische oder faschismusnahe Bewegungen auch in Italien oder Frankreich, daß sie liberale und vor allem sozialdemokratische bzw. sozialistische Kräfte unter das Feindbild „Marxismus“ subsumierten, damit jeglichen Weg der politischen Mitte und des demokratischen Ausgleichs ideologisch versperrten und einen totalitären Optionszwang konstituierten.

Daß die grundsätzliche Systemfeindschaft der NSDAP auch in Berlin immer wieder mit einer antisemitischen Imputation verbunden wurde, war dagegen *nicht* auf das beschriebene faschistische Potential der Hauptstadt zurückzuführen; vielmehr besaß es seine Wurzeln in der grundsätzlich zu unterscheidenden anderen und älteren Wurzel des Rechtsextremismus: in der völkisch-antisemitischen Ideologie der Vorkriegszeit mit ihren rassistischen und verschwörungstheoretischen Grundmustern.

In der (bisher allerdings kaum existenten) Forschung ist meist die Auffassung vertreten worden, in Berlin habe der Antisemitismus für die Agitation und Propaganda der NSDAP während der Durchbruchphase 1930–1933 eine höchstens ganz margi-

¹⁵⁹ So Göring in einer Berliner Massenkundgebung im Sportpalast am 7.2.1930, GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 24.

¹⁶⁰ Dazu oben, S. 300f.

¹⁶¹ Typisch z.B. Hitlers Artikel über die „Politik der Woche“ im Illustrierten Beobachter vom 16.8.1930, wiederabgedr. in: Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen III/3, Dok. 89, S. 339f.

nale Rolle gespielt.¹⁶² Tatsächlich hätte man in der „roten“ Reichshauptstadt am ehesten vermuten können, daß in der nationalsozialistischen Propaganda das völkisch-antisemitische Motiv zugunsten des faschistisch-antikommunistischen Motivs zurücktreten würde. Doch in Wirklichkeit standen antisemitische Schuldzuweisungen und antisemitische Hetze auch während der frühen dreißiger Jahre auf der Tagesordnung. Nicht nur der Kommunismus oder der „Marxismus“ wurde als der „Hauptfeind“ der Nationalsozialisten fixiert, sondern auch und immer wieder der „Jude“:¹⁶³ Dabei verwandten die Berliner Nationalsozialisten in ihrer Propaganda nicht nur den Topos des „jüdischen Bolschewismus“; vielmehr identifizierten sie durchgehend das bestehende politische System mit „den Juden“. Mit ihnen waren dann nicht nur Chiffren für Finanzkapital und Marxismus gemeint, sondern ganz konkret die in der Reichshauptstadt ansässigen Repräsentanten von Politik, Wirtschaft und Kultur. „In Berlin“, so deklamierte ein nationalsozialistischer Versammlungsredner auf einer Wahlveranstaltung im November 1929, „säße der Todfeind der N.S.D.A.P., der Jude, der hier richtig getroffen werden könne. Mit den Juden würde solange abgerechnet werden, bis der Jude oder die Nationalsozialisten auf der Strecke blieben [...]. Früher hätten die Juden mit den Christen Sklavenhandel getrieben, auch heute sei es wieder dieses Raubgesindel der Juden, welches uns regiere.“ Auf derselben Versammlung bestätigte Goebbels: „Da der Jude das Volk verderbe, müsse er in erster Linie ausgerottet werden.“¹⁶⁴ In anderen Veranstaltungen wurde über „rassenfremde Elemente“ geklagt, die sich „in die führenden Staatsstellungen eingenistet“ hätten;¹⁶⁵ Aufgabe der NSDAP sei es, „den Rassenkampf gegen die Juden zu führen“.¹⁶⁶ Und empörte Passanten – die mit dem Kommunismus nicht das geringste zu tun hatten – berichteten von nationalsozialistischen Demonstrationstrupps, die von LKW-Patrouillen herabriefen: „Schlagt die Juden tot!“¹⁶⁷

In diesem Kontext standen auch die gravierendsten antijüdischen Ausschreitungen, welche die Berliner Nationalsozialisten vor 1933 provozierten: Am Abend des 12. September 1931 marschierten rund 1.000 SA-Leute am Kurfürstendamm auf, brüllten antisemitische Parolen wie „Juda verrecke“ und „Schlagt die Juden tot“, griffen zahllose jüdische Passanten an und mißhandelten sie. Dirigiert von dem Berliner SA-Führer, dem Grafen Wolf-Heinrich von Helldorf, der sich im Auto auf dem Kur-

¹⁶² So kommt Oded Heilbronner, *The Role of Nazi Antisemitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda – A Regional Historiographical Study*, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 397–439, hier S. 435ff., zu dem Ergebnis: „According to existing research, antisemitism [in Berlin] was not a central element of Party activity and it seems likely that it will remain marginal in future studies as well“ (S. 436f.). Vgl. auch Ders., *Where Did Nazi Anti-Semitism Disappear to? Anti-Semitic Propaganda and Ideology of the Nazi Party, 1929–1933: A Historiographic Study*, in: *Yad Vashem Studies* 21 (1991), S. 263–286 (z.T. identisch mit der o.g. Studie). Auch für Hamilton, *Who voted for Hitler*, der u.a. die Berliner Wählerschaft der Nationalsozialisten eingehend untersucht hat, spielte der Antisemitismus für die Attraktion der Partei eine höchstens untergeordnete Rolle. Hamilton legt dagegen auf das Motiv des („hysterischen“) Antikommunismus insbesondere in den bürgerlichen Schichten größtes Gewicht. Vgl. ebd., S. 605ff.

¹⁶³ Siehe z.B. *Dcr Angriff*, Nr. 74, 14.9.1930 (S. 2: „Das ist der Feind“).

¹⁶⁴ *GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 8–9*, Polizeibericht vom 15.11.1929 über eine Versammlung der NSDAP, Sektion Waidmannslust, am 14.11.1929.

¹⁶⁵ Ebd., fol. 37, Polizeibericht vom 8.4.1930 über die Massendemonstration der NSDAP im Sportpalast am 2.4.1930.

¹⁶⁶ Ebd., fol. 154, Polizeibericht vom 28.6.1930.

¹⁶⁷ *BJlIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7553, fol. 22*. Weitere Einzelfälle antisemitischer Hetze z.B. in *GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 158–159, 9.1.1931, fol. 160, 24.12.1930, fol. 161, 24.12.1930*.

fürstendamm auf und ab chauffieren ließ, nahmen die SA-Krawalle Züge eines antisemitischen Pogroms an, das eine Ahnung von kommenden Dingen vermittelte.¹⁶⁸

Auch die systematische Auswertung des „Angriff“, des wichtigsten Propagandaorgans des Berliner Gaues zeigt, in welchem Maße antisemitische Elemente auch zu Beginn der dreißiger Jahre für die Selbstperzeption und Präsentation der Berliner NSDAP von Bedeutung waren. Die antisemitische Hetze spielte in der nationalsozialistischen Propaganda stets eine zentrale Rolle. Neben dem Topos des „jüdischen Bolschewismus“ bzw. „Marxismus“ sind dabei vier Stoßrichtungen erkennbar, in welche das ganze Arsenal des Antisemitismus gerichtet wird und die zusammen einem umfassenden Schuldspruch gleichkommen: *Erstens* verknüpften Goebbels und der „Angriff“ die Angst vor der wirtschaftlichen Katastrophe und den antikapitalistischen „Zeitgeist“ mit der Diffamierung des jüdischen Handels. Durch unseriösen Zwischenhandel, dubiose Devisengeschäfte, kriminelle Schieberereien und in verwahrlosten Warenhäusern gelänge es den Juden, sich durch Ausbeutung und Aussaugung des deutschen Volkes zu bereichern.¹⁶⁹ Der nach der Machtergreifung durchgesetzte Boykottauftrag gegen jüdische Händler begegnete zu dieser Zeit bereits im „Angriff“, der seiner Kleinanzeigenrubrik regelmäßig Losungen wie „Berücksichtigt nicht die jüdischen Geschäfte, kauft nur bei Deutschen“ oder „Kauft nicht in jüdischen Geschäften“ beigab.¹⁷⁰

Zweitens wurde wieder und wieder – z.T. mittels Ausmalung der absonderlichsten Details – das Stereotyp des jüdischen Verbrechers gezeichnet. Juden wurden im „Angriff“ regelmäßig als Mädchenhändler, Einbrecher, Hehler etc. sowie als „Förderer und Nutznießer der Unterwelt“ porträtiert.¹⁷¹ Damit einher ging die Propaganda gegen die ostjüdische Einwanderung nach Berlin, in der man einen Krebschaden der hauptstädtischen Gesellschaft erkennen wollte.¹⁷²

Die *dritte* Stoßrichtung der antisemitischen Propaganda des „Angriff“ richtete sich auf das jüdische Eindringen in den Kultur, Schul- und Wissenschaftsbereich. Die angebliche jüdische Beherrschung des Presse- und Filmwesens, der Schulen und Uni-

¹⁶⁸ Ted Harrison, „Alter Kämpfer“ im Widerstand. Graf Helldorf, die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 385–423, hier S. 391f.

¹⁶⁹ Siehe z.B. Der Angriff, Nr. 127, 24.12.1930 (S. 1: „Ausbeutung für das jüdische Weihnachtsgeschäft“); Nr. 84, 22.4.1931 (S. 2: „Ein jüdischer Wissenschaftler spricht“); Nr. 119, 4.6.1931 (S. 6: „Aus einem jüdischen Warenhaus“); Nr. 136, 5.7.1932 (S. 7: „Am Ende der Geflügelwirtschaft“); Nr. 138, 7.7.1932 (S. 7: „Juden saugen das verarmte deutsche Volk aus“); Nr. 196, 28.9.1932 (S. 7: „Jüdische Schieber drücken den Roggenpreis“); Nr. 197, 29.9.1932 (S. 12: „Jude Glogauer und der ‚Unbekannte‘“); Nr. 202, 5.10.1932 (S. 6: „Jüdischer Viehhändler als Betrüger entlarvt“).

¹⁷⁰ Z.B.: Der Angriff, Nr. 68, 1.4.1931, S. 9; Nr. 73, 9.4.1931, S. 9; Nr. 134, 6.7.1931, S. 9; Nr. 138, 7.7.1932, S. 9.

¹⁷¹ Siehe z.B.: Der Angriff, Nr. 91, 5.11.1930 (S. 7: „Polnischer Jude als Einbrecher“); Nr. 102, 25.11.1930 (S. 6: „Der Juden König“); Nr. 110, 4.12.1930 (S. 2: „Gegen den jüdischen Mädchenhandel“); Nr. 8, 10.1.1931 (S. 10: „Juden als Förderer und Nutznießer der Unterwelt“); Nr. 55, 17.3.1931 (S. 11: „Jüdische Spitzbuben“); Nr. 89, 28.4.1931 (S. 12: „Die Juden und das Unterweltgesindel: Verbrechen nach Maß“); Nr. 125, 25.6.1931 (S. 12: „Judenmax als Bandenstrolch“); Nr. 184, 14.9.1932 (S. 12: „Jüdischer Mädchenmörder vor Gericht“); Nr. 189, 20.9.1932 (S. 7: „Jüdische Gauner“).

¹⁷² Z.B. Der Angriff, Nr. 94, 8.11.1930 (S. 7: „Neue jüdische Bürger“); Nr. 13, 16.1.1931 (S. 7: „Wie sind sie nach Deutschland gekommen?“); Nr. 72, 8.4.1931 (S. 3: Abwehr des Jüdischen, aber nicht bei uns“); Nr. 138, 7.7.1932 (S. 7: „Ostjuden gegen Deutschland“). Zu den Ostjuden, zur ostjüdischen Einwanderung und zum politisch-gesellschaftlichen Umgang mit ihnen in der Weimarer Republik grundlegend: Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986. Siehe hier v.a. S. 492ff. über die innenpolitische Funktion der Ostjudenfrage zur Diskreditierung der Republik.

versitäten war ein stereotypenhaft wiederkehrender Topos.¹⁷³ Einen Höhepunkt stellte in diesem Zusammenhang Anfang Dezember 1930 die Kampagne des „Angriffs“ und der Berliner NSDAP gegen die Aufführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ nach dem gleichnamigen Roman von Erich Maria Remarque dar. Die tagelange Hetze und Agitation gegen die Aufführung war schließlich von „Erfolg“ gekrönt, und auf Intervention der Reichsregierung wurde der Film vom Programm abgesetzt.¹⁷⁴

Von zentraler Bedeutung war schließlich die *vierte* Stoßrichtung der antisemitischen Propaganda, mit der Goebbels und die Berliner NSDAP die preußische und hauptstädtische Politik und Verwaltung treffen wollten. Angeprangert wurden u.a. die vermeintliche Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrtsämtern und jüdischen Pfandleihern,¹⁷⁵ die angebliche Bestechung von Polizeibeamten durch jüdische Taxifahrer¹⁷⁶ sowie die behauptete jüdische Korruption im Wohnungswesen¹⁷⁷, auf den Arbeitsnachweisen¹⁷⁸ und in den Bezirksämtern.¹⁷⁹ Die propagandistische Quintessenz dieses Zusammenspiels zwischen „Verbrecher[n] und marxistische[n] Minister[n]“ lag in der Hypothese, Juden, Kommunisten und Kapitalisten fänden sich in der Zuneigung zu ostjüdischen Verbrechern zusammen.¹⁸⁰

Mithin fungierte der Antisemitismus der NSDAP in Berlin keineswegs nur als „ideologischer Schlüssel“ für einen genuine Antikommunismus, wie Ernst Nolte gemeint hat.¹⁸¹ Vielmehr handelte es sich um einen universalen Schlüssel zur kognitiven Aufschließung und „Erklärung“ der gesamten Realität, der Gegenwart und der Zukunftsperspektive. Damit verband sich freilich die konkrete, machtpolitische Funktion der antisemitischen Propaganda, sofern sie sich gegen die preußische Politik und Verwaltung richtete. Goebbels war die machtpolitische Schlüsselrolle Preußens und des Berliner Polizeipräsidiums stets bewußt: „Der Schlüssel zur Macht über Deutschland liegt in Preußen. Wer Preußen hat, der hat das Reich. Und der Weg zur Macht in Preußen geht über die Eroberung von Berlin.“¹⁸² Wenn also vom „Kampf um die Macht“ gesprochen wird, den die Nationalsozialisten geführt hätten, so geht es weniger um den Kampf gegen die Kommunisten,¹⁸³ sondern in erster Linie um den Kampf gegen das bestehende rechtsstaatlich-demokra-

¹⁷³ Siehe z.B. Der Angriff, Nr. 93, 7.11.1930 (S. 6: „Juden und Sänger“); Nr. 2, 3.1.1931 (S. 7: „Wie die jüdische Journaille in Sensation macht“); Nr. 6, 8.1.1931 (S. 7: „Die widerliche Hetze der jüdischen Journaille“); Nr. 27, 2.2.1931 (S. 4: „Die Rassefragen vor dem richtigen Forum“); Nr. 40, 27.2.1931 (S. 11: „Jüdisches Theater im Werner-Siemens-Realgymnasium“); Nr. 54, 16.3.1931 (S. 11: „Jüdischer Klamauk als ‚deutsche Kultur‘“); Nr. 87, 25.4.1931 (S. 7: „Film: Eine ungläubliche jüdische Schmutzerei“); Nr. 129, 30.6.1931 (S. 9: „Studenten geschlossen gegen den Judenmob“).

¹⁷⁴ Siehe Der Angriff, Nr. 112, 6.12.1930; Nr. 113, 8.12.1930; Nr. 115, 10.12.1930; Nr. 116, 11.12.1930; Nr. 117, 12.12.1930. Der Vorfall ist dargestellt bei Martin Broszat, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984, S. 60ff.

¹⁷⁵ Der Angriff, Nr. 120, 16.12.1930 (S. 7: „Wohlfahrtsämter und Juden“).

¹⁷⁶ Der Angriff, Nr. 20, 24.1.1931 (S. 12: „Jüdische Autobesitzer“).

¹⁷⁷ Der Angriff, Nr. 48, 9.3.1931 (S. 11: „Jude Lery erhält Unterstützung für eine vierzimmerwohnung“).

¹⁷⁸ Der Angriff, Nr. 104, 16.5.1931 (S. 11: „Schmierenkomödiant als Beamter. Jüdische Willkür auf dem ‚Paritätischen‘“); Nr. 107, 20.5.1931 (S. 7: „Noch einmal: der ‚Paritätische‘“).

¹⁷⁹ Der Angriff, Nr. 110, 23.5.1931 (S. 12: „Deutsche können verhungern, Juden wirft man das Geld in den Rachen: Skandal im Bezirksamt Charlottenburg“).

¹⁸⁰ Der Angriff, Nr. 245, 25.11.1932 (S. 7: „Verbrecher und marxistische Minister“).

¹⁸¹ Nolte, Bürgerkrieg, S. 120.

¹⁸² Der Angriff, Nr. 50, 5.10.1930, „Die Preußenfrage“.

¹⁸³ Dies das Leitmotiv der Arbeit von Striefler, Kampf.

tische System. Und gerade in dieser Stoßrichtung wurde das antisemitische Element als Mobilisierungsfaktor systematisch eingesetzt. „In Preußen sitzt der Haupttrupp der jüdisch-marxistischen Macht,“ so verband Goebbels seine Analyse der innenpolitischen Machtstrukturen mit der antisemitischen Hetze: „Im Polizeipräsidium in Berlin sitzt ein Jude als Vizepräsident. Das preußische Innenministerium ist ein Dorado für Zionisten und galizische Menschenrechtler.“¹⁸⁴

Ihre schärfste personelle Zuspitzung erfuhr die antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten denn auch in der Kampagne gegen den jüdischen Vizepräsidenten der Berliner Polizei, Bernhard Weiß, mehrfach ausgezeichneten Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg, ein überzeugter Republikaner und Mitglied der DDP. Der „Angriff“ ließ keine Gelegenheit aus, „Isidor“ Weiß in Wort und Bild mit antisemitischen und systemfeindlichen Hetzparolen zu attackieren und somit den Kampf gegen das bestehende System mit der antisemitischen Ideologie zu verbinden.¹⁸⁵ Zwar scheint es in der Berliner Parteiorganisation auch Kritik an der Kampagne gegen Weiß gegeben zu haben; doch habe, wie Otto Straßer rückblickend feststellte, „der agitatorische Erfolg [...] Goebbels recht gegeben.“¹⁸⁶

Zusammengenommen weisen die Quellen unzweideutig darauf hin, daß die völkisch-antisemitische Ideologie in Berlin für die Propaganda der NSDAP auch in deren Durchbruchphase Anfang der dreißiger Jahre eine konstitutive Rolle spielte. Die bislang gegenteilige Auffassung der Forschung bedarf daher der Revision.¹⁸⁷ Deutlich wird vielmehr, daß auch die NSDAP, wie sie sich während der „Machtergreifungsphase“ in Berlin darstellte, einen letztlich irreduziblen, völkisch-antisemitischen Ideologiekern aufwies. Dem steht auch keineswegs der Einwand entgegen, die Berliner SA hätte zwar die Kommunisten physisch angegriffen, in der Regel aber keine Juden.¹⁸⁸ Denn – meist wehrlose – Juden zu attackieren, wäre trotz aller propagandistischen Bemühungen nicht mehr mit der „Legalitätstaktik“ vereinbar gewesen. Diese lebte vom Anspruch auf das Recht der Notwehr, was das inhärente Gewaltpotential der nationalsozialistischen Ideologie zwingend auf die Kommunisten verwies.

Es ist daher auch keineswegs ein Widerspruch, wenn ein Großteil der nationalsozialistischen Aktivisten – von den Wählern gar nicht zu reden – sich der NSDAP aus gänzlich anderen Motiven als dem des Antisemitismus anschlossen. So hat etwa Peter Merkl in seiner auf den autobiographischen Materialien der Abel-Collection beruhenden Arbeit gezeigt, daß für den größten Teil seines Samples der antikommunistische und gegenrevolutionäre Impuls die wichtigste Triebkraft zur paramilitärischen Mobilisierung gewesen ist. Dagegen offenbarten nur 8% der Angehörigen seiner Untersu-

¹⁸⁴ Der Angriff, Nr. 50, 5.10.1930.

¹⁸⁵ Zur Person von Bernhard Weiß vgl. Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin u. New York 1977, S. 61, 75 u. 177. Die Kampagne selbst ist geschildert bei Reuth, Goebbels, S. 128ff., hier auch Informationen über die Entstehung des Spitznamens „Isidor“, der ursprünglich von der kommunistischen Presse geprägt worden war. Vgl. auch Lemmons, Goebbels, S. 112ff.; Dietz Bering, Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse: Der Beginn der Auseinandersetzung zwischen Polizeivizepräsident Bernhard Weiß und der NSDAP, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart (1983), S. 87–112.

¹⁸⁶ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 780, Niederschrift von Unterredungen, die ein unbekannter, aber zuverlässiger Polizeiinformant mit Otto Straßer Ende Februar 1931 geführt hat. Die Gesprächsnotiz wurde von der Berliner Polizei eingehend auf ihre Authentizität hin überprüft, wonach an ihrer Zuverlässigkeit kein Zweifel gelassen wurde. Ebd., fol. 795–799.

¹⁸⁷ Siehe Heilbronner, Role of Nazi Antisemitism, S. 435ff.; Hamilton, Who Voted for Hitler, S. 605ff.

¹⁸⁸ Vgl. Heilbronner, Role of Nazi Antisemitism, S. 436.

chungsgruppe, von denen rund ein Drittel in Berlin lebten, eine spezifische antisemitische Disposition als „Militarisierungs“-Faktor. Auch gaben lediglich 12,5% der in der Abel-Collection erfaßten Nationalsozialisten Juden als hauptsächliches Objekt ihres Hasses an, 10,6% dagegen Kommunisten und 44,7% „Marxisten“.¹⁸⁹

Mithin vermochten die Nationalsozialisten, und hierin lag ihr besonderes „Erfolgsrezept“, das beträchtliche faschistische Potential der Hauptstadt an sich zu binden und damit – vor dem Hintergrund der kommunistischen Bürgerkriegspropaganda – eine Massenwirkung zu erzielen, die dem völkischen Antisemitismus allein verschlossen geblieben wäre. In der NSDAP verbanden sich so tatsächlich *beide* beschriebenen Potentiale des Berliner Rechtsextremismus zu einer explosiven Mischung: das faschistische Konzept von „Notwehr“ und „Ordnung“ mit der völkisch-antisemitischen Ideologie. Damit gelang der NSDAP dasjenige, woran Vorgängerorganisationen wie die DVFP gescheitert waren. Daß es sich gleichwohl um zwei voneinander zu unterscheidende, distinkte Potentiale handelte, zeigt sich um so deutlicher, wenn man die vergleichende Perspektive auf die extreme Rechte im Frankreich der dreißiger Jahre ins Auge faßt.

II. Paris und der französische „Faschismus“ der dreißiger Jahre

1. Hauptstadt gegen Zentralstaat: der 6. Februar 1934

Zum Zeitpunkt des Aufstiegs und der Machtergreifung der Nationalsozialisten blieben die politischen Ressentiments im bürgerlichen Paris noch überwiegend latent.¹⁹⁰ Sie standen in einem weiteren Kontext und innerhalb eines längeren Prozesses, der gleichsam als Inkubationsphase des französischen „Faschismus“ der dreißiger Jahre bezeichnet werden kann. Unvoreingenommene Beobachter der politischen Szene Frankreichs konnten keinen Zweifel darüber hegen, daß sich der französische Kommunismus mit seiner „ultralinken Taktik“ seit 1928 zunehmend ins Abseits manövriert hatte und für das öffentliche Leben keine wirkliche Gefahr darstellte. Daß im selben Maße auch die zum Faschismus neigende außerparlamentarische Rechte in Frankreich und seiner Hauptstadt zurückging, bestätigt einmal mehr den unmittelbaren inneren Zusammenhang, der zwischen kommunistischer Herausforderung und „faschistischer“ Mobilisierung bestand. In der Sicht der *Jeunesses Patriotes* etwa erschien die verlorene Mobilisierungschance der Jahre 1924/25 nachgerade in einem verklärten Licht, wenn es in einer Programmschrift vom Oktober 1928 hieß: „L'imminence du danger révolutionnaire à la fin de 1924 et au début de 1925 explique la facilité avec laquelle nous nous sommes alors recrutés à Paris.“ Zwar werde seitdem die kommunistische Gefahr in der öffentlichen Meinung eher gering eingeschätzt; jedoch: „une intervention violente du parti communiste demeure possible. Il importe que nous soyons prêts à toute éventualité.“¹⁹¹

¹⁸⁹ Merkl, *Political Violence*, S. 322f., 340ff. u. 522f.

¹⁹⁰ Siehe z.B. Conseil Municipal de Paris, Procès-Verbaux, BMO 1927/II, S. 5 (21.11.1927); ebd., 1929/I, S. 284–286, S. 735 (17.6.1929).

¹⁹¹ AN I-7 13232, Buts principaux des Jeunesses Patriotes, Oktober 1928.

Wenn nun der Kommunismus in Paris zwischen 1928 und 1932 tatsächlich nicht als unmittelbare Gefahr betrachtet werden konnte, beobachtete das zur extremen Rechten tendierende Milieu mit um so größerer Beunruhigung die Perspektive eines erneuten parlamentarischen Linksbündnisses zwischen S.F.I.O. und Parti Radical. Nicht nur gegenüber den Kommunisten galt es daher Gegenpropaganda zu betreiben, sondern auch gegen deren Verbündete, „die Sozialisten und Kartell-Radikalen“.¹⁹² Wenn der Kampf gegen den Kommunismus die hauptsächliche „raison d'être“ der *Jeunesses Patriotes* blieb,¹⁹³ so galt es in diesen Kampf alle präsumtiven Gegner mit einzubeziehen: „Donc, guerre au communisme sous toutes ses formes, au communisme écarlate des valets de Moscou, au communisme rose des socialistes et de leurs alliés cartellistes.“¹⁹⁴

Dieser weite Begriff eines Antikommunismus bzw. „Antimarxismus“ kennzeichnete in der Zwischenkriegszeit die faschistischen Denkansätze; sie ließen einen demokratischen Wechsel zwischen den verschiedenen politischen Kräften nicht gelten, sondern behaupteten einen im Kern totalitären Optionszwang zwischen der eigenen Partei der „Ordnung“ und dem kommunistischen „Chaos“. Zwar sei der Kommunismus im Augenblick besiegt, erklärte z.B. der Hauptredner einer Versammlung der *Jeunesses Patriotes* Ende 1930; aber eine ebenso große Gefahr stelle nun der Sozialismus dar, der sich für die bevorstehenden Wahlen des Jahres 1932 in einer guten Position sehe. „Le socialisme et le communisme“, so lautete die Quintessenz dieser „antimarxistischen“ Position, „sont deux doctrines identiques, sous des apparences actuellement différentes, mais qui se confondront dans l'avenir et nous mèneront à l'asservissement.“¹⁹⁵ Auf einer anderen Veranstaltung der *Jeunesses Patriotes* wurde der Optionszwang ganz offen propagiert, der neben der behaupteten revolutionären Herausforderung durch ein drohendes Linkskartell nur noch eine Alternative gelten ließ: „Devant le péril révolutionnaire, deux partis seuls sont en présence [...] le parti d'ordre et celui de désordre avec les radicaux, les socialistes et les communistes.“¹⁹⁶ Dem entsprach die von der tatsächlichen politischen Situation unabhängige, gleichsam zeitlose Fortschreibung der eigenen Identität: „Si [...] les élections de 1932 donnaient une majorité de gauche, il serait à craindre que, par suite de faiblesse à leur égard, les bolchevistes reprennent quelque importance et les J.P. doivent être là pour veiller.“¹⁹⁷

Solange freilich eine konservative Regierung und ein energischer Polizeipräsident obrigkeitstaatlich-autoritäre Mittel einsetzten und den Kommunisten keine Chance zur Durchsetzung ihrer „ultralinken Taktik“ beließen, blieb die extreme Rechte in Paris latent,¹⁹⁸ ohne Massenwirkung, gewissermaßen ohne akuten Handlungsbedarf. Dies galt, obwohl die obrigkeitstaatliche Vormundschaft, die der Zentralstaat über Paris ausübte und wie sie insbesondere im Demonstrationsverbot zum Ausdruck kam,

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ AN F7 13232, Programme d'action des Jeunesses Patriotes, April 1929.

¹⁹⁴ AN F7, Trakt der Jeunesses Patriotes, 1929.

¹⁹⁵ AN F7 13235, 19.11.1930, Jeunesses Patriotes, Réunion privée, Asnières, 18.11.1930 (Émile Bergeron).

¹⁹⁶ AN F7 13235, 25.3.1930, Jeunesses Patriotes, Réunion privée, 24.3.1930 (Roger de Sèvre).

¹⁹⁷ AN F7 13235, 14.11.1930, Jeunesses Patriotes, Réunion privée, Boulogne-Billancourt, 13.11.1930 (De Génilis).

¹⁹⁸ Zur gewissermaßen beruhigenden Rolle, die der Polizeipräsident Chiappe spielte, vgl. Daniel Halévy, *Décadence de la liberté*, Paris 1931, S. 189ff.; Becker u. Berstein, *l'histoire de l'anticommunisme*, S. 220ff.

auch in konservativen Kreisen der Hauptstadt gelegentlich Kritik auf sich zog. Als z.B. anlässlich des Staatsbegräbnisses des Marschall Foch am 26. März 1929 ein Zug der Kriegsveteranen durch Regierungsmaßnahmen aufgelöst wurde, führte dies zu erheblicher Erbitterung unter den *anciens combattants* und im Pariser Conseil Municipal.¹⁹⁹ Der Stadtverordnete Victor Bacille betonte in diesem Zusammenhang, daß das Conseil Municipal gerade im Hinblick auf die Gestaltung öffentlicher Kundgebungen und Demonstrationen über keinerlei politische Kompetenzen verfüge: „Quand, dans Paris, de grandes manifestations s'organisent, nous sommes des invités; on ne nous consulte pas.“²⁰⁰

Die Frage, wer das „Recht auf die Straße“ besitze, stand also nicht nur im Zentrum der kommunistischen Propaganda; sie war auch keineswegs allein das Thema der NSDAP, die in Berlin wie in Deutschland überhaupt den Kommunismus ganz bewußt auf der Straße herauszufordern suchte. Auch in der französischen Hauptstadt bildete das Bedürfnis, physische Präsenz auf der Straße zu zeigen und dem politischen Kontrahenten auf der Linken gewissermaßen mit gleichen Waffen zu begegnen, ein entscheidendes Antriebsmoment der außerparlamentarischen extremen Rechten, des französischen „Faschismus“. Die darin verborgene Spannung mußte sich dramatisch steigern, als nach den Wahlen des Jahres 1932 die parlamentarische Mitte-rechts-Mehrheit tatsächlich verlorenging und es zu der befürchteten Neuaufgabe des Cartel des Gauches kam.²⁰¹ In der Folgezeit ging das grundsätzliche Ressentiment der extremen Rechten gegen das bestehende Regime mit dem Kampf der parlamentarischen Rechten gegen die Regierungen der neuen Parlamentsmehrheit eine explosive Mischung ein.²⁰² Paradigmatisch hierfür stand André Tardieu: Daß er als Ministerpräsident und unumstrittener Führer der Rechten durch das Wahlergebnis abrupt aus der politischen Macht verstoßen wurde, hat er niemals recht überwunden. Vielmehr war der Machtwechsel von 1932 für Tardieu der entscheidende Antrieb, eine gravierende Beschneidung des parlamentarischen Systems zu fordern und seine Sympathien mehr und mehr der außerparlamentarischen Rechten zuzuwenden.²⁰³

Politisch waren die Jahre 1932 und 1933 in Frankreich Jahre der latenten Krise. Angesichts gravierender wirtschafts- und finanzpolitischer Probleme stellten sich die Differenzen innerhalb der Kartellmehrheit als unüberbrückbar heraus. Während Herriot und seine Minister eine orthodoxe Deflations- und Stabilitätspolitik favorisierten, forderten die Sozialisten eine Expansion des Staatshaushalts und eine Belebung der

¹⁹⁹ Conseil Municipal de Paris, Procès-Verbaux, BMO 28.3.1929, S. 480–487.

²⁰⁰ Ebd., S. 482.

²⁰¹ Vgl. dazu Berstein u. Milza, *Histoire de la France au 20^e siècle: 1930–1945*, S. 97ff.

²⁰² Vgl. ebd., S. 110. Zu den z.T. spannungsvollen Beziehungen zwischen den außerparlamentarischen Verbänden und der Fédération républicaine, der Hauptgruppe der parlamentarischen Rechten, siehe William D. Irvine, *French Conservatism in Crisis. The Republican Federation of France in the 1930s*, Baton Rouge/Louisiana 1979, S. 104ff.

²⁰³ Monnet, *Refaire la république*, v.a. S. 245ff. Nicolas Rousselier, André Tardieu et la crise du constitutionnalisme libéral (1933–1934), in: *Vingtième Siècle* Nr. 21 (janvier-mars 1989), S. 57–70. Die Nähe Tardiens zu „faschistischen“ Positionen etwa der Jeunesses Patriotes geht z.B. aus einer Rede hervor, die er im April 1932 hielt und die den Titel trug „Le socialisme, voilà l'ennemi“: „Chaque fois que la France, depuis quinze ans, a connu de dures épreuves, le parti socialiste [...] exerçait sur la vie nationale une influence dominante [...]. Le socialisme n'a trouvé sa réalisation que dans le bolchevisme [...]: car il n'est lui-même qu'un bolchevisme inachevé.“ AN, 324 AP 67 (Archives Tardieu), Discours à Giromagny, S. 23f.

Nachfrage.²⁰⁴ Das Resultat waren der Sturz Herriots und ein fortwährender Immobilismus seiner Nachfolger. Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parlamentsmehrheit schwand, und als zum politischen Immobilismus der Korruptionsverdacht hinzutrat, war es definitiv aufgebraucht. Der Stavisky-Skandal, der in den Weihnachtstagen 1933 seinen Beginn nahm,²⁰⁵ wirkte als Initialzündung einer beispiellosen politischen Mobilisierung. In der Instrumentalisierung des Skandals gegen die Parlamentsmehrheit amalgamierten sich einmal mehr die gegen das System gerichteten, „faschistischen“ Tendenzen der extremen Rechten mit der antikartellistischen Stoßrichtung der parlamentarischen Rechten.

Unter diesen Umständen brach die politische Quarantäne zusammen, unter die Paris durch das strikte polizeiliche Demonstrationsverbot gestellt worden war. Während die Parlamentspolitiker über mögliche Koalitionen nach einem etwaigen Sturz der Regierung Chautemps spekulierten, nutzten die *Action française*, die *Solidarité française* und die *Jeunesses Patriotes* den Beginn der parlamentarischen Sitzungsperiode, um zu massenhaften Protestkundgebungen auf der Straße aufzurufen. Zwischen dem 9. und dem 28. Januar 1934 kam es vor der Chambre des Députés, auf dem Boulevard Saint-Germain und an anderen markanten Orten im Zentrum der Hauptstadt zu insgesamt elf Demonstrationen der Rechtsverbände. Dabei wurden 145 Polizeibeamte verletzt und insgesamt 1648 Demonstranten festgenommen.²⁰⁶ Am 27. Januar beschlossen die Sektionspräsidenten der *Union Nationale des Combattants* (U.N.C.), des wichtigsten Veteranenverbandes, ihrerseits am 4. Februar 1934 eine große Kundgebung an der Place de la Concorde, also in unmittelbarer Nähe des Parlaments abzuhalten.

Dieser Beschluß versetzte den Pariser Polizeipräfekten in ein schweres Dilemma; von nun an spielte Chiappe eine Schlüsselrolle in der Geschichte des 6. Februar. Zum einen konnte er die Demonstration nicht genehmigen, ohne die Glaubwürdigkeit seiner Präventionspolitik einzubüßen; zum anderen aber erklärte er, der für die politische Rechte im allgemeinen und für die Frontkämpfer im besonderen große Sympathien hegte, sich außerstande, gegen die U.N.C.-Kundgebung Polizeikräfte einzusetzen. Gegenüber dem Präsidenten der U.N.C., Georges Lebecq, deutete Chiappe denn auch als letzte Möglichkeit seinen Rücktritt an.²⁰⁷ Zwar gelang es Chiappe, mit seiner Rücktrittsdrohung die U.N.C.-Führung zumindest zu einer Verschiebung der geplanten Demonstration zu bewegen.²⁰⁸ Zugleich aber deutete sich an, daß der neue, seit dem 31. Januar 1934 amtierende Ministerpräsident Edouard Daladier gewillt war, aus dem Stavisky-Skandal auch personelle Konsequenzen zu ziehen. Daß unter dieses Revirement Chiappe selbst fiel, der tatsächlich unter dem Verdacht stand, Stavisky belastendes Material zurückgehalten zu haben, gab den Dingen nunmehr eine ganz

²⁰⁴ Vgl. Jackson, *Politics of Depression*, S. 57ff.

²⁰⁵ Zu den Einzelheiten der Affäre, die hier nicht dargestellt zu werden brauchen, vgl. die Dokumentation bei Serge Berstein, *Le 6 février 1934* (Collection Archives), Paris 1975, S. 89ff. Bersteins kommentierte Dokumentation muß nach wie vor eine moderne, aus den Quellen gearbeitete Darstellung des Februaraufstandes ersetzen. Eine informative zeitgenössische Darstellung stammt von dem Vorsitzenden des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Bonnefoy, *Journées sanglantes*. Belletristisch: Maurice Chavardès, *Le 6 février 1934. La République en danger*, Paris 1966.

²⁰⁶ Berstein, *6 février*, S. 100.

²⁰⁷ Siehe die Zeugenaussage Lebecqs vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, wiedergegeben ebd., S. 121.

²⁰⁸ Ebd., S. 123.

neue Wendung. Denn mit Chiappe, den Daladier am 3. Februar 1934 zum Rücktritt zwang,²⁰⁹ wurde das bürgerlich-mittelständische Paris seines zentralen politischen Repräsentanten beraubt. Nicht ganz zu Unrecht konnte der Polizeipräfekt von sich behaupten, er habe sich während der vergangenen sieben Jahre erfolgreich und ohne Blutvergießen der „Aufrechterhaltung der Ordnung“ in der Hauptstadt gewidmet.²¹⁰ In dem Maße freilich, wie sich diese „Ordnung“ in erster Linie gegen die Agitation der Kommunisten gerichtet hatte, mußte Chiappes Entfernung aus dem Amt nun all jene Befürchtungen bestätigen, die einer Linksregierung stets die Begünstigung der Kommunisten unterstellten. Daß die Abberufung Chiappes durch Daladier ausschließlich ein politisches Manöver darstellte – ein Eindruck, den der Polizeipräfekt selbst stark begünstigt hatte²¹¹ –, schien außer Frage zu stehen. Neben der Verurteilung vorgeblicher parlamentarischer Korruption („A bas les voleurs!“) warf die seit Jahresbeginn anhaltende Protestbewegung nun auch die Frage auf, welche politischen Kräfte die Hauptstadt beherrschen sollten.

Im Zentrum dieser Auseinandersetzung stand – was von der Forschung zum 6. Februar 1934 bislang nicht ausreichend beachtet worden ist – das Conseil Municipal der Stadt Paris. Diese Stadtdeputiertenversammlung setzte sich aus 80 Mitgliedern zusammen, von denen jeweils vier von der Bevölkerung jedes Arrondissements gewählt wurden. Angesichts dessen, daß die Zahl der Wähler zwischen rund 1.000 in den zentralen und mehr als 20.000 in den peripheren Quartiers betrug, bewirkte das bestehende Wahlrecht eine klare Bevorzugung der durch Großbürgertum und Geschäftswelt geprägten inneren Viertel der Hauptstadt.²¹² Das Conseil trug einen ausgesprochenen Klassencharakter und neigte im Februar 1934 zu einer extremistischen Haltung. Dabei entbehrte es nicht der Ironie, daß das Conseil, das in der Vergangenheit schon häufig über die mangelnden Selbstverwaltungsrechte der Hauptstadt Klage geführt hatte,²¹³ nun die Revokation „seiner“ Präfekten²¹⁴ als Eingriff in die gewissermaßen geheiligten, traditionellen Rechte von Paris brandmarkte.²¹⁵ Verfassungsrechtlich konnte davon zwar keine Rede sein; beide Präfekten unterstanden dem Innenministerium. Doch obwohl es kein rechtsverbindliches Mitwirkungsrecht des Conseil Municipal bei der Besetzung der Präfekturen gab, wurde die Entlassung Chiappes als massiver Affront empfunden und sogleich gegen die neue Regierung instrumentalisiert.²¹⁶ Am 5. Februar 1934 verabschiedete der Stadtrat, in dem auch

²⁰⁹ Ihm wurde statt dessen der Posten eines „Résident-Général“ in Marokko angeboten, den er ablehnte. Über den dramatischen Verlauf siehe das Tagebuch Daladiers, ebd., S. 130ff., sowie Elisabeth Du Réau, *Edouard Daladier 1884–1970*, Paris 1993, S. 118.

²¹⁰ Demissionsschreiben Chiappes an Daladier, 3.2.1934, in: *Echo de Paris*, 4.2.1934.

²¹¹ Ebd.

²¹² Bonnevey, *Journées sanglantes*, S. 146.

²¹³ Siehe z.B. André Lemoine, *Paris n'a que l'ombre d'une vie municipale*, in: *L'Avenir*, 29.11.1924.

²¹⁴ Kurz nach der Entlassung Chiappes erklärte auch der Präfekt des Départements Seine, Edouard Renard, seinen Rücktritt.

²¹⁵ Welch mythische Vorstellung von diesen Rechten bestand, dokumentiert die Aussage des JP-Mitglieds und Deputierten des Conseil municipal, Charles des Isnards, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Auf die Frage, was er unter den „droits de Paris“ verstehe, antwortete er: „Les droits de Paris, c'est une chose dont Paris a toujours été fier, à laquelle il a toujours tenu, sur laquelle il est très sensible et très susceptible; ce sont ses libertés communales.“ *Rapport fait au nom de la commission*, Annexé, Bd. I, S. 1485.

²¹⁶ Eine zeitgenössische Schrift charakterisierte das Verhältnis zwischen Chiappe und dem Conseil municipal folgendermaßen: „M. Chiappe avait aussi séduit le Conseil municipal, il parlait bien, il avait beaucoup d'autorité sur les gens du monde, il savait dire ses ‚cher ami‘ d'un ton convaincu, il ne reculait pas

der Präsident der U.N.C., Lebecq, vertreten war, einstimmig eine Resolution, in der er das Vorgehen der Regierung und die administrative „Enthauptung“ der Stadt Paris und des Seine-Départements scharf verurteilte. Dies sei um so empörender, als Polizei und Conseil municipal im Interesse der „Ordnung“ und der „tranquillité de Paris“ stets gut miteinander harmoniert hätten.²¹⁷ Am selben Tag konnte man an den Mauern von Paris einen von 15 Stadtverordneten unterzeichneten Aufruf „An die Pariser“ lesen. In ihm hieß es: „Au mépris des intérêts de l'ordre et de la paix de Paris, la politique a brutalement sacrifié vos deux Préfets.“²¹⁸ Von hier aus war es nur ein kleiner Schritt, der Regierung Daladier kommunismus- und sozialismusfreundlichen Opportunismus zu unterstellen. In diesem Sinne protestierte eine Anzahl von Pariser Parlamentsabgeordneten beim Innenminister gegen die „schändliche politische Operation“, die die Entlassung Chiappes bedeute: „En quête d'une majorité, vous avez cédé aux sommations – pour ne pas dire au chantage – de l'Humanité et du Populaire. Le chef de l'armée d'ordre a été sacrifié aux éléments du désordre!“²¹⁹ Vier der hier unterzeichneten Abgeordneten, Taittinger, Edouard Soulier, Fortuné D'Andigné und des Isnards, waren zugleich Mitglieder der *Jeunes Patriotes*. Mit den gleichen Unterschriften versehen, verteilten diese ebenfalls am 5. Februar ein Plakat, in dem sie die Attacke auf die Regierung Daladier offen mit dem Antikommunismus „faschistischer“ Prägung verbanden: „La patrie en danger – Appel au peuple de Paris. Par un véritable coup de force [...] le Gouvernement sacrifie aux injonctions communistes le Préfet de police Jean Chiappe.“²²⁰

Unter aktiver Mitwirkung des Conseil municipal und der in ihm prominent vertretenen *Jeunes Patriotes* erfolgte also die Umdeutung der Regierungsmaßnahmen in den „Angriff“ einer marxismusfreundlichen Clique auf die Hauptstadt Paris. Geschürt durch die gesamte der extremen Rechten nahestehenden Presse, zirkulierten zwischen dem 3. und dem 5. Februar die unglaublichsten Gerüchte: Gegen die Hauptstadt Paris lasse die Regierung Maschinengewehre und Panzer auffahren; Attentate würden unter pseudo-legaler Camouflage vorbereitet. Die Antwort, so die „Action française“, könne nur lauten: „Personne pour personne, tête pour tête, vie pour vie.“²²¹ Und Reden wie jene, die der Conseiller municipal Jean Ferrandi am 4. Februar 1934 hielt, konnten nur dazu dienen, die Stimmung zusätzlich anzuheizen: „Le parlement est plus corrompu que l'Hôtel de Ville. L'heure est venu de donner un grand coup de balai dans des écuries d'Augias.“ Und Ferrandi endete, indem er seine rund 350 Anhänger unter großem Beifall dazu aufforderte, „sich für seinen Aufruf bereitzuhalten, um wieder auf die Straße zu gehen.“ Diesmal würde man sich nicht mit der „Zerstörung von Parkanlagen begnügen“, sondern es ginge um eine große Säuberung. Man wolle „kämpfen, um zu siegen oder zu sterben!“²²²

devant la dépense, il dominait les élus en feignant d'être à leurs ordres.“ Ulmann, Quatrième pouvoir, S. 119.

²¹⁷ Écho de Paris, 6.2.1934.

²¹⁸ Rapport fait au nom de la commission d'enquête..., Impression Nr. 3388 (La manifestation des Conseillers municipaux de Paris), S. 3.

²¹⁹ Écho de Paris, 6.2.1934.

²²⁰ Rapport fait au nom de la commission d'enquête..., Impression Nr. 3388 (La manifestation des Conseillers municipaux de Paris), S. 27.

²²¹ Action française, 3. u. 4. Februar (das Zitat: 4.2.1934); Le Jour, 5.2.1934, zit. nach Du Réau, Daladier, S. 119. Über die Kampagne der Pariser Rechtspresse vgl. mit weiteren Belegen Maurice Chavardès, Une campagne de presse: La droite française et le 6 février 1934, Paris 1970, S. 54ff.

²²² AN F7, 4.2.1934, Compte rendu de mandat de M. Jean Ferrandi, 3.2.1934.

Damit hatte die Demonstration vom 6. Februar eine zusätzliche Brisanz gewonnen. Wenn der Aufruhr dieses Abends insgesamt auch spontaner Natur und die Motivation der Demonstranten diffus und heterogen war, so erhielt er durch die Aktion des von den *Jeunes Patriotes* beeinflussten Stadtrats doch eine besondere Note: Unter Einsatz aller ihrer symbolischen Würde, umgürtet mit ihrer Schärpe und eskortiert von Angehörigen der *Jeunes Patriotes*, der *Camelots du Roi* und der *Croix de feu*, marschierten ca. 20 Stadträte vom Hôtel de Ville zur Chambre des Députés, um Parlament und Regierung gewissermaßen zur Verantwortung zu ziehen.²²³ Dem amorphen Protest der Anciens Combattants und der sich spontan versammelnden Demonstranten verlieh die Aktion des Conseil municipal sowie der mit ihm kooperierenden extremen Rechten eine klare Zielrichtung. Von der Rechtspresse wurde denn auch der überaus blutig verlaufende Aufruhr des 6. Februar, der 15 Tote und über tausend Verletzte kostete, als längst überfällige Erhebung der Stadt Paris interpretiert. Entsprechend gefeiert wurde der Rücktritt der Regierung Daladier am 7. Februar und die Bildung des „gouvernement de trêve“ unter dem früheren Staatspräsidenten Gaston Doumergue. „Paris ist erwacht“, so begrüßte Henri de Kerillis, der Herausgeber des „Echo de Paris“, die „Revolution der Anständigen“: „Il n'a fallu que six jours pour accomplir ce miracle merveilleux, pour qu'il retrouve son âme, son courage, sa raison, sa générosité, tout ce qui faisait sa force rayonnante. D'un seul coup, Paris se retrouve dans sa place!“²²⁴ „Paris hat sich zu befreien gewußt“, so lautete die Einschätzung eines anonymen Sympathisanten des 6. Februar;²²⁵ Umgekehrt argumentierte etwa der rechtsrepublikanische Parlamentsabgeordnete Etienne Flandin, angesichts der Blutopfer des 6. Februar 1934 hätte sich der Pariser Bevölkerung nach der Entlassung ihres Polizeipräfekten der Eindruck aufdrängen müssen, nachgerade in einen „Hinterhalt“ gelockt worden zu sein.²²⁶ Bezeichnend ist im übrigen, daß auch der parlamentarische Untersuchungsausschuß, wenn auch unter gegensätzlichem Vorzeichen, die Ereignisse des 6. Februar im Sinne einer Erhebung der Hauptstadt gegen die Republik resümierte: „Le fait politique le plus important de la journée du 6 février, ce fut l'opposition de la majorité des élus municipaux de Paris contre la majorité des élus de la Nation. On vit se dresser l'Hôtel de Ville contre la Chambre.“²²⁷

Auch wenn das Conseil municipal die Konfrontation mit Parlament und Regierung bewußt geplant hatte, so handelte es sich doch keineswegs um ein verschwörerisches Komplott mit dem Ziel, das bestehende System zu beseitigen. In der Rückschau erscheint der 6. Februar 1934 vielmehr als die letzte „Journée révolutionnaire“ traditionellen Zuschnitts, wie sie Paris seit 1789 schon so häufig erlebt hatte.²²⁸ Daß es sich nunmehr freilich um einen Aufruhr des „Volkes“ gegen eine „linke“ Kammermehrheit handelte, unterstrich die allmähliche Verschiebung, die das politische Koordinatensystem der Hauptstadt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erfahren hatte. Wie

²²³ Berstein, 6 février, S. 182–184.

²²⁴ Echo de Paris, 9.2.1934. Vgl. Figaro, 8.2. u. 9.2.1934; Jean Ferrandi (Mitglied des Conseil municipal), Paris devant les événements actuels, conférence, 29.11.1934, Paris 1934, S. 10.

²²⁵ AN, 324 AP 6 (Archives Tardieu), Cornetti an Tardieu, 10.2.1934.

²²⁶ Pierre Étienne Flandin, La situation politique, in: Revue de Paris, 15.2.1934, S. 896.

²²⁷ Rapport général fait au nom de la Commission d'enquête, Nr. 3383, S. 74.

²²⁸ In einen solchen historischen Zusammenhang stellte auch der parlamentarische Untersuchungsausschuß den 6. Februar. Siehe ebd., S. 84ff. Vgl. Maryse Carlin u. Paul Malausséna, La journée révolutionnaire, in: Paul Isoart u. Christian Bidegaray (Hrsg.), Des Républiques françaises, Paris 1988, S. 138–154.

schon der Boulangismus unter Beweis gestellt hatte, dominierte im kleinbürgerlich-mittelständischen Milieu der Innenbezirke eine latent antiparlamentarische, bonapartistische Haltung,²²⁹ an welche die außerparlamentarischen Kampfverbände faschistischer Prägung nunmehr anknüpfen konnten.

Wie gespannt die politische Lage in der Hauptstadt war, kam u.a. dadurch zum Ausdruck, daß unmittelbar nach den Vorfällen des 6. Februar der Begriff des „Bürgerkriegs“ in aller Munde war. „Le gouvernement de M. Daladier a provoqué [...] la guerre civile“,²³⁰ „Une journée de guerre civile“,²³¹ „politique de guerre civile“²³² – so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der großen Pariser Presse. Und während sich das Zentralorgan der U.N.C. vehement dagegen wehrte, am 6.2.1934 irgendwelche Bürgerkriegs- oder Revolutionsabsichten verfolgt zu haben,²³³ stellte das rechtsliberale Blatt „L'Œuvre“ grundsätzliche Reflexionen über den Bürgerkrieg an: „Nous avons pas encore vu chez nous la guerre civile. Ça nous manquait [...]. De toutes les guerres dont la meilleure ne vaut rien, la pire est assurément la guerre civile.“²³⁴

Mithin stand der 6. Februar weniger am Ende eines innenpolitischen Polarisierungsprozesses, als daß er vielmehr seinen Ausgangspunkt bildete. Er bewirkte eine bis dahin nicht gesehene politische Massenmobilisierung, die – gleichsam am „gouvernement de trêve“ der Regierung Doumergue vorbei – zu den Extremen sowie zur Behauptung von totalitären Optionszwängen neigte, und für die der Begriff des Bürgerkrieges während der gesamten dreißiger Jahre paradigmatisch blieb. Während Kommunisten und Sozialisten zur „antifaschistischen“ Mobilisierung aufriefen und allmählich zu einer gemeinsamen Plattform fanden,²³⁵ gewannen die außerparlamentarischen Kampfverbände mit dem Hinweis auf die Gefahr einer drohenden kommunistisch-sozialistischen Diktatur erheblichen Zulauf.²³⁶ Unter diesem Aspekt gewann die Teilnahme der kommunistischen A.R.A.C. an der Demonstration vom 6. Februar eine besondere propagandistische Bedeutung: Unter die „authentischen Pariser“ hätten sich demzufolge Kommunisten gemischt, um der Demonstration eine gewalttätige Wendung zu verleihen.²³⁷ Die S.F.I.O. hätte die kommunistischen Kräfte zur gemeinsamen Sache aufgefordert: Das Szenario eines Bürgerkriegs konnte aus dieser Sicht nur den Kommunisten nützen, und von ihnen war er demzufolge auch vorbereitet worden: „Les scènes de guerre civile ont bien correspondu, contre les patriotes et dans l'espoir d'une lutte fratricide, à l'utilisation organisée des bandes communistes.“²³⁸ Bedenkt man die kommunistische Bürgerkriegspropaganda der letzten Jahre,

²²⁹ Für die Kleinhändler des Palais Royal zur Zeit der Großen Depression der 1880er Jahre hat dies eindrücklich herausgearbeitet: Nord, Paris Shopkeepers.

²³⁰ L'Écho de Paris, 7.2.1934.

²³¹ Le Matin, 7.2.1934.

²³² Le Figaro, 7.2.1934.

²³³ L'U.N.C. de Paris, 22.2.1934.

²³⁴ L'Œuvre, 8.2.1934. Vgl. ähnlich La Revue des Vivantes, 8.4.1934.

²³⁵ Siehe dazu unten, S. 557ff.

²³⁶ Typisch für solche Ängste war z.B. die Auffassung eines Bürgers aus dem XIV. Arrondissement: „Je reste persuadé que le temps qui passe, n'est qu'une trêve mise à profit par les partis de gauche pour préparer leur dictature, dont la première tentative a été empêchée le six [février] [...]. Je sais de source parfaitement sûre que les milieux extrémistes [i.e. communistes] ont promis 75.000 hommes ARMÉS pour Paris.“ A. Flourens an Louis Marin, 19.2.1934, AN, 317 AP 35 (Archives Marin).

²³⁷ L'Écho de Paris, 7.2.1934.

²³⁸ Le Figaro, 8.2.1934. Vgl. Le Figaro, 7.2.1934, wo behauptet wird, die „kommunistischen Banden“ hätten die „Transformation“ der Demonstration zum Aufstand bewirkt.

so dürfte feststehen, daß solche Propaganda in den Augen vieler ausreichende Plausibilität besaß und einen wichtigen Faktor im Aufschwung der „faschistischen“ Verbände bildete.

Während die „politische Klasse“ unter der Regierung Doumergue eine langwierige und letztlich ergebnislose Debatte über die „Reform des Staates“ im Sinne einer Stärkung der Exekutive bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Parlaments führte,²³⁹ schien das politische Schicksal Frankreichs mehr als je zuvor davon abzuhängen, wer in der Hauptstadt die Straße beherrschte. Über mehrere Jahre hinweg wurde die Pariser Region nun zum Schauplatz einer Welle politischer Demonstrationen und Kundgebungen, die nicht selten gewalttätigen Charakter annahmen.²⁴⁰

Es ist dieser Kontext von Mobilisierung und Gegenmobilisierung, wechselseitiger Bedrohungsangst und Revanchestreiben, innerhalb dessen der französische Faschismus während der dreißiger Jahre seinen Höhepunkt erreichte. Ohne das Wiedererstarken des französischen Kommunismus im Zeichen der Volksfront und ohne die vorübergehende Machtübernahme eines sozialistischen, kommunistisch tolerierten Premierministers ist diese „zweite Welle“ des französischen Faschismus nicht zu erklären.²⁴¹ Wie schon unmittelbar nach Kriegsende und dann vor allem 1924/25 drohte das antikommunistische Motiv einmal mehr bürgerliches Ordnungdenken im Rahmen eines Notwehrkonzeptes zu pervertieren, das die demokratisch-rechtsstaatliche Legalität zumindest im „Ernstfall“ zu sprengen bereit war.

Allerdings kristallisierte sich der französische „Faschismus“ der dreißiger Jahre nicht in Form einer durchschlagenden politischen Massenbewegung heraus, wie dies in Deutschland mit dem Nationalsozialismus der Fall war. Vielmehr entwickelte er sich in Form dreier „politischer Familien“, die sich zwar untereinander vielfach berührten, jedoch deutlich unterschiedlichen ideologischen Traditionen entstammten. Erstens geht es um die außerparlamentarischen Kampfverbände, die „ligues“, die von René Rémond in die „bonapartistische“ Richtung der französischen Rechten eingeordnet worden sind.²⁴² Daneben existierte die in Frankreich häufiger anzutreffende Bewegung von der Linken oder extremen Linken zur extremen Rechten. Prominenteste Beispiele hierfür sind die späteren Kollaborateure Marcel Déat und Jacques Doriot. Das dritte Element des französischen Faschismus gruppierte sich schließlich um die katholische gegenrevolutionäre Tradition. Bei einer neuen Generation, die noch überwiegend durch die Schule der *Action française* gegangen war, brach sich in den dreißiger Jahren das Bedürfnis nach verstärkter Aktion Bahn. Alle diese Bewegungen wiesen zwar erhebliche ideologische Unterschiede auf, die insbesondere die Aufnah-

²³⁹ Siehe dazu insbesondere Jean Gicquel, *Le problème de la réforme de l'état en France en 1934*, in: Ders. u. Lucien Sfez, *Problèmes de la réforme de l'état depuis 1934*, Paris 1965, S. 1–134. Vgl. des weiteren: Marc Simard, *Doumergue et la réforme de l'état en 1934: La Dernière Chance de la III^e République?*, in: *French Historical Studies* 16 (1990), S. 576–596; Jean Rives, *Gaston Doumergue. Du modèle républicain au Sauveur Suprême*, Toulouse 1994, S. 344ff. Vgl. Jean-Marie Mayeur, *La vie politique sous la Troisième République 1870–1940*, Paris 1984, S. 334ff.; Monnet, *Refaire la république*, S. 308ff.

²⁴⁰ Vgl. Danielle Tartakowsky, *Stratégies de la rue. 1934–1936*, in: *Le Mouvement Social* Nr. 135 (avril-juin 1986), S. 31–62.

²⁴¹ So der Untertitel des Buches von Soucy, *French Fascism: The Second Wave*.

²⁴² Rémond, *Droites*, S. 44f. Allerdings ist Rémonds schematische, letztlich unhistorische Übertragung des Modells von den drei Traditionen der Rechten – Legitimusmus, Orléanismus, Bonapartismus – auf die dreißiger Jahre nicht überzeugend. Siehe dazu die ausführlichere Diskussion im nächsten Kapitel.

me antisemitischer Elemente betrafen, doch war ein mehr oder minder militanter Antimarkxismus und Antikommunismus ihr gemeinsamer Nenner.

2. Die „bonapartistische“ Rechte: *Jeunesses Patriotes* und *Croix de feu*

Von den rechtsextremen Organisationen, die 1924/25 gegründet worden waren, bestanden 1934 allein noch die *Jeunesses Patriotes*. Ihre aktive Rolle im Vorfeld des 6. Februar, die eng mit derjenigen des Conseil Municipal verbunden war, ist bereits geschildert worden. Allerdings konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die J.P. ihren Höhepunkt zu dieser Zeit bereits überschritten hatten.²⁴³ Zu ihrem Rückgang trug vor allem bei, daß sich die Führung seit Ende der zwanziger Jahre – zu Zeiten einer konservativen Regierung, als von einer kommunistischen „Gefahr“ nicht wirklich gesprochen werden konnte – zunehmend um einen Brückenschlag zur parlamentarischen Rechten bemüht hatte. Bereits auf dem Nationalkongreß im November 1928 zog Taittinger einen klaren Trennungsstrich zur *Action française*. Mit ihr waren die J.P. bis dahin durch eine Art „working partnership“ verbunden gewesen; nun aber wandte sich Taittinger gegen jene Kräfte in der A.F., die „seit Jahren“ vergeblich versuchten, „das Regime zu zerstören“.²⁴⁴

In nachgerade paradigmatischer Weise offenbarte diese Trendwende in der Geschichte der J.P. das Dilemma des französischen „Faschismus“: Innerhalb der republikanisch durchtränkten „politischen Kultur“ Frankreichs ließen sich systemtranszendierende und zu gewaltsamen Optionen tendierende Haltungen nämlich nur im Kontext eines antikommunistischen Notwehr- und Ordnungskonzepts formulieren. Die Durchschlagskraft faschistischer Bewegungen wurde so gleichsam zu einer vom Grad der kommunistischen „Gefahr“ abhängigen Variablen. Zu Zeiten eines konservativen Regiments aber und wenn die kommunistische Herausforderung zur „quantité négligeable“ geriet, verengten sich die Handlungsspielräume faschistischer Bewegungen drastisch. Denn ein nach wie vor durch „republikanische“ Werte normierter politischer Diskurs durfte bei Strafe der politischen Ächtung nicht verlassen werden. Einen Führer, der, wie Taittinger, bei der parlamentarischen Rechten auf politisch-gesellschaftliche Respektabilität und auf Bündnisfähigkeit achtete, zwang dies zwischen 1928 und 1932 zur politischen Mäßigung und zu vorsichtigem Taktieren.²⁴⁵ Totalitäre Tendenzen, die – wie oben beschrieben²⁴⁶ – auch den J.P. innewohnten, traten demgegenüber zurück.²⁴⁷

Eben eine solche Mäßigung bewirkte an der Basis – insbesondere unter den Jüngeren – Unzufriedenheit. So trug die Abgrenzung, die Taittinger 1928 nach „rechts“ vornahm, dem Chef der J.P. nicht nur eine vehemente Kontroverse mit Maurras ein,²⁴⁸ sondern auch umgehende und massive Kritik aus den eigenen Reihen. Insbe-

²⁴³ Vgl. Soucy, *French Fascism: The Second Wave*, S. 40f.

²⁴⁴ AN F7 13236, *Les Jeunesses Patriotes*, 2.3.1929, S. 5.

²⁴⁵ Taittingers doppeldeutige Haltung zum politischem System der Dritten Republik wurde besonders deutlich, als er vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum 6. Februar 1934 intensiv nach seinen politischen Optionen befragt wurde. Siehe Rapport général fait au nom de la Commission d'enquête, Nr. 3383, Annexe, Tome III, S. 1719f.

²⁴⁶ Siehe oben, S. 285ff.

²⁴⁷ Zur doppeldeutigen, taktierenden Haltung der J.P. und Taittingers selbst in Sachen Antiparlamentarismus Irvine, *French Conservatism*, S. 105ff.

²⁴⁸ Siehe *Action Française*, 4.12.1928.

sondere brach eine Kluft auf zwischen der Führungsspitze und den *Phalanges Universitaires*, die sich mit den royalistischen Studenten im Quartier Latin eng verbunden fühlten und lautstarke oder gar gewaltsame Demonstrationen keineswegs degoutierten.²⁴⁹ In der Folge wurde das Führerprinzip innerhalb der Bewegung offen in Frage gestellt. Einige Funktionäre aus dem V. und VI. Pariser Arrondissement forderten Taittinger in einem gemeinsam unterzeichneten Brief zum Rücktritt auf mit der charakteristischen Begründung, er habe seine früheren Prinzipien verraten zugunsten einer „action électorale, avec ses basses compromissions, sa sale cuisine“.²⁵⁰

Zwar gelang es Taittinger ohne größere Mühe, des Aufstandes Herr zu werden und potentielle Frondeure zum Austritt aus der Bewegung zu zwingen.²⁵¹ Doch standen die J.P. künftig unter verschärftem Konkurrenzdruck durch andere, als „dynamischer“ angesehene Bewegungen. Anfang 1931 bedauerte man, daß Aktivität und Erfolge in der Pariser Region deutlich nachgelassen hätten.²⁵² Dementsprechend ging die Zahl ihrer Anhänger zurück. Im September 1935 wurde sie polizeieintern noch mit 100.000 angegeben, davon 8.900 im Département Seine.²⁵³ Ende 1935 lautete die Schätzung auf landesweit nur noch 80.000 Mitglieder.²⁵⁴ Nach der Auflösung der „ligues“ durch die Volksfrontregierung unter Léon Blum im Juni 1936 schätzten Polizeiberichte die Zahl der Mitglieder, welche die Nachfolgeorganisation der J.P., der *Parti National Populaire* (P.N.P.), auf sich vereinigen konnte, auf ca. 76.000.²⁵⁵ Zur gleichen Zeit (Mai 1936) zählte der P.N.P. in der Pariser Region nur noch 6.000 Mitglieder und 500 *Phalanges Universitaires*.²⁵⁶ Die relative Abnahme in der Bedeutung der Bewegung tritt zu Tage, wenn man sich vor Augen hält, daß etwa die Pariser *Phalanges Universitaires* selbst im Jahre 1929 noch ca. 2.200 Mitglieder gezählt hatten.²⁵⁷

Ganz offensichtlich hatten die *Jeunesses Patriotes* bzw. der P.N.P. in der Phase verstärkter politischer Mobilisierung seit 1934 an dynamischer Attraktivität zu sehr eingebüßt, als daß sie als große außerparlamentarische Sammlungsbewegung fungieren konnten. Im Vergleich zu den „jungen“ Bewegungen wie insbesondere den *Croix de feu* galten die J.P. zunehmend als „alter“ Verband, dem eine tatsächliche Veränderung der Verhältnisse immer weniger zugetraut wurde. Dies galt, obwohl Taittinger und die Führungsspitze der J.P. – kennzeichnend für ihre insgesamt opportunistische Taktik – der Welle politischer Mobilisierung und Polarisierung Rechnung zu tragen und ihre Bewegung wieder in radikalere Fahrwasser zu steuern suchten. Im Gefolge des 6. Februar und in Reaktion auf das sich daraufhin allmählich formierende Volksfrontbündnis wurden denn auch die totalitären Züge von J.P. und P.N.P. wieder stärker akzentuiert. Der kommunistischen Herausforderung, als welche die Volksfront betrachtet wurde, ließ sich in bewährter Form mit einem Notwehr- und Ordnungskonzept begegnen. Die Auflösung der „ligues“ würde demgegenüber den unum-

²⁴⁹ AN F7 13236, Les Jeunesses Patriotes, 2.3.1929, S. 6.

²⁵⁰ Ebd., S. 7.

²⁵¹ Ebd., S. 6.

²⁵² APP 79.501–508A, 7.1.1931, Réunion des Cadres des Jeunesses Patriotes, 6.1.1931.

²⁵³ APP Ba 1960, Sept. 1935. Davon hätten 1.800 Mitglieder der „Éliteinheit“ der „groupes mobiles“ und 600 den „Phalanges universitaires“ angehört.

²⁵⁴ APP 79.501–508–A, 4.11.1936. Die 327.000 Mitglieder, die Taittinger seinerseits im November 1935 nannte, ebd., 12.11.1935, dürften weit übertrieben sein.

²⁵⁵ APP 79.501–508–A, 4.11.1936.

²⁵⁶ AN F7 13983, 7.5.1936.

²⁵⁷ AN F7 13236, Les Jeunesses Patriotes, 2.3.1929.

schränkten Triumph des Kommunismus bedeuten und die „französischen Freiheiten“ beseitigen, „die uns alles bedeuten und die wir notfalls bis zum Tod verteidigen werden“.²⁵⁸ Darüber hinaus erhielt insbesondere das Merkmal der *Ideologie* eine schärfere Profilierung. Die Programmatik der J.P. offenbarte ein durchgehendes Freund-Feind-Denken, in dessen Zentrum zwar Kommunismus und „Marxismus“ standen, das aber zunehmend auch „antikapitalistische“ Elemente aufwies. Ähnlich wie der Nationalsozialismus das „schaffende“ dem „raffenden“ Kapital entgegengestellte, überzogen Redner und Programmatiker der J.P. v.a. die anonymen Aktiengesellschaften und die Banken, die „féodalités financières“ und „bastilles d’argent“, herber Kritik. Dem System des Egoismus, des Gewinninstinktes und der Spekulation wurde die „propriété individuelle“ als Basis eines gesunden Wirtschaftslebens entgegeng gehalten;²⁵⁹ die Lösung erblickte man in einer Intensivierung der beruflichen Bildung und einer Zusammenarbeit zwischen den Klassen im Rahmen von Korporationen. Dieser letztlich vage „Korporatismus“, der im Frankreich der dreißiger Jahre eine nachhaltige Konjunktur erfuhr, knüpfte einerseits an die katholische Soziallehre eines de la Tour du Pin an, sah aber auch explizit im italienischem, z.T. auch im deutschen Beispiel ein Vorbild.²⁶⁰

Wie die Nationalsozialisten in Berlin und zuvor auch der *Faisceau* Mitte der zwanziger Jahre, suchten die J.P. im besonderen die Arbeiter zu gewinnen. Gegen die „Kampagnen des Hasses und der Spaltung“, die von Kommunisten und Sozialisten ausgingen, die Arbeiter ausbeuteten und sittlich verdürben, stellte Taittinger eine Art Volksgemeinschaftsgedanken, die „Doktrin der Liebe und Eintracht zwischen allen Franzosen“, die es zu verwirklichen gelte.²⁶¹ Nach dem Vorbild der kommunistischen Zellen und wiederum vergleichbar mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, bildeten die J.P. zu diesem Zweck sogenannte „Groupes d’ateliers“, die im Dachverband der „Union Corporative des Travailleurs et Producteurs de France“ zusammengefaßt waren. In der Pariser Region blieben diese Arbeiterorganisationen jedoch ohne praktische Bedeutung.²⁶² In ihrer sozialen Zusammensetzung waren die *Jeunesses Patriotes* denn auch eine junge, überwiegend bürgerlich-mittelständische Bewegung und glichen in ihrer Sozialstruktur damit mehr oder minder exakt den *Croix de Jén*.²⁶³ Genaue Angaben lassen sich zwar aufgrund des Mangels an Quellen nicht machen; doch mag man einen Eindruck gewinnen aufgrund einer Liste von 136 festgenommenen Pariser J.P.-Mitgliedern, die sich am 20. Januar 1935 in Chartres eine Straßenschlacht mit den Kommunisten lieferten.²⁶⁴ Die Mitglieder des damit gewon-

²⁵⁸ APP 79.500–2534, 6.12.1935, Réunion privée du Mouvement National Populaire, 5.12.1935 (Roger de Saivre).

²⁵⁹ Siehe die Berichte über den Congrès du Mouvement National Populaire APP 79.501–508 D, 11.11.1935; APP 79.501–508 A, 12.11.1935 (hier die Zitate). Vgl. ebd., 26.11.1935, Affiche Mouvement National Populaire. APP 79.501–2534, 21.12.1935 u. 9.1.1936, Ausführungen zum wirtschaftspolitischen Programm des P.N.P. vom Vize-Präsidenten Provost de la Fardinière.

²⁶⁰ APP 79.501–508 A, 11.11.1935, Congrès du Mouvement National, 10.11.1935, après-midi; APP 79.501–2534, 16.1.1936, Réunion P.N.P., 9. Arrondissement, 15.1.1936 (M. Dumas).

²⁶¹ APP 79.501–2534, 23.11.1935, Réunion Mouvement National Populaire, 14. Arrondissement, 22.11.1935. Vgl. ebd., 18.2.1936, Réunion privée, P.N.P., 15. Arrdt., 17.2.1936 (Pichent).

²⁶² Siehe etwa APP 79.501–508A, Rapport über die „Ligue des Jeunesses Patriotes“ o.D. [1931]; APP 79.501–2534C, 9.6.1936, Réunion P.N.P., 8.6.1936 (Junger).

²⁶³ Dazu unten, S. 479 u. 481.

²⁶⁴ Die Liste mit den Personalangaben in APP 79.501–508G, 21.1.1935.

nenen „Samples“ waren im Durchschnitt 25 Jahre alt. Sie wiesen folgendes soziales Profil auf:

Tabelle 34: Sozialprofil von 136 „militants“ der Jeunesses Patriotes 1935

Angehörige des Mittelstandes	61 =	44,9%
davon Angestellte in Handel, Banken und Versicherungen	43	
Kleinhändler	7	
Öffentliche Dienstleistungen Transport, Verkehr	11	
Studenten	26 =	19,1%
Arbeiter	34 =	25,0%
davon ungelernete	3	
Publizisten, Journalisten, etc.	8 =	5,9%
Berufe mit gehobener oder akademischer Ausbildung, Industrielle, Grundbesitzer	2 =	1,4%
Sonstige und ohne Angabe	5 =	3,7%
Zwangsgestellte Personen insgesamt	136 =	100,0%

Quelle: APP 79.501-5086, 21.1.1935

Indem sie die „nationale Revolution“ propagierten, offenbarten die J.P. bzw. der P.N.P. eine nicht zu übersehende Affinität zum italienischen Faschismus. Immer wieder wurde die Freundschaft mit Mussolinis Italien bekundet und durch mehr als eine politische Wallfahrt nach Rom – mitunter auf persönliche Einladung des Duce – unterstrichen.²⁶⁵ Und im März 1936 fand in Anwesenheit des italienischen Botschafters eine feierliche Veranstaltung des P.N.P. statt, auf der Taittinger sich für eine französisch-italienische Gemeinsamkeit aussprach. Zugleich rühmte Edouard Soulier das faschistische Regime Italiens und gab seiner großen Freude „über den großen Sieg der italienischen Armee in Äthiopien“ Ausdruck.²⁶⁶ Auch wenn sich Taittinger davor hütete, offen den republikanischen Diskurs in Frage zu stellen, vielmehr die „nationale Revolution“ und den „nationalen Republikanismus“ beschwor, wurden seine politisch-ideologischen Affinitäten doch mehr als einmal deutlich, so etwa wenn er den 11.11.1935 als Zeichen der Versöhnung aller Franzosen feierte und zugleich ausführte: „Nous nous battons s'il le faut pour que la France reste la France. Prenons l'exemple sur l'Allemagne qui, avec le régime hitlérien, a opéré un véritable redressement national.“²⁶⁷

Es ist mithin kein Zufall, daß die J.P. in dem Maße an Attraktivität verloren, wie ein jüngerer Verband an Dynamik gewann: die *Croix de feu*. Unter maßgeblicher finanzieller Beteiligung des Parfümfabrikanten und Eigentümers des „Figaro“, François Coty, waren die *Croix de feu* 1928 als unpolitischer Frontkämpferverband gegründet worden. Zunächst verstanden sie sich als höchst exklusiven Verband, der allein dekorierte Frontkämpfer in seine Reihen aufnahm. Bereits ab 1929 konnten allerdings auch nicht-dekorierte Frontkämpfer (*briscards*) der Bewegung beitreten. Nachdem die Führung – zum Teil infolge von Meinungsverschiedenheiten mit Coty – mehr-

²⁶⁵ APP 79.501-508D, 14.3.1935 u. 23.5.1935.

²⁶⁶ APP 79.501-2534 C, 5.3.1936, Conférence P.N.P., 4.3.1936.

²⁶⁷ APP 79.501-508 A, 12.11.1935, Congrès de Mouvement National Populaire, 11.11.1935. Zu den „faschistischen“ Tendenzen der J.P. in den dreißiger Jahren vgl. Irvine, *French Conservatism*, 105. Dort auch das bezeichnende Zitat eines J.P.-Funktionärs aus dem Departement Rhône, das Programm der J.P. möge Faschismus sein. „Aber in jedem Fall ist es ein sehr republikanischer Faschismus.“ Zit. ebd.

mals gewechselt hatte, trat die Bewegung 1931 in eine neue Phase ein. Neuer Präsident wurde der 44jährige, pensionierte General François de la Rocque, der den *Croix de feu* aufgrund seiner umfangreichen Geschäftsbeziehungen mit der Elektrizitäts- und Petroleumindustrie ein höheres Maß an finanzieller Unabhängigkeit ermöglichte.

De la Rocque, der sich bald zum unbestrittenen Führer aufschwang,²⁶⁸ verlieh der Bewegung von Beginn an ein weitaus politischeres Profil. Dabei profitierte er von dem antiparlamentarischen Rechtsruck, den der Wahlausgang des Jahres 1932 und die Neuauflage des Linkskartells bewirkten. Ähnlich wie der *Faisceau* und die *Jeunes Patriotes* vor ihm empfahl sich de la Rocque als einzige Erfolg verbürgende Schutz- und Kampfmacht gegen den drohenden Kommunismus. Als solche öffneten die *Croix de feu* ihre Reihen nun zunehmend allen Schichten der Gesellschaft, zunächst den Angehörigen der Frontkämpfer, sodann auch denjenigen älteren Erwachsenen, die nicht an der Front gestanden hatten (Regroupement national) sowie den männlichen Jugendlichen unter 21 Jahren (Volontaires nationaux). Innerhalb kürzester Zeit stieg die Mitgliedschaft der *Croix de feu* von 5.000 im Jahre 1929 auf ca. 25.000 im Jahre 1932.²⁶⁹

Vom 6. Februar 1934, dem sie keinesfalls tatenlos zuschauen wollten, vermochten die *Croix de feu* in besonderer Weise zu profitieren. Einerseits ging es de la Rocque darum, seine Bewegung im Kontext der allgemeinen Unruhe und der zu erwartenden Massendemonstration zu profilieren. Andererseits sah er ein Eingreifen der *Croix de feu* vor allem für den Fall als notwendig an, daß Anhänger der extremen Linken auf die Straße gehen würden.²⁷⁰ Die interne Sprachregelung für die am 5. Februar beschlossene „offizielle Demonstration“ der *Croix de feu* verpflichtete die Mitglieder auf das Ziel, „der Diktatur sozialistischen Einflusses ein Ende zu setzen und eine saubere Mannschaft an die Macht zu rufen, ohne jegliche Politiker, gleich welcher Couleur“.²⁷¹ In der Öffentlichkeit begründete de la Rocque seine Teilnahme an der Demonstration vom 6. Februar als notwendige Protesthandlung gegen „die unter sozialistischem Einfluß durchgeführten quasi-diktatorischen Gewaltstreiche“.²⁷²

Besonders beeindruckten die *Croix de feu* am 6. Februar 1934 durch ihre Fähigkeit, auch in einer zugespitzten Situation absolute, gleichsam militärische Disziplin zu wahren und sich damit als Ordnungsfaktor zu empfehlen.²⁷³ In der Folgezeit steigerten die *Croix de feu* die Zahl ihrer Anhänger erheblich und etablierten sich rasch zum mitgliederstärksten politischen Verband Frankreichs. Im September 1935 verfügten die *Croix de feu* landesweit über ca. 240.000 Mitglieder. Allein im Département Seine waren es ca. 72.000 Mitglieder, darunter 45.000 Frontkämpfer und 27.000 Angehörige

²⁶⁸ Biographisch über de la Rocque die Veröffentlichung seiner nahen Anverwandten Edith u. Gilles de la Rocque, *La Rocque tel qu'il était*, Paris 1962. Unkritisch: Philippe Rudaux, *Les Croix de Feu et le P.S.F.*, Paris 1967. Siehe jetzt Jacques Nobécourt, *Le colonel de La Rocque 1885–1946 ou les pièges du nationalisme chrétien*, Paris 1996, eine monumentale, auf umfassender Quellengrundlage beruhende Arbeit. Über die Biographie de la Rocques hinaus stellt sie einen fundamentalen Beitrag zur Geschichte der *Croix de feu*/P.S.F. dar, ist allerdings teilweise nicht frei von apologetischen Momenten.

²⁶⁹ Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 107.

²⁷⁰ AN 451 AP 81 (Archives de la Rocque), Nr. 163, 3.2.1934 (Zirkular).

²⁷¹ *Ibid.*, Nr. 165, 5.2.1934, Zirkular de la Rocques.

²⁷² *Echo de Paris*, 6.2.1934.

²⁷³ Vgl. z.B. noch Rudaux, *Croix de Feu*, S. 68. Ausführlich zur Rolle de la Rocques und der *Croix de feu* am 6. Februar 1934 Nobécourt, *Colonel de la Rocque*, S. 247ff.

der anderen Gruppierungen (*volontaires nationaux*, *regroupement national*).²⁷⁴ Im Februar 1936 zählten die *Croix de feu* nach Polizeiangaben landesweit 500.000 Anhänger, davon 90.000 in der Pariser Region.²⁷⁵ Als die Regierung der Volksfront die außerparlamentarischen Verbände auflöste, transformierte de la Rocque seine Bewegung in eine förmliche politische Partei, den *Parti Social Français* (= P.S.F.), der nun auch – mit nicht geringem Erfolg – an parlamentarischen Nachwahlen teilnahm.

Croix de feu wie P.S.F. bildeten eine straff hierarchisierte Führerpartei. Einem ausgesprochen „volksparteilichen“ Anspruch entsprechend, suchte sie mit ihren Suborganisationen in alle Schichten der Bevölkerung einzudringen. Dies gilt für die verschiedenen Untergruppierungen der Weltkriegskämpfer, der *Volontaires nationaux*, der Frauengruppen und seit 1936 auch der gewerkschaftsähnlichen *Syndicats professionnels*.²⁷⁶ Allerdings wies die Sozialstruktur der *Croix de feu*/P.S.F. überwiegend bürgerlich-mittelständischen Charakter auf. Besonders deutlich wird dies, wenn man das Sozialprofil derjenigen „militants“ betrachtet, die in ihrem Engagement für die Bewegung irgendwie „auffällig“ und polizeinotorisch geworden sind. In einem solchen Sample von 135 Personen, deren Personalien zwischen dem Juni 1935 und dem Oktober 1936 festgestellt wurden,²⁷⁷ überwog mit Abstand das mittelständische und studentische Element mit zusammen fast 72%. Im einzelnen ergibt sich folgendes Sozialprofil:

Table 35: Sozialprofil von 137 „militants“ der *Croix de feu*/P.S.F. 1935/36

Angehörige des Mittelstandes	68 =	49,6%
davon Angestellte in Handel, Banken und Versicherungen	49	
Kleinhändler	11	
Öffentliche Dienstleistungen Transport, Verkehr	7	
private Dienstleistungen	1	
Studenten und Oberschüler	29 =	21,2%
Arbeiter	21 =	15,3%
davon ungelernete	1	
Publizisten, Journalisten, Zeitungsverkäufer	7 =	5,1%
Berufe mit gehobener oder akademischer Ausbildung, Industrielle	3 =	2,2%
Sonstige und ohne Angabe	9 =	6,6%
Zwangsgestellte Personen insgesamt	137 =	100,0%

Das Durchschnittsalter der in dem Sample vereinigten Personen betrug ca. 29 Jahre. So unterstreicht dieses Profil ein weiteres Mal die besondere Affinität, die insbesondere jüngere Angestellte und die akademische Jugend in Paris für „faschistische“ Bewegungen entwickelten. Bereits zehn Jahre zuvor waren Angestellte – insbesondere aus dem Bereich Handel, Banken und Versicherungen – das wichtigste Rekrutie-

²⁷⁴ APP Ba 1960, Sept. 1935: Effectif des Groupements Nationaux. Im Juni 1935 gab die Politische Polizei die Mitgliederzahlen wie folgt an: Landesweit 240.000, Pariser Region 35.000. AN F7 13241, 20.6.1935.

²⁷⁵ APP Ba 1901, février 1936.

²⁷⁶ Siehe dazu Philippe Machefer, *Les Syndicats professionnels français, 1936–1939*, in: *Le Mouvement Social*, no. 119 (1982), S. 91–112.

²⁷⁷ AN F7 13241, 25.6.1935; BB¹⁸ 3048² (Réquête), 21.7.1936; BB¹⁸ 3019, 15.3.1936 u. 4.10.1936; APP Ba 1862, Dossier: Manifestations divers à la gare St. Lazare, juin 1936. Bei den inkriminierten Vergehen handelte es sich meist um Bagatellfälle wie provozierendes Auftreten, Belästigung und „refus de circuler“, aber auch Schlägereien mit Kommunisten und „violences aux agents“.

rungspotential des *Faisceau* gewesen.²⁷⁸ Und die wenigen verfügbaren Quellen weisen darauf hin, daß es bei den *Croix de feu* bzw. beim P.S.F. nicht sehr viel anders war. Auch die *Syndicats professionnels* erreichten in Paris ihre größte Durchschlagskraft unter den Angestellten der großen Warenhäuser.²⁷⁹ Hieraus lassen sich mehrere Schlüsse ziehen: Zunächst reproduziert sich bei *Croix de feu*/P.S.F. jener „Mittelstandsbauch“, der die Soziographie faschistischer Bewegungen im allgemeinen kennzeichnet. Alle Bewegungen der extremen Rechten, die zwischen den Weltkriegen entstanden, suchten die Arbeiterschaft zu nationalisieren und sie im Sinne der Überwindung der Klassengegensätze an sich zu binden; dies gelang aber meist nur in rudimentärer Form und blieb häufig Programm. Auch die Berliner NSDAP erreichte diesbezüglich nur bescheidene Erfolge, und es sei daran erinnert, daß etwa die NSBO gerade in den Angestelltenkreisen ihre größten Erfolge erzielte. Überhaupt gleicht die in dem erwähnten Sample aufscheinende Sozialstruktur der *Croix de feu* in hohem Maße derjenigen der Berliner NSDAP.²⁸⁰

Zweifellos spiegeln sich darin die besonderen Orientierungsprobleme der sozialgeschichtlich betrachtet jungen Schicht der Angestellten wider. Gerade die jüngeren unter ihnen mußten – zumal unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise – ihren sozialen Ort erst suchen. Deklassierungängste, tatsächliche oder drohende Arbeitslosigkeit sowie reale Deprivation führten auch in Frankreich zum politischen Ressentiment und zur Aufnahmebereitschaft für antiparlamentarische oder „faschistische“ Propaganda. Unter diesem Aspekt gewinnen jene Forschungsansätze Plausibilität, die bei der Analyse des französischen „Faschismus“ auf Stanley Hoffmans Modell der „blockierten Gesellschaft“ zurückgreifen.²⁸¹ Tatsächlich trug die Ausdehnung des tertiären Sektors gerade im Paris der dreißiger Jahre dazu bei, die labile Balance zwischen fortgeschrittenen und eher traditionalistisch orientierten Wirtschaftszweigen und Sozialgruppen – das typische Kennzeichen der „blockierten Gesellschaft“ – zu unterminieren. Doch können dies nur Interpretationsperspektiven sein, solange die sozialgeschichtliche Erforschung der französischen Angestellten noch in den Kinderschuhen steckt. Denn während politische Mentalität und soziale Lage der Angestellten für Deutschland schon das intensive Interesse der zeitgenössischen Soziologie auf sich zogen,²⁸² und als insgesamt gut erforscht gelten können,²⁸³ stellt sich das analoge Forschungsfeld in der Dienstleistungsmetropole Paris noch als fast völlige Terra incognita dar. So wissen wir so gut wie nichts über Einkommen, Arbeitsbedingungen, Lebenswelt und innere Differenzierung der Angestellten in der französischen Metropole.²⁸⁴

²⁷⁸ Siehe oben, S. 296.

²⁷⁹ Machefer, *Syndicats professionnels français*, S. 94f.

²⁸⁰ Siehe oben, S. 452f.

²⁸¹ Siehe Hoffman, *Paradoxes*, S. 3–21. Hieran anknüpfend Müller, *Protest*; Kevin Passmore, *The French Third Republic: Stalemate Society or Cradle of Fascism?*, in: *French History* 7 (1993), S. 417–449.

²⁸² Stellvertretend: Hans Speier, *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933*, Göttingen 1977 (es handelt sich um eine 1932 abgeschlossene Studie). Lateransich: Siegfried Kracauer, *Die Angestellten*. Aus dem neuesten Deutschland, Frankfurt/M. 1971 (zuerst 1929/30).

²⁸³ Zusammenfassend: Jürgen Kocka, *Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer*, Göttingen 1981, hier v.a. S. 142ff.

²⁸⁴ Forschungen in dieser Richtung haben sich hauptsächlich auf die sich in der Zwischenkriegszeit formierende Schicht der leitenden Angestellten, der „cadres“ konzentriert: Siehe insbesondere Luc Boltanski, *Les Cadres, La Haye* 1982, sowie Ders., *Une réussite: la mobilisation des „cadres“*, in: Geo-

In jedem Fall aber weist die auffallende Parallelität der sozialen Struktur der Berliner NSDAP und der Pariser „faschistischen“ Bewegungen darauf hin, daß es vor-schnell wäre, allein mit Blick auf die deutschen Angestellten eine „standortinadäquate“ Ideologie²⁸⁵ zu behaupten und von der Orientierung an vorindustriellen, ständischen und sozialprotektionistischen Modellen zu sprechen.²⁸⁶ Vielmehr erweist der deutsch-französische Vergleich zum einen, daß das Empfinden von der Gefährdung der gesellschaftlichen Mitte ein tendenziell gemeineuropäisches Phänomen bildete.²⁸⁷ Zum anderen aber relativiert die deutliche Überrepräsentation der Angestellten sowohl in der Berliner NSDAP als auch bei den *Croix de feu* die in jüngerer Zeit von Jürgen Falter vertretene Auffassung, Angestellte hätten insgesamt eher unterproportional NSDAP gewählt.²⁸⁸

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Berliner NSDAP und *Croix de feu*, die ebenfalls den partiell bürgerlichen sozialen Zuschnitt der Bewegungen charakterisiert, liegt in ihrer überproportionalen Unterstützung in den konservativ-großbürgerlichen Bezirken. Für den Berliner Südwesten hat Hamilton ein entsprechendes Wahlverhalten wahrscheinlich gemacht;²⁸⁹ und im großbürgerlichen Paris erhielten *Croix de feu* und P.S.F. besonderen Zulauf: Allein im 16. Arrondissement zählten die *Croix de feu* im Juni 1936 11.992 Mitglieder.²⁹⁰ Und in den anderen bürgerlichen Vierteln des 8., 9., und 17. Arrondissements betrug die jeweilige Mitgliederzahl deutlich mehr als 1.000.²⁹¹

Angesichts ihres zahlenmäßigen Gewichts und ihrer politischen Bedeutung beantwortet sich die Frage nach der Existenz eines französischen „Faschismus“ vor allem aufgrund dessen, wie man die *Croix de feu* bzw. den P.S.F. beurteilt.²⁹² Kleinere Verbände wie Jean Renauds *Solidarité française* oder Marcel Bucards *Francisme*, die auch von der französischen Forschung als mehr oder minder „faschistisch“ eingeschätzt

rges Lavau, Gérard Grunberg u. Nonna Mayer (Hrsg.), *L'univers politique des classes moyennes*, Paris 1983, S. 156–169. Für die Zeit vor 1914 siehe Heinz-Gerhard Haupt, *Angestellte in der französischen Gesellschaft vor 1914*. Einige einführende Bemerkungen, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Angestellte im europäischen Vergleich*. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert, Göttingen 1981, S. 112–141. Eine instruktive Fallstudie bei S.C. Lesselier, *Employés des grands magasins à Paris (avant 1914)*, in: *Le Mouvement Social* 105 (1978), S. 109–126. Einen Überblick über die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten gibt Pierre Delon, *Les employés. De la plume d'ivoire à l'ordinateur. Un siècle de lutte. Origines et activité de la Fédération C.G.T.*, Paris 1969. Vgl. T.B. Caldwell, *The Syndicat des Employés de Commerce et de l'Industrie (1887–1919). A Pioneer French Catholic Trade Union of White Collar Workers*, in: *International Review of Social History* 11 (1966), S. 311–319; über die in Angestelltenkreisen überproportional erfolgreiche christliche Gewerkschaftsbewegung siehe Michel Launay, *La C.F.T.C. Origines et développement 1919–1940*, Paris 1986. Die Bemerkungen über die französischen Angestellten bei Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie*, S. 325ff., sind eher summarisch.

²⁸⁵ Theodor Geiger, *Panik im Mittelstand*, in: *Die Arbeit*, Jg. 1930, Heft 10, S. 637–654.

²⁸⁶ Dies die Tendenz bei Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie*.

²⁸⁷ Vgl. Andreas Wirsching, *Einleitung zu: Möller, Raulet, Wirsching (Hrsg.), Gefährdete Mitte?*, S. 11–17, hier S. 13ff.

²⁸⁸ Falter, *Hitlers Wähler*, S. 232ff.

²⁸⁹ Hamilton, *Who voted for Hitler*, S. 83ff.

²⁹⁰ APP Ba 1901, 18.6.1936.

²⁹¹ Ebd., 17.3.1936 (17. Arrdt.); 18.3.1936 (2. Arrdt.); 18.3.1936 (8. Arrdt.); 22.1.1936 (8. Arrdt.); 3.4.1936 (9. Arrdt.). Vgl. ebd., 10.12.1936 (wichtigste Arrondissements: 6., 8., 14., 16., 17.). Vgl. auch Pierre Milza, *Fascisme français. Passé et présent*, Paris 1987, S. 138.

²⁹² Vgl. Rémond, *Droites*, S. 211; Philippe Burrin, *La Dérive fasciste. Doriot, Déat, Bergery 1933–1945*, Paris 1986, S. 25; William Irvine, *Fascism in France and the Strange Case of the Croix de Feu*, in: *Journal of Modern History* 63 (1991), S. 271–295, hier S. 271f.

werden,²⁹³ erlangten keine politisch wirksame Bedeutung.²⁹⁴ Auch die Bedeutung des *Parti Populaire Français* des kommunistischen Renegaten Jacques Doriot beschränkte sich auf eine kurze Periode von zwei Jahren und sollte nicht überschätzt werden. Der „Faschismus“ derjenigen Intellektuellen schließlich, die – wie Lucien Rebatet, Robert Brasillach oder Pierre Drieu la Rochelle – in den dreißiger Jahren einen zunehmend bedeutsamen Einfluß gewannen, blieb über weite Strecken ein elitäres, gleichsam akademisches Phänomen, das der Massenbasis entbehrte. Daneben existierte im Frankreich der dreißiger Jahre eine der deutschen sogenannten „Konservativen Revolution“ vergleichbare Strömung, die ebenfalls keine Massenbasis besaß und in unserem Kontext nicht näher behandelt werden kann.²⁹⁵ Demgegenüber stellten die *Croix de feu* eine tatsächliche politische Massenbewegung dar, mit zum Schluß mindestens 700.000 Anhängern: eine für französische Verhältnisse gigantische Zahl, die die Mitgliederstärke von PCF und S.F.I.O. zusammen deutlich überstieg.²⁹⁶ Zu fragen ist also im folgenden zunächst, inwieweit die *Croix de feu* die in dieser Arbeit zugrunde gelegten typologischen Merkmale einer totalitären Bewegung aufwiesen, bevor dann im folgenden Kapitel die Anwendbarkeit eines generischen Faschismusbegriffs auf die extreme Rechte Frankreichs diskutiert werden soll.

Die *Ideologie* der *Croix de feu* verband über weite Strecken den Rekurs auf traditionelle Werte des französischen (Klein-)Bürgertums mit der Ablehnung der existierenden Formen parlamentarischer Politik.²⁹⁷ Hiervon ausgehend betonten de la Rocque und andere Redner der *Croix de feu* immer wieder ihre Weigerung, überhaupt nur einen der amtierenden Politiker zu unterstützen. Die Bewegung selbst stehe der gegenwärtigen Politik fern; im Grunde sei sie „unpolitisch“,²⁹⁸ in jedem Fall „weder rechts noch links“,²⁹⁹ sondern in erster Linie „französisch“. Dies war freilich nur in ganz vordergründigem Sinne eine „unpolitische“ Haltung; faktisch stellte sie sich ganz

²⁹³ Vgl. etwa Rémond, *Droites*, S. 207.

²⁹⁴ Zum *Francisme* siehe Alain Deniel, Bucard et le Francisme. Les seuls fascistes français, Paris 1979, v.a. S. 58ff. über die Organisation des *Francisme*. Die Mitgliedschaft des *Francisme* erreichte auf seinem Höhepunkt maximal 20.000 Anhänger, ebd., S. 68f. Die *Solidarité française* untersucht eingehend Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 59–103, hier S. 61f. zu den z.T. stark divergierenden Schätzungen der Mitgliederzahl. Vgl. zur *Solidarité française* auch den Beitrag von Klaus-Jürgen Müller, *Ambition, argent et protestation. Remarques sur un phénomène d'extrémisme dans la France de l'entre-deux-guerres*, in: Gilbert Merlio (Hrsg.), *Ni gauche ni droite: les chassés-croisés idéologiques des intellectuels français et allemands dans l'entre-deux-guerres*, Talence 1995, S. 229–244.

²⁹⁵ In seiner Besprechung des Buches von Sternhells Buch „Ni droite ni gauche“ hat Armin Mohler darauf verwiesen, daß „Konservative Revolution“ ein auf die von Sternhell skizzierten Kräfte passenderer Begriff sei als „Faschismus“. Siehe Armin Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 3. Aufl. Darmstadt 1989, Ergänzungsband, S. 103. Siehe jetzt Hans-Wilhelm Eickert, *Konservative Revolution in Frankreich? Die Nonkonformisten der „Jeune Droite“ und des „Ordre Nouveau“ in der Krise der 1930er Jahre*, ungedr. Diss. Trier 1996.

²⁹⁶ Vgl. dazu Philippe Machefer, *Le Parti Social Français en 1936–1937*, in: *L'Information historique*, 34^e année, Nr. 1 (jan./févr. 1972), S. 74–80, hier S. 74.

²⁹⁷ Vgl. zur *Ideologie* der *Croix de feu* Milza, *Fascisme français*, S. 136ff.; Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 152ff. Enttäuschend dagegen Nobécourt, *Colonel de la Rocque*, der in traditioneller Weise den republikanischen „Loyalismus“ de la Rocques betont und dessen Neologismus „christlicher Nationalismus“ analytisch nicht weiterführt.

²⁹⁸ Stellvertretend für viele Belege: APP Ba 1901, 29.1.1935, Meeting Croix de feu, Salle Bullier (de la Rocque); ebd., 29.1.1935, Meeting Croix de feu, Salle Wagram: „Nous sommes pour aucun homme politique“ (de la Rocque); ebd., 17.6.1936, Réunion Croix de feu 8^e section (= 8. Arrondissement) (Riché).

²⁹⁹ Stellvertretend für viele Belege: AN 451 AP 81 (Archives de la Rocque), *Buts généraux des Croix de feu*, S. 1; APP BA 1901, 31.10.1935 (de la Rocque).

generell dem als korrupt, materialistisch und dekadent disqualifizierten liberalen und parlamentarischen System als bessere Alternative entgegen. Auf internen Versammlungen wurde dies denn auch nicht selten ganz offen ausgesprochen: „Tant qu'il y aura un Parlement comme celui que nous avons, il n'y a rien à espérer. Il appartient aux *Croix de feu* de faire la révolution nécessaire en suivant strictement les ordres de notre chef.“³⁰⁰ Gelegentlich besaß dieser Antiparlamentarismus auch antisemitische Untertöne, so wenn darüber geklagt wurde, daß die überwältigende Mehrheit des Kabinetts aus Juden, Freimaurern und Söldlingen Großbritanniens und Moskaus bestand.³⁰¹ Um „die Ordnung aufrechtzuerhalten“ würden die *Croix de feu* daher möglicherweise „verpflichtet“ sein, „mit den anständigen Männern (hommes propres)“ die Macht zu übernehmen.³⁰²

Dem parlamentarischen „Elektoralismus“³⁰³ der Gegenwart stellten de la Rocque und die *Croix de feu* ein auf der Nation beruhendes, geschlossenes Gesellschaftsbild entgegen, in dem soziale Gegensätze und Konflikte gewissermaßen durch den „guten Willen“ der ehrbaren Franzosen aufgehoben sein sollten. Propagandistische Schlüsselbegriffe waren in diesem Zusammenhang „ordre“, „propreté“, „honneur“, „devoir“, „volonté“, „forces saines“ etc. Dem entsprach das normative Konzept einer organisch gegliederten Gesellschaft, verdichtet in der später vom Vichy-Regime aufgenommenen Parole „Famille, Travail, Patrie“.³⁰⁴ Eine hierarchisch strukturierte Familie, in der die elterliche (d.h. v.a. die väterliche) Autorität unangefochten zu herrschen hatte, bildete für de la Rocque die Keimzelle der eigenen Bewegung ebenso wie die Keimzelle eines neu zu konstruierenden Staatswesens.³⁰⁵ In den korporativ zu organisierenden Berufsständen (professions) hofften de la Rocque und die *Croix de feu* jene „von Parasiten, großen und kleinen Profiteuren befreite Arbeit“ zu „rehabilitieren“, von der allein die Regeneration und sozialökonomische Wiederaufrichtung Frankreichs zu erwarten war.³⁰⁶

Mit diesem Programm entfernten sich die *Croix de feu* in mehr als einer Hinsicht von der etablierten „republikanischen Kultur“ Frankreichs. Neben dem 1905 festgeschriebenen Grundsatz der Laizität gehörten hierzu vor allem der Primat des Individuums und seiner natürlichen Rechte über die Gesellschaft sowie das Versprechen eines allmählichen sozialen Fortschritts, garantiert durch ein entkirchlichtes Bildungssystem, das Aufklärung, Humanität und gleiche Chancen versprach.³⁰⁷ Zwar beeilte sich de la Rocque, in kritischen Situationen – so etwa nach dem 6. Februar 1934 oder

³⁰⁰ APP BA 1901, 29.1.1935, Meeting der *Croix de Feu*, Salle Wagram, 28.1.1935 (Chef de section de Marseille).

³⁰¹ Ebd., 25.3.1936, Réunion *Croix de Feu*, Nanterre, 24.3.1936 (Terrossier).

³⁰² APP Ba 1902, 11.12.1935, Versammlung der *Croix de Feu* im 3. Arrdt. (Detrez); APP Ba 1901, 19.3.1936 (10. Arrdt., Peirossier).

³⁰³ Zur Kritik am „Elektoralismus“ siehe stellvertretend: François de la Rocque, Service public, Paris 1934, S. 91f.; AN 451 AP 81 (Archives de la Rocque), Autour des élections. Principes d'arbitrage du Mouvement *Croix de Feu* [1936]; Le Flambeau, 29.2.1936; 7.3., 14.3., 21.3.1936.

³⁰⁴ AN 451 AP 81 (Archives de la Rocque), Buts généraux des *Croix de Feu*, S. 6.

³⁰⁵ De la Rocque, Service public, S. 113ff.

³⁰⁶ AN 451 AP 81 (Archives de la Rocque), Buts généraux des *Croix de Feu*, S. 6. Zum Korporatismus der *Croix de Feu* vgl. de la Rocque, Service public, S. 142ff. u. Soucy, French Fascism. The Second Wave, S. 182.

³⁰⁷ Siehe Serge Berstein, La culture républicaine dans la première moitié du XX^e siècle, in: Serge Berstein u. Odile Rudelle (Hrsg.), Le modèle républicain, Paris 1992, S. 159–171. Allgemein: Claude Nicolet, L'idée de République en France. Essai d'histoire critique, Paris 1982.

im Jahre 1936, als die Bewegung von der Auflösung bedroht war – seine grundsätzliche Loyalität zur Republik zu unterstreichen.³⁰⁸ Doch ist es fraglich, inwieweit dieses Bekenntnis zur Republik mehr war als eine spezifische Form der Legalitätstaktik.³⁰⁹ Zumindest wird man festhalten müssen, daß „Republik“ in den dreißiger Jahren auch einen zunehmend entleerten Formelbegriff darstellen konnte, dessen konkrete Füllung autoritäre oder gar „faschistische“ Lösungsmodelle keineswegs ausschloß. Ein solches Verständnis von „Republik“ stand denn auch hinter Sätzen wie jenem, der auf einer *Croix de feu*-Versammlung im 15. Pariser Arrondissement ausgesprochen wurde und sich gegen die „Demagogie“ der Volksfrontführer richtete, „die sich für Verteidiger der Republik halten. Die echten Republikaner jedoch sind wir, weil wir die Institutionen, die die Ursache allen Übels in unserem Lande sind, erneuern wollen.“³¹⁰ Andere Redner der *Croix de feu* hinderte dies im übrigen nicht, Mussolini und Hitler als positive Beispiele anzuführen, denen es gelungen sei, auf der Basis des Vaterlandsgedankens ihr Volk zu einen.³¹¹ Indem de la Rocque jedenfalls den republikanischen Individualismus ebenso ablehnte wie den etatistischen Zentralismus der Republik, antizipierte er in hohem Maße den prononcierten Antirepublikanismus des Vichy-Regimes.³¹²

Neben der Verwerfung der bestehenden parlamentarischen Politikformen äußerte sich dieser Antirepublikanismus z.B. besonders deutlich in der Art und Weise, mit der die *Croix de feu* das republikanische Bildungs- und Erziehungssystem einer Fundamentalkritik unterzogen. Die staatlich-republikanischen Lehrer unterrichteten demzufolge eben nicht mehr „den Respekt vor der Familie, das Streben nach Arbeit und die Liebe zum Vaterland“, sondern sie predigten „den Internationalismus, den Kommunismus und die Verachtung der Familie“.³¹³ Das staatliche Erziehungssystem sei zu einer „demagogischen Waffe“ der „herrschenden Klassen“ geworden. Von der Grundschule bis zur Universität seien die französischen Schulen zu Propagandaforen

³⁰⁸ Siehe z.B. *Le Flambeau*, avril 1934 (Rede de la Rocques vor der Assemblée générale der *Croix de feu*); *Le Flambeau*, juin 1936; *Le Flambeau*, 17.10. u. 24.10.1936; Rapport fait au nom de la commission d'enquête..., Annexes Bd. 1, S. 1622f. (Aussage de la Rocques vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß). Vgl. auch Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 148.

³⁰⁹ In keinem Fall jedoch ist das Bekenntnis de la Rocques zur republikanischen „Legalität“ ein Argument dafür, den *Croix de feu*/P.S.F. jeglichen „faschistischen“ Charakter abzusprechen, wie dies Milza, *Fascisme français*, S. 135, tut.

³¹⁰ APP Ba 1901, 21.3.1936 (15. Sektion, Silvert).

³¹¹ Ebd., 29.1.1935 (Meeting Salle Bullier) Bidon „indique que dans le désarroi de l'après-guerre, l'idée de patrie avait, dans presque toutes les nations, été supplantée par les passions politiques. Il constate que cette erreur, qui persiste encore en France, a été remplacée partout ailleurs par un patriotisme et un nationalisme parfois excessifs mais qui, dans certains pays ont été à la base de redressements incroyables. Il cite en exemple l'Italie et l'Allemagne qui par des moyens différents, mais ayant à leur base l'idée de patrie, sont arrivées à grouper l'unanimité de leurs peuples, unanimité qui a été le facteur essentiel de la renaissance de ces deux pays. Il estime qu'en France ni le fascisme, ni le racisme conviennent au tempérament français. Selon lui le mouvement Croix de feu personnifie l'idéal des français et doit sauver le pays en y faisant régner l'ordre, l'honnêteté et la prospérité.“ Vgl. ähnlich Pozzo di Borgo, damals Vizepräsident der *Croix de feu* in: AN F7 13983, 20.5.1936 u. 29.5.1936.

³¹² Zum Antirepublikanismus des Vichy-Regimes vgl. Jean-Pierre Azéma, *Vichy face au modèle républicain*, in: Berstein u. Rudelle (Hrsg.), *Modèle républicain*, S. 337–356. Mit ihrer Absage an die „falsche Konzeption von Freiheit“, den „unvermeidlich zur Anarchie tendierenden Individualismus“ und ihrem Konzept einer „organisierten Gesellschaft“ und einer neuen Elite – siehe ebd., S. 340f., weist die Doktrin des Vichy-Regimes eine Vielzahl von Elementen auf, die schon an der Wurzel der Feudal-kreuzler-Ideologie gelegen waren.

³¹³ APP Ba 1901, 16.3.1936 (Laçan).

degeneriert, aus denen „Apostel des Klassenkampfes“ hervorgingen.³¹⁴ In dem Maße, wie das gesamte staatlich-republikanische Bildungswesen als verwerflich deklariert wurde, gab es innerhalb der *Croix de feu* bzw. des P.S.F. Ansätze zu eigenen Erziehungsanstalten, sogenannten „centres d'éducation“, wo insbesondere Sport betrieben wurde. Hier ging es darum, „eine starke und gesunde Jugend zu formen, um Frankreichs Volk und Wohlfahrt zu bewahren“.³¹⁵

Was de la Rocque und die *Croix de feu* an der herrschenden republikanischen Kultur besonders kritisierten, war der „Materialismus“, der nach 1918 Frontkämpfer und Nachkriegsgeneration getrennt und die Nation gespalten habe.³¹⁶ Demgegenüber galt es – in Opposition zur republikanischen Kultur – die „öffentliche Moral“, die „Staatsautorität“ und jene „mystique française“ wiederherzustellen, die im Ersten Weltkrieg bestanden hatte, jetzt aber zerstört worden war: „Avant cela, l'ordre ne serait que desordre.“³¹⁷ De la Rocque nahm für sich und seine Bewegung in Anspruch, diese spezifische, wenngleich nur vage umschriebene „mystique française“ in besonderer Weise zu verkörpern. In Form eines gewissermaßen spirituellen Kontakts mit „allen Märtyrern der französischen Leidensgeschichte“ hätten die *Croix de feu* die nationale Mystik in die Gegenwart zurückstrahlen lassen – „reich an Elan, Heldenmut, Opferbereitschaft, Geisteskraft wie zu Zeiten Jeanne d'Arcs, Fontenoys, Valmys, Montmirails, Verduns.“³¹⁸

Spiegelbildlich hierzu durchzog die Propaganda der *Croix de feu* die Klage über die innere Zerrissenheit Frankreichs, die Spaltung in „links“ und „rechts“, in „rouge“ und „tricolore“, in Arbeiter und Unternehmer, die Frankreich in den Untergang zu führen drohte.³¹⁹ Und so wie es gelingen mußte, in der Bewegung selbst diese innerfranzösischen Spaltungen zu beseitigen durch den Rekurs auf die „mystique française“ und die Durchsetzung eines einheitlichen Willens, so galt es nach außen diejenigen zu bekämpfen, die für die Zerreißen Frankreichs verantwortlich waren. Hier lag die Wurzel für eine bei den *Croix de feu* besonders stark ausgeprägte Moralisierung der Politik, die für die politischen und sozialökonomischen Krisenerscheinungen der Gegenwart eindeutige Schuldzuweisungen vornahm und die politischen Auseinandersetzungen einem klaren Freund-Feind-Gegensatz unterordnete.

Zwar benutzten de la Rocque und die *Croix de feu* in ihrer Rhetorik gelegentlich auch „antikapitalistische“ Elemente wie z.B. die Kritik an „Profiteuren“, „Parasiten“ und dem „anonymen und internationalen Finanzkapital“.³²⁰ Als Hauptschuldige an der inneren Zerrissenheit Frankreichs machten sie jedoch ohne jeden Zweifel die „marxistischen“ Kräfte aus. Wie die anderen „faschistischen“ Gruppierungen Frank-

³¹⁴ Paul Creyssel, *Le Parti Social Français devant les problèmes de l'heure*, S. 166; 150f. (zit. nach Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 200).

³¹⁵ APP Ba 1901, 8.3.1936 (Mermoz).

³¹⁶ De la Rocque, *Service public*, S. 28.

³¹⁷ Ebd., S. 15.

³¹⁸ Ebd., S. 28.

³¹⁹ Siehe z.B. AN 451 AP 81 (Archives de la Rocque), *Buts généraux des Croix de Feu*, S. 5: „Lant que la France sera divisée en droite et gauche, tant qu'elle sera un immense parlement où l'on discute, où l'on ergote sur des nuances, tant que continueront les querelles de partisans: le désordre, la crise s'aggraveront! les menaces extérieures grandiront!“

³²⁰ Ebd., S. 8. Vgl. *Le complot communio-socialiste. L'insurrection armée dans „unité d'action“*, Paris 1935, S. 8: „certaines puissances d'argent, trop égoïstes pour être clairvoyantes [...]“, AN 451 AP 81 (Archives de la Rocque), *Autour des élections [1936]*, S. 2: „[...] égoïsme ataxique des conservateurs [...]“ Über die anti-bourgeoisien Tendenzen bei den *Croix de feu* vgl. Irvine, *Fascism in France*, S. 282ff.

reichs unterschieden auch die *Croix de feu* nicht substantiell zwischen Kommunisten, Sozialisten und den Regierungen des Linkskartells, die angeblich den Weg zum kommunistischen Umsturz öffneten.³²¹ Niemand dürfe sich, so erklärte de la Rocque, über die fundamentale Identität täuschen, die zwischen der Komintern und der Zweiten Internationale bestehe, welche letztere bloß die „Wegbereiterin und Sklavin“ der ersteren sei.³²² Wege der politischen Mitte wurden im Selbstverständnis der *Croix de feu* damit verschlossen: Was zählte, war allein der Gegensatz und damit letztlich der Optionszwang zwischen den „Anhängern der Ordnung und denen der Unordnung“. Alles andere als eine eindeutige Option zwischen diesen galt als „Doppelspiel“.³²³ Aus der angestrebten nationalen Einheit jedenfalls waren die Vertreter beider Richtungen strikt auszuschließen: „Nous voulons l'union des français, hormis ceux de l'Internationale.“³²⁴

Aus diesem bipolaren ideologischen Weltbild ergibt sich, daß „Antimarxismus“ und Antikommunismus entscheidende Bewegungskräfte der *Croix de feu* bildeten.³²⁵ In der Frontstellung gegen die Kommunisten erfuhr das Ordnungskonzept seine ideologisch kongeniale Konkretisierung; es verband sich mit dem uns bereits bekannten Notwehrkonzept. Ausgehend von den veröffentlichten Schriften des PCF und der Komintern, insbesondere von dem ins Französische übersetzten Werk von „A. Neuberger“,³²⁶ legten die *Croix de feu* ausführlich und regelmäßig die kommunistischen Prinzipien des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkriegs dar, um das angebliche Ausmaß der Bedrohung zu verdeutlichen.³²⁷ Gegenüber dieser Bedrohung stellten sich die *Croix de feu* als diejenige Bewegung dar, die bereitstand, „die inneren Feinde“ des Vaterlandes „beim ersten Versuch“ zu zertrümmern. „Mais seuls profiteront de notre victoire les Français laborieux et conscients des leurs obligations nationales.“³²⁸ „Les buts du Parti Social Français,“ so legte eine Broschüre der Nachfolgeorganisation der *Croix de feu* Anfang 1937 dar, „sont de débarrasser le pays des éléments révolutionnaires.“ Die zentralen Probleme waren in dieser Hinsicht freilich die gleichen, die sich auch den Kommunisten auf dem Weg zur Durchsetzung ihres Wahrheitsmonopols stellten: „L'organisation, la propagande organisée, la coordination des forces saines du parti.“³²⁹ Unschwer lassen sich in dieser Aufgabenstellung die von uns mehrfach hervorgehobenen Merkmale der totalitären Bewegung wiedererkennen: Partei, Propagandaapparat³³⁰ und paramilitärische Organisation.

Dagegen hing die Durchschlagskraft der eher unoriginellen, eine umfassende, sinnstiftende Erklärung von Geschichte und Gegenwart, Herkunft und Zukunft nicht bietenden Ideologie von dem Realitätsgrad der „marxistischen“ Herausforderung ab. Darin, daß die *Croix de feu* seit 1934/35 einen ungeahnten Aufschwung erlebten, kann

³²¹ Vgl. Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 175.

³²² *Le complot communo-socialiste*, S. 8.

³²³ *Ibid.*

³²⁴ Telegramm de la Rocques an Daladier, in: *Le Flambeau*, novembre 1933.

³²⁵ Zum Antimarxismus der *Croix de feu* vgl. Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 175ff.

³²⁶ A. Neuberger, *L'insurrection armée*.

³²⁷ *Complot communo-socialiste*.

³²⁸ *Ibid.*, S. 9 (Vorwort von de la Rocque). Vgl. *Le Flambeau*, 16.5.1936.

³²⁹ AN BB¹⁸ 3048² (Dossier: Poursuites pour reconstitution de ligues dissoutes 1936–1937), Réquisitoire définitif (Parquet de la Seine), 2.4.1937, S. 21.

³³⁰ Zum Presseapparat der *Croix de feu* bzw. des P.S.F. siehe Fred Kupferman u. Philippe Machefer, *Presse et politique dans les années trente: le cas du „Petit Journal“*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 22 (1975), S. 7–51, hier v.a. S. 25ff.

man eine klare Parallele zu den Jahren 1924 bis 1926 erkennen, als *Ligue Millerand*, *Jeunesses Patriotes* und *Faisceau* eine kurze Konjunktur erlebten. Wie diese, so gingen auch die *Croix de feu* aus jenem bürgerlichen Konzept von Notwehr und Ordnung hervor, das schon in der Vergangenheit an der Wurzel außerparlamentarischer Mobilisierung von rechts gelegen hatte und sich in einer Periode des kommunistischen Aufschwungs besonders nachdrücklich entfaltete.

Das sich über die Legalität des bürgerlichen Rechtsstaates hinwegsetzende „faschistische“ Konzept von Notwehr und Ordnung lag auch an der Wurzel der *paramilitärischen Organisation* der *Croix de feu*. Schon für den parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Gefolge des 6. Februar stand der paramilitärische Charakter der Bewegung fest: Ihre mobilen Kampfgruppen („dispos“) gehorchten geheimen Einsatzbefehlen und zeichneten sich durch ihre bedingungslose Unterordnung unter den Führerwillen aus.³³¹ Die „Dispos“ waren, wie die Staatsanwaltschaft des Départements Seine unterstrich, „besonders aktive und ergebene Elemente. Unter dem Vorwand, den Ordnerdienst zu versehen, konnten sie auf Befehl schnell und diskret die Gesamtheit ihrer Mitglieder mobilisieren. Sie bildeten eine Selbstschutzformation, eine regelrechte Ersatzpolizei.“³³²

De la Rocque selbst betonte die „eiserne Disziplin“ seiner Bewegung,³³³ wenn er auch selbst dazu tendierte, den offenkundigen Paramilitarismus seiner Bewegung herunterzuspielen oder gar zu leugnen. Freilich sollte man darin keinen besonderen Beweis seines republikanischen Loyalismus sehen als vielmehr die taktische Anpassung an die republikanische Legalität. De la Rocque betonte stets seinen Respekt gegenüber der „*légalité républicaine*“ und gegenüber den „*institutions républicaines*“.³³⁴ Doch darüber, daß die *Croix de feu* im Ernstfall zur Gewalt bereitstanden, ließ de la Rocque ebenfalls keinen Zweifel aufkommen. Zwar verurteilte er mehr als einmal die einseitige Anwendung von Gewalt und suchte seine Bewegung immer wieder als grundsätzlich friedfertig darzustellen. Aber die Anwendung legitimer (Gegen-)Gewalt im Stande der Notwehr war damit keineswegs ausgeschlossen. Auch hier wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen der „marxistischen“ Herausforderung und Bedrohung durch die Volksfront und die paramilitärische Mobilisierung des französischen „Faschismus“ deutlich: „*Réprouver la violence n'est point la craindre. Rejeter son usage n'est point s'interdire la possibilité d'y faire face et d'y répondre victorieusement. Devant les menées criminelles du Front commun, de ses inspireurs, de ses capitalistes et de ses spadassins, nous serions impardonnables de ne pas disposer non seulement une défense effective des bons Français mais aussi un instrument capable d'écraser les tentatives révolutionnaires. Nous n'y avons pas manqué.*“³³⁵

³³¹ Rapport fait au nom de la commission d'enquête, Nr. 3383, S. 25ff.; S. 136; Bonneval, Journées sanglantes, S. 28. Vgl. Soucy, French Fascism. The Second Wave, S. 167ff.

³³² AN BB¹⁸ 3048² (Dossier: Poursuites pour reconstitution de ligues dissoutes 1936–1937), Réquisitoire définitive (Parquet de la Seine), 2.4.1937, S. 22.

³³³ De la Rocque, Service public, S. 250.

³³⁴ Le Petit Journal, 14.7.1937.

³³⁵ De la Rocque, Service public, S. 261f. In einer Rede in Valenciennes im Herbst 1936 soll de la Rocque einem Bericht des „Écho du Nord“ zufolge gesagt haben: „On a dit que nous avions peur de la violence, c'est faux, elle nous repugne, notre action sociale le prouve. Mais si on nous l'impose, nous saurons être les plus forts, nous ne craignons pas de verser le sang, mais avec la volonté de ne pas en répandre une seule goutte qui ne serve le pays.“ Die Authentizität dieser Sätze war umstritten; auch eine anschließende Untersuchung der Staatsanwaltschaft kam zu keinem klaren Ergebnis. Siehe AN BB¹⁸ 3048² (Dossier: Poursuites pour reconstitution de ligues dissoutes 1936–1937), 12.10.1936. Zum

In der Forschung dominiert die Auffassung, nach dem Verbot der „ligues“ und der *Croix de feu* im Sommer 1936 hätte die Nachfolgeorganisation de la Rocques, der *Parti Social Français* sich von paramilitärischen Organisationsformen mehr und mehr abgewendet und sich als gleichsam „normale“, auf die Parlamentswahlen konzentrierte politische Partei etabliert.³³⁶ Doch selbstverständlich schloß das eine das andere nicht aus: Zum einen wäre es unsinnig, gegen die Verwendung des Faschismus-Begriffs mit der Begründung zu argumentieren, die in Frage stehende Bewegung hätte ein Wahlprogramm besessen und sich als politische Partei an Wahlen beteiligt.³³⁷ Eine solche formalistische Argumentation würde selbst die NSDAP über jeden „Faschismus“-Verdacht erheben. Sie verkennt eben völlig, daß es sich für extremistische Bewegungen im demokratischen Raum stets empfiehlt, eine wie auch immer modifizierte *Legalitätstaktik* zu verfolgen, um den eigenen Einfluß um so sicherer auszudehnen.³³⁸ Und auch der P.S.F. verzichtete als eine auf Legalität erpichte Nachfolgeorganisation keineswegs auf einen paramilitärischen Arm. So kam ein Polizeibericht zu dem Ergebnis, daß der P.S.F. alle jene Merkmale einer „ligue de combat“ bewahrt habe, die man mit der Auflösungsordre aus dem politischen Leben hatte verbannen wollen.³³⁹ Tatsächlich unternahm de la Rocque nach der Machtübernahme der Volksfront Anstrengungen, die paramilitärische Effizienz des P.S.F. sogar noch systematisch zu verstärken. Als Nachfolgeorganisation der „Dispos“ wurden die sogenannten „Equipes Volantes de Propagande“ (= E.V.P.) eingerichtet. Neben der Verteilung parteieigenen Propagandamaterials oblag ihnen v.a. der Ordnungsdienst bei Parteiveranstaltungen und Demonstrationen. Wie bei anderen extremistischen Gruppierungen auch verbarg sich dahinter letztlich der Anspruch auf ein virtuelles Meinungsmonopol, was den „Ordnungsdienst“ zur Keimzelle eines gegen den politischen „Feind“ gerichteten paramilitärischen Verbandes machte. Die Mitglieder der E.V.P. waren jedenfalls, wie aus dem Schreiben eines Sektionschefs hervorgeht, bereit, „ihr Leben zu riskieren“.³⁴⁰ Ein Großteil der Arbeit der E.V.P. bestand darin, die häufigen provokatorischen Ausflüge zu organisieren und zu begleiten, die der Pariser P.S.F. in das sozialistisch oder kommunistisch dominierte Pariser Umland unternahm.³⁴¹

Darüber hinaus begründete de la Rocque einen regelrechten parteieigenen Geheimdienst, den „Service départemental d'informations“ (= S.D.I.). Die Anweisungen, mit denen die Aufgaben dieser Organisation beschrieben wurden, verraten einiges über das Profil des P.S.F. und offenbaren eindeutig totalitäre Tendenzen. Um eine ausreichende Durchdringung des „Feindes“ zu gewährleisten, hatte der S.D.I. unter vollständiger Geheimhaltung zu agieren. Zu seinen zentralen Aufgaben gehörte zunächst die Erstellung „individueller Karteien über Kommunisten, Sozialisten, Sym-

Selbstverständnis de la Rocques und der *Croix de Feu* bzw. des P.S.F. paßt dieses Zitat jedoch vorzüglich. Vgl. mit weiteren Belegen Irvine, *Fascism in France*, S. 276ff.

³³⁶ So zuletzt Passmore, *Third Republic*, S. 447.

³³⁷ In diese Richtung geht Rémond, *Droites*, S. 214f.

³³⁸ Siehe dazu unten, S. 575ff.

³³⁹ AN BB¹⁸ 3048², Directeur de la police judiciaire, Meyer, an den juge d'instruction, M. Beteille, 2.10.1936.

³⁴⁰ Ebd., Brief des Comité local des 18. Arrondissements des P.S.F. an de la Rocque, 5.10.1936. Typisch für die „Legalitätstaktik“ des P.S.F.-Führers ist sein Dementi, als er mit diesem Brief konfrontiert wurde: Der Bericht sei „lächerlich“ – das Werk „de quelques braves gens possédé de l'idée de jouer au soldat.“ Ebd. (Dossier pour reconstitution de ligues dissoutes 1936–1937), Réquisitoire définitif, 2.4.1937, S. 27.

³⁴¹ Zu diesem Kampf um „soziales Gelände“ siehe unten, S. 589ff.

pathisanten der Volksfront, über einige Radikalsozialisten sowie Personen, die aufgrund ihres Verhaltens als unerwünscht gelten.“ Ferner galt es Informationen zu sammeln und Karteien anzulegen über die Privatwohnungen, Geschäftsstellen und Versammlungsorte derjenigen Organisationen, die als „verdächtig“ eingestuft wurden. Solcherart gerüstet, würde die Bewegung denn auch eine kommunistische Erhebung nicht mehr zu fürchten haben: „Pour parer à un coup de main, il importe de savoir au plus tôt quels sont les buts et moyens de l'adversaire.“³⁴²

Für Polizei und Staatsanwaltschaft stand nach eingehenden Untersuchungen fest: „[...]le nouveau groupement [= P.S.F.] a continué ou renové les caractéristiques condamnées dans les groupements antérieurs: organisation hiérarchisée, subordination complète des membres à leurs supérieurs, consignes secrètes.“ „Il est hors du conteste“, so lautete das Resümee der Behörden, „que cette habile organisation hiérarchique, avec son noyautage, sa superposition des responsabilités, le travail d'équipes et les réunions fréquentes de cadres [...] suffirait à elle seule à démontrer le caractère paramilitaire de l'Association.“³⁴³

De la Rocque achtete stets darauf, daß seine Bewegung eine unverwechselbare Führerpartei blieb und ihre Unabhängigkeit durch keinerlei Koalitionen mit anderen Kräften auf der extremen Rechten beeinträchtigte. Gegen den Rat einflußreicher Journalisten wie Henri de Kerillis bestand de la Rocque darauf, sich nicht auf die sympathisierende Pariser Rechtspresse zu verlassen, sondern eine parteieigene, allein seinem Willen unterworfenen Tagespresse aufzubauen.³⁴⁴ Sich mit Angehörigen anderer Gruppierungen zu konkreten Aktionen einzulassen, war den Mitgliedern der *Croix de feu* verboten.³⁴⁵ Und 1936/37 weigerte sich de la Rocque standhaft, dem Liebeswerben Doriot's und seines P.P.F. zur Bildung eines gemeinsamen, gegen die Volksfront gerichteten „Front de la Liberté“ nachzugeben.³⁴⁶ Was dieses Kalkül betrifft, ähnelte die Taktik des Colonels derjenigen Hitlers: Keinesfalls sollte die Bewegung ihre Schlagkraft durch die Beimengung fremder Kräfte einbüßen bzw. die mystische „Reinheit“ der Bewegung kompromittiert werden. Den enttäuschten Doriot verleitete dies zu der polemischen Bemerkung, de la Rocque wolle offensichtlich eine „totalitäre Partei“ aufbauen – die indes dem französischen Nationalcharakter widerspreche –, um den Kommunismus zu besiegen.³⁴⁷

Die paramilitärische Schlagkraft der *Croix de feu* bzw. des P.S.F. blieb keine Drohgebärde. Immer wieder suchten die Angehörigen der Bewegung, den inneren „Feind“, d.h. in erster Linie die Kommunisten, auf ihrem ureigenen Terrain zu provozieren.³⁴⁸ Gleichwohl läßt sich die von den *Croix de feu* an den Tag gelegte Aggressivität nicht mit derjenigen Mussolinis oder Hitlers vergleichen. Das Verhältnis de la

³⁴² Rôle, attributions et organisations du Service départemental d'informations, Circulaire Nr. 486 (P.S.F.), in: AN BB¹⁸ 30482, Dok. 17c [Oktober 1936]. Nobécourt, Colonel de la Rocque, erwähnt den S.D.I. nicht.

³⁴³ AN BB¹⁸ 30482 (Dossier: Poursuites pour reconstitution de ligues dissoutes 1936–1937), Récquisitoire définitif (Parquet de la Seine), 2.4.1937, S. 21f.

³⁴⁴ Kupferman u. Machefer, *Presse et politique*, S. 28.

³⁴⁵ AN 451 AP 81, Notes aux Présidents, 22.5.1933.

³⁴⁶ Dazu: Philippe Machefer, *L'Union des droites, le P.S.F. et le Front de la Liberté, 1936–1937*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 17 (1970), S. 112–126.

³⁴⁷ „Si nous attendons d'avoir créé un parti totalitaire peu conforme au tempérament français, pour écarter la menace communiste, il y aura belle lurette que le communisme aura triomphé.“ *L'émancipation nationale*, 2.5.1937, zit. n. ebd., S. 118.

³⁴⁸ Siehe dazu unten, S. 598ff.

Rocques und seiner Bewegung zur Gewalt blieb letztlich eine von dem Grad der Herausforderung durch die Kommunisten abhängige Variable. In dem Maße, wie sich der PCF im Rahmen der Volksfront selbst nachgerade als „Ordnungspartei“ zu präsentieren vermochte,³⁴⁹ verengten sich auch die Handlungsspielräume der extremen Rechten. Sie blieb in Paris auch nach dem 6. Februar 1934 einer attentistischen Haltung verhaftet, bereit, am Tage X des kommunistischen Aufstandes zu marschieren, aber ohne einen etwa der NSDAP in Berlin vergleichbaren Impetus, das bestehende Regime zu stürzen.

In der nationalsozialistischen Machtergreifung und „Gleichschaltung“ bewunderten zwar auch die Repräsentanten von J.P. und *Croix de feu* jene Elemente, in denen sie eine zukunftsweisende nationale „Erneuerung“ zu erkennen glaubten. Doch eine ideologische Affinität zum Nationalsozialismus, die darüber hinausgegangen wäre, ist bei den faschistischen Verbänden, die aus der „bonapartistischen“ Rechten hervorgingen, nicht festzustellen. Ihr Deutschlandbild blieb auch nach 1933 traditionell nationalistisch und unterschied sich nur unwesentlich von den deutschlandpolitischen Anschauungen der klassischen parlamentarischen Rechten.³⁵⁰ De la Rocque und Taittinger sollten sich denn auch für die Kollaboration als nicht wirklich anfällig erweisen.³⁵¹

3. *Faschismus von links? Neo-Sozialismus und Parti Populaire Français*

Bei den führenden Vertretern der „bonapartistischen“ Rechten blieb mithin eine germanophobe Abwehrhaltung gegenüber dem östlichen Nachbarn auch nach 1933 stets dominant. Daß dies für die von der Linken und extremen Linken kommenden Vertreter eines französischen „Faschismus“ nicht galt, überrascht nicht, fehlte ihnen doch die nationalistische Herkunft. Marcel Déat etwa lehnte einen übersteigerten Nationalismus stets ab, was seiner zunehmenden Konzessionsbereitschaft gegenüber Deutschland („Sterben für Danzig“²⁶) zweifellos Vorschub leistete.³⁵² An den ideologischen Wurzeln des Neosozialisten und späteren Kollaborateurs Marcel Déat lag dagegen die Revision des Sozialismus: Das Bestreben, aus dem als unfruchtbar und steril empfundenen Attentismus der S.F.I.O. herauszukommen, an der Regierung zu partizipieren und den politisch-ideologischen Kampf um die „classes moyennes“ aufzunehmen, zog 1933 den Bruch mit der sozialistischen Partei nach sich.³⁵³ Von hier

³⁴⁹ Siehe etwa AN I⁶⁰ 507, Jacques Duclos an den Président du Conseil, Chautemps, 24.9.1937.

³⁵⁰ Klaus-Jürgen Müller, Betrachtungen zum Deutschlandbild der französischen extremen Rechten, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. I: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa, Hamburg 1986, S. 469–488; Philippe Machefer, Les Croix de feu devant l'Allemagne, in: La France et l'Allemagne 1932–1936. Communications présentées au Colloque franco-allemand tenu à Paris du 10 au 12 mars 1977, Paris 1980, S. 109–129.

³⁵¹ Über de la Rocques Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges bis zu seiner Deportation durch die Deutschen im August 1943 siehe Philippe Machefer, Aspects de l'activité du „Progrès Social Français“ pendant la seconde guerre mondiale, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 15, No. 58 (avril 1965), S. 35–56. Jetzt v.a. Nobécourt, Colonel de la Rocque, S. 683ff. u. 777ff.

³⁵² Dazu Reinhold Brender, Kollaboration in Frankreich im Zweiten Weltkrieg. Marcel Déat und das Rassemblement national populaire, München 1992, S. 56ff.

³⁵³ Siehe die separat nachgedruckten Reden der „Neo-Sozialisten“ auf dem Pariser Parteitag der S.F.I.O. vom Juli 1933: Barthélemy Montagon, Adrien Marquet, Marcel Déat, Néo-Socialisme? Ordre – autorité – nation, Paris 1933. Vgl. dazu Gilbert Ziebur, Léon Blum, Théorie und Praxis einer sozialistischen Politik, Bd I: 1872–1934, Berlin 1963 (mehr nicht erschienen), S. 448ff.; Burrin, Dérive fasciste;

aus führte eine gerade Linie zum Planismus und zum Gedanken des Rassemblement.³⁵⁴ Daß beides schon in den dreißiger Jahren eine gewisse Disposition zum „Faschismus“ aufwies, wurde von Léon Blum spontan auf dem Pariser Parteitag von 1933 empfunden und historiographisch durch Philippe Burrin und Reinhold Brender bestätigt.³⁵⁵ Während der dreißiger Jahre bildeten die Neo-Sozialisten freilich nur ein schmales Spektrum ohne großen Anhang. Der Versuch einer neo-sozialistischen Parteigründung ist zwar aufgrund einiger mit der NSDAP vergleichbarer Organisationselemente nicht ohne Interesse, blieb aber in der Erfolglosigkeit stecken.³⁵⁶

Bei Déat und den Neo-Sozialisten ist mithin ein allmähliches Abgleiten vom Sozialismus über autoritäre Steuerungsmodelle zur Lösung der politischen und ökonomischen Krise der dreißiger Jahre bis hin zu Faschismus und Kollaboration zu beobachten. Dabei blieben andere, demokratische und republikanische Wege offen; erst die Niederlage von 1940 und das Vichy-Regime besiegelten die „faschistische“ Existenz Déats.³⁵⁷ Von anderem Zuschnitt war dagegen Ende der dreißiger Jahre die Partei Jacques Doriot's, der *Parti Populaire Français*. Bei allen spektakulären Brüchen, die das politische Leben Doriot's prägten, blieb er doch stets, wie sein Biograph Jean-Paul Brunet überzeugend dargelegt hat, vor allem ein bolschewistischen Organisationsprinzipien verpflichteter Revolutionär.³⁵⁸ Und vielleicht kennzeichnet es die politische Kultur Frankreichs in besonderer Weise, daß die Laufbahn Doriot's im Grunde nicht viel mehr war als eine Abfolge dramatischen Scheiterns.

Als einer der führenden Funktionäre des PCF hatte Doriot alle wichtigen Stationen der Bolschewisierung mitvollzogen; mit den Strukturprinzipien und internen Mechanismen einer totalitären Bewegung war er mithin bestens vertraut, als er 1934 endgültig mit dem Kommunismus brach und aus der Partei ausgeschlossen wurde.³⁵⁹ Als langjähriger charismatischer Bürgermeister und „Führer“ der „roten“ Pariser Vorortgemeinde Saint-Denis verfügte Doriot darüber hinaus über eine ihm größtenteils ergebene lokale Massenanhängerschaft. Die meisten örtlichen Mitglieder des PCF blieben Doriot gegenüber auch nach dessen Ausschluß loyal, wurden selbst aus der Partei ausgeschlossen und bildeten den sogenannten „Rayon majoritaire“.³⁶⁰ Nach einem zweijährigen nationalbolschewistischen Zwischenspiel gründete Doriot dann

Brender, Kollaboration, S. 33ff; Alain Bergounioux, *La S.F.I.O. ou les classes moyennes impensées (1905–1939)*, in: Lavau, Grunberg u. Mayer (Hrsg.), *Univers politique*, S. 94–112, hier S. 100ff.

³⁵⁴ Zum ideengeschichtlichen Zusammenhang von Sozialismusrevision und Planismus bei Hendrik de Man und dem von ihm stark beeinflussten Déat vgl. ausführlich Sternhell, *Ni droite ni gauche*, S. 180ff. Zu de Man grundlegend: Peter Dodge, *Beyond Marxism. The Faith and Works of Hendrik de Man*, Den Haag 1966, hier S. 219ff. zum Einfluß auf Déat.

³⁵⁵ Ziebur, Blum, S. 450; Burrin, *Dérive fasciste*, S. 157f.; Brender, *Kollaboration*, S. 54.

³⁵⁶ *Ibid.*, S. 42, zu dem Vorhaben Déats, durch die neo-sozialistische Partei staatliche Surrogatorganisationen zu bilden, sowie zu den paramilitärischen Ansätzen. Vgl. zur Geschichte des *Parti Socialiste de France* Burrin, *Dérive fasciste*, S. 138ff.

³⁵⁷ Dies gilt es gegen Sternhell, *Ni droite ni gauche*, S. 180f., zu betonen, der Déats Karriere allzu deterministisch von seinem „faschistischen“ Ende her beurteilt.

³⁵⁸ Brunet, Doriot.

³⁵⁹ Zur kommunistischen Vorgeschichte Doriot's und zu seinem Bruch mit dem PCF siehe Dieter Wolf, *Die Doriot-Bewegung. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus*, Stuttgart 1967, S. 21–100; Brunet, Doriot, S. 15–168; Burrin, *Dérive fasciste*, S. 160ff.

³⁶⁰ Wolf, *Doriot-Bewegung*, S. 101ff.; Brunet, Doriot, S. 169ff.

nach längerer Vorbereitung am 28. Juni 1936 auf dem „Rendez-vous von Saint-Denis“ den P.P.F. als landesweite Partei.³⁶¹

Doriot blieb – darauf ist mehrfach hingewiesen worden – als Faschist im Grunde derselbe, der er als Bolschewist gewesen war. Der P.P.F. verband den revolutionären Haß auf das bestehende System, der aus der kommunistischen Zeit stammte, mit dem nicht geringeren Haß des Renegaten gegen den Bolschewismus. Dabei ähnelte der P.P.F. über weite Strecken dem PCF und trug wesentliche Merkmale einer totalitären Bewegung.³⁶² Trotz einiger Symbole innerparteilicher Demokratie handelte es sich um eine hochzentralisierte, hierarchisch-disziplinierte und autoritär von oben nach unten organisierte *Partei*; der unbestrittene Führer war Doriot selbst.³⁶³ Mit ihren Unter- und Nebenorganisationen suchte der P.P.F. in die gesamte Gesellschaft organisatorisch einzudringen und das einzelne Parteimitglied jeweils mit seiner ganzen Familie an die Partei zu binden. Kennzeichnend war, daß neben den lokalen Sektionen auch Betriebssektionen als unterste Organisationseinheit bestanden. Den kommunistischen Betriebszellen unmittelbar nachempfunden, dienten sie der Bekämpfung des Kommunismus in den Fabriken.³⁶⁴ Daneben gab es einen Jugendverband mit eigenen Mädchengruppen, Kindergruppen, Sportverbände und einzelne Studentenverbände.³⁶⁵

Eine wesentliche Bedeutung der Partei erblickte Doriot in ihrer Funktion als gigantische *Propagandamaschine*. Das Losungswort des Ersten Parteikongresses im November 1936 hieß „Propaganda, Propaganda, Propaganda“.³⁶⁶ Dementsprechend großes Gewicht wurde auf den Aufbau eines Presse- und Propagandaapparates gelegt.³⁶⁷ Wie die anderen extremistischen Bewegungen der dreißiger Jahre verbreitete der P.P.F. seine Ideen mittels einer Kaskade von Zeitungen und Büchern, Broschüren und Flugblättern, Kundgebungen und Diskussionsabenden, Plakaten und Aufklebern. Im Mittelpunkt standen dabei stets die großen Massenversammlungen und Auftritte des Parteiführers in Paris, in deren Verlauf eine subtil ausgearbeitete Symbolik und Liturgie zur Anwendung gelangte.³⁶⁸

Weniger ausgeprägt blieb dagegen das Merkmal der *paramilitärischen Organisation*. Zwar akzeptierten Doriot und die Spitze des P.P.F. das faschistische Prinzip der Gewaltausübung in Form von (scheinbarer) Notwehr und legitimer Gegengewalt. Zwar sei die Masse der Franzosen, so führte Drieu La Rochelle Ende 1936 im Parteiorgan aus, mit friedlichen Mitteln zu überzeugen. Doch gegen „einige tausend“ kommunistische Rädelsführer, gegen „diese Männer der Gewalt“, helfe nur das Mittel der Ge-

³⁶¹ Die Gründungsversammlung ist dokumentiert in *L'Emancipation Nationale*, 29.6.1936. Siehe auch die schwärmerische Schilderung bei Pierre Drieu La Rochelle, *Avec Doriot*, Paris 1937, S. 24 u. 44. Siehe auch den Bericht eines Weggefährten Doriot: Victor Barthélemy, *Du communisme au fascisme. L'histoire d'un engagement politique*, Paris 1978, S. 94ff. Vgl. Wolf, *Doriot-Bewegung*, 115f.; Brunet, *Doriot*, S. 206ff.

³⁶² Dank der Untersuchungen von Wolf, *Doriot-Bewegung*, Burrin, *Dérive fasciste*, Brunet, *Doriot*, und Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 212–279, kann der P.P.F. als die am besten erforschte faschistische Bewegung im Frankreich der dreißiger Jahre gelten.

³⁶³ Brunet, *Doriot*, S. 240f.

³⁶⁴ Wolf, *Doriot-Bewegung*, S. 147.

³⁶⁵ Ebd., S. 151.

³⁶⁶ Ebd., S. 136.

³⁶⁷ Vgl. dazu ebd., S. 143ff.; Brunet, *Doriot*, S. 227ff.

³⁶⁸ Zu Symbolik, Führerkult und Stil des P.P.F. Wolf, *Doriot-Bewegung*, S. 141ff., u. Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 217ff.

gengewalt. In der Aktion des P.P.F. gebe es daher ein Element „unvermeidlicher Gewalt“, und jedes Parteimitglied müsse sich daher als potentieller „combattant“ betrachten.³⁶⁹ Allerdings blieb der parteieigene „Ordnungsdienst“, der in Paris ca. 400 Mitglieder zählte, darunter ein Großteil arbeitsloser Nordafrikaner, eher rudimentär und war in seiner Bedeutung bei weitem nicht mit dem paramilitärischen Apparat des P.S.F. zu vergleichen.³⁷⁰

Auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung übte der P.P.F. eine beträchtliche Anziehungskraft aus. Zu verschiedenen Zeiten standen ihm so illustre Persönlichkeiten wie die Naturwissenschaftler Alexis Carrel, Ernest Fourneau, der Historiker Pierre Gaxotte, Abel Bonnard sowie die Publizisten Pierre Drieu La Rochelle, Bertrand de Jouvenel und Alfred Fabre-Luce nahe.³⁷¹ Nach eigenen Angaben verfügte der P.P.F. in der ersten Jahreshälfte 1938 über landesweit rund 300.000 Mitglieder. Um ein realistisches Bild zu erhalten, muß diese Zahl freilich zumindest durch drei geteilt werden. Mangels anderer Quellen ist man auf Schätzungen angewiesen, die sich zwischen 60.000 und 100.000 Mitglieder bewegen.³⁷² Damit war der P.P.F. für französische Verhältnisse eine dynamische Partei, die in ihrer Bedeutung allerdings weit hinter dem P.S.F. zurückblieb. Den Einflußmöglichkeiten Doriot's waren daher um so enge Grenzen gesetzt, als sich de la Rocque beharrlich weigerte, mit dem P.P.F. im Rahmen einer „Front de la Liberté“ zusammenzuarbeiten.³⁷³ Die faktische Bedeutung der Doriot-Bewegung sollte daher nicht überschätzt werden. Anfang 1939 hatte sich die Regierung Daladier etabliert, und die kommunistischen Mitgliederzahlen gingen zurück, so daß die politische Lage insgesamt stabiler zu werden versprach. Darüber hinaus gab der zunehmend hedonistische Lebenswandel Doriot's selbst Anlaß zu schärfster Kritik in der Parteiführung. Illustre Mitglieder wie Victor Arrighi, Drieu La Rochelle, Alfred Fabre-Luce und Paul Marion verließen die Partei: All dies trug dazu bei, daß der P.P.F. in eine schwere Krise geriet, von der er sich bis zum Kriegsausbruch nicht mehr erholte.³⁷⁴

Die Mitgliedschaft des P.P.F. konzentrierte sich in erster Linie auf die Pariser Region sowie auf die mediterranen Gebiete. Insbesondere in Marseille spielte die Partei unter dem Ex-Kommunisten Simon Sabiani eine bedeutende Rolle.³⁷⁵ Vor al-

³⁶⁹ Drieu La Rochelle, *La France et la violence*, in: *L'Emancipation nationale*, 12.12.1936, zit. n. Brunet, Doriot, S. 252.

³⁷⁰ Ebd., S. 253.

³⁷¹ Wolf, *Doriot-Bewegung*, S. 163.

³⁷² Wolf, ebd., S. 162f, schätzt die Zahl der eingeschriebenen und aktiven Parteimitglieder zu keinem Zeitpunkt auf mehr als 50.–60.000; Brunet, Doriot, S. 229f., vermutet einen Höhepunkt von etwas über 100.000 Mitgliedern Anfang 1938. Brunet verfügt auch über den einzigen belastbaren parteiinternen Beleg bezüglich der Mitgliederzahl, das Rücktrittsschreiben Victor Arrighis, eines von Doriot's Leutnants, der im Januar 1939 die Partei mit schweren Vorwürfen an Doriot verließ: „Tu nous as obstinément caché la vérité. Trente mois après la fondation du Parti, ses fondateurs ignorent le nombre exact des adhérents, le tirage réel de notre presse, la situation précise de notre finances. C'est uniquement par déduction et grâce à des renseignements recoupés que j'évalue à 45 ou 50000 le nombre des adhérents et à 10000 le tirage de *La Liberté*.“ Zit. n. ebd., S. 229. Allerdings stammt diese Angabe aus einer Zeit, da sich die Partei bereits in einer schweren Krise und in ständigem Rückgang begriffen befand. Brunet's Schätzung für die erste Hälfte des Jahres 1938 besitzt mithin größere Plausibilität als diejenige Wolfs.

³⁷³ Machefer, *Union des droites*.

³⁷⁴ Brunet, Doriot, S. 291ff.

³⁷⁵ Paul Jankowski, *Communism and Collaboration: Simon Sabiani and Politics in Marseille, 1919–1944*, New Haven/Conn. 1989, S. 55ff.

lem in seiner Anfangsphase, als Doriot eine große Anzahl von Kommunisten mit sich zog, konnte der P.P.F. auf eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern zählen. Zwar tendierte der P.P.F. wie alle faschistischen Bewegungen dazu, die Zahl der Arbeiter unter seinen Anhängern zu übertreiben. Jedoch war sie, wie die spärlichen Quellen indizieren, deutlich höher als etwa beim P.S.F. In manchen Gegenden erreichte die Zahl der Arbeiter mehr als 50%.³⁷⁶ Doch wäre es irreführend, den P.P.F. etwa als Arbeiterpartei zu bezeichnen. Schon das Sozialprofil der ersten Führungsgarnitur offenbarte, daß Doriotics Partei mit ihrem militanten Antikommunismus und ihrer kompromißlosen Haltung gegenüber der Volksfront Männer ganz unterschiedlicher politischer Herkunft anzog. Dies gilt insbesondere für die älteren Organisationen der extremen Rechten: Unmittelbar nach der Parteigründung, auf dem Ersten Nationalkongreß im November 1936, begegneten sich in den Führungsgremien neben einer Vielzahl ehemaliger Kommunisten frühere Mitglieder der *Jeunes Patriotes*, der *Solidarité française*, des *Francisme* und der *Action française*, vor allem aber der *Croix de feu*.³⁷⁷ Offensichtlich machte die spezifische, „faschistische“ Dynamik, die vom P.P.F. ausging, die Partei anfangs gerade auch für enttäuschte Mitglieder der rechtsextremen Verbände besonders attraktiv.³⁷⁸ Je länger desto mehr glich sich denn auch die Sozialstruktur der Partei derjenigen der anderen faschistischen Bewegungen an und verschob sich hin zu einem eher mittelständischen Profil. So sank zwischen den beiden Parteikongressen der Jahre 1936 und 1938 der Anteil der Delegierten aus der Arbeiterschaft von rund 49% auf 37%. Zugleich stieg der Anteil der Ingenieure, der Vertreter der Freien Berufe, der Angestellten und sonstigen Angehörigen der „classes moyennes“ auf knapp 60%.³⁷⁹

Dementsprechend wenig unterschied sich auch die *Ideologie* des P.P.F. von derjenigen der „bonapartistischen“ Rechten. Robert Soucy hat zu Recht auf die weitgehende Verwandtschaft der Doktrinen von P.P.F. und de la Rocques P.S.F. hingewiesen.³⁸⁰ Wie in den anderen faschistischen Bewegungen Frankreichs auch verband sich in der Ideologie des P.P.F. ein militanter Antimarkxismus mit antiliberalen und eher vagen antikapitalistischen Elementen. Um das Ziel der Geschlossenheit der Nation zu erreichen und den Klassenkampf zu überwinden, griff der P.P.F. – wie etwa die *Action française* und der P.S.F. auch – auf korporatistische Ideen zurück.³⁸¹ Im Mittelpunkt der Propaganda stand jedoch immer wieder die Wendung gegen den Hauptfeind: den in Frankreich durch die Volksfront präsenten, Moskau-gesteuerten Kommunismus,³⁸² und auch hierin unterschied sich der P.P.F. nicht grundsätzlich von den *Jeunes Patriotes* oder den *Croix de feu* bzw. dem P.S.F.

Diese ideologische Kongruenz des P.P.F. mit den anderen Bewegungen der extremen Rechten während der dreißiger Jahre läßt die weitverbreitete Auffassung

³⁷⁶ Siche Brunet, Doriot, S. 231.

³⁷⁷ Wolf, Doriot-Bewegung, S. 139f.

³⁷⁸ Vgl. Machefer, *Union des droites*, S. 117f.; Wolf, Doriot-Bewegung, S. 124f. über die *Croix de feu*-Dissidenten.

³⁷⁹ Brunet, Doriot, S. 231. Den „Verbürgerlichungs“-Prozeß des P.P.F. betont insbesondere Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 237ff.

³⁸⁰ Ebd., S. 246ff.; Irvine, *Fascism in France*, S. 288.

³⁸¹ Vgl. zur Ideologie des P.P.F. ebd. sowie Wolf, Doriot-Bewegung, S. 214ff.; Brunet, Doriot, S. 253ff.

³⁸² Wolf, Doriot-Bewegung, S. 216f.; Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 246. Zur Haltung des P.P.F. gegenüber der Volksfront vgl. auch Alan Forrest, *The French Popular Front and the politics of Jacques Doriot*, in: Martin S. Alexander u. Helen Graham (Hrsg.), *The French and Spanish Popular Fronts. Comparative Perspectives*, Cambridge 1989, S. 145–155.

fragwürdig erscheinen, der P.P.F. sei die einzige tatsächlich faschistische Partei Frankreichs von einiger Signifikanz gewesen.³⁸³ Daß Doriot und seine Partei ursprünglich von der extremen Linken herkamen, kann als Argument hierfür nicht taugen,³⁸⁴ bedenkt man den extremen Nationalismus des P.P.F. sowie die allmähliche Angleichung an das überwiegend bürgerlich-mittelständische Sozialprofil der übrigen „faschistischen“ Bewegungen. Reduzieren sich aber die tatsächlichen Unterschiede etwa zwischen *Jeunesse Patriotes*, P.P.F. und P.S.F. auf ein erheblich geringeres Maß, als insbesondere die französische Forschung zu konstatieren bereit ist, so stellt sich die Frage nach der Signifikanz des Faschismus im Frankreich der dreißiger Jahre neu. Zusammengekommen verfügten die drei genannten Bewegungen Ende der dreißiger Jahre über mindestens ca. 1.000.000 Mitglieder, was den „Faschismus“ zur mit Abstand stärksten Massenbewegung im Frankreich dieser Jahre machen würde.

Allerdings muß sogleich hinzugefügt werden, daß es sich um eine etwa im Vergleich zum italienischen Ursprungsphänomen abgemilderte Form des Faschismus handelte. Verantwortlich hierfür war insbesondere die relative Ideologiearmut aller genannten Bewegungen. Ihren gemeinsamen Nenner fanden sie in einer neuen Form des Antikommunismus und Antimarkismus, der die Grenzen demokratischer und rechtsstaatlicher Legitimität zumindest dann zu sprengen und zu extralegalen Gewalt zu greifen bereit war, wenn es der Kampf gegen den „Feind“ zu rechtfertigen schien. In diesem spezifischen Sinne war der französische Faschismus über weite Strecken eine abhängige Variable von der Stärke der kommunistischen Herausforderung. Dagegen fehlte den größeren faschistischen Gruppierungen ein kohärentes Geschichtsbild sowie eine darauf aufbauende Ideologie, die „bis in die Metaphysik“ hinein gegründet gewesen wäre und auf die Umwälzung alles Bestehenden gezielt hätte. Im Hauptstrom des französischen Faschismus der dreißiger Jahre würde man vergeblich nach der Zielperspektive eines „neuen Menschen“ suchen, wie man ihn im italienischen Faschismus antrifft,³⁸⁵ um vom Nationalsozialismus ganz zu schweigen.

4. Der neue Antisemitismus

Dieser relativen Ideologiearmut des französischen Faschismus entsprach die weitgehende Abwesenheit rassistischer und antisemitischer Elemente in der Doktrin der „bonapartistischen“ Rechten wie des P.P.F. Ein dem Nationalsozialismus vergleichbarer Ideologiekern, der einen aus der Geschichte quasi-wissenschaftlich deduzierbaren und unbedingt zu vernichtenden Feind benannt hätte, ist bei dieser zahlenmäßig

³⁸³ So v.a. Rémond, *Droites*, S. 216.

³⁸⁴ Siehe v.a. ebd. Rémond hält den P.P.F. für die einzige französische Bewegung, der es gelungen sei, eine Synthese zwischen der politischen Linken und der Rechten zu erzielen, während die Verbände und Parteien der „bonapartistischen“ Rechten konservativ geprägt geblieben seien. Konsequenz zu Ende gedacht, hieße dies, daß der Faschismus im eigentlichen Sinne ein genuin „linkes“ Phänomen und der Begriff auf „rechte“ Bewegungen *eo ipso* nicht anwendbar sei – zweifellos ein eigenwilliges Verfahren der Begriffsbildung. Ironischerweise trifft sich Rémond hier mit den Thesen Sternhells, der die faschistische Ideologie in Frankreich über weite Strecken aus der Revision des Marxismus erstehen sieht. Zur historiographischen Debatte über den französischen Faschismus vgl. das nächste Kapitel.

³⁸⁵ Vgl. etwa A. James Gregor, *The Ideology of Fascism. The Rationale of Totalitarianism*, New York 1969, S. 194f. u. 210ff. Zum Frankreich des Zweiten Weltkrieges erfordert die Frage allerdings noch weitere Forschungen. Siehe einstweilen: Yagil Lîmoré, *La propagande et la formation de l'homme nouveau sous Vichy*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 45, no. 180 (octobre 1995), S. 107–129.

weitaus bedeutendsten Richtung des französischen Faschismus nicht erkennbar. Zwar waren an der Basis z.B. der *Jeunes Patriotes* gewisse antisemitische Tendenzen unverkennbar.³⁸⁶ Auf einer Versammlung im 20. Pariser Arrondissement am 9. April 1935 forderte etwa ein Redner der J.P. den völligen Boykott jüdischer Geschäftsleute, die an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit die größte Schuld trügen. Auf derselben Veranstaltung forderte ein anderer Redner, Leute wie Blum oder Cachin müßten im Kriegsfall präventiv erschossen werden, da sie reine Vaterlandsverräter seien.³⁸⁷ Doch war von entscheidender Bedeutung, daß sich Taittinger und mehr noch de la Rocque stets unzweideutig von Rassismus und Antisemitismus distanzieren und ihnen keinen programmatischen Platz in der Bewegung erlaubten. Und die *Croix de feu* wiesen selbst in den dreißiger Jahren in ihren Reihen eine nicht ganz unbeträchtliche Anzahl von Juden auf.³⁸⁸ Für die von links kommenden französischen Faschisten spielte der Antisemitismus ebenfalls keine unabhängige ideologische Rolle. Im Gegenteil: Weder Déat noch Doriot zeichneten sich in ihrer Frühzeit durch antisemitische Affekte aus, und beide – der P.P.F. seit 1938 und Déat erst nach 1940 – schlossen sich der antisemitischen Bewegung erst spät an.³⁸⁹ Der Antisemitismus des von links kommenden „Faschismus“ war mithin ein eher akzidentielles Phänomen. Er folgte nicht zuletzt aus Gründen der Opportunität der antisemitischen Welle seit Mitte der dreißiger Jahre nach, als daß er sie aktiv hervorgerufen hätte.

Daß dies im Frankreich der dreißiger Jahre nicht selbstverständlich war, beweist die gleichzeitig mit den „faschistischen“ Verbänden florierende antisemitische Welle, die seit 1936 vor allem auch die Hauptstadt Paris erfaßte.³⁹⁰ Ihre ideologischen Wurzeln sind, wie bereits angedeutet, von denen des französischen „Faschismus“ streng zu unterscheiden. In erster Linie gingen sie zurück auf die säkularisierte gegenrevolutionäre Tradition, wie sie sich paradigmatisch und in modernisierter Form in der *Action française* verdichtete. Während der Krise der dreißiger Jahre wuchs bei einer neuen Generation, die überwiegend durch die Schule Maurras' gegangen war, bei den „Jung-Maurrassianern“ gewissermaßen, das Bedürfnis, ihr Mißbehagen an einer als dekadent empfundenen Zivilisation, aber auch die profunde Furcht vor Wirtschaftskrise und Gewalt, Krieg und Bürgerkrieg mit einer klaren Schuldzuweisung zu verbinden.³⁹¹

³⁸⁶ Richard Millman, *La question juive entre les deux guerres. Ligues de droite et antisémitisme en France*, Paris 1992, S. 208ff.

³⁸⁷ APP 79.501–508D, 10.4.1935.

³⁸⁸ Millman, *Question juive*, S. 219ff. Hierin glichen die *Croix de feu* im übrigen dem frühen italienischen Faschismus.

³⁸⁹ Breder, *Kollaboration*, S. 259ff; Brunet, Doriot, S. 262ff. Kritischer zu Doriot und zum P.P.F.: Marc Knobel, Doriot, le PPF et les Juifs, in: *Le Monde Juif* 44 (1988), S. 119–130, der antisemitische Elemente im P.P.F. bereits im Jahre 1937 ausmacht.

³⁹⁰ Vgl. dazu insbesondere Ralph Schor, *L'anti-sémitisme en France pendant les années trente*, Brüssel 1992; Pierre Birnbaum, *Un mythe politique: la „République juive“ de Léon Blum à Pierre Mendès-France*, Paris 1988; Paul J. Kingston, *Anti-semitism in France during the 1930s: Organisations, Personalities and Propaganda*, Hull 1983; Andreas Wirsching, *Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Denken der französischen extremen Rechten 1936–1939*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 31–60, hier v.a. S. 45ff.

³⁹¹ Eine weitere Variante des „Geistes der dreißiger Jahre“, die hier außer Betracht bleiben muß, verkörperte sich in der Zeitschrift „*Ordre Nouveau*“, um welche sich Intellektuelle wie Robert Aron, Alexandre Marc, Daniel-Rops und Denis de Rougemont versammelten. Als „Faschismus“ ist diese aus disparaten Wurzeln gespeiste Richtung nicht zu bezeichnen, auch wenn antiliberaler und antiparlamentarische Elemente sowie eine ausgesprochene „ni droite – ni gauche“-Position zu ihren Markenzeichen

Zwar hielten ihre Vertreter an der unbedingten Notwendigkeit eines universalen und organischen Ordnungsprinzips fest, doch fanden sie in der katholischen Kirche und ihrer Lehre kein Lösungspotential mehr für die sich zuspitzenden Probleme. Im Ergebnis entwuchsen die Vertreter dieser Denkrichtung der gegenrevolutionären Tradition, indem sie Teile von ihr aufnahmen und zu modernisieren suchten, etwa durch die Integration eines „nationalen“ Sozialismus. Man kann von einem gewissermaßen „verirrten“ (Fundamental-)Katholizismus sprechen, auch wenn manche seiner Repräsentanten durchaus zum Agnostizismus oder zum Antiklerikalismus tendierten. Nicht zuletzt für die mentalen Antriebskräfte der Kollaboration selbst, etwa bei Marcel Bucard, Joseph Darnand und Philippe Henriot, ist eine solcherart verformte katholische Tradition als bedeutsam erkannt worden.³⁹² Doch bereits in den dreißiger Jahren verbanden die Vertreter dieses „verirrten“ Katholizismus eine auf die moderne Zivilisation gemünzte Dekadenztheorie mit der Sehnsucht nach einer kraftvollen Regeneration, einer Art „europäischen“ Faschismus,³⁹³ sowie mit einem kollektiven Schuld-spruch über die Juden.

Ideologisch wurzelte dies in der These vom jüdisch-freimaurerischen Komplott, mit der die gegenrevolutionäre Tradition ihre Dekadenzanalyse verband.³⁹⁴ Die historische Etappenfolge, die der hieraus speisende sich Antisemitismus konstruierte, begann konsequenterweise mit der Französischen Revolution. Seit dem 18. Jahrhundert hätten demzufolge die „jüdischen Werte“ den „christlichen Werten“ unwiederbringliches Terrain abgezwungen, und daß sich die Juden seit 1789 im französischen Staat ein entscheidendes politisches und wirtschaftliches Übergewicht verschafft hätten, war in den 1930er Jahren ein stehender Topos der antisemitischen Literatur. Ganz im Stile der Komplottheorie wurde der Wille des Judentums zur materiellen Ausbeutung und zur Weltherrschaft behauptet. Durch die Zerstörung der gewachsenen korporativen Strukturen habe die jüdisch gesteuerte Revolution den Weg bereitet für hemmungslosen Individualismus, Materialismus und moralischen Verfall. An die Stelle eines organischen, durch die christliche Werteordnung fundierten gesellschaftlichen

gehörten. Bedenkenswert ist der Vorschlag von Hans-Wilhelm Eckert, diese Bewegung mit dem für analoge deutsche Phänomene eingeführten Begriff der „Konservativen Revolution“ zu belegen. Siehe Ders., *Konservative Revolution in Frankreich? Ausgehend von der Ereignisgeschichte der dreißiger Jahre* unterzieht Eckert den Zirkel um „Ordre Nouveau“ mit den im folgenden behandelten Jung-Maurassianern („Jeune Droite“) einem systematischen Vergleich. Vgl. außerdem: Jean Touchard, *L'esprit des années trente*, in: Guy Michaud (Hrsg.), *Tendances politiques dans la vie française depuis 1789*, Paris 1960, S. 89–120; Jean-Louis Loubet del Bayle, *Les non-conformistes des années 30. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, Paris 1969; Pierre Andreu, *Révoltes de l'esprit. Les Revues des années trente*, Paris 1991 (postume Herausgabe der Betrachtungen eines Mitgliedes von Ordre Nouveau); Pascal Balmard, *Intellectuel(s) dans L'Ordre Nouveau (1933–1938): une aristocratie de prophètes*, in: Danièle Bonnaud-Lamotte u. Jean-Luc Rispail (Hrsg.), *Intellectuel(s) des années trente entre le rêve et l'action*, Paris 1989, S. 171–184.

³⁹² Bertram M. Gordon, *Collaborationism in France during the Second World War*, Cornell/Ithaca 1980, S. 336f. Gordon spricht in diesem Zusammenhang von „christlichen Faschisten“. Vgl. auch Pierre Pierrard, *Juifs et catholiques français*, Paris 1970, S. 257; Robert Soucy, *Fascist Intellectual. Drieu La Rochelle*, Berkeley/Calif. 1979, S. 42, 384.

³⁹³ Vgl. Pierrard, *Juifs*, S. 258; Einen guten Überblick über den „Antimodernismus“ im Frankreich der dreißiger Jahre vermittelt Marc Simard, *Intellectuels, fascisme et antimodernité dans la France des années trente*, in: *Vingtième Siècle* 29 (1988), S. 55–75. Vgl. Alastair Hamilton, *L'illusion fasciste. Les intellectuels et le fascisme 1919–1945*, Paris 1973 (zuerst englisch 1971), S. 191ff.

³⁹⁴ Vgl. dazu Pierrard, *Juifs*, S. 27ff. Allgemein zur Komplottheorie im Denken der französischen extremen Rechten Ariane Chebel d'Appollonia, *L'extrême-droite en France. De Maurras à Le Pen*, Brüssel 1988, S. 80f.

Zusammenlebens seien Verrohung, Verhetzung und Klassenkampf getreten. Profiteure dieser Entwicklung waren aus der Sicht des gegenrevolutionären Antisemitismus allein die Juden, für deren Ausbeutungszwecke die Desorganisation und Anarchie der westlichen Demokratien nur nützlich sein konnten.³⁹⁵

Das Scharnier, welches die pseudo-historische Analyse der gegenrevolutionären Tradition mit dem militanten Antisemitismus der 30er Jahre vermittelte, bestand in der Auffassung von dem grundsätzlich revolutionären Charakter der Juden. In dem Maße, wie es jüdischem „Weltherrschafts“-Interesse entsprochen habe, den christlichen Okzident von innen her zu zersetzen, machten sich die Juden zu Vorkämpfern revolutionärer, vorgeblich „progressiver“ und „humanistischer“ Ideale. Mit dem jüdischen „Messianismus“ verband sich demzufolge die „idéologie juive“, d.h. ein spezifischer Intellektualismus und Rationalismus, welche der „konkreten Humanität“ zuwiderliefen.³⁹⁶

Wenn schließlich soziale Polarisierung und Klassenkampf das unausweichliche Resultat des jüdischen Zersetzungswerkes waren, so mußten Marxismus und Bolschewismus dessen gefährlichste Instrumente sein. Die Zurechnung von Marxismus und Bolschewismus auf das Konto des Judentums begründete denn auch die besondere und neue Qualität des französischen Antisemitismus während des Untersuchungszeitraums. Nirgendwo fand die gegenrevolutionäre Verschwörungstheorie ein adäquateres Betätigungsfeld als in der Denunziation von Bolschewismus und Weltrevolution. Der infolge der Verschärfung der inneren und äußeren Krise radikalisierte Antibolschewismus und der in breiten Schichten der Bevölkerung weiterwirkende Antisemitismus verbanden sich so zu einem explosiven weltanschaulichen Ferment, das nach 1936 zum kennzeichnenden ideologischen Merkmal eines Teils der französischen extremen Rechten wurde.³⁹⁷ Es gewann in dem Maße an Bedeutung, wie die ältere Zuordnung von Bolschewismus und Germanismus obsolet wurde und Frankreich sich mit einem Strom jüdischer und kommunistischer Emigranten aus Hitlers Deutschland konfrontiert sah.

Besondere Virulenz erhielt diese Propaganda in der Agitation gegen die Volksfront, in deren Führungsfigur Léon Blum man die Verkörperung der jüdischen Machtübernahme und das Vorspiel zur bolschewistischen Diktatur zu erkennen meinte. Gegen Blum und seine Regierung richtete sich von Beginn an eine systematische Hetzkampagne, die radikal antibolschewistische und antisemitische Elemente miteinander verschränkte. Die jüdisch-bolschewistische „Diktatur“, welche die Regierung Blum demzufolge ausübte, konnte unter diesem Vorzeichen nachgerade als Realisierung der „Protokolle der Weisen von Zion“ gelten, ungeachtet dessen, daß

³⁹⁵ Siehe z.B.: Charles Hagel, *Le péril juif*, Alger 1934, S. 164f., 198. H. Lever, *Qu'est-ce que le fascisme?*, in: R.I.S.S., 1.12.1937, S. 669; H. De Vries de Heckelingen, *Israël. Son Passé. Son Avenir*, Paris 1937, S. 78; *Le Bloc Anti-révolutionnaire*, juin-juillet 1938, S. 442; A.J.S.-M. de la Cambre-Mialet, *Français, vous êtes trahis! Le rôle des Juifs et de la Franc-Maçonnerie dans la politique contemporaine*, Paris 1938, S. 35ff. u. passim. Vgl. Winock, *Nationalisme*, S. 218f.; Schor, *Anti-sémitisme*, S. 111f., 119f.

³⁹⁶ Louis Salomon-Kocchlin, *Le temps de la raison*, Paris 1939, S. 253; Georges Batault, *Israël contre les nations*, Paris 1939, S. 108; Anon., *Est-ce que je deviens antisémite?*, Paris 1938, S. 52f.; Pierre Milès, *Voici la cause de nos maux: la juiverie*, Paris [1938], Léon de Poncins, *La mystérieuse internationale juive*, Paris 1936, S. 8f.; Robert Valléry-Radot, *Israël et nous*, Paris 1940, S. 36f., 45. Hagel, *Péril juif*, S. 37.

³⁹⁷ Diese Amalgamierung von Antibolschewismus und Antisemitismus nahm seit 1938 auch der P.P.F. auf. Knobel, *Doriot*, S. 122.

diese schon längst als Fälschung entlarvt waren.³⁹⁸ Das Ziel der Volksfront bestand demzufolge in der Plünderung und Instrumentalisierung Frankreichs zur Verteidigung Sowjetrußlands und zur Führung eines jüdischen Revanchekrieges gegen das nationalsozialistische Deutschland.³⁹⁹

Vergegenwärtigt man sich die doppelte Stoßrichtung des traditionellen Antisemitismus der gegenrevolutionären Ideologie, die ja in der Französischen Revolution sowohl das revolutionäre Prinzip als auch das aus ihr entspringende liberale System bekämpfte, wird deutlich, daß der französische Antisemitismus der dreißiger Jahre den Feind nicht nur im Bolschewismus, sondern zugleich auch in der liberalen Demokratie erblickte. Es wurde oben ausgeführt, wie diejenigen antibolschewistischen Stimmen, die zugleich eine antiliberale und antidemokratische Stoßrichtung besaßen, den Kommunismus als letzte und folgerichtige Station des liberalen Systems und der ihm innewohnenden Dekadenz betrachteten. Insofern sie die Juden sowohl als Profiteure des Kapitalismus als auch als Drahtzieher des Bolschewismus attackierte, lieferte die antisemitische Ideologie hierzu eine direkte Analogie. Die durch Liberalismus und Kapitalismus bewirkte Materialisierung und Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens war demzufolge ebenso ein Instrument jüdischen Machtstrebens wie die Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens durch den Bolschewismus.⁴⁰⁰ Der Reichtum aber, den jüdische Kapitalisten aufgehäuft hätten, würde durch die bolschewistische Revolution nur in solidarischer Weise von einer jüdischen Hand in die andere weitergereicht werden.⁴⁰¹ Als „nation errante“ ohne eigene feste nationale Verwurzelung, nutzten die Juden so die beiden Formen des „Internationalismus“, Finanzkapital und Bolschewismus, zur Unterjochung der Nationen des christlichen Westens.⁴⁰² Diesem ideologischen Topos, dessen Herkunft aus der katholischen gegenrevolutionären Tradition evident ist, entsprang in der radikalen antisemitischen Propaganda die trotz ihrer Absurdität häufig anzutreffende Behauptung, der Bolschewismus sei durch jüdische amerikanische Bankhäuser „finanziert“ worden.⁴⁰³

Zweifellos bildete dieser neue Antisemitismus der dreißiger Jahre⁴⁰⁴ eine weitgehend integrierte totalitäre Ideologie. Geschichte und Gegenwart, Herkunft und Zukunft suchte der französische Antisemitismus mit seinem aus der Geschichte dedu-

³⁹⁸ Urbain Gohier, *La dictature Blum, Réveil du Peuple*, 1.6.1936. Über die Haltung der französischen Antisemiten gegenüber den „Protokollen“ vgl. Schor, *Anti-sémitisme*, S. 127f.

³⁹⁹ Gringoire, 24.4.1936; *Je suis partout*, 20.6.1936; *La Révolution Mondiale*, R.I.S.S., 15.12.1936, S. 718; Jacques Ditté, *Voulons-nous la guerre ou la paix? Cela dépend de nous, Le Réveil du Peuple*, 15.2.1937; *Face au Front Populaire. Pour le pain, la paix, la liberté. Rassemblement*, Paris 1937, S. 14f.; *Face au Front Populaire. Contre la Guerre*, Paris 1937, S. 45.

⁴⁰⁰ Die ideologische Funktion des französischen Antisemitismus, das Unbehagen an der durch die Etablierung des liberalen Systems verursachten nationalen Dekadenz zu artikulieren, betont Zeev Sternhell, *The Roots of Popular Anti-Semitism in the Third Republic*, in: Frances Malino/Bernard Wasserstein (Hrsg.), *The Jews in Modern France*, Hanover/New England 1985, S. 103–134.

⁴⁰¹ Hagel, *Périal juif*, S. 55.

⁴⁰² De Poncins, *Internationale*, S. 167ff.; Vries de Heckelingen, *Israël*, S. 98ff., 104. Vgl. auch Louis-Ferdinand Céline (= Destouches), *Bagatelles pour un massacre*, Paris 1937, S. 53ff.

⁴⁰³ Z.B.: *Le Communisme au service de la finance internationale*, Paris 1937; Louis Massoutié, *Judaïsme et marxisme*, 2. Aufl. Paris 1939, S. 174ff.; *Le Communisme est juif*, in: *Le Documentaire illustré* vom 1.1.1939, S. 12.

⁴⁰⁴ Trotz aller unbestreitbaren Kontinuitäten in der politisch-ideologischen Rhetorik ist es fraglich, ob es sich beim solcherart virulenten französischen Antisemitismus der dreißiger Jahre um eine mehr oder minder lineare Fortsetzung der Dreyfus-Affäre handelt. So die These von Michel Winock, *Les affaires Dreyfus*, in: *Vingtième Siècle* 26 (1985), S. 19–38.

zierten, unentrinnbaren Schuldspruch über die Juden zu „erklären“. In seiner schärfsten Ausprägung, in Louis-Ferdinand Célines berüchtigten „Bagatelles pour un massacre“⁴⁰⁵ aus dem Jahre 1937, überschritt der französische Antisemitismus die Grenze hin zur potenzierten Unmenschlichkeit, zum Haß und zur Propaganda der Gewalt.⁴⁰⁶ Für die militanten Antisemiten wie Céline oder Lucien Rebatet wurde der Antisemitismus zur „vision du monde“, zur „clé universelle des problèmes du moment“.⁴⁰⁷ Diese Konstruktion eines gleichsam absoluten Feindes durch die Jung-Maurrassianer weist auf das von uns eingangs definierte Primärphänomen des Totalitären hin. Hier offenbaren sich die stärksten ideologischen Parallelen zum Nationalsozialismus, die im Frankreich der dreißiger Jahre zu beobachten sind, wenngleich der rassistische Gedanke eine insgesamt nur untergeordnete Rolle spielte.⁴⁰⁸

Von der *Action française* selbst unterschied sich diese Strömung denn auch darin, daß sie den Antigermanismus spätestens seit 1936 konsequent dem Antisemitismus unterordnete. Für die orthodoxen Maurrassianer blieb Deutschland neben dem „Juden“ stets der Hauptfeind; dagegen erinnerte sich Rebatet rückblickend daran, daß ihn „die systematische Germanophobie des Südfrenzozen Maurras [...] immer nur die Schultern [habe] zucken lassen.“⁴⁰⁹ Dementsprechend betonten die Jung-Maurrassianer zunehmend die ideologische Affinität zum Nationalsozialismus: hier lag die Wurzel der ideologischen Kollaboration.⁴¹⁰

Der neue, in nuce bereits „kollaborationistische“ Antisemitismus organisierte sich im Paris der späten dreißiger Jahre in einer doppelten, voneinander weitgehend unabhängigen Form: Zum einen rekrutierte er sich aus den elitären Intellektuellenzirkeln, die großenteils aus der *Action française* hervorgegangen waren und sich insbesondere

⁴⁰⁵ Céline, *Bagatelles pour un massacre*.

⁴⁰⁶ Früher wurde der haßerfüllte und fanatische Antisemitismus Célines nicht selten als wenig repräsentativ, ja als „pathologischer Fall“ betrachtet: Siehe etwa Rita Thalmann, *L'antisémitisme en Europe occidentale et les réactions face aux persécutions nazies des Juifs pendant les années trente*, in: François Furet (Hrsg.), *L'Allemagne nazie et le génocide juif*, Paris 1985, S. 134–158, hier S. 152; Millman, *Question juive*, S. 278. Demgegenüber hat insbesondere Kingston, *Anti-semitism*, S. 75ff., überzeugend nachgewiesen, daß Célines Stereotypen in den breiteren Kontext der zeitgenössischen antisemitischen Literatur einzuordnen sind. Vgl. zu Céline auch Michel Winock, *Le scandale Céline*, in: Ders., *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, 2. Aufl. Paris 1990, S. 374–392; David Carroll, *French Literary Fascism. Nationalism, Anti-Semitism, and the Ideology of Culture*, Princeton/N.J. 1994, S. 180ff.

⁴⁰⁷ So die überzeugende Analyse die Robert Belot, *Lucien Rebatet. Un itinéraire fasciste*, Paris 1994, S. 208–231, vom Antisemitismus seines Protagonisten gibt. Die Zitate ebd., S. 208.

⁴⁰⁸ Deutlich rassistische Töne schlug insbesondere Céline in seinem nach den „Bagatelles sur un massacre“ zweiten Pamphlet an: *L'école des cadavres*, Paris 1938: „Si vous voulez vraiment vous débarrasser des Juifs, alors (...): le racisme! Les Juifs n'ont peur que du racisme! (...) Racisme! et pas un petit peu, du bout des Lèvres, mais intégralement! absolument! inexorablement! comme la stérilisation Pasteur parfaite.“ (S. 264). Über die Reaktion der Jung-Maurrassianer auf Célines Buch, in dem er offen für eine „alliance franco-allemande“ und eine „confédération des Etats aryens d'Europe“ warb, vgl. Belot, *Rebatet*, S. 212ff. Ebd., S. 217f., über Rebatets eigene Hinwendung zum Rassismus seit 1938. Siehe auch René Gontier, *Vers un racisme français*, Paris 1939.

⁴⁰⁹ Lucien Rebatet, *Les décombres*, 2. Aufl. Paris 1976, S. 19. Zu Rebatets eigenem, zunehmend „kollaborationistischen“ Deutschlandbild Ende der dreißiger Jahre Belot, *Rebatet*, S. 214ff. Zu der deutschlandpolitischen Divergenz zwischen den orthodoxen Maurrassianern wie Léon Daudet, Pierre Gaxotte, Henri Massis u.a. und den Jung-Maurrassianern vgl. auch Paul Sérant, *Les dissidents de l'Action Française*, Paris 1978, S. 178f.

⁴¹⁰ Mit weiteren Belegen Wirsching, *Kollaborationsideologie*, S. 50ff. Allgemein zum Deutschlandbild der französischen extremen Rechten und zu deren „Neo-Pazifismus“ Charles Micaud, *The French Right and Nazi Germany 1933–1939*, 2. Aufl. New York 1964, S. 58ff.

um die Wochenzeitung „Je suis partout“, aber auch um das Konkurrenzblatt „Gringoire“ gruppierten.⁴¹¹ Zur gleichen Zeit entstand in der französischen Hauptstadt so etwas wie eine antisemitische Subkultur, ein „Milieu“ deklassierter Publizisten und politischer Bohémiens, deren z.T. rassistische Gewaltsprache dem Radau-Antisemitismus Vorschub leistete.

Der Kreis um „Je suis partout“, dem neben dem Chefredakteur Robert Brasillach weitere Intellektuelle wie der Historiker Pierre Gaxotte und die Journalisten Georges Blond, Claude Jeantet und Lucien Rebatet angehörten, kann als verhältnismäßig gut erforscht gelten.⁴¹² In ihrer Mehrheit gehörten sie zur *Action française*, übertrugen ihre politische Loyalität jedoch seit Mitte der dreißiger Jahre zunächst auf die *Croix de feu*, später aber dann auf den dynamischer erscheinenden P.P.F.⁴¹³ Zugleich schlug die Mehrheit der Redaktion einen dezidiert antisemitischen Kurs ein. Célines „Bagatelles sur un massacre“ wurde in der Redaktion begeistert begrüßt;⁴¹⁴ und die beiden von Rebatet besorgten Sonderausgaben von „Je suis partout“ über die „Juden und Frankreich“ erreichten einen spektakulären Erfolg.⁴¹⁵

Die Jung-Maurassianer um „Je suis partout“ trugen in hohem Maße dazu bei, den Antisemitismus im Paris der dreißiger Jahre nicht nur salonfähig, sondern gewissermaßen „chic“ zu machen. Sie halfen publizistisch den Boden dafür zu bereiten, daß Célines Pamphlete und ähnliche Publikationen auf begeisterte Resonanz stießen und daß sich tätliche Übergriffe auf jüdisch aussehende Personen in der Öffentlichkeit häuften.⁴¹⁶ Doch vom persönlichen Engagement einiger Redakteure beim P.P.F. abgesehen⁴¹⁷ verstanden sich die Jung-Maurassianer als literarische Elite und standen der aktiven Politik – hierin der *Action française* ähnelnd – eher fern. Ihre Existenz im Paris der dreißiger Jahre hatte denn auch Züge eines spielerischen, letztlich unverbindlichen Ästhetizismus. Für den jugendbewegten Romantizismus akademisch gebildeter Bürgersöhne hatten Wanderungen in den Pyrenäen oder in der Provence und Ausflüge auf das Land ungefähr den gleichen Erlebniswert wie später die Reisen in das vom Bürgerkrieg heimgesuchte Spanien (1938) oder in das Nürnberg des Reichs-

⁴¹¹ Ein wichtiger Mitarbeiter von „Gringoire“, wo insgesamt die „klassischen“ Maurassianer dominierten, war Henri Béraud, Schriftsteller und Journalist eher linksbürgerlicher Herkunft, der sich in den dreißiger Jahren zunehmend antisemitischen und „faschistischen“ Positionen zuwandte, in der Kollaboration endete und 1945 zum Tode verurteilt wurde. Siehe Frédéric Monier, *Les obsessions d'Henri Béraud*, in: *Vingtième Siècle*, N° 40 (octobre-décembre 1993), S. 62–74.

⁴¹² Siehe insbesondere Pierre-Marie Dioudonnat, *Je suis partout 1930–1944. Les Maurassians devant la tentation fasciste*, Paris 1973. Ders., *Les 700 rédacteurs de „Je suis partout“ 1930–1944*, Paris 1993 (Kurzbiographien). Zu Brasillach vgl. insbesondere William Tucker, *The Fascist Égo. A Political Biography of Robert Brasillach*, Berkeley/Calif. 1975; zu Rebatet, Belot, Rebatet.

⁴¹³ Siehe dazu Robert Brasillach, *Notre avant-guerre*, Neudruck Paris 1992, S. 360; Wolf, Doriot-Bewegung, S. Dioudonnat, *Je suis partout*, S. 194ff.

⁴¹⁴ Brasillach, *Notre avant-guerre*, S. 245; Belot, Rebatet, S. 209.

⁴¹⁵ *Je suis partout*, 15.4.1938 u. 17.2.1939. Vgl. Brasillach, *Notre avant-guerre*, S. 245; Belot, Rebatet, S. 217ff.

⁴¹⁶ So klagte etwa Bernard Lecache, der französische Präsident der „Ligue Internationale contre l'Antisémisme“ (L.I.C.A.) im September 1938 über die deutlich zunehmende Belästigung jüdischer Passanten im öffentlichen Leben der Hauptstadt. APP Ba 1812, Schreiben Lecaches an den Polizeipräsidenten Langeron, 14.9.1938. Seitens der Einsatzkräfte wurden Lecaches Angaben bestätigt, ebd., Note vom 23.9.1938. Vgl. auch AN F7 13983, 30.5.1936; APP Ba 1815, 24.10.1938; 13.12.1938.

⁴¹⁷ So wurde der Deutschlandexperte von „Je suis partout“, Claude Jeantet, im Sommer 1938 Mitglied des Politbüros des P.P.F., Wolf, Doriot-Bewegung, S. 139.

parteitages der NSDAP im Jahre 1937.⁴¹⁸ In einer Zeit ebenso dramatischer wie tragischer Ereignisse mußte sich ein solcher antibürgerlicher Romantizismus freilich zunehmend und letztlich unauflöslich in den politisch-moralischen Fallstricken einer totalitären Epoche verfangen. Spätestens mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war die Zeit der Romantik und des unverbindlichen Ästhetizismus definitiv vorbei. Wer Libération und Epuration einigermaßen unbeschadet überlebte, konnte von Glück sprechen.

Auch das Zentrum der zahlreichen antisemitischen Splittergruppen lag in Paris, daneben verfügten sie vor allem im Elsaß und in Algerien über einen gewissen Anhang. In der Hauptstadt aber bildete sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre so etwas wie eine antisemitische Subkultur heraus, ein antisemitisches „Milieu“, bestehend aus Kolporteurs und Konsumenten des neuen Extremismus.⁴¹⁹ Den Prototyp des antisemitischen Pseudo-Intellektuellen, der im Paris der dreißiger Jahre auf dem expandierenden Markt der extremen Rechten die Existenz eines – häufig den Wohnsitz wechselnden – politischen Bohémiens zu führen vermochte, stellte der 1897 in der Gascogne geborene Arztsohn Louis Darquier dar, der sich das Adel suggerierende Pseudonym Darquier de Pellepoix zulegte. Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg, war Darquier als Mitglied der *Action française* im Verlauf der Demonstration vom 6. Februar 1934 durch eine Kugel im Oberschenkel verletzt worden und hatte mehrere Monate in der Klinik verbracht. Vom Nimbus des Märtyrers profitierend, gründete er im Sommer 1934 die „Association des blessés du 6 Février“, der er als Präsident vorstand. Zwischenzeitlich Mitglied der *Croix de feu*, wurde Darquier 1935 im Quartier Ternes im 17. Pariser Arrondissement zum Conseiller municipal gewählt.⁴²⁰

Als Antisemit von einiger „Reputation“ – u.a. war er durch Anpöbelungen von Juden und durch Handgreiflichkeiten gegen einen jüdischen Deputierten im Conseil municipal aufgefallen⁴²¹ – gründete Darquier im März 1938 das *Rassemblement Anti-juif de France*. Dessen vorrangiges Ziel war es, „Frankreich vor dem gemeinsamen Vorgehen der immer zahlreicheren Juden im Mutterland und den Kolonien sowie vor dem internationalen Judentum zu schützen“.⁴²² Die Mitglieder, nicht mehr als einige Hundert, rekrutierten sich ebenfalls überwiegend aus früheren Angehörigen der *Action française*, wobei ein spezieller „Arierparagraf“ von Beitrittswilligen den Nachweis von „vier nicht-jüdischen Großeltern“ verlangte.⁴²³ Das Organ des *Rassemblement*, „La France enchainée“, sprach unter Federführung Darquiers die Sprache der Beleidigung und des gewalttätigen Antisemitismus. Es erschien zweimal im Monat und konnte per

⁴¹⁸ Das beste Zeugnis für diese romantischen Aspekte in der Existenz der Jung-Maurassianer sind die Erinnerungen von Brasillach, *Notre avant-guerre*. Siehe hier, S. 319ff., über die Spanienreise, sowie S. 338ff., über die Deutschlandreise. Vgl. Ders., *Cent heures chez Hitler. Le Congrès de Nuremberg*, in: *La Revue Universelle* vom 1.10.1937. Vgl. Hermann Hofer, *Les tentations allemandes et l'esthétique fasciste dans les „mémoires“ de Brasillach et Rebatet*, in: *La littérature française sous l'occupation. Actes du Colloque de Reims (30 septembre – 1^{er} et 2 octobre 1981)*, Reims 1989, S. 43–52.

⁴¹⁹ Den besten Überblick über dieses „Milieu“ vermittelt der Polizeibericht „La propagande anti-juive“, Polizeibericht vom Juli 1939, abgedruckt in Kingston, *Anti-semitism*, S. 10–64.

⁴²⁰ Biographische Angaben bei Michaël Marrus u. Robert O. Paxton, *Vichy et les juifs*, Paris 1981, S. 393ff. Vgl. „La propagande anti-juive“, in Kingston, *Anti-semitism*, S. 17f., sowie AN F7 13983, 29.4.1936.

⁴²¹ „La propagande anti-juive“, in Kingston, *Anti-semitism*, S. 18.

⁴²² Ebd., S. 15.

⁴²³ Ebd., S. 16.

Abonnement oder im Straßenverkauf erworben werden.⁴²⁴ Daneben verteilten die Anhänger des *Rassemblement* antisemitische Traktate und hielten regelmäßig Versammlungen ab. Ein von Darquier angestrebter nationaler antisemitischer Kongreß scheiterte allerdings bezeichnenderweise an der mangelnden Resonanz aus der französischen Provinz.⁴²⁵ In Paris selbst rief das *Rassemblement* jedoch mit seiner auf Provokation und Hetze angelegten Kampagne in der jüdischen Kommunität tiefe Besorgnis und Entrüstung hervor. Darquiers eigene politische Konjunktur stieg nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und der Niederlage Frankreichs: Unter dem Vichy-Regime avancierte er 1942 zum berichtigten Commissaire général aux questions juives.⁴²⁶

Ein anderer, für das Pariser antisemitische „Milieu“ der dreißiger Jahre typischer Vertreter war der 1910 in Paris geborene, berufslose Pierre Clémenti. Auch für ihn spielte der 6. Februar 1934 eine entscheidende Rolle, obschon er den Aufruhr selbst infolge eines Kinobesuches verpaßte.⁴²⁷ In der Folgezeit gründete er den *Parti Français National Communiste*, eine kleine Splitterpartei, deren Ideologie antiliberale, antimarxistische und traditionell gegenrevolutionäre Elemente miteinander verband, sich aber vor allem durch einen vehementen Antisemitismus mit „Arierparagraph“ und Zwangsauswanderungsplänen auszeichnete.⁴²⁸ Clémenti und seine Partei spielten später ebenfalls eine Rolle in der Kollaboration; er selbst wurde einer der Pariser Führer der *Légion des volontaires Français contre le Bolchevisme* (L.V.F.); 1948 wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt, lebte längere Zeit in der Illegalität in Italien und kehrte erst in den sechziger Jahren nach Frankreich zurück.⁴²⁹

Insgesamt mag dieses aktive antisemitische „Milieu“ der Hauptstadt Paris einige tausend Personen umfaßt haben. Die in ihm vorherrschende Ideologie glich über weite Strecken derjenigen des Nationalsozialismus, zumal allein hier ausgesprochen rassistische Züge präsent waren. U.a. kam dies darin zum Ausdruck, daß die meisten der antisemitischen Splittergruppen Beziehungen zum nationalsozialistischen „Weltdienst“ unterhielten und von ihm z.T. auch finanzielle Subsidien erhielten.⁴³⁰ Dagegen vermochten sie es nicht, einen größeren Massenanhang zu mobilisieren. Versuche, zu einer Entente aller antisemitischen Gruppierungen zu gelangen, verliefen im Sande.⁴³¹ Und vom Antisemitismus der Intellektuellen um „Je suis partout“ trennte die Ver-

⁴²⁴ Ebd., S. 21.

⁴²⁵ Ebd.

⁴²⁶ Dazu Marrus u. Paxton, Vichy, S. 396ff. Siehe auch Jean Laloum, *La France antisémite de Darquier de Pellepoix*, Paris 1979 sowie Pascal Ory, *Les collaborateurs 1940–1945*, 2. Aufl. Paris 1980, S. 155ff.

⁴²⁷ Biographische Angaben: *La propagande anti-juive*, in: Kingston, *Anti-semitism*, S. 40f.

⁴²⁸ Vgl. ausführlicher Andreas Wirsching, *Tradition contre-révolutionnaire et socialisme national: le Parti Français National-Communiste 1934–1939*, in: Merlio (Hrsg.), *Ni gauche ni droite*, S. 245–253.

⁴²⁹ Angaben nach Henry Coston, *Partis, Journaux et Hommes politiques d'hier et d'aujourd'hui*, 2. Aufl. Paris 1985, S. 90f.; Ders. (Hrsg.), *Dictionnaire de la politique française*, Bd. III, Paris 1972, S. 131 (Bei Coston handelt es sich um einen zeitgenössischen Konkurrenten Clémentis auf dem antisemitischen „Markt“ der späten dreißiger Jahre).

⁴³⁰ Siehe *La propagande anti-juive*, in: Kingston, *Anti-semitism*, S. 23 (*Rassemblement Anti-juif de France*), 39 (*Parti unitaire français* [i.e. die Nachfolgeorganisation des *Françisme* des Marcel Bucard]), S. 42 (*Parti Français National Communiste*).

⁴³¹ Ebd., S. 11f.

treter des Radau-Antisemitismus ein gesellschaftlicher, von der faschistischen Massenbewegung der „bonapartistischen“ Rechten jedoch ein ideologischer Graben.⁴³²

In Deutschland und in Berlin war die aus dem 19. Jahrhundert stammende, über weite Strecken verschwörungstheoretisch fundierte völkisch-antisemitische Ideologie mit den antikommunistisch-faschistischen Potentialen der Nachkriegszeit eine enge Verbindung eingegangen. Beides zusammen wurde im Nationalsozialismus zum präzedenzlos wirksamen ideologischen Sprengsatz. Daß es sich jedoch um ursprünglich distinkte Elemente handelte, zeigt der vergleichende Blick auf die Entwicklung in Frankreich und seiner Hauptstadt. Auch hier bestand mit der gegenrevolutionären Tradition eine bereits hochintegrierte Ideologie mit totalitären Zügen, antisemitischer Komplott-Theorie und konsequentem Freund-Feind-Denken. Doch anders als in Deutschland blieb die von den Jung-Maurassianern noch radikalisierte totalitäre Ideologie von der faschistischen Massenbewegung ideell und organisatorisch weitestgehend getrennt. Dementsprechend differenzierte sich die extreme Rechte in der Frage der Kollaboration: Die im „Bonapartismus“ wurzelnden „Faschisten“ begrüßten zwar Pétain und die „nationale Revolution“, die sie immer schon gefordert hatten. Doch hinderte sie ihre relative Ideologiearmut an einer weiterführenden Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Gleiches galt nicht für jene von links kommenden „Faschisten“ wie Déat und Doriot, für die der Nationalismus in der Vergangenheit nie eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Und bei den Jung-Maurassianern und Antisemiten waren die Wurzeln der – häufig tragisch endenden – ideologischen Kollaboration „jusqu’au bout“ bereits in den dreißiger Jahren gelegt worden.

III. Faschismus, „Antimarxismus“, Totalitarismus

Lassen sich, so soll nun zusammenfassend diskutiert werden, aus dem Vergleich zwischen deutschem und französischem Rechtsextremismus neue Erkenntnisse ziehen für die Frage der Anwendbarkeit eines allgemeinen Faschismusbegriffs: eines generischen Faschismusbegriffs, der zum einen weit genug definiert ist, um Mussolini nicht auszuschließen, zum anderen aber eng genug, um nicht jede nicht-marxistische politische Bewegung einzuschließen?⁴³³ Freilich kann sich diese Diskussion in unserem Zu-

⁴³² In den Erinnerungen von Brasillach, Notre avant-guerre, und Rebatet, Les décombres, die zugleich Milieubeschreibungen aus dem Paris der dreißiger Jahre sind, spielen Namen wie Darquier de Pellepoix, Clémenti, Henri Coston, Jean Boissel, Léon de Poncins u.a. keine Rolle.

⁴³³ Vgl. Irvine, *Fascism in France*, S. 294. Bei der Frage nach einem generischen Faschismus-Begriff muß im übrigen das Streben nach einer rigorosen Entweder-Oder-Antwort in die Irre führen. Einerseits lassen sich die je individuellen nationalspezifischen Bewegungen nicht auf ein völlig identisches Faschismus-Phänomen reduzieren; andererseits aber würde das nominalistische Beharren auf den für sich genommen singulären Einzelphänomenen den deutlichen Kern substantieller Gemeinsamkeiten im Zwischenkriegseuropa aus dem Blick verlieren. Hierzu die Bemerkungen von Stanley G. Payne, *Fascism. Comparison and Definition*, Madison/Wisc. 1980, S. 195. Vgl. auch Hans-Ulrich Thamer u. Wolfgang Wippermann, *Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismusforschung* (Beiträge der Forschung 72), Darmstadt 1977, S. 232ff. Versuche, eine Geschichte des Faschismus als quasi europäischer Bewegung zu schreiben, unternahmen, Ernst Nolte, *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen* (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts 4), München 1966, Francis L. Carsten, *Der Aufstieg des Faschismus in Europa*, Frankfurt/M. 1968 und zuletzt Stanley G. Payne, *A History of Fascism, 1914–1945*,

sammenhang nur auf die „Bewegungsphase“ beziehen und zum besseren Verständnis faschistischer Regime und Herrschaftsstrukturen bestenfalls mittelbare Anregungen liefern.⁴³⁴ Dagegen gilt es in einem zweiten Schritt zu prüfen, wie sich denn „faschistische“ und „totalitäre“ Bewegung zueinander verhalten.

Wenn es um die Frage eines „Faschismus“ im Frankreich der Zwischenkriegszeit geht, so ist es kaum übertrieben, von einer Orthodoxie zu sprechen, die in der französischen Geschichtswissenschaft mehr oder minder unbestritten herrscht. In erster Linie verbindet sich diese „Orthodoxie“ mit dem Namen René Rémond, dem Doyen der französischen Zeitgeschichte. Rémond ging es vor allem darum, dem inflationären Gebrauch des Faschismus-Begriffs durch die zeitgenössische Linke der dreißiger Jahre den Boden zu entziehen.⁴³⁵ In seinem klassischen Werk über die französische Rechte hat Rémond drei mehr oder minder ungebrochene Traditionsstränge der politischen Rechten identifiziert, die jede für sich ihr eigenes Ideen- und Wertesystem entwickelt hätten und eine irreduzible Authentizität besäßen. Erstens handelt es sich um die gegenrevolutionäre, legitimistische Linie; zweitens um die liberalkonservative, orléanistische Tradition; drittens schließlich um den Bonapartismus, der sich zwar aus heterogenen Elementen zusammensetzt, jedoch einen neuen gemeinsamen Nenner in der Verbindung von Autoritarismus, Nationalismus und plebiszitärer Legitimation findet.⁴³⁶ Die faschismusverdächtigen Phänomene der zwanziger und dreißiger Jahre, insbesondere die außerparlamentarischen Kampfverbände, die *ligues*, fügen sich so organisch in die bonapartistische Linie ein, die sich kontinuierlich von Georges Boulanger bis Charles De Gaulle erstreckt. „Faschismus“ habe es demgegenüber in Frankreich allenfalls als unoriginelle und ephemere Kopie Mussolinis gegeben wie etwa beim *Francisme* Marcel Bucards.⁴³⁷ Im Kern sei jedoch eine Übernahme nicht-französischer politischer Vorbilder abgelehnt worden, was eine gewisse Ähnlichkeit zum italienischen Faschismus zwar nicht ausschließe. Nenne man dies aber „Faschismus“, so nehme man den äußeren Schein für die Realität. Tatsächlich seien die in Frage stehenden Bewegungen – „die letzte Erscheinungsform des alten cäsaristischen, autoritären und plebiszitären Erbes“ – gegenüber faschistischen Versuchungen immun geblieben.⁴³⁸

Rémonds Interpretationsrahmen ist von den meisten französischen Zeithistorikern im wesentlichen übernommen worden, und die Antwort auf die Frage nach einem

London 1995 (die theoretischen Grundlegungen dieses Bandes sind weitgehend identisch mit Paynes früherem, o.g. Buch).

⁴³⁴ Damit ist freilich auch gesagt, daß die folgenden Überlegungen nur Anstöße zur weiteren Diskussion geben können. Vor allem bedürften sie der weiteren Fundierung durch die empirische Berücksichtigung des italienischen Falles, die im Rahmen vorliegender Arbeit allerdings nicht geleistet werden kann.

⁴³⁵ Vgl. René Rémond, *Notre siècle 1918–1988* (Histoire de France 6), Paris 1988, S. 175f. Die „linke“, mit einem weiten Faschismus-Begriff operierende französische Tradition begegnet in dem polemischen und ebenso scharf kritisierten Buch von Bernard-Henri Lévy, *L'idéologie française*, Paris 1981 (u.ö.). Siehe insbesondere S. 199ff. („Le fascisme aux couleurs de la France“).

⁴³⁶ Rémond, *Droites*.

⁴³⁷ Ebd., S. 207.

⁴³⁸ Rémond, *Droites*, S. 206ff. (das Zitat S. 206). In den Hauptpunkten findet sich diese Argumentation bereits bei Jean Plumyène u. Raymond Laserra, *Les fascismes français 1923–1963*, Paris 1963, v.a. S. 7f. u. 30f. Vgl. Raoul Girardet, *Notes sur l'Esprit d'un Fascisme français 1934–1939*, in: *Revue française de science politique* 5 (1955), S. 529–546. Philippe Machefer, *Ligues et fascismes en France 1919–1939*, Paris 1974, S. 5ff.

französischen Faschismus hat sich kaum darüber hinausbewegt.⁴³⁹ Die Geschlossenheit dieser „herrschenden Lehre“⁴⁴⁰ machte sich besonders bemerkbar in der Reaktion auf das Anfang 1983 erschienene Buch von Zeev Sternhell über „L'idéologie fasciste en France“.⁴⁴¹ Anknüpfend an frühere Arbeiten,⁴⁴² stellte Sternhell den Faschismus als ideologische Konzeption dar, die sich in Frankreich seit Ende des 19. Jahrhunderts ausgeprägt habe. Es ging also um einen Faschismus *avant la lettre*, was die traditionellerweise als entscheidend betrachtete Epochengrenze des Ersten Weltkrieges einbnete. Sternhell lehnte die Kontinuitätsthese Rémonds ab: Wenn sie für das 19. Jahrhundert Gültigkeit beanspruchen könne, so führe sie doch für das 20. Jahrhundert in die Irre.⁴⁴³ Vielmehr entstehe seit dem Boulangismus eine *nouveauté*, eine *droite révolutionnaire*, eben der Faschismus. Faschismus ist für Sternhell eine revolutionäre Synthese von Sozialismus und Nationalismus. Zugespitzt formuliert, erscheint Faschismus demzufolge als ein quasi „linkes“ Phänomen, entstanden aus der radikalen Absage an Liberalismus, Individualismus und Demokratie einerseits und aus der Revision des Marxismus andererseits. Sternhell beruft sich dabei insbesondere auf Sorel und andere Theoretiker des revolutionären Syndikalismus.⁴⁴⁴ Unter den Intellektuellen Frankreichs vor 1939 sei diese Form des „Faschismus“ fast omnipräsent gewesen, wenn sie auch den Bereich der Ideologie und Theorie nicht überschritten habe. Als wichtige Exponenten erscheinen im einzelnen so unterschiedliche Personen wie Georges Valois,⁴⁴⁵ Hendrik de Man⁴⁴⁶ und Emmanuel Mounier.⁴⁴⁷

Sternhells These ist in Frankreich auf eine geschlossene Abwehrfront gestoßen. Nicht zu Unrecht hat man ihm eine fragwürdige Universalisierung des Faschismus-Begriffs vorgehalten, der alles umfasse, was antiliberal und nicht zugleich marxistisch gewesen ist. Seine Interpretation der faschistischen Ideologie wurde als Rekonstruktion *a posteriori* verworfen, die die Quellen aus dem Zusammenhang reiße und in eine historisch nicht vorfindbare Kohärenz zwänge. Schließlich griff man Sternhells Buch als methodischen Rückschritt an, da es rein ideengeschichtlich verfare und den sozi-
algeschichtlichen und politischen Kontext der Ideen unterschlage.⁴⁴⁸

⁴³⁹ Vgl. Milza, *Fascisme français*, S. 14ff. Serge Berstein, *La ligue*, in: Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites*, Bd. II, S. 61–111, hier S. 91. Zuletzt Pierre Milza/Serge Berstein, *Dictionnaire historique des fascismes et du nazisme*, Brüssel 1992, S. 25ff. (Existe-il un fascisme français?) u. S. 423 (Art.: Ligues).

⁴⁴⁰ Zumindest gilt dies für die einflussreiche zeithistorische Richtung des Pariser „Institut d'études politiques“, die durch die Namen René Rémond, Pierre Milza, Serge Berstein und Michel Winock repräsentiert ist.

⁴⁴¹ Sternhell, *Ni droite ni gauche*.

⁴⁴² Zeev Sternhell, *Maurice Barrès et le nationalisme français*, Paris 1972; Ders., *La droite révolutionnaire. Les origines françaises du fascisme 1885–1914*, Paris 1978. Vgl. auch Zeev Sternhell, *Fascist Ideology*, in: Walter Laqueur (Hrsg.), *Fascism: A Reader's Guide*, London 1976, S. 315–376.

⁴⁴³ Sternhell, *Ni droite, ni gauche*, S. 55.

⁴⁴⁴ Ebd., S. 101ff.

⁴⁴⁵ Ebd., S. 126ff.

⁴⁴⁶ Ebd., S. 156ff.

⁴⁴⁷ Ebd., S. 304ff.

⁴⁴⁸ Siehe insbesondere: Michel Winock, *Fascisme à la française ou fascisme introuvable?*, in: *Le Débat*, Nr. 25, Mai 1983, wiederabgedr. in: Michel Winock, *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, Paris 1990, S. 272–286; Jacques Juillard, *Sur un fascisme imaginaire: à propos d'un livre de Zeev Sternhell*, in: *Annales ESC* 39 (1984), S. 849–861, wiederabgedr. in: Jacques Juillard, *Autonomie ouvrière. Études sur le syndicalisme d'action directe*, Paris 1988, S. 269–284; Serge Berstein, *La France des années trente allergique au fascisme. A propos d'un livre de Zeev Sternhell*, in: *Vingtième Siècle*, avril 1984, S. 83–94. Eine gute Zusammenfassung dieser in Deutschland kaum zur Kenntnis genommenen Diskussion bietet António Costa Pinto, *Fascist Ideology Revisited*. Zeev Sternhell and His Cri-

Wenn die Kritik an Sternhell im großen und ganzen berechtigt erscheint, so bleibt doch zu fragen, ob die Kategorien der französischen „Orthodoxie“ nicht ihrerseits anfechtbar sind. Daß die französischen rechtsextremen Bewegungen sich selbst in der Regel nicht als „faschistisch“ bezeichneten und ihre Legitimation in der eigenständigen Tradition Frankreichs suchten, kann für sich genommen kein Argument gegen einen generischen Faschismus-Begriff sein. Denn es liegt in der Natur der faschistischen Bewegungen, daß sie im undurchbrechbaren Rahmen der Nation agierten, das heißt, sich aus den autochthonen nationalen Traditionen legitimierten und die Möglichkeit nicht-nationaler Einflüsse und Ideologien weit von sich wiesen. Gegenüber dem Kommunismus etwa war ja der Vorwurf der Fremdsteuerung durch eine andere Macht eine entscheidende Argumentationsfigur der Nationalisten aller Couleur. Ein Faschismus, der sich auf nicht-nationale, also z.B. auf italienische Wurzeln berufen hätte, wäre in der Tat eine *contradictio in adjecto* gewesen. Außer dem *Faisceau* und dem *Francisme* haben denn auch alle in Frage stehenden französischen Bewegungen der zwanziger und dreißiger Jahre sich nominell vom italienischen Faschismus distanzieren.⁴⁴⁹ Dies bestätigt indessen den Verdacht, den Thierry Maulnier 1936 äußerte: „Le mot [fascisme] est impopulaire: soit. Mais la chose peut naître sans le mot.“⁴⁵⁰

Es ist daher überhaupt nicht einzusehen, warum es zwischen der französischen bonapartistischen Tradition des 19. Jahrhunderts und faschistischen Modellen der Zwischenkriegszeit nicht fließende Übergänge gegeben haben soll. Im Gegenteil, mit seinen plebiszitären, autoritären und imperialistischen Grundelementen erscheint eine solche Affinität des Bonapartismus zum Faschismus sogar als sehr plausibel.⁴⁵¹ Jedenfalls läßt sich Rémonds These dahingehend pointieren, es habe in Frankreich keine signifikanten faschistischen Bewegungen gegeben, weil die französische politische Tradition keinen Faschismus kenne. Die Zurückweisung des Faschismus-Begriffs durch die französische „Orthodoxie“ trägt daher auch Züge eines Zirkelschlusses.

Der Hauptgrund für diese kurzschlüssige und letztlich selbstgenügsame Argumentation der französischen „Orthodoxie“ sind die – es muß so deutlich gesagt werden – völlige Abwesenheit einer vergleichenden Faschismusforschung in Frankreich, bzw. der Unwillen, französische Phänomene in eine solche vergleichende Perspektive

tics, in: *European History Quarterly* 16 (1986), S. 465–483. Vgl. auch die ausführliche Würdigung bei Mohler, *Konservative Revolution*, Bd. II, S. 103–118 (m.W. die einzige fundierte Auseinandersetzung mit Sternhell in deutscher Sprache). Mohler findet bezeichnenderweise in dem, was Sternhell „Faschismus“ nennt, eine Vielzahl von Elementen wieder, die er selbst unter dem Sammelbegriff der „konservativen Revolution“ zusammengefaßt hatte. Es wäre in der Tat zu bedenken, ob dieser Begriff auf die von Sternhell überaus materialreich herausgearbeiteten Ideenstränge nicht besser passen würde als der überdehnte Faschismusbegriff. Vgl. jetzt Eckert, *Konservative Revolution*.

⁴⁴⁹ Die *Jeunes Patriotes* distanzieren sich mehrfach explizit gegen die – offensichtlich als gefährlicher Vorwurf betrachtete – Vermutung, sie seien eine faschistische Bewegung. Siehe etwa AN F7 13232 (Dossier: Statuts, règlement intérieur), *Trois modèles de discours* [24.2.1928]. Ähnlich der P.P.F., Brunet, Doriot, S. 245.

⁴⁵⁰ Thierry Maulnier, *Le fascisme et son avenir en France*, in: *Revue Universelle*, 1.1.1936, S. 22. Zusatz von mir.

⁴⁵¹ Vgl. Philippe Burrin, *Le fascisme*, in: Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites* Bd. I, S. 603–652, hier S. 624f. Im übrigen rekurrierte die bei weitem gehaltvollste der kommunistischen Faschismustheorien, diejenige August Thalheimers, nicht zufällig auf die Bonapartismustheorie von Marx und Engels. Vgl. Michael Kersten, *Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern*, Mainz 1994, S. 93ff. Vgl. auch Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion* (Erträge der Forschung 17), 5. Aufl. Darmstadt 1989, S. 65–67. Thalheimer und seine Faschismustheorie, die in der Komintern geächtet waren, wurden in Frankreich nicht rezipiert.

hineinzustellen.⁴⁵² So entwickelt z.B. Serge Berstein in seiner Kritik an Sternhells Buch mehrere, durchaus traditionelle Kriterien des Faschismus-Begriffs. Fast jedem dieser Kriterien – Massenbewegung, entscheidende Rolle des Weltkrieges, autoritäre, führerstaatliche Lösungsansätze – entsprechen die *Croix de feu* zumindest in begrenztem Maße;⁴⁵³ das damit angeschnittene Problem löst Berstein indes mit einem lapidaren Hinweis auf Rémonds Thesen, die die Frage „definitiv“ beantwortet hätten.⁴⁵⁴ Die Folge ist, daß eine nationalistische und scharf antimarxistische Massenbewegung wie die *Croix de feu*, die dem Führergedanken huldigte, paramilitärisch organisiert war, die „Dekadenz“ des Parlamentarismus anprangerte und die nationale Revolution forderte, kategorisch von jeglichem Faschismus-Begriff ausgeschlossen wird. Zu welchen historiographischen Verrenkungen dies führt, zeigt sich auch in Bersteins Einschätzung der *Jeunes Patriotes*. Dessen „Chef“ Pierre Taittinger habe sich zwar zweifellos durch das Beispiel des „Duce“ anregen lassen und seine Bewunderung nicht verborgen. Autorität, Effizienz, paramilitärischer Stil hätten eine große Faszination ausgeübt. Doch hätte dies nur die „formellen Aspekte“ des (italienischen) Faschismus betroffen. Eine gewisse „formelle Nachahmung“ Mussolinis sei unbestreitbar; doch Doktrin, Ideen und auch die Praxis der *Jeunes Patriotes* seien diejenigen der französischen „plebiszitären“ Strömung geblieben.⁴⁵⁵

Aus der analytischen Sackgasse, in welcher der extreme Nominalismus der französischen „Orthodoxie“ endet, kann letztlich nur der Versuch herausführen, die Geschichte des französischen Rechtsextremismus mit einer vergleichenden, faschismustheoretisch fundierten Reflexion zu verbinden. Denkbar wäre z.B., die in Frage stehenden Bewegungen der zwanziger und dreißiger Jahre an einem systematisch gewonnenen Idealtyp zu messen. Die vornehmlich am italienischen Faschismus entwickelten Elemente eines solchen Idealtyps sind aus der empirischen Faschismusforschung durchaus bekannt und relativ wenig umstritten. Ausgehend von dem sogenannten „faschistischen Minimum“, das Ernst Nolte in den sechziger Jahren postulierte,⁴⁵⁶ kann sich ein solches Verfahren vor allem auf Überlegungen von Stanley Payne und jüngst auch Philippe Burrin stützen.⁴⁵⁷

Idealtypisch betrachtet, verfolgt der Faschismus demzufolge das Ziel, eine einheitliche, organisch aufgebaute nationale Gemeinschaft zu schaffen. Die nationale Geschlossenheit erfordert die Ausmerzung oder zumindest die autoritäre Domestizierung der inneren gesellschaftlichen Widersprüche und Gegensätze, z.B. durch die

⁴⁵² Vgl. auch das harsche Urteil Sternhells in Ders., Sznajder u. Asheri, Naissance, S. 400.

⁴⁵³ Berstein, *La France des années trente*, S. 86ff.

⁴⁵⁴ *Ibid.*, S. 89.

⁴⁵⁵ Berstein, *Ligue*, S. 91f.: „On aura compris que le chef omnipotent s'inspire de l'exemple du „Duce“ dont la toute-puissance fait rêver les membres du courant plébiscitaire épris d'autorité et d'efficacité. Mais le style paramilitaire, l'organisation autoritaire de la Ligue, les parades et les uniformes, s'ils traduisent la fascination exercée par le fascisme sur une partie des droites françaises, ne concernent que les aspects formels du fascisme. Taittinger lui-même, s'il ne dissimule pas l'admiration qu'il éprouve pour Mussolini, ne tient nullement l'exemple pour un modèle à imiter. Si on ne peut contester un certain démarquage formel du fascisme dans l'organisation, pour autant la doctrine, les idées et même la pratique demeurent encore celles du courant plébiscitaire incarné par la Ligue des patriotes.“ An der Sinnhaftigkeit solcher Aussagen darf mit Fug und Recht gezweifelt werden.

⁴⁵⁶ Ernst Nolte, *Faschistische Bewegungen*, S. 315, Anm. 127: Antimarxismus, Antiliberalismus, Führerprinzip, Parteiarmee, tendenzieller Antikonservatismus, Totalitätsanspruch.

⁴⁵⁷ Payne, *Fascism*, v.a. S. 7ff.; Burrin, *Fascisme*, S. 620ff. Siehe auch die konzise Zusammenfassung von Wolfgang Schieder, Art.: Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 2, Freiburg/Basel/Wien 1968, S. 438–478.

korporative Organisation der Wirtschaft. Erst dann würden die überlegene Entfaltung nationaler Stärke und gegebenenfalls auch eine imperiale Expansion gewährleistet sein. Symbolisiert wird die in sich geschlossene Nation im Kult des Führers⁴⁵⁸ und in einer spezifischen politischen Liturgie.⁴⁵⁹ Aus der Zielperspektive der geschlossenen Nation resultieren auch die beiden wichtigsten „faschistischen Negationen“: Antiliberalismus und Antikommunismus. Daß der Faschismus schließlich die neue nationale Gemeinschaft auf dem Wege einer nationalen Revolution erreichen will, unterscheidet ihn von der zeitgenössischen autoritären Rechten und bedingt einen zumindest tendenziellen Antikonserwativismus. Faschistische Bewegungen kennzeichnet schließlich das Bemühen um die permanente Massenmobilisierung, die Politik als quasmilitärischen Kampf begreift und die sozialen Schranken zu überwinden sucht. Die Instrumente hierfür sind die politische Partei und die paramilitärische Organisation.⁴⁶⁰ Beide zusammen erzwingen die widerspruchslöse Disziplin, erziehen zum politischen Kampf und dienen der Propaganda. Die paramilitärische Organisation verbindet sich darüber hinaus mit der zumindest potentiellen Bereitschaft zur Gewalt.

Als Kriterien des faschistischen Idealtyps sind also festzuhalten: die drei faschistischen Negationen Antiliberalismus, Antikommunismus, Antikonserwativismus; der Führerkult, die Massenmobilisierung, die Partei und die paramilitärische Organisation. Ihren funktionalen Zusammenhang gewinnen diese Merkmale durch die Ideologie der nationalen Gemeinschaft und der nationalen Stärke.

Betrachtet man die französische Rechte der zwanziger Jahre unter der Perspektive eines solchen Idealtyps, so fallen verschiedene Bewegungen sofort aus dem Faschismusbegriff heraus. Dies gilt zunächst für Castelnaus *Fédération Nationale Catholique* und Millierands *Ligue Républicaine Nationale*. Beide Bewegungen entsprangen dem Bemühen um eine Modernisierung der Rechten, einer bürgerlich-antikartellistischen Sammlungspolitik im Namen der sozialen Verteidigung, die das Lager des Nationalkonserwativismus nicht verließ. Aber auch der *Action française* fehlten entscheidende Merkmale des faschistischen Idealtyps. Die *Action française* blieb eine zutiefst sozialkonservative Bewegung. Die soziale Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft bildete ein „fast perfektes Porträt einer vorindustriellen Gesellschaft“,⁴⁶¹ in der die traditionellen Eliten aus Armee und Verwaltung, Kultur und Grundbesitz dominierten. Dementsprechend zielte die *Action française* nicht – trotz ihres verbalen Extremismus – auf eine systematische, die sozialen Schranken überschreitende Massenmobilisierung. Auch wenn es insbesondere an der Basis der AF, etwa im Quartier Latin, gleichsam „faschistische Stimmungen“ geben mochte (Eugen Weber), und trotz des Nahverhältnisses, das die Bewegung zur Gewalt hatte, fehlte doch der spezifische politische Voluntarismus, der die faschistischen Bewegungen auszeichnete.⁴⁶²

In sehr viel höherem Maße entsprachen die anderen rechtsextremen Bewegungen, von denen wir gesprochen haben, insbesondere *Jeunesses Patriotes*, *Faisceau*, *Croix de feu*

⁴⁵⁸ Payne, *Fascism*, S. 13f., weist darauf hin, daß bei den meisten faschistischen Bewegungen der Führer zumindest anfänglich *primus inter pares* einer breiteren Parteielite war und von dieser gewählt wurde.

⁴⁵⁹ Ebd., S. 11. Zu Führerkult und politischer Liturgie bei den Nationalsozialisten vgl. Mosse, *Nationalisierung der Massen*, S. 213ff.

⁴⁶⁰ Vgl. Payne, *Fascism*, S. 11f.

⁴⁶¹ Weber, *Action Française*, S. 267.

⁴⁶² Zum Vergleich zwischen AF und italienischem Faschismus ebd., S. 132–135.

und P.P.F. dem faschistischen Idealtyp.⁴⁶³ Schon im Frankreich der zwanziger Jahre, erst recht in den dreißiger Jahren wurde der Wunsch nach einer Stärkung der Exekutive, wenn nicht gar nach der Diktatur eines „Starken Mannes“ artikuliert. In der Gruppierung um einen mehr oder minder charismatischen „Chef“ wurde dieser Wunsch bereits in der und durch die Bewegung antizipiert. Trotz immer wieder auftretender Konflikte blieben Taittinger, Valois, de la Rocque und Doriot innerhalb ihrer Bewegungen unumstritten. Potentielle Frondeure verließen die Bewegung eher, als daß sie einen Umsturz an der Spitze versuchten. Es war daher nur folgerichtig, wenn alle genannten Bewegungen einen nach dem Führerprinzip aufgebauten, hierarchisch-zentralisierten Apparat entwickelten. Als parteimäßige Organisationen dienten sie nicht der parlamentarischen Repräsentation; nicht um Parteien im traditionellen Sinn handelte es sich also, sondern um Bewegungen „neuen Typs“, die vor allem die politische Massenmobilisierung anstrebten. Gleiches gilt für den Aufbau paramilitärischer Einheiten, die einer klandestinen und quasi-militärischen Befehlsstruktur unterlagen.

Wenn soweit die Gemeinsamkeiten der genannten Bewegungen deutlich geworden sind, so wurde andererseits bereits darauf hingewiesen, daß Unterschiede primär im Bereich der Ideologie bestanden. Beim *Faisceau* war das antiliberale und auch antikonservative Moment besonders stark ausgeprägt. Das Kriterium der „faschistischen Negationen“ erfüllte er daher in höherem Maße als die *Jeunes Patriotes* und auch die *Croix de feu*, die sich in der Frage des Regimewechsels meist zweideutig äußerten und im letzten vor einer nationalrevolutionären Systemüberwindung zurückschreckten. Man kann darin ein Zeichen für die relative Stabilität der französischen politischen Kultur auch in den Krisen der Jahre 1924–1926 bzw. der dreißiger Jahre sehen: ein offener Systemfeind von rechts wäre auch damals der politischen Ächtung verfallen. Aber spricht dies grundsätzlich gegen die Anwendung des Faschismus-Begriffs auf Bewegungen, die Führerprinzip und extremen Nationalismus, paramilitärische Organisation und außerparlamentarische Massenmobilisierung in nachgerade paradigmatischer Weise in sich vereinigen? Mit Blick auf die *Jeunes Patriotes* z.B. konstatierten die Sicherheitsbehörden ein knappes Jahr nach ihrer Gründung eine deutliche „Transformation“ der ursprünglich rein auf „Ordnung“ bedachten antikommunistischen Bewegung in einen regelrechten politischen Kampfverband. Seine Programmatik sei „anti-kartellistisch, anti-parlamentarisch und einer Diktatur überaus zuge-

⁴⁶³ Es sei darauf hingewiesen, daß auch diejenigen Gruppierungen und Zeitschriften aus dem vorgeschlagenen Idealtyp herausfallen, die sich unter Touchards Sammelbegriff „Geist der dreißiger Jahre“ zusammenfassen lassen. Es handelt sich um jene Intellektuellenzirkel, die von einem mehr oder minder tiefen Dekadenzgefühl durchdrungen waren und einen neuen Weg jenseits von Liberalismus und Marxismus suchten. Eine solche künftige Ordnung würde sich nicht materialistisch und individualistisch definieren, sondern auf einer neuen solidarischen und konstruktiven Ethik beruhen. Paul Sérant hat diesbezüglich von einem „Romantisme fasciste“ (Paul Sérant, *Le romantisme fasciste*, Paris 1959) gesprochen, und in der Tat finden sich unter den jüngeren Intellektuellen der dreißiger Jahre viele Merkmale, die für Sternhells Faschismusbegriff konstitutiv sind. Stellvertretend seien nur die Zeitschriften „Combat“ mit Thierry Maulnier, „L'Esprit“ mit Emmanuel Mounier und „Je suis partout“ mit Robert Brasillach genannt. Jedoch fehlen diesen Gruppierungen alle wesentlichen Merkmale des Faschismus wie Partei, paramilitärische Organisation etc. Ganz bewußt repräsentierten sie eine eher schöngestige Elite, die zur politischen Praxis ein distanzierendes Verhältnis behielt und keine Versuche zur Mobilisierung der Massen unternahm. Wesentliche Phänomene, die von der außerfranzösischen Forschung als faschistisch bezeichnet wurden – man denke insbesondere an die Arbeiten von Nolte und Sternhell –, fallen also aus dem „faschistischen“ Idealtyp heraus.

neigt“.⁴⁶⁴ Millerand zumindest hatte genau in dieser Verbindung zwischen paramilitärischer Organisation und politischer Aktion das Charakteristikum des „Faschismus“ erblickt, wovon er die *Ligue Républicaine Nationale* dezidiert abgegrenzt wissen wollte: „Si l'on emploie le groupement de combat à peser sur l'action politique, c'est le fascisme, avec tous ses inconveniences.“⁴⁶⁵ In jedem Fall unternahm Taittinger eine schwierige Gratwanderung zwischen den „faschistischen“ Anhängern seines Verbandes, die nicht mehr die „monotone und schlichte Rolle“ der „gendarmes supplémentaires“ spielen wollten, sondern eine stärker politische Aktivität forderten,⁴⁶⁶ und seinen eher konservativen Sympathisanten innerhalb der Parlamentselite.⁴⁶⁷ Analoges galt in den dreißiger Jahren für de la Rocque und seine *Croix de feu*/P.S.F. und selbst für den P.P.F. des Jacques Doriot.

Hier zeigen sich ihrerseits die offensichtlichen Grenzen einer rein typologisch verfahrenen Faschismustheorie, deren analytische Trennschärfe für den komplizierten Einzelfall nicht ausreicht, den Gegenstand aus seinem je individuellen Sinnzusammenhang herautrennt und der historischen Dynamik des Faschismus zuwenig gerecht werden kann.⁴⁶⁸ Im übrigen stehen diejenigen Faschismustheorien, die sich auf ökonomische Rahmenbedingungen und soziale Funktion des „Faschismus“ konzentrieren, den Merkmalen des Antikonservatismus und des Antiliberalismus (zumindest insoweit es sich um Antikapitalismus handelt) eher skeptisch gegenüber.⁴⁶⁹ Dagegen ist der Antikommunismus bzw. Antimarxismus das empirisch am besten gesicherte und am wenigsten umstrittene faschistische Ideologiemerkmal. Es bleibt daher zu prüfen, ob nicht ein Faschismusbegriff, der Elemente des typologischen Verfahrens aufnimmt, sich aber auf das antimarxistische Merkmal konzentriert, in besonderer Weise in der Lage ist, allgemeine und individuelle Bewegungsfaktoren zu erfassen.

Wichtige Grundlagen hierfür hat Ernst Nolte in seinen frühen Arbeiten zum „Faschismus in seiner Epoche“ gelegt. Seine „phänomenologische“ Methode beabsichtigte, „Empirie und Konstruktion“ auf eine neue Weise miteinander zu verbinden, „die die typologische Synthese zwar nicht beseitigte, aber zum bloßen Horizont herabsetzte“.⁴⁷⁰ Vor diesem Horizont entfaltete Nolte paradigmatisch das historisch-politische Denken von Maurras, Mussolini und Hitler, wie es sich „aus sich selbst heraus“ zeigte. Das in der Ideologie „Erscheinende“ (phänomenon) wurde von sei-

⁴⁶⁴ AN F7 13233, 16.11.1925. Vgl. AN F7 13231, 28.1.1926.

⁴⁶⁵ AN 470 AP 87 (Papiers Millerand), *Principes considérés comme nouveaux dans l'organisation*, S. 6.

⁴⁶⁶ AN F7 13233, 16.11.1925.

⁴⁶⁷ Ein Polizeibericht charakterisierte die Lage Taittingers folgendermaßen: „M. Taittinger, à cheval en quelque sorte sur ces deux groupes, le fasciste et le non-fasciste, cherche à empêcher que le fossé ne s'élargisse entre les anciens, animés du vieil esprit parlementaire et les Jeunesses Patriotes, chez lesquelles les idées fascistes jouissent d'une certaine faveur.“ AN F7 13211, Polizeibericht vom Januar 1926, S. 9. Mit „faschistisch“ sind hier Valois und sein *Faisneau* gemeint.

⁴⁶⁸ Entsprechend wenig überzeugend und schematisch ist daher z.B. die Klassifizierung, die Payne, *Faschismus*, S. 16f., versucht, wobei er in den in Frage stehenden Staaten zwischen „Faschisten“, der „radikalen Rechten“ und der „konservativen Rechten“ unterscheidet.

⁴⁶⁹ Paradigmatisch: Richard Saage, *Faschismustheorien. Eine Einführung*, 3. Aufl. München 1981. Sozialgeschichtliche Aspekte des Vergleichs stellt in den Mittelpunkt der gehaltvolle Sammelband von Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*, 2. Aufl. Göttingen 1983.

⁴⁷⁰ Ernst Nolte, *Zur Phänomenologie des Faschismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 10 (1962), S. 373–407, hier S. 404. Vgl. Nolte, *Faschismus in seiner Epoche*, S. 52f.

nen eigenen Voraussetzungen und Prämissen her verstanden und gedeutet.⁴⁷¹ Die erste ermöglichende Voraussetzung des Faschismus erkannte Nolte demzufolge in der Existenz des „Liberalen Systems“, des Systems der produktiven Konkurrenz und „der relativen Selbständigkeiten“. Als Sammelbegriff für die sich herausbildende „moderne Welt“ mit ihren spezifischen Kennzeichen der Säkularisierung und Aufklärung, Technisierung und Industrialisierung, der Möglichkeit von politischen Massenbewegungen und der Revolution, ist das „Liberal System“ für Nolte die notwendige Ausgangsbasis für die Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts.⁴⁷² Aber der Faschismus war für Nolte keineswegs der „ursprüngliche Ausdruck des radikalen Protestes“ gegen die Moderne.⁴⁷³ Vielmehr erkennt Nolte in den faschistischen Bewegungen die *spezifische und in ihrer Art unverwechselbare Antwort* auf den radikalen Protest, den der Marxismus gegen das Liberale System vortrug. Ist das Liberale System die mittelbare, so ist der Marxismus die unmittelbare Voraussetzung des Faschismus. Das innere Wesen des Faschismus ist mithin für Nolte der Antimarxismus: „Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie.“⁴⁷⁴ Ohne Marxismus und Kommunismus konnte es demzufolge auch keinen Faschismus geben, und angesichts der Realität des „roten Gespenstes“ nach dem Ersten Weltkrieg wäre es für Nolte schlechterdings „unvorstellbar, daß die militante Gegenrevolution nicht eine neuartige und kraftvolle Gestalt angenommen“ hätte: „Der Faschismus läßt sich mithin [aus dem Kommunismus] *deduzieren*, und zwar als ein vorwiegend deutsches und italienisches, aber gleichwohl europäisches Phänomen.“⁴⁷⁵

Noltes faschismustheoretischer Ansatz hat seinen eigenständigen Charakter bis heute bewahrt. Seine Originalität besitzt der Ansatz insbesondere darin, daß er sich

⁴⁷¹ Ebd., S. 53. Friedrich Pohlmann, *Ideologie und Terror im Nationalsozialismus* (Freiburger Arbeiten zur Soziologie der Diktatur 1), Pfaffenweiler 1992, S. 148 u. 156, weist zu Recht darauf hin, daß zum einen Noltes faschismustheoretischer Ansatz häufig nur selektiv rezipiert und kaum je in seinem Gesamtzusammenhang gewürdigt worden ist, zum anderen aber die „phänomenologische Methode“ von Nolte selbst nicht eigentlich hinreichend beschrieben wurde. Es ist daher notwendig, an dieser Stelle etwas ausführlicher auf Noltes Arbeit einzugehen. Vgl. Pohlmanns eigene, ausführliche Auseinandersetzung mit Noltes Konzeption ebd., S. 148–172. Siehe auch Wippermann, *Faschismustheorien*, S. 87–91. Sowohl Pohlmann als auch Wippermann beschränken sich im wesentlichen auf die frühen Arbeiten Noltes und gehen nicht auf die Kontinuitäten in seinem Denken bis in die jüngste Vergangenheit ein.

⁴⁷² Allerdings hat sich Nolte über die Natur dieses „Liberalen Systems“ nur sporadisch und z.T. auch widersprüchlich geäußert. Es bleibt in seinen Arbeiten eine blasser Kulisse, amorph und unspezifisch, so daß man sich gelegentlich fragt, was dieser Begriff mehr bedeuten soll als ein entbehrliches Synonym für „moderne Welt“. Siehe Nolte, *Faschismus in seiner Epoche*, S. 63ff. (hier spricht Nolte noch von „Liberalismus“ und noch nicht von „Liberalem System“); Ernst Nolte, *Kapitalismus – Marxismus – Faschismus* (zuerst 1973), wiederabgedr. in: Ernst Nolte, *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964–1976*, Stuttgart 1977, S. 99–113, hier S. 101ff.; Ernst Nolte, *Krise des Liberalen Systems*, S. 7ff.; Ernst Nolte, *Marxismus und Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 389–417, hier S. 416; Ernst Nolte, *Marxismus und Industrielle Revolution*, Stuttgart 1983, S. 300ff. Zur Problematik des Begriffs in Noltes Gesamtwerk vgl. Horst Möller, Ernst Nolte und das „Liberal System“, in: Nipperdey u.a. (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien*, S. 57–72.

⁴⁷³ Nolte, *Krise*, S. 10. Hervorhebung von mir.

⁴⁷⁴ Nolte, *Faschismus*, S. 51.

⁴⁷⁵ Ernst Nolte, „Epoche des Faschismus“. Sinn und Konsequenz eines Begriffs (zuerst 1976), wiederabgedr. in: Ders., *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg*, S. 193–208, hier S. 197f. (Zusatz und Hervorhebung von mir).

einerseits den marxistischen Faschismustheorien annähert,⁴⁷⁶ andererseits aber die Kategorien der Totalitarismustheorie nicht grundsätzlich verläßt. Denn anders als man auf den ersten Blick glauben möchte, spielen totalitarismustheoretische Elemente in Noltes Schriften eine nicht zu unterschätzende Rolle.⁴⁷⁷ Indem es Nolte schon in den sechziger Jahren auf den inneren Zusammenhang der großen Ideologien des 20. Jahrhunderts ankam, legte er die Grundlagen für eine historisch-genetische Dimension der Totalitarismustheorie. Gerade dadurch trug er entscheidend zur Bildung eines historisch-dynamischen und wissenschaftlich verwendbaren Gattungsbegriffes vom Faschismus bei.⁴⁷⁸

Daß Noltes Faschismusbegriff in der empirischen Realität vielfache Bestätigung findet, dürfte aus den entsprechenden Kapiteln dieser Abhandlung deutlich geworden sein. Am Beispiel von Berlin und Paris ist gezeigt worden, daß nach 1918 eine tatsächliche kommunistische Herausforderung bestand. In dem Maße, wie diese Herausforderung als erhebliche Bedrohung wahrgenommen wurde, erfolgte eine Reaktion in Form eines spezifischen und neuartigen Rechtsextremismus, für den die antikommunistische Mobilisierung konstitutiv war. In diesem Sinne offenbarten bereits die Einwohnerwehren und die *unions civiques* mit ihren Leitmotiven der Notwehr, der sozialen Verteidigung und der Ordnung ein faschistisches Potential, das indes noch unter der Vormundschaft des demokratischen Rechtsstaates stand. Dagegen bestand das Spezifikum des Faschismus darin, daß er sich von der Ordnungsmacht des demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaates mit seinem Gewaltmonopol – des „Liberalen Systems“ in Noltescher Terminologie – grundsätzlich abwandte. Der faschistische „Ordnungs“-Begriff war rechtlich nicht qualifiziert und deutete gewaltsame Lösungen an. Die antikommunistische Mobilisierung erfolgte nicht nur *außerhalb* der staatlichen

⁴⁷⁶ Vgl. dazu den ansonsten eher enttäuschenden Beitrag von Rainer Zitelmann, Nationalsozialismus und Antikommunismus. Aus Anlaß der Thesen von Ernst Nolte, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. u. Berlin 1990, S. 218–242, hier v.a. S. 219–225.

⁴⁷⁷ Vgl. dazu Eckhard Jesse, Ernst Noltes Totalitarismusverständnis zwischen Kontinuität und Wandel, in: Nipperdey u.a. (Hrsg.), Weltbürgerkrieg, S. 216–232.

⁴⁷⁸ Dies schloß freilich Mißverständnisse seines Buches als „Überwindung der Totalitarismustheorie“ u.ä. nicht aus. 1978 präziserte Nolte, ihm sei es vor allem darum gegangen, „bei Bewahrung des Begriffs [des Totalitarismus, A.W.] die inhaltlichen Unterschiede zwischen dem kommunistischen und faschistischen Totalitarismus unter Betonung der historischen Bedingungsbeziehungen wieder stärker herauszuarbeiten [...]. Eben dies war die Intention meines [...] Buches ‚Der Faschismus in seiner Epoche‘, mit dem ich die Totalitarismustheorie differenzieren, historisieren und bis zu einem gewissen Punkt entemotionalisieren, aber keineswegs überwinden oder durch eine autonome Faschismustheorie ersetzen wollte.“ In: Totalitarismus und Faschismus, S. 30. Deutlicher noch formulierte Nolte seine Intentionen in seinem umstrittenen Buch, Der europäische Bürgerkrieg, S. 17f.: „Das vorliegende Buch nimmt sich vor, die Beziehung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten [...] in den Mittelpunkt zu stellen. Es bleibt dabei insofern auf dem Boden der phänomenologischen Faschismustheorie, als es von der essentiellen Feindschaft zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausgeht und eine Gleichsetzung zu keinem Zeitpunkt für gerechtfertigt hält. Aber es verläßt gleichwohl den Rahmen der Totalitarismuskonzeption nicht, weil es sich am Begriff und an der Wirklichkeit des *Liberalen Systems* orientiert, das mit seiner Sicherung der ökonomischen und geistigen Bewegungsfreiheit der Individuen *nicht* durch die Herrschaft einer Ideologie bestimmt und dennoch der Ursprung sowohl der kommunistischen wie der nationalsozialistischen Ideologie ist. Aber weil der Ansatz der Faschismustheorie bewahrt wird, wird einer der beiden Ideologien die Priorität zugeschrieben, und die Totalitarismustheorie erhält damit eine historisch-genetische Dimension, die ihr bisher fehlte.“

Ordnungsmacht, sondern *gegen* sie.⁴⁷⁹ Indem der faschistische Antikommunismus also im Zeichen der – tendenziell gewaltsamen – *Selbsthilfe* stand, wurde auch sein antiliberaler und antiparlamentarischer Impetus offensichtlich. Die Prinzipien von Selbsthilfe und „Notwehr“, die der Faschismus angesichts der kommunistischen Herausforderung entwickelte, bildeten im übrigen eindeutige, wenn auch „charakteristisch umgeprägte“ Analogien zu den Aktionsformen der kommunistischen Bewegung selbst.

Faschistische Bewegungen stellten also eine Form des Antikommunismus dar, die die rechtsstatlich-demokratischen Normen sprengte und tendenziell nach der Vernichtung des Gegners trachtete.⁴⁸⁰ In diesem Sinne repräsentierten die *Jeunes Patriotes* und der *Faisceau*, später auch die *Croix de feu*, eine spezifisch französische Form des Faschismus, wobei hinzuzufügen ist, daß es sich um eine im Vergleich zum italienischen Fall abgemilderte Form handelte. Dies betrifft insbesondere die Frage der Gewalt. Man kann die politische Gewalt der Zwischenkriegszeit im Sinne Sorels interpretieren, als Manifestation eines sich als legitim betrachtenden politischen Massenwillens, der den rechtsstaatlichen Rahmen der liberalen Demokratie aus Gründen einer übergeordneten Moral transzendiert. Die französischen faschistischen Bewegungen sagten der Möglichkeit entsprechender Gewaltausübung nicht prinzipiell ab. Aber sie suchten sie auch nicht direkt. Vielmehr wollten sie für den Fall kommunistischer Gewaltanwendung gerüstet und gleichsam zur erfolgreichen Notwehr in der Lage sein. Das entsprechende Motto, das auch an der Wurzel der paramilitärischen Organisation lag, lautete „Gewalt gegen Gewalt“. Für den Fall einer übermächtigen kommunistischen Bedrohung aufgrund der Schwäche des liberalen Staates hielten *Faisceau*, *Jeunes Patriotes* und *Croix de feu*/P.S.F. die Anwendung extralegalen Gewalt für notwendig und für legitim. Dabei zeichneten sie sich aber weniger durch einen unbedingten Vernichtungswillen gegenüber dem kommunistischen „Feind“ aus als vielmehr durch eine eher attentistische Haltung, die für den „Tag X“ des kommunistischen Aufstandes gerüstet sein wollte. Insofern als unsere Analyse die – im Vergleich zu Deutschland und seiner Hauptstadt – geringere ideologische Radikalität des französischen Kommunismus aufgewiesen hat, ist diese „abgemilderte“ Form des französischen Faschismus mittels der von Nolte angestoßenen historisch-genetischen Dimension der Totalitarismustheorie erklärbar. Stärke und Radikalität des französischen Faschismus bildeten, so ließe sich pointieren, eine abhängige Variable von der Stärke und der Radikalität der kommunistischen Herausforderung. In Frankreich koinzierten beide faschistischen „Wellen“ (1924–1927 u. 1934–1938) mit einem Erstarren des Kommunismus. Faschismus erscheint so als ultima ratio der sozialen Verteidigung, wie es etwa der zur Linken tendierende bürgerliche Intellektuelle Emmanuel Berl Ende der dreißiger Jahre formulierte: Demnach *konnte* der wirkliche Bürger gar

⁴⁷⁹ Vgl. Arendt, Elemente und Ursprünge, S. 411, die – in Absetzung von den Nationalsozialisten – von den „eigentlichen Faschisten Deutschlands“ als von denjenigen spricht, die „sich selbst als eine [...] ‚überstaatliche‘ Macht“ organisieren wollten.

⁴⁸⁰ Von diesem „faschistischen“, tendenziell totalitären Antikommunismus ist freilich eine demokratische Kommunismuskritik, die sich um die Sicherung der Grundlagen freiheitlich-demokratischer Staatlichkeit bemüht, grundsätzlich und kategorial zu unterscheiden. Vgl. die eindringlichen Bemerkungen von Karl Dietrich Bracher, Das Problem des „Antikommunismus“ in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Klaus Hildebrand und Reiner Pommerin (Hrsg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln u. Wien 1985, S. 133–147, hier v.a. 141f. Ob die Betonung dieser Unterscheidung freilich zu einer Aufgabe des wissenschaftlichen Gattungsbegriffs „Faschismus“ führen muß, wofür sich Bracher hier und in zahlreichen anderen Veröffentlichungen einsetzt, dürfte weiter umstritten bleiben.

nicht zum Faschisten werden, *außer* wenn ihn die „kommunistische Drohung“ so bedrängte, daß sie ihm jeglichen Handlungsspielraum nahm.⁴⁸¹

Das bürgerlich-mittelständische Empfinden, durch die kommunistische Bedrohung in die Enge getrieben zu werden und angesichts ihrer keine Wahl außer der „Selbsthilfe“ mehr zu haben, d.h. vor einem Optionszwang zu stehen, bildete während des Untersuchungszeitraums auch in Berlin ein zentrales Motiv des Rechtsextremismus und ein langfristig wirksames faschistisches Potential. Organisatorisch begegnete es in den Einwohnerwehren, der norddeutschen Orgesch, dem „Bund für Freiheit und Ordnung“, schließlich im Stahlhelm. Dieses Verständnis von Faschismus und „faschistischem“ Potential weist offenkundig einige Berührungspunkte mit dem kommunistischen Faschismusbegriff zu Beginn der zwanziger Jahre – also noch vor der verbindlichen Durchsetzung der „Sozialfaschismus“-These – auf. So subsumierte etwa Hermann Remmele 1924 unter „Faschismus“ die Freikorps und Zeitfreiwilligen, die Einwohnerwehren und die Orgesch, die NSDAP und die DVFP, allerdings auch die klandestinen Wehrverbände.⁴⁸² Während allerdings in der kommunistischen Theorie der Faschismus stets auf das kapitalistisch-bürgerliche „Klasseninteresse“ zurückgeführt wurde, argumentiert vorliegende Arbeit mit einem Faschismusbegriff, der jenseits behaupteter oder auch tatsächlicher sozialer Funktionen liegt. Der nicht mehr parlamentarisch-rechtsstaatlich gebundene – und eben deshalb auch nicht mehr als „bürgerlich“ zu bezeichnende – Antikommunismus wird als entscheidener und autonomer Impuls des Faschismus betrachtet.

Nun hat freilich die vergleichende Analyse der Berliner Verhältnisse gezeigt, daß neben dem militanten Antikommunismus eine weitere Wurzel des Rechtsextremismus bestand: der völkische Rassenantisemitismus nämlich, der indes keineswegs mit dem faschistischen Potential im dargestellten Sinne identisch war. Damit ist ein Problem berührt, das – zumeist allerdings unausgesprochen – in allen Faschismustheorien enthalten ist. Denn der Nationalsozialismus, der aus dem völkisch-antisemitischen Potential hervorgegangen ist, wird zwar einerseits als die schärfste und radikalste Ausprägung des allgemeinen Gattungsbegriffs „Faschismus“ betrachtet, andererseits aber ist gerade sein rassenantisemitischer Ideologiekern einzigartig gewesen und entzieht sich dem Vergleich mit anderen Faschismen. Mehr noch, als ein wichtiges, in seiner Bedeutung aber notorisch unterschätztes Ergebnis der typologisch verfahrenenden Theorien ist festzuhalten, daß der Antisemitismus *kein* notwendiges Kriterium des Faschismus darstellt.⁴⁸³

Die Untersuchung der französischen faschistischen Bewegungen hat dies bestätigt. Weder die *Jeunes Patriotes* noch der *Faisceau* noch in späteren Jahren die *Croix de feu* zeichneten sich durch eine antisemitische Ideologie aus.⁴⁸⁴ Auch Jacques Doriot und Marcel Déat, zwei herausragende Vertreter der ideologischen Kollaboration, waren keine genuinen Antisemiten. Vielmehr schlossen sich beide – Déat erst nach 1940 –

⁴⁸¹ Emmanuel Berl, *Frère bourgeois, mourez-vous? Ding! Ding! Dong!*, Paris 1938, S. 43 (Hervorhebung im Original).

⁴⁸² Protokoll des Fünften Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 755–758.

⁴⁸³ Siehe Payne, *Fascism*, S. 7; George L. Mosse, *Towards a General Theory of Fascism*, in: Ders. (Hrsg.), *International Fascism: New Thoughts and New Approaches*, London u. Beverly Hills/Calif. 1979, S. 1–44, hier S. 31f. George L. Mosse, *Masses and Man. Nationalist and Fascist Perceptions of Reality*, Detroit/Michigan 1987, S. 189f.

⁴⁸⁴ Vgl. dazu Millman, *Question juive*, S. 69ff. (zu den *Jeunes Patriotes*) u. 81ff. (zum *Faisceau*).

der antisemitischen Bewegung erst spät an.⁴⁸⁵ Wenn überhaupt, so folgten die französischen faschistischen Bewegungen in ihrer überwiegenden Mehrzahl der antisemitischen Welle in eher opportunistischer Weise seit Ende der dreißiger Jahre nach. Dies sind entscheidende Parallelen zum italienischen Faschismus. Der italienische Faschismus wies bis in die dreißiger Jahre keinen expliziten Antisemitismus auf; und auch gegenüber dem deutschen Druck, sich am Holocaust aktiv zu beteiligen, legte das faschistische Italien, wie neuere Arbeiten gezeigt haben, eine z.T. erstaunliche Resistenz an den Tag.⁴⁸⁶ Umgekehrt haben wir gesehen, daß für den völkischen Flügel des deutschen Rechtsextremismus der verschwörungstheoretisch und rassistisch begründete Antisemitismus schon gegen Ende des Ersten Weltkriegs zum irreduziblen ideologischen Kernbestand gehörte. Der durch die kommunistische Herausforderung vorübergehend in den Mittelpunkt tretende Antikommunismus diente demgegenüber vor allem auch als *Bestätigung* und als *Verstärker* bereits *vorgefaßter* ideologischer Kategorien. Diese Form des völkisch-antisemitischen Rechtsextremismus – unter den auch der Nationalsozialismus fällt – liegt mithin „quer“ zum systematisch gewonnenen, vom italienischen Ursprungsphänomen ausgehenden Faschismustyp und läßt sich durch ihn nicht wirklich erfassen.

Nun ist das darin begründete Problem einer vergleichenden Faschismustheorie zumeist dadurch gelöst worden, daß es – wie Saul Friedländer treffend bemerkte – ignoriert wurde.⁴⁸⁷ Für andere, wie etwa Karl Dietrich Bracher, liegt hierin ein entscheidendes Argument für einen generellen Verzicht auf den wissenschaftlichen

⁴⁸⁵ Schor, *L'antisémitisme*, S. 79; Brunet, Doriot, S. 262ff.; Knobel, Doriot; Brender, Kollaboration, S. 259ff.

⁴⁸⁶ Jonathan Steinberg, *Deutsche, Italiener und Juden. Der italienische Widerstand gegen den Holocaust*, Göttingen 1992 (zuerst englisch 1990); Menachem Shelah, *Kroatische Juden zwischen Deutschland und Italien. Die Rolle der italienischen Armee am Beispiel des Generals Giuseppe Amico 1941–1943*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 175–195; Reiner Pommerin, *Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin-Rom 1938–1943*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 646–660; insgesamt kritischer, die Ergebnisse aber im wesentlichen bestätigend Meir Michaelis, *Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922–1945*, Oxford 1978, v.a. S. 410–414. Die ideologischen Unterschiede betont auch Hans Wollner, *Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933*, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim u. Hans Mommsen (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt/M. 1993, S. 42–63.

⁴⁸⁷ Saul Friedländer, *Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung: Eine historiographische Studie zur nationalsozialistischen Judenpolitik und Versuch einer Interpretation*, in: Eberhard Jäckel u. Jürgen Rohwer (Hrsg.), *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung*, Stuttgart 1985, S. 18–60, hier S. 21. Vgl. die Bemerkungen bei Wippermann, *Faschismustheorien*, S. 102–106. In dem Band von Saage, *Faschismustheorien*, z.B., der sich allerdings ausschließlich mit dem Nationalsozialismus befaßt, spielt der Antisemitismus so gut wie keine Rolle. Auch bei Wolfgang Wippermann, *Europäischer Faschismus im Vergleich 1922–1982* (Neue Historische Bibliothek), Frankfurt/M. 1983, bleibt dieses Problem überdeckt. So meint Wippermann zum einen, alle Faschismen hätten eine „vergleichbare Ideologie“ besessen, die in einer ambivalenten Mischung aus antisozialistischen, antikapitalistischen, antimodernistischen, spezifisch modernen, extrem nationalistischen und tendenziell transnationalen Elementen bestanden hätte. Diesbezüglich habe es zwischen den Faschismen nur quantitative, nicht jedoch qualitative Unterschiede gegeben (ebd., S. 197). Obwohl bei dieser Begriffsbestimmung Rassismus und Antisemitismus offensichtlich keine notwendigen Kriterien sind, heißt es doch wenig später: „Alle faschistischen Parteien weisen ferner einen dezidierten und kompromißlosen Vernichtungswillen gegenüber politischen Gegnern und – teilweise willkürlich ausgewählten – Minderheiten auf.“ (S. 199). Andererseits sei die „Umsetzung des ideologischen Ziels“ wiederum als „singuläres Kennzeichen“ des Nationalsozialismus zu werten (S. 200).

Gattungsbegriff „Faschismus“.⁴⁸⁸ Am konsequentesten hat dagegen in neuerer Zeit Ernst Nolte diesen Widerspruch im Rahmen seiner Faschismustheorie aufzulösen versucht. Zugleich beseitigte er damit eine Spannung, die bereits in seinen frühen Schriften angelegt, wenn auch nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Diese Spannung besteht eben in der Verhältnisbestimmung von Faschismus, „Antimarxismus“ und Antisemitismus.⁴⁸⁹

Im „Faschismus in seiner Epoche“ hatte sich Nolte hierzu nur vage und unbestimmt, teilweise auch widersprüchlich geäußert. Bekanntlich sah er im Hitlerschen Nationalsozialismus den obersten „Pol“ des Gattungsbegriffs, einen „Radikalfaschismus“, der insbesondere durch die rassenideologische Komponente gekennzeichnet war.⁴⁹⁰ Dementsprechend charakterisierte er Hitler über viele Seiten hinweg in der angemessenen Deutlichkeit als rassistischen Antisemiten, wobei er mehr als einmal betonte, daß sich Hitler im inneren Wesen gleich geblieben sei.⁴⁹¹ In „Hauptintention und Grundcharakter“ habe Hitler allerdings Mussolini geglichen: „beide betreiben den Vernichtungskampf gegen den Marxismus unter Übernahme und in charakteristischer Abwandlung von dessen Methoden.“⁴⁹² Wenn Nolte aber das Denken Mussolinis und den italienischen Realtyp untersuchte, so kam er zu dem verallgemeinernden Ergebnis, daß „Judentum und Nationalfaschismus [...] einander nicht unter allen Umständen feindlich sein“ mußten.⁴⁹³ Konsequenterweise betrachtete Nolte den Antisemitismus denn auch nicht als geeignet, „das Kriterium des Begriffs Faschismus zu bilden“.⁴⁹⁴ An anderer Stelle aber hieß es, zumindest die „potentielle Existenz“ des Antisemitismus fehle in keinem Faschismus, wenn auch über Hitler niemand hinausgegangen sei: „Ihm war es vorbehalten, ‚alle‘ Klassenkämpfe und alle ‚naturwidrigen‘ Auseinandersetzungen der Weltgeschichte auf die Juden zurückzuführen.“⁴⁹⁵

Solche unklaren Wendungen deuteten immerhin vage an, wie die „phänomenologische“ Faschismustheorie das Verhältnis zwischen dem entscheidenden, den Begriff konstituierenden Merkmal des Antimarxismus und dem nationalsozialistischen Antisemitismus zu klären in der Lage sein würde. Bereits damals konnten sie vermuten lassen, der Rassenantisemitismus werde als ein Derivat des Antimarxismus und als sei-

⁴⁸⁸ Karl Dietrich Bracher, *Kritische Betrachtungen zum Faschismusbegriff* (zuerst 1974), in: Ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, S. 13–33, hier v.a. S. 30f.; Ders., *Tradition und Revolution im Nationalsozialismus* (zuerst 1976), in: ebd., S. 63–79, hier S. 77: „Auch das zeigt die Grenzen einer allgemeinen Faschismustheorie auf, in die ausgerechnet der mächtigste ‚Fall‘, der Nationalsozialismus, nicht paßt.“ Vgl. auch Karl Dietrich Bracher, *Nationalsozialismus, Faschismus, Totalitarismus. Die deutsche Diktatur im Macht- und Ideologiefeld des 20. Jahrhunderts*, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft* (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 23), Düsseldorf 1992, S. 566–590, hier v.a. S. 567f. u. 583f. Bracher befürchtet insbesondere die Unterschätzung und tendenzielle Verharmlosung des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus sowie die Tabuisierung des Totalitarismusbegriffs. Zur Diskussion vgl. auch Gerhard Schulz, *Faschismus – Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922–1972*, Berlin u. Wien 1974.

⁴⁸⁹ Bereits Thomas Nipperdey stellte 1970 in seiner Besprechung des Nolteschen Werkes lakonisch fest: „Die Funktion des Antisemitismus für den Antimarxismus wird nicht analysiert.“ Thomas Nipperdey, *Der Faschismus in seiner Epoche. Zu den Werken von Ernst Nolte zum Faschismus*, in: *Historische Zeitschrift* 210 (1970), S. 620–638, hier S. 630.

⁴⁹⁰ Nolte, *Faschismus in seiner Epoche*, S. 48f.

⁴⁹¹ Ebd., S. 389f., 405ff., 502ff.

⁴⁹² Ebd., S. 449.

⁴⁹³ Ebd., S. 293.

⁴⁹⁴ Ebd., S. 51.

⁴⁹⁵ Ebd., S. 49.

ne radikalste Ausformung zugleich verstanden. Eine systematische Entfaltung dieser Idee erfolgte freilich 1963 noch nicht. Nolte mag dies damals nicht für notwendig gehalten haben, wußte er doch Begriff und Sache des Antisemitismus in seinem außerordentlich weiten Verständnis von „Antimarxismus“ aufgehoben. Wenn nämlich der Marxismus, wie Nolte betonte, von seinen Gegnern als der „radikalste Sproß“ des 1789 in die Welt gekommenen revolutionären Prinzips betrachtet wurde, so mußte „Antimarxismus“ tatsächlich die „kategorische und umfassende Verneinung“ der Französischen Revolution bedeuten. Eben dies sei auch der Grund dafür, daß Maurras in die „Epoche des Faschismus“ mit einbezogen werden *mußte*. Denn wie kein anderer habe Maurras – dessen Hauptfeind zeitlebens „der Jude“ blieb – „den ganzen Strom des gegenrevolutionären Denkens seit 1789 in sich aufgenommen, verwandelt und [...] neugeformt“. Erst durch seine Einbeziehung werde klar, „daß der Begriff ‚Antimarxismus‘ in einem sehr weiten Sinne verstanden werden muß“.⁴⁹⁶ In diesem Begriff des Antimarxismus sind Rassismus und Antisemitismus als spezifische Elemente gegenrevolutionärer Ideologie dialektisch aufgehoben. Tatsächlich meint „Antimarxismus“ in Noltens „Faschismus in seiner Epoche“ zugleich auch *Gegenaufklärung und Antiliberalismus*, in seiner schemenhaften Umrißhaftigkeit stellt er einen begrifflichen Gegenpol zu dem ebenfalls nur vage definierten „Liberalen System“ dar. Und innerhalb der Gesamtkonstruktion des „Faschismus in seiner Epoche“ meinte „Antimarxismus“ auf der „binnenpolitischen“ Ebene das gleiche wie „Widerstand gegen die praktische Transzendenz“ auf der „transpolitischen“ Ebene.⁴⁹⁷

Ob freilich solche Terminologie einer „philosophischen Geschichtsschreibung“ für die vergleichende Erfassung konkret-historischer Entwicklungen tatsächlich geeignet sei, ist eine Frage, die sich unmittelbar aufdrängt.⁴⁹⁸ Und es ist kein Zufall, daß Nolte selbst in der Folgezeit nicht umhin kam, den weiterhin konstitutiven Begriff des „Antimarxismus“ Schritt für Schritt einzuengen und damit zu präzisieren. Diese Präzisierung erfolgte zumeist dann, wenn die Kategorien und Begriffe der philosophischen Geschichtsschreibung auf konkrete historische Gegenstände appliziert wurden und Nolte den Weg der Empirie beschritt. Bereits in seinem 1966 erstmals erschienenen Buch über die „Krise des Liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen“ drückte er sich eindeutiger aus. Als entscheidender feindlicher Bezugspunkt des Faschismus erschien nun der *Bolschewismus*. Zwar könne der Faschismus nicht als bloßer Antibolschewismus charakterisiert werden, da er ja „stets allem anderen zuvor ein Antimarxismus sein will“. Indem Nolte aber die Ableitung des Bolschewismus aus dem Marxismus als „zwingend“ erscheint, erhält der Antimarxismus- und damit auch der Faschismus-Begriff gleichsam eine antibolschewistische Substanz.⁴⁹⁹ Klarer noch formulierte es Nolte 1973, wenn er im Faschismus und seinem Antimarxismus eine

⁴⁹⁶ Ebd., S. 61f. Maurras erscheint so gewissermaßen als das „missing link“, das die ausgeformten Realtypen des Faschismus mit den tiefen Dimensionen der „phänomenologischen“ Faschismustheorie verbindet. An anderer Stelle spricht Nolte von Maurras als „Hauptschöpfer einer ebenso nationalistischen wie antisemitischen und antimarxistischen Ideologie“. Nolte, *Marxismus und Nationalsozialismus*, S. 408.

⁴⁹⁷ Zur „transpolitischen“, eigentlich philosophischen Deutung des Faschismus Nolte, *Faschismus in seiner Epoche*, S. 515f.

⁴⁹⁸ Vgl. Ernst Nolte, *Philosophische Geschichtsschreibung heute?*, in: *Historische Zeitschrift* 242 (1986), S. 265–289, wo er im Rahmen seiner Theorie des Widerstandes gegen die praktische Transzendenz erneut auf seinen älteren Begriff des „Antimarxismus“ zurückgreift.

⁴⁹⁹ Nolte, *Krise*, S. 11. („Es gibt keinen Faschismus ohne die Herausforderung des Bolschewismus.“)

„spezifische Reaktion“ sah, die „sich ausdrücklich auf den zentralen Gedanken, den zentralen Willen und die zentrale Perspektive eines *aus der Wirklichkeit des Bolschewismus verstandenen* Marxismus bezog.“⁵⁰⁰ Nolte engte damit den Begriff des Antimarxismus deutlich auf seine Bedeutung als Antibolschewismus/Antikommunismus ein, bis er 1987 „die von Furcht und Haß erfüllte *Beziehung zum Kommunismus*“ als „die bewegende Mitte von Hitlers Empfindungen und von Hitlers Ideologie“ interpretierte.⁵⁰¹ Hinter dieser als epochal gedeuteten geschichtlichen Bewegung, die der untrennbare Zusammenhang von bolschewistischer Herausforderung und „überschießender“ nationalsozialistischer Reaktion freigesetzt habe, verblaßte Noltes ursprünglicher Begriff des Antimarxismus zum bloßen Horizont:⁵⁰² *Antimarxismus* bedeutete nunmehr unzweideutig *Antibolschewismus*. Damit hatte Nolte eine Spannung aufgelöst, die er 1963 noch bestehen gelassen hatte, wenn er nämlich die begriffliche Beschränkung auf „Antikommunismus“ als „ganz unpräzise“ verwarf, obwohl doch eine Definition, die „dieses fundamentale Merkmal“ nicht genügend betonte, „offenkundig irreführend“ wäre.⁵⁰³

Aber die Auflösung der Spannungen, die die extreme Weitung des Antimarxismus-Begriffs nach sich gezogen hatte, erforderte auch eine präzisere Bestimmung des Verhältnisses von Faschismus/Nationalsozialismus und Antisemitismus. Nolte trug dem Rechnung, wenn er auch in dieser Hinsicht präziserte, was der „Faschismus in seiner Epoche“ angedeutet hatte: Italienischer Faschismus und Nationalsozialismus, so schrieb er 1973, trachteten beide nach der Vernichtung des Marxismus durch „die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden“. Der Unterschied habe nur „in Art und Grad der Verwirklichung“ bestanden: Denn Hitler habe früh die „Extermination der angeblichen Ursache des Marxismus, nämlich des Judentums“ postuliert.⁵⁰⁴ Dieser Satz nimmt die umstrittenen Thesen von Noltes späteren Schriften bereits vorweg: „Der Antisemitismus [...] war eine Interpretation, ein Schlüssel [...], der die Entfaltung einer fanatischen Gegenleidenschaft möglich machte, die Mussolini immer fern blieb. Als Antibolschewismus und als Antimarxismus gehört der Nationalsozialismus zum Typus der faschistischen Bewegungen; als Lehre von den Juden als den universal Schuldigen stellt er die radikalste Erscheinungsform dieses Typus dar, d.h. er ist Radikalfaschismus.“⁵⁰⁵ Für Nolte ist es „unbestreitbar, daß der nationalsozialistische Antisemitismus eine außerordentliche Verengung und Zuspitzung des Antibolschewismus und erst recht des Antimarxismus darstellte, weil er weit mehr den Charakter der Interpretation als denjenigen der Erfahrung besaß. Er gehört daher nur als eine besondere Art zur Gattung des Antibolschewismus.“⁵⁰⁶ Dies ist die Präzisierung der „phänomenologischen“ Faschismustheorie, die zur These vom „kausalen Nexus“ zwischen Archipel Gulag und Auschwitz und zum sog. „Historikerstreit“ führte.⁵⁰⁷

⁵⁰⁰ Nolte, Kapitalismus, Marxismus, Faschismus, S. 109. Hervorhebung von mir.

⁵⁰¹ Nolte, Bürgerkrieg, S. 16. Hervorhebung von mir.

⁵⁰² Siehe etwa ebd., S. 35f.

⁵⁰³ Nolte, Faschismus in seiner Epoche, S. 51.

⁵⁰⁴ Nolte, Kapitalismus, Marxismus, Faschismus, S. 109.

⁵⁰⁵ Nolte, Bürgerkrieg, S. 120f.

⁵⁰⁶ Ebd., S. 507.

⁵⁰⁷ Die These vom „kausalen Nexus“ bei Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 39–47, hier S. 45.

Mit der funktionalen Unterordnung des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus unter den Antibolschewismus, die er seit den 1980er Jahren immer strikter durchführte und die im Rassenantisemitismus nur die akzidentielle Interpretation der antibolschewistischen Substanz gelten lassen wollte,⁵⁰⁸ löste Nolte eine in seiner Faschismustheorie angelegte Aporie auf: Denn *entweder* bildete der Antisemitismus tatsächlich eine bloße Funktion des wie auch immer verstandenen genuinen Antimarxismus; *oder* der Rassenantisemitismus war der tatsächlich irreduzible ideologische Kern des radikalfaschistischen Nationalsozialismus und nicht der Antimarxismus. Dann aber träfe Noltens Definition des Faschismus auf den Nationalsozialismus nicht zu, und die phänomenologische Faschismustheorie wäre *falsifiziert*. Pointiert formuliert, könnte man Nolte daher vielleicht als Gefangenen seiner Faschismustheorie charakterisieren, wobei er freilich durch die gewaltsame Auflösung ihrer Widersprüche die Grenzen ihrer Erklärungskraft überschritt und sie damit insgesamt zu entwerten drohte.⁵⁰⁹ Zugleich sind damit auch die Grenzen „philosophischer Geschichtsschreibung“ markiert.

Denn wie die hier und anderswo vorgelegten Forschungen unzweifelhaft zeigen, läßt sich die Subsumtion des völkischen Antisemitismus unter einen vorgeblich primären Antibolschewismus empirisch nicht halten. Schon mit Bezug auf die persönliche Biographie Hitlers kommt diese These in Beweisnot.⁵¹⁰ Und richtet man den Blick auf das gesamte Spektrum des völkisch-antisemitischen Denkens zu Beginn der Weimarer Republik, so wird offenkundig, daß es sich um eine eigenständige Ideologie handelte, deren Wurzeln älter als der Bolschewismus waren, unabhängig von ihm bestanden und die einen primär *antiliberalen* Kern besaß.⁵¹¹ Damit wird auch deutlich, daß die historisch-genetische Etappenfolge, die Nolte zwischen Liberalem System, Marxismus/Kommunismus und Faschismus entfaltet, auf den völkischen Rassenantisemitismus nicht zutrifft. Zwar hatten beide Ideologien das Liberale System zweifellos zur Voraussetzung, aber im Sinne eines *gleichzeitigen* und nicht in den Kategorien

⁵⁰⁸ „[...] Interpretation, die sich sozusagen um den Kern herumschließt.“ Nolte, Bürgerkrieg, S. 119. Pohlmann, Ideologie, S. 286, hat sich Noltens Interpretation in wesentlichen Zügen angeschlossen, wenn er davon spricht, daß „freilich nur der nationalsozialistische Radikalfaschismus den Antibolschewismus zur strukturierenden Determinante eines *totalitären ideologischen Systems* erhoben [hat], in welches traditionelle Idiologeme [sic!] des Rassismus, Antisemitismus und Kulturpessimismus eingeschmolzen und durch ihren Bezug auf den Hauptgegner in charakteristischer Weise umgeformt werden.“

⁵⁰⁹ Nur am Rande sei darauf hingewiesen, daß sich sogar in den allerjüngsten Äußerungen Noltens, in denen er mit „Revisionisten“ wie Udo Walendy und Fred Leuchter, die die historische Existenz der Gaskammern in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern leugnen, zumindest kokettiert, noch eine durch seinen faschismustheoretischen Ansatz begründete Logik erkennen läßt. Wenn nämlich Auschwitz durch die „Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten [Vernichtungs-]Methoden“ des radikalfaschistischen „Antimarxismus“ der Nationalsozialisten erklärbar sein soll, so mußte Nolte doch zunächst die „alleinige Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung“ als Differenz gelten lassen. Siehe Vergangenheit, die nicht vergehen will, S. 45. Gelänge es jedoch, die Historizität dieses „technischen Vorgangs“ durch revisionistische „Forschung“ zu erschüttern, so wäre auch die Theorie ein weiteres Mal gestärkt. Siehe „Ein historisches Recht Hitlers?“ Interview mit Ernst Nolte in: Der Spiegel Nr. 40, 3.10.1994, S. 83–103, hier S. 85–87.

⁵¹⁰ Vgl. etwa Nolte, Bürgerkrieg, S. 120: Die „eigentliche und am meisten bewegende“ Erfahrung Hitlers sei höchstens „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ die Erfahrung des Bolschewismus gewesen.

⁵¹¹ Vgl. das neue Vorwort von George L. Mosse in Ders., Völkische Revolution, S. VII, der zu Recht auf die erstaunliche Tatsache hinweist, „daß im Verlauf jenes ‚Historikerstreits‘ das völkische Erbe kaum erwähnt wurde.“

von Herausforderung und spezifischer Reaktion sich vollziehenden radikalen Protests.

Da aber der völkische Rassenantisemitismus wie oben gezeigt auch von der typologisch verfahrenen Faschismustheorie nicht adäquat erfaßt werden kann, sollte er ebensowenig wie der Nationalsozialismus als „Faschismus“, „deutscher Faschismus“ oder „Radikalfaschismus“ bezeichnet werden. Zumindest gilt dies, wenn man daran festhält, daß der Rassenantisemitismus für den Nationalsozialismus eben der irreduzible und singuläre Wesenskern war, wie er sich letztlich im Holocaust offenbarte. Statt dessen sollten Rassenantisemitismus und Faschismus als analytisch streng zu unterscheidende, distinkte Potentiale begriffen werden, wobei es sich bei ersterem um das historisch ungleich ältere handelt. Der völkische Antisemitismus hätte dann mit dem Faschismus eher wenig zu tun, mit den spezifischen Verhältnissen in Mittel- und Osteuropa jedoch sehr viel.⁵¹² Daß sich beides miteinander verband und zusammen eine um so zerstörerischere Dynamik gewann, ist damit freilich keineswegs ausgeschlossen. Während der zwanziger Jahre ließ sich diese Instrumentalisierung des faschistischen Potentials durch die Völkischen im begrenzten Rahmen nachweisen;⁵¹³ ab 1928 erfolgte sie auch in Berlin auf breiter Front durch die Nationalsozialisten.⁵¹⁴ In Deutschland hätte dann schließlich der genuin völkische und rassenantisemitische Nationalsozialismus das faschistische Potential im oben beschriebenen Sinn – wie es z.B. auch im Stahlhelm oder in Teilen der DNVP existierte – in sich aufgenommen und für die „Machtergreifung“ instrumentalisiert.⁵¹⁵ Daß im übrigen eine solche Amalgamierung von Antisemitismus und Faschismus kein notwendiger Vorgang war, zeigt einmal mehr der Blick auf Frankreich. Seit Mitte der dreißiger Jahre erfolgte hier eine immense antisemitische Welle von großer verbaler, z.T. auch physischer Gewalttätigkeit. Doch ihre Träger waren nicht identisch mit den „faschistischen“ Massenbewegungen wie *Jeunesses Patriotes*, *Croix de feu* und P.P.F. Der militante Antisemitismus der dreißiger Jahre speiste sich in Frankreich vielmehr aus der radikalisierten und säkularisierten katholisch-gegenrevolutionären Tradition. Insbesondere diejenigen früheren Anhänger der *Action française*, die Jung-Maurassianer gewissermaßen, denen der royalistische Intellektualismus der *Action française* zunehmend antiquiert erschien, zeichneten sich durch einen besonders radikalen Antisemitismus aus. Aber eine Verbindung zwischen antisemitischem und faschistischem Potential erfolgte lediglich im Rahmen kleiner Splittergruppen.⁵¹⁶ Eine wirkliche Massenbewegung, die sowohl antisemitisch als auch faschistisch im beschriebenen Sinn gewesen wäre, hat es in Frankreich ebensowenig wie in Italien gegeben. Sie blieb der singuläre deutsche Fall.

Aus dem bisher Ausgeführten dürfte deutlich geworden sein, daß die faschistische Bewegung die Kriterien der totalitären Bewegung nur teilweise erfüllte. Insbesondere das für die totalitäre Bewegung konstitutive Merkmal der Ideologie war, wie oben am Beispiel der *Jeunesses Patriotes*, des *Faisceau* und der *Croix de feu* gezeigt wurde,⁵¹⁷ bei ihnen nur unvollständig ausgeprägt. Sie verfügten über kein kohärentes ideologisches Orientierungssystem, das Geschichte, Gegenwart und Zukunft gleichermaßen er-

⁵¹² Vgl. Mosse, *General Theory of Fascism*, S. 32.

⁵¹³ Siehe oben, S. 314ff.

⁵¹⁴ Siehe dazu oben, S. 462ff.

⁵¹⁵ Vgl. ähnlich Arendt, *Elemente und Ursprünge*, S. 411.

⁵¹⁶ Siehe oben, S. 504f.

⁵¹⁷ Siehe oben, S. 288f., 291f. u. 484ff.

klärte, und ihnen fehlte der Wille, die bestehende Gesellschaftsformation radikal, gemäß einem „bis in die Metaphysik hinein“ fundierten neuen Wertesystem zu verändern. Dementsprechend sollte der hier entfaltete Faschismus-Begriff gewissermaßen nur als „halb-totalitär“ bezeichnet und vom Typus der totalitären Bewegung streng unterschieden werden. Erst das Merkmal der Ideologie konstituiert den Typus vollständig.

Neben der kommunistischen bliebe als voll ausgeprägte totalitäre Bewegung dann nur noch die nationalsozialistische übrig, die – eben ausgehend von der völkisch-antisemitischen Ideologie – das Faschismuspotential in sich aufnahm, es ideologisierte und zu einer totalitären Bewegung „neuen Typs“ schmiedete. Der essentielle Unterschied zwischen deutschem und französischem Rechtsextremismus muß daher im Merkmal der (verschwörungstheoretisch fundierten) Ideologie gesehen werden. So verfolgte etwa Alfred Rosenberg im Jahre 1926 die Bestrebungen des *Faisceau* durchaus mit Sympathie, in dessen Lehre er „verblüffende Ähnlichkeiten“ mit der nationalsozialistischen Weltanschauung erkannte. „Aber eines fehlt dem französischen Faschismus: das Wort vom jüdischen Finanzkapital und vom jüdisch geleiteten Marxismus kommt ihm nicht über die Lippen.“ Unter diesen Umständen könnten aber auch „das Wesen und die letzten Ursachen“ durch den französischen Faschismus nicht erforscht werden.⁵¹⁸

Zwar entstand zuerst in Italien der Totalitarismusbegriff, und er meinte zunächst den italienischen Faschismus.⁵¹⁹ Wenn wir gleichwohl für eine kategoriale Unterscheidung zwischen Faschismus und totalitärem Rassenantisemitismus (und damit Nationalsozialismus) plädieren, so knüpft dies u.a. an eine schon bei Hannah Arendt ausgeprägte Tendenz an, gerade unter totalitarismustheoretischen Gesichtspunkten zwischen (italienischem) Faschismus und Nationalsozialismus zu differenzieren.⁵²⁰ In Italien ist sie vor allem von Augusto Del Noce und Renzo de Felice aufgenommen worden, die beide darauf insistierten, daß der italienische Faschismus in entscheidenden Merkmalen, insbesondere aufgrund der fehlenden Rassenideologie, nicht totalitär gewesen sei.⁵²¹ Auch Jonathan Steinberg kam aufgrund seiner Untersuchungen über den italienischen Widerstand gegen den Holocaust im zweiten Weltkrieg zu dem Ergebnis: „NS-Deutschland war ein ernsthaft totalitärer Staat, das faschistische Italien eine Fassade.“⁵²² Die Notwendigkeit, darüber hinaus zwischen einem generischen Fa-

⁵¹⁸ Alfred Rosenberg, Nationalsozialistische Bestrebungen in Frankreich?, *Völkischer Beobachter*, 25.2.1926, in: Alfred Rosenberg, *Kampf um die Macht. Aufsätze von 1921–1932*, 7. Aufl. München 1939, S. 395f.

⁵¹⁹ Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Manfred Funke (Hrsg.), *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978, S. 105–128.

⁵²⁰ Siehe v.a. Arendt, *Elemente und Ursprünge*, S. 410–413.

⁵²¹ Neben dem ideologischen Merkmal des fehlenden Rassenantisemitismus wurde insbesondere auf das unterscheidende Merkmal der Partei hingewiesen, da sich in Italien die faschistische Partei anders als die NSDAP dem Staat unterordnete und nicht umgekehrt. Renzo De Felice, *Der Faschismus. Ein Interview*, Stuttgart 1977 (zuerst italienisch 1975), v.a. S. 73f., 91f.; Ders., *Interpretations of Fascism*, Cambridge/Mass. 1977 (zuerst italienisch 1970), S. 11. Vgl. den – kritisch akzentuierten – Überblick von Meir Michaelis, Anmerkungen zum italienischen Totalitarismusbegriff. Zur Kritik der Thesen Hannah Arendts und Renzo de Felices, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 62 (1982), S. 270–302, hier v.a. 272ff. (zu Hannah Arendt), S. 278f. (zu Augusto del Noce), S. 280–292 (zu De Felice). Vgl. auch Stefan Breuer, *Faschismus in Italien und Deutschland. Gesichtspunkte zum Vergleich*, in: *Leviathan* 11 (1983), S. 28–54.

⁵²² Steinberg, *Deutsche*, S. 306f. (das Zitat S.307).

schismusbegriff und dem NS-typischen Rassismus begrifflich und sachlich zu unterscheiden, ist auf neue Weise durch den in dieser Arbeit durchgeführten deutsch-französischen Vergleich bestätigt worden.⁵²³ Neben dem Bolschewismus verfügte schließlich allein der Nationalsozialismus über eine umfassende, auf angeblichen „Gesetzen“ beruhende Ideologie, die er dem in Deutschland besonders starken und ideologisch verselbständigtem Kommunismus als „Gegenideologie“ entgegenstellte. Eben dies machte seine totalitäre Differenz zu den faschistischen Bewegungen aus.

⁵²³ Vgl. auch Zeev Sternhells Auffassung in *Le Monde*, 14.1.1983, *Le fascisme et la France* (Interview mit Sternhell).

Elftes Kapitel

Politische Gewalt und die Konfrontation der Extremismen

I. Kommunistischer „Antifaschismus“

1. „Antifaschismus“ und Radikalisierung in den zwanziger Jahren

Was von den deutsch-völkischen sowie den französischen „faschistischen“ Gruppierungen gesagt wurde – daß sie nämlich der Perhorreszierung des „Feindes“ zur Selbstvergewisserung und Identitätssicherung der Eigengruppe stets bedurften – gilt umgekehrt in gleichem Maße für die kommunistische Bewegung selbst. Es ist leicht einzusehen, daß die „faschistische“ Bedrohung ihrerseits der kommunistischen Grundauffassung starken Auftrieb gab, sich im Stande der Notwehr gegen ein Gewaltregime zu befinden. Sofern sich dieses Bewußtsein durch konkrete „antifaschistische“ Erfahrungen bestätigen ließ, erhöhte es auch die kommunistischen Mobilisierungschancen. Wirtschafts- und Finanzkrise, Erstarken rechtsnationaler Verbände und kommunistischer Antifaschismus wirkten in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre zusammen, um in Deutschland wie in Frankreich die innenpolitische Lage zu destabilisieren.

Im folgenden geht es zunächst darum, das Phänomen des „Antifaschismus“ gewissermaßen zu historisieren, das heißt nach seinen zeitbedingten ideologischen, politischen und sozialen Strukturbedingungen zu fragen sowie seine spezifische Funktion und Wirkung herauszuarbeiten. Gerade der Vergleich zeigt dabei, daß es nicht ausreicht, die kommunistische Perzeption des „Faschismus“ als eine primär theoretische Angelegenheit zu betrachten. Denn die handelnden Akteure waren einem konkreten politisch-sozialen Raum verhaftet, in unserem Fall den beiden metropolitanen Großräumen. Die je länger desto mehr von der Komintern diktierten theoretischen Konzepte und taktischen Maßregeln mußten gleichwohl in diesem vorgegebenen Rahmen appliziert werden. Der hier gegebene Erfahrungshorizont determinierte daher die kommunistische Aktion zumindest ebenso wie die sich wandelnden Prämissen kommunistischer Faschismustheorie. Mithin ist die Interdependenz zwischen Faschismustheorie und alltagspolitischer Erfahrung ein wesentliches Element für die historische Rekonstruktion des kommunistischen Antifaschismus.

In der westlichen Forschung wurde der kommunistische Antifaschismus meist im Prisma der innerkommunistischen Diskussion über faschistische Bewegungen und der sich hieraus ergebenden Faschismustheorien untersucht. Bei allen Differenzen im einzelnen wurde hier ein gewisser ideologiekritischer Konsens deutlich, der auf die mangelnde Fähigkeit der Kommunisten hinwies, zwischen Kapitalismus, Sozialdemo-

kratie und Faschismus zu unterscheiden.¹ Hingegen stammt der Großteil des Schrifttums, das sich explizit mit dem Antifaschismus der KPD beschäftigt, aus der Feder von Autoren der ehemaligen DDR. Trotz wichtiger Einzelbeobachtungen und ihrem teilweise bestehenden Materialreichtum werden diese Arbeiten doch durch ihre Parteilichkeit beeinträchtigt. Nicht als historischer Gegenstand aus eigenem Recht, sondern als identitätsstiftendes Instrument des DDR-Staats, wurde kommunistischer „Antifaschismus“ in weit überproportionaler Weise hervorgehoben, heroisiert und als einzig legitimer und wahrhafter Gegenpol zum Nationalsozialismus ideologisiert. Als Antithese zum Nationalsozialismus erhielt die KPD eine scheinbare freiheitlich-demokratische Legitimität, die sie faktisch entbehrte.² Der genuin antidemokratische Charakter des KPD-Antifaschismus blieb dabei ebenso ausgeblendet wie die tatsächliche Unterschätzung des Nationalsozialismus, die insbesondere aus der „Sozialfaschismus“-These resultierte.³

Nach dem Aufstieg und der Machteroberung Mussolinis im Oktober 1922 interpretierten die Kommunisten zunächst die in Deutschland und Frankreich entstehenden rechtsextremen Bewegungen als genuinen Faschismus. Insbesondere Clara Zetkin, die dem Anfang 1923 in Berlin ins Leben gerufenen „Komitee zum Kampf gegen den Faschismus“ vorstand, beschäftigte sich mit entsprechenden deutschen Phäno-

¹ Siehe insbesondere Theo Pirker (Hrsg.), *Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus*, Stuttgart 1965, dort die Einleitung des Herausgebers, S. 55f. u. 61ff.; Karl-Egon Lönne, *Faschismus als Herausforderung. Die Auseinandersetzung der „Roten Fahne“ und des „Vorwärts“ mit dem italienischen Faschismus 1920–1933*, Köln u. Wien 1981, v.a. S. 107ff. u. 130ff.; Josef Spiegel, *Die Faschismuskonzeption der KPD 1929–1933. Eine Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Presse*, Münster 1986; Luks, *Entstehung, der den relativen Pluralismus der innerkommunistischen Faschismuskonzeption bis 1928 betont. Eine Diskussion neuerer Forschungsergebnisse sowohl westlicher als auch Autoren der damaligen DDR bietet der Tagungsband von Helga Grebing u. Klaus Kinner (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung*, Essen 1990, hier v.a. der Abschnitt II über „Kommunistische Faschismus-Interpretationen“, S. 59ff. Vgl. auch den vergleichenden Versuch von Larry Ceplair, *Under the Shadow of War. Fascism, Anti-Fascism, and Marxists, 1918–1939*, New York 1987.

² Vgl. z.B. Heinz Karl u. Erika Kücklich, *Zum Kampf der KPD für die antifaschistische Einheitsfront im Bezirk Berlin-Brandenburg im Frühjahr 1932*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 5 (1963), S. 861–880, hier S. 861 u. 880; *Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933*, hrsg. v. Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin (Ost) 1965, S. 14' u. 25'; Edgar Dochler, *Zur Rolle des wehrhaften antifaschistischen Kampfes in der Politik der KPD (1929–1933)*, in: *Militärgeschichte* 17 (1978), S. 534–541.

³ Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Aufsatz von Kurt Finker, *KPD und Antifaschismus 1929 bis 1934*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 41 (1993), S. 385–398. Finker kritisiert die „Sozialfaschismus“-These der KPD und sieht in dem „sektiererisch-ultralinken Antifaschismus-Konzept der KPD, das in der DDR-Geschichtsschreibung unzureichend analysiert und unkritisch bewertet wurde“, einen der Keime für den Zusammenbruch der DDR (S. 385). Allerdings erfolgt diese retrospektive Kritik ohne jeglichen Hinweis auf die bereits vorliegenden Forschungen zum Thema „Sozialfaschismus“. Neben den bereits in Anm. 1 genannten Arbeiten siehe v.a. die Beiträge von Siegfried Bahne, „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History* 10 (1965), S. 211–245, und Hermann Weber, *Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933*, Düsseldorf 1982. Darüber hinaus ist auch Finkers Auffassung, die KPD habe die NSDAP tatsächlich entschiedener bekämpft als die SPD (S. 385 u. 395), im Lichte der neueren Forschung nicht haltbar. Auf andere Weise ähnlich problematisch der Beitrag von Andreas Dorpalen, *SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 77–107, der gleichsam eine Äquidistanz beider Arbeiterparteien zum historisch wünschbaren stärkeren „Aktivismus“ konstruiert. Vgl. insgesamt v.a. Wolfram Pyta, *Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1989.

menen. Neben dem italienischen Faschismus bildete damals bereits die NSDAP den hauptsächlichen Gegenstand der kommunistischen Analyse, die aber in Berlin noch keine Rolle spielte. Allerdings waren auch minder bedeutende Phänomene in Berlin wie Orgesch und „Bund für Freiheit und Ordnung“ konstitutiv für den frühen KPD-Antifaschismus. Dabei ging es freilich weniger um die theoretische Auseinandersetzung, die in den frühen zwanziger Jahren auch innerhalb der Komintern durchaus noch pluralistische Züge aufwies, als um die erwähnte Identitätssicherung im Sinne des Freund-Feind-Denkens, die nur im konkreten regionalen Raum erfolgen konnte. Denn im Erstehen des Faschismus schien die marxistisch-leninistische Dialektik, die zur siegreichen proletarischen Revolution führen würde, auf eine höhere Stufe gestellt zu werden und sich endgültig zu erfüllen. Der Kommunismus, so ließe sich pointieren, brauchte den Faschismus, um sich seiner selbst, seiner Methoden und seiner Ziele zu vergewissern. „Der Faschismus ist die Kraft, die Böses will und Gutes schafft“, so umschrieb etwa Hermann Remmele diese Einstellung. „Und in der Tat, wenn der Faschismus noch nicht da wäre, müßte er erfunden werden, um das Proletariat zu lehren, daß nur der bewaffnete Kampf die bewaffnete Konterrevolution überwinden kann. Lernen wir aus dem Kampfe gegen den Faschismus die Kampfmittel und Kampfmethoden, die letzten Endes die Mittel und die Methoden sind, mit denen das Proletariat seinen Befreiungskampf zum Siege tragen wird.“⁴

Die kommunistische Aktion gegen den „Faschismus“ folgte im wesentlichen zwei Grundmustern, die schon im Juni 1923 von Clara Zetkin vor dem erweiterten Plenum des EKKI vorgezeichnet worden waren. Zum einen ging es um den politisch-ideologischen Kampf, das heißt um die breitest mögliche Mobilisierung der Massen durch Agitation und Propaganda: „Wir müssen danach trachten“, so resümierte Clara Zetkin, „daß wir die sozialen Schichten, die jetzt dem Faschismus verfallen, entweder unserem Kampfe eingliedern oder sie zum mindesten für den Kampf neutralisieren [...]. Was not tut, ist, daß wir unsere Methoden der Agitation und Propaganda wie unsere Literatur entsprechend den neuen Aufgaben gestalten [...]. Wenn jene neuen Massen, um die wir werben müssen, nicht zu uns kommen, müssen wir sie aufsuchen, müssen mit ihnen in einer Sprache sprechen, die ihrer Einstellung entspricht, ohne daß wir dabei das Geringste von unserer kommunistischen Auffassung preisgeben. Wir brauchen eine besondere Literatur für die Beamten, Angestellten, Klein- und Mittelbürger jeder Art und wieder eine eigene Literatur für die Arbeit unter den Intellektuellen.“⁵ Zum anderen aber hatte neben die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit der „wehrhafte“ Kampf gegen den Faschismus zu treten, der auch gewaltsame Aktionen umfaßte. Zetkins Aufruf verlieh jenem erwähnten kommunistischen Grundempfinden Ausdruck, sich in einer existentiellen Bedrohungssituation zu befinden und zur Notwehr berechtigt zu sein: „Uns muß [...] bewußt bleiben, daß die ideologische und politische Überwindung des Faschismus allein nicht genügt, um das kämpfende Proletariat vor der Gewalt und Tücke dieses Feindes (i.e. des Faschismus, A.W.) zu schützen. Das Proletariat steht augenblicklich dem Faschismus gegenüber

⁴ Protokoll des Fünften Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 773.

⁵ Vgl. Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin (Ost) 1960, S. 689–729, hier: S. 723 u. 726. Vgl. die ähnliche Analyse von Racamond auf dem C.G.T.U.-Kongreß von Paris im August 1925. Confédération Générale du Travail Unitaire, Congrès National ordinaire, 3e Congrès de la C.G.T.U., Paris, 26 au 31 Août 1925, Paris 1925, S. 82ff.

unter dem Zwang der Notwehr. Sein Selbstschutz, seine Selbstverteidigung gegen den faschistischen Terror darf nicht eine Sekunde vernachlässigt werden [...]. Gewalt gegen Gewalt! Nicht etwa Gewalt als individueller Terror – das bliebe erfolglos. Aber Gewalt als die Macht des revolutionären organisierten proletarischen Klassenkampfes.“⁶

In dem Maße, wie die Kommunisten im „Faschismus“ einen „Feind“ erblickten, der mit „Gewalt und Tücke“ auf ihre Vernichtung hinarbeitete, verschärfte sich auch ihre Propagandasprache noch einmal. So wie die äußerste Rechte die kommunistische Bedrohung zur Sicherung der eigenen Kampffidentität brauchte, bisweilen auch instrumentalisierte, so fühlten sich die Kommunisten durch die faschistische Bedrohung zur Gewaltpropaganda und Profilierung ihres Bürgerkriegstheorems legitimiert. So warnte die KPD-Zentrale im Sommer 1923 davor, der „Angriff des Faschismus“ könne in durchaus unterschiedlicher Form erfolgen: als Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen, als Ausrufung einer rheinisch-westfälischen Republik oder als Angriff auf die Lohnkämpfe der Arbeiter. In jedem Fall müsse die Partei ihre Organisation so schlagkräftig machen, „daß sie auch im offenen Bürgerkrieg in keinem einzigen Bezirk versagt“.

„Die Pläne der Faschisten sind bis aufs einzelne militärisch durchgearbeitet. Sie haben die Lösung ausgegeben: den Bürgerkrieg auf das brutalste und gewalttätigste durchzuführen. Alle Arbeiter, die den Faschisten Widerstand leisten, wenn sie gefangen werden, sollen erschossen werden. Zur Niederwerfung der Streiks soll jeder zehnte Mann der Streikenden erschossen werden. Der Faschistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem Weißen Terror der Rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis auf die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisationen an die Wand stellen.“⁷ Auch der am 29.7.1923 veranstaltete Antifaschistentag wurde nur als ein Manöver deklariert, um den Bürgerkrieg vorzubereiten.⁸

In ganz ähnlicher Weise verschärfen die französischen Kommunisten ihre Propaganda seit Herbst 1924. Am 20.11.1924 entschied das Politbüro, daß die Partei sich darauf vorbereiten müsse, „à battre le fascisme“. Ähnlich wie in Deutschland 1922/23 sollten die Parolen konzentriert werden auf einige revolutionäre Forderungen wie nach einem „Revolutionstribunal“, „die Kontrolle der Banken“ sowie „andere direkte Maßnahmen“.⁹ Angesichts des Faschismus, der als „Instrument des Bürgerkriegs“ verstanden wurde,¹⁰ ging es darum, die Partei geistig für die „Schlacht um die Eroberung der Macht“ vorzubereiten. „Le fascisme pose la question du pouvoir. Le Parti doit avoir le cran de faire de même.“¹¹ Angesichts der sich notwendig verschärfenden Klassenkämpfe, so analysierte der Parteiführer Treint die Lage, seien nunmehr alle politischen Gruppierungen zur Option zwischen reaktionärer Bourgeoisie und revolutionärem Proletariat gezwungen. „C'est à la tête des masses exploitées et opprimées [...] que les Partis communistes et l'Internationale renverseront la bour-

⁶ Zetkin, Reden Bd. 2, S. 727. Als erfolgreiches Beispiel für solche Selbstschutzorgane führte Clara Zetkin die proletarischen Hundertschaften in Deutschland an.

⁷ An die Partei, in: RF Nr. 158, 12.7.1923.

⁸ RF Nr. 174, 31.7.1923.

⁹ AIRM Nr. 64, Bureau Politique, 20.11.1924.

¹⁰ Fernand Loriot, Schéma sur la situation internationale, in: Cahiers du Bolchevisme, 9.1.1925, S. 538.

¹¹ Ebd.

geoisie par le moyen de la guerre civile et courberont l'ennemi capitaliste vaincu sous l'implacable dictature du prolétariat.“¹² „Die ganze demokratisch-faschistische Periode, vor der wir stehen“, so lautete die Konsequenz dieser politischen Diagnose, „ist eine Periode des Bürgerkrieges.“¹³ Nach Erkenntnissen der Polizei suchten die Pariser Kommunisten um jeden Preis die Situation zu verschärfen und in der Hauptstadt Unruhen zu provozieren, „die sich gegebenenfalls zu revolutionären Gewalttaten würden entwickeln können“. Schrittmacher in dieser Kampagne sei der Leitende Redakteur der „Humanité“, Vaillant-Couturier: „Il prêche la terreur, la destruction totale de la classe bourgeoise, l'arrestation, ou à défaut, l'exécution sommaire des leaders de groupes hostiles au communisme.“¹⁴

Auf der Basis dieser propagandistisch und agitatorisch verschärfte innenpolitischen Situation spielte nun auch die Taktik der „Einheitsfront von unten“ eine wichtige Rolle. Wenn man an die sozialdemokratisch und reformistisch-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter appellierte und ihnen die Augen öffnete für den „Verrat“ ihrer Führer, so lautete das kommunistische Kalkül, würde auch die proletarische Abwehrfront gegen den faschistischen Vormarsch sozial und ideologisch konsolidiert werden. Nun ist bereits gezeigt worden, daß die Schaffung kommunistischer Einheitsfrontorgane wie die revolutionären Betriebsräte und Kontrollausschüsse die politische Spaltung der Arbeiterschaft in Berlin eher vertiefte. Angesichts der starken Stellung und hohen Organisationsmacht, die die Freien Gewerkschaften und insbesondere die Berliner Verwaltungsstelle des DMV in der Reichshauptstadt innehatten, war eine solche Polarisierung infolge der auf Spaltung und Einheit zugleich setzenden kommunistischen Taktik wahrscheinlich unvermeidlich.¹⁵ Schon 1922/23 liefen daher die latente Bürgerkriegsspannung zwischen „Faschismus“ und Kommunismus einerseits¹⁶ und die Vertiefung der Spaltung in der Arbeiterschaft andererseits parallel.

Im Großraum Paris bestand eine grundlegend andere Situation. Verglichen mit Berlin war hier nur ein Bruchteil der Arbeiter organisiert. Mit ihrer Mobilisierung gegen den „Faschismus“ im Zeichen der „Einheitsfront von unten“ konnten die Kommunisten daher hoffen, in der Arbeiterschaft weniger spaltend zu wirken, als möglicherweise unter den unorganisierten Arbeitern Sympathien zu erwerben. Dies geschah Anfang des Jahres 1925 durch die Einrichtung sogenannter *Comités d'Unité prolétarienne* (C.U.P.). Als Einheitsfrontorgane richteten sich die C.U.P.s zwar zunächst auch gegen die sozialistischen und reformistischen „Verräter“,¹⁷ während die reformi-

¹² Albert Treint, Thèses sur la situation internationale, in: Cahiers du Bolchevisme, 28.11.1924.

¹³ Albert Treint in: Cahiers du Bolchevisme, 5.12.1924.

¹⁴ AN F7 13102, 11.12.1924. Beispiele: Paul Vaillant-Couturier, Le fascisme? Voilà, in: L'Humanité, 26.10.1924; Ders., Toussaint Rouge, in: ebd., 1.11.1924.

¹⁵ Vgl. oben, S. 211ff.

¹⁶ Die „Todfeindschaft“ zwischen Kommunismus und „Faschismus“ schloß im Einzelfall freilich nicht aus, daß erstere auch gegenüber letzteren gegebenenfalls die Anwendung der Einheitsfronttaktik von „unten“ anzuwenden suchten. Das berühmteste Beispiel hierfür aus der Anfangszeit war die „Schlageter-Rede“ Karl Radeks vom 20. Juni 1923. Allerdings sollte man die realgeschichtliche Signifikanz solcher gleichsam „totalitärer“ Berührungspunkte zwischen den Extremen nicht überschätzen. Dies tut m.E. Conan Fischer, *The German Communists and the Rise of Nazism*, London 1991, S. 54ff. zur Schlageter-Rede. Nach dem Zeugnis des damaligen Leiters des M.-Apparats traf Radeks Schlageter-Rede unter den mittleren KPD-Funktionären auf völliges Unverständnis und nachhaltige Ablehnung. Retzlaw, *Spartakus*, S. 257ff.

¹⁷ Constituez vos Comités d'unité prolétarienne antifascistes, in: L'Humanité, 9.1.1925.

stischen Gewerkschaften ihre Beteiligung an den Komitees verweigerten.¹⁸ Aber insbesondere in der Metallindustrie spielte die „Entlarvungsfunktion“ der C.U.P.s keine entscheidende Rolle, weil sozialistische und reformistische „Verräter“ hier nur eine verschwindende Minderheit bildeten. Vielmehr gelang es den Kommunisten, innerhalb kurzer Zeit in mehreren Pariser Großbetrieben antifaschistische Einheitskomitees zu etablieren, so etwa bei Citroën, Renault, Thomson, Dion und bei Gnôme & Rhône.¹⁹ Die Komitees wendeten sich an alle Arbeiter, ob sie C.G.T.-Mitglieder, kommunistisch organisiert oder unorganisiert waren. Um diese integrative Funktion zu erfüllen, sollte der politisch-ideologische Kampf gegen den „Faschismus“ in den Komitees keinesfalls isoliert geführt werden. Vielmehr galt es, die Perhorreszierung des faschistischen „Feindes“ und den Ruf nach antifaschistischer „Verteidigung“ mit der Vertretung konkreter sozialer Teilforderungen zu verbinden.²⁰ Diese Richtlinie ergab sich auch aus der Furcht, insbesondere unter weiblichen und jungen Arbeitern könnten die „Faschisten“ in den Betrieben selbst den Kommunisten propagandistisch das Wasser abgraben.²¹ Forderungen wie die nach Lohnerhöhungen und nach konsequenter Durchführung des Achtstundentages – so lautete daher das kommunistische Kalkül – würden zugleich die entscheidenden sozialökonomischen Faktoren benennen, die den „Faschismus“ auch in Arbeiterkreisen attraktiv zu machen drohten. „Lutter en général contre le fascisme sans lutter pour les revendications immédiates, cela aboutit pratiquement à tuer les C.U.P.“²² Im Betrieb selbst, im ständigen Kontakt mit den unorganisierten Arbeitern hoffte man daher, den politischen mit dem wirtschaftlichen Kampf massenwirksam zu verknüpfen.²³ Als Einheitsfrontorgane in den Betrieben mit der Betonung auf wirtschaftlichen Tagesforderungen glichen die C.U.P.s den 1923 gebildeten Betriebsräten. In der Gewerkschaftskommission des PCF hoffte man denn auch, der inzwischen eingeschlafenen Betriebsrätebewegung mit den C.U.P.s neue Impulse zu verleihen.²⁴

Zwar stieß dieses Konzept auf Grenzen, und die Mobilisierungserfolge der Komitees wurden in der kommunistischen Presse weit übertrieben dargestellt.²⁵ Aber im Vergleich zum kommunistischen Antifaschismus in Berlin waren die entsprechenden Aktionsformen in der französischen Hauptstadt stärker betriebszentriert. In Berlin stellten die „antifaschistischen“ Einheitsfrontorgane wie die revolutionären Betriebsräte rein politische, von ideologischen Gegensätzen zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften geprägte Instrumente dar. In Paris dagegen konnte in den C.U.P.s eine stärkere Rückbindung der politisch-ideologischen Agitation an die sozialen Be-

¹⁸ AN F7 13780, 14.6.1926, Congrès de l'union syndicale des travailleurs de la métallurgie de la région parisienne, 13.6.1926.

¹⁹ AN F7 13097, 22.1.1925; 26.1.1925; 23.1.1925; 24.3.1925; F7 13779, 14.2.1925.

²⁰ Vgl. Albert Treint, *Debout les usines*, L'Humanité, 19.12.1924; AN F7 12897, Polizeiberichte vom 20.12.1924 u. 12.1.1925.

²¹ AN F7 13097 (Seine), 18.12.1924, Réunion du 3^{me} rayon communiste, 17.12.1924; F7 13090, 21.1.1925, PCF-Congrès in Clichy, 4^{ème} journée, 20.1.1925 (Chasseigne); F7 13181, 5^e Congrès des Jeunesses Communistes, 1926, S. 30f., *Projet de Thèse sur la lutte contre les adversaires*. AIRM Nr. 157, Bureau d'organisation, 10.2.1926, S. 1f. (Faussecave über: *Travail parmi les femmes*).

²² AN F7 13093, 5.1.1926, Zirkular PCF, Commission syndicale centrale. Vgl. F7 13779, 14.2.1925; 22.2.1925.

²³ Siehe Fédération Communiste de la Région Parisienne, *Le fascisme est là*, L'Humanité, 1.1.1925.

²⁴ AN F7 13093, PCF Circulaire: Aux comités régionaux et Secrétaires des Commissions syndicales des Régions et Rayons, 5.1.1925.

²⁵ Siehe z.B. AN F7, 23.1.1925 (Renault).

lange der Arbeiter erfolgen, ohne daß die Stoßkraft durch ideologische Gegensätze zu den Gewerkschaften geschwächt worden wäre. Auch im kommunistischen Kampf gegen den „Faschismus“ spielte einmal mehr die von den sozialen Verhältnissen abgehobene, rein ideologische Dimension in Berlin eine im Vergleich zu Paris weitaus wichtigere Rolle: In Berlin pointierte die antifaschistische Einheitsfront die ideologischen Spaltungen in der Arbeiterschaft; in Paris wirkte sie tendenziell unter den nichtorganisierten Arbeitern integrativ.

Das viel stärkere Eigengewicht ideologischer Faktoren, das der kommunistischen Einheitsfronttaktik in Berlin anhaftete, wirkte sich auch dann hemmend aus, wenn es darum ging, nicht-proletarische Schichten für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Im besonderen betraf dies den gewerblichen Mittelstand, der nach marxistischer Lesart im Kapitalismus zum Untergang, sprich zur Proletarisierung verurteilt war. In den nach Lenin beständig schwankenden kleinbürgerlichen Mittelschichten erkannten die deutschen wie die französischen Kommunisten denn auch ein entscheidendes soziales Reservoir für die faschistischen Massenbewegungen. Um so wichtiger schien es daher, sie ideologisch für die eigene Sache zu gewinnen oder zumindest zu „neutralisieren“. Innerhalb der KPD wurden 1922/23 entsprechende Stimmen immer lauter, und die Forderung nach Einbeziehung des gewerblichen Mittelstandes in das Agitationsprogramm der Partei fand Eingang in die Beschlüsse des III. Parteitags Anfang 1923.²⁶ Wenn diese Bemühungen um eine Solidarisierung mit den Mittelschichten in Berlin eine im wesentlichen theoretische Angelegenheit blieben, so lag dies einerseits an der traditionell konservativ-sozialprotektionistischen Orientierung des deutschen Mittelstandes.²⁷ Andererseits aber tat die kommunistische Agitationsweise alles dazu, potentielle mittelständische Sympathisanten zu verschrecken, so etwa wenn die kommunistisch inspirierten Kontrollausschüsse zu willkürlichen Preisfestsetzungen schritten.²⁸

Demgegenüber agierten die Pariser Kommunisten in der Mittelstandsfrage erheblich flexibler.²⁹ Nicht zuletzt aufgrund der Finanz- und Steuerpolitik des Cartel des Gauches fühlten sich die Pariser Kleingewerbetreibenden Mitte der zwanziger Jahre z.T. in ihrer Existenz bedroht.³⁰ Hinzu kam das in Paris besonders brennende Problem des sogenannten „Handelseigentums“ („propriété commerciale“). Dabei handelte es sich um die Frage des Schutzes der Kleingewerbetreibenden im Falle der Kündigung ihrer Läden bzw. Werkstätten. Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung der Mietverhältnisse für kommerziell genutzte Räumlichkeiten konnte im Extremfall zur Folge haben, daß der gewerbetreibende Mieter der Willkür des Immobilienbesit-

²⁶ Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitags der KPD, S. 413f. Vgl. Ulrich Heß, Antifaschistische Strategie und Taktik der KPD (1922–1923), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 24 (1982), S. 812–823, hier S. 815f.; Luks Faschismustheorie, S. 61f.

²⁷ Winkler, Mittelstand.

²⁸ Siehe etwa RF Nr. 53, 4.3.1923; Bericht der Bezirksleitung Berlin ... vom Januar bis September 1923, S. 29.

²⁹ Siehe bereits den Artikel von Marcel Ollivier, Le Parti Communiste et les classes moyennes, in: Bulletin Communiste, 6.12.1923.

³⁰ Zur Situation von Handwerk und Kleinhandel im Frankreich der zwanziger Jahre: Bernard Zarcia, L'artisanat français du métier traditionnel au groupe social, Paris 1986; Steven Zdatny, The Politics of Survival, S. 34ff.; Nonna Mayer, La boutique contre la gauche, Paris 1986. Siehe auch den Sammelband von Georges Lavau, Gérard Grunberg, Nonna Mayer (Hrsg.), L'univers politique des classes moyennes, Paris 1983, sowie den Beitrag von Heinz-Gerhard Haupt, La petite bourgeoisie en France et en Allemagne dans l'entre-deux-guerres, in: Möller/Raulet/Wirsching, Gefährdete Mitte, S. 35–55.

zers – in Paris häufig große Versicherungs- und andere anonyme Gesellschaften – schutzlos preisgegeben war.³¹ Unter den Pariser Kleingewerbetreibenden herrschte daher 1925/26 eine überaus explosive Stimmung, in der antiparlamentarische und „antikapitalistische“ Untertöne auf der Tagesordnung standen: „Nous devons nous grouper,“ so lautete die Quintessenz mancher radikaler Kleinhändlerversammlungen, „nous organiser et nous préparer à défendre nos revendications par la force, la violence et même l'illégalité.“³²

Waren die französischen Kommunisten von der sozialen Unruhe der Pariser Kleingewerbetreibenden zunächst „überrascht“, so hofften sie doch darauf, sie für ihre eigenen Zwecke nutzen zu können. Dabei stellte sich Frankreich mit seinem in der Vorkriegszeit vergleichsweise langsamen Wachstumstempo auch für die Kommunisten zunehmend als das klassische Land, „la terre classique des classes moyennes“ dar.³³ Angesichts dessen, daß die Mittelschichten nach den vielfältigen Deprivations- und Deklassierungsprozessen infolge des Ersten Weltkriegs nunmehr in das Fahrwasser „faschistischer“ Bewegungen zu geraten drohten, suchte der PCF daher nach einer substantiellen, für den Mittelstand offenen Erweiterung seines politisch-gesellschaftlichen Diskurses. Dahinter stand die häufig geäußerte Befürchtung, das Kleinbürgertum könne gleichsam widerstandslos in das Fahrwasser faschistischer Massenbewegungen geraten.³⁴ Zwischen Faschismus und Kommunismus war demzufolge ein Kampf um die Anhängerschaft des Kleinbürgertums entbrannt, der eine dritte Möglichkeit, eine eigenständige politische Rolle der Mittelschichten ausschloß: „Le fascisme au service de la grande bourgeoisie et le communisme [...] luttent pour conquérir la masse petite-bourgeoise et se préparent avec méthode, lentement, prudemment, à s'affronter directement dans la lutte pour le pouvoir.“³⁵

Indem er den sozialen Protest der Mittelschichten aufnahm, die Scheidung zwischen groß und klein, Einzelhandel und Großhandel, Handwerksbetrieb und Großindustrie, Kleineigentümer und Spekulanten propagandistisch akzentuierte, hoffte der PCF, sich das traditionelle revolutionäre Potential des Pariser Kleinbürgertums nutzbar machen zu können. Sollte es infolge der sich 1925 zuspitzenden Finanzkrise unter dem Cartel des Gauches zu einer hyperinflationären Entwicklung wie in Deutschland kommen, würde das politische Ergebnis, so war man überzeugt, ein anderes sein: „En France, les classes moyennes sont plus nombreuses et plus d'importance que d'outre-Rhin. Elles ont une tradition révolutionnaire qui les jetterait rapidement dans les bras du prolétariat pour la révolution, si elles étaient dépossédées brutalement par une chute catastrophique du franc.“³⁶ Um so wichtiger war es, das Konzept der Einheitsfront – freilich unter der „Hegemonie“ des Proletariats – auch auf die Gewinnung

³¹ Vgl. Wirsching, Kleinbürger, S. 106ff.

³² AN F7 12968, Rapport Décembre 1925, S. 33, 1.12.1925 (Veylet). Die in den Rapports gesammelten Berichte über die Stimmung unter den Kleingewerbetreibenden vermitteln einen guten Eindruck in die fortschreitende Radikalisierung des Pariser Kleinbürgertums um die Jahreswende 1925/26.

³³ Charles Le Géo, La question des classes moyennes, in Cahiers du Bolchevisme, 1.12.1925, S. 2214. Vgl. A Bernard, La crise de la petite bourgeoisie, in: ebd., 15.5.1926, S. 1102.

³⁴ AIRM, Nr. 97, Bureau Politique, 6.11.1925 (Williams); AIRM Nr. 91, Conférence Nationale, 1./2.12.1925, S. 48 (Costes); AN F7 13092, Zirkular des 4ème Rayon de la Région Parisienne, o.D. [26.12.1925]; AIRM Nr. 149, Bureau Politique, 25.2.1926 (Dudilleux).

³⁵ Albert Trent, Le fascisme en France, in: Cahiers du Bolchevisme, 30.1.1925, S. 692. Vgl. die auf dem Erweiterten Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vom Februar/März 1926 verabschiedete „Résolution sur la question française“, in: ebd., 15.4.1926, S. 956.

³⁶ AN F7 13092, PCF, Zirkular [12.11.1925].

der Mittelschichten auszudehnen.³⁷ Dementsprechend bemühten sich die Pariser Kommunisten durchaus mit sichtbarem Erfolg darum, auf mittelständischen Protestveranstaltungen zu sprechen und politischen Einfluß zu gewinnen.³⁸

Neben das Bemühen, eine Einheitsfront aller sozialökonomisch bedrohten gesellschaftlichen Gruppen gegen den „Faschismus“ zu schmieden, hatte – darin waren sich alle Kommunisten einig – der „wehrhafte“ Antifaschismus zu treten. Dies verband sich eng mit einem entscheidenden Merkmal kommunistischer Identität, der Vorstellung nämlich, die kapitalistische liberale Demokratie stelle für die Arbeiter eine quasi lebensbedrohliche Gewaltherrschaft dar. Dieses Merkmal und die aus ihm geschöpfte Legitimation für revolutionäre Gegengewalt stand – das muß man deutlich festhalten – bereits bei der Gründung der kommunistischen Parteien Pate und ist folglich älter als der kommunistische Antifaschismus. Wenn sich die Kommunisten dabei auch in einer Art Notwehrsituation wähnten, so handelte es sich faktisch doch um den Versuch, das Gewaltmonopol des als Klassendiktatur verstandenen demokratischen Staates zu durchbrechen. Faschistische Gewalt erschien unter dieser Perspektive als Verlängerung und krisenbedingte Verschärfung der kapitalistisch-demokratischen Gewalt. Ihr gegenüber waren, so die Ratio des „wehrhaften“ Kampfes, Aufbau und Bewaffnung von Abwehrverbänden und die gezielte Ausübung von revolutionärer „Gegengewalt“ nicht nur legitim, sondern zum Überleben notwendig. Nicht nur nach außen, in Form politischer Tendenzpropaganda, sondern auch in internen Besprechungen gaben sich die Kommunisten überzeugt, daß die „faschistischen“ Verbände bewaffnet waren.³⁹ Wenn sich der „wehrhafte“ „Antifaschismus“ häufig auch gegen Versammlungen und Kundgebungen „feindlicher“ Gruppierungen richtete, so stand dahinter der bereits erwähnte totalitäre Anspruch auf ein Versammlungs- und Informationsmonopol. Vor allem dann, wenn rechtsextreme Verbände auch in Arbeiterwohnvierteln Fuß zu fassen suchten, wurde dies als „faschistische Provokation“ aufgefaßt. Als Resultat einer direkten Konfrontation kam es in solchen Fällen regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.⁴⁰

Zwei typische Fälle aus den Hauptstädten mögen dies dokumentieren.

Als die Berliner KPD im Verlauf des Jahres 1922 ihren Kurs entlang der beschriebenen Linien verschärfte,⁴¹ nahm dies der bereits erwähnte „Bund für Freiheit und Ordnung“ zum Anlaß für ein nachhaltigeres Auftreten in der Öffentlichkeit. Anknüpfen konnte er dabei an die zunehmende Unruhe, die insbesondere durch die kommunistische Betriebsrätebewegung verursacht wurde. Als die Kommunisten am 1.10.1922 eine behördlich genehmigte Demonstration der Betriebsräte am Wittenbergplatz organisierten, auf der eine große Anzahl roter Fahnen mit Sowjetstern mitgeführt wurde, kam es zu einer typischen Eskalation. „Die Duldsamkeit,“ so berichtete der Preußische Staatskommissar, „die die Behörden [...] den Kommunisten gegenüber bezeugen, findet [...] in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung nicht das

³⁷ Ebd., Zirkular PCF, Région Parisienne, 10.12.1925; Zirkular 4ème Rayon de la Région Parisienne, o.D. [26.12.1925].

³⁸ Siehe dazu Wirsching, Kleinbürger, S. 103ff.

³⁹ Siehe z.B. AIRM Nr. 189, Bureau Régional (Région Parisienne), 10.4.1926 (Villatte).

⁴⁰ Siehe BAP RMI 13348, fol. 183, Schreiben des Preußischen Innenministers Dominicus an den Polizeipräsidenten von Berlin, 21.9.1921.

⁴¹ Vgl. oben, S. 211ff.

geringste Verständnis, beginnt vielmehr starke Erbitterung auszulösen.“⁴² Von dieser Stimmungslage profitierend, lud der „Bund“ für den 15. Oktober 1922 zu einer „vaterländischen Kundgebung“ in den Zirkus Busch ein. In der jüngsten Vergangenheit hatten die Kommunisten bereits mehrfach Kundgebungen und Versammlungen politisch Andersdenkender zu stören versucht,⁴³ und auch diesmal rief die KPD umgehend zur Gegenmobilisierung auf. Einmal mehr zeigte sich dabei, daß die Funktion des kommunistischen „Antifaschismus“ der des völkischen bzw. „faschistischen“ Antikommunismus entsprach. Die Perhorreszierung des Feindes, die Unterstellung, der „Feind“ rüste zum Bürgerkrieg, und die daraus gezogene Rechtfertigung zur – nötigenfalls gewaltsamen – „Notwehr“ dienten den Kommunisten als Instrumente zur Mobilisierung gegen all jene Kräfte, die nicht der kommunistisch-proletarischen Eigengruppe angehörten. Im „Bund für Freiheit und Ordnung“ erblickte die kommunistische Propaganda eine Tarnorganisation der als „faschistisch“ qualifizierten „Orgesch“, die im Sommer 1920 verboten worden war: „Der ‚Bund für Freiheit und Ordnung‘ ist die Berliner Orgesch. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Demokraten und Volksparteiler im Vorstand sind. Die Orgesch wird eben durch die Einheitsfront des faszistischen Bürgertums unterstützt und gehalten.“⁴⁴

Dieses Urteil bildete den Ausgangspunkt für eine intensive Kampagne der KPD. Die latenten Bedrohungsängste, die in der Bevölkerung nach den blutigen Auseinandersetzungen des Jahres 1919, nach Kapp-Putsch und Rathenau-Mord zweifellos existierten, dienten dabei als propagandistischer Anknüpfungspunkt. Bei der Kundgebung des „Bundes“ handelte es sich daher aus kommunistischer Sicht um nichts anderes als um „eine allgemeine Mobilmachung der Orgesch, die sich vorbereitet, zum Schutze der Stinnesrepublik die gegen Teuerung und Steuerdruck rebellierenden Arbeitermassen zu provozieren und niederzuschlagen. Diese Bande wagt es, ihre verbrecherischen Anstalten am helllichten Tage, unter den Augen der Berliner Arbeiterschaft zu treffen. Das kann die Berliner Arbeiterschaft nicht zulassen.“⁴⁵ „Die Or-

⁴² BAP RJM, Film 22141, Nr. 6790/1, fol. 316, Lagebericht, 5.10.1922. Über die Perzeption der kommunistischen Agitation durch die extreme Rechte vgl. als Beispiel GStAPK Rep. 120 BB VI, Nr. 212, fol. 332, Schreiben der Zentralstelle der Vaterländischen Verbände vom 5.5.1922: „Täglich ereignen sich Fälle von unsagbarem Terror seitens der Betriebsräte und Arbeitnehmer gegen Andersorganisierte und gegen parteipolitisch Andersdenkende, namentlich bei und nach Arbeitsniederlegungen. Grausamkeiten, die an das Mittelalter erinnern, sogar Morde, werden an Arbeitswilligen begangen.“

⁴³ Siehe die Pressemitteilung des Berliner Polizeipräsidenten vom 15.10.1922, BAP RMI 13349, fol. 32, Severing an den Reichsinnenminister, 4.11.1922.

⁴⁴ Enthüllungen über die Berliner Orgesch, in: RF Nr. 463, 18.10.1922. Vgl. RF Nr. 457, 14.10.1922. Welche Beziehungen faktisch zwischen der aufgelösten Orgesch und dem „Bund“ bestanden, läßt sich kaum klären. Im Nachlaß Escherich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv IV (Kriegsarchiv) finden sich keine Spuren einer Verbindung. Von der Berliner Politischen Polizei wurde der Vorwurf der Tarnorganisation zurückgewiesen. Siehe BAP RMI 13349, fol. 30–36, Severing an den Reichsinnenminister, 4.11.1922. Allerdings bestand zwischen beiden Organisationen eine programmatische Affinität, die in der Tradition der Einwohnerwehren stand und sich am Gedanken der „Ordnung“ und des „Selbstschutzes“ orientierte. Mithin ist es durchaus wahrscheinlich, daß der Bund nach Auflösung der Orgesch ein Auffangbecken für deren Mitglieder wurde. Dies würde auch seine offenkundige Radikalisierung erklären, die sich zum einen in seiner stärkeren Hinwendung zur Öffentlichkeit, zum anderen aber in seiner offensichtlich zunehmenden Unterwanderung durch rechtsextreme Kräfte äußerte. Bezeichnend ist jedenfalls, daß sich auch die Sicherheitsbehörden in der politischen Beurteilung des „Bundes“ nicht einig waren. Siehe die widersprüchlichen Einschätzungen Severings (wie oben) und des Reichskommissars Hermann Emil Kuenzer, Bericht vom 1.11.1922, BAK R 134/18, Bl. 104. Vgl. zum „Bund für Freiheit und Ordnung“ oben, S. 314f.

⁴⁵ Mobilmachung der Orgesch, RF Nr. 453, 12.10.1922.

gesch wird am Sonntag bewaffnet aufmarschieren und versuchen, blutige Unruhen hervorzurufen, um die Arbeiterschaft für die kommenden Kämpfe zur Ader zu lassen und das Selbstbewußtsein aller arbeiterfeindlichen Schichten zu erhöhen.“⁴⁶ Unter der Parole „Aufmarsch gegen Aufmarsch“ rief die Rote Fahne daher zum gewaltsamen Widerstand gegen die „Bund“-Veranstaltung auf: „Wo sich die Reaktion sammelt, dort muß sich auch die Arbeiterschaft sammeln, um ihren Feinden direkt entgegenzutreten [...]. Wagt es die Reaktion morgen, am Zirkus Busch aufzumarschieren, so muß sie dort die Bataillone des Berliner Proletariats in Bereitschaft finden.“⁴⁷

Keinesfalls handelte es sich bei diesen Sätzen um Rhetorik gleichsam metaphorischen Charakters. Vielmehr bildeten die Ereignisse um die Kundgebung des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ ein klassisches Beispiel für den Mechanismus des gegenseitigen „sich Hochschaukeln“ der Extreme und für das „erfolgreiche“ Ingangsetzen einer Gewaltspirale. Eine Warnung des Polizeipräsidenten vor der beabsichtigten planmäßigen Störung der Veranstaltung durch die Kommunisten erschien erst am Morgen des 15. Oktober 1922 in der Tagespresse und wurde so um ihre mögliche Wirkung gebracht. Gleichzeitig hatte der „Bund“ in Erwartung kommunistischer Aktivitäten einen mehrere hundert Mann starken „Saalschutz“ angeboten. Da sich dieser Saalschutz nach Erkenntnissen der Polizei aus Anhängern rechtsextremer Verbände, insbesondere des ehemaligen Freikorps Roßbach, zusammensetzte, waren die Voraussetzungen für die Konfrontation der Extreme gegeben.⁴⁸

Um ihrem „Aufmarsch“ gegen die „Bund“-Veranstaltung zusätzliche Durchschlagskraft zu verleihen, hatten die Kommunisten bereits tags zuvor durch einen Vertrauensmann gezielt Obdachlose gegen Bezahlung zur Teilnahme angeworben. Nach Schätzungen der Polizei befanden sich unter den am Sonntag, dem 15. Oktober, morgens anrückenden „Anmarsch der Kommunisten“ ca. 3–400 Obdachlose.⁴⁹ Gleichzeitig mobilisierte die KPD den „Proletarischen Gesundheitsdienst“, der ebenfalls morgens zwischen 7.00 und 8.00 Uhr am Zirkus Busch eintraf und Tragbahnen und Verbandsmaterial mitbrachte. Als nun die kommunistischen Gegendemonstranten – insgesamt rund 3.000 – in den Zirkus einzudringen versuchten, führte dies zu schweren Auseinandersetzungen mit dem Saalschutz, der eine Erstürmung des Versammlungsortes gewaltsam verhinderte. Beide Seiten, so der polizeiliche Bericht, hätten mit „Schlagringen, Gummiknüppeln und anderen Werkzeugen“ aufeinander eingeschlagen, wobei ein kommunistischer Gegendemonstrant eine tödliche Wunde erlitt und rund 100 Personen verletzt wurden.⁵⁰ Nachdem die Kommunisten vom Saalschutz aus dem Zirkus „hinausgeprügelt“ worden waren, belästigten sie die einzeln eintreffenden Besucher der Versammlung, wobei es teilweise ebenfalls zu tätlichen Auseinandersetzungen kam. Die Polizei hatte mit einem so frühen Anmarsch der Kommunisten nicht gerechnet; um 8.00 Uhr waren lediglich sechs Schutzpolizisten anwesend, die natürlich nichts auszurichten vermochten. Erst gegen 9.30 Uhr

⁴⁶ Die Orgesch greift zu den Waffen, RF Nr. 457, 14.10.1922.

⁴⁷ Aufmarsch gegen Aufmarsch, RF Nr. 458, 14.10.1922.

⁴⁸ BAP RMI 13349, fol. 32–33, Severing an den Reichsinnenminister, 4.11.1922; BAP RKO, Nr. 362, fol. 28.

⁴⁹ Ebd., fol. 33. Im Bericht ist von der exorbitant hohen Zahl von 3–4.000 Obdachlosen die Rede. Da aber die Gesamtzahl der Gegendemonstranten mit max. 3.000 angegeben wird, wäre die Zahl widersinnig.

⁵⁰ Ebd., fol. 34. Wer den Totschlag verursacht hatte, ließ sich „bei dem allgemeinen Wirrwarr der Schlägerei, wo einer die Parteilichkeit des anderen nicht kannte“, nicht ermitteln.

trafen Verstärkungen ein, die die Kommunisten abdrängten und für einen geordneten Verlauf der „Bund“-Versammlung sorgten.⁵¹

Soweit der offizielle Bericht Severings an das Reichsinnenministerium.⁵² Er spiegelt das klassische Dilemma wider, vor dem die für die innere Sicherheit verantwortlichen Organe in der Demokratie stehen. Inwieweit nämlich kann es zugelassen werden, daß die Feinde der Demokratie für ihre Ziele agitieren und hierfür Polizeischutz genießen?⁵³ Angesichts der offen verfassungsfeindlichen Ziele der KPD stellte sich diese Frage häufig, und regelmäßig erregten genehmigte kommunistische Veranstaltungen den Unmut zumindest der bürgerlich-mittelständischen Bevölkerung. An diese Stimmungen konnten die rechtsextremen Gruppierungen leicht anknüpfen, wenn sie die preußische Regierung und insbesondere Severing der heimlichen Komplizenschaft mit den Kommunisten oder zumindest der unverzeihlichen Schwäche ihnen gegenüber bezichtigten. In eine exakt analoge Rolle rückten Polizeikräfte und sozialdemokratische Amtsträger in kommunistischer Perspektive. Auch die Veranstaltung des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ zeichnete sich nicht durch Verfassungstreue aus. Zumindest verschiedenen Presseberichten zufolge trug sie einen stark nationalistischen und antisemitischen Charakter.⁵⁴ Aber nachdem sie amtlich genehmigt worden war, bestand für die Behörden auch die Verpflichtung, keine „Beeinträchtigung der verfassungsmäßig gewährleisteten Versammlungsfreiheit“ zuzulassen und die „Versammlungsfreiheit polizeilich zu schützen“.⁵⁵ Entsprechend wohlfeil war den Kommunisten der Angriff auf die sozialdemokratischen „Verräter“ in den Regierungsamtern, die als Helfershelfer von Reaktion, Konterrevolution und Faschismus agierten.⁵⁶

Infolge gewaltsamer Zusammenstöße wie beim Zirkus Busch konnte der demokratisch-pluralistische Rechtsstaat nur verlieren und an Legitimität einbüßen. Auch wenn polizeitaktische Fehler gemacht worden waren,⁵⁷ die Urheber der Gewalt waren

⁵¹ Ebd., fol. 35f.

⁵² Die Schilderung der Vorfälle aus kommunistischer Sicht, die in praktisch jeder Einzelheit das Gegenteil des Severingschen Berichts behauptet, in: RF Nr. 460, 16.10.1922.

⁵³ Vgl. BAP RMI 13348, fol. 183, Schreiben des Preußischen Innenministers Alexander Dominicus an den Polizeipräsidenten von Berlin, 21.9.1921: Im Reichsrat und Reichsinnenministerium habe sich die Auffassung durchgesetzt, „daß ein Verbot von Versammlungen usw. nicht davon abhängig gemacht werden kann, ob andere Kreise der Bevölkerung die Absicht haben, die Versammlung zu stören. Hiernach ist ein Verbot [...] aus diesem Grunde unzulässig. Auch diese Veranstaltungen genießen den Schutz der Gesetze und die Teilnehmenden haben Anspruch darauf, daß die Behörden, insbesondere die Polizei, gewaltsame Beeinträchtigungen der verfassungsmäßigen Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit mit allen Mitteln verhindern.“ In Preußen waren öffentliche Versammlungen und Umzüge im Sommer 1923 gleichwohl verboten worden. Siehe Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, Jg. 84, Nr. 32, 1. August 1923, S. 807. Dieses Verbot wurde bis zu den Reichstagswahlen im Dezember 1924 aufrechterhalten mit der charakteristischen Begründung, die Polizei könne sich eine Verzettlung ihrer Kräfte durch den gebotenen Versammlungsschutz nicht erlauben. Siehe Ebd., Jg. 85, Nr. 48, S. 1035, 29.10.1924.

⁵⁴ Siehe Vossische Zeitung Nr. 491, 17.10.1922. Vgl. die Presseerklärung des Polizeipräsidenten Richter in: Vossische Zeitung, Nr. 490, 16.10.1922.

⁵⁵ So die Pressemitteilung Richters vom 15.10.1922, BAP RMI 13348, fol. 32.

⁵⁶ Siehe RF Nr. 458, 14.10.1922; Nr. 459, 15.10.1922; Nr. 460, 16.10.1922; Nr. 462, 17.10.1922.

⁵⁷ Der Hauptfehler der Polizeiführung bestand darin, daß sie auf Zusammenstöße lange vor Versammlungsbeginn um 10.00 Uhr nicht vorbereitet war. „Sie hatte die gebotenen Vorbeugungsmaßnahmen in der Annahme, daß eine Störung der Versammlung erst in deren Verlauf oder höchstens kurz zuvor zu befürchten sei, erst für die Zeit von 9 Uhr ab vorbereitet und den Umstand außer Betracht gelassen, daß bei derartigen Versammlungen gelegentlich eine Störung durch vorzeitige Besetzung der Plätze im

die extremen Bewegungen von rechts wie von links, die auf die Durchbrechung des staatlichen Gewaltmonopols hinarbeiteten, Zusammenstöße mit dem jeweiligen politischen „Feind“ suchten und provozierten und damit zugleich die bestehende Staatsform selbst schwächen wollten. Für die Gewalt haftbar gemacht wurde jedoch der Staat bzw. seine demokratisch legitimierten Organe und dies nicht nur von den jeweiligen Extremen, sondern auch in eher unpolitischen Kreisen, die der Republik kritisch aber nicht unbedingt feindlich gegenüberstanden. Typisch für eine solche Haltung war z.B. der Kommentar des „Berliner Lokalanzeigers“, eines rechtsnationalen Massenblattes aus dem Hugenberg-Konzern, das sich überwiegend an ein bürgerlich-mittelständisches Publikum wendete.

Mit Blick auf die Zirkus-Busch-Ereignisse mokierte sich der Kommentator über die nachträglichen Bemühungen der Polizei, „zu ermitteln, wie es zu diesen Anfängen eines neuen Bürgerkrieges in der deutschen Reichshauptstadt kommen konnte“. Selbst „ein Blinder“ habe voraussehen können, „was kommen mußte, wenn nicht rechtzeitig ausreichende Vorkehrungen gegen die Absichten der Friedensstörer getroffen wurden, da diese die Aktion, um die es ihnen zu tun war, in voller Öffentlichkeit vorbereiteten. Warum, so fragt der schlichte Staatsbürger, klappen polizeiliche Vorkehrungen gegen geplante Pöbelexzesse in anderen demokratischen Republiken – wie Frankreich, wie den Vereinigten Staaten – vorzüglich und bei uns nicht? Wozu fragt er sich, zu dessen Schutz ja wohl die ‚Schutzpolizei‘ bestimmt ist, haben wir in Berlin einen Polizeipräsidenten als Haupt einer immer noch riesigen Staatsbehörde, wenn er oder seine Leute mit verschränkten Armen Aufruhr und Straßenkämpfe sich entwickeln lassen und erst eingreifen, *nachdem* es hüben und drüben blutige Köpfe gesetzt und der Terror einer aufgepeitschten organisierten Masse eine wahre Pöbelherrschaft inmitten der Hauptstadt etabliert hat [...]. Danach scheint es fast, als hätte am Sonntag in den leitenden Stellen der Schutzpolizei die Tendenz obgewaltet, einmal einen Schulfall zu schaffen, um zu zeigen, wie es nicht gemacht werden dürfe, wenn es sich darum handelt, den nicht auf die Linkspolitik vereidigten Bürger vor verbrecherischen Gewalttaten zu schützen. Der Eindruck konnte entstehen, und wir brauchen nicht hinzuzufügen, wie gefährlich es wäre, wenn er sich erst in den Reihen unserer Bürgerschaft nachhaltig festsetzte. Selbstschutz, Selbsthilfe sind ihr von unseren Maßgebenden verwehrt worden, weil die Entente es so verlangte. Soll jetzt auch die uns noch verbliebene Staatsgewalt versagen, wenn der ruhige Bürger von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machen will, sobald es irgendeiner radikalen Parteirichtung nicht gefällt, ist es um Deutschland als Rechtsstaat geschehen, dann sind wir reif für den Bolschewismus, dessen Sendboten am Sonntag um den Zirkus Busch herum ja auch tapfer an der Arbeit waren.“⁵⁸

Dies war die zunächst diffuse und nicht eigentlich ideologische Haltung, auf der das Gefühl eines Optionszwanges und schließlich die Option selbst für rechtsextremfaschistische „Lösungen“ gedeihen konnten und von der später die Nationalsozialisten auch in Berlin profitieren sollten. Nicht ohne Grund befürchtete die „Vossische Zeitung“, daß „die Kommunistenangst offenkundig dazu benutzt werden [soll], zunächst die Stellung der Regierung zu untergraben und so den Boden für weitere faschistische Experimente vorzubereiten.“ Von um so entscheidenderer Bedeutung war es für die Regierung, sich „zwischen die zum Bürgerkrieg aufmarschierenden Fronten“ zu werfen und die „Staatsautorität“ zu sichern.⁵⁹

Polarisierung und Konfrontation zwischen „Faschisten“ und kommunistischem Antifaschismus folgten im Paris der Jahre 1924–1926 den gleichen Mustern wie in

Versammlungsraum geschicht.“ BAP RMI 13349, fol. 36, Severing an den Reichsinnenminister, 4.11.1922.

⁵⁸ Verantwortung, in: Berliner Lokalanzeiger, Nr. 455, 17.10.1922.

⁵⁹ „Faschisten und Kommunisten“ in: Vossische Zeitung Nr. 491, 17.10.1922.

der Reichshauptstadt. Zwar konnte der Kommentator des „Berliner Lokalanzeigers“ im Oktober 1922 nicht zu Unrecht auf die größere Stabilität in Frankreich verweisen; seit Mitte 1924 mehrten sich jedoch auch hier die Anzeichen einer politischen Krise, die insbesondere durch das Aufeinandertreffen der politischen Extreme gekennzeichnet war. Die Kommunisten befanden sich seit der Demonstration anlässlich der Überführung der sterblichen Überreste von Jaurès am 23.11.1924 in einer revolutionären Hochstimmung; die Euphorie wurde zu Beginn des neuen Jahres noch gesteigert durch den großen Streik der Fischkonservenarbeiter(innen) in der Hafenstadt Douarnenez. Der Streik, an dem sich kommunistische Redner und Agitatoren stark beteiligten, endete nach z.T. blutigen Auseinandersetzungen am 8. Januar 1925 unter dem Druck der Regierung mit einem Sieg der Streikenden. Zugleich begegneten die Kommunisten der Erbitterung auf der extremen Rechten infolge von Machtverlust und Bedrohungsangst mit einer enorm verschärften politischen Propaganda im Zeichen von Bolschewisierung und „Antifaschismus“. ⁶⁰ Hierzu gehörte auch der dringende Wille, den disziplinierten „Truppen“ der rechtsextremen Verbände, das heißt vor allem den *Jeunes Patriotes*, etwas Gleichwertiges entgegenzustellen. Wie in Berlin ging es dabei in besonderem Maße um die Frage der Versammlungshoheit. In dem Maße, wie auch die französischen Kommunisten zur Behauptung eines totalitären Versammlungs- und Nachrichtenmonopols tendierten, suchten sie die nicht-kommunistischen und insbesondere die „faschistischen“ Kräfte an der Ausübung ihres Versammlungsrechtes zu hindern. Seit Mitte 1923 riefen die Parteiführung und die Pariser Bezirksleitung kontinuierlich dazu auf, Kundgebungen und Demonstrationen gegnerischer, „faschistischer“ Gruppierungen mit Gegendemonstrationen zu beantworten. Auch sollten kommunistische Redner auf „faschistischen“ Versammlungen selbst das Wort ergreifen und von speziell eingeschleusten Parteimitgliedern lautstark unterstützt werden. ⁶¹ Spannungsreiche Auseinandersetzungen zwischen den extremistischen Gruppierungen gab es daher im Pariser Raum laufend, ohne daß sie hier erschöpfend behandelt werden könnten. So kam es am 28. Januar 1925 anlässlich eines Treffens der *Jeunes Patriotes* in der Japy-Sporthalle zu schweren tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Versammlungsteilnehmern. Die Pariser Parteiführung versuchte vergeblich, 300–400 ihrer Mitglieder in den Versammlungssaal einzuschleusen. Der Saalschutz der *Jeunes Patriotes* beeindruckte durch die Tatkraft, mit der er Störversuche unterband und die Kommunisten herausdrängte. Rund 200 PCF-Mitglieder wurden gewaltsam aus der Sporthalle vertrieben; als sie sich zu einer Gegendemonstration zu sammeln versuchten, wurden sie von der Polizei zerstreut. ⁶² In der kommunistischen Parteiführung war man nunmehr entschlossen, eine solche „Niederlage“ nicht noch einmal hinzunehmen. Bei der nächsten „faschistischen Versammlung“ so berichtete ein Informant, werde man energisch eingreifen, um aus der „faschistischen eine kommunistische Versammlung zu machen“. ⁶³ Und

⁶⁰ Vgl. dazu oben, S. 275f.

⁶¹ AN F7 13102, 28.7.1923, S.F.I.C., Circulaire no. 22. AIRM Nr. 106, PCF-Zirkular, 6.1.1925.

⁶² AN F7 13231, Polizeibericht vom 29.1.1925. Die Folgerung lautete: „Ces incidents semblent indiquer la volonté des dirigeants du Parti Communiste de saboter les réunions fréquentes qu’organisent les ligues des partis de droite et il y a lieu de craindre le renouvellement des incidents qui se sont produits hier soir au gymnase Japy“ (ebd.). Vgl. AN F7 13232, Note [Mai 1925]; F7 13097, 10.2.1925. Vgl. die Presseberichte in *Le Figaro*, 29.1.1925; *L’Avenir*, 29.1.1925; *L’Humanité*, 29.1.1925.

⁶³ AN F7 13097, 10.2.1925. Zur gleichen Zeit trafen auch die *Jeunes Patriotes* Vorkehrungen für weitere kommunistische „Sabotageversuche“, AN F7 13233, 29.1.1925.

Treint forderte in der „Humanité“: „Il faut organiser un service d'ordre prolétarien capable d'assurer la liberté de la parole dans les réunions ouvrières et communistes. Il faut, aux bandes fascistes, opposer la masse des ouvriers.“⁶⁴ Diese Marschrouten wurde in den ersten Monaten des Jahres 1925 auf allen Ebenen der Pariser Parteiorganisation propagiert. Im Zentrum stand dabei die Vorstellung eines faschistischen Angriffs und der proletarisch-kommunistischen Verteidigung, wie sie die Kategorien des Klassenkampfes nahelegten. Gewalt wurde dabei von vornherein mit einkalkuliert, wobei es sich um legitime Gegengewalt handeln würde.⁶⁵ So forderte ein Redner auf einer Versammlung des C.U.P. im 19. Arrondissement den Kampf gegen den Faschismus „mit allen Mitteln, im Fall eines Angriffs der Reaktionäre auch mit Gewalt“.⁶⁶ „Pour répondre aux provocations des jeunes bourgeois fascistes“, so forderte ein Mitglied der „Zelle 410“ bei Citroën, „il vaut mieux venir aux réunions, armé d'un bon revolver [...] que de se laisser esquinter par cette racaille qui obéit au sifflet à l'appel de ses chefs et observe une discipline qui'il serait souhaitable de constater chez les ouvriers.“⁶⁷ Ein anderer Redner forderte die sofortige Bewaffnung der Kommunisten; im übrigen bedürften die Kommunisten für die Begegnung mit den Faschisten „einer immer strengeren Disziplin“.⁶⁸

Die planmäßige Störung und Sprengung von Versammlungen in den Pariser Vororten durch die Kommunisten forderten wiederum eine stärkere Mobilisierung der *Jeunes Patriotes* selbst heraus, die ihre Präsenz insbesondere in der Pariser Banlieue mit quasimilitärischer Disziplin unter Beweis stellten.⁶⁹ Zu einer J.P.-Veranstaltung in Sèvres am 15. April 1925, von der bekannt war, daß die Kommunisten des Départements Seine et Oise sie zu verhindern suchen würden, wurden ca. 400 Mann Elitegruppen der *Jeunes Patriotes* in Lastwagen aus Paris transportiert.⁷⁰ Es ist daher nicht verwunderlich, daß solche mehrwöchige Agitation und Gegenagitation in den gravierendsten Ausbruch politisch motivierter Gewalt mündete, den Paris Mitte der zwanziger Jahre erlebte. Anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen fand am 23. April 1925 in dem überwiegend proletarischen 18. Pariser Arrondissement eine Wahlkampfversammlung des Kandidaten der Union Républicaine Nationale (Bloc National), Raoul Sabatier, statt, auf der auch Pierre Taittinger sprechen sollte. Die Veranstaltung war öffentlich und stand als „réunion contradictoire“ auch dem politischen Gegner offen. Unter den rund 700 Teilnehmern befanden sich denn auch ca. 400 Kommunisten, die Sabatier zunächst durch eine „systematische Obstruktion“ daran hinderten, seine Rede zu halten.⁷¹ Zwar gelang es dem kommunistischen Kan-

⁶⁴ Albert Treint, *Debout contre le fascisme en action!*, L'Humanité, 30.1.1925.

⁶⁵ Vgl. die Intervention Julien Racamonds auf dem Kongreß der C.G.T.U. im August 1925: „Il reste à examiner de quelle façon on peut répondre à l'organisation de la violence par l'organisation de la violence. Nous ne pouvons pas croire que la classe ouvrière française [...] pense qu'elle pourra s'opposer d'une façon anarchique, par des initiatives individuelles livrées à elle-mêmes, sans organisation méthodique, aux bandes organisées du fascisme.“ C.G.T.U., 3e Congrès National Paris, S. 89.

⁶⁶ AN F7 13016, 28.2.1925, Réunion organisée par le Comité d'Unité Proletarienne du 19ème Arrdt., 27.2.1925 (Clere).

⁶⁷ AN F7 13097 (Dossier Seine), 17.3.1925 (Vuillemin).

⁶⁸ Ebd., 10.4.1925, Cellule 372 (Gaumont, Mita Jacques).

⁶⁹ Echo de Paris, 16.4.1925; AN F7 13236, 20.4.1925. Vgl. Paul Vaillant-Couturier, *Exercices fascistes*, L'Humanité, 18.4.1923.

⁷⁰ AN F7 13233, 10.4.1925.

⁷¹ AN F7 13236, 24.4.1925, Rapport (Polizeibericht). Die *Jeunes Patriotes* sprachen von rund 1.500 Teilnehmern, darunter 800 Kommunisten, ebd., *Compte rendu établi par les Jeunes Patriotes* au sujet

didaten George Marrane, zeitweise relative Ruhe herzustellen; doch Sabatier und nach ihm Taittinger wurden immer wieder durch Pfliffe, Buhrufe und „Vive les Soviets“-Rufe unterbrochen. Während die Kommunisten die „Internationale sangen, hielt der durch Angehörige der *Jeunesses Patriotes* gestellte Saalschutz durch das Absingen der „Marseillaise“ und „Vive-Taittinger“-Rufe dagegen. Zugleich wurde die Schule in der Rue Damrémont, in der die Veranstaltung stattfand, von rund 300 Kommunisten gleichsam belagert. Ca. 70 Polizeibeamte bemühten sich, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Gegen Ende der Kundgebung, ungefähr um 23.00 Uhr, erfolgte dann sowohl in der Versammlung selbst als auch draußen auf der Straße eine Eskalation. Im Innern ergriff der Generalsekretär der *Jeunesses Communistes*, François Ernest Chasseigne, das Wort zu einer überaus gewaltsamen Rede, in der er mehr oder minder unverhüllt zu Tätlichkeiten gegen die „Faschisten“ aufrief.⁷² „La salle“, so lautete der Polizeibericht, „à ce moment s'échauffe et l'on sent la bagarre proche.“⁷³ Ungefähr zur gleichen Zeit erreichten rund 60 *Jeunesses Patriotes*, in militärischer Marschkolonne und mit Knüppeln bewaffnet, den Ort des Geschehens. Nach späteren eigenen Aussagen waren sie telefonisch gewarnt worden, daß sich Taittinger in persönlicher Gefahr befände; nun wollten sie ihren „Chef“ unterstützen. Zwar wurden die Ankömmlinge von der Polizei unmittelbar aufgefordert, sich wieder zu entfernen, um Auseinandersetzungen zu verhindern. Bevor sie jedoch dieser Aufforderung Folge leisten konnten, fielen von kommunistischer Seite mehrere Schüsse. Drei *jeunesses Patriotes* wurden auf der Stelle getötet, ein weiterer erlag später seinen Verletzungen. Die Täter, zwei junge Mitglieder des PCF, wurden noch am Tatort festgenommen. Bei den sich anschließenden heftigen Schlägereien zwischen Kommunisten und *Jeunesses Patriotes* gab es ca. 15, zum Teil schwer Verletzte.⁷⁴

Zwar unterschieden sich die beiden geschilderten Vorfälle beim Zirkus Busch und in der Rue Damrémont in ihren Einzelheiten. So war in Paris die Frage, wer zuerst „zu den Waffen“ gegriffen hatte, eindeutig zu beantworten; und waren in Paris vier „Faschisten“ die Todesopfer, so war es in Berlin ein Kommunist. Und doch war es das gleiche Grundmuster, nach dem politische Gewalt in diesen wie in unzähligen anderen Fällen verlief: Eine Veranstaltung der politischen Rechten wurde von den Kommunisten als „faschistisch“ und als gewaltsame „Provokation“ wahrgenommen. Fühlten sie sich daher zur Gegenmobilisierung und Gegengewalt ermächtigt, bestätigte dies die Gegner auf der äußersten Rechten in ihren Ansichten über das Bürgerkriegskonzept der Kommunisten. Hieraus schöpfte das ebenfalls auf extralegale Gewalt setzende, „faschistische“ Notwehr- und Ordnungskonzept seine hauptsächliche Antriebskraft. Die demokratischen Organe und insbesondere die Polizeibehörden gerieten angesichts dieser latenten Bürgerkriegssituation in die Defensive und hatten sich der Vorwürfe durch die Extremisten zu erwehren.

des événements de la rue Championnet et de la rue Damrémont. Ansonsten widersprechen sich die beiden Berichte kaum, der polizeiliche ist indes detaillierter.

⁷² Nach dem Polizeibericht nannte Chasseigne die *Jeunesses Patriotes* „Schlächter der Arbeiterklasse“: „Il indique que ces Légions fascistes s'organisent dans toute la France, mais que les Jeunesses Communistes sauront se défendre. Il désigne les Jeunesses Patriotes qui osent venir jeter un défi aux ouvriers dans ce quartier et déclare que maintenant la lutte est ouverte et que cette poignée de fascistes sera bientôt écrasée par les Jeunesses Communistes.“ AN F7 13236, 24.4.1925.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd. und die Berichte in *L'Ére Nouvelle*, 25.4.1925, und *L'Œuvre*, 25.4.1925.

In diesen Kategorien, die denjenigen der Zirkus-Busch-Ereignisse ziemlich exakt entsprachen, verlief auch die Diskussion im Anschluß an die Affäre in der rue Darnémont. Zwar war der Totschlag der vier *Jeunes Patriotes* vom PCF keineswegs geplant. Allerdings ergaben die Nachforschungen, daß die „groupes de combat“ des PCF sehr gezielt vor der als Versammlungsort dienenden Schule aufmarschiert waren. Bereits tags zuvor waren sie in ihren jeweiligen Rayons durch Rohrpost bzw. Radfahrerpatrouillen mobilisiert worden. Während der Kundgebung selbst sei der Kommandant der „groupes de combat“, Louis Ducamp, in ständiger Verbindung mit Raynaud und Arrighi gestanden, die die kommunistische Gruppe in der Versammlung selbst leiteten.⁷⁵ Zum einen war mithin eine zielgerichtete Planung in der kommunistischen Aktion klar erkennbar; zum anderen aber entglitten die Ereignisse selbst der kommunistischen Kontrolle. Man war sich darüber einig, „daß man den *jeunes patriotes* eine Tracht Prügel erteilen, sie jedoch nicht habe töten wollen“. „S'il y a eu du sang, ajoute-t-on, c'est que quelques camarades ont manqué de sang froid.“⁷⁶ Und doch zeigte sich in den Ereignissen eine offenkundige Logik zwischen Wort und Tat. Wenn auch die Parteiführung den Totschlag in dieser Form keineswegs wollte und durch ihn aufs höchste „überrascht“ und zunächst in eine „große Besorgnis“ gestürzt wurde,⁷⁷ so hatte doch zuvor die kommunistische Propaganda alles dazu getan, um eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Tat ausgeführt werden konnte.

Entsprechend leicht fiel es der Parteiführung, den Vorfall in der rue Darnémont in die vertrauten Kategorien von „faschistischer Aggression“ und kommunistischer „Verteidigung“ zu zwingen, wobei allerdings aus propagandistischen Gründen bedauert wurde, „daß wir nicht einmal einen einzigen Verletzten in unseren Reihen haben“.⁷⁸ Auf kommunistischen Wahlversammlungen wurde einmütig die Schuld der „Faschisten“ am Tod der *Jeunes Patriotes* festgestellt: „Les fascistes ont attaqué les communistes et ceux-ci se sont défendus.“⁷⁹ „A la violence [...] il faudra répondre par la violence.“⁸⁰ Ungeachtet aller Fragen um Schuld und Verantwortung erklärte „L'Humanité“ die beiden Täter, Gabriel Clerc und L. Bernardon, zu Märtyrern und Opfern der Klassenjustiz. Sie erschienen als Heroen des „Paris ouvrier“, das sich erfolgreich gegen die „faschistischen Provokationen“ zur Wehr gesetzt habe: „Les ouvriers du 18^e ont brisé l'assaut des centurions des Jeunes Patriotes qui attaquaient, en formation militaire, une pacifique réunion électorale [...]. Face au fascisme [...], les quartiers ouvriers, le prolétariat s'est défendu. Dans la lutte de jeudi soir, deux travailleurs ont été faits prisonniers pendant qu'ils accomplissaient leur devoir de combattants révolutionnaires.“⁸¹ Mit ihrer die Tatsachen verdrehenden Propaganda hatten die Kommunisten offensichtlich einigen Erfolg. So berichtete z.B. der Sekretär der

⁷⁵ AN 17 13236, 29.4.1925.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Ebd., Note, 29.4.1925; 25.4.1925.

⁷⁸ Ebd., 25.4.1925.

⁷⁹ Ebd., 25.4.1925, Elections municipales du 3 Mai, Quartier de la Gare (13^eme Arrdt.), Réunion organisée par le Parti Communiste, Candidature Colly (Brant), 24.4.1925; siehe auch ebd., 25.4.1925, Elections municipales du 3 Mai, Quartier du Pont de l'Andre (19^eme Arrdt.), Réunion organisée par le Parti Communiste, Candidature Marguerite Faussecave, 24.4.1925; ebd., 25.4.1925, Elections municipales du 3 Mai, Quartier de la Santé (14^eme Arrdt.), Réunion organisée par le Parti Communiste, Candidature Crémet, 24.4.1925 (Trent).

⁸⁰ AN 17 12968, Rapport Avril 1925, S. 25, Réunion de l'Habillemeent, 28.4.1925 (Rosen).

⁸¹ La solidarité prolétarienne contre le banditisme fasciste et la justice bourgeoise, L'Humanité, 26.4.1925. Siehe auch ebd., 25.4.1925 u. 27.4.1925.

Zelle eines genossenschaftlich geführten Restaurants im 12. Arrondissement, dessen Kundschaft überwiegend aus Arbeitern bestand, daß die Mehrheit der Kunden sich im Anschluß an die Vorfälle vom 23. April zunächst gegenüber den Kommunisten feindlich geäußert habe. Nachdem man jedoch Plakate aufgehängt und sonstige „Aufklärungsmaßnahmen“ ergriffen habe, sei nun die Mehrheit in diesem Milieu fest davon überzeugt, daß die Kommunisten sich nur gegen einen faschistischen Angriff „verteidigt“ hätten.⁸² Entgegen ersten Befürchtungen wirkte sich die Affäre der rue Damrémont denn auch nicht negativ auf die Pariser Kommunalwahlen am 3. Mai 1925 aus, aus denen die Kommunisten gestärkt hervorgingen.

Umgekehrt fühlten sich auch die zum Rechtsextremismus tendierenden Kräfte durch den Totschlag in der rue Damrémont in ihren ideologischen Freund-Feind-Kategorien bestätigt und zu weiteren „Verteidigungs“-Anstrengungen herausgefordert.⁸³ Zusammen mit der kommunistischen Jaurès-Demonstration am 24. November 1924 wurde der 23. April 1925 zu einer Art negativem Gründungsmythos der *Jeunes Patriotes*. Der „revolutionäre“ Aufmarsch vor dem Panthéon und der „Hinterhalt“ in der Rue Damrémont bewiesen die Notwendigkeit der antikommunistischen Mobilisierung. Die später immer wieder neu vollzogene Kommemoration dieser Ereignisse kam einer kollektiven Traditionsbildung gleich, die der eigenen Identitätssicherung und der Perhorreszierung des „Feindes“ zugleich diene. Unmittelbar nach dem 23. April zeigte sich indessen der bereits oben konstatierte „mäßigende“ Einfluß der Führung um Pierre Taittinger. Gegenüber seiner überwiegend jungen Anhänger-schaft, die auf „Rache“ sann und in der ersten Erregung daran dachte, unter den Kommunisten „Geiseln“ zu nehmen,⁸⁴ verzichtete Taittinger auf eine zusätzliche Anheizung der Atmosphäre. So lehnte er es z.B. ab, gegen das als viel zu milde betrachtete Urteil gegen Clerc und Bernardon eine große Protestkundgebung zu veranstalten. Taittinger hielt dies für zu gefährlich und befürchtete „schwerwiegende Konsequenzen“, wenn man die Leidenschaft zu sehr anstachele und potentielle „Rächer“ mit Waffen ausstatte.⁸⁵ Statt dessen empfahl er, kommende „schlimme Ereignisse“ abzuwarten, „in deren Verlauf den *Jeunes Patriotes* alle Möglichkeiten zur Aktion offenstehen würden“.⁸⁶ Diese Haltung war typisch für den Attentismus der meisten „faschistischen“ Bewegungen in Frankreich, die Spannungssituationen nicht um jeden Preis verschärften, sondern sich für den Ernstfall „bereit“ halten wollten.

Keinen Zweifel jedoch ließen Taittinger und seine politischen Freunde daran, daß das Linkskartell und insbesondere Herriot persönlich für die Eskalation Mitverantwortung trugen. In diesen Chor stimmte praktisch die gesamte Rechtspresse ein.⁸⁷ Den katholisch-gegenrevolutionären Kräften bot sich dabei die Gelegenheit, das anti-

⁸² AN F7 13236, 29.4.1925, Réunion des secrétaires de cellule, 28.4.1925. Hier auch weitere Belege für eine erfolgreiche Propagandaarbeit und das entsprechende Umkippen des Meinungsklimas.

⁸³ Exemplarsch: Edouard Helsey, *Sommes-nous en Révolution? Notes et Souvenirs sur l’Affaire de la Rue Damrémont*, Paris 1925.

⁸⁴ AN F7 13236, 7.5.1925. Bezeichnenderweise herrschte bei den *Jeunes Communistes* ebenfalls eine äußerst angeheizte Stimmung. Man rechnete fest mit Vergeltungsschlägen seitens der *Jeunes Patriotes* und bereitete die eigene Verteidigung vor. AN F7 12897, 27.4.1925.

⁸⁵ AN F7 13236, 7.5.1925.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Z.B.: Emile Bure, *L’école de l’assassinat*, *L’Éclair*, 26.4.1925; André François-Poncet, *Aux morts du 23 avril*, *L’Avenir*, 26.4.1925; Gustave Hervé, *La menace des barbares*, *La Victoire*, 26.4.1925; *Les Débats*, 25.4.1925; Léon Balby, *Trois Morts*, *L’Intransigeant*, 24.4.1925; Camille Aymard, *La révolution commence*, *La Liberté*, 24.4.1925.

kommunistische Notwehr- und Ordnungskonzept mit dem Angriff auf die laizistische Tendenz der Kartellregierungen zu verbinden. „Die heutigen Terroristen nehmen die Parolen der Terroristen von 1793 wieder auf“, klagte etwa die klerikal-katholische Zeitung „La Croix“: „Et aujourd’hui, comme sous la Révolution, les radicaux se font [...] les complices de ces attentats [...]. [M. Herriot] ne veut pas que la société réagisse contre les microbes de mort que lui inculque, par sa propagande, le communisme. Il ne veut pas que les honnêtes gens se défendent contre les attentats qui sont délibérément organisés contre eux. Il ne veut pas que les forces d’ordre s’organisent contre les forces de désordre.“⁸⁸

Damit geriet die Kartellregierung, die nach dem Rücktritt Herriots von Paul Painlevé geführt wurde, in eine strukturell ähnliche Situation wie die 1922/23 in Preußen regierende Weimarer Koalition. Denn auch die Pariser Kommunisten ließen an der „wohlwollenden Neutralität“ der Regierung gegenüber den „Faschisten“, deren Programm „der Bürgerkrieg“ sei, keinen Zweifel.⁸⁹ „Le cabinet Herriot, fourrier de la réaction, a ouvert les portes au fascisme et la tâche du Bloc des Gauches, soutenu par les socialistes est de désarmer le prolétariat.“⁹⁰

Die Zuspitzung dieser bipolaren, tendenziell totalitären Spannung, die Paris zwischen November 1924 und April 1925 erlebte, hinterließ auch bei den demokratisch-liberalen Kräften der politischen Mitte Spuren. Sie spiegelte sich in den Kommentaren der liberalen Presse wider, die immer häufiger auf das drohende Szenario eines „Bürgerkrieges“ hinwiesen, wobei je nach politischer Richtung eher die Kommunisten oder die „Faschisten“ als die größere Bedrohung des inneren Friedens angesehen wurden.⁹¹ „Nous commençons à goûter les horreurs de la guerre civile [...] les combats entre communistes et fascistes ensanglantent nos faubourgs.“⁹² Um so mehr war die Regierung aufgefordert – und dies liest sich wie ein Echo auf den oben zitierten Kommentar der „Vossischen Zeitung“ – Gesetz und Ordnung durchzusetzen: „Ainsi des deux côtés siffle l’appel à la guerre civile [...]. Une seule formule [...]: appliquer la loi, dans toute sa force et sa rigueur, à tous les factieux, assurer l’ordre dans la Patrie.“⁹³ Das Gewaltmonopol des demokratischen Staates zu verteidigen, war mithin eine Aufgabe, die auch in Frankreich auf der Tagesordnung stand.

Damit ist die entscheidende Epochenspezifität der im Zwischenkriegseuropa endemischen politischen Gewalt benannt. Ihr entsprach ein Wandel in der Form politischer Gewaltausübung seit Ende des Weltkrieges. Gewalt, die sich im Sinne Sorrels auf einen (schein-)legitimen, außerhalb der demokratisch-rechtsstaatlichen Normen liegenden Massenwillen berief, resultierte nun häufig aus dem Aufeinandertreffen paramilitärisch organisierter Propagandaverbände, die wechselseitig ein totalitäres Mei-

⁸⁸ Jean Guiraud, *Odieuses paroles. Politique néfaste*, La Croix, 28.4.1925.

⁸⁹ G. Monmousseau, *Ont-ils cru les ouvriers bons à tuer?*, L’Humanité, 27.4.1925. Daniel Renault, *Les débuts du fascisme en France*, L’Humanité, 25.4.1925.

⁹⁰ La solidarité prolétarienne contre le banditisme fasciste et la justice bourgeoise, L’Humanité, 26.4.1925.

⁹¹ L’Ère Nouvelle, 6.1.1925; 17.1.1925; 24.2.1925, 15.3.1925.

⁹² G. de la Fouchardière, *Projet de loi*, L’Œuvre, 26.4.1925.

⁹³ Georges Ponsot, *Force à la loi*, L’Ère Nouvelle, 26.4.1925. Siehe auch Jean Piot, *De l’ordre, tout simplement...*, L’Œuvre, 26.4.1925: „Quand la ‚division de fer‘ fasciste et les ‚sections de combat‘ rouges se cherchent, elles finissent par se rencontrer. Quand elles se sont rencontrées et qu’elles en viennent aux mains, on ne sait presque jamais qui a pris l’offensive [...]. Quand donc comprendrons-nous tous qu’il n’est en les circonstances présentes, de sauveurs providentiels ni d’extrême-droite ni d’extrême gauche, est que notre salut est dans l’ordre seul?“

nungsmonopol durchzusetzen suchten.⁹⁴ Dem lag letztlich eine irreduzible, die Epoche charakterisierende, *bipolare*, eben *totalitäre* Spannung zugrunde, die sich einerseits aus ideologisch begründeten Freund-Feind-Bildern, andererseits aus der bis dahin beispiellosen kollektiven Gewalterfahrung des Ersten Weltkriegs speiste.⁹⁵

Die bipolare Spannung im Zeichen von „Faschismus“ und „Antifaschismus“ bestand in Paris bis 1926/27 fort. Anders als die KPD vermochte sich der PCF dabei im Zeichen von Linkswendung und „Bolschewisierung“ zu konsolidieren. Von der politischen Krise und der Inflation profitierend, steigerte die Fédération de la Seine die Zahl ihrer Mitglieder seit Mitte 1924 wieder deutlich. Die rund 18.000 Mitglieder im Jahre 1926 bedeuteten einen neuen Höchststand, der erst Mitte der dreißiger Jahre wieder erreicht werden sollte.⁹⁶ Diese neue, sich im Zeichen bolschewistischer und damit quasi-militärischer Disziplin offenbarende kommunistische Stärke potenzierte die entsprechenden Befürchtungen auf der Rechten und leistete „faschistischen“ Notwehr- und Ordnungskonzepten Vorschub. Anlässlich bestimmter signifikanter Ereignisse konnte dies in den Jahren 1925–1926 jederzeit zu jener latenten, bürgerkriegsähnlichen Spannung führen, die der bipolaren, totalitären Signatur der Zeit entsprang. Als etwa im März 1926 die kommunistischen Kandidaten Jacques Duclos und Fournier bei einer Parlamentsnachwahl im zweiten Sektor von Paris über ihre konservativen Gegner Henri de Kerillis und Paul Reynaud triumphierten,⁹⁷ kam es am 28. März 1926 zu einer Reihe gewalttätiger Auseinandersetzungen, die erneut ein Todesopfer forderten. Angesichts des sehr knappen Wahlausgangs zusätzlich erregt, versuchten Angehörige der *Jeuneses Patriotes*, der *Camelots du Roi* und des *Faisceau* ebenso unter freiem Himmel zu demonstrieren wie Mitglieder des PCF und der *Jeuneses Communistes*. Polizei und Ordnungskräfte waren demgegenüber mit der Aufgabe, das bestehende Demonstrationsverbot durchzusetzen, tendenziell überfordert. Als in der Rue du Faubourg Saint-Honoré einige *Jeuneses Patriotes* versuchten, eine Polizeisperre zu durchbrechen, sie von der Polizei zurückgedrängt wurden und es dabei zu einer heftigen Schlägerei kam, erlitt ein 22jähriger Student, Mitglied der J.P., einen tödlichen Schlag.⁹⁸ Für Taittinger und die Rechtspresse war damit ein weiterer Beweis für die heimliche Komplizenschaft zwischen Kommunismus und Kartellregierung erbracht, die die Kommunisten als „Herren der Straße“ zurückließ: Der Student Mauri-

⁹⁴ Vgl. die Typologie politischer Gewalt bei Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925–1933, in: Wolfgang Mommsen u. Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 10), Stuttgart 1982, S. 422–440, hier S. 425f.

⁹⁵ Es war eben nicht nur das Bürgertum, sondern die gesamte Gesellschaft unter Einschluss der Arbeiterschaft, die durch die „Brutalisierung“ im Gefolge des Weltkrieges gezeichnet war. In vielen Arbeiten über das Gewaltproblem während der Weimarer Republik wird die daraus resultierende Bipolarität m.E. nicht ausreichend thematisiert und einseitig auf die Vorgeschichte des Nationalsozialismus verkürzt. Siehe z.B. den ansonsten anregenden Aufsatz von Bernd Weisbrod, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 391–404. Ähnliches gilt auch für psychologisierende Darstellungen des Gewaltpotentials etwa der Freikorps und der SA. Siehe Theweleit, Männerphantasien; Thomas Balthier, Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989.

⁹⁶ Vgl. oben, S. 164f.

⁹⁷ Hierzu ausführlich Stefan Grüner, Paul Reynaud und die Dritte französische Republik. Liberalismus in Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen, phil. Diss. Regensburg 1996.

⁹⁸ Siehe AN F7 13232, Dossier Rapports sur la bagarre de la Rue de Saint-Honoré, die Polizeiberichte vom 29. März 1926.

ce Ridard war auf dem „Feld der Ehre“ gefallen, als „Kommunisten und Kartellisten ihre Maske fallen ließen“.⁹⁹ Das Begräbnis Ridards wurde zu einer ritualisierten Form der Märtyrer-Kommemoration.¹⁰⁰

Es steht außer Zweifel, daß die seit Ende 1924 einsetzende kumulative Radikalisierung, für die die Vorfälle in der Rue Damrémont und in der Rue du Faubourg Saint-Honoré nur Beispiele sind, die politische Mobilisierungsbereitschaft in Paris erhöhte und so auch den stärkeren Zulauf zu Kommunisten und Rechtsverbänden mit erklärt. Wo immer möglich, suchten die Kommunisten dem Vormarsch der „faschistischen“ Verbände wie Ligue Millerand, *Jeunesses Patriotes* und seit Ende 1925 *Faisceau* ihren Widerstand entgegenzustellen. „Le fascisme violent en chemise bleue trouvera la résistance, non moins violente, en chemise rouge.“¹⁰¹ Von der A.R.A.C. wurde die Parole ausgegeben „Zahn um Zahn, Haß gegen Haß, Gewalt gegen Gewalt“.¹⁰² Wie in Berlin waren es zumeist die Jungen, die am stärksten zur Aktion drängten und die gewaltsamste Sprache pflegten: „A la violence, il faut répondre par la violence, aux coups par les coups. Si l'on s'empare du pouvoir, cela ne sera pas sans que le sang coule. Il faut donc se discipliner, s'organiser et alors, violemment, engager la partie.“¹⁰³ In diesem „antifaschistischen Widerstand“ bildeten die agitatorische und propagandistische Forcierung der „Einheitsfront von unten“, der Ausbau paramilitärischer Verbände und, damit eng zusammenhängend, die mögliche Verhinderung „faschistischer“ Veranstaltungen eine funktionale Einheit. Im Pariser Raum betraf dies insbesondere die „banlieue rouge“, den z.T. kommunistisch beherrschten Gürtel von Arbeitersiedlungen, der sich um die Hauptstadt legte. Vor allem der *Faisceau*, der sich besonders um die Gewinnung der Arbeiterschaft bemühte, unternahm 1926 unter der Leitung des Ex-Kommunisten Delagrangé eine großangelegte Offensive in die Pariser Banlieue. Vom PCF durchaus als Gefahr betrachtet,¹⁰⁴ scheiterte dieser Vorstoß jedoch an der mangelnden Aufnahmebereitschaft der Arbeiter für die Propaganda des *Faisceau*. Zu diesem Mißerfolg trug auch bei, daß die Kommunisten jede Versammlungstätigkeit des *Faisceau* systematisch bekämpften. Nicht zuletzt aus der Befürchtung heraus, daß Delagrangé über Rückhalt bei alten Parteifreunden verfüge, suchten die Kommunisten, jede *Faisceau*-Versammlung zu stören oder mit einer Gegendemonstration, zumindest aber mit einer eigenen Kundgebung zu beantworten (was häufig auf das gleiche hinauslief).¹⁰⁵ Der *Faisceau* bildete daraufhin aus der Mitte seiner „légionnaires“ noch einmal einen besonderen Ordnerdienst. Dieser „Versammlungsschutz“ bestand aus zwei „Equipes“, die jeweils 20 Mann umfaßten. „Bewaffnet“ waren sie mit Peitschen sowie Pfefferpäckchen, die dem Gegner in die Augen geschleudert werden konnten.¹⁰⁶ Zur gleichen Zeit versahen die „Groupes de Défense Antifasciste“ der A.R.A.C. ihre Mitglieder mit blauen Hemden, was ihnen bei Auseinandersetzungen

⁹⁹ Pierre Taittinger, *Au champ d'honneur, La Liberté*, 29.3.1926.

¹⁰⁰ AN F7 13232, Dossier Rapports sur la bagarre de la Rue de Saint-Honoré, Polizeibericht vom 31.3.1926.

¹⁰¹ So ein Mitglied der A.R.A.C. auf einer Veranstaltung des *Faisceau* in Boulogne, AN F7 13210, 15.12.1926 (Gilbert).

¹⁰² AN F7 13179, *Compte-rendu d'une réunion publique organisée par l'A.R.A.C.*, 20.6.1926 (Person).

¹⁰³ So das Mitglied der *Jeunesses Communistes*, Louis Pierre Couthuilhas, AN F7 13179, 8.7.1926, Polizeibericht von einer Versammlung in Vincennes.

¹⁰⁴ AIRM Nr. 157, Bureau d'organisation, 10.2.1926, *Travail parmi les femmes* (*Faussecave*); AIRM Nr. 189, Bureau Régional (Région Parisienne), 10.4.1926, *Lutte contre le fascisme*, S. 6.

¹⁰⁵ Ebd. (Alvergnat).

¹⁰⁶ AN F7 13208, 9.6.1926.

mit den „Blauhemden“ des *Faisceau* möglicherweise taktische Vorteile versprach.¹⁰⁷ Die Dialektik von Mobilisierung und Gegenmobilisierung, die wechselseitige „Aufrüstung“ gleichsam, wird hier deutlich erkennbar. Auch ist leicht einzusehen, daß diese Frontstellung häufig zu Tumulten oder auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führte.¹⁰⁸ Im Ergebnis behauptete der PCF seine Position in der Banlieue, ohne daß es dem *Faisceau* dauerhaft gelungen wäre, in den Vororten Brückenköpfe zu bilden. Jedenfalls konnten sich die Kommunisten als Sieger fühlen, als der Propaganda- und Rekrutierungsangriff des *Faisceau* auf die Banlieue verpuffte und seine Bedeutung nach dem Regierungsantritt Poincarés und der sich abzeichnenden Währungsstabilisierung ohnehin stark zurückging. „Les fascistes nous menacèrent d’une action générale dans la banlieue destinée à contre-balancer notre influence“, so resümierte der Jahresbericht der Pariser Bezirksleitung. „Nous vîmes apparaître le renégat Delagrange mais cela ne dura que peu de temps. Ils risquaient pourtant quelques raids dans la R.P. [i.e. région parisienne], partout nous avons réussi à les mettre en échec et la plupart du temps, ils ne réussirent même pas à tenir leurs réunions.“¹⁰⁹

Die 1923/24 als Reflex auf die innersowjetischen Diadochenkämpfe vollzogene Linkswendung im PCF und die sich daran anschließende politische Radikalisierung trafen sowohl auf eine tatsächliche politische, ökonomische und finanzielle Krise als auch auf eine neue Form außerparlamentarischer und „faschistischer“ Agitation auf der Rechten. Im französischen „Faschismus“ der zwanziger Jahre besaß die verstärkte propagandistische, agitatorische und paramilitärische Mobilisierung der Pariser Kommunisten einen konkreten Bezugspunkt. Tatsächlich koinzidierte 1924–1926 in der Pariser Region das antifaschistische Paradigma der Kommunisten mit einer „faschistischen“ Welle. Nach dem Regierungswechsel des Jahres 1926 aber verebbte die „faschistische“ Welle rasch, und so verlor auch der kommunistische „Antifaschismus“ vorübergehend an politischer Relevanz.¹¹⁰

Sozialistische und republikanische Kräfte tangierte der kommunistische „Antifaschismus“ demgegenüber nur wenig. Zwar gab es, solange die S.F.I.O. durch ihre Tolerierungspolitik mittelbar an der Regierungsmacht beteiligt war, Ansätze zu einer französischen Variante der „Sozialfaschismus“-These.¹¹¹ Auch fehlte es nicht an

¹⁰⁷ La milice communiste, *Echo de Paris*, 31.5.1926. Die Wahl der Farbe blau stieß allerdings innerhalb der A.R.A.C. auch auf Kritik, Siehe AN F7 13179, 5.6.1926, Réunion des chefs de groupes du service d’ordre de la région parisienne du Parti Communiste, 4.6.1926.

¹⁰⁸ Beispiele: AN F7 13210, 18.5.1926 (Puteaux-Surèsnes); 1.6.1926 (15. Arrdt.); 11.6.1926 (Levallois-Perret); 15.12.1926 (Boulogne). AN F7 13305, 10.11.1926 (Nanterre); 11.11.1926 (Courbevoie); 15.11.1926 (Choisy-le-Roi).

¹⁰⁹ AIRM Nr. 253, PCF, Région Parisienne, Rapport moral et politique, 1926–1927, S. 28.

¹¹⁰ Dies wurde von der Pariser Bezirksleitung selbst so gesehen. Ebd.

¹¹¹ Abschnitt „Fascisme ou social-fascisme“, in: *Projet de Thèses sur la situation nationale, Cahiers du Bolchevisme*, 26.12.1924, S. 419. Vgl. die eher konfuse Intervention Treints auf der Erweiterten Exekutive im Frühjahr 1925: „In dem Maße, wie der Klassenkampf sich ausbreitet, schreitet der Prozeß der Entwicklung der Sozialdemokratie [i.e. die französischen Sozialisten] zu einer wirklich faschistischen Organisation, die den antiproletarischen Kampf mit der sozialen Demagogie kombiniert, weiter vorwärts. Die Entwicklung der Sozialdemokratie in der Richtung zum Faschismus ist weit vorgeschritten. Zwar nicht überall gleichmäßig, doch ist dieser Prozeß in den verschiedenen Gebieten Frankreichs zu verzeichnen. Festzustellen ist, daß die Bourgeoisie sich sehr komplizierter Methoden bedient. Sie bedient sich nicht entweder des Faschismus oder der Sozialdemokratie, sondern sie verwendet gleichzeitig alle ihre Mittel, die sie nach sehr komplizierten Methoden kombiniert.“ Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (Moskau 21. März – 6. April 1925), Hamburg 1925, S. 76. Auf dem Parteitag von Clichy war die „Sozialfaschismusthese“ zwar parteioffizielle Lehrmeinung, ohne daß sie freilich eine nachhaltige Wirkung ausübte hätte.

kommunistischen Versuchen seitens der kommunistischen Verbände, im Namen des „Antifaschismus“ gegenüber den Verbänden von S.F.I.O. und C.G.T. die Taktik der „Einheitsfront von unten“ anzuwenden.¹¹² Aber in Paris besaßen Sozialisten und Reformisten weder im gewerkschaftlichen noch im politischen Bereich genügend Machtpositionen, als daß diese These ausreichende Bezugspunkte in der Realität gehabt und der alltäglichen Erfahrung entsprochen hätte. Im Vergleich mit den Verhältnissen in Berlin, Preußen und im Reich war sie einfach zu wenig plausibel. In den Schlüsselindustrien der Pariser Region, wie Metall- und Bauindustrie, waren die C.G.T.-Gewerkschaften so gut wie einflußlos; und die entscheidenden Regierungsposten wie insbesondere die beiden Ämter des Präfekten des Département Seine sowie des Pariser Polizeipräfekten waren durch Angehörige der bürgerlichen Verwaltungselite besetzt. Niemals vor 1936 war die S.F.I.O. in der Position, auf die personelle Besetzung dieser Ämter politischen Einfluß zu nehmen. Hinzu kam, daß es auch in der Fédération de la Seine der S.F.I.O. Tendenzen gab, gemeinsame „antifaschistische“ Aktionen mit den Kommunisten zu billigen. Ende Mai 1926 kam die Pariser Parteiführung um Renaudel zu dem Schluß, daß der Kampf gegen den Faschismus „eine neue Situation hervorgerufen habe“. Hiervon ausgehend, wurde einzelnen Ortsverbänden der Pariser Region erlaubt, mit den Kommunisten gemeinsame Kundgebungen zu veranstalten, soweit sie *ausschließlich* dem antifaschistischen Kampf dienten.¹¹³ Kam es also im Zusammenhang mit den „antifaschistischen“ Versuchen des PCF, Versammlungen gegnerischer Verbände zu behindern, zu z.T. schweren Auseinandersetzungen, so berührte dies nicht unmittelbar das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten.

In Deutschland und der Reichshauptstadt lagen die Verhältnisse grundlegend anders. Der scharfe Linksruck, den die KPD auf ihrem IX. Parteitag in Frankfurt besiegelte,¹¹⁴ erfolgte zu einem Zeitpunkt, als sich die sozialökonomische und politische Situation gerade wieder zu stabilisieren begann. Wenn also auf der Grundlage des Frankfurter Parteitags ein, wie es Hermann Remmele formulierte, „revolutionärer Kleinkrieg“ gegen den „Faschismus“ angestrebt wurde,¹¹⁵ so traf dies – ganz im Gegensatz zu den Pariser Verhältnissen – auf einen faktischen Rückgang „faschistischer“ Organisationen. Zwar mochten sich die Kommunisten zunächst durch den sogenannten „Blutsonntag von Halle“ bestätigt fühlen. Hier fand am 11. Mai 1924 eine Großkundgebung, ein „Deutscher Tag“ der paramilitärischen Rechtsverbände (Stahlhelm, Wehrwolf etc.) statt. Kommunistische Gegendemonstranten wurden von der Polizei am Betreten der Stadt gehindert, und am Ende waren acht Tote und viele Verletzte zu beklagen.¹¹⁶ Doch wenn auch für die Zukunft gefordert wurde, „überall, wo die Faschisten aufmarschieren [...], dies gewaltsam [zu] verhindern“,¹¹⁷ so fehlte solcher Aktivität, zumal in Berlin, gewissermaßen der Gegenstand: Die einzig nennenswerte „faschistische“ Gruppierung in der Hauptstadt, die als Sammelbecken fungierende „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ erreichte bei den Reichstags-

¹¹² Siehe etwa AN F7 13179, die Polizeiberichte vom 1.6.1926 u. 19.6.1926; Le Combattant. Organe mensuel de lutte antifasciste (Organ der A.R.A.C.), Oktober 1926.

¹¹³ Ebd., Polizeibericht vom 1.6.1926.

¹¹⁴ Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 62ff., und oben, S. 240f.

¹¹⁵ Protokoll des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale (17. Juni bis 8. Juli 1924), 2 Bde. Hamburg 1925, Bd. II, S. 768 (Freimuth, i.e. Hermann Remmele).

¹¹⁶ Winkler, Schein der Normalität, S. 455.

¹¹⁷ Protokoll des V. Kongresses, S. 768.

wahlen im Dezember 1924 in Berlin gerade 2% der Stimmen.¹¹⁸ Auch in der Folgezeit setzte sich der Niedergang der rechtsextrem-völkischen Gruppierungen in der Reichshauptstadt fort.¹¹⁹ Im März 1925 konstatierte die „Weltbühne“ das „Ende der völkischen Bewegung“.¹²⁰

Nun zeigte sich, daß man die kommunistische These von der „Verteidigung“ bzw. der „Norwehr“ keinesfalls *à la lettre* nehmen darf. So erklärte etwa Ruth Fischer im Frühjahr 1925 vor dem Erweiterten Exekutivkomitee der Komintern, die Mittelschichten, die das Gros der „faschistischen Heerscharen“ gestellt hätten, seien „heute beruhigt und gebunden an die bürgerliche Regierung“, und konstatierte den „Zusammenbruch der völkischen Bewegung“.¹²¹ Gleichwohl verübten Angehörige von KPD, RFB und Rotem Jungsturm zwischen 1924 und 1926, als es im „roten“ Berlin eine „faschistische“ Bedrohung durchaus nicht gab, regelmäßig Aggressions- und Gewaltakte gegen politisch Andersdenkende. Da die Veranstaltungen und Kundgebungen aller dieser Gruppierungen wegen kommunistischer Drohungen und Übergriffe verstärkten Polizeischutz benötigten, ergab sich zudem eine klare Frontstellung zwischen Kommunisten und – sozialdemokratisch geführter – Polizeigewalt.

Im Fadenkreuz der kommunistischen Aggression befanden sich erstens die Verbände der politischen Rechten wie v.a. Stahlhelm, DNVP und deren Jugendorganisation, die Bismarckjugend. Zweitens aber setzten die Berliner Kommunisten, zumindest während der „linken“ Periode bis Ende 1925, ihr Verständnis der Einheitsfronttaktik gegenüber den republikanischen Gruppierungen wie Reichsbanner und SPD in äußerst aggressiver Weise um, was immer wieder aufs Neue zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führte. So kritisierte etwa der „Offene Brief“ der Komintern vom 1. September 1925 explizit „die gegenseitigen Schlägereien zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“, die der Partei großen Schaden zufügen würden.¹²² Drittens schließlich richteten Angehörige von KPD und RFB in Berlin ihre Attacken auch direkt gegen die Polizei, die der kommunistischen Propaganda ohnehin als Herrschaftsinstrument von bürgerlichem Kapitalismus und „Faschismus“ galt.

Mitte 1925, im Zusammenhang mit den Reichspräsidentenwahlen, registrierte die Polizei in Berliner Arbeiterwohnvierteln wie Neukölln immer häufiger „jugendliche Angehörige des Roten Frontkämpferbundes und Roten Jungsturms, welche in kleinen Trupps plötzlich auftreten, Angehörige anderer politischer Verbände belästigen und tätlich angreifen, jedoch beim Erscheinen der Polizei schleunigst verschwinden“.¹²³ Besonders der Stahlhelm und die Jugendorganisation der DNVP, die Bismarckjugend, sahen sich häufigen Übergriffen seitens kommunistischer Sympathisanten ausgesetzt. Auch nach dem Kurswechsel der Parteizentrale unter dem zentralistischen Politbüro Thälmanns setzte sich die Tendenz zur gewaltsamen Beherrschung der Straße unter den Berliner Kommunisten fort. Bezeichnenderweise stieß der Schwenk im Gefolge des „Offenen Briefs“ in der „linken“ Hochburg Berlin auf be-

¹¹⁸ Büsch, Beiträge, S. 353.

¹¹⁹ Vgl. Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 327ff., über den Niedergang des Rechtsradikalismus in Berlin während der Jahre 1924–25.

¹²⁰ Heinz Pol, Das Ende der völkischen Bewegung, in: Die Weltbühne, Jg. 21 (1925), 17.3.1925, S. 386–388.

¹²¹ Protokoll der Erweiterten Exekutive März-April 1925, S. 59f.

¹²² Weber (Irsig), Deutscher Kommunismus, S. 235.

¹²³ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7545, fol. 19, Schreiben der Polizei-Inspektion Neukölln, 6.7.1925, betr. Treiben radikaler Elemente (mit Beispielen).

sonderen Widerstand. Der „Offene Brief“ wurde in den Berliner Parteigremien zunächst mit klaren Mehrheiten abgelehnt. Unter dem Stichwort „Schluß mit allen antimoskowitzischen Bestrebungen in Berlin“ mußte die neue Zentrale unter Thälmann das ganze Gewicht des Parteiapparates aufbieten, um die neue Linie auch in der Reichshauptstadt durchzusetzen.¹²⁴ Die Politik der Straße und der „schwierigen Faust“ wurde jedenfalls auch unter Thälmann fortgesetzt. So nahm in Berlin die „Straßenunsicherheit durch das immer dreister werdende Treiben linksradikaler Organisationen, insonderheit des Roten Frontkämpferbundes und des Roten Jungsturmes“, wie es ein Bericht des Kommandos der Schutzpolizei formulierte, fühlbar zu. Allein während der Zeit vom 22. Januar bis 4. Februar 1926 wurden 26 kommunistische Ausschreitungen gegen Angehörige der Rechtsverbände registriert.¹²⁵ „Angehörige politisch rechtsstehender Verbände können es zur Zeit in fast allen Stadtgegenenden kaum noch wagen, sich einzeln zu zeigen. Dabei sind sämtliche Saalveranstaltungen dieser Verbände, Veranstaltungen unter freiem Himmel – soweit sie überhaupt stattfinden – und die Umgebung der Versammlungslokale in großem Umkreis durch besondere Kräfte stark gesichert. Trotzdem läßt es sich nicht verhindern, daß weitab von den Lokalen heimkehrende Versammlungsteilnehmer, die oft gar keiner politischen Richtung angehören oder äußerlich als solche nicht kenntlich sind, von plötzlich auftretenden Trupps überfallen und mißhandelt werden.“¹²⁶

Die „antifaschistischen“ Kampfmittel der Kommunisten bedeuteten unzweifelhaft einen permanenten Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol. Dies zog einen ständigen Kleinkrieg mit den hauptstädtischen Polizeikräften nach sich,¹²⁷ was die KPD freilich nicht daran hinderte, gegenüber den einfachen Schutzpolizisten ihre Taktik der Einheitsfront von unten anzuwenden, um die „faschistischen“ Polizeioffiziere in den Augen des einfachen, quasi proletaroiden Polizeibeamten zu „entlarven“.¹²⁸ Nun war in Preußen und seiner Hauptstadt Berlin seit der Novemberrevolution eine mehr oder minder durchgreifende Demokratisierung erfolgt. In besonders markanter Weise zeigte sich dies bei denjenigen Funktionen, die die staatliche Autorität am unmittelbarsten repräsentierten; denn sie waren nachgerade durch die Sozialdemokratie monopolisiert. In Preußen war der Innenminister während der gesamten Weimarer Republik, von einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1921 abgesehen, ein Sozialdemokrat.¹²⁹ Das gleiche gilt für die Schlüsselposition des Berliner Polizeipräsidenten, der dem preußischen Innenminister direkt unterstand und bis 1932 ebenfalls von der SPD gestellt wurde. Das heißt, die von den Kommunisten a priori als feindlich definierte demokratische Staatsmacht begegnete ihnen in Berlin stets – angefangen beim Reichswehrminister Noske im Jahre 1919 – in Gestalt der Sozialdemokratie. Von Noske zu Severing, von Grzesinski zu Zörgiebel schien sich eine ungebrochene Kontinuität antikommunistischer Unterdrückung aufzutun; und sofern man die Prä-

¹²⁴ Weber, *Wandlung I*, S. 128ff.; Langels, *Opposition*, S. 73ff.

¹²⁵ BJLHA Pr.Br. Rep. 30 Berlin C, Nr. 7489, fol. 160, Kommando der Schutzpolizei an den Polizeipräsidenten, 6.2.1926.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Vgl. Liang, *Berliner Polizei*, S. 114ff.

¹²⁸ BJLHA Pr.Br. Rep. 30 Berlin C, Nr. 7534, fol. 39–42, Flugblatt „Polizeibeamte Berlins“ [März 1927] (Abschrift). Vgl. Liang, *Berliner Polizei*, S. 95ff. über die kommunistischen Versuche der „Zersetzung“ im Polizeikorps.

¹²⁹ Die Ausnahme betraf den Demokraten Alexander Dominicus, der vom 21.4. bis 7.11.1921 als Preußischer Minister des Innern amtierte.

missen der kommunistischen Faschismustheorie akzeptierte, gewann unter dieser Perspektive auch die „Sozialfaschismus“-These ein erhebliches Maß an erfahrungsgeschichtlicher Plausibilität. Das „System Severing“ etwa, das – modern gesprochen – die Gedanken der „wehrhaften Demokratie“ und des „antitotalitären Grundkonsenses“ antizipierte, ließ sich nahtlos in die ideologische Matrix des Kommunismus einfügen, die ja wesentlich auf der These vom „Verrat“ der Sozialdemokraten beruhte.¹³⁰ Zugleich war den deutschen Kommunisten damit ein unschätzbare propagandistische Angriffspunkt gegeben, was Ruth Fischer z.B. offen aussprach: „Es ist viel leichter, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, wenn sie in der Regierung sitzt, wenn sie offen gegen die Arbeiterschaft auftritt, es ist leichter, einen Mord, wie den in Halle auszunützen, wenn ein sozialdemokratischer Polizeipräsident den Befehl an den Leutnant zum Schießen gegeben hat und wenn ein sozialdemokratischer Minister in Preußen als Verantwortlicher für das Blutbad aufgedeckt wird.“¹³¹

Ganz anders lagen die Verhältnisse in Paris. Paris besaß keine wirkliche kommunale Selbstverwaltung und entbehrte als einzige französische Stadt eines gewählten Bürgermeisters. Vor dem Hintergrund der langen und unruhigen revolutionären Tradition seiner Hauptstadt hielt der französische Zentralstaat Paris unter quasi obrigkeitstaatlicher Kuratel.¹³² Die Exekutive lag bei dem Präfekten des Départements Seine sowie vor allem beim Pariser Polizeipräfekten. Beide Ämter wurden während der Zwischenkriegszeit durchgehend von Angehörigen der bürgerlichen Verwaltungselite besetzt und blieben für die Sozialisten unerreichbar. Wenn also der Pariser Polizeipräfekt bis Mitte der dreißiger Jahre eine autoritäre und scharf antikommunistische Linie verfolgte,¹³³ so konnte man darin eine für die Pariser Region typische politisch-soziale Spannung wiederfinden. Es war die Spannung zwischen dem bürgerlich-mittelständischen Zentrum einerseits und den an der Peripherie gelegenen Arbeitervierteln bzw. -vororten andererseits. Jean Chiappe etwa, der bedeutendste Polizeipräfekt der Zwischenkriegszeit, war der Held des bürgerlichen Paris; für die Linke freilich war er die „bête noire“, dies aber für die *gesamte* Linke, das heißt für Kommunisten, Sozialisten und Linksrepublikaner gleichermaßen.¹³⁴ Mithin akzentuierte in Paris die autoritär gehandhabte Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols gegen die „direkte“ Aktion der Kommunisten die Kategorien des Klassenkampfes. In Berlin dagegen akzentuierte sie einmal mehr die Spaltung der Arbeiterbewegung, die sich seit 1918 vor allem auch in den Kategorien von politischer Macht und Staatsgewalt äußerte.

¹³⁰ Dies gilt noch in besonderem Maße für die Zeit von 1926 bis 1930, als Albert Grzesinski Innenminister und Zörgel Berliner Polizeipräsident war. Grzesinski übernahm zwar das „System Severing“, das zum Markenzeichen eines demokratischen und gegen politischen Extremismus vorgehenden Preußen geworden war, allerdings trug er durch persönliche Schroffheit nicht selten selbst zur Verschärfung der Gegensätze bei. Vgl. Thomas Alexander, Carl Severing, Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992, S. 136ff. u. 153. Über die Ansätze zum Konzept der „wehrhaften Demokratie“ während der Weimarer Republik Gusy, Weimar.

¹³¹ Protokoll der Erweiterten Exekutive (März – April 1925), S. 62f. Ruth Fischer spielte hier auf den „Blutsonntag“ von Halle am 11. Mai 1924 an.

¹³² Vgl. dazu Jean Tulard, Liberté ou tutelle de l'État? Le débat autour du statut actuel de Paris 1789–1889, in: L'administration de Paris (1789–1977). Actes du colloque tenu au Conseil d'État le 6 mai 1978, Genf 1979, S. 33–42.

¹³³ Vgl. Carrot, Maintien de l'ordre II, S. 711ff.

¹³⁴ Vgl. zu Chiappe André Ullmann, Quatrième pouvoir, S. 116ff., u. Lucien Zimmer, Un septennat policier, Paris 1967, v.a. S. 24ff.

Die in Berlin 1919–1923 besonders stark spürbare Bürgerkriegsspannung im Zeichen extremistischer „Notwehr“ und „Selbsthilfe“ war auch während der besten Jahre der Weimarer Republik zumindest latent stets präsent. Ein Beispiel hierfür, welches das Spannungsdreieck zwischen „Faschisten“, Kommunisten und Polizeikräften in besonderer Weise akzentuierte, erlebte die Reichshauptstadt während des achten deutschen Reichsfrontsoldatentages, eines alljährlichen nationalen Stahlhelmtreffens, das am 7./8. Mai 1927 in Berlin stattfand. Unter einem doppelten Gesichtspunkt wählte die Stahlhelmführung Berlin als Ort der Veranstaltung aus. Zum einen sollte hier symbolisch an die ruhmreiche Tradition der preußischen Könige angeknüpft werden, die man für die Programmatik des Stahlhelms – äußere und innere „Befreiung“ – instrumentalisierte.¹³⁵ Zum anderen aber verband sich mit dem Entschluß, den Reichsfrontsoldatentag im „roten Berlin“ zu veranstalten, eine gezielte Provokation. „Nicht um begrüßt zu werden, oder um sich für irgend etwas zu bedanken, kämen die Stahlhelmer am achten Mai nach Berlin,“ so erklärte der Bundesführer Seldte im Vorfeld der Veranstaltung, „sondern um es – ohne Waffen – zu erobern! Man erobere nicht etwas, was einem freundlich gesinnt sei, sondern was einem feindlich gegenüberstehe. Nachdem der Stahlhelm jahrelang um die Festung Berlin herumgegangen sei, fasse er sie jetzt und nehme sie im Sturm, unbekümmert um das Wut- und Wehgeheul der Roten und Rötlichen.“¹³⁶ Wenn sie auch eine moralische und symbolische „Eroberung“ anstrebte, so war der Stahlhelmführung doch von Beginn an der provokatorische Gehalt ihres Vorhabens voll bewußt. Der Stahlhelmtag sollte der „marxistischen“ Mehrheit in der Hauptstadt die Kraft des „nationalen“ Deutschland vor Augen führen.¹³⁷

Nachdem die preußischen Innenbehörden die geplante Veranstaltung genehmigt hatten, entfesselte die KPD eine wochenlange Propaganda- und Agitationskampagne gegen den „Stahlhelm“-Aufmarsch. Demzufolge unterstand es keinem Zweifel, „daß der Stahlhelm es nicht bei Worten bewenden lassen wird, sondern zu blutigen Taten übergehen wird“.¹³⁸ „Der Stahlhelmaufmarsch [...] im roten Arbeiter-Berlin kennzeichnet die Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Reaktion zum offenen Kampf der Bourgeoisie mittels der faschistischen Banden gegen die werktätigen Massen. Da der Aufmarsch [...] offen als Kampfaufmarsch gegen das ‚freche rote Gesindel‘, wie sie die Arbeiterschaft Groß-Berlins nennen, angekündigt wird, so ist die Organisierung eines die gesamte Arbeiterschaft umfassenden Schutzes vor diesem angekündigten Überfall ein Akt der *Notwehr*.“¹³⁹ Während der Kampagne im Vorfeld des Stahlhelmtages waren denn auch alle Elemente des kommunistischen Antifaschismus

¹³⁵ Die Ziele des Stahlhelms: Moralische Eroberung Berlins, Neue Preußische Zeitung, Nr. 212, 7.5.1927 (Rede Seldtes).

¹³⁶ Der Werbefeldzug des Stahlhelms: Die Ziele der Berliner Tagung, Neue Preußische Zeitung, Nr. 195, 27.4.1927 (Rede Seldtes).

¹³⁷ Vgl. Peter Fritzsche, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, Oxford 1990, S. 181f. Allgemein zum Stahlhelm vgl. Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33), Düsseldorf 1966.

¹³⁸ Offener Brief der KPD und des RfB an ADGB, SPD und Reichsbanner, 23.3.1927, Rf Nr. 72, 26.3.1927.

¹³⁹ BIIJA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7534, fol. 69, Instruktion zur Organisierung der Gegenwehr und der Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch am 7. und 8. Mai (Abschrift), S. 1. Die Formulierung bezieht sich auf eine vom Berliner Stahlhelm-Führer von Stephani kolportierte Äußerung, siehe Rf Nr. 72, 26.3.1927.

zu beobachten. Gegenüber SPD und Reichsbanner wurde auf die Bildung der „Einheitsfront“ gedrungen, „um eine gemeinsame Gegenwehr zu organisieren“.¹⁴⁰ Daß es sich hierbei primär um eine Einheitsfront „von unten“ handeln würde, war nach der behördlichen Genehmigung des Reichsfrontsoldatentages praktisch unvermeidlich. Denn einmal mehr schien es aus kommunistischer Perspektive so, als würden die sozialdemokratisch geführte Polizei und der „Vorwärts“ mit dem „faschistischen“ Angriff auf Berlin gemeinsame Sache machen und sich damit als „Sozialfaschisten“ disqualifizieren. Die Taktik der Einheitsfront von unten sollte im übrigen auch gegenüber den nach Berlin reisenden Stahlhelmen selbst angewandt werden. Die kommunistischen Instruktionen hielten zu einer „intensiven Werbearbeit unter den proletarischen Stahlhelm-Mitgliedern“ an, „um sie über die Judasrolle aufzuklären, zu der sie von der Bourgeoisie gegen die werktätigen Massen und ihre eigenen Lebensinteressen gezwungen werden“.¹⁴¹ Die solcherart geschmiedete proletarische „Abwehrfront“ sollte sich dann am 8./9. Mai zum „wehrhaften“ antifaschistischen Kampf und zu ganztägigen Gegendemonstrationen in den Straßen versammeln.¹⁴² Gewalt wurde hierbei zumindest billigend in Kauf genommen. Der Berliner Bezirksleiter Wilhelm Pieck stimmte mit Thälmann darin überein, „daß dieser Tag [i.e. Stahlhelmtag] in Berlin nicht ohne schwere Zusammenstöße abgehen wird“. Verbote durch den Polizeipräsidenten seien zu erwarten, „aber wir werden auch auf diese Gefahr hin die stärkste Gegendemonstration gegen den Stahlhelmtag organisieren müssen. Selbst wenn wir alles daran setzen wollten, Zusammenstöße mit den Stahlhelmlern zu verhindern, so würde uns das kaum gelingen.“¹⁴³ Das tatsächlich erfolgende Verbot der kommunistischen Gegendemonstrationen durch den Polizeipräsidenten Zörgiebel bestätigte denn auch einmal mehr die kommunistische Sichtweise der Kollaboration zwischen „Faschisten“ und Polizeikräften; zugleich war es dem Verbot aber doch größtenteils zu verdanken, daß das Stahlhelmtreffen selbst ohne größere Zwischenfälle verlief und das demokratische Gewaltmonopol gegenüber den politischen Extremisten aufrechterhalten wurde.¹⁴⁴ Hinzu kam, dies muß festgehalten werden, daß sich der Stahlhelm wie auch die meisten anderen Rechtsverbände Mitte der zwanziger Jahre – bei aller martialischen Rhetorik – eigener gewalttätiger Übergriffe oder Provokationen tatsächlich weitestgehend enthielt. In dieser Beziehung verfügten die nationalistischen Rechtsorganisationen wie der Stahlhelm zweifelsfrei über größere Disziplin in den eigenen Reihen. Zwar gaben auch KPD und RFB 1926 die offizielle Linie aus, sich auf reine „Abwehrmaßnahmen“ zu beschränken und nicht aus eigenem Antrieb gewalttätig zu werden; aber insbesondere ihrer jüngeren, häufig erwerbslosen Mitglieder konnte sich die Partei- und Bundesführung dabei nie sicher sein.¹⁴⁵

¹⁴⁰ BJHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7534, fol. 73.

¹⁴¹ Ebd., fol. 71.

¹⁴² Ebd., fol. 81.

¹⁴³ SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/23, fol. 157, Wilhelm Pieck: Bericht über Berlin [1927].

¹⁴⁴ Im Stahlhelm selbst wurde der Reichsfrontsoldatentag als Erfolg gefeiert. Siehe Fritz Carl Roegels, Der Marsch auf Berlin, Berlin 1932, S. 85f. („Dieser Marsch des Stahlhelms kam in der Tat doch einem Eroberungszug gleich.“ Ebd., S. 86).

¹⁴⁵ Das von Rosenhaft, *Beating the Fascists*, S. 167ff., für die Zeit von 1929 bis 1933 gezeichnete soziale Profil des jugendlichen, arbeitslosen, unverheirateten und konfessionslosen „Straßenkämpfers“ dürfte Mitte der zwanziger Jahre nicht viel anders gewesen sein.

2. Die unterschiedliche Entwicklung des „Antifaschismus“ seit 1929

Im selben Maße, wie sich die kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs seit Beginn der „Dritten Periode“ unterschiedlich entwickelten, so trennten sich auch die Wege des kommunistischen „Antifaschismus“ in den beiden Ländern bzw. ihren Hauptstädten. Das politische Ghetto, in das sich der PCF seit 1928/29 zunehmend hineinmanövrierte, beließ ihm nur wenig Spielraum zur „antifaschistischen“ Agitation. Hinzu kam, daß nach der Rückkehr der Rechten an die Regierung im Jahre 1926 und der darauf erfolgenden Stabilisierung des Franc der Einfluß der außerparlamentarischen Verbände erst einmal rapide zurückging; dementsprechend sank auch die Relevanz des antifaschistischen Paradigmas.

Zugleich erfolgte 1929 unter dem konservativen Innenminister Tardieu, wie bereits dargestellt, eine umfangreiche Polizei- und Justizaktion gegen den PCF, in deren Verlauf eine Vielzahl von Kommunisten verhaftet und die Partei für kurze Zeit quasi in die Illegalität gedrängt wurde.¹⁴⁶ Es war daher nur natürlich, daß Tardieu während dieser Periode zum Hauptfeind der französischen Kommunisten wurde, dem man immer wieder das „Faschismus“-Verdikt anzuheften versuchte. Tardiens Politik offenbarte demzufolge eine Art „Regierungsfaschismus“ („fascisme gouvernemental“),¹⁴⁷ der die gleichen Methoden anwandte wie Mussolini.¹⁴⁸ Dementsprechend suchte der PCF das dem Kommunismus inhärente Konzept der „Notwehr“ gegen die als Gewaltherrschaft disqualifizierte bürgerliche Republik zu akzentuieren: Gegenüber Tardieu galt es „Widerstand“ zu leisten („résistance“) und zum „Gegenangriff“ („contre-attaque“) überzugehen. Je mehr die „Bourgeoisie“ die Massen durch „blutige“ Unterdrückung einzuschüchtern suchte, von um so entscheidenderer Bedeutung war es für den PCF, den Kampf auch im physischen Sinne aufzunehmen: „Il faut rejeter tout respect de la légalité bourgeoise; plus l'action sera violente, plus elle sortira des cadres de la légalité, mieux cela vaudra.“ Auf der Tagesordnung stand dementsprechend die „Eroberung der Fabrik und die Eroberung der Straße“.¹⁴⁹ Im Falle Frankreichs und seiner Hauptstadt stellte solche Rhetorik im Jahre 1930 allerdings eine kaum zu überbietende Nichtzurkenntnisnahme der realen Verhältnisse dar. Wie ein Polizeibericht ausführte, bestand denn auch wenig Hoffnung, daß die entsprechenden innerparteilichen Schriften von der Basis in den Zellen und Fraktionen gelesen, geschweige denn verstanden würden.¹⁵⁰ Mit einer z.T. ausgeschlossenen, ausgetretenen, mundtot gemachten, zumindest aber entfremdeten Basis ließ sich gegen das entschlossene Durchgreifen der Regierung Tardieu kein „antifaschistischer“ Kampf führen.

Ähnlich geringe Durchschlagskraft erlangte in Frankreich die „Sozialfaschismus“-These, die spätestens bis 1929 zur offiziellen Komintern-Doktrin erhoben worden war und sich in der KPD weitgehend durchgesetzt hatte. Zwar wurden Sozialisten und reformistische Gewerkschaften von der kommunistischen Propaganda – ganz im Sinne der neuen Komintern-Linie – als integraler Bestandteil des kapitalistischen Regimes betrachtet. Sie waren „Organisatoren des imperialistischen Krieges“,¹⁵¹ die

¹⁴⁶ Becker u. Berstein, *Histoire de l'anticommunisme* I, S. 213f. Vgl. oben, S. 432ff.

¹⁴⁷ *L'Humanité*, 31.7.1929.

¹⁴⁸ Appel de la Région Parisienne du Parti Communiste, in: *L'Humanité*, 29.7.1929.

¹⁴⁹ AN F7 13101, 17.4.1930.

¹⁵⁰ *Ibid.*

¹⁵¹ „Organisateurs de la guerre impérialiste“, *L'Humanité*, 1.7.1929.

„Partei der Reaktionäre und Polizeispitzel“¹⁵² und dergleichen mehr. Anfang 1930 forderte man daher den „verstärkten Kampf gegen die Sozialdemokratie“¹⁵³ Als hauptsächliches Agitationsmittel hierfür erschien einmal mehr die „Einheitsfront von unten“.¹⁵⁴ Auch gewaltsame Übergriffe gegen Versammlungen der S.F.I.O. kamen vor.¹⁵⁵

Wenn die S.F.I.O. auch durchgehend als Verteidiger der kapitalistischen Unterdrückung bezeichnet wurde, so traf sie der Vorwurf des „Sozialfaschismus“ eher vereinzelt. Zwar tauchte der Begriff auch in der Sprache der französischen Kommunisten immer wieder auf;¹⁵⁶ doch wurde er eher nur halbherzig angewandt, und gelegentlich bedauerten linientreue Funktionäre, „daß die Partei nicht alle ihre Truppen mobilisiert, um den Sozialfaschisten das Wort zu verbieten“.¹⁵⁷ Ebenso wies die Komintern auf die „Irrtümer“ der französischen Partei im Umgang mit S.F.I.O. und C.G.T. hin, mit welchen man in Frankreich „opportunistische“ Einheitsfrontverhandlungen geführt habe.¹⁵⁸ „Les communistes français“, so ermahnte Ossip Pjatnitski, der Organisationschef der Komintern, die PCF-Mitglieder, „ont le devoir de rapeler constamment et avec persévérance aux ouvriers toute la vérité sur la trahison des social-fascistes.“¹⁵⁹ Doch offensichtlich blieb für die Mehrzahl der französischen Kommunisten das entscheidende Kriterium für die Anwendung des „Sozialfaschismus“-Verdikts die – vor 1936 nicht bestehende – Regierungsbeteiligung der Sozialisten.¹⁶⁰

Die ältere Forschung hat überwiegend die Auffassung vertreten, die Wendung zur Volksfronttaktik im Jahre 1934 sei in erster Linie dem außenpolitischen Kalkül Stalins entsprungen und eine genuine Schöpfung der Komintern gewesen.¹⁶¹ Und auch die Öffnung des Komintern-Archivs scheint einmal mehr zu bestätigen, daß die Handlungsspielräume der einzelnen kommunistischen Parteien gering waren und sie der engen Kontrolle aus Moskau unterstanden.¹⁶² Andererseits darf darüber nicht übersehen werden, daß der Wendung zur Volksfront eine ganze Reihe von gleichsam autochthonen französischen Impulsen voranging. Hierzu gehörte z.B., daß sich die S.F.I.O. intensiv mit der Tolerierungspolitik der SPD von 1930 bis 1932 auseinandersetzte, sie scharf kritisierte und daraus Konsequenzen für den eigenen Standort zu

¹⁵² „Parti de réacteurs et de policiers“, ebd., 17.7.1929.

¹⁵³ AN F7 13101, 7.1.1930.

¹⁵⁴ AN F7 13101, 18.3.1931 (Carnet du militant, février 1931).

¹⁵⁵ Audoin, *Parti Communiste Français*, S. 374.

¹⁵⁶ Siehe z.B. AN F7 13101, Carnet du militant, juin 1930, S. 6; F7 13119, 10.10.1930.

¹⁵⁷ AN F7 13119, 20.3.1930, Réunion du comité du 6ème rayon de la région parisienne, 19.3.1930.

¹⁵⁸ O. Piatnitsky, Sur le travail du PCF, in: *Cahiers du Bolchevisme* 1934, Nr. 11 (1.2.1934), S. 140–162, hier v.a. S. 141ff. Es handelt sich hierbei um einen Teilabdruck der Rede, die Pjatnitski vor dem XIII. Plenum des BKKK hielt.

¹⁵⁹ Ebd., S. 153.

¹⁶⁰ Siehe den Abschnitt „Fascisme ou social-fascisme“ in: *Projet de Thèses sur la situation nationale, Cahiers du Bolchevisme* 1924, Nr. 6 (26.12.1924), S. 419: „La seule hésitation de la bourgeoisie dirigeante joue présentement entre l'option pour le fascisme ou le social-fascisme. Si [...] les chefs socialistes et syndicalistes entrent dans le ministère Briand-Loucheur, la question sera sans doute résolue en faveur de la deuxième solution.“

¹⁶¹ Siehe u.a. Weingartner, Stalin, S. 270ff.; Cécile u. Albert Vassart, The Moscow Origin of the French „Popular Front“, in: Milorad M. Drachkovitch u. Branko Lazitch (Hrsg.), *The Comintern: Historical Highlights. Essays, Recollections, Documents*, Stanford/Calif. 1966, S. 234–252.

¹⁶² Vgl. Stéphane Courtois, *Archives du communisme: mort d'une mémoire, naissance d'une histoire*, in: *Le débat. Histoire, politique, société* 77 (novembre-décembre 1993), S. 145–156.

ziehen suchte.¹⁶³ Vor allem aber offenbarten sich insbesondere in Paris an der Basis des PCF deutliche Auflösungserscheinungen, was die Durchführung der Politik „Klasse gegen Klasse“ betrifft. Als das XIII. Plenum des EKKI im Dezember 1933 noch einmal nachdrücklich bestätigte, daß die „Sozialdemokratie“ als Hauptstütze der kapitalistischen Unterdrückung anzusehen sei,¹⁶⁴ war dies unübersehbar geworden.

Ein erstes Beispiel legte bereits die sogenannte „Amsterdam-Pleyel“-Bewegung gegen „Faschismus und Krieg“ an den Tag, die unter der Ägide der Komintern vor allem von Willy Münzenberg organisiert worden war.¹⁶⁵ Zwar verhinderte die nach wie vor bestehende uneingeschränkte Disqualifikation der französischen Sozialisten durch den PCF eine offizielle Teilnahme der S.F.I.O. Gleichwohl nahmen nicht wenige französische Sozialisten an den Kongressen in Amsterdam im August 1932 und in der Pariser Salle Pleyel im Juni 1933 teil. Insgesamt beteiligten sich – trotz des Verbots ihrer Parteiführung – rund 8.000 französische Sozialisten an den antifaschistischen Komitees der Amsterdam-Pleyel-Bewegung.¹⁶⁶

Insbesondere nach Hitlers Machtergreifung stieg in Paris an der Basis des PCF ganz offensichtlich das Bedürfnis, im Zeichen des „Antifaschismus“ mit den sozialistischen Gruppierungen zu einer Verständigung zu gelangen. Zwar änderte sich an der offiziellen Linie der Partei vorläufig nichts; doch im Verlauf des Jahres 1933 erfolgten in der Hauptstadt gleichsam schüchterne Basisbewegungen, die auf eine gemeinsame „antifaschistische“ Front der beiden Arbeiterparteien drängten. „Si le prolétariat était uni,“ so gab Charles Beaugrand, der Sekretär der Region Paris-Ville, diesem Bedürfnis Ausdruck, „nous ne verrions pas les bandes des Jeunesses Patriotes, d’Hervéistes ou de Camelots du roi se rendre maître du pavé de Paris.“¹⁶⁷ Um im Kampf um das „soziale Gelände“ zu bestehen, kam es wiederholt zu gemeinsamen lokalen Initiativen zwischen Kommunisten und Sozialisten. Im 14. Arrondissement wollten Kommunisten mit den Jungsozialisten kooperieren, um den Verkauf „faschistischer“ Zeitungen zu unterbinden;¹⁶⁸ in Courbevoie, im 17. und im 20. Arrondissement unternahmen Kommunisten und Sozialisten gemeinsame Aktionen, um „faschistische“ Vormärsche und Versammlungen in Arbeiterwohnvierteln zurückzuweisen.¹⁶⁹ Bezeichnend ist auch eine Diskussion, die Ende November im 15. Pariser Arrondissement stattfand. Hier forderten mehrere lokale Parteimitglieder dazu auf, eine für den nächsten Tag angekündigte Veranstaltung der S.F.I.O. zum Gedächtnis an die Opfer des Faschismus zu sprengen, um damit gegen die Haltung der „Sozialfaschisten“ zu protestieren.¹⁷⁰ Die Mehrheit der Unterbezirksleitung (bureau du rayon) sprach sich jedoch gegen eine solche Aktion aus: Die Versammlung würde sicherlich

¹⁶³ Heinrich A. Winkler, Klassenkampf versus Koalition. Die französischen Sozialisten und die Politik der deutschen Sozialdemokraten 1928–1933, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 182–219.

¹⁶⁴ Weingartner, Stalin, S. 269.

¹⁶⁵ Vgl. hierzu Edward H. Carr, Twilight of the Comintern, 1930–1935, New York 1982, S. 387ff. Aus PCF-Sicht: Jocelyne Prézeau, Le mouvement Amsterdam-Pleyel (1932–1934). Un champ d’essai du Front unique, in: Cahiers d’histoire de l’Institut de recherches marxistes 18 (1984), S. 85–99 (auf der Basis des kommunistischen Parteiarchivs sowie des Nachlasses von Henri Barbusse). Aus SFED-Sicht: Rosemarie Schumann, Amsterdam 1932. Der Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg, Berlin (Ost) 1985.

¹⁶⁶ Robricux, Histoire intérieure I, S. 419f.

¹⁶⁷ AN F7 13131, 21.4.1933 (14. Arrdt.).

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ AN F7 13131, 13.5.1933, 30.7.1933.

¹⁷⁰ AN F7 13131, 25.11.1933.

von vielen deutschen Emigranten besucht werden, die in der Sprengung durch Kommunisten eine feindselige Haltung erblicken könnten.¹⁷¹

Die überwiegend spontane Entwicklung, die nach dem 6. Februar 1934 in Paris zum partiellen Zusammengehen zwischen der S.F.I.O. und PCF führte, besaß in diesen lokal begrenzten Initiativen ihre Vorläufer. Nach dem 6. Februar, den nicht nur die Kommunisten als „faschistischen“ Putschversuch interpretierten, wurde dieser Trend übermächtig; zugleich stürzte er die französische Parteiführung um Thorez in eine profunde Orientierungslosigkeit. Erste Kooperationsangebote, welche die Fédération de la Seine der S.F.I.O. dem PCF und der C.G.T.U. bereits am Abend des 6. Februar 1934 unterbreitete, wurden im traditionellen Stil und mit dem Aufruf zur Einheitsfront von unten abgewiesen.¹⁷² Diese Taktik verdammt die Führer der S.F.I.O. und lehnte jegliche Zusammenarbeit oder gar Aktionseinheit mit ihnen ab; trotz großer Verwirrung etwa in der Redaktion der „Humanité“¹⁷³ blieb dies in den ersten Tagen nach dem 6. Februar die ausschlaggebende Leitlinie der PCF-Führung.¹⁷⁴ Auch intern erteilte Thorez am 8. Februar 1934 jeglicher Einheitsfront „von oben“ eine klare Absage. Die Sozialisten hätten für Daladier gestimmt, und der „Sozialfaschismus“ müsse energisch bekämpft werden.¹⁷⁵ Wenn es darum ging, die „faschistische Welle“ zu brechen und gegen die französische Bourgeoisie zu kämpfen, die ihre „demokratische Maske“ nun abgeworfen hatte,¹⁷⁶ so galt es also in den Augen der Parteiführung nach wie vor auch die stärksten Hilfstruppen des Kapitalismus, die sozialistische Partei und die reformistischen Gewerkschaften, zu bekämpfen. Während beide Teile der Arbeiterbewegung getrennte Protestkundgebungen und -streiks gegen den „Faschismus“ vorbereiteten, blieben die Aussagen der „Humanité“ z.T. unklar. Sie schwankten zwischen fortbestehender Kritik an den sozialistischen bzw. reformistischen Führern einerseits und den emphatischen Appellen an die Einheitsfront gegen den „Faschismus“ andererseits.¹⁷⁷ Erst ganz kurzfristig, am Samstag, dem 10. Februar, beschloß das Politbüro – möglicherweise aufgrund einer Intervention aus Moskau –, an dem von S.F.I.O. und C.G.T. angekündigten Generalstreik am 12. Februar teilzunehmen.¹⁷⁸ Gleichwohl fuhr „L'Humanité“ fort, die sozialistische Partei scharf zu attackieren.¹⁷⁹

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² L'Humanité, 7.2.1934. Im vom PCF und der C.G.T.U. gemeinsam unterzeichneten Antwortschreiben hieß es u.a.: „Comment réaliser l'unité d'action avec ceux qui soutiennent les gouvernements lorsqu'ils diminuent les salaires? [...] avec ceux qui abandonnent le terrain de classe pour collaborer à la défense du régime capitaliste et qui ainsi préparent en France, comme en Allemagne le lit du fascisme?“

¹⁷³ Archives communistes. Février 1934–Juin 1934, choisies et présentées par Danielle Tartakowsky, in: Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes 18 (1984), S. 25–83, hier S. 62f. (Intervention Joanny Berlioz: „J'étais à l'Humanité pendant tous ces jours-là. Il faut voir tout ce que nous avons reçu d'ordres et de contre-ordres venant de différents coins, à tel point qu'on ne savait plus ce qu'il fallait imprimer dans le journal le lendemain. On avait l'impression qu'il y avait plusieurs directions – non pas plusieurs directions politiques – mais plusieurs directions séparées du Parti“ (S. 63).

¹⁷⁴ Siehe etwa den Kommentar von Marcel Cachin, Le ministère Daladier en fuite, in: L'Humanité, 8.2.1934. Vgl. ebd., S. 4: „Les chefs manœuvrent contre les ouvriers socialistes mécontents.“

¹⁷⁵ AIRM Nr. 712, Assemblée d'information du 8 février 1934, S. 16. Die Frage der Einheitsfront „von oben“ gab in der Folge den Ausschlag für den offenen Konflikt zwischen Thorez und Doriot. Von hier datiert der endgültige Bruch Doriotics mit dem PCF. Siehe Brunet, Doriot, S. 145ff.

¹⁷⁶ L'Humanité, 9.2.1934, „Brissez la vague fasciste!“

¹⁷⁷ Siehe insbesondere L'Humanité, 10.2.1934.

¹⁷⁸ Siehe den Aufruf in L'Humanité, 11.2.1934 (édition spéciale). Vgl. Julian Jackson, The Popular Front in France defending democracy, 1934–1938, Cambridge 1988, S. 28.

¹⁷⁹ L'Humanité, 11.2.1934, „Le parti socialiste avec la République des fusilleurs.“

Zwar war der Generalstreik vom 12. Februar 1934 zweifellos ein Erfolg, und als Symbol für die wiederzugewinnende „Einheit der Arbeiterklasse“ fand er Eingang in die Annalen der kommunistischen Geschichtsbetrachtung.¹⁸⁰ Gleichwohl verschärfte er das Dilemma, in dem sich die PCF-Führung befand, und setzte deren Unsicherheit über den einzuschlagenden Kurs fort. Einerseits sah sich das Politbüro mit einer breiten Massenbewegung an der Basis konfrontiert, die die „antifaschistische“ Einheitsfront mit den Sozialisten forderte.¹⁸¹ Die Chancen, die dies – zusammen mit dem sich rasch verbreiternden Strom von Neuaufnahmen – der kommunistischen Bewegung bot, wollte man keinesfalls verstreichen lassen. Andererseits aber befürchtete man, S.F.I.O. und C.G.T. könnten die Einheitsfrontbewegung ausnutzen, um die Demokratie zu stärken und die Kampfkraft in den Betrieben zu schwächen.¹⁸²

In den folgenden Wochen und Monaten zeigte sich, daß die Führung des PCF, für die die ultralinke Taktik der „Dritten Periode“ zunächst verbindlich blieb, aus eigenem Antrieb nicht in der Lage war, zu einer grundlegenden Revision ihres Verhältnisses zur sozialistischen Partei zu gelangen. Vielmehr bedurfte es starken Drucks aus Moskau, wo die Komintern-Spitze nunmehr selbst den taktischen Schwenk forcierte, um das französische Politbüro zum Nachgeben gegenüber der eigenen Basis zu zwingen. So wie die Komintern maßgeblich aus den deutschen Erfahrungen geschöpft hatte, als es um die ideologische Fundierung der „Dritten Periode“ gegangen war,¹⁸³ so lagen nun vor allem die französischen Erfahrungen an der Wurzel der von Moskau dekretierten Volksfronttaktik. Einem eher irritierten Maurice Thorez erklärte Georgi Dimitrov in Moskau, man müsse die „Einheitsfrontpolitik von den alten dogmatischen Schemata der Sinowjew-Zeit“ befreien, indem man sie von oben, in der Mitte und von unten anwende. Auf diese Weise könne in Frankreich unter Beweis gestellt werden, daß die Kommunistische Partei zu einem effektiven Kampf in der Lage sei.¹⁸⁴ Auf der Parteikonferenz am 23. Juni 1934 in Ivry wurde der neue Kurs des PCF verkündet. Und der VII. Weltkongreß der Komintern im Juli 1935 sanktionierte eine Volksfronttaktik, die in Frankreich und seiner Hauptstadt bereits seit einem knappen Jahr praktiziert wurde. Ohne das sich in Frankreich herausbildende antifaschistische Paradigma, das in einem breiten, auch viele Intellektuelle umfassenden Konsens wurzelte, wäre sie in dieser Weise nicht vorstellbar gewesen.¹⁸⁵

Mit der Volksfront im Zeichen des Antifaschismus hatte der PCF gewissermaßen sein kongeniales Paradigma gefunden. War die Partei durch die ultralinke Taktik der „Dritten Periode“ in die völlige politische Isolierung getrieben worden, so erfuhr sie jetzt einen beispiellosen Aufschwung. Zwischen 1930 und 1932 war die Zahl der Mitglieder im Großraum Paris auf kümmerliche 5–6.000 abgesunken. Nach dem 6. Februar 1934 stieg sie dagegen zunächst auf rund 14.000, bis 1937 dann auf

¹⁸⁰ Kennzeichnend hierfür war etwa der Beschluß der kommunistisch verwalteten Pariser Vorortgemeinde Malakoff, einer örtlichen Straße den Namen „Avenue du 12 Février 1934“ zu geben. APP Ba 1648, 6.7.1934.

¹⁸¹ AIRM, Nr. 689, Bureau Politique, 15.2.1934 u. 22.2.1934.

¹⁸² AIRM Nr. 689, Bureau Politique, 22.2.1934.

¹⁸³ Vgl. dazu oben, S. 382ff.

¹⁸⁴ Zit. n. Robrieux, Histoire intérieure I, S. 454. Vgl. Luks, Entstehung, S. 175; Jackson, Popular Front, S. 30ff.

¹⁸⁵ Vgl. Ceplair, Under the Shadow of War, S. 123ff.; Jackson, Popular Front, S. 33ff. Zum „intellektuellen“ Antifaschismus, wie er sich v.a. in der Amsterdam-Pleyel-Bewegung artikuliert, vgl. Jacques Droz, Histoire de l'antifascisme en Europe 1923–1939, Paris 1985.

115.000 Mitglieder.¹⁸⁶ Und in den Volksfrontwahlen des Jahres 1936 wurde sie in der Pariser Region die stärkste Partei. Antifaschismus, Volksfront und nach 1940 die Résistance legten die Wurzeln dafür, daß der PCF in den ersten Wahlen der Vierten Republik auch auf nationaler Ebene zur stärksten Partei avancieren konnte.

Auch wenn die Wendung zur Volksfront seitens der Komintern und des PCF letztlich taktisch bedingt blieb und die tatsächlichen Resultate der späteren Volksfrontregierungen bescheiden blieben, so besteht doch kein Zweifel daran, daß sie die politische Kultur Frankreichs entscheidend und im Vergleich zur Weimarer Republik vorteilhaft prägte. Dies galt zum einen für die Geschichte des französischen Kommunismus selbst, der nun eine Phase der Entideologisierung erlebte. So hatte Jacques Duclos noch am 15. Februar 1934 den antidemokratischen Kern des kommunistischen „Antifaschismus“ offen ausgesprochen: „Notre lutte antifasciste ne signifie point la défense de la démocratie bourgeoise, qui prépare le lit du fascisme et utilise des procédés de plus en plus violents de domination contre la classe ouvrière.“¹⁸⁷ Doch die Volksfronttaktik erlaubte es den französischen Kommunisten, die nationalen republikanischen Traditionen wie etwa den 14. Juli gleichsam „guten Gewissens“ zu okkupieren.¹⁸⁸ In dem Maße aber, wie der PCF zumindest teilweise am Republikanismus partizipierte, entradikalisierte er sich; er verlor wesentliche Züge einer revolutionären Antisystempartei und einer totalitären Bewegung. Denn indem sie das bestehende System gegen den „Faschismus“ zu „verteidigen“ vorgaben, waren die französischen Kommunisten nun zunehmend gezwungen, sich den geschriebenen Regeln der Demokratie und den unausgesprochenen Regeln des republikanischen Diskurses zu unterwerfen: Sie mußten die Sprachdisziplin der republikanischen Tradition respektieren. „Nous communistes“, so formulierte Cachin eine standardisierte Rededispotion im Oktober 1934, „nous aimons notre pays, ses traditions révolutionnaires et ses habitants travailleurs.“¹⁸⁹

Die orthodox-klassenkämpferische Rhetorik der Kommunisten, in deren Mittelpunkt der Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie stand, wurde Mitte der dreißiger Jahre zunehmend von einem politischen Vokabular überwölbt, das sich am Leitbegriff „peuple“ orientierte.¹⁹⁰ Der kommunistische Rekurs z.B. auf das Pariser „peuple“ implizierte den Appell an das Freiheitspathos der Französischen Revolution und führte den PCF ideologisch aus dem Ghetto der „Dritten Periode“. Dementsprechend wuchs die Fähigkeit der französischen Kommunisten, auch wieder die mittelständischen und kleingewerblichen Schichten der Hauptstadt anzusprechen.¹⁹¹

Von dieser neuen Flexibilität, die der PCF durch die Volksfronttaktik gewann, blieb auch seine Faschismusanalyse nicht unbeeinflusst. Schon unmittelbar nach dem 6. Februar 1934 differenzierte Thorez zwischen dem „Faschismus“ und jenen „starken demokratischen Traditionen“ Frankreichs, „die zwar der Revolution und der Parteilarbeit Fesseln anlegen, aber auch das Vordringen des Faschismus behindern“.¹⁹² Kampf gegen den „Faschismus“ meinte demzufolge zugleich Verteidigung jener bür-

¹⁸⁶ Kriegel, Structures d'organisation, S. 355ff. Vgl. oben, S. 164ff.

¹⁸⁷ Jacques Duclos, Contre le gouvernement Tardieu, contre le fascisme, in: Cahiers du bolchevisme Jg. 11, Nr. 4, 15.2.1934, S. 195–204, hier S. 199.

¹⁸⁸ Siehe dazu oben, S. 335ff.

¹⁸⁹ AN 17 13134, 19.10.1934.

¹⁹⁰ Peschanski, Et pourtant ils tournent, v.a. S. 91 u. 169.

¹⁹¹ Siehe Wirsching, Kleinbürger, S. 112ff.

¹⁹² AIRM Nr. 712, Assemblée d'information du 8 février 1934, S. 10.

gerlich-demokratischen Rechte, die man noch kurz zuvor als Ausdruck einer repressiven Klassendiktatur verächtlich gemacht hatte. Dieser zumindest vordergründige Wandel in der Einstellung zur Demokratie bildete den Preis, den die französischen Kommunisten für die Zusammenarbeit mit Sozialisten und Radikalen zu zahlen hatten. Dementsprechend wies auch die Faschismusanalyse, wie sie die Führung des PCF Mitte 1935 vorlegte, ein verhältnismäßig hohes Maß an Differenziertheit auf und wich nicht unerheblich von der eher orthodoxen „Agententheorie“ des VII. Weltkongresses der Komintern ab. Aus der Sicht des PCF war der Faschismus zunächst eine Folge der Dekomposition der bürgerlichen Wirtschaft und der „alten Staatsformen“, unter anderem auch der Zerstörung bürgerlich-demokratischer Formen. Eine weitere Folge bildete das Hervortreten „semi-legaler“ Verbände, die ihren Platz außerhalb der staatlichen Institutionen fanden und die Zerstörung der Arbeiterorganisationen anstrebten.¹⁹³ So sehr diese Analyse in der Kontinuität früherer kommunistischer Faschismustheorien stand, so deutlich offenbarte sie doch den Willen zu unterscheiden zwischen dem „bürgerlichen Staatsapparat“, seiner Bürokratie, seinem Militär einerseits und dem „Faschismus“ bzw. den faschistischen Verbänden andererseits.

Daß die Sozialfaschismustheorie in Deutschland und ganz besonders in der Reichshauptstadt auf insgesamt fruchtbareren Boden fiel als in Frankreich, ist bereits ausgeführt worden. Welch starke Wirkung sie auf die höheren Kader ausübte, läßt sich insbesondere daran ablesen, daß sich die Mehrheit der KPD-Führung auch nach Hitlers Machtergreifung und dem Schwenk der Komintern überaus schwertat, die Volksfronttaktik wenigstens im Widerstand bzw. im Exil anzuwenden.¹⁹⁴ Zwar opponierte auch in Deutschland gelegentlich die Basis der KPD gegen die Sozialfaschismusthese, und nicht selten wurde ein konsequentes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten gefordert, um sich den Nationalsozialisten entgegenzustemmen. Als Folge davon traten immer wieder innerparteiliche Konflikte darüber auf, wie die Einheitsfront anzuwenden sei. Aus Berlin wurde berichtet, daß ein Teil der Parteimitglieder ein Zusammengehen aller Arbeiterorganisationen, „also KPD, SPD und Gewerkschaften“ wünsche. „Nur dies sei die wirkliche Einheitsfront.“¹⁹⁵ Und die Bezirksleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus mußte Anfang 1931 konstatieren, daß „trotz eingehender Behandlung der Einheitsfronttaktik“ „grobe Fehler“ gemacht worden seien: So seien z.B. bei gemeinsamen Aktionen mit der SPD Vereinbarungen darüber getroffen worden, daß eine Kritik an der SPD-Führung zu unterbleiben habe. „Eine solche Stellung zur Schaffung der Roten Einheitsfront beruht auf einer völligen Verkennung des politischen Zwecks der Einheitskampagne. Nach wie vor gilt es mit aller Schärfe die Politik der SPD und Reichsbannerführung vor den breiten Massen zu entlarven.“¹⁹⁶ Auch wenn „die Einbeziehung aller ehrlichen SPD und RB [=Reichsbanner-]Arbeiter in die große einheitliche antifaschistische Front“ erwünscht

¹⁹³ AN F7 13134, 7.5.1935.

¹⁹⁴ Siehe etwa Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias u. Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1960, S. 655–739, hier S. 715ff.

¹⁹⁵ BJJA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, fol. 370, Betrifft: Die innerparteiliche Lage der KPD, 8.12.1931.

¹⁹⁶ SAPMO-BA, RY 1 1/4/9/5, fol. 182 Kampfbund, Berlin Brandenburg, Rundschreiben Nr. 5, 24.2.1931. Vgl. Alarm Nr. 3 (Februar 1931).

war,¹⁹⁷ so konnte es sich doch stets allein um eine Einheitsfront „von unten“ handeln; und diese besaß eine vornehmlich instrumentale Funktion zur Bekämpfung der SPD. Dazu paßte dann die „starke Aufbauschung“ durch die kommunistische Presse all jener Fälle, in denen angeblich sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannermitglieder mit Kommunisten zusammengingen.¹⁹⁸

Die feststellbaren Bewegungen an der KPD-Basis hin zu einer tatsächlichen Verständigung mit der SPD im Namen des Antifaschismus dürfen in ihrer Bedeutung daher nicht überbewertet werden, und schon gar nicht sollte man in diesem Zusammenhang von einer „relativen Autonomie der Basis“ sprechen.¹⁹⁹ Auch wenn es in Berlin im Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“ gelegentliche „Verbrüderungsszenen“²⁰⁰ zwischen Mitgliedern der KPD und der SPD gegeben hat: sie blieben letztlich ohne tatsächliche Wirkung, da solche örtlichen Initiativen durch Verbote, Maßregelungen etc. im Keime erstickt wurden.²⁰¹ Selbst nachdem die Parteiführung zugunsten der „Antifaschistischen Aktion“ 1932 vor allem in Berlin vorübergehend eine flexiblere Haltung an den Tag gelegt hatte,²⁰² zog das ZK der KPD am 14. Juli 1932 einen definitiven Schlußstrich unter jegliche tatsächliche Kooperation mit der SPD: In seinen „Anweisungen zur Einheitsfrontpolitik und zum Reichstagswahlkampf“ verurteilte das Sekretariat des ZK die jüngste Flexibilisierung der Einheitsfronttaktik als „Fehler“. „Das Herantreten an die SPD und andere reformistische Massenorganisationen der Eisernen Front zur Durchführung gemeinsamer Demonstrationen, wie es vorübergehend in Berlin geschehen ist, war eine taktische Maßnahme, die auf der Überschätzung der revolutionären Reife unserer Partei zur Durchführung selbständiger Aktionen beruhte.“ Keinesfalls dürften die Berliner Maßnahmen auf andere Bezirke übertragen werden. Vielmehr erklärte das Rundschreiben jegliche „Vereinbarungen von Leitungen über die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen von SPD und KPD für unzulässig. Solche gemeinsamen Veranstaltungen führen zur Verwischung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen unserer Partei, der einzigen revolutionären antifaschistischen Partei des deutschen Proletariats, und der Partei des Sozialfaschismus.“²⁰³

¹⁹⁷ SAPMO-BA, RY 1 I/4/9/5, fol. 182 Kampfbund, Berlin Brandenburg, Rundschreiben Nr. 5, 24.2.1931.

¹⁹⁸ BJlIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, fol. 250, Polizeibericht vom 14.2.1931.

¹⁹⁹ In überzogener Weise tut dies Mallmann, *Kommunisten*, S. 373ff., was die eher überraschende Folgerung nach sich zieht, die Kommunisten der Weimarer Republik seien – mit Ausnahme der „zahlenmäßig minimalen Avantgarde“ – „Sozialdemokraten wider Willen“ gewesen. Ebd., S. 381. Zur „relativen Autonomie der Basis“ siehe S. 154ff. Vgl. zur Kritik Wirsching, „Stalinisierung“.

²⁰⁰ Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Meisenheim am Glan 1965, S. 260, Anm. 38. Auf sie u.a. beruft sich, in verkürzter Form, Mallmann, *Kommunisten*, S. 377.

²⁰¹ Vgl. Drechsler, *SAPD*, S. 260ff.

²⁰² Vgl. dazu Hermann Weber, *Einleitung zu: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933*, bearb. von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe: Die Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Bd. 6), Düsseldorf 1981, S. XLVIIIff. Über die Antifaschistische Aktion siehe die – von einer tendenziösen Quellenauswahl nicht freie – Dokumentation von Heinz Karl u. Erika Kücklich (Hrsg.), *Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932–Januar 1933*, Berlin (Ost) 1965, hier v.a. S. 114f.

²⁰³ Die Generallinie, Dok. Nr. 68, S. 528.

Mithin bleibt es eine unumstößliche Tatsache der deutschen Geschichte, daß zum Zeitpunkt, da der „Faschismus“ in Gestalt des Nationalsozialismus sein Haupt erhob, die KPD vornehmlich damit beschäftigt war, die Führung der SPD zu „entlarven“ und deren Parteiorganisation zu „zersetzen“.²⁰⁴ Als wichtige Aufgabe des parteieigenen Nachrichtendienstes wurde daher die systematische Beobachtung und „Bearbeitung“ der SPD betrachtet.²⁰⁵

Wenn also die KPD in Berlin seit 1930 verstärkt zum „antifaschistischen“ Kampf rüstete, so suchte sie damit – wie in der Vergangenheit auch – immer zugleich die sozialdemokratisch beherrschte Innen- bzw. Polizeiverwaltung Preußens und der Reichshauptstadt zu treffen. Wenn Goebbels und der „Angriff“ gegen das „marxistische“ Berliner Polizeipräsidium agitierten, das die NSDAP wehrlos mache und den „roten Terror“ favorisiere,²⁰⁶ so fand dies sein Gegenstück in der Auffassung des 1929 verbotenen RFB, an der „Spitze der Arbeiterverfolgung“ stehe „die sozialfaschistische Preußenregierung, die den Meuchelmord friedlicher Arbeiter zum obersten Staatsprinzip gemacht hat“.²⁰⁷ Aus dieser Perspektive bildeten der physische Kampf gegen „die schießwütigen Schupos“ ein notwendiges Komplement zum politisch-ideologischen Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ und die Ermordung der Polizisten Paul Anlauf und Franz Lenk im August 1931 einen „gerechten Akt der Volksjustiz“.²⁰⁸

Die sich seit 1929 in Berlin verschärfende Frontstellung zwischen KPD und NSDAP überlagerte mithin die ältere Konfrontation zwischen Kommunisten und demokratischem Staat. Beides kann nicht voneinander getrennt werden, und ganz anders, als dies in Frankreich seit 1934 der Fall war, erwies sich der „Antifaschismus“ der KPD vor allem auch als wirksames Instrument *gegen* den demokratischen Rechtsstaat. Zwar schuf das Vordringen von NSDAP und SA zweifellos eine neue Konstellation. Doch indem letztere dem Kommunismus vergleichbare Propaganda- und Agitationsmethoden anwendeten und die Kommunisten in ihren „roten“ Hochburgen herausforderten, etablierten sie sich als gleichsam kongenialer Gegner der KPD. Für das Nahziel der deutschen Kommunisten, die Weimarer Demokratie zu zerschlagen, erwies sich der nationalsozialistische Aufstieg als überaus nützlich. Indem er die Polarisierung der Extreme verschärfte und den Weg der Mitte zu verschließen drohte, schien er den von den Kommunisten schon immer behaupteten totalitären Optionszwang zu bestätigen: „Die Fronten treten klarer hervor [...]: Faschismus oder Bolschewismus! Diesen Klärungsprozeß gilt es mit allen Kräften zu fördern. Nicht nur Hitler, auch *wir* stellen die Frage: Entweder – oder!“²⁰⁹ Sich der Suggestivität dieser Behaup-

²⁰⁴ Siche BIIIA Pr.Br. Rep. 2A Reg. Potsdam, I Pol., Nr. 2137, fol. 87, die Beschlüsse des Bezirksparteitags der KPD Berlin-Brandenburg am 24/25. Mai 1930.

²⁰⁵ Kaufmann u.a., Nachrichtendienst, S. 216ff.

²⁰⁶ Vgl. dazu oben, S. 462.

²⁰⁷ BAP RJM, Nr. 6788 (Film 22139), fol. 43, Die Rote Front (August 1931).

²⁰⁸ Ebd. Im gleichen Sinne wurde die Erschießung des Polizisten Emil Kuhfeld am 30. Juni 1931 als „energische Abwehr des Polizeiterrors“ und als „Ergebnis einer Kampfhandlung“ legitimiert, „in der die Masse das Mittel des Terrors dem Terror der Polizei entgegenstellt.“ Individueller und Massenterror im Kampf gegen die bewaffnete Staatsmaschine, in: Oktober, Jg. 6, Nr. 4 (Oktober 1931), hier nach BAP RJM, Nr. 6788 (Film 22139), fasc. 35.

²⁰⁹ SAPMO-BA RY 1 1/4/9/5, fol. 194, Alarm Nr. 13, Oktober 1931. Vgl. dazu das Rundschreiben des Gaues Rheinland der NSDAP vom 1.1.1931: „Der kommende Entscheidungskampf in Deutschland wird sich unter der Parole abspielen: ‚Der Bolschewismus oder wir‘. Das ist kein Schlagwort, sondern

tung zu entziehen, wurde gerade für die nichtkommunistischen Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung zunehmend schwerer.

So erleichterte der gewalttätige Vormarsch der NSDAP dem Kommunismus die Perhorreszierung seines Feindes und untermauerte die kommunistische Identität: Gegen ein Regime der Gewalt befand man sich im Stande der Notwehr, was die Ausübung von Gegengewalt legitimierte. Spiegelbildlich zum nationalsozialistischen Anspruch, den „marxistischen Terror“ nötigenfalls mit Gewalt zu brechen und dabei in „Notwehr“ zu handeln, instrumentalisierte daher auch der kommunistische Antifaschismus das Notwehr-Theorem. Dies galt z.B. für die im August 1929 ausgegebene Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“²¹⁰ Kennzeichnend war etwa die Verteidigung eines Redakteurs der „Roten Fahne“, der die Parole popularisiert hatte und sich daher wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen vor einem Berliner Schöffengericht verantworten mußte.²¹¹ Vor Gericht argumentierte er, seine Artikel seien keineswegs Aufforderungen zur Begehung strafbarer Handlungen. Vielmehr enthielten sie eine durch Notwehr gebotene Gegenmaßregel gegenüber den sich ständig wiederholenden Angriffen insbesondere der Nationalsozialisten auf Anhänger der KPD.²¹²

Sofern er sich auf die NSDAP bezog, prägte den kommunistischen Antifaschismus in Berlin das prekäre Ineinandergreifen von totalitärer Nähe zum Gegner, im Sinne der radikalen Systemfeindschaft, und ideologischer Todfeindschaft. Dies machte auch überraschende Wendungen möglich wie die Unterstützung des vom Stahlhelm, der NSDAP und der DNVP getragenen Volksbegehrens zur Auflösung des preußischen Landtages im Jahre 1931²¹³ oder die gleichsam totalitäre Einheitsfront mit den Nationalsozialisten im BVG-Streik vom November 1932.²¹⁴ Vor allem aber ermöglichte es die totalitäre Nähe zum Gegner, selbst gegenüber den Nationalsozialisten die Taktik der Einheitsfront „von unten“ anzuwenden.²¹⁵ In ihrem politisch-ideologischen Kampf gegen die NSDAP suchte die KPD denn auch zumindest die proletarischen Elemente beim Gegner in Diskussionen zu verwickeln und auf die eigene Seite herüberzuziehen. Gerade die in ihrer Reichweite zwar begrenzte, z.T. jedoch reale Attraktivität, die der Nationalsozialismus auf Arbeiter ausübte, versetzte die Kommunisten in Alarm. Ausführlich versorgte die Reichsleitung des Kampfbun-

eine Tatsache. Heute gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder ein festgefügtes, nationalsozialistisches Deutschland oder das bolschewistische Chaos.“ BAP, RMI, Nr. 26066, fol. 318.

²¹⁰ Zur Geschichte dieser Parole siehe Eve Rosenhaft, Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1929–1933, in: Mommsen/Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, S. 394–421, hier S. 408f.

²¹¹ Unter anderem hatte er in seinen Artikeln dazu aufgefordert, „das faschistische Gesindel auszurotten“, RI' Nr. 164, 28.8.1929, S. 1. Vgl. RI' Nr. 165, 29.8.1929, S. 2; „Tod dem Faschismus“, Nr. 168, 1.9.1929, zweite Beilage, „Nieder mit den faschistischen Horden! Arbeiter schlägt sie, wo ihr sie trifft.“

²¹² B.I.H.A. Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 2137, fol. 162–163. Urteil in der Strafsache gegen xxx vom 1.4.1930.

²¹³ Vgl. dazu Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 317ff.; Striefler, Kampf, S. 141ff.; Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 385ff.

²¹⁴ Vgl. ebd., S. 765ff. Joachim Oltmann, Das Paradeferd der Totalitarismustheorie. Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 27 (1982), S. 1374–1390; Klaus Rainer Röhl, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt/M. 1994. Während Oltmann die totalitarismustheoretische Deutung des Streiks verwirft, sieht Röhl in ihm einen direkten Vorläufer des Hitler-Stalin-Paktes von 1939.

²¹⁵ Vgl. dazu Fischer, German Communists, S. 113ff.

des gegen den Faschismus seine Mitglieder mit Anweisungen darüber, wie „Diskussionen mit werktätigen Gegnern“ zu führen seien. Unter anderem wurde hier vor dem Fehler gewarnt, gegenüber einem einfachen Anhänger der NSDAP an dessen „ehrlichem Wollen zum Kampf gegen den Kapitalismus [und] für den Sozialismus“ zu zweifeln: „Bei beginnender Diskussion wirst Du also erst herausarbeiten müssen, was der andere mit uns gemeinsam will. Dann erst zeige ihm auf, daß der Weg seiner Führer nicht zu dem von ihm gewollten Ziel führt.“ Ziel solcher Diskussionen war es dann, die „faschistischen Volksbetrüger“ zu entlarven und zu beweisen, „daß jeder ehrliche Kämpfer gegen die kapitalistische Ausbeutung mit uns zusammen kämpfen muß.“²¹⁶ Solche Diskussionen scheinen immer wieder einmal von Erfolg gekrönt gewesen zu sein.²¹⁷ Zugespitzt formuliert, stellten sie das komplementäre Gegenstück dar zu den zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Sie waren der logische Ausdruck des totalitären Charakters beider Bewegungen.

Allerdings wurde der politisch-ideologische Kampf gegen den Nationalsozialismus in Berlin insgesamt nur „sehr zaghaft betrieben“.²¹⁸ Zunehmend stand nicht die „Zersetzung“ im Vordergrund, sondern die Schlägerei, nicht der Besuch gegnerischer Versammlungen, sondern deren Sprengung. Zwar faßte das ZK der KPD im Juni 1930 den Beschluß, den politisch-ideologischen Kampf zu verstärken und die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ zurückzudrängen. So wurde öffentlich die Auffassung vertreten, das Schwergewicht des kommunistischen Antifaschismus liege „heute noch nicht“ in der physischen Bekämpfung des Gegners. Zugleich aber beschloß das Politbüro, daß „gleichzeitig mit dem ideologisch-politischen Kampf die Organisation des wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus von der allergrößten Bedeutung“ sei.²¹⁹ Auch an der Basis verbreitete sich in Berlin immer stärker die Meinung, „daß eine ideologische Bearbeitung zwecklos ist und nur eine physische Bekämpfung angebracht erscheine“.²²⁰ Sichtbarer Ausdruck dieser Forcierung des „wehrhaften“ Kampfes gegen den Faschismus war daher die entschlossene Reorganisation des paramilitärischen Apparates der KPD.

Nicht lange nach dem Verbot des RFB im Gefolge der Berliner Maikämpfe von 1929 suchte die KPD ihren paramilitärischen Apparat im Zeichen des „wehrhaften“ Antifaschismus zu reorganisieren.²²¹ Damit befand sie sich im Einklang mit den Vor-

²¹⁶ BJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 155, fol. 2, 4, 7, Hauptgesichtspunkte für die Diskussion mit werktätigen Gegnern.

²¹⁷ Siehe etwa BJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 155, fol. 138–140, Bericht über die Tätigkeit des Bezirksverbandes Bln.-Brdbg., 15.12.1930–1.10.1931; SAPMO-BA, RY 1, 1/3/1–2/34, fol. 81–82, Bericht von den Nazidiskussionen im UB. Friedrichshain am 23.9.1932. Den größten Erfolg in dieser Form des politisch-ideologischen Kampfes gegen den Faschismus erreichte die KPD im Falle des Reichswehroffiziers Richard Scheringer. Siehe dazu Striefler, Kampf, S. 126ff.

²¹⁸ BJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 155, fol. 141, Bericht über die Tätigkeit des Bezirksverbandes Bln.-Brdbg., 15.12.1930–1.10.1931.

²¹⁹ BJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 148, fol. 132–133, Schreiben des Reichsministers des Innern an die Nachrichtenstellen der Länder vom 7.11.1930.

²²⁰ BJIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 155, fol. 141, Bericht über die Tätigkeit des Bezirksverbandes Bln.-Brdbg., 15.12.1930–1.10.1931. Über die wachsende Radikalität der Basis siehe unten, S. 581ff.

²²¹ Zu den Kampforganisationen der KPD in der Auflösungsphase der Weimarer Republik vgl. Striefler, Kampf, S. 222ff., ein Abschnitt, dessen Informationsgehalt allerdings durch die eher unsystematische Darstellungsweise geschmälert wird. Vgl. Rosenhaft, *Beating the Fascists?*, S. 88ff. Einen Einblick in die Innenseite des M.-Apparates der KPD vermitteln die Erinnerungen des ehemaligen Funktionärs

gaben der Komintern, die 1929 zur Intensivierung des „proletarischen Selbstschutzes“ aufrief: „Die Organisierung des proletarischen Selbstschutzes ist jetzt eine praktische Notwendigkeit, ein dringendes Bedürfnis für die Arbeiterklasse in der ganzen kapitalistischen Welt. Dieses Bedürfnis wird bedingt durch die äußerst intensiven *Bürgerkriegsvorbereitungen* der internationalen Bourgeoisie und durch die immer häufigere Anwendung der Methoden des Bürgerkrieges seitens der Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterklasse.“²²² In ihrem „wehrhaften Kampf“ gegen den „Faschismus“ verfolgte die KPD-Führung eine doppelgleisige Taktik.²²³ Zum einen führte sie den verbotenen RFB als illegalen Verband fort, der damit mehr und mehr die Funktionen des „M.-Apparates“ übernahm.²²⁴ Bei einem „Generalappell“ Ende Juli 1930 wurden in Berlin 3.095 Mitglieder des illegalen RFB gezählt.²²⁵ Während also der RFB die Wehrorganisation „im technischen Sinne“ bildete und den Kern einer „zukünftigen deutschen Roten Armee“ bilden sollte,²²⁶ gründete die KPD zum anderen weitere legale Wehrorganisationen. Ähnlich wie der frühere RFB sollten sie vor allem eine propagandistisch-agitatorische Funktion ausüben und den politischen Massenkampf organisieren. Hierzu mußten sie im Bereich der Legalität gehalten werden und durften den Behörden möglichst keinen Vorwand für ein Verbot bieten. Parteioffiziell wurde denn auch darauf geachtet, daß die neuen paramilitärischen Gruppierungen nicht als Nachfolgeorganisation des RFB erschienen.

Als erste dieser neuen Wehrorganisationen wurde im Juli 1929 in Berlin die „Antifaschistische Junge Garde“ (A.F.J.G.) gegründet. Als Nachfolgerin der Roten Jungfront unterstand sie formal dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD).²²⁷ Während die zur gleichen Zeit erfolgenden Versuche, ältere Anhänger der KPD zu erfassen (Rote Arbeiterwehr, Proletarischer Selbstschutz u.ä.), in Berlin ohne große Wirkung blieben,²²⁸ wurden die A.F.J.G. sehr rasch aktiv. Bis Herbst 1929 waren sie in sämtlichen Berliner Bezirken vertreten und zählten in der Reichshauptstadt 1.500–2.000 Mitglieder. Sie verfügten über eine eigene Zeitschrift („Der Junge Antifaschist“) und trugen eine uniformartige Einheitskleidung.²²⁹ Bei ihrem Eintritt lei-

Franz Feuchtwanger, *Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928–1935. Erinnerungen*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 17 (1981), S. 485–533, hier v.a. S. 498ff.

²²² L. Alfred, *Zur Frage des proletarischen Selbstschutzes*, in: *Kommunistische Internationale* 10 (1929), S. 1638–1646, das Zitat S. 1638.

²²³ Vgl. aus SED-Sicht Doehler, *Rolle des wehrhaften Kampfes*.

²²⁴ Über das Fortbestehen des illegalen RFB BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 131, fol. 161–162, Denkschrift des Polizeipräsidioms Berlin über „Die kommunistische Bewegung“ [Anfang 1930], sowie v.a. die umfangreiche Denkschrift über Organisation und Tätigkeit des verbotenen Roten Frontkämpferbundes in Deutschland, Juli 1931, in: BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7572, fol. 239–251. BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 81, fol. 33, Polizeibericht vom 20.8.1932. Siehe auch GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 311, fol. 290–317, Denkschrift des Preussischen Polizeiministeriums über Kampfvorbereitungen und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen [1932], S. 3–56.

²²⁵ BIIIA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol, Nr. 2138, fol. 187, Mitteilungen des LKPB vom 1.10.1930.

²²⁶ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7572, fol. 241 u. 239, Denkschrift über Organisation und Tätigkeit des verbotenen Roten Frontkämpferbundes in Deutschland, Juli 1931.

²²⁷ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 151, fol. 2, Polizeibericht vom 27.7.1929; Rf. NMr. 135, 27.7.1929.

²²⁸ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 148, fol. 105, Denkschrift über „Nachfolgeorganisationen des Roten Frontkämpferbundes“ [Januar 1930].

²²⁹ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 151, fol. 69–70, Bericht des Polizeipräsidenten an den Preussischen Minister des Innern vom 11.10.1929.

steten die Mitglieder einen feierlichen Eid, in dem sie u.a. gelobten, „aufzurichten die Front des revolutionären Massenterrors auf der Straße und im Betrieb, gegen den Blutterror des Sozial- und Nationalfaschismus“, und sich „in eiserner Disziplin und strengster Zucht“ allen Befehlen zu unterwerfen, die „im Kampfe gegen die Feinde der Arbeiterklasse notwendig sind“.²³⁰

Entsprechend martialisch lautete die Aufgabenstellung an die A.F.J.G., die, wie es Heinz Neumann formulierte, nicht nur eine reine „Abwehr-Organisation“ bilden sollte, sondern die „Avantgarde für die kommende Weltrevolution“.²³¹ Auf einer Gründungsversammlung in Kreuzberg stimmte der Redner die ca. 140 Anwesenden darauf ein, daß „unter Einsatz des eigenen Lebens [...] der faschistische Terror ausgerottet werden und da, wo Faschisten angetroffen werden, [...] dieselben mit brutaler Gewalt niedergeknüttelt werden“ müßten: „Blutiger Kampf bis zum endgültigen Siege sei unsere Losung, und nicht eher wollen wir ruhen, bis Berlins Straßen von den faschistischen Horden gereinigt sind.“²³²

Bereits im Februar 1930, nach der Ermordung Horst Wessels, erließ der Berliner Polizeipräsident ein Verbot der Antifaschistischen Jungen Garden.²³³ Glaubt man den Informationen der politischen Polizei, so hatte der im Untergrund wirkende RFB ohnehin stets gegen die Gründung und Organisation der A.F.J.G. protestiert. Auch die illegale Rote Jungfront habe den Jungen Garden ablehnend gegenübergestanden. Offensichtlich zog der verbotene RFB die aktivsten Elemente der A.F.J.G. an sich heran. Bis zum Sommer 1931 verloren die Jungen Garden jedenfalls jegliche Bedeutung.²³⁴

Zur eigentlichen Nachfolgeorganisation des RFB als legaler paramilitärischer Verband wurde der Kampfbund gegen den Faschismus (KgF). Gegründet in Berlin am 28. September 1930, kurz nach den Reichstagswahlen, stand der KgF in der Tradition kommunistischer „Massenorganisationen“: Formal selbständig, sollte er der Mobilisierung unorganisierter Arbeiter dienen. Auch in den KgF sollten Mitglieder des RFB nicht eintreten, wohl hauptsächlich, um den Behörden keinen Vorwand zum Verbot zu liefern.²³⁵ Seine Funktion bestand darin, alle Gegner des „Faschismus“ und namentlich des Nationalsozialismus zum politisch-ideologischen Massenkampf unter straffer einheitlicher Führung zentral zusammenzufassen. Als unterste Organisationseinheit des Kampfverbandes fungierten die „Staffeln“, sei es im Betrieb (Betriebswehren), als Erwerbslosen-, Wohngebiets- bzw. Häuserblockstaffel. Jede dieser Staffeln wurde in Gruppen von je acht Mitgliedern unterteilt, nach oben hin in „Abteilungen“ zusammengefaßt, die schließlich die Ortsgruppen bildeten. Bezirke und Bezirksverbände schließlich waren analog zur Organisationsstruktur der KPD aufgebaut.²³⁶

²³⁰ Ebd., fol. 410. Berichte über die Eidesformel auch in ebd., fol. 67 (28.10.1929), und fol. 264 (19.2.1930).

²³¹ Ebd., fol. 67, Polizeibericht vom 28.10.1929 über den Generalappell der Antifaschistischen Jugendorganisation vom 27.10.1929.

²³² Ebd., fol. 78, Polizeibericht vom 7.9.1929.

²³³ Ebd., fol. 263–264, Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den Preussischen Minister des Innern vom 19.2.1930.

²³⁴ BJHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7572, fol. 241, Denkschrift über Organisation und Tätigkeit des verbotenen Roten Frontkämpferbundes in Deutschland, Juli 1931.

²³⁵ BJHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 151, fol. 134, Schreiben des Reichsministeriums des Innern an die Nachrichtenstellen der Länder vom 7.11.1930.

²³⁶ SAPMO-BA RY 1 1/4/9/3, fol. 5–11, Statut für den Kampfbund gegen den Faschismus. Siehe zur Organisationsstruktur des KgF auch BJHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157,

Im einzelnen bestanden die Aufgaben des Kampfbundes darin, in den Betrieben den Kampf gegen jegliche Form des „Werksfaschismus“ zu organisieren, d.h. vor allem die nationalsozialistischen Betriebszellen zu bekämpfen. Auf den Stempelstellen stand ebenfalls der Kampf der Erwerbslosenstaffeln gegen die nationalsozialistische Propaganda im Mittelpunkt sowie der „Kampf gegen die faschistische Praxis der Stempelstellenleiter“. In den Wohngebieten sollten die Kampfbundstaffeln antifaschistische Literatur und Presse vertreiben; zugleich ging es aber auch um die „planmäßige Feststellung von Lesern der faschistischen Presse und der Mitglieder der Nationalsozialisten“, was auf eine nachrichtendienstliche Tätigkeit des Kampfbundes hinwies. Die planmäßige Haus- und Hofpropaganda gerade unter den Schichten, die sich für den Nationalsozialismus als anfällig erwiesen, der Schutz von Arbeiterlokalen und antifaschistischen Versammlungen, schließlich „die Durchführung von entschiedenen Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Straßenpropaganda und planmäßige Organisation des Auftretens der Antifaschisten in den faschistischen Versammlungen“ rundeten das Tätigkeitspektrum des Kampfbundes ab.²³⁷

Aufgrund seiner solcherart umfassenden Aufgabenstellung wies der Kampfbund notwendig einen ambivalenten Charakter auf. Wie der RFB geriet er in das Zwielficht zwischen legalem Propagandainstrument und seiner antidemokratischen Zweckbestimmung, einen totalitären Anspruch auf ein Meinungsmonopol wo immer möglich durchzusetzen. Hier lag die Schnittstelle zwischen Legalität und Gewalt, an welcher der politisch-ideologische Kampf gegen den Faschismus unausweichlich in den „wehrhaften“ Antifaschismus übergang.

In Berlin zählte der Kgf bis Herbst 1930 ca. 2.000, bis Ende des Jahres ca. 4.500 Mitglieder.²³⁸ Im Mai 1931 erreichte er mit 6.000–7.500 Mitgliedern seinen Höhepunkt.²³⁹ Allerdings darf diese Zahl nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kampfbund seine Ziele im wesentlichen verfehlte. Schon seine Gründung traf an der Partebasis auf Vorbehalte, wie etwa die Auffassung, „schon wieder ein neuer Laden – hat ja keinen Zweck, wird ja doch verboten“.²⁴⁰ Hinzu kam die extreme Fluktuation der Mitgliedschaft, die eine kontinuierliche Organisation und Disziplinierung kaum möglich machte.²⁴¹ Insbesondere in den Betrieben vermochte sich der Kampfbund kaum zu etablieren. In den Berliner Großbetrieben bestanden Mitte 1931 praktisch überhaupt keine Betriebsstaffeln, lediglich in einigen Klein- und Mittelbetrieben war der Kampfbund präsent, womit er klare Parallelen zur Gesamtmitgliedschaft der KPD aufwies. Das Hauptkontingent des Kampfbundes wurde dagegen durch die Erwerbslosen- und Häuserblockstaffeln gestellt.²⁴²

fol. 212, Situationsbericht über den jeweiligen Stand des Kampfbundes gegen den Faschismus, 22.5.1931.

²³⁷ SAPMO-BA RY 11/4/9/3, fol. 15–16, Organisationsrichtlinien für den Aufbau und die Aufgaben des Kampfbundes gegen den Faschismus.

²³⁸ SAPMO-BA RY 11/4/9/3, fol. 37, Vorläufiger Bericht der Fraktionsleitung [des Kampfbundes gegen den Faschismus], 10.12.1930.

²³⁹ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 114 u. 212.

²⁴⁰ SAPMO-BA RY 11/4/9/3, fol. 32, Fritz Lange, Bericht über den Kampfbund gegen den Faschismus, 20.12.1930.

²⁴¹ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 155, fol. 90, Rundschreiben „Reorganisation“ des Kgf [1931]: „Ein Krebschaden in unseren Ortsgruppen und Staffeln ist die Fluktuation.“

²⁴² BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 213, Situationsbericht über den jeweiligen Stand des Kampfbundes gegen den Faschismus, 22.5.1931.

Zwar verfügten die Ortsgruppen über eine insgesamt nicht unbedeutende Stärke. Doch ihr inneres Leben und ihre politisch-organisatorische Kraft waren „sehr lau“.²⁴³ Insbesondere war von einem politisch-ideologischen Kampf gegen den Faschismus wenig zu spüren. Es mangelte an einem stabilen Funktionärskörper, und auch das Niveau der Schulungskurse wurde in einem der Polizei vorliegenden Bericht als äußerst dürftig dargestellt. Hinzu kam, daß der Literaturvertrieb, etwa des Kampfbund-Organes „Die Fanfare“ offensichtlich ineffektiv und ohne große Wirkung blieb. Ein Großteil der Kampfbundmitglieder kannte daher „weder das Programm der Kommunistischen Internationale noch die Ziele der KPD“, und vom „Sozialismus, vom Kommunismus oder vom 5-Jahresplan der Sowjetunion“ besaßen sie nur „lächerlich schwache Vorstellungen“.²⁴⁴

Im Mai 1931 war die Organisierung der Berliner Arbeiterschaft zum „antifaschistischen Massenkampf“ offensichtlich in eine Sackgasse geraten. Zwar behaupteten interne Quellen, daß reichsweit ca. 80–90% der Mitglieder parteilos waren und zuvor noch keiner proletarischen Organisation angehört hatten.²⁴⁵ Zumindest in Berlin war dies jedoch offenkundig nicht der Fall. Zu den Versammlungen der Ortsgruppen kamen fast ausschließlich Mitglieder der KPD oder der RGO, während der erhoffte Zustrom der unorganisierten Massen ausblieb.²⁴⁶ Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1931 ging die Zahl der Ortsgruppen denn auch wieder zurück: Im August 1932 verfügte der KGF in Berlin nur noch über 2.000 Mitglieder.²⁴⁷

An dieser Problemkonstellation änderte auch der letzte Versuch der KPD, eine schlagkräftige „antifaschistische“ Wehrorganisation auf die Beine zu stellen, nichts Grundsätzliches: Ende 1931 war der „Rote Massenselbstschutz“ zunächst als ein weiteres Organ zur Schaffung einer Einheitsfront (von unten) konzipiert worden.²⁴⁸ Zumindest in Berlin diente sein Aufbau jedoch vor allem der Akzentuierung des „wehrhaften Kampfes“ gegen den „Faschismus“. Mitte 1932 wurde der KGF als „zu schwach“ angesehen, um der Bedrohung durch den „Nazi-Terror“ begegnen zu können.²⁴⁹ Demgegenüber wurde der Massenselbstschutz nunmehr nach dem Prinzip der Proletarischen Hundertschaften aufgebaut: In ihm übernahmen jene Kader die Führung, die sich bereits im „Ordnerdienst“ während der frühen zwanziger Jahre ihre militärpolitischen Sporen verdient hatten.²⁵⁰ Eine zunehmende Militarisierung des Massenselbstschutzes seit der Jahresmitte 1932 war denn auch unverkennbar.²⁵¹ Nach der Absage an den „individuellen Terror“ im November 1931 sollte nunmehr v.a. der

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ SAPMO-BA RY 1 I/4/9/3, fol. 32, Fritz Lange, Bericht über den Kampfbund gegen den Faschismus, 20.12.1930.

²⁴⁶ B.I.I.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 212–213, Situationsbericht über den jeweiligen Stand des Kampfbundes gegen den Faschismus, 22.5.1931.

²⁴⁷ SAPMO-BA RY 1 I/4/9/3, fol. 52, Mitgliederbewegung 1931; ebd., RY 1 I 3/12/26, fol. 466, 13.8.1932.

²⁴⁸ Rosenhaft, *Beating the Fascists*, S. 96f.

²⁴⁹ B.I.I.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 149, fol. 144, Polizeibericht über die Gründungsversammlung der Staffel 3 des Massenselbstschutzes Süd, 10.6.1932.

²⁵⁰ Ebd. Über die Reaktivierung des O.D. nach dem Verbot des RFB im Jahre 1929 vgl. Rosenhaft, *Beating the Fascists*, S. 104.

²⁵¹ B.I.I.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 150, fol. 155–156, Schreiben der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern an das Preussische Ministerium des Innern, 15.9.1932; ebd., fol. 196–205, Bericht des Polizeipräsidioms Berlin vom 29.9.1932. Vgl. auch Rosenhaft, *Beating the Fascists*, S. 98.

proletarische „Massenterror“ im Rahmen des Massenselbstschutzes organisiert und dabei auch die „Anwendung von Gewalt nicht verschmäht“ werden.²⁵² „Gegen den Terror der faschistischen Organisationen“ mußte demzufolge „der Massenterror der Arbeiterklasse“ gestellt werden. „Die Organisierung dieser wehrhaften Millionenfront ist der einzige Weg, nicht nur in einzelnen örtlich beschränkten Gefechten des Bürgerkriegs der Bourgeoisie gegen die unterdrückte Klasse siegreich zu bleiben, sondern den gesamten Mordterror zu vernichten und gleichzeitig seine Grundlage, die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse, aufzuheben.“²⁵³

In Berlin entwickelte sich der Massenselbstschutz erfolgreicher als der KgF und erreichte rasch eine verhältnismäßig hohe Mitgliederzahl. Die Kampfbundleitung selbst gab im August 1932 21.700 Staffelm Mitglieder an, eine Zahl, die nach Erkenntnissen der Polizei entschieden zu hoch gegriffen war: Von der Polizei selbst wurde die Berliner Gesamtmitgliederzahl zum damaligen Zeitpunkt auf ca. 16.000 geschätzt.²⁵⁴ Allerdings war dies immer noch eine beachtliche Zahl. Begünstigt wurde der Beitritt zum einen durch seine fast völlige Formlosigkeit: So gab es im Massenselbstschutz keine Mitgliederbücher und -beiträge, sondern nur Mitgliederlisten.²⁵⁵ Zum anderen aber profitierte der Rote Massenselbstschutz, der ganz überwiegend aus Arbeitslosen bestand, offensichtlich von der Radikalisierung eines Teils der Erwerbslosen und ihrer zunehmenden Affinität zur „wehrhaften“ Tat. Zusammen mit dem nationalsozialistischen Willen, den kommunistischen „Terror“ zu brechen, setzte dies in den Jahren 1931 und 1932 eine Spirale der Gewalt in Gang, die insbesondere die Hauptstadt Berlin phasenweise in einen bürgerkriegsartigen Zustand versetzte und das Gewaltmonopol des Rechtsstaates unterminierte.²⁵⁶

Trotz der – wie dargelegt – sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen des kommunistischen „Antifaschismus“ in Frankreich bzw. in Paris begegnen auch dort die typischen Grundmuster des „politisch-ideologischen“ wie des „wehrhaften“ Kampfes. Bereits 1933, als sich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht mehr ignorieren ließen, sich die französischen „faschistischen“ Bewegungen im Kampf gegen die Neuaufgabe des Linkskartells sammelten und die Machtergreifung Hitlers als warnendes Beispiel vor Augen stand, gewann der kommunistische „Antifaschismus“ wieder an Bedeutung. Wie schon Mitte der zwanziger Jahre, als man die Verführung der Arbeiter durch den *Faisceau* des Georges Valois befürchtete, riefen die PCF-Funktionäre nun wieder nachdrücklich zur politisch-ideologischen Bekämpfung der „Faschisten“ auf. „Auch Frankreich hat seine Faschisten“, so resümierte Jacques Duclos vier Monate nach Hitlers Machtergreifung, die, wenn wir nicht aufpassen, Arbeiter für sich gewinnen werden. Diese werden dann schon am nächsten Tag ihre proletarische Herkunft leugnen und sich wie Hitlers SA verhalten.²⁵⁷ Wie in Berlin

²⁵² Art. „Terror“ aus: „Die Rote Front“. Abschrift in: BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 150, fol. 148.

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Ebd., fol. 52, Polizeibericht vom 25.8.1932. Genaue Zahlen ließen sich demzufolge v.a. deswegen nicht angeben, da viele Mitglieder von Betriebs- oder Erwerbslosenstaffeln zugleich auch ihrer jeweiligen Wohngebietsstaffel angehörten. Ein interner Bericht des Kgl' vom 13.8.1932 nannte die Zahl von 12–13.000 Mitgliedern des Roten Massenselbstschutzes, SAPMO-BA, RY 1 1 3/1–2/26.

²⁵⁵ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 150, fol. 198, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin vom 29.9.1932.

²⁵⁶ Dazu das nächste Kapitel.

²⁵⁷ AN F7 13131, 24.5.1933, Réunion PCF 23.5.1933. Vgl. ähnlich AN F7 13134, 4.11.1934, Meeting organisé par le Parti Communiste, 23.(gemeint: 3.)11.1934

auch mußte es daher das Ziel der Pariser Kommunisten sein, durch politisch-ideologische Aufklärung dem „Faschismus“ seine Fußtruppen wegzunehmen. Im besonderen galt dies für die wachsende Zahl jener jungen Arbeiter, deren sozialökonomische Lage sich gerade in der Hauptstadt durch Arbeitslosigkeit zuzuspitzen drohte: „Beaucoup d'entre eux ne voient leur salut que dans le fascisme et dans ses formations militaires. Nous devons leur faire comprendre qu'ils font fausse route et insister pour les ramener à leur place véritable au sein du prolétariat.“²⁵⁸ Nicht nur durch Demonstrationen, sondern durch Agitation in den Betrieben, auf den öffentlichen Plätzen und in den Straßen sollten die Pariser Arbeiter vor der faschistischen Gefahr gewarnt werden.²⁵⁹ Vor allem von dem traditionellen Konzept, ökonomische Tagesforderungen mit der antifaschistischen Aktion zu verknüpfen, versprach sich die Parteiführung die Gewinnung bzw. Immunisierung der Arbeiter.²⁶⁰

Selbst im 1. und 2. Pariser Arrondissement konnten die Kommunisten mit der Methode der Diskussion offensichtlich einige Erfolge erringen. Hier, wo Pierre Taittinger sein unangefochtenes Abgeordnetenmandat besaß, lag eine der Pariser Hochburgen der *Jeunesses Patriotes*. Besonders die zahlreich ansässigen Angestellten, z.T. aber auch junge Arbeiter waren hier offensichtlich besonders empfänglich für die „faschistische“ Propaganda; sobald allerdings eine energische politisch-ideologische „Bearbeitung“ durch die örtlichen Kommunisten erfolgte, so berichteten diese zumindest selbst, war es möglich, dem „Faschismus“ der J.P. Teile seiner Anhängerschaft zu entreißen.²⁶¹

Doch neben der politisch-ideologischen Bekämpfung der „faschistischen“ Gruppierungen forderten die Parteifunktionäre wie in Berlin nachhaltig die Vorbereitung auf den „wehrhaften“ Kampf. Zwar war die Frage der „auto-défense“, des Aufbaus paramilitärischer Organisationen, auch im PCF nie ganz von der Tagesordnung verschwunden. Insbesondere nach dem Fiasko des 1. August 1929, als es den Pariser Kommunisten entgegen den Anweisungen der Komintern nicht gelungen war, die „Straße zu erobern“, forderte die Parteiführung nachdrücklich zur Bildung von proletarischen Selbstschutzgruppierungen auf: „La réalisation des groupes d'auto-défense est la condition de la conquête de la rue par le prolétariat.“ „Il n'est plus permis,“ so lautete das Fazit Mitte 1930, „à l'heure actuelle, de rester dans le domaine de la théorie. Le moindre retard dans la création des groupes d'auto-défense est un crime envers le Parti et le prolétariat car il les laisse sans défense en face des gardes-mobiles, des mouchards dans l'entreprise, de la répression fasciste.“²⁶² Doch in noch weitaus geringerem Maße, als dies in Deutschland und Berlin der Fall war, gelang es dem PCF in Paris während der „Dritten Periode“, einen schlagkräftigen Wehrverband auf die Beine zu stellen. Neben der allgemeinen Marginalisierung, die der PCF zwischen 1929 und 1932 erfuhr, ist eine Ursache auch darin zu suchen, daß es während dieser Zeit an einer tatsächlichen „faschistischen“ Bedrohung fehlte.

Beides änderte sich zu Beginn des Jahres 1933. Nun häuften sich die Berichte über gezielte Aktionen vor allem der *Jeunesses Patriotes* gegen Angehörige des PCF. Insbe-

²⁵⁸ AN F7 13131, 26.5.1933, Réunion des Syndicats Unitaires, Saint-Ouen, 25.5.1933. Vgl. ebd., 27.7.1933, Meeting des PCF und des Comité Intersyndical im 18. Arrdt., 26.7.1933 (Lambert).

²⁵⁹ Ebd., 25.8.1933, Réunion organisée par le Parti Communiste (20. Arrdt.), 24.8.1933 (Dupuis).

²⁶⁰ AIRM Nr. 689, Bureau Politique, 1.2.1934 (Prieur).

²⁶¹ AIRM Nr. 745, Région Parisienne, 3ème Conférence régionale (23.–24.3.1935), Berichte Gerhaut u. Bourgeon, 1.–2. Arrdt.

²⁶² Le carnet du militant, Nr. 7, Juin 1930, S. 12f., AN F7 13101.

sondere im 20. Pariser Arrondissement kam es mehrfach zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Kontrahenten. Dabei wurde das Eindringen der J.P. von den Kommunisten explizit als Parallele zum Vorgehen der NSDAP interpretiert: „Nous voyons déjà l'ombre du fascisme planer sur nous. Si nous n'y prenons garde, cette menace deviendra bientôt une réalité. Déjà les bandes fascistes à l'exemple de leurs semblables allemands viennent provoquer les ouvriers chez eux. Nous devons réagir, il en est temps encore.“²⁶³ Demensprechend nachdrücklich wurde der rasche Aufbau von Selbstschutzorganisationen gefordert.²⁶⁴

Als am 29. Mai 1933 eine kommunistische Versammlung im 18. Pariser Arrondissement von Mitgliedern der J.P. gewaltsam gesprengt wurde,²⁶⁵ kam das Thema auf die Tagesordnung der Parteiführung. In der Parteispitze herrschte Übereinstimmung darüber, daß es sich hierbei um die vordringlichste aller Aufgaben („la tâche la plus urgente“) handelte, an der alle revolutionären Aktivisten teilnehmen mußten. Nur mit einem funktionierenden Selbstschutz sei es möglich, die „faschistischen Banden“ zurückzuweisen und die eigenen Versammlungen erfolgreich zu schützen.²⁶⁶ In Zusammenarbeit mit den Jeunesses Communistes sollten diese Selbstschutzgruppen nun auf der Basis der Rayons und unter Leitung des Sekretärs der Region Paris-Ville, Beaugrand, rasch aufgebaut werden.²⁶⁷ Doch trotz verschiedener Initiativen, so etwa im 13. und im 17. Pariser Arrondissement,²⁶⁸ war dem Aufbau der Selbstschutzorganisationen nur geringer Erfolg beschieden. Als am 14. März 1934 auf einer Sitzung des Zentralkomitees die Ereignisse des 6. Februar diskutiert wurden, mußte das Politbüromitglied Marcel Gitton jedenfalls einräumen, daß der Aufbau paramilitärischer Verbände bislang nicht gelungen sei. Im Gegenteil, der 6. Februar habe die eklatante Schwäche des PCF auf diesem Gebiet offengelegt: „Même encore maintenant, nos groupes d'auto-défense sont quasi inexistant.“²⁶⁹

Der 6. Februar 1934 setzte allerdings die Forderung nach dem Aufbau eines paramilitärischen Selbstschutzes noch einmal nachdrücklich auf die Tagesordnung. Ähnlich wie der KPD ging es dem PCF dabei vor allem darum, ein schlagkräftiges legales Propagandainstrument zu schaffen. Aufgabe der „auto-défense“ war es demzufolge einerseits, dem kommunistischen Anspruch auf ein virtuelles Meinungs- und Nachrichtenmonopol auch physischen Nachdruck zu verleihen, andererseits aber als legale „Massenorganisation“ zu fungieren, d.h. auch nichtorganisierte Arbeiter zum Kampf für die kommunistische Sache zu gewinnen. Vorbild hierfür waren nun nicht mehr die paramilitärischen Einheiten, welche die A.R.A.C. 1926/27 ausgebildet hatte (G.D.A. u. J.G.A.).²⁷⁰ In der Rückschau galten diese als „sektiererisch“, getrennt von der eigentlichen Parteiorganisation, und da ihnen der tatsächliche Kontakt mit

²⁶³ AN F7 13131, 29.4.1933, Réunion organisée par le Parti Communiste (20. Arrdt.), 28.4.1933.

²⁶⁴ Ebd. Siehe auch Cahiers du Bolchevisme Jg. 10, Nr. 12, 15.7.1933, u. Nr. 15–16, August 1933.

²⁶⁵ Siehe dazu L'Humanité, 30.5.1933: „Un guet-apens à Montmartre“, 31.5.1933: „La sauvage agression des Jeunesses Patriotes rue Hermel était préméditée“.

²⁶⁶ AN F7 13131, Polizeibericht vom 13.6.1933.

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Ebd., 20.7.1933 (13. Arrdt.); 15.9.1933 (17. Arrdt.).

²⁶⁹ Archives communistes (Février 1934 – juin 1934), S. 61.

²⁷⁰ Vgl. dazu oben, S. 265ff.

den „Massen“ gefehlt habe, hätten sie schließlich leicht durch die Polizei liquidiert werden können.²⁷¹

Bei der Neubildung kommunistischer Selbstschutzgruppen in Paris sollten daher jegliche „sektiererischen“ und „anarchischen“ Methoden vermieden werden.²⁷² Das angestrebte Ziel der „auto-défense de masse“ bestand demgegenüber darin, die „Massen“ zum Kampf für ihren eigenen „Schutz“ zu erziehen und zu trainieren, nicht jedoch darin, sie durch eine „Miliz“ zu ersetzen, die im entscheidenden Augenblick zu versagen drohte.²⁷³ „Es handelt sich nicht darum“, so belehrte Maurice Lampe, der Sekretär der Region Paris-Ville, seine Zuhörer im 13. Pariser Arrondissement, „eine ‚Miliz‘ zu bilden, die für den Ruf ‚Zu den Waffen‘ bereitsteht. An dem Tag, an dem ein solcher Aufruf ergeht, wird es vielmehr Aufgabe der Parteiführung sein, die Bewaffnung der Bevölkerung sicherzustellen.“²⁷⁴ Unter grundsätzlicher Beibehaltung des von der „Dritten Periode“ definierten Zieles, des bewaffneten Aufstandes, beschränkte sich die Aufgabe des „Massenselbstschutzes“ doch vorläufig darauf, den Ordnungsdienst bei Demonstrationen zu übernehmen, die Demonstranten gegen jegliche Aggression zu verteidigen sowie die kommunistischen Zeitungsverkäufer und Klebekolonnen effektiv zu schützen.²⁷⁵

Auf dieser Basis baute der Pariser PCF im Laufe des Jahres 1934 eine Selbstschutzorganisation auf, die, ähnlich dem Kampfbund gegen den Faschismus mit seinen „Staffeln“, ihre kleinste Einheit auf lokaler Basis mit ca. fünf Mitgliedern besaß.²⁷⁶ Politisch unterstanden diese der „engen“ und „unmittelbaren“ Kontrolle der zuständigen Zelle. Wenn möglich, sollten sie alle der Partei angehören, als Nichtmitglieder jedoch zumindest einer konstanten Propaganda mit dem Ziel ihrer parteimäßigen Gewinnung unterworfen werden. In jedem Fall hatten sie sich den Anweisungen der Partei „strikt“ zu unterwerfen.²⁷⁷ Als Erkennungszeichen trugen sie eine rote Armbinde, auf der die Zahl ihres Arrondissements eingestickt war.²⁷⁸

Zwar wurde in einigen Arrondissements eine große „Schwäche“ in der Bildung von Selbstschutzgruppen festgestellt; im 5. Pariser Arrondissement z.B. bestanden sie lediglich „theoretisch“.²⁷⁹ Auch in den Pariser Betrieben gelang es so gut wie gar nicht, kommunistische Selbstschutzgruppen zu bilden.²⁸⁰ Vielmehr etablierten sich „fast alle“ Gruppen in den lokalen Wohngebieten.²⁸¹ Dies entsprach dem verhältnismäßigen Mißerfolg der kommunistischen Bewegung in den Großbetrieben und hatte in ähnlicher Weise auch die Berliner Mobilisierung gegen den „Faschismus“ geprägt.

Gleichwohl konnte die Pariser Region Mitte 1935 auf gewisse Erfolge in Sachen „auto-défense“ blicken. Intra muros zählte der kommunistische Selbstschutz zu die-

²⁷¹ Gaston Mornet, *Sur l'autodéfense prolétarienne*, in: *Cahiers du Bolchevisme*, Jg. 11, Nr.4, 15.2.1934, S. 243–247, hier v.a. S. 243; AN 177 13134, 28.1.1935.

²⁷² AN 177 13134, 18.10.1934.

²⁷³ AIRM Nr. 745, Région Paris-Ville, Conférence régionale 1935, Rapport politique, S. 10.

²⁷⁴ AN 177 13134, 29.10.1934.

²⁷⁵ *Ibid.*

²⁷⁶ AN BB¹⁸ 2920 (Commission d'Enquête, 6 février 1934), Dossier „Armements de certains groupements“. Polizeibericht vom 21.2.1934.

²⁷⁷ AN 177 13134, 18.10.1934.

²⁷⁸ *Ibid.*, 19.1.1935.

²⁷⁹ AIRM Nr. 745 (Région parisienne), 3ème Conférence régionale (23.–24.3.1935), Palliot (17. Arrondt.).

²⁸⁰ AIRM Nr. 745, Rapport Paris-Ville au C[omit ] [Central], Juni 1935, S. 11.

²⁸¹ *Ibid.*

sem Zeitpunkt 775 Mitglieder, darunter 36% Sympathisanten.²⁸² In Fünfergruppen auf die Unterbezirke verteilt, verfügte er teilweise über Fahrräder, Motorräder oder auch Autos. Der Dienst zum Schutz des Zeitungsverkaufs sowie der Versammlungs- und Demonstrationsschutz wurden als gut funktionierende Schwerpunkte der Organisation angegeben.²⁸³

Vergleicht man dieses Erscheinungsbild des kommunistischen „Selbstschutzes“ bzw. den „wehrhaften“ Antifaschismus in Paris mit dem paramilitärischen Apparat der KPD in Berlin in den Jahren 1929–1932, so läßt sich zweierlei feststellen: Zum einen gab es in den dreißiger Jahren auch im Pariser PCF klare Tendenzen zum Aufbau eines paramilitärischen Apparats. Mithin findet sich dieses totalitäre Merkmal auch hier wieder: die das staatliche Gewaltmonopol sprengende „Selbsthilfe“ war für das Selbstverständnis der französischen Kommunisten wie für dasjenige der KPD konstitutiv. Und wie zu zeigen sein wird, gab es im Paris der dreißiger Jahre durchaus Parallelen zu dem Problem der individuellen Gewalt, des „individuellen Terrors“, das nicht zuletzt einer nur ungenügend durchführbaren Kontrolle der Basis durch den Parteiapparat entsprang.²⁸⁴

Zum anderen aber stellte sich das totalitäre Merkmal des Paramilitarismus in Paris im Vergleich zu Berlin in weitaus abgemilderter Form dar. Zumindest gilt dies für die gleichsam „operative“ Ebene, d.h. für den konkreten Aufbau paramilitärischer Verbände. Sofern letztere bestanden, erhielten sie eine weitaus „bescheidenere“ Funktionszuweisung als ihre Vorgänger in Berlin. Auch darf man nicht übersehen, daß beide „Wellen“ der paramilitärischen Organisation in Paris zeitlich auf diejenigen der rechtsextremen Verbände, also erst *nach* deren Etablierung erfolgte. Das Motiv des Schutzes wird hier durch die zeitliche Etappenfolge glaubwürdiger, als dies in Berlin der Fall war, wo Kommunisten stets mit Gewalt den demokratischen Staat herauszufordern suchten.

Das Erscheinungsbild der Pariser kommunistischen Selbstschutzorganisationen glied sich daher zunehmend demjenigen eines „normalen“ Ordnungsdienstes anderer politischer Gruppierungen an. Nimmt man hierzu die relative Entideologisierung, die der kommunistische „Antifaschismus“ im Paris der dreißiger Jahre erfuhr, so wird deutlich, daß der Kommunismus damals wesentliche Merkmale einer totalitären Bewegung wenn nicht verlor, so doch nur noch in stark abgeschwächter Form aufwies. Ideologie und paramilitärischer Apparat, zwei „harte“ und absolut notwendige Kriterien für unseren Idealtyp, hatten im Zeichen der Volksfront längst nicht die Bedeutung, die sie für die Berliner Kommunisten in den Jahren 1929 bis 1933 besessen hatten. Für die Topographie der Gewalt in den Hauptstädten hatte dieser Unterschied konkrete Auswirkungen.

²⁸² I:bd.

²⁸³ I:bd.

²⁸⁴ Dazu unten, S. 581ff.

II. Bewaffnete „Bürgerkriegsparteien“? Berlin 1930–1933, Paris 1934–1938

1. *Notwehrkalkül und Legalitätstaktik*

Am Ende der Weimarer Republik wurden Deutschland im allgemeinen und Berlin im besonderen von einer nicht mehr zu beherrschenden Spirale der Gewalt heimgesucht. Ihre Ursachen lagen zum großen Teil in einer spezifischen Parallelität des extremistischen Selbstverständnisses auf der Rechten wie auf der Linken sowie ihrer jeweiligen Agitations- und Propagandatechniken. Die Grenzen zwischen „symbolpublizistischem Bürgerkrieg“²⁸⁵ und tatsächlichen bürgerkriegsartigen Zuständen begannen sich zu verflüssigen. Dabei gab es in der Bürgerkriegsosphäre der frühen dreißiger Jahre keine Faktoren, die für sich genommen nicht schon längst zuvor – selbst in der Zeit der relativen Stabilität – existiert hätten. Den zahlreichen Zusammenstößen und Gewalttaten lagen Umstände zugrunde, die keineswegs neu waren, sich nun aber in beispielloser Weise verdichteten. Wie in den vorausgegangenen Kapiteln dargestellt wurde, hatten KPD und NSDAP bis Anfang der dreißiger Jahre weitgehend ein totalitäres Profil entwickelt: Das bedingungslose Freund-Feind-Denken, der Aufbau paramilitärischer Organisationen, die Durchführung von Kampfdemonstrationen zur Durchsetzung des „Rechts auf die Straße“, der Versuch, den Gegner zu provozieren und ihm gegenüber ein virtuelles Nachrichtenmonopol durchzusetzen, schließlich die direkte physische Konfrontation – dies waren die entscheidenden Elemente, die KPD und NSDAP dem Idealtyp der „totalitären Bewegung“ in hohem Maße annäherten. Die in diesem Zusammenhang ausgeübte Gewalt stand im Zeichen eines Konzeptes der „Notwehr“ oder „Abwehr“, mit dem NSDAP und KPD gleichermaßen den irreduziblen Gewaltkern ihrer Bewegungen zu bemänteln suchten. Denn mit dem – partiell ja gesetzlich verbrieften²⁸⁶ – „Recht auf Notwehr“ ließ sich zumindest vordergründig das beiderseits offenkundige, totalitäre Gewaltpotential legitimieren.²⁸⁷ Tatsächlich aber implizierte der Rekurs auf die „Selbsthilfe“ die Verachtung der legalen Instrumente zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Er richtete sich gegen das Gewaltmonopol des Rechtsstaates und diente der Unterminierung der Demokratie.

Auf der kognitiven Ebene mochte das Theorem der „Notwehr“ der Selbstwahrnehmung zumindest vieler einfacher Parteimitglieder entsprechen. Denn in der erfahrbaren Realität gab es genügend Anhaltspunkte, um auf beiden Seiten dem Notwehrgedanken ausreichende Plausibilität zu verleihen. In den Augen der Kommunisten bestätigte die katastrophale Massenverelendung im Gefolge der Wirtschaftskrise einmal mehr jenes marxistisch-leninistische, aus der Weltkriegszeit stammende und Identität stiftende Axiom, wonach Demokratie und Rechtsstaat, Privatwirtschaft und „Kapitalismus“ eine kaum verhüllte Gewaltherrschaft begründeten.²⁸⁸ Deren Voll-

²⁸⁵ Vgl. dazu Gerhard Paul, *Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkrieges 1932*, in: Diethart Kerbs und Henrick Stahr (Hrsg.), *Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien*, Berlin 1992, S. 27–55.

²⁸⁶ § 53 StGB, in: *Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz*, hrsg. v. Reinhard Frank, 18. Aufl. Tübingen 1931, S. 159.

²⁸⁷ Vgl. hierzu Heinrich Hannover und Elisabeth Hannover-Drück, *Politische Justiz 1918–1933*, Frankfurt/M. 1966, S. 275f.

²⁸⁸ Siehe oben, S. 30ff.

strecker schien aus dieser Perspektive nun die NSDAP zu sein mit ihrer ja ganz offenkundigen extralegalen Gewaltbereitschaft und Gewaltprovokation, gegen die jedwede Gegengewalt als legitime Notwehr erschien. Umgekehrt hatte es bereits in der Vergangenheit seitens der Kommunisten neben der permanenten Gewalt- und Bürgerkriegssprache eine nicht endende Serie von tatsächlichen Gewalttaten gegeben: So konnten sich die Mitglieder der NSDAP und der SA – wie schon 1919 die Freikorps – subjektiv bestätigt fühlen, wenn sie meinten, auf den Ruinen des bürgerlichen Parteiwesens eine legitime antikommunistische Schutz- und Abwehrtruppe zu organisieren, um den „marxistischen Terror“ zu brechen. Wenn nationalsozialistische Versammlungsredner die steigende Zahl der Opfer in den eigenen Reihen, die zunehmende Gewaltbereitschaft der Kommunisten und die Rolle des Karl-Liebknecht-Hauses, „dieser Brutstätte des Mordes“, anprangerten,²⁸⁹ so konnten sie dies nicht selten durch eine Reihe – freilich einseitig ausgewählter – „Fakten“ belegen.²⁹⁰

Wenn auch viele KPD- und NSDAP-Mitglieder subjektiv von der Wahrheit solcher Frontstellung überzeugt sein mochten, so darf doch keinesfalls aus dem Blickfeld geraten, daß beide Seiten das Notwehrtheorem in erster Linie *taktisch* verwendeten. Beide Seiten suchten stets den jeweils anderen als den Angreifer erscheinen zu lassen, der eigenen Bewegung dagegen die Legalität der formal gesetzeskonformen Agitation zu bewahren. Legalitätstaktik und Notwehrtheorem gehören also unmittelbar zusammen, ja für totalitäre Bewegungen im demokratischen Raum besitzt diese Verbindung nachgerade konstitutiven Charakter.²⁹¹

Daß der Gedanke der Notwehr und der extralegalen Selbsthilfe auch bereits im Frankreich und im Paris der zwanziger Jahre ein wesentliches Element des politischen Extremismus bildete, ist schon mehrfach gezeigt worden.²⁹² Gegenüber der kommunistischen Partei, die sich als „erklärter Feind“ der Nation offenbarte, so formulierte bereits 1924 die bürgerlich-konservative Zeitung „Le Temps“, bestand die „heilige Pflicht, das Vaterland zu verteidigen“.²⁹³ Schon längst vor dem 6. Februar 1934 waren also die Grundmuster verinnerlicht worden, in denen die nun erfolgende politische Polarisierung interpretiert wurde. In ihrem Selbstverständnis und ihrer Selbststilisierung lebte auch die französische extreme Rechte in der Zeit von 1934 bis 1938 von dem Theorem der Notwehr. In der gespannten Atmosphäre nach dem 6. Februar war es ein leichtes, die französischen Innenbehörden der Unfähigkeit zu bezichtigen, den inneren Frieden aufrechterhalten zu können. Und in dem Maße, wie dem republikanischen Staat die Fähigkeit abgesprochen wurde, die „öffentliche Sicherheit“ seiner Bürger zu gewährleisten, stieg die Legitimität einer vorgeblich notwendigen „Selbsthilfe“.

²⁸⁹ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 89–90, Nr. 7555, fol. 222, Polizeibericht über die Versammlung der NSDAP, Sektion Gesundbrunnen am 10.11.1931. Vgl. BAP RMI, 25793/1, fol. 80–82, Bericht über Überfälle auf SA-Leute durch politische Gegner, 13.11.1931; fol. 97–98, Bericht über Verluste der Berliner SA vom 13.11.1931.

²⁹⁰ Aus nationalsozialistischer Propagandaperspektive und untermauert durch Gerichtsakten, dokumentiert diese „Fakten“ der Band von Adolf Ehrh, *Bewaffneter Aufstand. Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution*, Berlin u. Leipzig 1933.

²⁹¹ Vgl. zu den juristischen Aspekten der (nationalsozialistischen) Legalitätstaktik die Arbeit von Klaus Rüdiger, *Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der „Legalitätskurs“ der NSDAP*, Frankfurt/M. 1994.

²⁹² Siehe oben, S. 283ff. u. 489.

²⁹³ *Le Temps*, 17.8.1924.

In prinzipiell ähnlicher Weise wie im Berlin der Jahre 1930–1933 prallte also der kommunistische „Antifaschismus“, der für sich das legitime Recht auf Notwehr gegen die „faschistischen Banden“ in Anspruch nahm, auch im Paris der Jahre 1934/35 mit dem „faschistischen“ „Notwehr“- und „Ordnungs“-Prinzip der rechtsextremen Gruppierungen zusammen. Neben dem neuen Anlauf, den die Pariser Kommunisten zum Aufbau eines „Massenselbstschutzes“ unternahmen,²⁹⁴ schlug sich dies bei der extremen Rechten u.a. in verstärkten Bemühungen um ihre paramilitärische „Schlagkraft“ nieder. Die *Jeunes Patriotes* etwa konnten im März 1934 den Marschall Louis Hubert Lyautey in ihren Reihen begrüßen, einen echten Kriegshelden, der u.a. in Marokko erfolgreich gekämpft hatte. Für den Fall eines kommunistischen Aufstandes erblickte man in Lyautey sogleich den geeigneten „Oberbefehlshaber“ einer schlagkräftigen Truppe, die sich aus Mitgliedern der *Jeunes Patriotes*, der *Croix de feu*, der UNC und der *Solidarité française* zusammensetzen sollte. „Cette action“, so beeilte sich Taittinger zu erklären, „serait simplement défensive; elle s’organiserait dans l’intérêt du pays et même des institutions, pour tenir en respect les bandes révolutionnaires qui, sous prétexte d’abattre le fascisme, préparent de graves journées et s’arment à cet effet [...]. Nous sommes“, so resümierte der Führer der *Jeunes Patriotes*, „menacés d’une guerre civile“.²⁹⁵

Welche tatsächliche Wirkung das Gefühl der wechselseitigen Bedrohung und das Bewußtsein, zur Notwehr berechtigt zu sein, auf Kommunisten und „Faschisten“ ausübten, offenbaren die Maßnahmen, die beide Seiten in den gespannten Monaten nach dem 6. Februar 1934 zur „Wehrhaftmachung“ ihrer strategischen Punkte ergriffen. So baute man z.B. den Hauptsitz der C.G.T.U. in der Rue Grange aux Belles zu einer regelrechten Festung aus: „en vue de protéger la Maison des Syndicats contre une attaque éventuelle des bandes fascistes“.²⁹⁶ Ca. 40 schwerkalibrige Maschinenpistolen wurden herbeigeschafft, während man zugleich Schießscharten in die Gemäuer brach, um mögliche Angreifer unter Kreuzfeuer nehmen zu können.²⁹⁷ Auch bei der „Humanité“ befürchtete man einen Angriff durch rechtsextreme Gruppierungen. Ein Wachdienst von ca. 40 Mitgliedern des kommunistischen Selbstschutzes sorgte rund um die Uhr für Sicherheit. Bewaffnet war die Sicherheitsgarde mit Knüppeln, Tränengas sowie kleineren Flammenwerfern. Für den Fall ernster Gefahr wurden im Zeitungsgebäude selbst, an einem geheimen Ort, auch Schußwaffen bereitgehalten.²⁹⁸ Umgekehrt befürchtete etwa zur gleichen Zeit die *Action française*, daß die Polizei im Falle eines kommunistischen Angriffs, den man z.B. am 1. Mai 1934 sicher erwartete, nicht in der Lage sein würde, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Bei der A.F. und bei anderen Verbänden der extremen Rechten rüstete man sich daher mit Stahlschilden aus, die im Ernstfall den eigenen, an den Fenstern plazierten Schützen vor den feindlichen Kugeln Sicherheit geben sollten.²⁹⁹ Auch die „faschistischen“ Verbände, *Jeunes Patriotes*, *Croix de feu*, *Francistes* und *Solidarité française*, legten in ihren Hauptsitzen

²⁹⁴ Dazu oben, S. 571ff.

²⁹⁵ APP 79.501–508A, 19.3.1934. Zur Rolle Lyauteys, der in den dreißiger Jahren mehrfach als möglicher Diktator ins Gespräch gebracht wurde, vgl. Gerhard Bauer, Der große Schatten. Der Mythos Napoleons und sein Einfluß auf cäsaristische Strömungen in Deutschland und Frankreich mit besonderer Berücksichtigung der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, Diss. phil. Erlangen 1995, S. 271ff.

²⁹⁶ AN BB¹⁸ 2920, 22.3.1934.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ Ebd. (Dossier Armement des partis extrémistes), 16.4.1934.

²⁹⁹ Ebd., 17.4.1934.

Waffendepots an, „aus Angst vor einem kommunistischen Angriff“.³⁰⁰ Beide Seiten behaupteten, sich lediglich „defensiv“ zu verhalten, und beschuldigten sich wechselseitig der Bewaffnung.³⁰¹ „Au milieu de la crise politique et économique qui traverse le pays“, so resümierte ein Polizeibericht Anfang November 1934, „les organisations de droite et celles de gauche s’observent très attentivement, les unes étant prêtes à s’opposer à tout mouvement insurrectionnel déclenché par les autres et réciproquement. On a l’impression qu’aucune d’elles ne veut s’engager à la légère, mais on croit savoir qu’en cas de troubles, toutes sont disposées à s’engager à fond.“³⁰²

Alle diese Vorbereitungen und die häufigen, daraus resultierenden Zwischenfälle mußten natürlich die „Legalität“ der betroffenen Gruppierungen in Frage stellen. Zwar war die „Legalitätstaktik“ der Pariser Kommunisten sowie der „faschistischen“ Verbände durchaus vergleichbar mit den Verhältnissen in Berlin. Zur „Legalitätstaktik“ gehörte etwa auch das strikte Verbot, bei Demonstrationen und öffentlichen Versammlungen Waffen zu tragen. Eine entsprechende Anweisung hatte J.P.-Chef Pierre Taittinger z.B. schon für die Demonstration am 6. Februar gegeben. Dementsprechend forderte er die Justizbehörden nachdrücklich auf, zwischen den nichtautorisierten „éléments du trouble“ und den „groupements d’ordre“ zu unterscheiden.³⁰³ Und die strikte Legalitätstaktik, die insbesondere de la Rocque als Führer der *Croix de feu* steuerte, ist bereits dargestellt worden.³⁰⁴

Nachdem sich allerdings die Volksfront gebildet und im Verlauf des Jahres 1935 immer mehr an Gewicht gewonnen hatte, verstärkte sich der Druck jener Stimmen, die nachdrücklich die Auflösung der „ligues“ forderten. Tatsächlich war die Organisationsform des außerparlamentarischen (und antiparlamentarischen) Verbandes seit dem Jahr 1935 zunehmend von der Illegalität bedroht, und ein Wahlsieg der Volksfront, so war man überzeugt, würde das definitive Verbot nach sich ziehen. Taittinger zog daraus bereits im November 1935 die Konsequenz, daß er die *Jeunes Patriotes* als politischen Kampfverband auflöste und sie als Partei neu begründete: am 11. November 1935 wurde der *Parti National Populaire* als Nachfolgeorganisation aus der Taufe gehoben.³⁰⁵ Als dann aber im Juni 1936 die neugewählte Regierung Blum ernannte und auf dem Verordnungswege nicht nur die *Solidarité française* und den *Françisme*, sondern auch die *Croix de feu* auflöste,³⁰⁶ hatten sich die Rahmenbedingungen für die Entfaltung des französischen „Faschismus“ grundsätzlich gewandelt. Gegen die „Patrioten“, so sah man es in Kreisen des ebenfalls aufgelösten *Parti National Populaire*, war eine „legale Revolution“ durchgeführt worden.³⁰⁷ Wochenlang kam es nach dem Auflösungsdekret an der Gare Saint-Lazare zu Provokationen und Nötigungen, Sprechchören und Passantenbelästigungen durch täglich rund 1.500 Angehörige der

³⁰⁰ Ebd., 17.2.1934. Vgl. Archives de la Rocque, AN 451 AP 81, Nr. 170, Zirkular vom 15.3.1934.

³⁰¹ AN F7 13028, Polizeibericht vom 26.3.1934, S. 3.

³⁰² AN F7 13305, 7.11.1934.

³⁰³ AN BB¹⁸ 2920 (Commission d’enquête), Taittinger au Garde des Sceaux, 7.2.1934.

³⁰⁴ Siehe oben, S. 490.

³⁰⁵ Siehe Machefer, *Ligues et fascismes*, S. 11.

³⁰⁶ Siehe Jackson, *The Popular Front*, S. 252f.

³⁰⁷ APP 79.501–2534–C, 6.6.1936, Réunion P.N.P., 14e Section, 5.6.1936. Nach seiner Auflösung rekonstituierte sich Taittingers P.N.P. als *Parti républicain national et social*, eine Gruppierung, die in der Folgezeit nicht über ein Schattendasein hinauskam.

aufgelösten Verbände.³⁰⁸ Diese waren nun gezwungen, sich als politische Parteien zu rekonstituieren, um einen legalen Status wiederzugewinnen. Zwar gingen diesen Weg alle betroffenen Gruppierungen; so gründete Jean Renaud den *Parti de Rassemblement populaire français* als Nachfolgeorganisation der *Solidarité française*. Doch war diesen Neugründungen nur eine kurze Lebensdauer beschieden; sie verflüchtigten sich im rechtsextremen und antisemitischen Dunstkreis der Hauptstadt Paris, ohne noch eine Massenanhängerschaft gewinnen zu können. Daneben aber spaltete sich ein bewußt in die Illegalität strebender Flügel der französischen extremen Rechten ab. Pozzo di Borgo etwa, der Vizepräsident der *Croix de feu*, der dem Auflösungsdekret mit direkten Aktionen und gegenrevolutionärer Gewalt auf der Straße begegnen wollte,³⁰⁹ brach über dieser Frage mit de la Rocque und verließ die Bewegung. Folgerichtig schloß er sich dem *Comité secret d'action révolutionnaire* (CSAR) an, welches das frühere Mitglied der *Action française*, Eugène Deloncle, gegründet hatte. Hierbei handelte es sich um eine klandestine Verschwörergruppe, die im Namen des Antikommunismus den gewaltsam-putschistischen Umsturz der Republik erstrebte und Terrorakte durchführte. Von Maurice Pujo erhielt das *Comité* seine zunächst spöttisch gemeinte, später beibehaltene Bezeichnung „Cagoule“ (Mönchskutte).³¹⁰

In dem Maße freilich, wie die Cagoule den Weg der großangelegten Propaganda und Agitation verließ und auf die Mobilisierung einer Massenbasis verzichtete, verbietet es sich auch, von ihr als „Faschismus“ zu sprechen. Der bewußte Weg in die Illegalität, den die Cagoule einschlug, und die Existenz einer faschistischen Massenbewegung schließen im Grunde einander aus. Als faschistische Massenorganisation konnten sich in der Folgezeit daher allein der P.S.F. als Nachfolgeorganisation der *Croix de feu* sowie Doriot's 1936 neugegründeter *Parti Populaire Français* etablieren. In der Zwitterstellung, die der P.S.F. künftig zwischen parlamentarischer Partei und verkapptem paramilitärischen Verband einnahm, fand die Legalitätstaktik de la Rocques ihre spezifische Ausprägung.³¹¹

Indessen gelang es weder den Pariser Kommunisten noch den Führern der „faschistischen“ Verbände, den Legalitätskurs strikt einzuhalten. Im PCF registrierte man nach dem 6. Februar 1934 besorgt einen Hang zum „Abenteuertum“: Einerseits klagte die Parteiführung über mangelnde Mitarbeit der Parteibasis an den grundlegenden propagandistischen und agitatorischen Aufgaben; andererseits aber verleitete die gespannte Atmosphäre vom Frühjahr 1934 nicht wenige Pariser Kommunisten zu einer Haltung, die individuellen gewaltsamen Übergriffen Vorschub leistete. Ähnlich wie dies in Berlin in bezug auf den „individuellen Terror“ der Fall war, scheint gerade der physische Zusammenstoß mit dem „faschistischen“ Feind nicht wenige Pariser

³⁰⁸ APP Ba 1862 (Dossier Manifestations diverses à la Gare Saint-Lazare). Ähnliche Ausschreitungen wurden auf der Place de la République und in der Rue Mouffetard registriert: AN BB¹⁸ 3019, Procureur de la République au Procureur Général, 25.6.1936.

³⁰⁹ Soucy, *French Fascism. The Second Wave*, S. 50.

³¹⁰ Zur Geschichte der Cagoule siehe: Philippe Bourdrel, *La Cagoule. Histoire d'une société secrète du Front populaire à la V^e République*, 2. Aufl. Paris 1992, hier v.a. S. 111ff. über die terroristische Tätigkeit der Cagoule.

³¹¹ Abwegig ist es, in dem Wandel vom außerparlamentarischen Verband zur parlamentarischen Partei einen Beleg dafür zu sehen, daß der P.S.F. nicht „faschistisch“ genannt werden könne. So Milza, *Fascisme français*, S. 141. Die Verwendung dieses Arguments, das theoretisch mit gleichem Recht auf italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus bezogen werden könnte, läßt sich wohl nur mit der weitgehenden Absenz einer vergleichenden Faschismusforschung in Frankreich erklären.

Arbeiter zum Eintritt in den PCF motiviert zu haben.³¹² Unter den kommunistisch organisierten Arbeitslosen erhob sich die Klage, man halte sich in den Erwerbslosenkomitees zu eng an einen „opportunistischen Legalismus“ und trainiere die Erwerbslosen zu wenig für die „Eroberung der Straße“.³¹³ „Nous sommes en retard sur le mouvement de masse,“ so resümierte die Parteiführung schon Anfang Februar, „il y a dans la masse, la volonté de se battre. D'un côté passivité, de l'autre aventurisme.“³¹⁴

Auch de la Rocque, der am nachhaltigsten seine republikanische Legalität und Loyalität herausstrich, wurde gerade deshalb immer wieder innerhalb der eigenen Bewegung kritisiert. Mitte 1935 trugen die Meinungsverschiedenheiten über diese Frage dazu bei, daß die sogenannten „Marschälle“ de la Rocques, junge politische Enthusiasten, die als „Volontaires Nationaux“, d.h. als Nicht-Frontkämpfer zu den *Croix de feu* gestoßen waren, die Bewegung verließen.³¹⁵ An der Basis wurde de la Rocque vorgeworfen, seit dem 6. Februar 1934 keine Politik unternommen zu haben, welche die breiten Massen begeistern könnte, wie man dies „in Italien und in Deutschland“ tue.³¹⁶ Gleichwohl verwickelten sich auch die *Croix de feu*/P.S.F. immer wieder in mehr oder minder provozierte Zwischenfälle, in deren Verlauf es zu gewaltsamen Zusammenstößen, Verletzten und z.T. auch Toten kam. De la Rocque sprach in solchen Fällen stets entweder von den Handlungen unautorisierter Einzelner oder von „Notwehr“ („légitime défense“), vermochte dies jedoch gegenüber den ermittelnden Behörden nicht wirklich plausibel zu begründen.³¹⁷

In Berlin gelang es weder der KPD noch der NSDAP, ihre Legalitätstaktik auch nur annäherungsweise durchzuhalten. Zwar war man sich im ZK der KPD einig, daß man „vor allem den Anfang einer Auseinandersetzung den Nationalsozialisten überlassen und die Legalität bis zum Letzten ausnützen“ müsse.³¹⁸ Dementsprechend suchte die Parteiführung immer wieder, sich den legalen Bewegungsspielraum zu bewahren, indem sie ihren Aktionen den Charakter der „Abwehr“ zuwies und im November 1931 den sog. „individuellen Terror“ scharf verurteilte.³¹⁹ Ein Leitartikel, der zeitgleich mit dem Beschluß des ZK erschien, währte die Partei in der Gefahr, von „Faschisten“ und „Sozialdemokratie“ in die Illegalität getrieben zu werden.³²⁰ Um dies zu verhindern, wollte die KPD-Führung den „individuellen“ durch einen organisierten „Massenterror“ ersetzen.³²¹ Was dies bedeuten konnte, konkretisierte das Or-

³¹² AIRM Nr. 689, Bureau Politique, 1.3.1934.

³¹³ AN F7 13585, Polizeibericht vom 13.6.1934.

³¹⁴ AIRM Nr. 689, Bureau Politique, 1.2.1934 (Pricat).

³¹⁵ Im besonderen handelte es sich um Bertrand de Maud'huy, Claude Popelin und Pierre Pucheu. Pucheu sprach rückblickend von de la Rocque als einem Führer, „qui stérilisait par sa médiocrité ce qui aurait pu être un grand renouveau.“ Pierre Pucheu, *Ma vie. Notes écrites à Ksar-es-Souk, à la prison civile de Meknès et à la prison militaire d'Alger*, Paris 1948, S. 72 (Lagebucheintrag vom 16.8.1943). Vgl. die Schilderung bei Claude Popelin, *Arènes politiques*, Paris 1974, S. 40ff. Zusammenfassende Darstellung jetzt bei Nobécourt, *Le colonel de la Rocque*, S. 350ff.

³¹⁶ AN F7 13241, 20.6.1935. Vgl. ebd., 26.6.1935; 30.10.1935 u.ö.

³¹⁷ Siehe v.a. AN BB¹⁸ 3048² (Dossier: Poursuites pour réconstitution de ligues dissoutes 1936–1939), hier v.a. das „Réquisitoire définitif“ der Staatsanwaltschaft Seine vom 2.4.1937, S. 18, 27ff. u. passim.

³¹⁸ BJ.11A Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 149, fol. 33, Polizeibericht vom 22.8.1932 (Franz Dahlem).

³¹⁹ Beschluß des ZK der KPD vom 10. November 1931, in: RF Nr. 206, 13.11.1931.

³²⁰ Ebd. Vgl. die Stellungnahmen von ZK-Mitgliedern bei Rosenhaft, KPD der Weimarer Republik, S. 413f.

³²¹ Vgl. hierzu Rosenhaft, KPD der Weimarer Republik, S. 406f.

gan des illegalen RFB im Sommer 1932: „Es bedarf keiner großen Ausführungen darüber, daß das Proletariat in seinem Kampf für den Sturz der kapitalistischen und Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Anwendung der Gewalt nicht verschmäht [...]. Gegen den Terror der faschistischen Organisationen muß der Massenterror der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen ausgebeuteten Schichten gestellt werden. Die Organisation dieser wehrhaften Millionenfront ist der einzige Weg, nicht nur in einzelnen örtlich beschränkten Gefechten des Bürgerkriegs der Bourgeoisie gegen die unterdrückte Klasse siegreich zu bleiben, sondern den gesamten Mordterror zu vernichten und gleichzeitig seine Grundlage, die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse, aufzuheben.“³²²

Auch an der Frage des „individuellen Terrors“ läßt sich – ähnlich wie in der Frage der Erwerbslosen³²³ – das spannungsvolle Verhältnis zwischen der Führung der KPD und der „Basis“ der einfachen Parteimitglieder und Sympathisanten paradigmatisch studieren. Keinesfalls waren die Direktiven der Parteiführung einfach Selbstläufer, die automatisch und diszipliniert umgesetzt worden wären. „Die revolutionäre Disziplin in der Partei und den sympathisierenden Massenorganisationen,“ so resümierte ein Polizeibericht Ende 1931 die „innerparteiliche Lage der KPD“, „über die man in der ‚Roten Fahne‘ des öfteren nachlesen kann und die zum Schrecken des Bürgers als etwas Einheitliches, sozusagen als eine stahlharte Rote Front geschildert wird, die von Moskau aus kommandiert wird, existiert nur in der Theorie.“³²⁴ Allerdings wies die „Basis“ im Berlin der frühen dreißiger Jahre eine doppelte Tendenz zur Verweigerung der Parteibefehle auf: Zum einen bestand eine mehr oder minder grundsätzliche Trägheit, sich der geforderten „eisenharten“ Parteidisziplin zu unterwerfen, ihr die eigene Arbeitskraft oder gar physische Unversehrtheit zu opfern. Dem entsprachen die häufigen Klagen der Funktionäre über jene „Faulenzer“, die sich vor der Arbeit drückten und sie einigen wenigen Aktiven überließen.³²⁵ Zum anderen aber verweigerte die Basis in Berlin zunehmend der von der Parteispitze verordneten „Legalitätstaktik“ ihre Gefolgschaft. Seit dem Jahre 1930 wurde immer nachdrücklicher der Übergang zur „wehrhaften“ Tat gefordert. Während etwa die politisch-ideologische „Bearbeitung“ der Nationalsozialisten in Berlin nur „sehr zaghaft und unsystematisch“ durchgeführt wurde, vertraten immer mehr Mitglieder und Sympathisanten die Auffassung, daß der ideologische Kampf ohnehin zwecklos sei „und nur eine physische Bekämpfung angebracht erscheine“.³²⁶ Die Verurteilung individuellen Terrors durch das ZK der KPD hielten viele Erwerbslose an der Basis für „verkalkt“ und „versöhnlerisch“. Es verbreitete sich die Auffassung, daß die Partei nun „kneife“, den physischen Kampf „abbremse“ und „zu schlapp“ sei.³²⁷ Einem Informantenbericht zufolge schadete die KPD-Führung ihrem Ansehen erheblich, wenn sie sich gegen

³²² BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 150, fol. 148–149, Art. „Terror“. Abschrift aus dem Zentralorgan des RFB, Die Rote Front [Juli 1932].

³²³ Dazu siehe oben, S. 405ff.

³²⁴ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, fol. 369, 8.12.1931.

³²⁵ Siehe z.B. BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 452, Polizeibericht vom 18.3.1931 über die Versammlung einer Führertagung des KglF 16.3.1931; ebd., fol. 125, Polizeibericht über eine Führertagung des Unterbezirks Zentrum des KglF am 25.3.1931.

³²⁶ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 155, fol. 141, Bericht über die Tätigkeit des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg (für die Zeit vom 15.12.1930 bis zum 1.10.1931).

³²⁷ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 132, Bd. I, fol. 369, 8.12.1931, Betrifft die innerparteiliche Lage der KPD.

den individuellen Terror aussprach: „Die radikalen Massen sind aber dafür. Je eher, desto lieber. ‚Es kann doch nicht so weitergehen‘ und ‚Irgendetwas muß geschehen‘. Aber es geschieht nichts. Die Massen sind ungeduldig. Dann kommt die Enttäuschung und dann werden sie indifferent.“³²⁸

Zwar lehnten die führenden kommunistischen Funktionäre „Einzelakte und planlose Schlägereien“ im Kampf gegen den „Faschismus“ ab.³²⁹ Doch in dem Maße wie es der NSDAP gelang, in das „Rote Berlin“ einzudringen, brach sich das Verlangen Bahn, diesen „gesteigerten Terror der Nazis“ mit Gewalt zurückzuweisen. Gelegentlich wurde das „Erzählen und Tun der Leitung“ als „Unsinn“ abqualifiziert und gefordert, „daß die Proleten Gewehre, überhaupt Waffen in die Hand bekämen, um dieses System zu beseitigen“.³³⁰ Häufig führte diese Einstellung dazu, wie die Bezirksleitung des Kgf besorgt registrierte, „daß revolutionäre Arbeiter sich zu isolierten Einzelaktionen hinreißen ließen und auf die Mobilisierung der breiten Schichten der Werktätigen verzichteten“.³³¹ In welchem geringem Maße die Parteiführung ihre Mitglieder tatsächlich unter Kontrolle hatte, beweist ein Blick in die Polizeiakten: Allein zwischen dem 20. April und dem 29. Mai 1931 verübten Angehörige der KPD oder ihr untergeordnete Organisationen in Berlin 22 Anschläge auf politisch Andersdenkende, davon je sieben auf Mitglieder der NSDAP und des Stahlhelms, je drei auf Mitglieder des Reichsbanners bzw. der SPD sowie auf Parteilose.³³² Die Tötlichkeiten reichten von der einfachen Nötigung, Parteiabzeichen abzugeben, über Schläge und Fußtritte bis zum Angriff mit Messern und Schußwaffen. So wurden in der genannten Periode zwei Mitglieder des Stahlhelms durch Schüsse tödlich verletzt.³³³ Und zwischen dem 22. Januar und dem 6. Mai 1931 verübten Angehörige oder Sympathisanten der KPD insgesamt 23 Tötlichkeiten gegen Polizisten, wobei das Spektrum von Fußtritten über Messerstiche bis zum Einsatz von Schußwaffen reichte.³³⁴

Mithin ist die Behauptung kaum übertrieben, daß der „wehrhafte Antifaschismus“ der Kommunisten in der Praxis weitgehend identisch war mit der Gewaltausübung gegen Andersdenkende sowie gegen Polizeikräfte. „Was nach der kommunistischen Terminologie unter ‚wehrhaft‘ zu verstehen ist,“ so faßte ein detailgesättigter Polizeibericht Mitte 1931 zusammen, „ergibt sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus der großen Zahl von Überfällen, die sich *tagtäglich* ereignen und die schwersten Schäden für Leib und Leben der Betroffenen haben. Revolver, Messer und andere gefährliche Werkzeuge spielen in diesem ‚wehrhaften Kampf‘ die erste Rolle. In niederträchtigster Weise werden Personen anderer politischer Richtung überfallen und ‚erledigt‘ oder es wird ihnen eine ‚proletarische Abreibung verabfolgt‘, wie es nach kommunistischem Sprachgebrauch heißt.“³³⁵

Die Kontrolle der Berliner KPD-Führung über das Verhalten ihrer „Basis“ wurde dadurch erschwert, daß eine Vielzahl von örtlichen Gruppierungen bestand, die weit-

³²⁸ Ebd.

³²⁹ BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 2138, fol. 13, Richtlinien für die Organisierung Roter Betriebswehren, in: Mitteilungen des LKPB vom 1.8.1930.

³³⁰ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 155, fol. 396, Polizeibericht über eine Unterbezirksführertagung des Kgf vom 18.5.1931.

³³¹ Ebd., fol. 56, Rundschreiben des Kampfbandes Berlin-Brandenburg-Lausitz, 16.11.1931.

³³² BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 91, fol. 246–260.

³³³ Ebd., fol. 246 (29.5.1931).

³³⁴ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7572, fol. 9–11 [Mitte 1931].

³³⁵ Ebd., fol. 16.

gehend autonom handelten und sich – wenn überhaupt – nur lose mit der Parteiorganisation verbunden fühlten. Mit den A.F.J.G. z.B. suchte die KPD jenes soziale Segment politisch an sich zu binden, das gleichsam die Kehrseite der deutschen „Jugendbewegung“ bildete. Die strukturelle Sockelarbeitslosigkeit seit Mitte der zwanziger Jahre, unter der Jugendliche besonders zu leiden hatten, sowie ein vielbeschriebener Trend zur „Verwahrlosung“ hatten schon seit 1927/28 das Entstehen sogenannter „Wilder Cliques“ begünstigt.³³⁶ In dem Maße, wie sie sich politisierten, fanden die Cliques bei den kommunistischen Wehrorganisationen der frühen dreißiger Jahre nun ein neues Betätigungsfeld.³³⁷ Neben der Parteiaktivität im engeren Sinne, der Teilnahme an Parteiveranstaltungen und der Durchführung von Protestdemonstrationen,³³⁸ dürfte sich ihre Tätigkeit daher größtenteils in den Bahnen des ebenso vertrauten wie selbstbewußten Clquenlebens vollzogen haben. Die KPD-Führung stellte diese Konstellation vor neue Probleme der Kontrolle, womit ein zentrales Dilemma des kommunistischen Antifaschismus im Berlin der frühen dreißiger Jahre benannt ist. Ende 1930 bestanden in Berlin – wie ein parteiinterner Bericht ausführte – „Hunderte von ‚wilden‘ proletarischen Wehrorganisationen [...], von deren Existenz wir erst nach und nach Kenntnis bekommen“:³³⁹ „spontan entstandene lokale Abwehrorganisationen ohne zentrale Zusammenfassung, ohne politische Führung, zum größten Teil auf sich selbst angewiesen.“³⁴⁰ Folge dieser Zustände war u.a., daß sich auf lokaler Ebene „eine Art ‚Roter Überfallkommandos‘“ etablierte, „bei denen planlose Keilereien mit einzelnen Nazis und Reichsbannerleuten den Hauptinhalt bieten“.³⁴¹

So verstärkte sich Anfang der dreißiger Jahre in Berlin noch einmal der schon früher zu beobachtende Prozeß einer doppelten Blockade kommunistischer Politik: Einerseits blieb der Weg zu den unorganisierten „Arbeitermassen“ vor allem in den Betrieben, aber auch unter den Erwerbslosen weitgehend versperrt; andererseits tendierte ein quantitativ zwar schmales, mit seinem Gewaltpotential jedoch signifikantes Segment der Mitglieder und Sympathisanten zur gleichsam autonomen Radikalisierung. Wenn daher von dem widersprüchlichen Verhältnis zwischen „Basis“ und Funktionärs-„Avantgarde“ die Rede ist, so muß dieser doppelte Entfremdungsvorgang betont werden.³⁴² Sein Resultat war die weitere Abschließung der ghettoisierten kommunistischen „Gegenwelt“, die den geeigneten sozialen Nährboden einer totalitären Bewegung bildete.

³³⁶ Vgl. dazu Peukert, *Jugend zwischen Krieg und Krise*, S. 251ff. Zum Problem der „Verwahrlosung“ ebd., S. 89ff.; Gräser, *Wohlfahrtsstaat*, S. 199ff. Ein Überblick bei Benno Hafencrger, *Jugend-Gewalt. Zwischen Erziehung, Kontrolle und Repression. Ein historischer Abriss*, Opladen 1994, S. 58ff.

³³⁷ Rosenhaft, *Beating the Fascists*, S. 131ff., S. 135 mit Einzelbeispielen zu den A.F.J.G., sowie dies., *Organising the „Lumpenproletariat“: Cliques and Communists in Berlin during the Weimar Republic*, in: Richard W. Evans (Hrsg.), *The German Working Class 1888–1933. The Politics of Everyday Life*, London 1982, S. 174–219.

³³⁸ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 151, fol. 69, Bericht des Polizeipräsidenten an den Preußischen Minister des Innern vom 11.10.1929.

³³⁹ SAPMO-BA RY 1 1/4/9/3, fol. 33, Fritz Lange, Bericht über den Kampfbund gegen den Faschismus, 20.12.1930.

³⁴⁰ Ebd., fol. 39, Bericht der Reichsleitung des KgfJ über die Entwicklung dieser Organisation, 1.2.1931.

³⁴¹ Ebd., fol. 40.

³⁴² Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Thesen Mallmanns, Kommunisten, der die Entfremdung sich fast ausschließlich zwischen einer orthodox ideologisierten „Avantgarde“ und einer eher pragmatisch, gleichsam „opportunistisch“ handelnden „Basis“ vollziehen sieht.

Den Nationalsozialisten selbst und den mit ihnen sympathisierenden Teilen der politischen Öffentlichkeit erleichterten die ständigen kommunistischen Übergriffe die Zurschaustellung ihres Notwehrkalküls. Gerade in Berlin bedurfte es keineswegs einer nationalsozialistischen Überzeugung, um gleichwohl den „roten Terror“ zu beklagen. Für den agitatorischen Massenerfolg der NSDAP war dies von entscheidender Bedeutung, und Hitler verstand es vorzüglich, auf dieser Klaviatur zu spielen. Die nationalsozialistische Bewegung, so führte er am 1. September 1930 vor der Berliner SA aus, werde „den Notwehr-Paragraphen“ für sich in Anspruch nehmen.³⁴³ In konzentrierter Form entfaltete Hitler diese Strategie Ende September 1930 dann im bekannten Ulmer Reichswehr-Prozeß vor dem Leipziger Reichsgericht: Auf die Frage des Vorsitzenden, woher es komme, daß sich so viele Mitglieder der NSDAP über die Gewalt als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele ausgelassen hätten, antwortete Hitler:

„Da handelt es sich vielleicht um etwas anderes. Das bezieht sich nicht auf die Gewaltanwendung gegen den Staat. Es ist selbstverständlich, daß man mit Worten allein nicht auskommt; wir lassen uns nie wehrlos niederschlagen. Wenn heute eine rote Horde in unsere Versammlungen eindringt, werden wir nicht ein Rückzugsgefecht veranstalten, sondern wir werden Widerstand leisten, wie es alten Frontsoldaten geziemt. Ich lasse mir nicht von irgendeinem meine Ideale mit Gewalt austreiben. Wir sind überzeugt, daß wir zur Notwehr, wenn wir angegriffen werden, auch berechtigt sind.“³⁴⁴

Freilich besteht an dem rein taktischen Gebrauch, den auch die Berliner NSDAP und SA von dem Notwehrkalkül machten, kein Zweifel. Entscheidend für die Bewegungsfreiheit der (Berliner) NSDAP, so führte Goebbels auf einer Gautagung kurz nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 aus, sei der Besitz des preußischen Innenministeriums. Dem nämlich unterstünde der Berliner Polizeipräsident; und nur wenn die Polizei sich „neutral verhalte, d.h. bei irgendwelchen Vorkommnissen zu spät komme und Notwehr anerkenne“, könne das Notwehrkonzept durchgeführt werden.³⁴⁵ Darüber hinaus unterschlug die nationalsozialistische Selbststilisierung natürlich systematisch diejenigen Fälle, in denen die Gewalt unmittelbar von den eigenen Anhängern ausging.³⁴⁶ Für die preußischen Behörden unterlag es denn auch keinem Zweifel, „daß unter Berücksichtigung des Gesamtbildes über Anlaß und Urheber politischer Ausschreitungen die NSDAP keine Veranlassung hat, von politischem Terror Anderer gegen ihre Mitglieder zu sprechen.“³⁴⁷

³⁴³ Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen III/3, Dok. 100, S. 379.

³⁴⁴ Hitlers Zeugenaussage vom 25.9.1930 gedruckt ebd., Dok. 123, S. 434–451, das Zitat S. 440. Zum Kontext vgl. Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a.Rh. 1967, v.a. S. 83ff. über Hitlers Aussage. Ähnlich äußerte sich Hitler als Zeuge in einem Prozeß vor dem Berliner Landgericht in Moabit. Siehe Völkischer Beobachter, Reichsausgabe, Nr. 130/131, 10./11.5.1931: „Wir sind nicht bewaffnet, aber wir wehren uns, wenn wir totgeschlagen werden sollen [...]. Die S.A. ist nicht bewaffnet, aber auch wir nehmen das Recht der Notwehr gegen den roten Mord für uns in Anspruch.“

³⁴⁵ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 108, Polizeibericht vom 22.9.1930 über die Gautagung der NSDAP am 17.9.1930.

³⁴⁶ Es fehlte nicht an Versuchen, die nationalsozialistischen Terrorakte zu dokumentieren. Dies galt insbesondere für die SPD, die beim Parteivorstand eine eigene „Terror-Abwehrstelle“ einrichtete. Mehrfach legte sie den Sicherheitsbehörden umfangreiche Dokumentationen nationalsozialistischer Gewaltakte vor, deren praktische Verwertbarkeit allerdings gering war. Siehe BAP RMI, 25793, fol. 136–139, Schreiben von Otto Wels an den Reichsinnenminister vom 1.2.1931, sowie Archiv des IFZ, I/a 30, die 223 Seiten umfassende Dokumentation der SPD über „Gewalttaten der Nationalsozialisten“.

³⁴⁷ BAP RMI, 25793/1, fol. 327, Schreiben des Preußischen Ministers des Innern, Severing, an den Reichsinnenminister vom 12.2.1932.

Allerdings stieß auch die NSDAP bei der Disziplinierung ihrer Mitglieder im Namen von Legalitätstaktik und Notwehrkalkül auf erhebliche Probleme. Für die Stennes-Revolte hatte die Rebellion der SA-Basis gegen den Versuch, die Macht auf „parlamentarischem“ Wege zu erobern, eine zentrale Rolle gespielt.³⁴⁸ Darüber hinaus aber kam es gerade in Berlin immer wieder zu gleichsam „unautorisierten“ gewaltsamen Übergriffen nationalsozialistischer Parteigänger. In solchen Fällen erachtete es Hitler für notwendig, die betreffenden Partei- und SA-Mitglieder zu desavouieren, um die Legalität der Partei nicht zu gefährden. Wie doppelbödig diese Taktik jedoch faktisch gemeint war, wurde z.B. nach den schweren nationalsozialistischen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm am 12. September 1931³⁴⁹ deutlich, als der Berliner SA-Führer Wolfgang Heinrich Graf von Helldorf von der Parteispitze desavouiert worden war. Auf einer SA-Führerbesprechung und in Anwesenheit Helldorfs konzidierte Hitler, daß gerade in den Großstädten die SA-Führung „bei der nun politisch einmal bedingten langsamen Entwicklung der Partei oft in die Lage versetzt werde, etwas zu unternehmen, was geeignet sei, die revolutionäre Stimmung der Leute zu befriedigen. Diese Unternehmungen müßten sich aber in Formen abwickeln, die die nach außen legale Politik der NSDAP nicht in Gefahr brächten. Die Partei dürfe durch ein solches Vorgehen nicht belastet werden. Für die S.A.-Führer sei es in solchen Fällen selbstverständlich, daß sie sich schützend vor die Partei stellen und eine Verbindung etwaiger Vorfälle mit der Partei grundsätzlich ableugneten sowie, wenn es keine anderen Wege gäbe, die Verantwortung für die Vorfälle selbst auf sich nähmen. Die betreffenden S.A.-Führer müßten weiterhin verstehen, daß die Partei nach solchen Vorfällen selbstverständlich von den betroffenen S.A.-Führern öffentlich abrücken und sie demonstrativ fallen lassen müsse. Sie könnten aber gewiß sein, daß die Partei ihre Verdienste nicht vergessen und sie im geeigneten Augenblick in ihre Ämter wieder einsetzen würde.“³⁵⁰

Dem entsprach es, wenn die besondere Sorge der Parteiführung einem möglichen Verbot und damit der Illegalität der NSDAP galt. In der Vergangenheit war die Partei ja gerade in Preußen und der Reichshauptstadt schon mehrere Male verboten worden. Als daher nach einem nationalsozialistischen Überfall auf eine Veranstaltung des Arbeiter-Wander- und Geselligkeitsvereins „Falke“ Ende November 1930 in Berlin-Charlottenburg³⁵¹ Gerüchte um ein erneutes Verbot auftauchten, bemühten sich die Berliner Gauleitung und SA-Führung „mit allen Mitteln, die Mitglieder vor Ausschreitungen und Zusammenstößen sowohl mit der Polizei als auch mit Andersdenkenden fern zu halten, um jeden weiteren Anlaß zum Einschreiten auszuschalten“. Jeder Unterführer sollte für stattgehabte Ausschreitungen seines Verbandes persönlich verantwortlich gemacht werden. Und sobald ihm nachgewiesen werden konnte, daß er nicht alles versucht hatte, seine Mitglieder zu zähmen, sollte der sofortige Ausschluß aus Partei und SA erfolgen. „Auch jedes Mitglied dem nachgewiesen wird, daß

³⁴⁸ Vgl. oben, S. 459.

³⁴⁹ Vgl. dazu Harrison, „Alter Kämpfer“, S. 391f. u. oben, S. 463f.

³⁵⁰ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 310, fol. 310, Bericht über SA-Führerbesprechung vom 15. u. 16. September 1931 in München, gedr. bei Hitler. Reden, Schriften, Aufzeichnungen Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 2: Juli 1931–Dezember 1931, hrsg. u. kommentiert von Christian Hartmann, München 1996, S. 106, Anm. 15.

³⁵¹ Siehe dazu Berliner Tageblatt, Nr. 554, 24.11.1930: (S. 3: „Feuerüberfall auf Arbeiter-Tanzvergnügen“).

es sich an irgend einem Zwischenfall mit Andersdenkenden beteiligt hat, soll von jetzt ab sofort ausgeschlossen werden. Lediglich ausgesprochene Notwehrfälle sollen eine Ausnahme zulassen.³⁵² Dafür, daß solche Drohungen auch tatsächlich durchgeführt worden wären, fehlt freilich ebenso jeder Beleg wie bei der analogen Frage der Bewaffnung.³⁵³

Besonders brisant wurde die Legalitäts- und Notwehrtaktik der NSDAP in der zweiten Hälfte des Jahres 1932. Einerseits war durch präsidiale Notverordnung (!) vom 14. Juni 1932 das Verbot der SA wieder aufgehoben worden.³⁵⁴ Diese in jeglicher Hinsicht fatale Entscheidung stellte eine politische Rückversicherung für den nationalsozialistischen Paramilitarismus dar und radikalisierte die SA nicht unerheblich.³⁵⁵ Andererseits drohte in den Augen vieler Partei- und SA-Mitglieder Hitlers Strategie des Alles oder Nichts, welche die Beteiligung der NSDAP an jeglicher echten Koalitionsregierung ausschloß, den Nationalsozialisten nunmehr dauerhaft den Zugang zur Macht zu versperren.³⁵⁶ Die Folge war eine weitreichende Unzufriedenheit und Radikalisierung in den Reihen der SA, wofür der Mord von Potempa nur ein besonders erschreckendes Zeichen war.³⁵⁷ Der Oberste Führer der SA, Röhm, reagierte auf diese prekäre Situation, indem er Mitte August die ganze Perversion des Notwehrgedankens in einem SA-Befehl mehr oder minder unverhüllt offenlegte: „In berechtigter Abwehr der marxistischen Blutaten ist in einigen besonders bedrohten und heimgesuchten Gebieten scharfe Notwehr und Vergeltung erfolgt. Ich sehe es als meine Ehrenpflicht an, den Männern, die in Ausübung ihrer Notwehr richtig gehandelt haben und deshalb unter Verfolgung und Strafe gestellt wurden, in jeder mir möglichen Weise beizustehen.“³⁵⁸

Als Folge der zunehmenden Radikalisierung ihrer Mitglieder gerieten NSDAP und SA in Berlin auch mit den neuen, seit 20. Juli 1932 kommissarisch amtierenden preußischen Machthabern in Konflikt. Vor allem während des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen vom 6. November 1932 wurden zahlreiche Versammlungen politisch Andersdenkender, insbesondere der DNVP,³⁵⁹ systematisch durch Nationalsozialisten gestört. „Die Häufigkeit der Fälle und die Gleichmäßigkeit bei der Art des Vorgehens der Störer“, so resümierte ein Polizeibericht im Oktober 1932, „gestatten

³⁵² GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 22–23, Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin an den Preußischen Minister des Innern, 1.12.1930. Zu den Gerüchten über ein mögliches Verbot der NSDAP vgl. z.B. Der Montag Nr. 45, 24.11.1930; Deutsche Zeitung, Nr. 263a, 3.11.1930.

³⁵³ Vgl. unten, S. 602.

³⁵⁴ Reichsgesetzblatt 1932 I, S. 297. Zur Vorgeschichte der Aufhebung des SA-Verbots, insbesondere zur Haltung des Reichs und der Länder Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin u. New York 1992, S. 887ff.; Longgerich, Bataillone, S. 155f.

³⁵⁵ Zum SA-Terror in der Folge der Aufhebung des Verbots und um die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 vgl. Longgerich, Bataillone, S. 156f.; Schulz, Brüning, S. 945f.; Heinrich A. Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 489f.

³⁵⁶ Diese Haltung Hitlers kam deutlich in seinem Gespräch mit dem Reichspräsidenten am 13. August 1932 zum Ausdruck. Siehe Bracher, Auflösung, S. 540; Schulz, Brüning, S. 964; Winkler, Weimar, S. 510f.

³⁵⁷ Zum Mord von Potempa und weiteren Terrorakten der SA vgl. Longgerich, Bataillone, S. 156ff.

³⁵⁸ Abgedruckt in: Berliner Tageblatt, Nr. 388, 17.8.1932, „Trost für die SA“.

³⁵⁹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 356, 5.10.1932: Sprengungen von mehreren DNVP-Versammlungen durch NSDAP. Vgl. dazu Der Angriff, Nr. 203, 6.10.1932; Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 469, 6.10.1932; Berliner Lokalanzeiger, Nr. 474, 6.10.1932; Berliner Tageblatt, Nr. 476, 7.10.1932: „Ilarzburger Saalschlacht“.

mit Sicherheit den Schluß, daß die Versammlungsstörungen planmäßig vorbereitet und auf Weisung leitender Stellen der NSDAP durchgeführt worden sind.“³⁶⁰ Infolgedessen untersagten die Polizeibehörden eine große öffentliche Wahlpropagandaveranstaltung der NSDAP im Berliner Sportpalast mit der Begründung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung drohe durch solche Veranstaltungen, bei der auch eine große Zahl politisch Andersdenkender zu erwarten sei, erheblich gestört zu werden.³⁶¹

Die größten Aussichten auf Erfolg konnte die Legalitäts- und Notwehrtaktik freilich in dem Augenblick haben, da der Gegner selbst „zu den Waffen“ zu greifen und einen Umsturz vorzubereiten schien. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte die Perhorreszierung eines bolschewistischen Aufstandes im Mittelpunkt rechts-extremer Kalkulationen gestanden.³⁶² Und die seit 1928/29 verschärfte und immer lautere Aufstands- und Bürgerkriegsrhetorik der KPD konnte der NSDAP in dieser Hinsicht nur in die Hände arbeiten. „Im Kleinen und Kleinsten“, so soll sich Hitler schon im Mai 1930 gebrüstet haben, „sind wir heute so weit, daß wenn links antritt, wir gegenüberreten und dabei nur einen Wunsch haben: Polizei, gib die Straße frei!“³⁶³ Eine tatsächliche, von den Kommunisten ausgehende Bürgerkriegssituation würde, so lautete Hitlers Kalkül, den demokratischen Staat vollends überfordern und den Nationalsozialisten neue Handlungsperspektiven eröffnen. Während der bereits erwähnten SA-Führertagung am 15. September 1931 kam Hitler denn auch auf das Verhalten bei Ausbruch von Unruhen zu sprechen: „Er äußerte sich hierüber außerordentlich vorsichtig. Es sei möglich, daß die kommende schwere Zeit schwere Unruhen mit sich brächte. Die Nationalsozialisten müßten vorsichtig sein, um sich nicht aus der Reserve locken zu lassen. Unruhen wirtschaftlicher Art müßte die Regierung selbst bekämpfen. Es sei aber auch möglich, daß die Unruhen rein politischer bzw. kommunistischer Art seien. In diesem Falle könne man der Regierung, wenn sie dieser Unruhen nicht selbst Herr wird, sehr wohl beispringen. Aber dabei müßten die Nationalsozialisten Obacht geben, daß sie nicht nur die Kastanien aus dem Feuer holen [...]. Auf keinen Fall würden die Nationalsozialisten irgendeinen unüberlegten Schritt tun. Die Heimwehr in der Steiermark habe es wieder deutlich erwiesen, daß es unmöglich sei, auf illegalem Wege etwas Erfolgreiches zu unternehmen. Die Partei müsse auf legalem Weg bleiben, der überhaupt augenblicklich der einzig sichere sei.“³⁶⁴

Umgekehrt entsprach es dem Selbstverständnis des kommunistischen Notwehrekalküls, angebliche Bürgerkriegsvorbereitungen der NSDAP in häufig übertriebener Weise in den Mittelpunkt zu rücken. „Die KPD würde es sicher lieber sehen,“ so resümierte der Ministerialrat im Reichsinnenministerium, Kurt Häntzschel, im Oktober 1931, „wenn ihr ein nationalsozialistischer Putsch den Weg ebnete. Ein Ereignis, wie der österreichische Heimwehrputsch, am Jahrestage des nationalsozialistischen Wahlsieges in Deutschland wäre als auslösendes Moment für den Ausbruch des Bür-

³⁶⁰ GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, fol. 347–348, 8.10.1932.

³⁶¹ J:bd.

³⁶² Vgl. oben, S. 438.

³⁶³ BAP RMI, Nr. 26065, fol. 87, Denkschrift „Kann ein Nationalsozialist Polizeibeamter sein?“ [Juni 1930].

³⁶⁴ BAP, RMI Nr. 26067, fol. 282, Bericht über SA-Führerbesprechung in München am 15.9.1931, gedr. bei Hitler, Reden IV/2, Dok. Nr. 31, S. 105f. Zur Rezeption des österreichischen Heimwehrputsches durch Hitler Klaus Lankheit, „Für uns Nationalsozialisten muß das eine warnende Lehre sein.“ Hitler, Legalität und österreichische Heimwehr 1928–1931, Unveröffentlichtes Manuskript 1996.

gerkrieges zu bewerten.³⁶⁵ Im Anschluß daran gelangte Häntzschel zu einem treffenden Urteil über die fatale Interdependenz beider totalitären Bewegungen: „Abschließend muß gesagt werden, daß insbesondere durch die Tätigkeit der legalen und illegalen kommunistischen Nebenorganisationen wie auch durch die SA der Nationalsozialisten, die sich gegenseitig zu immer stärkeren Leistungen anspornen, ein für die Ordnung und Sicherheit im Reichsgebiet bedenklicher Zustand geschaffen wird, dem unmittelbar abzuhelpfen – mittelbar wirken sich die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen günstig aus – nicht mehr allzu lange gezögert werden darf. Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob diese gefährlichen Organisationen der KPD oder der NSDAP angeschlossen sind. Bei ihrer Wesensähnlichkeit würde die Unterdrückung der einen nur die Stärkung der anderen bedeuten.“³⁶⁶

Der offenkundige Zusammenhang zwischen kommunistischer Herausforderung, faschistischem Potential und nationalsozialistischem Durchbruch macht denn auch Deutungen problematisch, die in der kommunistischen Gewalt während der Endphase primär eine tendenziell legitime, „antifaschistische“ Reaktion gegen die Überfälle der SA sehen wollen.³⁶⁷ Noch weitaus problematischer ist es allerdings, dem nationalsozialistischen Antibolschewismus in der Nachfolge Ernst Noltes einen „rationalen Kern“ zuzubilligen.³⁶⁸ Denn die Kategorie der politischen „Rationalität“ muß normativ gebunden bleiben an ein pluralistisches System, in dem Diskurs und Kritik möglich sind. Nationalsozialistischer Antikommunismus begründete noch keine „Rationalität“, nur weil es in anderem Zusammenhang „vernünftig“ und nachvollziehbar gewesen sein mag, antikommunistisch zu sein. Allenfalls konnte es sich um Bestandteile einer *ideologischen* Rationalität handeln, die einem Teil der Bevölkerung aufgrund der Erfahrungen mit den Kommunisten als plausibel erschien, später freilich auch in einem Vorgang wie dem millionenfachen Massenmord an den Juden aufscheint.³⁶⁹ Eine historische Betrachtungsweise, die diese entscheidende Schnittstelle aus den Augen verliert, läuft Gefahr, den antiliberalen und genuin terroristischen Wesenskern des Nationalsozialismus zu unterschätzen.³⁷⁰ Als angemessen erscheint vielmehr eine

³⁶⁵ GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 300, fol. 326, Nachrichtensammelstelle im RMI an die Nachrichtensammelstelle der Länder, 1.10.1931.

³⁶⁶ Ebd.

³⁶⁷ So hat Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists*, die Zeit der „Dritten Periode“ detailliert untersucht und die kommunistische Gewaltausübung primär als antifaschistischen Verteidigungsreflex gegen den Vormarsch von NSDAP und SA in das „rote“ Berlin interpretiert. Trotz ihrer eindrücklichen Detailanalyse beruht die Studie doch auf einer zeitlich verengten Perspektive. Sie tendiert dazu, das autochthone antidemokratische Gewaltpotential der Kommunisten zu unterschätzen, und läuft daher Gefahr, der kommunistischen Selbstperzeption und Selbstdarstellung zu kritiklos zu folgen.

³⁶⁸ Konzentriert auf den Fall Berlin hat dies Striefler, *Kampf um die Macht* (der Begriff des „rationalen Kerns“ S. 33) getan, indem er die Rosenhaftsche Interpretation gewissermaßen auf den Kopf gestellt hat und die Gewalt der SA als notwendige, wenn auch „überschießende“ Gegenreaktion gegen kommunistischen Terror interpretierte.

³⁶⁹ Der Begriff der ideologischen Rationalität nach Hermann Lübbe, *Terror. Über die ideologische Rationalität des Völkermords*, in: Nipperdey u.a. (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg*, S. 304–311.

³⁷⁰ Dies gilt insbesondere für einige Thesen, die Ernst Nolte in seinem Buch *„Der europäische Bürgerkrieg“* vertreten hat. So stellt er hier etwa den nationalsozialistischen Antikommunismus in den weiteren Zusammenhang des (west-)europäischen bürgerlichen Zivilisationsbewußtseins und spricht mehrfach davon, Hitler habe sich gewissermaßen als „europäischer Bürger“ gefühlt (ebd., S. 152 u. 543f.). Zwar ist Nolte zuzustimmen, wenn er in dem antibolschewistischen Motiv „das am meisten europäische unter Hitlers Motiven“ erkennt (ebd., S. 122). Aber das „Europa“, zu dessen Verteidigung sich die Nationalsozialisten berufen fühlten, meinte alles andere als das liberale System des bürgerlichen

strikt totalitarismustheoretische Perspektive, wie sie in der vorliegenden Arbeit versucht wird. Mit dem Begriff der „totalitären Bewegung“ operierend, weist eine solche Perspektive zwar die Interdependenz und partielle innere Verwandtschaft zwischen Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus auf; zugleich aber betont sie auch ihre feindliche Äquidistanz zur parlamentarischen Demokratie und zum liberalen Rechtsstaat.

2. Virtuelles Nachrichtenmonopol und „soziales Gelände“

Damit ist zugleich gesagt, daß es mit Blick auf die von KPD und NSDAP gleichermaßen ausgehende Gewalt im Berlin der frühen dreißiger Jahre nicht möglich ist, von „Angreifern“ und „Verteidigern“ zu sprechen. Die historisch-genetische Dimension des Totalitarismusmodells darf nicht dazu mißbraucht werden, die nationalsozialistischen Gewalttaten primär als Reaktion auf die kommunistische Aggression zu werten, damit kommunistische und nationalsozialistische Gewalt quantitativ zu messen und zwischen ihnen qualitativ zu differenzieren.³⁷¹ Der Stahlhelm etwa oder andere „faschistische“ Organisationen wie der Wehrwolf oder die Bismarck-Jugend³⁷² verhielten sich trotz Republikfeindschaft und Perhorreszierung des kommunistischen „Feindes“ in der Regel relativ diszipliniert und im Rahmen der bestehenden „Ordnung“. Ähnliches läßt sich für die französischen „faschistischen“ Organisationen feststellen. Dagegen fielen die Nationalsozialisten gleich bei ihren ersten „Auftritten“ nach der Wiederzulassung im Jahre 1925 ähnlich wie die Kommunisten durch gezielte Provokationen und Übergriffe gegenüber politisch Andersdenkenden auf.³⁷³ Am 20. März 1927 z.B. überfielen mehrere hundert Nationalsozialisten auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost ca. 20 Rote Frontkämpfer.³⁷⁴ Auf beiden Seiten kam es zu Steinwürfen und Schüssen, nachdem in ein und demselben Zug eine Gruppe Nationalsozialisten, unter ihnen auch Goebbels, zufällig mit einem Trupp Rotfrontkämpfer zusammengetroffen war. Es gab 10 Verletzte, darunter ein durch Schüsse in Kopf und Lunge schwerverletzter RFB-Mann. Ein ausführlicher Bericht des Berliner Polizeipräsidiums kam zu

Rechts- und Verfassungsstaats. Keinesfalls konnte Hitler aus dieser Perspektive der Repräsentant des Bürgertums als „übernationaler Klasse“ sein, als den ihn Nolte charakterisiert (ebd., S. 544). Mit dem nationalsozialistischen (Verteidigungs-)Kampf gegen den Bolschewismus mochte sich zwar der Wunsch nach einer geistig-moralischen „Erneuerung“ Europas verbinden. Doch bedeutete diese „Erneuerung“ immer zugleich auch die gewaltsame Zerstörung des bürgerlich-liberalen Europa, wie es das 19. Jahrhundert hervorgebracht hatte. Wenn Nolte daher die europäische Repräsentativität des Hitlerischen Denkens diskutiert, verfällt jene Differenz zwischen dem rechtsextremen Mythos einer vorliberalen europäischen Zivilisation und dem liberalen System des Westens einer inakzeptablen analytischen Unschärfe. Auch in seinen antikommunistischen Konnotationen unterschied sich das Denken der extremen Rechten eben im Wesenskern qualitativ und fundamental von demjenigen des bürgerlichen Liberalismus und Konservatismus. (Ähnlich Bracher, Problem des Antikommunismus, S. 137.) Dementsprechend sind einige Schlußfolgerungen Noltés zurückzuweisen, so etwa, wenn er davon spricht, Hitler habe auf der Seite „eines historischen Rechts“ gestanden (ebd., S. 543f.), oder davon, daß sich das nationalsozialistische Deutschland 1937/38 im Vergleich zur Sowjetunion „beinahe wie ein normaler westeuropäischer Staat ausnehmen“ mußte (ebd., S. 273).

³⁷¹ Darunter leidet bisweilen die ansonsten anschauliche Schilderung des „begrenzten Bürgerkriegs“ in Berlin von Striefler, Kampf, S. 305ff.

³⁷² Zur Bismarck-Jugend vgl. Wolfgang Krabbe, Die Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei, in: German Studies Review 17 (1994), S. 9–32.

³⁷³ Vgl. Ruffler, Landfriedensbruch, S. 191f.

³⁷⁴ BIIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 90, fol. 115. Siehe auch Berliner Tageblatt Nr. 135, 21.3.1927. Reichstags-Sitzung Nr. 294, 23.3.1927, S. 2882–2883 (Torgler).

dem zweifelsfreien Ergebnis, „daß der Zusammenstoß durch Angriffe der NSDAP-Leute herbeigeführt worden ist“.³⁷⁵ Und auch die Begründung des Urteils, das fünf Nationalsozialisten wegen schweren Landfriedensbruches zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und elf Monaten verurteilte, ließ die NSDAP in überaus ungünstigem Licht erscheinen und strafte die Notwehrthese Lügen: „Wenn auch die Roten Frontkämpfer sich [...] nicht passiv verhalten haben, so stellt das Gericht doch fest, daß ihr Verhalten die Angriffshandlungen der Nationalsozialisten nicht als Notwehr rechtfertigen konnte.“³⁷⁶ Für Zörgiebel war dies im Vorfeld des Stahlhelmtages von 1927 Grund genug, den Gau Berlin-Brandenburg der NSDAP aufzulösen und die Partei für den Berliner Großraum zu verbieten.³⁷⁷

Auch während der frühen dreißiger Jahre standen sich Kommunisten und Nationalsozialisten in Sachen Brutalität und individueller Gewalt in nichts nach. Vom 9. September bis 5. November 1931 etwa wurden vier Nationalsozialisten von bewaffneten Kommunisten getötet.³⁷⁸ Und 1932 war tatsächlich ein Jahr des Terrors, in dem kein Monat verging, in der die Berliner Nationalsozialisten nicht Tote und Verletzte zu beklagen hatten.³⁷⁹ Doch hatte sich die terroristische Vorgehensweise der NS- und SA-Anhänger in Berlin derjenigen der Kommunisten schon längst angeglichen oder übertraf sie in ihrer Brutalität noch. Ausgangspunkt von Gewalttaten waren häufig die nationalsozialistischen Verkehrslokale, von welchen immer wieder kleinere Trupps von vier bis sechs Mann in die nähere Umgebung ausschwärmten. Bei der Begegnung mit Andersdenkenden, insbesondere mit Kommunisten, fingen sie Streit an, der dann zu Mißhandlungen und Schlägereien auf der Straße ausartete.³⁸⁰ So überfielen in der Nacht vom 16. zum 17. Mai 1930 Mitglieder des Sturm 9 der Berliner SA „ohne jeden Anlaß“ drei zufällig vorübergehende Personen, die sie als Kommunisten erkannten. Zwei der Überfallenen konnten flüchten, der dritte, Walter Heimbürger, erhielt mit einem Dolch einen tödlichen Stich. „Heimbürger, der noch zu fliehen versuchte, wurde daran gehindert; er wurde verprügelt, aus einem Lokal, in das er sich gerettet hatte, herausgeholt und auf die Straße geworfen, nochmals verprügelt und mit Stiefelabsätzen ins Gesicht getreten.“ Nach Einlieferung ins Krankenhaus starb er.³⁸¹ In der Nacht zum 1. Februar 1931 überfielen mehrere SA-Mitglieder den Arbeiter Erich Riemenschneider, den sie als Mitglied der KPD erkannten, mißhandelten ihn und versetzten ihm mehrere Messerstiche in den Rücken. Auf der Flucht kam es zu einem Zusammenstoß mit den Arbeitern Fritz Liere und Otto Gründberg; letzterer wurde von einem SA-Angehörigen durch mehrere Pistolenschüsse getötet.³⁸²

³⁷⁵ BAP RMI, Nr. 25722, fol. 28–31, hier fol. 29.

³⁷⁶ Ebd., fol. 104–105, RKO an RMI, 15.8.1928.

³⁷⁷ BJlHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7549, fol. 113–115, Auflösungsverfügung Zörgiebels vom 5.5.1927. Siehe auch Vossische Zeitung Nr. 108, 6.5.1927; Berliner Tageblatt Nr. 212, 6.5.1927.

³⁷⁸ BJlHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 91, fol. 117–119, Aufstellung der in den Jahren 1930/31 bei politischen Zusammenstößen getöteten Personen.

³⁷⁹ Vgl. Striefler, Kampf, S. 355ff.

³⁸⁰ Siehe etwa BJlHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 89–90, Nr. 7555, fol. 29, Polizeibericht vom 6.8.1931.

³⁸¹ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 82, Polizeibericht vom 25.6.1930. Vgl. Berliner Tageblatt, Nr. 231, 17.5.1930: „Drei Todesopfer nächtlicher politischer Ausschreitungen“, Vossische Zeitung, Nr. 171, 19.7.1930: „Die Märtyrer von Röntgental“.

³⁸² GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 186. Vgl. Berliner Tagblatt, Nr. 55, 2.2.1931: „Neuer politischer Mord in Charlottenburg. Nationalsozialisten greifen Kommunisten an“, Vossische Zeitung Nr. 29, 3.2.1931: „Die Waffen nieder!“.

Neben diesem individuellen Terror durch einzelne Parteimitglieder, den die Führungen von KPD wie von NSDAP zwar im Kontext der Legalitätstaktik offiziell verwarfen, stillschweigend jedoch duldeten, wenn nicht sogar honorierten, lassen sich einige typische Konfrontationsformen aufweisen, welche die latente Bürgerkriegssituation Anfang der dreißiger Jahre prägten. Größtenteils entsprangen sie dem wechselseitigen totalitären Anspruch auf ein virtuelles Nachrichten- und Meinungsmonopol. Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten erfolgten meist im Zusammenhang mit politischen Versammlungen und Demonstrationen, dem Verkauf von Parteizeitungen und der Durchführung aggressiver Häuserpropaganda. Eine systematische Aufstellung dieser ungezählten Vorfälle, die das Berliner politische Leben der frühen dreißiger Jahre maßgeblich prägten, ist nicht möglich, so daß im folgenden lediglich einige Einzelfälle exemplarisch herausgegriffen werden.

Am 11. Februar 1931 wurde im Viktoriagarten in Berlin-Wilmersdorf eine Versammlung der KPD durch Mitglieder der NSDAP gewaltsam gesprengt. Es kam zu einer Schlägerei und darauffolgend zur Auflösung der Versammlung. Offensichtlich nach einem verabredeten Plan und auf ein gegebenes Zeichen hin fielen die nationalsozialistischen Angreifer über die Versammlungsteilnehmer her, mißhandelten sie und gaben mehrere Schüsse auf sie ab. Seitens der Angegriffenen war ein Schwerverletzter zu beklagen.³⁸³ Für den „Kampfbund gegen den Faschismus“ seinerseits war die „alarmierende Lehre“ dieser „frechen Provokationen von Goebbels faschistischen Mordkolonnen“ die Steigerung der eigenen Wachsamkeit und Kampfbereitschaft. So müsse der eigene Versammlungsschutz und der Schutz der kommunistischen Verkehrslokale dringend verstärkt werden: „Tilgt die faschistische Mordschmach aus dem roten Berlin!“³⁸⁴

Während einer KPD-Versammlung in Berlin-Charlottenburg am 9. Dezember 1931 veranstaltete die lokale SA in unmittelbarer Nähe einen „Sturmabend“. Auf Anweisung des Sturmleiters zogen die SA-Angehörigen trotz bestehenden Demonstrationsverbots in geschlossenem Zug und unter Gesang durch die benachbarten Straßen und hielten aufreizende Reden. Ein zur Beobachtung ausgesandter kommunistischer Fahrradkurier beobachtete dies, erstattete den versammelten KPD-Anhängern Bericht, die nun ihrerseits davonstürmten, um ein nahegelegenes kommunistisches Verkehrslokal zu schützen. Kurz darauf stießen sie mit einem kleinen Trupp Nationalsozialisten zusammen, die unter dem Ruf „Hier Sturm 33“ mehrere Schüsse auf die fliehenden Kommunisten abgaben. Zurück blieben ein Toter und zwei Schwerverletzte.³⁸⁵

Am 25. Januar 1932 wurde in dem Arbeiterviertel Moabit der Hitlerjunge Herbert Norkus beim Verteilen von Flugblättern von Kommunisten überfallen und durch mehrere Messerstiche getötet.³⁸⁶ Ebenso wie der Prototyp des NS-Märtyrers, Horst

³⁸³ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 188; BJHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7570, fol. 222. Vgl. RF Nr. 36, 12.2.1931: „Goebbels Mordgarde überfällt eine Kampfbund-Versammlung“.

³⁸⁴ SAPMO-BA RY 1 1/4/9/5, fol. 180, Rundschreiben des Kampfbundes gegen den Faschismus, Bezirk Berlin-Brandenburg vom 14.2.1931.

³⁸⁵ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 319.

³⁸⁶ Der Abend, Nr. 40, 25.1.1932. Vgl. Jochen von Lang, Und willst du nicht mein Bruder sein... Der Terror in der Weimarer Republik, Wien u. Darmstadt 1989, S. 207ff.

Wessel,³⁸⁷ wurde Norkus durch die nationalsozialistische Heldenverehrung verewigt.³⁸⁸

Seit November 1931 begannen Angehörige der NSDAP, im Nordosten Berlins sonntags in den frühen Morgenstunden, ca. von 6.00 bis 8.00 Uhr, in den Hausfluren Propagandazettel zu verteilen. Die in der Gegend wohnenden Kommunisten suchten dies bald zu verhindern; infolgedessen kam es immer wieder zu leichteren Auseinandersetzungen, die durch polizeiliches Eingreifen meist rasch beendet werden konnten.³⁸⁹ Seit Januar 1932 wurden jedoch zahlenmäßig immer größere nationalsozialistische Trupps mit der Sonntagsfrühpropaganda betraut, und dementsprechend stieg auch die Zahl der zu ihrer Abwehr hinzugezogenen Kommunisten. An einer solchen Konfrontation waren am 21. Februar 1932 nach Polizeiangaben rund 800–900 Nationalsozialisten und ca. 1.400–1.500 Kommunisten beteiligt. Ausgehend von ihren Verkehrslokalen, suchten die nationalsozialistischen Aktivisten den zu bearbeitenden Straßenzug in Trupps zu je 50–100 Mann auf. Ein Teil von ihnen begab sich mit dem Propagandamaterial in die Häuser, um es rasch in den Wohnungen zu verteilen; vor dem Haus blieb eine kleinere Wache zurück, während sich der Rest zur Deckung als Reserve auf der Straße verteilte. Radfahrer, Läufer und Posten an den Straßenecken sollten vor Überraschungen schützen. Offensichtlich funktionierte der nationalsozialistische Nachrichtendienst gut; im Bedarfsfall kam sofort Verstärkung in LKWs heran. Die von der KPD eingeleiteten Abwehrmaßnahmen wurden von den Häuserschutzstaffeln durchgeführt. In den betroffenen Straßen stellten sie vor jedem Haus Posten von zwei bis drei Personen auf, die das Eindringen in die Häuser verhindern sollten. Zugleich bildeten sich größere Trupps auf den Straßen, die zum Eingreifen bereit standen. Weitere Verstärkungen warteten in den anliegenden kommunistischen Verkehrslokalen oder wurden durch spezielle Signale herbeigerufen. Auch der kommunistische Nachrichtendienst funktionierte nach polizeilichen Beobachtungen recht gut.³⁹⁰

Im Laufe der Zeit wurden die Bestrebungen der Nationalsozialisten und Kommunisten, in den betroffenen Straßenzügen Anhänger zu gewinnen bzw. zu behalten, zu einer „mit wachsender Hartnäckigkeit und Erbitterung verfochtenen Prestigefrage“.³⁹¹ Auch am frühen Morgen des 6. März 1932 wurde die sonntägliche Propagandatätigkeit der NSDAP in der gewohnten Art planmäßig durchgeführt. Die Kommunisten standen an verschiedenen Stellen abwehrbereit, während hinzugezogene Polizeieinheiten drohende Zusammenstöße möglichst zu unterbinden suchten. Eine besonders intensive Propagandatätigkeit seitens der Nationalsozialisten fand gegen 7.00 Uhr im Raum Choriner- und Schwedterstraße im Bezirk Mitte statt. Als sich ein Trupp vor dem Haus Chorinerstraße 8 eingefunden hatte, erschienen aus einer Seitenstraße überraschend ca. 20 Kommunisten und gaben etwa 20 Schüsse ab. Ein Mit-

³⁸⁷ Werdegang, Ermordung und Nachwirken Horst Wessels untersucht ausführlich: Oertel, Horst Wessel. Vgl. auch Striefler, Kampf, S. 329ff.; Behrenbeck, Kult, S. 134ff.

³⁸⁸ In dem Roman von Arnold Lüttmann, Herbert Norkus und die Hitlerjungen vom Beusselkiez, Berlin 1934.

³⁸⁹ Dies und das folgende nach B.I.H.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7557, fol. 172–174, Bericht über die Sonntagsfrühpropaganda der NSDAP, 23.2.1932.

³⁹⁰ Ebd.

³⁹¹ Ebd., fol. 175, Polizeibericht vom 25.2.1932.

glied des nationalsozialistischen Trupps wurde dabei tödlich getroffen. Unter weiteren Schußwechseln mit der Polizei gelang den Tätern die Flucht.³⁹²

Zwar unterscheiden sich diese Beispiele, deren Zahl um ein Vielfaches zu vermehren wäre,³⁹³ in ihren Einzelheiten; gleichwohl weisen sie eine entscheidende Gemeinsamkeit auf: Es ging darum, dem Gegner die Ausübung seiner Propaganda unmöglich zu machen, und ihr selbst den eigenen Anspruch auf ein virtuelles Nachrichten- und Meinungsmonopol entgegenzustellen. Ob es darum ging, gegnerische Versammlungen zu sprengen, deren Teilnehmer zu überfallen, das Verteilen von Flugblättern gewaltsam zu unterbinden, oder aggressive Häuserpropaganda durchzuführen: Stets lag der Versuch, den Gegner „zum Schweigen zu bringen“ und seine Agitationsmöglichkeiten zu zerstören, an der Wurzel physischer Gewalt. Zwar war dies alles andere als ein neues Phänomen, und insbesondere mit Blick auf Selbstverständnis und Agitationsweise der Kommunisten ist es in den vorausgegangenen Kapiteln immer wieder begegnet. Doch Anfang der dreißiger Jahre erfolgte durch die gleichzeitige Etablierung *zweier* totalitärer Bewegungen eine kumulative Radikalisierung. Im Extremfall beendete man nun die Propaganda des Gegners, indem man ihn tötete. Die bei KPD und NSDAP stark ausgeprägten totalitären Merkmale des Propagandaapparates und der Anspruch auf ein virtuelles Nachrichtenmonopol mündeten somit unmittelbar in die Gewalt. Und auf der „operativen“ Ebene ließ sich der eigene Anspruch um so nachhaltiger durchsetzen, wenn man ihn mit quasi-militärischem „Schutz“ versah.

Eine entscheidende Rolle spielte dabei der von Goebbels' NSDAP stets systematisch betriebene provokatorische Vormarsch in die stark kommunistisch beeinflussten oder gar beherrschten Arbeiterviertel des „Roten Berlin“. „Das Hochziel und der eigentliche Sinn des ‚Kampfs um Berlin‘ ist die *organisatorische Zerschlagung des Marxismus* und die *ideelle Gewinnung der Berliner Arbeiter für die NSDAP*“, so gab Reinhold Muchow Ende 1929 die Richtung an.³⁹⁴ Die Auseinandersetzung um den jeweiligen Anspruch auf ein Nachrichtenmonopol verknüpfte sich dadurch untrennbar mit einem erbitterten Kampf um das „soziale Gelände“ der KPD.³⁹⁵ Trachtete die Berliner NSDAP seit der legendären Pharus-Saalschlacht im Jahre 1927 stets danach, die Kommunisten in ihren Hochburgen selbst herauszufordern und hier Fuß zu fassen, so konzentrierten sich der „wehrhafte“ Antifaschismus der KPD und der „proletarische Selbstschutz“ häufig darauf, eben dies zu verhindern und die eigenen Bezirke, Wohngebiete und Straßen „faschistenrein“ zu halten.³⁹⁶ Zwar versuchten auch die Kommunisten gelegentlich, den Schauplatz des Geschehens gleichsam auf feindliches Gelände, d.h. in den bürgerlichen Berliner Westen zu tragen. Doch den „Hauptkriegsschauplatz“ bildeten die Arbeiterviertel im östlichen Teil der Stadt. Tatsächlich gelang es den Nationalsozialisten hier allmählich Fuß zu fassen.³⁹⁷ Dies beweisen

³⁹² Fbd., fol. 178, Polizeibericht vom 7.3.1932.

³⁹³ Einen ausführlichen Überblick über die gewaltsamen Zusammenstöße in Berlin zwischen 1928 und 1932 im BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Nr. 91: Zusammenstellung politischer Zwischenfälle in Berlin 1928–1932.

³⁹⁴ GStAPK Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299, fol. 459, Organisationsrundsreiben des Gaues Groß-Berlin der NSDAP vom 30.12.1929.

³⁹⁵ Vgl. zu diesem Prozeß, der in allen deutschen Großstädten in ähnlicher Weise verlaufen ist, Schmichen-Ackermann, Großstädte und Nationalsozialismus, v.a. S. 254ff.

³⁹⁶ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 149, fol. 56, Bericht über die in Neukölln stattgefundenen Gründungsversammlung der Staffel 3 des Massenselbstschutzes Süd, Referat Riebe.

³⁹⁷ Vgl. hierzu auch Striefler, Kampf, S. 323ff.

nicht nur die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1930 und 1932, sondern z.B. auch die schrittweise Ausbreitung der nationalsozialistischen Verkehrslokale und Zeitungsstände.³⁹⁸ Um so erbitterter gestalteten sich die Aktionsformen der Kommunisten: Neben dem Überfall auf einzelne stand die Mobilisierung ganzer Häuserblocks,³⁹⁹ die Besetzung von Straßen,⁴⁰⁰ die Veranstaltung von Gegendemonstrationen, die Sprengung von Versammlungen⁴⁰¹ und die Einschüchterung der Schankwirte gegnerischer Verkehrslokale.⁴⁰²

Im Gefolge des 6. Februar 1934 explodierte auch in Paris die Zahl der gewaltsamen Zusammenstöße zwischen politisch verfeindeten Gruppierungen. Und wie in Berlin resultierten diese Vorfälle zumeist aus dem Aufeinanderprall wechselseitiger Ansprüche auf ein virtuelles Nachrichtenmonopol. Eine unmittelbare Folge davon bestand im definitiven Zusammenbruch der politischen Quarantäne, unter welche die französische Hauptstadt durch das allgemeine Verbot öffentlicher Versammlungen und Umzüge gestellt war. Schon die Massendemonstration vom 6. Februar 1934 war gegen das ausdrückliche Versammlungsverbot durchgeführt worden; allerdings stellte der Aufruhr am 6. Februar den Höhepunkt einer ganzen Kette nichtautorisierter Demonstrationen dar, welche die extreme Rechte bereits seit Jahresbeginn in den Straßen von Paris durchgeführt hatte.⁴⁰³ An diesen Veranstaltungen nahmen insgesamt rund 14.000 Demonstranten teil. Sie fanden durchgehend in einer überaus gespannten, z.T. gewaltsamen Atmosphäre statt, mit Sprechchören „Les députés à la lanterne“ u.a., Sachbeschädigungen und physischen Konfrontationen.⁴⁰⁴ In ihrem Verlauf wurden insgesamt 32 Polizisten verletzt und 1.520 Demonstranten vorübergehend festgenommen. Zur gleichen Zeit fanden fünf kommunistische bzw. kommunistisch inspirierte Demonstrationen statt, in deren Verlauf insgesamt 36 Polizisten Verletzungen davontrugen.⁴⁰⁵

Der 6. Februar 1934 besiegelte dann endgültig den Zusammenbruch des im Paris intra muros bestehenden Demonstrationsverbotes. Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden innenpolitischen Krise und dem Kampf der Linken gegen das Not-

³⁹⁸ BLIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 89–90, Nr. 7545, fol. 223–257, Aufstellung von KPD- und NSDAP-Verkehrslokalen im Jahre 1930. Demzufolge vergrößerten die Nationalsozialisten allein zwischen Januar und März 1930 die Zahl ihrer Verkehrslokale in Neukölln von zwei auf sechs, in Lichtenberg von 6 auf 13, in Friedrichshain von 1 auf 5, in Schöneberg von 6 auf 12.

³⁹⁹ Z.B. BLIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 227–232, Material des „Einheitsausschusses der Werktätigen in der Schwartzkopff-, Pflug- und Wöhlerstr. zum Kampf gegen den Hakenkreuzterror“, Mai–Juni 1932.

⁴⁰⁰ Siehe z.B. SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/26, fol. 467, Beispiel einer Formationsgründung im Straßengebiet, August 1932; BLIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 150, fol. 198, Polizeibericht vom 29.9.1932.

⁴⁰¹ BLIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 34, Polizeibericht vom 18.3.1931.

⁴⁰² Siehe z.B. BLIIA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7558, fol. 31, Polizeibericht vom 6.5.1932. Hier klagte der Inhaber eines NS-Lokals darüber, von Kommunisten bedroht worden zu sein mit den Worten: „Es ist unerhört, in dieser Gegend ein Nazilokal aufzumachen. Wir warnen Sie. Wenn Sie hier nicht das Feld räumen, heben wir das Nest aus und hauen alles kaputt.“

⁴⁰³ Papiers Revilliod, AN 56 AP 7, 29.6.1934, Etat des manifestations organisées sur la voie publique par les groupements nationaux et d’Anciens Combattants depuis le 1er Janvier 1934. Demzufolge hatten zwischen dem 9. Januar und dem 6. Februar 1934 bereits 11 Demonstrationen der Rechtsverbände stattgefunden (*Action française, Jeunesses Patriotes, Solidarité française* und *Croix de feu*).

⁴⁰⁴ APP Ba 1860, Manifestations organisées du 9 Janvier au 5 Février inclus.

⁴⁰⁵ Papiers Revilliod, AN 56 AP 7, Etat des manifestations organisées sur la voie publique depuis le 1er Janvier 1934 et ayant provoqué des incidents. Partis de gauche.

verordnungsregime der Regierung Doumergue (décrets-lois) entbrannte die Auseinandersetzung darüber, wer „die Straße“ beherrschte und hier die eigene Propaganda am nachhaltigsten zu artikulieren in der Lage war. Zwei großen militärischen „Lagern“ vergleichbar, beobachteten und „belauerten“ sich künftig die außerparlamentarischen Verbände der extremen Rechten einerseits und die Truppen von PCF und C.G.T.U. andererseits, wobei letztere infolge der allmählich an der Basis entstehenden Volksfront zunehmend auch Verstärkung aus den Reihen der Sozialisten erhielten.⁴⁰⁶ In ihrer Präsenzstärke auf der Straße waren denn auch der PCF und die von ihm beherrschten Verbände über das ganze Jahr 1934 hinweg deutlich überlegen, womit sich die Verhältnisse vom Jahresbeginn umgekehrt hatten. Zwischen dem 9. Februar und Ende Juni 1934 veranstalteten Kommunisten und Sozialisten – teils getrennt, teils gemeinsam – in Paris und der Banlieue insgesamt 30 Demonstrationen unter freiem Himmel sowie 585 öffentliche Versammlungen.⁴⁰⁷ Dem hatten die Rechtsverbände während des gleichen Zeitraums nur noch drei Demonstrationen und 112 Versammlungen entgegenzusetzen.⁴⁰⁸

Wie in den Jahren zuvor nahmen die Pariser Kommunisten bei ihrer Demonstrationstaktik gewaltsame Zusammenstöße billigend in Kauf. Im Vordergrund stand das Ziel, trotz polizeilichen Verbots die „Straße zu behaupten“. Einen Höhepunkt bildete in diesem Zusammenhang eine kommunistische Demonstration am 20. April 1934 vor dem Hôtel de Ville. Mit ihr sollte die Auflösung des Conseil Municipal gefordert werden, dessen Mehrheit ja eine aktive Rolle bei dem Aufruhr vom 6. Februar gespielt hatte.⁴⁰⁹ Unter allen Umständen, so gab der PCF die Parole aus, sollte die Straße gegen das zu erwartende Polizeiaufgebot „verteidigt“ werden.⁴¹⁰ Zu diesem Zweck wurden verschiedene geheime Treffpunkte vereinbart, um präventive Verhaftungen zu vermeiden; sympathisierende Taxifahrer verursachten gezielte Verkehrsstauungen, und der kommunistische Selbstschutz wurde herangezogen, um jeden Auflösungsversuch der Polizei zurückzuweisen.⁴¹¹ Zwar entsprach es der kommunistischen Legalitätstaktik, wenn die Bewaffnung der Demonstranten untersagt wurde. Gleichwohl spekulierte die Parteiführung nach Erkenntnissen der Polizeibehörden darauf, „daß einige Mitglieder der Selbstschutzgruppen im Besitz von Revolvern und Schlagstöcken“ seien und „im Schutz der Dunkelheit auch nicht zögern“ würden, „sie zur Abwehr der Sicherheitskräfte einzusetzen“.⁴¹² In der Folge waren auf Seiten der Polizei 21 Verletzte zu beklagen.

Darüber hinaus suchten die Pariser Kommunisten möglichst jede Veranstaltung des gegnerischen „Lagers“ zu sprengen bzw. mit einer Gegendemonstration zu beantworten. Bereits in der Vergangenheit, insbesondere Mitte der zwanziger Jahre, hatten die Kommunisten einen solchen Anspruch auf ein virtuelles Nachrichtenmonopol erhoben; nun aber erreichte ihre Gegenpropaganda ein Höchstmaß an gesteuerter Systematik. „A chaque tentative d'une ligue fasciste quelconque“, so forderte das Politbüromitglied Gitton kategorisch, „doit répondre la contre-manifestation ou-

⁴⁰⁶ Vgl. zu den Demonstrationen seit dem 6. Februar 1934 Tartakowsky, *Stratégies de la rue*.

⁴⁰⁷ APP Ba 1860, Relevé des manifestations Paris/banlieue extrême gauche, 20.3.–22.6.1934; Papiers Revilliod, AN 56 AP 7, Manifestations diverses sur la voie publique depuis le 9 février 1934.

⁴⁰⁸ Ebd.

⁴⁰⁹ Vgl. Tartakowsky, *Stratégies de la rue*, S. 36.

⁴¹⁰ APP Ba 1860, Polizeibericht vom 19.4.1934.

⁴¹¹ Tartakowsky, *Stratégies de la rue*, S. 36f.

⁴¹² APP Ba 1860, Polizeibericht vom 19.4.1934.

vrière de masse.⁴¹³ Zwischen dem 23. März und dem 20. Juni 1934 wurden denn auch insgesamt 35 Versammlungen politisch Andersdenkender von kommunistischen und zum Teil sozialistischen Parteigängern verhindert, gesprengt, gestört oder von Polizeikräften mit mehr oder weniger Mühe gegen Übergriffe geschützt.⁴¹⁴ Zwar richteten sich diese Aktionen hauptsächlich gegen die „faschistischen“ Verbände wie *Jeunesses Patriotes*, *Action française*, *Croix de feu* und *Solidarité française*; nicht selten aber wurden auch die Versammlungen zweifelsfrei nichtfaschistischer Organisationen attackiert wie etwa der *Alliance Démocratique*, der *Union des Amputés de la Région Parisienne* oder der *Ligue des Contribuables*.⁴¹⁵ Zufrieden konnte Gitton Mitte Mai konstatieren: „La police est contrainte à des déploiements de forces énormes pour permettre aux fascistes de tenir quelques réunions qui ne rassemblent qu’eux-mêmes. Jusqu’à ce jour, grâce à notre activité, leur propagande orale n’a pu pénétrer dans les masses et les mesures policières prises pour leur protection [...] les identifient comme les agents du capitalisme.“⁴¹⁶

Eine zwangsläufige Folge dieser kommunistischen Taktik war die Verschärfung des Gegensatzes zu den Polizeikräften, die – ähnlich wie in Berlin – das demokratische Recht der Versammlungsfreiheit immer wieder gegen die kommunistischen Störversuche zu verteidigen genötigt waren. Wie im Berlin der Jahre 1930–1933 wurde auch in Paris im Laufe des Jahres 1934 die Polizei vom PCF neben den „Faschisten“ als hauptsächlicher Gegner wahrgenommen. Ablesen ließ sich diese außerordentlich verschärfte Spannung an der hohen Zahl der im Dienst verletzten Polizisten und der festgenommenen Demonstranten: Zwischen dem 9. Februar und dem 30. Juni 1934 wurden bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und kommunistischen Demonstranten 375 Polizisten verletzt und 3.006 Demonstranten zumindest vorübergehend festgenommen.⁴¹⁷ Neben zahlreichen Verletzten auf der Seite der Demonstranten waren hier im gleichen Zeitraum insgesamt acht Tote zu beklagen.⁴¹⁸ Die wenigen Demonstrationen der Rechtsverbände während des gleichen Zeitraums verliefen dagegen ohne Zwischenfälle.

Ein weiterer Typus politischer Gewalt ergab sich aus Zusammenstößen zwischen rivalisierenden Zeitungsverkäufern. In beiden „Lagern“ verbanden sich die Zeitungsverkäufer zu größeren Gruppen, um sich so – verstärkt durch Mitglieder der jeweiligen Parteiungen – gegen gegnerische Angriffe zu verteidigen. Auf beiden Seiten bestanden diese Gruppen durchgehend aus jungen, häufig arbeitslosen Partei- und Verbandsmitgliedern, die meist mit Knüppeln, Totschlägern und gelegentlich auch mit Schußwaffen ausgerüstet waren.⁴¹⁹ Dabei kennzeichnet es den totalitären Charakter

⁴¹³ Marcel Gitton, *Après le 1er Mai. Front unique de lutte pour les revendications contre le fascisme et la guerre*, in: *Cahiers du Bolchevisme*, Jg. 11, Nr. 10 (15.5.1934), S. 579–588, hier S. 587. Siehe AN F7 13028, 1. Polizeibericht vom 26.3.1934, S. 4f.; 2. Polizeibericht vom 26.3.1934, S. 1–3; Polizeibericht vom 2.4.1934, S. 3.

⁴¹⁴ APP Ba 1860, *Réunions des ligues nationales ou d’Anciens Combattants qui ont provoqué des contre-manifestations des socialistes ou des communistes*, Juni 1934. Viele Einzelbeispiele.

⁴¹⁵ Ebd.

⁴¹⁶ *Cahiers du Bolchevisme*, Jg. 11, Nr. 10 (15.5.1934), S. 587.

⁴¹⁷ *Papiers Revilliod*, AN 56 AP 7, *Manifestations diverses sur la voie publique depuis le 9 Février 1934*, Juni 1934.

⁴¹⁸ Ebd., *Relevé des manifestations organisées sur la voie publique, à Paris et en banlieue, par les groupements d’extrême gauche*, depuis le 9 Février, Juni 1934.

⁴¹⁹ APP Ba 1860 (*Relevé des Manifestations organisées sur la voie publique*), Bericht über: *Bagarres provoquées à l’occasion de la vente des journaux* [Juni 1934].

solcher Propagandaeinheiten, daß sie keineswegs nur die eigene Defensive im Auge hatten, sondern gegenüber den Zeitungsverkäufern der Gegenseite regelmäßig eine „aggressive Haltung“ einnahmen, was häufig zu mehr oder minder schweren Schlägereien führte und das Eingreifen der Polizei erforderte.⁴²⁰ Zwischen dem 3. März und dem 10. Juni 1934 kam es zu 29 solcher gewaltsamen Zwischenfälle, in deren Verlauf eine Vielzahl der Beteiligten verletzt oder von der Polizei festgenommen wurde.⁴²¹

Die weitgehende Monopolisierung der Straße, die den Kommunisten im Frühjahr und Sommer 1934 gelang, führte auf seiten der Rechtsverbände zu einer tiefgreifenden Erbitterung. Auch im sympathisierenden bürgerlich-konservativen Paris entwickelte sich das Gefühl, man befinde sich in einer bürgerkriegsartigen Situation oder drohe zumindest, in eine solche abzugleiten.⁴²² Einen lebhaften Eindruck von dieser Bürgerkriegsatmosphäre vermittelt die Sitzung des Conseil général de la Seine vom 6. Juli 1934, als ein Vorfall vom 19. Juni 1934 diskutiert wurde. An diesem Tag hatten die *Croix de feu* in Clichy eine private Versammlung abgehalten, gegen die es zunächst auch keine Protestaktionen seitens der ansässigen Bevölkerung gegeben hatte.⁴²³ Anders freilich die lokalen Anhänger des sich bildenden „Front Commun“: Mit dem linkssozialistischen, früher kommunistischen Maire von Clichy, Adrien Charles Auffray, an ihrer Spitze protestierten sie gegen die „Provokation“, daß die *Croix de feu* gezielt aus den angrenzenden Pariser Arrondissements nach Clichy „eindringen“.⁴²⁴ Im Conseil général richtete Auffray daher eine Anfrage an den Polizeipräfekten, wie sich die Polizei zu solchen „Provokationen“ stelle. Im folgenden entspann sich eine heftige und tumultartige Debatte, die gut dokumentiert, bis zu welchem Grad sich die latente Bürgerkriegsstimmung bereits ausgebreitet hatte.⁴²⁵

Unterbrochen von heftigen Beleidigungen und lautstarken Szenen kündigten Auffray und einige kommunistische Deputierte die Mobilisierung der Arbeiter von Clichy im besonderen und von Paris im allgemeinen an, um gegen die „Provokationen der bewaffneten faschistischen Banden“ vorzugehen.⁴²⁶ In dieser „atmosphère de bataille“⁴²⁷ drohten nun auch die Sympathisanten der Rechtsverbände mit verstärkter Aktivität und beriefen sich dabei auf die demokratischen Freiheiten. Die entschlossenen Vertreter einer gleichsam „wehrhaften“ Demokratie, die dem demokratisch-rechtsstaatlichen Gewaltmonopol Achtung zu schaffen suchten, standen demgegenüber auf verlorenem Posten. So gelangte der Antrag des Rechtssozialisten Eugène Fiancette, sämtliche politischen Demonstrationen auf der Straße erneut zu verbieten – „wir wollen nicht [...], daß unsere Stadt und mit ihr die ganze Nation in den Bür-

⁴²⁰ Ebd.

⁴²¹ Papiers Revilliod, AN 56 AP 7, Relevé des incidents auxquels ont donné lieu, depuis le 9 février 1934, la vente de journaux, le collage d'affiches et la distribution de tracts, Juni 1934. Über die Atmosphäre, die im Paris der Jahre 1934–1938 herrschte und die z.B. viele Jugendliche zum Anbringen eigener und zum Entfernen gegnerischer Aufkleber inspirierte, siehe den Bericht eines Zeitzeugen: Bernard Aumont, La chasse aux papillons à Paris en 1935, in: Vingtième Siècle Nr. 11 (juillet-septembre 1980), S. 21–39.

⁴²² Siehe z.B. Le Temps, 7.2.1934; 8.2.1934; L'Écho de Paris, 7.2.1934; 10.2.1934; 11.2.1934; 2.4.1934; 21.4.1934; 14.6.1934; 19.6.1934; 21.6.1934.

⁴²³ APP Ba 1901, 26.6.1934.

⁴²⁴ Ebd.

⁴²⁵ Bulletin Municipal Officiel, 6.7.1934, S. 2500–2512.

⁴²⁶ Ebd., S. 2502f.

⁴²⁷ Ebd., S. 2505, Fiancette.

gerkrieg treibt“⁴²⁸ – überhaupt nicht zur Abstimmung. Dagegen kündigte auch ein rechtsrepublikanisches Conseil-Mitglied Henri Sellier nunmehr ganz offen die Notwendigkeit der „Selbsthilfe“ an: „A partir du moment où le pouvoir n'est plus capable d'imposer dans la rue [...] l'ordre républicain il n'est peut-être pas inutile que ceux qui se réclament des libertés démocratiques, assurent eux-mêmes la police que le Gouvernement et ses représentants se sont révélés incapable de l'exercer.“⁴²⁹

Diese Diskussion im Conseil général indiziert zweierlei: Zum einen verstärkten die Rechtsverbände vom Frühsommer 1934 an ihre Bemühungen, der extremen Linken bzw. der sich herauskristallisierenden Volksfront – „der Meute, die sich in den Straßen festgesetzt hat“⁴³⁰ – auch auf der Straße Paroli zu bieten. Ein Signal hierfür war der 13. Mai 1934, das Fest zu Ehren der Jeanne d'Arc, ein traditioneller Feiertag der Rechten, der nun aber gleichsam als Parade gegen die Linke fungierte.⁴³¹ Insbesondere die *Croix de feu*, die sich hier uniformiert und in militärischer Marschformation präsentierten, hinterließen einen großen Eindruck.⁴³² In der Folgezeit wuchs die Entschlossenheit der Rechtsverbände, gegen die Dominanz der Linken auf der Straße gegebenenfalls gewaltsam vorzugehen. In diesem Zusammenhang entbrannte nun auch im Großraum Paris mehr und mehr der Kampf um das „soziale Gelände“.

Insbesondere die *Croix de feu* bzw. ihre Nachfolgeorganisation, der P.S.F., verzeichneten dank ihrer paramilitärischen Organisation einen enormen Aufschwung. Dabei dürfte ihre Attraktivität nicht zum geringsten der Tatsache zu verdanken gewesen sein, daß sie – hierin der nationalsozialistischen Strategie in Berlin vergleichbar – die Kommunisten in deren ureigenen Hochburgen herausforderten. Um eine kommunistische Intervention gegen eigene Veranstaltungen zu vermeiden, organisierten die *Croix de feu* immer wieder Blitzaktionen: Innerhalb von Stunden vermochten sie ihre Pariser Anhänger zu mobilisieren, die zu Beginn der Aktionen häufig selbst noch nicht über das anzustrebende Ziel informiert waren. In zahlreichen LKWs und privaten Personenkraftwagen wurden die Anhänger der *Croix de feu* dann in die „roten“ Hochburgen der Banlieue transportiert, um dort – für die örtlichen Kommunisten nicht selten überraschend – eine Propagandaveranstaltung abzuhalten.⁴³³ Auf diese Weise gelang es den *Croix de feu* z.B. Anfang 1935, nicht weniger als 1.800 Anhänger in insgesamt 21 Lastkraftwagen und vielen privaten PKWs in das kommunistische Antony zu bringen.⁴³⁴ Über diese Praxis, die auch die Nachfolgeorganisation P.S.F. fortsetzte, beschwerte sich der Präfekt des Départements Seine-et-Oise Anfang 1937: „Ces réunions provoquent de la part des éléments appartenant au Front Populaire un sentiment d'exaspération qui va en croissant; le déploiement de voitures, d'équipes militarisées, de tout un appareil qui ne ressemble en rien a des réunions publiques amènent, à chaque fois, des possibilités d'incidents qui ont pu jusqu'ici être évités.“⁴³⁵

⁴²⁸ Ebd., S. 2508.

⁴²⁹ Ebd., S. 2505.

⁴³⁰ L'Ami du Peuple, 8.4.1934.

⁴³¹ Vgl. Tartakowsky, *Stratégies de la rue*, S. 39f.

⁴³² AN F7 13306, 15.5.1934.

⁴³³ APP, Ba 1964, Rapport mensuel, 25.1.1935.

⁴³⁴ Ebd. Weitere Belege für die Provokationstaktik der *Croix de feu*/P.S.F. AN BB¹⁸ 3019 (Paris), 29.1.1937; BB¹⁸ 3048², 5.10.1936. Einen weiteren Fall untersucht eingehend Danielle Tartakowsky, *Les Croix de feu à Villepinte*, Octobre 1935, in: Fourcaut (Hrsg.), *Banlieue rouge*, S. 68–79.

⁴³⁵ AN BB¹⁸ 3048³, Schreiben des Präfekt de la Seine-et-Oise an den Innenminister vom 20.1.1937.

Wie im Berlin der Jahre 1930–1933 verband sich nun im Paris der mittleren dreißiger Jahre der tendenziell totalitäre Anspruch auf ein Meinungs- und Nachrichtenmonopol mit dem Kampf um das soziale Gelände. In manchen Vororten wie z.B. in Suresnes, einem überwiegend proletarischen Vorort im Westen von Paris, und anderen „roten“ Hochburgen der Banlieue ging man angesichts solcher „faschistischer Provokationen“ und „Invasionen“ dazu über, die örtliche Bevölkerung mit Sirenen zu warnen.⁴³⁶ Als die Pariser Sektion der J.P. ihre Absicht kundgab, sich bewaffnet nach Corbeil im Département Seine & Oise zu begeben, um dort eine Gedenkveranstaltung abzuhalten, erhielten die örtlichen Kommunisten Anweisung, sich dieser „Provokation“ zu stellen und für ihre Verteidigung Sorge zu tragen.⁴³⁷ Als im Dezember 1934 die *Solidarité française* unter ihrem Führer Jean Renaud eine Demonstration in Versailles, dem Wohnort de la Rocques, durchführen wollte, rief die „Humanité“ öffentlich zum Widerstand auf: „Les travailleurs antifascistes de Versailles ne sont pas décidés à laisser s’implanter les bandes armées des Jean Renaud et La Rocque.“⁴³⁸ Im 18. u. 20. Pariser Arrondissement schließlich, wo die *Jeunesses Patriotes* Mühe hatten sich zu behaupten, herrschte dagegen ein „permanenter Kriegszustand“ aufgrund der Drohungen, die von den „Truppen“ der Volksfront gegen Mitglieder der J.P. und ihre Familienangehörigen ausgestoßen wurden.⁴³⁹

Der schwerste Fall dieses Kampfes um das „soziale Gelände“ fand in der Nacht vom 16. zum 17. März 1937 in Clichy statt, als die örtlichen Linksgruppierungen eine Versammlung des P.S.F. sprengen wollten und daran durch ein großes Polizeiaufgebot gehindert wurden. Bereits im Vorfeld hatten die lokalen Anhänger der Volksfront zur „Abwehr“ dieser „Bande von motorisierten und bewaffneten Söldnern“ aufgerufen.⁴⁴⁰ Die von beiden Seiten provozierte Auseinandersetzung forderte schließlich sieben Tote und weit mehr als 300 Verletzte.⁴⁴¹

3. Die Frage der Bewaffnung

In dem Maße, wie man auf beiden Seiten gewillt war, „à opposer la force à la force et la violence à la violence“,⁴⁴² rückte das Problem der Bewaffnung in den Vordergrund. Einerseits berührte diese Frage den neuralgischen Punkt des demokratisch-rechtsstaatlichen Gewaltmonopols; andererseits wurde von der extremistischen Presse beider Seiten die Frage der Bewaffnung immer wieder propagandistisch hochgespielt, so daß man zwischen tatsächlich zu verifizierender Bewaffnung und der Atmosphäre unterscheiden muß, in der sich Politik zunehmend auf die Kollision zweier bewaffneter Bürgerkriegsarmeen zu reduzieren schien.

Ein offener Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol in Form einer organisierten Bewaffnung der eigenen Anhänger kam für die hier in Betracht stehenden extremistischen Bewegungen nicht in Frage. Er verbot sich aufgrund der Legalitätstaktik von

⁴³⁶ APP 79.501–508D, 19.10.1935; AN BB¹⁸ 3019 (Paris), Schreiben des Procureur de la République au Procureur Général vom 29.1.1937 über Vorkommnisse in Sartrouville in der Nacht vom 2. auf den 3. April 1936.

⁴³⁷ APP 79.501–508D, 31.10.1935.

⁴³⁸ L’Humanité, 6.12.1934.

⁴³⁹ APP 79.501–508D, 19.10.1935, Réunion J.P., 18. Arrdt., 18.10.1935.

⁴⁴⁰ AN BB¹⁸ 3073, Voix Populaire, 12.3.1937: „Alerte de la Rocque à Clichy“.

⁴⁴¹ Le Temps, 18.3.1937.

⁴⁴² AN F7 13028, Polizeibericht vom 17.6.1934, zit. Tartakowsky, *Stratégies de la rue*, S. 40.

selbst. Dementsprechend untersagten die Führungen der Kommunisten wie der „faschistischen“ Verbände ihren Anhängern – möglichst öffentlichkeitswirksam – das Tragen von Waffen bei Parteiveranstaltungen und -demonstrationen.⁴⁴³ Bei den totalitären Bewegungen im engeren Sinne, bei den Kommunisten – in Frankreich zumindest bis 1935 –, bei der NSDAP und bei einigen besonders radikalen französischen Rechtsverbänden wie dem *Francisme* oder der *Solidarité française* verband sich diese auf Legalität bedachte Haltung freilich mit dem festen Willen, in der „Stunde der Wahrheit“ unverzüglich zur breiten Bewaffnung der eigenen Anhängerschaft zu schreiten. Das Resümee dieser Haltung lautete beim PCF: „Il faut que nous ne nous laissions pas prendre aux mots d'ordre prématurés et provocateurs d'armement du prolétariat et autres questions militaires avant que ne soient accrues les conditions d'une guerre civile à ses débuts.“⁴⁴⁴

Dementsprechend klaffte – was die Bewaffnung der einzelnen Parteimitglieder betraf – zwischen parteioffizieller Anordnung und der Realität an der Basis eine große Lücke. Vor allem im Paris des Jahres 1934, nach dem Aufruhr des 6. Februar, rüsteten sich in allen extremistischen Gruppierungen viele aktive Mitglieder mit Waffen, großenteils auch mit Schußwaffen aus. Auch in der kommunistischen Parteiführung bildete die Frage der Mitgliederbewaffnung ein Hauptthema; allerdings wollte niemand die Verantwortung übernehmen und konkrete Anweisungen erlassen. Nach Erkenntnissen der Polizei bestand jedoch kein Zweifel daran, daß eine Vielzahl von Kommunisten über Schußwaffen verfügten und sie auch, wenn nötig, gegen politische Gegner oder selbst gegen die Polizei einzusetzen gewillt waren.⁴⁴⁵ Die einzelnen polizeilichen Nachforschungen bestätigten diese Einschätzung allerdings nur teilweise. So war die Frage der Bewaffnung unter den ca. 350 Kommunisten des 15. Pariser Arrondissements kein ernsthaftes Thema; die Zahl derer etwa, die automatische Pistolen besaßen, wurde auf kaum mehr als 20 geschätzt, und von den ca. 300 Anhängern des PCF im 2. Arrondissement waren nur 12 bewaffnet.⁴⁴⁶ Dagegen hatten immerhin 15 der 45 Mitglieder der *Jeunesses Communistes* im 2. und 3. Arrondissement automatische Schußwaffen erworben.⁴⁴⁷ Insgesamt schätzte die Polizei, daß ca. 400 der rund 9.000 Pariser Kommunisten mit Schußwaffen ausgerüstet waren.⁴⁴⁸

Ähnlich verhielt es sich auf seiten der extremen Rechten. Zwar habe man, so versicherte Ende März 1934 der Direktor der „Renseignements Généraux“, keine Anhaltspunkte dafür, daß die Rechtsverbände sich systematisch für eine mögliche gewaltsame Aktion mit Waffen ausrüsteten; andererseits sei aber bekannt, daß sich viele einzelne Mitglieder als Privatpersonen Waffen verschafften, und angäben, sie seien „ausschließlich zur persönlichen Verteidigung bestimmt“.⁴⁴⁹ Im einzelnen wurden Schußwaffen gefunden bei den Anhängern des *Francisme*, der *Action française*, der *Soli-*

⁴⁴³ Beispiele: AN BB¹⁸ 2920 (Commission d'enquête), Taittinger au Garde des Sceaux, 7.2.1934; ebd., Note pour M. le Garde des Sceaux, 6.8.1934; AN F7 13241, 11.7.1935 (Verbot de la Rocques, beim Aufmarsch am 14. Juli 1935 Waffen zu tragen); BB¹⁸ 3048², Aufruf de la Rocques vom 3.10.1936; BB¹⁸ 3073 (Paris), 18.10.1937 (P.P.F.).

⁴⁴⁴ AIRM Nr. 745, Région Paris-Ville, Conférence régionale 1935, Rapport politique, S. 10. Vgl. AN F7 13134, 29.10.1934, 13. Arrdt. (Dobcl).

⁴⁴⁵ AN BB¹⁸ 2920, Bericht vom 17.3.1934.

⁴⁴⁶ Ebd., Bericht vom 23.3.1934.

⁴⁴⁷ Ebd.

⁴⁴⁸ Ebd., Armement de certains groupements, 5.5.1934.

⁴⁴⁹ AN BB¹⁸ 2920 (Dossier Complot des „Croix de Feu“), Schreiben des Directeur des Renseignements Généraux an den Préfet de Police vom 31.3.1934.

darité française und der *Croix de feu*. Bei letzteren kam erschwerend hinzu, daß viele der ehemaligen Frontkämpfer noch über Maschinengewehre aus dem Ersten Weltkrieg verfügten, die meist als Souvenir angesehen, im „Ernstfall“ aber noch eingesetzt werden konnten.⁴⁵⁰ Die Statistik der in Paris und im Département Seine offiziell verkauften Waffen verzeichnete jedenfalls einen sprunghaften Anstieg. Zwischen 15. März und 10. April des Jahres 1932 waren 631 Revolver und Pistolen verkauft worden, 1933, während des gleichen Zeitraums, lediglich 485, im Jahre 1934 dagegen 1.047. Jeweils im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der verkauften Knüppel und Totschläger von 18 (1932) über 119 (1933) auf 200 (1934).⁴⁵¹

In großen Zügen ähnelten die Pariser Verhältnisse des Jahres 1934 damit der Situation, die im Berlin der Jahre zuvor geherrscht hatte. Auch hier verbot die von KPD und NSDAP gleichermaßen verfolgte Legalitätstaktik jegliche offizielle Bewaffnung der Mitglieder. Doch tatsächlich stand den offiziellen Verboten eine grundlegende andere Praxis an der „Basis“ entgegen. Ganz offensichtlich wurde es seitens der Parteiführung geduldet, wenn nicht insgeheim gefördert, daß sich die Mitglieder der Basis privat mit Waffen versorgten.⁴⁵² Seit 1929 erschienen Berliner Kommunisten, wenn auch zunächst nur vereinzelt, bewaffnet zu den Demonstrationen.⁴⁵³ Später wurde z.B. auf Versammlungen des KgF offen empfohlen, kommunistische Demonstrationen durch einen bewaffneten Trupp „zuverlässiger Kampfbundmitglieder“ begleiten zu lassen.⁴⁵⁴ Vor allem an der „Basis“, die seit 1929 immer stärker zur Ausübung individuellen Terrors neigte, wurde der Wunsch nach Bewaffnung häufig hervorgehoben. „Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Proleten Gewehre, überhaupt Waffen, in die Hand bekämen, um dieses System zu beseitigen,“ forderte z.B. 1931 ein Mitglied einer KgF-Staffel.⁴⁵⁵ Mitglieder des Roten Massenselbstschutzes und des KgF forderten nachdrücklich, bei den Arbeiterschützenvereinen Unterricht im Schießen nehmen zu können.⁴⁵⁶ Zugleich häuften sich die Funde geheimer Waffenlager, die in Berlin und anderswo von der KPD, dem verbotenen RFB oder anderen sympathisierenden Organisationen unterhalten wurden.⁴⁵⁷ Auch vor Einbruch und Diebstahl zwecks Beschaffung von Waffen schreckten einzelne Kommunisten nicht zurück.⁴⁵⁸ Wie immer man die Signifikanz dieser Aktivitäten für den Charakter des Kommunismus in der Endphase der Weimarer Republik auch einschätzen will: daß Kommunisten in Berlin häufig Waffen gegen Polizei und politische Gegner einsetzen, mit nicht selten tödlichem Ausgang, ist unbestreitbar.

⁴⁵⁰ *Ibid.*, 17.2.1934; 14./15.3.1934; APP Ba 1901, 27.3.1936.

⁴⁵¹ *Ibid.*, Statistique des armes vendus par les détaillants armuriers de la Capitale et du Dépt. de la Seine pendant la période du 15 Mars au 10 avril des années 1932/33 et 1934.

⁴⁵² Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 245f. Ein Beispiel dafür, daß in der KPD illegaler Waffenhandel geduldet bzw. gefördert wurde, offenbart die parteiinterne Warnung, nicht auf Spitzel oder Provokateure hereinzufallen. Siehe SAPMO-BA RY 1 I 3/1–2/94, fol. 4, 9.8.1932.

⁴⁵³ BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C., Tit. 95, Sektion 9, Nr. 131, fol. 162–163.

⁴⁵⁴ *Ibid.*, Rep. 30, Berlin C., Tit. 95, Sektion 9, Teil 2, Nr. 157, fol. 451, 18.3.1931; fol. 125 [25.3.1931].

⁴⁵⁵ *Ibid.*, Nr. 155, fol. 396, Polizeibericht über eine Unterbezirkstagung des KgF vom 18.5.1931.

⁴⁵⁶ SAPMO-BA RY 1/I 3/1–2/57, fol. 68, Bericht vom Massenselbstschutz des UB Nord, o.D.

⁴⁵⁷ Beispiel: BLHA Pr.Br. Rep. 30, Berlin C., Nr 7572, fol. 250, Bericht über „Organisation und Tätigkeit des verbotenen Roten Frontkämpferbundes in Deutschland“, Juli 1931. Zu den kommunistischen Waffenlagern vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 247ff.

⁴⁵⁸ BLHA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 2136, fol. 228–230, Mitteilungen des LKPB vom 1.4.1930.

Demgegenüber gehörte es zu Hitlers Legalitätstaktik, in der sensiblen Frage der Bewaffnung besondere Aufmerksamkeit an den Tag zu legen. Parteigenossen und S.A.-Abteilungen wurde es bei Strafe des Ausschlusses mehrfach öffentlich untersagt, sich zu bewaffnen und militärische Übungen abzuhalten. S.A.-Führer und Gauleiter wurden persönlich für die Durchführung dieses Befehls verantwortlich gemacht; der Befehl war in der gesamten Parteipresse nachzudrucken, mindestens einmal monatlich zu wiederholen und „mindestens einmal monatlich jeder S.A.-Formation im Appell vorzulegen“.⁴⁵⁹ Zwar wurde er in Berlin im „Angriff“ tatsächlich nachgedruckt,⁴⁶⁰ und auch auf Parteiversammlungen wurde an ihn erinnert. Zuwiderhandelnde wurden zum Verlassen der Veranstaltung aufgefordert.⁴⁶¹

Doch ähnlich wie bei den Kommunisten sah die Praxis auch bei NSDAP und S.A. gänzlich anders aus. In den Jahren 1930 bis 1932 stieg die Zahl der Waffenfunde bei der S.A. stark an. Zwischen dem 1.1.1930 und dem 30.9.1931 wurden in Preußen bei Nationalsozialisten und S.A.-Angehörigen u.a. folgende Waffen gefunden: 317 Revolver, 79 Militärgewehre, Karabiner und sonstige Gewehre, drei Maschinenpistolen, 361 Dolche, Messer und andere Stichwaffen, schließlich ca. 500 Totschläger, Gummiknüppel und andere Hieb Waffen.⁴⁶² Besitz und Einsatz dieser Waffen sind von der Parteiführung faktisch denn auch nicht verfolgt worden. So wurden in Berlin zwischen Februar und Oktober 1930 gegen zahlreiche Mitglieder der NSDAP Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz eingeleitet; in keinem Fall wurde jedoch bekannt, daß sie infolgedessen auch aus der Partei ausgeschlossen oder gemäßregelt worden wären.⁴⁶³ „Hieraus muß gefolgert werden“, so resümierten die Polizeibehörden, „daß die Ausschlußandrohung wegen verbotenen Waffenführens nur auf dem Papier steht“.⁴⁶⁴ Die Nachrichtensammelstelle beim Reichsinnenministerium kam Ende 1931 zu dem gleichen Ergebnis.⁴⁶⁵ Und als die S.A. anläßlich des ersten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl am 12. März 1932 eine ganze Woche lang in „Alarm“ gesetzt und „mobil“ gemacht wurde,⁴⁶⁶ war von einer Einhaltung des Waffenverbotes überhaupt keine Rede mehr. Waffenfunde, aufgedeckte Waffentransporte und der Einsatz von Schußwaffen bei Auseinandersetzungen gehörten zu den reichsweiten „Begleiterscheinungen“ der Hitlerschen Kandidatur.⁴⁶⁷ Aus dem Berliner Umland (Schneidemühl, Gausturm Ostmark) und aus der Berliner S.A. fielen der Polizei einige „Alarm-Befehle“ der S.A. in die Hände. Sie enthielten detaillierte Anweisungen für den Ernstfall, d.h. für die Zernierung der Reichshauptstadt, „strenge Anweisungen für die Organisation des Transportes, der Verpflegung und Be-

⁴⁵⁹ „Parteibefehl“ vom 3.12.1928, in: Hitler, Reden, III/1, Dok. Nr. 60, S. 295f, das Zitat S. 296.

⁴⁶⁰ Der Angriff, Nr. 50, 10.12.1928; (S. 8: „Parteibefehl“) Der Angriff, Nr. 45, 20.10.1929 (S. 2: „Strengster Befehl an alle SA-Männer und Parteigenossen). Völkischer Beobachter Nr. 283, 5.12.1928; Nr. 115, 19.–21.5.1929 (Bayernausgabe).

⁴⁶¹ GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, fol. 11, 25.11.1929, Außerordentliche Mitgliederversammlung des Gaues Berlin der NSDAP am 22.11.1929.

⁴⁶² Ruffler, Münchener Landfriedensbruch, S. 293. Vgl. ebd., S. 294f. für weitere Waffenfunde.

⁴⁶³ BJlIA Pr.Br. Rep. 2A, Reg. Potsdam I Pol., Nr. 2138, fol. 162, Mitteilungen des LKPB vom 1.10.1930.

⁴⁶⁴ Ebd.

⁴⁶⁵ Ruffler, Münchener Landfriedensbruch, S. 294.

⁴⁶⁶ Vgl. Longrich, Bataillon, S. 153.

⁴⁶⁷ Siehe den ausführlichen Bericht des Preussischen Innenministeriums GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 311, fol. 171–176 [April 1932], sowie die umfangreichen Materialien ebd., fol. 302–388, ganz Preußen betreffend.

waffung der SA [...]. Zum Transport sind Autos und Lastkraftwagen der Pgs. zu benutzen, wo diese nicht ausreichen, sind Lastfahrzeuge zu mieten oder zu requirieren. Viehbestände, Kartoffeln und Erbsen sind durch S.A.-Kommandos zu besetzen. Die Waffen der Landesverteidigung sind von dem Sturmführer zu beschlagnahmen und beim Transport zum Alarmsammelplatz mitzuführen, wo die Verteilung der Waffen an einzelne Sturmbanns genau festgelegt und verteilt werden.“⁴⁶⁸ Begründet wurden diese Aktivitäten einmal mehr mit der Drohung eines gewaltsamen Umsturzes durch Kommunisten und Reichsbanner.⁴⁶⁹

Mit „Legalität“ und Verbot von Waffenbesitz hatte dies nichts mehr zu tun. „Das sind schlechthin Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg“, so resümierte das Preußische Innenministerium, „die von dem Vorwand, nur für Unruhen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedeckt werden. Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die Preußische Staatsregierung nicht länger zusehen wird. Eidliche Versicherungen auf die Legalität der nationalsozialistischen Organisationen können die Preußischen Verwaltungsbehörden nur dann respektieren, wenn die Praxis der NSDAP mit den Eiden der Führer im Einklang steht.“⁴⁷⁰ Der „Alarm“ vom März 1932 mündete denn auch unmittelbar in das vorübergehende Verbot der S.A.⁴⁷¹

Vor diesem Hintergrund wird in plastischer Weise deutlich, warum sowohl in Berlin Anfang der dreißiger als auch im Paris der späteren Jahre das Bürgerkriegsparadigma an Gewicht gewann und phasenweise in eine Bürgerkriegshysterie umzuschlagen drohte. Einerseits gab es alle die beschriebenen Phänomene tatsächlich: Paramilitärische Mobilmachungen, Aufmärsche, Bewaffnung extremistischer und sympathisierender Gruppierungen, gewaltsame Zusammenstöße z.T. mit Todesfolge standen in beiden Hauptstädten während des jeweiligen Zeitraums auf der Tagesordnung, wobei freilich in Paris qualitativ wie quantitativ niemals ein ähnliches Ausmaß an politischer Gewalt erreicht wurde wie in Berlin. In jedem Fall aber war das „Beweismaterial“, das selbst erlebt werden konnte oder in der Presse stand, erdrückend genug, um auch gezielte Übertreibungen plausibel zu machen. Denn die totalitäre „Notwehr“- und Legalitätstaktik forderte nachgerade dazu auf, die „Bewaffnung“ und die „Bürgerkriegsvorbereitungen“ der jeweiligen Gegenseite aufzubauschen, zu perhorreszieren und so das eigene Gewaltpotential zu camouflieren. Die Rede von „bewaffneten faschistischen Banden“ und von „bewaffneten kommunistischen Horden“, die Gewalt und Bürgerkrieg, Umsturz und Zerstörung im Schilde führten, durchzog die extremistische Presse 1930–1933 in Berlin wie 1934–1938 in Paris wie ein roter Faden. Und häufig erwiesen sich die in der Presse – nicht nur der extremistischen – dramatisch geschilderten Einzelfälle als maßlos übertrieben oder sogar frei erfunden.⁴⁷² Dies schürte indes das allgemeine Empfinden, man befinde sich in einer la-

⁴⁶⁸ Ebd., fol. 173–174. Beispiele dafür, wie der S.A.-Alarm in Süddeutschland durchgeführt wurde, bei Rüffler, Münchener Landfriedensbruch, S. 312ff.

⁴⁶⁹ GStAPK, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 311, fol. 174.

⁴⁷⁰ Ebd., fol. 176.

⁴⁷¹ Dazu Longenrich, Bataillonc, S. 154; Rüffler, Landfriedensbruch, S. 311ff. Zu den politischen Auseinandersetzungen über das S.A.-Verbot, das zum Sturz Brünnings beitrug, siehe Schulz, Brüning, S. 887ff.

⁴⁷² Dies belegen zahlreiche Fälle, in denen die Polizeibehörden entsprechenden Behauptungen nachgegangen sind. Beispiele: L'Humanité, 18.4.1934: „préparatifs de guerre civile par les fascistes [...] une véritable mobilisation avec armes et voitures“ etc.; siehe dazu APP Ba 1901, 7.5.1934, wo der Bericht der „Humanité“ als unbegründet zurückgewiesen wird. AN BB¹⁸ 2920, Armements de certains groupements, 5.5.1934, über nicht wahrheitsgetreue Berichte im „Echo de Paris“ und in der „Humanité“, GStAPK, Rep. 77 Tit. 4043, Nr. 223, Bd. 3, fol. 67, Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an die

tenten Bürgerkriegssituation, und verstärkte die Suggestion, man stehe angesichts der Ohnmacht des demokratisch-republikanischen Staatswesens tatsächlich nur noch vor der Wahl einer der beiden extremen Seiten: vor einem totalitären Optionszwang.

4. Die Volksfront und die pazifizierende Funktion politischer Traditionen in Paris

Das Vorstehende könnte den Eindruck erwecken, daß zwischen den latenten Bürgerkriegssituationen in Berlin 1930–1933 und in Paris 1934–1938 ausschließlich Parallelen bestanden, sich die politischen Verhältnisse also überwiegend gleichförmig entwickelten. Und tatsächlich konnte es im Jahre 1934 so scheinen, als ob auch der französischen Hauptstadt eine Eskalation der Gewalt wie in Berlin nicht erspart bleiben würde. Ähnlich wie dies zuvor in Preußen und Deutschland der Fall gewesen war, sahen sich Regierung und Innenbehörden auch in Frankreich mit einer so niemals dagewesenen Zweifrontensituation konfrontiert. Anders als dies in der französischen Forschung gelegentlich dargestellt wird, bedeutete die Existenz zweier, in sich zwar heterogener, doch extremistischer Bewegungen, die beide gegen das bestehende System opponierten und sich untereinander auf das schärfste bekämpften, eine grundlegend neuartige Herausforderung der französischen Republik.⁴⁷³ Auch in der Folgezeit fehlte es nicht an Ereignissen, die in diese Richtung deuteten. Am spektakulärsten war die bereits erwähnte schwere Straßenschlacht von Clichy vom 16./17. März 1937. Und es waren solche Ereignisse, die den Topos des Bürgerkrieges in der französischen Presse und Öffentlichkeit immer wieder an die Oberfläche brachten.⁴⁷⁴ „Dans certains milieux, dits de gauche ou dits de droite,“ so lautete eine Stimme, „on se prépare matériellement et moralement à la guerre civile.“⁴⁷⁵

Aber die Dritte Republik erwies sich zu Zeiten ihrer größten Herausforderung als weitaus krisenfester denn die Weimarer Republik. Mehrere Faktoren waren hierfür verantwortlich: Zum einen waren in Frankreich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise insgesamt weitaus weniger dramatisch, wenngleich bereits ausgeführt wurde, daß gerade die Hauptstadt Paris in überproportionaler Weise von der Arbeitslosigkeit betroffen war.⁴⁷⁶ Und keinesfalls wäre es möglich, die Entwicklung des politischen Extremismus in Deutschland und Berlin allein auf die Probleme der Wirtschaftskrise zurückzuführen. Denn wirtschaftliche Not allein generiert noch keinen Extremismus und keine politische Gewalt. Vielmehr müssen die Auswirkungen der Depression mit spezifischen Dispositionen bzw. Defiziten der politischen Kultur zusammentreffen, damit z.B. aus der Verbreitung eines „normalen“ Ressentiments politischer Extremismus oder gar eine totalitäre Bewegung wird. Und in dieser Beziehung bestanden zwischen Deutschland und Frankreich, bzw. zwischen Berlin und Paris,

Nachrichtensammelstelle im Reichsinnenministerium, 6.10.1931 (Stellungnahme zu Meldungen in mehreren Berliner Tageszeitungen über die „Vorbereitungen der Kommunisten zum Bürgerkrieg“); B.I.I.A. Pr.Br. Rep. 30, Berlin C, Nr. 7556, fol. 95, Bericht und Untersuchung eines Artikels aus dem Vorwärts, Nr. 533, 13.11.1931: „Nazi-Provokationen in Treptow“, Polizeibericht vom 14.11.1931.

⁴⁷³ Dies ist z.B. gegen Serge Berstein, *L'affrontement simulé des années 1930*, in: *Vingtième Siècle*, Nr. 5 (Janvier-mars 1985), S. 39–53, einzuwenden, der in der Konfrontation der dreißiger Jahre letztlich eine bloße Fortsetzung traditioneller Konfliktlinien sieht, ebd., S. 45, 48f., 50.

⁴⁷⁴ Z.B.: *La Liberté*, 18.3.1937; *L'Écho de Paris*, 18.3.1937. Siehe auch die tumultartige Debatte im Conseil général de la Seine vom 17.3.1937, BMO, 17.3.1937, S. 1470–1512.

⁴⁷⁵ *La Paix Sociale*, 25.7.1937. Vgl. *La Revue Universelle*, 1.12.1938, S. 389: „Où va l'Europe?“

⁴⁷⁶ Siehe oben, S. 368f.

gravierende Unterschiede, die in der Krise der dreißiger Jahre offen hervortraten. Unbestreitbar spielte dabei die Volksfront eine entscheidende Rolle. Für die französische Geschichte bildet sie eine Größe *sui generis*, die sich daher auch nicht mit den deutschen Verhältnissen vergleichen läßt.⁴⁷⁷ Dies gilt sowohl unter systematischen wie unter chronologischen Gesichtspunkten: Aufgrund der 1928–1934 herrschenden verbindlichen Kominterntaktik war eine Volksfront in Deutschland aus prinzipiellen Gründen ausgeschlossen; und umgekehrt flossen in die Volksfronttaktik der Jahre 1934–1937 die Erfahrungen der nationalsozialistischen Machtergreifung mit ein. Daß die Volksfront erst *nach* 1933 entstand, ist somit kein chronologischer Zufall, sondern gründet auf einer inneren Notwendigkeit. Insofern stößt der in diesem Kapitel vorgenommene zeitliche Überkreuzvergleich tatsächlich an seine Grenzen.

Auf die pazifizierende Wirkung, welche die Volksfronttaktik auf die französischen Kommunisten ausübte, ist bereits eingegangen worden.⁴⁷⁸ Zum einen erzwang sie eine Entradikalisierung und gewisse Entideologisierung des PCF, gleichsam als Preis für die Zusammenarbeit mit den Sozialisten und die Politik der „ausgestreckten Hand“ gegenüber Radikalsozialisten und Linkskatholiken.⁴⁷⁹ Mit dem zumindest formalen Bekenntnis zur Republik und zu den demokratisch-rechtsstaatlichen Grundlagen ihrer Verfassung, welches die Volksfronttaktik den französischen Kommunisten aufzwang, verschob sich aber auch die „Frontlinie“ des latenten Bürgerkriegs. Anders als in der Auflösungsphase der Weimarer Republik verlief sie in Frankreich seit 1935 nicht mehr zwischen den (tendenziell) totalitären Extremen, zwischen denen die demokratischen Institutionen zerrieben zu werden drohten; vielmehr verlief sie durch die Mitte des politischen Spektrums. Und in dem Maße, wie beide Seiten Elemente der politischen Mitte an sich banden bzw. an sich zu binden suchten, mußten sie sich der Disziplin des republikanischen Diskurses unterwerfen. Die relative Mäßigung der einen zog die Mäßigung der anderen Seite nach sich. Und wie an den beiden stärksten politischen Massenbewegungen der dreißiger Jahre, am PCF und am P.S.F. zu beobachten ist, führte dies zu einer relativen Pazifizierung und Gewaltreduktion des politischen Extremismus.

Für solche Pazifizierung der Extreme im Zeichen republikanischer Diskursdisziplin bot die französische politische Kultur denn auch eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten. Anders als für die fragmentierten „Teilkulturen“ der Weimarer Republik zu konstatieren ist, bot der Traditionsschatz der Dritten Republik eine ausreichende Anzahl von Feier- und Gedenktagen, die auch in bezug auf die politischen Extreme integrativ wirkten und deren friedliche Partizipation zu honorieren versprachen.⁴⁸⁰

Nach der fundamentalen Krise des Jahres 1934 suchten die französischen Innenbehörden denn auch selbst das Gewicht der französischen Tradition zur Pazifizierung des Extremismus zu nutzen. Anfang November 1934 verbot ein Erlaß des Innenmi-

⁴⁷⁷ Zur Geschichte der Volksfront siehe neben den Arbeiten von Jackson, *Popular Front*, Georges Lefranc, *Histoire du Front Populaire (1934–1938)*, Paris 1965, jetzt Serge Wolikow, *Le Front Populaire en France*, Brüssel 1996.

⁴⁷⁸ Siehe oben, S. 341f.

⁴⁷⁹ Über die Rolle und Haltung der Radicaux in der Volksfront Berstein, *Histoire du Parti Radical II*, S. 445ff. Zum Verhältnis zwischen Kommunisten und Linkskatholiken siehe Francis J. Murphy, *Communists and Catholics in France, 1936–1939. The Politics of the Outstretched Hand*, Gainesville/Florida 1989, hier v.a. S. 54ff. über die Zusammenarbeit im Herbst 1936.

⁴⁸⁰ Vgl. zur Rolle der politischen Traditionen oben, S. 331ff.

nisters Paul Marchandau erneut jegliche politische Demonstration im Paris intra muros, mit Ausnahme jener Umzüge, die „in Würde“ zur Kommemoriation bestimmter historischer Ereignisse bzw. Personen durchgeführt wurden.⁴⁸¹ Feier- und Gedenktage wie die Kommemoriation Jeanne d'Arcs, der 11. November (Armistice), das Gedenken an den Kommuneaufstand und last but not least der Nationalfeiertag des 14. Juli boten in der Folgezeit immer wieder Ventile. Im Mai 1934 wurde etwa das Gedenken an Jeanne d'Arc mit besonderem Engagement begangen, „et dans un élan auquel les événements tragiques dont le souvenir est encore si vif et l'inquiétude internationale de l'heure présente donnaient un sens émouvant“.⁴⁸² Innerhalb eines solcherart durch die Tradition normierten Bezugsrahmens wurde die Mobilisierung der extremen Kräfte und der Ausdruck des durch sie repräsentierten politischen Massenwillens domestiziert.

Wie dies in der Praxis aussah und auf welche Weise die Anknüpfung an Traditionen pazifizierend wirkte, demonstrieren z.B. die Ereignisse vom Sonntag, dem 19. Mai 1935. An diesem Tag fand die traditionelle Kundgebung der Rechtsverbände zu Ehren Jeanne d'Arcs statt, und in den Kreisen der Volksfront gab es nicht wenige Stimmen, die eine Gegendemonstration forderten. Statt dessen wurde schließlich auf Anregung des PCF die große, für Sonntag, den 26. Mai 1935 geplante Gedächtniskundgebung zum Andenken an die Opfer des Kommuneaufstandes im Friedhof Père Lachaise um eine Woche vorverlegt.⁴⁸³ Statt einer unmittelbaren Konfrontation der politischen Gegner beschränkte sich die Aktion der Extreme auf die öffentliche und propagandistische Ausfüllung des symbolischen Paris an unterschiedlichen „lieux de mémoire“.⁴⁸⁴

Zwar war die gewaltige Massenmobilisierung, die der Volksfront unter kommunistischer Führung am 19.5.1935 gelang,⁴⁸⁵ der extremen Rechten ein Dorn im Auge, und es mangelte nicht an Stimmen, welche die latente Bürgerkriegssituation, die hinter den beiden Aufmärschen durchschimmerte, in den Vordergrund spielten. „Deux cortèges, cela! Non! Deux armées. Deux armées prêtes à en venir aux mains [...]. Il faudrait être aveugle pour ne pas voir que nous allons tout droit, pour peu que la situation économique et financière s'aggrave, à des convulsions révolutionnaires et à la guerre civile.“⁴⁸⁶ Doch macht gerade der Vergleich zu Berlin, wo entsprechende in der politischen Kultur begründete Integrationsangebote fehlten, deutlich, daß die politischen Feiertage der französischen Hauptstadt in den dreißiger Jahren auf die politische Massenstimmung domestizierende und pazifizierende Wirkung ausübten und damit das Bürgerkriegsparadigma in den Hintergrund treten ließen.

Ein besonders signifikantes Beispiel hierfür bildet die Kommemoriation des 14. Juli im Jahre 1935. Daß der PCF seit Beginn der dreißiger Jahre ganz allmählich auch den republikanischen Nationalfeiertag für die eigenen Propagandazwecke zu okkupieren suchte, ist bereits ausgeführt worden.⁴⁸⁷ Im Zuge der Volksfronttaktik bot sich den Kommunisten nun die Gelegenheit, den 14. Juli einerseits zusammen mit den soziali-

⁴⁸¹ AN F7 13305, 6.11.1934, Zirkular des Innenministers Paul Marchandau.

⁴⁸² L'Illustration, 19.5.1934, S. 66.

⁴⁸³ AN F7 13306, Polizeibericht vom 19.5.1935.

⁴⁸⁴ AN F7 13306, Polizeibericht vom 22.5.1935.

⁴⁸⁵ Ebd. Der Bericht sprach vom „rassemblement d'éléments révolutionnaires le plus important qui ait pu être constaté en France à ce jour.“

⁴⁸⁶ Gustave Hervé, Deux cortèges, deux armées, La Victoire, 21.5.1935.

⁴⁸⁷ Siehe oben, S. 335ff.

stischen und republikanischen Kräften der linken Mitte zu begehen, andererseits aber diese Gelegenheit zu nutzen, um die eigene „Hegemonie“ zu demonstrieren.⁴⁸⁸ Unbedingte Voraussetzung hierfür war freilich der friedliche Verlauf der Demonstration. Keiner der führenden Kommunisten oder Sozialisten vergaß daher zu erklären, daß sie mit der Demonstration am 14. Juli 1935 keinesfalls Unruhe und Zusammenstöße provozieren wollten. „Le plan des communistes et des socialistes est d’agir assez sagement pour retenir avec eux les groupes de gauche qui auront participé à ces démonstrations, et aussi pour attirer dans ce vaste ‚Front Populaire‘ les républicains hésitants qui craignaient d’être entraînés par l’extrême gauche dans une politique de violence [...]. Cette démonstration de force républicaine sera éclatante, dit-on, dans les milieux d’extrême gauche; elle imposera silence aux ligues, aux Croix de Feu et d’une façon générale à tous les fascistes. Ce sera, prétend-on une véritable armée de plus de 150.000 hommes, qui se trouvera ainsi réunie, mais une armée sans armes et à laquelle la discipline et l’ordre seront imposés.“⁴⁸⁹ Ausdrücklich wurde im Vorfeld darauf hingewiesen, daß man jeglichen Zusammenstoß mit den „Faschisten“ ablehne, es vielmehr allein um die symbolische Beherrschung des Revolutionsgedenkens gehe: „On n’ira pas à la rencontre des fascistes et, comme ceux-ci ne voudront pas affronter une telle masse d’adversaires, on a l’impression, à l’extrême gauche, que cette très imposante journée se passera sans provoquer de graves désordres.“⁴⁹⁰

Umgekehrt offenbarte sich die in der Krise der Demokratie fortbestehende hohe Integrationskraft des 14. Juli darin, daß auch die „faschistische“ Rechte nicht darauf verzichten konnte und wollte, am Nationalfeiertag „Flagge“ zu zeigen. Schon relativ frühzeitig akzeptierte man daher in den Kreisen der Rechtsverbände einen Vorschlag des Innenministers, eine eigene offizielle Demonstration durchzuführen. Die Idee einer Gegendemonstration gegen die Volksfront wurde dagegen rasch fallengelassen.⁴⁹¹ Im Ergebnis fanden am 14. Juli 1935 zwei Großdemonstrationen statt: Beide sammelten sich zunächst im Zentrum der Hauptstadt. Doch während die Demonstration der Volksfront nach Osten, zur Place de la Bastille zog, setzte sich die Demonstration der *Croix de feu* und anderer Kampfverbände nach Westen, zur Place de l’Etoile in Bewegung.⁴⁹² In der Zwischenzeit riegelte im Stadtzentrum ein riesiges Polizeiaufgebot beide Aufmärsche voneinander ab, so daß es tatsächlich zu keinen gewalttätigen Zusammenstößen kam.⁴⁹³

In dem Maße, wie sich die Pariser Kommunisten im Rahmen der Volksfront von ihrer früheren gewaltsamen Demonstrationspolitik, die zu Zeiten der „Dritten Periode“ verbindlich gewesen war, zumindest teilweise zugunsten einer in die Straße verlegten Symbolpolitik verabschiedeten, stieg auch die Akzeptanz ihrer Anwesenheit in den Straßen von Paris.⁴⁹⁴ So vermochten die Volksfrontanhänger am 16.2.1936 gegen

⁴⁸⁸ Nach cinigem Widerstreben hatte auch die C.G.T.-Führung auf Druck ihrer Basis der gemeinsamen Demonstration mit den Kommunisten zugestimmt. AN F7 13305, 4.7.1935.

⁴⁸⁹ APP Ba 1861, Bericht vom 4.7.1935.

⁴⁹⁰ F:bd.

⁴⁹¹ AN F7 13305, Polizeibericht vom 3.7.1935.

⁴⁹² Siehe La Liberté, 15.7.1935; Le Flambeau, 20.7.1935.

⁴⁹³ Siehe die Polizeiberichte in AN F7 13305.

⁴⁹⁴ Zur Dominanz der Volksfront auf den Pariser Straßen siehe Danièle Tartakowsky, Manifestations, fêtes et rassemblements à Paris (Juin 1936 – Novembre 1938), in: Vingtième Siècle (Juillet – Septembre 1990), S. 43–53.

eine zuvor von Anhängern der *Action française* verübte Aggression gegen Léon Blum⁴⁹⁵ in einer Zahl zu demonstrieren, wie sie bis dahin in der Hauptstadt kaum je gesehen worden war.⁴⁹⁶ Dementsprechend hoch war der von den Kommunisten an den Tag gelegte Enthusiasmus, sah man sich doch bereits am Vorabend einer „vom Volkswillen getragenen legalen Machtübernahme“.⁴⁹⁷ Besonders froh war man über die Ruhe und Ordnung, die bei der Demonstration geherrscht hatten, denn sie allein, so sah man es in der PCF-Führung, vermochten der Partei in der ängstlichen und wetterwendischen Hauptstadt ihren Einfluß zu sichern.⁴⁹⁸

Unter diesen Umständen und besonders nach dem innenpolitischen Umschwung infolge des Sieges der Volksfront vom Mai 1936 gelang es den Pariser Kommunisten immer häufiger, sich gleichsam als „Ordnungsmacht“ zu profilieren. Als sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 politische Gewalttaten häuften, gab Jacques Duclos seiner profunden Sorge vor „trouble“ und „désordre“ Ausdruck: „On cherche à troubler l'opinion publique à créer une atmosphère de nervosité propice à des provocations de plus grande envergure.“ Den Ministerpräsidenten Chautemps forderte er auf, vor allem die öffentlichen Gebäude zu schützen, um eine Entwicklung, wie sie in Deutschland der Reichstagsbrand in Gang gesetzt hatte, zu verhindern. Duclos äußerte die Hoffnung, „que tout sera mis en œuvre afin de maintenir dans notre pays l'ordre et la tranquillité qu'ont seuls intérêt à troubler les ennemis de la liberté et de la paix“.⁴⁹⁹

Auch der Kampf um das „soziale Gelände“ verband sich nun mit einer neuen Form kommunistischen Ordnungsdenkens, das in dieser Weise in Berlin ebensowenig vorstellbar gewesen wäre wie im Paris der Jahre 1924–1934. Im 13. Pariser Arrondissement ereiferten sich die örtlichen Kommunisten auch Anfang 1938 noch über die Veranstaltungen des P.S.F., des P.P.F. und anderer rechtsextremer Gruppierungen, deren Führer „wegen staatsfeindlicher Umtriebe ins Gefängnis gesperrt werden müßten“.⁵⁰⁰ Zwar wurde de la Rocques P.S.F. in gewohnter Weise als „einer der hauptsächlichen Organisatoren bewaffneter Banden von Provokateuren und Mördern“ bezeichnet.⁵⁰¹ Doch statt gewalttätige Gegendemonstrationen zu veranstalten und auf den proletarischen „Selbstschutz“ zu vertrauen, orientierten sich die örtlichen Kommunisten an den Maximen der parlamentarischen Republik und am öffentlichen Gewaltmonopol: Über ihren Abgeordneten André Marty richteten sie an die Regierung die Forderung, „daß man endlich für Ordnung Sorge“.⁵⁰²

Dementsprechend schwer hatten es die französischen „Faschisten“ in Paris, die Legitimität ihrer eigenen Aktionen zu vermitteln. Darin liegt ebenfalls ein entscheidend wichtiger Unterschied zu den Verhältnissen im Berlin der Jahre 1930–1933. Konnten Goebbels und die NSDAP dort mit einer gewissen Honorierung ihrer Stra-

⁴⁹⁵ *Le Temps*, 14.2.1936; 15.2.1936. Eine ausführliche Schilderung des Vorfalls bei Ilan Greilsammer, Blum, Paris 1996, S. 339ff.

⁴⁹⁶ *Le Temps*, 17.2.1936; 18.2.1936. *L'Humanité*, 17.2.1936; *Le Populaire*, 17.2.1936.

⁴⁹⁷ ANP Ba 1862, Manifestation Front Populaire, 16.2.1936, Polizeibericht vom 19.2.1936.

⁴⁹⁸ *Ibid.*, Polizeibericht vom 20.2.1936: „En effet, de telles mobilisations de foule, dit-on, comportent toujours quelques risques d'incidents et l'incident le plus minime peut avoir des conséquences sérieuses, avec une population aussi sensible que celle de Paris, dont l'opinion peut se retourner facilement.“

⁴⁹⁹ AN F60 507, Schreiben von Jacques Duclos an den Président du Conseil (Chautemps), 24.9.1937.

⁵⁰⁰ AN F60 507, 13.2.1938, Flugblatt „Épuration de notre 13e Arrondissement“.

⁵⁰¹ *Ibid.*

⁵⁰² *Ibid.*, Brief von André Marty an Chautemps vom 5.2.1938.

tegie rechnen, dem hochideologisierten und gewalttätigen Kommunismus etwas „Gleichwertiges“ entgegenzusetzen, so traf für das Paris der Jahre 1935–38 eher das Gegenteil zu. Zwar führte der Machtantritt der Volksfront im rechtsextremen Milieu zu einer enormen Radikalisierung und zu einem gewaltigen antibolschewistischen Schub, der sich z.T. auch mit antisemitischen Elementen mischte.⁵⁰³ Auch mehrten sich auf der Rechten die Stimmen, die angesichts der Volksfrontregierung, der präzedenzlosen Massenstreiks im Sommer 1936⁵⁰⁴ und des spanischen Bürgerkriegs „vor der Haustür“ die Perspektive einer kommunistischen Insurrektion⁵⁰⁵ und eines kommunistisch inspirierten Bürgerkrieges perhorreszierten.⁵⁰⁶ Doch sobald es um die praktische Umsetzung politischer Massenmobilisierung ging, erwiesen sich die Handlungsspielräume der extremen Rechten als begrenzt. Als z.B. de la Rocque Anfang Oktober 1936 eine kommunistische Großkundgebung im Prinzenpark mit einer Gegendemonstration des P.S.F. beantworten wollte, erregte dies nicht nur unter den Kommunisten großes Aufsehen. De la Rocque sah sich sofort einem enormen Legitimationsdruck ausgesetzt und mußte äußerst vorsichtig agieren, um nicht durch die Provokation gewaltsamer Zwischenfälle Sicherheitsbehörden und öffentliche Meinung gegen sich aufzubringen.⁵⁰⁷

Auch für die „faschistischen“ Gruppierungen war es daher sicherer, wenn sie ihre Aufmärsche und Großkundgebungen mit der Kommemorierung des französischen Traditionsschatzes verbanden, neben dem Jeanne d'Arc-Tag v.a. die Tage zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg⁵⁰⁸ oder eben auch der 14. Juli. So war z.B. Pierre Taittinger gelegentlich über den Eindruck, den kurz zuvor eine kommunistische Demonstration gemacht hatte, außerordentlich ungehalten. Dagegen müsse, so forderte er, die Präsenz der „Patrioten“ auf der Straße bewiesen werden. Eine unmittelbare Demonstration lehnte er jedoch ab, vielmehr gelte es, die nächste Gelegenheit, die der Pariser Traditionsschatz bot, zu nutzen: „À la première occasion, anniversaire,

⁵⁰³ Wirsching, Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Zur antibolschewistischen Welle im Gefolge der Volksfront vgl. Becker u. Berstein, Histoire de l'anticommunisme, S. 280ff.

⁵⁰⁴ Zur sozialen Bewegung und zu den Massenstreiks des Sommers 1936 vgl. Wolkow, Front Populaire, S. 133ff.; Michael Seidman, Workers against Work. Labor in Paris and Barcelona during the Popular Fronts, Berkeley/Calif. 1991, S. 212ff.; Depretto u. Schweitzer, Communisme à Pusine, S. 181–202; sowie die Dokumentation von Georges Lefranc, Juin 36. „L'explosion sociale“ du Front Populaire (Collection Archives), Paris 1966.

⁵⁰⁵ Typisch hierfür Jacques Bardoux, Les Soviets contre la France, Paris 1936.

⁵⁰⁶ Als einige Beispiele von vielen: Je suis partout, 28.11.1936, 20.3.1937 („Le gouvernement de sang populaire“) u.ö.; Le Communisme contre la chrétienté. La Chrétienté contre le communisme. Études et conférences faites aux Congrès de „La Cause“, Paris 5.–7.12.1936; Metz 19.–21.3.1937, L'arrière-sous-Poissy 1937, S. 184 (Irédéric Éccard); Drieu la Rochelle, Avec Doriot, Paris 1937, S. 100: „En dehors de quelques hommes de l'extrême droite, il n'y a que les communistes qui sachent ce qu'ils veulent. Ils veulent la guerre civile et la guerre révolutionnaire à travers l'Europe.“ Jacques Valdour, Le désordre ouvrier. La Révolution en marche. Esquisse d'une psychologie ouvrière, Paris 1937, S. 194; Le Pays réel, 25.2.1937, „Guerre civile 1937?“ Aux Ecoules, 8.1.1938: „Le complot communiste se développe [...] Dans la région parisienne, la mobilisation de 7.500 militants des organisations para-militaires a été décidée à l'instigation des techniciens de la guerre civile venus de Moscou.“

⁵⁰⁷ APP Ba 1863, Manifestation du PCF au Parc des Princes, 4.10.1936, Polizeibericht vom 3.–5.10. 1936. Siehe das Manifest de la Rocques in Le Temps, 6.10.1936.

⁵⁰⁸ Ein wichtiges Datum war z.B. die Kommemorierung der Marneschlacht. So „wallfahrteten“ am 22.9.1935 ca. 12.000 Pariser Anhänger der *Croix de feu* in LKWs und Bussen nach Epinay-sur-Seine, wo vor 40.000 Anwesenden die zentrale Gedenkveranstaltung stattfand. Siehe das Material in APP Ba 1962.

fête, il y aura lieu d'organiser un défilé monstre pour prouver que de l'autre côté de la barricade, il existe une force aussi importante et plus disciplinée.⁵⁰⁹

Bei aller Radikalisierung, die den öffentlich-politischen Raum in Paris auch zwischen 1934 und 1938 prägte und die zu einer Vielzahl von politischen Gewalttaten führte, läßt sich doch festhalten, daß die Bildung der Volksfront und die spezifische politische Kultur der französischen Hauptstadt den politischen Extremismus beider Seiten nicht unerheblich domestizierten und zu seiner Pazifizierung beitrugen. Zumindest gilt dies im Vergleich zu Berlin, und in dieser Perspektive läßt sich die damalige latente Bürgerkriegssituation tatsächlich als „affrontement simulé“, als überwiegend symbolische Auseinandersetzung bezeichnen.⁵¹⁰ Der wirkliche, begrenzte Bürgerkrieg sollte in Frankreich denn auch erst unter den besonderen Umständen der Kriegsniederlage und des Vichy-Regimes ausgetragen werden.

⁵⁰⁹ APP 79.501 – 2534 C, 20.2.1936, Réunion P.N.P., 17. Arrdt., 19.2.1936.

⁵¹⁰ Berstein, *Affrontement simulé*, S. 53 u. passim.

Zusammenfassende Schlußbetrachtung

Vorliegende Studie nahm ihren Ausgangspunkt in der Beobachtung, daß wesentliche Faktoren, die in der Zeit zwischen den Weltkriegen die „Krise der Demokratie“ verursachten, gemeineuropäischen Charakter besaßen. Hierzu gehörte auch der Angriff auf die Demokratie durch politischen Extremismus von links und von rechts. Die vergleichende Untersuchung des politischen Extremismus in Deutschland und Frankreich am Beispiel ihrer Metropolen verfolgte ein doppeltes Ziel: Zum einen galt es, die jeweils individuellen und nationalspezifischen Elemente des politischen Extremismus schärfer herauszuarbeiten, als dies durch eine auf ein Land konzentrierte Arbeit möglich wäre. Hiervon ausgehend, wurde zum anderen immer wieder nach gemeinsamen Problemlagen, analogen Entwicklungen und vergleichbaren Tendenzen gefragt. Die Inventarisierung der gewonnenen Ergebnisse – wie sie nun zusammenfassend vorgenommen werden soll – kann zur Antwort auf die Frage beitragen, welche Eigenheiten des politischen Extremismus der gemeineuropäischen Krise der Zwischenkriegszeit entspringen und welche als nationalspezifisch zu werten sind.

Zwar hatte das Ende des Ersten Weltkriegs, wie es in den Pariser Vorortverträgen festgeschrieben wurde, jedem der beiden Länder zugewiesen, wie sie unterschiedlicher nicht hätten sein können. Die Erfahrung von Sieg und Niederlage, von Machtgewinn und nationaler Demütigung prägten die Nachkriegszeit und wirkten je unterschiedlich auf die kollektive Psychologie der beiden Nationen ein. blieb die Weimarer Republik mit dem Makel der Niederlage behaftet, so erfuhr die französische Dritte Republik durch den Kriegsausgang zunächst einen eindeutigen Legitimationsschub. Insofern mußte auch die innenpolitische Lage in Frankreich grundsätzlich stabiler sein als östlich des Rheins. Und doch bestand neben diesen so offenkundigen Divergenzen eine Vielzahl struktureller Parallelen zwischen beiden, vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Ländern: Die Erfahrung von Krieg und Gewalt, der mühsame Wiederaufbau einer durch Krieg und Kriegswirtschaft gestörten und teilweise ruinierten Produktion, gravierende finanz- und haushaltspolitische Probleme, die Verschärfung der sozialen Konflikte und schließlich die Enttäuschung über das Ausbleiben durchgreifender sozialer Machtverschiebungen begünstigten die Rezeption extremistischer Ideologieangebote. Auch in Frankreich und insbesondere im Pariser Großraum bestand ein erhebliches, zum Extremismus neigendes Protestpotential.

So vermochte sich mit dem Kommunismus bolschewistischer Provenienz in Deutschland wie in Frankreich eine Partei zu etablieren, die das bestehende System radikal bekämpfte und deren politische Sprache keinen Zweifel daran ließ, daß sie den revolutionären Bürgerkrieg als eine historische und infolgedessen auch erstrebenswerte Notwendigkeit betrachtete. Die Existenz einer politischen Massenpartei, die dem Ideal einer quasi-militärischen Kampf- und Kaderpartei zumindest nachstrebte, stellte jedoch im politischen Spektrum Deutschlands wie Frankreichs ein präzedenzloses Novum dar. Sie transzendierte die bis dahin bekannten Formen, mit wel-

chen in den zunehmend industrialisierten Massengesellschaften West- und Mitteleuropas soziale Konflikte ausgetragen worden waren. Weder mit dem gleichsam „romantisch“-blanquistischen Gang auf die Barrikaden, wie ihn namentlich Paris im 19. Jahrhundert mehrfach erlebt hatte, noch mit der Arbeitsmarktmacht gut organisierter Gewerkschaften, wie sie insbesondere in Deutschland bestanden, ließ sich die Art und Weise kommunistischer Aktion und Propaganda beschreiben. Vielmehr verkörperte der Kommunismus innerhalb der europäischen Demokratien einen neuen Typus, der in dieser Arbeit mit dem Begriff der „totalitären Bewegung“ bezeichnet worden ist. In modifizierter Anlehnung an die klassischen, von Carl J. Friedrich bezeichneten Merkmale totalitärer Regime operierte vorliegende Untersuchung mit dem Idealtyp der totalitären Bewegung, die sich durch eine Ideologie, eine disziplinierte Partei, einen Propagandaapparat und das Streben nach paramilitärischer Organisation auszeichnet. Gegründet auf diese konstitutiven Strukturelemente, ordnet die totalitäre Bewegung das gesamte politisch-soziale Leben einem konsequent verabsolutierten Freund-Feind-Gegensatz unter. Politik wurde als Kampf begriffen, als Kampf gegen einen gefährlichen Gegner. Zugleich diente die Berufung auf eine lebensbedrohliche Feind-Bedrohung zur Legitimation des Versuches, das Gewalt- und Gesetzgebungsmonopol der demokratischen Rechtsstaaten im Namen von „Notwehr“ und „Selbsthilfe“ zu durchbrechen.

Daß diese Vorstellung einer totalitären Bewegung einen abstrahierten Idealtyp im Sinne Max Webers darstellt, ist im Verlauf der Arbeit mehrfach deutlich geworden. Er ist daher auch nicht mit dem Untersuchungsgegenstand selbst identisch, etwa in dem Sinne, daß in beiden Ländern bzw. Hauptstädten überall gleichartige totalitäre Bewegungen nachgewiesen werden sollten. Vielmehr dient er als heuristisches und analytisches Arbeitsinstrument, um durch empirische Verifizierung nationale Unterschiede und Gemeinsamkeiten systematisch herausarbeiten zu können.

Die Form der totalitären Herausforderung durch den Kommunismus, die in beiden Ländern gleichermaßen bestand und die hier wie dort z.T. heftige Gegenbewegungen hervorrief, wies denn im einzelnen doch gravierende Unterschiede auf. Zwischen den Inhalten der zunehmend zentral aus Moskau gelenkten ideologischen wie politisch-taktischen Prämissen und der Notwendigkeit für die Komintern-Parteien, sie innerhalb ihres konkreten nationalen und regionalen Kontextes umzusetzen, bestand eine durchgehende Spannung. Trotz Bolschewisierung und zunehmender „Gleichschaltung“ durch Moskau entwickelten sich typische nationale und regionale Unterschiede, die es erlauben, von einem „deutschen“ und einem „französischen“ Kommunismus zu sprechen. Diese Differenzen speisten sich zunächst aus objektiven, gleichsam quantitativ meßbaren Ungleichheiten. So bestand in Deutschland durchgehend eine weitaus höhere politische Mobilisierungsquote, soweit sie sich in Partei- und Verbandsmitgliedschaften jeglicher Richtung niederschlug. Hinzu kam der insgesamt stärkere Problemdruck, den die Weimarer Republik in politischer, monetärer und sozialökonomischer Hinsicht zu bewältigen hatte. In den Hauptstädten stand diesen Unterschieden freilich eine Fülle vergleichbarer Strukturen und Problemlagen entgegen. Als Millionen-Metropolen waren Berlin und Paris die bedeutendsten nationalen Handels- und Industriezentren. Die Erwerbsstruktur ihrer Bevölkerung wurde in ähnlicher Weise durch die Metall- und Bekleidungsindustrie geprägt, was ein Nebeneinander von modernen großbetrieblichen und herkömmlich-vorindustriellen Produktionsformen bedeutete. Beide metropolen Großräume ver-

fügten über eine selbstbewußte, traditionell besonders gut qualifizierte Arbeiterschaft. Zugleich entstand hier wie dort infolge des industriellen Strukturwandels eine neue Schicht von „Industriefacharbeitern“ („ouvriers spécialisés“), deren Lebenswelt der rationalisierte Großbetrieb war und deren Qualifikationsweg nicht mehr den alten, handwerklich geprägten Mustern entsprach. In beiden Hauptstädten schließlich existierte ein ausgeprägter sozialer Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft einerseits und den bürgerlich-mittelständischen Kreisen andererseits. Während sich dies in Berlin topographisch in Form eines Gegensatzes zwischen östlichen und westlichen Stadtbezirken äußerte, bestand in der Pariser Region eine starke soziale Spannung zwischen bürgerlichem Zentrum und den Arbeiterwohnvierteln der Peripherie.

Bei der Analyse der kommunistischen Bewegung in Berlin und Paris sind daher im Verlauf der Untersuchung auch erhebliche qualitative Unterschiede zu Tage getreten, die sich nicht ohne weiteres auf quantitativ „meßbare“ Differenzen zurückführen lassen. Orientiert man sich an den vorgestellten Merkmalen des Idealtyps der totalitären Bewegung, so fällt zunächst auf, daß die kommunistische Bewegung in Berlin einen stärker ideologischen Charakter aufwies. Beginnend mit der unterschiedlichen Struktur der innenpolitischen Opposition gegen den Ersten Weltkrieg, in dessen Verlauf das Bürgerkriegskonzept des leninistischen Defätismus in Deutschland auf erheblich stärkere Resonanz traf als in Frankreich, ist mehrfach deutlich geworden, wie in Berlin auch in der Folgezeit die politisch-ideologische Bewegung zur Abkoppelung von den sozialen Realitäten tendierte. Während in Paris der Linksextremismus und später der Kommunismus vor allem dann wirksam zu agieren vermochte, wenn er sich mit einer starken sozialen Bewegung amalgamierte, kam es in Berlin weitaus häufiger zu einer Verselbständigung des revolutionären Voluntarismus. Kennzeichnend hierfür ist bereits die Geschichte des Jahres 1919. In Berlin führte ein aus der radikalen Kriegsopposition des Spartakusbundes gespeister, ideologischer Voluntarismus zur dialektischen Verschärfung der Konflikte, die in der blutigen Unterdrückung des Januaraufstandes und der Märzkämpfe endeten. Hinter keiner dieser beiden Aufstandsversuche stand eine breitere soziale Bewegung, die etwa eine tiefere Verankerung in den Betrieben und in der Arbeiterschaft besessen hätte. Die größte Aktion dieser Art, der Metallarbeiterstreik vom Herbst desselben Jahres, blieb vielmehr eine reine Lohnbewegung und unterlag dem bewährten Kosten-Nutzen-Kalkül der Gewerkschaften. Die KPD spielte in ihm keine erwähnenswerte Rolle. Über weite Strecken fielen daher die politische und soziale Bewegung im Berlin des Jahres 1919 auseinander. In Paris dagegen zeigte der Verlauf desselben Jahres, daß die revolutionären Kräfte so lange ohne Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten blieben, wie sie nicht zugleich mit Resonanz in bezug auf die sozialen Belange der qualifizierten Pariser Arbeiterschaft – d.h. vor allem in der Lohnfrage – rechnen konnten. Weitaus stärker als in Berlin blieb daher auch die politische Aktion des Pariser Linksextremismus syndikalistisch geprägt und damit auf die soziale Realität in den Betrieben orientiert. Während isolierte Appelle zu einem revolutionären Generalstreik im Frühjahr 1919 wirkungslos verpufften, kulminierte die soziale *und* politische Bewegung im Metallarbeiterstreik vom Mai/Juni 1919, der im übrigen ganz analogen Problemlagen entsprang wie der Berliner Streik.

Diese stärkere Verschränkung sozialer und politischer Motive kennzeichnete auch die seit 1920 entstehende kommunistische Bewegung im Großraum Paris. Weitaus stärker als die Berliner KPD und nicht selten im Gegensatz zu den ideologischen

Vorgaben der Komintern blieb der Pariser PCF an seiner Basis über weite Strecken tatsächlich arbeits- und lohnenorientiert, gleichsam „opportunistisch“. Dies schlug sich in zweifacher Hinsicht nieder: erstens *sozialgeschichtlich*, insofern als sich die Sozialstruktur des Pariser PCF größtenteils aus hochqualifizierten, im Erwerbsleben stehenden Facharbeitern zusammensetzte (hauptsächlich Metallindustrie und Bauwirtschaft). Zweitens *organisationsgeschichtlich*, insofern als es mit der C.G.T.U. und ihren Pariser Einzelgewerkschaften eine kommunistisch dominierte Gewerkschaft gab, ohne deren Mitwirkung der Pariser PCF nicht viel ausrichten konnte. Mithin blieben die Pariser Kommunisten in ihrer Propaganda und Agitation gehemmt durch die Rücksichtnahme auf ihre Klientel – nicht selten verheiratete Familienväter – und waren daher häufig gezwungen, quasi „opportunistische“ Interessenpolitik zu betreiben. Zugleich erwies sich die Abhängigkeit von der Gewerkschaftsorganisation indes als hinderlich, lebte hier doch die Tradition des revolutionären Syndikalismus fort, die gegen jegliche Unterordnung unter eine politische Partei prinzipiell aufbehrte.

Vom Syndikalismus zunächst selbst stark beeinflusst, erblickte der französische Kommunismus in den Gewerkschaften einen entscheidenden Angelpunkt seiner revolutionären Strategie. Diese Konstellation führte zur Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung. Dagegen blieb die KPD in ihrer unversöhnlichen Feindhaltung gegenüber den Freien Gewerkschaften verhaftet. Auch wenn die ideologischen und taktischen Vorgaben der Komintern in Frankreich wie in Deutschland identisch waren, so wirkte dies alles doch zusammen, um der kommunistischen Bewegung in Paris ein grundlegend anderes politisch-ideologisches Profil zu verleihen als der Berliner KPD. Dies zeigte sich insbesondere bei der Betriebsrätebewegung der Jahre 1922–24 und den „antifaschistischen“ Mobilisierungen 1923–1927 bzw. in den dreißiger Jahren: Stets setzte die Berliner KPD auf die Sprengung des staatlichen Gesetzgebungs- und Gewaltmonopols und hielt zu diesem Zweck die Ausübung politischer Gewalt für notwendig bzw. „unvermeidbar“. Darüber hinaus wurde die für Berlin spezifische administrative Dominanz der Sozialdemokraten im Sinne der „Sozialfaschismus“-These ideologisiert, womit eine besondere Form der kognitiven Realitätsverweigerung erreicht wurde. In Paris dagegen beschäftigte sich die Betriebsrätebewegung vor allem mit lohnspezifischen Problemen, die das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Lohnempfängern betrafen; ebenso wurde der kommunistische „Antifaschismus“ der Jahre 1925–1926 primär auf betrieblicher Ebene organisiert und erheblich stärker mit sozialen Tagesforderungen verbunden, als dies in Berlin der Fall war. Und auch die sozialen und politischen Voraussetzungen für eine Entfaltung des ideologisch begründeten „Sozialfaschismus“-Verdikts fehlten in Paris. Verglichen mit der Stellung von ADGB und DMV in Berlin war die Organisationsmacht der reformistischen C.G.T. in der Pariser Arbeiterschaft und insbesondere in den Schlüsselbranchen Metall- und Bauindustrie äußerst gering. Und, vielleicht noch wichtiger, in der französischen Hauptstadt begebenen keine sozialistischen Amtsträger in Staat und Verwaltung. Somit gab es in Paris nur wenige Anknüpfungspunkte, die die These vom „Verrat“ der Sozialdemokraten und Reformisten und von der Notwendigkeit, sie zu „entlarven“, in erfahrungsgeschichtlicher Hinsicht hätten plausibel machen können.

Trotz einer ursprünglich vergleichbaren Sozialstruktur – der größte Teil der Berliner Kommunisten rekrutierte sich anfangs aus qualifizierten Facharbeitern – verschob sich das soziale Erscheinungsbild der KPD in Berlin schon bis Mitte der zwanziger

ziger Jahre signifikant. Nach einem Höhepunkt 1923/24, als rund die Hälfte aller Mitglieder arbeitslos war, prägte auch während der Phase der relativen Stabilität die (v.a. Jugendliche betreffende) Arbeitslosigkeit das Erscheinungsbild der Berliner KPD. Zu diesem sozialgeschichtlichen Unterschied trat der organisationssoziologische: Während in Paris die kommunistisch beherrschte C.G.T.U. die Schlüsselbranchen wie insbesondere die Metallindustrie konkurrenzlos beherrschte, es also im konkreten sozialen Erfahrungsraum keine reformistischen „Verräter“ zu entlarven galt, stießen sich die Kommunisten in Berlin an dem starken Einfluß der Freien Gewerkschaften und ihrer Bastionen (ADGB, DMV, Berliner Gewerkschaftskommission, Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale). Beide Faktoren, der soziale und der organisationssoziologische, bewirkten zusammen, daß die Berliner Kommunisten strukturell zu einer „ultralinken“ Haltung tendierten. Soziale Forderungen, etwa nach Lohnerhöhungen, hatten praktisch ausschließlich instrumentale Funktion und dienten insbesondere der demagogischen und revolutionären Überbietung sowie der „Entlarvung“ der sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich orientierten Kräfte. Fortschreitende soziale Deklassierung, die durch die hohe Arbeitslosigkeit gefördert wurde, und organisationssoziologische Isolation verliehen der kommunistischen Bewegung in Berlin eine spezifische Tendenz zum politischen Desperatismus und zur politischen Gewalttätigkeit, die in Paris so nicht anzutreffen war.

Damit ist bereits ausgedrückt, daß die Berliner KPD aus strukturellen Gründen dem Idealtyp der totalitären Bewegung in höherem Maße entsprach als der Pariser PCF. Deren konstitutive Merkmale, kommunistische Ideologie und Parteiorganisation, Propagandaapparat und paramilitärische Organisation, bestanden zwar in beiden Hauptstädten gleichermaßen, doch kamen sie in Paris aus den genannten Gründen zumeist in abgemilderter Form zur Geltung. Seinen Niederschlag fand dies namentlich im Verhältnis der kommunistischen Bewegungen zu den jeweiligen nationalen politischen Traditionen. Die Tatsache, daß die französische Republik einen mit Erfolg und Größe konnotierten revolutionären Traditionsschatz besaß, hatte auch für die Entwicklung des Kommunismus Konsequenzen: Insbesondere zur heroisierten und mythologisierten revolutionären Tradition von Paris behielt der PCF stets ein gewisses Nahverhältnis. Dies erleichterte ihm in den dreißiger Jahren den Übergang zur republikanisch orientierten Volksfronttaktik sowie die ideologische Integration des ursprünglich als „bürgerlich“ abgelehnten 14. Juli 1789 in die eigene politische Identität. Demgegenüber zeichnete die KPD eine grundsätzliche Distanz zur deutschen Geschichte aus. Uneingeschränkt „positive“, eine erfolgreiche revolutionäre Tradition vermittelnde Elemente konnten die deutschen Kommunisten in der deutschen Geschichte nicht finden. Die Flucht aus der eigenen Geschichte wurde daher in weitaus höherem Maße durch die Konstruktion „erfundener“ Traditionen (Hobsbawm) kompensiert, als dies in Frankreich der Fall war. Die bei der KPD konstatierte starke Ideologisierung und ihre besondere Neigung zu einem abstrakten Voluntarismus besitzen in diesen nationalen Traditionsdifferenzen eine wichtige Wurzel.

Gleichwohl beeinflusste der Kommunismus als grundlegend neues Phänomen auch in Frankreich und seiner Hauptstadt das gesamte politische Leben zutiefst und rief Reaktionen hervor, die zur weiteren Radikalisierung führten. Wenn es die gemeinsame Entwicklung beider Länder kennzeichnete, daß sich nach 1918 eine bolschewistische Kampfpartei dauerhaft zu etablieren vermochte, so bestand eine weitere Gemeinsamkeit darin, daß dies von weiten Teilen des politisch-gesellschaftlichen

Spektrums als Bedrohung empfunden wurde. Dieses wechselseitige Gefühl der Bedrohung sowie die aus ihm gespeiste politische Rhetorik beförderten entscheidend ein kompromißloses Freund-Feind-Denken. Beides favorisierte eine neue Form der innenpolitischen Spannung. Diese Spannung läßt sich insofern als totalitär bezeichnen, als sie die Ausprägung der genannten Merkmale auf der extremen Linken *und* der extremen Rechten im Zeichen von „Notwehr“ und „Selbsthilfe“ provozierte bzw. begünstigte.

Die Reaktionen auf die linksextreme Bewegung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs standen in beiden Ländern zunächst im Zeichen eines genuin bürgerlichen Notwehr- und Ordnungskonzeptes, das jedoch vor allem in Berlin anfangs auch in weiten Kreisen der Sozialdemokratie auf Zustimmung stieß. Es orientierte sich an der Verteidigung des persönlichen Eigentums, der öffentlichen Sicherheit und an der Notwendigkeit, Produktion und Dienstleistungen zum Wohle der Allgemeinheit gegen den Angriff radikaler Minderheiten zu schützen. Mit bürgerlichem Sicherheitsbedürfnis verband sich jener „Anti-Chaos-Reflex“ (Richard Löwenthal), der der Revolutionierung hochentwickelter, differenzierter Industriegesellschaften strukturell entgegensteht. Während der unmittelbaren Nachkriegsphase 1919/20 wurde dieses Programm der sozialen Verteidigung in Deutschland wie in Frankreich von den jeweiligen Regierungen gefördert und durch staatliche Organe umgesetzt. Seinen Niederschlag fand es in Berlin in der Technischen Nothilfe, die sogar den Status einer Behörde erhielt, und den Einwohnerwehren. Das funktionale Äquivalent dieser Einrichtungen bildeten in Paris die *unions civiques*.

Innerhalb des bürgerlich-mittelständischen Milieus erzielten die Organe der sozialen Verteidigung in beiden Hauptstädten überaus hohe Mobilisierungserfolge. Doch weist gerade diese soziale Präferenz auf ihren zweideutigen und sozial polarisierenden Charakter und ihre polarisierende Rolle für die politische Kultur im allgemeinen hin. Zwar verstanden sich Technische Nothilfe, Einwohnerwehren und *unions civiques* als grundsätzlich „unpolitisch“. Im politischen Tageskampf, in sozialen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern propagierten sie den Verzicht auf jegliche Parteinarbeit und fühlten sich allein dem Allgemeininteresse verpflichtet. Doch ihre Orientierung am normativen Leitbild einer innerlich geschlossenen Nation tendierte dazu, nicht nur linksextreme Gewaltpolitiker, sondern alle diejenigen ins Unrecht zu setzen oder gar als „Feinde“ zu betrachten, die einem interessenpluralistischen Gesellschaftsmodell anhängen. Allzuoft barg diese Tendenz in sich eine latente Ablehnung des demokratisch-parlamentarischen Konfliktaustrags und der sozialen Interessenvertretung der Arbeiter. In diesem Sinne waren Technische Nothilfe, Einwohnerwehren und *unions civiques* ideologieanfällig; sie bildeten ein Sammelbecken für antidemokratisch-nationalistische Kräfte. Den Extremfall dieser Tendenz verkörperten in Deutschland und Berlin schließlich die Freikorps. Ihr durch die Regierung gedecktes, rücksichtsloses, teilweise „standrechtliches“ Vorgehen gegen den „inneren Feind“ pervertierte das „Notwehr“- und „Ordnungs“-Konzept, leistete dem totalitären Denken von rechts Vorschub und fügte dem Ansehen der jungen Weimarer Republik schweren Schaden zu.

Zwischen dem Konzept der sozialen Verteidigung, wie es unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges zur Geltung kam, und den verschiedenen „faschistischen“ Strömungen der Nachkriegszeit offenbarte sich eine Vielzahl von Kontinuitäten. Das Programm von „Notwehr“ und „Ordnung“ bot in beiden Hauptstädten einen idealen

Wurzelboden für die Entfaltung rechtsextremen Denkens, zumal wenn es rechtlich nicht klar qualifiziert war. Daß dabei ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Etablierung des Kommunismus bestand, ist in dieser Arbeit immer wieder deutlich geworden. Das Grundempfinden der Bedrohung durch den Kommunismus, wieder und wieder geäußert, privat und öffentlich, wurde zu einer bewegenden Kraft rechtsextremen Denkens und Handelns. Und es wäre unangemessen, dieses Grundempfinden als bloß „hysterischen“ Antikommunismus abzutun. Denn es war keineswegs grundlos angesichts der kommunistischen Propaganda und Agitation, die beständig auf Bürgerkrieg und gewaltsamen Umsturz hindeutete. Insbesondere die französischen „faschistischen“ Bewegungen der zwanziger Jahre lassen sich daher mit den Kategorien der von Ernst Nolte vorgeschlagenen Faschismustheorie erfassen, die Faschismus wesenhaft als „Antimarkxismus“ begreift. Der französische „Faschismus“, wie er sich 1924–1927 in den *Jeunes Patriotes* und dem *Faisceau*, später dann in den dreißiger Jahren in den *Croix de feu* niederschlug, entsprang einem genuin antikommunistischen Impuls. Von Beginn an zielten diese Kampfverbände auf die Mobilisierung der Massen. Sie unterwarfen sich einer hierarchischen, parteimäßigen Disziplin und entwickelten einen Propagandaapparat. Darüber hinaus bildeten sie eine paramilitärische Organisation aus, die ebenso zum politischen Kampf erziehen wie die Bereitschaft dokumentieren sollte, den (Abwehr-)Kampf nötigenfalls auch mit Terror und (Gegen-)Gewalt zu führen. Das Konzept von „Notwehr“ und „Ordnung“ wurde so aus seinen staatlichen Bezügen, wie sie noch den *unions civiques* zugrunde gelegen hatten, gelöst und in das Prinzip der außerparlamentarischen „Selbsthilfe“ überführt. Damit machte sich der französische „Faschismus“ wesentliche Organisationsprinzipien der kommunistischen Bewegung zu eigen, um diese selbst zu treffen. Ihr ideologisches Kontinuum erhielten diese Merkmale durch die drei „faschistischen Negationen“ des Antikommunismus, des Antiliberalismus und des Antikonserwativismus.

Allerdings wiesen „faschistische“ Bewegungen im Frankreich der zwanziger Jahre gerade in ideologischer Hinsicht einige signifikante Unterschiede auf: Gemeinsam war ihnen der Bezug auf den empirisch nicht vorfindbaren Mythos einer in sich geschlossenen und widerspruchsfreien Nation, deren Stärke es gegen innere und äußere „Feinde“ zu entfalten galt. Doch war etwa für die *Jeunes Patriotes* das primäre Motiv die Abwehr und womöglich die Ausmerzungen des Kommunismus. Der ebenso heftige Antikommunismus des *Faisceau* gründete dagegen in einer weitaus grundsätzlicheren Absage an das bürgerlich-liberale 19. Jahrhundert. Beide aus dem Widerspruch gegen das liberale System geboren, so lautete Valois' Doktrin, standen sich Faschismus und Kommunismus in einem entscheidenden Endkampf um das liberale Erbe als „frères ennemis“ gegenüber. Stärker noch als bei den *Jeunes Patriotes* dominierte daher beim *Faisceau* der antiliberaler Affekt, der die Grenzen des traditionellen Konservatismus endgültig transzendierte und auf Systemüberwindung zielte.

Das „faschistische“ Potential, das sich aus dem antikommunistischen Konzept von Notwehr und Ordnung ergab, begegnete auch in Berlin. Nachdem in Preußen das demokratische Gewaltmonopol gegen rechts durch die Auflösung der Freikorps und Einwohnerwehren im Jahre 1920 endgültig durchgesetzt worden war, setzte es sich zunächst in verschiedenen Neugründungen wie der norddeutschen Orgesch und dem „Bund für Freiheit und Ordnung“, schließlich im Stahlhelm fort. Wie auch in Frankreich verband sich damit der Rekurs auf das Prinzip der Selbsthilfe außerhalb der demokratisch-rechtsstaatlichen Organe und Institutionen. Mit ihrer z.T. paramilitäri-

schen Organisation, der antikommunistischen Stoßrichtung und der Agitation gegen eine „schwache“ Regierung glich das Profil dieses faschistischen Potentials über weite Strecken dem der *Jeuneses Patriotes*. Kennzeichnend war eine durchaus offen geäußerte Bewunderung für Mussolini, zugleich aber auch der gegenrevolutionäre Attentismus, der zwar für den „Tag X“ der kommunistischen Erhebung bereitstand, selbst aber nicht aktiv auf revolutionäre Systemüberwindung zielte. Zwar fehlte der Orgesch, dem Stahlhelm ebenso wie den *Jeuneses Patriotes* der für totalitäre Bewegungen so kennzeichnende rücksichtslose Voluntarismus, was sich nicht zuletzt in einer geringeren Bereitschaft zur politischen Gewalt äußerte. Gleichwohl dürfte es gerechtfertigt sein, die genannten Phänomene als eine gegenüber dem italienischen Vorbild abgemilderte Form des Faschismus zu bezeichnen.

Hiervon ist jedoch analytisch streng zu unterscheiden das völkisch-antisemitische Potential, das in Deutschland seit der zweiten Hälfte des Weltkrieges breiten Raum gewann. In Berlin schlug es sich während des Untersuchungszeitraums unter anderem im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, in der Deutschsozialen Partei, der Deutschvölkischen Freiheitspartei und schließlich auch der NSDAP nieder. Zwar überschneidet sich der völkische Rassenantisemitismus auf vielfältige Weise mit den faschistischen Paradigmen, und insbesondere im militanten Antikommunismus besaßen beide Bewegungen einen großen gemeinsamen Nenner. Doch war der Antimarxismus nicht das ursprünglich bewegende Prinzip des völkischen Antisemitismus. Vielmehr repräsentierte der Rassenantisemitismus ein politisch-ideologisches Potential, das auf weitaus früher zurückliegende Wurzeln zurückging und eine Form der kompromißlos-extremistischen Absage an das liberale System des 19. Jahrhunderts darstellte, die speziell in Deutschland und Österreich auf eine hohe Resonanz stieß. Zwar spielte der Antikommunismus seit 1917/18 eine entscheidende Rolle im politischen Selbstverständnis der Völkischen. Doch diente hier die erwähnte Angst vor der bolschewistischen Bedrohung in weitaus stärkerem Maße der sekundären Instrumentalisierung zum Verfolg primärer Ziele. Diese bestanden letztlich in der gewaltsamen Zerstörung der liberalen Demokratie und im Aufbau eines völkischen Staatswesens auf rassistischer Grundlage. In ideologischer Hinsicht war die extreme, völkisch-antisemitische Rechte in Deutschland nach Ende des Ersten Weltkriegs bereits in hohem Maße integriert. Das Erstehen des Kommunismus *bestätigte* lediglich das bereits längst vorgeformte ideologische Freund-Feind-Schema der Völkischen und verstärkte es höchstens. Folglich sprengt der völkische Antisemitismus die Kategorien der Faschismustheorie Ernst Noltes, und vorliegende Arbeit plädiert dafür, ihn grundsätzlich *nicht* als „Faschismus“ zu bezeichnen, sondern als nationalspezifischen Rechtsextremismus *sui generis* zu klassifizieren. Umgekehrt weisen die Ergebnisse der Studie darauf hin, daß es durchaus möglich und sinnvoll ist, an einem allgemeinen „Faschismus“-Begriff festzuhalten. Wie schon das italienische Ursprungsphänomen bezeugt, sind Rassismus und Antisemitismus keine notwendigen Kriterien dieses Gattungsbegriffes. So wie der Begriff in dieser Arbeit entwickelt worden ist, meint Faschismus daher die extrem nationalistischen und paramilitärisch organisierten Bewegungen „unterhalb“ des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus, für die der Antikommunismus der bewegende Impuls gewesen ist. Blieben diese Bewegungen aufgrund ihrer relativen Ideologiearmut gewissermaßen „halbtotalitär“, so machte gerade das Merkmal der geschlossenen Ideologie den Nationalsozialismus zu einer vollausgeprägten totalitären Bewegung.

„Faschistisches“ und völkisch-antisemitisches Potential verbanden sich in Deutschland und der Reichshauptstadt immer dann zu einem explosiven Gemisch, wenn das Konzept von Notwehr und Ordnung unter völkisch-antisemitischem Vorzeichen politisiert und ideologisiert wurde. Während des Untersuchungszeitraums war dies zunächst in der Zeit von 1919 bis 1923/24, später dann im Zeichen des Aufstiegs der NSDAP der Fall. Und in Analogie zu der vergleichenden Analyse des Kommunismus offenbart sich hier ein entscheidender Unterschied zwischen deutschem und französischem Rechtsextremismus. So wie dies beim Kommunismus in Deutschland festzustellen war, tendierte hier auch der Rechtsextremismus nach 1918 zur Verselbständigung des Ideologischen im Sinne einer Freund-Feind-Doktrin. Der völkische Rassenantisemitismus wies dabei insofern ein besonderes ideologisches Profil auf, als er sich – in diesem Punkt dem Marxismus-Leninismus ähnelnd – auf vorgebliche historische „Gesetze“ berief, deren quasi natürliche Wirkung es durch einen forcierten Willensakt zu vollstrecken galt. Politik und Gesellschaft, Geschichte und Gegenwart erhielten damit einen umfassenden Sinnzusammenhang und wurden auf ein neues, „bis in die Metaphysik hinein“ (Martin Drath) fundiertes Wertesystem ausgerichtet. Daraus ergibt sich eine weitere Analogie zur Analyse der kommunistischen Bewegung: Der hohe Ideologierungsgrad des deutschen Rechtsextremismus läßt sich partiell ebenfalls mit der im Vergleich zu Frankreich konstatierbaren Armut an positiv besetzten nationalen Traditionen und Symbolen erklären. Schon im Kaiserreich, der „Großmacht ohne Staatsidee“ (Helmuth Plessner), hatte das gesteigerte Bedürfnis nach ideologischer Geschichtskonstruktion ein entsprechendes Vakuum offenbart. In noch weit höherem Maße mußte sich dies in der mit nationaler Demütigung und Niederlage in Verbindung gebrachten Weimarer Republik bemerkbar machen. Während also die primär attentistische Haltung des französischen „Faschismus“ auch seine relative Ideologiearmut zur Folge hatte, charakterisierte den deutschen völkischen Rechtsextremismus von Beginn an ein auf Vernichtung zielender politischer Voluntarismus und eine hohe ideologische Integration. Relative Autonomie der Ideologie und politischer Voluntarismus bedingten einander und bildeten – wie bei der kommunistischen Bewegung – zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Vorliegende Arbeit argumentiert nun, daß sich daher in Deutschland auch der Rechtsextremismus dem Idealtyp der totalitären Bewegung insgesamt weiter annäherte, als sich dies vom französischen „Faschismus“ sagen läßt. Zwar blieb die organisatorische und parteipolitische Integration des völkischen Rechtsextremismus in Norddeutschland zunächst blockiert. Insbesondere die von der preußischen Staatsregierung konsequent verfolgte Politik, die sich im „System Severing“ niederschlug und die – modern gesprochen – das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ und den „antitotalitären Grundkonsens“ antizipierte, behinderte die Entfaltung rechtstotalitärer Bewegungen erheblich. Faktisch aber bestanden auch in den zwanziger Jahren bereits alle Merkmale, z.T. freilich noch isoliert, die wir als notwendige Kriterien der totalitären Bewegung identifiziert hatten: Neben der bereits hochintegrierten Ideologie existierte eine Reihe von z.T. kurzlebigen Parteigründungen. Die Völkischen verstanden es, umfangreiche Propagandamittel einzusetzen; und das paramilitärische Merkmal existierte zunächst in Form der Freikorps, der Einwohnerwehren, im „Putschismus“ der Kapp, Roßbach u.a. und schließlich im Stahlhelm. Es machte das Erfolgsrezept der NSDAP aus, daß sie es seit Ende der zwanziger Jahre verstand, diese bereits lange zuvor bestehenden Potenzen tatsächlich zu einer totalitären Bewegung „neuen

Typs“ zusammenzuschmieden. Das genuin „faschistische“ Potential, wie es in Berlin im Zeichen von Notwehr und Ordnung seit den Einwohnerwehren fortbestanden hatte, wurde dabei von der NSDAP gleichsam abgeschöpft und im völkisch-antisemitischen Sinne instrumentalisiert. Goebbels' Ende 1926 begonnener „Kampf um Berlin“ war daher ein Doppelpes: im Bemühen, den Kommunismus auf seinem ureigenen Terrain mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, erzielten NSDAP und S.A. im Zeichen von „Notwehr“ und „Ordnung“ eine erhebliche „faschistische“ Mobilisierung, die sich zugleich gegen den demokratischen Rechtsstaat selbst richtete. Diese Mobilisierung überschritt die traditionellen Grenzen, die dem Rechtsextremismus in Berlin bis dahin gesetzt waren. Und doch ging es hierbei bloß um die erste Stufe im Kampf um die Durchsetzung des spezifischen rassistischen Programms, dessen völkisch-antisemitischer Ideologiekern freilich nur von einer Minderheit durchschaut oder gar geteilt wurde.

Schon bis Mitte der zwanziger Jahre, so läßt sich zusammenfassend feststellen, hatte sich in beiden Hauptstädten eine bestimmte Form der totalitären Spannung entwickelt. Diese Spannung entsprang der bipolaren, durch politisches Freund-Feind-Denken gekennzeichneten Tendenz der Epoche, die sich entscheidend aus der Erfahrung des Ersten Weltkriegs speiste. Im Extremfall, namentlich zu Zeiten der innenpolitischen Krise wie 1919/20, 1922/23 in Deutschland und 1924–1926 in Frankreich, nahm sie Züge einer latenten Bürgerkriegsspannung an. Ihre konkrete Ausprägung erhielt diese Bürgerkriegsspannung meist durch die sozio-topographischen Gegebenheiten der hauptstädtischen Regionen: Einer sozial akzentuierten Spannung zwischen bürgerlich-mittelständischem Zentrum in Paris und seiner „banlieue rouge“ entsprach in Berlin ein starker Gegensatz zwischen den Arbeitervierteln des Ostens und dem mittelständischen oder auch großbürgerlich strukturierten Westteil der Stadt.

Bereits zu Zeiten der relativen Stabilisierung seit Mitte der zwanziger Jahre war damit jene Konstellation voll ausgeprägt und latent wirksam, die sich nach Einbruch der Großen Krise in den dreißiger Jahren zur großen Gefahr für die europäischen Demokratien auswuchs. Die in dieser Studie herausgearbeiteten spezifischen Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich bestätigten sich nun unter dramatischen Bedingungen. Die bei den deutschen und insbesondere bei den „linken“ Berliner Kommunisten beobachtete Tendenz zur Verselbständigung des ideologischen Moments verstärkte sich noch durch die „ultralinke“ Wendung der Komintern seit 1928. Die auf dem VI. Weltkongreß der Komintern ausgerufenen „Dritte Periode“ sollte gekennzeichnet sein von verstärkter „kapitalistischer“ Ausbeutung und Rationalisierung, zunehmender Verelendung, einer Verschärfung der „Widersprüche“ und Klassenantagonismen im „Kapitalismus“ und der steigenden Gefahr eines neuen „imperialistischen“ Krieges. Was die wirtschaftlichen Aspekte dieser Prognose betraf, so schienen die deutschen Verhältnisse, die u.a. durch eine überaus dynamische Rationalisierungswelle in der Industrie geprägt waren, geradezu paradigmatischen Wert zu besitzen. Hinzu kam, daß die neue Taktik „Klasse gegen Klasse“, die sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie richtete, in Deutschland und zumal in Berlin auf eine bereits äußerst tiefe ideologische und politisch zementierte Spaltung der Arbeiterbewegung traf. Für die Kommunisten in Berlin besaßen daher die neue Taktik und die in ihr konstitutive „Sozialfaschismus“-These ein hohes Maß an Plausibilität, hatte doch die Sozialdemokratie in Preußen 1929–1932 noch bedeutende politische

Machtpositionen inne. Angetrieben von der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und dem hauptstädtischen Massenelend, erreichte die KPD in Berlin und im Reich während dieses Zeitraums – der durch extreme Ideologisierung geprägt war – ihre größten Erfolge, zumindest was Mitgliederzahlen, Wahlergebnisse und Agitationsintensität betrifft. In Paris dagegen zog die „ultralinke“ Wendung von 1928/29 das genaue Gegenteil nach sich. Gerade die rücksichtslose, zentralistisch durchgesetzte Ideologisierung der kommunistischen Aktion führte den PCF in seiner Hochburg Paris in die völlige Isolierung. 1930 erreichte die Stärke des PCF in der Région Parisienne einen absoluten Tiefstand von 4–5.000 Mitgliedern, und die Partei wurde zunehmend als politische Sekte betrachtet. Aus dem politischen Ghetto der „Dritten Periode“ führten schließlich erst das gleichsam „opportunistische“ Heranrücken an die Sozialisten, die zumindest formale Akzeptanz des republikanisch-demokratischen Staatswesens und die Einbindung in den Konsens der Volksfront, der zugleich die Klassengrenzen transzendierte. Verbunden mit dem allgemeinen politischen Mobilisierungsschub nach dem Regierungswechsel des Jahres 1932 und getragen vom Pathos des „Antifaschismus“ explodierte die Mitgliederzahl des PCF seit 1934 förmlich. Im Namen der Volksfronttaktik in die nationalen revolutionären Traditionen der Republik integriert, wurde der PCF in weiten Bereichen der Pariser Region zur stärksten politischen Kraft und begründete damit seine Position als bedeutendste westliche KP der Nachkriegszeit: Die KPD erzielte ihre größten Erfolge im Zeichen der größten Ideologisierung und als totalitäre Bewegung, der PCF im Zeichen der relativen Entideologisierung in einer Zeit, da er dem Idealtyp der totalitären Bewegung kaum noch entsprach.

Das gleiche Muster begegnet auf der extremen Rechten. Dem totalitären Profil der extremen Linken in Deutschland entsprach der Charakter der NSDAP als rechtstotalitäre Partei „neuen Typs“, die am konsequentesten die bolschewistischen Organisationsprinzipien adaptierte und für die eigenen Zwecke umprägte. Die totalitäre Bürgerkriegsspannung, die sich seit 1919 in Berlin entwickelt hatte, kam nun immer häufiger in Form politischer Gewalttaten zur Entladung. Daß dies freilich keine isolierte, auf Deutschland und die Reichshauptstadt beschränkte Entwicklung darstellte, zeigt der Vergleich mit den Verhältnissen in Paris. Parallel zu der in Frankreich später einsetzenden Wirtschaftskrise, der erneuerten Mitte-Linksregierung im Anschluß an die Wahlen des Jahres 1932 und zur Bildung der Volksfront kam es hier zu einer präzedenzlosen „faschistischen“ Mobilisierung. Ausgehend von der blutig endenden Massendemonstration vom 6. Februar 1934, standen sich Volksfront und „faschistische“ Verbände in zunehmender Polarisierung gegenüber. Politische Gewalt wurde nun auch in der französischen Hauptstadt zur Alltagserfahrung, wenn auch niemals in der gleichen Intensität wie in Berlin während der Jahre 1929–1932. Daß die Bürgerkriegsspannung insgesamt nur in gemäßigter Form entstand, lag zum einen an der Integration der Kommunisten in die Volksfront, was eine zumindest rhetorische Absage an das Ziel des revolutionären Bürgerkriegs bedingte; zum anderen aber verharren auch die dominierenden rechtsextremen Verbände wie *Croix de feu*, *Jeunes Patriotes* und *Parti Populaire Français* überwiegend in jener reaktiven, attentistischen Haltung, die sie schon in den zwanziger Jahren charakterisiert hatte. Wie damals offenbarte der französische „Faschismus“ ein hohes Maß an Ideologiearmut, ganz im Gegensatz zur NSDAP, deren völkisch-antisemitischer Ideologiekern, aller faschistischen „Verkleidung“ zum Trotz, auch vor der Machtergreifung erkennbar blieb. Zwar erlebte auch Paris in den dreißiger Jahren eine neue Welle des militanten Anti-

semitismus, wie er seit der Dreyfus-Affäre nicht gesehen worden war; doch blieb der französische Antisemitismus ein überwiegend publizistisches Phänomen und organisatorisch schwach. Insbesondere verband er sich *nicht* mit den gleichzeitig expandierenden außerparlamentarischen Massenbewegungen faschistischen Charakters. Vielmehr blieb eine Massenbewegung, die sowohl antisemitisch als auch faschistisch im hier beschriebenen Sinn gewesen wäre, der singuläre deutsche Fall.

Mithin werden bei allen erheblichen strukturellen Gemeinsamkeiten, die die Untersuchung des politischen Extremismus in Paris und Berlin zu Tage befördert, doch auch die spezifischen Unterschiede deutlich: Die links- wie rechtsextremistischen Bewegungen waren in Deutschland „extremer“ als in Frankreich; in der gemeineuropäischen „Zeit der Ideologien“ (Bracher) waren sie ideologischer, im gemeineuropäischen, gleichsam sorelianischen Zeitalter der Gewalt waren sie gewaltsamer. Dem Typus der totalitären Bewegung, der aus der gemeineuropäischen, totalitären Signatur der Epoche hervorging, näherten sie sich stärker an. Damit bestätigt sich eine Beobachtung, die 1921 der damalige KPD-Chef Paul Levi machte: „Ich klage nicht [...] um der Haupteslänge wegen, um die vielleicht das deutsche Proletariat [...] dem Proletariat Europas in der revolutionären Entwicklung voraus ist, um die Haupteslänge sind alle Probleme in Deutschland schärfer und zugespitzter.“¹ Im europäischen Zusammenhang von Revolution und Konterrevolution, von Ideologie und Gewalt, von Demokratie und Diktatur trug diese schärfere Zuspitzung der deutschen Probleme entscheidend zum Untergang der Weimarer Republik bei.

¹ SAPMO-BA RY I 3/1–2/12, fol. 22, Funktionärskonferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der VKPD vom 8.2.1921.

Verzeichnis der Abkürzungen

AAU	Allgemeine Arbeiter-Union
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AFG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AdR	Akten der Reichskanzlei
ADV	Alldeutscher Verband
A.F.	Action Française
A.F.J.G.	Antifaschistische Junge Garden
AIRM	Archives de l'Institut des Recherches Marxistes
AN	Archives Nationales, Paris
APP	Archives de la Préfecture de Police
A.R.A.C.	Association Républicaine des Anciens Combattants
BAK	Bundesarchiv Koblenz
B.A.S.F.	Badische Anilin und Soda Fabrik
BAP	Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam
BayHStA IV	Bayerisches Hauptstaatsarchiv IV (Kriegsarchiv)
BJJA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BMO	Bulletin Municipal Officiel
C.D.S.	Comités de Défense syndicaliste
C.G.T.	Confédération Générale du Travail
C.G.T.U.	Confédération Générale du Travail Unitaire
C.R.R.I	Comité pour la Reprise des Relations Internationales
C.S.A.R.	Comité secret d'action révolutionnaire
C.S.R.	Comités Syndicalistes Révolutionnaires
C.U.P.	Comités d'Unité Proletarienne
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIIV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DSTB	Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
E.V.P.	Equipes Volantes de Propagande
F.N.C.	Fédération Nationale Catholique
FAUD	Freie Arbeiter-Union Deutschlands
FVdG	Freier Verband deutscher Gewerkschaften
G.D.A.	Groupes de Défense Antifasciste
GStAPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
HJ	Hitlerjugend
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
J.G.A.	Jeunes Gardes Antifascistes
J.P.	Jeunesses Patriotes
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands

KgF	Kampfbund gegen den Faschismus
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
K.O.	Kommunistische Kampforganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
L.I.C.A.	Ligue Internationale contre l'Antisémitisme
L.KPB	Landeskriminalpolizeiamt Berlin
M.O.E.	Main d'œuvre étrangère
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
MZ	Metallarbeiter-Zeitung
NEP	Neue Ökonomische Politik
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
O.D.	Ordnerdienst
Orgesch	Organisation Escherich
OS	Ouvrier Spécialisé
PCF	Parti Communiste Français
P.F.N.C.	Parti Français National-Communiste
P.N.P.	Parti National Populaire
P.P.F.	Parti Populaire Français
P.S.F.	Parti Social Français
RAM	Reichsarbeitsministerium
RB	Reichsbanner
RF	Die Rote Fahne
RFB	Rotfrontkämpferbund
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
R.I.S.S.	Revue Internationale des Sociétés Secrètes
RJ	Roter Jungsturm
RJM	Reichsjustizministerium
RKO	Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
RMI	Reichsministerium des Inneren
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
S.D.I.	Service départemental d'informations
S.F.I.C.	Section Française de l'Internationale Communiste
S.F.I.O.	Section Française de l'Internationale Ouvrière
S.A.	Sturm-Abteilungen
SAPMO-BA	Stiftung der Partei- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StAB	Staatsarchiv Bremen
TN	Technische Nothilfe
U.N.C.	Union Nationale des Combattants
U.S.S.	Union des Syndicats de la Seine
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VBMI	Verband Berliner Metallindustrieller
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
ZAG	Zentralarbeitsgemeinschaft
ZK	Zentralkomitee

Quellen

Ungedruckte Quellen

Archives Nationales Paris

Série BB¹⁸: Ministère de la Justice
Série F7: Police Générale
Série F12: Commerce et industrie
Série F22: Travail et sécurité sociale
Série F60: Président du Conseil
Série AP (Archives Privées):
56 AP: Papiers Revilliod
317 AP: Papiers Marin
324 AP: Papiers Tardieu
451 AP: Papiers de la Rocque
470 AP: Papiers Millerand

Archives de la Préfecture de Police, Paris

Série Ba
Série 79.501 (alte Signatur)

Archives de l'Institut des recherches marxistes, Paris

Mikrofilme: Berichte des PCI¹ an die Kommunistische Internationale

Archives des Paris (ehem. Archives du vieux Département de la Seine)

Série D.1M²
Série D.3M²

Bundesarchiv Koblenz

R 134 Reichskommissar für Überwachung der Öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern. Lageberichte (1920–1929) und Meldungen (1929–1933), Mikrofiche-Ausgabe

Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (jetzt Berlin)

Bestand:

RMI Reichsministerium des Innern
RJM Reichsjustizministerium
RAM Reichsarbeitsministerium
RKO Reichskommissar für Überwachung der Öffentlichen Ordnung
Reichskanzlei

Archiv Stiftung der Partei- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin

Bestand RY 1: Zentrales Parteiarchiv, Historisches Archiv der KPD

Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin

Rep. 77: Preussisches Ministerium des Innern
Rep. 120: Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe
Rep. 191: Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrt in Preußen

Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam

Rep. 30 Berlin C: Akten des Polizeipräsidiiums Berlin

Rep. 2A Reg. Potsdam: Akten der Regierung Potsdam

Staatsarchiv Bremen¹

Serie 4,65/1675/276: Nachrichtenstelle der Polizeidirektion, Politische Berichte, Polizeipräsidium, Abt. IA Berlin

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München Abt. IV (Kriegsarchiv)

Bestand Einwohnerwehren, Bd. 5

Staatsarchiv München¹

Pol. Dir. München 6759

Institut für Zeitgeschichte München, Archiv

Fa 30 MA 616

Fa 88 ZG e 090

MA 131 Zs 128

MA 155

Gedruckte Quellen

a) Amtliche Mitteilungen, offizielle periodische Veröffentlichungen etc.

Annuaire Statistique de la Ville de Paris

Bulletin du Ministère du Travail

Bulletin Municipal Officiel de la Ville de Paris

Ministerialblatt für die Preußische Innere Verwaltung

Office du Travail (Hrsg.), Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage

Journal Officiel de la République française: Débats parlementaires, Chambre des Députés

Journal Officiel de la République française: Débats parlementaires, Sénat

Journal Officiel, Débats parlementaires, Chambre des Députés, Rapport fait au nom de la Commission d'enquête chargée de rechercher les causes et les origines des événements du 6 février 1934, Annexes Bd. I-III

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger

Reichs-Gesetzblatt

Statistique Générale de la France: Résultats statistiques du recensement général de la population

effectué le 4 mars 1906, Bd. II, Paris 1909

effectué le 6 mars 1921, Bd. II, Paris 1925

effectué le 7 mars 1926, Bd. III, Paris 1930

effectué le 8 mars 1931, Bd. II, Paris 1935

effectué le 8 mars 1936, Bd. II, Paris 1941

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1917, 1918 und 1919

(Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 200), Berlin 1920

Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung, Stenographische Berichte

Verhandlungen der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Stenographische Berichte, 1919/1920

Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte

¹ Für die Überlassung von Kopien aus dem genannten Bestand danke ich meinen Kollegen Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit

b) Berichte, Verhandlungsprotokolle etc.

- L'Action communiste et la crise du parti. Rapport du Secrétariat National présenté au 2e Congrès du PC, Paris 1922
- Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, hrsg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna, Berlin 1993
- Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Oktober 1921 bis Dezember 1922, Berlin 1923
- Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom Januar bis September 1923, Berlin 1923
- Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1923 bis 29. Februar 1924, Berlin 1924
- Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. März 1924 bis 15. September 1924, Berlin 1924
- Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1924 bis 1. Mai 1925, Berlin 1925
- Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, o.O. o.J.
- Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, o.O. o.J.
- Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, o.O. o.J.
- Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin, Berlin 1921
- Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921
- Bericht über die Verhandlungen des II. (7.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922
- Bericht über den III. (8.) Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923
- Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924
- Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927
- Confédération Générale du Travail, 14^e Congrès Confédéral Lyon 15 au 21 Septembre 1919, Villeneuve-Saint-Georges 1919
- Confédération Générale du Travail Unitaire, 1er Congrès National Saint-Etienne, 25.6.–1.7.1922, Paris 1922
- Confédération Générale du Travail Unitaire, Congrès National extraordinaire, 2e Congrès de la C.G.T.U., tenu à Bourges (12–17 Novembre 1923), Paris 1923
- Confédération Générale du Travail Unitaire, Congrès National ordinaire, 3e Congrès de la C.G.T.U., Paris, 26 au 31 Août 1925, Paris 1925
- Le Congrès de Tours (18^e Congrès national du Parti socialiste). Texte intégral, hrsg. v. Jean Charles u.a., Paris 1980
- Fédération des ouvriers en métaux et similaires de France. Congrès extraordinaire (10.–13.9.1919), Paris 1919
- Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. von Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969
- Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Berlin 16. bis 21. Dezember 1918. Stenographische Berichte, Berlin 1919 (Nachdruck Berlin 1973)
- Parti Communiste Français, Congrès National de Paris (15–18 Octobre 1922). Rapport moral du secrétariat général, Paris 1922

- Parti Communiste Français, 3^e Congrès National, tenu à Lyon (20–23 Janvier 1924). Adresses & Résolutions, Paris 1924
- Parti Communiste Français, 4^e Congrès National tenu à Clichy (Seine), 17.–21.1.1925, 5 Bde. (vervielfältigtes Manuskript (B.N. 4–J.b57–18608 (IV, 1–5)))
- Parti Communiste Français, Fédération de la Seine, Congrès fédéral administratif (17.7.1921). Rapport moral du Secrétaire, Paris 1921
- Parti Communiste, Région Parisienne, Rapport d'organisation pour la conférence de la Région Parisienne des 26, 27 et 28 Février 1932, Paris 1932
- Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (Moskau 21. März – 6. April 1925), Hamburg 1925
- Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, 17. Februar – 15. März 1926, Hamburg u. Berlin 1926
- Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin-Wedding, 9.–16.6.1929, Berlin 1929 (ND 1972)
- Protokoll des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921
- Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale (5. November bis 5. Dezember 1922), Hamburg 1923
- Protokoll des Fünften Kongresses der Kommunistischen Internationale (17. Juni bis 8. Juli 1924), 2 Bde. Hamburg 1925
- Protokoll des Sechsten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Juli – September 1928, 3 Bde., Hamburg u. Berlin 1928
- Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919, bearb. v. Eberhard Kolb und Reinhard Rürup (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1), Leiden 1968

c) Zeitungen und Periodika

- Der Abend
 L'Action Française
 L'Ami du Peuple
 Der Angriff
 Der Arbeiter-Rat
 L'Atelier
 Aux Ecoutes
 L'Avenir
 La Bataille
 Berliner Börsenzeitung
 Berliner Lokalanzeiger
 Berliner Tageblatt
 Le Bloc Anti-révolutionnaire
 Bulletin Communiste
 Cahiers du Bolchevisme
 Clarté
 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
 La Croix
 Les Débats
 Das Deutsche Tagblatt
 Deutsche Zeitung
 L'Echo de Paris
 L'Éclair
 L'Égalité
 L'Émancipation Nationale
 L'Ère Nouvelle

Le Figaro
 La France Libre
 Frankfurter Zeitung
 Die Freiheit
 Der Funke (hrsg. von der Bezirksleitung der KPD. Berlin Brandenburg)
 Le Gaulois
 Gringoire
 L'Humanité
 Die Kommunistische Internationale
 Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
 L'Illustration
 L'Internationale
 Internationale Presse-Korrespondenz
 L'Intransigeant
 Je suis partout
 Journal du Louvre
 Journal du Peuple
 Der Jungdeutsche
 La Lanterne
 Le Libéraire
 La Liberté
 Le Matin
 Metallarbeiter-Zeitung
 Der Montag
 Neue Preußische Zeitung
 Le Nouveau Siècle
 L'Œuvre
 La Paix Sociale
 Paris-1^{er} Arrondissement
 Le Pays réel
 Le Peuple
 Le Populaire
 Le Progrès Civique
 Die Räder
 Le Rappel
 La Réforme Sociale
 La Renaissance politique, littéraire, artistique
 Le Réveil du Palais-Royal
 Le Réveil du Peuple
 Revue de Paris
 Revue Internationale des Sociétés Secrètes
 Revue Universelle
 Revue des Vivants
 Die Rote Fahne
 Der Syndikalist
 Der Tag
 Taktik und Organisation (Beilage zur Roten Fahne, hrsg. von der Bezirksleitung der KPD.
 Berlin Brandenburg)
 Le Télégramme du Nord
 Le Travail Humain
 Le Travailleur parisien. Bulletin de l'Union des Syndicats
 Confédérés du département de la Seine

L'U.N.C. de Paris

La Vague rouge

La Vérité

La Victoire

La Vie ouvrière

Völkischer Beobachter

Vorwärts

Vossische Zeitung

Die Weltbühne

d) Sonstige Editionen, Memoiren, zeitgenössische Schriften etc.

Abendroth, Wolfgang, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt/M. 1976

Agathon [i.e. Henri Massis u. Alfred de Tarde], Les jeunes gens d'aujourd'hui. Le goût de l'action, la foi patriotique – une renaissance catholique, le réalisme politique, 3. Aufl. Paris 1913

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. v. Hagen Schulze, Boppard a. Rhein 1971

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Hans Booms, Das Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearb. v. Anton Golecki, Boppard a. Rhein 1980

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, Das Kabinett Müller I, 27. März bis 21. Juni 1920, bearb. v. Martin Vogt, Boppard a. Rhein 1971

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, Das Kabinett Fehrenbach, 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921, bearb. von Peter Wulf, Boppard a. Rhein 1972

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Hans Booms, Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 22. November 1922, 2 Bde., bearbeitet von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard a. Rh. 1973

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Wolfgang Mommsen, Das Kabinett Cuno, 22. November 1922 bis 12. August 1923, bearb. v. Karl-Heinz Harbeck, Boppard a. Rhein 1968

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Hans Booms, Die Kabinette Stresemann I u. II, 13. August bis 6. Oktober 1923; 6. Oktober bis 30. November 1923, 2 Bde., bearb. von Karl Dietrich Erdmann u. Martin Vogt, Boppard a. Rhein 1978

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann u. Hans Booms, Die Kabinette Luther I und II. 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926; 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926, 2 Bde., bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1977

Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. v. Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin (Ost) 1965

Archives communistes. Février 1934–Juin 1934, choisies et présentées par Danielle Tartakowsky, in: Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes 18 (1984), S. 25–83

Aubert, Théodore, Une forme de défense sociale. Les Unions Civiques, Paris 1921

Aymard, Camille, Bolchevisme ou fascisme? Français, il faut choisir, Paris 1925

Bade, Wilfrid, Die S.A. Robert Berlin, München 1933

Barbusse, Henri, Paroles d'un combattant, Paris 1928

Bardoux, Jacques, Les Soviets contre la France, Paris 1936

Barthélemy, Victor, Du communisme au fascisme. L'histoire d'un engagement politique, Paris 1978

Batault, Georges, Israël contre les nations, Paris 1939

- Berl, Emmanuel, *Frère bourgeois, mourez-vous? Ding! Ding! Dong!*, Paris 1938
- Bernstein, Édouard, *Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk*, Bd. I, Berlin 1921 (mehr nicht erschienen)
- Berth, Édouard, *Guerre des états ou guerre des classes*, Paris 1924
- Blanc, Édouard, *La Ceinture rouge. Enquête sur la situation politique, morale et sociale de la banlieue de Paris*, Paris 1927
- Bodin, Louise, *Le Drame politique du Congrès de Paris (15–19 Octobre 1922)*, Paris 1922
- Body, Marcel, *Les groupes communistes français de Russie 1918–1921*, Paris 1988
- Böttcher, Alfred, *Der Sieg des völkischen Gedankens, eine naturgesetzliche Entwicklung*, Leipzig 1926
- Bonnet, Marguerite (Hrsg.), *Vers l'action politique. De La Révolution d'abord et toujours!* (juillet 1925) au projet de *La Guerre civile* (avril 1926) (Archives du surréalisme 2), Paris 1988
- Bonnevay, Laurent, *Les journées sanglantes de février 1934*, Paris 1935
- Brady, Robert A., *The Rationalization Movement in German Industry. A Study in the Evolution of Economic Planning*, Berkeley/Calif. 1933
- Brandt, Heinz, *Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West*, München 1967
- Brasillach, Robert, *Notre avant-guerre*, Neudruck Paris 1992
- Brigl-Matthias, Kurt, *Das Betriebsräteproblem*, Berlin u. Leipzig 1926 [ND 1978]
- Broszat, Martin, *Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 8 (1960), S. 85–118
- Buber-Neumann, Margarete, *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*, Stuttgart 1957
- Bucharin, Nicolai, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Wien u. Berlin 1929
- de la Cambre-Mialet, A.J.S.-M., *Français, vous êtes trahis! Le rôle des Juifs et de la Franc-Maçonnerie dans la politique contemporaine*, Paris 1938
- Caro, Kurt u. Oehme, Walter, *Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution*, Berlin 1933
- Céline (= Destouches), Louis-Ferdinand, *Bagatelles pour un massacre*, Paris 1937
- Céline (= Destouches), Louis-Ferdinand, *L'école des cadavres*, Paris 1938
- Cheronnet, Louis, *Paris extra muros*, Paris 1929
- Chiappe, Jean, *Paroles d'ordre*, Paris 1930
- Degras, Jane (Hrsg.), *The Communist International 1919–1943. Documents*, 3 Bde., Oxford 1956/1960
- Delevsky, J., *Antagonismes sociaux, antagonismes prolétariens*, Paris 1924
- Demangeon, Albert, *Paris, la Ville et sa Banlieue*, 3. Aufl. Paris 1939
- Deschamps, Germaine, *La Crise dans les industries du vêtement et de la mode à Paris pendant la période de 1930 à 1937*, Paris 1938
- Das Deutschvölkische Jahrbuch von 1921*, Weimar 1921
- Der DMV im Jahr 1920. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder*, Stuttgart 1921
- Der DMV im Jahre 1919. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder*, Stuttgart 1920
- Documents sur le front unique ouvrier et le PCF (1921–1922)*, hrsg. v. Centre d'Etudes et de Recherches sur les Mouvements Trotskyste et Révolutionnaires internationaux, Paris 1991
- Dokumente aus geheimen Archiven*, Bd. 4: 1914–1918. *Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918*, bearb. von Ingo Materna u. Hans-Joachim Schreckenbach, Weimar 1987
- Dokumente der Weltrevolution*, Bd. 3: *Die Linke gegen die Parteiherrschaft*, hrsg. v. Frits Kool, Olten 1970
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Reihe II: 1914–1945, Bd. 2: November 1917 – Dezember 1918, Berlin (Ost) 1957; Bd. 3: Januar 1919–Mai 1919, Berlin (Ost) 1958

- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. VII: Februar 1919 – Dezember 1923, 2 Teilbände, Berlin (Ost) 1966
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII (Januar 1924–Oktober 1929), Berlin (Ost) 1975
- Domarus, Max (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 1, Würzburg 1962
- Drage, Charles, Als Hitler nach Canossa ging, Berlin 1982 (zuerst engl. 1958)
- Drieu La Rochelle, Pierre, Avec Doriot, Paris 1937
- Dubreuil, Hyacinthe, La République industrielle, Paris 1913
- Duclos, Jacques, Mémoires Bd. I: 1896–1931, Paris 1968
- Durkheim, Émile, Journal sociologique, hrsg. v. Jean Duvignaud, Paris 1969
- Ehrt, Adolf, Bewaffneter Aufstand. Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution, Berlin u. Leipzig 1933
- Engelbrechten, Julek K. von, Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München u. Berlin 1937
- Entstehung und Verlauf der März-Unruhen in Berlin im Jahre 1919, Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung 1919–1921, Drucksachen Bd. 15, Drucksache 4121 D
- „Die Ergebnisse der Maiuntersuchung“, in: Die Menschenrechte 4 (1929), Nr. 9/10, 1.10.1929, S. 1–13
- Est-ce que je deviens antisémite?, Paris 1938
- Face au Front Populaire. Pour le pain, la paix, la liberté. Rassemblement, Paris 1937
- Face au Front Populaire. Contre la Guerre, Paris 1937
- Federn, Paul, Zur Psychologie der Revolution: Die vaterlose Gesellschaft, Leipzig u. Wien 1919
- Fender, Émile François Xavier, La crise du bâtiment dans la région parisienne, Paris 1935
- Ferrandi, Jean, Paris devant les événements actuels, conférence, 29.11.1934, Paris 1934
- Feuchtwanger, Franz, Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928–1935. Erinnerungen, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 17 (1981), S. 485–533
- Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus, 2 Bde. Berlin 1991 (zuerst 1948)
- Flatow, Georg, Kommentar zum Betriebsrätegesetz, 12. Aufl. Berlin 1928
- Frossard, Ludovic Oscar, De Jaurès à Lénine, Paris 1930
- Gabel, Käthe, Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, in: Die Hilfe 36 (1930), S. 1123–1127
- Geiger, Theodor, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932
- Geiger, Theodor, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit, Jg. 1930, Heft 10, S. 637–654
- Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, hrsg. v. Hermann Weber (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 6), Düsseldorf 1981
- Glatzer, Dieter u. Ruth, Berliner Leben 1914–1918. Eine historische Reportage aus Erinnerungen und Berichten, Berlin (Ost) 1983
- Goebbels, Joseph, Kampf um Berlin, 23. Aufl. München 1943
- Goebbels, Joseph, Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. Ilke Fröhlich, Teil I, Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 1: 27.6.1924–31.12.1930, München u.a. 1987
- [Goebbels, Joseph], Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1), hrsg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1962
- Gonnard, René, La femme dans l'industrie, Paris 1906
- Gontier, René, Vers un racisme français, Paris 1939
- Grote, Hans Henning, Deutschlands Erwachen. Das Buch vom Niedergang und Aufstieg des deutschen Volkes 1918–1933, Essen 1933
- Gumbel, Emil Julius, Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922
- Hagel, Charles, Le péril juif, Alger 1934
- Halévy, Daniel, Décadence de la liberté, Paris 1931

- Helsey, Édouard, *Sommes-nous en Révolution? Notes et Souvenirs sur l'Affaire de la Rue Darnémont*, Paris 1925
- Hérel, Georges, *Le chômage en France. Étude de la législation sociale*, Paris 1932
- Hitler. *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hrsg. v. Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 21), Stuttgart 1980
- Hitler, Adolf, *Mein Kampf*, 317. Aufl., München 1938
- Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. II, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, hrsg. u. kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992
- Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–September 1930, Teil 1: Juli 1928–Februar 1929, hrsg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München 1994
- Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September 1930, Teil 2: März 1929–Dezember 1929, hrsg. u. kommentiert v. Klaus Lankheit, München 1994
- Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September 1930, Teil 3: Januar 1930–September 1930, hrsg. u. kommentiert v. Christian Hartmann, München 1995
- Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 1: Oktober 1930–Juni 1931, hrsg. u. kommentiert von Constantin Goschler, München 1994
- Hitler. Reden, Schriften, Aufzeichnungen Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 2: Juli 1931–Dezember 1931, hrsg. u. kommentiert von Christian Hartmann, München 1996
- Humbert-Droz, Jules, *De Lénine à Staline. Dix ans au service de l'Internationale Communiste 1921–1931* (= *Mémoires de Jules Humbert-Droz* 2), Neuchâtel 1971
- Interference by the Comintern in the Affairs of the French Communist Party (1921–1923), in: Milorad M. Drachkovitch u. Branko Lazitch (Hrsg.), *The Comintern: Historical Highlights. Essays, Recollections, Documents*, New York 1966, S. 311–360
- Jahoda, Marie, Lazarsfeld, Paul u. Zeisel, Hans, *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit*, 4. Aufl. Frankfurt/M. 1982 (zuerst 1933)
- Jasper, Gotthard, *Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S. 430–453.
- Jochmann, Werner, (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg 3)*, Frankfurt/M. 1963
- Jouhaux, Léon, *Sur les conditions de travail pendant la guerre et les prévisions de paix*, Paris 1919
- de Jouvenel, Bertrand, *Le réveil de l'Europe*, Paris 1938
- Kaber, Ernst, *Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit*, Berlin 1921
- Kessel, Hans von, *Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918–1920*, Berlin 1933
- Klatzmann, Joseph, *Le travail à domicile dans l'industrie parisienne du vêtement*, Paris 1957
- Komintern und revolutionäre Partei. Die Kommunistische Internationale über die revolutionäre Partei und die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse. Auswahl von Dokumenten und Materialien 1919–1943, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1986

- Kracauer, Siegfried, Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland, Frankfurt/M. 1971 (zuerst 1929/30)
- Lademacher, Horst (Hrsg.), Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Bd. I, Den Haag 1967
- Langer, Alfred, Der Weg zum Sieg. Eine theoretische Erörterung über Marxismus und Aufstand, Zürich 1927, zweite Aufl. 1931
- Le Communisme au service de la finance internationale, Paris 1937
- Le Communisme contre la chrétienté. La Chrétienté contre le communisme. Etudes et conférences faites aux Congrès de „La Cause“, Paris 5.–7.12.1936; Metz 19.–21.3.1937, Larrière-sous-Poissy 1937
- Le Communisme est juif!, in: Le Documentaire illustré vom 1.1.1939
- Le complot communo-socialiste. L'insurrection armée dans „unité d'action“, Paris 1935
- Lenin, Wladimir Iljitsch, Werke, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bände 1, 5, 22, 23, 25, 26, 28, Berlin (Ost) 1972–1976
- Letellier, Gabrielle, Perret Jean, Zuber, H.E., Dauphin-Meunier, A., Enquête sur le chômage, Bd. I: Le chômage en France de 1930 à 1936, Paris 1938
- Letellier, G., Le travail féminin à Paris, in Bulletin du Ministère du Travail, Octobre-décembre 1925
- Levavasseur, J., La question de l'apprentissage dans la couture, Paris 1912
- Lhande, Pierre, Le Christ dans la banlieue, Paris 1927
- Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften Bd. IX, Berlin (Ost) 1968
- Littmann, Arnold, Herbert Norkus und die Hitlerjungen vom Beusselkiez, Berlin 1934
- Losowsky, A., Vertrusting, Rationalisierung und unsere Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung, Moskau u. Berlin 1927
- Maercker, Georg, Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landesjägerkorps. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, 3. Aufl. Leipzig 1922
- Mannheim, Karl, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahresshefte für Soziologie 7 (1928), S. 157–185
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) 1959, S. 461–493
- Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und Vorworten von August Bebel und Richard Fischer, Berlin 1925
- Maschke, Walter, Jugend ohne Beschäftigung und ohne Ausbildungsmöglichkeit, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 246–251
- Massoutié, Louis, Judaïsme et marxisme, 2. Aufl. Paris 1939
- Mathiez, Albert, Bolchevisme et Jacobinisme, Paris 1920
- Maurras, Charles, Mes idées politiques, Paris 1937
- Merrheim, Alphonse, La révolution économique, Paris 1919
- Mewes, Bernhard, Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, in: Das Junge Deutschland 25 (1931), S. 553–558
- Mewes, Bernhard, Die erwerbstätige Jugend. Eine statistische Untersuchung, Berlin u. Leipzig 1929
- Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933, Köln 1979
- Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der 2. Aufl. von 1925, Stuttgart 1957
- Milès, Pierre, Voici la cause de nos maux: la juiverie, Paris [1938]
- Moch, Charles, Socialisme et rationalisation, Brüssel 1927
- Monatte, Pierre, Trois scissions syndicales, Paris 1958
- Monmousseau, Gaston, La Dictature du Proletariat, Paris 1922

- Monmousseau, Gaston, *Le contrôle syndical et les comités d'usines*, Paris 1922
- Monmousseau, Gaston, *Le Syndicalisme devant la Révolution*, Paris 1922
- Montagon, Barthélemy, Marquet, Adrien u. Déat, Marcel, *Néo-Socialisme? Ordre – autorité – nation*, Paris 1933
- Muchow, Reinhard, *Was wollen die Nationalsozialisten in den Betrieben?*, München o.J.
- Müller, Hermann, *Die Novemberrevolution. Erinnerungen*, Berlin 1928
- Müller, Richard, *Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik*, Berlin 1925
- Müller, Richard, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Wien 1924
- Naphtali, Fritz, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928, Nachdruck Frankfurt/M. 1966
- Nationalsozialistische Feierstunden. Ein Hilfsbuch für Parteistellen, SA, SS, HJ, NSBO, verfaßt und zusammengestellt von F.H. Woweries, Mühlhausen (Thüringen) 1932
- Neuberg, A., *Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung*, Zürich 1928 (ND Frankfurt/M. 1971)
- Neuberg, A., *L'insurrection armée*, Paris 1931
- Nietzsche, Friedrich, *Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben*, in: Ders., *Sämtliche Werke*, hrsg. v. Giorgio Colli u. Mazzino Montinari, Bd. 1, Berlin 1967, S. 245–324
- Noske, Gustav, *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1920
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von, *Die deutschen Freikorps 1918–1923*, München 1936
- Origines et débuts des partis communistes des pays latins 1919–1923 (*Archives de Jules Humbert-Droz 1*), hrsg. v. Siegfried Bahne, Dordrecht 1970
- Pantel, Gerhard, *Befehl Deutschland. Ein Tagebuch vom Kampf um Berlin*, München 1936
- Partei-Statistik, hrsg. v. Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1935
- Picard, Roger, *Le mouvement syndical durant la guerre*, Paris 1927
- Pirker, Theo (Hrsg.), *Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus*, Stuttgart 1965
- Pjanitzki, Ossip, *Brennende Fragen. Die Arbeit unter den Arbeitslosen, Partei- und Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, die Fluktuation im Mitgliederbestand*, Hamburg u. Berlin 1931
- de Poncins, Léon, *La mystérieuse internationale juive*, Paris 1936
- Popelin, Claude, *Arènes politiques*, Paris 1974
- Prager, Eugen, *Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 1921
- Pucheu, Pierre, *Ma vie. Notes écrites à Ksar-es-Souk, à la prison civile de Meknès et à la prison militaire d'Alger*, Paris 1948
- Pujo, Maurice, *Les Camelots du roi*, Paris 1933
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hermann Weber, Klaus Schönhoven u. Klaus Tenfelde, Bd. 2: *Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923*, bearb. v. Michael Ruck, Köln 1985
- Racine, Nicole u. Bodin, Louis (Hrsg.), *Le Parti Communiste Français pendant l'entre-deux-guerres*, Paris 1982
- Rappoport, Charles, *Une vie révolutionnaire 1883–1940*, hrsg. v. Harvey Goldberg u. Georges Haupt, Paris 1991
- Rapport du Secrétariat du Parti Français au Comité exécutif élargi, 1.6.1923, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez n.s. Nr. 6 (1974)*, S. 217–238
- Rebatet, Lucien, *Les décombres*, 2. Aufl. Paris 1976
- Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*, bearb. von Susanne Miller u. Heinrich Potthoff, 2 Bde. (*Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 6/I-II*), Düsseldorf 1969
- Retzlaw, Karl, *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt/M. 1971
- Reventlow, Ernst Graf zu, *Der Weg zum neuen Deutschland. Der Wiederaufstieg des deutschen Volkes*, dritte Aufl. Essen 1933

- Richtlinien für die Aufstellung einer Einwohnerwehr (Juni 1919), hrsg. von der Zentralstelle für Einwohnerwehren beim Reichswehrminister unter Berücksichtigung der in Berlin gesammelten Erfahrungen, Berlin 1919
- Ritter, Gerhard A. u. Miller, Susanne (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1983
- Robert, Jean-Louis, Le Parti communiste en 1923: Rapport du Secrétariat du Parti français au Comité exécutif élargi de l'I.C. (Mai-Juin 1923), in: Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez n.s. Nr. 6 (1974), S. 217–238
- Roche, Karl, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, Berlin 1919
- Rocker, Rudolf, Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten, hrsg. v. Magdalena Melnikow und Hans Peter Duerr, Frankfurt 1974
- de la Rocque, François, Service public, Paris 1934
- Roegels, Fritz Carl, Der Marsch auf Berlin, Berlin 1932
- Rosenberg, Alfred, Kampf um die Macht. Aufsätze von 1921–1932, 7. Aufl. München 1939
- Rosmer, Alfred, Moscou sous Lénine. Les origines du communisme, Paris 1953
- Runkel, Friedrich, Die deutsche Revolution. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Leipzig 1919
- Salomon, Ernst von, Die Gestalt des deutschen Freikorpskämpfers, in: Ders. (Hrsg.), Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938
- Salomon-Koechlin, Louis, Le temps de la raison, Paris 1939
- Schmidt, Erich R., Meine Jugend in Groß-Berlin. Triumph und Elend der Arbeiterbewegung 1918–1933, Bremen 1988
- Schmitt, Carl, Der Begriff des Politischen, dritte Auflage der Ausgabe von 1963, Berlin 1991
- Schmitt, Carl, Ex Captivitate Salus. Erfahrungen der Zeit 1945/47, Köln 1950
- Schneider, Dieter M. (Hrsg.), Pariser Kommune 1871 II: Texte von Marx, Engels, Lenin und Trotzki, Reinbek 1971
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender
- Siemering, Hertha, Deutschlands Jugend in Bevölkerung und Wirtschaft. Eine statistische Untersuchung, Berlin 1937
- Sorel, Georges, Réflexions sur la violence [La Bibliothèque du xx^e siècle], Paris 1990
- Souvarine, Boris, Autour du Congrès de Tours, Paris 1981
- Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, von Gerd Hoyer, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975
- Spartakusbriege, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1958
- Stadtler, Eduard, Als Antibolschewist 1918–1919, Düsseldorf o.D. [1935]
- Stadtler, Eduard, Die Weltkriegsrevolution. Vorträge von E. Stadtler, Leipzig 1920
- Staeven-Ordemann, Gertrud, Menschen der Unordnung. Die proletarische Wirklichkeit im Arbeitsschicksal der proletarischen Großstadtjugend, Berlin 1933
- Stamper, Friedrich, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, dritte Aufl. Hamburg 1952
- Starcke, Gerhard, NSBO und Deutsche Arbeitsfront, Berlin 1934
- Stelzner, Fritz, Schicksal SA. Die Deutung eines großen Geschehens von einem, der es selbst erlebte, München 1936
- Stephan, Cora (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904–1940, Stuttgart 1982
- Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz, hrsg. v. Reinhard Frank, 18. Aufl. Tübingen 1931
- Ströbel, Heinrich, Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin o.J. [1920]
- Syndicalisme révolutionnaire et communisme. Les archives de Pierre Monatte, hrsg. v. Jean Maitron u. Colette Chambelland, Paris 1968

- Syndicat Général de ouvriers Terrassiers, Puisatiers-Mineurs, Tubistes, Poseurs de rails et Parties similaires du département de la Seine, A nos adhérents. Rapport moral et financier du 1^{er} Août 1914 au 1^{er} Janvier 1918, Paris 1918
- Taittinger, Pierre, Les cahiers de la jeune France, Paris 1926
- Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (24. Februar bis 4. März 1922), Hamburg 1922
- Thèses, manifestes et résolutions adoptés par les I^{er}, II^e, III^e et VI^e Congrès de l'Internationale Communiste (1919–1923). Textes complets, Paris 1934
- Thorez, Maurice, l'Élu du Peuple, 3. Aufl. 1960
- Thorez, Maurice, Œuvres, Livre III, tome 14 (mars-décembre 1937), Paris 1955
- Thorez, Maurice, Œuvres, Livre IV, tome 18 (avril-août 1939), Paris 1958
- Thorez, Maurice, Par l'unité d'action nous vaincrons le fascisme! Rapport du CC à la Conférence Nationale du P.C. (Ivry, les 22, 24, 25 et 26 Juin 1934), Paris 1934
- Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befehl... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969
- Ulmann, André, Le quatrième pouvoir. Police, Paris 1935
- Un an d'action communiste. Rapport du Secrétariat Général, Courbevoie 1921
- Valdour, Jacques, Le désordre ouvrier. La Révolution en marche. Esquisse d'une psychologie ouvrière, Paris 1937
- Valdour, Jacques, Sous la griffe de Moscou, Paris 1929
- Vallery-Radot, Robert, Les furieux de la paix, Paris 1936
- Vallery-Radot, Robert, Israël et nous, Paris 1940
- Valois, Georges, L'économie nouvelle, Paris 1919
- Valois, Georges, L'homme contre l'argent. Souvenirs de dix ans, 1918–1928, Paris 1928
- Valois, Georges, L'homme qui vient. Philosophie de l'autorité. Édition définitive augmentée d'une préface nouvelle, Paris 1923
- Valois, Georges, La révolution nationale, Paris 1924
- Varga, Eugen, Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung, Hamburg u. Berlin 1928
- Varga, Eugen, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Vierteljahresberichte 1922–1939, hrsg. v. Jürgen Goldberg, 5 Bde., Berlin 1977
- de Vries de Heckelingen, H., Israël. Son Passé. Son Avenir, Paris 1937
- Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des 12. Parteitages der KPD, Berlin o.J.
- Walter Steitz (Hrsg.), Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit 38), Darmstadt 1993
- Weber, Hermann (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln u. Berlin 1963
- Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, im Auftrag des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und herausgegeben von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Sechster Band (2. Reihe), Berlin 1940
- Wollenberg, Erich, Der Apparat. Stalins Fünfte Organisation, Bonn o.J.
- Wulle, Reinhold, Deutsche Politik 1925, Berlin 1926
- Wulle, Reinhold, Das Schuldbuch der Republik, Rostock 1932
- Wundt, Max, Deutsche Weltanschauung. Grundzüge völkischen Denkens, München 1926
- Wundt, Max, Staatsphilosophie. Ein Buch für Deutsche, München 1923
- Zehn Jahre unbekannter S.A.-Mann, Oldenburg 1933
- Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, 2 Bde. Berlin (Ost) 1960
- Zimmer, Lucien, Un septennat policier, Paris 1967
- Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920, bearb. v. Heinz Hünten (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe 2), Düsseldorf 1977

Literatur

- Abelshausen, Werner (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft (VSWG Beiheft 81), Stuttgart 1987
- Abelshausen, Werner, Verelendung der Handarbeiter? Zur sozialen Lage der deutschen Arbeiter in der großen Inflation der frühen zwanziger Jahre, in: Hans Mommsen u. Winfried Schulze (Hrsg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme der Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 445–476
- Abhervé, Bertrand, La grève des métallurgistes parisiens de juin 1919, Mémoire de maîtrise, Université de Vincennes 1975
- Abhervé, Bertrand, Les origines de la grève des métallurgistes parisiens, juin 1919, in: Le Mouvement social 93 (octobre-décembre 1975), S. 75–85
- Abraham, David, The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis, Princeton/N.J. 1981
- Ackermann, Volker, Nationale Totenfeiern in Deutschland. Von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß. Eine Studie zur politischen Semiotik (Sprache und Geschichte 15), Stuttgart 1990
- Aho, James A., This Thing of Darkness. A Sociology of the Enemy, Washington 1994
- Albert, Hans, Freiheit und Ordnung. Der europäische Beitrag zur Lösung des ordnungspolitischen Problems, in: Max Kaase (Hrsg.), Politische Wissenschaft und Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann, Opladen 1986, S. 61–69
- Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 45), Düsseldorf 1972
- Alexander, Martin S. u. Graham, Helen (Hrsg.), The French and Spanish Popular Fronts. Comparative perspectives, Cambridge 1989
- Alexander, Thomas, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992
- Alter, Peter, (Hrsg.), Im Banne der Metropolen. Berlin und London in den zwanziger Jahren (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 29), Göttingen 1993
- Altgeld, Wolfgang, Die Ideologie des Nationalsozialismus und ihre Vorläufer, in: Karl Dietrich Bracher u. Leo Valiani (Hrsg.), Faschismus und Nationalsozialismus (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 1), Berlin 1991, S. 107–136
- Ambrosius, Gerold, Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 7), München 1990
- Amdur, Kathryn E., La tradition révolutionnaire entre syndicalisme et communisme dans la France de l'entre-deux-guerres, in: Le Mouvement social Nr. 129 (April-Juni 1987), S. 27–50
- Amdur, Kathryn E., Syndicalist Legacy. Trade Union and Politics in Two French Cities in the Era of World War I, Chicago/Ill. 1986
- Andreu, Pierre, Révoltes de l'esprit. Les Revues des années trente, Paris 1991
- Angress, Werner T., Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973 (zuerst amerik. 1963)
- Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955

- Arndt, Andreas, Lenin – Politik und Philosophie. Zur Entwicklung einer Konzeption materialistischer Dialektik, Bochum 1982
- Aron, Raymond, Opium für Intellektuelle oder Die Sucht nach Weltanschauung, Köln u. Berlin 1957
- Arum, Peter M., Du syndicalisme révolutionnaire au réformisme: Georges Dumoulin (1903–1923), in: *Le Mouvement social*, Nr. 87 (April–Juni 1974), S. 35–62
- Audoin, Stéphane, Le Parti communiste français et la violence: 1929–1931, in: *Revue historique* 269 (1983), S. 365–383
- Aumont, Bernard, La chasse aux papillons à Paris en 1935, in: *Vingtième Siècle* Nr. 11 (juillet–septembre 1980), S. 21–39
- Azéma, Jean-Pierre, Vichy face au modèle républicain, in: Serge Berstein u. Odile Rudelle (Hrsg.), *Le modèle républicain*, Paris 1992, S. 337–356
- Backes, Uwe u. Jessé, Eckhard, Totalitarismus, Extremismus, Terrorismus, Leverkusen 1984
- Backes, Uwe, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989
- Backes, Uwe, Totalitarismus – ein Phänomen des 20. Jahrhunderts?, in: Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Berlin 1993, S. 244–260
- Badie, Bertrand, Stratégie de la grève. Pour une approche fonctionnaliste du Parti Communiste Français, Paris 1976
- Bahne, Siegfried, „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History* 10 (1965), S. 211–245
- Bahne, Siegfried, Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen u. Winfried Schulze (Hrsg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S. 477–496
- Bahne, Siegfried, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias u. Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente*, Düsseldorf 1960, S. 655–739
- Bähr, Johannes, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919–1932, Berlin 1989
- Balistier, Thomas, Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989
- Balmand, Pascal, Intellectuel(s) dans *L'Ordre Nouveau* (1933–1938): une aristocratie de prophètes, in: Danièle Bonnaud-Lamotte u. Jean-Luc Rispail (Hrsg.), *Intellectuel(s) des années trente entre le rêve et l'action*, Paris 1989, S. 171–184
- Bariéty, Jacques, Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale. 10 Novembre 1918 – 10 Janvier 1925 de l'exécution à la négociation, Paris 1977
- Barjonet, André, La C.G.T. Histoire, Structure, Doctrine, Paris 1968
- Bastié, Jean, La croissance de la banlieue parisienne, Paris 1964
- Baudis, Dieter, Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Volksmassen in Berlin 1917/18, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1987/Heft 2, S. 9–27
- Bauer, Gerhard, Der große Schatten. Der Mythos Napoleons und sein Einfluß auf cesaristische Strömungen in Deutschland und Frankreich mit besonderer Berücksichtigung der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, Diss. phil. Erlangen 1995
- Baverez, Nicolas, Chômeurs et chômage des années 1930: l'exemple parisien, Thèse Troisième Cycle, Paris I 1986
- Becker, Annette, Les monuments aux morts. Patrimoine et mémoire de la grande guerre, Paris o.J.
- Becker, Jean-Jacques, La France en guerre 1914–1918. La grande mutation, Brüssel 1988
- Becker, Jean-Jacques, La Première Guerre mondiale dans la mémoire des droites, in: Sirinelli (Hrsg.), *Droites II*, S. 505–547
- Becker, Jean-Jacques, Le PCF, veut-il prendre le pouvoir? La stratégie du PCF de 1930 à nos jours, Paris 1981

- Becker, Peter Emil, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart u. New York 1990
- Behrenbeck, Sabine, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945 (Kölner Beiträge zur Nationsforschung 2), Vierow bei Greifswald 1996
- Beier, Rosmarie, Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich. Heimarbeiterinnen in der Berliner Bekleidungsindustrie 1880–1914, Frankfurt/M. u. New York 1983
- Belot, Robert, Lucien Rebatet. Un itinéraire fasciste, Paris 1994
- Ben-Amos, Avner, The Other World of Memory: State Funerals of the French Third Republic as Rites of Commemoration, in: History and Memory 1 (1989), S. 85–108
- Berghahn, Volker (Hrsg.), Militarismus (Neue Wissenschaftliche Bibliothek), Köln 1975
- Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33), Düsseldorf 1966
- Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim a.Gl. 1970
- Bergmann, Theodor, „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei- Opposition, Hamburg 1987
- Bergmann, Theodor/Hedeler, Wladislaw/Keßler, Mario u. Gert Schäfer (Hrsg.), Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive, Mainz 1994
- Bergounioux, Alain, La S.F.I.O. ou les classes moyennes impensées (1905–1939), in: Lavau, Grunberg u. Mayer (Hrsg.), Univers politique, S. 94–112
- Bering, Dietz, Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse: Der Beginn der Auseinandersetzung zwischen Polizeivizepräsident Bernhard Weiß und der NSDAP, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart (1983), S. 87–112
- Berlanstein, Lenard R., The Working People of Paris, 1871–1914, Baltimore/Maryland 1984
- Berlière, Jean-Marc, L'article X du Code d'instruction criminelle sous la République: un danger permanent pour la liberté de chacun?, in: Bulletin du centre d'histoire de la France contemporaine (Université Paris X), 12, décembre 1991, S. 5–27
- Bernard, Jean-Pierre A., La liturgie funèbre des communistes (1924–1983), in: Vingtième Siècle, No. 9 (janvier-mars 1986), S. 37–52
- Berstein, Serge u. Becker, Jean-Jacques, Histoire de l'anticommunisme en France, Bd. I: 1917–1940, Paris 1987
- Berstein, Serge u. Milza, Pierre, Histoire de la France au XX^e siècle, Bd. I (1900–1930), Brüssel 1990
- Berstein, Serge u. Milza, Pierre, Histoire de la France au XX^e siècle, Bd. II: 1930–1945, Brüssel 1991
- Berstein, Serge, Histoire du Parti Radical, Bd. I: La recherche de l'âge d'or, 1919–1926, Paris 1980; Bd. II: Crise du radicalisme 1926–1939, Paris 1982
- Berstein, Serge, L'affrontement simulé des années 1930, in: Vingtième Siècle, Nr. 5 (Janvier-mars 1985), S. 39–53
- Berstein, Serge, La culture républicaine dans la première moitié du XX^e siècle, in: Serge Berstein u. Odile Rudelle (Hrsg.), Le modèle républicain, Paris 1992, S. 159–171
- Berstein, Serge, La France des années trente allergique au fascisme. A propos d'un livre de Zeev Sternhell, in: Vingtième Siècle, avril 1984, S. 83–94
- Berstein, Serge, La ligue, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), Histoire des droites en France, 3 Bde., Paris 1992 Bd. II: Cultures, S. 61–111
- Berstein, Serge, Le 6 février 1934 (Collection Archives), Paris 1975
- Berstein, Serge u. Rudelle, Odile (Hrsg.), Le modèle républicain, Paris 1992
- Berthold, Werner, Zum Bild der Großen Französischen Revolution in der Französischen Kommunistischen Partei (1920/21–1939), in: Horst Bartel u.a. (Hrsg.), Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, Berlin (Ost) 1976, Bd. 1, S. 353–378
- Bessel, Richard, Germany after the First World War, Oxford 1993

- Bessel, Richard, „Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes“. Frauenarbeit und Demobilmachung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 211–229
- Bessel, Richard, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934*, New Haven/Conn. 1984
- Bessel, Richard u. Jamin, Mathilde, Nazis, workers and the use of quantitative evidence, in: *Social History* 4 (1979), S. 111–116
- Bey-Heard, Frauke, *Hauptstadt und Staatsumwälzung – Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung*, Stuttgart 1969
- Bieber, Hans-Joachim, *Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920*, Hamburg 1992
- Bieber, Hans-Joachim, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920*, 2 Bde., Hamburg 1981
- Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, hrsg. v. Gabriele Baumgartner u. Dieter Hebig, Bd. 1, München 1996
- Birnbaum, Pierre, *Un mythe politique: la „République juive“ de Léon Blum à Pierre Mendès France*, Paris 1988
- Bloch, Marc, *Pour une histoire comparée des sociétés européennes*, in: Ders., *Mélanges historiques*, Bd. I, Paris 1963, S. 16–40
- Bock, Hans Manfred, *Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 25 (1989), S. 291–358
- Bock, Hans Manfred, *Anarchosyndicalism in the German Labour Movement: a Rediscovered Minority Tradition*, in: Marcel van der Linden u. Wayne Thorpe (Hrsg.), *Revolutionary Syndicalism, an International Perspective*, Aldershot 1990, S. 59–80
- Bock, Hans Manfred, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 13)*, Meisenheim am Glan 1969 (Neuaufgabe Darmstadt 1993)
- Boltanski, Luc, *Les Cadres*, La Haye 1982
- Boltanski, Luc, *Une réussite: la mobilisation des „cadres“*, in: Georges Lavau, Gérard Grunberg u. Nonna Mayer (Hrsg.), *L'univers politique des classes moyennes*, Paris 1983, S. 156–169
- Bonnaud-Lamotte, Danielle u. Rispail, Jean-Luc (Hrsg.), *Intellectuel(s) des années trente entre le rêve et l'action*, Paris 1989
- Bonnefous, Édouard, *Histoire politique de la Troisième République*, Bd. 4: *Cartel des Gauches et Union Nationale (1924–1929)*, Paris 1960
- Borchardt, Knut, *Noch einmal: Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik?*, in: *Historische Zeitschrift* 237 (1983), S. 67–83
- Borchardt, Knut, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes (1979)*, in: Ders., *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1982, S. 165–182
- Borkenau, Franz, *Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, München 1952
- Bosshart, David, *Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung. Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 63)*, Berlin 1992
- Bourderon, Roger u.a., *Le PCI: étapes et problèmes 1920–1972*, Paris 1981.
- Bourdrel, Philippe, *La Cagoule. Histoire d'une société secrète du Front populaire à la V^e République*, 2. Aufl. Paris 1992
- Bouvier, Beatrix, *Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter: Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März*, in: Dieter Düding, Peter

- Friedemann u. Paul Münch (Hrsg.), *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, Reinbek 1988, S. 334–351
- Boyer, Robert, *Le particularisme français revisité. La crise des années trente à la lumière de recherches récentes*, in: *Le Mouvement social*, Nr. 154 (janvier-mars 1991), S. 3–40
- Bracher, Karl Dietrich u. Valiani, Leo (Hrsg.), *Faschismus und Nationalsozialismus* (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 1), Berlin 1991
- Bracher, Karl Dietrich, *Das Problem des „Antikommunismus“ in den zwanziger und dreißiger Jahren*, in: Klaus Hildebrand und Reiner Pommerin (Hrsg.), *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag*, Köln u. Wien 1985, S. 133–147
- Bracher, Karl Dietrich, *Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 1–24
- Bracher, Karl Dietrich, *Der umstrittene Totalitarismus. Erfahrung und Aktualität* (1973), in: Ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, 5. Aufl. München 1984, S. 34–62
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 5. Aufl. Villingen 1971
- Bracher, Karl Dietrich, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, vierte Aufl. Köln 1972
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Krise Europas 1917–1975* (Propyläen Geschichte Europas Bd. 6), Frankfurt/M. 1976
- Bracher, Karl Dietrich, *Kritische Betrachtungen zum Faschismusbegriff* (zuerst 1974), in: Ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, 5. Aufl. München 1984, S. 13–33
- Bracher, Karl Dietrich, *Nationalsozialismus, Faschismus, Totalitarismus. Die deutsche Diktatur im Macht- und Ideologienfeld des 20. Jahrhunderts*, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft* (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 23), Düsseldorf 1992, S. 566–590
- Bracher, Karl Dietrich, *Tradition und Revolution im Nationalsozialismus* (zuerst 1976), in: Ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, 5. Aufl. München 1984, S. 13–33
- Bracher, Karl Dietrich, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982
- Bracher, Karl Dietrich, *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, 5. Aufl. München 1984
- Bracher, Karl Dietrich/Schulz, Gerhard/Sauer, Wolfgang, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 14), Köln u. Opladen 1960
- Bramke, Werner u. Kinner, Klaus, *Die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kampagnen der KPD in den Jahren der Weimarer Republik*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 22 (1980), S. 204–215
- Bramke, Werner, *Antimilitarismus und Traditionspflege in der ideologischen Arbeit der KPD (1920–1932)*, in: *Militärgeschichte* 17 (1978), S. 32–42
- Branciard, Michel, *Syndicats et partis. Autonomie ou dépendance*, Bd. I: 1879–1947, Paris 1982
- Brandenburg, Hans-Christian, *Die Geschichte der HJ*, Köln 1968
- Brandt, Willy u. Löwenthal, Richard, Ernst Reuter. *Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie*, München 1957
- Brauckmüller, Bernd u. Hartmann, Reinhard, *Organisierter Kapitalismus und Krise*, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933*, Bd. I, Frankfurt 1978, S. 354–365

- Braudel, Fernand u. Labrousse, Georges, *Histoire économique et sociale de la France IV/2: Le temps des Guerres mondiales et de la grande Crise (1914 – vers 1950)*, Paris 1980
- Braunthal, Julius, *Geschichte der Internationale*, 2 Bde., Hannover 1963
- Brécy, Robert, *Le Mouvement syndical en France 1871–1921*, 2. Aufl. Paris 1982
- Brender, Reinhold, *Kollaboration in Frankreich im Zweiten Weltkrieg. Marcel Déat und das Rassemblement national populaire*, München 1992
- Breuer, Stefan, *Faschismus in Italien und Deutschland: Gesichtspunkte zum Vergleich*, in: *Leviathan* 11 (1983), S. 28–54
- Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts)*, München 1969
- Broszat, Martin, *Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik*, München 1984
- Brown, Jeremy R.S., *The Berlin NSDAP in the Kampfzeit*, in: *German History* 7 (1989), S. 241–247
- Brunet, Jean-Paul, *Histoire du PCF (Que sais-je?)*, Paris 1991
- Brunet, Jean-Paul (Hrsg.), *Immigration, vie politique et populisme en banlieue parisienne (fin XIXe – XXe siècles)*, Paris 1995
- Brunet, Jean-Paul, Jacques Doriot. *Du communisme au fascisme*, Paris 1986
- Brunet, Jean-Paul, *La police de l'ombre. Indicateurs et provocateurs dans la France contemporaine*, Paris 1990
- Brunet, Jean-Paul, *Saint-Denis, la ville rouge, 1890–1939*, Paris 1980
- Brunner, Detlev, *Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933 (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 55)*, Köln 1992
- Bucher, Peter, *Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30*, Boppard a.Rh. 1967
- Bucher, Peter, *Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen 1918–1921*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, Jg. 1971, Heft 1, S. 15–59
- Burles, Jean/Martelli, Roger/Wolikow, Serge, *Les communistes et leur stratégie. Réflexions sur une histoire*, Paris 1981
- Burrin, Philippe, *La dérive fasciste. Doriot, Déat, Bergery 1933–1945*, Paris 1986
- Burrin, Philippe, *Le fascisme*, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites en France*, 3 Bde., Paris 1992, Bd. I: *Politique*, S. 603–652
- Büsch, Otto (Hrsg.), *Beiträge zur Geschichte der Berliner Demokratie 1919–1933/1945–1985 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 65)*, Berlin 1988
- Büsch, Otto u. Haus, Wolfgang (Hrsg.), *Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933 (Berliner Demokratie I)*, Berlin 1987
- Büsch, Otto, *Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Periode*, Berlin 1960
- Buton, Philippe, *Les effectifs du Parti communiste français (1920–1984)*, in: *Communisme. Revue d'études pluridisciplinaires*, 7 (1985), S. 5–30
- Byrnes, Robert F., *Antisemitism in Modern France*, Bd. I: *The Prologue to the Dreyfus Affair*, New Brunswick/N.J. 1950
- Caldwell, T.B., *The Syndicat des Employés de Commerce et de l'Industrie (1887–1919). A Pioneer French Catholic Trade Union of White Collar Workers*, in: *International Review of Social History* 11 (1966), S. 311–319
- Canu, Isabelle, *Verteidigung der Demokratie in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich des Umgangs mit politischem Extremismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration*, Opladen 1997
- Cardon, Dominique u. Heurtin, Jean-Philippe, „Tenir les rangs“. *Les services d'encadrement des manifestations ouvrières (1909–1936)*, in: Pierre Favre (Hrsg.), *La manifestation*, Paris 1990, S. 123–155

- Carlin, Maryse u. Malausséna, Paul, *La journée révolutionnaire*, in: Paul Isoart u. Christian Bidegaray (Hrsg.), *Des Républiques françaises*, Paris 1988, S. 138–154
- Carr, Edward H., *The Bolshevik Revolution 1917–1923*, 2. Aufl. London 1978
- Carr, Edward H., *Twilight of the Comintern, 1930–1935*, New York 1982
- Carroll, David, *French Literary Fascism. Nationalism, Anti-Semitism, and the Ideology of Culture*, Princeton/N.J. 1994
- Carrot, Georges, *Le maintien de l'ordre en France*, Bd. II, Toulouse 1984
- Carsten, Francis L., *Der Aufstieg des Faschismus in Europa*, Frankfurt/M. 1968
- Cassier, Maurice, *PCI et Région Parisienne. Objet scientifique, enjeu politique*, in: *Société française. Cahiers de l'institut de recherches marxistes* Nr. 2 (Février–April 1982), S. 36–41 u. Nr. 3 (Mai–Juli 1982), S. 35–41
- Ceplair, Larry, *Under the Shadow of War. Fascism, Anti-Fascism, and Marxists, 1918–1939*, New York 1987
- Chambaz, Bernard, *L'implantation du Parti communiste français à Ivry*, in: Jacques Girault (Hrsg.), *Sur l'implantation du parti communiste français dans l'entre-deux-guerres*, Paris 1977, S. 147–178
- Chamberlin, Brewster S., *The Enemy on the Right. The Aldeutsche Verband in the Weimar Republic, 1918–1926*, PhD thesis (Xerokopie) University of Maryland 1972
- Charles, Jean, *A propos de la scission syndicale de 1921*, in: *Mélanges d'histoire sociale offerts à Jean Maitron*, Paris 1976, S. 59–74
- Chavardès, Maurice, *Le 6 février 1934. La République en danger*, Paris 1966
- Chavardès, Maurice, *Une campagne de presse: La droite française et le 6 février 1934*, Paris 1970
- Chebel d'Appollonia, Ariane, *L'extrême-droite en France. De Maurras à Le Pen*, Brüssel 1988
- Chickering, Roger, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914*, London 1984
- Childers, Thomas, *The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919–1933*, Chapel Hill/N.C. 1984
- Cohen, Stephen F., *Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography, 1888–1938*, New York 1973
- Collinet, Michel, *L'ouvrier français. Essai sur la condition ouvrière 1900–1950*, Paris 1950
- Colton, Joel, *Compulsory Labour arbitration in France 1936–1939*, New York 1951
- Contamine, Philippe, *Jeanne d'Arc dans la mémoire des droites*, in: Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites*, Bd. II: *Cultures*, S. 399–435
- Coston, Henry (Hrsg.), *Dictionnaire de la politique française*, Bd. III, Paris 1972
- Coston, Henry, *Partis, Journaux et Hommes politiques d'hier et d'aujourd'hui*, 2. Aufl. Paris 1985
- Courtois, Stéphane u. Lazar, Marc, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1995
- Courtois, Stéphane, *Archives du communisme: mort d'une mémoire, naissance d'une histoire*, in: *Le débat. Histoire, politique, société* 77 (novembre–décembre 1993), S. 145–156
- Courtois, Stéphane u.a., *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression*, Paris 1997
- Coutrot, Aline, *Le mouvement de jeunesse, un phénomène au singulier?*, in: Gérard Cholvy (Hrsg.), *Mouvements de jeunesse chrétiens et juifs. Sociabilité juvénile dans un cadre européen 1799–1968*, Paris 1985, S. 109–123
- Coutrot, Aline, *Les mouvements de jeunesse en France dans l'entre-deux-guerres*, in: *Les Cahiers de l'animation* 32 (1981), S. 29–37
- Coutrot, Aline, *Youth Movements in France in the 1930s*, in: *Journal of Contemporary History* 5 (1970), S. 23–35
- Craig, Gordon, *Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. II: 1914–1975, München 1979 (zuerst amerik. 1975)
- Cross, Cary, *Les Trois Huits: Labor Movements, International Reform, and the Origins of the Eight-Hour Day, 1919–1924*, in: *French Historical Studies* 14 (1985–1986), S. 240–268

- Czada, Peter, *Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit. Eine regionalstatistisch-wirtschaftshistorische Untersuchung* (Hinzeleröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 4), Berlin 1969
- Daniel, Ute, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 84), Göttingen 1989
- Daumas, Maurice, *L'évolution de la géographie industrielle de Paris et sa proche banlieue au XIX^e siècle*, 3 Bde., Paris 1976
- De Felice, Renzo, *Der Faschismus. Ein Interview*, Stuttgart 1977 (zuerst italienisch 1975)
- De Felice, Renzo, *Interpretations of Fascism*, Cambridge/Mass. 1977 (zuerst italienisch 1970)
- Debeir, Jean-Claude, *Inflation et stabilisation en France (1919–1928)*, in: *Revue économique* 31 (1980), S. 622–646
- Delon, Pierre, *Les employés. De la plume d'oie à l'ordinateur. Un siècle de lutte. Origines et activité de la Fédération C.G.T.*, Paris 1969
- Deniel, Alain, *Bucard et le Francisme. Les seuls fascistes français*, Paris 1979
- Depreto, Jean-Paul u. Schweitzer, Sylvie, *Le Communisme à l'usine. Vic ouvrière et mouvement ouvrier chez Renault 1920–1939*, Paris 1984
- Dettmer, Klaus, *Arbeitslose in Berlin. Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923*, Diss. phil. FU Berlin 1977
- Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte München, München u. Wien 1982
- Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français, quatrième partie: 1914–1939*, hrsg. v. Jean Maitron u. Claude Pennefier, Paris 1981–1993
- Dichl, James M., *Paramilitary Politics in Weimar Germany*, Bloomington/Indiana 1977
- Dienel, Christiane, *Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918*, Münster 1995
- Dion, Michel u.a., *La classe ouvrière française et la politique. Essais d'analyse historique et sociale*, Paris 1980
- Diudonnat, Marie, *Je suis partout 1930–1944. Les Maurrassiens devant la tentation fasciste*, Paris 1973
- Diudonnat, Marie, *Les 700 rédacteurs de „Je suis partout“ 1930–1944*, Paris 1993
- Dodge, Peter, *Beyond Marxism. The Faith and Works of Hendrik de Man*, Den Haag 1966
- Doehler, Edgar, *Zur Rolle des wehrhaften antifaschistischen Kampfes in der Politik der KPD (1929–1933)*, in: *Militärgeschichte* 17 (1978), S. 534–541
- Dolléans, Edouard, *Histoire du mouvement ouvrier*, Bd. II: 1871–1936, Paris 1939
- Domansky, Elisabeth, *Politische Dimensionen von Jugendprotest und Generationenkonflikt in der Zwischenkriegszeit in Deutschland*, in: Dieter Dowe (Hrsg.), *Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich*, Bonn 1986, S. 113–137
- Donneur, André, *L'alliance fragile. Socialistes et communistes français (1922–1983)*, Montreal 1984
- Dorpalen, Andreas, *SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 77–107
- Douglas, Allen, *From Fascism to Libertarian Communism. Georges Valois against the Third Republic*, Berkeley/Calif. 1992
- Douglas, Allan, *Violence and Fascism: The Case of the Faisceau*, in: *Journal of Contemporary History* 19 (1984), S. 689–712
- Dowe, Dieter (Hrsg.), *Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich*, Bonn 1986
- Drath, Martin, *Totalitarismus in der Volksdemokratie (1958)*, in: Seidel, Bruno u. Jenkner, Siegfried (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung (Wege der Forschung Band CXI)*, Darmstadt 1974, S. 310–358

- Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965
- Dreyfus, Michel, PCF, crises et dissidences de 1920 à nos jours, Brüssel 1990
- Droz, Jacques, Histoire de l'antifascisme en Europe 1923–1939, Paris 1985
- Du Réau, Elisabeth, Edouard Daladier 1884–1970, Paris 1993
- Dubesset, Mathilde/Thébaud, Françoise/Vincent, Catherine, Les munitionnettes de la Seine, in: Patrick Fridenson (Hrsg.), 1914–1918. L'autre front (Cahiers du „Mouvement social“ 2), Paris 1977, S. 189–219
- Dubief, Henri, Contribution à l'histoire de l'ultra-gauche: Maurice Heine, in: Mélanges d'histoire sociale offerts à Jean Maitron, Paris 1976, S. 87–93
- Duda, Gerhard, Jenő Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921–1970, Berlin 1994
- Dupeux, Louis, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985
- Eckert, Hans-Wilhelm, Konservative Revolution in Frankreich? Die Nonkonformisten der „Jeune Droite“ und des „Ordre Nouveau“ in der Krise der 1930er Jahre, phil. Diss. Trier 1996
- Eifert, Christiane, Frauenarbeit im Krieg. Die Berliner „Heimatfront“ 1914–1918, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 21 (1985), S. 281–295
- Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln, Frankfurt/M. 1977
- Elben, Wolfgang, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung von November 1918 bis Februar 1919 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 31), Düsseldorf 1965
- Eley, Geoff, Konservative und radikale Nationalisten in Deutschland: Die Schaffung faschistischer Potentiale 1912–1928, in: Ders., Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster 1991, S. 209–248 (zuerst englisch 1990)
- Eley, Geoff, Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, New Haven/Conn. u. London 1980
- Eliasberg, George, Der Ruhrkrieg von 1920 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 100), Bonn-Bad Godesberg 1974
- Engeli, Christian, Gustav Böß. Oberbürgermeister von Berlin 1921–1930, Stuttgart 1971
- Engelmann, Roger, Provinzfaschismus in Italien. Politische Gewalt und Herrschaftsbildung in der Marmorregion Carrara 1921–1924 (Studien zur Zeitgeschichte 40), München 1992
- Englander, David, The French Soldier, 1914–1918, in: French History 1 (1987), S. 49–67
- Erdmann, Karl Dietrich, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 1–19
- Fabre, Rémi, Les mouvements de jeunesse dans la France de l'entre-deux-guerres, in: Le Mouvement social, Nr. 168 (Juli-September 1994), S. 9–30
- Falter Jürgen W. (unter Mitarbeit von Christa Niklas-Falter), Die parteistatistische Erhebung der NSDAP 1939. Einige Ergebnisse aus dem Gau Groß-Berlin, in: Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Berlin 1993, S. 175–203
- Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991
- Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? in: Michael Prinz u. Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21–47
- Falter, Jürgen/Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986

- Farcy, Jean-Claude, *L'immigration provinciale en banlieue au début du XX^e siècle*, in: Jean-Paul Brunet (Hrsg.), *Immigration, vie politique et populisme en banlieue parisienne (fin XIX^e – XX^e siècles)*, Paris 1995, S. 49–68
- Farrar, Marjorie M., *Principled Pragmatist. The Political Career of Alexandre Millerand*, New York u. Oxford 1991
- Faust, Anselm, *Der Nationalsozialistische Studentenbund*, Düsseldorf 1973
- Favre, Pierre (Hrsg.), *La manifestation*, Paris 1990
- Fay, Victor (Hrsg.), *La Révolution d'Octobre et le Mouvement ouvrier européen*, Paris 1967
- Faye, Jean Pierre, *Totalitäre Sprachen. Kritik der narrativen Vernunft. Kritik der narrativen Ökonomie*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1977
- Feldman, Gerald D. u. Steinisch, Irmgard, *Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte)*, Stuttgart 1985
- Feldman, Gerald D., *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*, Berlin u. Bonn 1985 (zuerst amerik. 1966)
- Feldman, Gerald D., *Der deutsche Organisierte Kapitalismus 1914–1923*, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974, S. 150–171
- Feldman, Gerald D., *Die Demobilisierung und die Sozialordnung der Zwischenkriegszeit in Europa*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 156–177
- Feldman, Gerald D., *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1923*, Oxford 1993
- Feldman, Gerald D., *Der Historiker und die deutsche Inflation*, in: Ders., *Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 60)*, Göttingen 1984
- Feldmann, Gerald D./Kolb, Eberhard/Rürup, Reinhard, *Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920)*, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 13(1972), S. 84–105
- Fiedler, Gudrun, *Jugend im Krieg. Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und sozialer Wandel 1914–1923*, Köln 1989
- Field, Frank, *British and French Writers of the First World War. Comparative Studies in Cultural History*, Cambridge 1991
- Field, Frank, *Three French Writers and the Great War. Studies in the Rise of Communism and Fascism*, Cambridge 1975
- Fine, Martin, *Albert Thomas: A Reformer's Vision of Modernization, 1914–1932*, in: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), S. 545–564.
- Finker, Kurt, *Geschichte des Roten Frontkämpferbundes*, Berlin (Ost) u. Frankfurt/M. 1981
- Finker, Kurt, *KPD und Antifaschismus 1929 bis 1934*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 41 (1993), S. 385–398
- Fischer, Conan J., *Unemployment and Left-Wing Radicalism in Weimar Germany, 1930–1933*, in: Peter D. Stachura (Hrsg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London 1986, S. 209–225
- Fischer, Conan J., *Class Enemies or Class Brothers? Communist-Nazi Relations in Germany 1929–1933*, in: *European History Quarterly* 15 (1985), S. 259–279
- Fischer, Conan J., *Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929–1935*, London 1983
- Fischer, Conan J., *The German Communists and the Rise of Nazism*, London 1991
- Fischer, Conan J., *Turning the Tide? The KPD and Right Radicalism in German Industrial Relations, 1925–1928*, in: *Journal of Contemporary History* 24 (1989), S. 575–597
- Flechtheim, Ossip K., *Die KPD in der Weimarer Republik*, Neuausgabe Hamburg 1986 (zuerst 1948)
- Fontanon, Claudine, *L'industrialisation de la banlieue parisienne*, in: Annie Fourcaut (Hrsg.), *Un siècle de banlieue parisienne (1859–1964)*, Paris 1988, S. 49–80

- Forrest, Alan, *The French Popular Front and the politics of Jacques Doriot*, in: Martin S. Alexander u. Helen Graham (Hrsg.), *The French and Spanish Popular Fronts. Comparative Perspectives*, Cambridge 1989, S. 145–155
- Fourcaut, Annie (Hrsg.), *Banlieue rouge 1920–1960. Années Thorez, années Gabin: archétype du populaire, banc d'essai des modernités* (Autrement, Série Mémoires), Paris 1992
- Fourcaut, Annie (Hrsg.), *Un siècle de banlieue parisienne (1859–1964)*, Paris 1988
- Fourcaut, Annie, *Bobigny, banlieue rouge*, Paris 1986
- Frank, Pierre, *Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1981 (zuerst französisch 1979)
- Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Zieburg, hrsg. v. Hartmut Elsenhans u.a., Opladen 1989
- Franz-Willing, Georg, *Ursprung der Hitlerbewegung 1919–1922*, 2. Aufl. Preußisch Oldendorf 1974
- Freyberg, Thomas von, *Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie*, Frankfurt/M. 1989
- Fridenson, Patrick (Hrsg.), *1914–1918. L'autre front* (Cahiers du „Mouvement social“ 2), Paris 1977
- Fridenson, Patrick, *Histoire des usines Renault, Bd. I: La naissance de la grande entreprise 1898–1939*, Paris 1972 (mehr nicht erschienen)
- Fridenson, Patrick, *L'idéologie des grands constructeurs dans l'entre-deux-guerres*, in: *Le Mouvement social* 81 (1972), S. 51–68
- Friedländer, Saul, *Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung: Eine historiographische Studie zur nationalsozialistischen Judenpolitik und Versuch einer Interpretation*, in: Eberhard Jäckel u. Jürgen Rohwer (Hrsg.), *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung*, Stuttgart 1985, S. 18–60
- Friedrich, Carl J., *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957
- Fritze, Lothar, *Unschärfen des Totalitarismusbegriffs. Methodologische Bemerkungen zu Carl Joachim Friedrichs Begriff der totalitären Diktatur*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 629–641
- Fritzsche, Peter, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, Oxford 1990
- Frohlich, Elke, *Joseph Goebbels und sein Tagebuch. Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 35 (1987), S. 489–522
- Führer, Karl Christian, *Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 73), Berlin 1990
- Fülberth, Georg, *Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19–1933*, Köln 1985
- Fülberth, Georg, *Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918–1933. Ein Anfang*, Marburg 1984
- Fünke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf/Knütter, Hans-Helmuth/Schwarz Hans-Peter (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Bonn 1987
- Furet, François, *Le passé d'une illusion. Essai sur l'idée communiste au XX^e siècle*, Paris 1995
- Gaillard, Jeanne, *Paris la ville 1852–1870*, Paris 1975
- Gailus, Manfred, „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!“ Die Kommunisten, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 61–88
- Gamm, Hans-Jochen, *Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion. Ein Beitrag zur politischen Bildung*, Hamburg 1962
- Gankin, Olga Hess u. Fischer H.H., *The Bolsheviks and the Third International* (The Hoover Library on War, Revolution, and Peace 15), Stanford 1940 (ND 1960).

- Georges, Bernard u. Tintant, Denise, Léon Jouhaux. Cinquante ans de Syndicalisme Bd. I: Des origines à 1921, Paris 1962
- Gérôme, Noëlle u. Tartakowsky, Danielle, La Fête de l'Humanité. Culture communiste, culture populaire, Paris 1988
- Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung Bd. 2: 1917–1945, hrsg. von der Bezirksleitung Berlin der SED, Berlin (Ost) 1987
- Geyer, Martin H., Teuerungsprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit während der Inflation: München 1920–1923, in: Archiv für Sozialgeschichte 30 (1990), S. 181–215
- Gicquel, Jean, Le problème de la réforme de l'état en France en 1934, in: Ders. u. Lucien Sfez, Problèmes de la réforme de l'état depuis 1934, Paris 1965, S. 1–134
- Gies, Horst, Geschichtsunterricht unter der Diktatur Hitlers, Köln u. Weimar 1992
- Gietinger, Klaus, Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L., Mainz 1993
- Gilbhard, Hermann, Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994
- Girardet, Raoul, Notes sur l'Esprit d'un Fascisme Français 1934–1939, in: Revue française de science politique 5 (1955), S. 529–546
- Girault, Jacques (Hrsg.), Les héritages du Congrès de Tour (1920–1990), Le Mans 1992
- Girault, Jacques (Hrsg.), Sur l'implantation du parti communiste français dans l'entre-deux-guerres, Paris 1977
- Girault, Jacques, L'implantation du parti communiste dans la région parisienne, in: Ders. (Hrsg.), Sur l'implantation du parti communiste français dans l'entre-deux-guerres, S. 61–117
- Girault, Jacques, Le Var rouge. Les Varois et le socialisme, de la fin de la 1^{ère} guerre mondiale au milieu des années 30, Paris 1995
- Glaebner, Gert-Joachim, Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung (Studienbücher zur Sozialwissenschaft 44), Opladen 1982
- Glaebner, Gert-Joachim/Lehnert, Detlef/Sühl, Klaus (Hrsg.), Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989
- Godfrey, John F., Capitalism at War. Industrial Policy and Bureaucracy in France 1914–1918, Leamington Spa 1987
- Goetz-Grey, Robert, Le mouvement des grèves en France 1919–1962, Paris 1965
- Goguel, François, La politique des partis sous la III^e République, 3. Aufl. Paris 1957
- Goldbach, Marie-Luise, Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 97), Bonn-Bad Godesberg 1973
- Gordon, Bertram M., Collaborationism in France during the Second World War, Cornell/Ithaca 1980
- Götz von Olenhusen, Irmtraud, Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Generation, Religion und Politik 1928–1933, Köln 1987
- Götz von Olenhusen, Irmtraud, Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus. Eine Analyse der Jugendorganisationen der Weimarer Zeit, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 12 (1980), S. 53–82
- Gough, Edward, Die SPD in der Berliner Kommunalpolitik 1925–1933, Diss. FU Berlin 1984
- Graf, Christoph, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 36), Berlin 1983
- Gransow, Volker, Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz, Frankfurt/M. u. New York 1980
- Gras, Christian, Alfred Rosmer (1877–1964) et le mouvement révolutionnaire international, Paris 1971

- Gras, Christian, *La Fédération des Métaux en 1913–1914 et l'évolution du syndicalisme révolutionnaire français*, in: *Le Mouvement social* Nr. 77 (Oktober-Dezember 1971), S. 85–111
- Gras, Yves, *Castelnau ou l'art de commander 1851–1944*, Paris 1990
- Gräser, Marcus, *Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 107), Göttingen 1995
- Grebing, Helga u. Klaus Kinner (Hrsg.), *Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung*, Essen 1990
- Grebing, Helga, *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971
- Gregor, A. James, *The Ideology of Fascism. The Rationale of Totalitarianism*, New York 1969
- Greiffenhagen, Martin/Kühnl, Reinhard/Müller, Johann Baptist, *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*, München 1972
- Greilsammer, Ilan, Blum, Paris 1996
- Grew, Raymond, *The Case for Comparing Histories*, in: *American Historical Review* 85 (1980), S. 763–778
- Griep, Günter/Förster, Alfred/Siegel, Heinz, Hermann Duncker – Lehrer dreier Generationen. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1974
- Groh, Dieter, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M. u. Berlin 1973
- Grosso, Bruno, *Les origines de la politique syndicale de la Troisième Internationale, 1919–1921*, masch. Thèse d'Etat, Institut d'Études politiques Paris 1980
- Grüner, Stefan, *Paul Reynaud und die Dritte französische Republik. Liberalismus in Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen*, phil. Diss. Regensburg 1996
- Grzywatz, Berthold, *Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 63), Berlin 1988
- Grzywatz, Berthold, *Städtische Verwaltungsorganisation zwischen Staat, Gemeinde und Bezirken. Zur Entwicklung des Berliner Verfassungsrechts in der Weimarer Republik*, in: *Berlin in Geschichte und Gegenwart*, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1993, S. 7–46
- Guchet, Yves, Georges Valois. *L'Action Française – Le Faisceau – La République Syndicale*, 2. Aufl. Paris 1990
- Gueslin, André, *L'État, l'économie et la société française XIX^e-XX^e siècle*, Paris 1992
- Günther, Hans, *Der Feind in der totalitären Kultur*, in: Gabriele Gorzka (Hrsg.), *Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kultur und Kunst der 1930er bis 50er Jahre*, Bremen 1994
- Gusy, Christoph, *Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik*, Tübingen 1991
- Hachtmann, Rüdiger, *Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945. Bemerkungen zum Forschungsstand*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1996/1, S. 211–258
- Hafenecker, Benno, *Jugend-Gewalt. Zwischen Erziehung, Kontrolle und Repression. Ein historischer Abriss*, Opladen 1994
- Hagspiel, Hermann, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder* (Pariser Historische Studien 24), Bonn 1987
- Hamilton, Alastair, *L'illusion fasciste. Les intellectuels et le fascisme 1919–1945*, Paris 1973 (zuerst englisch 1971)
- Hamilton, Richard F., *Who voted for Hitler?*, Princeton/N.J. 1982
- Hanna, Martha, *Iconology and Ideology: Images of Joan of Arc in the Idiom of the Action française, 1908–1931*, in: *French Historical Studies* 14 (1985/86), S. 215–239
- Hannover, Heinrich und Hannover-Drück, Elisabeth, *Politische Justiz 1918–1933*, Frankfurt/M. 1966
- Hannover-Drück, Elisabeth u. Hannover, Heinrich (Hrsg.), *Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens*, Frankfurt/M. 1967

- Hardach, Gerd, Französische Rüstungspolitik 1914–1918, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974, S. 101–116
- Harrison, Ted, „Alter Kämpfer“ im Widerstand. Graf Helldorf, die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 385–423
- Hartwich, Hans-Hermann, *Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik*, Berlin 1967
- Hastings, Michel, *Halluin la rouge 1919–1939. Aspects d'un communisme identitaire*, Lille 1991
- Hastings, Michel, *Identité culturelle locale et politique festive communiste: Halluin la Rouge 1920–1934*, in: *Le Mouvement social*, Nr. 139 (April-Juni 1987), S. 7–25
- Hatry, Gilbert, *Les délégués d'atelier aux usines Renault*, in: Patrick Fridenson (Hrsg.), 1914–1918. *L'autre front* (Cahiers du „Mouvement social“ 2), Paris 1977, S. 221–235
- Hatry, Gilbert, *Renault usine de guerre 1914–1918*, Paris 1978
- Hatzfeld, Henri, *Du paupérisme à la sécurité sociale 1850–1940*, 2. Aufl. Nancy 1989
- Haupt, Heinz-Gerhard u. Kocka, Jürgen, *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. 1996
- Haupt, Heinz-Gerhard u. Kocka, Jürgen, *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung*, in: Dies., *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. 1996, 9–46
- Haupt, Heinz-Gerhard, *Angestellte in der französischen Gesellschaft vor 1914. Einige einführende Bemerkungen*, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert*, Göttingen 1981, S. 112–14
- Haupt, Heinz-Gerhard, *La petite bourgeoisie en France et en Allemagne dans l'entre-deux-guerres*, in: Horst Möller, Gérard Raulet und Andreas Wirsching (Hrsg.), *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich, Deutschland* (Beihefte der FRANCIA 29), Sigmaringen 1993, S. 35–55
- Haus, Wolfgang, *Chance, Krise und Sturz der Demokratie im Berlin der Weimarer Republik*, in: Büsch u. Haus (Hrsg.), *Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik*, S. 161–281
- Hayek, Friedrich A., *Der Weg zur Knechtschaft*, hrsg. u. eingel. v. Wilhelm Röpke, Erlenbach-Zürich 1945
- Hedeler, Wladislaw, Nikolai Bucharin. „Eine neue Opposition werden Sie nicht erhalten“, in: Theodor Bergmann u. Mario Keßler (Hrsg.), *Ketzler im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus*, Mainz 1993, S. 121–139
- Hedeler, Wladislaw, *Stalin, Trotzki, Bucharin. Studien zum Stalinismus und Alternativen im historischen Prozeß*, Mainz 1994
- Heer-Kleinert, Lotte, *Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1983
- Heiber, Helmut, *Joseph Goebbels*, Berlin 1962
- Heilbronner, Oded, *The Role of Nazi Antisemitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda – A Regional Historiographical Study*, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 397–439
- Heilbronner, Oded, *Where Did Nazi Anti-Semitism Disappear to? Anti-Semitic Propaganda and Ideology of the Nazi Party, 1929–1933: A Historiographic Study*, in: *Yad Vashem Studies* 21 (1991), S. 263–286
- Heinemann, Ulrich, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983
- Heldman, Henri, *Les fils du peuple de Staline à Gorbatchev. Aristocratie ouvrière, communisme et industrialisme en France et en URSS*, Paris 1989
- Hennebique, Alain, *Albert Thomas et le régime des usines de guerre, 1915–1917*, in: Patrick Fridenson (Hrsg.), 1914–1918. *L'autre front* (Cahiers du „Mouvement social“ 2), Paris 1977, S. 111–143

- Herbert, Ulrich, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr, Werner Johe, Uwe Lohalm (Hrsg.), *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne*. Detlev Peukert zum Gedenken, (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 27), Hamburg 1991, S. 115–144
- Herlemann, Beatrix, *Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924–1933*, Wuppertal 1977
- Hertzmann, Lewis, *DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924*, Lincoln/Nebraska 1963
- Heß, Ulrich, *Antifaschistische Strategie und Taktik der KPD (1922–1923)*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 24 (1982), S. 812–823
- Hilaire, Yves-Marie, 1900–1945. *L'ancrage des idéologies*, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites en France*, 3 Bde., Paris 1992, Bd. I: *Politique*, Paris 1992, S. 519–559
- Hildebrand, Klaus, *Der deutsche Eigenweg. Über das Problem der Normalität in der modernen Geschichte Deutschlands und Europas*, in: Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Hellmuth Knütter u. Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Bonn 1987, S. 15–34
- Hildebrand, Klaus, *Das Dritte Reich (Oldenbourg Grundriß der Geschichte)*, vierte Aufl. München 1991
- Hintze, Otto, *Soziologische und geschichtliche Staatsauffassung (1929)*, in: Ders., *Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte*, hrsg. v. Gerhard Oestreich, Göttingen 1964, S. 239–305
- Hirschfeld, Gerhard u. Krumeich, Gerd (Hrsg.), *Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte N.F. 1)*, Essen 1993
- „Historiker-Streit“. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987
- Hobsbawm, Eric, *Age of the Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1994
- Hobsbawm, Eric, *Introduction: Inventing Traditions*, in: Ders. u. Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983, S. 1–14
- Hock, Klaus, *Die Gesetzgebung des Rates der Volksbeauftragten*, Pfaffenweiler 1987
- Hofer, Hermann, *Les tentations allemandes et l'esthétique fasciste dans les „mémoires“ de Brassilach et Rebattet*, in: *La littérature française sous l'occupation. Actes du Colloque de Reims (30 septembre – 1^{er} et 2 octobre 1981)*, Reims 1989, S. 43–52
- Hoffman, Stanley, *Paradoxes of the French Political Community*, in: Ders. u.a., *In Search of France. The Economy, Society, and Political System in the Twentieth Century*, New York 1965, S. 1–117
- Hohlfeld, Klaus, *Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung*, phil. Diss. Erlangen 1964
- Höhne, Roland, *Die politische Blockierung der Modernisierung im Frankreich der Zwischenkriegszeit*, in: *Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Zieburg*, hrsg. v. Hartmut Elsenhans u.a., Opladen 1989, S. 50–60
- Hoisington, William A., Jr, *Class against Class: The French Communist Party and the Comintern. A Study of Election Tactics in 1928*, in: *International Review of Social History* 15 (1970), S. 19–42
- Holtfrenrich, Carl-Ludwig, *Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, Berlin u. New York 1980
- Holtfrenrich, Carl-Ludwig, *Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?*, in: *Historische Zeitschrift* 235 (1982), S. 605–631
- Holtfrenrich, Carl-Ludwig, *Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 122–141

- Homburg, Heidrun, Anfänge des Taylorsystems in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Problemskizze unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitskämpfe bei Bosch 1913, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 170–194
- Homburg, Heidrun, Arbeiter, Gewerkschaften und Streikbewegungen in Berlin 1919–1932. Ein Überblick, in: Gert-Joachim Glaebner, Detlef Lehnert u. Klaus Sühl (Hrsg.), *Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin*, Berlin 1989, S. 37–64
- Homburg, Heidrun, *Le taylorisme et la rationalisation de l'organisation du travail en Allemagne 1918–1939*, in: Maurice de Montmollin u. Olivier Pastré (Hrsg.), *Le Taylorisme*, Paris 1984, S. 99–113
- Homburg, Heidrun, *Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt – Management – Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939* (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin Bd. 1), Berlin 1991
- Horn, Wolfgang, *Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933)*, Düsseldorf 1972
- Horne, John N., *Labour at War. France and Britain 1914–1918*, Oxford 1991
- Huard, Raymond, *Le suffrage universel en France 1848–1946*, Paris 1991
- Huber, Peter, Der Moskauer Apparat der Komintern: Geschäftsabteilung, Personalentscheide und Mitarbeiterbestand, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 3 (1995), S. 140–150
- Huber-Koller, Rose-Marie, *Gewerkschaften und Arbeitslose. Erfahrungen der Massenerwerbslosigkeit und Aspekte freigewerkschaftlicher Arbeitslosenpolitik in der Endphase der Weimarer Republik*, 2 Bde. Pfaffenweiler 1992
- Huber-Koller, Rose-Marie, Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie* 10 (1977), S. 89–140
- Hunley, J.D., *The Life and Thought of Friedrich Engels*, New Haven/Conn. 1991
- Hyman, Paula, *From Dreyfus to Vichy. The Remaking of French Jewry, 1906–1939*, New York 1979
- Ihl, Olivier, *La fête républicaine*, Paris 1996
- Ihla, Olaf, Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim a. Gl. 1969
- Irvine, William D., *French Conservatism in Crisis. The Republican Federation of France in the 1930s*, Baton Rouge/Louisiana 1979
- Irvine, William D., Fascism in France and the Strange Case of the Croix de Feu, in: *Journal of Modern History* 63 (1991), S. 271–295
- Jablonsky, David, *The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923–1925*, London 1989
- Jackel, Eberhard, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, erw. u. überarb. Neuausgabe Stuttgart 1981
- Jackson, Julian, *The Politics of Depression in France 1932–1936*, Cambridge 1985
- Jackson, Julian, *The Popular Front in France defending democracy, 1934–1938*, Cambridge 1988
- James, Harold, *The German Slump. Politics and Economics 1924–1936*, Oxford 1986
- Jamin, Mathilde, *Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft*, Wuppertal 1984
- Jankowski, Paul, *Communism and Collaboration: Simon Sabiani and Politics in Marseille, 1919–1944*, New Haven/Conn. 1989
- Jasper, Gotthard, *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930* (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik), Tübingen 1963
- Jeanneney, Jean-Noël, *François de Wendel en République. L'argent et le pouvoir 1914–1940*, Paris 1976

- Jeanneney, Jean-Noël, *Leçon d'histoire pour une gauche au pouvoir. La faillite du Cartel 1924–1926*, Paris 1977
- Jennings, Jeremy, Georges Sorel. *The Character and Development of his Thought*, Oxford 1985
- Jennings, Jeremy, *Syndicalism in France. A Study of Ideas*, New York 1990
- Jesse, Eckhard (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert: eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden 1996
- Jesse, Eckhard, Ernst Noltes Totalitarismusverständnis zwischen Kontinuität und Wandel, in: Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Berlin 1993, S. 216–232
- Jesse, Eckhard, Überlegungen zur weiteren Totalitarismusforschung, in: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Paderborn 1996, S. 275–284
- Joannes, Victor, *La tactique du front unique et le Parti communiste français (1922–1924)*, in: *Cahiers de l'Institut Maurice Thorez* 1971, Nr. 22, S. 43–52
- Jochmann, Werner, *Die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland 1914–1923*, in: Ders., *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 23), Hamburg 1988, S. 99–170
- Jones, Adrian, *The French Railway Strikes of January–May 1920: New Syndicalist Ideas and Emergent Communism*, in: *French Historical Studies* 12 (1981/82), S. 508–540
- Jones, Larry Eugene, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933*, Chapel Hill/N.C. 1988
- Jones, Larry Eugene, *Generational Conflict and Political Mobilization in the Weimar Republic*, in: Ders. u. James Retallack (Hrsg.), *Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives*, Cambridge 1992, S. 347–369
- Joyex, Maurice, *La pénétration policière au sein du Parti Communiste*, in: *La Rue*, Nr. 25 (1978), S. 87–98.
- Judt, Tony, *The French Socialists and the Cartel des Gauches of 1924*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 199–215
- Judt, Tony, *Une historiographie pas comme les autres: The French Communists and their History*, in: *European Studies Review* 12 (1982), S. 445–477
- Juillard, Jacques u. Sand, Shlomo (Hrsg.), *Georges Sorel et son temps*, Paris 1985
- Juillard, Jacques, *Autonomie ouvrière. Études sur le syndicalisme d'action directe*, Paris 1988
- Juillard, Jacques, *Clemenceau briseur des grèves* (Collection „Archives“), Paris 1965
- Juillard, Jacques, *Sur un fascisme imaginaire: à propos d'un livre de Zeev Sternhell*, in: *Annales ESC* 39 (1984), S. 849–861, wiederabgedr. in: Ders., *Autonomie ouvrière. Études sur le syndicalisme d'action directe*, Paris 1988, S. 269–284
- Juillard, Jacques, *Fernand Pelloutier et les origines du syndicalisme d'action directe*, Paris 1971
- Jung, Otmar, „Da gelten Paragraphen nichts, sondern da gilt lediglich der Erfolg...“ *Noskes Erschießungsbefehl während des Märzauflandes in Berlin 1919 – rechtshistorisch betrachtet*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* Nr. 45 (1/1989), S. 51–79
- Kaelble, Hartmut u.a., *Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1978
- Kaelble, Hartmut, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991
- Karl, Heinz u. Kücklich, Erika, *Zum Kampf der KPD für die antifaschistische Einheitsfront im Bezirk Berlin-Brandenburg im Frühjahr 1932*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 5 (1963), S. 861–880
- Kater, Michael H., *Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 bis 1939*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 17 (1977), S. 127–174

- Kater, Michael H., Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 217–243
- Kater, Michael H., Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Strasser, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 22 (1974), S. 148–190
- Kater, Michael H., Die „Technische Nothilfe“ im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 30–78
- Kaufmann, Bernd u.a., *Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937*, Berlin 1993
- Kerbs, Diethart und Stahr, Henrick (Hrsg.), Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien, Berlin 1992
- Kershaw, Ian, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, 2. Aufl. Reinbek bei Hamburg 1994
- Kershaw, Ian, „Working towards the Führer“. Reflections on the Nature of the Hitler Dictatorship, in: *Contemporary European History* 2 (1993), S. 103–118
- Kersten, Michael, *Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern*, Mainz 1994
- Kessel, Eberhard, Adolf Hitler und der Verrat am Preußentum, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 46 (1961), S. 649–661
- Kesting, Hanno, *Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg. Deutungen der Geschichte von der Französischen Revolution bis zum West-Ost-Konflikt*, Heidelberg 1959
- Keffler, Heinrich, Wilhelm Stapel als politischer Publizist. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Nationalismus zwischen den beiden Weltkriegen, Nürnberg 1967
- Kingston, Paul J., *Anti-semitism in France during the 1930s: Organisations, Personalities and Propaganda*, Hull 1983
- Kinner, Klaus, *Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917–1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD*, Berlin (Ost) 1982
- Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37), Stuttgart 1978
- Klepsch, Thomas, *Nationalsozialistische Ideologie. Eine Beschreibung ihrer Struktur vor 1933 (Studien zum Nationalsozialismus 2)*, Münster 1990
- Kluge, Ulrich, *Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch (Neue Historische Bibliothek)*, Frankfurt/M. 1985.
- Kluge, Ulrich, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 14)*, Göttingen 1975
- Knobel, Marc, Doriot, le PPF et les Juifs, in: *Le Monde juif* 44 (1988), S. 119–130
- Koch, Hannsjoachim, *Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918–1923*, Frankfurt/M. 1978
- Koch-Baumgarten, Sigrid, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 6)*, Frankfurt/M. u. New York 1986
- Kocka, Jürgen, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890–1940 im internationalen Vergleich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 25)*, Göttingen 1977
- Kocka, Jürgen, Deutsche Identität und historischer Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1988, B 40–41, S. 15–28
- Kocka, Jürgen, *Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer*, Göttingen 1981
- Kocka, Jürgen, *Historische Komparatistik in Deutschland*, in: Haupt, Heinz-Gerhard u. Kocka, Jürgen, *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. 1996, S. 47–60
- Kocka, Jürgen, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 8)*, Göttingen 1973
- Koebner, Thomas u.a., „Mit uns zieht die neue Zeit.“ *Der Mythos Jugend*, Frankfurt/M. 1985

- Koenen, Andreas, *Der Fall Carl Schmitt: Sein Aufstieg zum „Kronjuristen des Dritten Reiches“*, Darmstadt 1995
- Kolb, Eberhard, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 23), Düsseldorf 1962
- Kolb, Eberhard, *Die Weimarer Republik* (Oldenbourg Grundriß der Geschichte), 2. Aufl. München 1988
- Kolboom, Ingo, *Wie modern war die Dritte Republik? Von der „Zerstörung der republikanischen Synthese“ zur „Revision der blockierten Gesellschaft“*, in: *Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Zieburg*, hrsg. v. Hartmut Eilsenhans u.a., Opladen 1989, S. 61–72
- Könke, Günter, *Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat 1924–1932*, Stuttgart 1987
- Könnemann Erwin u. Krusch, Hans-Joachim, *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse*, Berlin (Ost) 1972
- Könnemann, Erwin, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918–1920)*, Berlin (Ost) 1971
- Konrad, Helmut u. Schmidlechner, Karin M. (Hrsg.), *Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen*, Wien u. Köln 1991
- Kontos, Silvia, *Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1979
- Kösling, Peer, *Die Sicht auf Engels' „Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich 1848–1850“ – ein Prüfstein für den akademischen, historisch-kritischen Charakter des Bandes I/32 der MEGA*, in: *Studien zum Werk von Marx und Engels, Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge* 1991, S. 79–88
- Kößler, Reinhart, *Zwischen evolutionistischem Determinismus und Voluntarismus? Versuch über Lenins „theoretische Tat“ 1917*, in: *Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keffler u. Gert Schäfer (Hrsg.), Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive*, Mainz 1994, S. 33–41
- Kowalsky, Wolfgang u. Schroeder, Werner (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen 1994
- Kozlov, N. u. Weitz, Eric D., *Reflections on the Origins of the „Third Period“: Bukharin, the Comintern, and the political Economy of Weimar Germany*, in: *Journal of Contemporary History* 24 (1989), S. 387–410
- Krabbe, Wolfgang (Hrsg.), *Politische Jugend in der Weimarer Republik*, Bochum 1994
- Krabbe, Wolfgang, *Die Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei*, in: *German Studies Review* 17 (1994), S. 9–32
- Krabbe, Wolfgang, *Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918–1933)*, Opladen 1995
- Kratzenberg, Volker, *Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934*, Frankfurt/M. u.a. 1987
- Krause, Hartfried, *USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Frankfurt/M. u. Köln 1975
- Krengel, Jochen, *Das Wachstum der Berliner Bekleidungsindustrie vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 27 (1978), S. 206–237
- Krengel, Jochen, *Die Arbeiterschaft in der Berliner Bekleidungsindustrie. Versuch einer sozialstatistischen Analyse (1870–1914)*, in: *Hans Pohl (Hrsg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (Industrielle Welt 26)*, Stuttgart 1978, S. 118–131

- Kriegel, Annie, *Communisme au miroir français. Temps, cultures et sociétés en France devant le communisme*, Paris 1974
- Kriegel, Annie (avec la collaboration de Guillaume Bourgeois), *Les communistes français dans leur premier demi-siècle 1920–1970*, Paris 1985
- Kriegel, Annie, *Le Congrès de Tours (1920). Naissance du Parti communiste français* (Collection Archives), Paris 1964
- Kriegel, Annie, *La croissance de la C.G.T. 1918–1921*, Paris 1966
- Kriegel, Annie, L'historiographie du communisme français entre 1970 et 1984, in: Dies., *Les communistes français dans leur premier demi-siècle 1920–1970*, Paris 1985, S. 383–393
- Kriegel, Annie, L'historiographie du communisme français: premier bilan et orientations de recherches (1970), in: Dies., *Les communistes français dans leur premier demi-siècle 1920–1970*, Paris 1985, S. 371–382
- Kriegel, Annie, Lénine et le mouvement zimmerwaldien français, in: Dies., *Le pain et les roses*, Paris 1968, S. 145–155
- Kriegel, Annie, L'opinion publique française et la révolution russe, in: Victor Fay (Hrsg.), *La Révolution d'Octobre et le Mouvement ouvrier européen*, Paris 1967, S. 75–104
- Kriegel, Annie, *Aux origines du communisme français 1914–1920*, 2 Bde., Paris 1964
- Kriegel, Annie, *Le pain et les roses. Jalons pour une histoire des socialismes*, Paris 1968
- Kriegel, Annie, *Le Parti communiste français sous la Troisième République (1920–1939). Évolution de ses effectifs*, in: *Revue Française de Science Politique* 16 (1966), S. 5–35
- Kriegel, Annie, *Structures d'organisation et mouvement des effectifs du Parti Communiste Français entre les deux guerres*, in: *International Review of Social History* 11 (1966), S. 335–361
- Kroll, Frank-Johtar, *Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44 (1996), S. 327–353
- Kruck, Alfred, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte 3), Wiesbaden 1954
- Krumreich, Gerd, *Jeanne d'Arc in der Geschichte. Historiographie – Politik – Kultur*, Sigmaringen 1989
- Kruppa, Bernd, *Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928*, Berlin 1988
- Kücklich, Erika u. Weber, Stefan, *Die Rolle der Betriebszellen der KPD in den Jahren der Weimarer Republik*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 22 (1980), S. 116–130
- Kühnl, Reinhard, *Die nationalsozialistische Linke 1925–1930* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 6), Meisenheim am Glan 1966
- Kuisel, Richard F., *Capitalism and the State in Modern France. Renovation and economic management in the twentieth century*, Cambridge 1981
- Kulturpolitisches Wörterbuch, 2. Aufl. Berlin (Ost) 1970
- Kupferman Fred u. Machefer, Philippe, *Presse et politique dans les années trente: le cas du „Petit Journal“*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 22 (1975), S. 7–51
- Kurz, Thomas, *„Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929*, Berlin u. Bonn 1988
- Laloum, Jean, *La France antisémite de Darquier de Pellepoix*, Paris 1979
- Lang, Jochen von, *Und willst du nicht mein Bruder sein... Der Terror in der Weimarer Republik*, Wien u. Darmstadt 1989
- Lange, Karl, *Marneschlacht und deutsche Öffentlichkeit 1914–1939. Eine verdrängte Niederlage und ihre Folgen*, Düsseldorf 1974
- Langels, Otto, *Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe „Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928*, Frankfurt/M., Bern, New York 1984

- Lankheit, Klaus, „Für uns Nationalsozialisten muß das eine warnende Lehre sein.“ Hitler, Legalität und österreichische Heimwehr 1928–1931, Unveröffentlichtes Manuskript 1996
- Laubscher, Gerhard, Die Opposition im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 1918–1923, Frankfurt/M. 1979
- Launay, Michel, La C.F.T.C. Origines et développement 1919–1940, Paris 1986
- Lavau, Georges/Grunberg, Gérard/Mayer, Nonna (Hrsg.), L'univers politique des classes moyennes, Paris 1983
- Le séminaire des historiens communistes, 14–15 octobre, in: Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez, n.s. 2, 1973, S. 96–119
- Lefranc, Georges, Histoire du Front Populaire (1934–1938), Paris 1965
- Lefranc, Georges, Le mouvement socialiste sous la Troisième République (1875–1940), Paris 1963
- Lefranc, Georges, Le mouvement syndical sous la Troisième République, Paris 1967
- Lehnert, Detlef u. Megerle, Klaus (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1990
- Lehnert, Detlef u. Megerle, Klaus, Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, in: Dirk Berg-Schlösser und Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung (PVS Sonderheft 18), Opladen 1987, S. 80–95
- Lehnert, Detlef, Das „rote“ Berlin. Hauptstadt der deutschen Arbeiterbewegung, in: Gert-Joachim Glaßner, Detlef Lehnert u. Klaus Sühl (Hrsg.), Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989, S. 1–36
- Lehnert, Detlef, Die Revolution als Lohnbewegung? Arbeitskämpfe und Massenaktivierung im Handlungsfeld von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Berlin 1918/19, in: Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner (Hrsg.), Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen, Wien u. Köln 1991
- Lehnert, Detlef, Fragmentierte Gesellschaft und moderne Massenbewegungen. Zur politischen Kultur der Berliner Republikzeit, in: Peter Alter (Hrsg.), im Banne der Metropolen. Berlin und London in den zwanziger Jahren, Göttingen 1993, S. 196–218
- Lehnert, Detlef, Kommunale Politik, Parteiensystem und Interessenkonflikte in Berlin und Wien 1919–1932. Wohnungs-, Verkehrs- und Finanzpolitik im Spannungsfeld von städtischer Selbstverwaltung und Verbandseinflüssen, Berlin 1991
- Lehnert, Detlef, Propaganda des Bürgerkrieges? Politische Feindbilder in der Novemberrevolution als mentale Destabilisierung der Weimarer Demokratie, in: Ders. u. Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 61–101
- Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt/M. 1983
- Lemmons, Russel, Goebbels and Der Angriff, Lexington/Kentucky 1994
- Lenk, Kurt, Schmitts „Dezisionismus“ (1971), in: Ders., Rechts wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus, Baden-Baden 1994, S. 107–117
- Lenk, Kurt, Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart u.a. 1971
- Lepsius, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), wiederabgedr. in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50
- Lesscher, S.C., Employées des grands magasins à Paris (avant 1914), in: Le Mouvement social 105 (1978), S. 109–126

- Leßmann, Peter, *Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf*, Düsseldorf 1989
- Levey, Jules, *Georges Valois and the Faisceau: The Making and Breaking of a Fascist*, in: *French Historical Studies* 8 (1973–1974), S. 279–304
- Lévy, Bernard-Henri, *L'idéologie française*, Paris 1981
- Lewek, Peter, *Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918–1927* (VSWG Beihefte 104), Stuttgart 1992
- Liang, Hsi-Huey, *Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 47), Berlin 1977
- Liebe, Werner, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 8), Düsseldorf 1956
- Lieber, Hans-Joachim, *Ideologie. Eine historisch-systematische Einführung*, Paderborn u.a. 1985
- Lietzmann, Hans J., *Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur. Carl Joachim Friedrichs Totalitarismustheorie*, in: Alfons Söllner, Ralf Walkenhaus u. Karin Wicland (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 174–192
- Limoré, Yagil, *La propagande et la formation de l'homme nouveau sous Vichy*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 45, no. 180 (octobre 1995), S. 107–129
- Linz, Juan, *Crisis, Breakdown, and Reequilibration* (The Breakdown of Democratic Regimes, Bd. 1), Baltimore u. London 1978
- Lohalm, Uwe, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923*, Hamburg 1970
- Longerich, Peter, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989
- Lönne, Karl-Figon, *Faschismus als Herausforderung. Die Auseinandersetzung der „Roten Fahne“ und des „Vorwärts“ mit dem italienischen Faschismus 1920–1933*, Köln u. Wien 1981
- Lösche, Peter u. Walter, Franz, *Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarergemeinschaftlicher Höhepunkt?* in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 511–536
- Lösche, Peter u. Walter, Franz, *Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu*, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990, S. 161–187
- Lösche, Peter, *Anarchismus* (Beiträge der Forschung 66), Darmstadt 1977
- Lösche, Peter, *Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie 1903–1920* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 29), Berlin 1967
- Loubet del Bayle, Jean-Louis, *Les non-conformistes des années 30. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, Paris 1969
- Loupan Victor u. Lorrain, Pierre, *L'argent de Moscou. L'histoire la plus secrète du PCF*, Paris 1994
- Löwenthal, Richard, *Bonn und Weimar: Zwei deutsche Demokratien*, in: Heinrich A. Winkler, *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953* (= *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 5), Göttingen 1979, S. 9–25
- Löwenthal, Richard, *The Bolshevisation of the Spartacus League*, in: David Footman (Hrsg.), *International Communism*, London 1960, S. 23–71
- Löwenthal, Richard, *Vom Ausbleiben der Revolution in Industriegesellschaften*, in: *Historische Zeitschrift* 232 (1981), S. 1–24
- Lübbe, Hermann, *Terror. Über die ideologische Rationalität des Völkermords*, in: Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Berlin 1993, S. 304–311

- Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935 (Studien zur Zeitgeschichte 26), München 1985
- Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 3: 1. Weltkrieg, und Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985
- Lüsebrink, Hans-Jürgen und Reichardt, Rolf, Die „Bastille“. Zur Symbolgeschichte von Herrschaft und Freiheit, Frankfurt/M. 1990
- Luther, Karl-Heinz, Die nachrevolutionären Machtkämpfe in Berlin, November 1918 bis März 1919, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 8 (1959), S. 187–221
- Luz, Rudolf, KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919–1922/23. Ein Beitrag zur Krisen-, Staats- und Strategiediskussion der KPD und zur Analyse der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Konstanz 1987
- MacDonald, Stephen C., A German Revolution. Local Change and Continuity in Prussia, 1918–1920, New York u. London 1991
- Machefer, Philippe, Aspects de l'activité du „Progrès Social Français“ pendant la seconde guerre mondiale, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 15, No. 58 (avril 1965), S. 35–56
- Machefer, Philippe, Les Croix de feu devant l'Allemagne, in: La France et l'Allemagne 1932–1936. Communications présentées au Colloque franco-allemand tenu à Paris du 10 au 12 mars 1977, Paris 1980, S. 109–129
- Machefer, Philippe, Ligues et fascismes en France 1919–1939, Paris 1974
- Machefer, Philippe, Le Parti Social Français en 1936–1937, in: L'Information historique, 34^e année, Nr. 1 (jan./févr. 1972), S. 74–80
- Machefer, Philippe, Le Parti Social Français, in: René Rémond u. Janine Bourdin (Hrsg.), La France et les français en 1938/1939, Paris 1978, S. 307–326
- Machefer, Philippe, Les Syndicats professionnels français, 1936–1939, in: Le Mouvement social, No. 119 (1982), S. 91–112
- Machefer, Philippe, L'Union des droites, le P.S.F. et le Front de la Liberté, 1936–1937, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 17 (1970), S. 112–126
- Magraw, Roger, A History of the French Working Class Bd. II: Workers and the Bourgeois Republic, Oxford 1992
- Magri, Susanne, Le logement et l'habitat populaires de la fin du XIX^e siècle à la seconde guerre mondiale, in: Fourcaut (Hrsg.), Un siècle de banlieue, S. 106–129
- Mai, Gunther, „Wenn der Mensch Hunger hat, hört alles auf.“ Wirtschaftliche und soziale Ausgangsbedingungen der Weimarer Republik (1914–1924), in: Werner Abelshäuser (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft (VSWG Beiheft 81), Stuttgart 1987, S. 33–62
- Mai, Gunther, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 573–613
- Maier, Charles S., Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I, 2. Aufl. Princeton/N.J. 1988
- Maier, Charles S., Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren: Errungenschaften und Defekte, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, S. 195–213
- Maier, Hans, „Totalitarismus“ und „politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1995), S. 387–406
- Maier, Hans (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996
- Maitron, Jean, Le mouvement anarchiste en France, 2 Bde. Paris 1975

- Malatesta, Maria, Georges Sorel devant la guerre et le bolchevisme, in: Juillard, Jacques u. Sand, Shlomo (Hrsg.), Georges Sorel et son temps, Paris 1985, S. 101–122
- Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996
- Mallmann, Klaus-Michael, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 5–31
- Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, 3. Aufl. Frankfurt/M. u.a. 1990
- Marchand, Bernard, Paris, histoire d'une ville XIXe-XXe siècle, Paris 1993
- Marcou, Lilly, La III^e Internationale et le problème de la guerre. Bilan historiographique, in: Les Internationales et le problème de la guerre au XX^e siècle. Actes du colloque organisé par l'École française de Rome..., Rome 22–24 novembre 1984, Rom 1987, S. 27–50
- Margairaz, Michel, L'État, les finances et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952, 2 Bde., Paris 1991
- Marrus, Michaël u. Paxton, Robert O., Vichy et les juifs, Paris 1981
- Martens, Stefan, Alexandre Millerand. Der Mann zwischen Clemenceau und Poincaré, in: Historische Mitteilungen 5 (1992), Heft 1, S. 96–113
- Materna, Ingo, Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin (Ost) 1978
- Mauch, Hans-Joachim, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“, Frankfurt/M. 1982
- Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986
- Mayer, Nonna, La boutique contre la gauche, Paris 1986
- Mayeur, Jean-Marie, La vie politique sous la Troisième République 1870–1940, Paris 1984
- Mazgaj, Paul, The Action Française and Revolutionary Syndicalism, Chapel Hill/N.C. 1979
- Mélanges d'histoire sociale offerts à Jean Maitron, Paris 1976
- Meran, Josef, Theorien in der Geschichtswissenschaft. Die Diskussion über die Wissenschaftlichkeit der Geschichte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 66), Göttingen 1985
- Merkel, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925–1933, in: Wolfgang Mommsen u. Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 10), Stuttgart 1982, S. 422–440
- Merkel, Peter H., Political Violence under the Swastika. 581 Early Nazis, Princeton/N.J. 1975
- Merkel, Peter H., The Making of a Stormtrooper, Princeton/N.J. 1980
- Merlio, Gilbert (Hrsg.), Ni gauche ni droite: les chassés croisés idéologiques des intellectuels français et allemands dans l'entre-deux-guerres, Talence 1995
- Merz, Kai Uwe, Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917–1921, Berlin u. Frankfurt/M. 1995
- Meschkat, Klaus, Die Pariser Kommune von 1871 im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung, Berlin 1965
- Micaud, Charles, The French Right and Nazi Germany 1933–1939, 2. Aufl. New York 1964
- Michaelis, Meir, Anmerkungen zum italienischen Totalitarismusbegriff. Zur Kritik der Thesen Hannah Arendts und Renzo de Felices, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 62 (1982), S. 270–302
- Michaelis, Meir, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922–1945, Oxford 1978
- Michel Winock, L'Action Française, in: Ders. (Hrsg.), Histoire de l'extrême droite en France, Paris 1993, S. 125–156
- Mieck, Ilja/Möller, Horst/Voss, Jürgen (Hrsg.), Paris und Berlin in der Revolution 1848, Sigmaringen 1995

- Miller, Susanne, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 53), Düsseldorf 1974
- Miller, Susanne, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 63), Düsseldorf 1978
- Millman, Richard, *La question juive entre les deux guerres. Lignes de droite et antisémitisme en France*, Paris 1992
- Milner, Susan, *The Dilemmas of Internationalism. French Syndicalism and the International Labour Movement 1900–1914*, Oxford u. New York 1990
- Milza, Pierre u. Berstein, Serge (Hrsg.), *Dictionnaire historique des fascismes et du nazisme*, Brüssel 1992
- Milza, Pierre, *Fascisme français. Passé et présent*, Paris 1987
- Mock, Wolfgang, „Manipulation von oben“ oder Selbstorganisation an der Basis? Einige neue Ansätze in der englischen Historiographie zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs, in: *Historische Zeitschrift* 232 (1981), S. 358–375
- Mogge, Winfried, *Wandervogel, Freideutsche Jugend und Bünde. Zum Jugendbild der bürgerlichen Jugendbewegung*, in: *Koebner, Janz u. Trommler (Hrsg.), Mythos Jugend*, S. 174–198
- Mohler, Armin, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 3. Aufl. Darmstadt 1989
- Mohrmann, Walter, *Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1972
- Molinari, Jean-Paul, *Les ouvriers communistes. Sociologie de l'adhésion ouvrière au PCF*, Thonon-les-Bains 1991
- Möller, Horst, *Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 30 (1982), S. 1–26
- Möller, Horst, Ernst Nolte und das „Libérale System“, in: *Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Berlin 1993, S. 57–72
- Möller, Horst, *Folgen und Lasten des verlorenen Krieges. Ebert, die Sozialdemokratie und der nationale Konsens* (Kleine Schriften der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 8), Heidelberg 1991
- Möller, Horst, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932* (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), Düsseldorf 1985
- Möller, Horst, *Verwaltungsstaat und parlamentarische Demokratie: Preußen 1919–1932*, in: *Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 73), Düsseldorf 1983, S. 149–180
- Möller, Horst, *Weimar. Die unvollendete Demokratie* (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit), 4. Aufl. München 1993
- Möller, Horst/Ralet, Gérard/Wirsching, Andreas (Hrsg.), *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich, Deutschland* (Beihefte der FRANCIA 29), Sigmaringen 1993
- Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974
- Mommsen, Hans u. Schulze, Winfried (Hrsg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme der Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981
- Mommsen, Hans, *Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik*, in: *Thomas Koebner u.a., „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend*, Frankfurt/M. 1985, S. 50–67
- Mommsen, Wolfgang J., *Die deutsche Revolution 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 362–391

- Mommsen, Wolfgang u. Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 10), Stuttgart 1982
- Monier, Frédéric, Les obsessions d'Henri Béraud, in: Vingtième Siècle, No 40 (octobre-décembre 1993), S. 62–74
- Monjauvis, Lucien, Jean-Pierre Timbaud, Paris 1971
- Monnet, François, Refaire la République. André Tardieu, une dérive réactionnaire (1876–1945), Paris 1993
- Montmollin, Maurice de u. Pastré, Olivier (Hrsg.), Le Taylorisme, Paris 1984
- Morceau, Patrick, Nationalsozialisten von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930–1935 (Studien zur Zeitgeschichte 28), Stuttgart 1984
- Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32), Düsseldorf 1966
- Mosse, George L., Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, in: Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 127–139
- Mosse, George L., Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegung in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt/M. u. Berlin 1976 (zuerst engl. 1975)
- Mosse, George L., Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, 2. dt. Auflage Frankfurt/M. 1991 (1. Aufl. u.d.T. Ein Volk – ein Reich – ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus, Königstein/Ts. 1979, zuerst englisch 1964)
- Mosse, George L., Masses and Man. Nationalist and Fascist Perceptions of Reality, Detroit/Michigan 1987
- Mosse, George L., Towards a General Theory of Fascism, in: Ders. (Hrsg.), International Fascism: New Thoughts and New Approaches, London u. Beverly Hills/Calif. 1979, S. 1–44
- Mottez, Bernard, Systèmes de salaire et politiques patronales. Essai sur l'évolution des pratiques et des idéologies patronales, Paris 1966
- Mouré, Kenneth, Managing the Franc Poincaré. Economic understanding and political constraint in French monetary policy, 1928–1936, Cambridge 1991
- Moutet, Aimée, Les origines du système Taylor en France (1907–1914), in: Le Mouvement social, No. 93 (oct.-déc. 1975), S. 15–49
- Moutet, Aimée, La Première Guerre mondiale et le taylorisme, in: Maurice de Montmollin u. Olivier Pastré (Hrsg.), Le Taylorisme, Paris 1984, S. 67–81
- Müller, Dirk H., Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985
- Müller, Johann-Baptist, Kommunismus und Nationalsozialismus. Ein sozio-ökonomischer Vergleich, in: Greiffenhagen, Kühnl, Müller, Totalitarismus, S. 61–96
- Müller, Klaus-Jürgen u. Opitz, Eckardt (Hrsg.), Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978
- Müller, Klaus-Jürgen, Ambition, argent et protestation. Remarques sur un phénomène d'extrémisme dans la France de l'entre-deux-guerres, in: Gilbert Merlio (Hrsg.), Ni gauche ni droite: les chassés-croisés idéologiques des intellectuels français et allemands dans l'entre-deux-guerres, Talence 1995, S. 229–244
- Müller, Klaus-Jürgen, Betrachtungen zum Deutschlandbild der französischen extremen Rechten, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den

- Nationalsozialismus, Bd. I: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa, Hamburg 1986, S. 469–488
- Müller, Klaus-Jürgen, French Fascism and Modernization, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 75–107
- Müller, Klaus-Jürgen, Protest – Modernisierung – Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934, in: *FRANCIA* 8 (1980), S. 465–524
- Müller, Werner, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988
- Murphy, Francis J., Communists and Catholics in France, 1936–1939. The Politics of the Outstretched Hand, Gainesville/Florida 1989
- Nation, R. Craig, War on War: Lenin, the Zimmerwald Left, and the origins of communist internationalism, Durham (USA) 1989
- Naumann, Michael, Strukturwandel des Heroismus. Vom sakralen zum revolutionären Heldentum, Königstein/Ts. 1984
- Nelson, Daniel, Frederick W. Taylor and the Rise of Scientific Management, Madison/Wisc. 1980
- Néré, Jacques, Le problème du mur d'argent. Les crises du franc (1924–1926), Paris 1985
- Nettl, Peter, Rosa Luxemburg, Köln u. Berlin 1969 (zuerst engl. 1966)
- Newman, Karl J., Zerstörung und Selbsterstörung der Demokratie. Europa 1918–1938, Köln u. Berlin 1965
- Nguyen, Victor, Aux origines de l'Action Française. Intelligence et politique à l'aube du XX^e siècle, Paris 1991
- Nicolet, Claude, L'idée de République en France. Essai d'histoire critique, Paris 1982
- Nipperdey, Thomas, Der Faschismus in seiner Epoche. Zu den Werken von Ernst Nolte zum Faschismus, in: *Historische Zeitschrift* 210 (1970), S. 620–638
- Nipperdey, Thomas, Jugend und Politik um 1900, in: Walter Rüegg (Hrsg.), *Kulturkritik und Jugendkult*, Frankfurt/M. 1974, S. 87–114
- Nipperdey, Thomas/Doering-Manteuffel, Anselm/Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Berlin 1993
- Noack, Paul, Carl Schmitt. Eine Biographie, Frankfurt/M. 1993
- Nobécourt, Jacques, Le colonel de La Rocque 1885–1946 ou les pièges du nationalisme chrétien, Paris 1996
- Nocken, Ulrich, Weimarer Geschichte(n). Zum neuen amerikanischen Buch „Collapse of the Weimar Republic“, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 71 (1984), S. 505–527
- Noiriel, Gérard, Le creuset français: histoire de l'immigration, XIX^e – XX^e siècles, Paris 1988
- Nolte, Ernst, „Epoche des Faschismus“. Sinn und Konsequenz eines Begriffs (zuerst 1976), wiederabgedr. in: Ders., *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg*, S. 193–208
- Nolte, Ernst, Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt/M. 1987
- Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, 6. Aufl. München 1984
- Nolte, Ernst, Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts 4), München 1966
- Nolte, Ernst, Geschichtsdenken im 20. Jahrhundert. Von Max Weber bis Hans Jonas, Berlin u. Frankfurt/M. 1991
- Nolte, Ernst, Die historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie: Ärgernis oder Einsicht?, in: *Zeitschrift für Politik* 43 (1996), S. 111–122
- Nolte, Ernst, Kapitalismus – Marxismus – Faschismus (zuerst 1973), wiederabgedr. in: Ernst Nolte, *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964–1976*, Stuttgart 1977

- Nolte, Ernst, *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964–1976*, Stuttgart 1977
- Nolte, Ernst, *Marxismus und Industrielle Revolution*, Stuttgart 1983
- Nolte, Ernst, *Marxismus und Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 389–417
- Nolte, Ernst, *Zur Phänomenologie des Faschismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 10 (1962), S. 373–407
- Nolte, Ernst, *Philosophische Geschichtsschreibung heute?*, in: *Historische Zeitschrift* 242 (1986), S. 265–289
- Nolte, Ernst, *Vergangenheit, die nicht vergehen will* (1986), in: „Historiker-Streit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 39–47
- Nora, Pierre, *Das Abenteuer der Lieux de mémoire*, in: Étienne François, Hannes Siegrist u. Jakob Vogel (Hrsg.), *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 83–92
- Nora, Pierre, *Entre Mémoire et Histoire. La problématique des lieux*, in: Ders (Hrsg.), *Lieux de mémoire I: La République*, Paris 1984, S.XVII–XLI
- Nora, Pierre (Hrsg.), *Les Lieux de mémoire*, 3 Bde. (in 7), Paris 1984–1992
- Nord, Philip, *Paris Shopkeepers and the Politics of Resentment*, Princeton/N.J. 1986
- Nußner, Horst G.W., *Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933 mit einer Biographie von Forstrat Georg Fischerich*, Bd. I, München 1973
- Oertel, Thomas, *Horst Wessel. Untersuchung einer Legende*, Köln 1988
- Oertzen, Peter von, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19*, 2. erw. Auflage Bonn u. Berlin 1976
- Oltmann, Joachim, *Das Paradiespferd der Totalitarismustheorie. Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 27 (1982), S. 1374–1390
- Opel, Fritz, *Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution* (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 20), 4. Aufl. Köln 1980
- Orlow, Dietrich, *Preußen und der Kapp-Putsch*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 191–236
- Orlow, Dietrich, *The History of the Nazi Party: 1919–1933*, Pittsburgh/Pennsylvania 1969
- Orlow, Dietrich, *Weimar Prussia 1918–1925. The Unlikely Rock of Democracy*, Pittsburgh/Pennsylvania 1986
- Ory, Pascal, *Les collaborateurs 1940–1945*, 2. Aufl. Paris 1980
- Overesch, Manfred, *Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht*, Bonn 1992
- Ozouf, Mona, *La fête révolutionnaire 1789–1799*, Paris 1976
- Papayanis, Nicholas, *Alphonse Merrheim. The Emergence of Reformism in Revolutionary Syndicalism 1871–1925*, Dordrecht 1985
- Papayanis, Nicholas, *Masses révolutionnaires et directions réformistes: les tensions au cours des grèves des métallurgistes français en 1919*, in: *Le Mouvement social* Nr. 93 (octobre-décembre 1975), S. 51–73
- Passmore, Kevin, *The French Third Republic: Stalemate Society or Cradle of Fascism?*, in: *French History* 7 (1993), S. 417–449
- Paul, Gerhard, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990
- Paul, Gerhard, *Der Sturm auf die Republik und der Mythos vom „Dritten Reich“. Die Nationalsozialisten*, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 255–279

- Paul, Gerhard, Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkrieges 1932, in: Diethart Kerbs und Henrick Stahr (Hrsg.), Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien, Berlin 1992, S. 27–55
- Payne, Stanley G., *Fascism. Comparison and Definition*, Madison/Wisc. 1980
- Payne, Stanley G., *A History of Fascism, 1914–1945*, London 1995
- Pennetier, Claude u. Viet-Depaule, Nathalie, Les municipalités et l'évolution politique et sociale des communes de banlieue (milieu XIX^e siècle – milieu XX^e siècle), in: Fourcaut (Hrsg.), *Siècle de banlieue parisienne*, S. 189–209
- Pérez, Didier, „La Guerre civile“ n'aura pas lieu, in: Mélusine. Cahiers du Centre de Recherches sur le Surréalisme XI (1990), S. 87–100
- Péru, Gabriel, Du village à la cité ouvrière, Drancy, 1896–1936. Eléments démographiques, politiques et sociaux, vie municipale, Mémoire de maîtrise histoire, Paris I, 1978
- Peschanski, Denis, *Et pourtant ils tournent. Vocabulaire et stratégie du PCI 1934–1936*, Paris 1988
- Petersen, Jens, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Manfred Funke (Hrsg.), *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978, S. 105–128
- Petzina, Dietmar u. Abelshäuser, Werner, Zum Problem der relativen Stagnation in der deutschen Wirtschaft der zwanziger Jahre, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina u. Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 57–76
- Petzina, Dietmar, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977
- Petzina, Dietmar, The Extent and Causes of Unemployment in the Weimar Republic, in: Peter D. Stachura (Hrsg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London 1986, S. 29–48
- Peukert, Detlev J.K., Die Erwerbslosigkeit junger Arbeiter in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929–1933, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 72 (1985), S. 305–328
- Peukert, Detlev J.K., *Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjugend in der Weimarer Republik*, Köln 1987
- Pfahl-Traughber, Armin, *Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und Ideengeschichte der Neuzeit 9)*, Wien 1993
- Pierrard, Pierre, *Juifs et catholiques français*, Paris 1970
- Pinto, António Costa, Fascist Ideology Revisited. Zeev Sternhell and His Critics, in: *European History Quarterly* 16 (1986), S. 465–483
- Pipes, Richard, *Die Russische Revolution*, 3 Bde., Berlin 1992/93 (zuerst amerik. 1990)
- Plagnard, Pascal, L'implantation du Parti communiste français dans le XIII^e arrondissement de Paris, in: Jacques Girault (Hrsg.), *Sur l'implantation du parti communiste français dans l'entre-deux-guerres*, Paris 1977, S. 119–146
- Plessner, Helmuth, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959
- Plumyène, Jean u. Lasier, Raymond, *Les fascismes français 1923–1963*, Paris 1963
- Pohlmann, Friedrich, *Ideologie und Terror im Nationalsozialismus (Freiburger Arbeiten zur Soziologie der Diktatur 1)*, Pfaffenweiler 1992
- Pois, Robert A., Ideology, totalitarianism, and National Socialism: the historian's dilemma, in: *Societas. A Review of Social History* 8 (1978), S. 177–192
- Poliakov, Léon, *Les totalitarismes du XX^e siècle. Un phénomène historique dépassé?*, Paris 1987
- Pommerin, Reiner, Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin-Rom 1938–1943, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 646–660

- Potthoff, Heinrich, *Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 66)*, Düsseldorf 1979
- Prézeau, Jocelyne, *Le mouvement Amsterdam-Pleyel (1932–1934). Un champ d'essai du Front unique*, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes* 18 (1984), S. 85–99
- Prochasson, Christoph, *Les intellectuels, le socialisme et la guerre 1900–1938*, Paris 1993
- Prost, Antoine, *Les anciens combattants et la société française*, 3 Bde., Paris 1977
- Prost, Antoine, *Die Demobilisierung, der Staat und die Kriegsteilnehmer in Frankreich*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 178–194
- Prost, Antoine, *Jeunesse et société dans la France de l'entre-deux-guerres*, in: *Vingtième Siècle* No. 13 (janvier-mars 1987), S. 35–43
- Prost, Antoine, *Verdun*, in: Nora (Hrsg.), *Lieux de mémoire II: La nation*, Bd. 3, Paris 1986, S. 111–141
- Pudal, Bernard, *Prendre Parti. Pour une sociologie historique du PCF*, Paris 1989
- Puhle, Hans-Jürgen, *Historische Konzepte des entwickelten Industriekapitalismus. „Organisierter Kapitalismus“ und „Korporatismus“*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 165–184
- Puhle, Hans-Jürgen, *Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers*, in: Jürgen Kocka u. Thomas Nipperdey (Hrsg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte (Theorie der Geschichte 3)*, München 1979, S. 119–136
- Pyta, Wolfram, *Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 87)*, Düsseldorf 1989
- Radkau, Joachim, *Die wilhelminische Ära als nervöses Zeitalter, oder: Die Nerven als Netz zwischen Tempo- und Körpergeschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 211–241
- Raithel, Thomas, *Die innere Einheit des Kriegsbeginns als Erfahrung und Mythos in Deutschland und Frankreich 1914–1919*, erscheint 1998 in: *Francia*
- Rebentisch, Dieter, *Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik*, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), *Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele*, Berlin 1977, S. 107–157
- Rebérioux, Madeleine, *Le mur des Fédérés*, in: Nora (Hrsg.), *Lieux de mémoire I: La République*, S. 619–649
- Reichel, Edward, *Nationalismus – Hedonismus – Faschismus. Der Mythos Jugend in der französischen Politik und Literatur von 1890–1945*, in: Thomas Koebner u.a. (Hrsg.), „Mit uns zieht die neue Zeit“. *Der Mythos Jugend*, Frankfurt/M. 1985, S. 150–173
- Reichel, Peter, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1993
- Reimus, Klaus, „Das Reich muß uns doch bleiben!“ *Die nationale Rechte*, in: Lehnert u. Mejerle (Hrsg.), *Politische Identität*, S. 231–254
- Reisberg, Arnold, *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionsseinheit in Deutschland 1921–1922*, 2 Bde., Berlin (Ost) 1971
- Rémond, René u. Bourdin, Janine (Hrsg.), *Edouard Daladier. Chef du gouvernement Avril 1938–Septembre 1939*, Paris 1977
- Rémond, René, *Les droites en France*, Paris 1982
- Rémond, René, *Notre siècle 1918–1988 (Histoire de France 6)*, Paris 1988
- Reulecke, Jürgen, *Männerbund versus Familie. Bürgerliche Jugendbewegung und Familie in Deutschland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: Thomas Koebner u.a. (Hrsg.), „Mit uns zieht die neue Zeit“. *Der Mythos Jugend*, Frankfurt/M. 1985, S. 199–223
- Reulecke, Jürgen, *Zur städtischen Finanzlage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 21 (1982), S. 199–219
- Reuth, Ralf Georg, *Goebbels*, München 1990
- Revel, Jean-François, *La tentation totalitaire*, Paris 1975

- Reynaud, Jean-Daniel, *Les syndicats en France*, Bd. 1, Paris 1975
- Rhein, Catherine, *Croissance urbaine et peuplement des banlieues, emplois et structures d'emploi*, in: Annie Fourcaut (Hrsg.), *Un siècle de banlieue parisienne (1859–1964)*, Paris 1988, S. 25–47
- Ribbe, Wolfgang (Hrsg.), *Geschichte Berlins Bd. II: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart*, München 1987
- Ribcill, Georges, *Les organisations du mouvement ouvrier en France face à la rationalisation (1926–1932)*, in: Maurice de Montmollin u. Olivier Pastré (Hrsg.), *Le Taylorisme*, Paris 1984, S. 127–140
- Richardi, Hans-Günter, *Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP*, München 1991
- Rioux, Jean-Pierre, *La conciliation et l'arbitrage obligatoire des conflits du travail*, in: René Rémond u. Janine Bourdin (Hrsg.), *Édouard Daladier. Chef du gouvernement Avril 1938–Septembre 1939*, Paris 1977, S. 112–128
- Ritter Gerhard A. (Hrsg.), *Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 73)*, Düsseldorf 1983
- Ritter, Gerhard A. u. Tenfelde, Klaus, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts)*, Bonn 1992
- Ritter, Gerhard A., *Die Entstehung des Räteartikels 165 der Weimarer Reichsverfassung*, in: *Historische Zeitschrift* 258 (1994), S. 73–122
- Ritter, Gerhard A., *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, 2. Aufl. München 1991
- Rives, Jean, Gaston Doumergue. *Du modèle républicain au Sauveur Suprême*, Toulouse 1994
- Robert, Jean-Louis u. Tartakowsky, Danielle, 1921–1924: *Internationale, parti et front unique*, in: *Cahiers de l'Institut Maurice Thorez*, n.s. Nr. 1, 1972, S. 32–44
- Robert, Jean-Louis, *Chronique et réflexions: les luttes ouvrières pendant la Première Guerre mondiale*, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez*, n.s. 23 (1977), S. 28–65
- Robert, Jean-Louis, *La CGT et la famille ouvrière, 1914–1918, première approche*, in: *Le Mouvement social* 22 (1981), S. 47–66
- Robert, Jean-Louis, *Die Kommunistische Partei Frankreichs und die Frauenfrage 1920–1939*, in: *Die Frau in der Arbeiterbewegung 1900–1939, Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung („XIV. Linzer Konferenz“ 1978)*, Bd. II, Wien 1980, S. 541–565
- Robert, Jean-Louis, *Ouvriers et mouvement ouvrier parisiens pendant la grande guerre et l'immédiat après-guerre. Histoire et anthropologie*, Thèse d'État Université Paris 1, 9 Bde., 1989
- Robert, Jean-Louis, *Les ouvriers, la patrie et la Révolution. Paris 1914–1919*, Besançon 1995
- Robert, Jean-Louis, *The Parisian Strikes (August 1914–July 1919)*, in: *Annali della Fondazione Giangiacomo Feltrinelli 1990/1991: Strikes, Social Conflict and the First World War. An International Perspective*, hrsg. v. Leopold Haimson u. Giulio Sapelli, Mailand 1992, S. 29–44
- Robert, Jean-Louis, *La scission syndicale de 1921. Essai de reconnaissance des formes*, Paris 1980
- Robert, Jean-Louis, *Women and Work in France during the First World War*, in: Richard Wall u. Jay Winter (Hrsg.), *The Upheaval of War. Family, Work and Welfare in Europe, 1914–1918*, Cambridge 1988, S. 251–266
- Robricux, Philippe, *Histoire intérieure du Parti Communiste*, 4 Bde., Paris 1980–1984
- Robricux, Philippe, *Maurice Thorez. Vie secrète et vie publique*, Paris 1975
- Rodriguez, Miguel, *Le 1^{er} Mai (Collection Archives)*, Paris 1990

- Rogalla von Bieberstein, Johannes, *Die These von der Verschwörung 1776–1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1978
- Röhl, Klaus Rainer, *Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932*, Frankfurt/M. 1994
- de la Rocque, Edith u. Gilles, *La Rocque tel qu'il était*, Paris 1962
- Rosenberg, Arthur, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, hrsg. und eingeleitet von Kurt Kersten, Frankfurt/M. 1961 (Neudruck)
- Rosenberg, Hans, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967
- Rosenhaft, Eve, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933*, Cambridge 1983
- Rosenhaft, Eve, *Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1929–1933*, in: Wolfgang Mommsen u. Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 10)*, Stuttgart 1982, S. 394–421
- Rosenhaft, Eve, *Gewalt in der Politik: Zum Problem des „Sozialen Militarismus“*, in: Klaus-Jürgen Müller u. Eckardt Opitz (Hrsg.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, S. 237–259
- Rosenhaft, Eve, *Organising the „Lumpenproletariat“: Cliques and Communists in Berlin during the Weimar Republic*, in: Richard W. Evans (Hrsg.), *The German Working Class 1888–1933. The Politics of Everyday Life*, London 1982, S. 174–219
- Rosmer, Alfred, *Le mouvement ouvrier pendant la guerre*, 2 Bde., Paris 1936 u. 1956
- Rossiter, Adrian, *The Blum Government, the Conseil national économique and economic policy*, in: Martin S. Alexander u. Helen Graham (Hrsg.), *The French and Spanish Popular Fronts. Comparative perspectives*, Cambridge 1989, S. 156–170
- Roth, Guenther, *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*, Totowa 1963
- Roth, Karl Heinz, *Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland*, 4. Aufl. 1977
- Rouette, Susanne, *Frauenarbeitsarbeit in Demobilmachung und Inflation 1918–1923. Struktur und Entwicklung in Berlin*, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert (Industrielle Welt 51)*, Stuttgart 1991, S. 32–65
- Rouette, Susanne, *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 1993
- Rousselier, Nicolas, *André Tardieu et la crise du constitutionnalisme libéral (1933–1934)*, in: *Vingtième Siècle* Nr. 21 (janvier-mars 1989), S. 57–70
- Rudaux, Philippe, *Les Croix de Feu et le P.S.F.*, Paris 1967
- Rudischhauser, Sabine, *Die parlamentarischen Debatten über die Sozialpolitik der neuen Stadtgemeinde Berlin in der ersten Stadtverordnetenversammlung 1920/21*, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Beiträge zur Geschichte der Berliner Demokratie 1919–1933/1945–1985 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 65)*, Berlin 1988
- Rüegg, Walter (Hrsg.), *Kulturkritik und Jugendkult*, Frankfurt/M. 1974
- Rüffler, Klaus, *Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der „Legalitätskurs“ der NSDAP*, Frankfurt/M. 1994
- Rürup, Reinhard, *Demokratische Revolution und „dritter Weg“. Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 278–301
- Rürup, Reinhard, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19*, Wiesbaden 1968

- Russ, Wolfgang, Zwischen Protest und Resignation. Arbeitslose und Arbeitslosenbewegung in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 1 (1990), S. 23–52
- Rüthers, Bernd, Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich, München 1988
- Rutkoff, Peter M., Revanche and Revision: The Ligue des Patriotes and the Origins of the Radical Right in France, 1882–1900, Athens/Ohio 1981
- Saage, Richard, Faschismustheorien. Eine Einführung, 3. Aufl. München 1981
- Sabrow, Martin, Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69), München 1994
- Sachse, Carola, Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Hamburg 1990
- Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 24), München 1966
- Sauvy, Alfred (avec le concours d'Anita Hirsch), Histoire économique de la France entre les deux guerres, 2. Aufl., 3 Bde., Paris 1984
- Schapiro, Leonard, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt 1962
- Schapiro, Leonard, Totalitarianism, London 1972
- Scheibert, Peter, Über Lenins Anfänge, in: *Historische Zeitschrift* 182 (1956), S. 559–566
- Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt/M. u.a. 1990
- Schenk, Dietmar, Die Freideutsche Jugend 1913–1919/20. Eine Jugendbewegung in Krieg, Revolution und Krise, Münster 1991
- Schieder, Theodor, Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft, in: Ders., *Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung*, München, Wien 1965, S. 187–211
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, 2. Aufl. Göttingen 1983
- Schieder, Wolfgang, Art.: Faschismus, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*, Bd. 2, Freiburg/Basel/Wien 1968, S. 438–478
- Schlangen, Walter, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart u.a. 1976
- Schlenke, Manfred, Das „preußische“ Beispiel in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 27 (1968), S. 15–23
- Schmeer, Karlheinz, Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich, München 1956
- Schmiechen-Ackermann, Detlef, Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945, in: Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler (Hrsg.), *Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich*, München 1996, S. 253–270
- Schmiede, Rudi u. Schudlich, Edwin, Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland. Eine historisch-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1978
- Schmitz, Mathias, Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts. Entwurf und Entfaltung, Köln u. Opladen 1965
- Schneider, Dieter M., Revolutionärer Syndikalismus und Bolschewismus. Der Prozeß der ideologischen Auseinandersetzung französischer Syndikalisten mit den Bolschewiki 1914–1922, Erlangen 1974
- Schöck, Eva Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928, Frankfurt 1977
- Scholz, Robert, Die Auswirkungen der Inflation auf das Sozial- und Wohlfahrtswesen der neuen Stadtgemeinde Berlin, in: Gerald D. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich, Gerhard A. Ritter, Peter-Christian Witt (Hrsg.), *Konsequenzen der Inflation (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 67)*, Berlin 1989, S. 45–75

- Scholz, Robert, Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923, in: Manfred Gailus (Hrsg.), Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980), Berlin 1984, S. 79–124
- Schönhoven, Klaus, Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914 (Industrielle Welt 30), Stuttgart 1980
- Schor, Ralph, L'antisémitisme en France pendant les années trente, Brüssel 1992
- Schor, Ralph, L'opinion française et les étrangers en France. 1919–1939, Paris 1985
- Schorske, Carl E., German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism, 2. Aufl. New York 1972
- Schöttler, Peter, Syndikalismus in der europäischen Arbeiterbewegung. Neure Forschungen in Frankreich, England und Deutschland, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung (Sonderheft 15 der Historischen Zeitschrift), München 1986, S. 417–475
- Schüddekopf, Otto-Ernst, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, Hannover 1962
- Schüddekopf, Otto-Ernst, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960
- Schuker, Stephen A., The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill/N.C. 1976
- Schulz, Gerhard, Der „Nationale Klub von 1919“ zu Berlin. Zum politischen Zerfall einer Gesellschaft, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Osteuropas 11 (1962), S. 207–237
- Schulz, Gerhard, Faschismus – Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922–1972, Berlin u. Wien 1974
- Schulz, Gerhard, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin u. New York 1992
- Schulze, Hagen, Freikorps und Republik 1918–1920 (Militär-geschichtliche Studien 8), Boppard am Rhein 1969
- Schumann, Rosemarie, Amsterdam 1932. Der Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg, Berlin (Ost) 1985
- Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossidierten Landesherrn als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 64), Düsseldorf 1978
- Schuster, Kurt G.P., Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 55), Düsseldorf 1975
- Schweitzer, Sylvie, Des engrenages à la chaîne. Les usines Citroën 1915–1935, Lyon 1982
- Seidel, Bruno u. Jenkner, Siegfried (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung (Wege der Forschung Band CXL), Darmstadt 1974
- Seidman, Michael, Workers against Work. Labor in Paris and Barcelona during the Popular Fronts, Berkeley/Calif. 1991
- Selmeier, Franz, Das nationalsozialistische Geschichtsbild und der Geschichtsunterricht 1933–1945, Diss. phil. München 1969
- Sérant, Paul, Les dissidents de l'Action Française, Paris 1978
- Sérant, Paul, Le romantisme fasciste, Paris 1959
- Shamir, Haim, Economic Crisis and French Foreign Policy 1930–1936, Leiden 1989
- Shelah, Menachem, Kroatische Juden zwischen Deutschland und Italien. Die Rolle der italienischen Armee am Beispiel des Generals Giuseppe Amico 1941–1943, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 175–195
- Shorter, Edward u. Tilly, Charles, Strikes in France 1830–1968, Cambridge 1974
- Simard, Marc, Doumergue et la réforme de l'Etat en 1934: La dernière chance de la III^e République?, in: French Historical Studies 16 (1990), S. 576–596

- Simard, Marc, *Intellectuals, fascisme et antimodernité dans la France des années trente*, in: *Vingtième Siècle* 29 (1988), S. 55–75
- Singer-Kérel, Jeanne, *Le coût de la vie à Paris*, Paris 1961
- Sirinelli, Jean-François (Hrsg.), *Histoire des droites en France*, 3 Bde., Paris 1992
- Slater, Catherine, *Defeatists and their Enemies. Political Invective in France 1914–1918* (Oxford modern Languages and Literature Monographs), Oxford 1981
- Slavin, David H., *The French Left and the Rif War, 1924–25: Racism and the Limits of Internationalism*, in: *Journal of Contemporary History* 26 (1991), S. 5–32
- Söllner, Alfons/Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997
- Söndgen, Klaus, *Bucharinismus und Stalinisierung. Zur politischen Bedeutung N.I. Bucharins in der Übergangsperiode 1927–1929*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 43 (1995), S. 78–96
- Soucy, Robert J., *Centrist Fascism: The Jeunesses Patriotes*, in: *Journal of Contemporary History* 16 (1981), S. 349–368
- Soucy, Robert J., *French Fascism and the Croix de Feu: A Dissenting Interpretation*, in: *Journal of Contemporary History* 26 (1991), S. 159–188
- Soucy, Robert J., *French Fascism. The First Wave, 1924–1933*, New Haven/Conn. u. London 1986
- Soucy, Robert, *French Fascism, The Second Wave, 1933–1939*, New Haven/Conn. u. London 1995
- Soucy, Robert, *Fascist Intellectual. Drieu La Rochelle*, Berkeley/Calif. 1979
- Speier, Hans, *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933*, Göttingen 1977
- Spiegel, Josef, *Die Faschismuskonzeption der KPD 1929–1933. Eine Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Presse*, Münster 1986
- Stachura, Peter D., *Gregor Strasser and the Rise of Nazism*, London 1983
- Stachura, Peter D., *Nazi Youth in the Weimar Republic*, Santa Barbara/Calif. 1975
- Stachura, Peter D., *The German Youth Movement 1900–1945. An Interpretative and Documentary History*, London 1981
- Stachura, Peter D. (Hrsg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London 1986
- Stambolis, Barbara, *Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Diss. phil., Bochum 1982
- Stang, Joachim, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 101), Düsseldorf 1994
- Steinberg, Hans-Josef, *Friedrich Engels' revolutionäre Strategie nach dem Fall des Sozialistengesetzes*, in: *Friedrich Engels 1820–1970. Referate – Diskussionen – Dokumente* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 85), Hannover 1971, S. 115–126
- Steinberg, Jonathan, *Deutsche, Italiener und Juden. Der italienische Widerstand gegen den Holocaust*, Göttingen 1992 (zuerst englisch 1990)
- Stephan, Werner, *Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973
- Sternhell, Zeev, *Anatomic d'un mouvement fasciste en France: Le faisceau de Georges Valois*, in: *Revue française de Science Politique* 26 (1976), S. 5–40
- Sternhell, Zeev, *La droite révolutionnaire. Les origines françaises du fascisme 1885–1914*, Paris 1978
- Sternhell, Zeev, *Maurice Barrès et le nationalisme français*, Paris 1972
- Sternhell, Zeev, *Ni droite, ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, 2. Aufl. Brüssel 1987

- Sternhell, Zeev, *The Roots of Popular Anti-Semitism in the Third Republic*, in: Frances Malino/Bernard Wasserstein (Hrsg.), *The Jews in Modern France*, Hanover/New England 1985, S. 103–134
- Sternhell, Zeev/Sznajder, Mario/Asheri, Maia, *Naissance de l'idéologie fasciste*, Paris 1989
- Stollberg, Gunnar, *Die Rationalisierungsdebatte 1908–1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr*, Frankfurt/M. 1981
- Stolle, Uta, *Arbeiterpolitik im Betrieb. Frauen und Männer, Reformisten und Radikale, Fach- und Massenarbeiter bei Bayer, BASF, Bosch und in Solingen (1900–1933)*, Frankfurt/M. 1988
- Stovall, Tyler, *Du vieux et du neuf: économie morale et militantisme ouvrier dans les luttes contre la vie chère à Paris en 1919*, in: *Le Mouvement social* No. 170 (janvier-mars 1995), S. 85–113
- Stovall, Tyler, *The Rise of the Paris Red Belt*, Berkeley/Calif. 1990
- Stöver, Bernd, *Loyalität statt Widerstand. Die sozialistischen Exilberichte und ihr Bild vom Dritten Reich*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 437–471
- Striesow, Jan, *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922*, Frankfurt/M. 1981
- Stricfler, Christian, *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik*, Berlin 1993
- Stürmer, Michael, *Das ruhlose Reich. Deutschland 1866–1918 (Die Deutschen und ihre Nation)*, Berlin 1983
- Stutz, Rüdiger, *Die politische Entwicklung Eduard Stadtlers von 1918 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Rechtsextremismus in der Weimarer Republik*, Diss. Jena 1985
- Stutz, Rüdiger, *Funktion und ideologische Komponenten des „neuen“ Nationalismus in der Novemberrevolution und den ersten Jahren der Weimarer Republik am Beispiel Eduard Stadtlers*, in: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte* 48 (Januar 1986), S. 103–117
- Stutz, Rüdiger, *Stetigkeit und Wandlungen in der politischen Karriere eines Rechtsextremisten. Zur Entwicklung Eduard Stadtlers von der Novemberrevolution bis 1933*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 34 (1986), S. 796–806
- Syring, Enrico, *Hitler. Seine politische Utopie*, Berlin u. Frankfurt/M. 1994
- Tacke, Charlotte, *Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1995
- Talmon, Jacob L., *The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Ideological Polarisation in the Twentieth Century*, London 1981
- Tannenbaum, Edward R., *The Action Française. Die-hard Reactionaries in Twentieth Century France*, New York 1962
- Tartakowsky, Danielle, *Autour de la „Bolchevisation“ du P.C.F.*, in: Michel Dion u.a., *La classe ouvrière française et la politique. Essais d'analyse historique et sociale*, Paris 1980, S. 87–107
- Tartakowsky, Danielle, *L'historiographie du parti communiste français. Nouveau bilan*, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes*, Nr. 23 (1985), S. 81–109
- Tartakowsky, Danielle, *La province sans Paris ou la province contre Paris? Manifestations parisiennes et manifestations de province de 1918 à 1968*, in: Pierre Favre (Hrsg.), *La manifestation*, Paris 1990, S. 156–171
- Tartakowsky, Danielle, *Les Croix de feu à Villepinte, Octobre 1935*, in: Annie Fourcaut (Hrsg.), *Banlieue rouge 1920–1960. Années Thorez, années Gabin: archétype du populaire, banc d'essai des modernités*, Paris 1992, S. 68–79
- Tartakowsky, Danielle, *Les premiers communistes français. Formation des cadres et bolchevisation*, Paris 1980
- Tartakowsky, Danielle, *Manifestations, fêtes et rassemblements à Paris (Juin 1936 – Novembre 1938)*, in: *Vingtième Siècle* (Juillet – Septembre 1990), S. 43–53

- Tartakowsky, Danielle, Quelques réflexions sur la „bolchevisation“ du PCF, in: Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez, n.s. 23 (1977), S. 66–94
- Tartakowsky, Danielle, Stratégies de la rue. 1934–1936, in: Le Mouvement social Nr. 135 (avril-juin 1986), S. 31–62
- Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert (Industrielle Welt 51), Stuttgart 1991
- Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung (Sonderheft 15 der Historischen Zeitschrift), München 1986
- Thalmann, Rita, L'antisémitisme en Europe occidentale et les réactions face aux persécutions nazies des Juifs pendant les années trente, in: François Furet (Hrsg.), L'Allemagne nazie et le génocide juif, Paris 1985, S. 134–158
- Thamer Hans-Ulrich u. Wippermann, Wolfgang, Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismusforschung (Erträge der Forschung 72), Darmstadt 1977
- Thébaud, Françoise, La femme au temps de la guerre de 14, Paris 1986
- Theweleit, Klaus, Männerphantasien, 2 Bde., 2. Aufl. Basel u. Frankfurt/M. 1986
- Thienel, Ingrid, Verstädterung, städtische Infrastruktur und Stadtplanung. Berlin zwischen 1850 und 1914, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 4 (1977), S. 55–84
- Tiemann, Dieter, Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit (Pariser Historische Studien 28), Bonn 1989
- Tjaden, Karl Heinz, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim a. Gl. 1964
- Tormin, Walter, Zwischen Räte dikatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4), Düsseldorf 1954
- Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München 1980
- Touchard, Jean, L'esprit des années trente, in: Guy Michaud (Hrsg.), Tendances politiques dans la vie française depuis 1789, Paris 1960, S. 89–120
- Touraine, Alain, L'évolution du travail ouvrier aux usines Renault, Paris 1955
- Tucker, William, The Fascist I-go. A Political Biography of Robert Brasillach, Berkeley/Calif. 1975
- Tulard, Jean, Liberté ou tutelle de l'Etat? Le débat autour du statut actuel de Paris 1789–1889, in: L'administration de Paris (1789–1977). Actes du colloque tenu au Conseil d'Etat le 6 mai 1978, Genf 1979, S. 33–42
- Tyrell, Albrecht, Vom ‚Fronmler‘ zum ‚Führer‘. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975
- Unger, Aryeh L., The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia, Cambridge 1974
- Vassart, Cécile u. Albert, The Moscow Origin of the French „Popular Front“, in: Milorad M. Drachkovitch u. Branko Lazitch (Hrsg.), The Comintern: Historical Highlights. Essays, Collections, Documents, Stanford/Calif. 1966, S. 234–252
- Vinen, Richard, The Politics of French Business 1936–1945, Cambridge 1991
- Vivarelli, Roberto, Georges Sorel et le fascisme, in: Juillard, Jacques u. Sand, Shlomo (Hrsg.), Georges Sorel et son temps, Paris 1985, S. 123–133
- Volkman, Heinrich, Modernisierung des Arbeitskampfs? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975, in: Hartmut Kaelble u.a., Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 110–170
- Vondung, Klaus, Magic und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus, Göttingen 1971

- Waldman, Eric, *The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement. A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice*, Milwaukee/Wisc. 1958
- Wall, Richard u. Winter, Jay (Hrsg.), *The Upheaval of War. Family, Work and Welfare in Europe, 1914–1918*, Cambridge 1988
- Watkin, Alexander, *Die Geburt der Einheitsfronttaktik. Die russische Dimension*, in: Ders., *Die Komintern 1919–1929 (Studien zur Geschichte der Komintern 1)*, Mainz 1993, S. 45–72
- Weber, Eugen, *Action Française: Royalism and Reaction in Twentieth-Century France*, Stanford 1962
- Weber, Hermann, *Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 40*, 27.9.1991, S. 25–39
- Weber, Hermann, *Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung*, Hannover 1969
- Weber, Hermann, *Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933*, Düsseldorf 1982
- Weber, Hermann, *Kommunistische Friedenskonzptionen und -strategien zwischen den beiden Weltkriegen*, in: Ders., *Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat. Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus*, hrsg. v. Werner Müller, Köln 1988, S. 223–243
- Weber, Hermann, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969
- Weber, Max, *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1922, S. 146–214
- Weber, Stefan, *Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland*, Berlin 1991
- Wegmüller, Jürg, *Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale der Jahre 1934 bis 1938*, Bern u. Frankfurt/M. 1972
- Wehler, Hans-Ulrich, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, vierte Aufl. Göttingen 1980
- Weiler, Heinrich, *Die Reichsexekution gegen den Freistaat Sachsen unter Reichskanzler Dr. Stresemann im Oktober 1923. Historisch-politischer Hintergrund, Verlauf und staatsrechtliche Beurteilung*, Frankfurt/M. 1987
- Weimar-Index. *Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger. Register 1918–1933*, bearb. von Martin Schumacher (*Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4*), Düsseldorf 1988
- Weingartner, Thomas, *Die Kommunistische Internationale als Vermittlungsebene sowjetischer Innen- und Außenpolitik*, in: *Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag*, hrsg. v. Hannelore Horn u.a., Berlin u. New York 1978, S. 219–246
- Weingartner, Thomas, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934 (Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik 4)*, Berlin 1970
- Weisbrod, Bernd, *Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992)*, S. 391–404
- Weißbecker, Manfred, *Art.: Antibolschewistische Liga 1918–1919*, in: *Lexikon zur Parteigeschichte*, hrsg. v. Dieter Fricke, Bd. I, Köln/Leipzig 1983
- Weißbecker, Manfred, *Art.: Deutschvölkische Freiheitspartei*, in: *Lexikon zur Parteigeschichte*, hrsg. v. Dieter Fricke, Bd. II, Köln/Leipzig 1984
- Weißbecker, Manfred, *Deutschsoziale Partei*, in: *Lexikon zur Parteigeschichte*, hrsg. v. Dieter Fricke, Bd. II, Köln/Leipzig 1984
- Weitz, Eric D., *Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919–1948*, Ithaca/N.Y. 1992

- Weitz, Eric D., „Rosa Luxemburg Belongs to Us!“ German Communism and the Luxemburg Legacy, in: *Central European History* 27 (1994), S. 27–64
- Weitz, Eric D., State Power, Class Fragmentation, and the Shaping of German Communist Politics, 1890–1933, in: *Journal of Modern History* 62 (1990), S. 253–290
- Wendt, Bernd-Jürgen, „Deutsche Revolution“ – „Labour Unrest“. Systembedingungen der Streikbewegungen in Deutschland und England 1918–1921, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 20 (1980), S. 1–55
- Wentzel, Lothar, Inflation und Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1919–1924, Hannover 1981
- Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: „Wehrverband“, „Parteitruppe“ oder „Revolutionsarmee“? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933, phil. Diss. Erlangen 1964
- West, Franklin C., A Crisis of the Weimar Republic. The German Referendum of 20 June 1926, Philadelphia 1985
- Wette, Wolfram, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987
- Wheeler, Robert F., Die „21 Bedingungen“ und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 23 (1975), S. 117–154
- Wheeler, Robert F., USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/M. 1975
- Williams, Warren E., Versuch einer Definition paramilitärischer Organisationen, in: Volker Berghahn (Hrsg.), *Militarismus* (Neue Wissenschaftliche Bibliothek), Köln 1975, S. 139–151
- Willms, Johannes, Paris. Hauptstadt Europas 1789–1914, München 1988
- Winkler, Heinrich A., Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus, in: Ders. (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974, S. 9–18
- Winkler, Heinrich A., Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus. Juden als „Blitzableiter“, in: Günther B. Ginzel (Hrsg.), *Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute*, Bielefeld 1991, S. 181–191
- Winkler, Heinrich A. (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 9), Göttingen 1974
- Winkler, Heinrich A., Klassenkampf versus Koalition. Die französischen Sozialisten und die Politik der deutschen Sozialdemokraten 1928–1933, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), S. 182–219
- Winkler, Heinrich A., Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972
- Winkler, Heinrich A., Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), 2. Aufl. Berlin u. Bonn 1985
- Winkler, Heinrich A., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), Berlin u. Bonn 1985
- Winkler, Heinrich A., Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, Bonn u. Berlin 1979
- Winkler, Heinrich A., Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), Berlin u. Bonn 1987
- Winkler, Heinrich A., Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993
- Winock, Michel, Les affaires Dreyfus, in: *Vingtième Siècle* 26 (1985), S. 19–38

- Winock, Michel, Fascisme à la française ou fascisme introuvable?, in: *Le Débat*, Nr. 25, Mai 1983, wiederabgedr. in: Ders., *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, Paris 1990, S. 272–286
- Winock, Michel (Hrsg.), *Histoire de l'extrême droite en France*, Paris 1993
- Winock, Michel, *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, Paris 1990
- Winock, Michel, *Le scandale Céline*, in: Ders., *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, 2. Aufl. Paris 1990, S. 374–392
- Winter, Jay u. Robert, Jean-Louis (Hrsg.), *Capital Cities at War*. London, Paris, Berlin, 1914–1919, Cambridge 1997
- Wippermann, Wolfgang, *Europäischer Faschismus im Vergleich 1922–1982* (Neue Historische Bibliothek), Frankfurt/M. 1983
- Wippermann, Wolfgang, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion* (Erträge der Forschung 17), 5. Aufl. Darmstadt 1989
- Wippermann, Wolfgang, *Nationalsozialismus und Preußentum*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 52 (1981), S. 13–22
- Wirsching, Andreas, *Arbeiter und Arbeiterbewegung in Paris in vergleichender Perspektive*, in: Ilja Mieck, Horst Möller u. Jürgen Voss (Hrsg.), *Paris und Berlin in der Revolution 1848*, Sigmaringen 1995, S. 161–185
- Wirsching, Andreas, *Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Denken der französischen extremen Rechten*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 31–60
- Wirsching, Andreas, *Einleitung zu: Horst Möller, Gérard Raulet und Andreas Wirsching (Hrsg.), Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich, Deutschland*, Sigmaringen 1993, S. 11–17
- Wirsching, Andreas, *Kleinbürger für den Klassenkampf? Theorie und Praxis kommunistischer Mittelstandspolitik in Frankreich 1924–1936*, in: Horst Möller, Gérard Raulet und Andreas Wirsching (Hrsg.), *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich, Deutschland*, Sigmaringen 1993, S. 95–116
- Wirsching, Andreas, *Le protestantisme allemand et la fin de la république de Weimar*, in: Gilbert Krebs u. Gérard Schneilin (Hrsg.), *Weimar ou de la démocratie en Allemagne*, Asnières 1994, S. 181–194
- Wirsching, Andreas, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 47 (1997), S. 449–466
- Wirsching, Andreas, *Tradition contre-révolutionnaire et socialisme national: le Parti Français National-Communiste 1934–1939*, in: Gilbert Merlio (Hrsg.), *Ni gauche ni droite: les chassés-croisés idéologiques des intellectuels français et allemands dans l'Entre-deux-guerres*, Talence 1995, S. 245–253
- Wohl, Robert, *French Communism in the Making, 1914–1924*, Stanford/Calif. 1966
- Wolf, Dieter, *Die Doriot-Bewegung. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 15), Stuttgart 1967
- Wolikow, Serge, *Le Front Populaire en France*, Brüssel 1996
- Wolikow, Serge, *Les rapports du P.C.F. et de l'Internationale communiste (1925–1935)*, Première partie: Remarques méthodologiques et théoriques, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez*, n.s. Nr. 25–26, 1978, S. 14–65
- Woller, Hans, *Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933*, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim u. Hans Mommsen (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt/M. 1993, S. 42–63
- Woolf, S.J., (Hrsg.), *European Fascism*, London 1968
- Wulf, Hans Albert, *„Maschinenstürmer sind wir keine“*. Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1988

- Wulff, Reimer, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928, Diss. phil. Marburg 1968
- Wunderer, Hartmann, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt/M. u. New York 1980
- Wunderer, Hartmann, Noch einmal: Niedergang der Klassenkultur oder solidarisch-gemeinschaftlicher Höhepunkt? Anmerkungen zu einem Beitrag von Peter Lösche und Franz Walter, in: *Geschichte und Gesellschaft* 18 (1992), S. 88–93
- Wünderich, Volker, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980
- Zarca, Bernard, *L'artisanat français du métier traditionnel au groupe social*, Paris 1986
- Zarusky, Jürgen, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933 (Studien zur Zeitgeschichte 39), München 1992
- Zdatny, Steven, *The Politics of Survival. Artisans in Twentieth-Century France*, Oxford 1990
- Zerner, Sylvie, De la couture aux presses: l'emploi féminin entre les deux guerres, in: *Le Mouvement social*, Nr. 140 (Juli-September 1987), S. 9–25
- Ziebur, Gilbert, Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik, Bd. I: 1872–1934, Berlin 1963 (mehr nicht erschienen)
- Zimmermann, Rüdiger, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 62), Düsseldorf 1978
- Zitelmann, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 2. Aufl. Stuttgart 1989
- Zitelmann, Rainer, Nationalsozialismus und Antikommunismus. Aus Anlaß der Thesen von Ernst Nolte, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. u. Berlin 1990, S. 218–242

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Preissteigerungen für Lebensmittel in Berlin und Paris 1919/20	67
Tabelle 2:	Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Berlin 1918/19	74
Tabelle 3:	Gewerkschaftliche Mitgliederbewegung in Deutschland und Frankreich, Berlin und Paris 1912–1920	79
Tabelle 4:	Beschäftigte bei Renault 1914–1918	82
Tabelle 5:	Mitgliederzahlen der FVdG	86
Tabelle 6:	Wirtschaftliche Streiks der gewerblichen Arbeiter in Berlin Stadtkreis 1915–1919	89
Tabelle 7:	Politische Streiks der gewerblichen Arbeiter in Berlin Stadtkreis 1918–1919	89
Tabelle 8:	Streikbewegung im Großraum Paris (Dépt. Seine) 1915–1919	89
Tabelle 9:	Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen in Groß-Berlin 1925	137
Tabelle 10:	Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen im Département Seine 1926	138
Tabelle 11:	Anteil der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen in Groß-Berlin (1925) und im Département Seine (1926)	138
Tabelle 12:	Die Bevölkerung ausgewählter Berliner Verwaltungsbezirke nach der sozialen Stellung im Beruf 1925	141
Tabelle 13:	Ergebnisse des PCF bei den Parlamentswahlen in der Pariser Region und in Frankreich 1924–1936	147
Tabelle 14:	Ergebnisse der KPD bei den Reichstagswahlen in Berlin und im Reich insgesamt	147
Tabelle 15:	Wahlergebnisse des PCF in der Pariser Region und in der Banlieue (ohne Paris)	148
Tabelle 16:	Stimmenanteil der KPD bei den Reichstagswahlen in Groß-Berlin und in vier Arbeiterbezirken	148
Tabelle 17:	Stimmenanteil des PCF bei den Kammerwahlen in kommunistischen Hochburgen der Banlieue	149
Tabelle 18:	Stimmenanteile der Kommunisten und SPD/S.F.I.O. in Berlin und Paris 1928–1932/36	156
Tabelle 19:	Stimmenanteile des PCF und der S.F.I.O. in vier kommunistischen Hochburgen der Région parisienne 1928–1936	157
Tabelle 20:	Stimmenanteile der KPD und der SPD in drei kommunistischen Hochburgen Groß-Berlins 1928–1932	157
Tabelle 21:	Stimmenanteile der NSDAP im Deutschen Reich, in Groß-Berlin und im Berliner Südwesten ^a bei den Reichstagswahlen 1930–1932	158
Tabelle 22:	Unterstützte Arbeitslose in Groß-Berlin 1924–1929	181
Tabelle 23:	Beschäftigte in der Pariser Bekleidungsindustrie	183
Tabelle 24:	Heimarbeiter („isolés“) in der Pariser Bekleidungsindustrie	184
Tabelle 25:	Streikbewegung in Berlin und Paris 1920–1926	204
Tabelle 26:	Index der Industrieproduktion in Frankreich 1925–1930	364
Tabelle 27:	Index der Industrieproduktion in Deutschland 1924–1936	365
Tabelle 28:	Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland und Frankreich, Berlin und Paris 1929–1938	368

Tabelle 29:	Altersstruktur der Bevölkerung im Reich und in Berlin 1925 und 1933	376
Tabelle 30:	Altersstruktur der Bevölkerung in Frankreich und im Département Seine 1926 und 1936	376
Tabelle 31:	Altersstruktur der Bevölkerung in Berlin und im Département Seine 1925/26 und 1933/36	377
Tabelle 32:	Streikbewegung in der Pariser Metallindustrie 1927–1929	398
Tabelle 33:	Soziale Struktur der NSDAP-Mitglieder im Gau Groß-Berlin bis 1933	453
Tabelle 34:	Sozialprofil von 136 „militants“ der Jeunesses Patriotes 1935	479
Tabelle 35:	Sozialprofil von 137 „militants“ der Croix de feu/P.S.F. 1935/36	481

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1:	Kommunistische Gemeindeverwaltungen im Département Seine nach den französischen Kommunalwahlen 1935	145
Schaubild 2:	Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 11.5.1924	151
Schaubild 3:	Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 29.4.1928	151
Schaubild 4:	Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 1.5.1932	152
Schaubild 5:	Ergebnisse des PCF in Paris bei den Parlamentswahlen vom 26.4.1936	152
Schaubild 6:	Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichtagswahl am 4.5.1924	153
Schaubild 7:	Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichtagswahl am 7.12.1924	153
Schaubild 8:	Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichtagswahl am 20.5.1928	154
Schaubild 9:	Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichtagswahl am 14.9.1930	154
Schaubild 10:	Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichtagswahl am 31.7.1932	155
Schaubild 11:	Ergebnisse der KPD in Berlin bei der Reichtagswahl am 6.11.1932	155
Schaubild 12:	Mitgliederbewegung der KPD und des PCF in Groß-Berlin und der Région Parisienne 1920/21–1932/38.	164
Schaubild 13:	Die Industrieproduktion in vier großen Ländern	366
Schaubild 14:	Unterstützte Arbeitslose in Frankreich und im Département Seine	370

Register

Personenregister

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf die Fußnoten der jeweiligen Seite.

- Abel, Theodore 466
Andigné, Fortuné d' 472
Anlauf, Paul 563
Aragon, Louis 51
Arendt, Hannah 524
Aron, Raymond 16
Aron, Robert 498
Arrighi, Victor 495, 543
Arthuys, Jaques 292, 297
Auffray, Adrien Charles 411, 597
Aymard, Camille 56, 283
- Bacille, Victor 469
Barbé, Henri 400
Barbusse, Henri 49, 51, 265
Barrès, Maurice 356
Barrès, Philippe 292, 296
Barruel, Abbé Augustin de 272
Barthélemy, Ludovic 142
Bauer, Gustav 113, 118
Bäumer, Ludwig 44
Beaugrand, Charles 557
Benoit-Frachon 413
Béradia, Gaston 282
Béraud, Henri 503
Berg, Adolf vom 308
Berl, Emmanuel 516
Berlioz, Joanny 558
Bernardon, L. 543f.
Berrar, Jean-Louis 227, 231, 233
Berstein, Serge 508, 510
Bertholat, Georges 114
Besançon, Jean Paul 281
Besnard, Pierre 224, 225
Bismarck, Otto von 348
Bloch, Marc 2
Blond, Georges 503
Blum, Léon 388, 477, 493, 498, 500, 578, 608
Bodin, Jean 36
Boissel, Jean 506
- Bonnard, Abel 495
Bonnefous (Bonefons), Léon Émile 435
Bonnevay, Laurent 144
Borchardt, Knut 383
Borsig, Ernst von 308
Boulangier, Georges 507
Bourderon, Albert 38f., 46, 84
Bouyé, André 97
Bracher, Karl Dietrich 6, 8, 518, 622
Brandler, Heinrich 201, 235, 238
Brasillach, Robert 484, 503, 512
Brécant, Marie 182
Brecht, Arnold 322
Brender, Reinhold 493
Breton, André 51
Briand, Aristide 556
Brizon, Pierre 38
Brunet, Jean-Paul 493, 495
Brüning, Heinrich 364f., 603
Bucard, Marcel 483, 499, 507
Bucharin, Nikolai 200f., 379–382, 397
Buchrucker, Bruno Ernst 438
Burrin, Philippe 493, 510
- Cachin, Marcel 37, 202, 282, 335, 339, 498, 560
Carrel, Alexis 495
Castellaz, Louis 411
Castelnau, Edouard de 277f., 280, 283, 290, 298, 511
Cat, Victor 264
Céline (Destouches), Louis-Ferdinand 502f.
Célor, Pierre 400
Chamberlain, Houston Stewart 325
Chasseigne, François Ernest 542
Chautemps, Camille 470, 608
Chéron, Henry 114
Chiappe, Jean 143, 359, 415, 426f., 427, 433f., 470–472, 552
Citroën, André 82
Claß, Heinrich 316, 326

- Clemenceau, Georges 45, 59, 92, 120
 Clémenti, Pierre 505
 Clerc, Gabriel 543f.
 Cohen, Adolf 96
 Corpus, Lilly 191
 Costes, Alfred Marie Irénée 432
 Coston, Henri 506
 Coty, François 298, 436, 479
 Coutheilas, Louis Pierre 547
 Cuno, Wilhelm 321, 329
 Czekalla, Siegmund 131

 Daladier, Edouard 470–472, 474, 495, 558
 Daluge, Karl 440
 Daniel-Rops, Henri (Petiot, Henri) 498
 Darnand, Joseph 499
 Darquier de Pellepoix, Louis 504f., 506
 Darville, Jean (Edouard Berth) 54f.
 Daudet, Léon 51f., 356
 Däumig, Ernst 32, 111, 129
 Déat, Marcel 475, 492, 498, 506, 517
 Del Noce, Augusto 524
 Delagarde, Victor 232
 Delagrangé, Marcel 295f., 547f.
 Deloncle, Eugène 579
 Dengel, Philipp 252
 Déroulède, Paul 277
 Desphilippou, Francis 266f.
 Dessoffy 286
 Dimitrov, Georgij 559
 Dißmann, Robert 101
 Dominicus, Alexander 538, 551
 Doriot, Jaques 264, 275, 360, 387, 475, 484, 491, 493–498, 506, 512f., 517
 Doumergue, Gaston 473–475, 595
 Drath, Martin 619
 Dreyfus, Alfred 271, 350, 622
 Drieu la Rochelle, Pierre 484, 494f.
 Ducamp, Louis 543
 Duclos, Jacques 346, 546, 560, 608
 Dudilieux, Eduard Léon Français 220
 Dumas, Pierre 295f.
 Dumoulin, Georges 46, 84, 219
 Duncker, Hermann 342f.
 Dunois, Amedée 263, 275
 Duteil, Louis 411

 Ebert, Friedrich 33, 61, 63, 76, 93f., 125f., 128, 133
 Ehrhardt, Hermann 437f., 459
 Eichhorn, Emil 62, 127
 Eley, Geoff 326
 Engel, Johannes 451f.
 Engels, Friedrich 25f., 347

 Erzberger, Matthias 68
 Escherich, Georg 311f.

 Fabre, Henri 202
 Fabre-Luce, Alfred 495
 Fabry, Jean 114
 Falter, Jürgen W. 483
 Felice, Renzo de 524
 Ferrandi, Jean 472
 Ferrat, André 431
 Feuchtwanger, Franz 566
 Fiancette, Eugène 597
 Fischer, Ruth 70, 191, 202, 206f., 211, 239f., 252, 262f., 342, 395, 550, 552
 Flandin, Pierre-Btienne 278, 419, 473
 Foch, Ferdinand 353, 469
 Ford, Henry 386
 Fournier, Albert 546
 Fourneau, Ernest 495
 Francois-Poncet, André 283
 Friedländer, Saul 518
 Friedrich Wilhelm IV. 343
 Friedrich, Carl J. 7f., 10, 13, 15, 27, 612
 Frölich, Paul 41, 198
 Frossard, Louis-Oscar 37, 197, 226, 228, 258

 Gaede, Fritz 131
 Gaillard, Pierre Maurice 388
 Garchery, Jean 411
 Gaulle, Charles de 231, 507
 Gaxotte, Pierre 495
 Gebtsattel, Konstantin von 316
 Geiger, Theodor 374
 Girault, (Depollier) Suzanne 39, 188, 258, 262f., 264, 275, 395, 397
 Gitton, Marcel 572, 595f.
 Gleichen, Heinrich von 307
 Gobineau, Joseph Arthur de 325
 Godeau, Anatole 223
 Godonnèche, Victor 223
 Goebbels, Joseph 358, 473, 440–445, 452, 454f., 458, 460, 462–466, 563, 584, 589, 591, 593, 608, 620
 Goebel 105
 Göring, Hermann 462
 Gouergou 47
 Grafte, Albrecht von 317, 319
 Grothe, Hermann 216
 Gründeberg, Otto 590
 Grzesinski, Albert 62, 551
 Guérillon, Roger 287
 Guesde, Jules 282
 Guilbeaux, Henri 28, 39

- Guiraud, Gaston 220
 Haase, Hugo 41
 Hamilton, Richard F. 158, 483
 Häntzschel, Kurt 587
 Heimbürger, Walter 590
 Heine, Maurice 257
 Heinze, Rudolf 312
 Heldman, Henri 19
 Helfferich, Karl 307, 317
 Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 463, 585
 Henning, Wilhelm 317
 Henriot, Philippe 499
 Herfurt, Paul 308
 Hergt, Oskar 312, 317
 Hermes, Andreas 322
 Herriot, Edouard 274, 276, 469f., 544f.
 Hervé, Gustave 289
 Hilferding, Rudolf 29, 84, 380f., 383
 Hitler, Adolf 319, 332, 348f., 365, 440f.,
 443, 457, 459, 461, 486, 491, 513, 519,
 521f., 557, 561, 570, 585, 587, 589, 602
 Hobbes, Thomas 36
 Hobsbawm, Eric 333f., 354
 Hobson, John A. 29
 Hoffman, Stanley 482
 Hoffmann, Adolph 39, 41
 Höhler, Ali 358
 Hölz, Max 430
 Horkheimer, Max 14
 Hugenberg, Alfred 326, 539
 Humbert-Droz, Jules 227, 259, 395–397

 Isnard, Charles des 359, 471, 472

 Jatho, Karl 324
 Jaurès, Jean 283, 540, 544
 Jeanne d'Arc 350f., 487, 598, 606f.
 Jeantet, Claude 503
 Joly, Charles 411
 Jouhaux, Léon 38, 59f., 84, 114, 219
 Jouvenel, Bertrand de 371, 495
 Juillard, Jacques 85, 87

 Kaelble, Hartmut 2
 Kamenew, Leo B. 261
 Kapp, Wolfgang 93, 315, 344, 537, 619
 Karolyi, Michael 283
 Kasper, Wilhelm 394
 Kautsky, Karl 130
 Krensky, Alexander F. 283
 Kerillis, Henri de 396, 473, 481, 546
 Kessel, Hans von 130
 Kleine-Guralski, August 262

 Koch, Erich 106
 Köhler, Fritz 431
 Kopsch, Julius 314
 Korsch, Karl 191
 Köster, Adolf 322
 Kriegel, Annie 17f., 77, 219
 Krüger, Frieda 190
 Kuenzer, Hermann Emil 238, 255
 Kuhfeld, Emil 563
 Kunze, Richard 159, 317, 324, 437, 448
 Kustermann 312, 314
 Kuczynski, Robert 66

 Lamour, Philippe 297
 Lampe, Alphonse Ernest Maurice 573
 Landsberg, Gustav 68, 127
 Lange, Hans 429
 Langer, Alfred 424
 Laporte, Louis 411
 La Rocque, François de 359, 480f.,
 484–492, 495, 498, 512f., 579f., 599, 608f.
 Lassalle, Ferdinand 347
 Latour, Armand Marie Anne 433
 La Tour du Pin, René de 272, 350, 478
 Lauze, Jules 411
 Laval, Pierre 38
 Laverrenz, Wilhelm 438
 Le Meillour, Pierre 225
 Lebecq, Georges 470, 472
 Lecache, Bernard 503
 Ledebour, Georg 39
 Lefebvre, Raymond 49
 Leidig, Eugen 146
 Lenin, Wladimir Iljitsch 25–31, 32, 39,
 43–49, 51, 54, 198f., 332, 337–339, 356,
 420, 533
 Lenk, Franz 563
 Lettow-Vorbeck, Paul von 307
 Leuchter, Fred 522
 Levi, Paul 69, 110, 161, 198, 200, 202, 205,
 240, 622
 Liebknecht, Karl 31, 41f., 76, 126, 127, 129,
 346, 356f.
 Liere, Fritz 590
 Loebell, Friedrich Wilhelm von 312
 Longuet, Charles 37
 Longuet, Jean 37
 Loriot, Fernand 48, 84, 275
 Losowski, Alexander 38, 252
 Loucheur, Louis 556
 Löwenthal, Richard 115
 Lüdicke, Paul 145
 Lummitzsch, Otto 116, 119
 Lützow, Hans von 130

- Luxemburg, Rosa 40f., 43f., 76, 92, 126, 127, 128f., 254, 308, 346, 356f.
 Lyautey, Marschall Louis Hubert 577
- Maginot, André 278
 Maistre, Joseph de 272
 Mallmann, Klaus-Michael 19
 Man, Hendrik de 508
 Mankiewitz, Julius 307
 Manuilski, Dimitrij Z. 252
 Marc, Alexandre 498
 Marchandeuau, Paul 606
 Maretzky, Oskar 314, 315
 Marin, Louis 278, 298
 Marion, Paul 495
 Marrane, George 162, 260, 542
 Maranne, Lucienne 187
 Marty, André 608
 Martin-Mamy 291
 Marx, Jenny 37
 Marx, Karl 25–27, 37, 337, 343
 Maslow, Arkadij 202, 206f., 211, 240, 252, 262f., 342, 344, 395
 Mathon, Eugène 298
 Maud'huy, Bertrand de 580
 Maulnier, Thierry 509, 512
 Maurenbrecher, Max 328
 Maurras, Charles 272f., 293, 350, 476, 498, 502, 513, 520
 Mehring, Franz 40
 Mercier, Paul 417, 418
 Méric, Victor 47, 202
 Merkl, Peter 466
 Merrheim, Alphonse 38–41, 45f., 59f., 84, 95, 97, 219
 Meyer, Ernst 201
 Michels, Robert 84
 Millerand, Alexandre 54, 120, 274, 278–280, 283, 489, 511, 513, 547
 Millière, Jean Baptiste 339
 Milza, Pierre 508
 Moellendorf, Wichard von 307
 Moeller van den Bruck, Arthur 306
 Mohler, Armin 484
 Molinari, Jean-Paul 19
 Monatte, Pierre 38, 46, 50, 109, 219, 223f., 262, 275
 Monjauvis, Lucien 413
 Monmousseau, Gaston 46, 220, 223, 225, 227f., 231f.
 Mounier, Emmanuel 508, 512
 Moutet, Marius 273
 Muchow, Reinhold 443, 449–451, 593
 Müller, Klaus Jürgen 281, 290
- Müller, Richard 40f., 134
 Mun, Albert de 350
 Münzenberg, Willy 557
 Murat, Joachim 281
 Mussolini, Benito 55, 399, 479, 486, 491, 507, 510, 513, 519, 521, 528, 555, 618
- Naumann, Friedrich 307
 Nettel, Peter 129
 Neuberger, A. 424
 Neufville, André Sebastian de 292
 Neumann, Heinz 343, 567
 Nietzsche, Friedrich 332
 Nolte, Ernst 21, 327, 510, 512, 513–515, 519–522, 588, 589
 Norkus, Herbert 591f.
 Noske, Gustav 93f., 104–106, 116, 118f., 133f., 307, 344
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von 131
 Oppenheimer, Franz 307
- Pabst, Waldemar 308
 Painlevé, Paul 545
 Payne, Stanley 510
 Pelloutier, Fernand 38
 Perdon, Robert 99
 Péricat, Raymond Louis 38, 45f.
 Perrot, Albert 91, 115, 219f.
 Pétain, Philippe 506
 Pfeffer von Salomon, Franz 441, 459
 Philip, André 371
 Pieck, Wilhelm 129, 215, 405, 428, 554
 Pioch, Georges 228
 Pjanitzki, Ossip 405, 409, 556
 Plateau, Marius 273
 Plessner, Helmuth 619
 Pohlmann, Friedrich 514
 Poincaré, Raymond 203, 260, 280, 298, 356, 362–364, 548
 Poncins, Léon de 506
 Popelin, Claude 580
 Pozzo di Borgo, Joseph 486, 579
 Prost 97
 Proudhon, Pierre-Joseph 53, 55
 Provost, Henri 281
 Pucheu, Pierre 580
 Pujos, Maurice 273, 293, 579
- Racamond, Julien 541
 Radbruch, Gustav 322
 Radek, Karl 76, 93, 199, 201, 204, 244, 531
 Rappoport, Charles 38, 261
 Rathenau, Walther 215, 317, 321, 536

- Raynaud, Julien 543
 Real del Sarte, Maxime 351
 Rebatet, Lucien 484, 502f.
 Redetzky 212
 Rédier, Antoine 292
 Remarque, Erich Maria 465
 Remmele, Hermann 212, 404, 421, 306, 517, 529, 549
 Rémond, René 475, 497, 507–510
 Renard, Edouard 471
 Renaud, Jean 483, 579, 599
 Renaudel, Pierre 277, 549
 Renault, Louis 73, 82
 Retzlaw (Gröhl), Karl 244
 Reuter, Ernst (Friesland) 162, 198, 203, 206
 Revel, Jean-Francois 16
 Reynaud, Paul 396, 546
 Ridard, Maurice 546f.
 Riemenschneider, Erich 590
 Robert, Jean-Louis 77f.
 Röhm, Ernst 322, 440, 459, 586
 Rolland, Romain 28
 Romain Colonel 123
 Rosenberg, Alfred 524
 Rosenberg, Arthur 62, 299, 346
 Rosmer, Alfred 38, 46, 223f., 227, 262, 275
 Roßbach, Gerhard 314, 319f., 537, 619
 Roth, Alfred 316, 324
 Rougemont, Denis de 498
 Rusch, Oskar 96, 103

 Sabatier, André 357
 Sabatier, Raoul 541f.
 Sabiani, Simon 495
 Sacco, Nicola 282, 427
 Sadoul, Jaques 39
 Sagnier, Marc 273
 Salomon, Ernst von 132
 Sarraut, Albert 432
 Scheidemann, Philipp 33, 61, 63, 76, 93f., 113, 125f., 128, 133
 Scheringer, Richard 565
 Schilling, Cäsar von 308
 Schlageter, Leo 531
 Schlange, Ernst 440
 Schlicke, Alexander 101, 103
 Schmitt, Carl 25, 34–36, 55, 131f.
 Schneller, Ernst 252–255
 Seldte, Franz 311, 553
 Sellier, Henri 598
 Sellier, Louis 264, 411
 Sénard, Pierre 223
 Severing, Carl 217, 237, 303f., 312, 438, 536, 538, 551f., 619

 Silbergleit, Heinrich 66
 Sinowjew, Grigorij J. 198, 200f., 242, 252, 261–263, 274, 395, 559
 Sirolle, Henri Eduard 47, 142, 223
 Sodenstern, Hans von 438
 Sorel, Georges 53f., 56, 90, 114, 508
 Soucy, Robert 281, 496
 Soulier, Edouard 472, 479
 Souvarine, Boris 90, 275
 Spahn, Martin 306
 Stadler, Eduard 131, 306–310
 Stalin, Josef W. 252, 261f., 378, 380f., 382, 396f., 556
 Stapel, Wilhelm 324
 Stavisky, Alexandre 470
 Stegerwald, Adam 307
 Steinberg, Jonathan 524
 Stennes, Walther 459f., 585
 Stephani, Franz von 439
 Sternhell, Zeev 484, 497, 508–510, 512
 Stinnes, Hugo 308, 310
 Stovall, Tyler 18
 Straßer, Otto 459f., 466

 Taittinger, Pierre 280, 283f., 286, 288–290, 298, 339, 472, 476–479, 492, 498, 510, 512, 541, 544, 546, 571, 578, 609
 Tardieu, André 363, 368, 432, 469, 555
 Taylor, W. Frederick 386f.
 Thalheimer, August 198, 235, 238, 344
 Thälmann, Ernst 206, 252, 255, 262, 403, 423, 457, 550f., 554
 Thomas, Albert 59
 Thorez, Maurice 262, 336, 396f., 558f.
 Tillessen, Heinrich 34
 Timbaud, Jean-Pierre 174
 Tommasi, Joseph Pierre 220, 223f.
 Tost, Otto 96
 Totti, Henri 225
 Touchard, Jean 512
 Treint, Albert 142, 202, 258, 261–264, 274f., 395, 397, 530, 541
 Troeltsch, Ernst 109, 307
 Trotzki, Leo D. 38f., 45, 48, 228, 261f., 378, 381

 Urbahns, Hugo 214
 Ulrich, Max 208

 Vadécart, Louis 224
 Vaillant-Couturier, Paul 48–52, 265, 531
 Vallery-Radot, Robert 57
 Vallin, Charles 158

- Valois (Gressent), Georges 55f., 280,
 283, 289–295, 297f., 339, 508, 512, 570,
 617
 Vanzetti, Bartolomeo 282, 427
 Varga, Eugen 380–382, 384, 403
 Verfeul, Raoul 47
 Viollet, Maurice 273
 Vögler, Albert 308
 Vuillaumé, Charles 411

 Walendy, Udo 522
 Weber, Eugen 511
 Weber, Max 612
 Weber, Hermann 19
 Weismann, Robert 306, 321
 Weiß, Bernhard 466
 Wels, Otto 62, 126
 Wessel, Horst 306, 358f., 439, 567, 591f.

 Wessel, Ludwig 306
 Westarp, Kuno Graf von 317
 Weygand, Maxime 351
 Wilson, Woodrow 38
 Winock, Michel 508
 Wippermann, Wolfgang 514, 518
 Wirth, Joseph 322
 Wrangel, Baron Peter N. von 193
 Wulle, Reinhold 317, 319–321, 325, 328
 Wundt, Max 324

 York, Harald von 312

 Zacks 417
 Zetkin, Clara 30, 32, 135, 239f., 357, 528f.
 Zirnheld, Henri Jules 193
 Ziska, Otto 208
 Zörgiebel, Karl 62, 426, 428–430, 551, 590

Sachregister

Die sehr häufig vorkommenden Begriffe Berlin, Paris, Département Seine, KPD, Kommunismus und Parti Communiste Français wurden nicht aufgenommen. Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf die Fußnoten der betreffenden Seite.

- Achtstundentag 60, 95, 210, 222, 230, 233, 532
- Action française (s.a. Camelots du Roi) 51f., 53, 56, 271–274, 278, 289f., 292–294, 297f., 323, 327, 329, 350f., 470, 472, 475f., 496, 498, 502–504, 511, 523, 577, 596, 600, 608
- ALG-Konzern 138, 177, 237, 385, 389, 414
- Äthiopien 479
- Akkordlohn s.u. Löhne, Lohnfragen
- Algerien 504
- Alldeutscher Verband 315f., 317, 326, 328
- Allgemeine Arbeiter-Unionen (AAU) (s.a. Freie Arbeiterunion Deutschlands, Lokalismus, Syndikalismus) 205
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) 60, 78–80, 86, 104, 205, 208–210, 212f., 215, 381, 385, 614f.
- Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 16.–21. Dezember 1918 125
- Alliance Democratique 144, 158, 596
- Alliance sainte Jeanne d'Arc 351
- Ambi-Waggonbau-Werke, Johannisthal 212f., 237
- Amsterdam 557
- Amsterdam-Pleyel-Bewegung 557
- Anarchismus, Anarcho-Syndikalismus s.u. Syndikalismus, revolutionärer
- Anciens Combattants s.u. Frontkämpfer
- Angestellte 90, 140, 170, 295–297, 452, 481–483, 496, 529, 571
- Antibolschewistische Liga s.u. Liga zum Schutze der deutschen Kultur
- Antibolschewismus s.u. Antikommunismus
- „Anti-Chaos-Reflex“ 93, 115f., 121, 142, 616
- „Antifaschismus“, kommunistischer 166, 263, 265–268, 271, 339, 407f., 474, 527–574, 588, 595f., 614
- Berlin 532f., 535–539, 549–554, 561–570, 574, 593
- Paris (s.a. Comités d'Unité prolétarienne) 531–534, 539–549, 555–560, 570–574
- und Sozialismus, Sozialdemokratie 549, 557–559, 562f.
- politisch-ideologischer 529, 532, 565, 567–571
- „wehrhafter“ 529f., 535–542, 547f., 565–576, 593
- „Antifaschistische Aktion“ 562
- Antifaschistische Junge Garde (A.F.J.G.) 566f., 583
- Antikapitalismus (s.a. Antiliberalismus) 33, 170, 478, 487, 496, 501, 534
- Antikommunismus, Antibolschewismus (s.a. Antimarxismus)
- und Antiliberalismus 273
- und „Antimarxismus“ 521
- und Antisemitismus 33f., 315, 328, 465, 500, 506, 522, 609, 618
- und Faschismus 313, 330, 511, 515f.
- und französischer Faschismus 283–294, 298f., 330, 468f., 472, 475, 488f., 494, 496f., 512, 516f., 544f., 609, 617f.
- als Motiv des Rechtsextremismus 33f., 44, 51f., 131, 278–281, 311–313, 436, 438, 468
- und Nationalsozialismus 442–447, 461f., 465, 588
- und „Notwehr“, „Ordnung“, soziale Verteidigung 113, 115, 119, 302, 304–310, 436, 515
- der SPD 63
- staatlich organisierter 113, 142, 194, 432, 551f.
- und völkische Ideologie 271, 315, 320, 328, 618
- Antikonservativismus 511f., 617
- „Antikriegstag“ der Kommunistischen Internationale (1. August) 354f., 356, 434–436, 571
- Antiliberalismus (s.a. Antikapitalismus) 33, 272f., 290f., 296, 313, 327, 329f., 465f., 485, 496, 501, 511, 520, 522, 617f.
- Antimarxismus (s.a. Antikommunismus) 21, 441f., 451, 488f., 496f., 514, 519–521, 522, 616
- Antisemitismus (s.a. Rassismus, Völkische Ideologie) 33f., 270, 272f., 313–318, 324, 326–330, 350, 462–467, 485, 497–506, 517–525, 538, 579, 609, 618–622

- Antony 598
- Arbeiter (s.a. „Arbeiteraristokratie“, Bekleidungsarbeiter, Heimarbeiter, Korporatismus)
- ausländische (s.a. Xenophobie) 171, 173, 176, 192f., 221, 393
 - qualifizierte, Facharbeiter 72, 81–83, 85, 87, 102, 173–178, 193, 384, 386, 389, 391–394, 400, 613f.
 - un- und angelernte, manœvres 81–83, 85, 87, 102, 173–175, 178, 193, 386, 389, 393f.
 - als Rekrutierungspotential des französischen „Faschismus“ 294–296, 478f., 481f., 496, 547
 - als Rekrutierungspotential des Nationalsozialismus 318, 451–453, 482, 593f.
- „Arbeiteraristokratie“ (s.a. Arbeiter, qualifizierte; Korporatismus) 85, 176, 393f.
- Arbeiterräte, Räte, Räteystem 62f., 65, 92f., 104, 110f., 114, 177, 230f., 232, 240, 316
- „Arbeiterregierung“ 207, 217, 233, 235, 238
- Arbeitsgemeinschaft Roßbach 319
- Arbeitslosigkeit (s.a. comités de chômeurs; Erwerbslosenstaffeln, kommunistische; Erwerbslosenunterstützung) 37, 71–77, 95, 125, 168, 179–182, 194, 241, 361, 366–372, 375, 378, 382–384, 387, 390, 400–419, 457, 571, 580, 583, 604, 615
- Archipel Gulag 521
- „Armistice“ (11. November) 230, 293, 352f., 426, 479, 606
- Arrondissements, Pariser
- erstes 571
 - zweites 149, 571, 600
 - drittes 149, 600
 - viertes 149
 - fünftes 176, 477
 - sechstes 477
 - achttes 149, 483
 - neuntes 149, 158, 483
 - elftes 398
 - zwölftes 544
 - dreizehntes 411, 572f., 608
 - vierzehntes 557
 - fünfzehntes 182, 557, 600
 - sechzehntes 149, 282, 483
 - siebzehntes 483, 504, 557, 572
 - achtzehntes 541–543, 572, 599
 - neunzehntes 541
 - zwanzigstes 140, 282, 498, 557, 572, 599
- Association des compagnons de Jeanne d'Arc 351
- Association des blessés du 6 Février 504
- Association Républicaine des Anciens Combattants (A.R.A.C.) 49–51., 265–267, 287, 339, 396, 474, 547, 572
- Aufstand, bewaffneter 27, 45, 108, 199, 241, 244, 246, 250f., 254f., 269, 271, 288, 422f., 428, 488, 516, 573, 587
- Auschwitz (s.a. Holocaust) 521
- Automobilindustrie, Paris 138, 172, 193, 362f., 385–387
- Bagnolet 148f., 157
- Banlieue von Paris, „banlieue rouge“ (s.a. unter einzelnen Ortsnamen) 17f., 139, 141–144, 148f., 264, 296, 410–412, 426, 490, 541, 547f., 598f., 620
- Bauarbeiter, Bauwirtschaft 46, 91, 177, 193, 221, 362f., 549, 614
- Bayern 304, 312, 314f.
- Bedrohungsangst, Bedrohungsgefühl (s.a. Bürgerkrieg) 9, 13f., 33f., 113, 123f., 141, 270, 280f., 283, 300, 308f., 312f., 445, 467, 475, 516, 527, 529, 536, 540, 577f., 616
- Begräbnisse, öffentliche 282, 353, 426, 468, 547
- Bekleidungsarbeiter(-innen) 70, 90
- Bekleidungsindustrie 138, 171, 612
- Berlin 189f.
 - Paris 90, 183–187
- Berliner Bezirksverband Deutscher Ingenieure 81
- Betriebsräte, Betriebsrätebewegung 105, 208–217, 230–235, 256, 399, 531f., 614
- Betriebsrätegesetz 1920 105, 209, 214
- Betriebszellen, kommunistische 169, 176, 245, 391, 394, 395, 404, 428, 494
- Bewaffnung (s.a. Gewalt, politische) 12, 125, 128, 236f., 241f., 243f., 247, 249, 257, 263–265, 424, 457f., 535, 537, 541, 573, 577f., 582, 595, 599–603
- Billancourt 82
- Bismarckbund (Jugendorganisation der DNVP) 314, 550, 589
- „Blutmai“, Berliner 1929 s.u. Erster Mai
- „Blutsonntag von Halle“ 1924 246, 549, 552, 572
- Bobigny 139, 144, 148, 156, 410
- Bolschewiki, russische bolschewistische Partei 30, 32f., 39, 45f., 48, 193, 197, 218, 261f., 378–381, 395, 420
- Bolschewisierung 162, 169, 176, 198, 245, 262–264, 270, 394, 493, 540, 546, 612
- Bolschewismus, russischer 27, 35, 44–46, 54–56, 62, 109, 111, 224, 234, 270, 290f., 334, 419f., 520–522, 525

- als Feindbild 33, 51f., 56, 115, 119, 126, 132f., 273, 278, 309, 311, 316, 327, 329, 500f., 539
- als Modell 30, 111, 197f., 242, 256, 422
- Bonapartismus 474f., 492, 496f., 506f., 509
- Bondy 398
- Borsig AG 118, 389, 438
- Boulangismus 474, 507f.
- Brest-Litowsk, Friede von 51
- Bund für Freiheit und Ordnung in Berlin und Umgebung 314f., 517, 529, 535–539, 617
- Bürgerkrieg (s.a. Bedrohungsgefühl) 21f., 27f., 32, 34–36, 41, 43–57, 104f., 108, 118, 123f., 128–130, 133–135, 143, 198f., 201, 216, 235–240, 242, 245f., 255–257, 263, 266, 268f., 271–273, 275, 284, 302, 309f., 320f., 328f., 338f., 341f., 380, 402f., 420–426, 428f., 432, 434, 436, 467, 474, 488, 498, 530f., 536, 539, 542, 545, 566, 570, 575–577, 587f., 591, 597f., 603–606, 610f., 613, 617, 621
- Bürger- und Bauernbund 308f.
- BVG-Streik, Berlin 1932 564
- Cagoule s.u. Comité Secret d'Action Revolutionnaire (C.S.A.R.)
- Camelots du Roi (s.a. Action française) 273, 297, 473, 546, 557
- Cartel des Gauches 274, 277, 280f., 283, 284, 292, 362, 469, 480, 488, 533, 544f., 570
- Cercle Proudhon 55, 290
- Chambre Syndicale Autonome des Métallurgistes de la Seine 226
- Charlottenburg 117, 140f., 159, 406f., 447, 585, 591
- Chartres 478
- China 379, 424
- Citroën (Automobilfabrik) 82, 99, 138, 172, 182, 265, 385f., 391, 398, 532, 541
- Clichy 410, 411, 597, 599, 604
- Comité d'Action contre la guerre et la Social-Démocratie 275
- Comités de chômeurs, Erwerbslosenaus-schüsse (s.a. Arbeitslosigkeit) 411–418
- Comité de Défense du Syndicalisme (C.D.S.) 45f., 84
- Comité de la Troisième Internationale 100
- Comité des Forges 48
- Comités d'Unité prolétarienne (C.U.P.) (s.a. Antifaschismus, kommunistischer) 531f., 541
- Comité pour la Reprise des Relations Internationales (C.R.R.I.) 38f., 45, 100
- Comités de Defense syndicalistes (C.D.S.) 225f.
- Comités d'usines, Conseils d'usines s.u. Betriebsräte, Betriebsrätebewegung
- Comité Secret d'Action Revolutionnaire (C.S.A.R.) 579
- Comités Syndicalistes Revolutionnaire (C.S.R.) 219f., 224
- Confédération de Défense du Petit Commerce et de l'Artisanat 169f.
- Confédération Générale du Travail (C.G.T.) 38, 45–47, 49, 59f., 63, 70, 78–80, 84, 90f., 97, 99f., 115, 174, 177, 188, 217–221, 230, 340, 387, 549, 556, 558f., 607, 614
 - Kongreß von Clermont-Ferrand 1917 84
 - Kongreß von Lyon 1919 84
 - Kongreß von Orléans 1920 219
- Confédération Générale du Travail Unitaire (C.G.T.U.) 47, 174, 179, 221f., 227–231, 270, 355, 392f., 399, 411, 413, 416, 418, 431f., 435, 541, 558, 577f., 595, 614f.
 - Kongreß von Saint Etienne 1920 227, 230f.
 - Kongreß Saint Etienne 1922 224f.
- Congrès d'usines s.u. Betriebsräte, Betriebsrätebewegung
- Conseil Municipal, Paris (s. a. Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung Paris) 469, 471–473
- „Contre-société“, kommunistische s.u. „Gegenwelt“, kommunistische
- Corbeil 599
- Courbevoie 398, 557
- Croix de feu (s.a. Faschismus, französischer) 143, 157, 351, 353, 359, 371, 473, 477–492, 497f., 503f., 510–513, 516f., 523, 577–580, 596–598, 605, 607–609, 617, 621
 - Ideologie 484–488
 - Mitgliederbewegung 483f.
 - Mitgliederentwicklung 480f.
 - Paramilitärische Organisation 489–492, 598
 - Sozialstruktur 481f.
- Demobilisierung 53, 64, 71, 76, 78, 83, 98f., 126
- Demonstrationen, Massenkundgebungen (s.a. Gegendemonstrationen, Versammlungsstörungen) 91, 127, 230, 237, 246, 248, 260, 264, 266, 281–283, 316, 340f., 351, 355f., 404, 407, 409, 414f., 426–428, 434,

- 441, 454f., 469, 475, 477, 540, 544, 573, 575, 594f., 606f., 609
- Demonstrationsverbote 91, 237, 282, 351, 406, 426–429, 433f., 436, 456, 468, 470, 538, 546, 554, 587, 594, 597f., 606
- Deutsche Demokratische Partei (DDP) 146, 314f., 466
- Deutsche Volkspartei (DVP) 145f., 314f.
- Deutscher Bürger- und Bauernbund 304
- „Deutscher Oktober“ s.u. Oktoberaufstand der KPD 1923
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 145, 158, 312, 316f., 328, 438f., 448, 523, 550, 564, 586
- Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (DHV) 452
- Deutschsoziale Partei 159, 314, 317, 325, 437, 448
- Deutscher Metallarbeiterverband (DMV), Verwaltungsstelle Berlin 79f., 83, 86f., 96, 101, 103, 105, 109, 177, 205, 208, 218, 221, 531, 614f.
- Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 159, 317–321, 328, 437, 448, 467, 517
- Ideologie 323
- Paramilitärische Organisation 319f.
- Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 314–316
- Dion (Automobilfabrik) 532
- Donnet (Automobilfabrik) 398
- Douarnenez 540
- Drancy 148f., 156
- Dreyfus-Affäre 271, 350, 501, 622
- „Dritte Periode“ (s.a. „Klasse gegen Klasse“, Ultralinke Taktik) 166, 339, 379–381, 384, 393, 395, 397, 400–402, 405, 415f., 418–423, 426, 428, 431f., 434f., 555, 559f., 571, 573–607, 620f.
- Einheitsfront, Einheitsfronttaktik 200–206., 209–211, 215, 221, 230, 235, 238, 251, 255, 267, 296, 395, 452, 531, 533–535., 550f., 554, 556, 558f., 561f., 564f.
- Einwohnerwehren 122, 288, 301–304, 306, 309–312, 321, 330, 445, 461, 517, 536, 616f., 619f.
- Eisenbahner 47, 68f., 99, 108f., 177, 221
- Eisenbahnerstreik, Frankreich Mai 1920 s.u. Generalstreik, revolutionärer
- Elektroudustruie, Berlin 138, 177, 189f., 385
- Elsaß 504
- England, Großbritannien 384, 485
- Épinay-sur-Seine 353, 609
- „Eroberung der Straße“ s.u. Demonstrationen, Massenkundgebungen
- Erster Mai (s.a. „Blutmai“, Berliner 1929) – 1919 47, 49, 91, 98, 428, 431 – 1920 120 – 1929 in Berlin 425, 447, 565 – 1929 in Paris 355, 428–434, 565 – 1934 577
- Erwerbslosenstaffeln, kommunistische 407f.
- Erwerbslosenunterstützung (s.a. Arbeitslosigkeit) 74f., 366f.
- Facharbeiter s.u. Arbeiter
- Faisceau 56, 143, 157, 280, 289–297, 299, 323, 362, 446, 478, 480, 489, 509, 511f., 513, 516f., 523f., 546–548, 570, 617
- Ideologie 290–292
- Mitgliederbewegung 296f.
- Paramilitärische Organisation 293f., 297
- Sozialstruktur 296
- Faschismus
- als Gattungsbegriff; Faschismustheorien 9, 14f., 29, 55–57, 242, 270, 280, 290, 292, 330, 490, 497, 506–525, 527–529, 552, 561, 618
- in Deutschland (s.a. Nationalsozialismus, Faschistische Potentiale) 312f., 326, 330
- französischer (s.a. Croix de feu, Faisceau, Jeunesses Patriotes, Parti Populaire Français, Francisme, Solidarité française) 143, 157, 256, 263, 280f., 289, 299, 328, 330, 332, 445, 462, 467–514, 523, 527, 544, 547f., 570–572, 577–580, 607–609, 617–619, 621
- italienischer 54–56, 263, 280f., 293, 445, 462, 479, 497, 498, 510, 518f., 521, 524, 555, 618
- Faschistische Potentiale 313f., 326, 329, 445, 446, 461, 506, 517, 523, 588, 618–620
- Fédération des Locataires 396
- Fédération Nationale Catholique (F.N.C.) 277, 280, 284, 511
- Fédération Nationale des Cheminots (s.a. Eisenbahner) 108
- Fédération Nationale des Métaux 38, 59, 94f., 99f., 218, 232, 386
- Fédération Républicaine 158
- Fédération Sportive de Travail 257
- Fête de l'Humanité 355f.
- Finnland 309
- Fontenoy 487
- „Front de la Liberté“ 491
- Francisme (s.a. Faschismus, französischer) 483, 484, 496, 507, 509, 577, 581, 600
- Franken 316

- Frankfurt a.M. 303
- Französische Revolution 1789 (s.a. Nationalfeiertag, französischer, Traditionen, revolutionäre) 335–337, 338, 350, 499, 501, 520, 545, 560
- Frauen, als kommunistisches Rekrutierungspotential 182f., 186–192, 216, 221, 261, 393
- Frauenarbeit (s.a. Bekleidungsindustrie, Heimarbeiter) 72, 81f., 95, 102, 171, 173, 176, 182–192, 389
- Freie Arbeiterunion Deutschlands (FAUD) (s.a. Allgemeine Arbeiter Unionen, Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Lokalismus, Syndikalismus) 86
- Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) (s.a. Allgemeine Arbeiter Unionen, Freie Arbeiterunion Deutschlands, Lokalismus, Syndikalismus) 86, 102
- Freikorps 53, 94, 118, 122, 124, 130–133, 303f., 306, 319, 429, 437f., 441, 445, 517, 576, 616f., 619
- Freikorps Roßbach 314
- Freimaurer 162, 258f., 277, 485
- Freund-Feind-Ideologie, Freund-Feind-Denken (s.a. Optionszwang, totalitärer) 8–10, 12, 34–36, 51f., 57, 66, 93, 104, 108, 119, 132, 234f., 241, 263, 269–273, 276, 288, 302f., 324, 327, 353, 415, 442, 460f., 478, 487, 502, 506, 529, 544, 546, 575, 616, 618
- Friedrichshain 140f., 148, 156f., 216, 594
- Frontbann 322, 437, 440
- Frontkämpfer, anciens combattants 43, 49f., 94, 121, 125f., 290, 294f., 352f., 469f., 479, 487, 601
- Gaillon, Quartier des 2. Pariser Arrondissements 143
- Gare, Quartier des 13. Pariser Arrondissements 143
- Gardes civiques 122
- Gedenktage, politische 282, 347, 352f.
- Gegendemonstrationen, Versamlungsstörungen (s.a. Demonstrationen, Massenkundgebungen, Demonstrationsverbote) 237, 535–543, 547f., 549–551, 554, 557, 568, 571f., 584, 586–589, 591, 594–597, 606
- Gegenrevolutionäre Tradition 272–274, 350f., 475, 498–501, 506, 520, 523
- „Gegenwelt“, „contre-société“, kommunistische 144, 195, 234, 334, 348, 355, 407, 419, 583
- Generalstreik, revolutionärer
- als Lehre und Mythos des revolutionären Syndikalismus 46, 60, 87, 90f., 103, 114
 - 1906, in Frankreich 78
 - 3.–8. März 1919 in Berlin 93, 133f.
 - Juni 1919 in Paris (Versuch) 98–100, 108, 613
 - 21. Juli 1919, Paris (Versuch) 91, 108
 - November 1919 in Berlin (Versuch) 106
 - 1.–28. Mai 1920, in Frankreich 47, 108f., 114, 120f., 218, 219, 220, 223
 - 1. August 1930 in Paris (Versuch) 355
- Generalstreik vom 12. Februar in Paris 1934 341, 357, 558f.
- Generationenkonflikt 370–378
- Gesetz zum Schutz der Republik 322
- „Gewalt gegen Gewalt“ 128, 132, 279, 286, 288, 302, 461, 489, 516, 530, 535, 543, 547, 599
- Gewalt, politische (s.a. Bewaffnung, Paramilitärische Organisation, Selbsthilfe, Terror) 50, 91, 265, 438f., 579–599, 603f., 610, 621
- und Action française/Camelots du Roi 273
 - und „Antifaschismus“, kommunistischer 530, 535–549, 567, 570, 574
 - und Croix de feu 489, 492, 516, 580
 - und l'aisceau 293, 547
 - und Faschismus 511
 - und französischer „Faschismus“ 497, 516, 617
 - und Jeunesses Patriotes 288, 516, 546
 - und Kampf um „soziales Gelände“ 143, 593f., 598f.
 - und Kommunismus 32, 204, 240, 339
 - und KPD/RfB 44, 108, 125, 128, 211, 402, 409, 429f., 574, 582, 614
 - und „Notwehr“ (s.a. „Gewalt gegen Gewalt“) 310, 489, 494, 564, 584
 - und NSDAP/SA 443–447, 463f., 458, 564, 584–587, 589–592, 602f.
 - und PCF 257, 265, 340, 541, 574, 579f., 595–597
 - und PPF 494f.
 - und revolutionärer Syndikalismus/Anarcho-Syndikalismus 100
 - und totalitärer Anspruch auf ein Meinungsmonopol 591, 593f., 599
 - und totalitäre Propaganda 12, 108, 128
- Gewaltmonopol, staatliches 124, 142f., 235, 256, 271, 282, 289, 300, 303f., 310, 313, 433, 468f., 515, 539, 551f., 554, 570, 574f., 597, 599, 608, 614, 617
- Gewerkschaftskommission, Berlin 70, 79f., 106, 216, 221

- Gewerkschaftspolitik, Gewerkschaftsarbeit, kommunistische
 – Berlin 177f., 205–216, 256
 – Paris 222–232
 Gnôme & Rhône 532
 Greuelpropaganda 130f., 133f., 302, 309
 Groupes de défense (s.a. Ordnungsdienst, kommunistischer) 261
 Groupes de Défense Antifasciste (G.D.A.) (s.a. Antifaschismus, kommunistischer) 266, 547f., 572
 Groupe des Industriels des Métaux de la Région Parisienne (GIM) 95
 Großbetriebe, kommunistische Einflußnahme in 176, 178f., 390–392
 Großdeutsche Arbeiterpartei 319
 Grundmühle (bei Oranienburg) 455f.
 Grunewald 140f.
 Gruppe Internationale s.u. Spartakusbund
 „Guerre du rif“ (s.a. Marokko) 275f., 420
- Hamburg 214
 „Hamburger Punkte“ 133
 Heidelberger Parteitag der KPD 1919 161, 205
 Heimarbeiter(-innen) (s.a. Bekleidungsindustrie, Frauenarbeit) 184–186, 189f.
 Heimwehr, österreichische 587
 Hessen 316
 „Historikerstreit“ 521, 588f.
 Hitlerjugend (HJ) 453
 Hitlerputsch 1923 349, 358, 438, 441, 457
 Hochburgen, kommunistische 148f., 156f.
 Holocaust 518, 523f., 588
 Holzindustrie 177
 Hotchkiss (Automobilfabrik) 174
 „Hungermärsche“ 406
- Ideologie, als Merkmal totalitärer Bewegungen 8f., 27, 108, 132, 241, 269f., 323, 461, 497, 524, 574, 615, 619
 Imperialismus (s.a. Kapitalismus, Kapitalismusanalyse; Krieg, „imperialistischer“) 29f., 32f., 42, 420–422, 425
 – deutscher 50, 52, 329, 421f.
 Industrieproduktion, in Deutschland und Frankreich 363–366
 Inflation 37, 61, 64–71, 180, 203f., 209f., 216, 237, 275, 297, 300, 361f., 382, 390, 536
 „Invention of Tradition“ 333f., 349, 354–360, 615
 Issy-les-Moulineaux 173
 Italien (s.a. Faschismus, italienischer) 232, 486, 478, 505, 523f., 580
- Ivry-sur-Seine 139, 144, 148f., 156, 410, 411, 415, 427, 559
 Januaraufstand, Berlin 1919 76, 92, 104f., 116, 124–130, 243, 307, 613
 Jeanne d’Arc-Kult 350f., 606, 609
 Jeunes Gardes Antifasciste (J.G.A.) (s.a. Antifaschismus, kommunistischer) 267f., 572
 Jeunesses Communistes 257, 267, 544, 546, 572
 Jeunesses Patriotes 157, 265, 280, 281, 284–292, 297–299, 351, 359, 446, 467f., 469, 470, 472f., 476–479, 489, 492, 496–498, 509, 510–512, 513, 516f., 523, 540–544, 546f., 557, 571f., 577f., 596, 599f., 617f., 621
 – Ideologie 288f., 478
 – Mitgliederbewegung 287
 – Paramilitärische Organisation, Ordnungsdienst 284, 286–288
 – Sozialstruktur 478f.
 Jugend, Jugendliche 173, 181, 236, 370–378, 389, 481, 487, 532, 597, 615
 – als kommunistisches Rekrutierungspotential 211, 214, 246f., 261, 265, 374f., 393, 583
 – als Rekrutierungspotential der Nationalsozialisten 444f., 453f.
 Jung-Maurassianer 498f., 502f., 504, 506, 523
- „Kaisers Geburtstag“ 352
 Kampfbund gegen den Faschismus (KGF) 561, 564f., 567–570, 573, 591, 601
 Kampfdemonstrationen s.u. Demonstrationen, Massenkundgebungen
 Kampforganisation, kommunistische (K.O.) (s.a. Paramilitärische Organisationen, kommunistische) 243
 Kapitalismus, Kapitalismusanalyse (s.a. „Organisierter Kapitalismus“) 27, 29–33, 48, 54, 69, 113, 166f., 378–383, 387, 390, 420f., 555, 575, 620
 Kapp-Putsch 129, 243, 303, 311, 344, 536, 619
 Katholizismus, französischer 273f., 277, 359, 478, 499, 605
 Kienthal (s.a. Zimmerwald-Bewegung) 29
 „Klasse gegen Klasse“ (s.a. Ultralinke Taktik, Kommunistische Internationale, 6. Weltkongreß) 147, 164, 166, 396f., 557, 620
 Klassenkampf 9f., 25, 27, 35, 43, 47, 54, 107, 110, 119, 123, 266, 290, 294, 318, 379, 487, 496, 500
 Kleinbetriebe 139, 172, 178f., 395
 Knorrbrems AG 438, 451

- Kollaboration, deutsch-französische im Zweiten Weltkrieg 492, 499, 502, 505f., 517
- Komitee zum Kampf gegen den Faschismus 528
- Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung
– Berlin 145f., 157
– kommunistische 144, 149, 410–412, 414
– Paris (s.a. Conseil Municipal, Paris) 143f., 264, 468f., 471, 552
- Kommuneraufstand 1871 99, 143, 261, 263, 266, 282f., 337–345, 348, 351, 426, 606
- Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) 111, 162, 205, 217, 227, 243f., 258
- Kommunistische Internationale 31f., 39, 46, 49, 161f., 165, 169, 195, 198–202, 209, 219f., 223, 228, 235, 252, 258, 261, 274, 334, 336, 339, 354, 378f., 387, 390, 395, 404–406, 420f., 425, 427, 432, 434, 456, 488, 509, 527, 529, 550, 556f., 559, 561, 566, 571, 605, 612, 614
– 21 Bedingungen 1920 161, 198, 420f.
– 1. Weltkongreß 1919 49, 209
– 2. Weltkongreß 1920 209, 235, 256
– 3. Weltkongreß 1921 50, 129, 198, 200, 244, 256
– 4. Weltkongreß 1922 162, 165, 228, 258f.
– 5. Weltkongreß 1924 239, 262f.
– 6. Weltkongreß 1928 164f., 379–381, 384, 397, 399, 420, 423, 432, 447, 620
– 7. Weltkongreß 1935 559, 561
- Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD) 375, 566
- Komplott, „jüdisch-freimaurerischer“ (s.a. Verschwörungstheorien) 272f., 499
- Komplott, kommunistischer 278
- Kongreß von Tours 1920 37, 161, 227, 256f.
- Konservative Revolution 306f., 484, 499, 509
- Kontrollausschüsse 170, 191, 212, 214–217, 233, 235, 256, 531, 533
- Korporatismus, der Facharbeiter (s.a. „Arbeiteraristokratie“; Arbeiter, qualifizierte) 97, 124f., 171, 174f., 178, 186f., 221, 228, 232, 393f., 399
- Kreuzberg 567
- Krieg, „imperialistischer“ (s.a. Imperialismus, Kapitalismus, Kapitalismusanalyse) 28f., 31, 266, 275, 379, 382, 419–426, 434, 555, 620
- Kriegsgewinnler 68f., 71, 73, 93
- Küstriner Putsch 1.10.1923 438
- Kundgebungen s.u. Demonstrationen, Massenkundgebungen
- La Courneuve 355
- Lederindustrie 177
- Legalitätstaktik
– faschistische 486, 490, 578–580
– kommunistische 249f., 253, 255f., 264, 266, 440, 566, 578–581, 591, 595, 601
– nationalsozialistische 440f., 457f., 461, 466, 575, 585–587, 591, 599–601, 603
- Légion des volontaires Français contre le Bolchevisme (L.V.F.) 505
- Libération 504
- Lichtenberg 134, 237, 430, 594
- Lichterfelde 117, 589
- Liga für Menschenrechte (s.a. Ligue des Droits de l'Homme) 429
- Liga zum Schutze der deutschen Kultur 304, 307f., 310
- Ligue des Contribuables 596
- Ligue des Droits de l'Homme (s.a. Liga für Menschenrechte) 162, 259, 273
- Ligue des Patriotes 277f., 280, 283f.
- Ligue Internationale contre l'Antisémitisme (L.I.C.A.) 503
- Ligue Millerand s. Ligue Républicaine Nationale
- Ligue Républicaine Nationale 278–280, 284f., 287, 290, 299, 362, 489, 511, 513, 547
- Lokalismus (s.a. Syndikalismus) 83–88, 147, 177, 205
- Löhne, Lohnfragen (s.a. Metallarbeiterstreiks 1919) 95, 102f., 107, 182, 193, 222, 230, 233, 386, 388, 390, 394, 398, 403, 532, 613
- Ludwig Loewe & Co. AG 237, 389
- „Luxemburgismus“ 44, 198, 382f.
- Lyon 120, 123
- „Machtfrage“, von den Kommunisten gestellt 205, 238f., 256, 263f., 426, 530, 533
- Mackoff 144, 357, 410, 559
- Märtyrer 349, 356–360, 487, 543, 547, 592
- „Märzaktion“ der KPD 1921 163, 166, 198, 200f., 207, 221, 254, 344, 379
- MärzKämpfe in Berlin 1919 104, 124, 128, 130, 133f., 243, 307, 344, 613
- Märzrevolution 1848, in Berlin 343f., 346f.
- Marneschlacht 1914 353, 609
- Marokko (s.a. „Guerrre du rif“) 379, 420
- Marseille 495
- Marxismus-Leninismus 9f., 25f., 29, 197f., 201, 325, 327, 335f., 340, 346, 529, 575, 619

- Mecklenburg-Schwerin 456
 Mecklenburg-Strelitz 456
 Mehrheitssozialdemokratie (s.a. Sozialdemokratie, Sozialismus) 61–63, 65, 73f., 127–129
 Meinungsmonopol, virtuelles; Nachrichtenmonopol, totalitärer Anspruch auf 235, 247f., 251, 261, 266, 273, 441, 443, 446, 454, 490, 535, 540, 545f., 568, 572, 575, 591, 593f.
 Metallarbeiterstreiks 1919 83, 94–110
 – Paris 47, 92, 94–100, 107, 174, 218
 – Berlin 94f., 101–107, 110, 117, 310, 394, 613
 Metallindustrie 80, 138, 385, 388
 – Berlin 47, 73, 138, 176f., 189, 207f., 386f., 393, 612, 614
 – Paris 73, 94–100, 171–175, 182f., 221, 231–234, 362, 397f., 532, 549
 Militärpolitischer Apparat, M.-Apparat, der KPD (s.a. Paramilitärische Organisation) 191, 244–246, 252–254, 261, 320, 566
 Minorität (in der Arbeiterbewegung 1918/19) 45–47, 70, 73, 84f., 87, 90–92, 97–101, 109, 111, 218–226
 Mitgliederbewegung, kommunistische Parteien
 – Berlin 161–166, 242
 – Paris 161–166, 258f., 559f
 – Fluktuation 163, 165f., 402
 Mitte, Berliner Bezirk 406, 592
 Mittelschichten, gewerbliche 150, 169f., 452f., 492, 496, 529, 533–535, 560
 Moabit 117, 216, 237, 391, 407, 591
 Montmirail 487
 Montparnasse, Friedhof von 340
 München 328, 442f.
 Nachrichtendienst
 – kommunistischer (s.a. Paramilitärische Organisation, kommunistische) 211, 216, 235, 246, 458, 490f., 563, 592
 – der NSDAP 458
 – der Croix de feu 490f.
 Nachrichtenmonopol s.u. Meinungsmonopol, virtuelles
 Nanterre 398
 Nationalfeiertag, französischer (14. Juli) (s.a. Französische Revolution 1789; Traditionen, revolutionäre) 335, 342, 351, 560, 606f., 609, 615
 Nationalsozialismus, NSDAP (s.a. Sturmabteilungen, S.A.) 9, 29, 132, 141, 143, 158f., 250, 315, 317–320, 325, 328, 348f., 357f., 365, 375, 425, 436–467, 469, 475, 478, 482f., 490, 492f., 497, 502, 504–506, 517–519, 521, 523–525, 528f., 561, 563–565, 572, 575f., 580–582, 584–593, 601–603, 608, 618–621
 – als totalitäre Bewegung 442, 455, 460, 618, 621
 – und Antisemitismus 462–467
 – Finanzierung 449
 – Ideologie 461–467
 – Mitgliederbewegung 448f.
 – Paramilitärische Organisation 455–460
 – Propagandaapparat 453f.
 – Sozialstruktur 452f.
 – Straßenzellenorganisation 449–451
 Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) 451f., 478, 482, 568
 Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 549f.
 Nationalsozialistischer Schülerbund 453
 Nationalsozialistischer Studentenbund (NSDStB) 453
 Neo-Sozialismus 492f.
 Neuilly-sur-Seine 149
 Neukölln 140f., 148, 156f., 216, 406f., 429f., 444, 550, 594
 Noisy-le-Sec 398
 „Noske-Befehl“ (9.3.1919) 134
 „Notwehr“ (s.a. „Gewalt gegen Gewalt“ „Ordnung“, Verteidigung, soziale) 32f., 48, 113f., 118, 122, 124, 128, 131, 134, 210, 235f., 270f., 280, 289f., 292, 294, 299f., 302f., 305f., 310, 313, 315, 321, 328, 330, 390, 439, 445f., 461f., 466f., 475, 477, 488f., 494, 515f., 527, 529f., 535f., 542, 545f., 550, 553, 555, 564, 575–577, 580, 584–587, 590, 603, 616f., 619f.
 Novemberrevolution 32, 36, 42f., 61–63, 92, 94, 129, 105, 208, 243, 270, 299f., 306, 309f., 327, 345f., 349, 446, 461, 551
 Nürnberg 503f.
 Österreich 618
 „Offensivtheorie“, kommunistische 207
 Oktoberaufstand der KPD 1923 147, 163, 166, 177f., 180, 217, 238–240, 253f., 264, 329, 379, 426, 457f.
 Oktoberrevolution s.u. Russische Revolution
 Olympia-Sportclub 314, 322, 437f., 440
 „Opportunismus“ 198, 201f., 206, 238, 347f., 379, 381, 396f., 399, 412, 417, 419, 556, 580
 Optionszwang, totalitärer (s.a. Freund-Feind-Ideologie) 10f., 42, 51, 54, 56f., 123, 210,

- 234, 276, 284, 291f., 297, 311, 415, 462, 468, 474, 517, 530, 539, 563, 604
- Ordnerdienst (s.a. Paramilitärische Organisation und unter den einzelnen Verbänden)
- der KPD (O.D.) 244–246, 252f., 261, 569
 - des PCF 261, 265, 541, 573
 - „faschistischer“ 284, 489f., 547
- „Ordnung“ (s.a. „Notwehr“, Verteidigung, soziale) 36, 113f., 118f., 122–125, 127, 130, 143, 236, 270f., 277, 279f., 288–290, 292, 299f., 304–306, 311–313, 315, 328–330, 445f., 461, 467f., 471f., 475, 477, 489, 512, 515, 536, 542, 545f., 577, 608, 616f., 619f.
- Ordnungsdenken, bürgerliches 121, 129, 142f.
- „Organisierter Kapitalismus“ (s.a. Kapitalismus, Kapitalismusanalyse) 60, 84f., 380, 387, 383f.
- „Organisation der Revolution“ 240, 244, 247, 250, 254f., 263, 276, 441
- Organisation Escherich (Orgesch) 311f., 314, 517, 529, 536f., 617
- Paramilitärische Organisation (s.a. Ordnerdienst, Proletarische Hundertschaften, Selbsthilfe, Selbstschutz und unter den einzelnen Verbänden)
- als Merkmal totalitärer Bewegungen 11–13, 234f., 241, 488, 615
 - als Merkmal faschistischer Bewegungen 511
 - der Action française (s.a. Camelots du Roi) 273
 - der Croix de feu 489–492, 598
 - der DVfP (s.a. Völkische Turnerschaften) 319f., 323
 - des l'aisseau 293
 - und französischer „Faschismus“ 516, 618
 - der Jeunesses Patriotes 286–288
 - der KAPD 242f.
 - der KPD 242–256, 269, 565–570
 - als bürgerliche „Notwehr“-Organisationen 279–281, 310, 328
 - der NSDAP (s.a. Sturmabteilungen) 455–460
 - des PCF 260f., 263–269, 275, 571–574
 - des P.P.F. 494f.
- Partei, als Merkmal totalitärer Bewegungen 10f., 45, 47, 108, 241, 269, 323, 455, 488, 615, 619
- „Parti Communiste“ 46, 108
- Parti de Rassemblement Populaire Français s.u. Solidarité Française
- Parti Français National-Communiste 505
- Parti Nationale Populaire s.u. Jeunesses Patriotes
- Parti Populaire Français (P.P.F.) 360, 484, 491, 493–498, 503, 512f., 523, 579, 608, 621
- Ideologie 496
 - Mitgliederbewegung 495f.
 - Paramilitärische Organisation 494f.
 - Propagandaapparat 494
- Parti radical 158, 170, 468, 605
- Parti Social Français (P.S.F.) s.u. Croix de feu
- Père Lachaise, Friedhof von 282, 337, 340f., 351, 606
- Père Lachaise, Quartier des 20. Pariser Arrondissements 140, 175
- Peugeot (Automobilfabrik) 173
- Phalanges Universitaires (s.a. Jeunesses Patriotes) 477
- Pierrefitte 144
- Place de la Concorde 2 82, 470
- Plünderungen 107, 409, 427
- Panhard & Levassor (Automobilfabrik) 174
- Politische Liturgie 248, 266f., 331–360, 511, 567, 605
- Polizei
- Berlin (bzw. Preußen) 62, 115, 250, 299, 406, 415, 426, 429f., 436, 439, 462, 465, 538f., 550–552, 554, 563
 - Paris (bzw. Département Seine) 62, 282, 143, 341, 415, 426f., 431–436, 468, 471, 546, 549, 552, 596f.
- Potempa 586
- Preußen, Preußische Staatsregierung 133, 145, 217, 237, 299, 300, 303, 305f., 308, 311f., 320f., 323, 362, 410, 436, 458, 465, 538, 545, 551–553, 563f., 584–586, 602f., 617, 620
- „Preußenschlag“ 20. Juli 1932 586
- Proletarische Hundertschaften 235–237, 238, 244, 250, 260, 284, 320, 569
- Proletarischer Gesundheitsdienst 537
- Propagandaapparat, als Merkmal totalitärer Bewegungen 12, 167, 241, 269, 285, 323, 455, 488, 593, 615, 619
- Provence 503
- Quartier Latin 477, 511
- Rassemblement Anti-juif de France 504f.
- Rassismus, Rassentheorie (s.a. Antisemitismus, Völkische Ideologie) 9, 33, 323–325, 330, 462f., 497, 502f., 517–525, 618

- Rat der Volksbeauftragten 63, 74f., 124, 126f.
- Rationalisierung 28, 80f., 85, 172, 179, 193, 361, 379, 380, 383–394, 397f., 400
- Redressement français 142
- Reformismus, Revisionismus (s.a. Sozialdemokratie, Sozialismus) 41, 53, 59–61, 64, 83f., 103, 205f., 217, 219–221, 347, 380f., 428
- Reichsbanner Schwarz-rot-gold 246, 250, 422, 550, 554, 561f., 582f., 603
- „Reichsgründungstag“ (18. Januar) 346, 352
- Reichshammerbund 316
- Reichsverband für die geistige Bekämpfung des Bolschewismus 304
- Reinickendorf 118
- Renault (Automobilfabrik) 73, 82, 138, 172, 188, 231, 385f., 391, 532
- „Republikanische Synthese“ 353f., 361
- Republik, als Begriff politischer Kultur; republikanische Tradition 278, 348, 353f., 476, 485–487, 560, 605
- Résistance 16, 560
- Revisionismus s.u. Reformismus
- Revolution s.u. Aufstand, bewaffneter; Generalstreik, revolutionärer; Syndikalismus, revolutionärer
- Revolution, „wirtschaftliche“ 60, 220
- Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) 207, 405, 407f., 569
- Revolutionäre Obleute (s.a. Lokalismus) 87, 93, 126f., 129, 177, 205
- Rochechouart, Quartier des 9. Pariser Arrondissements 158
- Rom 479
- „Rote Frauenliga“ 191
- Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) 207, 223–226, 388, 390, 404, 406
- Rote Jungfront 567
- Roter Frauen- und Mädchenbund 191
- Roter Frontkämpferbund (RFB) 191, 246–253, 255, 261, 266f., 375, 430, 438, 441, 444f., 455f., 550f., 554, 563, 565–568, 581, 589, 601
- Roter Jungsturm 247, 251, 267, 375, 445, 550f.
- Roter Massenselbstschutz 569f., 601
- Roter Soldatenbund 243
- Russische Revolution, Oktoberrevolution 1917 29f., 33, 39, 46, 50, 54, 223, 272, 278, 334, 343, 345f., 349, 354–356, 420
- Rußland, Sowjetunion 30–32, 43, 91, 98, 197f., 212, 309, 345, 354, 381, 405, 420–424, 434, 556, 569
- Sachsen 217, 235, 236, 238, 320f., 530, 589
- Saint-Denis 98, 139, 144, 176, 282, 339, 410, 411, 427, 433, 493f.
- Saint-Fargeau, Quartier des 20. Pariser Arrondissements 140
- Saint-Ouen 282
- Sartrouville 599
- Schneidemühl 602
- Schöneberg 180, 447, 594
- Schuldzuweisung 9, 28f., 33, 68, 73, 270–272, 302, 329, 487, 498, 502
- Schwarzkopf 438
- Sechster Februar 1934 in Paris (s.a. Faschismus, französischer) 165, 341, 351, 359, 470f., 473f., 480, 485, 504f., 558–560, 572, 576–580, 594f., 600, 621
- Section Française de l'Internationale Ouvrière (S.F.I.O.) (s.a. Sozialdemokratie, Sozialismus) 37f., 45, 49, 109, 156f., 161, 169, 202, 217, 230, 274, 283, 340f., 347, 348, 351, 355, 371, 396, 468, 474, 484, 488, 492f., 548f., 556–559, 605
- „Sedanstag“ 352
- „Selbsthilfe“ 215, 270, 294, 300, 303, 310, 313, 321, 328f., 409, 446, 461, 516f., 539, 553, 574f., 598, 616f.
- „Selbstschutz“, proletarischer 204, 235–237, 263, 265, 304, 312, 435f., 530, 566, 571–574, 577, 593, 608
- Service d'ordre s.u. Ordnungsdienst
- Sèvres 541
- Siemens-Konzern 104, 138, 177, 385, 389, 438, 451f.
- Solidarité française (s.a. Faschismus, französischer) 351, 359, 470, 483, 496, 577–579, 596, 599–601
- Sowjetunion s.u. Rußland
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (s.a. Sozialdemokratie, Sozialismus) 39f., 76, 93, 103, 106, 134, 156f., 210, 216f., 238, 255, 327, 345–348, 381, 385, 403, 443, 528, 554, 556, 584
- Sozialdemokratie, Sozialismus 42, 61f., 200–202, 204–206, 221, 235, 312, 347f., 379f., 390, 397, 430, 531, 538, 548, 550–552, 554, 556, 561f., 582, 614–616, 620
- „Soziales Gelände“ 141f., 444–446, 490f., 547f., 557, 593f., 598f., 608
- „Sozialfaschismus“ 62, 274f., 339, 379, 385, 400, 408, 517, 528, 548, 552, 555f., 557f., 614, 620
- Sozialisierung 62f., 65, 109, 210
- Sozialrevolutionäre, russische 272

- Sozialstruktur der kommunistischen Bewegung
 – in Paris 137–143, 168–176, 393, 614
 – in Berlin 137–143, 176–182, 393f., 401, 614f.
- Spanien 503
- Spanischer Bürgerkrieg 609
- Spartakusbund, Spartakisten 41–43, 48, 50, 76, 92, 125–131, 307, 613
- Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 170, 250, 311, 313, 438f., 446, 517, 523, 542, 550, 553f., 582, 589f., 619
- Stalinisierung s.u. Bolschewisierung
- Stavisky-Skandal 470
- Steglitz 140f., 158f., 447
- Steiermark 587
- Stennes-Revolte 440, 448, 459f., 585
- Straßenzellen, kommunistische 176, 191, 394f.
- Streiks, Streikbewegungen (s.a. Generalstreik, revolutionärer; Metallarbeiterstreiks 1919)
 37, 69, 115–118, 120, 122f., 203f., 275, 309, 316, 397f., 408
 – Streikbewegung 1919/20 88f., 114, 167, 220, 256, 388
 – Streik als „Krieg“ 90, 114
- Sturmabteilungen (S.A.) 322f., 425, 440–445, 450, 452, 455–461, 463f., 466, 563, 570, 576, 584–588, 590f., 602f., 620
 – und Arbeitslose 457
 – Mitgliederbewegung 455
- Suresnes 357, 599
- Syndicat Général du Livre-Papier 435
- Syndicat Unique du Batiment 221
- Syndicat des Métaux, Paris 79f., 82f., 174, 218, 226, 233f.
- Syndicat général de l'habillement 185
- Syndikalismus, revolutionärer; Syndikalisten (s.a. Lokalismus) 38f., 41, 45–47, 54f., 60f., 78, 83, 85–88, 91f., 100, 102, 110f., 147, 174f., 205, 211, 218, 223–231, 234, 269f., 289, 294, 435, 508, 613f.
- Syrien 379
- Taylorisierung s.u. Rationalisierung
- Technische Nothilfe 116–120, 122, 236, 270, 301, 309, 314, 320, 422, 461, 616
- Teilforderungen, kommunistische 201, 203f., 239–241, 252, 416, 428, 532, 571, 614f.
- Ternes, Quartier des 17. Pariser Arrondissements 504
- Terror (s.a. Gewalt, politische) 135, 310, 536, 539, 590, 617
- als „bolschewistisches“, „spartakistisches“ o. „kommunistisches“ Instrument 278, 302, 309, 439, 570
 – als „bürgerliches“ Instrument 43f.
 – „faschistischer“ 567
 – „individueller“ 409, 530, 569, 574, 579–582
 – und Kommunismus 31–33, 409, 530f., 563, 569f.
 – „Massenterror“ 570
 – und Nationalsozialismus 442–444, 461f., 563f., 576
 – als „Notwehr“ 31–33
 – „roter“ 32, 33, 311, 329, 338, 563, 584
 – „weißer“ 338
 – „welscher“ 329
- Teuerung s.u. Inflation
- Thomson (Automobilfabrik) 532
- Thüringen 217, 235, 236, 238, 316, 320f., 530
- Totalitäre Bewegung, als Idealtyp 7–13, 21, 107f., 236, 241, 263, 269–271, 285, 288f., 297, 323, 330, 484, 488, 493, 507, 523–525, 574–576., 588f., 604, 612f., 615, 619, 621
- Totalitarismustheorie 6–16, 515f., 524f., 589
- Traditionen, revolutionäre (s.a. Französische Revolution 1789; Kommuneaufstand, Nationalfeiertag, französischer) 42, 166, 334, 336f., 342–344, 346, 348, 534, 552, 615, 621
- Traditionsbegriff, marxistisch-leninistischer 332f., 341f., 345
- Traditionsunterschiede, deutsch-französische 331, 335, 342, 346, 348, 351f., 356, 359f., 615
- Travail aux pièces s.u. Löhne, Lohnfragen
- Ulmer Reichswehrprozeß 458f., 584
- Ultralinke Taktik (s.a. „Dritte Periode“, „Klasse gegen Klasse“) 147, 149, 164–166, 169, 195, 257, 378, 383–385, 395, 397, 400, 413, 430f., 447, 467, 559, 615, 620
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) (s.a. Sozialdemokratie) 40, 63, 65, 93, 103, 106, 109–111, 126f., 134, 161, 177, 205f., 209f., 212, 217, 221
- Ungarn 91, 98, 309
- Unions civiques 116, 119–124, 270, 279, 515, 616f.
- Union der Hand- und Kopfarbeiter 211
- Union des Amputés de la Région Parisienne 596

- Union des Ouvriers des Métaux 221
 Union des Syndicats de la Seine (U.S.S.)
 70, 79f., 90f., 115, 219–224, 226, 230f.,
 233f., 282
 Union des Syndicats des travailleurs de che-
 mins de fer parisiens 109
 Union des Syndicats ouvriers confédérés de
 la Seine 221, 230
 Union Nationale des Combattants (U.N.C.)
 470, 472, 474
 Union Républicaine Nationale 396, 541
 Union Sacrée 38, 49, 53f., 59, 83, 271

 Valenciennes 489
 Valmy 487
 Verband Berliner Metallindustrieller (VBMI)
 96, 102, 105
 Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
 117, 393
 Verdun 353
 Verein der Vororte Berlins 145
 Verein Deutscher Ingenieure (VDI) 389
 Vereinigte Staaten 384, 539
 „Verfassungstag“ der Weimarer Republik
 (11. August) 346f.
 Versailles 599
 Verschwörungstheorien (s.a. Komplott,
 „jüdisch-freimaurerischer“) 32, 272, 327,
 350, 499f., 506, 518
 Verteidigung, soziale (s.a. „Notwehr“, „Ord-
 nung“) 113f., 122, 277, 279f., 288, 290,
 310, 321, 328, 511, 515, 616
 Vichy-Regime 485f., 493, 610
 Villejuif 144, 410, 415f.
 Villetaneuse 144
 Vitry-sur-Seine 144, 410, 411, 412, 415
 Völkische Ideologie (s.a. Antisemitismus,
 Rassismus) 33, 270, 313, 315–330, 462,
 506, 517f., 522f., 618
 Völkische Turnerschaften (s.a. Deutschvölk-
 sche Freiheitspartei) 319f.
 Volksbund gegen Bolschewismus 304f.,
 308–310
 Volksfront, französische 157, 166, 175, 348,
 359, 384, 477, 489–492, 496, 500f.,
 559–561, 574, 578, 597–599, 605–610, 621
 Volksfronttaktik, kommunistische 169, 336,
 341, 556–561, 605f., 615, 621
 Voluntarismus, revolutionärer 27, 29, 43,
 89f., 92, 99, 103, 107, 110, 144, 198f., 289,
 325, 356, 409, 460, 511, 613, 618

 Wahlen, politische
 – Chambre des Députés (1924–1936)
 146–149, 151f., 156f.
 – Chambre des Députés 1924
 141, 274, 276, 293
 – Chambre des Députés März 1926
 (Nachwahl) 396, 546
 – Chambre des Députés 1928 396f.
 – Chambre des Députés 1932 468f., 480
 – Chambre des Députés 1936 560
 – Reichstag (1924–1932) 146–148,
 153–159
 – Reichstag, 7. Dezember 1924 242, 550
 – Reichstag, 20. Mai 1928 447
 – Reichstag, 14. September 1930 158f.,
 448
 – Kommunalwahlen Berlin (1921, 1925,
 1929) 144, 158
 – Kommunalwahlen Berlin 1929 447
 – Kommunalwahlen Paris (1925, 1930, 1935)
 141–145
 – Kommunalwahlen Paris 1925 141, 264,
 410, 541, 543
 – Kommunalwahlen Paris 1935 157, 336
 Wedding 140, 148, 156f., 178, 216, 406,
 429f., 444
 Wehrwolf 440, 549, 589
 Weißensee 140, 148, 438
 Weltkrieg, Erster (s.a. Frontkämpfer) 27–31,
 33, 36–44, 48f., 51, 53f., 56, 64, 81, 87, 108,
 139, 172, 190, 230, 256, 271f., 290, 299,
 327, 352f., 360, 371–373, 384f., 389, 420,
 422f., 534, 546, 601, 609, 611, 613, 618,
 620
 Wikingbund 322, 437f., 440
 Wilde Cliques 374, 583
 Wilmersdorf 140f., 158f., 447, 591
 Wirtschaftskrise, der dreißiger Jahre;
 Weltwirtschaftskrise 164f., 181, 363–375,
 378, 402, 405, 418, 425, 447, 482, 575, 604,
 620
 Xenophobie (s.a. Ausländische Arbeiter, Im-
 migranten) 171, 192f., 221

 Zehlendorf 140f., 158f.
 Zentralarbeitsgemeinschaft 60, 95
 Zimmerwald-Bewegung (s.a. Kienthal) 29
 37–41, 45f., 48
 Zusammenstöße, gewaltsame s.u. Gewalt,
 politische

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 33

Dimension des Völkermords

Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus

Herausgegeben von Wolfgang Benz

1991. 584 Seiten

ISBN 3-486-54631-7

Band 34

Constantin Goschler

Wiedergutmachung

Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus 1945–1954

1992. 343 Seiten

ISBN 3-486-55901-X

Band 35

OMGUS-Handbuch

Die amerikanische Militärregierung in Deutschland

1945–1949

Herausgegeben von Christoph Weisz

1994. 847 Seiten

ISBN 3-486-55821-8

Band 36

Winfried Müller

Schulpolitik in Bayern

im Spannungsfeld von Kulturbürokratie und Besatzungsmacht
1945–1949

1995. 319 Seiten

ISBN 3-486-56116-2

Band 37

Gunther Mai

Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948

Alliierte Einheit – deutsche Teilung?

1995. 536 Seiten

ISBN 3-486-56123-5

Band 38

Hans Woller

Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948

1996. 436 Seiten

ISBN 3-486-56199-5

Band 39

**Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und
Wiederaufbau**

Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten

Herausgegeben von Paul Erker und Toni Pierenkemper

1999. Ca. 342 Seiten

ISBN 3-486-56363-7

Oldenbourg